31761 075303123

Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919

in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates

Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919

in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates

Herausgegeben von

Geh. Justizrat Prof. Dr. Ed. Heilfron

3. Band

Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48

JN
3953
1919
A43
Bd.3

LIBRARY
MAR 21 1966
UNIVERSITY OF TORONTO

1059054

Inhalt des dritten Bandes.

Hauptteil, dritte Abteilung.

(20. Sitzung und folgende.)

20. Sitzung (4. 3. 19). Reichsverfassung. Problem Preußen-Deutschland. Parlamentarismus und Räterepublik 1195

Anfrage Dr. Kahl: Verhaftung deutscher Werkleiter in vom Feinde besetztem Gebiet . 1196

Anfrage Arnstadt und Genossen: Papiermangel der Presse 1200

Anfrage Ohler und Genossen: Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln . 1200

21. Sitzung (5. 3. 19). Zustände in der Ostmark. Deutsche Polenpolitik. Verhalten der Polen 1244

Anfrage Arnstadt und Genossen, betr. Zustände in der Provinz Posen 1246

22. Sitzung (7. 3. 19). Sozialisierungsgesetz. Regelung der Kohlenwirtschaft 1331

Anfrage Dr. Oberfohren-Dr. Runkel, betr. nationale Ansprüche im Norden Schleswig-Holsteins 1333

Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes . . . 1336

Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft 1337

23. Sitzung (8. 3. 19). Weitere Beratung über Sozialisierungsgesetz und Regelung der Kohlenwirtschaft . 1393

24. Sitzung (10. 3. 19). Sicherstellung unserer Ernährung. Ernteſorgen. Landwirtschaftliche Arbeiter . . . 1518

Interpellation Müller (Breslau), Gröber, v. Payer: Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes 1520

verbunden mit

Interpellation Arnstadt-Dr. Heinze: Gefährdung der Ernte 1919 1528

Bericht des Volkswirtschaftsausschusses über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft . . . 1564

25. Sitzung (11. 3. 19). Religionsunterricht. Kirche, Schule und Staat 1626

Anfrage Sollmann: Verbot der Stadtverordnetenwahlen durch die Entente im besetzten Gebiet 1628

Anfrage Kahmann: Erfassung verborgener Kartoffeln 1629

Anfrage Gilsing: Ausschaltung nichtsozialistischer Arbeiter bei Arbeiterratswahlen 1630

Interpellation Arnstadt und Genossen: Religionsunterricht betr. 1631

26. Sitzung (12. 3. 19). Das Sozialisierungsgesetz in seinem Einfluß auf das Wirtschaftsleben 1713

Bericht über die Kommissionsberatungen zu dem Gesetz 1715

27. Sitzung (13. 3. 19). Berliner Vorgänge. Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln. Sozialisierungsgesetz. Regelung der Kohlenwirtschaft 1813

Gesetz, betr. Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln 1822

Bericht über die Ausschußverhandlungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft 1838

Anlage A: Namentliche Abstimmungen . . . 1905

Anlage B: Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft 1910

Anlage C: Sozialisierungsgesetz 1912

28. Sitzung (25. 3. 19). Anfragen und Interpellationen. Wiederaufbau stillgelegter Betriebe. Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handeltreibenden 1913

Anfragen vgl. die Übersicht S. 1913.

Interpellation Arnstadt und Genossen, betr. Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe

verbunden mit

Interpellation Gröber, v. Payer und Genossen, betr. Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handeltreibenden . 1931

Hauptteil:

Dritte Abteilung

(20. Sitzung und folgende).

20. Sitzung.

Dienstag den 4. März 1919.

Reichsverfassung. — Problem Preußen-Deutschland. — Parlamentarismus und Räterepublik.

Geschäftliches. Anfragen: Nr. 19, D. Dr. Kahl: Verhaftung deutscher Werkleiter in vom Feinde besetztem Gebiet: D. Dr. Kahl (D. Vp.) — Dr. Hemmer, Regierungskommissar: Schärfster Protest gegen die Willkürlichkeiten der Alliierten.

Nr. 28, Arnstadt und Genossen: Papiermangel der Presse: Schiele (D. Nat.) — Wissell, Reichswirtschaftsminister.

Nr. 30, Obler und Genossen: Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln: Obler (D. Nat.) — Schmidt, Reichsernährungsminister.

Schluß der ersten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs:

Henke (U. S.): Kapitalistischer Charakter der Verfassung. — Das Proletariat auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht. — Ein neues Mäntelchen um den alten Staat. — Rätesystem notwendig. — Die Bewegung wird nicht zur Ruhe kommen.

Dr. Stresemann (D. Vp.): Der Vorredner erstrebt verfassungslosen Zustand. — Beispiel: Zustände in Bremen. — Absolutismus einer Minderheit. — Anklagen gegen Preußen eine grenzenlose geschichtliche Undankbarkeit. — Auch andere Kulturzentren außer Berlin innerhalb Preußens. — Nicht immer vom alten Deutschland sprechen, als wäre es nur der Hort alles Unheils gewesen. — Nationalistische Staatskörper können nicht einen internationalen Völkerbund begründen. Parlamentarisierung der Diplomatie. — Deutsch-Österreich und das Selbstbestimmungsrecht. — Gegen den Fieberwahn der Gegenwart: Arbeiten!

Dr. David, Reichsminister: Verfassung Kompromiß. — Aber das Wertvolle über der Kritik nicht vergessen. — Der frühere Reichstag Scheinparlament. — Jetzt ist Reichstagswahl zugleich Regierungswahl. — Die Demokratie wird das Deutsche Reich fester zusammenhalten. — Hauptursache der Katastrophe, daß Millionen staatsfeindlich gemacht. — Große organisatorische Einrichtungen nötig. Im Osten höchstens abschreckendes Beispiel. — Schuldkonto der U. S.

Trimborn (Z.) persönlich.

Vorlage an einen Ausschuß verwiesen. Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen. Eine Anzahl Telegramme und Zuschriften liegen beim Herrn Schriftführer zur Einsicht offen.

Es ist folgender Mitgliederwechsel in den Ausschüssen erfolgt: Es ist eingetreten in den 7. Ausschuß für den Herrn Abgeordneten Dr. Hugenberg der Herr Abgeordnete Behrens.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Hierl (Franken) für 5 Tage, Nitzschke für 8 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 19, D. Dr. Kahl (Nr. 69 der Drucksachen). Zu ihrer Verlesung gebe ich das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Dr. Kahl.

D. Dr. **Kahl**, Abgeordneter:

Die deutsche Heeresverwaltung hat während des Krieges in den besetzten Gebieten Belgiens und Nordfrankreichs, gestützt auf Kriegsnotwendigkeit und völkerrechtlichen Notstand, Maschinen und andere Werkseinrichtungen aus dort vorhandenen Fabriken ausbauen lassen und diese Gegenstände an deutsche Werke verkauft, die sie zu der ihnen aufgetragenen Herstellung von Kriegsmaterial unbedingt benötigten. Die Käufer haben sich durch den Ankauf dieser Gegenstände weder nach deutschem noch nach belgischem oder französischem Recht einer strafbaren Handlung schuldig gemacht. Gleichwohl ist wegen dieser Handlungen eine größere Anzahl von **deutschen Werkleitern** in den gegenwärtig von den Feinden besetzten Gebieten verhaftet und, der Vorstellungen der deutschen Waffenstillstandskommission ungeachtet, schon seit Monaten in Haft behalten worden; ja, es ist nach unwidersprochenen Nachrichten der Hüttenbesitzer Robert Roechling aus Diedenhofen bereits zu einer Zuchthausstrafe von sieben Jahren verurteilt worden. Ich frage an, ob und welche Schritte die Reichsregierung bereits unternommen hat oder zu unternehmen gedenkt, um die sofortige Befreiung dieser zu Unrecht vom Feinde strafrechtlich zur Verantwortung gezogenen oder verurteilten deutschen Werkleiter zu bewirken?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Regierungskommissar Dr. Hemmer.

Dr. **Hemmer**, Kommissar der Reichsregierung: Die Anfrage Nr. 19 wird wie folgt beantwortet: Bei den bisherigen Verhandlungen über die Freilassung der von den Franzosen und Belgiern wegen Beteiligung an der Rückführung von Industriematerial aus den besetzten Gebieten und wegen Kaufs solchen Industriematerials **verhafteten Persönlichkeiten** ist der deutsche Standpunkt von seiten der Entente noch nicht anerkannt. Die deutsche Auffassung stützt sich auf Art. VI Abs. 1 Satz 2 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918, nach welchem niemand wegen der Teilnahme an Kriegsmaßnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorausgegangen sind, verfolgt werden darf. Von deutscher Seite ist von vornherein mit allem Nachdruck daran

festgehalten worden, daß unter diese Kriegsmaßnahmen auch die Beschlagnahmung von Maschinen und Industriematerialien sowie der Abbruch von Maschinen und Eisenkonstruktionen zur Schrottgewinnung oder zwecks Verpflanzung in die deutsche Kriegsindustrie fallen, da sie durch die Notstandslage Deutschlands infolge der Blockade bedingt waren und auf Veranlassung der deutschen Heeresverwaltung erfolgten. Ohne die Requirierung dieses Industriematerials wäre die Herstellung des notwendigen ungeheuren Kriegsmaterialbedarfes nicht möglich gewesen.

Die Berechtigung dieser deutschen Auffassung geht auch aus der Entstehungsgeschichte des Artikels VI hervor. In der ursprünglich von Marschall Foch aufgestellten Fassung lautete er nur:

> In allen geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern untersagt. Dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden.

Von der Waffenstillstandskommission wurde demgegenüber sofort aus Billigkeitsgründen folgende Ergänzung gefordert:

> In den besetzten Gebieten soll gegen niemand eine Strafverfolgung eingeleitet werden, der vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes in irgendeiner Form an der Durchführung von Kriegsmaßnahmen beteiligt war.

Diese deutsche Forderung kam auch in folgender Fassung in den Artikel VI des Abkommens hinein:

> Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmaßnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorausgegangen sind, verfolgt werden.

Die Auffassung, daß unter diese Kriegsmaßnahmen auch die Wegführung von Industriematerial fällt, lehnen die Alliierten, wie gesagt, ab. Auf den Einspruch des Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission bei den Verhandlungen in Trier am 15. Januar 1919 gegen die im Dezember 1918 und Januar 1919 vorgenommenen Verhaftungen erklärte Marschall Foch: Wenn im Waffenstillstand zugesagt sei, daß niemand wegen der Teilnahme an Kriegsmaßnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorhergegangen sind, verfolgt wurde, so handle es sich nur um Fälle von Spionage, nicht aber um Handel mit dem Vermögen der Untertanen des Gegners; er könne eine solche Auslegung des Artikels nicht annehmen, das sei ei sehr kasuistische Auslegung. Demgegenüber hielt der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission aufrecht, daß eine Teilnahme an Kriegsmaßnahmen vorliege, wenn deutsche Industrielle auf Wunsch der deutschen Militärbehörden Maschinen aus den besetzten Gebieten kauften, um die Kriegsproduktion zu steigern. Wenn die Alliierten glaubten, Ansprüche erheben zu können, so dürften sie diese nur an die deutsche Regierung

stellen; sie dürften aber nicht einzelne Personen darunter leiden lassen und diese verhaften, weil sie Maschinen und Materialien ordnungsgemäß von der deutschen Regierung gekauft hätten.

Auf diese Ausführungen hin sagte Marschall Foch lediglich eine Untersuchung der bisher vorgekommenen Einzelfälle zu. Es wurde Marschall Foch darauf hin Ende Dezember eine ausführliche Darstellung der ganzen Frage überreicht. Sie enthält eine Denkschrift, eine Liste der bisher vorgenommenen Verhaftungen, ein Schreiben des Kriegsamtes, in welchem das Kriegsamt ausdrücklich bestätigt, daß jede Rückführung von Industriematerial aus den besetzten Gebieten mit Rücksicht auf die ungünstige Rohstoff- und Produktionsmittellage Deutschlands von seiten der Heeresverwaltung angeordnet worden ist, daß die Privatpersonen, die derartige Industriematerialien zur Zeit der Besetzung der Gebiete durch die Alliierten im Besitz gehabt haben, dieses Material unter Zahlung des angemessenen Gegenwertes von dem Reichsfiskus durch ordnungsmäßigen privatrechtlichen Kaufvertrag erworben haben und an dem Verfügungsrecht der deutschen militärischen Stellen keinen Zweifel haben konnten. Beigefügt war noch ein persönlicher Brief des Reichsministers Erzberger, in dem erneut die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die verhafteten Persönlichkeiten unverzüglich in Freiheit gesetzt würden. Einzelheiten und Wortlaut sind aus Drucksache Nr. 11 der Waffenstillstandskommission ersichtlich, die dem hohen Haus in den nächsten Tagen zugehen wird.

Marschall Foch gab dann durch eine Note des Generals Nudant vom 31. Januar 1919 mit Bezug auf die deutscherseits wegen der Verhaftungen erhobenen Proteste die Erklärung ab, daß er in dieser Angelegenheit allgemeine Anweisungen erst dann erlassen könne, wenn eine gesetzliche Regelung über die Rückgabe des weggeführten Materials durch die deutsche Regierung erfolgt sei.

Hieraus konnte geschlossen werden, daß Marschall Foch eine allgemeine Regelung der Frage vorsah, so wie die deutsche Regierung eine generelle Anordnung wegen der Anzeige der Maschinen und des Materials erlassen haben würde. Diese Bedingung wurde von deutscher Seite erfüllt. Am 1. Februar 1919 erging eine Verordnung (Reichsgesetzblatt Nr. 28), um die Anzeige, pflegliche Behandlung und Rückgabe der Maschinen zu sichern. Strenge Strafe ist gegen die Personen angedroht, die ihrer Pflicht zur Anmeldung aus Frankreich und Belgien weggeführter Maschinen und Materialien nicht nachkommen.

Hiermit entfiel jeder Grund für die Verhaftungen und Verurteilungen. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission ersuchte deshalb bei den letzten Verhandlungen in Trier erneut um sofortige Freigabe der willkürlich Verhafteten. Bei dieser Gelegenheit

erwiderte Marschall Foch schriftlich, daß er die deutsche Auslegung des Artikels VI nicht teilen könnte und lediglich zugesagt hätte, daß er die ihm zur Kenntnis gebrachten Fälle den zuständigen Gerichtsbehörden unterbreiten werde. Auf die mündlichen Vorstellungen des Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission erklärte er, daß er in die Gerichtsgebarung nicht eingreifen könne.

Dieser Standpunkt ist unhaltbar, da sich die feindlichen Regierungen durch den Hinweis auf die Gerichtsbarkeit ihrer Länder nicht von der völkerrechtlichen Verpflichtung befreien können, die ihnen nach Artikel VI, Absatz 1, Satz 2 des Waffenstillstandsabkommens obliegt. (Sehr richtig! rechts.) Die Anwendbarkeit dieses Artikels auf die in Frage kommenden Rückführungsmaßnahmen ist nach Ansicht der deutschen Regierung so einwandsfrei berechtigt, daß sich jede Diskussion der strafrechtlichen Seite dieser Angelegenheit erübrigen müßte. Lediglich im Interesse der Verhafteten wurde daher sowohl den Vertretern der Alliierten in Spaa wie den Verhafteten auch ein juristisches Gutachten übermittelt, in dem nachgewiesen ist, daß selbst bei Annahme einer widerrechtlichen Enteignung des fraglichen Industriematerials durch die deutschen Behörden eine Strafbarkeit der verhafteten Persönlichkeiten weder objektiv noch subjektiv nach deutschem, französischem oder belgischem Recht vorliegt.

Bei der klaren Rechtslage ist von der Waffenstillstandskommission am 28. Februar 1919 durch eine Note noch einmal um eine unparteiische Prüfung und alsbaldige Regelung dieser wichtigen Fragen ersucht worden. Sollte diesem Ersuchen nicht in befriedigender Weise entsprochen werden, so muß erneut gegen die flagrante Verletzung des Waffenstillstandsvertrags und die in dem feindlichen Vorgehen liegende unerhörte Vergewaltigung vor aller Welt feierlich der schärfste Protest eingelegt werden. (Bravo!) Außerdem wird es sich die deutsche Regierung selbstverständlich angelegen sein lassen, den Verhafteten bei einem etwaigen Prozeßverfahren seitens der Gegner nach Möglichkeit Unterstützung zu gewähren.

Die Verurteilung des Herrn Robert Roechling ist bisher nur aus Zeitungen bekannt geworden. Die französische Regierung ist durch die Waffenstillstandskommission um Mitteilung ersucht worden, ob diese Nachricht zutrifft. Eine Antwort ist bisher nicht eingegangen. In letzter Zeit sind einige Verhaftete auf freien Fuß gesetzt worden, allerdings nur gegen Hinterlegung außerordentlich hoher Kautionen. Diese Forderung der Alliierten ist selbstverständlich ebenso ungerechtfertigt und willkürlich wie die Verhaftung selbst. (Bravo!)

Präsident: Ich rufe auf die Anfrage Nr. 25, Dr. Rießer (Nr. 86 der Drucksachen) und bemerke dazu, daß sie nur durch ein Versehen auf die Tagesordnung gekommen ist. Ich habe ja gestern dem Hause schon

mitgeteilt, daß sie nicht beantwortet werden kann, da die Auskünfte bei der Regierung noch nicht eingegangen sind.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 28, Arnstadt und Genossen (Nr. 89 der Drucksachen). Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter:

Infolge des herrschenden **Papiermangels** kann die deutsche Presse ihren Aufgaben weder im Inlande noch in bezug auf die notwendige wirksame Vertretung der Reichsinteressen gegenüber dem Auslande gerecht werden. Was kann und will die Regierung tun, um diesem Notstande abzuhelfen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Reichsminister Wissell.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Das Reichswirtschaftsministerium bedauert lebhaft, daß es der deutschen Tagespresse infolge des herrschenden **Mangels an Druckpapier** nicht möglich ist, ihre gerade jetzt bedeutsamen Aufgaben zu erfüllen. Der aufgetretene Mangel beruht auf der Streikbewegung und auf den bekannten Schwierigkeiten der Kohlenversorgung und des Transportwesens, die immer wiederkehrend zeitweise Stillegungen von Papierfabriken zur Folge haben. In der letzten Zeit war vielfach auch die Abbeförderung des Papiers von den Fabriken nach den Verbrauchsorten durch die Betriebseinstellungen auf wichtigen Verkehrsstrecken empfindlich gestört. Das Reichswirtschaftsministerium ist mit besonderem Nachdruck bemüht, diese Erzeugungs- und Beförderungsschwierigkeiten zu überwinden. Eine die berechtigten Wünsche der Tagespresse befriedigende Papierversorgung wird aber leider erst dann möglich sein, wenn das deutsche Wirtschaftsleben wieder in einigermaßen geordnete Bahnen zurückgekehrt sein wird.

Präsident: Ich rufe auf die Anfrage Nr. 30, Ohler und Genossen (Nr. 91 der Drucksachen) und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Ohler.

Ohler, Abgeordneter:

Die Belieferung der **Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln** ist eine durchaus unzureichende. Die Landwirtschaft muß jede Verantwortung für den Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung und der dadurch auf das äußerste gefährdeten Ernährung des deutschen Volks mit ihren nicht abzusehenden Folgen ablehnen, wenn ihr nicht die unbedingt notwendigen Mengen an künstlichen Düngemitteln, in erster Linie an Stickstoffdüngemitteln, auf das schleunigste zugehen. Ist die Reichsregierung über diese Sachlage unterrichtet, und was gedenkt sie zur unverzüglichen Abhilfe dieser Notlage zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Reichsminister Schmidt.

Schmidt, Reichsernährungsminister: Vom Standpunkte der Volksernährung ist der Rückgang in der Belieferung der **Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln** sehr zu bedauern. Der Rückgang in der Belieferung mit schwefelsaurem Ammoniak ist darauf zurückzuführen, daß uns die Produktion aus den linksrheinisch gelegenen Kokereien nicht mehr zur Verfügung steht. Das gleiche gilt von dem sehr erheblichen Teil unserer Gesamtproduktion an Thomasmehl. Die Reichsregierung ist bemüht, bei den Verhandlungen mit den alliierten Mächten die Freigabe der Produktion zu erlangen. Bisher ist ein uns günstiger Abschluß nicht zu erzielen gewesen.

Die Herstellung von synthetischem Ammoniak ist gestört durch die Lahmlegung des Ludwigshafener Werkes und die sehr erheblichen Produktionsstörungen der übrigen Betriebe, die bei dem Mangel an Kohle eine nur mäßige Ausbeute erzielen können. Die Schwierigkeiten im Transportwesen, die mangelnde Kohlenbelieferung, das Fehlen von Kalk bei der Herstellung von Kalkstickstoff und die durch die Haltung der Arbeiter hervorgerufenen Produktionserschwerungen sind die Ursache des Rückganges der Erzeugung.

Die Belieferung der deutschen Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln wird unter diesen Umständen leider hinter den Mengen zurückbleiben, die noch während des Krieges vorhanden waren. Der Schaden, der unserer Landwirtschaft und damit unserer Volksernährung erwächst, ist sehr erheblich und erfüllt die Reichsregierung mit banger Sorge. Es soll deshalb alles geschehen, um die Hindernisse, die der Produktion bereitet werden, zu beseitigen.

Präsident: Wir kommen zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs (Nr. 59 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet: vom Reichsministerium der Justiz: der Geheime Regierungsrat Herr Zweigert, vom Reichs-Eisenbahnamte: der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts, Wirkliche Geheime Rat Herr Fritsch, und der Geheime Oberregierungsrat Herr Schlesier.

Die Beratung ist wieder eröffnet. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Henke.

Henke, Abgeordneter: Werte Versammlung! Auf der Grundlage der „Freiheit" und „Gerechtigkeit" soll das Reich erneuert und gefestigt werden. Meine Freunde sind mit mir der Überzeugung, daß das nicht möglich sein wird, solange die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, denn so lange sind Freiheit und Gerechtigkeit gegenüber der zahlreichsten Klasse innerhalb dieses Reichs ein Ding der Unmöglichkeit.

So ist es denn kein Wunder, daß schon gegenüber dem ersten Entwurf einer neuen Verfassung, der seinerzeit in der Konferenz der Freistaaten zur Beratung stand, mancherlei Verschlechterungen eingetreten sind. Ich will nicht auf alle diese Verschlechterungen zurückkommen, zumal sie in der Debatte schon mehrfach erwähnt wurden; ich will nur auf das eine und das andere noch hinweisen.

So findet sich eine Verschlechterung im Artikel 30, wo davon die Rede ist, daß die Behörden nur insoweit das Recht haben sollen, nach der **Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft** zu fragen, als davon die Rechte und Pflichten abhängen. Im alten Entwurf war von letzterem nicht die Rede. Es ist nun also in die Hände der Behörden gegeben, wegen der Zugehörigkeit zu dieser oder jener Religionsgemeinschaft, je nachdem ob sie den Herren mißliebig ist oder nicht, Schwierigkeiten zu bereiten.

Eine weitere Verschlechterung liegt nach meiner Ansicht im Artikel 31 vor. Da heißt es unter anderem: Für die **Bildung der Jugend** und des ganzen Volkes soll durch öffentliche Anstalten genügend gesorgt werden. Was heißt das: „genügend gesorgt werden"? Wir wissen aus Erfahrung, daß bisher in allen kapitalistischen Ländern Bildungsmöglichkeiten nur insoweit geschaffen worden sind, als dies den Zwecken des Kapitalismus dienlich erschien. Darüber scheint man auch jetzt in dem neuen Reiche, in dem angeblich Freiheit und Gerechtigkeit herrschen sollen, nicht hinausgehen zu wollen, und damit wird bestätigt, was ich vorhin über diese vermeintliche Freiheit und Gerechtigkeit gesagt habe.

Im Artikel 33 ist davon die Rede, daß alle Deutschen das Recht haben sollen, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich zu versammeln. Das soll aber nicht erlaubt sein, wenn diese Deutschen mit Waffen zusammenkommen wollen, wenn auch in friedlicher Absicht. Das erscheint mir sehr seltsam in einer Zeit, wo doch mit Hilfe der Waffen ein neuer Zustand erkämpft und errichtet worden, der alte Militarismus aber zusammengebrochen ist. Wir gehen doch einer Zeit entgegen, wo alle waffenfähigen Männer werden bewaffnet werden müssen, wenn überhaupt dafür noch eine Notwendigkeit als gegeben erachtet wird. (Zurufe und Unruhe.) Wird es aber für notwendig erachtet, dann muß natürlich auch eine **Versammlung** solcher Männer **mit Waffen** jeweils erlaubt sein. Darin, daß dieser Artikel diesen Wortlaut erhalten hat, kann ich nur die Besorgnis entdecken, daß man vermutet, es könnten Elemente zu den Versammlungen sich zusammenfinden, die mit den Waffen alles andere, nur nicht das ausrichten wollen, was der jeweiligen Regierung angenehm ist.

Im Artikel 34 — darauf hat schon mein Parteifreund Cohn hingewiesen — heißt es: „Die **Arbeitskraft** steht unter dem besonderen Schutze des Reichs." Die Arbeiter wissen sehr genau, was sie unter

diesem Wortlaut zu verstehen haben, die Arbeiter sind überzeugt, daß das nur eine einfache Redensart ist trotz aller demokratischen Verfassung, trotz aller Republik. Sie wissen sehr genau, daß die Arbeitskraft entsprechend der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schon deshalb des Schutzes bedarf, weil die Besitzer der Arbeitskraft schwächer sind als die Besitzer der Produktionsmittel, und daß andererseits die Besitzer der Produktionsmittel allemal einen solchen Einfluß auf die Gesetzgebung und auf die Verwaltung haben, daß ein hinreichender Schutz der Arbeitskraft niemals in dieser Gesellschaft durchführbar ist.

Meine Herren, an den einzelnen Artikeln mit ähnlichem Wortlaut ließe sich ja noch eine ganze Menge Kritik üben; doch davon will ich absehen. Ich will nur noch auf eins hinweisen, was sehr deutlich für den kapitalistischen Charakter dieser ganzen Verfassung spricht. Das ist Artikel 37, in dem es heißt: „Eine **Enteignung** kann nur zum Wohle der Allgemeinheit **gegen Entschädigung** auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden." Ich bin der Meinung, es sind eine ganze Menge von Fällen denkbar, wo eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit eintreten muß, wo es aber eine Versündigung an den Interessen der Allgemeinheit wäre, wenn man die Enteigneten auch entschädigen wollte. Sie haben sich auf Kosten der Allgemeinheit — es sei nur an die Kriegsgewinnler erinnert — derart bereichert, in so unverschämter Weise, mit solch skrupellosen Mitteln bereichert, daß ich nichts Unrechtes darin finden würde, wenn man ihnen das, was sie der Gesellschaft abgenommen haben, wieder abnehmen würde auf dem Wege der Konfiskation. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese einzelnen Momente, die ich angeführt habe, sind schon ein Beweis dafür, daß diese Verfassung einen ganz besonderen Zuschnitt hat, den der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Herr Reichsminister Preuß hat nun der Opposition von rechts vorgehalten, die alte Verfassung habe gerade dann versagt, als die größten Anforderungen an sie gestellt wurden, als sie sich gerade hätte in ihrem Glanze zeigen müssen, während des Weltkriegs. Das ist ganz gewiß richtig, aber dann liegt es doch nahe, in Anknüpfung an diese Äußerung zu fragen: Glaubt Herr Reichsminister Preuß, glaubt die Reichsregierung, daß die **neue Verfassung** den Ansprüchen, die die Gegenwart und die nächste Zukunft an sie stellen werden, durchaus genügen wird, wenn sie nach dem vorliegenden Entwurf ausfallen sollte? Meine Parteifreunde und ich sind der Überzeugung, daß das nicht der Fall sein wird und nicht der Fall sein kann. So ist denn auch eines wohl ganz unbestritten: so alt wie die zusammengebrochene Verfassung wird die neue auf keinen Fall werden, wenn sie überhaupt zustande kommt. Es sind ja mancherlei bedenkliche Anzeichen dafür bemerkbar, daß ihr Zustandekommen sehr

in Frage gestellt ist. Schon aus dem einen Grunde, weil die werdenden Verhältnisse der kommenden neuen Gesellschaft viel zu sehr noch im Flusse sind, als daß sie in einer Verfassung, als daß auch nur das Wesentlichste in ein Grundgesetz heute überhaupt schon zusammengefaßt werden könnte, insbesondere, wo wir heute sehen, daß der Boden, auf dem wir stehen, wie neulich von dieser Stelle aus von einem Regierungsmitgliede gesagt worden ist, ein sehr schwankender geworden ist. Verfassungen von Dauer können meiner Meinung nach nur möglich sein, wenn sie besonders den wirtschaftlichen Triebkräften der Zukunft einen genügenden Spielraum gewähren. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das aber tut der Entwurf nicht und kann es nach seinem ganzen Charakter, den ich bereits kurz gekennzeichnet habe, nicht, weil er nirgends über die Grenze des bürgerlich-kapitalistischen Staates hinausdringt und hinausdringen soll. Die Wirtschaftsordnung und die wirtschaftlichen Triebkräfte einer zweifellos sehr nahen Zukunft werden sozialistischer Art sein. Wer das noch zu bestreiten wagt, der versteht nach meiner Meinung die Zeichen dieser Zeit nicht und wird dann natürlich auch alles falsch beurteilen, was rings um uns vorgeht, und wird falsche Mittel zur Unterdrückung oder Beseitigung dessen, was um uns her vorgeht, zur Anwendung zu bringen suchen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die neue Verfassung — davon bin ich überzeugt — wird **widerspiegeln**, daß in der Nationalversammlung eine **bürgerliche Mehrheit** ist, die, wie sehr sie in ihren einzelnen Teilen auch differieren mag, darin einig und geschlossen sein wird, daß die **kapitalistische Produktionsweise erhalten bleiben muß**. Die neue Verfassung wird ferner widerspiegeln, daß die Verteidiger der kapitalistischen Produktionsweise und Wirtschaftsordnung noch starke Stützen in dem erschütterten Staate haben, zum Beispiel in der alten Bureaukratie. Die stärkste Stütze des Kapitalismus, die Militärmacht, ist zusammengebrochen; aber wir haben in der jüngsten Zeit erleben können, daß im blinden Haß gegen revolutionäre Kämpfer man drauf und dran ist, eine neue Militärmacht zu schaffen, die dann selbstverständlich wie die alte zur Unterdrückung der Arbeiterklasse benutzt wird.

Von Interesse ist dabei, daß verschiedene Ereignisse im Laufe der geschichtlichen Entwicklung sich oft, man könnte fast sagen, bis zur Lächerlichkeit ähneln, und es ist daher berechtigt, an etwas zu erinnern, was weiter hinter uns liegt, und von dem mancher glaubt, daß es der Vergangenheit angehört. In **Frankreich** waren die **Arbeiter** nach jeder **Revolution** bewaffnet, sobald aber — so schreibt Friedrich Engels — die am Ruder befindlichen Bourgeois-Republikaner einigermaßen festen Boden unter den Füßen spürten, war ihr erstes Ziel, die Arbeiter zu entwaffnen, wobei nach jeder Revolution ein neuer Kampf kam, der mit

der Niederlage der Arbeiter endete. Einen solchen Kampf erleben wir heute Tag für Tag. Wir haben ihn in einer Reihe von Städten erlebt, die ich wohl nicht zu nennen brauche, wir erleben ihn gegenwärtig in Berlin und Umgegend, in Königsberg usw., nur mit dem Unterschiede, daß es nicht nur Bourgeois-Republikaner sind, die diesen Kampf gegen die Arbeiter führen — die nach der Revolution bewaffnet bleiben wollen, wie sie während der Revolution Waffen trugen und dadurch zum Siege der Revolution beigetragen haben —, es sind nicht nur Bourgeois-Republikaner, sondern auch Sozialdemokraten, die das mit ihnen im Bunde machen. Und wie geht man dabei gegen die Arbeiter vor? Welche rechtliche Grundlage benutzt man dabei? Die immer noch provisorische Regierung Preußens benutzt dabei das alte Belagerungszustandsgesetz, außerordentliche Kriegsgerichte werden eingesetzt, kurzum, alle die uns so vertrauten Dinge werden in die Erinnerung zurückgerufen, die wir in viereinhalb Kriegsjahren kennen gelernt und verflucht haben und die besonders die Arbeiterschaft verflucht hat, weil sie am meisten unter ihnen zu leiden hatte. Und das nach der Revolution vom 9. November! Militarismus und Monarchie sind zusammengebrochen, es lebe die demokratische Gewaltherrschaft! Die revolutionäre Rolle, die die Gewalt in der Geschichte gespielt hat, scheinen mir diejenigen Sozialdemokraten völlig zu übersehen oder ganz vergessen zu haben, die solche Gewalt heute gegen die revolutionären Arbeiter anwenden. (Zurufe.) Es muß doch an die Worte Friedrich Engels erinnert werden, wonach die Gewalt noch eine andere Rolle spielt, als man sie ihr hier zuzuschreiben pflegt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in **Marx'** Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene politische Formen zerbricht. Davon hört man heute auf seiten der Sozialdemokraten, die Gewalt gegen Gewalt setzen, kein Wort mehr, und das zeigt, wohin diese Leute mit ihrem Denken geraten sind. Mit meinen Parteifreunden bin ich nun überzeugt: was man auch unternehmen wird, den bürgerlich-kapitalistischen Staat zu erhalten, wie sehr man das insbesondere auch mit der neuen Verfassung erstreben mag: sein Sterbeglöcklein hat geläutet und läutet weiter. Das **Proletariat** ist im Sturmschritt auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht; im **Kampfe** werden seine Kräfte wachsen, und keine Macht ist imstande, es auf diesem Wege aufzuhalten. Es wird sein Ziel erreichen, und nie waren wir dem Moment näher als jetzt, von dem die Sozialdemokratie den Arbeitern Jahrzehnte hindurch immer wieder gesprochen hat: dem **Momente** der Ergreifung der Staatsgewalt durch die Arbeiterklasse und der **Überführung** der Produktionsmittel aus den Händen einzelner weniger in die Hände der Allgemeinheit.

Verehrte Versammlung, nie war es deshalb meines Erachtens auch notwendiger, über das Verhältnis dieser **Staatsgewalt** und der Arbeiter zueinander Klarheit zu verbreiten, erst recht dann, wenn wir hier jetzt im Begriffe stehen, eine neue Verfassung zu schaffen. In Artikel 2 dieser neuen Verfassung heißt es:

> Die Staatsgewalt liegt beim Volke. Sie wird in den Reichsangelegenheiten durch die auf Grund der Reichsverfassung bestehenden Organe ausgeübt, in den Landesangelegenheiten durch die Organe der deutschen Gliedstaaten nach Maßgabe ihrer Landesverfassungen.

Ich möchte wissen, wo da eine Garantie dafür enthalten ist, daß diese Organe der Staatsgewalt den Arbeitern gegenüber nicht genau so wieder sich betätigen werden, wie das frühere Organe der Staatsverwaltung auch getan haben. Gewiß, einige Garantien sind ja scheinbar gegeben, auf die ich später zu sprechen komme; aber das ist doch wirklich keine Garantie, wenn man diese Verfassung eine demokratisch-republikanische Verfassung nennt oder auch meinetwegen nennen darf. „Der Staat, dessen Grundlage diese neue Verfassung werden soll, wird die Deutsche Republik sein, die demokratische Selbstorganisation des deutschen Volkes als einer politischen Gesamtheit." So heißt es in der Denkschrift zu dem ersten Entwurf der Reichsverfassung. Aber wenn in Artikel 2 von den Organen die Rede ist, die die Ausführung übernehmen sollen, dann muß ich doch daran erinnern: in dieser neuen Verfassung ist vorgesehen, daß der **Reichspräsident** die Reichsbeamten ernennt. Es kommt doch ganz darauf an, welche Vollmachten der Reichspräsident hat, wer jeweilig als Reichspräsident an der Spitze des Reichs stehen wird und nun von diesem Ernennungsrecht Gebrauch macht. Wir können nicht die Überzeugung gewinnen, daß da bis jetzt irgendwelche Sicherheiten beständen, daß da nicht mit dem Recht der Ernennung Mißbrauch getrieben werden könnte.

Diese Organe müßten nach unserer Meinung in ihrer übergroßen Menge durch das Volk gewählt werden, es müßte auf solche Weise mindestens eine Garantie dafür geschaffen werden, daß das Volk nicht durch Organe regiert wird, die sein Bestes auf keinen Fall wollen. Sie sollten sich zu Herzen nehmen, was selbst ein Mann wie Friedrich Meinecke sagt. Er weist darauf hin, wie das **Beamtentum** in den westlichen Demokratien korrumpiert worden ist, daß sich da allerhand Erscheinungen gezeigt haben, deren Einzug wir ein für allemal verhindern müssen. Ich muß Meinecke recht geben, denn unsere bedeutendsten Vorkämpfer haben, soweit sie sich über den Staat und über die Republik und die Demokratie ausgelassen haben, immer auf diese große Gefahr in demokratischen Republiken hingewiesen.

Ich bin deswegen auch mit Meinecke der Auffassung, daß man zum mindesten von besseren Einrichtungen lernen sollte, wie man sie beispielsweise in der Schweiz hat. Meinecke erwähnt in einem Auf-

satz den Staatsrechtslehrer Fleiner in der Schweiz, der gelegentlich von dem Schweizer Beamtentum schreibt: „Kein Berufsbeamtentum, aber eine Klasse von Personen, die sich in den Traditionen und der Atmosphäre einer großen öffentlichen Verwaltung bewegt; keine Anstellung auf Lebenszeit, sondern eine solche auf eine beschränkte Zahl von Jahren, aber mit der sicheren Anwartschaft, daß der einzelne Beamte nach Ablauf der Amtsdauer wiedergewählt wird, wenn er sich keiner Pflichtverletzung schuldig gemacht hat." Das ist immerhin eine gewisse Garantie, die man mindestens vorsehen müßte, wenn nicht aus Artikel 2 der Verfassung große Übelstände für die Volksmassen entstehen sollen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun könnte mancher meinen: das, was in der **neuen Verfassung** und was in den schönen Reden über diese neue Verfassung zum Ausdruck gekommen ist, müßte die **Arbeiter**, müßte vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter befriedigen; zumal ein großer Teil dieser schönen Reden ja von Sozialdemokraten gehalten worden ist. Müßten also — so könnte man fragen — nicht gerade diese sozialdemokratischen Arbeiter mit diesem neuen Zustande zufrieden sein? Ist dieser Staat, von dem im Artikel 2 die Rede ist, nicht der Staat, den sie lange ersehnt und um dessen Verwirklichung sie so viele Opfer gebracht haben? Ein großer Teil der Arbeiter war sofort unzufrieden mit dem Staat, der ihnen **da** angekündigt wurde, und die Zahl der mit ihm Unzufriedenen ist **gewaltig** im Steigen begriffen. Ein Teil der Arbeiter sieht es, und **instinktiv** fühlt es ein anderer Teil, daß dieser so laut gepriesene, angeblich neue Staat die Fesseln der kapitalistischen Herrschaft **nicht** von ihnen **nehmen** wird. Dieser Fesseln ledig zu werden, ist **aber** ihr allerheißester Wunsch, nachdem sie vornehmlich während der Jahre des Weltkrieges die Folgen der anarchischen, kapitalistischen Produktionsweise am **eigenen** Leibe in furchtbaren Leiden zu verspüren bekommen haben. (Sehr **wahr**! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn wir heute die Arbeiter in großen Streikbewegungen tätig sehen, wenn wir sie **immer** und immer wieder allen Ermahnungen zum Trotz in Streiks eintreten sehen, ja, verehrte Versammlung, dann ist das darauf zurückzuführen, daß sie am eigenen Leibe die Folgen dieser anarchischen Produktionsweise insbesondere während der Kriegsjahre verspürt haben, und **daß** sie nun sehen: es soll dieser alte Staat, unter dem sie so sehr **zu leiden** hatten, es soll die alte Produktionsweise, auf die der alte Staat sich gründete, nicht beseitigt werden, sondern der alte Staat soll **nur** ein neues Mäntelchen umgehängt bekommen, er soll eine **neue** Umhüllung bekommen. Das ist zweifellos der Fall: „Demokratische Republik" — das ist die beste Umhüllung **des** kapitalistischen **Staates**, die sich denken läßt und die möglich ist.

Die Arbeiter wissen deswegen aber auch, woran sie sind. **Jahrzehnte hindurch** ist ihnen durch die Sozialdemokratie mit Recht gesagt

worden — und die Unabhängige Sozialdemokratie spricht noch heute so — einmal, daß der Staat in der menschlichen Gesellschaft erst aufkommt, nachdem die ökonomische Entwicklung zur Zerklüftung der Gesellschaft in Klassen geführt hat, und dann, daß der Staat ein **Organ der Klassenherrschaft**, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch eine andere sei. Ferner sehen die Arbeiter, daß in den demokratischen Republiken, wie in Frankreich und Amerika — ich wies schon kurz darauf hin —, der Reichtum seine Macht zwar indirekt, aber dafür um so sicherer zur Geltung zu bringen weiß, und daß das geschieht einmal in der Form der Beamtenkorruption, und daß es andererseits geschieht in dem Bruderbund zwischen Regierung und Börse beziehungsweise Bankkapital. Gerade weil die Arbeiter diese enge Liierung zwischen Bankkapital und Regierung während des Krieges so eingehend kennen gelernt haben, sind sie weiter der Meinung, daß die gegenwärtige Staatsform, die ihnen geboten wird, daß diese neue Verfassung ihnen nicht das Heil bringt, nach dem sie sich so sehr sehnen, für das sie schon so lange gekämpft haben. Gerade jetzt, wo hier eine neue Verfassung geschaffen werden soll, und wo der Boden, auf dem bei dieser Arbeit die Nationalversammlung sowie die Reichsregierung fußen, ein immer schwankenderer geworden ist, ist doch daran zu erinnern, daß schon vor mehreren Jahrzehnten den Arbeitern ferner gesagt worden ist: „Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind, und mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat." Verehrte Versammlung, das wollen die Arbeiter jetzt in Erfüllung gehen sehen, nämlich, daß die Klassenherrschaft schwindet und daß damit auch der Staat schwindet.

Die Erinnerung ist meines Erachtens notwendig, damit sich diejenigen, die sich so viel von der neuen Verfassung erhoffen, keinen Illusionen hingeben.

Die Demokratie, von der heute im Übermaß die Rede ist, beseitigt die kapitalistische Ausbeutung also nicht; sie vermag sie aber — wie ich schon erwähnte — am besten zu umhüllen. In der demokratischen Republik bleibt die Demokratie eben immer in den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung gespannt. Die Besitzer der Produktionsmittel haben infolgedessen den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der hauptsächlichsten politischen Ereignisse. Deshalb bleibt die Demokratie im Grunde genommen stets eine Demokratie der Minderheit, eine Demokratie der besitzenden Klassen, eine Demokratie der Reichen. Die Masse der Arbeiter aber bleibt infolge der aus der Ausbeutung resultierenden Verhältnisse von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ferngehalten. Auf Grund der kapitalistischen Aus-

deutung und des Elends, die auch in der demokratischen Republik mit Sicherheit bleiben, hat die Arbeiterschaft auch unter der neuen Staatsform weder Zeit, an Politik noch an Demokratie zu denken.

Nun wird man einwenden, das **allgemeine gleiche Wahlrecht** sei doch in den Händen der Arbeiter ein Mittel, um — wie es in dem Artikel über die Bildungsmöglichkeiten heißt — „genügend" Einfluß auf das politische Leben, auf die Gesetzgebung und auf die Verwaltung des Landes zu bekommen. Ja, werte Versammlung, wenn man sich darauf beruft, daß dieses allgemeine Wahlrecht, das wir bekommen sollen, das beste sein wird, das es überhaupt auf dem Erdball gibt, so ist doch dem gegenüber zu bemerken, daß man das Wahlrecht überhaupt nicht allzusehr preisen darf. Die Arbeiter haben das Wahlrecht kritisch zu prüfen und zu beurteilen gelernt; sie sind durch ihre großen Vorkämpfer wie Marx, Engels und auch Lassalle davor bewahrt geblieben, in dem allgemeinen Wahlrecht ein Mittel zu sehen, durch das sie von allen ihren Gebrechen und von all ihrem Elend befreit werden könnten.

In der Tat, das muß man zugeben: ein „Feigenblatt des Absolutismus" wird der **neue Reichstag** auf Grund dieses allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts, verbessert durch das Verhältniswahlsystem, nicht sein; aber er wird ein Parlament sein, in dem viel geredet (Rufe: Sehr richtig! Die Unabhängigen! — Heiterkeit) und nicht vollzogen wird, was da beschlossen wurde. (Erneute Zurufe.) — Ja, Sie können es mir nicht verwehren, daß ich in einem Parlament, wo viel geredet wird, gelegentlich auch einmal eine kurze Rede halte. (Große Heiterkeit.) In einem Parlament solchen Zuschnitts, wie es die Nationalversammlung ist, wo auf Grund der Verfassung das neue Parlament wieder zustandekommen soll, gibt es nichts anderes als reden. Aber der Mangel, auf den ich hinweise, ist, daß in diesem Parlament nur geredet wird, daß Gesetze gemacht werden, daß aber die Vollzugsgewalt diesem Parlament fehlt.

Dem allgemeinen Wahlrecht ist von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus und auch von Lassalle immer nur eine relativ hohe Bedeutung beigelegt worden. Eine entscheidende Bedeutung für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse von den Fesseln des Kapitalismus haben sie ihm nicht beigemessen. Als Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse, aber auch als Waffe für die Herrschaft der Bourgeoisie hat Friedrich Engels das allgemeine Wahlrecht bezeichnet. Mehr als ein solcher Gradmesser könne es für die Arbeiterklasse im heutigen Staate nie sein, sagte er. Und aus Erfahrung weiß die deutsche Arbeiterschaft, was ihr das Wahlrecht zum Reichstag gewesen ist, und daraus schließt sie, was ihr das allgemeine Wahlrecht für den künftigen Reichstag sein kann.

Da ist es doch wirklich nicht verwunderlich, verehrte Versammlung,

wenn sich die Arbeiter trotz all der schönen Reden über die freie demokratische Verfassung und den einheitlichen Volksstaat, der die demokratische Selbstorganisation des deutschen Volkes sein und in dem die Staatsgewalt beim Volke liegen soll, in steigendem Maße für Institutionen erklären, die die Revolution geboren hat und in denen die Proletarier selbst glauben, ihre Interessen am besten wahrnehmen zu können: für die **Arbeiter- und Soldatenräte** (Zurufe), von denen, wenn ich nicht irre, auch gestern noch der Herr Reichsminister Preuß gemeint hat, daß man ihnen in der Verfassung wohl keinen Platz werde einräumen können.

Nun, werte Versammlung, immer massenhafter verlangen die Arbeiter nach der Anerkennung und gesetzlichen Sicherstellung der Arbeiter- und Soldatenräte, und da im Verfassungsentwurf von diesen Räten nicht die Rede ist, um so mehr aber in der Nationalversammlung die Gegnerschaft gegen diese Räte zum Ausdruck gekommen ist, wächst das Mißtrauen in den Reihen der Arbeiter, ja die Feindseligkeit gegen die Nationalversammlung. Und das geschieht *selbst in den Kreisen der mehrheitssozialistischen* Arbeiter in steigendem Maße. Es eröffnet sich damit ja die erfreuliche Aussicht, daß auf Grund der gemeinsamen Forderung nach dem Ausbau und der Befestigung des Räteinsteins die Kampfgeschlossenheit aller sozialdemokratischen Arbeiter zustande kommt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Heiterkeit.) Die Räte sind für die Arbeiter die Vereinigung der demokratischen Gesetzgebung und der Vollzugsgewalt. Soll hier eine neue Verfassung zustande kommen, geehrte Versammlung, so darf das jedenfalls nicht erfolgen, ohne daß den Räten entsprechend ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der ihnen gebührende Platz darin eingeräumt wird. Wir Unabhängigen Sozialdemokraten fordern mit allem Nachdruck, daß das geschehe. Nichts kann verkehrter und kurzsichtiger sein als die Annahme, die Arbeiter hätten in arger Verwirrung nur Schlagworte sich zu eigen gemacht, die die russische Revolution in das politische Leben geworfen hat. Nein, werte Versammlung, sie haben den **bürgerlich-kapitalistischen** Parlamentarismus zur Genüge kennen gelernt, um nicht aufs neue auf die Leimruten zu kriechen, die in seinem Namen ausgelegt werden. Es kommt noch hinzu: Für alles, was seine Befreiung angeht, hat das Proletariat ein gutes Gedächtnis und eine feine Witterung; wie übrigens jede andere Klasse auch. Wenn der Herr Reichsminister Preuß wiederholt auf das Frankfurter Parlament hingewiesen hat, ist es mir wohl erlaubt, auch eine Erinnerung aufzufrischen, und zwar die an die **Kommune von 1871.** Sie bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern

der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter zu seinem Geschäft herauszusuchen. So läßt sich Marx über die Kommune aus, soweit sie hier für uns zunächst in Betracht kommt, und ähnlich steht es heute um die Arbeiterräte. Auch sie sind jederzeit absetzbar. Auch sie sollen gesetzgebend und vollziehend zu gleicher Zeit sein. Auch hier dient das Stimmrecht dazu, die ausführenden und gesetzgebenden Organe zu wählen. Auch hier soll das Stimmrecht — den Arbeitern in erster Linie, aber auch allen, die arbeiten wollen — einen solchen Zweck erfüllen helfen. Das freilich ist es, warum viele Leute den Arbeiterräten heute feindselig gegenüberstehen, daß sie scheinbar nur eine Vertretung der Arbeiter sein sollen. Ja, die Gesellschaftsordnung, die die Arbeiter anstrebten, die sie, wie gesagt, heiß ersehnt haben seit Jahrzehnten, soll es ermöglichen, daß jeder arbeitet, wenn er genesen will. Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen, wird die Losung sein, die in Erfüllung gehen wird. Aber erst dann, wenn Vergesellschaftung, kann sie in Erfüllung gehen, wenn jeder arbeitet, der arbeiten kann. Die Räte allein werden frisches Blut in Gesetzgebung und Verwaltung bringen. Daß das Rätesystem, wie wir es heute in Deutschland kennen, ja selbst wie wir es aus Rußland her kennen, noch nicht vollkommen ist, daß es noch ausbaufähig und -bedürftig ist, wird kein Mensch bestreiten. Vor allem bringen aber die Räte zum Ausdruck die große Bedeutung, die die zahlreichste Klasse der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, innerhalb unseres Gemeinwesens erlangt hat. Das bringt die neue Verfassung nach dem vorliegenden Entwurf nicht zum Ausdruck, ja, darin geht sie in allen ihren einzelnen Artikeln sogar weit vorbei. Sogar der Artikel 34, wo vom Schutz der Arbeitskraft die Rede ist, läßt nicht genügend den Arbeitern das zuteil werden, was sie gerade ihrer ökonomischen Bedeutung entsprechend und ihrer Zahl innerhalb der Gesellschaft nach zu fordern berechtigt sind. Niemals war die Arbeiterschaft tiefer durchdrungen von dem Bewußtsein ihrer großen Bedeutung innerhalb der Gesellschaft, und niemals war ihr Kraftbewußtsein stärker als gerade heute.

Freilich, die Anerkennung des Rätesystems bedeutet das Ende des alten Parlamentarismus. Deshalb natürlich auch der Widerstand gegen die Anerkennung. Aber das wird nichts helfen. Nicht nur die Monarchie und die Militärmacht des alten Systems sind erledigt, auch der alte Parlamentarismus steht am Ende

seiner Tage. Nicht nach der Maxime: Gewalt gegen Gewalt, sondern mit einsichtsvoller Anpassung an das Unabänderliche sollte deshalb dem Neuen begegnet werden.

Davon ist allerdings heute wenig zu verspüren. Der Ausbau des Systems der **Arbeiterräte** ist nach unserer Meinung schleunigst in Angriff zu nehmen. Er muß eine der wesentlichsten Aufgaben sein, die die gesetzgebenden Körperschaften vorzunehmen haben. Es muß aber vor allem unsere Aufgabe sein, dieses Rätesystem in der neuen Verfassung zunächst einmal zu verankern. Das fordern die Arbeiter (Zuruf von den Sozialdemokraten: die Unabhängigen!), das fordern sie mit vollem Recht. Es kann die Wahl der Arbeiterräte selbstverständlich nach demokratischen Grundsätzen erfolgen. Ich habe immer von der relativen Bedeutung des Wahlrechts gesprochen. Hier kommt seine Bedeutung wieder zum Vorschein. Aber Arbeiterräte und das, was mit ihnen zusammenhängt, sind, wie sie heute sind, Übergangserscheinungen, nicht Erscheinungen, die für alle Zeiten errichtet werden. Das ist selbstverständlich. Sie werden in manchem vervollkommnet werden. Aber man soll nicht diesen Erscheinungen blind gegenüberstehen, und man soll nicht meinen, indem man sich auf die Bajonette stützt, nun diese Erscheinung aus der Welt schaffen zu können. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Rufe bei der Mehrheit: Handgranaten!)

Die Arbeiterräte sollen — das verlangen wir — mitwirken bei der Staats- und Selbstverwaltung, sie sollen mitwirken bei der Kontrolle der Behörden, sie sollen das Recht haben, Gesetze vorzuschlagen und abzulehnen, sie sollen im Falle der Ablehnung Volksabstimmungen veranstalten können. Ich bin der Meinung, dann muß man ihnen mindestens so gut ein Recht einräumen, wie man es dem Reichspräsidenten einräumen will.

Werte Versammlung! Das war das wesentlichste, was ich heute noch zum Ausdruck bringen wollte. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese neue Verfassung, wie sie aus diesem Hause hervorgehen soll, ein Kompromißprodukt, ein Stückwerk bleiben wird, das nicht von langer Lebensdauer sein kann. Wir befinden uns in einer Epoche der Geschichte, wo die ökonomische Entwicklung sehr schnell voraneilt und wo die ihr entsprechenden Rechts- und politischen Formen sehr schnell gebildet werden, wo alte Formen sehr bald zum Verschwinden gebracht werden und den neuen Formen dadurch der genügende Platz eingeräumt wird. Wer sich diesem Neuen entgegenstemmen will, wer da meint, das könne auch mit einer neuen Verfassung geschehen, die durch eine solche Mehrheit, wie diese Nationalversammlung sie gefunden hat, zustande kommen kann, wer da meint, mit einem solchen Stück Papier, aber auch, wer meint, mit den Machtfaktoren, wie sie in der alten Bureaukratie

noch vorhanden sind, dem Neuen einen Damm entgegenstellen zu können, der irrt sich ganz gewaltig. Die Arbeiter wissen natürlich ganz genau, daß, wenn die neue Verfassung auch geschaffen wird, die alte Bureaukratie bleibt, daß die Organe bleiben, die ihnen feindselig des Geistes gegenüberstehen. Die Arbeiter wissen aus all dem Klassenkampf, den gerade sie Jahrzehnte hindurch mit diesen Organen geführt haben, woran sie mit diesen sind, sie wissen nur zu genau, woran sie mit dieser Bureaukratie sind; und ehe sie nicht sehen, daß dem Übel an die Wurzel gegangen wird, werden sie nicht zufrieden sein, wird die Bewegung, die man heute in den verschiedenen Teilen des Reichs mit Gewalt zu unterdrücken bestrebt ist, nicht zur Ruhe kommen. Und sie soll auch nicht zur Ruhe kommen (erneute Unterbrechungen bei der Mehrheit), bis sie nicht den Sieg errungen hat! Sie soll nicht zur Ruhe kommen (erneute stürmische Unterbrechungen), weil sie das revolutionäre vorwärtstreibende Element ist!

Werte Versammlung! Ich habe vorhin mir erlaubt, darauf hinzuweisen, daß nach jeder Revolution solche Kämpfe stattgefunden haben. Nach jeder Revolution sind solche Erscheinungen, wie wir sie heute haben, zu beobachten gewesen. Bisher ist es der Bourgeoisie immer möglich gewesen, die Arbeiter niederzuschlagen. Aber heute haben die Arbeiter in Deutschland und in allen gleichmäßig entwickelten Ländern eine so hohe Bedeutung im Wirtschaftsleben erlangt, daß sie dementsprechend auch die Bedeutung im politischen Leben verlangen dürfen und sich erkämpfen werden. Sie werden nicht wieder zur Ruhe zu bringen sein (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Unruhe und Lachen bei den Mehrheitsparteien), sie werden vorübergehend niedergeschlagen werden können: aber sie werden mit neuer Kraft immer aufs neue aufstehen, und der endlich Sieg wird doch ihrer sein. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe bei den übrigen Parteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann.

Dr. **Stresemann**, Abgeordneter: Der Herr Vorredner hat wohl die Absicht gehabt, eine Rede zur Verfassung zu halten. In Wirklichkeit hat ihm aber die Verfassungsvorlage doch nur die Folie gegeben zu einer Glorifizierung derjenigen Bewegungen, an denen er und seine Freunde in der Hauptsache mit beteiligt sind. Was er erstrebt, das ist eigentlich der vollkommen verfassungslose Zustand, und wenn er die Konsequenz aus seiner Rede zöge, müßte er mit seinen Freunden die Mandate zur Nationalversammlung niederlegen. (Sehr richtig!) Denn wer der Auffassung ist, daß nicht die Nationalversammlung, das aus diesem Wahlrecht hervorgegangene Par-

lament, das Recht hätte, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, wer offen davon spricht, daß er einer ganz anderen Organisation nicht nur gesetzgeberische, sondern auch vollziehende Gewalt in Deutschland geben will, der befindet sich im Widerspruch mit sich selbst, wenn er an diesen Arbeiten hier teilnimmt, wenn er zur Verfassung nur spricht, um für einen verfassungslosen Zustand einzutreten. Ich habe an sich keine Veranlassung, als Angehöriger einer Fraktion, die auch die Herren Reichsminister stets als eine Fraktion der Opposition bezeichnen, hier irgendwie die gegenwärtige Regierung zu verteidigen. Aber ich möchte doch auf eins hinweisen: der Herr Vorredner spricht davon, daß die **Reichshauptstadt** unter dem **Belagerungszustande** stände. Er spricht davon, daß ein Standrecht, daß besondere Gerichte eingesetzt wären, und er zieht nun den Vergleich, daß die jetzige Regierung, die aus der Revolution hervorgegangen sei, sich da denjenigen Mitteln anbequeme, die sie von dem alten monarchisch kapitalistischen Staat, wie er ihn nennt, gelernt hätte. Ich glaube, der Herr Vorredner übersieht dabei eine Entwicklungsphase. Die heutige Regierung brauchte, wenn sie zu diesen Mitteln griff, gar nicht bis zu der Zeit vor dem 9. November zurückgehen, sondern sich nur einmal die Zustände anzusehen, die in **Bremen** seitens der Freunde des Herrn Henke eingeführt worden sind, zu der Zeit, als Herr Henke und seine Freunde dort die Macht hatten (lebhafte Zustimmung) und sie in einer Weise auf Gewalt gestützt und zur Unterdrückung der öffentlichen Meinung gebraucht haben, daß ihr gegenüber das Vorgehen der Regierung in Berlin sehr vorteilhaft absticht. Denn dort hat man noch nicht einmal die Blätter der Unabhängigen, auch nicht die Blätter der Spartakusgruppe am Erscheinen verhindert, während man in Bremen Zeitungen bürgerlicher Richtung zwang, Artikel spartakistischer Richtung in ihre Blätter aufzunehmen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Wer derartig da, wo er selbst in der Gewalt war, sich dieser Mittel bedient, hat das Recht verwirkt, sich über diese Mittel zu beklagen, wenn sie sich einmal gegen ihn wenden, wenn dann von dem Standpunkt Gewalt gegen Gewalt Gebrauch gemacht wird.

Im übrigen hat der Herr Vorredner wohl an das alte Wort gedacht: „Denn ein vollkommener Widerspruch bleib gleich geheimnisvoll für Kluge wie für Toren." Denn auf der einen Seite sprach er davon, daß wir in Deutschland von einer Demokratie der Minderheit regiert werden, während er auf der anderen Seite beklagte, daß infolge eines demokratischen Wahlrechts eine Mehrheit in diesem Parlament vorhanden sei, welche ihre Gedanken in die Verfassung hineinlege. Man kann nicht auf der einen Seite davon sprechen, daß eine Mehrheit, auch wenn sie einem nicht gefällt, ihren Einfluß in der Gesetzgebung ausübt, und in demselben Atemzuge davon sprechen, daß man unter der

Herrschaft einer „Demokratie der Minderheit" stände, wobei ich der Meinung bin, daß überhaupt der Ausdruck „Demokratie der Minderheit" schon ein Widerspruch in sich selbst ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Im übrigen muß ich das eine sagen, daß, gleichgültig wie sich der einzelne zum Standpunkt der Demokratie stellt, ein größerer **Hohn auf die Demokratie** nicht möglich ist, als wir es von dieser Seite gehört haben. Die werdende Verfassung eines Landes als ein Stück Papier zu bezeichnen, das ist doch wirklich seltsam von einer Seite zu hören, die in früheren Zeiten doch auch Gewicht darauf legte, daß das Wort „demokratisch" mit ihrem Namen verbunden war. Was der Herr Vorredner an die Stelle dieser Demokratie setzen will, das ist doch nichts anderes als der Absolutismus einer Minderheit, dem er zur Herrschaft verhelfen will. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Damit darf ich wohl den Herrn Vorredner verlassen, zumal er sich ja — von seinem Standpunkte aus mit vollem Recht — mit Einzelheiten der Verfassung fast gar nicht beschäftigt hat. Ich darf mich daher zu den Ausführungen wenden, die gestern der Herr Reichsminister Preuß gemacht hat, und die er an die Adresse der Opposition der Rechten, wie er sie nannte, gerichtet hat. Er beklagte sich darin, daß diese Opposition sich ihre Situation insofern leicht mache, als sie die alte Zeit mit der neuen vergleiche und dabei alles Gute, allen Glanz der Entwicklung nur bei der alten Zeit sähe, während sie in bezug auf die Gegenwart nur von den dunklen Schatten spreche, unter denen wir jetzt leben. Im Zusammenhang damit stellte er an das Haus die Frage, ob man nicht den Satz aufstellen könne, daß die große, gewaltige Entwicklung, die nach der errungenen Einheit des Reichs im Deutschen Reich vor sich gegangen sei, sich nicht wegen, sondern trotz der Verfassung vollzogen habe. Ich glaube nicht, Herr Reichsminister Preuß, daß Sie, der Sie ja in diesem Augenblick frei sprachen, diesen Satz wirklich aufrechterhalten können. Das, was sich in Deutschland nach der Gründung des Reichs entwickelt hat in kultureller, in politischer und weiter in wirtschaftlicher Beziehung, das können Sie gar nicht trennen von derjenigen Politik, die ausmündete in die Einheit des Reichs und die ausmündete unter den Gesichtspunkten derjenigen Politik, der Bismarck sein Gepräge gegeben hat. Gerade auch die Macht, die von diesem Reich ausstrahlte, dieser Gedanke der Macht — so vielfach angegriffen — ist letzten Endes auch die Unterlage wirtschaftlichen Blühens. Denn in einem Zeitalter, in dem überhaupt die Eröffnung des Welthandels mit einzelnen großen Gebieten davon abhängig war, inwieweit ein Reich in der Lage war, sich dort Interessensphären zu eröffnen, waren diese beiden Gesichtspunkte nicht voneinander zu trennen.

Es klang ja hier manchmal auch ein Ton heftigen Angriffe gegen die Vergangenheit heraus, die **Gegenüberstellung der Begriffe von Macht und Recht,** und es wurde gerade von seiten der Demokratie heftige Kritik an dem geübt, was man rückblickend auf die Vergangenheit die Politik von Blut und Eisen genannt hat. Lassen Sie mich da eine geschichtliche Reminiszenz in die Erinnerung zurückrufen. Der Redner der demokratischen Partei, der gestern sprach, hat mit dem Zitat eines Dichters geschlossen, der der Zeit angehört, die wir als die politische Tendenzpoesie in Deutschland bezeichnen. Einer ihrer Führer, nicht nur Dichter, sondern auch Politiker, war Gottfried Kinkel. Als Gottfried Kinkel sich vor den Geschworenen verteidigte, angeklagt als Revolutionär, sein Todesurteil erwartend, hat er den Geschworenen in seiner Rede, dem Sinne nach, gesagt:

> Ich habe volle Achtung auch vor Ihrer Überzeugung. Ich sehe, daß die Wege, auf denen wir zur Einheit kommen wollten, nicht diejenigen sind, die uns zur Einheit führen, und gelingt es Ihnen, meine Herren, durch eine Politik von Blut und Eisen — denn anders wird's nicht, uns zur Einheit Deutschlands zu führen —, nun denn, meine Herren, dann werde ich der erste sein, der sagt: Es lebe das deutsche Kaisertum, es lebe das Kaisertum der Hohenzollern! Wenn man mit dieser Gesinnung — so schloß er seine Rede — ein schlechter Preuße ist, dann bekenne ich, nicht ein guter Preuße zu sein.

Damals also — und darin sehen Sie eine Linie, die **aus** der Frankfurter Paulskirche zu Sedan führt — damals sah ein **Mann,** der ein so überzeugter Demokrat und Revolutionär war wie **Gottfried Kinkel,** ein, daß aus der Verfahrenheit der Verhältnisse, aus dem Hin- und Herwogen der Meinungen in der Paulskirche, aus dieser Ohnmacht des damaligen Bürgertums, sich durchzusetzen, kein Weg zur Einheit führte, sondern daß ein Weg kommen müsse, daß unter Vorantritt Preußens, auch unter einer Politik, die Sie retrospektiv die Politik der Gewalt nennen, die Einheit hergestellt werden **müsse,** und ich glaube, daß man in dieser Beziehung sehr viel mehr eine Linie finden wird, die von der Frankfurter Paulskirche auch zu Bismarck geht, als daß man wie der Herr Abgeordnete Koch sagen kann, es führt eine gerade Linie von 1848 bis 1918. (Sehr richtig! rechts.) Dieser Vergleich ist einmal unglücklich und zweitens sachlich unzutreffend. Unglücklich deshalb, weil wir nicht hoffen wollen, daß die Beratungen dieser Nationalversammlung so ergebnislos ausmünden als die damaligen, und sachlich unzutreffend, wenn ich das nur an einem Punkte kennzeichne, weil damals die Beschlüsse der Nationalversammlung in der Bekundung eines **Erb**kaisertums ausmündeten, und hier in Weimar, soweit das durch **die** Verfassung geschieht, das Erbkaisertum und die Monarchie zu Grabe getragen sind.

Vom liberalen Standpunkt aus lag ein anderer Vergleich näher. Diesen Vergleich hat der Herr Reichsminister Preuß einmal gezogen

lange vor dem Zusammenbruch in einer Zeit, in der sich die ersten Anzeichen geltend machten, daß wir in Deutschland auf dem Wege zur Verfassungsreform waren. Es war der Vergleich zwischen der Zeit der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung und denjenigen Entwicklungen, die sich bei uns in der Richtung auf das parlamentarische System vollzogen, denjenigen, die da jetzt hier weitergeführt werden in dem Sinne, daß man heute wie damals versucht, einem niedergebrochenen, der politischen Macht und Stärke beraubten Staat die Wiedergeburt durch Reformen im Innern zu geben. Ich nehme wenigstens an — und erkenne das auch als Mitglied einer Oppositionspartei an —, daß das Bestreben das der Reichsregierung ist. Wenn es ihr gelänge, durch das Verfassungswerk uns einigermaßen eine aufwärtsstrebende Zukunft für Deutschland zu gewährleisten, so wird an diesem Werke jeder mitarbeiten. Angesichts der Reden, die hier seitens der Herren Abgeordneten von Delbrück und des Herrn Abgeordneten Dr. Heinze zu diesem Verfassungsentwurf gehalten worden sind, da ist der Vorwurf, daß eine verantwortungslose Opposition hier getrieben würde, selber in sich verantwortungslos (sehr richtig! rechts); diese Reden waren nur eingegeben und unsere ganze Arbeit ist nur eingegeben von dem Gesichtspunkt sachlicher Mitarbeit, um zum Besten des Ganzen beizutragen. (Sehr richtig! rechts.)

Eins zieht sich durch alle unsere Verhandlungen wohl als der Kernpunkt der großen Fragen des Verfassungswerks, und das ist das **Problem Preußen-Deutschland.** Immer wieder klingen die heftigen Angriffe gegen Preußen durch die Debatten hindurch, und das ist einigermaßen eigentümlich; denn früher wurden diese Angriffe gegen Preußen doch auf ganz anderer Basis geführt, da sagte man: Der große Widerstand Süddeutschlands gegen die preußische Hegemonie entsteht aus dem Grunde, weil Preußen infolge seines Wahlrechts, infolge seiner konservativen Bureaukratie, der Einseitigkeit seiner ganzen Zusammensetzung dem süddeutschen Liberalen als das Bild des reaktionären Großstaats vor Augen steht, und es wurde gegen diesen Geist immer bewußt angekämpft als gegen einen parteipolitisch einseitigen, reaktionären. Aber das alles besteht doch gar nicht mehr. Heute besteht für Preußen dasselbe Wahlrecht wie für andere Staaten; heute ist Preußen ebenso eine demokratische Republik wie irgendein anderer Staat in Süddeutschland. Wenn das der Hauptgrund einer etwa vorhandenen Antipathie gegen Preußen gewesen wäre, dann müßte man doch heute irgendwelche Gründe hierfür nicht mehr anbringen können, weil dieser Hauptgrund vollkommen weggefallen ist. Trotzdem spricht man auch von dem Preußen, daß jetzt unter dieser neuen Verfassung einer neuen Zukunft entgegengeht, als von dem rückständigen Preußen, von dem Preußen der Vormachtgelüste in Deutschland. Es erinnerte

mich dieses Wort des Herrn Abgeordneten Fischer an ein Wort aus alter Zeit, als einmal davon gesprochen wurde, daß Preußen der „Großmachtskitzel" ausgetrieben werden müsse.

Ist denn das richtig, daß Preußen diesen Vorwurf der Rückständigkeit auch unter dem Gesichtspunkte der Vergangenheit verdient? Ich erwähnte vorhin die Zeit der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung als die große reformatorische Tat, die damals in bezug auf die Entwicklung Preußens getan wurde. Die großen Staatsmänner der damaligen Zeit stellten sich Preußen zur Verfügung als dem führenden Staate; ohne seine Wiedergeburt hätte es überhaupt niemals ein Deutsches Reich gegeben. Ich finde, daß sich in diesen Anklagen gegen Preußen eine grenzenlose geschichtliche Undankbarkeit vielfach geltend macht. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wie kann man auch davon sprechen, daß die **preußische Kultur**, soweit man überhaupt von der Kultur eines Einzelstaates sprechen und sie gegen die Kultur eines anderen abgrenzen kann, rückständig, minderwertig gegenüber der anderer Staaten wäre? Wie kann man höhnisch zurufen, wenn hier von unserem Kulturwesen gesprochen wird: Preußische Kultur! Ich glaube, daß das Unterrichtswesen, daß die preußischen Universitäten, daß das, was Preußen auf dem Gebiete der Erziehung geleistet hat, durchaus den Vergleich mit dem aushält, was in anderen Bundesstaaten in dieser Beziehung erzielt worden ist. (Zurufe von den Deutschen Demokraten.) Es mag an allen diesen Vorwürfen retrospektiv das eine berechtigt sein, daß auch nach meiner Auffassung sein Wahlrecht politisch rückständig war (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und daß es der schwere historische Fehler der preußischen Landtagsmehrheit war, dieses Unrecht nicht früh genug beseitigt zu haben. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.) Wenn man dies rechtzeitig getan hätte, wenn man diese geschichtliche Notwendigkeit erkannt hätte, nicht nur im Kriege, sondern lange vor dem Kriege (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), dann wäre vieler Antipathie gegen Preußen und einem großen soupçon, der sich immer wieder geltend macht, der Boden entzogen gewesen. (Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Aber ich meine, wenn wir von allem absehen, was sich nachher aus dieser Situation ergab, dann darf man auch den einen Satz aussprechen, daß kein Staat für Deutschland mehr geleistet hat als Preußen. Denn als Preußen in das Deutsche Reich eintrat, war doch Preußen nicht nur der gewinnende Teil. Ich bitte Sie, lassen Sie doch einmal in ihre Erinnerung die Kämpfe zurückfluten, die damals im Jahre 1871 zwischen dem preußischen Partikularismus gespielt haben, der sich dagegen wehrte, im Reich aufzugehen, und zwischen jenen, die damals den König von Preußen gewissermaßen zwangen, sich als Deutscher Kaiser an die Spitze des Reichs zu stellen. Damals kämpfte der

royalistische preußische Partikularismus gegen den großdeutschen liberalen Gedanken; es kämpfte damals der Geist König Wilhelms, des späteren Kaiser Wilhelms I., in aller seiner guten preußischen Eigenart gegen die in seinem Sohne verkörperten großdeutschen Gedanken, und stark waren die Einflüsse, die damals davon sprachen, daß der König von Preußen viel aufgäbe, wenn er als Charaktermajor, wie Wilhelm I. es nannte, als Präsident des Bundes an die Spitze von Deutschland trete. Kulturell mögen Süden und Norden verschieden sein: ich glaube, bestehen bleibt ein Kern des Ausspruches von Bülow: im Süden war der Geist, aber im Norden war die staatenbildende Kraft. Ohne diese staatenbildende Kraft wären wir nicht zum einigen Reich gekommen, wären wir heute auch nicht in der Lage, eine Verfassung für dieses Reich zu beraten.

Ohne Härten gehen diese Staatenbildungen nicht ab, und es ist unrecht, gerade immer nur **Preußen** vorzuwerfen, Preußen sei ein **Produkt** der **Dynastiepolitik**. Wenn Sie einmal die Geschichte durchgehen, dann finden Sie das ebensogut auch bei anderen Bundesstaaten. Und wenn Sie davon sprechen, daß Preußen verschiedene Volksstämme umfasse, die in ihrer Stammeseigenart verschieden wären, dann frage ich Sie: ist denn Bayern von einem einheitlichen Volksstamm bewohnt? Ist denn etwa ein Staat wie das Großherzogtum Baden auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der einzelnen Stämme entstanden? Finden Sie denn nicht auch hier mancherlei Landesteile, die ganz verschieden sind in ihrer kulturellen Eigenart, und hat denn nicht die Geschichte, auch wenn sie dynastischen Ursprungs ist, hier ein Faktum geschaffen und durch ihr jahrzehntelanges Zusammenleben aller dieser einzelnen zum Lande Gehörenden ein Staatsgefühl entstehen lassen, wo vielleicht vorher ein Volksgefühl, ein kulturelles Gemeinschaftsgefühl nicht vorhanden gewesen ist?

Und das finde ich unrecht auch bei der Rede des Herrn Kollegen Beyerle, die sonst so viel beachtenswerte Momente enthielt, daß man immer sehr mutig ist gegen Preußen, aber sehr viel weniger mutig gegen andere Bundesstaaten. (Sehr richtig! rechts.) Auch der Herr Reichsminister war in seinem Entwurf Preußen gegenüber ein sehr mutiger Mann; dagegen war er gegenüber den Reservatrechten in Süddeutschland — ich möchte einmal sagen: sehr viel zurückhaltender. In diesem Kampfe für eine Einheit, die nun alle Bundesstaaten zu Konzessionen zwang, sah man bei den Verhandlungen im Staatenhause, als Herr Preuß für einen Unitarismus eintrat, daß es ihm so ging wie dem Wanderer aus dem „Spaziergang":

Doch sieh', schon auf des Weges Mitte,
Verloren die Begleiter sich —

und als er es nicht darauf ankommen lassen wollte, entstand aus dem ersten Entwurf der Kompromißentwurf, den wir heute sehen.

Es handelt sich um zwei Wege, die man gehen kann. Entweder stellt man sich auf den Standpunkt, daß es für Deutschland durchführbar wäre, einen **Einheitsstaat** zu schaffen, in dem es überhaupt keine Bundesstaaten mehr gibt, sondern nur Provinzen dieses Einheitsstaates mit einer Möglichkeit zu kultureller Entfaltung. Das hätte manches für sich in einer Zeit, in der wir unzweifelhaft das eine anerkennen müssen, daß dieser Einheitsstaat bei unseren Feinden der Urquell politischer Kraft gewesen ist, die wirtschaftliche Machtentfaltung mindestens nicht gehindert hat, und es lassen sich vielleicht Formen finden, in denen auch bei der deutschen Eigenart dieses kulturelle Leben sich in seiner alten Mannigfaltigkeit entfalten könnte. Aber dieser Weg ist nicht gangbar, weil er sich stoßen würde an dem Widerspruch, den er aus dem Volke heraus findet. Es ist doch auch eigenartig, daß die Sozialdemokratie, die sonst dogmatisch ihre Anhänger am meisten zusammenhielt, heute nicht über den Widerspruch hinwegkommt, daß da, wo ihre Anhänger in einzelnen Bundesstaaten als sozialdemokratische Landtagsmehrheit auftreten, sehr bald, nur aus anderem Munde, ganz ähnliche partikularistische Klänge ertönen, wie wir sie früher von den Ministern dieser Bundesstaaten gehört haben. (Sehr richtig! rechts.) In dieser Beziehung sehen wir, daß dieser Weg nicht zu gehen ist, daß er sich an den harten Tatsachen stößt, daß wir die Zukunft des Reichs aufs Spiel setzen würden, wenn wir heute von oben herab das Volk zu diesem Unitarismus zwingen wollen.

Wenn so dieser Weg nicht gangbar ist, wenn nur übrig bleibt, wieder aufzubauen auf bundesstaatlichem Charakter, dann können Sie, Herr Reichsminister Preuß, auch keinen Widerspruch in dem finden, was der Kollege Dr. Heinze sagte, dann müßten Sie bei dieser gegebenen Situation den Einzelstaaten auch die Möglichkeit des Sichentfaltens lassen, dann dürften Sie ihnen nicht alle Grundlagen nehmen, auf denen überhaupt noch ein einzelstaatliches Leben möglich ist. Das alles spricht aber auch dafür, daß man, wenn man die einzelnen Bundesstaaten erhält, nun unmöglich, wie es der Herr Kollege Beyerle getan hat, für die Unteilbarkeit seines eigenen Landes Bayern und anderer eintreten und auf der anderen Seite, obwohl die alten Gründe gegen Preußen gar nicht mehr vorhanden sind, sich aussprechen kann für eine Teilung, für eine **Zerstückelung Preußens.** Ich habe eigentlich nicht viel Gründe gehört, die das nun als eine Lebensnotwendigkeit vom Reichsstandpunkt aus könnten erscheinen lassen. Der Herr Kollege Spahn sprach davon, daß die Kulturzentren im Westen unliebsam die kulturelle Vorherrschaft von Berlin ertrügen. Er hätte weitergehen können. Diese kulturelle Vorherrschaft von Berlin wird nicht nur im Süden, sondern allüberall empfunden als ein Vorbild, dem man am liebsten nicht nachstrebt (sehr richtig! links), sie wird empfunden als eine Mechanisierung unserer gesamten Kulturentwicklung,

und wer sich dagegen aufbäumt, tritt ein für die Mannigfaltigkeit unserer deutschen Kulturentwicklung, auf der immer das Beste unserer deutschen Geistesentwicklung beruht hat. (Sehr richtig!) Ich frage aber die Herren Kollegen Spahn und Trimborn: sind denn nicht Cöln und Düsseldorf Kulturzentren gewesen gegenüber Berlin, obwohl Cöln und Düsseldorf zu Preußen gehören? Haben sie sich nicht ein Eigenleben erhalten? Wenn ich denke an Ihre Düsseldorfer Malerakademie, wenn ich denke, was Sie in Cöln an Kunst, Oper, Schauspiel und auf anderen Gebieten in Ihrem wunderbaren Rheinland besitzen, dem das deutsche Leben und der deutsche Sinn mehr zustrebt als dem Erziehungszentrum der Hauptstadt: ist Ihnen diese ganze Entwicklung nicht möglich gewesen innerhalb der preußischen Monarchie? (Sehr richtig!) Bedarf es einer Rheinbundrepublik, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, in Ihrer Eigenart weiter zu leben? Ich glaube, hier ist, was richtig empfunden ist, zu Folgerungen benutzt, die sich aus dieser Empfindung nicht herleiten lassen.

Und was hier gesprochen worden ist, und was ich durchaus verstehe als aus patriotischem Empfinden heraus geboren, für eine **westdeutsche Republik**, das hat doch die eine große Gefahr in sich, daß diejenigen, die nicht Ihren Weg gehen, sondern deren Ziel die Zertrümmerung Deutschlands ist, diese Loslösung innerhalb des Reichs, diese Loslösung von Preußen ansehen und der Welt darstellen würden als den Wunsch, sich vom Reiche loszulösen. Dagegen uns zu wehren, sind wir solange ohnmächtig, als das Ohr der Welt uns so verschlossen ist, wie es noch in der Gegenwart der Fall ist. Die Entente, die alle Möglichkeiten hat, die Welt in ihrem Sinne zu beeinflussen, würde den Gedanken der westdeutschen Republik benutzen zu einer großen Propaganda, indem sie diese Bewegung den Völkern in ihrem Sinne darstellte und das, was hier gegeben ist, als Instrument benutzte, auf dem nicht die Kollegen Spahn und Trimborn, sondern Clemenceau spielen würde. Aus diesem Grunde sollte man sich vor dem ersten Schritte hüten, namentlich hüten, ehe wir wissen, wie die Grenzen unseres Reichs sind, und nicht die Möglichkeit geben, auch nur aus absichtlicher Stellung heraus diesen Schritt zu mißdeuten. Es gilt das, was gestern hier Herr Minister Heine über die Notwendigkeit des Bestehens des größten Staates gesagt hat, auch noch nach einer anderen Richtung. Ich will nicht pessimistisch sein, ich spreche jetzt nicht für den Augenblick und die Gegenwart, aber man macht auch Verfassungen nicht nur für die Gegenwart. Es können einmal in irgend einer Zukunft, wenn die Hoffnungen sich nicht erfüllen, die wir auf Deutschlands Entwicklung setzen, sich Loslösungsbestrebungen in Deutschland geltend machen, die einen nach hier, die anderen nach dorthin. Wenn Sie dann, falls so etwas möglich ist und eintritt, nicht einen starken Staat haben, an den sich die anderen anlehnen können,

dann haben Sie überhaupt nicht mehr den Kern, aus dem Sie später nach solchen Loslösungstendenzen sich ein Deutschland bilden können. (Sehr richtig! links.) Darum lassen Sie das starke Preußen! Seine Hegemonie ist nicht mehr da wie früher, es hat soviel vergeben in diesem Verfassungsentwurf, daß es auch den anderen Staaten, die viel zäher in der Verteidigung ihrer Sonderrechte waren, sagen kann:

Ich habe schon so viel für euch getan,
Daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.

Darum sollte man auch nicht zurückgreifen, wie es Herr Kollege Colshorn getan hat, auf die Geschichte der Vergangenheit, um daraus die Forderung der **Aufrichtung eines Niedersachsens** herzuleiten. Ich glaube, Herr Minister Heine hat mit vollem Recht gesagt: erkennen Sie einmal die Berechtigung dieses Standpunktes an, dann dürfen Sie nicht bei 1866 Halt machen, dann kann eine allgemeine Aufrechnung kommen, wo auch andere Bundesstaaten, vielleicht auch Preußen gegenüber anderen Bundesstaaten irgendwelche Rechnungen aufmachen kann. Dann ist überhaupt die Grundlage verschoben, auf der wir leben, die Grundlage, die doch tatsächlich in fünfzigjähriger Entwicklung stärker spricht als manche Argumente, die bekannt geworden sind.

In der welfischen Agitation hat das Moment eine Hauptrolle gespielt, daß Hannover an den preußischen Staat 60 Millionen abgegeben habe. Selbst wenn das richtig wäre, dann bedaure ich diese Agitation, denn wo kämen wir hin, wenn wir uns gegenseitig vorrechnen wollten, ob der eine für den anderen oder der andere für den einen mehr tut! (Sehr richtig!) Dieses Preußen ist auch in seiner Verschiedenartigkeit ein geschlossener Staat. Der Westen gehört mit dem Osten zusammen. Der industrielle, steuerkräftigere Westen ist der Gegensatz zu dem landwirtschaftlichen Überschußproduktionsgebiet im Osten, dessen Steuerkraft sehr viel geringer ist. Das hat immer seinen Ausgleich gefunden. Zu welchen Rechnungen kämen wir, wenn die Rheinprovinz Sonderrechnungen aufmachen wollte, was sie dem Staate gegeben! Im übrigen ist nachgewiesen, daß die Rechnung umgekehrt ist, daß Preußen an Hannover Mittel gegeben hat.

Dann bedauere ich an der Eingabe, die uns zugegangen ist, das eine: das ist ihr Ton. So sprechen nicht Deutsche zu Deutschen. (Sehr richtig!) Das klingt so, als wenn eine von Fremdherrschaft niedergedrückte Nation haßerfüllt an die Nationalversammlung appelliert. (Sehr richtig! — Zuruf von der Hannoverschen Partei.) Hannover hat durch den Anschluß an das lebensstarke Preußen nicht gelitten. Die Empfindungen, von denen aus die Eingabe ausgegangen ist, kann man achten, aber der Blick auf das Ganze zwingt uns, Preußen zu erhalten, solange die Mehrheit des preußischen Volkes am preußischen Staatsgedanken und der jetzigen Größe festhält.

Ich möchte aber gegenüber den Ausführungen der Herren Kollegen Alpers und Colshorn auch das eine erwähnen, daß es nicht richtig ist, daß nun alle bürgerlichen Parteien in Hannover hinter ihnen stehen. (Sehr richtig!) Das gilt nicht allein, wie gestern der Herr Kollege Düringer gesagt hat, für die deutsch-nationale Volkspartei, das gilt auch für meine Freunde. Ich stehe als ein in Hannover gewählter Abgeordneter hier auf dem Standpunkte der Erhaltung Preußens. Dasselbe gilt für die Sozialdemokratie. Daher ist es nicht richtig, wenn die Herren immer sagen: sie sprechen im Namen des hannoverschen Volkes.

Ich möchte in bezug auf das, was **Preußen und Deutschland** miteinander verbindet, an Ausführungen erinnern — und damit will ich diesen Teil meiner Ausführungen schließen —, die in der Frankfurter Paulskirche einmal der Abgeordnete Gabriel Riesser gemacht hat, ein Süddeutscher, ein Mann aus Frankfurt, der zu dem sogenannten Welckerschen Antrage sagte:

> „Wie Deutschland Preußens zu seiner Erstarkung, so bedarf Preußen Deutschlands zu seiner inneren Verjüngung. Der Name Preußen spricht mächtig zum politischen Verstand, aber nur der Name Deutschland spricht zugleich zum Herzen. Das Herzensrecht aber des geschichtlichen Aufgehens Preußens in Deutschland kann nur das allmähliche Werk der freien edlen Hingebung des großen Preußen an das größere Deutschland sein. Aber niemals können wir Preußen Bedingungen stellen, die seine Größe aufheben, niemals können wir Preußen zumuten, daß es über Sein oder Nichtsein in Verhandlungen trete. Ja, ich erkläre es offen: sowohl Deutschlands als Preußens wegen dürfen wir nicht wünschen, daß Preußen im mindesten in seinem Bestand erschüttert werde, das Deutschland sicher und fest für die Ewigkeit gegründet ist."

In einem Augenblick, in dem wir noch nicht einmal die Grenzen Deutschlands kennen, in dem alles in Fluß ist, auch in unserer ganzen politischen Entwicklung werden wir nicht von dem Grundsatz ausgehen können, Deutschlands Bestand sei für die Ewigkeit gesichert, und von diesem Grundsatz aus Preußen Bedingungen zumuten, die keinem anderen Bundesstaat zugemutet werden.

Ich wende mich nunmehr der Stellung Deutschlands innerhalb der anderen Völker zu und damit insbesondere demjenigen Artikel der Reichsverfassung, der zum Ausdruck bringt, daß die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts gelten.

Lassen Sie mich ein Wort vorausschicken! Der Herr Abgeordnete Fischer hat ein sehr böses Verdikt über das alte Deutsche Reich ausgesprochen, einmal in dem Sinne: mit dem alten Deutschland hat die Gegenwart überhaupt nichts mehr gemein —, und von **Deutschland** gesagt: **auf Gewalt aufgebaut**, mußte es durch Gewalt untergehen! Ich

möchte ihm in bezug auf den ersten Satz erwidern, daß sein Parteifreund Fräßdorf, der, wie ich glaube, der künftige Präsident oder der erste Leiter der sächsischen Republik sein wird, in seiner Rede bei Eröffnung der Volkskammer in Dresden es gewagt hat, auch als Sozialdemokrat den Satz auszusprechen, daß er das Bewährte der alten Zeit auch in die neue Zukunft hinübernehmen wolle, und ich glaube, daß sich das auch vor sozialdemokratischem Gewissen noch vertreten läßt und daß keine Veranlassung vorliegt, nun hier in diesem Sinne immer vom alten Deutschland zu sprechen, als wenn es nur der Hort alles Unheils gewesen wäre, als wenn der Deutsche der Gegenwart sich mit Verachtung von dem Staate abwenden müßte, dessen Träger, dessen Glied er doch gewesen ist. (Sehr gut! rechts.) Es gibt ein gutes englisches Wort, das der Engländer von seinem Vaterlande sagt, auch der in Opposition zu seinen Staatseinrichtungen steht. England, with all thy faults I love thee still! Trotz deiner Fehler, England, liebe ich dich doch! Und wenn das alte Deutschland manche Fehler gehabt haben sollte — ich spreche nicht von meinem Standpunkt aus von dem Glanze, der mit seinem Namen für uns verbunden war —, dann sollten wir in der Gegenwart, die auf jedes Wort lauscht, das in dieser Versammlung gesprochen wird, in der Gegenwart, in der unsere Feinde den Welthaß gegen uns auf Jahrzehnte zu fundieren trachten, ihnen nicht die Möglichkeit geben, sich auf solche Äußerungen zu beziehen, als wenn das auf Gewalt aufgebaute Deutschland durch Gewalt habe untergehen müssen, damit gewissermaßen ein Spruch des Weltgerichts dadurch vollzogen werden mußte. (Sehr richtig! rechts.) Wir prägen dadurch in diesem Hause Schlagwörter, die die Entente in der Welt gegen uns in Kurs setzen kann und in Kurs setzen wird. (Sehr richtig! rechts.)

Auch das scheint mir abwegig, was einer der Herren Redner gesprochen hat, daß Feldherr und Politiker sich ausschlössen, wie die Geschichte beweise. Ich glaube, daß die Geschichte in einem Manne wie Cäsar, wie Friedrich dem Großen, auch in einem Manne, wenn Sie kleineres nehmen, wie Wellington, der gleichzeitig Feldherr und Diplomat war, das Gegenteil beweist. (Sehr richtig! rechts.)

Aber ich komme zu jenem Artikel, den ich für verhängnisvoll halte, der davon spricht, daß die allgemein anerkannten **Regeln des Völkerrechts Bestandteile unseres Reichsrechts** sein sollen. Ich hätte gedacht, daß gestern Herr Abgeordneter Dr. Schücking auf die Frage antworten würde, was denn nun allgemein anerkannte Regeln des Völkerrechts seien. Es besteht eine große Gefahr für uns darin, daß wir dadurch uns selber die Schlinge um den Hals winden, daß wir uns einem **Bürgerbunde** ausliefern, in dem uns ein Mitbestimmungsrecht überhaupt nicht zusteht. Wir kennen die Grundsätze

des Völkerbundes nicht; aber irgendein vertrauensseliger Idealismus gegenüber diesem kommenden Völkerbunde ist doch wirklich nicht mehr angebracht. Er ist ja auch gar kein Völkerbund mehr, sondern ein Staatenbund. Das, was noch vorher in seinem Entwurfe stand, die Vertretung der Völker durch ihre Parlamente, ist ja längst aufgegeben. Er ist längst lediglich eine Staatenbundvertretung, die die Gewalt in einen Ausschuß der Staatenregierungen legt, zu dem vorläufig fünf Großmächte zugezogen sind, zu dem man vielleicht einmal Deutschland zuzieht, obwohl Herr Wilson davon spricht, wenn die Zeitungen recht berichten, daß noch Jahre vergehen würden, ehe Deutschland wert wäre, in diesen Völkerbund aufgenommen zu werden.

Dieser Staatenausschuß ist doch nichts anderes als die Heilige Allianz der Vergangenheit unter neuen Formen. Deshalb ist auch der Herr Kollege Naumann im Unrecht, wenn er den Vergleich zwischen jener Allianz, die sich damals auf einen Staatenbund zur Aufrechterhaltung der Präponderanz einzelner Großmächte gründete, und jenem Wilson zog, den er hinstellte als den neuen Interpreten einer neuen Weltanschauung, die ihren Typ von Amerika erhalten hätte. Nein, so wie die Dinge bisher liegen, ist die jetzige Konstruktion von den alten Staatenbünden, die auf Präponderanz einzelner Mächte fundierten, nicht im geringsten verschieden. Ich meine überhaupt: wer auf dem Standpunkte steht, daß man durch einen Völkerbund eine neue Weltära heraufführen könne, eine Ära der Völkerversöhnung, der müßte sich dafür einsetzen, daß überhaupt nicht die Staaten, sondern daß internationale Organisationen die Träger dieses Völkerbundes sind. In diesen internationalen Organisationen — ich denke an Arbeiterorganisationen, an internationale Rechtsorganisationen oder an die Religionsgemeinschaften — war der Gedanke der Internationalität doch mindestens schon vor diesem Weltkrieg verankert; sie hatten bewiesen, daß sie international zu arbeiten verstanden. Die Mächte, die sich heute zusammenschließen, sind einzeln für sich jede nationalistisch, und sie können nicht aus dem Zusammenwirken solcher nationalistischen Staatskörper einen internationalen Völkerbund begründen, der irgendwie eine Möglichkeit gäbe, anzuerkennen, daß die von ihm aufgestellten Rechtsgrundsätze verbindlich wären. (Sehr wahr! rechts.) In dem Augenblick aber, wo wir nicht sofort den Satz hinzufügen, daß als allgemein anerkannte Völkerrechtsgrundsätze nur solche aufzufassen sind, denen Deutschland ausdrücklich zustimmt, in dem Augenblick begeben Sie sich in dieser Beziehung durch einen solchen Satz in eine ganz ungeheure Gefahr.

Ich darf dabei noch auf eins hinweisen. Dieser Völkerbund hat als Strafmittel auch den Weltboykott gegen andere Länder. Auch das kann uns in Zukunft mittelbar und unmittelbar zum Verhängnis werden. Ich knüpfe an die Debatten über die heutige Staatsverfassung

und über das Rätesystem an, das auch in Deutschland von einigen Leuten erstrebt wird. Ueber meine Stellung zu diesem Rätesystem brauche ich kein Wort zu verlieren. Aber ich stelle einmal die Frage: wenn aus ganz bestimmten Gründen — wie es in der Gegenwart geschieht — dieser Völkerbund anglo-amerikanischer Prägung jeden Verkehr mit einem Rußland ablehnt, weil er die Staatsverfassung Rußlands nicht als eine von ihm anerkannte Staatsverfassung erkennt, dann wäre es doch ganz unmöglich für uns, uns auf denselben Standpunkt zu stellen; denn wir sind in unserer Wirtschaftsentwicklung auf ein freundschaftliches, wirtschaftliches Verhältnis zu Rußland angewiesen und täten töricht, uns irgendwie in eine aggressive Haltung gegen irgend ein Staatssystem bei andern Völkern hineintreiben zu lassen. Daß wir heute unter diesem Drucke stehen, beweisen die Verhältnisse. Trotzdem wir mit Rußland im Frieden leben, sind wir nicht in der Lage, uns die wirtschaftlichen Vorteile selber zu gewähren, die aus diesem Friedensschluß hätten erzielt werden können.

Ich vermisse dann in dem Entwurf eine klare Bestimmung über den **Schutz der Deutschen im Auslande.** Ich darf auch hier die Parallele mit dem Jahre 1848 ziehen. Damals hatte der Verfassungsausschuß in seinem Berichte niedergelegt:

> Jeder Deutsche genießt auch im Auslande den Schutz des Deutschen Reichs und ist überall berechtigt, die Hilfe deutscher Behörden gegen rechtswidrige Beschränkungen seiner Freiheit und seines Eigentums anzurufen.

In § 189 erhielt der Gedanke dann die endgültige Fassung:

> Jeder deutsche Staatbürger in der Fremde steht unter dem Schutze des Reichs.

Gerade in der Gegenwart gewinnt diese Bestimmung eine erhöhte Bedeutung. — Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß im Artikel 29 Absatz 2 dieser Gedanke zum Ausdruck gekommen wäre. Ich glaube aber, daß es wünschenswert wäre, ihn in einer präziseren Fassung niederzulegen als in der jetzt vorliegenden.

Wie sehr wir darauf angewiesen sind, hier die alte Kulturgemeinschaft der Deutschen, aber auch die Bedeutung des Auslandsdeutschtums wieder herzustellen, das brauche ich nicht darzulegen. Denn stärker wird das Auslandsdeutschtum in der Zukunft sein als in der Gegenwart. Kleiner die Zahl derjenigen, die die Freudigkeit im Wagen, größer die Zahl derjenigen, die die Not ins Ausland treiben wird. Wir haben das größte Interesse daran, daß die vielen, die vielleicht Deutschland in den nächsten Jahren verlassen müssen, die eine neue Heimat aufsuchen müssen, nicht wieder Kulturdünger für andere Nationen werden, sondern sich dort ihre deutsche Reichszugehörigkeit bewahren, und wir müssen andererseits auch ein Verständnis für die-

jenigen Deutschen haben, die sich ihr Deutschtum unter fremder Herrschaft seit Jahrhunderten bewahrt haben. Das hat ja gestern auch der Herr Kollege Schücking zum Ausdruck gebracht, als er der Wolgadeutschen gedachte; er hätte auch hinzufügen können: all der Deutschen in Polen und Rußland, für die wir eintreten müssen, wenn sie nicht dort unter ganz fremde Kultureinflüsse kommen sollen.

Ich kann aber dabei nicht an Äußerungen vorbeigehen, die der Herr Kollege Dr. Schücking bei dieser Gelegenheit zu tun für richtig fand, und in denen er in heftiger Anklage gegen das Deutsche Reich und gegen **Preußen** davon sprach, daß wir den **Kampf gegen nationale Minderheiten** in einer Art geführt hätten, daß wohl niemand sich mehr zu der Politik bekennte, die dort getrieben worden wäre, und dabei Einzelheiten aus Schleswig und anderwärts anführte, die wir in dieser Form auch niemals in der Kritik in den Parlamenten gehört haben. (Zuruf links: Aber wahr!) — Wenn es wahr wäre, Herr Kollege, dann lag es wohl nahe, auch hier das eine objektiv festzustellen: daß alle Ausflüsse von Gewaltherrschaft in Elsaß-Lothringen gegenüber Franzosen in den 50 Jahren der Beherrschung Elsaß-Lothringens durch Deutschland noch niemals den Charakter aufgewiesen haben, den die wenigen Wochen der französischen Herrschaft an Sadismus gegenüber den Deutschen in Elsaß-Lothringen zeigen, (lebhafter Beifall rechts) und daß das, was das Polentum vielleicht an Bedrückungen durch die Tatsache der deutschen Herrschaft in der Ostmark empfunden hat, doch wohl nicht im Vergleich steht zu der Art, wie sich der Pole als Machthaber und als brutaler Unterdrücker anderer Meinungen jetzt gezeigt hat, wo die Welle sich gewandt hat. (Erneuter lebhafter Beifall rechts.) In einer Zeit, in der wir das vor Augen sehen, wäre es nicht nötig gewesen, einseitig diese Anklagen zu erheben, ohne zum mindesten sofort auch darauf hinzuweisen, in wie viel schärferer Weise sich gerade in dieser Gegend diese Bedrückung der Deutschen durch unsere Feinde zeigt.

Ich darf mich dann den inneren Fragen zuwenden. Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Fixierung der **Rechte der Kirche** und der Kirchengemeinschaften für notwendig erachteten. Dasselbe gilt für die **Schulfragen**. Gewiß sollen die Kulturaufgaben den Einzelstaaten verbleiben. Aber es wird notwendig sein, durch Reichsgesetz Grundsätze aufzustellen, denen die einzelstaatlichen Vorschriften entsprechen müssen. Wir befinden uns auch hier auf dem Boden der Paulskirche, die im Artikel 4 ihrer Grundrechte auch das damals zum Ausdruck brachte.

Ich möchte Sie auf die uns vorliegende Eingabe des deutschen Lehrervereins hinweisen, die eine ganze Reihe von Forderungen aufzählt, die meinen Freunden in ihrem Kern durchaus berechtigt er-

scheinen. Ich spreche nicht davon, ob man sich in Einzelheiten begibt und sagt, daß eine achtjährige Schulzeit festgelegt werden müsse, aber den Fundamentalsatz, der sich in dieser Eingabe befindet und der zum Schluß zum Ausdruck bringt, „daß jedem Kinde das Recht auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens ohne Rücksicht auf Vermögen und Stand der Eltern zu sichern sei", möchte ich ipsissimis verbis in die Reichsverfassung aufgenommen wissen. Wir wünschen ferner, daß die Reichsverfassung noch Anordnungen treffe für die einheitliche Ordnung der Ausbildung und Besoldung des Lehrerstandes, für die Sicherstellung der staatsbürgerlichen Freiheit der Lehrer. Für die Beobachtung dieser Grundsätze muß ein Reichsschulamt gebildet werden, das über die Durchführung dieser Grundsätze wacht. Dasselbe, die Sicherung der Rechte und staatsbürgerlichen Freiheit, wird für den ganzen Beamtenstand gelten.

Dann komme ich auf eine zweite Frage, die gestern auch von dem Herrn Kollegen Schücking angeregt wurde, warum all das aus dem Entwurf herausgeblieben ist, was im ersten Entwurf vorhanden war, über das Siedlungswesen, was ergänzt werden muß durch Bestimmungen über die **Bodenrechte**. Was hier die Eingabe des Bundes der deutschen Bodenreformer fordert, das entspricht — täuschen wir uns nicht — dem Empfinden weiter Millionen in Deutschland, welche auch die Bedeutung dieser Frage höher schätzen als manche politischen Verfassungsrechte. Es ist ein großer hinreißender Gedanke, daß durch eine Verhinderung des Mißbrauchs des Bodens jedem einzelnen Deutschen eine Heimstätte gegeben werden könnte. Vielleicht ist dieses große Ziel nicht erreichbar. Trotzdem ist es richtig, dieses Ziel aufzustellen. Dieses Ziel ist es mit gewesen, das beispielsweise den Geist der englischen Armee mit aufrecht erhalten hat. Denn Lloyd George, jener große Organisator, hat seine beispiellose Volkstümlichkeit in England gerade dadurch erreicht, daß er der erste Vorkämpfer für ein gesundes Bodenrecht gewesen ist. Lesen Sie seine Reden „Bessere Zeiten", die er herausgegeben hat. Durch jede Rede klingt immer dieses Bestreben, klingt dieses Eintreten, und als er sah, daß es notwendig wäre, den Geist der englischen Armee zu beleben, hat er als Premierminister von England seinerzeit zum Ausdruck gebracht, daß er sich dafür einsetzen würde, daß mindestens jeder Krieger, der heimkehre vom Schlachtfelde, eine Heimstätte vorfinden würde. Die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, sind uns allen wohlbekannt. Gerade in der heutigen Zeit ist die **Errichtung von Heimstätten** bei der heutigen Entwertung des Geldes und den Wirtschaftsverhältnissen viel schwieriger, als es früher der Fall gewesen wäre. Aber zweierlei müssen wir schaffen, erstens ein Heimstättenrecht, das unbedingt die Möglichkeit gibt, unter solchen Bedingungen Heimstätten zu errichten, daß sie der Spekulation für alle Zeiten entzogen sind, daß sie nicht hingegeben werden, damit der einzelne

seinerzeit den Mehrwert in die Tasche steckt und sie weiter verkauft, sondern daß sie wirklich eine dauernde Heimstätte gewähren, und zweitens die Möglichkeit, eine Siedlungspolitik zu schaffen, die dann allerdings auch reichsgesetzlich geschaffen und fundamentiert werden muß. Das ist nicht möglich, ohne daß ganz bestimmte Grundsätze dafür von Anfang an fundamentiert sind. Diese Grundsätze vermisse ich in diesem Entwurf. Es wird notwendig sein, sie noch zu schaffen.

Von demokratischer Seite ist gestern die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht richtig wäre, die **Legislaturperiode** statt auf drei Jahre festzusetzen, auf fünf Jahre zu **verlängern**. Ich war einigermaßen verwundert, daß dies von dieser Seite ausging. Denn als seinerzeit die Legislaturperiode des Deutschen Reichstags von drei auf fünf Jahre verlängert wurde, hat diese Verlängerung den heftigsten Widerstand der Linken gefunden. Man hat es jetzt damit begründet, daß man sagt, die Minister müßten sich in ihr Amt einarbeiten können, es müßte derjenige, der Reichsminister ist, mindestens eine gewisse Spanne Jahre haben, um seine Ideen durchführen zu können. Ich lasse gelten, daß darin ein berechtigter Kern liegen mag. Ich glaube aber, daß man dann wenigstens Übergangsbestimmungen schaffen muß, daß man es zunächst einmal bei den drei Jahren belassen und für die späteren Wahlen fünf Jahre oder einen anderen Zeitraum schaffen kann. Jedenfalls würde es uns jetzt eigentümlich erscheinen, von vornherein, wo überhaupt ganz provisorische Verhältnisse vorliegen, uns derartig für lange Zeit gleich nach den ersten Wahlen zu verankern.

Dann habe ich aber hier einen Wunsch vorzubringen, der sich auf das **parlamentarische System** als solches bezieht. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß ich für meine Person niemals ein Gegner des parlamentarischen Systems gewesen bin; denn ich bin in der Kriegszeit, auch zu einer Zeit, wo man auf bürgerlicher Seite wenig Unterstützung fand, im Frühjahr 1917, dafür eingetreten, daß unsere Entwicklung diesen Weg gehen müsse. Aber dann müssen Sie eines nicht machen, was man jetzt anscheinend tun will. Ich verstehe das parlamentarische System so, daß der Leiter eines Ressorts der Politiker ist, also der Staatssekretär oder, wie Sie heute sagen, der Reichsminister. Ich halte es aber für falsch und auch nach den Erfahrungen anderer Länder für falsch, daß Sie das System weiter treiben, daß Sie auch **die Unterstaatssekretäre aus dem Parlament nehmen** wollen. Halten Sie sich doch hier an das Beispiel, das England gegeben hat, das doch in vielem der politische Erzieher auf dem Gebiete des Parlamentarismus gewesen ist. Dort sind die Minister die wechselnden, die die großen politischen Gesichtspunkte geben, die nicht die Fachkenntnis haben und nicht haben können und nicht zu haben brauchen. Aber der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, der Mann, der die Tradition des Amtes

aufrecht erhält, ist der permanent secretary of state, das ist der Unterstaatssekretär, der sein muß und bleiben muß

Jetzt kommen Gedanken, die davon sprechen, daß auch die ganze Diplomatie parlamentarisiert werden soll. Haben Sie einen tüchtigen Parlamentarier statt eines untüchtigen Diplomaten, dann nehmen Sie ihn in Gottes Namen; aber glaube man nicht das eine, daß auf diesem Gebiet auch die Talente einfach geboren werden und daß man nur in die Partei hineinzugreifen brauche, um dort die notwendigen Persönlichkeiten zu bekommen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Diese Ämter sind von einer so eminenten Wichtigkeit, daß ich davor warnen würde, etwa diesen Weg zu gehen, ebenso wie ich davor warne, ihn bis zu den Unterstaatssekretären zu gehen. Der Herr Vorredner hat davon gesprochen, daß die alten Beamten bleiben. Er mißtraut dem neuen System, weil die alten Beamten bleiben. Ach, danken wir doch dem Himmel, daß so viele der alten Beamten im besten Sinne seit dem 9. November geblieben sind (sehr richtig! rechts); denn wohin wären wir gekommen, in welches Chaos der ganzen Verwaltung, wenn wir nicht die Tradition auch dieser Zeit mitgenommen hätten! Diejenigen Gesichtspunkte, nach denen gearbeitet wird, mag der Politiker geben. Aber glauben Sie nicht, das, was hier für die Spitze gilt, bis zum letzten durchführen zu können. Sonst würden diejenigen Bedenken berechtigt sein, die der Herr Vorredner heute hervorgehoben hat, und die sonst von anderer Seite gerade gegen diesen Charakter einer demokratischen Republik geltend zu machen sind, Bedenken, von denen auch der Herr Kollege Naumann in seiner Rede gesprochen hat.

Ich darf dann zum Schlusse noch auf einen Gesichtspunkt eingehen. Es ist gestern hier von einer sozialen Parlamentarisierung gesprochen worden. Der Gedanke ist ja verschiedener Deutung fähig. Mich dünkt, daß eins an ihm berechtigt ist. Es kommt gerade bei dem parlamentarischen System bei einer Scheidung der einzelnen nach den großen politischen Gesichtspunkten eines nicht mehr zum Recht im **Parlament**: das sind die berechtigten **Berufsinteressen.**

Ein mächtiges wirtschaftliches Leben drängt bei uns nach Einfluß, auf der einen Seite die sozialen Forderungen und Fragen der Arbeiter, auf der anderen Seite die Nöte des Mittelstandes, auf der dritten die ganzen Zukunftssorgen von Handel und Industrie, auch Fragen der Landwirtschaft. Da scheint mir der eine Weg ganz gangbar, all das in einer großen Korporation zusammenzufassen — ob Sie es Parlament nennen, ist eine Frage für sich —, wo diese Dinge miteinander ringen, wo man versucht, auf einen einheitlichen Nenner zu kommen, aber nicht so, daß dieses Parlament vollziehende Gewalt hätte, sondern so,

daß es vielleicht die Gesetzentwürfe durchberät, die an uns gelangen, oder selbst solche Entwürfe schafft, nicht uns vorschreiben kann, wie wir uns entscheiden, aber uns mit der Verantwortung belädt, einen Wirtschaftsgesetzentwurf abzulehnen, der die Zustimmung der Industrie, der Arbeiter und der Landwirtschaft gefunden hat. Wir haben dann mindestens die gesamte sachliche Arbeit fundiert vor uns. Dadurch ist ein großer Einfluß dafür gegeben, daß nicht auch die großen wirtschaftlichen Berufsinteressen unter politischen Gesichtspunkten leiden.

Daß man heute den Weg gehen will, auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik überhaupt eine Kooperation zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen, begrüße ich als eines der erfreulichsten Zeichen der erwachenden Einsicht, daß mindestens auf diesem Gebiete beide aufeinander angewiesen sind. Die Vorstufe zu einem solchen sozialen Parlament ist vielleicht die **Arbeitsgemeinschaft**, die heute geschaffen ist **zwischen Großindustrie** auf der einen **und den Gewerkschaften** auf der anderen Seite. Wenn auf der einen Seite Gewerkschaften und Arbeitgeber sich einigen wollen, den Achtstundentag durchzuführen, dann muß das zweite auch gemeinschaftlich geschehen: eine Einigung über eine Wirtschaftspolitik, bei der sich der Achtstundentag in Deutschland durchführen und erhalten läßt; und daß man hier nicht mehr mit vorgefaßten Meinungen: Freihändler hier, Schutzzöllner da, sondern an derselben Bank, an demselben Tisch sich zusammensetzt, das eröffnet die Perspektive dafür, daß wir hier in Zukunft gute sachliche Arbeit leisten werden.

Wenn irgendetwas wünschenswert wäre, gerade auch für die Nöte der Gegenwart, dann scheint es mir diese Erwägung von einer solchen Zusammenarbeit für die Zukunft zu sein, die auch die eine Wichtigkeit geben würde, daß wir nicht die großen Arbeiterorganisationen auflösen in Betriebsorganisationen einzelner Betriebe und den großen **Einfluß der Gewerkschaften** uns für die Zukunft erhalten. Man mag über Betriebsräte denken, wie man will; in den Fragen ihres Betriebes, abgesehen von der Leitung, die sie nicht verstehen, da mögen ihnen Rechte eingeräumt sein. Aber erkaufen Sie nicht diese Entwicklung mit der Zertrümmerung des Gewerkschaftsgedankens in Deutschland: denn das ist die große Gefahr, die hierbei mit auf dem Spiele steht. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Späte Erkenntnis!) Gerade die Gewerkschaften haben ein Verständnis für die großen Fragen. Wenn irgend jemand der Arbeiterklasse während des Krieges zur Anerkennung in den weitesten Kreisen verholfen hat, sind es die Führer der Gewerkschaften gewesen. Nichts wäre schlimmer für uns, als wenn der Einfluß unterläge, den sie haben. In einem solchen sozialen Parlament ist die Möglichkeit eines solchen Zusammenwirkens gegeben, und die Frage der Betriebsräte ist überhaupt nur möglich und kann uns nur davor bewahren, dieses Zusammenwirken zu zertrümmern, wenn gleichzeitig ein solches geschaffen

wird. Alle Möglichkeiten nach dieser Richtung werden von uns erwogen und auch von uns unterstützt werden.

Damit darf ich mich, da meine Zeit abgelaufen ist, dem Schluß zuwenden. Die Verfassung sieht eine beratende Stimme für Deutsch-Österreich vor. In dem Grau der Gegenwart ist dieser **Anschluß Deutsch-Österreichs** wohl der einzige Lichtblick. Noch stehen die Grenzen unseres Reichs nicht fest. Wir wissen nicht, wie sie im Osten, im Westen und im Norden laufen werden. Aber ich möchte die Regierung bitten, auch ihrerseits ihr Augenmerk zu lenken auf die Grenzen der zu Deutschland gelangenden österreichischen Gebiete. Wenn der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der ja Deutschland schwere Opfer auferlegt, durch die Absonderung östlicher Provinzen nicht inhaltslose Phrase sein soll, dann muß das ungeteilte deutsche Tirol, dann muß Deutsch-Böhmen zum Deutschen Reich kommen. (Sehr richtig!) Wenn das geschieht, wenn uns das möglich ist, dann wird die Gesamtarbeit des deutschen Volksstammes in Europa auch wieder den Weg zu staatlicher und kultureller Größe finden. Wir brauchen trotz aller Erfahrungen der Gegenwart, die so trübe sind wie nie zuvor, an diesem Deutschtum nicht irre zu werden. Es ist einmal in der Frankfurter Paulskirche das gute Wort gefallen: die Behaglichkeit, mit der jetzt manchmal Buben am Geschick des Vaterlandes verzweifeln, gehört zu den widrigsten Erscheinungen der Gegenwart. Auch wir sehen heute manchmal eine Behaglichkeit, die sich sagt: es geht ja doch alles kaputt, und die sich in manchen Städten und in manchem Auftreten des Volkes einer Lustseuche hingibt, die geradezu niederdrückend ist und uns mit mehr Schamgefühl erfüllen muß als alles, was wir vielleicht an Erniedrigung Deutschlands sonst erleben. (Sehr wahr!) Was uns das große Ansehen vor den Völkern gegeben hat neben unseren kulturellen Leistungen, das war die Lebensphilosophie der Deutschen, die in der Arbeit ausmündete und in einem Lebensziel, das nur dann seine Befriedigung fand, wenn es bis zum letzten den Tätigkeitsdrang des einzelnen ausschöpfte in alledem, was ihm an Wirken möglich war. Wir waren ein Volk der Arbeit; wir werden es bleiben, und wenn dieser alte Gedanke nach dem Fieberwahn der Gegenwart wieder Besitz ergriffen hat vom deutschen Volke, wird auch über unserer Zukunft das Wort stehen können: Arbeiten und nicht verzweifeln! (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister Dr. David.

Dr. **David**, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Die Debatte hat sehr viel Kritik zutage gefördert, nicht nur von der oppositionellen Rechten und äußersten Linken, sondern auch aus der Mitte;

viel mehr Kritik als Anerkennung. Vor allem war es der Vorwurf, die **Vorlage** sei ein **Kompromiß**, sei nicht aus einem Guß. Die Kunst der Politik, glaube ich, kann auch gar nichts anderes schaffen als Kompromisse; denn im Unterschied zu anderen Künsten ist der Politiker niemals mit dem Stoff allein, den er zu gestalten hat. Immer sind die Hämmer und Meißel zahlreicher Mitarbeiter dabei, die ihm in seine Arbeit hineinfahren, und als Kollektivwerk entspricht es niemals dem Ideal, das dem einzelnen Mitarbeiter oder Beschauer vorschwebt. Darum ist es auch so außerordentlich leicht, Kritik an einem solchen Werk zu üben und neue Anregungen zu geben. Viel schwerer ist es, positiv etwas Besseres zu schaffen. In der Politik sind die Ideen billig wie Brombeeren, und ideale Forderungen zu erheben ist ein Kinderspiel. Die Ideen zu verwirklichen, die Forderungen durchzusetzen, — da beginnt erst die Kunst. Mögen sich also die Meister dieser Kunst im Ausschuß betätigen und dafür sorgen, daß das unvollkommene Werk auf einen höheren Grad der Vollendung gebracht wird!

Dazu, meine Damen und Herren, ist es aber notwendig, daß man mit einer gewissen Freude ans Werk geht. Ich habe aus dieser Debatte den Eindruck gewonnen, als ob man über der Kritik, über dem Herausstellen der Mängel das Große, Gute und Wertvolle fast vergessen hat, das in dieser Vorlage ist. Die neue Verfassung bringt doch gewaltige Fortschritte gegen das Frühere. Die erste und größte Errungenschaft der Revolution, die **republikanische Staatsform** wird darin festgelegt. Das ist doch wohl keine Kleinigkeit. Wer hätte vor Jahresfrist gedacht, daß wir im Deutschen Reich so rasch dazu kommen würden, im Deutschen Reich, wo die Monarchie in ihren zwanzig und mehr Kronenträgern stärker verankert schien als in irgend einem Lande der Welt! Heute erscheint uns die Republik fast als eine Selbstverständlichkeit. (Widerspruch rechts. — Zustimmung links.) Meine Herren von der Rechten, das, was die Monarchie in Deutschland tatsächlich so stark machte, diese 22 Kronenträger, die wiederzubringen, das macht es nun den Monarchisten so außerordentlich schwer, das Alte wiederherzustellen. (Sehr richtig! links.) Sie müßten Sie alle wiederbringen, (Zuruf rechts) und wenn Sie nur den einen wiederbringen wollen, so kann man wohl sagen: das Haus Hohenzollern hatte vielleicht im östlichen und nördlichen Preußen eine starke Anhängerschaft, im westlichen und neuen Preußen schon viel weniger. (Widerspruch rechts.) Und im ganzen übrigen Deutschland!? — Den möchte ich sehen, der dort die Volksmehrheit dafür gewinnen könnte, das Haus Hohenzollern zurückzurufen. (Sehr richtig! links. — Zuruf rechts. — Heiterkeit links.)

Meine Herren, ich sage also, heute erscheint uns die Republik schon fast als das Selbstverständliche und Natürliche für unser Land. (Widerspruch rechts.) Aber die Tagesschmerzen und Sorgen über-

schatten vielfach das Erreichte. Trotzdem meine ich, wollen wir uns der Größe dieser Errungenschaft bewußt bleiben und die Freude daran in unserer Seele pflegen.

Wir haben aber nicht nur die Republik, sondern wir haben die demokratische Republik, eine Republik, in der die höchste Staatsgewalt beim Volke ruht, in der die Volksvertretung die Quelle aller politischen Macht ist. Die Volksherrschaft aber ist verankert in einem **Wahlrecht so demokratisch**, wie es kein Land der Welt heute besitzt. Und wenn der Herr Abgeordnete Henke gefragt hat: wo ist denn die Garantie dafür, daß in dieser neuen Republik die Arbeiterklasse nicht auch nur das Aschenbrödel ist, daß sie ohnmächtig bleibt —, so antworte ich ihm: Diese Garantie liegt eben in diesem freiesten demokratischen Wahlrecht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es hat die Form, die die Sozialdemokratie und mit ihr auch Herr Henke und seine Freunde stets verlangt haben, (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und das Wahlrecht für die Nationalversammlung ist ja auch noch von den Freunden des Herrn Henke mit so beschlossen worden. Da liegt also die große Gewähr dafür, daß fortan die Arbeiterschaft keine politische Aschenbrödelrolle zu spielen braucht. Das ergibt sich aus der einfachen Erwägung, daß die Arbeiter 95 und mehr Prozent des Volkes ausmachen. Denn Arbeiter im Sinne der Sozialdemokratie ist nach der Definition Lasalles jeder, der eine der Gesellschaft notwendige und nützliche Arbeit leistet, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) einerlei, ob er mit der Hand oder mit dem Hirn diese Arbeit leistet. So werden mit einem solchen Wahlrecht die Arbeiter in diesem weitesten Sinne des Wortes die Macht im Staate haben und damit haben sie auch die Bahn frei für alles Weitere auf politischem sowohl wie auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete.

Nun hat ein Herr von der Rechten gesagt: Ja vorher hatte doch das deutsche Volk auch schon das freieste Wahlrecht. Das ist oberflächlich gesehen. In den Landesparlamenten, die sehr wichtige Kompetenzen hatten, war von einem solchen freien Wahlrecht gar nicht die Rede, Preußen voran mit seinem alten Schandwahlrecht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebensowenig war es in den Gemeinden vorhanden. Das alles gehört natürlich dazu.

Was aber den Reichstag anlangt, so war er überhaupt gar kein **vollwertiges Parlament**; er war nur ein Scheinparlament. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Abgeordnete Dr. Heinze hat gemeint, in diesem alten Reichstag gab es doch auch schon die vollste Freiheit des parlamentarischen Wortes. Jawohl, reden konnte man, aber zu sagen hatte der Reichstag nichts. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts. Daran war der Reichstag nicht selber schuld, sondern die Schuld daran

trugen zum größten Teile die Einrichtungen des alten Systems. Der Herr Abgeordnete v. Delbrück hat allerdings gemeint, wenn der **Reichstag** gewollt hätte, dann hätte kein Minister vor ihm bestehen können; er konnte jeden **Minister entfernen.** Ja, das Recht, Minister zu entfernen, hat doch erst dann Sinn, wenn ein Parlament auch das Recht hat, den Ersatzmann, den neuen Mann, nachher zu stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Wie sah es damit aus? Man sagte sich im alten Reichstag: wenn dieser fällt, was kommt dann nach? Wahrscheinlich nichts Besseres! — und so war es auch sehr häufig. Außerdem hatte auch das Parlament gar nicht so ohne weiteres die Gewalt, den Minister zu stürzen. Viele Minister sind erst dadurch fest in den Sattel gekommen, daß die parlamentarische Opposition gegen sie vorging; (sehr richtig! links) das hat sie erst in der Gnade des Mannes festgesetzt, der den Minister auf seinen Posten gestellt hatte. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Ich will in dieser Stunde hier nicht Beispiele anführen, ich will nur zwei Namen aus der allerletzten Zeit nennen, Herrn Helfferich und den Kriegsminister v. Stein. Wie lange haben sie gegen den Willen des Parlaments funktioniert? (Zustimmung links.) Das Recht, die Minister zu entfernen, war also auch nur ein Schein. Das wird in Zukunft anders sein. Das ist ein ungeheurer Fortschritt, der unserem politischen Leben überhaupt erst seinen Ernst und seine Bedeutung gibt. (Sehr gut! links.)

In Zukunft wird die Wahl des Parlaments, nicht nur die Wahl der Volksvertretung als der gesetzgebenden Instanz sein, sondern eine Reichstagswahl wird zugleich auch eine Regierungswahl sein. Das Volk in einem parlamentarischen Staat wählt sich bei der Wahl des Parlaments auch seine Regierung. Die Regierung hat bei jeder Wahl dem Wähler Auge in Auge gegenüberzutreten; jeder Minister hat seine Politik zu begründen und zu rechtfertigen, er hat Rede und Antwort zu stehen und empfängt das Votum über sein ferneres Wirken oder sein Verschwinden vom Volke selbst. Das gibt ein ganz anderes Verhältnis zwischen Regierung und Volk (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) zwischen Minister und Wählern.

Stellen Sie sich einmal das alte Verhältnis zwischen dem Minister und dem „gemeinen" Volke vor. Hätte es wohl solch ein preußischer oder deutscher Minister mit seiner Würde vereinbarlich gehalten, in eine Wahlversammlung zu gehen, in einer Volksversammlung vor denen, für die er Gesetze macht, seine Politik zu rechtfertigen? Das lag tief unter seiner Würde. Und wie der Minister hoch über dem gewöhnlichen Staatsbürger wie ein Halbgott thronte, so pflanzte sich das Verhältnis durch die Skala der Beamten fort. Das war der Obrigkeitsstaat.

Nunmehr kommen wir zu einem ganz neuen **Verhältnis zwischen Regierung und Volk**, einem viel natürlicheren und sittlicheren Verhältnis: Denn nun erst wird die Regierung wirklich dem Volke verantwortlich. Früher gab es keine Regierung, die dem Volke verantwortlich war. Das war nur ein Wort, wenn es ein Minister etwa mal anwandte. Es konnte ja auch gar kein Minister im Namen des Volkes sprechen. Woher hätte er denn die Autorisation dazu genommen? Wie konnte er denn den Beweis führen, daß das Volk hinter ihm und seinen Worten stünde? Seine Position war ja hohl, er stand eigentlich gar nicht auf festem Boden vor dem Parlament, er hing gewissermaßen an einem Draht, der nach oben führte. Sein Verhältnis dem Parlament gegenüber war eigentlich ein höchst jammervolles. Wenn es sich darum handelte, etwa dem Parlament gegenüber seinen Willen in Form einer Gesetzesvorlage durchzusetzen, dann ging das Kuhhandeln an, und dann wurden die Minister dem Parlament, ja den einzelnen Parlamentariern gegenüber oft sehr klein.

Die Stellung des neuen Ministers als Vertrauensmann der Volksvertretung ist eine ganz andere; sein Verhältnis zum Volk selbst ist ein viel sittlicheres, als es früher war. Er ist jetzt dem Volke unmittelbar verantwortlich in seiner ganzen Wirksamkeit, nicht dem Wort nach, sondern der Sache nach.

Und nun haben wir auch erst eine **wirkliche Reichsregierung**. Die hatten wir ja früher auch nicht. Was hatten wir denn? Selbst die Bezeichnung Reichsregierung gab es nicht. In letzter Zeit hatte sich der Ausdruck Reichsleitung eingebürgert. Der stand aber auch nicht in der Verfassung; sie gab es eigentlich auch nicht, sondern wir hatten nur die verbündeten Regierungen. Die regierenden Minister saßen in den Bundesstaaten und schickten ihre instruierten Wortführer in den Bundesrat. Das war eigentlich das Ministerkollegium des Reichs.

Auch der Kanzler war nicht eigentlich dem Volke verantwortlich, auch er konnte nicht namens des Volkes sprechen. Dazu hatte er gar keine Autorität. Er konnte auch nicht vom Reichstag aus beseitigt werden. Er stand auch nur dann fest und hatte eine gewisse Gewalt, wenn er Ministerpräsident von Preußen war. Da waren die starken Wurzeln seiner Kraft.

Die Staatssekretäre waren untergeordnete Stellen, die überhaupt nicht das Recht hatten, selbständig Politik zu machen und eine solche zu verantworten. Es war mir sehr interessant, daß der Herr Abgeordnete v. Delbrück, der ja da als Autorität sprechen darf, neulich selbst es als einen Mangel bezeichnete, daß das alte System kein Reichsministerkollegium gehabt habe. Es ist seltsam, daß diese Kritik so nachträglich kommt. (Sehr richtig!) Warum hat der Herr Abgeordnete v. Delbrück, als er selbst Staatssekretär war, das nicht nachdrücklichst zur Geltung

gebracht? Warum hat er nicht geholfen, den heute von ihm als mangelhaft kritisierten Zustand zu beseitigen? Das Beispiel ist sehr interessant, weil er selber als nachgeordnete Persönlichkeit in seinem politischen Tun und Lassen gebunden war (sehr richtig!), weil er gar nicht politisch sprechen durfte, sobald er etwas anderes sagen wollte als die Herren, die noch höher standen als er. War das nicht ein unsittliches, ein ungesundes Verhältnis, und dürfen wir uns nicht freuen, daß das überwunden ist, daß die Persönlichkeiten frei werden, ihrer Verantwortung gemäß zu handeln? (Rufe rechts.)

Und dann die eigentliche Regierung! Ich sage: die saß im Bundesrat. In erster Linie waren die **regierenden Minister im Reich die preußischen Ressortminister.** Sie erschienen in der Regel gar nicht zum Schlachtfest im Reichstag; sie blieben hinter den Kulissen. Dort wirkten sie geschäftig in ihrem Sinne. Jeder Vorlage drückten sie schon in den Entstehungsstadien ihren Stempel auf. Wenn es dann aber galt, die Sache öffentlich zu vertreten, stand ein Staatssekretär da, der gar nicht verantwortlich war; der eigentlich verantwortliche Minister erschien nicht vor dem Parlament. Eine Regierung hinter den Kulissen! Auch das war eine Quelle der Schwäche, eine Quelle von zahllosen Unstimmigkeiten, Reibungen und Rückständigkeiten. Auch daraus entsprang die Misere des alten Zustands, der so kläglich zusammengebrochen ist. Der Bundesrat aber war eine Geheimkammer instruierter Sachverwalter fürstlicher, feudaler und plutokratischer Interessen. Was der Reichstag auch beschloß, der Bundesrat, wenn es ihm nicht paßte, lächelte nur und beförderte es in den Papierkorb mit einer Nichtachtung vor der Volksvertretung, die sich kein Parlament der Welt hätte gefallen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Deutsche Reichstag konnte nicht dagegen an. Warum? Weil im Reich nicht er herrschte, sondern in der Tat ein militärautokratisches System, das letzten Endes die Entscheidung hatte, nicht nur in militärischen, sondern auch in politischen Dingen.

Jetzt ist ja noch der **Staatsrat** geblieben. Er ist stark angegriffen worden, und es läßt sich auch manches Kritische dagegen sagen. Aber ich glaube, solange die Einzelstaaten noch da sind, solange wird wohl in irgendeiner Form eine Vertretung notwendig sein. Erst wenn man die Bundesstaaten ins Reich auflöste, wäre naturgemäß diese Instanz restlos verschwunden.

Über das Verhältnis zwischen Reich und Gliedstaaten ist hier viel gesprochen worden. Ich freue mich, daß in der Nationalversammlung doch im großen und ganzen ein starker Zug zu möglichst weitgehender Vereinheitlichung, zu einer möglichst **starken Zentralgewalt des Reichs zum Ausdruck** gekommen ist. Die Nationalversammlung wird es ja

in der Hand haben, im Ausschuß in diesem Sinne die Vorlage zu verbessern, denn sie ist ja souverän. Glücklicherweise ist es dem Parteifreunde des Herrn Henke, dem früheren bayerischen Ministerpräsidenten Eisner, nicht gelungen, zu verhindern, daß die **Souveränität der Nationalversammlung** für das Verfassungswerk aufrechterhalten blieb. Aber ich konstatiere, daß in der ersten entscheidenden Sitzung, wo die Vertreter der Einzelstaaten in Berlin waren, der bayerische Ministerpräsident Eisner es gewesen ist, der zunächst, bevor die Sitzung begann, eine Reihe anderer Bundesstaaten zu einer Sondersitzung zusammennahm und mit ihnen einen Antrag vorbereitete, der die Partikularrechte schützen sollte vor dem Reich. (Hört! hört!) Ich konstatiere weiter, daß, als es dann gelungen war, alle übrigen einzelstaatlichen Vertreter zu überzeugen, daß man der Nationalversammlung die Souveränität in Verfassungsfragen lassen müßte, Herr Eisner es war, der bis zuletzt mit einem schneidenden Nein diese Vorlage ablehnte.

Meine Herren, ich bin der Überzeugung, die **Entwicklung** geht immer mehr **zur Vereinheitlichung**, schon weil das das praktischere und zweckmäßigere ist. Ich möchte sagen: schon fast aus Gründen der Sparsamkeit, aber auch aus Gründen der Leistungsfähigkeit unseres Staatsorganismus wird der Einheitsgedanke marschieren. Mit Gewalt freilich kann man ihn nicht erzwingen, er muß aus der Überzeugung der Bevölkerungsmassen in den Einzelstaaten selber herauskommen; da liegen die Kräfte, die geweckt werden müssen, um auf dieser Bahn weiterzukommen. Daß dabei das Landsmannschaftliche, die stammliche Eigenart der verschiedenen deutschen Völkerschaften nicht zu kurz kommen werde, ich glaube, dafür bürgt schon das Zentralparlament. So, wie es im alten Reichstag war, wird es auch im kommenden Reichstag sein: da, wo wirklich Interessenfragen des Einzelstammes, der Landschaft und der Landsmannschaft zur Geltung kommen, haben sie stets in den Parlamenten von den Vertretern von dorther eine sehr starke Befürwortung erfahren. Und das jetzige Wahlrecht ist ja geradezu auf Landsmannschaften eingestellt, es faßt sie ja als Wahlgruppen zusammen, mehr noch als früher. Ich glaube also, das ist etwas, was wir nicht zu fürchten brauchen, daß etwa eine zentrale Gleichmacherei mit Gewalt über die kulturelle Eigenart der Stämme hinweggehen könnte.

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, die Demokratie wird das Deutsche Reich fester zusammenschmieden, als das alte System es vermocht hatte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn die Demokratie war stets und überall die Wiege des nationalen Staatsgefühls. Zweimal nahm auch das deutsche Volk einen Anlauf zur nationalen Einheit, zweimal entrollten ihre Vorkämpfer das schwarz-rot-goldene Banner der großen deutschen Demokratie nach 1815 und 1848; und zweimal scheiterte diese groß-deutsche nationale Bewegung an dem **Widerstande**

dynastischer, feudaler und plutokratischer Sonderinteressen. Das war ein schweres Verhängnis für unser Volk, und hier liegen die Ausgangspunkte für die Katastrophe, die jetzt über uns gekommen ist.

Eine der Hauptursachen dieser Katastrophe — das wollen wir uns ganz offen sagen — war die **Schwäche des deutschnationalen Staatsgefühls.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Schwäche rührte daher, daß es zweimal in seinem großen Aufschwunge durch die Gewalten der Reaktion gebrochen wurde, und daß es dann niedergehalten wurde durch ein halb absolutistisches System, an dem die Masse unseres Volkes keine Freude haben konnte. (Sehr richtig! links.) Der Staatsmann aber, der die kleindeutsche Bildung schuf, die ja auch — das wollen wir nicht vergessen — nur ein nationaler Torso war, der 10 Millionen Deutscher aus dem Reichsverbande hinausbrachte, versagte hier völlig. Als er das Preußisch-Deutsche Reich gegründet hatte, tat er nichts, um das nationale Staatsgefühl in den Massen zum Leben zu erwecken, nein, er tötete es und verkehrte es in sein Gegenteil. (Sehr richtig! links. — Widerspruch rechts.) Der Staatsmann, der die deutsche Arbeiterbewegung so gänzlich in ihren ungeheuren idealen Werten verkannte, der diese starken Auftriebe und Kulturkräfte übersah und der diese Bewegung, wie auch die der katholischen Kirche mit den brutalen Mitteln des Ausnahmegesetzes niederhielt, — der jagte Millionen in die Staatsfeindschaft hinein. (Sehr richtig! links.) Er war es ja auch, der jede unbequeme Opposition im Parlamente als staats- und reichsfeindlich erklärte. (Erneute Zustimmung links.) Hier liegt der schwerste psychologische Fehler des alten Systems und dieser Fehler hat sich dann bitter gerächt.

Nun ist der Stein, den die Bauleute verworfen hatten, zum Eckstein geworden; denn auf der **Arbeiterdemokratie** ruht der starke Zusammenhalt des Deutschen Reichs, und sie wird sie tragen. Wie in Österreich die Arbeiterdemokratie es war, die den Anschluß an das alte Vaterland proklamierte, so ist es auch im Reich die Arbeiterdemokratie, die die stärkste Kraft nach Vereinheitlichung, nach Festigung des großen Ganzen darstellt. Das ist nichts Neues in der Arbeiterschaft. Wenn ich nur ein Beweisstück dafür anführen darf: als im Jahre 1870 Bebel und Liebknecht die Kriegskredite zwar nicht abgelehnt, aber auch nicht angenommen hatten, sondern sich der Stimme enthalten hatten, da traten in Opposition zu ihnen Friedrich Engels und Karl Marx auf und sagten: das ist verkehrt; wir sind zwar keine Freunde der Bismarckschen Politik, aber diese Politik führt jetzt zur deutschen Einheit, und es ist ein Lebensinteresse der deutschen Arbeiterschaft, alles zu tun, um diese deutsche Einheit herbeizuführen; denn sie bringt der deutschen Arbeiterschaft die Grundlage ihrer weiteren Entwicklung, ihres natio-

nalen und kulturellen Daseins. — Die Arbeiterdemokratie, ich wiederhole es, bietet die stärkste Gewähr für den Zusammenhalt unseres Reichs, und ich sehe allen Separationsbestrebungen deswegen mit großer Ruhe zu; ich weiß: sie werden nicht zum Ziele gelangen.

Dazu gehört freilich, meine Damen und Herren, daß die Arbeiterdemokratie, daß die Massen der Arbeiterschaft eine rechte Freude an dem neuen Deutschen Reich gewinnen. Dafür ist aber auch notwendig, daß neben der politischen Demokratie die **wirtschaftliche Demokratie** ihren Einzug hält. Das ist ja doch allgemein zugegeben, und da liegt ein Korn Wahrheit in dem, was Herr Abgeordneter Henke gesagt hat: solange der Mensch nicht sein Brot hat, solange er in wirtschaftlicher Unsicherheit und Abhängigkeit lebt, kann er auch kein politisch freier Staatsbürger sein. Das hängt eng zusammen nicht nur, wie es in dem bösen Spruch heißt: wes Brot ich esse, des Lied ich singe —, sondern die ganze geistige, psychologische Einstellung des Menschen, der von Tag zu Tag ein unsicheres, kümmerliches Brot sich suchen muß, ist nicht geeignet, ihn zu einem freien Staatsbürger zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darum gehört zur politischen Demokratie ganz untrennbar auch die wirtschaftliche Demokratie. Es muß dafür gesorgt werden, daß jeder ehrlich Arbeitende in deutschen Landen auch seine menschenwürdige Existenz findet, die ihm die Möglichkeit der Anteilnahme am kulturellen Leben gibt, zu dem auch das politische Leben gehört. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Wir müssen darum auch die wirtschaftliche Demokratie in unserm Verfassungswerke verankern. Wir stehen vor der großen Aufgabe, den sozialen Gegensatz, der die moderne Gesellschaft zerreißt, zu überwinden, den inneren wirtschaftlichen Frieden zu gewinnen. Das können wir nur auf dem Wege der sozialen Organisation.

Die Frage ist, wieviel von diesen Dingen schon in die Verfassung selbst hineingeschrieben werden kann. Der Grundsatz der **Sozialisierung** steht schon drin; in Artikel 9 Ziffer 15, wo gesagt wird, daß die Regelung der Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter Sache der deutschen Gemeinwirtschaft sein solle. Dazu kommt das Regierungsprogramm, das die Kontrolle über monopolisierte Wirtschaftszweige und die Überführung geeigneter Betriebszweige, wie Bergwerke, Energieerzeugung, auf die Gemeinwirtschaft verlangt. Also blind sind wir daran nicht vorbeigegangen, Herr Abgeordneter Henke, wie Sie behauptet haben. Auch das letzte Regierungsmanifest tritt dieser Sache von einer anderen Seite wieder näher, die auch bereits in dem ersten Regierungsprogramm angedeutet ist. Die Frage eines **modernen Arbeiterrechts** und die Durchführung eines Organisationssystems für die Arbeiter auf der

ganzen Linie wird ins Auge gefaßt. Die Arbeiterausschüsse sind ja schon allgemein eingeführt, die Einführung von Arbeiterkammern mit besonderen Arbeiterabteilungen war schon in Angriff genommen. Arbeiterausschüsse und Betriebsräte unterscheiden sich lediglich im Umfang der Kompetenzen, die man ihnen beimessen will. Die Zusammenfassung der Arbeiterorganisationen in größeren Bezirken und im Reich ist mit den Arbeiterkammern eingeleitet. Alles das sind Fragen der Zweckmäßigkeit, über die man sich verständigen kann und über die man sich verständigen muß. Es wird ratsamer sein, hier mit besonderen Gesetzen vorzugehen und sich in der Verfassung nicht in die Details zu verlieren. Solche Sondergesetze stehen bereits vor der Tür, und ich hoffe, daß sich eine große Mehrheit des Hauses findet, die hier mitarbeitet, um die soziale Organisation zu schaffen, die in geordneter Form den Arbeitern den Einfluß auf die Betriebe und auch auf die Wirtschaftsgestaltung gibt, den sie im Interesse des inneren Friedens und der Leistungsfähigkeit der nationalen Wirtschaft haben sollen. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.)

Der Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Stresemann, hat sich ja auch zu diesem Gedanken bekannt, er hat die Krönung in der Idee eines **Wirtschaftsparlaments** angeschnitten. Es ist seltsam, daß auf diesem Wege schließlich eine Idee zum Ausdruck kommt, die sich nahe berührt mit dem früher geäußerten, viel enger gefaßten Gedanken einer berufsständischen Vertretung. Aber das eine steht fest: hier müssen neue große organisatorische Einrichtungen geschaffen werden, die uns aus dem wilden Gegeneinander herausbringen. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Meine Damen und Herren! Damit betreten wir allerdings Neuland, hier haben wir kein Vorbild, wie bei der politischen Demokratie etwa in den westlichen Ländern. Noch viel weniger haben wir hier ein Vorbild im Osten. (Zustimmung.) Im Osten haben wir höchstens ein abschreckendes Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll. (Lebhafte Zustimmung.) So wenig das Christentum etwas taugt, das aus Kanonenschlünden gepredigt wird, so wenig taugt der Sozialismus etwas, der den Menschen mit Maschinengewehren in die Köpfe gehämmert wird. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Das ist nicht der Geist, in dem dieses große, schwierige Werk vollbracht werden kann. Der Geist, in dem es allein vollbracht werden kann, ist sehr schön ausgesprochen in einer Strophe des Arbeiterliedes, das bei Tausend und aber Tausend von Festen begeistert von uns gesungen wurde. Das möchte ich dem Herrn Abgeordneten Henke doch einmal ins Gedächtnis zurückrufen, damit er von da aus vielleicht eine andere psychologische Einstellung in allen diesen Sachen gewinnt. In diesem Arbeiterliede heißt es:

Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen,
In dem wir siegen. Drum wohlan!
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
Nur gleiches Recht für jedermann!
Die Lieb' soll uns zusammenketten!
Wir strecken aus die Bruderhand,
Aus geistger Schmach das Vaterland,
Das Volk vom Elend zu erretten.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das war der rechte soziale und sozialistische Geist; Sozialismus aber ohne sozialistischen Geist ist nicht möglich. Das wäre der Sozialismus, der in Rußland wütet, und den man mit Recht bezeichnet hat als den „Socialismus asiaticus". Ich sage: wir haben kein Vorbild, hier betreten wir Neuland, und hier, meine Damen und Herren, hat das deutsche Volk eine nationale Weltmission zu erfüllen. Das nationale Genie unseres Volkes soll diese neue, höhere Form finden, sich selbst zum Heil und den anderen Völkern zum Vorbild.

Wir stehen nun vor dieser großen Aufgabe. Sie muß von uns gelöst werden. Sie wird uns ungeheuer durch die Vorgänge draußen erschwert, die auch auf das Schuldkonto des Herrn Henke und seiner Freunde zu setzen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem wollen wir guten Muts an die Arbeit gehen und keinerlei Pessimismus aufkommen lassen; denn wir wissen: es ist eine gute Sache, der wir unsere Kraft weihen. Das gute Gewissen, mit dieser Arbeit dem Interesse des Volkes, des ganzen Volkes zu dienen, wird uns dabei leiten. Die Nationalversammlung soll zeigen, was sie kann. Möge sie ein Meisterstück vollbringen! Möge sie die Grundlage legen für eine neue, höhere, politische und soziale Kultur des deutschen Volkes! Möge sie ein bahnbrechendes Werk schaffen, das dem ferneren Aufstieg der ganzen Menschheit diene! (Lebhafter Beifall links.)

Präsident: Die erste Lesung des Verfassungsentwurfs ist damit abgeschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Trimborn.

Trimborn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Stresemann hat meinen Namen in Verbindung mit den Bestrebungen zur Errichtung einer **westdeutschen Republik** gebracht und hat in dem Zusammenhang gegen mich polemisiert. Ich stelle fest, daß er hierbei von einer Reihe falscher Auffassungen ausgegangen ist. Insbesondere geht er von einer irrtümlichen Meinung aus, wenn er hier den Eindruck erweckt hat, als wenn die Bewegung zur Errichtung einer Republik allein von Anhängern meiner Partei — der Zentrumspartei — getragen sei. Es sind an dieser Bewegung Anhänger der ver-

schiedensten politischen Parteien beteiligt. Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung unmöglich diese irrtumlichen Anschauungen alle richtig stellen.

Es ist mir auf der anderen Seite durch den Schluß der Debatte auch nicht möglich, die Frage der Errichtung einer westdeutschen Republik jetzt hier eingehend zu behandeln. Ich habe die Ehre, in die Verfassungskommission eintreten zu dürfen, und behalte mir ausdrücklich vor, zunächst in dieser Kommission die Frage der Errichtung der westdeutschen Republik vor allen Parteien eingehend, sachlich und ruhig zu behandeln. Ich glaube und hoffe, daß dann eine Reihe von irrigen Auffassungen, die bezüglich des Gegenstandes in dieser Versammlung, insbesondere auch bei dem Herrn Stresemann bestehen, vollständig ausgeräumt und verschwinden werden. (Bravo!)

Präsident: Meine Damen und Herren, es liegt ein Antrag vor, die Vorlage einem besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern zu verweisen. — Ein Widerspruch gegen diesen Antrag erfolgt nicht; es ist also die Überweisung der Verfassung an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern beschlossen. Es wird wohl zweckmäßig sein, wenn der Ausschuß sich hernach gleich konstituiert, um alsbald, morgen früh an die Arbeit heranzutreten.

Es ist eine Interpellation eingegangen, Arnstadt und Genossen:

> Durch den Krieg und die Kriegswirtschaft sind in einem hohen Prozentsatze selbständige Betriebe in Handel, Handwerk und Industrie zum Teil stillgelegt, zum Teil so geschwächt worden, daß deren Weiterbestehen ernsthaft gefährdet ist. Was gedenkt die Reichsregierung zu deren Wiederaufbau resp. wirtschaftlicher Stärkung zu tun?

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Mittwoch, den 5. März, nachmittags 3¼ Uhr, und auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Die soeben verlesene Interpellation.

2. Interpellation Arnstadt und Genossen über die Zustände in der Provinz Posen usw.

Die Versammlung ist mit meinem Vorschlage einverstanden. Die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 6 Minuten.)

21. Sitzung.

Mittwoch den 5. März 1919.

Zustände in der Ostmark. — Deutsche Polenpolitik. — Verhalten der Polen.

Geschäftliches. Interpellation Arnstadt und Genossen: Wiederaufbau der durch den Krieg stillgelegten oder geschwächten Betriebe. Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums. Verhandlung später.

Interpellation Arnstadt und Genossen: Zustände in der Provinz Posen usw.

Frau Dr. Schirmacher (D. Nat.), Interpellantin: Not und Gefahr der Ostmark. — Wir gebunden, die Polen nicht. — Deutscher Grundbesitz. Geiseln. Ernährungsfragen. Grausamkeiten.

Erzberger, Reichsminister: Die Regierung sieht die Not der Ostmark mindestens so ernst an wie die Interpellanten. — Das Waffenstillstandsabkommen. — Schaffung einer starken Wehr.

Heinrichs, Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium des Innern: Bericht über Verhandlungen mit den Polen. — Militärische und wirtschaftliche Fragen. — Was deutsch ist, soll deutsch bleiben.

Besprechung der Interpellation. Schultz (Bromberg) (D. Nat.) zur Geschäftsordnung.

Schulz (Posen) (S.): Wortbrüche der Polen. — Früher falsche Behandlung derselben. — Der größte Fehler Selbständigkeitserklärung 1916. — Schilderung der Vorgänge in Posen. — Gleiche Rechte.

Sagawe (Z.): Verfehlte Polenpolitik. — Aufruf an die wehrfähige Jugend der Ostmark. — Wenn der Bolschewismus in Deutschland zur Herrschaft gelangt, ist auch das Schicksal Polens entschieden.

Dr. Hermann (Posen) (D. D.): Verhalten der Polen schon während des Krieges. — Staat im Staate. — Not der deutschen Lehrer. — Mißhandlung Deutscher. — Materielle Schädigungen. — Mangelnder Rechtsschutz. — Zahlenverhältnis von Deutschen und Polen. — Blüte durch deutsche Arbeit. — Kein Vertrauen auf Rechtsfrieden. — Drohende Rachesaat.

Ohler (D. Nat.): Die Behandlung der polnischen Frage kein Ruhmesblatt für das deutsche Volk. — Die Schuld v. Gerlachs. — Große Mengen an Nahrungsmitteln verloren. — Erdrosselung des deutschen Besitzes.

Beuermann (D. Vp.): Gerlachs Schuld. — Unterschied der Kultur in Gebieten polnischer und solchen deutscher Herrschaft. — Bisher alles zu spät.

Dr. Cohn (U. S.): Die Fahne der Partei weht immer, wo die Unterdrückten stehn. — Die antipolnische Politik vor und während des Krieges. — Kleinmütigkeit nach dem Waffenstillstand. — Unablässige Einwirkung auf das Bewußtsein der ganzen Welt. — Verhalten Erzbergers.

Erzberger, Reichsminister: Widerlegung Cohns. — Keine Verschleppung von Polen. — Die U. S. haben den Grenzschutz unmöglich gemacht. — Abwehr der Sowjettruppen nötig. Kampf für Kultur und Menschlichkeit. — Die U. S. nur groß im Niederreißen.

Schultz (Bromberg) (D. Nat.): Unverständlich, wie ein Deutscher so sein eigen Nest beschmutzt. Unbegreifliches Eintreten für die Polen. — Dadurch das Gefühl in ihnen erst großgezogen, daß sie im Rechte sind.

Bärwald (D. D.): Fehler der Errichtung des Königreichs Polen. — Die Demarkationslinie militärisch, wirtschaftlich, geistig. — Polenherrschaft Rückschritt zur Unkultur.

Davidsohn (S.): Stellungnahme gegen jedes Unrecht. — Die sozialdemokratische Internationale schon an der Arbeit zu verhindern, daß irgend eine Entnationalisierung mit Gewalt herbeigeführt wird.

Frau Ekke (D. D.): Hilfe für die vertriebenen Beamten und Lehrer. — Bitte um klare Weisung, wie man sich der Vergewaltigung gegenüber verhalten solle.

Dr. Cohn. — Dr. Lewald, Unterstaatssekretär. — Erzberger, Reichsminister. — Davidsohn. — v. Graefe (D. Nat.).

Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 32 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Dem 8. Ausschuß zur Vorberatung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs (Nr. 59 der Drucksachen — 28 Mitglieder) gehören an die Abgeordneten:

Bader, Fischer (Berlin), Heldenbrand, Frau Juchacz, Kahmann, Katzenstein, Meerfeld, Dr. Quark, Riedmiller, Vogel, Wels, Dr. Beyerle, Gröber, D. Mausbach, Dr. Spahn, Stegerwald, Trimborn, Dr. Ablaß, Haußmann, Keil (Cassel), D. Naumann, Dr. Zöpfel, Dr. v. Delbrück, Dr. Düringer, Schultz (Bromberg), Dr. Heinze, D. Dr. Kahl, Dr. Cohn.

Gewählt sind:

zum Vorsitzenden: der Abgeordnete Haußmann; zu Stellvertretern des Vorsitzenden: die Abgeordneten Dr. Quark, Dr. Spahn; zu Schriftführern die Abgeordneten Katzenstein, Dr. Zöpfel.

Als Vorlagen sind eingegangen:

Entwürfe eines Sozialisierungsgesetzes sowie eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Für den 5. Wahlkreis ist neu in die Nationalversammlung eingetreten der Gewerkschaftssekretär Herr Franz Thurow in Neukölln.

Es hat folgender Mitgliederwechsel in den Ausschüssen stattgefunden:

Es sind eingetreten: in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Beims, Frau Blos, Dr. Braun (Franken), Heimann, Hug, Stücklen, Frau Simon (Westpreußen), Dr. Roesicke, Schultz (Bromberg), Reek, Dr. Pachnicke, Paasche (Berlin),

die Abgeordneten Feldmann, Sollmann, Frau Simon (Westpreußen), Simon (Schwaben), Noske (Sachsen), Roeck, Frau Rühl (Cöln), Dietrich (Potsdam), v. Graefe, Frau Simon (Westpreußen), Siehr, Henke;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Dietrich (Liegnitz), Dr. Roesicke, Bartschat, Nitzschke,

die Abgeordneten Osterroth Weinhöck, Dr. Dernburg.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Frohme, Heine (Dessau), Pohlmann für 7 Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Winnig für 14 Tage wegen dringender Geschäfte. — Der Urlaub ist, da ein Widerspruch nicht erfolgt, erteilt.

Eine Anzahl Telegramme und Briefschaften liegen beim Herrn Schriftführer zur Einsicht offen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Interpellation Arnstadt und Genossen, betreffend Wiederaufbau der durch den Krieg stillgelegten oder geschwächten Betriebe (Nr. 102 der Drucksachen).

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Regierung, ob und wann er die Interpellation zu beantworten gedenkt.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Die Regierung ist bereit, die Interpellation zu beantworten. Über den Tag der Verhandlung wollen wir uns mit dem Herrn Präsidenten der Nationalversammlung verständigen. Es wird das geschehen innerhalb der nächsten 14 Tage.

Präsident: Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Interpellation Arnstadt und Genossen, betreffend Zustände in der Provinz Posen usw. (Nr. 81 der Drucksachen).

Zur Begründung der Interpellation erteile ich das Wort namens der Interpellanten der Frau Abgeordneten Dr. Schirmacher.

Dr. **Schirmacher,** Abgeordnete, Interpellantin: Geehrte Versammlung! Die Begründung der Interpellation liegt in der Not und Gefahr der **Ostmark.** Es handelt sich hier nicht um die Gefahr oder die Not irgendeiner Partei, sondern die Not und Gefahr des ganzen Landes und Volkes. Diese Not der Ostmark ist sogar noch größer als die der Westmark; denn in der Ostmark ist heute noch Krieg. Der Waffenstillstand vom 17. Februar hat diesen Krieg nicht beendet. Laut amtlichen Nachrichten haben die Polen die Feindseligkeiten nicht

eingestellt, sie veröffentlichen weiter Kriegsberichte von der Nord-, Süd- und Westfront. Der Waffenstillstand zog eine **Demarkationslinie**, er zog sie auf deutschem Boden, was wir als eine Schmach empfinden. Diese Demarkationslinie ist schlecht gezogen; denn sie hat deutsche, in deutscher Hand befindliche Ortschaften mit inbegriffen. Diese Ortschaften haben sich dagegen gewehrt, sie haben sich dagegen erhoben. Einmütig haben die deutschen Bewohner aller Parteien sich in großen Umzügen zusammengetan, so in dem besonders gefährdeten Birnbaum, das in die Demarkationslinie einbezogen werden sollte. Birnbaum ist unser wichtigster Stützpunkt. Ging diese deutsche Stadt verloren, so wären wir gezwungen worden, auf Landsberg an der Warthe zurückzugehen, und damit wäre Posen völlig preisgegeben. Aber dem geschlossenen Widerstand der deutschen Bevölkerung ist es gelungen, diesen Verlust deutschen Bodens und deutscher Ehre abzuwehren. Dadurch hat diese deutsche Bevölkerung sich um das Land verdient gemacht; denn die Waffenstillstandskommission in Spaa hatte gleichfalls einen Verwahr in bezug auf diesen Punkt eingelegt, und sie ist in ihrem Widerstand durch den Zorn des deutschen Volkes gestärkt worden.

Aber diese Demarkationslinie ist nicht nur schlecht gezogen, sondern sie wird von den **Polen** auch nicht beachtet. Nach amtlicher Angabe haben die Deutschen die Feindseligkeiten am 18. Februar eingestellt. Nach amtlicher Angabe haben aber die Polen am 19. Februar noch zwei deutsche Dörfer genommen, am 20. vier, am 21. haben sie starke Patrouillentätigkeit bei Nakel entfaltet, am 23. und den folgenden Tagen haben sie mit Artillerie geschossen (hört! hört! rechts), kurz und gut, ihre Offensivbewegung in keiner Weise eingestellt. Das Wolffsche Telegraphenbureau äußert sich dazu: Die Truppe hat das Gefühl, daß der Pole die Demarkationslinie nur für die deutschen Truppen als verbindlich ansieht (hört! hört! rechts) und das Ausfallsgebiet zu vergrößern sucht. Geehrte Versammlung! Die Truppe hat ein völlig richtiges Gefühl. So unglaublich es der Truppe und auch den weitesten Kreisen erscheinen mag, tatsächlich besagt das Abkommen vom 17. Februar wörtlich:

> Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiete von Posen oder in jedem anderen Gebiete aufgeben. Zu diesem Zwecke wird ihnen untersagt, folgende Linie durch ihre Truppen überschreiten zu lassen.

— Dann folgt die bekannte Demarkationslinie. Daraus ergibt sich, daß eine entsprechende Bindung, die Offensivbewegungen einzustellen, für die Polen nicht gegeben ist (hört! hört! rechts), daß das Abkommen sie nicht enthält. Es besteht in diesem Punkte im Abkommen selbst keine Gegenseitigkeit. (Hört! hört! rechts.) Die Deutschen unterliegen einer einseitigen Bindung.

Die Regierung hat vor Unterzeichnung dieses letzten schmählichen Waffenstillstandsabkommens eine Erklärung in Spaa überreicht, in welcher sie darauf hinweist, daß in dieser Hinsicht, nämlich in bezug auf die Zurückhaltung und die Einstellung der Offensivbewegungen von polnischer Seite, die alliierten und assoziierten Mächte keinerlei Gewähr bieten. Es ist also ganz deutlich festgestellt: den Polen ist der Angriff nicht verwehrt. (Hört! hört! rechts.) Die Deutschen sind in diesem Waffenstillstandsabkommen auf die Abwehr beschränkt. Das geht aus dem Text hervor. Jetzt soll es General Dupont gelungen sein, auch die Polen zu einer Einstellung der Angriffshandlungen zu bewegen. Das ist, geehrte Versammlung, ein nachträglicher Erfolg unseres Volkes, — und ich spreche nicht hier für eine Partei, ich wiederhole es noch einmal: ich spreche für unser ganzes Volk. (Sehr richtig! rechts.) Es will von seiner Regierung verteidigt sein. (Bravo! rechts.)

Ehe ich das Wort hier ergriff, ging mir eine Eingabe zu — die Eingabe ist gerichtet an die Waffenstillstandskommission in Spaa und an die Verfassunggebende deutsche Nationalversammlung —, in der die deutschen Frauen Danzigs sagen:

> Wir fordern, daß die Waffenstillstandskommission und die Regierung uns vor polnischen Übergriffen schützen.

Auf der ganzen Demarkationslinie ist die **deutsche Bevölkerung in Angst und Not.** Ich bitte, sich einmal vorzustellen, was unsere Volksgenossen dort erleiden. Zehntausende sind aus dem ganzen Gebiet geflüchtet, denn sie fürchteten die polnische Gewalttat. Die Männer fürchteten, interniert, weggeschleppt und womöglich in das polnische Heer gesteckt zu werden. Sie sind geflüchtet, ihre ganze Habe, die bewegliche wie die unbewegliche, Haus und Hof, Hausgerät, Vorräte, — alles haben sie zurücklassen müssen. Wo sind sie hin? Zu Verwandten, Freunden, aber auch zu Fremden! Nun malen Sie sich aus, was das für diese Flüchtlinge, für die deutschen Volksgenossen bedeutet, daß sie bei der herrschenden Wohnungsnot und der herrschenden Nahrungsnot noch irgendwo kümmerlich untergebracht sind. Qualvolle Nächte erleben unsere Volksgenossen aller Parteien, aller Richtungen, erleben sie an der ganzen Demarkationslinie! Da wurde bis jetzt tagaus, tagein in irgendeinem Abschnitt geschossen, oft mit schwerem Geschütz, die Fenster klirren dauernd, und die Nerven schwingen mit. Und doch sind diese Deutschen noch beneidenswert, denn bei aller Not und Angst stehen sie noch in deutscher Hand und unter deutschem Schutz; sie sind außerhalb der Demarkationslinie.

Was es aber bedeutet, bei den Polen zu sein, von der Demarkationslinie umfaßt zu werden, das erfahren wir aus den Notschreien, die uns von hier und da noch erreichen. Ich fasse kurz die Tatsachen

zusammen. Es besteht in dem von Polen besetzten und vergewaltigten Teil der Provinz Posen heute keine deutsche Verwaltung mehr, die **Behörden** sind in allen Instanzen mit **polnischen Beamten** besetzt, die Provinzialbehörden, die Kreisbehörden und die Gemeindebehörden. Die deutschen Hoheitszeichen sind entfernt, es gibt kein Schwarz-weiß-rot mehr für Polen, es gibt die polnischen Nationalfarben dort und den weißen Adler. Wie ich aus einem Privatbriefe erfahre, wird der weiße Adler auf den Rathäusern eingezogen, wenn man eine Ententekommission erwartet. (Hört! hört! rechts.) Die deutschen Straßennamen und Wegenamen werden entfernt, die Wegweiser werden polnisch gemacht. Und dann beginnt jetzt eine Rückwanderung der im Westen befindlichen polnischen Bevölkerung. Man hat sie vor dem Kriege auf 200 000 Polen im deutschen westlichen Industriegebiet geschätzt. Diese polnische Bevölkerung beginnt jetzt nach Posen zurückzuwandern, um dort das polnische Element zu verstärken, damit bei der Abstimmung bewiesen werden kann, wie stark polnisch Posen ist. (Hört! hört! rechts.)

Die **Militärbeamten** der Stadt Posen haben einen Notschrei zu uns gelangen lassen, ein qualvolleres Leben als das ihrige sei nicht zu denken. Den deutschen Lehrern und **Lehrerinnen** in Posen werden ihre Stellen zum 1. April gekündigt, wenn es nicht schon vorher geschehen ist. Man rechnet vom 1. April ab mit Hunderten von deutschen Lehrkräften, die ohne Stellung und Brot sein werden (hört! hört! rechts), Lehrkräften an öffentlichen Schulen, aber, verehrte Versammlung, auch mit Lehrkräften an Privatschulen, die stehen noch viel schlechter da, ihre Lage ist geradezu verzweifelt; vor ihnen liegen Hunger und Not.

Die **Angeberei** blüht in dem ganzen Gebiet, das innerhalb der Demarkationslinie liegt. Es geht den Deutschen in Posen jetzt so, wie es unseren deutschen Stammesgenossen in den baltischen Provinzen erging. (Sehr richtig! rechts.) Da ging jedes estnische oder lettische Dienstmädchen hin und verschwärzte die Herrschaft bei den russischen Behörden. Jetzt kann jeder polnische Dienstbote hingehen — und sie nehmen diese Gelegenheit wahr —, um bei irgend einem polnischen Arbeiter- und Soldatenrat oder sonst bei einer polnischen Behörde die deutschen Bewohner anzugeben wegen angeblich beleidigender Bemerkungen gegen das Polentum, und die Deutschen werden dann zu hohen Geldstrafen verurteilt. (Hört! hört! rechts.) Man bestraft nicht mit 10, 20 oder 30 Mark, sondern man beginnt schon mit 1000 Mark und steigt auf 2- bis 3000 Mark. (Hört! hört! rechts.) Diese Strafen werden mit Vorliebe Ansiedlerfrauen auferlegt. (Wiederholte Rufe: Hört! hört! rechts.) Denn der deutsche Ansiedler soll durch die Polen ausgerottet werden. Die Gerichtsverhandlungen sind oft reine Possen. Schon wenn diese deutschen Bewohner vor polnische Gerichte gestellt werden, haben sie eine glimpfliche Behandlung nicht

zu erwarten; denn diese Gerichte sind einseitig mit Polen besetzt und sind parteiisch. Aber sie kommen auch vor polnische Standgerichte, die dann solche Urteile fällen. Daraus ergibt sich eine völlige Rechtsunsicherheit der deutschen Bevölkerung in den besetzten Gebieten Posens.

Es ist vom **polnischen Volksrat** in Posen am 6. Februar ein Gesetz erlassen worden, welches die **Aushebung** der 18- und 19-Jährigen zum polnischen Heer anordnet (hört! hört! rechts), und diese Aushebung bezieht sich und erstreckt sich auch auf Deutsche. (Wiederholte Rufe: Hört! hört! rechts.) Das ist festgestellt worden in einer Besprechung mit dem deutschen Volksrat am 13. Februar. Man zwingt derart unsere deutschen Volksgenossen zum Landesverrat. Von den Seelenqualen, die man ihnen auferlegt, will ich hier in dieser Begründung nicht weiter sprechen. Ich wiederhole und betone aber noch einmal: sie erleben dasselbe, was die deutschen Balten im Kriege erlitten haben. Die Furcht, ins polnische Heer eingereiht oder interniert zu werden, hat die Deutschen zur Flucht getrieben, und diese Flucht ist das Ziel der Polen. Denn in den verlassenen deutschen Höfen wird sämtliches Vieh weggeführt, die Pferde werden weggenommen und das Haus wird völlig leergeraubt. Auf diese Art kommt die polnische Bevölkerung zu Vieh, zu Pferden und zu Hausgerät, das heute teuer und schwer zu erlangen ist. (Hört! hört! rechts.)

Und nun die weitere Folge für den deutschen Grundbesitz. Die **deutschen Ansiedler** sind interniert, weggeschleppt oder geflüchtet. Der Acker liegt da. Ein Gesetz bestimmt, daß ein Acker, der nicht in bestimmter Frist bestellt wird, verfällt; er wird enteignet. Hier liegt ja aber doch nicht eine Böswilligkeit der Nichtbestellung vor. Gegen eine solche Böswilligkeit richtet sich das kürzlich von uns angenommene deutsche Gesetz[1]). Hier aber besteht für den deutschen Ansiedler die Unmöglichkeit, sein Feld zu bestellen. Selbst wenn er geblieben, wenn er nicht geflüchtet wäre, würde man ihn internieren, von seinem Grund und Boden wegreißen. Er kann ihn in keiner Weise bestellen, aber weil er ihn nicht bestellt, verfällt der Acker, er wird ihm entrissen. (Hört! hört! rechts.)

Ich komme zu dem tieftraurigen Kapitel der **Geiseln.** Deutsche und Polen haben gegenseitig in diesem Indianerkriege, der dort geführt wird, Geiseln genommen. Wir Deutschen haben, getreu der Verpflichtung, die polnischen Geiseln entlassen, die deutschen Geiseln sind aber noch nicht vollzählig zurückgekehrt. Auf eine Anfrage, die ich persönlich an Herrn Erzberger gerichtet, ist mir geantwortet worden, daß General Dupont es erreicht habe, daß mit dem nächsten Austausch-

[1]) Verordnung über die Sicherung der Landwirtschaftsbestellung vom 4. Februar 1919 (R.G.Bl. S. 79).

zuge die deutschen Geiseln zurückkämen. Wir erbitten von der Regierung eine Antwort, ob dieser Zug inzwischen angelangt ist. (Sehr gut! rechts.) Ich weiß aber, daß zwei deutsche Geiseln aus dem deutschbewohnten, in polnische Hände gefallenen Orte Zirke nicht ausgeliefert sind, daß man die nach Skalmierzyce weiter geschafft hat. (Hört! hört! rechts.) Ein Privatbrief gibt an, daß die internierten Deutschen ihre Kost aus einem Napf erhalten, wie Tiere. Die 12 aus Zirke weggeschleppten Deutschen sind Handwerksmeister und Kaufleute, sie sind deutsches Volk in seinen Mittel- und kleinbürgerlichen Schichten, es ist nur ein Mann aus den höheren Schichten dabei.

Die Polen behandeln die **Deutschen** und deren **Besitz** feindselig: sie nehmen den Gütern die Kohlen weg zu ihrem eigenen Verbrauch, dann mag Gut und Dorf frieren. Hier handelt es sich um ein Dorf von 400 Seelen, Körnersfelde, wo der Fall vorgekommen ist, um Volk im buchstäblichen Sinne des Wortes. Die Regierung muß eintreten für diese breiten Volksschichten Deutschlands. (Sehr richtig! rechts.) Jetzt werden von den Polen Pferde gekauft. Gekauft wird von einer polnischen Kommission, und gekauft wird von den Gütern über 500 Morgen. Das sind deutsche Güter, deutscher Mittel- und Großgrundbesitz. (Hört! hört! rechts.) Der polnische bäuerliche Grundbesitz bleibt **frei, er** behält seine Pferde und kann seine Frühjahrsbestellung machen. Gezahlt wird den deutschen Besitzern in polnischer Staatsanleihe zum Nennwerte, und der deutsche Landwirt, der keine Pferde hat, kann nicht bestellen und wird dann enteignet.

Die **Anforderungen von Lebensmitteln**, die in diesem Kriegsgebiet — denn um ein solches handelt es sich — dauernd vor sich gehen, fallen vorwiegend den deutschen Ansiedlern zur Last. Der deutschen Ansiedlerfrau wird rücksichtslos das Schwein, das sie eben geschlachtet hat, weggenommen, von deutschen Landwirten wird gefordert, daß sie zwei Ochsen, zwei Schweine, 60 Pfund Speck, Hafer liefern ohne Bezahlung und Bescheinigung. (Hört! hört! rechts.) Die Ansiedler haben auch Fuhren zu stellen zur Wegschaffung der Verwundeten in diesem auf preußischem Gebiet befindlichem Kriegsgebiet. Wenn man einem Zeitungsbericht Glauben schenken darf, so sind jetzt 1000 deutsche Ansiedler zur Zwangsarbeit weggeführt. Die Dörfer und die Städte erhalten **Kriegssteuern** von 20- bis 30000 Mark bis zu 2 und 3 Millionen, und ich betone den Punkt ganz besonders, daß die sämtlichen Deutschen jetzt von ihrem Einkommen 50 Prozent Steuern zahlen sollen, für besondere polnische Zwecke, wahrscheinlich zur besseren Ausrüstung des polnischen Heeres, das gegen unser Land ziehen soll.

Die polnische Bevölkerung aber, die alle Kriegsbeschränkungen in bezug auf die Nahrung aufgehoben hat, lebt jetzt aus dem Vollen. Es wird Getreide geschrotet und verfüttert, man sucht die Lebensmittelzu-

messung auf das Friedensmaß zu erhöhen. Plötzlich sind in Posen durch Polen große Vorräte ans Licht geschafft worden. Ein Privatbrief spricht — es mag eine Übertreibung vorliegen — von zwei Pfund Fleisch, welches die polnischen Soldaten täglich erhalten sollen. Man nimmt Lebensmittel von den Deutschen und führt sie aus nach Kongreßpolen und Galizien. Ein amtlicher Bericht gibt an, daß Kartoffeln, Flachs, Korn, Erbsen, Zucker ausgeführt werden in die von mir eben genannten Gebiete. Das geht alles waggonweise: 12 Waggons für Krakau, 12 Waggons für das Krakauer Grubengebiet und dergleichen. An diesen Ausfuhrungen von Lebensmitteln sind wir Deutsche aufs innigste beteiligt. Diese Lebensmittel werden Deutschland entzogen. Durch die Abschnürung Posens ist die deutsche Ernährung, nicht nur die Ernährung der Ostmark, sondern die Ernährung ganz Deutschlands, weil Posen der große Überschuß- und Lieferungsbezirk für den deutschen Westen war, verschlechtert und gefährdet. (Sehr wahr! rechts.)

Dazu liefert jetzt der Verband Lebensmittel für Polen über Danzig. (Hört! hört! rechts.)

Stellen Sie sich vor, was es bedeutet, daß unserem ausgehungerten, darbenden Volk in **Danzig** — Danzig ist meine Vaterstadt, meine Heimat und gehört zu meinem Wahlkreis Westpreußen — vor der Nase die Vorräte für seine Feinde weggeführt werden! Wir haben dafür zu sorgen, daß sie mit deutschem Material weitergeschafft werden, dafür zu sorgen, daß diese Vorratszüge bewacht werden, daß die Vorratsmagazine unter Wache gestellt werden. (Hört! hört! rechts.) Das ist uns auferlegt, und von diesen Lebensmitteln erhält die deutsche Danziger Bevölkerung nichts.

Eine Danziger Pressenotiz berichtet, es wäre den Militärbehörden gelungen, 10 000 Zentner **Fett** von der amerikanischen Lebensmittelkommission für Danzig zu erwirken. Ich weiß nicht, ob diese Notiz auf Wahrheit beruht, und ich bitte die Regierung um bündige Auskunft darüber, wie es mit dieser Lieferung für Danzig steht. Jedenfalls ist, da Posen seine Vorräte nach Polen liefert, und selbst wenn es gelingen sollte, eine weitere Belieferung Deutschlands aus Posen sicherzustellen, doch durch das Wegführen dieser Vorräte die deutsche Ernährung in hohem Maße geschmälert, und deshalb ist es dringendste Notwendigkeit, daß es unserer Waffenstillstandskommission und unseren Vertretern in Spaa gelingt, durchzusetzen, daß der Verteilungsschlüssel der von der Entente zu liefernden Lebensmittel zu Deutschlands Gunsten dauernd erhöht wird. (Sehr richtig! rechts.)

Ich habe dann noch ein Wort über die **Grausamkeiten** zu sagen, mit denen der Krieg in Posen von den Polen geführt wird. Es dürfen nicht

vergessen werden die sieben deutschen Männer, die auf dem Kernwerk in Posen elend gemeuchelt wurden. (Sehr richtig! rechts.) Es darf nicht vergessen werden der vertrauende Parlamentär, der hinterrücks erschossen wurde (hört! hört! rechts), dem man dann noch den Schädel einschlug und die Augen ausstach, — eine Kriegführung, die eines zivilisiert sein wollenden Volkes, bei Gott, nicht würdig ist. Und ich muß auch noch erwähnen, was sich bei der Kompagnie Partenheimer zugetragen hat. Die Kompagnie Partenheimer hat sich in den Kämpfen um Bromberg ausgezeichnet. Sie wurde von Leutnant Partenheimer geführt. Von 120 Mann blieben 17 übrig. (Hört! hört! rechts.) Als Leutnant Partenheimer gefallen war, ergriff eine der beiden Schwestern, die dort mit bei der Kompagnie waren, das Gewehr des Leutnants und sagte: wo unser Leutnant bleibt, bleibe ich auch! Da sie die Waffe in der Hand hatte, wurde sie erschossen. Die andere Schwester nahm man gefangen. Man riß ihr die Kleider vom Leibe, man hat sie in den Schnee gejagt und dann hinterrücks erschossen. Das ist geschehen auf deutschem, preußischem Boden! (Hört! hört! rechts.) Das ist das Posener Trauerspiel.

Soll dieses Trauerspiel auf **Westpreußen** übergreifen? Höchste Gefahr liegt vor, wenn nicht schleunigst eingegriffen wird. Westpreußen ist jetzt auch ein Gebiet geworden, in dessen Schulen polnischer Religionsunterricht und polnischer Sprachunterricht lehrplanmäßig erteilt werden darf. Die erste polnische Präparandenanstalt ist in Tuchel für Lehrer und Lehrerinnen gegründet worden. Das ist ein Schlag gegen das Deutschtum in dieser Provinz. Er beruht auf dem Januar-Erlaß des preußischen Kultusministeriums. (Zurufe: Unerhört! und Unruhe rechts.)

Verehrte Versammlung, die Polen haben erklärt: Wir hatten Achtung vor der alten Regierung, vor dem alten Preußen, vor Deutschland mit seiner starken Militärmacht; damals hätten wir uns an Posen und Westpreußen nicht herangetraut; seitdem wir aber gesehen haben, daß 1000 Matrosen imstande waren, die alte Regierung über den Haufen zu werfen (lebhafte Zustimmung und Zurufe rechts — Gegenrufe und Unruhe links), seitdem haben wir keine Achtung mehr vor Deutschland. Seit der Zeit recken die Polen ihre Hand auch nach Westpreußen, sie greifen entschlossen zu. Sie sind organisiert. Sie haben **polnische Arbeiter- und Soldatenräte** in Westpreußen gegründet. Diese polnischen Arbeiter- und Soldatenräte stehen mit den spartakistischen Elementen in Westpreußen in Verbindung. Die letzten Vorgänge in Thorn beweisen das ganz deutlich. In Thorn haben sich die Spartakisten „vor die polnischen Ziele gespannt". Die Polen haben in Westpreußen polnische Vertrauenspersonen bei der Post, bei der Bahn, sie suchen sich solche Vertrauenspersonen in den Generalkommandos zu verschaffen. Sie haben **polnische Volksräte**, und diese Volksräte sind auf Dauer eingerichtet. Sie haben eine Kom-

mission für öffentliche Sicherheit, für Militär, für Versammlungen, für Arbeitsnachweise und dergleichen. Das sind keine vorübergehenden Einrichtungen.

So haben die Polen in Westpreußen schon, von Posen übergreifend, einen Staat im Staate gebildet, wie er früher in Posen bestand. Verehrte Versammlung, das ist — wir haben es in Posen erlebt, — nur das Vorspiel zu einer Losreißung. Die polnische Bevölkerung gibt das ja auch ganz unumwunden zu in ihrer Presse und auch in Schriftstücken, die man bei Untersuchungen gefunden hat, sie wären in Westpreußen 50 000, die sich erheben könnten, es fehlte ihnen nur an Waffen; diese Waffen würde ihnen die Division Haller bringen. Das Ankommen der Division Haller sollte das Zeichen sein zum Ausbruch eines polnischen Aufstandes in Westpreußen. Die Danziger Bevölkerung ist durch diese Nachrichten außerordentlich beunruhigt. Die Lage in Westpreußen wie in Posen erfordert die höchste Aufmerksamkeit und Wachsamkeit. Ich habe darauf hingewiesen, und ich schließe mit den Worten: Uns Abgeordneten ist nur das Wort und nicht die Tat vergönnt; ich frage daher die Regierung, was sie zu tun gewillt und fähig ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Interpellation hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Namens der Reichsregierung habe ich zur Beantwortung der Interpellation folgende Erklärung abzugeben:

Zu Punkt 1. Es ist mit dem Verbindungsorgan der Alliierten, General Dupont, in Berlin verabredet, daß nicht allein alle **Feindseligkeiten längs der Demarkationslinie** aufhören sollen, sondern daß Offiziere in die einzelnen Abschnitte entsandt werden, um für die Durchführung dieses Befehls zu sorgen. Seitens der Obersten Heeresleitung werden deutsche Offiziere zu diesem Zwecke abgesandt werden, General Dupont hat zugesagt, seinerseits Offiziere der alliierten und assoziierten Mächte, soweit ihm solche zur Verfügung stehen, zum gleichen Zwecke in die polnischen Stellungen längs der Demarkationslinie zu entsenden. Damit sind die Voraussetzungen für allgemeine Waffenruhe gegeben.

Zu Punkt 2. Die Durchführung des von den Alliierten garantierten **Schutzes der Deutschen** ist Gegenstand der besonderen Beachtung der Waffenstillstandskommission und gegenüber General Dupont bereits zur Sprache gebracht worden. General Dupont hat sich verpflichtet, bei der interalliierten Kommission für Beachtung der gegebenen Garantien einzutreten. Verhandlungen über die Einzelheiten finden dieser Tage in Bromberg statt. Diese Verhandlungen werden geführt durch Bevollmächtigte der Waffenstillstandskommission und Delegierte des preußi-

schen Staatsministeriums. Leben und Eigentum der Deutschen zu schützen, ist nicht nur erste Pflicht der Regierung und ihrer Vertreter, sondern auch Pflicht der alliierten Regierungen, welche gegen alle polnischen Übergriffe einschreiten werden.

Zu Punkt 3. Es sollen nach bereits getroffenen Vereinbarungen alle **Geiseln** gegenseitig freigelassen werden, soweit kein strafrechtliches Verfahren eingeleitet ist.

Zu Punkt 4. Es wird gefordert, den **geflüchteten Deutschen** die Rückkehr in die Heimat zu sichern. Der Schutz der Person und des Eigentums muß unter allen Umständen gewährleistet werden.

Zu Punkt 5. Sämtliche **Übergriffe der Polen** auf dem Gebiete der **Rechtspflege** werden, soweit sie bekannt werden, unverzüglich der interalliierten Kommission mit dem Ersuchen um Abhilfe mitgeteilt. Bisher hat der in Berlin anwesende militärische Vertreter der Kommission, wenn er auch zunächst für militärische Fragen zuständig ist, das Bestreben gezeigt, bei der interalliierten Kommission auf Abhilfe derartiger Übelstände hinzuwirken.

Zu Punkt 6. Sobald die Einstellung der Feindseligkeiten durchgeführt ist, soll der ungehinderte **Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehr** mit der Provinz Posen wieder aufgenommen werden. Die Einzelheiten, welche während des Waffenstillstandes hierüber zu vereinbaren sind, werden mit tunlichster Beschleunigung von der interalliierten Kommission und der deutschen Waffenstillstandskommission geregelt werden. Es ist zu hoffen, daß wir aus den jenseits der Demarkationslinie gelegenen Gebieten landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten können, da auch auf polnischer Seite sich wegen der lebhaften Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen und deutscher Kohle ein entsprechender Warenaustausch entwickeln muß.

So die Erklärung der Reichsregierung auf die Interpellation Arnstadt und Genossen. Ich könnte mich damit begnügen, wenn nicht einige Ausführungen der Frau Interpellantin mich verpflichten würden, wenige Worte hinzuzufügen.

Die deutsche Regierung sieht die **Not der Ostmark** mindestens so ernst an wie die Interpellantin und ihre Gesinnungsgenossen. Mindestens! Die deutsche Regierung hat volle Sympathie für die Deutschen, welche durch widrige Verhältnisse unter vorübergehende Fremdherrschaft gekommen sind. Sie tut alles mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften, um die Not unserer Landsleute in der Ostmark zu lindern.

Die Frau Interpellantin hat bemängelt, daß eine Bindung für die Polen im Waffenstillstandsabkommen nicht erreicht worden ist, sprach dann von einem **„nachträglichen Erfolg"**, daß Birnbaum nicht innerhalb der Demarkationslinie fallen soll; sie stellte dann den Satz und die For-

derung auf: das deutsche Volk wolle von seiner Regierung verteidigt sein. Das ist freilich ein gutes Recht des deutschen Volkes, daß es von seiner Regierung verteidigt wird. Die Regierung hat aber das Erforderliche und das Menschenmögliche auf diesem Gebiete geleistet. Es ist ein Irrtum, zu behaupten, daß es sich um „nachträgliche Erfolge" handelt.

In Trier waren mir die ersten **Forderungen von Marschall Foch** überreicht worden. Ich ließ dahingestellt, ob die deutsche Regierung die neuen Forderungen annehmen würde oder nicht, führte aber in einem Schreiben vom 15. Februar, das Ihnen als Drucksache nächstens zugehen wird, aus, daß, selbst wenn die Regierung zu einer Annahme kommen würde, der Vertrag in dieser Form nicht unterschrieben werden könne. Ich müsse deshalb schon meinerseits **Abänderungsvorschläge** zum Ausdruck bringen. In dem Schreiben heißt es wörtlich:

> Zu Artikel I ist ergänzend hinzuzufügen, daß diese Bestimmung sinnentsprechend auch für die Polen gilt. Die allgemeine Verkehrsfreiheit, insbesondere die wirtschaftliche, des so umgrenzten Gebietes mit dem übrigen Deutschland unterliegt keinerlei Beschränkung. Die von den Polen verhafteten und internierten Deutschen sind sofort zu entlassen. Die Strafvollstreckung der wegen politischen und militärischen Vergehens von den Polen Verurteilten wird bis auf weiteres ausgesetzt. Die Fortführung und Ausweisung von Einwohnern aus diesem Gebiet ist untersagt; dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden und Nachteil zugefügt werden. Jeder nachträgliche Verzicht und jede nachträgliche Forderung auf Schadenersatz seitens Deutschlands wird vorbehalten. Die Verwaltung des so umgrenzten Gebietes liegt bis zum Friedensschluß ausschließlich in den Händen der deutschen Behörden, unterstützt von polnischen Vertretern. Nach der getroffenen Aussprache zwischen General Weygand und General v. Hammerstein besteht Übereinstimmung, daß durch die Ziehung der Demarkationslinie in keiner Weise dem Punkt 13 der Wilsonschen Grundsätze vorgegriffen wird. Das aus dem auf der Karte umgrenzten Gebiet nach dem Waffenstillstandsabkommen den Alliierten zur Verfügung zu stellende Verkehrsmaterial wird auf die Gesamtsumme des abzugebenden Verkehrsmaterials angerechnet. Vorräte aller Art (Lebensmittel, Munition, Ausrüstungsgegenstände) dürfen nicht ohne Zustimmung Deutschlands über die Reichsgrenze ausgeführt werden. Die Alliierten gewährleisten die Einhaltung dieser Vorschriften.

Das war die deutsche Forderung, die sofort von den Unterhändlern erhoben worden ist. Aus den früheren Verhandlungen ist Ihnen, meine Damen und Herren, bekannt geworden, daß Marschall Foch erklärt hat: „Ich bin gebunden an die Instruktion der alliierten und assoziierten Regierungen, ich kann die Waffenstillstandsbedingungen nicht ändern und nicht erweitern." Die Verhandlungen sind daraufhin mündlich fortgesetzt worden, und als Schlußresultat der eingehenden mündlichen Verhandlungen kann ich nach meinen Aufzeichnungen — Protokolle werden nicht geführt, Marschall Foch verweigert die Anwesenheit irgend eines Mannes, der nicht zu den Bevollmächtigten der Waffenstillstandskommission

gehört; er hat meinem Wunsche auf Zuziehung von Stenographen nie entsprochen — konstatieren, daß ich am Schluß derselben feststellte:

> Sie (Marschall Foch) haben also zugesagt, daß die Polen die grüne Linie nicht überschreiten dürfen, daß sie die Geiseln freilassen müssen, daß die Verkehrsstraßen einzuhalten ist und alles weitere, was ich in dem Brief an Sie festgelegt habe. Ich frage: gewährleisten die Alliierten die Durchführung dieser Zusagen? Marschall Foch: Ja. Dafür senden wir eine interalliierte Kommission nach Warschau.

Es war also diese gegenseitige mündliche Vereinbarung Inhalt und Gegenstand des Vertrags selbst geworden, und alles, was jetzt durchgeführt wird in Bromberg, ist ein Teil des Waffenstillstandsabkommens. Es kann also von den Interpellanten nicht als nachträglicher Erfolg bezeichnet werden. Wir würden unsere Stellung schwächen, wenn eine derartige Auffassung nachträglich hineininterpretiert würde, und wir das ohne Widerspruch passieren lassen würden. (Zuruf rechts.) — Nein: ich mache Ihnen auch keinen Vorwurf. Ich muß im Interesse des deutschen Standpunktes vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß alle diese Garantien vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens uns gegeben worden sind. Der einzige Hinderungsgrund, sie in den Waffenstillstandsvertrag nicht aufzunehmen, wie ich beantragt habe, war das eine Formale, daß Marschall Foch erklärte: ich bin nicht ermächtigt, das Waffenstillstandsabkommen zu ändern oder zu verbreitern. Also alle die Garantien, die in dem Briefe von mir niedergelegt worden sind, sind Gegenstand des Waffenstillstandsabkommens selbst geworden. Ich wiederhole: ein formales Hindernis lag vor auf seiten der Alliierten, sie nicht in den Vertrag selbst aufzunehmen.

Dann ein zweites. Die Frau Interpellantin hat der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die **polnische Bewegung** übergreifen könne auf **Westpreußen.** Ich möchte den geneigten Erwägungen der Frau Interpellantin anheimstellen, einmal nachzudenken, ob durch dieses Waffenstillstandsabkommen nicht gerade die Garantie dafür gegeben ist, daß die Zustände in Westpreußen sich nicht wiederholen können, wie sie leider in Posen eingetreten sind. Ich begnüge mich mit der Aufwerfung dieser Frage und überlasse die Beantwortung dem hohen Hause selbst. Es ist nach dem Waffenstillstandsabkommen ausgeschlossen, daß irgendwie Dinge, wie sie jetzt innerhalb der Demarkationslinie sich vollzogen haben, mit Billigung der Alliierten auf Westpreußen übergreifen können. Es ist Pflicht des deutschen Volkes, nicht der deutschen Regierung allein — denn wir haben eine Volksregierung —, es ist Pflicht des deutschen Volkes, den Übergriffen der Polen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Das Haus hat dieser Pflicht Genüge getan, indem es seinerzeit die Reichswehr geschaffen hat. Es ist jetzt Aufgabe unserer wehrfähigen Jugend, ganz besonders der Jugend im Osten,

die Heimat mit aller Entschiedenheit zu verteidigen. (Sehr richtig!) Jeder freiwillige Mann, der sich in Deutschland zur Verfügung stellt und sich in die neugeschaffene Reichswehr eingliedern läßt, leistet dem deutschen Volk und den hartbedrängten Deutschen in Westpreußen den denkbar größten Dienst.

Die **Maßnahmen des preußischen Kultusministeriums**, welche eine gerechte Behandlung der Polen in der Provinz Westpreußen zum Ziele haben, brauche ich nicht zu verteidigen; sie sprechen für sich selbst. Ich muß nur bedauern, daß in der Nationalversammlung noch ein Zwischenruf fallen kann, der eine derartig auf der Grundlage der Gerechtigkeit aufgebaute Maßnahme auch nur in einem Zwischenruf kritisiert. Sind Sie rechts denn erst zufriedengestellt, wenn der letzte Pole aus der deutschen Oberhoheit herausgerissen ist? Wissen Sie nicht, welche Bestrebungen Sie fördern, wenn Sie weiter dafür eintreten, daß den Polen nicht auf der Grundlage der Gerechtigkeit im Rahmen der deutschen Republik Rechnung getragen wird? Mir ist der Zwischenruf entgegengeschleudert worden, daß es eine Schmach sei, daß das preußische Kultusministerium eine eigene polnische Präparandenanstalt für Westpreußen gebildet hat, damit polnische Volksschullehrer herangebildet werden können. Ich hätte gewünscht — und habe dem früher schon im Parlament Ausdruck gegeben —, daß die **preußische Polenpolitik** schon früher gerecht gewesen wäre (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien) und den elementaren Grundsätzen des Naturrechts eines jeden Volkes schon früher Rechnung getragen hätte. (Erneute lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Situation im Osten wäre heute viel günstiger für uns. (Wiederholter Beifall und Zustimmung.) Es ist sehr leicht von Ihnen jetzt, nachdem der Krug zerschlagen ist, zu klagen und diejenigen anzuklagen, die die Liquidationsmasse zu bereinigen haben, aber nicht zu fragen, wer dazu beigetragen hat, daß sich im Osten unhaltbare Zustände entwickelt haben. (Zuruf rechts: Herr v. Gerlach!) — Herr Abgeordneter, ich kenne Sie nicht, ich weiß Ihren Namen nicht, aber ich sage: Sie sind doch nicht erst im November 1918 auf die Welt gekommen! (Heiterkeit.) Es gab doch eine nicht wünschenswerte Behandlung des polnischen Volkes vor dem November 1918, und an diese habe ich in meinen Ausführungen erinnert. Durch nichts hat man doch gewissen Ansprüchen der Polen und gewissen Forderungen der Alliierten mehr Vorschub geleistet als durch die ungerechte Polenpolitik, die Jahrzehnte lang in Deutschland getrieben worden ist. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die preußische Regierung hat darum nur sehr spät einem berechtigten Wunsch Rechnung getragen. Wenn sie das getan hat, hat sie noch einen letzten Versuch unternommen, in der Ostmark für Deutschland zu retten, was heute noch gerettet werden kann. Darum

verdient diese Maßnahme der preußischen Regierung keinerlei Bemängelung, sondern sie verdient nur Anerkennung.

Ein zweites kommt hinzu. Wir verlangen und müssen von der ganzen Welt den **Schutz der nationalen Minderheiten** verlangen. Das ist einer der wichtigsten Programmsätze der Regierung beim Friedensschluß. (Sehr richtig! links.) Wir müssen für die Deutschen auf der ganzen Welt eintreten, für Aufrechterhaltung ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihrer Religion. Das ist unsere Pflicht. Was gibt aber die beste Begründung dafür bei allen Verhandlungen mit den Gegnern, daß wir den Schutz der nationalen Minderheiten durchsetzen? Nur die eine Tatsache, daß wir den bei uns wohnenden nationalen Minderheiten dieselbe Freiheit gewähren, die wir für unsere deutschen Volksgenossen in allen Ländern verlangen. (Sehr richtig! links.) So kann man nicht verhandeln: auftreten und alles Recht für sich verlangen und dasselbe Recht, das man für seine Volksgenossen verlangt, nicht auch allen Leuten, die im Rahmen des Deutschen Reichs leben, zu geben.

Diese Worte richte ich, damit kein Mißverständnis entsteht, nicht an die Interpellantin — sie hat mir keine Veranlassung dazu gegeben —, wohl aber auf die Zwischenrufe, die gefallen sind, und die ich zurückweisen muß.

Die Frau Interpellantin hat dann wiederholt von der **Schmach des Waffenstillstandes** gesprochen. Den Waffenstillstand abzuschließen, war eine harte Notwendigkeit. Ein anderer Entschluß der Regierung konnte nicht gefaßt werden.

Sie hat davon gesprochen, daß der **Respekt vor dem deutschen Namen** gesunken sei. Das gebe ich leider zu. Aber wenn ich mir die betrüblichen Vorkommnisse, die sich beim **deutschen Militärgouvernement in Warschau** und in Brüssel vollzogen haben, vor Augen stelle, so finde ich manches begreiflich. Es ist tief bedauerlich, daß 16 000 deutsche Soldaten und Offiziere aus Warschau ausreißen, weil 800 schlecht bewaffnete Polen sich zusammenrotten. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Zurufe rechts.) Daß dieses Auftreten und dieses wenig tapfere Verhalten — ich spreche das offen vor der Welt aus — (Zurufe rechts: Wer hat Schuld daran? Die Revolution!) des Militärgouverneurs Beseler — das ist keine Frucht der Revolution; das ist schon vor der Revolution geschehen — (Widerspruch rechts.) — Natürlich vor der Revolution! — (Erneuter Widerspruch rechts.) — Ich stelle nur fest: es ist tief bedauerlich, daß eine große starke Militärmacht, die die zwanzigfache Übermacht hat, gegenüber schlecht bewaffneten, kaum ausgebildeten, ganz ungenügend ausgerüsteten polnischen Freischärlern — denn was anderes waren sie nicht — so ausreißt und ein Gebiet so verläßt, wie es tatsächlich in den Tagen des November im Osten

geschehen ist. Das hat am allermeisten zur Schwächung des deutschen Ansehens im Osten beigetragen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das deutsche Ansehen im Osten muß wieder gestärkt werden. Ich richte den Appell an das hohe Haus, der Regierung zu helfen, damit wir möglichst bald eine genügend starke Reichswehr schaffen können, welche Haus und Herd der Deutschen in der Ostmark verteidigt. (Starker Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident: Zur weiteren Beantwortung der Interpellation erteile ich das Wort dem preußischen Herrn Unterstaatssekretär Heinrichs.

Heinrichs, Wirklicher Geheimer Rat, Preußischer Unterstaatssekretär: Den Worten des Herrn Reichsministers habe ich namens der preußischen Regierung nur noch weniges hinzuzufügen. Mit den Interpellanten beklagt die preußische Regierung aufs lebhafteste die traurigen Verhältnisse, die unter der Not der Zeit gegenwärtig in Posen vorliegen. Sie mögen aber überzeugt sein, daß die preußische Regierung ihre volle Aufmerksamkeit dieser wie allen übrigen Ostfragen zuwendet, und daß sie alles, was in ihren Kräften steht, tun wird, um dort erträgliche Verhältnisse zu schaffen.

Sie hat auch bereits auf Wunsch des polnischen Obersten Volksrats Anfang Februar in Berlin mit seinen Vertretern verhandelt. Die Verhandlungen sind allerdings nicht zu einem positiven Abschluß gekommen. Preußischerseits wurde als oberste Forderung verlangt, daß das **polnische Heer** aufgelöst und daß die preußischen Behörden wieder in ihre Funktionen eingesetzt werden sollen. Das waren Forderungen, die eine Kluft auftaten, die nicht zu überbrücken war. Es wurde polnischerseits im Laufe der Verhandlungen sogar gesagt, daß selbst, wenn sie die Truppen entwaffnen wollten, sie es nicht mehr könnten bei der Siedehitze, zu der die polnische Leidenschaft gestiegen sei. Also: Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los. Sie fühlten sich nicht imstande, diesem Wunsch Preußens Folge zu leisten.

Auf anderen Gebieten, so zum Beispiel in der Geiselfrage und auch in anderen ganz wichtigen Punkten, wäre wohl eine Einigung möglich gewesen. Wir wollten die Verhandlungen vertagen, aber die Bedingung, die reichsseitig und preußischerseits gestellt wurde, daß zunächst die polnischen Truppen über die Reichsgrenze zurückgenommen werden müßten, wurde nicht angenommen. Damit fielen die Verhandlungen.

Acht Tage darauf kam die Forderung der Entente, die, wie Sie ja alle wissen, uns zwangen, die Kampfhandlungen einzustellen. Es ist in dem Waffenstillstandsabkommen vom 16. Februar der **Schutz der Deutschen östlich der Demarkationslinie** der Interalliiertenkommission in Warschau übertragen worden, die hierüber mit der Waffenstillstands-

kommission zu verhandeln hat. Sie wird — wie bereits erwähnt — in diesen Tagen in Bromberg zusammentreten. Die französische Regierung hat für ihren Vertreter bei den Verhandlungen **Grundsätze** aufgestellt, die ich hier wohl im einzelnen mitteilen darf:

1. Die gesamte Provinz Posen bleibt auch nach dem Abkommen vom 16. Februar ein Bestandteil des Deutschen Reichs und Preußens.
2. Als zuständige Behörden können dabei nur diejenigen gelten, die von der Reichsregierung oder preußischen Regierung eingesetzt sind oder anerkannt werden. Dies gilt insbesondere auch für die Eisenbahnbehörden, die öffentlichen Kassen des Reichs und Preußens. Beamte und Lehrer dürfen in der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht behindert werden.
3. Die Zollgrenze an der vormals deutsch-russischen Grenze muß aufrecht erhalten werden.
4. Für alle Schäden, die dem Reich und dem Staate, den Gemeinden oder Privaten durch die polnische Bewegung entstehen sind, ist voller Ersatz zu gewähren. Dem Reich, dem Staate, den Gemeinden oder Privaten entzogenes Eigentum ist zurückzuerstatten. Dies gilt insbesondere für die Fahrzeuge und Betriebsmittel der Eisenbahnverwaltung.
5. Die Behörden und Privatpersonen dürfen in dem Verkehr mit den übrigen Teilen des Deutschen Reichs und Preußens nicht behindert werden, insbesondere muß der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr unbehindert aufrechterhalten werden.
6. Es darf den Deutschen in den besetzten Gebieten nicht verwehrt werden, auf friedlichem Wege im Rahmen der Gesetze, für die auf Grund der Friedensverhandlungen demnächst etwa stattfindende Volksabstimmung im deutschen Sinne zu agitieren und zu dem Zwecke auch freiwillige Geldbeiträge zu sammeln.

Durch diese Grundsätze ist ja eigentlich schon der größte Teil der Fragen, die in der Interpellation gestellt worden sind, beantwortet. Ich möchte nur noch einiges wenige hinzufügen, was der Herr Reichsminister Erzberger seinerseits noch nicht ausgeführt hat.

In der ersten Nummer der Interpellation handelt es sich um militärische Fragen, die, wie ich wohl annehmen darf, der Herr Kriegsminister noch beantworten wird, falls es im einzelnen noch erforderlich werden sollte.

Was die Forderung anbetrifft, daß **Leben und Eigentum der deutschen Bewohner** in dem besetzten Gebiete geschützt werden soll, so ist diese ja schon in den Grundsätzen, die ich eben verlesen habe, erhoben. Ich darf noch hinzufügen, daß auch für die **Beamten** und die **Lehrer**, die die Interpellantin vorhin erwähnte, preußischerseits bereits umfassende Maßnahmen getroffen sind, wodurch für sie auf pekuniärem Gebiet und bezüglich ihrer späteren Anstellungsmöglichkeiten in weitgehender Weise Vorsorge getroffen ist, insbesondere auch hinsichtlich der Beschädigung ihres Eigentums. Wir behalten uns selbstverständlich an erster Stelle

vor, diese etwaigen Beschädigungen durch die Polen vergüten zu lassen, aber einstweilen soll den Geschädigten, damit sie nicht in Not kommen, in gewissem Umfange regierungsseitig geholfen werden. Es handelt sich hier um Reichsbehörden und preußische Behörden. Soweit aber auch kommunale Behörden in Frage kommen, werden wir unsere Absichten nur mit voller Unterstützung der deutschen kommunalen Körperschaften durchführen können, damit diese Beamten, wenn sie aus den besetzten Gebieten in die deutsche Heimat zurückkehren müssen, auch willige Aufnahme finden bei unseren Städteverwaltungen, Kreisverwaltungen, Provinzialverwaltungen, und wie solche Behörden im Deutschen Reich außerhalb Preußens sonst heißen.

Auch die **Geiselfrage** ist ja bereits hinreichend klargestellt. Ich darf nur hinzufügen, daß neben den Verhandlungen, die jetzt in Bromberg zwischen der Waffenstillstandskommission und der interalliierten Kommission stattfinden, eine besondere Aktion des deutschen Roten Kreuzes nebenhergeht, die sich nicht nur mit der Auslieferung der Geiseln, sondern auch mit der Linderung des Zustandes der Verhafteten und Internierten diesseits und jenseits der Grenze beschäftigt, unter warmer und dankbarer Unterstützung und Mithilfe des Schweizer Roten Kreuzes. Wir sind den Delegierten des Schweizer Roten Kreuzes dankbar für ihre lebhaften Bemühungen.

Was die **Rückkehr der geflüchteten Deutschen** nach Posen anlangt, so wird ihr, sobald der Verkehr, was ja angestrebt wird, wieder freigegeben wird, kein Hindernis entgegenstehen.

Die Anregungen, die die Frau Interpellantin bezüglich **Wiederansiedlung** vertriebener Ansiedler gegeben hat, werden wir gern prüfen. Es wird sich fragen, in welcher Weise das durchgeführt werden kann. Sie können aber sicher sein, daß der Herr Landwirtschaftsminister dieser Frage seine volle Aufmerksamkeit zuwenden wird. Wir begrüßen es als eine dankbare Anregung. Im übrigen wollte ich noch hervorheben, daß für diese Personen, die unter der Gewalt der Tatsachen von ihrer heimatlichen Scholle losgelöst, nach der alten Heimat zurückgeströmt sind, beim Roten Kreuz eine Zentralstelle für Flüchtlingsfürsorge eingerichtet ist, und daß, soweit es sich um Beamte und Lehrer handelt, eine gleiche Zentralstelle beim preußischen Ministerium des Innern eingerichtet ist, und zwar, soweit Lehrer in Frage kommen, in engster Verbindung mit dem Kultusministerium. Auch hier soll Abhilfe geschaffen werden, soweit es möglich ist.

Was die **Übergriffe auf dem Gebiete der Rechtspflege** anlangt, so würden diese ja auch beseitigt werden, wenn in Bromberg die Forderungen der preußischen Regierung zur Durchführung gelangen, wonach nur von Berlin ressortierende Behörden anerkannt werden; dann könnte von polnischer Seite in ihre Funktionen nicht eingegriffen werden. Selbst-

verständlich ist von uns in allen den Einzelfällen, in denen ein Eingriff in die Rechtspflege konstatiert worden ist, der schärfste Protest erhoben worden.

Die letzte Frage, meine Damen und Herren, die Frage der **Zufuhr der Lebensmittel** ist die allerschwierigste. Die Polen haben, wenn ich recht orientiert bin, Ende Januar ihre Lieferungen, zu denen sie durch das Reichsernährungsamt verpflichtet waren, eingestellt und bis jetzt noch nicht wieder aufgenommen. Selbstverständlich ist das für uns in Deutschland und in Preußen ein nicht unbeträchtlicher Verlust. Da wir aber noch die schwersten Monate in unserem Wirtschaftsjahr vor uns haben, so könnte manches noch wieder gut gemacht werden, wenn wir die Polen zwingen könnten, die ihnen obliegenden Verpflichtungen noch zu erfüllen. Aber diese Ernährungsfragen können nicht allein für sich betrachtet werden; es muß hier der gesamte Komplex der wirtschaftlichen Fragen zusammengefaßt werden. Es kommt vor allem der Kohlenverkehr und der gesamte Geldverkehr in Betracht. Die ganze Regelung dieser Fragen liegt keineswegs einseitig in unserem Interesse, im Gegenteil, auf der anderen Seite stehen vielleicht noch sehr viel größere Interessen auf dem Spiele, und gerade deshalb ist es vielleicht richtiger, diese ganzen Fragen als einheitlichen Komplex zu behandeln. Das wird vielleicht auch in Bromberg geschehen können und wir hoffen, daß es dann in der uns günstig erscheinenden Weise geschieht. Ich mache noch darauf aufmerksam, daß die Haltung der preußischen Regierung in diesen ganzen wirtschaftlichen Fragen, auch der Eisenbahnverkehr und das Durchlaufen unseres rollenden Materials, insbesondere der Kohlenzüge, durch Posen nach West- und Ostpreußen eine Rolle spielt. Diese Fragen haben einen breiten Raum in den sogenannten **Ostkonferenzen** eingenommen, die auf Veranlassung des Staatsministeriums seit einigen Monaten wöchentlich einmal im Staatsministerium stattfinden, wo alle diese Fragen mit den zuständigen Ressorts Preußens und auch des Reichs besprochen und ohne Schriftverkehr sogleich durchgeführt werden. Bei den Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung haben auch der Staatskommissar für Volksernährung und der Vertreter des Reichsernährungsamts mitgewirkt und diese Maßnahmen sind im vollen Einvernehmen mit ihnen getroffen worden.

Zwei Worte noch über die von der Interpellantin hervorgehobenen **Grausamkeiten** und **Mordtaten**, wie ich auch sagen muß, die vorgekommen sind. Insbesondere ist ja der Fall, der sich im Kernwerk zu Posen abgespielt hat, wo ein Herr v. Haza und sechs andere Herren umgekommen sind, derjenige, der die Entrüstung nicht nur, wie ich glaube, Preußens und Deutschlands, sondern wohl der gesamten gesitteten Welt hervorgerufen hat. Wir sind über diesen Fall recht genau

unterrichtet, und wir wissen, daß es sich nicht, wie die Polen behauptet haben, um einen Aufruhr gegen die Besatzung des Kernwerks gehandelt hat. Jeder, der das Kernwerk in Posen kennt weiß, daß es gar nicht möglich ist, daß sechs unbewaffnete Leute gegen Hunderte gut bewaffneter Soldaten aufrührerisch vorgehen könnten. Nein, es handelt sich einfach um eine Ermordung dieser sechs gutdeutschen Leute. (Sehr richtig!) Wir haben das bei den Verhandlungen in Berlin den Polen direkt vorgehalten, wie wir überhaupt gegen alle diese Untaten sofort in der nachdrücklichsten Weise Protest erheben. Sie haben geantwortet, es hätte die gerichtliche Untersuchung stattgefunden, und diese hätte die Schuldlosigkeit der Täter ergeben. Wir haben die Einlieferung der Untersuchungsverhandlungen von den Polen verlangt, die uns damals zugesagt worden ist, aber wahrscheinlich wegen Abbruch der Verhandlungen nicht erfolgt ist. Wir haben den Polen zu verstehen gegeben, daß wir dem Obersten Polnischen Volksrat zwar nicht vorwerfen wollen, daß er von diesen Mordtaten gewußt oder sie gar gebilligt habe, daß ihm aber die Verantwortung dafür zur Last gelegt werden müsse. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen in ganz nüchterner Weise die Dinge dargelegt, wie sie heute nach unserer Auffassung liegen. Leider ist es nicht viel Erfreuliches. Aber ich bitte Sie, die Überzeugung zu haben, daß wir mit allen Kräften versuchen werden, unser Ziel zu erreichen.

Die preußische Regierung steht mit der Reichsregierung auf dem Standpunkt der Nr. 13 des Wilsonschen Programms[2]), aber sie verlangt die Ausführung dieses Punktes nach Recht und Gerechtigkeit, nicht nach Willkür. Das sage ich namentlich auch mit Rücksicht auf die Befürchtungen, die in bezug auf Westpreußen geäußert worden sind. Die preußische Regierung wird nach wie vor ihr Alles daran setzen, um ihr Ziel zu erreichen, das lautet: was deutsch ist, soll deutsch bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

---

[2]) Punkt 13 des Wilsonschen Programms lautet:

„Es soll ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der alle Länder, die von einer unzweifelhaften polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfaßt, der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzen und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag gesichert werden soll."

Präsident: Dem Antrage kann stattgegeben werden, wenn 50 Mitglieder des Hauses zustimmen. Ich frage an, ob 50 Mitglieder zustimmen. — Das ist der Fall. Wir treten in die Besprechung ein.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen. Sie wissen, daß die Interpellation heute zur Erledigung kommen muß und für morgen eine Fortsetzung der Beratung vom Hause nicht vorgesehen wird. Ich glaube, dem Interesse aller Parteien im Hause zu dienen, wenn ich dafür sorge, daß alle zu Worte kommen. Das ist nur dann möglich, wenn wir uns eine gewisse Beschränkung der Redezeit auferlegen. (Allseitige Zustimmung.) Die Beschränkung bei der Verfassungsdebatte hat sich bewährt. (Sehr richtig!) Ich möchte Ihnen vorschlagen, mit Rücksicht auf den Stoff, der in einer viel geringeren Zeit von den einzelnen Rednern bewältigt werden kann, wenn nicht Wiederholungen beliebt werden, die Redezeit für den einzelnen Redner auf 25 Minuten zu beschränken. (Zustimmung.) Das Haus ist damit einverstanden; es gibt dem Präsidenten die entsprechende Ermächtigung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schulz (Posen).

Schulz (Posen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nach den Erklärungen des Herrn Regierungsvertreters müßte man ja annehmen, daß die Sache sich für uns in gutem Fluß befindet. Aber wenn sich die Regierung auch heute in der Hoffnung ergeht, daß die **Verhandlungen in Bromberg** zu unserem Wohle ausschlagen werden, so bin ich doch etwas pessimistischerer Auffassung. So viel Verhandlungen auch in Bromberg oder von Bromberg aus seitens des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats mit den Polen stattgefunden haben, so oft in Gnesen, in Hohensalza, in Nakel mit den Polen verhandelt worden ist, so viel Wortbrüche haben seitens der Polen vorgelegen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Frau Schirmacher hob hier schon hervor, daß die Polen annehmen, sie seien von den Deutschen angegriffen, und nach allem, was durch die Presse geht, muß man der Auffassung sein, daß diese Mär auch bei der Entente geglaubt wird. Das ist natürlich eine Entstellung der Tatsachen. Die Polen können nicht nachweisen, daß sie in irgendeiner Weise seitens der Deutschen zu ihrem Vorgehen herausgefordert worden sind. Frau Schirmacher ist darin wohl etwas zu weit gegangen, wenn sie glaubte, unter der alten Regierung würden die Polen nicht gewagt haben, sich eines Tages zu erheben, sondern dies sei erst möglich gewesen, weil die Regierung so schwach war — sie wollte wohl sagen: die jetzige neue Regierung —, daß sich nicht mal mehr 200 Matrosen zu fürchten brauchten, der Regierung gegenüberzutreten. Da erst sei den Polen der Kamm geschwollen.

Ich will den Interpellanten keineswegs die gute Absicht absprechen, daß sie mithelfen und alles versuchen möchten, um bei uns in der Ost-

mark wieder Ruhe und Ordnung herzustellen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß, wenn Ruhe und Ordnung erst wieder hergestellt werden müssen, dies eigentlich einen Zusammenbruch alles dessen bedeutet, was die ganzen Jahre hindurch im Osten von der preußischen Regierung getan worden ist. Wer in der Ostprovinz gelebt hat, wird wissen, wie es fortgesetzt bei den Polen gegärt hat, wenn eine Verfügung die andere jagte und ein wahres Wettlaufen in der Bedrückung der Polen stattfand.

Das **altpreußische Regierungssystem** den Polen gegenüber gipfelte vor allem darin, die Polen zu enteignen. Das betraf nicht nur die besitzenden Polen, sondern wurde noch mehr bei den Kleinen angewandt. Man ging sogar in der **Enteignung** so weit, daß man den Polen jede Art von Unterkunft abzuschneiden versuchte. Wir haben Bauverträge gehabt, die die Genehmigung der Regierung nur dann erhielten, wenn der Betreffende sich verpflichtete, so zu bauen, daß er entweder überhaupt keine Familie in sein Haus aufnehmen konnte, oder aber, wenn er ein Haus mit mehreren Zimmern auf dem Lande baute, die Verpflichtung einging, nicht an Polen zu vermieten (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Stellenweise ging man noch weiter, man ließ an erster Stelle Hypotheken als Garantie eintragen, die in dem Augenblick verfielen, wo das Haus an Polen verkauft oder auch nur vermietet wurde. Solche Unterdrückungen haben natürlich bei den Polen mancherlei Symptome ausgelöst. Weiter erinnere ich an das Verbot der Muttersprache in der Schule, ja selbst im Religionsunterricht, und an die Unterdrückungen allgemeiner Art. Wer das unter der alten preußischen Regierung mit hat erleben müssen, kann wohl verstehen, daß bei den Polen schließlich das Maß überlaufen mußte, und man mußte sich sagen, wenn einmal das Stündlein schlägt, werden die Polen unbedingt sich freizumachen versuchen.

Daß die Interpellanten diese alten Dinge heute nicht gern hören, weiß ich; denn sie selber tragen ein gerüttelt Maß von Schuld daran. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien. — Widerspruch und Zurufe rechts.) All die Jahre hindurch sind sie der Regierung niemals bei ihrer Polenpolitik entgegengetreten; ja, sie haben diese Polenpolitik nicht nur unterstützt, sondern direkt von der Regierung gefordert. (Erneute Zustimmung von den Sozialdemokraten.) Nun wundern sie sich, wenn sie die Früchte von dem ernten, was sie damals gesät haben.

Aber auch während des Krieges ist noch manche neue Dummheit auf die früheren gehäuft worden. Wohl hieß es, als der Krieg ausbrach, daß man keine Parteien mehr kennen wolle, sondern nur noch Deutsche. Aber ich bin der Meinung, der erste und größte Fehler unserer Regierung während des Krieges war, daß man den **Polen**

einen sogenannten **selbständigen Staat** versprach, ja sogar ein Königreich. (Zuruf rechts: Sehr richtig!) Dieses Versprechen stellt eine der größten Dummheiten dar, die überhaupt jemals begangen werden konnten. Die Polen aus Kongreßpolen waren damit zufrieden, wenn auch noch lange nicht einverstanden. Die Polen in der Provinz Posen waren der Sache gegenüber ganz und gar mißtrauisch, weil man ein Königtum versprach, aber ohne die Grenzen dieses Königtums zu ziehen, und so sagte sich jeder in der Provinz Posen wohnende Pole: wir werden dabei nachher nichts zu sagen haben, wir sollen ausgeschlossen werden! — und da ging die Treiberei los. Wer Gelegenheit hatte, die Sache zu beobachten, der konnte die Drahtzieher ganz genau kennen lernen. Sie waren nicht in der Arbeiterschaft zu finden, sondern sie befanden sich in der preußischen Provinz Posen unter den Großpolen und unter dem Klerus. Diese waren es, die systematisch und mit der größten Ruhe handelten; man konnte genau beobachten, wie sie ihre Fäden spannen, und als die Revolution ausbrach, war das Netz fix und fertig. Es war alles gut durchgedacht, nicht wie die Arbeiterschaft in die Revolution hineingedrängt wurde: ohne Vorbereitung und gut durchdachte Pläne; nein, die Revolution brachte für die Polen keine Überraschung, sondern ihre Pläne waren bis zum letzten vorbereitet.

Das erste, was die Polen beim Ausbruch der Revolution für sich in Anspruch nahmen, um ihren Einfluß zu sichern und zu festigen, das war, daß sie in den **Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Posen** in zielbewußter Weise allerhand Bürger hineinbrachten. Dieser Arbeiter- und Soldatenrat wurde natürlich an der Spitze mit Arbeitern besetzt, aber sonst war in dem 22 Mann starken Arbeiterrat im großen und ganzen kein Deutscher zu finden. Aber auch die Arbeiter, die darin waren, waren alle durchgesiebt, alles durchweg geborene Polen, darunter einige Sozialdemokraten polnischer Nationalität, die uns aber ebenfalls die Gewähr nicht bieten konnten, daß sie die Sache in unserem Sinne meistern könnten. Daß hier etwas anderes gespielt wurde, als man sonst unter der Revolution in den A.- und S.-Räten gewohnt war, liegt auf der Hand.

Das zweite, was man planvoll vorbereitet hatte, war die **Ersetzung der städtischen Beamten** und Behörden durch **polnische Delegierte.** Ich erinnere nur an die Absetzung des Oberbürgermeisters Dr. Wilms, an dessen Stelle der Rechtsanwalt Welski trat. Auch das Polizeipräsidium usw. wurde im großen und ganzen mit Polen besetzt.

Als man alle diese Behörden in der Hand hatte, ging man dann ganz planmäßig vor und gründete das sogenannte **Provinzialernährungsamt.** Das wurde als eine Maßnahme hingestellt, die mit Politik nichts zu tun haben sollte, aber dieses Provinzialernährungsamt war gewissermaßen der Fühler nach allen Richtungen hin. Durch das

Provinzialernährungsamt hat man Leute hinausgeschickt, die überall Fühlung nahmen, um die Ernährung zu regeln und zu garantieren. Damit hatte man sich einen Einfluß nach allen diesen Ortschaften verschafft und auf diese Weise alle Verbindungen in die Hand zu bekommen gesucht, um dann gegebenenfalls eines Tages planvoll arbeiten zu können. Es folgte darauf, als die Regierung nicht überall die nötige Unterstützung fand, fortgesetzt die Drohung in bezug auf die Nichtablieferung der Lebensmittel. Es ist soviel darüber geschrieben und gesprochen worden, daß die Provinz Posen eine Überschußprovinz ist, daß ich darüber hinweggehen will, um nicht Gesagtes zu wiederholen.

Als man dann aber das Lebensmittelamt genügend ausgebaut und die nötigen Fühler nach der ganzen Provinz ausgestreckt hatte, ging Ende November der Kauf des Hotels „Deutsches Haus" in Posen vor sich, und Ende November und Anfang Dezember konnte man in diesem Hause feststellen, daß ein vollständiges Ministerium bereits eingerichtet war. Der **Polnische Volksrat**, Rada Ludowa, hatte sich dort etabliert und in diesem Hause volle drei Etagen eingerichtet. Ich war selbst in diesem Hause und konnte Feststellungen nach dieser Richtung machen. Wer dann weiter beobachtet hat, daß sich über diesen Polnischen Volksrat hinaus noch ein sogenannter Oberster Polnischer Volksrat etablierte, der seine Sitzungen im Bazar in Posen abhielt, wußte, daß man hier nur auf eine Herausforderung geradezu wartete.

Man konnte ferner auf den Bahnhöfen beobachten, wie die Aneignung von Waffen der Soldaten vor sich ging; man bezahlte für eine Infanteriepatrone bis 1 Mark, zuletzt ging man so weit, daß man ganze Trupps von durchziehenden Soldaten entwaffnete; und wie sonst noch Heeresgut an sich gebracht wurde, darüber lassen die Plünderungen in Posen keinen Zweifel. Die Polen hatten sich die Waffen gesichert, und als dann der sogenannte **polnische Teillandtag** einberufen wurde, suchte man im Staate selbst einen Staat zu errichten. Ich überlasse es der Regierung, zu beurteilen, ob es richtig war, diesen Teillandtag in Posen überhaupt abhalten zu lassen. (Sehr richtig!) Es war ein gewagtes Stück. Ich bin der letzte, der den Polen nicht die gleichen Rechte einräumen wollte; aber wer die Polen kennt, und wer vor allen Dingen wußte, von welcher Seite dieser polnische Teillandtag angezettelt wurde, weiß, daß dieser polnische Landtag nicht bloß eine Information nach Kongreßpolen hinüber war. Hier wurden andere Waffen geschmiedet.

Ich bedauere, daß, nachdem die Polen den pompösen Aufzug bei diesem Teillandtage mit ihren Größen gemacht hatten, die Deutschen sich zu einer Nachahmung verpflichtet glaubten. Ich war selbst in dieser Zeit in Posen und bedauere es heute noch, daß die Deutschen des Abends

um neun Uhr einen Zug herstellten, um durch die Stadt zu marschieren und ihr Lied „Deutschland, Deutschland über alles" zu singen. Wer die nationalen Verhältnisse der Provinz Posen kennt, vor allen Dingen in der Stadt Posen, mußte sich von vornherein sagen, daß ein solches Gebahren doch den Nationalitätenhader herausfordern müsse. Die Polen stellten sich prompt als die Herausgeforderten hin.

Nachdem das in Posen gemacht worden war, versuchte man es auch in **Bromberg**. In Bromberg wurde seitens der **A.- und S.-Räte** eingeschritten, damit man nicht noch die Schulen und das Militär mißbrauchte. Man war auf dem besten Wege dazu, die deutschen Schulkinder zu mißbrauchen für diese Zwecke. (Zuruf rechts.) — Das ist ein Mißbrauch). Es gibt auch noch andere Deutsche als Alldeutsche in der Ostmark, die ihre Kinder für solche Zwecke nicht hergeben wollen. (Erneuter Zuruf rechts.) Jedenfalls haben die Hakatisten alles daran gesetzt, sich auch während dieser hochgehenden nationalen Strömungen nach Kräften bemerkbar zu machen. Wir haben das bedauert und versucht, dem entgegenzutreten. Ich wollte nicht, daß den Polen ein Vorwand gegeben wurde, um zu sagen, sie seien von alldeutscher oder überhaupt von deutscher Seite herausgefordert worden, hauptsächlich durch die Vorkommnisse am 27. Dezember v. J. in Posen. Die Polen haben auch gar kein Interesse daran, heute noch zu behaupten, daß sie allein die Herausgeforderten seien. Denn bei den Verhandlungen, die wir in Bromberg am 4. Januar gepflogen haben, wo eine **polnische Kommission** unter Führung von **Korfanty** mit uns verhandelte, sind verschiedene Äußerungen gefallen, die ich auch den Herren der Regierung zur Berücksichtigung mit auf den Weg geben möchte, damit sie den Feind richtig kennen lernen. Wenn die Entente der Ansicht ist, daß die Polen die Angegriffenen seien, vor allem durch die Vorkommnisse in Posen, so möchte ich doch einige Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangen lassen, um dieser Ansicht entgegenzutreten. Korfanty erklärte bei dieser Konferenz, die Polen wollten der Friedenskonferenz in keiner Weise vorgreifen. Das Wort „Heimatschutz", das zweifellos unglücklich gewählt war — man hätte ruhig das Wort „Grenzschutz" bestehen lassen sollen —, wurde von den polnischen Drahtziehern gehörig ausgenutzt. Aber wenn die Polen behaupten, daß sie durch den Heimatschutz und die deutschen Demonstrationen zur Gegenwehr veranlaßt worden seien, dann erkläre ich, daß das nicht den Tatsachen entspricht; denn dazu war die polnische Organisation viel zu gut vorbereitet. (Sehr richtig!) Korfanty erklärte, als wir ihn baten, doch die Soldaten zurückzuziehen und die Angelegenheit auf legalem Wege zu behandeln, daß sie die Soldaten nicht mehr in der Hand hätten; die Polen seien derartig aufgeregt, daß sie nicht mehr gebändigt werden könnten; die polnische Volksseele sei im Kochen und könne nicht be-

schwichtigt werden. Kurz darauf aber erklärte er, sie hätten jetzt aber auch die Gewalt und die Macht, um ihren Willen in der Provinz Posen und in Ostpreußen durchzusetzen, und er sagte wörtlich: die militärischen Machtmittel können und wollen wir nicht aufgeben, wir wollen sie auch anwenden; denn das, was uns von der Friedenskonferenz zugesprochen wird, was uns genau bekannt ist, von Ihnen strittig gemacht werden sollte. Ich fragte ihn nachher, ob ihm denn ganz genau bekannt sei, was den Polen zugesprochen werden würde. Das bejahte er. Ich fragte weiter, ob es sich in dem Rahmen bewege, wie er seinerzeit dem Reichstag angedeutet hatte, daß man sogar Danzig haben wollte. Er sagte: jawohl! Da er aber schon vorher geäußert hatte die Polen stünden auf dem Boden des Selbstverwaltungsrechts der Völker, habe ich ihm natürlich erwidern müssen, daß das kein Selbstbestimmungsrecht der Völker mehr sei.

Von dem Herrn Regierungsvertreter ist hier auch mitgeteilt worden, daß in den Verhandlungen die Frage des Verkehrs eine wichtige Rolle gespielt habe Die Polen erklärten uns schon damals, daß sie in keiner Weise gewillt sind, das von ihnen mit Beschlag belegte **Eisenbahnmaterial** abzuliefern. Sie haben gesagt, was in ihrer Hand sei, bleibe in ihrer Hand. Als wir ihnen erwiderten, daß sehr viel Material darunter sei, das auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen abgeliefert werden müsse, setzten sie höhnend hinzu: sagen Sie es nur der Entente, das sind unsere Freunde, wir werden uns mit der Entente schon auseinandersetzen.

Um meine Redezeit nicht zu überschreiten, will ich nur noch darauf hinweisen, daß an demselben Abend Herr Dr. Marchlewski unter anderem einmal scharf hervorhob: Wir stehen am Vorabend der Erfassung der polnischen Gebiete. Ich glaube, das illustriert die ganze Sachlage. Man kann also nicht davon sprechen, daß die Polen erst von uns zu ihrem Vorgehen gewissermaßen gezwungen worden sind; das ganze Vorgehen ist vielmehr vorbereitete Sache gewesen.

Man muß nach alle dem, was man in der Provinz Posen bisher erlebt hat, namentlich in der Kriegführung, von der hier ganz richtig gesagt worden ist, daß sie grausam war und ist, sagen: wir waren leider in der ersten Zeit gezwungen und sind leider zum größten Teil auch jetzt noch gezwungen, mit sehr wenigen Truppen auszukommen. Wir haben das Schwert ergriffen, weil die **Provinz Posen** eine **Überschußprovinz ist.** Wir wußten, daß der Hunger in Deutschland sehr groß werden würde, wenn dieser Überschuß, den die Provinz Posen abgeben kann und muß, nicht der deutschen Bevölkerung zugeführt wird. Wir haben uns deshalb sagen müssen: man muß versuchen, diese Vorräte dem deutschen Volke zu erhalten. Als wir gegen die Polen vorgingen, weil sie weiter und weiter vordrangen, und weil

sie jede Verhandlung, die wir mit ihnen gepflogen hatten, und jedes Abkommen, das wir mit ihnen trafen, brachen, haben wir es nur notgedrungen getan. Es waren nicht zuletzt viele Arbeiter aus meinen Organisationen, mit denen ich jahrelang bekannt war, die nun mit hinauszogen, um die Polen von den Toren Brombergs fernzuhalten. In einem Falle sind von 82 freigewerkschaftlich organisierten Berufskollegen nur acht zurückgekommen. Über die übrigen 74 fehlt uns bis heute jede Nachricht, und wir müssen annehmen, daß sie eben draußen geblieben sind. Wir haben auch feststellen können, daß Verwundete bei Schubin, nachdem sie gesammelt worden waren, entkleidet und mit dem Kolben erschlagen worden sind. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Meine Damen und Herren, das haben wir dort oben alles mit in Kauf nehmen müssen. Nun fragt es sich: wie läßt sich aus diesen Schwierigkeiten herauskommen? Das eine wird möglich sein, daß man versucht, bei diesen Verhandlungen in Bromberg für das ganze **Ostgebiet** eine **paritätische Verwaltung** einzusetzen. Wir haben während der Revolution nicht die nötige Zeit gehabt, um die Frage genügend zu überlegen, wie weit man mit den Polen gemeinsame Sache machen könne. Man muß die Verwaltung in diesem zweisprachigen Gebiet vor allen Dingen paritätisch zu regeln suchen. Das wird die Lösung sein. Und wenn dann im Gegensatz zu der alten Regierung und den früheren alldeutschen Treibereien gleiche Rechte gewährt werden, dann wird es möglich sein, daß die Polen neben den Deutschen und die Deutschen neben den Polen wohnen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Sagawe.

Sagawe, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, nachdem der Herr Reichsminister Erzberger sowie auch der Vertreter der preußischen Regierung uns erklärt haben, daß von seiten des Reichs und auch von seiten Preußens nichts unversucht bleiben wird, um die Schmerzen der in der **Ostmark** hart bedrängten Bewohner zu mildern, so dürfen wir mit einigen Hoffnungen der Zukunft entgegensehen. Ich will aber nicht unterlassen, auch in kurzen Ausführungen — indem ich mich streng an den Wunsch des Herrn Präsidenten halte — noch einiges über die Ostmark zu sagen.

Über die wahre Sachlage in der Provinz Posen sind in der letzten Zeit durch die Presse des In- und Auslandes vielfach unrichtige Behauptungen aufgestellt worden. Der Oberste Polnische Volksrat versucht unter Verdrehung der Tatsachen die Dinge so darzustellen, als ob die Polen durch den sogenannten Heimatschutz mißhandelt und in der Verzweiflung zum Aufstand getrieben seien. Mein Herr Vorredner hat

bereits darauf hingewiesen, daß die Behauptungen, die durch den Obersten Polnischen Volksrat ausgestreut werden, jeglichen Beweises entbehren.

Meine Damen und Herren, die verfehlte **Polenpolitik des alten Regimes**, die das Zentrum jederzeit als verhängnisvoll und den deutschen Interessen abträglich bekämpft hat, war leider nicht dazu angetan, moralische Eroberungen bei der polnischen Bevölkerung Posens zu machen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es war begreiflich, daß die Polen beim Ausbruch der Revolution eine Änderung dieses Kurses erwarteten, und es hatte zunächst den Anschein, als ob sie ihren Forderungen auf gesetzmäßigem Wege Geltung verschaffen wollten. Auch noch auf dem Teillandtag, der Anfang Dezember 1918 in Posen tagte, schien die Möglichkeit gegeben, daß die Polen gewillt waren, der Entscheidung der Friedenskonferenz nicht vorzugreifen. Ja, wir sehen sogar, daß die Polen in vielen Orten in den Arbeiter- und Soldatenräten sowie in den Bauernräten mitarbeiteten und uns versicherten, daß sie Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wollten.

Die Situation änderte sich aber mit dem Augenblick, wo der Herr **Paderewski** seinen Einzug in Posen hielt. (Sehr richtig!) Wie es möglich war, daß Herr Paderewski ungehindert nach Posen reisen konnte, um dort den Putsch zu inszenieren, das entzieht sich meiner Kenntnis. Ob die Regierung oder ihre nachgeordneten Behörden nicht genügende Sorgfalt aufwendeten, um die Reise Paderewskis nach Posen zu verhindern, vermag ich nicht zu beurteilen. Bald nach dem Einzug Paderewskis in Posen brachten die Polen die Verwaltung an sich und gingen zur Gewalttätigkeit über. Welche Vorarbeiten von seiten der Polen in verschiedenster Hinsicht schon getroffen worden waren, das hat ja mein Herr Vorredner zum größten Teil geschildert. Die Bewegung, die zunächst in Posen einsetzte, verbreitete sich in wenigen Tagen in der Provinz von einem Ort zum anderen. Erst nachdem die Polen Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten schlimmster Art begingen, raffte sich die deutsche Bevölkerung zu berechtigter Notwehr auf. Hauptsächlich in den nördlichen und westlichen Grenzkreisen der Provinz, die von überwiegend deutscher Bevölkerung bewohnt sind, wurden **bewaffnete Bürgerwehren** beziehungsweise Abwehrkommandos gebildet. Der Zweck dieser Formationen sollte lediglich sein, ein weiteres Vordringen der plündernden polnischen Banden zu verhindern. Daß von seiten dieser Formationen neben der Anwendung von Waffengewalt auch noch andere militärische Maßnahmen, so zum Beispiel die Festsetzung von Personen, denen Landesverrat nachgewiesen wurde, getroffen werden mußten, erscheint als eine selbstverständliche Forderung. Obwohl deutscherseits diese Maßnahmen mit einer Milde gehandhabt wurden, die zuweilen mit der

Wahrung deutscher Interessen nichts mehr gemein hatte, mißdeuteten die Polen unsere Friedensliebe als Schwäche und gingen geradezu bestialisch vor. Unter Nichtbeachtung der im Punkte 13 des Wilsonschen Friedensprogramms festgelegten Bedingungen*) versuchten die **polnischen Banden** in die überwiegend deutschen Grenzkreise im Westen und Norden der Provinz einzudringen. Nur der tapferen Abwehr durch die Bürgerwehren und lokalen Verteidigungskommandos ist es zu verdanken, daß diese Grenzkreise von der polnischen Flut verschont geblieben sind. Meine Damen und Herren, in welch brutaler Weise die aufständischen Polen hausten, darüber hat bereits Frau Dr. Schirmacher berichtet, und ich kann es mir versagen, noch näheres hinzuzufügen. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Tatsachen recht beklagenswerter Art mitteilen. Durch diese bedauerlichen Ereignisse, die sich in der Provinz Posen abspielen, sind die deutschen Bewohner der Provinz in eine überaus traurige Lage versetzt worden. Viele Tausende von ihnen sind von Haus und Hof vertrieben und nach Schlesien, Brandenburg oder auch in andere Provinzen geflüchtet. Größtenteils sind es Männer im wehrfähigen Alter, die, unter Zurücklassung ihrer Familien, von ihrem Hab und Gut flüchten mußten, um einer Einstellung in das polnische Heer oder schlimmen Mißhandlungen zu entgehen. Durch das letzte Abkommen zum Waffenstillstandsvertrag soll diesem grausamen Spiel ein Ende gemacht werden. Wir hoffen zuversichtlich, daß nach den Ausführungen des Herrn Reichsministers Erzberger die Polen endlich dazu veranlaßt werden, daß sie weitere Angriffe unterlassen und sich an die Bedingungen und Bestimmungen des Zusatzes zum Waffenstillstandsvertrag halten. Die Polen sollen die Gewalttätigkeiten unterlassen und über die festgesetzte Demarkationslinie nicht hinausgehen.

Wir haben mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die festgesetzte **Demarkationslinie** nur eine rein militärische Maßnahme sein soll (sehr richtig!) und daß damit keineswegs eine Entscheidung darüber getroffen wird, ob die Provinz Posen beim Reich bleibt oder nicht. Im Anschluß daran möchte ich sagen: kein deutscher Kreis darf verloren gehen. (Sehr richtig!) Zur Festlegung der Demarkationslinie möchte ich bemerken, was auch bereits von Frau Dr. Schirmacher angedeutet wurde, daß östlich der Demarkationslinie noch rein deutsche Gebiete liegen, die niemals von den Polen besetzt waren. So zum Beispiel liegt in der Nähe von Bentschen die deutsche Stadt Tirschtiegel. Tirschtiegel ist bisher immer von den Deutschen gehalten und gegen die polnischen Übergriffe verteidigt worden. Ich erkenne die Bemühungen der Regierung dankbar an, daß die Stadt Birnbaum als westlich der Demarkationslinie gelegen betrachtet wird, und ich verbinde

*) Oben S. 1267.

damit gleichzeitig die dringende Bitte, daß die Regierung dafür sorgen möge, daß die Demarkationslinie östlich und nicht westlich der Stadt Tirschtiegel festgelegt wird. Um aber das harte Los der deutschen Bewohner Posens innerhalb der Demarkationslinie zu erleichtern, richte ich an die Reichsregierung die Bitte, alle zulässigen Mittel anzuwenden, um Leben und Eigentum jener Schwergeprüften zu schützen. An unsere deutschen Brüder in der Ostmark möchte ich von dieser Stelle aus die dringende Bitte richten, daß alle diejenigen, die wehrfähig sind und westlich der Demarkationslinie ihren Wohnsitz haben, noch zahlreicher als bisher sich zum Eintritt in die vorläufige Reichswehr melden möchten. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Wir erwarten aber auch, daß die Provinz Posen die Verpflichtungen erfüllt, die ihr mit Rücksicht auf die **Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln** obliegen. Die Polen mögen sich gesagt sein lassen, daß sie durch ihre Zurückhaltung der Lebensmittel nicht nur dem deutschen Volke, sondern auch sich selbst schaden. Durch Rachedurst sollten sie sich nicht verleiten lassen, in Deutschland die Hungersnot zu begünstigen. Der Hunger ist der Vater des **Bolschewismus.** (Sehr wahr!) Es dürfte den Polen nicht unbekannt sein, daß die russischen Bolschewisten versuchen, auch in Polen einzubrechen. Bolschewistische Organisationen haben bereits schwere Unruhen in den polnischen Industriegebieten hervorgerufen. Wenn der Bolschewismus auch in Deutschland zur Herrschaft gelangt, dann ist das Schicksal Polens entschieden. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Es kann sich zwischen einem Sowjet-Rußland und einem spartakistischen Deutschland nicht als freie demokratische Republik behaupten, sondern es wird rettungslos dem bolschewistischen Terror verfallen. Nach der Kriegsnot der letzten Jahre müßte dies den völligen Untergang Polens zur Folge haben.

Die gegen Deutschland gerichtete Politik der derzeitigen polnischen Regierung führt aber nicht allein zur Vernichtung hoher politischer und wirtschaftlicher Werte, sondern gefährdet auch den **Bestand der katholischen Kirche** in Polen auf das äußerste. (Sehr wahr! im Zentrum.) Der Sieg des Bolschewismus ist der Tod des kirchlichen Lebens. Diese Tatsache sollte vor allem auch von Rom in ihrer vollen Tragweite gewürdigt werden. Ich würde es daher für durchaus angezeigt erachten, wenn das Auswärtige Amt den Apostolischen Stuhl auf die schweren religiösen Gefahren der gegenwärtigen polnischen Politik aufmerksam machte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Apostolische Stuhl hat sich jederzeit zu den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Friedens bekannt. Es wäre deshalb nur folgerichtig, wenn die deutsche Reichsregierung außerdem den Heiligen Vater ersuchte, seinen Einfluß beim polnischen Volke, das sich doch so laut seiner Treue gegen

Rom zu rühmen weiß, dahin geltend zu machen, daß das polnische Volk endlich seine Feindseligkeiten und seine Grausamkeiten gegen die deutsche Bevölkerung unterläßt und dem Spruche der Friedenskonferenz nicht durch einen gewaltsamen und widerrechtlichen Appell an die Waffen vorgreift. (Sehr gut! rechts und im Zentrum.) Mögen sich die Polen nicht als Werkzeug französischer Rachsucht mißbrauchen lassen! (Sehr gut!) Die Zukunft des polnischen Volkes, das zwischen Rußland und Deutschland leben muß, kann politisch und wirtschaftlich nur durch eine friedliche Verständigung mit dem Deutschen Reich sichergestellt werden.

Auf dieses Ziel, das ich in kurzen Zügen kennzeichnete, mit allen Mitteln, mit aller Macht hinzuarbeiten, das sollte unsere gemeinsame Aufgabe sein. Wenn die heutigen Erörterungen der Nationalversammlung dazu beitragen, dem Rechte auch an unseren Ostgrenzen zum Siege zu verhelfen, dann wäre damit nicht nur Deutschland und Polen, sondern auch der Erhaltung der europäischen Kultur ein unschätzbarer Dienst erwiesen. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Vizepräsident **Haußmann**: Der Herr Abgeordnete Dr. Herrmann (Posen) hat das Wort.

Dr. **Herrmann** (Posen), Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Ich möchte zunächst meine Genugtuung darüber aussprechen, daß die Herren Vertreter der Reichs- und preußischen Regierung *den bedrängten Deutschen der* **Ostmark** *wenigstens einen kleinen Hoffnungsschimmer* wieder erweckt haben. Aber freilich ist das nur dann der Fall, wenn der Optimismus, der durch die Ausführungen des Herrn Reichsministers Erzberger gegangen ist, und von dem auch das Programm getragen war, das man unseren Unterhändlern nach Bromberg mitgegeben hat, einigermaßen berechtigt ist.

Was die Ausführungen der Interpellantin betrifft, so muß ich sagen: sie haben wir den Eindruck gemacht, daß sie von einem warmen Herzen eingegeben waren. Freilich kann ich nicht mit allem einverstanden sein, und ich glaube, daß es gut ist, die Dinge nicht mit dem Herzen allein zu betrachten, sondern auch mit dem Verstande sich auf den Boden der realen Tatsachen zu stellen.

Ich habe den Dingen ja von Anfang an ganz unmittelbar nahe gestanden, vielmehr als die Interpellantin. Ich habe an leitender Stelle die Verhandlungen alle mitgemacht und spreche hier zugleich als der erste Vorsitzende des **Posener Deutschen Volksrats**, der als Vertretung der Posener Deutschen mit den Polen zu verhandeln hat. Da muß ich allerdings sagen: wir tun gut, wenn wir von dem Standpunkt ausgehen, den wir angenommen haben, daß wir alle diese Dinge nur prüfen

unter dem Gesichtswinkel von Punkt 13 der **Wilson-Note**[*]) und aller der späteren Äußerungen des Präsidenten, die für unsere Interessen in der Ostmark von höchster Bedeutung sind. Denn wir sind durchaus berechtigt, zu sagen: auf Grund aller dieser Wilsonschen Äußerungen zusammengenommen, haben wir ein Recht, für die Ostmark vom Friedenskongreß eine Entscheidung zu erwarten, die die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes wahrt. Ich möchte Sie daher um die Erlaubnis bitten, nachdem nun einmal das Gesamtproblem der Ostfragen durch diese Interpellation aufgerollt worden ist, noch einige Dinge, in Ergänzung oder Richtigstellung der Ausführungen der Regierung und der bisherigen Redner, vorbringen zu dürfen, von denen ich glaube, daß sie festgenagelt werden müssen in dieser Versammlung, von diesem Platze aus angesichts der geradezu virtuosen Legendenbildung, die die Polen belieben, und angesichts jener beneidenswerten Eigenschaft, die die Polen haben, alles das, was sie wünschen, auch selber zu glauben und als reine Wahrheit in der Welt zu verbreiten. Sie haben ja leider dafür nur allzu viele Gläubige bei der Entente gefunden.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, wie sich die Polen schon während des Krieges verhalten haben. Die führenden Kreise, die **Nationaldemokraten** vor allem, haben von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß nur bei einer Niederlage Deutschlands ihre Ziele erreicht werden können. Sie haben sich von vornherein, wie man es genannt hat, passivistisch verhalten, und selbst auf der Höhe der deutschen Siege und angesichts des schon genügend hier gegeißelten törichten Aktes vom 5. November 1916 haben sie sich auf den Standpunkt gestellt: damit ist kein Geschäft für Polen zu machen, wir warten auf den Sieg der Entente, nur dann blüht unser Weizen.

Diese Stellung haben sie weiterhin festgehalten, und als nun der Zusammenbruch Deutschlands und das Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober kam und wir damit die Wilsonsche Note annahmen, erhob sich sofort ein lebhafter Widerstreit zwischen Deutschen und Polen über die Auslegung des berühmten Punktes 13. Da haben die Polen von vornherein all die Gebiete für sich in Anspruch genommen, die jemals von Polen bewohnt worden sind, oder wo jemals ein polnischer Fürst auch vor so und so vielen Jahrhunderten geherrscht hat. Als die **Revolution** vom 9. November kam, da waren die Polen bereits weitgehendst darauf vorbereitet, diesen Ansprüchen praktischen Nachdruck zu geben; sie hatten die Organisation der Volksräte mit der Spitze im **Obersten Volksrat** fertig. Sie waren dadurch in den Stand gesetzt, überall in die Arbeiter- und Soldatenräte ihre Leute hineinzusetzen und

[*]) Oben S. 1264.

zwar im wesentlichen bürgerliche Elemente. Es kann nicht genug unterstrichen werden, daß die Revolution in Posen, ganz im Unterschied zu allen anderen sonst in deutschen Landen, eine bürgerlich-nationalpolnische gewesen ist, und daß die wenigen sozialistischen Soldaten, die dabei mitwirkten, und die sozialistischen Ideen der Polen nur ein Mittel gewesen sind, um ihre nationalpolnischen Aspirationen zu erfüllen. Und nach dem 10. November, als sie an den revolutionären Gewalten das Heft in der Hand hatten, haben sie rasch mit der Polonisierung der ganzen Provinz begonnen, und der schon erwähnte **Landtag** vom 3. und 4. Dezember, ja, meine Damen und Herren, der bedeutete für jeden, der klar sehen wollte — leider aber nicht für alle berufenen Vertreter unserer Interessen in Berlin und in der Provinz — (hört! hört!), die Tatsache, daß hier ein **Staat im Staate** restlos aufgerichtet war, daß es sich hier nicht um die Versammlung irgend einer Körperschaft oder Genossenschaft handelte, sondern daß hier mit allen staatsrechtlichen Formen und in allen Umrissen ein neuer Staat gezeichnet worden war. (Zuruf.) Im Landtag folgte jene Reaktion des **Deutschen Tages** am 12. Dezember 1918, bei dem ich an leitender Stelle gestanden habe, so daß ich die Dinge wohl besser kennen muß als jener Kollege, der eben sagen wollte, daß die Umzüge der deutschen Schulkinder eine künstliche Mache gewesen sind. Ich bin der letzte, der die Übertreibungen auf diesem Gebiete nicht verurteilt. Ich beklage es auch, wenn der Hauptnachdruck bei diesen Debatten auf die Erzählung von Greueltaten gelegt wird; das führt uns nicht weiter. Aber es ist falsch, nicht anerkennen zu wollen, daß hier die spontane Begeisterung der schon seit Wochen unterdrückten Deutschen sich mit elementarer Gewalt Luft machte, und daß wir alle überwältigt gewesen sind von der Tatsache, endlich einmal wieder die schwarz-weiß-roten Fahnen zu sehen, nachdem wir vorher in einem Meer von weiß-roten Fahnen buchstäblich untergegangen waren. Und dann kam jener Tag, der 26 Dezember, den die Polen bezeichnenderweise — das muß festgehalten werden! — als ihre Revolution bezeichnen. **Paderewski** kam, ohne einen Rechtstitel, nach Posen hinein, und wenn auch selbstverständlich nicht nachgewiesen werden kann, daß er der Anstifter eines Putsches war, so war doch seine bloße Anwesenheit die Veranlassung dazu. Denn, meine Damen und Herren, wie sind die Dinge gegangen? Am Tage zuvor waren deutsche Soldaten von unserem beliebtesten Posener Regiment aus dem Felde heimgekehrt; sie haben gegen den königlichen Empfang, den man Paderewski bereitet hatte, einen Demonstrationsumzug gemacht, und wenn es auch nach Lage der Dinge zu beklagen war, so war es doch menschlich verständlich, daß die Soldaten, die ein Recht auf einen Empfang in ihren Farben hatten, empört waren, als sie die Flaggen der Entente zu Ehren Paderewskis und seiner englischen Begleitung ausgehängt sahen. Da geschah das, was vielleicht geschehen mußte bei diesen heißblütigen jungen

Leuten, die zudem die letzte Entwicklung in Posen nicht miterlebt hatten, daß einige Fahnen abgerissen wurden, daß es zu Zusammenstoßen kam zwischen Deutschen und Polen, bei denen ein Schuß fiel. Von welcher Seite er gefallen ist, wird man niemals, wie stets bei solchen Revolutionen, feststellen können. Und dann kam jene bekannte furchtbare Wirkung für die Deutschen, und zwar deshalb, weil die Polen, genau so, wie sie sich vorher vorbereitet gezeigt hatten zur Übernahme der politischen Macht, so jetzt auch vollständig gerüstet auf dem Plan standen, um in wenigen Stunden die militärische Macht in Posen und dann rasch wachsend in der ganzen Provinz an sich zu reißen. Es ist — man darf sagen, vornehmlich wegen der militärischen Ohnmacht Deutschlands, aber doch auch nicht ohne Mitschuld derer, die verantwortlich gewesen sind für die Lenkung unserer Geschicke — mit leichtester Mühe leider eine der wertvollsten Provinzen in die Hände der Polen gefallen.

Wie hat sich nun die Herrschaft der Polen bisher ausgedrückt, meine Damen und Herren? Es ist schon erwähnt worden, daß die **Verwaltung** fast restlos **in polnischen Händen** ist; mit Ausnahme der Gerichtsbehörden und der evangelischen Kirche sind die Polen überall die Herrschenden, betrachten sie sich nicht mehr als preußische Staatsangehörige. Es hat sich das auch darin ausgedrückt, daß sie uns anfangs die Wahlen zur Nationalversammlung nicht gestatten wollten, und daß sie selbst sich an den Wahlen nicht beteiligten. Ebenso sind jüngst, entgegen dem Befehl der Berliner Behörden, die Stadtverordnetenwahlen im Posenschen ausgeschrieben worden, und als Sprache für diese Stadtverordnetenversammlungen ist in den allerletzten Tagen das Polnische bestimmt worden. (Hört! hört!)

Daß die Nöte der Verwaltungsbeamten seitdem groß sind, daß vor allem die **Schule**, wegen der deutschen Schulpolitik der Hauptanstoß für die Polen, vielen Drangsalen ausgesetzt gewesen ist und ist, das ist bereits erwähnt worden. Da aber eine andere Rednerin über diese Frage wohl nicht mehr zu Worte kommt, möchte ich aufs neue die Bitte an das hohe Haus und an die Vertreter der Behörden richten, daß für die Hunderte, bereits heute auf der Straße liegenden deutschen Lehrpersonen rechtzeitig und in würdiger Weise gesorgt wird. (Bravo!)

Das **Provinzial-Ernährungsamt** ist von dem Kollegen Schulz (Posen) schon in richtiger Weise als eine politische Kampfbehörde skizziert worden, bei der das Moment der Repressalienpolitik gegenüber den deutschen Behörden von vornherein die entscheidende Rolle gespielt hat.

Ich möchte, weil ich es schon selbst verurteilt habe, zu viel von Greueltaten zu reden, nicht viel von den schweren Drangsalen sprechen,

die die Deutschen durch die Haussuchungen, die Plünderungen, die Kontributionen, durch die Formen, in denen der Buschkrieg — anders kann man ihn nicht nennen — an den Grenzen von Anfang an geführt worden ist, erlitten haben, durch die Fülle von Grausamkeiten, die dabei begangen worden sind, leider aber doch nicht nur von polnischer Seite, sondern vielfach auch von unseren oft recht undisziplinierten Grenzschutztruppen.

Meine Damen und Herren, das schlimmste Kapitel bei dieser Mißhandlung Deutscher ist ja wohl die **Geiselpolitik**, von der man sagen kann, sie ist so töricht wie nur möglich; denn die militärischen und politischen Probleme können dadurch, daß unschuldige Bürger eingesteckt werden, gewiß nicht gefördert werden. (Sehr richtig!) Die Behandlung, die gegenwärtig in dem Lager von Szczypiorno bei Skalmierschütz, wo fast 2000 Internierte und sogenannte polnische „Kriegsgefangene" untergebracht sind, stattfindet, schreit wirklich geradezu zum Himmel.

In der Reihe der militärischen Maßnahmen der Polen ist schließlich die **Anordnung der Wehrpflicht** für die Deutschen das letzte entscheidendste und einschneidendste Gesetz. Ich bitte aber daran festzuhalten, daß es sich nicht, wie die Interpellantin gesagt hat, um den Eintritt in das polnische Heer handelt. Das wäre ja auch sehr töricht; denn sie brauchten dann ebensoviel Leute wie die eingestellten Deutschen, um diese zu überwachen. Es handelt sich darum, daß die deutschen wehrpflichtigen Männer in die sogenannte Straż ludowa, in die Volkswehr, eintreten und zum Heimat- und Wachdienst benutzt werden sollen. Allerdings, diese Straż ludowa ist eine militärische Einrichtung, und dieses Faktum ebenso wie die Tatsache, daß alle Deutschen eine Wehrsteuer bezahlen müssen, in Höhe der Hälfte ihrer jährlichen Staatseinkommensteuer zur Unterhaltung des polnischen Heeres, ist selbstverständlich ein Akt, der sich mit den Pflichten eines loyalen preußischen Staatsbürgers nun und nimmer verträgt. (Sehr richtig!) Wir bitten dringend, daß uns die Staatsregierung von dieser Gewissensqual befreit, die die letzte und größte von einer ganzen Reihe von Gewissensqualen darstellt, angefangen von dem Weiterarbeiten der Beamten und der Tatsache, daß deutsche Eisenbahnbeamte Munitionszüge an die polnische Front führen und deutsche Munitionsarbeiter gezwungen werden sollen, weiter Munition zu machen.

Das Elend der Zehntausende von **Flüchtlingen** ist schon geschildert worden, und ich wünschte, es ginge in Erfüllung, was vom Regierungstisch angekündigt worden ist, daß diese Leute, ohne materiellen Schaden zu erleiden, in ihre Heimat zrückkehren können! Aber die Lage nicht nur dieser Flüchtlinge, sondern auch die aller Deutschen in der Provinz im Demarkationsgebiet ist wahrhaft schlimm genug. Zu essen haben

wir, denn Posen ist eine Überschußprovinz, wie Sie wissen; aber die moralischen Leiden und Gewissenskonflikte sind groß.

Und dann kommen die schweren **materiellen Schädigungen**, die mit dem Polen gleichermaßen der Deutsche erleiden muß, weil die einzige wirkungsvolle Waffe des Deutschen gegen den Polen bei unserer militärischen Ohnmacht der Wirtschaftskrieg gewesen ist. Wir haben in der Provinz kein Eisen und keine Kohle, kein Papier und keine industriellen Hilfsstoffe, die Industrie ist lahmgelegt, Handel und Wandel stocken. Die Mühlen, die Druckarbeiten, die Stärkefabriken, die Zuckerfabriken, alle stehen still. Der Zahlungsverkehr stockt, weil keine Geldmittel da sind, alles Dinge, die ebenso den Deutschen wie den Polen treffen. Wir müssen uns fragen, ob wir alle diese Dinge nur dadurch, daß wir hier über sie sprechen, abstellen können. Das wichtigste ist jedenfalls, daß die Regierung dafür sorgt, daß diese wirtschaftlichen Nöte den einzelnen Deutschen nicht dazu zwingen — und das ist leider schon in erheblichem Maße der Fall gewesen —, Haus und Hof übereilt im Stich zu lassen. Es sind bereits ungezählte Verkäufe deutscher Güter und Grundstücke erfolgt, weil man sich nicht genügend geschützt glaubte oder kein Vertrauen in die nächste Zukunft hatte. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Überhaupt ist der **mangelnde Rechtsschutz** ein besonderes Kapitel. (Sehr richtig! rechts.) Die zivilen Gerichte sind so gut wie lahmgelegt, weil die polnischen Standgerichte im weitesten Umfange Verbrechen oder Vergehen, die sonst vor den Zivilrichter gehörten, aburteilen. (Hört! hört!) Jeder Deutsche, der einen polnischen Soldaten vielleicht einmal aus irgendeiner Ursache „anranzt", ist gewärtig, vor das Standgericht mit seinen schweren Bedingungen gestellt zu werden, ohne daß er sich in wirkungsvoller Weise verteidigen kann. Deswegen habe ich in einer kurzen Anfrage die Bitte an die Regierung gerichtet, Maßnahmen zu treffen, daß die interalliierte Kommission in Warschau, der ja nach dem Abkommen vom 16. Februar der Schutz der Deutschen überantwortet ist, eine Anordnung trifft, dahingehend, daß in Posen selbst eine Stelle geschaffen wird, die alle Wünsche und Beschwerden der Posener Deutschen aufnehmen kann. (Sehr gut! links und rechts.) Wir haben ja keine Verkehrsmöglichkeiten; wir dürfen keine Briefe schreiben, nicht telephonieren, nicht telegraphieren. Was nützt mir ein Beschwerdebrief nach Warschau oder Berlin, der nicht befördert wird? Ich muß die Gewähr haben, daß ein internationaler Schutz da ist, daß ein Abgesandter von Dupont uns dort vertreten wird, wenn wir nicht selbst wieder das Heft dort in die Hand bekommen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Müssen wir nun diese Lage als gegeben hinnehmen, müssen wir uns tatsächlich den Dingen, unter die das Abkommen vom 16. Februar zunächst gewissermaßen das Siegel gedrück

hat, stillschweigend unterwerfen? Müssen wir uns nicht immer wieder die Frage vorlegen: was steht mit dieser Provinz auf dem Spiel? Müssen wir uns nicht vor allem noch einmal vergegenwärtigen, wie die Dinge unter dem Gesichtswinkel des Punktes 13 der Wilsonschen Note[5]) in Posen liegen?

Was die **Bevölkerung** betrifft, ist die Provinz Posen von allen durch Polen bewohnten Gebieten für uns die denkbar ungünstigste; und dennoch, es leben im Regierungsbezirk Bromberg 50 Prozent Deutsche und im Regierungsbezirk Posen 38,2 Prozent Deutsche in untrennbarer Gemengelage mit den Polen. Es gibt im Bromberger Bezirke Kreise mit über 70, ja 80 Prozent Deutschen und nur vier Kreise mit unter 30 Prozent Deutschen. Im Regierungsbezirk Posen schwankt der deutsche Anteil in den einzelnen Kreisen von rund 11 bis 92 Prozent. In den Städten wohnen in der Gesamtheit der Provinz mehr Deutsche als Polen (Zustimmung), auch dann, wenn man die Beamten und Offiziere in Abzug bringt. Dieses Resultat ist nicht etwa auf eine künstliche Siedlung zurückzuführen, nicht etwa gar womöglich, wie es vielfach auch in deutschen Kreisen geglaubt wird, ein Produkt der Ansiedlungskommission. Ich weise darauf hin, daß diese erst seit 1886 arbeitet, und daß im Jahre 1861 der deutsche Bevölkerungsanteil in dieser Provinz sehr viel größer gewesen ist, als er es heute ist.

Aber man darf die Stimmen nicht nur zählen, man muß sie vor allem auch wägen. Wir dürfen dieses Recht umsomehr für uns in Anspruch nehmen, als auch die Polen bei ihren Ansprüchen, die sie auf gewisse Gebiete, besonders auf Ostgalizien und Litauen machen, sich in erster Linie auf moralische, kulturelle und wirtschaftliche Faktoren stützen. Daß Posen kulturell und wirtschaftlich eine überwiegend deutsche Provinz ist, das ist ja wohl über allen Zweifel erhaben. Ich brauche kulturell nur eine einzige Ziffer zu erwähnen, nämlich die, daß von allen Besuchern der höheren Lehranstalten in der Provinz Posen bei der letzten Zählung 78 Prozent der Kinder deutsch und nur 22 Prozent polnisch gewesen sind. (Hört! hört!) In welchem Zustand die Provinz 1772 und 1793 übernommen worden ist, das ist bekannt. In Schmutz und Elend war sie buchstäblich verkommen, und wenn Posen seitdem eine der landwirtschaftlich blühendsten Provinzen geworden ist, so ist das deutschem Fleiß, deutscher Arbeit und deutscher Intelligenz zu verdanken. (Lebhafte Zustimmung.)

Der **deutsche Anteil am Wirtschaftsleben** entspricht dem ja auch durchaus. Wir haben von dem privaten Grundbesitz — von dem Staatsbesitz nicht zu sprechen — 47,8 Prozent in der Hand, die Polen nur 41,3 Prozent. Der deutsche bäuerliche Besitz ist größer als der polnische

[5]) Oben S. 1264.

bäuerliche Besitz, und in dem städtischen Grundbesitz haben wir durchaus die Überlegenheit, indem wir im Bromberger Bezirk 67 Prozent, im Posener Bezirk 56 Prozent unser eigen nennen. Die Überlegenheit der Deutschen in Gewerbe, Handel und Industrie, bei den größeren Betrieben vor allem, entspricht dem durchaus nicht minder, und das ist vielleicht eine besonders eindrucksvolle Zahl: das Steueraufkommen der Deutschen in dieser Provinz. Wir haben in diesem ungünstigen Bezirk Posen, wo wir nur 38,23 Prozent der Bevölkerung haben, im Jahre 1914 75,41 Prozent der Gewerbesteuer aufgebracht (hört! hört!), 61,64 Prozent der Gebäudesteuer, 63,63 Prozent der Einkommensteuer und 60,68 Prozent der Ergänzungssteuer.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich nicht wundern, daß bei solch intensiver Arbeit des Deutschtums diese Provinz eine der **Hauptlieferanten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen** für das Deutsche Reich, vor allem für die Hauptstadt Berlin und für das Königreich Sachsen, gewesen ist. Wenn in der vorvorigen Woche nur 706 Zentner Kartoffeln in das Königreich Sachsen gerollt sind, so vor allem deshalb, weil Posens Ausfuhr gesperrt ist, — und diese Zahl macht nur einen so lächerlich kleinen Bruchteil des sächsischen Bedarfs aus, daß eine Katastrophe im industriellen Sachsen unmittelbar vor der Tür steht. Wenn man die Provinzen Westpreußen und Posen zusammennimmt, so haben diese nur 5,81 Prozent der Bevölkerung zu ernähren, produzieren aber an Brotfrucht 14,3 Prozent, an Gerste 13,8 Prozent, an Kartoffeln 16,6 Prozent und an Zucker 19,2 Prozent der gesamten Produktion des Reichs.

Also, meine Damen und Herren, auch wenn wir nichts anderes anerkennen wollten, auch wenn Sie keine Kultur- und Gefühlswerte gelten lassen wollten, nicht die unmöglichen militärischen Grenzen berücksichtigen, die wir schließlich durch eine Amputation im Osten bekommen, wenn Sie nur an diese wirtschaftlichen Interessen denken, dann müssen Sie alle mit uns aus der Ostmark die Regierung dabei stützen, wenn sie alle Versuche macht, um dieses Gebiet für unser deutsches Vaterland zu retten. (Bravo!)

Die Bedeutung der Provinz Posen für Deutschland, insbesondere bei der gegenwärtig geradezu verzweifelten Ernährungslage, da wir uns in wenigen Wochen vor einem Nichts sehen werden, braucht nur noch einmal angedeutet zu werden; denn der Zeitpunkt wird ja wohl kommen, wo dieses hohe Haus sich mit unserer Ernährungslage beschäftigen wird, um dem Volke draußen, das vielfach noch leichtsinnig dahinlebt und buchstäblich auf einem Vulkan tanzt, zu sagen, wie ernst es auf diesem Gebiet mit und in Deutschland steht.

Meine Damen und Herren, das Fazit meiner bisherigen Ausführungen, gestützt auf unser gutes Recht, darf sein: Die Polen erklären,

der Entscheidung des Friedenskongresses nicht vorgreifen zu wollen. Das ist der reine Hohn geworden. (Lebhafte Zustimmung.) Aber unterstreichen wir von dieser Stelle noch einmal, daß das Abkommen vom 16. Februar ausdrücklich vorsieht, es sei nur ein militärischer, kein politischer Akt, und daß die Provinz Posen ethnographisch nicht unzweifelhaft polnisch ist, wie es Wilsons Punkt 13 verlangt, daß sie aber kulturell und wirtschaftlich ganz überwiegend deutsch ist. Es steht auch in Wilsons Botschaften, daß die Völker nicht wie Schachfiguren hin- und hergeschoben werden sollen unter andere Staatshoheiten, daß nicht Keime neuer Kriege künstlich geschaffen werden sollen.

Gäbe es einen Rechtsfrieden, dann brauchten wir ja um den Spruch der Friedenskonferenz uns keine Sorgen zu machen. Aber ich vermag nun einmal angesichts des Hasses und des Vernichtungswillens unserer Gegner, auch angesichts jenes gesteigerten Imperialismus, der sich überall in den Landen unserer Gegner, auch bei den Polen, ja selbst bei den Bolschewisten, zeigt, nicht das Vertrauen zu haben, daß wir zu einem Rechtsfrieden schlechthin kommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber auch wenn wir von diesem Standpunkt einmal ganz absehen: im neuen Deutschland, für uns, werden wir, ganz abgesehen davon, wie es links und rechts von uns aussieht, den Standpunkt einnehmen und auch in unserer Verfassung verankern müssen, daß bei uns Recht vor Macht geht; bei uns ist der Obrigkeitsstaat abgelöst durch den Rechts- und Volksstaat! Das Verfassungswerk wird auf dem Grunde des Rechts verankert werden müssen, und daher möchte ich die Regierung dringend bitten, daß sie, gemäß dem Geiste dieser Verfassung, baldmöglichst bekanntgibt, wie sie sich die künftige Behandlung der sprachlichen Minderheiten im Deutschen Reich denkt.

Es ist vorhin von einer paritätischen Verwaltung mit leicht hingeworfenem Schlagwort gesprochen worden: das ist nicht von heute auf morgen zu machen. Aber wie auch die Entscheidung des Friedenskongresses ausfallen wird: es ist sicher, wir behalten polnische Minderheiten innerhalb der deutschen Grenzen, und möge Gott verhüten, daß es deutsche Minderheiten unter polnischer Hoheit gibt, so daß das, was wir den Polen geben, den Deutschen an anderer Stelle wiedergegeben werden kann. Aber das wollen wir jedenfalls tun, daß wir jetzt klar erklären, wie der Artikel 40 der Verfassung praktisch zum Ausdruck kommen soll, und ich möchte bitten, daß die Regierung sich auf den Standpunkt stellt, daß die ursprüngliche Fassung des Artikels 29 des ersten Preußischen Entwurfs dabei zugrunde gelegt wird: es ist notwendig, daß der Artikel in der Form wieder aufgenommen wird, in der er dort lautet:

> Die fremdsprachigen Volksteile innerhalb des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in der ihnen eigenen

volkstümlichen Entwicklung beeinträchtigt werden, insbesondere nicht im Gebrauch der Muttersprache beim Unterricht sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege innerhalb der von ihnen bewohnten Landesteile.

Meine Damen und Herren, ich will nicht mit Anklagen gegen die alte Regierung kommen. Es gab bisher zweifellos Fehler und Mißgriffe bei der Behandlung der fremdsprachigen Gebiete, die im Wesen des alten Machtstaates und seiner Aufgaben begründet lagen. Wir wollen jetzt **neue Wege** suchen **auf dem Gebiete der Verwaltung** und in der Behandlung der **Kulturfragen**, wozu auch die Kirche unbedingt zu rechnen ist, auch auf dem Gebiete der Besiedlung, die eine paritätische sein muß, so daß zum Beispiel nur Deutsche auf deutschem Lande und Polen auf polnischem Lande angesiedelt werden. Sie werden begreifen, daß ein solches Pronunziamento unserer Regierung auch schon für die Friedensverhandlungen von erheblicher Bedeutung werden könnte.

Für diese möchte ich weiterhin auch die Hoffnung aussprechen, daß die Regierung alle Vorkehrungen getroffen hat für folgende Fälle: einmal den Fall, daß eine Volksabstimmung in der Ostmark notwendig wird, zweitens für einen Optantenvertrag, der vielleicht da oder dort notwendig werden könnte für die einen oder für die anderen, und endlich für einen Autonomievertrag auf einer Grundlage, die den deutschen berechtigten Interessen entspricht; die Regierung wird auch den weiteren Wunsch verständlich finden — und damit möchte ich zum Schluß kommen —, daß diese wichtigen Dinge nicht beschlossen werden ohne Zuziehung derer, um deren Wohl und Wehe es geht. (Sehr richtig!)

Es ist nicht möglich, solche Dinge bureaukratisch zu machen. Auch der bestorientierte Geheimrat, dem die Fühlung mit dem Volke fehlt, in der Zeit vor allem, wo die Not dem Volke auf den Fingern brannte, könnte das nicht machen ohne Mitwirkung der Betroffenen und ohne daß vor allem die Vertreter der Ostmark in einer besseren Weise gehört werden, als das bisher leider der Fall war. (Bravo!) Den Polen aber möchte ich eines zurufen: Vergeßt nicht, daß wir einen gemeinsamen furchtbaren Feind, der unmittelbar vor unserer beider Toren steht, haben: das ist der Bolschewismus, und vergeßt nicht, daß wir beide als Nachbarvölker in jeder Beziehung, vor allen Dingen wegen unserer wirtschaftlichen Struktur, aufeinander angewiesen sind. Wenn durch die Entscheidung des Friedenskongresses im Osten ein Gewaltfrieden herauskommen sollte, wenn die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes dabei verletzt werden, dann könnte eine Atmosphäre des Hasses und der Rachsucht und eine Irredentastimmung geschaffen werden, aus der, bevor noch die furchtbaren Wunden dieses Krieges vernarbt sind, ein neuer Weltbrand entsteht. (Lebhafter Beifall links.)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ohler.

Ohler, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Behandlung der **polnischen Frage** während der letzten Monate bis auf den heutigen Tag ist und bleibt kein Ruhmesblatt fürs deutsche Volk, sie ist und bleibt auch kein Ruhmesblatt für unsere am 9. November ausgebrochene Revolution. Dieselbe ist und bleibt aber auch kein schönes Blatt für dieses hohe Haus. Ich als Ostmärker muß es bedauern, daß bei einer so eminent wichtigen Frage, wie die heute vorgelegte, so wenig Sitze besetzt sind (sehr richtig! rechts), daß so große Lücken klaffen. Ich hätte geglaubt, daß man doch ein einigermaßen besetztes Haus haben würde. (Sehr richtig! rechts.)

Liebe Freunde! Im Freudenrausche der gelungenen Umwälzung hatte man es an der jetzt zur Macht gelangten Stelle vergessen, am 9. November und in den kommenden Zeiten seine Blicke dorthin zu wenden, wo fast einer Million deutscher Volksgenossen und wo dem gesamten deutschen Volke sehr schwere Gefahren drohten. Während man sich überall im deutschen Volke nach dem Waffenstillstandsvertrag der Hoffnung hingeben konnte, daß nun endlich mal das Blutvergießen aufhöre, da konnten wir uns in der **Ostmark**, in der Provinz Posen dieser Hoffnung nicht hingeben; denn uns war es nicht verborgen geblieben, wie Ihnen schon die verschiedenen Redner klipp und klar vor Augen geführt haben, daß für uns leider Gottes noch eine schwere Leidenszeit bevorstand. Uns war es nicht verborgen geblieben, daß mit dem Moment der Zertrümmerung unserer Heeresmacht unsere polnischen Mitbürger den Augenblick für gekommen erachteten, wo sie den altgehegten Wunsch, sich von Preußen, sich von Deutschland loszureißen, in die Tat umsetzen würden. Eine geschickte Agitation, die Ihnen heute ebenfalls vor Augen geführt wurde, hat es so weit gebracht, daß wir mit einer ganz gewaltigen Macht rechnen mußten.

Vergessen war auf der Seite unserer **polnischen Mitbürger** mit einem Male alles, was diese im Laufe der verflossenen Jahrhunderte Gutes und Vorteilhaftes von der **Zugehörigkeit zu Preußen**, von der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich erhalten hatten. Welch ungeheurer Unterschied zwischen der Provinz Posen und den Teilen Polens in Russisch-Polen besteht, das werden mir alle jene bestätigen müssen, die im Laufe des Krieges die Provinz Posen sowohl als auch Russisch-Polen betreten durften. Als nach Ausbruch der Revolution am 9. November den Polen dann sowohl in Russisch-Polen wie auch in der Provinz Posen ungeheure Mengen von Heeresgut, von Waffen und Munition, besonders aber auch an Kleidungsstücken, spielend in die Hand gefallen waren, war für sie der Moment gekommen, den geplanten Aufstand energisch in die Tat umzusetzen.

Und nun komme ich zu dem beschämendsten Moment in der ganzen polnischen Frage. Besonders mein Herr Vorredner hat Ihnen ja erzählt, daß in jenen Tagen das Deutschtum es nicht verabsäumt hat, sich an seine Regierung zu wenden. Flehend, hilfesuchend haben wir Kommission über Kommission nach Berlin geschickt. (Hört! hört! rechts.)

Wir zweifeln auch heute niemals daran, daß die Regierung den guten und festen Willen hatte, uns zu helfen. Aber, liebe Freunde, den Regierungsvertreter, der nach Posen kam, einen Herrn v. Gerlach, den trifft die ungeheure Schuld, daß wir in den Zustand hineingeraten sind, in dem wir uns heute leider Gottes befinden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Er kam nach Posen und erkundigte sich einseitig bei den Führern des polnischen Volkes. (Hört! hört! rechts.) War denn wirklich Herr v. Gerlach des naiven Glaubens, daß die polnischen Führer ihn in ihre Karten hineinsehen lassen? Ich glaube nicht, daß er wirklich diesem Glauben gehuldigt haben sollte. Indem dieser Mann dann seine ganzen Eindrücke in die Worte zusammenfaßte, die er an seine Regierung und dann über die ganze Welt hinausposaunte: „In Posen alles in schönster Ordnung", hat er ungeheuren Schaden angerichtet. Hat der Mann denn gar nicht geahnt, was er mit diesen Worten anrichten mußte? Unser Mut war sofort gebrochen. Wir haben uns sofort verlassen gefühlt, verlassen von unseren eigenen Stammesgenossen, verlassen von der eigenen Regierung. Der Lauf der Dinge hat bewiesen, daß diese Worte geradezu ein Verbrechen am Deutschtum des Ostens, ein Verbrechen am deutschen Volke waren. (Sehr richtig! rechts.) Sie waren von geradezu niederschmetternder und vernichtender Wirkung für uns alle, die wir als Deutsche die östlichen Gaue bewohnten. Mit rauher Hand griff nun das Schicksal uns Deutschen nach der Kehle. Da draußen waren wir in der schwersten Stunde unseres Lebens in nationaler Beziehung leider von allen verlassen. (Hört! hört! rechts.) Sie haben ja von den verschiedenen Rednern schon gehört, wie dann am 27. Dezember die Sache in die Wege geleitet wurde. Ich selbst war an jenem Tage in dem von Kollegen Sagawe erwähnten deutschen Hause anwesend, als unsere Soldaten, angeekelt von der französischen Trikolore, diese Fahne herunterrissen, und ich frage heute die Öffentlichkeit: Wie war es möglich, daß in demselben Moment aus dem Hinterhause dieses deutschen Hauses schon polnischerseits die Maschinengewehre hervorgebracht werden konnten? (Hört! hört! rechts.) Sie finden die Erklärung dafür in dem, was Herr Schulz eben gesagt hat, daß in diesem kurz zuvor käuflich erworbenen deutschen Hause die ganzen Fäden der polnischen Komitees zusammengelaufen sind. (Zuruf rechts: Wo blieb das Garnisonkommando?) — Das war vorher schon von den Polen vollständig eingesackt und vollständig in polnisches Fahrwasser hineingeleitet worden.

Liebe Freunde, es gingen nun aber dem deutschen Volke nicht bloß

Millionen von deutschen Volksgenossen verloren, nein, es gingen dir, deutsches Volk, auch die Nahrungsmittel, die großen Mengen von Nahrungsmitteln verloren, die dich vor dem Hungertode bewahren sollten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Während der Herr Staatssekretär Erzberger, während unsere Vertreter zur Stunde in Spaa und in Trier — hoffentlich nur blutenden Herzens — die schweren Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben haben, und zwar unterschrieben haben unter dem Drucke der kolossalen Schwierigkeiten in der Ernährung, da rollt Zug um Zug über die Grenze, führt die Nahrungsmittel aus der Provinz Posen über die deutsche Grenze nach Warschau und nach Krakau. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! rechts.) Während unsere Unterhändler heute Milliarden und Milliarden vielleicht unseren unersättlichen Gegnern in den unersättlichen Rachen werfen müssen, gehen unsere eigenen deutschen Erzeugnisse über die polnische Grenze. Millionen von Zentnern Kartoffeln waren vorhanden, es sind noch über 8 Millionen Zentner Kartoffeln in der Provinz Posen vorhanden gewesen und über 3 Millionen Zentner Brotgetreide. Diese kolossalen Mengen standen noch zu unserer Verfügung, und noch heute ist eine ungeheure Menge der erwähnten Produkte verfügbar, und zwar direkt aus deutscher Hand. Sorgen wir doch dafür, daß bei den jetzt beginnenden Unterhandlungen diese Vorräte uns nicht vorenthalten werden; denn dadurch retten wir zum großen Teil die vorhin erwähnten Milliarden, und unser Volk retten wir damit vor dem Hungertode.

Die Polen haben sich bis jetzt nicht um die Demarkationslinie gekümmert. Wenn auch vom Regierungstische aus heute es gesagt wurde, wenn auch die Hoffnung erweckt wurde, daß es der Fall sei, so muß ich Ihnen leider zwei Telegramme, die ich vor ungefähr einer halben Stunde erhalten habe, verlesen, woraus Sie ersehen werden, daß es nicht der Fall ist.

> Schneidemühl, den 5. 3. 1919. Durch Einwohneraussagen bestätigen sich die Beobachtungen und ist festgestellt, daß die Polen deutsche Einwohner bei Friedrichskrone südlich Bromberg zwingen, an polnischen Drahthindernissen zu arbeiten. (Hört! hört! rechts.) Am 3. 3. 1919 abends Angriff der Polen mit Artillerieunterstützung beiderseits der Straße Bromberg—Hohensalza wurde abgewiesen. Am 4. 3., — also gestern! —
>
> 4 Uhr nachmittags, erhielten deutsche Feldwachen hart südlich Nakel starkes feindliches Infanteriefeuer. (Hört! hört! rechts.)
>
> Meseritz. Zurzeit keine größeren Angriffe der Polen. Unsere Posten werden jedoch vom Gegner oft beschossen.

Das sieht nicht danach aus, als wenn die Polen die Demarkationslinie einhalten wollten, und ich bitte nur, daß unsere Reichswehr sich nicht einschläfern läßt, damit nicht eines schönen Tages die Polen

wiederum in einem Putschversuch über die Demarkationslinie hinausdringen und die jetzt noch in deutscher Hand befindlichen Kreise der Provinz Posen spielend in ihre Hand bekommen.

Zu Tausenden und aber Tausenden sind jetzt die **polnischen Arbeiter des Westens** in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie haben ihre früheren Arbeitsstellen verlassen und sind nach dem Ort ihrer Geburt zurückgewandert. Und wenn Sie heute fragen: aus welchem Grunde? — ich will Ihnen die Antwort darauf geben. Im gesamten polnischen Volke, besonders in seinen unteren Schichten, ist ein förmlicher Heißhunger nach Land in die Erscheinung getreten. (Zustimmung rechts.) Sie wissen ganz genau, daß die Industrie im Westen für die nächsten Jahrzehnte darniederliegen wird, und sie suchen in ihren agrarischen Heimatgefilden Ländereien zu erwerben, die es ihnen ermöglichen, eine Existenz zu gründen. Die polnische Agitation hat diese Tatsache geschickt verwertet. Durch fanatische Anpreisungen haben sich die zurückgekehrten polnischen Bürger veranlaßt gefühlt, samt und sonders in die polnische Volkswehr einzutreten, um gewaltsam das zu nehmen, was sie suchen. Diese Methode ist noch mit dem Vorteil verknüpft, daß sie ein Land erobern, wo schon — besonders auf den deutschen Bauernhöfen und auf den deutschen Ansiedlerstellen — Gebäude errichtet sind und Mobiliar vorhanden ist. Daß man in dieser Beziehung ganz systematisch vorgeht, zeigt Ihnen folgende kurze Notiz:

> Privater Nachricht aus guter Quelle zufolge, die auf Umweg von Posen nach Berlin gelangt ist, sind von den Polen in diesen Tagen über tausend Ansiedler aus den deutschen Siedlerdörfern in Posen festgenommen und zur Verrichtung von Zwangsarbeit verschleppt worden. Ferner sollen sämtliche deutschen Bewohner der Provinz Posen gezwungen werden, 50 Prozent ihres Einkommens als Sondersteuer an die polnischen Kassen abzugeben. (Hört! hört! rechts.)

Liebe Zuhörer! Das ist eine Erdrosselung des deutschen Besitzes. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Jedenfalls wird man es so weit bringen, daß der gesamte, besonders der kleine Besitz vollständig verarmt und man gezwungen ist, auszuwandern und sein Besitztum zu Spottpreisen den Polen abzulassen.

Gelegentlich einer Erwähnung der Polenfrage in diesem hohen Hause in der Montagssitzung hat der Herr Kollege **Schücking** einige Äußerungen gemacht und dadurch Widersprüche hervorgerufen, in deren Verlauf man zu der Meinung kommen mußte, daß ein Teil dieses hohen Hauses nicht an die großen Gefahren im Osten glaube. Diesen Teilen dieses hohen Hauses, die da glauben, daß wir durch eine bessere **frühere Politik** in bezug auf die Polenfrage nicht in die jetzige mißliche Lage gekommen wären, möchte ich doch die Worte entgegenhalten, die die Polenführer in ihren Zeitungen selbst jetzt an uns

richten. Zum Beispiel das polnische Blatt „Dziennik Poznanski“ schreibt:

> Die Deutschen müssen sich das jetzt einmal klar zum Bewußtsein bringen, daß, solange sie die polnischen Landesteile besitzen werden, das einzige Verhältnis, das zwischen uns und ihnen obwalten kann, das des Hasses und des Kampfes ist. Die Deutschen irren, die da meinen, daß einige, sogar gerichtige Zugeständnisse mit sich bringen, daß durch diese Politik dieses grundsätzliche Verhältnis geändert wird.

Es steht unumwunden fest, daß die Polen, nachdem sie einmal auf diese Art und Weise das Heft an sich gerissen haben, vor der äußersten Konsequenz nicht zurückschrecken werden. Denn das beweisen sie, was ja schon öfters in diesem hohen Hause erwähnt worden ist, durch die grausame und rohe Behandlung der Gefangenen und Verwundeten und, liebe Freunde, ich kann aus eigener Erfahrung feststellen, wie grausam und roh man unsere **Verwundeten** behandelt. Mein eigener Sohn wurde Anfang Januar verwundet und fiel in seiner Verwundung in polnische Hände. Es war nachmittags ¼4 Uhr. 15 Minuten davon war die Domäne Kulm. Trotzdem dieses Gebäude in größter Nähe lag, hat man den Verwundeten nicht dahin gebracht, sondern hat ihm die Stiefel ausgezogen und ihn die ganze Nacht im Freien liegen lassen, und so kam es, daß mein Sohn am 19. sterben mußte. Und wenn sich in unserem hohen Hause, wie ich vorhin erwähnt habe, eine **Interesselosigkeit** gezeigt hat, die nicht wünschenswert gewesen wäre, so erweisen Sie damit dem Deutschtum des Ostens den denkbar schlechtesten Dienst. Eine solche Behandlung der Polenfrage, überhaupt die ganze **Behandlung der Ostmarkenfrage**, ist nicht geeignet, uns im schweren Kampf um unsere Heimat, um Haus und Hof, um Weib und Kind noch Mut und Begeisterung einzuflößen. Vergessen Sie nicht, daß durch eine solche Behandlung der Augenblick kommen wird und kommen muß, wo unsere heiße Liebe zu den Volksgenossen, die heiße Liebe zum Vaterland ins Gegenteil umschlagen wird. Denn wenn wir einmal, von Haus und Hof vertrieben, nicht mehr wissen, wo wir unser Haupt hinlegen sollen, wird die heiße Liebe sich umwandeln in den Fluch gegen unsere eigenen Volksgenossen. (Zurufe links.) — Lassen Sie, der Wahnsinn wird kommen, wenn der Hunger diese Massen treibt.

Es wurde vorhin von dieser Stelle aus erwähnt, daß sogar ein Mann wie Herr Kollege Professor Herrmann nicht so sehr daran glaubt, daß wir einen Rechtsfrieden bekommen werden. Sollte, was ich nicht hoffen will, aber das Schicksal wirklich so rauh sein, daß wir uns in dieser Beziehung kolossal getäuscht fühlen müßten, für den Fall, daß dieser Augenblick kommen sollte, bitte ich heute schon, an die hohe Regierung, sowohl die preußische wie die Reichsregierung, die Bitte richten zu dürfen: retten Sie noch, was noch zu retten ist, machen Sie die Sünden

wieder gut, die in den letzten Monaten begangen worden sind. Beginnen Sie bald das Ansiedlungswerk, kolonisieren Sie, und die erste Domäne, die Sie mit Ansiedlern besetzen, besetzen Sie mit Ansiedlern der Ostmark. Nehmen Sie dann auf unsere verjagten Beamten, Bauern, Handwerker und Arbeiter. (Sehr gut! links.) Ich garantiere Ihnen dafür, daß Sie in dieser Beziehung keinen Mißerfolg zu verzeichnen haben werden. Ich bin der festen Überzeugung, daß es auch bei dieser ersten Besetzung sich darum handeln wird, für alle weiteren Besiedlungen ein gutes Beispiel zu zeitigen. Ich richte diese Bitte an die hohe Regierung, noch begleitet mit den Worten: keine Ausrede wird gelten. Denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg für jetzt und für die Zukunft. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beuermann.

Beuermann, Abgeorneter: Meine Damen und Herren! Das große Leid und die ungeheure **Not in der Ostmark** bewegt uns ohne Ansehen der Partei gleichmäßig, obwohl hier vorhin Worte gefallen sind, die hier und da den Unmut der Parteien erregt haben Daß das so ist, geht schon daraus hervor, daß die Abgeordneten aller Parteien schon in den ersten Tagen der Tagung dieses Hauses sich zusammenfanden, um mit der einstimmigen Wucht dieses Hauses den Notruf der Ostmark in die gesamte Welt hinausklingen zu lassen. Leider ist das unmöglich geworden; für uns Neulinge in erstaunlicher Weise dadurch unmöglich gemacht, daß Schwierigkeiten und Hemmungen aus der Geschäftsordnung des Hauses dieses Hinausklingen der einstimmigen Resolution in die Welt verhindert haben sollen. Wir bedauern das um so mehr, als in jenen Tagen — es war die Zeit vom 8. bis 10. Februar — dieser Beschluß vielleicht sogar unserer Waffenstillstandskommission eine merkliche Stütze in ihrem Kampfe um die uns aufgezwungene Demarkationslinie geworden wäre.

Die eingehende Begründung der Interpellation durch die erste Vorrednerin, die weiteren Ausführungen in allen Einzelheiten über die grimmige und erbärmliche Notlage unserer Volksgenossen in der Ostmark und die dankenswerten Ausführungen des Herrn Professors Herrmann über unser Recht an der Ostmark, vereint mit den Zusagen, die die königliche Regierung (Zurufe und Heiterkeit) — die die Regierung und der Herr Reichsminister gegeben haben: das zusammen gibt hoffentlich unserer ostmärkischen Bevölkerung wieder einigen Mut. Allerdings kann dieser Mut nach all den Enttäuschungen nur ein kleiner sein.

Der Herr Abgeordnete Schulz schilderte in sehr eingehender Weise die Vorgänge, die sich in Posen vollzogen haben, wie in politischer Weise Schritt für Schritt die Durchdringung aller Verwaltungskörper

mit Beiräten und A.- und S.-Räten polnischer Art eintrat. Da drängt sich natürlich und drängte sich jedem von uns in der Ostmark gleichmäßig ohne Unterschied der Partei die Frage auf: Wo bleibt unsere Regierung bei diesen Verhältnissen?

Meine Damen und Herren, Sie haben vorhin gehört, welchen Entrüstungssturm das **Auftreten des Herrn v. Gerlach** damals erregte. Ich hörte zu meinem Erstaunen, daß dieser Herr v. Gerlach, der kurze Zeit darauf noch in einer Wahlversammlung in Berlin — ich kann wohl sagen: wie der Blinde von der Farbe — von den ostmärkischen Verhältnissen redete, daß dieser Herr Unterstaatssekretär noch heute Mitglied der Regierung sein soll. Ich meine, eine Regierung muß sehr arm an Kräften sein, wenn sie solche bewiesene Unfähigkeit noch so lange in ihren Reihen dulden muß. (Sehr richtig! rechts.)

Aber weiter: die **Regierung ist nicht ohne Orientierung** auch von allen Seiten **aus der Ostmark** geblieben. Wir hatten in den Randstädten des westlichen Posens, da uns die Stadt Posen zu langsam war, einen besonderen deutschen Volksrat gewählt und gebildet in den Kreisen Rawitsch, Lissa, Fraustadt, Wollstein, Meseritz und Schwerin, und wir fuhren als Abordnung dieses Rates am 10. und 11. Dezember nach Berlin, um unseren Ministern und den Volksbeauftragten die Verhältnisse in der Stadt Posen und in der Provinz Posen darzutun und Hilfe zu erbitten. Wir waren auch bei dem Herrn Volksbeauftragten **Ebert**. Sie wissen ja selbst, wie die Verhältnisse lagen, und daher sind seine Äußerungen wohl verständlich. Die Äußerungen, die er unserer Abordnungsgruppe damals gemacht haben soll, lauteten nach der Erzählung dieser Kommission: Wir erkennen Ihre schwere Not an, aber wir haben selbst schwere Not; helfen Sie sich selbst! Schlimm, schlimm für uns!

Dazu kam, daß die A.- und S.-Räte da oben es nicht duldeten, daß die vorgeschlagenen Bürger- und Bauernwehren bewaffnet wurden. Man fürchtete vielleicht eine Gegenrevolution. Einzig der Herr Minister Hirsch erklärte sich bereit, nun nach dem Fiasko seines Unterstaatssekretärs selbst im Osten nach dem Rechten zu sehen. Wir machten ihn darauf aufmerksam, daß es doch notwendig sei, daß auch deutsche Berater zugezogen würden, und er sagte uns das zu. Allerdings äußerten wir damals auch schon unsere Bedenken. Denn wir wußten, daß unser zwar noch nominell deutsches Oberpräsidium völlig in Polenhand war. Wir glaubten und äußerten, wir würden zu diesen Verhandlungen nicht zugelassen. Was geschah? Nach drei Tagen, als unsere beiden Berater nach Posen kamen, wurde ihnen im Oberpräsidium — in der obersten deutschen Behörde der Provinz! — erklärt: Meine Herren, wenn Sie Beschwerden haben, dann geben Sie sie schriftlich hier

zu Protokoll; an den Beratungen dürfen Sie nicht teilnehmen. Es bedurfte erst eines ganz energischen Auftretens und des Hinweises, daß der Herr Minister Hirsch unsere Anwesenheit gewünscht habe, bevor man die Zulassung fand.

Wir hatten auch in Berlin schon unter dem Eindrucke, daß dieses Durchdringen der ganzen Verwaltung mit dem Polentum eine rein politische Maßnahme war, vorgeschlagen, daß man an Stelle der **polnischen Beiräte** in den Zentralbehörden neutrale Beiräte aus der Berliner Sozialdemokratie nehmen möchte, oder man möchte, wenn links ein polnischer Beirat in der Zentralbehörde sitze, an die rechte Seite unserer Behörden einen deutschen Beirat setzen. So würde vielleicht durch das Hin- und Herziehen wenigstens nichts geschehen. Herr Minister Hirsch glaubte allerdings, diese Sache der kochenden Volksseele wegen nicht wagen zu dürfen. So trieb die Sachlage dem Verhängnis zu!

Wie stark und geschickt übrigens auch gegen diesen gutwollenden Herrn Minister die eingestimmte polnische Arbeit dieser Volksräte arbeitete, das ging aus dem Beschlusse hervor, der hier gefaßt wurde. Es war am 15. oder 16. Dezember, also einen oder zwei Tage früher als unser Gesandter schimpflich aus Warschau verjagt und die Verbindung mit Deutschland durch die Polen abgebrochen wurde. An diesem Tage oder an dem darauf folgenden fand diese Beratung statt. Das Ergebnis war: Es ist keine besondere Ostwehr nötig! (Hört! hört! rechts.)

Die **Leiden, die unsere Bevölkerung** trafen, sind so namenlos, daß sie sich wirklich im einzelnen gar nicht aussprechen lassen. Wer es aber gesehen hat, wie in den Festtagen und um Weihnachten herum auf unseren Bahnhöfen und auf schlesischen Bahnhöfen ganze Familien mit Kind und Kegel, beraubt ihrer Habe, tagelang im Zugwind herumirrten und nicht wußten, wo sie bleiben sollten, weil sie keine Verwandten in der Fremde hatten, dem drehte sich das Herz um. Diese Armen sind damals zu Haufen in die Lazarette gekommen; teils werden die Väter ihre kleinen Kinder jetzt in dem Frieden der Kirchhöfe wieder suchen können. Das alles hat uns getroffen, weil wir unvorbereitet waren.

Was steht uns nun bevor? Da nach der Erklärung der Regierung der jetzige Zustand kein Vorgreifen auf die Friedensverhältnisse bedeuten soll, so ist Vorsorge zu treffen, daß alles geschieht, was diesen jetzigen Stand nicht zu einem Dauerzustand macht, sondern dieses durch Kultur und Volkstum deutsche Gebiet dem Deutschtume erhält. Was können wir da tun? Wir hören schon jetzt von feindlichen Kommissionen, die in Bromberg tagen. Hoffentlich sind die nötigen Berater und Beiräte unsererseits genügend zur Stelle! Aber wenn man an-

nehmen sollte, daß diese Ententekommissionen genügen könnten zu Erwägungen irgendwelcher Art für den Endanfall dieser Gebiete, so möchte ich doch dagegen entschiedenen Widerspruch erheben. Diese Kommissionen haben ja nach allem, was sie uns bisher gezeigt haben, wenigstens in den Augen und Hirnen immer schon die Teilungspläne mitgebracht, wenn sie sie nicht schon fertig in ihren Mappen hatten. Ich meine also, wenn solche Kommissionen sein müssen, dann müssen wir von unserem deutschen Standpunkte aus unbedingt fordern, daß eine neutrale Kommission gebildet wird, die besondere Fachgelehrte der Volkskunde und der Landeskunde in sich faßt. Diese Kommission muß die Prüfung und Durchwanderung des Landes vornehmen.

Meine Herren, ein Teil von Ihnen ist ja wohl in diesem Kriege in die Gebiete Galiziens und Polens gekommen, und da werden Sie mir zugeben, daß in jenen trübsten Gebieten Galiziens, wo die Polen ihr Volkstum in Reinkultur züchten konnten und auch in den besseren Gebieten Russisch-Polens immerhin eine Gleichart im Hausbau, in den Hausgeräten, in dem Schmuck und in der Kleidung bestand; kurz, es ist eine gleichartige Lebensform und eine Verwandtschaft der Gesittung vorhanden. Dort ist das Gebiet der polnischen Kultur. Meine Herren, Sie sind zurückgereist, und sobald man über die Grenze kommt — das werden Sie mir recht geben —, tut sich eine neue Welt auf; ein Schnitt geht durch diese Verhältnisse. Eine völlig neue Kultur steht vor uns; das ist die **deutsche Kultur.** Das **Polentum** unseres deutschen Gebiets ist vollständig in diese unsere deutsche Kultur hineingeschlüpft. Ich meine, meine Damen und Herren, eine solche Kulturwertigkeit ist doch ganz gewiß mit zu wägen, wenn man die Frage nach dem Endanfall dieses Landes auftun möchte.

Wenn man nun aber die Frage erhebt: Woher dieser scharfe Schnitt? — so ist gar nichts anderes zu antworten, mögen wir links oder rechts stehen, mögen wir von den Sünden des alten oder des neuen Systems sprechen, als dieses: Diese Kultur brachte diesem Volksteil die so viel geschmähte preußische Verwaltung (sehr richtig! rechts) und insbesondere die Schulverwaltung!

Diese Verwaltung hat ja mancherlei Fehler gemacht vor dem Kriege und im Kriege, sie sind von verschiedenen Seiten nach meiner Meinung und aus dem Bewußtsein der Volkskenntnis heraus teilweise richtig geschildert worden. Aber der Hauptfehler in der **Behandlung** des ganzen **Polentums** liegt meines Erachtens ganz wo anders: Unsere zentralen Stellen haben es nicht verstanden, die Seele des Polentums genügend zu studieren, und aus diesem Mangel heraus ist der wundeste Punkt unserer ganzen Verwaltung des Ostens gekommen. Dieser wundeste Punkt war der ewige **Zickzackkurs.** Wir hatten es vor dem

Kriege glücklich auf den elften Polenkurs gebracht. Ja, meine Damen und Herren, eine solche Hin- und Herbehandlung verträgt — man möchte sagen — auch der stärkste Gaul nicht. Das Polentum aber verträgt eine solche Behandlung am allerwenigsten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer die Seele des Polen kennt, wird mir zugeben müssen, daß der Pole eine gleichmäßige, ernste, aber zielbewußte und beständige Behandlung verlangt. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Freundlich! — Zuruf rechts.) — Freundlich muß sie selbstverständlich aus Menschenwürde sein; aber zielbewußt, ernst, beständig muß sie dabei vorweg sein, und das hat ihr gefehlt.

Aber wenn man nun andere Sünden mancherlei Art noch auf dieses alte sogenannte System häufen will, und wenn da gestern der Herr Abgeordnete Schücking eine dieser Sünden in den Worten hervorgehoben hat:

> Da haben wir es erleben müssen, daß Kinder verprügelt wurden, die in der Pause auf dem Schulhofe gewagt haben, in ihrer Muttersprache zu reden,

dann muß ich, als aus der Schulverwaltung stammend, sagen: das hat das alte System nie gewollt! (Widerspruch bei den Sozialdemokraten — sehr richtig! rechts) und als Schulmann muß ich zur Ehre unserer Lehrerschaft, die mit seltener Liebe und Hingabe gerade an diesen kleinen zweisprachigen Kindern gearbeitet hat, sagen: Ich muß auf das schärfste gegen diese demütigende Unterstellung unserer Lehrerschaft protestieren. (Bravo! rechts.) Ich protestiere solange dagegen, bis der Herr Abgeordnete mir, vielfach bewiesen durch gerichtliche Beweise, darlegt, daß seine Behauptungen richtig sind. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf links.)

Meine Herren, ich bin auch aus dem Westen gekommen und habe denselben Gefühlen nachgehangen, die hier der Herr Abgeordnete Schücking geäußert hat. Ich habe aus meinem Gerechtigkeitsgefühle geglaubt, der arme Pole sei der Bedrängte. Ich bin jetzt zwölf Jahre in der Ostmark. Ich bin hineingegangen in den Kampf des Volkstums zur Zeit des Schulstreiks und habe jene Gewalttat der Polen, die Provozierung der Deutschen durch den Schulstreik, gesehen und kann aus innerster Überzeugung sagen: Von einer Unterdrückung der polnischen Wesensart ist nie die Rede gewesen! (Zuruf links.) Ebenso bin ich durch einen Schulmann der Nordmark ermächtigt worden, in derselben Weise gegen diese Äußerungen im Interesse der Lehrer der Nordmark zu protestieren.

Meine Damen und Herren, es müssen also, wenn wir in jener von mir gewünschten Kommission etwas erreichen wollen, durch die internationalen Gelehrten zunächst die Kulturverhältnisse gewogen werden, aber weiter auch die **Volkstumsverhältnisse**. Wer da glaubt,

daß mit den 800 000 Deutschen, die unter den 2 Millionen Bewohnern der Provinz Posen sich überhaupt befinden, das Deutschtum aus sei, der irrt sehr. Ich habe selbst in einem Kreise, der über 80 Prozent Polen hatte, ganze Dörfer festgestellt, die mir auffielen durch die Eigenart des Wuchses und der Haltung ihrer Bewohner. Diese Dörfer waren vor 100 Jahren als rein deutsche Kolonien angelegt worden. Jetzt aber erklang kein deutsches Wort mehr in ihnen; in ihnen fand sich nicht einmal mehr ein deutscher Name. Familien, die beispielsweise „Fuhrmann" hießen, erschienen in einem Zweige als „Furmannek", im anderen als „Furmanski". Aus dem biederen „Schulz" war ein „Skulk", aus dem „Kranz" ein „Krenc" geworden, also eine völlige Polonisierung! Ich bin auch überzeugt, daß die Leute dieser Dörfer besinnungslos unter dem Druck ihrer polnisch fühlenden Geistlichen heute ausnahmslos für das Polentum stimmen würden. Aber eins hatten diese Leute nicht verloren; das war ihre deutsche Gestalt, ihr deutsches Aussehen, wodurch sie sich von der ganzen Umgebung abhoben. Das ist ein Fall von Polonisierung; es gibt Hunderte, es gibt Tausende dieser Fälle. Wie schroff diese Fälle von Polonisierung vorkamen, dafür nur das berühmte Beispiel der alten wackeren Bamberger Dörfer vor Posens Toren. In den Jahren 1840 bis 50 ging hier die vollständige Polonisierung vor sich, und die wackeren Franken dieser Dörfer erschienen eines Tages vor der königlichen Regierung in Posen und legten feierlichen Protest ein, weil in ihren Schulen nur in polnischer Sprache unterrichtet werden sollte. Leider war ihr Protest ohne Erfolg. (Hört, hört! rechts.) Nach dem Erlaß der Allgemeinen Bestimmungen im Jahre 1873 sollte nunmehr nur in deutscher Sprache unterrichtet werden, und siehe da! Es erschienen jetzt die Söhne jener Protestler in der Regierung. Wir haben da ein sehr interessantes Schriftstück, wie sie jetzt mit flammenden Worten dagegen Stellung nahmen, das in ihren Schulen nunmehr deutsch unterrichtet werden sollte. So sind Massen des Deutschtums in der polnischen Flut als Kulturdünger aufgegangen. Wenn sich die rechten Leute finden, die die Verhältnisse durchsehen und durchprüfen können, müßte es verwunderlich sein, wenn nicht dieses bisher verborgene deutsche Volkstum dort in diesen ganz sicherlich nicht unbestreitbar polnischen Gebieten zutage treten würde.

Doch nun zum Schluß! Bisher überstürzten sich alle Tatsachen dort im Osten und unsere Regierungen kamen *mit allen Maßnahmen zu spät*. Verhandelt und erwogen ist auch jetzt schon wieder viel und vielerlei. Ich möchte nun die Regierung des Reichs und Preußens bitten, nunmehr wirklich uns, die Abgeordneten dieser Provinz, als ihre ständigen Beiräte betrachten und heranziehen zu wollen, wo und wie sie uns brauchen können, damit endlich den Worten nunmehr die Taten folgen. Wenn man aber die Ereignisse selbst nicht mehr

rückläufig machen kann, so wird es doch für die Zukunft gut sein, daß man ganz klar sieht. Ich möchte für dieses Klarsehen und Wahrsehen die Regierung bitten, sich wenigstens für die nächsten zehn Jahre das Wort des tüchtigen Clausewitz — es stammt aus dem Jahre 1831 und hat sich durch die Verhältnisse als schlagend wahr erwiesen — auf ihren Tisch zu schreiben. Es lautet: „Für Deutschland wird es keinen natürlicheren Feind geben als ein wiederhergestelltes Polen." (Lebhaftes Bravo rechts.)

Vizepräsident **Haußmann:** Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn hat das Wort.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Unsere Stellung zu der Interpellation der Herren Arnstadt und Genossen ergibt sich ganz klar aus unserem häufig, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten bekundeten Widerstreben gegen jede Gewalt im Verkehr der Völker. Wir haben den Polen vor dem Kriege und während des Krieges das Recht auf Selbstbestimmung zugebilligt, wir haben jede Gelegenheit wahrgenommen, um dem deutschen Volke das Recht auf Selbstbestimmung zuzuerkennen; wir lassen aber nicht zu, daß das Selbstbestimmungsrecht im Wege Rechtsbruchs und rechtloser Gewalt durchgesetzt werde. Wir bekämpfen namentlich die Formen, die die polnische Art, die Selbstbestimmung durchzusetzen, in den letzten Monaten angenommen hat. Was jetzt den Deutschen geschieht, ist daher im höchsten Maße zu verurteilen, genau so, wie zu verurteilen war, was früher in Preußen den Polen geschehen ist. Die Fahne unserer Partei weht immer, wo die Unterdrückten stehen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir mußten im Kriege den Polen beitreten und sie unterstützen bei ihren Beschwerden gegen die Behandlung ihrer Landsleute in Kongreßpolen, gegen die Ausraubung, die dem polnischen Lande zuteil geworden ist; aber wir haben uns auch sofort nach dem Abschluß des Waffenstillstandes gegen die **polnischen Ansprüche auf deutsches Land,** gegen die **polnischen Gewalttätigkeiten** gegenüber der deutschen Bevölkerung gewendet. Ich für meinen Teil habe weit früher, als irgendein Schritt hier aus dem Hause und, ich glaube, auch als irgendein Schritt der Regierung erfolgt war, an einem Teile der polnischen Gewalttaten meinen besonderen Protest bei Korfanty, bei anderen Abgeordneten und beim Obersten polnischen Volksrat eingelegt, als damals die ersten Nachrichten über die Pogrome in Lemberg und über die Pogrome in Kongreßpolen und in deutschen Städten kamen.

Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Herrmann vollständig zu, die jetzt herrschenden polnischen Schichten haben ein großes Talent, in ihren Presseagitationen einen Tatbestand anders erscheinen zu lassen,

als er ist. (Hört! hört! rechts.) Sie zeigen in ihren öffentlichen Äußerungen einen starken Mangel an Sinn für die Tatsachen. (Hört! hört!) Aber, geehrte Versammlung, auch hier muß man doch sagen, daß manche Deutsche ebenfalls dieser Vorwurf trifft.

Der geehrte Herr Vorredner hat die Behauptung aufgestellt, die preußische Schulgewalt habe niemals die Gewaltakten gegen polnische Schulkinder betrieben, über die nicht nur die Polen sich beklagt haben. Erinnert er sich denn gar nicht daran, daß in Wreschen und in anderen Städten, wo der Zwang zum Religionsunterricht in deutscher Sprache durchgeführt wurde, Beamte der Schulverwaltung, vielleicht sogar Kreisschulinspektoren an Ort und Stelle gekommen und uns persönlich die Kinder entweder abgestraft haben oder haben abstrafen lassen, weil sie nicht in deutscher Sprache beten, weil sie nicht den Religionsunterricht in der vorgeschriebenen deutschen Sprache empfangen wollten?

Ich verstehe durchaus und empfinde sehr lebhaft die heftigen, aus der Tiefe des Gefühls kommenden Äußerungen der Damen und Herren aus den Ostmarken, die heute hier gesprochen haben, aber, geehrte Versammlung, soweit sie Mitglieder von Parteien waren, die vor dem Kriege und während des Krieges die antipolnische Politik mitgemacht haben — und das sind eigentlich mit Ausnahme der Rechtssozialisten alle Parteien des Hauses —, so weit wird die Geschichte und auch die Gerechtigkeit der Mitlebenden ihren Klagen gegen Unterdrückung von seiten der Polen eben nur geringes Gewicht beimessen können. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Vertreter der Rechtsparteien — und auch die Vertreter der Christlichen Volkspartei, ja sogar die Vertreter der Herren Demokraten — haben namentlich im Kriege alles das mitgemacht, was jetzt allein die Tiefe des Hasses erklärlich macht, der in dem Augenblick zum Ausdruck kommt, wo ein schwaches Deutschland einem stärker werdenden und von dem Sieger, der Entente, begünstigten Polen gegenübersteht. (Zuruf rechts.) — Ich will von der Ostmarkenpolitik vor dem Kriege absehen; aber noch während des Krieges ist die enge und kleinliche preußische Ostmarkenpolitik betrieben worden, sogar noch nach jener Zeit, als man durch das **Patent vom 15. November 1916** bereits ein **einiges selbständiges Polen** dem polnischen Volke versprochen hatte. (Erneuter Zuruf rechts.) — Gewiß, das war eine der großen Kurzsichtigkeiten, von denen unsere Kriegspolitik ja wimmelt. Ich habe, glaube ich, schon in diesem Hause Veranlassung gehabt, mich über den wahren Charakter der Verkündung vom 5. November 1916 auszusprechen. Es ist eines der hervorragendsten Beispiele für die unaufrichtige Kriegspolitik des alten Regimes. Man versprach die Befreiung Polens und meinte in Wahrheit die Aushebung polnischer Rekruten zur Verstärkung des deutschen Heeres. Durch diese Unaufrichtigkeit verschärfte sich das Unglück der Polenpolitik im Kriege. Als

sich herausstellte, daß man polnische Rekruten in beträchtlicher Anzahl aus Kongreßpolen nicht erhalten konnte, wurde die unter ganz anderen Vorwänden vorgenommene „Befreiung Polens", die Wiederbelebung des alten polnischen Reichs von oben herab, zu der schweren Crux der deutschen Politik, als die sie sich bis jetzt erwiesen hat.

Aber, geehrte Versammlung, sehen wir, wie ich schon sagte, von der Ostmarkenpolitik vor dem Kriege und im Kriege ab. Das, was sich **während des Krieges in der Behandlung von Kongreßpolen** ereignet hat, die vollständige Entleerung des Landes von allen landwirtschaftlichen Maschinen, von Zugvieh, von Rohstoffen usw., die **Verschleppung** von vielen hunderttausend Männern und Frauen **aus Kongreßpolen** nach Deutschland, um sie dort in die Kriegsarbeit zu zwingen oder darin festzuhalten — (Zuruf rechts) — Herr Kollege Schultz, nach amtlichen Angaben sind es im Oktober oder November 1917 300 000—350 000 Menschen gewesen, die während des Krieges aus Kongreßpolen nach Deutschland gezwungen oder dort festgehalten worden sind. Diese Angabe stammt vom Kriegsamt, von Herrn General Marquardt, und wurde in der bekannten Besprechung aller Parteien mit Vertretern von Oberost und Vertretern des Generalgouvernements Warschau gemacht, die infolge der Klagen und Beschwerden von Abgeordneten der polnischen, der sozialdemokratischen, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und der Zentrumspartei veranstaltet wurde. (Zuruf rechts.) — Nein, ich meine nicht die freiwilligen Arbeiter, sondern die Arbeiter, die in irgendeiner Form des Zwanges hierher gebracht worden sind. Aber lassen Sie diese Zwischenrufe jetzt, das geht von den 25 Minuten ab, die mir gesetzt worden sind. (Heiterkeit.) Geehrte Versammlung, ich muß auf Grund dieser amtlichen Angaben daran festhalten, daß weit über 300 000 Menschen im Laufe des Krieges aus Kongreßpolen nach Deutschland verschleppt worden sind, damit durch ihre Arbeit der deutsche Krieg ermöglicht und gestützt werden konnte.

Ich erinnere weiter daran, daß noch nicht allzulange vor Beendigung des Krieges, jedenfalls eine ganze Zeit nach der angeblichen Befreiung Polens, die Handelskammer in Oppeln, die Vertretung der oberschlesischen Schwer- und der verarbeitenden Industrie, in einer Eingabe an die deutsche Regierung ausdrücklich die **Annexion von ganz Kongreßpolen** verlangt und erklärt hat, wenn nicht schon die ganze Annexion durchzusetzen sei, so müßten wir uns selbstverständlich die wertvollsten Bergbau- und Hüttenbezirke von Kongreßpolen uns zueignen. Nachdem das alles unter Ihrer Billigung geschehen ist, namentlich auch unter Billigung der Partei, deren Freunde heute die Interpellation Arnstadt und Genossen unterzeichnet haben, dann müssen eben die Vorwürfe, die jetzt gegen die Polen erhoben werden, in das rechte Licht gerückt und ihnen auch die polnische Auffassung und

die Auffassung der Welt gegenübergestellt werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es hat sich durch alles dies ein maßloser Haß, eine tiefe Erbitterung bei den Polen festgesetzt, und wie die Menschen nun einmal sind: nachdem das Deutsche Reich schwach geworden ist, macht sich der Haß und die Erbitterung jetzt im Überschwang und im Unrecht gegen Deutsche geltend. Der Übermut leitender Kreise der Polen gegenüber dem schwachen Deutschland ist nicht zu bestreiten und wird von keiner Seite beschönigt, am allerwenigsten von uns.

Leider steht diesem Übermut der Polen und ihrer Politik auf deutscher Seite eine kleinmütige, schwache Politik nach dem Waffenstillstande vom 11. November gegenüber. Es ist eine Politik der Mutlosigkeit, die sich in würdeloser Anbiederung an die Entente und ihre Generale ergeht (sehr richtig! rechts) und uns zum Teil gehindert hat, die polnische Politik auf den richtigen Boden zu stellen.

Es scheint in der Geschichte ein Gesetz zu geben, das mit dem Gesetz von der Erhaltung der Energie im Naturganzen verwandt ist. Mitleidslos wie dieses Naturgesetz machen sich die **Fehler**, die einmal **von der Politik** begangen worden sind, unausweichlich geltend. Aber die unglücklichen Folgen der Fehler richten sich nicht gegen die, die die Fehler gemacht haben, sondern leider gegen unschuldige Landesgenossen; die unglücklichen deutschen **Bewohner der Provinz Posen**, die jetzt zu leiden haben unter dem Überschwang der Gefühle, den Rechtsbrüchen der Polen und ihren rechtswidrigen Versuchen auf Erweiterung ihres Machtbereiches über das Programm Wilsons hinaus, das sie selbst und wir mit ihnen anerkannt haben, diese Unglücklichen sind die Opfer schwerer Fehler, die die deutsche Politik in der Vergangenheit gemacht hat. Die Folgen dieser Politik treffen nicht die Urheber des polnischen Unglücks auf deutscher Seite, sondern leider schuldlose Leute.

Es geht an anderen Stellen der Kriegspolitik ebenso. Das völkerrechtliche Unrecht, ja stellenweise — man muß einen schärferen Ausdruck gebrauchen — die Schandtaten, die in den Kriegsgebieten und an einzelnen Gefangenen in Deutschland begangen worden sind, treffen jetzt unsere Gefangenen in England und in Frankreich, die uns nicht ausgeliefert werden. Daß wir zum Beispiel nach dem Frieden von Brest-Litowsk viele Monate keinen Finger gerührt haben, um die 1 200 000 russischen Gefangenen zurückzugeben, wie es völkerrechtliche Pflicht gewesen wäre, sondern auch diese Gefangenen gegen das Völkerrecht dazu verwendet haben, um sie durch ihre Arbeit den deutschen Krieg mitführen zu lassen, das rächt sich jetzt im Bewußtsein der Entente an unseren Gefangenen. Die Entente und auch rechtliebende Menschen in den neutralen Ländern wollen die Proteste, die jetzt —

vom Standpunkt höherer Menschlichkeit mit vollem Recht — von deutscher Seite gegen die Zurückhaltung unserer Gefangenen in Frankreich und in England erhoben werden, eben auch auf das Maß jenes Gesetzes zurückschrauben und entgegnen: nach diesem Gesetz wird euch das jetzt angetan, was ihr leider in früheren Fällen anderen angetan habt. (Zuruf rechts.) Der Wahnsinn der Ostmarkenpolitik vor dem Kriege und der Polenpolitik im Kriege rächt sich leider jetzt an den Ansiedlern, an den Beamten, an der deutschen städtischen Bevölkerung in der Provinz Posen, an allen diesen Bevölkerungskreisen, die während des Krieges blindlings ihrer Obrigkeit vertraut und alle die Verleumdungen über den Krieg, die von der deutschen Obrigkeit und den Kreisen der Kriegshetzer ausgingen, für bare Münze und für lautere Wahrheit gehalten haben.

Die **Abschnürung der Lebensmittel**, die ein besonders beklagenswertes und für die Ernährung der deutschen Bevölkerung trauriges Kapitel ist, läßt sich auch nur im Lichte der deutschen Kriegspolitik verstehen. Diese hat dazu geführt, daß Kongreßpolen fast vollständig von Lebensmitteln entblößt ist, und die Polen, wiederum in einem Überschwang des Nationalismus, der sie den Hunger der Deutschen weniger stark empfinden läßt als den polnischen Hunger, führen jetzt die Überschüsse an Lebensmitteln aus der Provinz Posen nach Kongreßpolen hin. Die Polen haben nicht vergessen und keiner sollte es vergessen, daß durch die deutsche Kriegspolitik zum Beispiel die Sterblichkeit in Warschau und in anderen großen Städten Kongreßpolens auf ein viel höheres Maß gestiegen ist, als das hoffentlich jemals in deutschen Städten der Fall sein wird.

Wenn nun im einzelnen gefragt wird, welche Heilmittel gegen diese Übel geboten werden, die die Interpellation in den Fragen 1—6 aufführt, so darf zunächst mit einer gewissen Befriedigung festgestellt werden: der Machtspruch der Entente hat bis zu einem gewissen Grade eine Beruhigung geschaffen, und er wird sie — wie ich hoffe — wachsen lassen. Auch die Polen beugen sich der Macht, und sie werden die Gunst, die sie jetzt bei den Franzosen und dadurch in der ganzen Ententepolitik genießen, nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen. Wenigstens schafft die letzte Abmachung im Waffenstillstande die Möglichkeit zu klaren Verhältnissen, die bisher durch Unklarheiten auf beiden Seiten nicht gegeben waren.

Ein **Grenzschutz** ist unter diesen Umständen höchstens noch dort nötig, wo es sich um die Abwehr von hungernden und zur Plünderung geneigten Banden handelt, denn die Ernährungszustände in Kongreßpolen, wie sie durch den Krieg geschaffen sind, haben in der Tat dazu geführt, daß große Teile der Bevölkerung entwurzelt, um Haus und Hof gebracht, aller Nahrungsmöglichkeit beraubt sind und deshalb jetzt

plündernd und auf gutes Glück im Lande herumziehen; dabei kommt es wohl auch zu Grenzüberschreitungen. Wo das der Fall ist, da ist ein Grenzschutz nötig und gerechtfertigt, wie das übrigens mein Freund Haase schon bei der Erörterung der auswärtigen Politik hier im Hause am 15. Februar erklärt hat.

Was weiter nötig sein wird, um ein richtiges politisches Verhältnis zu den Polen herzustellen, ist die unablässige Einwirkung auf das Bewußtsein der ganzen Welt, die Ausübung eines politischen Druckes in der Richtung, daß jeder erkennt, daß die Ausübung des polnischen Selbstbestimmungsrechts nicht geschehen darf auf Kosten des deutschen und umgekehrt. Aber wir kommen nicht weiter mit der Aufrechterhaltung einer Prestigepolitik, die heute noch aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers Erzberger wieder hervorgeleuchtet hat, als er sich darauf berief, daß man das im Osten geschwundene Ansehen des Deutschen Reichs durch zahlreiche neue Truppen wieder herstellen müsse, die man dort in den bedrohten Grenzstrichen aufstelle. Das ist der alte Machtgedanke, die anscheinend kaum auszurottende Vorstellung, daß es keine anderen Mittel gibt, um den Verkehr von Volk zu Volk in den Grenzen der Menschlichkeit und der Vernunft zu halten. Die politische Wirkung dieses unablässigen Druckes auf die Entente und auf das Bewußtsein der ganzen Welt wird aber nur eintreten, wenn das deutsche Volk und die deutsche Regierung gleichzeitig ihre eigene Politik nach den Forderungen der Ehrlichkeit und der Menschlichkeit einrichten. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das muß in erster Linie gegenüber den preußischen Polen geschehen. So schwer es manchem Beamten in den Ostmarken und an mancher Zentralstelle werden mag: gerade erhöhte und peinliche Gerechtigkeit gegenüber Angehörigen des Volkes, dessen Brüder und Schwestern jetzt an zahlreichen Stellen Unrecht gegenüber Deutschen tun — erhöhte Gerechtigkeit gegenüber den preußischen Polen in den unstreitig im deutschen Machtbereich stehenden Gebieten kann uns allein den Kredit in der Welt verschaffen, dessen wir bedürfen, wenn wir uns über polnisches Unrecht gegenüber deutschem beklagen.

Zweitens muß die **Politik der deutschen Regierung** ganz allgemein vor den **Forderungen der Ehrlichkeit** und der Menschlichkeit bestehen können; und hier, geehrte Versammlung, fehlt es vor allem in außenpolitischer Beziehung. Ich muß es mir bei der heutigen Erörterung versagen, all die Zweideutigkeiten aufzuzählen, die als Unaufrichtigkeiten wirken müssen und die sich in der Außenpolitik noch nach dem 9. November 1918 gezeigt haben; es wird sich wahrscheinlich noch Gelegenheit dazu finden. Aber was im Rahmen dieser Erörterungen gefordert werden muß, ist namentlich eine ehrliche, unzweideutige Haltung bei

den Waffenstillstandsverhandlungen und bei den künftigen Friedensverhandlungen. (Zuruf rechts.) — Die Feinde sind mitunter genau so wenig ehrlich wie mitunter die Vorschläge, Forderungen und Personen auf deutscher Seite. Es handelt sich darum, Personen in den Waffenstillstandsverhandlungen auftreten zu lassen, die das Vertrauen der Welt, vor allem das Vertrauen der Gegner besitzen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Denn wenn ich auch der Meinung bin, daß die Waffenstillstandsverhandlungen, als wesentlich militärische Verhandlungen, in den wichtigsten Dingen von militärischen Interessen, von vermeintlichen militärischen Bedürfnissen und Kräfteverhältnissen bestimmt werden, so ist doch die Anwesenheit und das Handeln der Beauftragten schließlich nicht ganz überflüssig. Mit dem Vertrauen der Gegner nicht ausgezeichnete Unterhändler werden in diesen Verhandlungen viel schlechter bestehen als solche, die das Vertrauen der Entente und der übrigen Welt haben. Hier aber, geehrte Versammlung, muß ich allerdings unsere Auffassung dahin aussprechen, daß der Herr **Vorsitzende der Waffenstillstandskommission** nicht zu den Personen gehört, die nach ihrer politischen Vergangenheit und nach ihren politischen Leistungen während des Krieges Anspruch auf das Vertrauen der Welt haben. Es ist jetzt die Gelegenheit, namentlich auf die Formulierung des Artikel 12 der Waffenstillstandsverhandlungen vom November hinzuweisen, um dieses Urteil zu begründen, und die ganze Verkehrtheit unserer Ostpolitik namentlich gegenüber Rußland, aber auch gegenüber Polen, aus dem Weißbuche herzuleiten, das uns die Waffenstillstandskommission überreicht hat.

Aus der Veröffentlichung der deutschen Waffenstillstandskommission geht hervor, daß die Entente ursprünglich die **sofortige Räumung** der gesamten **früher russischen Gebiete** verlangt, und daß sie sich erst auf Einspruch von deutscher Seite hin dazu verstanden hat, deutsche Truppen vorläufig noch dort zu lassen. Ich glaube, daß hiervon unser Verhältnis auch zu Polen sehr ungünstig bestimmt worden ist. Es entstanden dadurch unklare Kriegs- und Grenzverhältnisse, und es trat auch eine Erschwerung in der Bekämpfung polnischer Banden ein. Noch schlimmer war, daß Herr Reichsminister Erzberger in wiederholten Noten nachher, unter anderem am 6. Februar, die **deutschen Soldaten** an die Entente als Kämpfer **gegen den Bolschewismus** direkt **angeboten** hat. Die deutschen Soldaten sind durch den Herrn Reichsminister Erzberger als Preisfechter gegen den Bolschewismus zugunsten der Entente prostituiert worden.

Aber, geehrte Versammlung, all das kommt für die Vertrauensstellung des Herrn **Reichsministers Erzberger** in den Waffenstillstandsverhandlungen weniger in Betracht als seine Kriegspolitik während des Krieges. Ich habe Herrn Erzberger stets bewundert wegen der

großen Vielseitigkeit, womit er sich aller öffentlichen Interessen angenommen hat. Mir war immer sein erstaunlicher Fleiß, seine Fähigkeit, den Tag einzuteilen und die Stunden zu nützen, ein Gegenstand hoher Bewunderung, und dazu kommt seine geradezu fabelhafte Fähigkeit, sich aus allen Niederbrüchen wieder aufzurichten und immer wieder da zu sein, wo er gebraucht wird oder glaubt, gebraucht zu werden. Wenn ich Kleines mit Großem vergleichen will, so möchte ich an die Worte Freiligraths denken, die er der Revolution von 48 zuruft, und sie auf Herrn Erzberger anwenden: „So richt ich mich rasselnd in die Höh' und kehre reisiger wieder." Herr Erzberger hat die Fähigkeiten eines seelischen Stehaufmännchens. (Heiterkeit.) Er ist nicht umzubringen, durch keine politische Niederlage und keinen politischen Fehlschlag, und Herr Erzberger kann sich offenbar auch kein Ministerium denken ohne die Teilnahme des Herrn Erzberger; wenn wir einmal ein Ministerium Ledebour, Däumig oder Spartakus haben, werden Sie, Herr Erzberger, auch der Welt beweisen, daß Sie in diesem Ministerium zum Wohle des deutschen Volkes notwendigerweise eine Stellung haben müssen. (Heiterkeit.) Und so ist Herr Erzberger auch in die Waffenstillstandskommission gekommen und er hat in dieser Stellung sowohl das Ministerium Prinz Max von Baden wie die Volksbeauftragten Ebert-Haase überdauert, wie er als Mitglied der Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungskommission wahrscheinlich jetzt auch die Koalition überdauern wird.

Aber die Welt vergißt nicht. Sie weiß, daß es derselbe Herr Erzberger ist, der während des Krieges „die Wahrheit ins Ausland" getragen, der in der Budapester Straße 14 in Berlin, wo jetzt das Bureau der Waffenstillstandskommission ist, die große Pressekloake gehabt und geleitet hat, von der aus der Unrat in die ganze Welt geleitet worden ist. Wenn Preßorgane in der Schweiz gekauft wurden, ich glaube, Herr Erzberger war nicht weit davon. Wenn Volksaufstände in Rumänien veranstaltet wurden, ich glaube, Herr Erzberger war auch in der Nähe, und wenn in Italien die Presse beeinflußt werden sollte, war es wiederum Herr Erzberger, der es getan hat. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann**: Die Zeit ist längst herum.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Ich bin auch sofort fertig. Wir haben vor einigen Tagen erlebt, wie Herr Erzberger einen Gegenangriff gegen Herrn Vögler und Genossen gerichtet hat und der Schwerindustrie, übrigens mit vollem Recht, ins Gewissen gerufen hat, daß sie Deutschland, wenn nicht in den Krieg gebracht, so mindestens solange in dem Krieg gehalten hat. Aber wiederum vergißt die Welt hier nicht, daß auch enge Beziehungen zwischen Herrn Erzberger und der Schwerindustrie bestanden haben, und zwar noch während des Krieges, und daß

Herr Erzberger während des Krieges nicht so weit ab von Herrn Stinnes gesessen hat und daß er noch während des Krieges im Aufsichtsrat der Firma Thyssen war. Herr Erzberger, der jetzt einen Frieden der Völkerversöhnung zustande bringen soll, war es doch auch, der Belgien als unbedingt notwendig für Deutschland, als durch deutsche Waffengewalt festzuhalten bezeichnet hat. Er war es doch auch, der den Bombenwurf auf London schon in einem sehr frühen Stadium des Krieges für nützlich erklärt hat.

Und schließlich, Herrn Reichsminister Erzberger ist es doch unvergessen, daß er auch in dem Punkte der russischen Gefangenen, der neulich hier verhandelt worden ist, dem Lande nicht einmal die volle Wahrheit gesagt hat, derselbe Herr Reichsminister Erzberger, der jetzt Anspruch auf Vertrauen in den Friedensverhandlungen erhebt. Herr Erzberger hat die Sache so dargestellt, als ob **deutsche Gefangene von der Sowjetregierung festgehalten** würden. Das ist nicht wahr. (Zuruf vom Regierungstisch: Heute noch!) — Nein, sie werden von der Entente festgehalten, das heißt, von der tschecho-slowakischen Regierung, hinter der die Entente steht. In Sibirien, wo sich diese deutschen Gefangenen und Zivilinternierten befinden, hat die Sowjetregierung keinerlei Einfluß. Herr Erzberger hat aber die Sache falsch dargestellt, und es schien ihm günstig, auf diese Weise durch einen Angriff gegen links aus einer unbequemen Situation herauszukommen, die ihm von rechts bereitet war. (Rufe: Zur Sache! Schluß!) Er hat es so dargestellt, als ob die Sowjetregierung die deutschen Gefangenen zurückhalte. (Erneute Schlußrufe. — Glocke des Präsidenten.) — Ich bin am Schluß, Herr Präsident. Ich habe an diesem einen Beispiel nur zeigen wollen, und wie ich glaube, auch gezeigt, daß es nicht ausreicht, wörtliche Proteste gegen die Polen zu erheben, wenn man aus dem Unglück der polnischen Politik und der antipolnischen Politik herauskommen will, sondern daß es darauf ankommt, vor allem eine ehrliche, kluge deutsche Politik gegen die Polen zu führen und überhaupt die Politik zu führen durch vertrauenswürdige und im Bewußtsein der Welt nicht mit einer Kriegsschuld belastete Männer, vor allem also nicht durch Männer wie Herrn Reichsminister Erzberger. (Lachen und Zurufe bei der Mehrheit.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Herren! Es war mir zu meinem Bedauern nicht möglich, den gesamten Verhandlungen über die Interpellation beizuwohnen. Die Reichsregierung ging von der Annahme aus, daß heute sitzungsfreier Tag sei. Daraufhin sind eine Reihe von Konferenzen anberaumt worden. Die Teilnehmer der Konferenzen kamen von auswärts; wir mußten uns diesen Konferenzen und ihren dringenden Arbeiten widmen.

Ich habe aber den Hauptgenuß, noch am Schluß dieser Sitzung die Angriffe des Herrn Abgeordneten Cohn auskosten zu können. Diese Angriffe berühren mich nicht. (Bravo!) Absolut nicht. Wenn sie so mit Unrichtigkeiten gespickt sind, wie ich Ihnen sofort dartun werde, so fallen sie auch sofort in sich zusammen. Was von den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Cohn aber überhaupt zu halten ist, das möchte ich Ihnen an einem Beispiel zeigen. Der Herr Abgeordnete Cohn scheut sich nicht, hier vor der ganzen Welt auszusprechen, daß **Deutschland** während des Krieges **350 000 Polen aus Kongreßpolen** nach Deutschland **verschleppt** hätte. Das ist eine blanke Unwahrheit. Ich sage weiter: der Herr Abgeordnete Cohn muß wissen, daß das unwahr ist; denn er war, wie ich auch, in der Sitzung im September 1917 im Bundesratssaal in Berlin anwesend. Da ist allerdings festgestellt worden, daß 350 000 Polen aus Kongreßpolen sich in Deutschland befinden, aber es ist nie festgestellt worden, daß sie aus Polen verschleppt worden seien. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Die Zahl derjenigen, die von Deutschland zwangsweise als Geiseln abgeführt worden sind, ist ganz verschwindend klein. Ich weiß nicht genau, aber ich glaube, daß es nicht einmal 1000 waren. Ich bitte, mich auf die Zahl nicht festzulegen. Was die Zahl von 350 000 betrifft, so sind das erstens die große Kategorie der freien **Arbeiter, die während des Krieges** nach Deutschland herübergekommen sind, es sind zweitens die große Kategorie jener Arbeiter, die vor dem Kriege in Deutschland gewesen sind, deren Arbeitskontrakt weitergelaufen ist. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nein! die zählen extra!) — Nein, die zählen nicht extra. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das hat der Herr General Marquardt gesagt!) — Wenn Sie etwas im Wahlkampf gesagt haben, so ist damit noch nicht gesagt, daß es wahr ist. Ich protestiere nur gegen die Behauptung, die das hier ohne jeden Beweis vor der ganzen Welt zum Schaden Deutschlands aussprecht, daß wir 350 000 Polen „verschleppt" hätten. Das ist eine vollkommen unzutreffende Behauptung, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß. (Beifall.) Ich bin überrascht, daß Sie solche Sätze hier in der Nationalversammlung überhaupt aussprechen. Ich kann mich hier auf das Zeugnis jener Herren berufen, die den Verhandlungen im September 1917 im kleinen Bundesratsausschuß angewohnt haben.

So wie diese Behauptungen sind die meisten Ihrer Behauptungen, die Sie aufgestellt haben. Zunächst einige wenige Bemerkungen zu der Kritik, die Sie sachlich an der Regierung geübt haben. Sie werfen zunächst der Regierung vor, sie treibe nach dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens eine „kleinmütige Politik" gegen die Polen, und im gleichen Atemzuge — kaum haben Sie das ausgesprochen — polemisieren Sie dagegen, daß wir überhaupt

eine Reichswehr schaffen, um unserer Politik Nachdruck verleihen zu können. (Lebhafte Zustimmung.) Wo bleibt da die Logik?

Aber ich gehe weiter. Wer war es denn, der den **Grenzschutz-Ost** den ganzen Monat November und Dezember hindurch so gut wie unmöglich gemacht hat? (Erneute lebhafte Zustimmung.) Ich kenne die Leidensgeschichte der Bildung des Grenzschutzes-Ost so genau wie vielleicht wenige; denn ich habe aktiv daran mitgearbeitet, damit wir baldigst einen Grenzschutz-Ost wieder bekommen würden. Wer aber hat konstant die Bildung des Grenzschutzes-Ost verhindert, und, wenn es einmal im alten Kabinett beschlossen war, dann wieder die Ausführung zu vereiteln gesucht? Das waren Sie von der Unabhängigen Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Wenn jemand die Schuld trägt, daß wir nicht genügend Machtfaktoren im Osten entwickelt haben, um die deutschen Grenzen zu schützen, so ist es ausdrücklich auf das Konto der Unabhängigen Sozialdemokratie zu schreiben. (Sehr richtig!) Dann kommen Sie heute her und werfen der Regierung vor, daß sie kleinmütige Politik treibe. Zunächst verweigern Sie der Regierung die Machtmittel, dann greifen Sie die Regierung an, weil sie wegen Mangels an Machtmitteln das deutsche Ansehen nicht aufrecht erhalten konnte.

Herr Abgeordneter Cohn spricht dann weiter von der Zweideutigkeit der Politik seit November 1918. Er hat es unterlassen, Beweise für diese Behauptung aufzubringen. Sie werden sich auf derselben Höhe bewegen wie die Beweise von den 350 000 Polen, die er uns heute angeführt hat. Ich habe darum nicht nötig, darauf einzugehen, weise aber den Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück.

Herr Abgeordneter Cohn polemisiert auch dagegen, daß ich gesagt habe: durch Bildung einer **starken Reichswehr**, also durch Ausübung eines von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetzes, müsse das **Ansehen der Deutschen im Osten** wieder hergestellt werden. Glaubt denn der Abgeordnete Cohn, daß das Ansehen der Deutschen im Osten aufrecht erhalten bleibt, wenn wir nicht Herr im eigenen Hause sind, wenn wir nicht die Machtmittel zur Verfügung haben, um innerhalb der Grenzen im Deutschen Reich Herr zu bleiben? Das ist doch die erste Voraussetzung einer jeden Regierung, die Respekt im Innern und nach außen haben will. Die Franzosen haben uns in einer Note ganz offen sagen lassen: wie die Gestaltung der Verhältnisse im Osten sich ausgestalten werden, das würde davon abhängen, welche Macht und welches Ansehen die deutsche Regierung hat, um in den gemischtsprachigen Gebieten des Ostens überhaupt die Ordnung aufrecht zu erhalten. (Hört! Hört!) Dazu brauchen wir die Reichswehr. Unordnung wird im Osten von der deutschen Bevölkerung nicht hervor-

gerufen. Die deutsche Bevölkerung in Posen ist zufrieden, wenn die Polen sie in Ruhe lassen. Wir müssen aber gegen die Unruhestifter und gegen die Absichten der polnischen Kreise, die auch auf die Provinz Westpreußen gehen, uns zur Wehr setzen, sonst verlieren wir nicht nur dieses Land, sondern geben auch deutsches Land noch mit dadurch preis.

Wer aber hindert uns? Die Unabhängigen Sozialdemokraten, indem sie wieder die Mittel dazu verweigern, um dem deutschen Wort die nötige Autorität zu verleihen.

Der Abgeordnete Cohn ist dann weiter dazu übergegangen, den Artikel 12 des Waffenstillstandsabkommens besonders zu bemängeln. Ich gebe ohne weiteres zu, daß in Artikel 12 des Waffenstillstandsabkommens auf meinen Vorschlag hin der Passus aufgenommen worden ist, daß die deutschen Truppen solange im Osten bleiben können, als das das deutsche Interesse notwendig erheischt. Es ist eine richtige Politik, daß wir versuchen, im Osten die nachdrängenden **Sowjettruppen** von den deutschen Grenzen **fernzuhalten** (sehr richtig!), daß wir nicht unsere Truppen in überstürztem Rückzuge zurücknehmen und sie dem Ansturm der nachkommenden Sowjettruppen preisgeben. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist uns durch diese Bestimmung gelungen, die Verhältnisse im Osten besser zu gestalten, als wenn wir gleichzeitig mit dem Rückzug im Westen auch den beschleunigten Rückzug im Osten hätten vornehmen müssen. Dem Herrn Abgeordneten Cohn steht aber die Fürsorge für die russische Sowjetrepublik näher als die Fürsorge für die deutschen Ostprovinzen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei mir ist es umgekehrt, und aus der Fürsorge für die deutschen Ostprovinzen ist der Artikel 12 des Waffenstillstandsabkommens entstanden.

Der Herr Abgeordnete Cohn sagt weiter, es seien durch die Ermächtigung der deutschen Regierung, daß sie die Ostgebiete nicht sofort zu räumen habe, Unzuträglichkeiten mit den Polen entstanden. Darin liegt wiederum eine vollständig unbegründete und unzutreffende Behauptung; denn unsere Soldaten sind aus dem Gebiet des Kongreßpolens mit der größten Beschleunigung zurückgezogen worden. Dieselben Polen haben uns aber die größten Schwierigkeiten gemacht, wie wir unsere Soldaten aus der Ukraine zurückziehen wollten. Sie haben Bahnlinien unterbrochen und den regelmäßigen Abtransport zu verhindern gesucht. Sollten wir die Bevölkerung in Litauen den anstürmenden Sowjetbanden schutzlos preisgeben? (Zurufe und Unruhe.) Eigene Waffen hatte das litauische Volk nicht; wie sollte also ein Schutz durchgeführt werden, wenn wir nicht selbst den Schutz übernehmen wollten?

Der Herr Abgeordnete Cohn wirft mir weiter vor, daß ich die **deutschen Soldaten** „prostituiert" hätte dadurch, daß ich sie den Alliierten angeboten hätte zum gemeinsamen **Kampf gegen den Bolschewismus.**

Ich protestiere gegen den Ausdruck „prostituieren". Wenn der deutsche Soldat gegen den Bolschewismus kämpft, dann kämpft er für Kultur und Menschlichkeit. (Lebhafter Beifall.) Die Note vom 12. Dezember, in der von dem Kampf gegen den Bolschewismus die Rede ist, ist von der deutschen Regierung und von mir gezeichnet; sie ist beschlossen in einer Kabinettssitzung der alten Regierung, an der damals lediglich die drei Unabhängigen Sozialdemokraten teilgenommen haben, weil die drei Mehrheitssozialisten durch Krankheit verhindert waren teilzunehmen. (Stürmische Rufe: Hört! hört!) Die Note ist in der Kabinettssitzung beschlossen worden; ich wurde beauftragt, sie mit dem Auswärtigen Amt abzufassen; sie hat nach eingehender Beratung die Billigung der damaligen Kabinettsmitglieder Haase, Barth und Dittmann gefunden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Sie sehen also daraus, was von den Behauptungen des Herrn Abgeordneten Cohn überhaupt zu halten ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Herr Abgeordnete Cohn hat dann ausgesprochen, daß ich das **Vertrauen der Alliierten** nicht hätte. Herr Abgeordneter Cohn, seien Sie auf diesem Gebiete sehr vorsichtig! Ich kenne einen Mann, der Ihrer Partei sehr nahe stand, er war Unabhängiger, es war der frühere **bayerische Ministerpräsident Eisner.** Dieser hat am 25. November bei jener ersten Versammlung der Bundesstaaten in Berlin erklärt, daß er durch seine persönlichen Beziehungen zu Clémenceau in der Lage sei, einen besseren Waffenstillstand und Frieden herbeizuführen als irgend jemand anderes. Was war die Antwort? — Daß die offizielle Havas-Depeschen-Agentur in Paris sofort erklärte, daß irgendwelche Beziehungen zwischen Clémenceau und Eisner nach keiner Richtung hin bestünden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Weiter: es haben eine Reihe Kandidaten für die Pfalz die Einreiseerlaubnis für die Agitation zu den bayerischen Landtagswahlen nachgesucht; allen diesen Kandidaten ist seitens des französischen Ministerpräsidenten Clémenceau die Einreiseerlaubnis erteilt worden mit Ausnahme des verstorbenen Ministerpräsidenten von Bayern. (Hört! hört!) Das sind Tatsachen gegenüber Ihren Behauptungen, Herr Abgeordneter Cohn. Ihr Vertrauen und das Vertrauen der Unabhängigen Sozialdemokratie wünsche ich nicht. An dem Tage, an dem ich Ihr Vertrauen bekommen würde, würde ich aus der Politik ausscheiden, nicht nur aus dem Ministerium. (Lebhafter Beifall.)

Der Herr Abgeordnete Cohn hat weiter eine Reihe von Angriffen gegen mich gerichtet wegen meiner **Kriegszielpolitik.** Herr Abgeordneter Cohn, ich will Sie nicht erinnern an die Sätze, die Sie am 4. August und in den ersten Kriegsjahren ausgesprochen haben, wie Sie für ein Kabinett der nationalen Verteidigung eingetreten sind, die

Kriegskredite bewilligt haben usw. Meine Kriegszielpolitik ist klar niedergelegt in der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. Wenn Sie dann ausgeführt haben, daß ich dafür eingetreten sei, Belgien müsse militärisch von uns besetzt werden, so gehört dies zu derselben Reihe von Unwahrheiten, mit denen Sie das Haus heute überschüttet haben. Ich habe immer erklärt und erkläre noch heute: Belgien darf nicht das Aufmarschgebiet für unsere Feinde werden, es müssen in dieser Hinsicht Garantien für uns geschaffen werden. Ich bin ganz konsequent geblieben.

Der Herr Abgeordnete Cohn hat weiter meine freiwillige Tätigkeit während des Krieges kurz besprochen und hat unter anderem die Behauptung aufgestellt: wo ein Preßorgan in der Schweiz gekauft worden sei, sei ich mit dabei gewesen. Ich stelle demgegenüber fest, daß dies eine vollkommene Unwahrheit ist. In der Schweiz habe ich kein Preßorgan gekauft; es ist mir auch nicht bekannt, daß überhaupt in der Schweiz ein Preßorgan von der Regierung gekauft worden sein soll. Die Schweizer Presse wird sich gegen Ihre Behauptungen zu wehren wissen.

Sie haben ferner gesagt: wo Volksaufstände in Rumänien angestiftet worden seien, sei ich dabei gewesen. Das ist gleichfalls eine Unwahrheit. Herr Abgeordneter Cohn, Sie glauben alle Märchen, welche unsere Gegner im Auslande verkünden, und führen sie hier in diesem Hause in großer Gala vor. (Beifall und Heiterkeit.) Das heißt man dann Politik treiben.

Politische Beziehungen zwischen mir und der Schwerindustrie haben nie bestanden. Wenn ich im Aufsichtsrat einer Gesellschaft gewesen bin, so geschah das aus rein persönlichen Beziehungen, bei denen keinerlei politische Verhältnisse irgendwie eine Rolle gespielt haben. Das weiß der Herr Abgeordnete Cohn schon längst, das habe ich ihm schon früher einmal gesagt.

Der Herr Abgeordnete Cohn sagte weiter, ich würde in jedem Kabinett als Minister sein. Nein, auch das ist eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen. Meine politischen Freunde wissen genau, daß ich mich nicht danach gesehnt habe, ein Ministerportefeuille zu bekommen, weder Oktober 1918, noch jetzt in dem neuen Kabinett. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe aber geglaubt, dem Wunsche meiner Freunde Rechnung tragen zu sollen. Wenn es auf meinen persönlichen Wunsch ankommen würde, wäre der Tag für mich der frohheste und glücklichste, wo ich mich von der Ministerbank hinuntersetzen könnte in den Abgeordnetensaal, namentlich wenn man solchen unbegründeten Anfeindungen und Angriffen gegenübersteht wie denen des Herrn Abgeordneten Cohn. Wenn diese Anfeindungen hinausgetragen werden ins Ausland — ja glauben Sie, dadurch dem Deutschen Reich einen Dienst zu erweisen, daß Sie in dem Zeitpunkt, wo ich deutscher Unterhändler bin, solche Angriffe

gegen mich richten? (Sehr richtig! — Zuruf bei den Mehrheitsparteien: Das will er ja gerade!)

Bringen Sie Wahres vor, aber verschonen Sie uns mit Angriffen, die, wie ich an der kurzen Blütenlese gezeigt habe, jeder tatsächlichen Berechtigung entbehren. Herr Abgeordneter Cohn, zwischen meiner Auffassung und der Ihrigen gibt es keine Brücke, seien Sie beruhigt nach dieser Richtung! Ich würde es aber auch für ein Unglück halten, wenn Ihre Auffassung irgendwie größere Verbreitung in unserem deutschen Volke finden könnte; denn was Sie bisher durch Ihre Politik herbeigeführt haben, war nie ein Atom von aufbauender und schaffender Kraft in unserem deutschen Vaterlande; groß und unerreichbar werden Sie da stehen im Niederreißen. (Lebhaftes Bravo im Zentrum.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie mir noch die Möglichkeit geben, einige Worte zu sprechen. Zwar war es nicht unsere Absicht, daß noch eine neue Serie Redner beginnt; aber Sie werden alle die Empfindung haben, daß die Worte des Herrn Abgeordneten Cohn doch nicht als die letzten in dieser Frage in diesem Hause erklingen dürfen. (Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Cohn hat unter seinen vielfachen Bemerkungen zur Verteidigung der Polen und damit zur Rechtfertigung ihres **Verhaltens uns Deutschen gegenüber** auch ausgeführt, daß wir **Kongreßpolen,** als wir es besetzt hatten, ausgeraubt und ausgeplündert hätten. Er hat diese Worte zwar, so viel ich verstanden, nicht dem Wortlaut nach gebraucht, aber der Sinn ist derselbe gewesen. Herr Abgeordneter Cohn, wenn Sie eine Ahnung davon hätten, wie es in Polen aussah, als wir hinkamen — ich habe die Ehre gehabt, in der Verwaltung dort tätig zu sein —, und wie es dort aussah, als wir weggingen, würden Sie nicht wagen, an dieser Stelle solche Worte zu sprechen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind in ein Land gekommen, starrend vor Schmutz, darniederliegend auch auf dem Gebiete der Hygiene; und wie sieht es jetzt aus? Die durch die deutsche Verwaltung geschaffenen hygienischen Zustände stehen hoch gegenüber denjenigen, die wir damals angetroffen haben. Fleckfieber, Typhus und Cholera grassierten als Epidemien. Wir haben diese Krankheiten zum Teil fast restlos dort beseitigt. Was in hundertjähriger Herrschaft dort den Russen nicht gelungen war, ist in vierjähriger deutscher Verwaltung dort von deutschen Ärzten, von der deutschen Medizinalverwaltung erreicht worden. (Sehr richtig! rechts.) Ich weiß nicht, wie es möglich

ist, daß ein Deutscher demgegenüber behaupten kann, wir hätten die Sterblichkeit dort vergrößert, wie es möglich ist, daß ein Deutscher in dieser Weise sein eigenes Nest beschmutzt. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun noch eine etwas allgemeine Bemerkung, die sich allerdings nicht bloß gegen den Herrn Abgeordneten Cohn richtet. Es ist früher üblich gewesen, wenn ich an den früheren Reichstag denke, aber auch heute ist es leider so geblieben trotz des schweren Unglücks, in dem die Deutschen in den Ostmarken stehen, daß Sie **immer noch Worte zugunsten der Polen** finden. Meine Herren, das konnte man vielleicht früher begreifen, als Sie die Politik, die wir dort trieben, für verfehlt hielten. Daß Sie aber heute noch bei dem Elend, in dem wir in der Ostmark uns befinden, immer wieder zurückkommen auf das angebliche frühere Unrecht gegen die Polen, das doch nicht zu vergleichen ist mit den Grausamkeiten, die dort heute geschehen, daß Sie jetzt damit kommen und eine Rechtfertigung der Polen in diesem Hause vornehmen, das verstehe ich als Deutscher nicht. (Sehr richtig! rechts.)

Lassen Sie mich dazu noch eine tatsächliche Mitteilung machen, die mir augenblicklich zur Kenntnis gekommen ist. In dem Kreisblatt von Witkowo, einem amtlichen preußischen Organ, wird folgendes veröffentlicht:

> An die deutsche Bevölkerung! Alle feindlichen Handlungen seitens der deutschen Bevölkerung Angehörigen und Teilen des polnischen Heeres gegenüber werden aufs härteste bestraft.

Wenn der Deutsche das Recht auf Notwehr gegen den Feind, der in sein Land eindringt, ausübt, dann soll er aufs härteste bestraft werden! —

> Kommen Fälle von Spionage vor wird eine tätliche Handlung verübt oder sogar hinterrücks geschossen, so erfolgt Todesstrafe. Bei größerer Beteiligung werden die betreffenden deutschen Ansiedlungen zerstört und dem Erdboden gleichgemacht. (Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, das ist in einem deutschen, einem preußischen Kreisblatt veröffentlicht von polnischen Machthabern. Und da finden Sie die Zeit und die Lust dazu, für die Polen und deren Handlungen einzutreten! Lassen Sie es sich doch mal in aller Ruhe gesagt sein: Sie haben leider immer die Kante der Polen gehalten — um mich trivial auszudrücken — und Sie haben in den Polen das Gefühl großgezogen, daß sie im Rechte gegen uns sind. (Zustimmung rechts.)

Es ist nicht wahr, daß es so in den Ostmarken ausgesehen hat, daß dort ein geknechtetes polnisches Volk war. Das ist unwahr. Wenn Sie dort hinkommen und wenn Sie über die Grenze nach Kongreßpolen gehen, wenn Sie nach Galizien gehen, dann, meine Herren, werden

Sie den Unterschied sehen. Sie haben bei uns den polnischen Bauer, den polnischen Arbeiter, den polnischen Handwerker und Kaufmann in der Stadt; das ist ein freier, aufrechter Mann. Wenn ihm an den Handlungen, an den Verwaltungsmaßregeln der Regierung manches nicht gefallen hat, konnte er nach Belieben dagegen remonstrieren und durch die Presse und im Parlament ungehindert dagegen sprechen. Es war nicht so, wie Sie sagen, daß die Freiheit bei uns für die Polen nicht galt. Der Pole hatte dieselbe Freiheit wie wir. Die Beschränkungen, die auf dem Gebiete des Siedlungswesens und in der Schule bestanden, sind Dinge, über die man meinetwegen reden kann, die es aber nicht rechtfertigen können, was die Polen heute an uns Deutschen tun. Deshalb dürfen Sie es vor allem nicht als Rechtfertigung für die Polen anführen.

Nun kommen Sie — und das überraicht mich — von so vielen Seiten des Hauses, und mit Ihnen Herr Dr. Cohn, und tadeln den **5. November 1916** und die Politik dieses Tages. Ja, wer hat denn diese Politik möglich gemacht? Wer hat denn Herrn Bethman Hollweg überhaupt erst den Rücken dazu gestärkt? Das war die bekannte Reichstagsmehrheit. Er hätte es allein ohne diese Unterstützung der Mehrheit nie gewagt. Sie sind es bedauerlicherweise gewesen, die damals in denselben Illusionen schwammen wie die Berliner Staatsmänner.

Der Herr Abgeordnete Cohn sagt: was war denn das für eine Tat, die **Erhebung Polens zum selbständigen Staat?** Sie wollten ja doch bloß Soldaten haben! — Das heißt denn doch die Dinge auf den Kopf stellen. Herr Abgeordneter Cohn, ist es Ihnen nicht bekannt, daß vom ersten Augenblick an, wo die klugen Polen es sahen, mit was für Leuten sie es im Generalgouvernement und in Berlin zu tun hatten, was man ihnen alles vorreden konnte trotz der Erfahrungen der Geschichte, wissen Sie denn nicht, was sie den leitenden Männern ins Ohr bliesen: macht uns zu einem selbständigen Polen und ihr habt so viel Soldaten, wie ihr braucht? Wissen Sie es denn nicht mehr und erinnern Sie sich nicht mehr an die Rede des Prinzen Radziwill im Hotel Adlon vor den Herren der Mehrheit und anderen Herren, in der er rief: sprechen Sie das erlösende Wort, und Hunderttausende strömen zu Ihren Fahnen! Ja, wo waren die Hunderttausende? In einem Bezirk, den ich zu verwalten die Ehre hatte, kamen von 200 000 Menschen ganze 27. Und so war es überall.

Trotzdem nun die Polen ihr Versprechen nicht einlösten und nicht zu Hunderttausenden, auch nicht mal zu Tausenden, zu den Fahnen strömten, sind die beiden Kaiser ihrem Versprechen treu geblieben. Sie haben Polen weiter ausgebaut, haben ein selbständiges Polen einge-

richtet, wie die Polen es nie gekannt haben, weder in Galizien noch in Kongreßpolen, noch irgendwo anders, wo **Polen** außerhalb Preußens waren. Sie haben eine **Selbstverwaltung** mit Kreistagen gegeben, die ihre eigenen Angelegenheiten zu verwalten hatten, sie wurden mit zu allen Angelegenheiten zugezogen, die wir überhaupt dort zu behandeln hatten, und erhielten Organisationen im Schulwesen, auf dem Gebiete der Hygiene, im Armenwesen, im Wegebau und allen sonst in Betracht kommenden Gebieten, und dies alles unter Beteiligung der Einwohner! Also ein richtiger weiterer Ausbau eines Staates zur Unabhängigkeit, trotzdem die Polen das Versprechen, das sie eingegangen waren, Soldaten zu stellen, nicht erfüllt haben! Nein, meine Herren, der deutsche Kaiser ebenso wie der österreichische Kaiser und die Regierungen haben ehrlich gegen die Polen gehandelt, und diese Tat vom 5. November 1916 löscht doch wohl alles Unrecht aus, das etwa früher irgendwo und irgendwie gegen die Polen begangen sein sollte. Das sollten auch Sie endlich einmal berücksichtigen und würdigen und daran denken, daß wir mit deutschem Blut Polen befreit und ihm dann die Unabhängigkeit geschenkt haben. Und damit könnte alles frühere Unrecht gegen die Polen in Ihren Augen ausgelöscht sein.

Allerdings ist diese Tat vom 5. November vielleicht der Wendepunkt des Krieges und ein schwarzer Tag in der deutschen Geschichte. Und das können Sie, meine Herren von der Mehrheit, auch niemals von sich abwaschen, daß Sie dabei den Berliner Staatsmännern den Rücken gestärkt haben! Daß Sie das mitgemacht haben trotz aller Erfahrungen der Geschichte, das ist das Traurige und Bedauerliche (lebhafte Zustimmung rechts; erregte Zurufe links), und wenn wir heute in der Provinz Posen in Not und Tod, in Elend und Graus leben, so verdanken wir das — das muß hier auch gesagt werden — (andauernde stürmische Zurufe links) dem Umstande, daß Sie damals diese falsche Politik mitgemacht haben. Das war die Politik, die Sie unterstützt und durch Ihre Zustimmung möglich gemacht haben! (Andauernde erregte Zurufe und Widerspruch.) — Ich verstehe Ihre Zwischenrufe nicht, meine Herren, kann auch nicht verstehen, was Sie noch dagegen anführen wollen. Denn die Tatsachen stehen fest. Das ist das Entscheidende! Ohne den 5. November hätten wir heute nicht das Elend und die Schmach in der Provinz Posen. Zum Schluß spreche ich die Hoffnung aus, daß Sie in Zukunft nicht immer wieder auf Illusionen und trügerische Phantome hereinfallen, sondern den Warnungen besorgter Vaterlandsfreunde und vor allem Ihren deutschen Brüdern in der Ostmark mehr Glauben als bisher schenken mögen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident Haußmann: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bärwald.

Bärwald, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, in Anbetracht der vorgerückten Zeit will ich mich tunlichst kurz fassen und nichts wiederholen, was die früheren Redner in der Erörterung bereits zur Sprache gebracht haben.

Zunächst möchte ich mich gegen die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Cohn wenden, insoweit er die Behauptung aufgestellt hat, daß meine Partei, nämlich die Deutsche Demokratische Partei oder ihre Rechtsvorgängerin — das kann er ja nur gemeint haben —, sich an einer Polenpolitik beteiligt habe, die ungerecht und unglücklich gewesen ist. Ich möchte den Herrn Kollegen Cohn darauf aufmerksam machen, daß diejenige Partei, die als die Rechtsvorgängerin der Deutschen Demokratischen Partei mit angesehen werden kann, nämlich die Fortschrittliche Volkspartei, im Abgeordnetenhause und im Reichstag sich stets gegen alle Gesetze ausgesprochen und dagegen gestimmt hat, die eine Beschränkung der Rechte der Polen in staatsbürgerlicher und wirtschaftlicher Beziehung bezweckten. Wir haben in dieser Beziehung ein völlig reines Gewissen und können mit Genugtuung darauf zurückblicken, daß wir schon zu Zeiten, als man die heutige Lage noch nicht voraussehen konnte, uns sagten, daß aus diesen Gesetzen eine Fülle von Stoff zu späterer Unzufriedenheit entstehen würde. Nach dieser Richtung hin muß ich also die Angriffe des Herrn Kollegen Cohn zurückweisen.

Was die Ausführungen meines Herrn Vorredners anlangt, soweit sie die **Errichtung des Königreichs Polen** angehen, so meine ich, daß er sich mit diesen seinen Ausführungen in einem schweren historischen Irrtum befindet. Nicht die demokratische Partei und nicht die Sozialdemokraten haben im November 1916 das Königreich Polen geschaffen, sondern die Militärpartei, die damals am Ruder war, der Herr General von Beseler, der seine „reichen" Erfahrungen, die er angeblich während seines kurzen Aufenthalts in Polen gesammelt hatte, dazu benutzte, um in autoritativer Weise, gestützt auf die übrigen Militärs, das Verlangen auszusprechen, daß aus Polen ein selbständiges Königreich unter dem Protektorate des Kaisers von Deutschland und des Kaisers von Österreich gemacht werde. Daß hierbei die oberste Militärverwaltung, das Oberkommando, in ganz besonderer Weise mitgewirkt hat, ist ebenfalls außer Zweifel; denn diese Herren waren bei allen Verhandlungen sowohl vorher wie im Reichstag zugegen und haben, wie in vielen Fragen unserer Politik, so auch hier den Ausschlag gegeben. Gegenüber diesen aus der damaligen militärischen Lage hervorgegangenen Erörterungen und Vorschlägen des Generalgouverneurs in Warschau wäre es wohl kaum einer Partei möglich gewesen, zu sagen: wir machen nicht mit! Man hat sich eben in dieser Beziehung auf die militärischen Autoritäten verlassen, die schlecht unterrichtet waren, die keine ausreichende Kenntnis vom polnischen Volkscharakter hatten und die in ihrem leider zu weitgehenden Optimismus, der sich später vielfach

so außerordentlich bitter gerächt hat, auch in diesem Falle einen Fehler begangen haben, der nie mehr gut zu machen ist, und der uns jetzt in der Provinz Posen die schwersten Schäden einträgt.

Nun möchte ich zur Sache, nämlich zur Interpellation, die wir im Laufe der Verhandlungen ganz vergessen haben, wieder zurückkehren, zu dem Ausgangspunkte unserer Verhandlungen. Ich möchte zunächst einen kurzen Blick auf die Demarkationslinie werfen, die durch den letzten Waffenstillstandsvertrag festgelegt ist. Diese **Demarkationslinie** ist gedacht in den Waffenstillstandsverhandlungen als eine rein militärische, d. h. nach den Versicherungen des Herrn Reichsministers Erzberger, die er heute und in vielen Telegrammen kundgegeben hat, soll sie den späteren Friedensverhandlungen in keiner Weise vorgreifen. Diese Demarkationslinie wird, wie verschiedene Redner bereits erklärt haben, von den Polen in keiner Weise respektiert. Wir haben das, da es sich wesentlich um einen Bandenkrieg handelt, von vornherein erwartet und können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es bei den Verhandlungen mit dem General Dupont gelingen wird, die Polen in diejenigen Schranken zurückzuweisen, die ihnen nach den Waffenstillstandsverhandlungen von Mitte Februar zugewiesen sind.

Diese Demarkationslinie ist aber nicht nur eine militärische, sondern sie hat sich im Laufe der paar Wochen, seit denen sie besteht, auch zu einer **wirtschaftlichen** herausgebildet und ferner auch zu einer kulturellen, zu einer geistigen **Demarkationslinie.** Zu einer wirtschaftlichen in dem Sinne, daß jeder Verkehr von Nahrungsmitteln, jeder Handelsverkehr aufgehört hat, daß Gebiete, die früher wirtschaftlich und kulturell zusammengehört haben, vollkommen von einander geschieden sind, daß Personen, die früher frei und offen in der Nachbarschaft ihrem Handel und Gewerbe nachgingen, jetzt daran gehindert werden, daß eine Stagnation im Verkehr eingetreten ist, die sich aufs schwerste in wirtschaftlicher Hinsicht bemerkbar macht. In dieser Beziehung ist bereits hervorgehoben worden, wie hart diese Verhältnisse auf die Ernährung des ganzen westlichen Deutschlands einwirken und eine wie schwere Einbuße das deutsche Volk durch diese Zustände haben wird. Es ist also unbedingt erforderlich, daß auch hier eine Wandlung eintritt.

Die dritte Demarkationslinie, die geistige, die gezogen ist, stellt sich dar in dem Vorgehen der Polen in den von ihnen besetzt gehaltenen Landesteilen, insbesondere auf dem **Gebiete der Schule** und in der Behandlung unserer Beamtenschaft. Ich weiß nicht, ob die dritte Rednerin meiner Fraktion noch zum Worte kommt. Sie hat die Absicht, die Frage zu erörtern, in welcher unverantwortlichen Weise die Polen während des Waffenstillstandes schon jetzt, bevor über das Schicksal dieser Lande auf der Friedenskonferenz entschieden ist, in rücksichts-

loseſter Weiſe auf dem Gebiete der Schulen ihre Intereſſen verfolgen. Es haben ſich hier viele Redner gefunden, die das Verhalten der preußiſchen Regierung auf dem Gebiete der Schulverwaltung mißbilligt haben. Ich hätte mich gefreut, wenn dieſe Redner auch das Verhalten, das die Polen jetzt auf dem Gebiete der Schule einſchlagen, mißbilligt hätten, denn dieſes Verhalten iſt im Vergleich zu dem, das die preußiſche Regierung früher eingeſchlagen hat, ein ſo frivoles und ſo wenig zu billigendes, daß es die allerſchärfſte Verurteilung verdient.

Meine Damen und Herren! Wenn man die jetzige Demarkationslinie betrachtet, ſo muß man ſagen, daß ſie ein Unding iſt, und zwar ſowohl in wirtſchaftlicher wie auch in militäriſcher Beziehung. In erſterer Beziehung deshalb, weil ſie, wie ich mir bereits auszuführen erlaubte, wirtſchaftlich zuſammenhängende Gebiete völlig auseinanderreißt, weil ſie uns unſerer beſten Verſorgungsgebiete beraubt hat, weil uns Kreiſe, die wegen ihrer Fruchtbarkeit an Getreide und anderen Lebensmitteln dazu beſtimmt waren, den Weſten und die weniger fruchtbaren Teile unſeres Oſtgebiets zu verſorgen, wozu auch die Stadt Bromberg und ihre Umgebung gehören, entzogen ſind. Hier haben die Polen vollſtändig zielbewußt gehandelt. Sie haben ſich diejenigen Teile der Provinz durch Waffengewalt angeeignet, die ſie gern behalten möchten, und von denen ſie für ihre Landesteile jenſeits der preußiſchen Grenze, nämlich für Galizien und Kongreßpolen, eine Verſorgung erhoffen.

Aber auch in **militäriſcher Beziehung** iſt dieſe **Demarkationslinie** unbrauchbar, denn ſie geht unmittelbar an dem großen Kanal entlang, der die Weichſel mit der Elbe verbindet, an jenem Kanal, den man als das erſte große preußiſche Kulturwerk im Oſten bezeichnen muß, jenem Kanal, der nach der Einverleibung des Netzediſtriktes in den preußiſchen Staat von Friedrich dem Großen geſchaffen wurde, und der heute noch für den Handel ein Verkehrsfaktor erſten Ranges iſt. (Sehr richtig!) Dieſer Kanal iſt unmittelbar durch die Polen bedroht, weil dicht an ihm die Demarkationslinie vorbeigeht. Nicht weniger bedroht aber iſt die große Eiſenbahnlinie von Berlin über Schneidemühl, Bromberg nach Thorn — eine der wichtigſten Verkehrsadern des Oſtens —, die ebenfalls nicht nur unter dem Feuer der polniſchen Kanonen, die jenſeits der Demarkationslinie ſtehen, ſondern auch unter dem Maſchinengewehrfeuer von dort aus liegt, weil die Linie eben nur wenige Kilometer ſüdlich dieſer Bahn vorbeigeht.

Wir können deshalb nur die dringende Bitte an die Reichsregierung richten, dafür zu ſorgen, daß dieſe Mängel tunlichſt beſeitigt werden, und daß vor allem bei den Friedensverhandlungen die berechtigten Intereſſen unſerer Provinz, insbeſondere auch unſeres Netzediſtrikts, der einen vollſtändig

deutschen Charakter hat, und seines Hinterlandes in vollem Umfange gewahrt werden. Ich weiß nicht, ob ich noch einige Minuten reden darf. (Vizepräsident Haußmann: Einige Minuten, bitte!)

Ich erkenne ja an, meine Damen und Herren, daß es spät ist; die Verführung liegt aber nahe, einmal etwas näher darauf einzugehen, wie diese Lande, die **Provinzen Posen** und **Westpreußen**, ausgesehen haben, als sie in preußischen Besitz gekommen sind, in welchem elenden Zustande sie sich befunden haben, von einer wie heruntergekommenen Bevölkerung sie bewohnt waren, und wie sich diese Lande **unter preußischer Herrschaft** entwickelt haben. Auf 600 Quadratmeilen wohnten nur 500 000 Einwohner. Das Brot, meine Damen und Herren, war eine unbekannte Nahrung, das Volk ernährte sich von Roggenbrei und Kräutern und wohnte in elenden, verfallenen, mit Stroh gedeckten Hütten. Der Branntwein hatte es sittlich vollständig heruntergebracht. Straßen gab es nicht; die Städte waren Trümmerhaufen, sie waren derart zerschossen und zerstört, daß nicht einmal die Urkunden aufgefunden werden konnten, aus denen man hätte feststellen können, welches Blutbad und Gemetzel dahin geführt hat, sie in derartige Trümmerhaufen zu verwandeln. Was geschah, als diese Lande preußisch wurden? Es wurde sofort ein Heer von Handwerkern in diese Lande geschickt, die an ihrem Aufbau mitwirkten. Es wurde hingesandt ein Heer von 187 Schullehrern. Jede Stadt bekam ihren Bürgermeister, jeder Kreis seinen Landrat, jeder Ort seine Post. Es wurde in wenigen Jahren ein Kulturwerk angebahnt und errichtet, von dessen Bedeutung Sie sich noch heute überzeugen könnten, wenn Sie sich die Mühe nehmen würden, einmal aus dem Süden, Westen und Norden unseres Vaterlandes unseren Osten aufzusuchen. Diese Arbeiten, die damals verrichtet wurden, wozu dann noch der Kanal hinzukam, den ich schon erwähnte, der die Verbindung der Weichsel mit der Elbe und mit der Nordsee herstellt, haben überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, aus dem heruntergekommenen, verelendeten Lande ein wertvolles, fruchtbares zu schaffen.

Und wie ist dieses Land im Laufe der eineinhalb Jahrhunderte weiter wirtschaftlich und kulturell in die Höhe gebracht worden! Mich darüber des näheren zu äußern, verbietet mir die Zeit. Nur das eine will ich noch hervorheben. Was erwartet uns, wenn wir polnisch werden? Es erwartet uns ein Rückschritt zur Unkultur, ein Rückschritt in das, was wir vor 150 Jahren abgestreift haben. (Sehr richtig!) Wir brauchen bloß unsern Blick zu werfen nach **Galizien**, wo die **Polen** seit Jahrhunderten eine unumschränkte **Herrschaft** ausgeübt haben. Dort gibt es keinen leistungsfähigen Bürgerstand, dort gibt es keinen seßhaften Bauernstand. Die Zahl der Analphabeten übersteigt sogar die Zahl der Analphabeten in Italien. Galizien ist ein Land, das in seiner sittlichen Struktur auf der allerniedrigsten Kulturstufe steht. Nicht viel besser ist es im alten Kongreßpolen,

wo man ja vielleicht den Einwurf erheben könnte, daß hier die Russen die Schuld tragen. Es ist nur eigenartig, daß die Polen gerade von Deutschland, von Preußen wegstreben, wo sie etwas gelernt haben, wo sie kulturell und wirtschaftlich in die Höhe gekommen sind, und sich nun dahin wenden, wo der Niedergang ist.

Meine Damen und Herren! Dann möchte ich nicht unterlassen, Sie an das zu erinnern, was wir gerade in der letzten Zeit vom polnischen Volksgeiste dieser Länder gehört und gesehen haben. Es ist hier noch nicht erwähnt worden, und ich will es der Vollständigkeit halber vortragen, daß Pogrome und **Judenverfolgungen** der schlimmsten Art in diesen Ländern stattgefunden haben. Ich will von der Tribune dieses Hauses erinnern an das entsetzliche Blutbad, das, kurz nachdem die Polen zur Macht gekommen waren, in der Stadt Lemberg stattgefunden hat, wo nach glaubhaften Berichten über 1000 unschuldige Menschen nicht nur unter den Augen der polnischen Behörden, sondern mit Hilfe des polnischen Militärs zu Tode gemartert und ganze Stadtteile beraubt und geplündert worden sind. Meine Damen und Herren! Wir haben gewisses Verständnis dafür, wenn hier gesagt wird, daß in der Provinz Posen und da, wo Polen in Preußen leben, manche Verwaltungsmaßregeln getroffen wurden, die sich nicht billigen lassen; aber das müssen wir doch erklären: im Vergleich zu den Zuständen, die anderswo herrschen, wo Polen leben, können die Polen froh sein, daß sie in unserem Lande gelebt haben (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten); und wir wollen froh sein, wenn wir nicht in ein Land kommen, wo die Unkultur uns überfluten würde. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Davidsohn.

Davidsohn, Abgeordneter: Meine Herren und Damen! Es gehört viel Selbstüberwindung dazu, nach der Rede des Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) nicht auf die Sünden der Hakatisten und der Ostmarkpolitiker einzugehen. Ich will diese Selbstüberwindung üben und mich darauf beschränken, ein paar allgemeine Bemerkungen zu diesem Thema zu machen, vor allen Dingen vom Gesichtspunkte unserer Partei aus.

Aber eine Bemerkung möchte ich mir gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) doch erlauben. Er hat darüber Klage geführt, daß hier noch immer **Worte zugunsten der Polen** gefallen seien. Ich weiß nicht, auf wen er damit abgezielt hat. Sollte er den Blick auf die Ausführungen meines Parteifreundes Schulz gerichtet haben, der heute hier gesprochen hat, so möchte ich dem Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) erwidern, daß für die Polen so zu

sprechen, wie wir gewohnt sind, zumal in der gegenwärtigen Lage, heißt: für die Deutschen sprechen; denn die Dinge sind doch im Augenblicke dermaßen verworren, daß eine außerordentliche Vorsicht dazu gehört, gerade von derjenigen Seite aus, zu der Herr Schulz (Bromberg) gehört, die Dinge nicht noch schlimmer sich auswirken zu lassen, als sie es ohnedies schon sind.

Meine Damen und Herren! Ehrlich gesagt, war ja eigentlich die heutige Debatte überflüssig. (Sehr richtig! links. — Widerspruch rechts.) Denn es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß sowohl die Regierung wie die Parteien im Laufe der kurzen Zeit, in der wir hier in Weimar zusammen sind, sich bereits prinzipiell durch ihre Reden auf ihre Ansichten und Absichten in bezug auf diejenigen Fragen festgelegt haben, die uns heute hier angehen.

Am 11. Februar hat hier an dieser Stelle „ein Sohn des Arbeiterstandes", unser Präsident Ebert, „aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus" — als solchen bezeichnete er sich selber — als Präsident und als Sozialist die Worte gesprochen:

> Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum äußersten. Dem Gewaltfrieden zwischen den Völkern haben wir feierlich abgesagt; auch dort wollen wir, daß das Recht und die Freiheit zur Geltung komme. Niemand soll in den Verband der deutschen Republik gezwungen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht und drängt. Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und außen. (Zuruf rechts.)

— Hier wird dazwischen gerufen: das geschieht! Meine Damen und Herren von der Rechten! Wenn Sie Ihre **Interpellation** des heutigen Tages als eine Tagesinterpellation betrachtet haben, dann ist Ihr Zwischenruf richtig. Ich meine aber, hier handelt es sich doch um Fragen nicht für heute und morgen, sondern um Fragen, die uns bewegen, weil wir uns sagen: was wird werden, wenn die Dinge sich endlich zu einer definitiven Ausgestaltung zusammenkristallisieren werden? Und wenn Sie darauf geachtet haben — ich will bei der vorgerückten Zeit nicht auf die einzelnen Reden eingehen —, was Herr Graf Brockdorff-Rantzau hier gesagt hat, was Herr Gröber, was Herr Naumann dazu gesagt haben, so werden Sie bemerkt haben, daß die Redner sämtlicher Parteien, auch der bürgerlichen — natürlich mit Ausnahme der Herren von der Deutschnationalen Volkspartei — den Standpunkt eingenommen haben, daß wir nicht mehr davon zurückkommen können und werden, den Artikel 13 der Wilsonschen Vorschläge als gegeben hinnehmen zu müssen. Und darum war diese Debatte im Grunde genommen erschöpft und ausgeschöpft. Wir Sozialdemokraten haben eigentlich gemäß unserm Standpunkt vom 4. August 1914 genügend Anlaß und Recht, zu sagen: so wie wir

es damals proklamiert haben, so ist es und so bleibt es auch in den polnisch-deutschen Angelegenheiten. Unrecht bleibt Unrecht, Übergriff bleibt Übergriff, ob es von Polen, ob es von Deutschen, ob es von irgend jemand auf Seite der Entente oder auf unserer Seite begangen worden ist oder weiter begangen wird.

Mein Freund Müller hat vor einigen Tagen vor Ihnen, meine Damen und Herren, über Bern gesprochen, und auch **in Bern** ist natürlich **die polnische Frage** unter anderm aufgerollt worden. Der Holländer Troelstra hat dazu ein paar Worte gesagt, an die ich erinnern möchte:

> Es geschehen in den verschiedenen Teilen der Welt Gewalttaten, die nicht in Einklang mit dem Ernst der Stunde zu bringen sind. So wird das arme Ungarn gequält. Dahin gehört das Auftreten der Polen in Danzig usw.

Sie sehen immer wieder, die internationale Sozialdemokratie hat Verständnis für die Leiden der Deutschen, aber sie hat im gleichen Augenblick auch Verständnis für die Leiden der Polen, und sie wünscht nicht, daß durch einseitige Darstellung diese Dinge in dem welthistorischen Augenblick verfälscht und verhunzt werden, angesichts der Verhandlungen, die von so unendlicher Tragweite sind, von denen einiges vorhin in die Debatte hinein gewetterleuchtet hat. Der Schwede Engberg hat in Bern im allgemeinen, ohne auf die Polen, Engländer oder Deutschen zu exemplifizieren, Worte gesprochen, die wohl auch in diese Debatte hineingehören:

> Wo eine systematisch betriebene Denationalisierungspolitik das freie Wachstum jener unterjochten Nation betreibt und es durch eine derartige Vergewaltigung zustande gebracht hat, daß eine etwaige Volksabstimmung ein tatsächliches Vergewaltigungsresultat festlegen könnte, da muß der Völkerbund bei seiner Entscheidung betreffs der Volksabstimmung gebührende Rücksicht auf diesen Umstand nehmen.

Sie sehen, die sozialdemokratische Internationale denkt schon daran, zu verhindern, daß zuungunsten der Deutschen, Polen oder zuungunsten wessen auch immer eine Denationalisierung künstlich, mit brutaler Gewalt oder sonst auf irgendeinem Wege herbeigeführt wird. Bei uns ist die Frage zu Ende entschieden. Wir haben nichts zu verbergen und wollen auch nichts mehr hinzusetzen.

Gestatten Sie mir schließlich noch eine Schlußbemerkung. Die Interpellation ist gekommen von Damen und Herren der rechten Seite dieses Hauses, einer Seite, die für die Interessen von Handel und Wandel in der Agrikultur und Industrie doch immer einigermaßen Verständnis bekundet hat. Glauben Sie denn, daß es möglich ist, für die Polen und die Deutschen in Zukunft diese Momente auszuschalten? Es versteht sich doch von selber, daß wir zu gemeinsamem Wirken und Walten kommen müssen. Sie wissen, daß **Polen**, wie es sich auch gestalten möge, die deutschen Industrieprodukte brauchen wird. Sie wissen,

daß **Deutschland** polnische Agrarprodukte brauchen wird. Wir müssen also und wir werden doch zu **irgendeiner friedlich-schiedlichen Gestaltung** dieser Dinge kommen, wie hart und rauh auch im Augenblick die Tatsachen noch sein mögen. Eine besondere Garantie hierüber hinaus bietet ja nun ganz gewiß das gemeinsame soziale, politische und internationalproletarische Interesse. In diesem selben Sinne haben wir während der ganzen letzten schnöden Jahre immer wieder und wieder zu dem Bürgertum sagen müssen und sagen dürfen, daß über diese Brücke wir doch früher oder später einmal zu Verständigungen gelangen werden, an die im rauhesten und wüstesten Treiben des Krieges mancher vielleicht nicht mehr geglaubt und gedacht hat. Und in diesem selben Sinne möchte ich sagen, ohne irgendwelchen chauvinistischen Beigeschmack, daß wir von unserem Parteistandpunkte aus neben das alte polnische Wort „Noch ist Polen nicht verloren!" setzen können den Ausdruck unserer Zuversicht auf eine Zeit friedlicher Blüte und gütlicher Vereinbarung zwischen den Völkern, eine Zeit und Aussicht, die ich ausdrücken möchte mit den Worten: Noch ist Deutschland nicht verloren! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann**: Frau Ekke hat das Wort.

Ekke, Abgeordnete: Deutsche Männer und Frauen! Gestatten Sie mir, daß ich Sie so anrede, wie es in meiner Posener Heimat Sitte ist, wenn wir zu deutschen Volksgenossen sprechen, weil wir, unter einem fremden und feindlichen Volke wohnend, unser Deutschtum mit einem viel größeren Pathos empfinden, als es anderswo möglich ist.

Erlauben Sie mir, mit ein paar Worten nur das zu unterstreichen, was einige meiner Vorredner kurz und flüchtig berührt haben, und schenken Sie mir ein paar Augenblicke noch Gehör. Denn es handelt sich bei dieser Sache der Provinz Posen nicht nur um eine Angelegenheit des Deutschen Reichs und seiner politischen und wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten oder gar nur um die Sache der 800 000 Deutschen, die dort wohnen, sondern es handelt sich um eine Sache des internationalen Rechts und des zukünftigen Friedens. Gegenüber den Versuchen zur Abschwächung, die hier zum Teil gemacht worden sind, müssen die **Rechtsbrüche der Polen** ganz scharf herausgestellt werden.

Der Herr Vertreter der preußischen Regierung hat den Schutz der **Beamten** in Aussicht gestellt. Ich möchte daher auf etwas hinweisen, was sich jetzt in Posen vorbereitet und was nicht mehr und nicht weniger bedeutet als die Absetzung und Ausweisung des größten Teils der **deutschen Lehrer in Posen.** Die jetzige polnische Posener Stadtverwaltung plant für den 1. April dieses Jahres eine völlige Umgestaltung des Posener Schulwesens, derart, daß von nun an das bisher deutsche Schulwesen in polnische und deutsche Schulen

geteilt werden soll. Dadurch werden mit dem 1. April dieses Jahres — ich erwähne die Zahlen, die mir amtlich zugegangen sind — 119 evangelische, 129 katholische und 6 mosaische Lehrer einfach von ihren Stellen abgesetzt werden. (Hört! hört!) Dazu kommen noch etwa 20 bis 25 technische und Hauswirtschaftslehrerinnen. Es handelt sich hierbei nicht um die Hilfskräfte, die die Frau Interpellantin scheinbar gemeint hat, wenn sie davon sprach, daß schon eine Anzahl deutscher Lehrer zum 1 März entlassen worden sind. Es handelt sich — das kann ich aussprechen — nicht um diese 80 Hilfskräfte, sondern durchweg um bewährte, zum Teil in höherem Lebensalter stehende festangestellte, also in unkündbaren Staatsstellungen befindliche deutsche Lehrer und Lehrerinnen, die auf diese Weise ihre Stellungen verlieren sollen.

Dazu kommt noch eins. Der jetzige polnische Oberpräsident von Posen hat, wie ich höre, einen Erlaß herausgegeben, welcher die Schulpflicht in Posen anders regelt, als sie im übrigen Preußen geregelt ist. Die Schulpflicht wird ein Jahr heruntergesetzt, die Schüler sollen also jetzt eben nicht mehr mit dem sechsten, sondern erst mit dem siebenten Lebensjahr zur Schule verpflichtet sein. Auch hierin liegt also ein Eingriff in die Hoheitsrechte des preußischen Staates, und auch hierdurch werden wieder eine ganze Anzahl, vielleicht noch 10 bis 15 deutsche Lehrer und Lehrerinnen überflüssig. Sie werden aus der Provinz Posen ausgewiesen werden. Das ist ihnen bereits angekündigt worden. Sie werden dann an die Tore der deutschen Städte klopfen. Möchten sie überall offene Türen und hilfreiche Hände finden, die ihnen dazu helfen, einen neuen Wirkungskreis und eine neue Heimat zu finden! (Bravo!)

Besonders große Erregung aber haben drei Erlasse in Posen in der deutschen Bevölkerung hervorgerufen, drei Erlasse, von denen zwei schon kurz erwähnt worden sind, die ich aber noch einmal ganz scharf herausstellen möchte. Es ist zuerst ein **Erlaß des polnischen Volksrats**, daß alle Männer im besetzten Gebiet vom 18. bis 50. Lebensjahr, also auch die **Deutschen**, einzutreten haben in die **polnische Bürgerwehr**, welche ausdrücklich als eine militärische Formation bezeichnet wird. Ferner ist verfügt, daß alle Bürger Posens, also auch die Deutschen, zur polnischen Wehrsteuer für diese polnische Bürgerwehr heranzuziehen sind. Drittens ist ein Erlaß herausgekommen, welcher die Ärzte und Sanitätsmannschaften des besetzten Gebietes, also auch die Deutschen, heranzieht, d. h. zum polnischen Heer einzieht.

Durch diese Ereignisse ist in der deutschen Bevölkerung Posens eine tiefe innerliche Erregung hervorgerufen worden, und sie ist in eine schwere Gewissensnot gekommen. Aus dieser tiefen Not heraus wendet sie sich an die deutsche Reichsregierung und an dieses hohe Haus und bittet, ihr aus diesem Gewissenszwang herauszuhelfen, oder wenn das

nicht möglich ist, so ihr wenigstens eine klare Weisung zu geben, wie sie sich gegenüber dieser Vergewaltigung verhalten soll, ob sie sich beugen soll oder nicht. Die Posener Deutschen sind bereit, alles zu tragen, was notwendig ist, wenn sie sich einig wissen mit der deutschen Regierung und mit der deutschen Nationalversammlung. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Haußmann:** Die Rednerliste ist erschöpft. (Bravo!) Ich schließe die Diskussion.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat erbeten das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe. Er ist aber nicht in der Debatte genannt worden. (Zuruf rechts: In einem Zuruf, Herr Präsident!) — Bitte, wenn es sich gegen eine Äußerung vom Ministertisch richtet, dann muß ich Sie fragen, ob Sie der Zurufer sind, gegen den eine Wendung vom Ministertisch aus sich gerichtet hat. (Zustimmung rechts.) Es ist vom Ministertisch aus gesagt worden:

> Mir ist der Zwischenruf entgegengehalten worden, daß es eine Schmach sei, daß das preußische Kultusministerium eine eigene polnische Präparandenanstalt für Westpreußen gebildet hat.

(Zuruf rechts: Nein, darauf bezieht es sich nicht!) — Sie haben das nicht gesagt? (Zuruf rechts: Nein!) — Dann kann ich Ihnen auch das Wort zur persönlichen Erwiderung gegen diese Äußerung nicht geben. (Zurufe rechts: Für einen anderen Zwischenruf!) — Dann müssen Sie sagen: gegen welchen Zwischenruf. Es ist durch Präzedenzfall entschieden von dem Präsidenten v. Ballestrem:

> Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht eine persönliche Bemerkung machen über den Zuruf, der von einer gewissen Stelle aus gemacht worden ist, sondern nur, wenn Sie sagen: ich habe den Zuruf gemacht.

(Zuruf rechts: Ja, aber einen anderen Zuruf!) Da das nicht der Fall ist — — (Zuruf rechts: Doch, ich bitte ums Wort!) Bitte!

v. Graefe, Abgeordneter: Ich habe einen Zwischenruf gemacht, und zwar habe ich den Zwischenruf gemacht: ich bitte den Herrn Minister Erzberger, den Worten der Rednerin in dem Augenblick etwas mehr Gehör zu schenken. Daraufhin hat der Herr Minister mir einen Zuruf gemacht, auf den ich persönlich antworten möchte.

Vizepräsident **Haußmann:** Zwischenrufe sind unstatthaft, infolgedessen auch die Antworten darauf. So ist in fortlaufender Behandlung früher von den Präsidenten entschieden worden. Ich kann Ihnen also das Wort zur persönlichen Bemerkung nicht geben.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Ich hatte mich noch zur sachlichen Erörterung zum Wort gemeldet, und ich bin überzeugt, ich habe den Dank der Versammlung, daß ich meine Wortmeldung zurückgezogen und mich entschlossen habe, mich auf eine persönliche Bemerkung zu beschränken. Die persönliche Bemerkung knüpft sich an Äußerungen des Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) und des Herrn Reichsministers Erzberger.

Herr Abgeordneter Schultz hat mit Beziehung auf mich von vielfachen **Bemerkungen zugunsten der Polen** gesprochen. Wenn er damit etwa eine Absicht bezeichnen wollte, die mir innegewohnt hätte, zugunsten der Polen und zuungunsten der Deutschen zu reden, so wäre das eine Unterstellung, die ich gar nicht zurückzuweisen brauchte, da sie durch jedes Wort des Stenogramms meiner Rede bereits widerlegt ist. Ich habe mich bemüht, die polnische Frage, die uns heute beschäftigt hat, in den historischen Zusammenhang zu rücken, in den sie gehört, um so auch auf der rechten Seite des Hauses das Verständnis zu wecken, das gegenüber der polnischen Frage nötig ist.

Der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg) sprach von seiner Tätigkeit im besetzten polnischen Gebiet. Ich bin überzeugt, daß er gegenüber der dortigen Bevölkerung mit mehr Sinn für Gerechtigkeit aufgetreten ist als heute mir gegenüber. Allerdings hat er eben dort als Beamter und nicht als Parteimann gesprochen wie hier im Hause.

Der Herr Reichsminister Erzberger hat mehrfach, wie durch die Sache gegeben war, sich gegen mich gewendet. Ich greife ein paar Bemerkungen auf. Ich sprach von einer kleinmütigen Politik, die namentlich nach außen hin der deutschen Regierung nach dem 9. November zur Last falle. Herr Reichsminister Erzberger sucht mich zu widerlegen durch den Hinweis auf eine Kabinettssitzung vom 12. Dezember, in der gerade ein Hauptbeispiel dieser kleinmütigen Politik vom Kabinett beschlossen worden sei. Es ist Herrn Erzberger bekannt, daß ich nicht Mitglied des Kabinetts war. Er berief sich darauf, daß die Herren Haase, Dittmann und Barth diese Politik beschlossen oder gebilligt hätten. Ich muß es Herrn Haase, der Mitglied dieses Hauses ist, vorbehalten, darauf zurückzukommen.

Der Herr Reichsminister Erzberger zweifelt meine Angaben an über die **350 000 Mann**, die während des Krieges **„verschleppt"** — wie ich sagte —, nach Deutschland zur Arbeit gebracht oder dort festgehalten worden sind. (Zurufe.) — Ich halte an dem Ausdruck „verschleppt" fest. Herr Erzberger hat dabei folgendes System verfolgt. Er sagt, die Zahl sei unrichtig, und daraus könne die Versammlung ersehen, was überhaupt von den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Dr. Cohn zu halten sei. Es ist nicht ganz so. Selbst wenn diese Zahl unrichtig wäre, so wäre es zwar eine sehr pfiffige, aber durchaus nicht wissenschaftlich

begründete Methode, alle Behauptungen eines Redners für unrichtig und unglaubhaft zu erklären, weil er in einem Punkte unrecht gehabt hätte. Ich habe aber gar nicht unrecht gehabt. Vielleicht hat Herr Erzberger in diesem Punkte nur ein schlechtes Gedächtnis gehabt, was mich eigentlich erstaunt, denn zu den großen Eigenschaften des Herrn Erzberger gehört das nach seiner Meinung absolut untrügliche Gedächtnis. Herr Erzberger und ich waren neben anderen Teilnehmern jener Besprechung vom Herbst 1917 im Bundesratssaal des alten Reichstags, und bei dieser Auseinandersetzung sind zwei Ziffern genannt worden: die Ziffer von 300 000 bis 350 000 polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die durch den Ausbruch des Krieges in Deutschland festgehalten, und von 300 000 bis 350 000 polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die nach dem Ausbruch des Krieges von Polen nach Deutschland „verschleppt" worden seien. Und jetzt sehe ich ja, worauf der Herr Reichsminister Erzberger seine Polemik stützt: er klammert sich an das Wort „verschleppt". Meine Damen und Herren! Diese polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen sind, wie Herr Erzberger weiß, zum Teil mit den abscheulichsten Methoden direkt gewaltsam gegriffen und nach Deutschland gebracht worden, und zum Teil sind sie auf sogenannten freiwilligen Kontrakt nach Deutschland gegangen und dann an der Abreise gehindert worden. (Widerspruch.) Vor allem ist das eine entscheidend: es waren am Schlusse des Krieges ungefähr 600—650 000 Menschen, und davon ist die Hälfte während des Krieges hierher „verschleppt" oder gegen ihren Willen hier festgehalten worden. (Widerspruch.) Daran halte ich fest, und es sind außer dem Herrn Unterstaatssekretär Lewald, der sich auf seine Anwesenheit in dieser Sitzung beruft, auch andere zugegen gewesen, zum Beispiel der von mir genannte Generalmajor Marquardt, der die Ziffer genannt und daran die Bemerkung geknüpft hat: ohne die Arbeit dieser 650 000 Menschen bricht unsere Kriegswirtschaft zusammen. Das ist es, worauf es ankommt, was ich auch heute behauptet habe, daß die Polen dazu nach Deutschland gebracht und festgehalten worden seien, um den deutschen Krieg zu führen.

Herr Erzberger hat nach meiner Behauptung kein Vertrauen bei den Gegnern in den Waffenstillstandsverhandlungen. Herr Erzberger nimmt diese Bemerkung zur Kenntnis und widerlegt sie auf seine Weise, er sagt: Eisner hat noch viel weniger Vertrauen gehabt. Damit bin ich allerdings widerlegt, nämlich nach der Meinung des Herrn Reichsministers Erzberger.

Schließlich sprach Herr Reichsminister Erzberger davon, daß eine Versündigung am Wohle Deutschlands vorliege, wenn man den Mann oder die Männer angreife, die jetzt in den Verhandlungen mit dem Auslande stehen. (Zuruf.) — Das ist sehr stark persönlich, was jetzt kommt (große Heiterkeit), und was ich bisher gesagt habe. Ich habe dem Herrn Reichsminister Erzberger vorhin zum Ausdruck gebracht,

daß ich ihn sehr hoch schätze, aber er schätzt sich selbst noch höher, er überschätzt sich, wenn er zum Ausdruck bringt, daß er etwa das Deutsche Reich und er der Staat sei. Nein, Herr Reichsminister Erzberger, wenn ich Sie für nicht empfehlenswert als Unterhändler im Waffenstillstand und im Frieden halte, so will ich damit eben erreichen, daß Sie von den Verhandlungen wegkommen, und das halte ich nicht für eine Schädigung — (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann**: Das ist nicht mehr persönlich!

Das Wort hat der Herr Unterstaatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald**, Unterstaatssekretär: Meine Damen und Herren: Die Sitzung, die der Herr Abgeordnete Dr. Cohn erwähnt hat, hat unter meinem Vorsitz stattgefunden. Sie war veranlaßt durch den Wunsch einer Reihe von Mitgliedern des damaligen Reichstags, von denen ich außer dem jetzigen Herrn Reichsminister Erzberger und Herrn Dr. Cohn auch den Herrn Abgeordneten Davidsohn hier sehe, und ich kann mich in den Einzelheiten, die ich hier vortrage, auf das Zeugnis des Herrn Abgeordneten Davidsohn berufen. Es ist richtig, daß in dieser Sitzung die Zahl der **polnischen Arbeiter aus Kongreßpolen**, die im Herbst 1917 in **Deutschland** anwesend waren, von dem damaligen Leiter des Kriegsamts, Generalmajor Marquardt, auf rund 350 000 angegeben worden sind. (Widerspruch des Abgeordneten Dr. Cohn.) Diese 350 000 bestanden aber zu mindestens einigen 90 Prozent aus denjenigen Arbeitern, welche bei Beginn des Krieges 1914 als Saisonarbeiter in Deutschland tätig waren. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß auf das allerbestimmteste der Legende, die Herr Abgeordneter Cohn verbreiten will, entgegentreten, daß in der Zeit des Krieges 350 000 Polen verschleppt, das heißt mit Gewalt — das versteht man unter Verschleppung — aus Kongreßpolen nach Deutschland gebracht worden sind. Das ist absolut unrichtig. Während des Krieges hat die deutsche Arbeiterzentrale in einer Reihe von polnischen Städten Werbebureaus aufgetan. Gegen die Tätigkeit dieser Werbebureaus waren auch Einwendungen erhoben worden. Es ist damals auf meine Veranlassung geschehen, daß sowohl die Mitglieder der polnischen Arbeiterorganisation wie der jüdischen Arbeiterorganisation mit dem Leiter dieser Stelle, dem Herrn v. Busche, sich ins Benehmen gesetzt hatten und in tagelangen Verhandlungen genau festgestellt haben, wie im einzelnen verfahren worden ist, und das Ergebnis ist gewesen, daß, von einzelnen Fällen abgesehen, im großen und ganzen absolut sachlich, gerecht und objektiv verfahren ist.

Der Herr Abgeordnete Cohn selbst hat vorhin die große Not geschildert, die in den großen polnischen Städten Warschau und Lodz geherrscht hat. Die Regierung ist damals von polnischer Seite dringend

gebeten worden, Arbeiter aus diesen Städten nach Deutschland herein zu lassen. Ja, es sind damals die schwersten Angriffe gegen die Regierung erhoben worden, weil ein Verbot ergangen war, daß jüdische Arbeiter nicht nach Deutschland gebracht werden durften. Es ist der damaligen Regierung gesagt worden, im Interesse dieser Leute müßte man die Grenzen aufmachen und die Anwerbung nach Deutschland gestatten. Das sind die Tatsachen. Es ist aber absolut unrichtig, daß in irgend einer Weise polnische Arbeiter aus Kongreßpolen verschleppt sind. Der Herr Abgeordnete Cohn denkt vielleicht an einige Fälle, die er und einige seiner Freunde — es war, glaube ich, Herr Ledebour — zur Sprache gebracht haben, daß aus dem Oberostgebiet aus Grodno und verschiedenen anderen Orten eine Reihe von Leuten gewaltsam fortgeschafft ist. Das ist richtig und damals zugegeben; es ist als ein bedauerlicher Mißgriff bezeichnet worden, und damals die feste Zusage gegeben worden, und sie ist durchgeführt, daß diese Arbeiter, die man als gewaltsam verschleppt bezeichnen kann, zurückgesandt sind. Es handelte sich um eine kleine Zahl von wenigen hundert Personen. Aber diese Tatsache kann in keiner Weise zur Stärkung der Behauptung herangezogen werden, daß hunderttausende Polen verschleppt seien. Ich kann als Vorsitzender der damaligen Versammlung nur das bestätigen, was der Herr Reichsminister Erzberger gesagt hat, und ich berufe mich ausdrücklich auf das Zeugnis des Herrn Abgeordneten Davidsohn, der dieser Versammlung als Abgeordneter beigewohnt hat.

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Herren, ich bin nach den Darlegungen des Herrn Unterstaatssekretärs Lewald nicht genötigt, weitere Worte zur Behauptung des Abgeordneten Cohn über die **Verschleppung von 350 000 Polen** zu sagen. Jedes Wort, das ich in meiner vorigen Rede gesagt habe, halte ich aufrecht. Das ist der große Gegensatz zwischen mir und dem Abgeordneten Cohn: er wirft in das Haus Behauptungen hinein, die, wenn man sie nachprüft, sich als unzutreffend und unrichtig erweisen.

Dasselbe gilt von der Frage, ob ich das **Vertrauen der Entente** habe. Herr Abgeordneter Cohn, ich verhandele mit den Gegnern. Die Gegner wissen eines, daß, wenn ich einen Vertrag unterschreibe und mein Wort gebe, ich dann auch mit allen Kräften bemüht bin, dieses Wort zu halten und den Vertrag durchzuführen. Das genügt den Gegnern. Im übrigen braucht man zum Verhandeln mit dem Gegner nicht das Vertrauen der Gegner, sondern das der Nationalversammlung. Das ist das Entscheidende. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch eins will ich sagen — das mitzuteilen ist äußerst interessant. — Als die Revolution vor sich gegangen und ich von den ersten Waffenstillstandsverhandlungen zurückgekehrt war, da waren es die unabhängigen Kabinettsmitglieder Haase, Barth und Dittmann, die ihr Einverständnis erklärt haben, ich solle die Verhandlung für den Waffenstillstand weiter führen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Glauben Sie aber, daß Leute Ihres Schlages das Vertrauen der Gegner hätten?

Dann will ich Ihnen eines sagen, von vielem anderen, was noch gesagt werden könnte: als in Berlin Anfang Januar eine Kabinettskrisis war und man nicht wußte, ob durch den Terror der Unabhängigen und der mit ihnen zusammengehenden Spartakisten ein Sturz der Regierung herbeigeführt würde, hat Marschall Foch durch den General Nudant erklären lassen: wenn in Berlin eine Regierung Liebknecht-Ledebour gebildet würde, dann würden die Alliierten sofort jede Verhandlung mit dem Deutschen Reich und mit dieser Regierung abbrechen, und die Waffenstillstandskommission müsse aus Spaa abreisen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Das ist das Vertrauen, das Sie bei unseren Gegnern haben. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Haußmann:** Die Diskussion ist wieder eröffnet, nachdem zwei Mitglieder der Regierung gesprochen haben.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Davidsohn.

Davidsohn, Abgeordneter: Es ist richtig, was Herr Dr. Lewald hier mitgeteilt hat, daß jene Sitzungen unter seinem Vorsitz stattgefunden haben, daß alle Fraktionen geladen waren und teilnahmen und daß auch ich zu den Teilnehmern gehörte. In meiner Erinnerung ist, wie ich dem Abgeordneten Dr. Cohn schon privatim gesagt habe, von einer Zahl über die 400 000 hinaus nichts mehr. Ich glaube aber, daß, wenn eine so eminente Zahl damals genannt worden wäre, sie sich tief in mein Gedächtnis eingeprägt haben würde, weil ich mich mit diesen Dingen damals außerordentlich intensiv beschäftigt habe. Ich war für diese Dinge ebenso interessiert und bin es noch wie der Abgeordnete Dr. Cohn und seine Parteifreunde, glaube es aber in dieser Situation der Wahrheit schuldig zu sein, festzustellen, wenigstens für den Augenblick, daß jene immense Zahl damals doch wohl nicht genannt worden ist. Im übrigen halte ich diese ganze Erörterung, die an sich ja außerordentlich wichtig ist, in diesem Stadium der Dinge für überflüssig. (Sehr richtig!) Ich denke, es wird möglich sein, Herrn Generalmajor Marquardt zu fragen und von ihm das Endgültige zu hören. Wenn er etwa feststellen sollte, daß der Herr Abgeordnete Dr. Cohn nicht recht hat, daß ihn sein Gedächtnis täuscht, so glaube ich, der Herr Abgeordnete Dr. Cohn wird loyal genug sein, das zuzugeben, wie wir andererseits, wenn Herr Ge-

neralmajor Marquardt dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn recht geben sollte, uns rektifizieren werden. (Dr. Lewald: Generalmajor Marquardt ist tot) — Dann wird doch wohl ein Protokoll vorhanden sein. — (Dr. Lewald: Wir werden nachsehen!)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Der Herr Minister Erzberger hat auf einen Zuruf, den ich ihm gelegentlich der Rede meiner Fraktionskollegin Frau Dr. Schirmacher machte, daß ich seine besondere Aufmerksamkeit für deren Ausführungen, die mir von erheblichem Interesse schienen, wünschte, einen Zuruf gemacht, auf den ich ihm in derselben Tonart zu antworten nicht in der Lage bin, aus Gründen, die ich hier nicht näher ausführen will, weil ich glaube, dafür bei dem Herrn Minister Erzberger doch kein Verständnis zu finden. Aber der einen Hoffnung möchte ich Ausdruck geben, daß diese erweiterte, aber nicht gerade verbesserte Auflage des parlamentarischen Sprachlexikons nicht eine allgemeine Übung der neuen Ministerbank werden möchte. (Sehr gut! rechts. — Zurufe von den Mehrheitsparteien.)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich möchte nun zunächst feststellen, daß es richtig war, daß ich vorhin zur persönlichen Bemerkung das Wort nicht gegeben habe; denn es steht fest nach unserer Praxis: „über Zwischenrufe darf man keine persönlichen Bemerkungen machen. Zwischenrufe sind überhaupt nicht gestattet". (Große Heiterkeit.)

Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Herr Abgeordneter v. Graefe hat während der Rede der Frau Interpellantin mir zugerufen: „Herr Erzberger, passen Sie gefälligst auf!" Es geschah das, während ich mit meinem Kollegen, dem Herrn Reichsminister Landsberg, über eine äußerst wichtige Frage, die heute noch Gegenstand der Verhandlungen ist, über die Vereinheitlichung der Reichseisenbahnen, eine Besprechung hatte. Ich verbitte mir sowohl als Abgeordneter wie als Reichsminister einen solchen ungezogenen Zuruf! (Sehr gut!) Herr Abgeordneter v. Graefe ist nicht Konzertmeister in dem hohen Hause. Von dem Herrn Abgeordneten v. Graefe habe ich in allerletzter Linie eine Belehrung über parlamentarischen Ton entgegenzunehmen (sehr gut!), schon aus dem Umstande heraus, daß, als der Abgeordnete v. Graefe seinerzeit im alten Reichstag den damaligen Vizekanzler v. Payer niedergeschrien hat — um diesen Ausdruck zu gebrauchen, der aber der Wahrheit entspricht —, sein näherer Parteifreund, Freiherr v. Zedlitz, ihm öffentlich zugerufen hat, er hätte durch sein Auftreten einen unwürdigen parlamentarischen Skandal hervorgerufen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Ich will auf die Erörterungen über die polnischen Arbeiter jetzt nicht mehr zurückkommen. Wir werden uns darüber heute doch nicht verständigen. Ich hoffe, die Regierung wird in der Lage sein, noch das Protokoll jener Sitzung zu beschaffen, und man kann darauf zurückkommen. Nur das eine will ich feststellen: als ich vorhin in meiner persönlichen Bemerkung die Zahl 600 000 bis 650 000 wiederholte, bestätigte mir Herr Minister Erzberger, die Ziffer sei wohl richtig, nur das „Verschleppen" nicht. Nun sagt der Herr Unterstaatssekretär Lewald, die Ziffer sei auch nicht richtig. Ich stelle hier diesen sehr auffallenden Widerspruch zwischen Herrn Erzberger und Herrn Lewald fest.

Vizepräsident **Haußmann:** Die Diskussion ist wieder geschlossen. Es ist eine Interpellation eingelaufen, die ich zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

Interpellation Müller (Breslau), Gröber, v. Payer:

Die in Deutschland greifbaren Erntevorräte reichen nicht aus, das deutsche Volk bis zur Einbringung der diesjährigen Ernte zu ernähren; was gedenkt die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen?

Vizepräsident **Haußmann:** Ich schlage Ihnen vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, für die ich als Tag Freitag, den 7. März, nachmittags 3¼ Uhr, vorschlage, zu setzen:

1. Anfragen Nr. 25 und 31; 2. die soeben verlesene Interpellation; 3. erste Beratung eines Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes; 4. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 29 Minuten.)

22. Sitzung.

Freitag den 7. März 1919.

Sozialisierungsgesetz. Regelung der Kohlenwirtschaft.

Geschäftliches.

Anfragen: Nr. 25, Dr. Rieser: Vorgänge in der von Franzosen besetzten Pfalz — Beantwortung später.

Nr. 94, Dr. Oberfohren-Dr. Runkel: Nationale Ansprüche im Norden Schleswig-Holsteins. Dr. Oberfohren (D. Nat.) — Graf v. Wedel, Gesandter.

Interpellation Müller (Breslau), Gröber, v. Payer: Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes: Erzberger, Präsident des Reichsministeriums. Verhandlung später.

Erste Beratung der Entwürfe:
a) eines Sozialisierungsgesetzes;
b) eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Unser Volkskörper von Fieberschauern geschüttelt. Gewissenhafter Arzt muß hart sein. — Volk erwartet Verwirklichung seines Zukunftsideals. — Die sozialistische Idee erfordert Pflichtgebundenheit. — Sozialisierung der Arbeit und der Unternehmungen. — Bodenschätze. — Keine Vorrechte mehr. — Aber Berücksichtigung der Rentabilität. — Auslösung von Energien in der Arbeiterschaft.

Hue (S.): Mehrheit des Volkes über Sozialisierung einig. — Mit möglichster Beschleunigung auf dem praktischsten Wege zu lösen. — Einzelsozialisierung ist Ersetzung einer Gruppe von Privateigentümern durch eine andere. — Das Privatinteresse hat dem Gesamtinteresse sich zu beugen. — Nicht wie, sondern daß überhaupt produziert wird. — Der Weltkrieg hat die Gedankenwelt der Menschen revolutioniert.

Dr. Brauns (Cöln) (Z.): Es fehlt Arbeitslust. — Putschen gegenüber: Gewalt. — Die Sozialisierungsfrage für den Arbeiter nicht nur Geldfrage: er will als Mensch geachtet sein. — Warnung vor Sozialisierung als einseitigem Programm. — Was jetzt die Nationalversammlung tut, dereinst große Tat in der Kulturgeschichte der Menschheit.

Kempkes (D. Vp.): Gefahren der Sozialisierung. — Konkurrenz mit dem Ausland. — Kosten staatlicher Mitwirkung. — Experimentieren geradezu Verbrechen. — Wir brauchen Auslandskredite. — Die Zukunftsaussichten der Arbeiterschaft aufs Spiel gesetzt. — Ende der individuellen Freiheit. — Erwerbslosenfürsorge.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Regierung wird hart sein. — Aber hier Forderungen, die im Interesse unserer ganzen Volkswirtschaft.

Dr. Dernburg (D. D.): Nicht Bevorzugung einzelner Stände. — Die Wirtschaft aller an gemeinschaftlichen Interessen. — Schutz der Arbeitswilligen. — Erfurter Programm. — Neuland. — Ehrenplatz Deutschlands unter den Nationen.

Weiterberatung vertagt. Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 36 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Es ist folgende Ergänzung der Mitglieder des Staatenausschusses eingegangen. Zu Mitgliedern beziehungsweise stellvertretenden Mitgliedern des Staatenausschusses sind ernannt worden:

von der preußischen Regierung:

der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Meister; der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Fraude; der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Wirkliche Geheime Rat Peters; der Unterstaatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Ramm; der Generaldirektor der Zölle und indirekten Steuern, Wirkliche Geheime Rat Kohler; der Generaldirektor der direkten Steuern, Wirkliche Geheime Ober-Finanzrat Heinke; der Ministerialdirektor im Finanzministerium, Wirkliche Geheime Ober-Finanzrat Dr. Dulheuer; der Dirigent im Finanzministerium, Wirkliche Geheime Ober-Finanzrat Wellraun; der Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe Denhoff; der Ministerialdirektor im Ministerium für Handel und Gewerbe, Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat v. Wilperen; der Ministerialdirektor im Ministerium für Handel und Gewerbe, Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Fr. Neubaus; der vortragende Rat im Ministerium für Handel und Gewerbe, Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Frick; der Ministerialdirektor im Justizministerium, Wirkliche Geheime Rat Dr. Beutrien; der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Gehre; der Departementsdirektor im Kriegsministerium, Generalleutnant v. Oven; der Departementsdirektor im Kriegsministerium, Generalmajor Wetter; der Departementsdirektor im Kriegsministerium, Generalmajor v. Wrisberg; der Chef des Kriegsamts im Kriegsministerium Generalmajor Hoffmann; der Chef des Personalamts im Kriegsministerium, Generalmajor Ritter und Edler v. Braun; der Oberst v. Frantzius, mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Departementsdirektors im Kriegsministerium beauftragt; der Generalarzt Dr. Schultzen, mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Departementsdirektors im Kriegsministerium beauftragt; der Oberst Waitz mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Departementsdirektors im Kriegsministerium beauftragt; der Departementsdirektor im Kriegsministerium, Generalmajor Graf v. Schmettow; der Unterstaatssekretär, Stellvertreter des Staatskommissars für Volksernährung Dr. Peters als stellvertretende Mitglieder;

von Sachsen:

der Oberst Schulz als stellvertretendes Mitglied;

von Württemberg:

der Generalmajor Renner als stellvertretendes Mitglied;

von Braunschweig:

der Gesandte, Wirkliche Geheime Rat Boden als Mitglied;

von Sachsen-Meiningen:

der Vorsitzende des Gesamtstaatsrates Geheime Staatsrat Freiherr v. Türcke als Mitglied; der Ministerialdirektor Dr. Ritter von Wolf als stellvertretendes Mitglied.

Der württembergische Oberst Holland ist aus dem Staatenausschuß geschieden.

Außerdem sind sämtliche Unterstaatssekretäre der Reichsministerien als ständige Vertreter der betreffenden Reichsminister berechtigt, in der Nationalversammlung das Wort zu ergreifen.

Folgender Mitgliederwechsel in den Ausschüssen ist erfolgt.

Es sind eingetreten: in den 6. Ausschuß für die Herren Abgeordneten Rösicke, Rückert die Herren Abgeordneten Sachse, Thiele; in den 7. Ausschuß für den Herrn Abgeordneten Dr. Lange der Herr Abgeordnete Schneider (Sachsen); in den 8. Ausschuß für den Herrn Abgeordneten Wels der Herr Abgeordnete Wagner.

Es ist eine Anzahl von Telegrammen und Zuschriften eingegangen; sie liegen bei den Schriftführern zur Einsicht offen.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Malkewitz für 6 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden:

Anfragen.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 25, Dr. Rießer (Nr. 86 der Drucksachen). Die Regierung hat soeben erklärt, daß sie noch nicht in der Lage sei, die Anfrage jetzt zu beantworten. Ich muß sie aber jeweils am Dienstag und Freitag auf die Tagesordnung setzen, weil sie sonst nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung in den Papierkorb fällt. — Der Herr Interpellant ist damit einverstanden, daß die Beantwortung verschoben wird, bis die Auskünfte bei der Regierung eingetroffen sind. — Damit ist die Anfrage für heute erledigt.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 31, Dr. Oberfohren, Dr. Runkel (Nr. 94 der Drucksachen). Zur Verlesung derselben hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Oberfohren.

Dr. Oberfohren, Abgeordneter:

Wilson hat in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918, die er als „Programm des Weltfriedens" aufstellt, die nordschleswigsche Frage überhaupt nicht erwähnt; in seiner Botschaft vom 11. Januar 1918 erklärt er ausdrücklich, „daß alle klarumschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft aufzunehmen." Wir fragen die Reichsregierung, wie mit der unleugbaren Tatsache, daß Schleswig-Holstein in seinen nördlichen Grenzgebieten von einer gemischtsprachigen Bevölkerung bewohnt wird, daß ferner die beiden Herzogtümer staatsrechtlich seit vielen Jahrhunderten eine eigene selbständige Existenz haben, also von einem klarumschriebenen **nationalen Anspruch Dänemarks hinsichtlich Nordschleswigs** in keiner Weise die Rede sein kann, die Erklärung des Reichsministers des Auswärtigen in seiner Rede vom 14. Februar in Einklang zu bringen ist, nach der vom Standpunkte des Präsidenten

[illegible] aus auch für das nördliche Schleswig eine Abstimmung über seinen Anschluß an Dänemark herbeizuführen sei[1]).

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Regierungskommissar Herr Graf v. Wedel.

Graf v. **Wedel**, Gesandter, Regierungskommissar: Nachdem deutscherseits das Friedensprogramm des Präsidenten Wilson angenommen worden war, war es für die Reichsregierung ein Gebot der Loyalität, der Anwendung der darin niedergelegten Grundsätze auf Nordschleswig zuzustimmen. Allerdings ist die nordschleswigsche Frage nicht ausdrücklich in der Botschaft des Präsidenten vom 8. Januar 1918 erwähnt. Aber der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist einer der Leitgedanken, die durch alle Wilsonschen Kundgebungen gehen, und auch diesen Grundgedanken hat Deutschland rückhaltlos angenommen. Daß es sich aber bei den **dänischen Ansprüchen**, soweit sie sich auf gewisse Teile von **Nordschleswig** beziehen, um eine „klar umschriebene nationale Forderung" handelt, wird nach Lage der Dinge nicht bestritten werden können. Im übrigen hat Präsident Wilson bereits im November vorigen Jahres auf eine das Selbstbestimmungsrecht für Nordschleswig fordernde Petition der in Amerika lebenden Schleswiger zustimmend geantwortet. Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. Solf hat daher die deutsche Bereitwilligkeit erklärt, die nordschleswigsche Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der beteiligten Bevölkerung zu lösen. — Deutschland war dabei gleichzeitig geleitet von der Hoffnung auf ein dauerndes, durch keinerlei Hemmung getrübtes freundnachbarliches Verhältnis zu Dänemark. Das Einverständnis mit einer Abstimmung in Nordschleswig bedeutet aber noch nicht die Abtretung dieses Gebiets. Deutschland beansprucht, daß die Grundsätze des Präsidenten Wilson auch ihm gegenüber gerecht und loyal angewendet werden, und daß die Abstimmung den wirklichen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringt; denn es muß, um mit dem Präsidenten Wilson zu reden, vermieden werden, neue Elemente von Zwist und Gegnerschaft zu schaffen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stören würden. Nordschleswig

---

[1]) Zum Verständnis der „Nordschleswigschen Frage" muß zurückgegangen werden auf Artikel V. des Prager Friedens vom 23. August 1866: „Seine Majestät der Kaiser von Österreich überträgt auf Seine Majestät den König von Preußen alle Seine im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen."

Durch einen zwischen Österreich und Preußen geschlossenen Vertrag vom 11. Oktober 1878 wurde der — auf Drängen Napoleons III. dem Artikel V. eingefügte — Vorbehalt der Volksabstimmung beseitigt.

und auch Teile von Nordschleswig müssen daher das Recht haben, wenn sie dies wollen, bei Deutschland zu verbleiben. — Die in den letzten Tagen aus Paris über den Abstimmungsmodus verbreiteten Nachrichten scheinen allerdings eine gerechte Lösung des Problems in Frage zu stellen. (Hört! hört! rechts.) Die deutsche Regierung wird auf einen gerechten Abstimmungsmodus mit allem Nachdruck hinwirken; sie ist sich bewußt, daß sie gegen das Machtwort der Sieger nicht aufkommen kann, aber nichts wird sie zwingen, Gewalt als Recht anzuerkennen.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Oberfohren.

Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter: Der Kernpunkt meiner Anfrage liegt darin, daß der Präsident Wilson ausdrücklich erklärt hat, daß nur alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche befriedigt werden sollen. Der Herr Regierungskommissar hat dazu mit einem einzigen Satze nur gesagt: daß es sich bei den Ansprüchen Dänemarks auf Teile der Nordmark um klar umschriebene nationale Ansprüche handle, könne keinem Zweifel unterliegen. Damit ist nach meiner Ansicht der Kernpunkt der Frage umgangen. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich kann bisher nicht erkennen, daß das eine Ergänzung der Anfrage ist. An Anfragen schließt sich keine Diskussion an. Sie müssen sich präzis fassen bei einer kurzen Ergänzung der Anfrage.

Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter: Dann stelle ich die Anfrage, worin die klar umschriebenen nationalen Ansprüche liegen, die von Dänemark hinsichtlich der deutschen Nordmark geltend gemacht werden können. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, das ist eine neue Anfrage. Ich möchte bitten, sie als eine neue Anfrage einzureichen.

Wir kommen zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung:

> **Interpellation Müller (Breslau), Gröber, v. Payer, betreffend Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes** (Nr. 106 der Drucksachen).

Zu diesem Gegenstande teile ich mit, daß eben noch eine weitere Interpellation der Herren Arnstadt und Genossen und Dr. Heinze und Genossen eingekommen ist, die sich auf die gleiche Frage beziehen. Ich teile die Interpellation mit:

> Ist der Reichsregierung bekannt, daß die Ernte des Jahres 1919 durch den Mangel an Arbeitskräften, Betriebs- und Düngemitteln auf das schwerste gefährdet ist und dadurch die Ernährung des deutschen

Volkes für das Erntejahr 1919/20 noch mehr wie zurzeit in Frage gestellt wird? Was gedenkt die Reichsregierung zur Abstellung dieses Notstandes zu tun?

Ich nehme an, daß der Herr Vertreter der Regierung vielleicht auch Gelegenheit nimmt, die Stellung der Regierung auch zu dieser Interpellation kurz anzugeben.

Ich richte daher die Frage an den Herrn Vertreter der Regierung, ob und wann er die Interpellation Müller (Breslau), Gräber, v. Payer und eventuell die Interpellation Arnstadt und Genossen und Dr. Heinze und Genossen zu beantworten gedenkt.

Das Wort hat der Herr Präsident des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Die Regierung ist damit einverstanden, daß diese beiden Interpellationen miteinander verbunden werden; sie ist weiter bereit, diese Interpellationen am Montag zu beantworten.

Präsident: Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung für heute erledigt. Es werden also voraussichtlich am Montag die beiden Interpellationen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir kommen zu den nächsten Gegenständen der Tagesordnung der

ersten Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungs-Gesetzes
(Nr. 105 der Drucksachen)[2])

---

[2]) Der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes lautet:

§ 1. Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut der Nation steht unter dem Schutze des Reichs. Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

§ 2. Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte in die deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft zugunsten des Reichs, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbänden zu regeln, ist Sache des Reichs.

§ 3. Die deutsche Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern geleitet. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beaufsichtigt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

§ 4. In Ausübung der im § 2 vorgesehenen Befugnis wird ungesäumt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung von Brennstoffen, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

und der

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft (Nr. 105 der Drucksachen)[a]).

Ich möchte Ihnen wegen des inneren Zusammenhanges dieser beiden Gesetze empfehlen, die Verbindung derselben für die Beratung

---

[a]) Der Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft lautet:

§ 1. Kohlen im Sinne dieses Gesetzes sind Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks.

§ 2. Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Reichsregierung faßt die Kohlengebiete für bestimmte Bezirke zu Verbänden zusammen und ordnet sie einem Oberverband zu. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Absatz und Preis unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrats ob. Die Reichsregierung regelt die Festsetzung der Preise.

§ 3. Vor der im § 2 vorgesehenen Regelung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft zu berufen, der aus 45 Mitgliedern besteht.

Je 15 Mitglieder sind nach näherer Bestimmung der Reichsregierung von den Arbeitgebergruppen und den Arbeitnehmergruppen der Arbeitskammern zu wählen. Von diesen entfallen:

auf den Ruhrbezirk einschließlich benachbarter Steinkohlenbezirke je 5 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
auf den oberschlesischen Bezirk je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
auf den Saarbezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
auf den niederschlesischen Bezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
auf den Aachener Bezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
auf den sächsischen Stein- und Braunkohlenbezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
auf den mitteldeutschen Braunkohlenbezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
auf den Braunkohlenbezirk östlich der Oder je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
auf den rheinischen Braunkohlenbezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
auf die bayerischen Bezirke je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Werden in einzelnen Bezirken Arbeitskammern nicht bis zum 15. März 1919 errichtet, so hat die Reichsregierung bis zur Herbeiführung einer Wahl die auf solche Bezirke entfallenden Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft zu ernennen. 15 Mitglieder sind von der Reichsregierung zu ernennen. Von ihnen sollen 3 aus den Kreisen des Handels, 3 aus den Kreisen der technischen, 1 aus dem Kreise der kaufmännischen Angestellten sowie 6 aus den Kreisen der Kohlenverbraucher, ferner je 1 aus den Kreisen der Sachverständigen für Kohlenbergbau, Kohlenverteilung und Verkehrswesen entnommen werden.

§ 4. Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes. Sie kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark, im Falle der Wiederholung außerdem mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

§ 5. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft.

in der ersten Lesung zu beschließen. — Die Versammlung ist damit einverstanden; ich stelle das fest.

Als Kommissare für die beiden Gesetze sind angemeldet der vortragende Rat im Reichswirtschaftsamt Dr. Trendelenburg, der Bergrat Dr. Herbig, sowie der vortragende Rat im Reichsministerium der Finanzen Geheimer Regierungsrat Sämisch.

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister Wissell.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Meine Damen und Herren! Wilde Zuckungen überfliegen zurzeit unsern Volkskörper, Fieberschauer schütteln ihn überall. Unser Land ist krank. Es geht dem ganzen Volke so, wie es dem einzelnen nach zu großer Überanspannung der Kräfte geht: dann kommt die Zeit der Erschlaffung und der Abspannung. Dann ist der Körper besonders widerstandsunfähig und einer Krankheit leicht zugänglich. Der Geist ist dann nicht so klar, daß er in früherer Schärfe Wirkung und Ursache immer klar auseinanderhält, und dann ist der Kranke ungeduldig, reizbar, zu steter Opposition bereit; er beharrt auf unbegründetem Widerspruch. Der Arzt wird dann Ruhe verordnen, Fernhalten alles Störenden, Pflege, gute Ernährung. Der gewissenhafte Arzt! Der Wunderdoktor wird Radikalkuren empfehlen, Mittel, die oft die Krankheit verschlimmern.

Und wie beim einzelnen, so auch beim ganzen Volke! Es ist ja zusammengesetzt aus den einzelnen, aus der Vielheit derer, die leiden an verausgabter Kraft, an Unterernährung, an Reizbarkeit und der daraus entspringenden Unduldsamkeit, an Mißtrauen und daraus folgender Schwarzseherei. Man darf das Volk nicht deshalb schelten. Es wäre ungerecht. Es wäre eine Radikalkur, die nur verschlimmern würde, was gebessert werden soll.

Der gewissenhafte Arzt wird auch hart sein müssen, wenn es gilt, des Kranken unberechtigten Wünschen entgegenzutreten. Hart nach Meinung des Kranken und vielleicht seiner Angehörigen. Doch er dient damit dem Kranken.

Auch eine Regierung wird hart sein müssen, wenn es gilt, unerfüllbaren Wünschen entgegenzutreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hart nach Meinung derjenigen, die diese Wünsche aussprechen, hart nach der Meinung derjenigen, die sich in die Bindungen und in die Rücksichten auf die anderen nun einmal nicht fügen wollen, ohne die doch nun einmal eine Gemeinschaft, sei es, welche es wolle, nicht bestehen kann.

Könnten wir unserem Volke Erholung nach den schweren Kriegsjahren gewähren, bessere Ernährung, jedem einzelnen ausreichende Arbeit geben, könnten wir es befreien von dem schweren seelischen

Druck, den die Tatsache des Zurückbehaltens unserer Kriegsgefangenen erzeugt, wenn wir die blutende Wunde, die der unselige Krieg dem Volke geschlagen hat, sofort heilen könnten, dann würden die wilden Zuckungen und all dieses Aufbäumen gegen das Furchtbare, was unser Volk durchgemacht hat, und was ihm noch bevorsteht, den Volkskörper nicht so peinigen. Aber wir können das alles dem Volke nicht geben; wir können kein Brot aus unseren Händen wachsen lassen, und wir können den seelischen Druck nicht entspannen. Wir können nur forträumen, was die Reizbarkeit und das Mißtrauen vermehren könnte. Und das Volk will, daß auch so gehandelt wird. Es wird nicht vom Volke verstanden, es erfüllt es mit Erbitterung. Es ist den seelischen Strömungen des Volkes entgegen, daß nach nunmehr vier Monaten Revolution, nach langen Wochen der Erwartung die im Kriege von ihm geforderte Unterordnung des einelnen unter die Gesamtheit nicht auch im Wirtschaftsleben gelten soll. Über vier Jahre hindurch ist unserem Volke gesagt worden, daß die sozialen Interessen der Gesamtheit dem Einzelinteresse vorgingen. Das Leben des einzelnen ist gefordert und in Millionen von Fällen dargebracht worden im Interesse, im Dienste der Gesamtheit. Aber die Praxis stand mit diesem Grundsatze der selbstlosen Unterwerfung des einzelnen unter die Gesamtheit vielfach im Widerspruch. Durch Preis- und Gewinnanreiz hat man das Bekenntnis zur Pflicht gegenüber der Gesamtheit wachzuhalten versucht; man hat es geschändet durch die Förderung der Eigennutzsucht. Aber immerhin! Daß das Einzelinteresse sich dem Gesamtinteresse unterordnen muß, das ist nun schließlich doch in unzählige Hirne und Herzen gedrungen. Und nun will das Volk es verwirklicht sehen auch von denen, deren Privatinteressen bisher ausschließlich für die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens maßgebend waren. Für viele Volksgenossen wirkt in diesem Verlangen auch die Erkenntnis mit, daß ja aus dem Wesen und aus den Tendenzen der bisherigen Wirtschaftsordnung der unselige Krieg entsprungen ist, der dem Volke so tiefe Wunden schlug.

Nun sind vier Monate vergangen, seitdem die politische Umwälzung dem werktätigen Volke die Zuversicht gewährte, es werde in naher Zukunft die von ihm zum Teil seit Jahrzehnten als Zukunftsideal empfundene **neue Wirtschaftsordnung** verwirklicht werden. In breitem Strom flutete seitdem, nicht mehr durch die Schranken der früheren Ordnung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens eingeengt und aufgehalten, eine Fülle sozialistischer Gedanken durch die Gemüter. Flutete durch jene Gemüter, die, durch die ungeheuren Ereignisse und Erlebnisse des Krieges mit seinen Schrecken und Entbehrungen erregt, hemmungslos nach Außerordentlichem und Naturgewaltigem dürsten und verlangen.

Dieser brausende Strom von Gedanken und Ideen ist mit übermächtigem Anprall über unsere bisherige Wirtschaftsordnung herein-

gebrochen. Niemand von Ihnen wird mehr glauben können, daß diese Wasser sich verlaufen würden, ohne zuvor Altes zerstört und Vorhandenes niedergerissen zu haben. Wer könnte diese Überschwemmung, diese Überflutung einhalten? Es gibt heute keine Dämme und Deiche, die stark genug wären, dem Anprall der **sozialistischen Ideen** zu widerstehen. Mögen wir — wie ich — in diesem Strom das ungestüme Drängen nach einem hohen, tief empfundenen Ideal, nach einer neuen, auf Gerechtigkeit aufgebauten Ordnung mit Freuden erblicken oder — wie viele andere unter Ihnen vielleicht — in ihm nur die elementare Kraft der Zerstörung sehen: jeder von uns muß mit der gegebenen Tatsache, mit der realen Macht der sozialistischen Idee als mit einer Tatsache rechnen, die er in Berücksichtigung zu stellen hat. Noch wissen wir nicht, ob dieser Strom die weiten Lande befruchten und den Boden für reicheres und schöneres Wachstum vorbereiten wird, oder ob er unsere Heimat in eine Trümmerstätte verwandeln wird, in dessen Chaos jedes menschenwürdige Leben vernichtet wird. Das liegt heute noch im Ungewissen. Aber ein jeder unter uns fühlt wohl, daß sich in Bälde das Schicksal des deutschen Volkes entscheidet. Ungestümer denn je werden Forderungen, Wünsche, Hoffnungen, Erwartungen laut, und in diesem wirren Durcheinander der schrillen Stimmen ist ein gemeinsamer, leitender Gedanke noch kaum zu erkennen. Die einen wollen stürmisch vorschreiten und die kapitalistische Welt im Sturm erobern; sie sehen nicht, daß sie zerstören würden, was sie beherrschen möchten. Und die anderen wollen behutsam vorwärts schreiten, planmäßig, Schritt für Schritt ihr Ziel erreichen. Diese wollen vornehmlich den Anteil der bislang Unterdrückten an den wirtschaftlichen Gütern der Gesamtheit vermehren, jene ein schöneres Ideal besseren Menschentums und hoher Gerechtigkeit sofort verwirklichen.

Vier Monate wird dieser Kampf gekämpft. Das werktätige Volk ist heute dieses bloßen Meinungskampfes müde. Es will Taten sehen, und überall im Lande schreitet es selbst zu Taten. Aber hier sieht man wieder:

Leicht bei einander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Die ins Unendliche gesteigerte Überfülle von Ideen beginnt schon ins völlig Ideenlose überzufließen, die übergroße Zahl der am Aufbau der neuen Wirtschaft arbeitenden Köpfe und Hände zur völligen Desorganisation der Wirtschaft, zur wirtschaftlichen Anarchie zu führen. Und was dann? Dann geht der Weg zum Ziel durch Tod und Untergang. Wie will man aus einem solchen Gemisch von Verzweiflung und Entsittlichung, das dann die Volksseele beherrschen würde, je wieder den Weg, der uns allen vorschwebt, zu einer höheren Gesittung zurückfinden?

In dieser Wirrnis, nicht der äußeren Ordnung, sondern des inneren Lebens, hält es die Regierung einmütig für ihre Pflicht, den Versuch zu machen, durch einen Akt der Gesetz-

gebung dem sozialistischen Streben ein legales Feld der Betätigung einzuräumen, den machtvollen Strom des **Sozialisierungswillens** in ein geregeltes System zu leiten, aus dem heraus seine Wasser das Land durchspülen und mit neuem, fruchtbarem Humusboden überdecken können.

Die beiden Gesetze, die Ihnen, meine Damen und Herren, vorliegen, bedeuten kein neues Programm. Die Reichsregierung läßt sich durch keine Umtriebe verantwortungsloser Elemente, durch keine äußeren Ereignisse irgendwelcher Art von dem Wege evolutionärer, das Vorhandene umbildender Neugestaltung des Wirtschaftslebens abbringen. (Bravo! links.) Die Gesetze wollen nichts anderes bedeuten und sind nichts anderes als ein bedeutsamer Schritt zur Verwirklichung des **Sozialisierungsprogramms**, zu dem wir uns wiederholt und nachdrücklich in der Regierung bekannt haben. Doch wollen wir dieses Programm, das bislang nur als ein Bekenntnis und ein Versprechen der Reichsregierung vorlag, durch einen Akt der Gesetzgebung **verankern und sicherstellen, um** für die Ausführung, die ungesäumt in Angriff genommen wird, ein sicheres Fundament zu schaffen.

Sicher werden sich wieder schrille Stimmen von jenen vernehmen lassen, denen dieses Fundament nicht genügt. Sie erkennen die Breite dieses Fundaments nicht, weil sie Blinde oder Phantasten sind, oder sie wollen sie nicht erkennen, weil sie nur danach trachten, einem schon zusammenbrechenden Weltensystem noch einige kümmerliche Tage hinzuzuzählen, mag auch das deutsche Volk unentrinnbar mit in den Strudel der Vernichtung hereingezogen werden und zugrunde gehen. Sie malen in allen Farben ein prächtiges Bild von herrlichen Zeiten, denen sie das Volk entgegenzuführen gedenken. Der deutsche Kapitalismus soll die Zeche bezahlen, derselbe Kapitalismus, von dem sie sehr wohl wissen, daß er aus dem verlorenen Kriege und seinen wirtschaftlichen und sozialen Folgen schachmatt und fast bankerott hervorgegangen ist. Wo soll denn bei der verzweifelten Lage unserer Gesamtwirtschaft die Rente herkommen, aus der und mit der jene Zeche bestritten werden könnte? Wir werden froh sein müssen, wenn wir unsere arbeitenden Hände beschäftigen können im eigenen Lande, in eigener Wirtschaft — die wir dem Abgrund zutreiben sehen. Einem bergabrollenden Wagen ist die deutsche Wirtschaft gleich, und die sozialistische Idee hat nunmehr die Steuerung dieses Wagens übernommen. Nur beharrliche Ruhe kann das Tempo des Abwärtsrollens mäßigen, das Volk ganz vor dem Zerschellen bewahren und es den erhofften Zielen zuführen. (Zuruf.) — Ich habe den Zwischenruf nicht recht gehört, sonst wäre ich darauf eingegangen. Wer wie so viele Phantasten den Wagen mit einem einzigen Ruck in eine neue Richtung bringen wollte, der würfe diesen Wagen um.

Die **sozialistische** Idee hat auch die **Pflichtgebundenheit** zur Voraussetzung. Die neue Zeit kann nicht nur Freiheit bringen, auch

Pflichten. (Sehr richtig!) Und Freiheit nicht nur im Sinne der Zügellosigkeit, sondern im Sinne der Möglichkeit für jeden, der ernstlich das Beste des Ganzen zu fördern gewillt und befähigt ist, sich zu einem Wirkungskreise emporzuarbeiten, der diesem seinem Können und Wirken auch entspricht. Jede selbst übernommene oder von anderen anvertraute Aufgabe umschließt Verantwortlichkeit, und jede Verantwortlichkeit Pflichten. Von der Freiheit will jeder hören, nicht so sehr von den Pflichten. Und doch kann man jeden einzelnen Volksgenossen, nicht nur den arbeitenden, nicht eindringlich und nachdrücklich genug zu den Pflichten zurückrufen, die er der Gesamtheit gegenüber zu erfüllen hat. Manchmal scheint ja das Pflichtgefühl erstorben zu sein. Wir leben gewissermaßen in einer elementaren Reaktion gegen die Überspannung der Pflichten, die der Krieg dem Volke auferlegte, und doch kann uns nur schleunige Rückkehr zur Pflichterfüllung, zur ernsten Arbeit jedes einzelnen für das Ganze vor dem Untergange retten. Wir können nicht zusammengedrängt in einem Lande wohnen, das die Natur nur mit wenigen Schätzen segnete, unserem Boden nur in harter Arbeit abgewinnen, was wir zum Leben benötigen. Es ist unser Stolz gewesen, daß es uns durch harte Arbeit des Geistes und Körpers gelang, auf diesem Boden ein blühendes Leben aufzubauen. Der unglückselige Krieg hat uns von dieser Höhe tief herabgestürzt. Das bedeutet, daß wir wieder von vorn anfangen müssen. Aber wir wollen diesmal mit dem wirtschaftlichen Aufstieg, den wir zuversichtlich erhoffen, nicht einen sittlichen Abstieg Hand in Hand gehen lassen, der — das ist meine Überzeugung — die letzte Ursache unseres Zusammenbruchs ist. Daß jeder einzelne sich bei seinem Tun und Treiben der Pflichten bewußt ist, die er gegenüber dem Ganzen zu erfüllen hat, das ist die sittliche Grundlage des Sozialismus; und das kann in dieser allgemeinen Verwirrung der Begriffe nicht nachdrücklich genug betont werden.

Das Ihnen vorgelegte Sozialisierungsgesetz stellt deshalb diesen Grundsatz als eine sittliche Forderung an die Spitze aller seiner Ausführungen: das Bekenntnis zur Pflicht der Gesamtheit gegenüber. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ausdrücklich möchte ich betonen: wir denken nicht daran, diesen Grundsatz der **sittlichen Verpflichtung zur Arbeit** zu einem rechtlichen Zwang zur Arbeit, etwa nach dem Vorbild des Hilfsdienstgesetzes, auszugestalten. Wir halten nichts von einem solchen Zwang, vertrauen aber um so fester darauf, daß unser Appell zu pflichterfüllender Arbeit dazu beitragen wird, die gesunden Triebe, die im deutschen Volke schlummern, wieder zu fruchtbringender Betätigung zu erwecken.

Aber dieser erste Satz enthält zugleich auch ein Programm, das unsere zukünftige Gesetzgebung beherrschen und leiten soll, wo immer das Recht der Arbeit berührt wird. Der Erkenntnis, daß die Arbeitskraft

das höchste wirtschaftliche Gut des deutschen Volkes ist, entspricht die Pflicht des Reichs, sie auch seinem **besonderen Schutz** zu unterstellen. Auch dieser Satz aus den Ihnen vorgelegten Gesetzen enthält zunächst nur ein Programm, das durch spätere Reichsgesetze auszufüllen sein wird. Dem Grundsatz der Arbeitspflicht entspricht das Recht auf Arbeit, das der folgende Satz anerkennt: jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Zugleich wird aus diesem Recht auf Arbeit auch die Verpflichtung der Gesamtheit hergeleitet, soweit dem Arbeitswilligen Arbeitsgelegenheiten nicht nachgewiesen werden können, für seinen notwendigen Unterhalt zu sorgen. Alles Nähere soll auch hier besonderen Reichsgesetzen vorbehalten bleiben. Sie sollen insbesondere darüber bestimmen, ob die Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln des Reichs, des Staates oder der Gemeinde oder im Wege der Arbeitslosenversicherung von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam aufgebracht werden soll.

So gibt gewissermaßen der erste Paragraph des ersten Gesetzes in einem kurzen Abriß die Stellung wieder, welche die Gesamtheit im neuen Deutschland der Arbeit des einzelnen gegenüber einnimmt. Die Vorschrift ist nicht der Form, aber der Idee nach gewissermaßen ein vorweggenommener Teil des Verfassungsrechts, eine Vorwegnahme des Artikel 34 des Verfassungsentwurfs, der ja die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reichs stellt. Dieser Satz ist in dem Sozialisierungsgesetz lediglich durch Erläuterungen der aus ihm folgenden sozialen Pflichten und sozialen Rechte des einzelnen weiter ausgebaut und veranschaulicht.

Nachdem so in dem ersten Paragraphen der Grundsatz der Sozialisierung der Arbeit ausgesprochen und erläutert ist, handeln die folgenden Paragraphen des Gesetzes von der **Sozialisierung der Unternehmungen.** Auch diese Vorschriften müssen als gewissermaßen vorweggenommene Bestandteile des Verfassungsrechts gewertet werden. Sie stellen eine sachliche Vorwegnahme des Artikel 9 Nr. 15 des Verfassungsentwurfs dar, wonach das Reich die Gesetzgebung über die Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft hat. Auch hier wird vom Sozialisierungsgesetz ein kurzer Satz des Verfassungsentwurfs anschaulicher gestaltet und in seinen Folgerungen weiter ausgeführt.

Die Befugnis des Reichs zur Regelung der deutschen **Gemeinwirtschaft** findet sich im Verfassungsentwurf in dem ersten Abschnitt: „Das Reich und seine Gliedstaaten". Hieraus ergibt sich, daß es der Zweck der Vorschrift ist, eine verfassungsmäßige Kompetenz des Reichs zur **Überführung** wirtschaftlicher Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft zu begründen. Würde eine solche Reichskompetenz nicht bestehen, so würde jeder einzelne Gliedstaat in der Lage sein, von sich aus ohne jede

Rücksicht auf das Gesamtinteresse des deutschen Wirtschaftsgebietes zur Sozialisierung überzugeben. Darin würde eine schwere Gefahr für die wirtschaftliche Einheit des Reichs begründet sein. Es könnten in weit verschlimmertem Maße die trostlosen Zeiten wiederkehren, wo jeder von den vielen deutschen Staaten seine eigene Wirtschaftspolitik trieb, und in dem mit willkürlichen Wirtschaftsschranken durchzogenen Lande nicht Raum war zu gesunder Kraftentfaltung. Das Reich muß, wenn es seine wirtschaftliche Einheit erhalten will, die gesicherte Möglichkeit haben, im Wege der Gesetzgebung einzugreifen. Wenn die Wirtschaftsführung der Einzelstaaten diese Einheit stören sollte, so ist gewissermaßen die Begründung einer deutschen Gemeinwirtschaft zugleich auch ein Bollwerk gegen partikularistische Wirtschaftstendenzen.

Diese Befugnis des Reichs zur Regelung der Gemeinwirtschaft soll keine ausschließliche sein, solange das Reich die gemeinwirtschaftliche Leitung eines Wirtschaftszweiges nicht in die Hand nimmt. Soweit es im Rahmen der von ihm zu schaffenden Organisation für Maßnahmen der Gliedstaaten Raum läßt, sollen die Gliedstaaten befugt sein, ihrerseits Maßnahmen zu treffen, die auf eine Vergesellschaftung zu eigenen Gunsten hinzielen. Greift zum Beispiel die gemeinwirtschaftliche Regelung des Reichs, wie für das Gebiet der Kohle, so, wie es Ihnen im zweiten Gesetzentwurf vorgeschlagen ist, nicht in das Eigentum an den Produktionsmitteln ein, sondern beschränkt es sich darauf, den Absatz der Produkte gemeinwirtschaftlich zu beeinflussen, so bleibt es natürlich den Gliedstaaten unbenommen, ihrerseits das Eigentum an den Produktionsmitteln in Anspruch zu nehmen und ihre Verstaatlichung durchzuführen. Selbstverständlich muß aber ein so verstaatlichtes Unternehmen sich den gemeinwirtschaftlichen Anordnungen des Reichs über den Absatz seiner Produkte ebenso fügen, als wenn es in der Hand des privaten Kapitals geblieben wäre. Aber die Sozialisierungsvorschrift enthält nicht nur eine Befugnis des Reichs, sondern auch zugleich ein Programm. Es enthält das Bekenntnis dazu, wirtschaftliche Unternehmungen zu sozialisieren, die für die Vergesellschaftung geeignet sind, die reif sind, aus der rein privatwirtschaftlichen Verwaltung in die Hand der Gesamtheit gelegt zu werden, und als Unternehmungen dieser Art ist die **Gewinnung von Bodenschätzen** besonders hervorgehoben worden.

Unter Bodenschätzen sind nur die toten Bestandteile der Erde verstanden worden, also alles das, was im Wege des **Bergbaues** gewonnen zu werden pflegt, nicht aber die Gewinnung von Bodenfrüchten, nicht die landwirtschaftliche Produktion. Niemand von uns denkt daran, dem Bauern seinen Acker zu nehmen. Die Fragen der Bodenpolitik sind auf anderer Grundlage zu lösen und ihre Regelung muß der Verfassung vorbehalten bleiben, deren Entwurf dem Reich ja die Gesetzgebung über die Grundsätze des Siedlungswesens, insbesondere auch

über die Regelung der Bevölkerungsverteilung und die Teilung des Grundbesitzes in Artikel 9 Nr. 14 übertragen wird.

Überhaupt ist zu dem Entwurf des Sozialisierungsgesetzes zu bemerken, daß seine Vorschriften selbstverständlich solche Wirtschaftsgebiete nicht betreffen, die in der Verfassung eine besondere Regelung erfahren werden. Ich verweise nur auf die verfassungsmäßige Regelung der Post, der Telegraphie, des Fernsprechwesens, der Eisenbahnen, der Wasserstraßen, des Kraftfahrwesens.

Was bedeutet nun **deutsche Gemeinwirtschaft?** Sie bedeutet die organische Eingliederung und Einordnung der einzelnen wirtschaftlichen Unternehmungen in die Gesamtheit des Reichs, die Unterordnung der privatwirtschaftlichen Interessen unter die Interessen der Gesamtheit. Die Anwendung dieses allgemeinen Betriebs auf den Einzelfall muß den individuellen Verhältnissen der verschiedenen Wirtschaftsgebiete sich anpassen. Nichts würde verkehrter sein als eine Schablonisierung der Wirtschaft. Jede Wirtschaftsgruppe ist ein Organismus eigener Art, der nach individuell angepaßten Formen verlangt. Anknüpfung an historisch Gewordenes, an die äußere Methode der Vereinigung, wie sie die kapitalistische Wirtschaft in Kartellen und Syndikaten ausgebildet hat, erscheint uns geboten. Aber der Geist, der in solchen Organisationen herrscht, muß aus der Sphäre rein privatwirtschaftlicher Betrachtung zur Verantwortlichkeit gegenüber dem Volksganzen, zur gemeinwirtschaftlichen Idee emporgehoben werden.

Bei der Besprechung der Kohlenwirtschaft, meine Damen und Herren, werde ich Gelegenheit finden, Ihnen an diesem Beispiel in großen Zügen darzulegen, wie die Durchführung dieser Grundsätze gedacht ist.

Gemeinwirtschaft bedeutet nicht Staatswirtschaft, sondern **Selbstverwaltung.** Der Staat ist kein geeigneter Träger der Wirtschaft (hört! hört! bei den Deutschen Demokraten); er soll und kann die oberste Aufsicht führen, der oberste Sachwalter der Gesamtheit sein, Interessengegensätze mit Weisheit und Gerechtigkeit ausgleichen. Aber er soll mit seinen starren Formen, mit seinen ehrlichen, aber auch oft täppischen Manieren nicht in das feine System von Adern und Äderchen eingreifen, das dem Volkskörper die nahrunggebenden Säfte zuführt. Das geschäftliche Handeln soll er im Rahmen der im Interesse des Volksganzen gebotenen Notwendigkeiten denen überlassen, die vermöge ihrer Zugehörigkeit zu dem betreffenden Wirtschaftszweige Verständnis für die Bedürfnisse desselben besitzen, und bei denen auch das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Gedeihen dieses Wirtschaftslebens durch die Verbindung mit den eigenen Interessen geschärft ist. (Sehr gut!) An einer solchen Mitarbeit und Mitverantwortlichkeit sollen auch in Zukunft die deutschen Arbeiter teilnehmen.

Meine Damen und Herren, das Sozialisierungsgesetz beschränkt sich nicht darauf, dem Reich den Weg zur evolutionären Umgestaltung der Wirtschaftsverhältnisse in sozialistischem Sinne zu eröffnen, gewissermaßen ein Sozialisierungsprogramm zu verheißen. Es nimmt unmittelbar die Sozialisierung des wichtigsten Zweiges unserer Wirtschaft, der **Energiewirtschaft**, in Angriff. Der wichtigste Teil unserer Energiewirtschaft ist die Kohlenwirtschaft. Abgesehen von diesem Zweige sollte die **Vergesellschaftung der deutschen Kaliwirtschaft** schon jetzt in Angriff genommen werden. Wir hatten die Absicht, Ihnen auch über dieses Gebiet ein besonderes Gesetz vorzulegen. Lediglich der Umstand, daß die Kaliwirtschaft schon jetzt durch Reichsgesetz in gewisser Hinsicht staatlich geregelt ist, hat die Regierung verhindert, in diesem Zeitpunkt zugleich mit dem Gesetz über die Kohlenwirtschaft einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Kaliwirtschaft ganz in gemeinwirtschaftlichem Sinne regeln soll. Es bedarf eingehender gesetzestechnischer Vorbereitungen, die noch nicht abgeschlossen sind. Die Regierung hat jedoch beschlossen, der Nationalversammlung ungesäumt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der für das Gebiet der Kaliwirtschaft in der Sache das gleiche vorsieht, wie Ihnen für das Gebiet der Kohle heute vorgeschlagen wird.

Zuerst soll also die Energiewirtschaft in Angriff genommen werden. Die Energie in ihren verschiedenen Gebrauchsformen ist die Grundlage und Voraussetzung jeder Industrie; ein unkörperliches, aber gleichwohl wichtiges Produktionsmittel. Die Möglichkeiten der Energieverwertung sind, wie Sie ja alle wissen, überaus zahlreich. Das darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Möglichkeit der Erschöpfung unserer **Energiequellen** gar nicht so ferne liegt. Die im Reichsgebiet vorhandenen Energiequellen — Steinkohlen, Braunkohlen, Torf, Holz, Erdöle, Windkräfte, Wasserkräfte usw. — sind im Verhältnis zu Deutschlands wachsendem Energiebedarf nicht sehr bedeutend und im einzelnen auch in der Ausnutzbarkeit mehr oder minder beschränkt. Deutschland ist durch seine wirtschaftsgeographische und wirtschaftspolitische Lage genötigt, in seinem Energiehaushalt stark vom Kapital zu zehren, in der Zukunft noch mehr als bisher. Geordnete Verteilung und vorteilhafte Verwertung dieser begrenzten Energievorräte ist daher unzweifelhaftes gemeinwirtschaftliches Erfordernis.

Das Gesetz über die gesamte Energiewirtschaft ist noch in Vorbereitung. Auch dieser Stoff ist verwaltungstechnisch überaus schwierig. Ich möchte deshalb heute auf diese unsere Pläne nicht weiter eingehen, sie sollen eingehend erörtert werden, wenn unsere Arbeiten zu einem solchen Ergebnis gekommen sind, daß sie als Unterlage der öffentlichen Besprechung dienen können.

Aber ein Gebiet der Energiewirtschaft hebt das Sozialisierungsgesetz noch besonders hervor, die **Kohle**. Das Reich soll in die freie

Kohlenwirtschaft eingreifen. Es stellt ihr neue wirtschaftliche, sozialpolitische und finanzpolitische Aufgaben und Ziele. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtergebnisse soll bei der Kohlenwirtschaft jeder unnötige Aufwand an Kapital und Arbeit vermieden werden; insbesondere soll auch auf eine möglichst wirtschaftliche Ausbeutung der Lagerstätten und Ausnutzung der Kohle hingewirkt werden.

Sozialpolitisch sollen an Stelle des bisher allein berechtigten und verantwortlichen Unternehmers Rechte und Pflichten der Allgemeinheit hinzutreten und als Sachwalter der Allgemeinheit werden die an der Kohlenwirtschaft unmittelbar beteiligten Kreise der Bevölkerung zur Verwaltung dieses Wirtschaftszweiges herangezogen. Neben den Erzeuger und den Händler tritt mitbestimmend auch der Verbraucher, und neben den Bergbauunternehmer tritt mit dem Rechte, nicht nur in den Fragen des Arbeitsverhältnisses, sondern auch in allgemeinen Fragen der Kohlenwirtschaft gehört zu werden, der Bergarbeiter.

Finanzpolitisch muß man wegen der trostlosen Lage Deutschlands möglichst hohe Einnahmen des Reichs aus der Kohlenwirtschaft anstreben. Ich möchte darauf in diesem Zusammenhang nicht näher eingehen.

Diese wirtschaftlichen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Gesichtspunkte sollen nun richtunggebend sein, und in ihrem Zusammenwirken prägt sich der Gedanke der Gemeinwirtschaft aus. An den Sieg des Grundsatzes der Gemeinwirtschaft knupfen sich viele Hoffnungen. Um so mehr ist es in dem Augenblicke, in dem die Gesetzgebung sich anschickt, dieses ideale Ziel weiter Volkskreise in die Tat umzusetzen, auch notwendig, neben den Lichtseiten auch die Schattenseiten klar ins Auge zu fassen. (Sehr richtig! rechts.) **Gemeinwirtschaft** heißt **Zentralisation.** Zentralisation birgt die Gefahr der Bureaukratie in sich und kann, gewollt oder ungewollt, ganz oder teilweise das Aufhören des Wettbewerbs zur Folge haben. Durch Bureaukratie geht die Feinfühligkeit für die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Anpassungsfähigkeit an diese verloren. Darunter leidet dann das wirtschaftliche Ergebnis. Mit dem Wettbewerb vermindert sich ein starker Ansporn zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt. (Zuruf.) Darunter leidet wiederum das wirtschaftliche Ergebnis. Diesen Gefahren der Gemeinwirtschaft muß Rechnung getragen werden. Ein schlechter Gesetzgeber, der es nicht tun würde! Der Gesetzgeber muß diese Gefahren in Rechnung stellen, wenn er nicht in den Fehler verfallen will, daß man zwar die Schäden der freien Wirtschaft durch eine gemeinwirtschaftliche Regelung beseitigt, gleichzeitig aber das Gesamtergebnis der Wirtschaft beeinträchtigt, daß der erwartete Nutzen für die Allgemeinheit ausgeglichen wird. Aus diesen Erwägungen — (Zurufe rechts.)

— Das ist die Hauptsache. Es darf selbstverständlich der erwartete Nutzen für die Allgemeinheit nicht aufgewogen werden; aber dafür wird die weitere Durchführung der Organisation Sorge tragen. Wir sehen die Notwendigkeit vor, die aufgestellten wirtschaftlichen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Forderungen der Gemeinwirtschaft nur bis zu der Grenze zu verfolgen, an der sie eben aufhört, dem Gesamtinteresse der Wirtschaft zu nützen, und beginnt, ihm zu schaden.

Um dieser Gefahr zu entgehen, sollen die Neuerungen sich ohne sprunghafte Versuche an das geschichtlich Gegebene, an das geschichtlich Gewordene, an den jetzigen Zustand anschließen.

Ferner soll die Kohlenwirtschaft nicht von einer Behörde, sondern durch die **Selbstverwaltung** der beteiligten Kreise unter Aufsicht des Reichs geführt werden, und zwar so, daß die aus der Bureaukratisierung erwachsenden Gefahren und die aus der Verminderung des Wettbewerbs drohenden Gefahren hintangehalten werden. Die im Sozialisierungsgesetz allgemein ausgedrückten Gedanken der Gemeinwirtschaft und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung werden für die Zwecke der Kohlenwirtschaft in dem diese betreffenden Gesetz schärfer umgrenzt. Ein **Reichskohlenrat** soll gesetzlicher Leiter der gesamten Kohlenwirtschaft sein. Da seine Bildung aus gewählten Vertretern der beteiligten Wirtschaftskreise einige Zeit erfordern wird, wird vorläufig gewissermaßen ein konstituierender Reichskohlenrat als Sachverständigenrat einberufen, der die weiter zu erlassenden Vorschriften zu bearbeiten haben wird, und für das Sondergebiet des Absatzes werden Bezirksverbände und ein Reichsverband geschaffen.

Dieses Sondergebiet des Absatzes ist es, das als zur Sozialisierung reifstes zunächst in die Hand der Gemeinschaft übergeführt werden kann und soll. Es bleiben also vorerst noch unberücksichtigt die Rechte an den Lagerstätten, die Gewinnung der Kohle und ihre Umwandlung in marktgängige Ware und schließlich die Verwertung und der Verbrauch der Kohle. Das, meine Damen und Herren, geschieht nicht, weil die Regierung sich etwa scheute, in die sogenannten wohlerworbenen Rechte an den unverritzten Feldern oder in die Privatbergregale einzugreifen. (Zurufe rechts.) Es handelt sich hier um **Berggerechtsame,** die sich zum weitaus überwiegenden Teile in wenigen kapitalkräftigen Händen vereinigen. (Sehr wahr!) Für solche Vorrechte, die lediglich eine risiko- und arbeitslose Pfründe darstellen, ist heute kein Raum mehr im Vaterlande. (Bravo!)

Der Weg, diesen unausgenutzten Felderbesitz der Gesamtheit nutzbar zu machen, ist aber nicht in wenigen Tagen zu Ende zu gehen. Die Lage ist besonders dadurch kompliziert, daß das bergbauliche Berechtigungswesen nicht nur ein wichtiges **Hoheitsrecht der Gliedstaaten,** sondern auch von großer finanzpolitischer Bedeutung für sie ist, und diese Fragen müssen also im Einvernehmen mit den Gliedstaaten ge-

löst werden. Wir haben es ja schon in der Regierung erlebt, was es für Schwierigkeiten macht, ohne Zustimmung der Einzelstaaten auf diesem Gebiet etwas zu tun. Von der Sozialisierungskommission war uns der Entwurf einer Verkündigung zugegangen. Diesen Entwurf haben wir zur Kenntnis der Bundesstaaten gebracht. Bayern schrieb ganz ausdrücklich: wir bitten, daß derartige Dinge nicht ohne unsere Zustimmung, ohne unsere Verständigung und nur im Wege der Gesetzgebung gemacht werden.

Also, meine Herren, so leicht und so schnell ist dieser Weg, der auf diesem Gebiet noch von uns zurückgelegt werden muß, nicht zu Ende zu gehen, und ähnlich schwierig liegen auch die Verhältnisse bei der **Kohlenförderung.** Was wir auf dem Gebiete des Bergbaus an Zusammenballung in sich ganz wesensfremder, aber doch gemeinsam von der Kohle abhängiger Betriebe sehen, das ist ein ganz besonderes Kennzeichen unserer technisch-wirtschaftlichen Entwicklung, und die Angliederung von Werken, die als feste Abnehmer für einen Teil der Kohlenförderung die wirtschaftliche Eigenkraft des Bergbauunternehmers stärken und durch innige technische Verbindung den Gang der Produktion von ganz unnötigen Zwischengliedern befreien. Das alles verfilzt das ganze Industriegebiet zu einem, ich möchte fast sagen, einzigen Gesamtkörper. An das Bergwerk gliedert sich die Kokerei, über diese hinaus die Eisen- und Stahlindustrie bis zur Fertigfabrikation, andererseits dann immer auch die weitgehend sich ausdehnende technische Verarbeitung der Nebenprodukte und schließlich die weit in das kommunale und industrielle Leben sich ausstrahlende Gas- und Stromerzeugung. So leicht ist diese Verfilzung nicht zu lösen, wie man es sich vorstellt, wenn man nicht hineinblickt in die Dinge. Wer in diesen Gesamtkörper hineinschneiden wollte, ohne genau die Trennungsgebiete bis ins kleinste zu kennen, der würde lebenswichtige Adern abschneiden können, so daß der gesamte Körper sich vielleicht verbluten könnte. (Sehr richtig!) So leicht ist also diese Verfilzung nicht zu lösen.

Keine tatsächliche Ablösung — daran denkt ja auch kein Mensch, denn in der Entwicklung zu diesem Zusammenschluß liegt ja der größte technische Fortschritt — aber wirtschaftsorganisatorisch sie zu lösen für die Umschreibung und Umgrenzung der Gemeinwirtschaft, auch das ist nicht von heute auf morgen zu machen. Wollten wir da zu schnell, ohne ausreichende Prüfung aller für die Erhaltung des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts maßgebenden Faktoren mit gesetzgeberischen Maßnahmen eingreifen, wir würden durch Ertragsschädigung der Allgemeinheit nur einen schlechten Dienst erweisen.

Aber, meine Damen und Herren, ein so plötzlicher Eingriff ist auch nicht nötig; denn der Zweck der Sozialisierung ist zunächst mit den im Kohlengesetz vorgeschriebenen Mitteln durchaus erreichbar. Aus dem

Gebiete des Kohlenabsatzes, das wir in die Gemeinwirtschaft überführen wollten, können wir die stärksten wirtschaftlichen Einwirkungen auf die Bergwerke, die ja Mitglieder der Verbände sind, ausüben, und darüber hinaus hat ja auch der gemeinwirtschaftliche Kohlenrat das Recht, die **Kohlenwirtschaft** zu leiten. Der Reichskohlenrat unter Zustimmung der Regierung soll festsetzen nicht nur die Preise, zu denen Kohlen verkauft werden, sondern auch die Preise, zu denen die Kohlen den Werken abgenommen werden, und damit können wir also das, was der einzelne erstrebt, eine Beschränkung und Beschneidung des Unternehmergewinnes, in weitgehendem Maße erreichen, wo es erforderlich ist. Der Kohlenrat kann auch die Maßnahmen treffen, die ihm als für die Gemeinwirtschaft nützlich erscheinen. Das ist ein sehr weiter Rahmen, den das Gesetz hier aufstellt, der dann später ausgefüllt werden soll. Zurzeit wollen wir nicht durch einen gesetzlichen Zwang einen plötzlichen Sprung machen, gerade jetzt, wo unser ganzes Wirtschaftsleben aufs tiefste zusammengebrochen ist. Da wollen wir nicht die Gefahr heraufbeschwören, daß ein übereilter Schritt zu einem Mißerfolge führt, der den ganzen Sozialisierungsgedanken dauernd diskreditieren würde.

Meine Damen und Herren! Eine Frage verlangt besondere Hervorhebung: die **Arbeiterfrage.** Ich schneide sie hier als Reichswirtschaftsminister nicht als rein sozialpolitische Frage, sondern in ihrem Zusammenhange mit den wirtschaftlichen Fragen an. Die Arbeiter sollen nicht nur die größtmögliche Förderung ihrer Berufsinteressen finden, sondern auch darüber hinaus Einfluß auf den Wirtschaftszweig ausüben, an dem sie mitarbeiten. Beide Forderungen sollen ihre Grenze nur noch an den Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft finden. Das Gesamtinteresse der deutschen Volkswirtschaft verlangt niedrige Preise der Erzeugnisse, Wettbewerbungsfähigkeit auf dem Weltmarkte, Leistung starker Abgaben an das Reich. Diese Bedingungen können bei dem in der übrigen Welt herrschenden System der Wirtschaft nur bei Berücksichtigung der Rentabilität der Wirtschaftsunternehmungen erfüllt werden. (Sehr richtig!)

Das nächste Ziel — und wir wollen es erfüllen, das ist erste Voraussetzung, denn wenn wir die Rentabilität der Wirtschaftsunternehmungen unterbinden würden, dann hätten ja die Arbeiter den allerschwersten Schaden davon — (lebhafte Zustimmung) das nächste Ziel, von dessen Erreichung die Erfüllung aller sonstigen Wünsche abhängig ist, dürfte also die Beibehaltung und möglichste Steigerung der Wirtschaftlichkeit sein. Und unter Wahrung dieser Grenzen soll der Einfluß der Arbeiterschaft möglichst groß sein. Wie und an welchen Stellen er sich im einzelnen auswirkt, das werden die künftigen Verordnungen und Gesetze bestimmen. Ich

will aber betonen, daß mir am wichtigsten erscheint die **Mitwirkung der Arbeitervertreter** an den Zentralstellen der Selbstverwaltungskörper, weil diese die Träger der Wirtschaft sein werden. Hier werden mit dem nötigen Gesamtüberblick die großen wirtschaftlichen Fragen behandelt, hier ist die Einwirkung auf die Kohlenwirtschaft in allen ihren Zweigen gegeben, und hier wird auch über die Frage entschieden, die das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft ausschlaggebend und bis in jeden Betrieb hinabwirkend, beeinflußt. Auf die Mitarbeit der Arbeitervertreter im Reichskohlenrat setze ich ganz besonders große Hoffnungen, weil hier die Wechselbeziehungen zwischen sozialen und Wirtschaftsfragen am klarsten zu erkennen sind, und das mit dem Gesamtinteresse verträgliche Maß dessen, was den Arbeitern an Rechten und am Ertrag der Wirtschaft zufließen kann, am besten beurteilt werden kann.

Aber noch ein anderes erwarte ich von der Beteiligung der Arbeiter. Die Arbeiter haben durch die Selbsterziehung in der Arbeiterbewegung zu wirtschaftlicher Einsicht herangereift, das **Recht der Mitbestimmung** und **Mitverantwortung** an den großen Geschehnissen des wirtschaftlichen Lebens. Ich, der ich selbst ein Sohn des arbeitenden Volkes bin, kann nicht eindringlich genug davor warnen, den sittlichen Charakter der deutschen Arbeiterschaft nach den Ausschreitungen einzelner zu beurteilen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wie es von jener Seite (nach rechts) so häufig geschieht, nach den Ausschreitungen einzelner, die sich mit einer geradezu maßlosen Verhetzung die seelischen Erschütterungen, die dieser unselige Krieg verursachte, zu Nutzen machen. Nehmen Sie sich einmal die Mühe, ungezwungen und als Mensch zum Menschen mit Arbeitern zu sprechen, und Sie werden bei ihnen sehr viel mehr Verständnis nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf betriebstechnischem Gebiete finden, als man vielfach in anderen Kreisen zu finden vermag. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und da es sich dabei um Wissen handelt, das aus eigener Kraft in den kurzen Mußestunden nach harter, häufig überlanger Arbeit erworben wurde, ist diesen Arbeitern ein Drang nach weiterem Wissen und damit auch eine Achtung eigen vor Dingen, die sie noch nicht näher kennen gelernt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese eigene Schule, in welche alle Arbeiter gegangen sind, aus denen sich die Unterführer und die Führer der Arbeiterschaft rekrutieren, befähigt auch die Arbeiterschaft, an der Lösung der größten Fragen mitzuwirken, wenn man sie nur auch an der Verantwortlichkeit teilnehmen läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Über nichts bin ich mir weniger im Zweifel, als darüber, daß in Zukunft aus den Kreisen der Arbeiter zahlreiche **Führer für unser Wirtschaftsleben** hervorgehen werden, und daß die von uns geplante wirt-

schaftliche Organisation somit nicht den Aufstieg der Tüchtigen hindert, sondern ihn ungemein fördert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir können in dieser furchtbaren Zeit, wo es sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt, den Kreis der Männer, aus denen unsere Führer hervorgehen sollen, nicht weit genug ziehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wo ist denn in der rein kapitalistischen Wirtschaftsordnung der freie Weg für den Tüchtigsten zur wirtschaftlichen Führerrolle gewesen? (Zuruf rechts: War immer da!) War nicht die erste und letzte Voraussetzung des Aufstiegs zu wirtschaftlicher Macht Reichtum und Gelderwerb? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch und Zurufe rechts.) Wo sollte denn der mittellose Arbeiter das Betriebskapital hernehmen, das den Grundstock jeder breiteren wirtschaftlichen Betätigung erfordert? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kann sich Tüchtigkeit nur in egoistischem Erwerbsbetrieb betätigen? Sind nicht die wahren und großen Führer immer Idealisten gewesen? Gewiß, meine Herren — und das ist es, worauf Sie (nach rechts) eben anspielten —: Sie meinen, daß auch in der Zeit der rein kapitalistischen Wirtschaftsordnung einfache Arbeiter auf kapitalistischer Basis zur wirtschaftlichen Führerrolle emporgestiegen sind. Aber diesen Männern hat zumeist ein glücklicher Zufall irgendeine in Geld ausnutzbare Erfindung beschert (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten — Zurufe rechts: Zufall? Nein, Arbeit! Tüchtigkeit!), die eben ihr Glück begünstigte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Geben Sie der deutschen Arbeiterschaft durch Eingliederung in die wirtschaftliche Organisation die Möglichkeiten, die tüchtigsten ihrer Söhne bis in die oberste Führung hineinsteigen zu lassen, und Sie werden Wunder erleben, welche Energien Sie zum Wohl unserer wirtschaftlichen Zukunft freimachen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hue.

Hue, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Begründung der beiden Gesetzentwürfe durch den Herrn Reichsminister Wissell hat weit mehr als ihr bloßer Wortlaut erkennen lassen, daß wir uns an einem Wendepunkt unserer Wirtschaftsgeschichte befinden: vielmehr als bisher soll der Mensch gewürdigt werden. Die **menschliche Arbeitskraft** wird als höchstes nationales Gut hervorgehoben, und sie wird dementsprechend auch einen gesetzlichen Schutz erfahren müssen. Die Arbeitspflicht des Arbeitsfähigen wird ausgesprochen. Daraus folgt selbstverständlich das Recht auf Arbeit, und daraus wieder folgt logisch das Recht des unverschuldet Arbeitslosen auf den notwendigen Unterhalt. Die öffentliche Arbeitslosenunterstützung, mag man sie nun gestalten, wie

man will, ist übrigens eine alte Forderung der deutschen Gewerkschaften. In welchem Ausmaße die Unterstützung der unverschuldet Arbeitslosen geschehen kann und soll, bedarf der näheren Feststellung durch besondere Gesetze. Meine Damen und Herren! Wer die Tragweite dieser Gesetzesvorschläge reiflich überdenkt, der wird mir beipflichten können, wenn ich sage, daß wir uns an einem Wendepunkt unserer Wirtschaftsgeschichte befinden.

Die für die Sozialisierung geeigneten wirtschaftlichen Unternehmungen sollen in die gemeinnützliche Bewirtschaftung überführt, insbesondere soll die Gewinnung der Bodenschätze, die Ausnutzung der Naturkräfte in die Gemeinwirtschaft übergeleitet werden. Die privatkapitalistische Autokratie soll hier verschwinden, die großzügig organisierte Gemeinwirtschaft an ihre Stelle treten. Das Sozialisierungsgesetz ist ein Rahmengesetz, das durch Spezialgesetze auszufüllen ist. Eines dieser Spezialgesetze liegt schon vor uns. Das Sozialisierungsgesetz ist also ein Rahmengesetz, das alle gemeinwirtschaftlichen Möglichkeiten auszunutzen gestattet.

Wir haben in unserem Antrage Nr. 99 der Drucksachen gefordert, die Nationalversammlung möge erklären, daß die für die Erhaltung unserer Volkswirtschaft notwendigen **Bodenschätze** als Eigentum der Nation erklärt werden. Die Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfs Nr. 1 hat uns erkennen lassen, daß zunächst das Eigentumsrecht an den nutzbaren Bodenschätzen, genauer gesprochen: bergbaulich zu gewinnenden Bodenschätzen, durch diesen Gesetzentwurf noch nicht geregelt wird. Es ist deswegen schon notwendig, daß mit möglichster Beschleunigung unserem Antrag auf Nr. 99 der Drucksachen entsprochen wird; denn daß die „Rechtsverhältnisse" hinsichtlich der bergbaulich zu gewinnenden Bodenschätze ein öffentliches Ärgernis geworden sind, darüber ist sich die ungeheure Mehrheit des ganzen Volkes einig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen zwar zugeben, daß das Sozialisierungsgesetz die Möglichkeiten gemeinwirtschaftlicher Ausnutzung unserer Bodenschätze und Naturkräfte in weitestem Umfange absteckt. Aber wir müssen doch auf baldigster Klarstellung des nationalen Eigentumsrechts an den volkswirtschaftlich notwendigsten Bodenschätzen bestehen.

Das aber ist voranzustellen bei der Klarstellung der Eigentumsfrage an den nutzbaren Bodenschätzen: kein Privatmann, kein sogenannter Regal- oder Standesherr besitzt ein „natürliches Recht" auf nutzbare Bodenschätze. Wie unser altgermanisches Markgenossenschaftsrecht das Eigentum an jenen Bodenschätzen der Markgenossenschaft — der Gemeinschaft — zusprach, so muß es wieder in dem neuen, dem republikanisch-sozialistischen Deutschland werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir in den Sozialisierungsgesetzentwurf eine

derartige Deklaration des Eigentumsrechts an den nutzbaren Bodenschätzen nicht hineinbringen können, dann müssen wir darauf dringen, daß mit möglichster Beschleunigung ein besonderer Gesetzentwurf von der Regierung vorgelegt werde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist um so notwendiger, weil zweifellos hinsichtlich des **Eigentums-** beziehungsweise **Nutzungsrechts an den mineralischen Bodenschätzen** eine fast einheitliche Auffassung in unserer Volksgemeinschaft besteht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte nur ein paar Belegbeispiele dafür anführen und will als erstes die konservative „Deutsche Tageszeitung" erwähnen, die im Jahre 1900 in einer Polemik gegen die später „schwerindustriell" genannten Unternehmer sinngemäß erklärte:

> Die **Kohle** ist Gesamteigentum und sollte nicht durch Privatunternehmer ausgebeutet werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In ähnlichem Sinne sprach sich 1904 bei einer Debatte über die Stillegungsaktion im Ruhrgebiet der Führer des Bundes der Landwirte Dr. Hahn im preußischen Landtage aus. Er wandte sich sehr scharf gegen die privatkapitalistische Ausnutzung unserer Bodenschätze und empfahl ihre **„Verstaatlichung"**, wie man damals sagte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Selbst Herr Minister Möller, der bekanntlich aus den Reihen der Industriellen hervorgegangen ist, erklärte 1904 im preußischen Landtage, die Fusionen, die Verschmelzungen in der Großindustrie, häuften sich derartig, daß man recht bald zu einem **Privatmonopol**, namentlich im **Bergbau**, käme; wenn aber ein Privatmonopol entstehe, so würde die Entrüstung des Volkes verlangen, daß dieses Privatmonopol abgeschafft und ein Staatsmonopol an seine Stelle gesetzt werde.

In ähnlichem noch schärferem Sinne sprach sich der politisch konservative Volkswirtschaftslehrer Professor Dr. Adolf Wagner über die Sozialisierung — oder wie man früher sagte: Verstaatlichung — der Mineralien und der Bergwerke aus. Vertreter auch fast aller bürgerlichen Parteien haben sich bei den Berggesetzänderungen, die in Preußen, in Baden, in Bayern, in Württemberg, in Sachsen und in den thüringischen Mittelstaaten in den letzten Jahrzehnten vorgenommen worden sind, für eine Änderung der bundesstaatlichen Berggesetze nach der Richtung hin ausgesprochen, daß die Privatwirtschaft eingeschränkt, die Gemeinwirtschaft ausgedehnt würde. Es kann also gar kein Zweifel darüber bestehen, daß schon lange vor dem Kriege die Entwicklung der privatmonopolistischen Herrschaft im Bergbau ein öffentliches Ärgernis geworden ist, und daß immer größer werdende Teile des Volkes, bis tief in die Kreise der Konservativen hinein, für eine gemeinwirtschaftliche Ausnützung unserer Bodenschätze sich ausgesprochen haben. Der Ge-

danke der **Sozialisierung** ist heute so bestimmend geworden, daß selbst eine Eingabe, die der **Deutsche Industrie- und Handelstag** unter dem 18. Februar 1919 an die Nationalversammlung gerichtet hat, sich immerhin dahin ausspricht, die „Sozialisierung" müsse den „wenigen Gewerbezweigen" vorbehalten bleiben, welche dazu geeignet seien. Also selbst diese Vertretung einer rein privatwirtschaftlich gerichteten Organisation anerkennt, daß, wenn auch nur wenige, nach ihrer Ansicht, aber immerhin gewisse Gewerbezweige für eine Sozialisierung reif geworden sind.

Man kann noch leichter feststellen, daß in den Kreisen der Arbeiterschaft, ohne Unterschied der politischen oder religiösen Richtung, der Gedanke der Sozialisierung immer mächtiger vorgedrungen ist.

Ein Mitglied unserer Nationalversamlung, Herr Kollege **Gleichauf**, Sekretär der Hirsch Dunckerschen Gewerkvereine, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, war es, der in einem Vortrage am 30. Dezember 1918 in Berlin aussprach:

> Es muß an die hoffentlich kommende deutsche soziale Volksrepublik die Zielforderung gestellt werden: Vergesellschaftung aller Betriebe und Verkehrsmittel, die solchen Umfang besitzen, daß sie sich selbst schon von der reinen Privatproduktion entfernt haben oder ihrem Umfange oder ihrer Betätigungsart nach allgemeine öffentliche Interessen berühren.

Der Herr Kollege Gleichauf führt weiter aus:

> Bei allen Betrieben, wo die freie Konkurrenz durch ihre Monopolstellung ausgeschaltet ist, muß die Vergesellschaftung zunächst durchgeführt werden.

Und besonders bedeutsam ist der Schlußsatz in der Rede des Herrn Kollegen Gleichauf, der lautet:

> Der alte Standpunkt der deutschen Gewerkvereine, daß sie auf dem Boden der Privatproduktion stehen, ist für die Zukunft in dieser allgemeinen Fassung nicht mehr haltbar.

Ich könnte auch eine ganze Menge von Aussprüchen **christlich-nationaler Arbeitervertreter**, eine Menge von Zitaten aus christlich-nationalen Zeitschriften vorbringen, womit bewiesen wurde, daß in der christlich-nationalen Arbeiterschaft oder in den christlichen Gewerkschaften der Gedanke des Sozialismus sich in einem großen Umfange durchgesetzt hat. Ich möchte nur ein Zeugnis beibringen, woraus die Herren der früheren Zentrumspartei ersehen können, wie tief auch in den Reihen der christlich organisierten Arbeiter die Erkenntnis von den eigentlichen Ursachen der heutigen Notstände gedrungen ist.

In dem Organ der **christlich-nationalen Eisenbahnergewerkschaft** heißt es unter dem Titel: War die Revolution notwendig?

> Unser Wirtschaftsleben war in den Händen des Kapitalismus. Eine kleine Anzahl von Menschen verfügte über die Kapitalmacht des Landes, über Entstehen und Vergehen unserer Unternehmungen, über den

> Aufstieg zu höheren Stellen. Die Produktion war in den Händen von Syndikaten, denen es weniger darauf ankam daß wirtschaftlich gearbeitet wurde, als daß im Inland hohe, im Ausland niedrige Preise gestellt wurden, und daß jeder Besitzer eines Werkes, gleichviel, ob es wirtschaftlich gesund war oder nicht, seine Rente empfing. Die Vermögen waren in den Händen von wenigen Personen

Aus diesen Feststellungen schlußfolgert dann das Organ der Christlichen Eisenbahnergewerkschaft, daß die Revolution eine notwendige Folge dieser schweren sozialen Mißstände ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir können also aus der Auslassung der Christlichen Eisenbahnergewerkschafts-Zeitung folgern, daß dort auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Sozialisierung unserer Volkswirtschaft zur Herrschaft gelangt ist.

Ich möchte auch nicht verfehlen, angesichts der mancherlei Bedenken über die durch die Sozialisierung bedrohte Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkte, darauf aufmerksam zu machen, daß dieselbe **soziale Bewegung**, die sich in Deutschland immer stärker bemerkbar macht, auch **im Auslande auftritt.** Aus der Fülle des mir in den letzten Wochen zugegangenen Materials möchte ich nur weniges anführen. Der **italienische Gewerkschaftskongreß** in Bologna, abgehalten am 2. Februar 1919, beschloß die Forderung der Sozialisierung von Grund und Boden, worin selbstverständlich auch die Sozialisierung der bergbaulich gewinnbaren Bodenschätze geschlossen ist, beschloß weiter, das Kontrollrecht der Arbeitervertretung über die Verwaltung von Fabriken und Industrien zu fordern, also die Einführung von Betriebsräten. In der ungarischen Bergbauindustrie vollzieht sich dieselbe oft turbulente Bewegung wie bei uns in Deutschland. Über **Schweden** las ich aus Fachzeitschriften der Eisenhüttenindustrie, daß dort eine „überstürzte Sozialisierungsbewegung" im Gange sei, vor der im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Eisenhüttenindustrie auf das dringlichste gewarnt werden müßte.

Aus **England** lesen wir in den letzten Tagen mancherlei Nachrichten, die uns zeigen, daß auch in dem Lande der Sieger der **Sozialismus** seine Anerkennung fordert. Ich habe hier einen Auszug aus der „Times" vom 14. Februar 1919, und zwar einen Auszug aus einer Rede des Walliser Bergarbeiterführers William Brace, eines Mannes, der mir seit vielen Jahren als ein sehr gemäßigter Arbeiterführer persönlich bekannt ist. Er erklärte im Unterhause folgendes:

> Die Arbeiter haben das Vertrauen zu den Unternehmern und zur Regierung verloren. Um das Vertrauen zurückzugewinnen, muß die Regierung das Problem an der Wurzel fassen. Wenn die Garung der Arbeiterschaft beseitigt werden soll, muß zunächst die Sozialisierung des Grund und Bodens vorgenommen werden. Wenn der Ministerpräsident Lloyd George sagen würde, die Regierung beabsichtige die Sozialisierung der Bergwerke, so würde er damit den gemäßigten

Bergarbeiterführern ihre Aufgabe wesentlich erleichtern. Denn wenn man jetzt den Bergleuten sagt, sie möchten sich gedulden, so meinen sie, sie sollen sich nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern im Interesse der Zechenbesitzer gedulden. Wenn die Kohle ein unentbehrlicher Stoff für das Wirtschaftsleben ist, so sollte sie auch unter der Kontrolle des Staates und nicht von Privatleuten stehen. Der Vorschlag der Sozialisierung von Grund und Boden, Eisenbahnen und Bergwerken ist gar keine sozialistische Idee, sondern eine rein praktische Anregung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So faßt man in England in den gemäßigsten Arbeiterkreisen — William Brace war während des Krieges eine Zeitlang Mitglied der Regierung — die Frage der Sozialisierung als eine praktische Anregung auf. Also, ob man im Lande des Siegers oder des Besiegten oder in Neutralien wohnt, überall drängt der sozialistische Gedanke nach praktischer Anerkennung. Das wird starken Einfluß auf den Ausgleich der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Wirtschaftsgebiete ausüben. Unstreitig, der Sozialismus ist die Frage der Gegenwart. Und sie muß im Bilde nach Möglichkeit praktisch so gelöst werden, daß die arbeitende Menschheit sich befreit fühlt von dem Druck einer privatkapitalistischen Autokratie. Die wirtschaftliche Demokratisierung ist jetzt das Gebot der Stunde.

Es ist nicht zu leugnen: die Überspannung der privatkapitalistischen Wirtschaft, die Exzesse der privatkapitalistischen Autokratie haben in allen davon getroffenen Ländern die Empörung der Massen wachgerufen. Während des Krieges ist es gelungen, mit den militärischen Mitteln diese Empörung zu dämpfen. Nun dieser Krieg mehr oder weniger tatsächlich zu Ende ist, da empört sich die Kreatur gegen ihre bisherige unwürdige Behandlung. Die Gegner der wirtschaftlichen Demokratie, der Sozialisierung mögen sich drehen und wenden, wohin sie wollen, sie können Ausflüchte und Einwände machen, es hilft alles nichts. Sie müssen mit uns Sozialisten die Frage der Sozialisierung mit der möglichsten Beschleunigung auf dem praktischsten Weg zu lösen trachten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der zweite Gesetzentwurf, über die **Regelung der Kohlenwirtschaft**, leitet diese Lösung auf dem hierfür geeignetsten Gebiete ein und bedeutet so auch eine Bestätigung des Programms des jetzigen Reichsministeriums hinsichtlich der Sozialisierung. Die Kaliwirtschaft soll demnächst in ähnlicher Weise behandelt werden. Wir hören auch, daß das gleiche der Fall ist mit der Energiewirtschaft, wohl soweit sie die Elektrizitätserzeugung betrifft. Es soll überhaupt ja nach dem ersten Gesetzentwurf die Sozialisierung der dafür reifen Unternehmungen in Angriff genommen werden.

Wo der gemeinwirtschaftliche Gedanke sich praktisch am weitesten vorgedrängt hat, da muß selbstverständlich auch mit der Sozialisierung

am ehesten eingegriffen werden. Das ist der Fall auf dem Gebiete des **Handels mit Bergwerksprodukten.** Der Handel mit Bergwerksprodukten durch Konventionen und Syndikate ist in Deutschland bereits an verhältnismäßig wenigen Stellen derartig zentralisiert, daß die Überführung dieses Handels mit den wichtigsten unserer Bodenschätze — abgesehen von der Landwirtschaft — eine verhältnismäßig leichte Sache ist, und zwar so leicht, daß selbst sozial sehr gemäßigte bürgerliche Volkswirte schon vor dem Kriege einer Verstaatlichung der Kohlensyndikate das Wort geredet haben.

Der Gesetzentwurf über die Kohlenwirtschaft lehnt sich eng an die Vorschläge der bereits im Dezember 1918 von den damaligen Volksbeauftragten eingesetzte Sozialisierungskommission. Ein besonderer Antrag der Sozialisierungskommission, datiert vom 11. Februar 1919, ist ja dem Hause zugegangen, ein Antrag, der in der Reichsverfassung Aufnahme finden soll. Er verlangt die Bildung von Zwangsverbänden der Unternehmungen in den für die Sozialisierung reifen Industrien.

Es ist das, was nun von der Regierung vorgeschlagen wird, übrigens kein „totaler Sprung ins Dunkle", wie ich dieser Tage in einer der Großindustrie nahestehenden Zeitung las, sondern dieser Gesetzentwurf hat einen sehr charakteristischen Vorgang. Es wurde nämlich am 12. Juli 1910 von der damaligen Reichsregierung eine „Bekanntmachung" erlassen über die **„Errichtung von Vertriebsgesellschaften"** für die Steinkohlen- und Braunkohlenindustrie. Im Artikel 1 dieser Verordnung heißt es:

> Die Landeszentralbehörden werden ermächtigt, die Besitzer von Steinkohlenbergwerken und Braunkohlenbergwerken allgemein oder für bestimmte Bezirke oder für bestimmte Arten von Bergwerkserzeugnissen ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Regelung der Förderung, sowie Absatz der Bergwerkserzeugnisse der Gesellschafter obliegt.

Sie sehen, von der organisatorischen Seite betrachtet, ist diese „Bekanntmachung über die Vertriebsgesellschaften in der Stein- und Braunkohlenindustrie" ungefähr dasselbe, was die jetzige Regierungsvorlage im größeren Rahmen erstrebt, nur mit dem für uns sehr entscheidenden Unterschied: die damalige „Bekanntmachung" betreffend Zwangssyndikate im Bergbau wollte die privatkapitalistischen Syndikate stützen und erweitern, während der Gesetzentwurf, der uns vorliegt, nicht die privatkapitalistische, sondern die gemeinwirtschaftliche, die sozialistische Organisation des Kohlenhandels sich zum Ziele gesetzt hat.

Der Grundvorschlag des zweiten Gesetzentwurfs ist die **Errichtung eines Selbstbewirtschaftungskörpers** für den Vertrieb von Kohle, Koks und Preßkohle unter Aufsicht und Entscheidung des Reichs. Nach den Untersuchungen der Sozialisierungskommission ist es durchaus verständlich, daß von einer „Verstaatlichung" der Kohlenwirtschaft, wie wir

es früher verstanden haben, abgesehen worden ist. Durch den Vorschlag, der uns jetzt unterbreitet worden ist, soll vermieden werden, daß die gemeinwirtschaftliche Kohlenversorgung durch Mängel der Bureaukratisierung und Schematisierung, die nach den Feststellungen der Sozialisierungskommission dem Staatsbetriebe im Bergbau in bedenklichem Maße anhaften, in einer Weise gehemmt und verteuert wird, daß das Gegenteil von dem erreicht wird, was erreicht werden soll. Bei der Kommissionsberatung, die, wie ich höre, in Aussicht genommen worden ist, muß festgestellt werden, wie sich nach der Verabschiedung des zweiten Gesetzes die parlamentarische Kontrolle über die Reichskohlenwirtschaft gestalten soll. Es muß weiter festgestellt werden, in welcher Weise sich die Zusammensetzung des konstituierenden Sachverständigenrats und des späteren **Reichskohlenrats** vollziehen soll. Es muß auch Klarheit darüber geschaffen werden, inwieweit die wertvollen Nebenprodukte, die zum Beispiel bei der Kohlenverkokung abfallen, in den Bereich des vorgeschlagenen oder eines anderen Selbstbewirtschaftungskörpers gezogen werden. Jedenfalls muß gegenüber etwaigen Einwendungen, die diesen Gesetzentwurf als nicht weitgehend und nicht einschneidend genug bezeichnen, hervorgehoben werden, daß die Sozialisierungskommission unter dem Vorsitz von Karl Kautsky schon am 10. Dezember 1918 in einer programmatischen Erklärung ausgesprochen hat, daß sie sich bewußt sei,

> daß der Erfolg der Sozialisierung abhange von der Erhöhung der Produktivität und durch die beste Organisation der Betriebe und die Ersparung aller unnützen Zirkulationskosten unter Leitung bewährter Techniker und Kaufleute erzielt werden müsse.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, kann man die vorgeschlagene Regelung der gemeinnützigen Kohlenwirtschaft als einen entscheidenden Schritt in der Richtung der völligen Sozialisierung des Bergbaues anerkennen. Wer über den Produktenhandel herrscht, das ist der entscheidende wirtschaftliche Faktor.

Wir müssen uns bei dieser Gelegenheit auch aussprechen über die in den letzten Wochen in den einzelnen Industriebezirken vorgekommenen **wilden Sozialisierungen.** Es ist nötig, auch von dieser Stelle aus zu betonen, daß sich alle mit der Materie genügend vertrauten Volkswirte dahin ausgesprochen haben, daß eine Sozialisierung nur dann von Erfolg für die Gemeinschaft sein kann, wenn sie auf allgemeiner, möglichst breiter Grundlage, und zwar durch die gesetzliche Vertretung des Volkes, durchgeführt wird. Was wir aber in den letzten Wochen in den diversen Industriebezirken erlebt haben, wo die Arbeiterschaft eines Werkes dieses Werk einfach „sozialisierte", indem sie die Verfügungsgewalt über das Unternehmen an sich riß, die Beamten absetzte, die Förderung bezw. Fabrikation in „eigene Regie" nahm, das

ist das Gegenteil von Sozialismus, das bedeutet nichts anderes als die Ersetzung der einen Gruppe von Privateigentümern durch eine andere. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch gegen diese wilde Sozialisierung, gegen diese tatsächlich antisozialistische Bewegung hat sich die Sozialisierungskommission in der Denkschrift, die uns ja bald gedruckt zugehen wird, mit aller Deutlichkeit und Schärfe ausgesprochen. Karl Kautsky schreibt in seinen Richtlinien zum sozialistischen Aktionsprogramm:

> Weil die Sozialisierung so wichtig und weittragend ist, läßt sie sich im Handumdrehen nicht durchführen, sondern nur schrittweise und nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und Vorbereitung der Neuordnung.

Und der jüngste Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Berlin beschloß auf Vorschlag des Abgeordneten Haase, die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen sei sofort „in Angriff zu nehmen". Dieser Forderung entspricht der Gesetzentwurf über die Reichskohlenwirtschaft.

Meine Damen und Herren, nun zu Ausführungen über die **Vertretung der Arbeiterschaft**, die in den Selbstverwaltungskörpern geschaffen werden soll. Der Herr Reichsminister Wissell hat in eindringlicher Weise sein Bekenntnis zur Arbeiterschaft abgelegt. Wir haben auch in unserem Antrag Nr. 99 der Drucksachen die Forderung gestellt, daß Vertretungen der Arbeiter, Betriebs- oder Zechenräte, je nachdem wie man sie nach den Industriegruppen gerade nennen will, geschaffen werden sollen. Wir sind der Meinung, daß eine Arbeiter- und Angestelltenvetretung, die zur Durchführung der Kontrolle des ganzen Produktionsprozesses geeignet ist, durchaus im Interesse der gesamten Wirtschaft liegt. Wir sind der Meinung, daß, wenn diese **Arbeiterräte** oder **Betriebsräte** an der geeigneten Stelle einsetzen, in praktischer Weise ihre Funktionen erfüllen, sie in der Tat von wesentlich günstiger Bedeutung für unsere wirtschaftliche Entwicklung seien. Ich habe bei den jüngsten Verhandlungen mit Vertretern von Streikenden, beispielsweise auch den Hallensern, gehört, daß auch diese nicht daran denken, etwa die Arbeiterräte oder Betriebsräte als dirigierende Organe in den Betrieben oder allgemein im Produktionsprozeß aufzustellen, sondern sie wollen gesetzlich berechtigte Kontrollorgane sein, wie der Wortführer der Streikenden von Halle erklärte, sie wollen „den Direktor, der heute der Kopf des Werkes ist, auch als Kopf belassen," sie wollen aber bei der Kontrolle des Produktionsprozesses dahin mitwirken, daß die Sozialisierung nicht etwa durch Maßnahmen gehindert wird, die in privatkapitalistischem Interesse liegen. Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir uns mit dieser Anschauung der Arbeiterschaft durchaus

einverstanden erklären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir hören, daß die Reichsregierung sowohl den Berliner wie den Hallenser Delegierten eine Erklärung dahin abgegeben hat, daß die Institution der Betriebsräte mit möglichster Beschleunigung einer gesetzlichen Regelung zugeführt werden soll. Wir sprechen bei dieser Gelegenheit die dringende Forderung aus, daß die in der Regierungserklärung an die genannten Delegationen ausgesprochenen Gedanken möglichst bald einer gesetzlichen Verwirklichung entgegengeführt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man muß sich überall mit der Tatsache abfinden, daß unsere Zeit eine privatkapitalistische Autokratie nicht mehr duldet, daß der Arbeiter und Angestellte neben dem Unternehmer als gleichberechtigter Faktor in dem Produktionsprozeß wirklich anzuerkennen ist, sich nicht mehr als das fünfte Rad am Wagen behandeln lassen will, wie es unter der privatkapitalistischen Autokratie doch mehr oder weniger der Fall ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Erinnern wir uns auch, daß von Unternehmerseite mit denselben Argumenten, mit denen man heute gegen die Betriebs- und Zechenräte vorgeht, selbst gegen die harmlosen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vorgegangen worden ist, und wenn man die Sache genau betrachtet, wenn man die Forderung der Betriebsräte in den verschiedenen Streikgebieten mit den alten gewerkschaftlichen Forderungen hinsichtlich der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vergleicht, so findet man in der Tat keinen wesentlichen Unterschied. Auf den Namen allein kann es doch wirklich nicht ankommen, es kommt auf die Sache selbst an, und wenn jemand das Bedürfnis hat, sich den Titel „Rat" beizulegen, nun — so lasse man ihm das Vergnügen.

Der Herr Reichsminister Wissell sagte mit Recht, unser Volk, unser ganzes **Wirtschaftsleben** sei tief **erkrankt.** Meine Damen und Herren, wer die Leiden der Massen während des Krieges, wer ihre sehr oft außerordentlich unwürdige Behandlung durch **kapitalistische Autokraten** während des Krieges und vor dem Kriege so genau kennen gelernt hat wie meine politischen Freunde, der weiß recht wohl die draußen vor sich gehende Bewegung in ihren tiefsten Ursachen zu würdigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der versteht durchaus, warum es in der jetzigen Situation anarchistischen Exzedenten möglich ist, diesen kranken Körper noch zur lebensgefährlichen Fieberhitze zu treiben. Aber unsere Aufgabe muß es sein, als sozialer Arzt den tiefen Krankheitsursachen nachzuspüren und mit allen Mitteln und Kräften, die uns zur Verfügung stehen, auf die Beseitigung der eigentlichen Krankheitsursachen hinzuwirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in einem Organ der rechtsstehenden Parteien geschrieben wurde, das Sozialisierungsgesetz und das Kohlenwirtschaftsgesetz sei ein Zeichen der Schwäche der demokratisch-

sozialistischen Regierung, sie weiche einem Druck von außen, so will ich doch daran erinnern, daß dies ja nicht ohne Vorgang wäre. Wenn Sie sich nur allein auf die Bergarbeiterbewegung beschränken, so werden Sie bald herausfinden: alle neueren Bergarbeiterschutzgesetze, sowohl z. B. in Österreich wie in Belgien, Frankreich, England wie in Preußen-Deutschland, sind nach großen Bergarbeiterausständen entstanden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So war es nach dem Jahre 1889, so war es nach 1905 in Preußen, so war es 1912 in England, als das Mindestlohngesetz für den Bergbau entstand, so war es 1893 nach dem großen österreichischen Bergarbeiterstreik, als das Neunstundenschichtgesetz entstand. Sie sehen, wie mehr oder minder autokratische Regierungen sich genötigt sahen, sich einem starken Druck von außen zu fügen. Eine demokratisch-sozialistische Regierung aber befindet sich in keiner anderen Lage, wenn sie nicht vorher schon Vorbereitungen getroffen hätte, um einem Volksbegehren entgegenzukommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben aber die Tatsache zu verzeichnen, daß das Sozialisierungsgesetz und namentlich das Gesetz, betreffend die Kohlenwirtschaft im Reichswirtschaftsamt und im Reichsarbeitsamt schon seit Wochen beraten worden ist. Sie haben ferner die Tatsache zu verzeichnen, daß die Forderung nach den Betriebs-, Zechen- und Bergwerksräten nicht etwa erstmalig in dem angekündigten Gesetzentwurf anerkannt wird, sondern es ist bereits in der Regierungsverordnung vom 18. Januar 1919*) von diesen Räten die Rede. Überdies muß man sagen: wenn eine Volksregierung, die aus einem Volksparlament hervorgegangen ist, das Mandat direkt oder indirekt durch das Volk hat, auch wirklich dem „Verdacht" unterliegen sollte, einem Drucke von außen gewichen zu sein, so bedeutet das durchaus nichts Beschämendes und Entwürdigendes, sondern es würde sich dadurch eben zeigen, daß es eine Volksregierung ist, die dem Volke das bringt, was eine Regierung mit gutem Gewissen zusagen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Schließlich ist das, was wir von der Regierung zur Beratung vorgelegt bekommen haben, eine Volkssache, es ist zweifellos ein Volksbegehren. Alle sozial gerichteten Kräfte in unserer Nation müssen sich angesichts der sowohl in unserem Lande als auch außerhalb unseres Landes sich vollziehenden außerordentlichen Umwälzung in der Gedankenrichtung der Menschen zur schleunigsten Erfüllung der uns gestellten Aufgaben vereinigen. Ich persönlich würde eine Kommissionsberatung nicht für notwendig halten (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), weil es sich hier um eine Materie handelt, die eigentlich durch eine Fülle von literarischen und anderen Äußerungen schon so durchgearbeitet, so spruchreif geworden ist, daß man sagen kann: sie ist

*) Verordnung betr. den Bergbau vom 18. Januar 1919 (R.G.Bl. S. 64).

geklärt. Es würde sich allenfalls nur noch um eine interfraktionelle Aussprache handeln können, um diesen oder jenen Schönheitsfehler in den Gesetzentwürfen auszumerzen. Ich höre, daß Kommissionsberatung von großen Parteien gewünscht wird, und so wird sie nicht zu umgehen sein. Bei dieser Kommissionsberatung muß an die Spitze gestellt werden der Fundamentalsatz, daß das Privatinteresse sich unter allen Umständen dem Gemeininteresse zu beugen hat. (Sehr richtig!) Mag es dem einen oder anderen infolge seiner Erziehung oder Gewöhnung, vielleicht auch wegen seiner anders gerichteten Interessen schwer fallen, dem Gedanken der Sozialisierung den Tribut zu zollen, den das Volk beansprucht: er kann und darf nicht anders handeln, wenn er den Erfordernissen unserer Zeit weitsichtig Rechnung tragen will.

Es ist kein Zweifel, daß unser Wirtschaftsleben bis in seine tiefsten Tiefen schwer erkrankt ist, daß wir einen erschreckenden Niedergang erleben, dessen Aufhören einfach eine Lebensfrage für uns ist. (Sehr wahr!) Wir müssen diese Erkrankung überwinden, unser Wirtschaftsleben wieder zu einer neuen Höhe führen, und zwar unter der Geltung sozialistischer Ziele. Im Augenblick müssen wir — und darin stimme ich wieder vollkommen mit Karl Kautsky überein — all unseren Volksgenossen zurufen, daß es jetzt nicht darauf ankommt, wie die Produktionsweise ist, sondern lediglich darauf, daß überhaupt produziert wird. (Lebhafte Zustimmung.) Für meine politischen Freunde kann ich restlos vor dem Lande das Versprechen abgeben, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften für die entschiedene Durchführung der Sozialisierung der Volkswirtschaft eintreten und uns davon von keinerlei privatwirtschaftlichen Einwendungen oder sogenannten diplomatischen Erwägungen abhalten lassen werden, daß wir vielmehr das Ziel, das in unserem Programm festgelegt ist, unverrückt im Auge behalten und geradenwegs darauf lossteuern wollen.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Gütererzeugung und Güterverteilung wieder in vollen Gang gebracht wird, wobei aber der Schutz der menschlichen Arbeitskraft als höchstes Gut der Nation in den Mittelpunkt unserer Bestrebungen gestellt ist.

Meine Damen und Herren, ein starkes Beben, wie wir es ähnlich vor 400 Jahren zur Zeit der großen Bauernrevolution in Europa erlebt haben, geht durch die ganze Welt. Ähnliche Vorgänge wie damals, auch leider ähnliche Ausschreitungen anarchistischer Art, spielen sich heute ab. Aber das Große und Fruchtbare dieses Weltbebens dürfen wir nicht verkennen. Der Weltkrieg hat die Gedankenwelt der Menschen revolutioniert. Es sind andere Menschen, die aus dem Kriege zurückkehrten, und andere, die die Leiden des Krieges in der Heimat haben erdulden müssen. (Sehr gut!) Eine

andere Gedankenwelt steht heute vor uns, andere Menschen hat der Weltkrieg zurückgelassen. Diese Revolutionierung der Gedankenwelt in praktischer sozialistischer Arbeit auszunutzen, dazu müssen sich alle bereitfinden, die guten Willens und auch guten Herzens sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Brauns (Cöln).

Dr. **Brauns** (Cöln), Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Nationalversammlung sah sich bei ihrem Zusammentreten vor zwei bedeutsame Aufgaben gestellt. Sie sollte zunächst das deutsche Volk in den Stand setzen, Frieden zu schließen, nach den Tagen der Revolution ihm wieder eine verhandlungsfähige und garantiefähige Regierung geben. Diese Aufgabe hat die Nationalversammlung gelöst, hat sie schnellstens gelöst.

Darüber hinaus obliegt unserer Nationalversammlung die ungleich schwierigere Aufgabe, dem neuen Deutschland eine neue Verfassung zu geben, damit wieder **Ordnung und Stetigkeit** in unser Staatswesen einziehen kann. Aber diese Ordnung ist keineswegs bloß durch eine neue Reichsverfassung zu schaffen. Die beste Verfassung ist wertlos, wenn das Reich nicht wieder eine gesunde **wirtschaftliche Grundlage** erhält. In dieser Hinsicht fehlt es aber leider gerade an den Quellen jeglicher wirtschaftlicher Werte. Sie sind teils verstopft, teils am Versiegen. Ich meine die uns allen bekannten letzten Quellen wirtschaftlicher Werte: Natur, Kapital und Arbeit. Der Boden ist nicht mehr so ergiebig wie vordem, das Kapital ist durch den Krieg und die nachfolgenden Ereignisse zum Teil zerstört, zum Teil nicht mehr für die Gütererzeugung verfügbar, und auch die Arbeitskräfte sind nicht mehr in dem alten Maße vorhanden. Millionen der besten Kräfte sind tot, verwundet, krank und siech.

Das, meine Verehrten, sind Schäden, an denen wir nichts ändern können, sie liegen außerhalb unseres Wollens. Was aber schlimmer ist: es fehlt in weiten Kreisen unseres Volkes auch an **Arbeitslust**. (Sehr richtig!) Ich denke dabei keineswegs bloß an Arbeiterkreise und keineswegs auch bloß an schuldbare Arbeitsunlust, ich denke vielmehr auch an manche Gewerbetreibende, an manchen Bauer, an industrielle Unternehmer. (Sehr richtig!) Sie stehen zum großen Teil vor Ruinen ihrer ehemals blühenden Betriebe. Die alten Wege sind nicht mehr gangbar. Man hat mit ihnen experimentiert, sie stehen vor einer durchaus unsicheren Zukunft. Woher sollen sie Wagemut, woher Freude an ihrer Lebensaufgabe wiedergewinnen? Sie halten nur noch aus im Bewußtsein der Pflicht, wie der Kapitän, der das Schiff nicht verläßt, auch wenn es in Gefahr ist, zu sinken. Der Hauptgrund aber,

warum diese Kreise, die ich zuerst jetzt erwähnt habe, nicht zu freudigem Schaffen kommen können, liegt in dem Mangel an **ausführender Lohnarbeit.** Sie ist qualitativ von größtem Belang, aber erst recht quantitativ. Ja, auf sie kommt es jetzt eigentlich in allererster Linie an. In dieser Arbeit liegt für uns allein noch Zukunft, mit ihr können wir uns retten, ohne sie ist Deutschland, sind wir alle, jeder Stand und jeder einzelne von uns wirtschaftlich ruiniert.

Arbeit allein kann die Naturgaben mehren, Arbeit allein das verlorene Kapital und den verlorenen Kredit uns wiederbringen, Arbeit allein kann uns Brot und Leben erhalten. Aber gerade an dieser ausführenden Lohnarbeit fehlts. Unsere Produktion sinkt rapid und wird durch unausgesetzte wilde Streiks schließlich gänzlich lahmgelegt. Da liegt gegenwärtig der wichtigste Grund unseres wirtschaftlichen Elends. Hier müssen also auch die Hebel der Besserung eingesetzt werden.

Wo liegen, meine Damen und Herren, die **Gründe** dieser Erscheinung? Die Frage läßt sich hier in diesem Zusammenhange nicht ganz umgehen. Rechte Abhilfe setzt ein zutreffendes Urteil über die Ursachen der Krankheit voraus. Die bedauernswerte Unlust und Arbeitshemmung ist wohl zunächst als Folge- und Begleiterscheinung des Kriegsendes und der Revolution zu werten. Wir müssen sie betrachten als eine **seelische Reaktion** von mehr als vier harten Kriegsjahren. Denken Sie an die Krieger und an ihre übermenschlichen Opfer im Kampfe, denken Sie an die Opfer des Hungers und jeglicher Einschränkung der Lebenshaltung, die die Heimat hat bringen müssen, denken Sie vor allen Dingen auch an die Massen, die nunmehr aus der Munitionsindustrie abgestoßen werden, aus dieser vielfach so außerordentlich gesundheitsgefährlichen Arbeit in die trostlose Umgebung von heute hinein. (Sehr richtig!) Daß hier eine gewisse Erschlaffung eintreten kann, ist erklärlich. Damit ist zu rechnen, und damit müssen wir uns abfinden. Es ist auch erklärlich, daß eine wilde und unverantwortliche Verhetzung des Volkes angesichts dieser seelischen Stimmung Boden finden konnte, viel mehr als es sonst möglich gewesen wäre. Es ist mit Recht vielfach darauf hingewiesen worden, daß es doch lange nicht immer die härtest Geprüften gewesen sind, welche heute zu immerneuen Putschen und **wilden Streiks** auffordern. (Sehr richtig!)

Doch darauf möchte ich hier in diesem Zusammenhange nicht weiter mehr eingehen. Gegenüber solchen Elementen muß die Parole lauten: Gewalt gegen Gewalt. (Erneute Zustimmung.) Die Strenge des Rechts gegen offenbares Unrecht! Hier helfen auch keine Sozialisierungsgesetze. (Sehr richtig!) Wir haben aber auch bei den Streiks mit einer kühlen Verstandesrechnung von Arbeitern zu tun, die keineswegs zu den Kommunisten und Bolschewisten zu rechnen sind.

Die Fragen: woher der Krieg? woher unsere Niederlage im Kriege? — werden immer und immer noch wieder aufgeworfen. Sie kennen die volkstümlichen Antworten, die vielfach gegeben worden sind. Ich brauche nur an ein bekanntes Wort zu erinnern: „Der Krieg ist für die Reichen". Wir lehnen eine solche Antwort ab, weil sie höchst einseitig und falsch ist und Nebenerscheinungen zur Hauptsache macht. Aber daß unsere Art der wirtschaftlichen Expansion im Auslande auch ihre großen Mängel gehabt hat, darüber sind wir uns heute wohl klar. Daß die private Gewinnsucht, der Mammonismus im Kriege nicht bloß bei einzelnen, nein auch in ziemlich weiten Kreisen geradezu Orgien gefeiert hat, mehr als je zuvor, daß der Krieg wirklich für sehr viele ein vorzügliches Geschäft war, darüber kann kein Zweifel mehr bestehen. Daß darum unser Volk nach einer neuen Parole sucht gegenüber dem Privatkapitalismus als allein gültigem und herrschendem System, gegenüber dem Geiste des Mammonismus, den ich gekennzeichnet habe, das ist erklärlich und verdient unsere vollste Beachtung. (Sehr richtig!) So kam nicht etwa bloß der Wahlspruch: Demokratisierung, so kam auch der Ruf **nach Sozialisierung.** (Erneute Zustimmung.) Die Revolution war zunächst und äußerlich betrachtet allerdings eine politische. Im Hintergrunde und im Kern der ganzen Bewegung aber steckte auch ein sozialer Gedanke. Diese Tatsache ist gegeben, und wir müssen ihr unbedingt Rechnung tragen.

Eine gewisse Sozialisierung liegt auch durchaus im Zuge der Zeit. Die alte Gesellschaft hat bereits erwogen, ob nicht gewisse Zweige der Wirtschaft für eine Sozialisierung reif seien. Auch die Gesetzgebung vor der Revolution ist diesen Erwägungen bereits tatsächlich gefolgt. Ich erinnere an die Kaligesetzgebung, die ein gut Stück Sozialisierung bereits bedeutet, ich weise auf das Branntweinmonopol hin, das allerdings aus steuerlichen Gesichtspunkten geschaffen wurde.

Sozialisierung ist aber nicht bloß Verstaatlichung, sondern auch Steigerung des öffentlichen Einflusses auf die Privatunternehmungen, und zwar im Sinne gerechter Verwaltung und Verteilung, insbesondere soweit es sich um monopolistisch ausgestaltete Produktionszweige handelt, und daran hat es ja in Deutschland schon in den letzten Jahren vor dem Kriege wahrhaftig nicht gefehlt. Die zirka 600 Kartelle und Syndikate, die es vor dem Kriege in Deutschland gab, sind der äußere Ausdruck dieser monopolistischen Entwicklung. Die Organisation der Kriegswirtschaft hat diese Entwicklung noch gesteigert und ihr recht unangenehme Begleiterscheinungen gegeben.

Das Bedürfnis, hier regelnd einzugreifen, ist von seiten meiner Fraktion stets anerkannt worden. Es fand seinen Ausdruck in unserem Kartellantrag, der ein **Reichskartellamt** zur Beaufsichtigung und zur Beeinflussung dieser neuen Monopole im Interesse der Allgemeinheit

verlangte. Hätten wir ein solches Kartellamt zeitig geschaffen, so wäre damit die beste Vorarbeit für eine gegenwärtig weitergehende Sozialisierung geleistet gewesen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Daß jetzt nach dem Kriege, wo die Kriegsgesellschaften dank staatlichen Schutzes und staatlicher Förderung syndikalistische Formen angenommen haben, gerade auf diesem Gebiete ein gesetzlicher Fortschritt in Gestalt einer Sozialisierung angestrebt wird, ist durchaus zu verstehen. Es ist auch durchaus verständlich, daß gerade die Arbeiter eine Sozialisierung in erster Linie erwarten; denn in vielen Fällen, ganz besonders in der Schwerindustrie, bedeutete die geschilderte Entwicklung ein starkes Anwachsen der Abhängigkeit der Arbeiterschaft vom Privatkapital. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben in den letzten Jahrzehnten gesehen, wie sich der Tarifgedanke im Klein- und Mittelgewerbe überall durchsetzen konnte; aber in der Schwerindustrie hat er es nicht gekonnt, in keiner einzigen Form. Da galt nach wie vor der Standpunkt des Nichthineinredenlassens, des Nichtverhandelns. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Sozialisierung, meine Damen und Herren, ist für die Arbeiter keineswegs eine bloße Geldfrage (sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten), sondern auf den Menschen kommt es an. Er will auch im Produktionsprozeß als solcher geachtet, respektiert sein. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Das soll auch in der Organisation des Wirtschaftslebens seinen Ausdruck finden.

Sofern die vorliegenden Gesetze diesem Gedanken und diesem Ziele Ausdruck geben, stimmen wir ihnen im allgemeinen durchaus zu und hoffen, daß das gegenwärtige Vorgehen der Nationalversammlung draußen die Überzeugung verbreiten wird, daß wir ernstlich entschlossen sind, dem berechtigten Verlangen der Arbeiter nach Sozialisierung Rechnung zu tragen. (Bravo! im Zentrum.) Wir begrüßen es insbesondere, daß die Regierung sofort an einer Stelle unserer Wirtschaft praktisch zugreift, indem sie die **Kohlenwirtschaft** einer gemeinwirtschaftlichen Organisation unterstellt. Meine politischen Freunde sind der Überzeugung, daß auf dem an zweiter Stelle stehenden Gesetzentwurf eigentlich der praktische Nachdruck liegt. Taten sind besser, meine Damen und Herren, als alle Programme. (Sehr richtig!)

Das erste Gesetz ist allerdings zunächst bloß ein Programm, es setzt Gesichtspunkte, Ziele fest, es ist ein Rahmengesetz, das erst seinen konkreten Inhalt durch spätere gesetzgebende Maßnahmen gewinnen kann. Die vorläufige einzige Ausfüllung ist das Kohlengesetz. Gewöhnlich pflegt man den Rahmen erst zu wählen und zu bestimmen, nachdem das Bild fertig vorliegt. Insofern hätten wir für das Rahmengesetz weitere praktische Erfahrungen abwarten und es eigentlich auch so lange

zurückstellen können. Es kann deshalb auch niemanden vollständig befriedigen, da der konkrete Inhalt verschieden eingeschätzt wird, von den einen im Sinne übermäßiger Befürchtung, von andern im Sinne übermäßiger Hoffnung. Man hat in der Tat den Eindruck, als ob der Entwurf ein gesetzgeberischer Ausdruck der **Rathenauschen Gedanken** über die Neuorganisation unseres gesamten Wirtschaftslebens sei. (Rufe: Hört! hört! und sehr richtig! im Zentrum.) Einzelne Wortlaute erinnern daran. Ich darf wohl hinzufügen: auch die Ausführungen des Herrn Reichswirtschaftsministers in dem 6. Ausschuß für Volkswirtschaft, in dem er sein Programm entwickelte — ich glaube mit dieser Bemerkung keine Indiskretion zu begehen —, ließen stark die Erinnerung an die Rathenauschen Vorschläge aufleben. Gegen eine solche Auffassung müßten wir allerdings Einspruch erheben. (Zustimmung im Zentrum.) Worauf laufen die Rathenauschen Pläne schließlich hinaus? Sie sind eine gewisse Übertragung des Zunftgedankens, und zwar eine einseitige Übertragung dieses Zunftgedankens auf unsere heutige Wirtschaft (sehr richtig! im Zentrum), selbstredend in anderer, unserer Zeit angepaßter Form. Die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper in § 3 des ersten Gesetzes stellen diese moderne Zunft dar. Hinzuzufügen wäre nur, daß Rathenau nicht etwa bloß an die horizontale Organisation der Berufsgenossen denkt, sondern auch an eine gleichzeitige vertikale, die die Aufgabe haben würde, die verschiedenen verwandten und aufeinander aufbauenden Produktionsstufen miteinander zu verbinden. Rathenau hat natürlich auch keine lokale, sondern eine Reichsorganisation im Auge. Ich meine: gegen diese Rathenauschen Gedankengänge, die durch unsere Verhandlungen und auch durch den Wortlaut des ersten Gesetzes durchschimmern, ist allerdings vieles einzuwenden und zu bedenken. Zunächst sind die Zünfte — das wollen wir doch nicht übersehen — organisch gewachsen, nicht nach einem vorgefaßten Programm gemacht worden. (Zustimmung im Zentrum.)

Auch in der möglichen Sozialisierung müssen wir den Weg einer organischen Entwicklung offen lassen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wir müssen das ganz besonders deshalb, damit alle Beteiligten, die von einer Sozialisierung der Wirtschaft erfaßt werden, auch für die Durchführung und für das Tragen einer solchen Sozialisierung reif gemacht werden können. Sind sie heute schon reif, meine verehrten Damen und Herren? Auch all die Arbeiterkreise, die so dringlich nach Sozialisierung rufen? Wer von uns hier in diesem Hause, selbst auf der Linken, wollte diese doch wirklich wichtige Frage mit einem resoluten Ja beantworten? Ich darf sogar hinzufügen: es wäre der Mühe wert, sich auf allen Seiten dieses Hauses — insbesondere auf der linken, aber auch auf der rechten — zu erforschen, ob in allen Kreisen auch das Nötige bisher geschehen ist, um unsere Arbeiterschaft insbesondere für

eine Sozialisierung innerlich reif zu machen. (Sehr richtig! im Zentrum. — Zuruf links.) — Im Zentrum jedenfalls mehr! (Na! na! links.) Von seiten der christlich-nationalen Arbeiterschaft kommen die Putsche nicht, die wir gegenwärtig erfahren (sehr richtig! im Zentrum und rechts), und wir haben in unseren Kreisen viel weniger Not, unseren Leuten das Verständnis beizubringen, daß die Sozialisierung immerhin ein schwieriges Experiment ist und nicht so leicht von heute auf morgen allgemein durchgeführt werden kann. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Ein zweiter Gedanke. Die Zünfte organisierten ein verhältnismäßig einfaches Wirtschaftsleben, ein wegen seiner lokalen Beschränktheit leicht übersichtliches Wirtschaftsleben. Heute haben wir es dagegen mit einem gewaltigen, ins Weite ausgedehnten, vielfach unübersichtlichen, außerordentlich **komplizierten Wirtschaftsleben** zu tun. Früher hatte die Zunft lediglich die eine Wirtschaftsform des Handwerks zu organisieren. Heute haben wir auch nur im Gewerbe kleine, mittelgroße und Großbetriebe zu organisieren. Sollen wir alle diese Betriebsformen in den einen großen Topf dieser modernen einheitlichen Reichszunft hineinwerfen? Wie soll es den kleinen und mittleren Betrieben dabei ergehen? Was wir in den Kriegserfahrungen gelernt haben, das gibt uns nach der Seite allerhand zu denken. (Sehr wahr! im Zentrum und rechts.) Wir haben auch hier wahrlich nicht bloß Rücksicht zu nehmen auf die technische Leistungsfähigkeit, sondern auch auf soziale und kulturelle Werte. (Sehr gut! im Zentrum.) Auch hier soll der Mensch geachtet werden und nicht etwa bloß die Güterproduktion vom wirtschaftlichen Standpunkt allein entscheidend sein.

Wir hatten früher unter der alten Zunft ein kleines Wirtschaftsgebiet. Heute ist das Wirtschaftgebiet das Reich geworden, und weit darüber hinaus die Welt. Wir sind — wir mögens wollen oder nicht — nun einmal mit der Weltwirtschaft verwachsen und müssen es bleiben.

Wie wird die **Sozialisierung** aber auf unsere **weltwirtschaftlichen Interessen** wirken? Unsere Exportindustrie verträgt am allerwenigsten eine Schablonisierung. (Sehr richtig! rechts.) Hier ist also auch mit der Sozialisierung ganz besondere Vorsicht am Platze.

Wie werden unsere Interessen beim **Friedensschluß** von der **Sozialisierung** gefördert oder, was eher der Fall sein wird — beeinträchtigt werden? Diese Frage bedarf auch der allerernstesten Prüfung von Fall zu Fall. (Sehr richtig! rechts.) Nach Friedensschluß wird sich in der Richtung — die wirtschaftliche Eignung immer vorausgesetzt — manches machen lassen, was bei der gegenwärtigen außenpolitischen Lage geradezu verhängnisvoll für uns werden könnte. Die moderne Zunft würde eine Zunft im Reichsumfange sein. Die umfangreiche

Volkswirtschaft des Reichs kann sich aber keineswegs auf die Sozialisierung in Form einer modernen Zunftorganisation festlegen. Die Bahn muß vielmehr frei bleiben für die **verschiedenen Formen der Sozialisierung.** Das Reich kann sozialisieren, der Einzelstaat kann sozialisieren, die Gemeinde kann sozialisieren, öffentliche Körperschaften können sozialisieren. In Betracht kommt auch als Sozialisierung eine Mischung von privatem und gemeinwirtschaftlichem Betrieb, endlich auch die Unterstellung von Privatwirtschaften unter die öffentliche Kontrolle. Dabei wäre immer noch wieder besonders zu untersuchen, wie weit überhaupt der Gedanke der Sozialisierung angewendet werden darf und kann.

Vor einem müssen wir uns doch auch in diesem Augenblick unbedingt hüten. Wir dürfen uns in einem Sozialisierungsprogramm keineswegs auf eine **einseitige Formel** für die Ordnung unseres Wirtschaftslebens festlegen. Die ganze Vergangenheit sollte uns nach der Seite ein warnendes Beispiel sein. Ich will nicht zurückgehen in alte Zeiten, nicht auf die Physiokraten, und wie sie alle heißen, die Schulen von ehemals, zurückgreifen. Ich will nur auf ein Beispiel hinweisen, was wir alle erlebt haben, was wenigstens noch in unser aller Erinnerung ist. Wie haben unsere letzten Vorfahren nicht noch dem Programm des Individualismus zugeschworen! Das war auch ein solch einseitiges Programm, eine einseitige Festlegung auf einen Gedanken der Organisation unseres Wirtschaftslebens: wie ist dieser Gedanke seinerzeit auch von den Massen, auch von den Besten unseres Volkes und von den Intelligentesten begrüßt worden, und, meine Verehrten, wie bald, wie bald ist man wieder von diesem Programm abgewichen! Genau wie heute in dem Sozialismus auch die Massen und die Millionen allein ihre Erlösung und Rettung erblicken wollen, so war es damals mit dem Individualismus gegangen. Heute glaubt man nicht mehr an dieses einseitige Programm. Hüten wir uns jetzt, in das Gegenteil zu verfallen und nun die Sozialisierung als ebenso einseitiges Programm dem alten, veralteten Individualismus gegenüberzustellen. (Sehr richtig!) Nein, meine Damen und Herren, es ist und bleibt so: die verschiedensten Faktoren tragen und fördern unser Wirtschaftsleben, die private Initiative, die Selbständigkeit und die persönliche Verantwortung, der Kampf im Wirtschaftsleben in Gestalt der Konkurrenz, der Kampf, der Vater aller Dinge. Das bleibt wahr ganz besonders auf diesem Gebiete. Am wenigsten das Wirtschaftsleben kann auf die Dauer diesen Kampf entbehren. Freilich auch die Unterordnung unter das Gesamtwohl ist ein Prinzip, nach dem wir unsere Wirtschaft ordnen müssen. Ich gebe auch zu, daß wir je nach Umständen das eine oder andere Prinzip und in unserem Falle einmal das Sozialisierungsprinzip besonders unterstreichen und es besonders auch herausarbeiten müssen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß alle diese Faktoren ihr

Recht behalten und keiner ausgeschaltet werden darf. Alle behaupten in jeder Wirtschaftsstufe ihre Bedeutung.

Nun gestatten Sie mir, meine verehrten Damen und Herren, noch ein Wort zu den Einzelheiten der vorliegenden Gesetzentwürfe, ein möglichst kurzes Wort.

Der erste Satz des § 1 ist ein allgemeiner Satz, der, wie er gemeint ist, in Anwendung auf das Wirtschaftsleben wohl selbstverständlich ist. Nur wird der Jurist sich fragen, ob er so, wie er dasteht:

> Jeder Deutsche hat die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert —

in ein Gesetz hineingehört. Ich glaube ja nicht, daß der Gesetzgeber beabsichtigt hat, eine moral-philosophische These hier aufzustellen. Welche Bedenken er sonst erwecken könnte, das sagt Ihnen eine Zuschrift eines mir befreundeten Theologen, die ich vielleicht kurz, wenigstens den Hauptteil daraus — es sind nur zwei Zettel — verlesen darf:

> So wie der betreffende Satz lautet, ist er einseitig, unvollständig, anfechtbar. Das Wohl der Gesamtheit ist nach dem Zusammenhang offenbar das irdische, materielle, ja vorwiegend das wirtschaftliche Wohl der Gesamtheit. Dieses Gesamtwohl ist nun zwar ein ungemein weitgreifendes und wertvolles Ziel, es kann aber, wenn man von sittlichen Pflichten spricht, nicht in der Weise als höchster Zweck und Maßstab alles menschlichen Handelns hingestellt werden, wie es in dem Grundsatze geschieht. In dieser Fassung entspricht der Satz dem sittlichen Ideal des Sozial-Eudämonismus, wohl auch des Sozialismus, aber nicht dem Ideal der christlichen Ethik, die neben dem irdischen Gemeinwohl auch die Würde der Einzelperson und ihre freie Entfaltung zur menschlichen und religiösen Vollendung und über dem Gemeinwohl die höheren Ziele des Reiches Gottes anerkennt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber auch die weltliche Ethik, die antike wie die moderne, legt in ihren edelsten und tiefsten Geistern Einspruch dagegen ein, daß nur der Ertrag des Denkens, Bildens und Schaffens für die Gesellschaft den Ausschlag gebe für die sittliche Bedeutung des Menschen, und daß nur die wirtschaftlich produktive Arbeit einen würdigen Beruf in der Gesellschaft begründe. Nach der vorliegenden Formulierung muß man zu diesem Gedanken und wohl zu der weiteren Folgerung kommen, daß die Gesellschaft nun auch das Recht habe, dem einzelnen vorzuschreiben, wie er sich dem Wohle der Gesamtheit mit seinen geistigen und körperlichen Kräften einzuordnen habe. Das würde aber zu einer unerträglichen Verflachung und Verkümmerung des Kulturlebens führen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Soweit die Zuschrift.

Meine Damen und Herren, ich bin für meinen Teil — ich rede da persönlich — zwar der Meinung, daß in dem Ausdruck „sittliche Pflicht" — ich unterstreiche das Wort „sittlich" — eine Unterscheidung gegenüber einer Rechtspflicht liegt, deren Erfüllung behördlich erzwungen werden kann, und könnte insoweit einige Bedenken dieser Zuschrift zurückstellen.

Die wiederholte Wahl des bestimmten Artikels in dem ersten Gesetzentwurf, zum Beispiel in § 2, dritte Zeile „in die Gemeinwirtschaft zu überführen", könnte auch berechtigte Bedenken erwecken; denn dieser bestimmte Artikel legt den Gedanken nahe, als dächte der Entwurf immer nur an eine ganz bestimmte Form einer gesamten Reichssozialisierung. Ich meine, der bestimmte Artikel kann fallen, ohne daß der Sache irgendwie Abtrag geschieht.

Ich lege ferner Wert darauf, zur Erläuterung festzustellen, daß die Wendung „Sache der Reichsgesetzgebung" in § 2 nicht etwa dahin zu deuten ist, daß die **Kompetenz des Reichs** so weit gehe, daß das Reich ausschließlich sozialisieren dürfte. Der Herr Reichsminister hat soeben die gleiche Feststellung gemacht. Die Zukunft wird auch die Gemeinden, wird die Einzelstaaten, und zwar mehr noch als bisher, als Träger der Sozialisierung zeigen; und das darf in keiner Weise verschränkt werden. (Sehr richtig! im Zentrum.)

In § 2 sind die Worte „die Gewinnung von Bodenschätzen usf." unter die in der ersten Zeile enthaltene Bedingung, daß es sich um geeignete Betriebe handelt, zu bringen. Das würde dem § 7 des vereinbarten Regierungsprogramms auch durchaus entsprechen.

Zu den Einzelheiten des zweiten Gesetzentwurfs wäre auch noch Wichtiges zu sagen, insbesondere, daß uns die Formulierung des § 4 entschieden zu weit geht. Indessen will ich es einem Fraktionskollegen vorbehalten, sich zum zweiten Gesetz und auch zu den Anträgen der sozialdemokratischen Partei noch besonders zu äußern.

Ich komme zum Schluß zu folgendem Ergebnis: Eine Klärung und Änderung der vorliegenden Entwürfe müssen wir uns zwar vorbehalten, aber an der baldigen Verabschiedung der Vorlage werden meine politischen Freunde bereitwilligst mitarbeiten. Wir verkennen keineswegs die Größe und Tragweite des Augenblicks, wir anerkennen eine neue Zeit, die nicht etwa bloß eine neue Staatsverfassung vom Reich und seinen Gliedstaaten verlangt, sondern auch neue Formen der Wirtschaft bringt und uns damit auch vor die Notwendigkeit stellt, diese neuen Formen der Wirtschaft auch neu zu organisieren. Dabei ist gerade angesichts der Nöte unserer Zeit auch das Gesamtwohl ganz besonders zu berücksichtigen und darum der Sozialisierungsgedanke auch zu betonen.

Die **Heranziehung der Arbeiter** zur Einsichtnahme in die Lage der heutigen Unternehmungen und auch zur Mitbeeinflussung der Entwicklung solcher Unternehmungen, die sich zur Sozialisierung eignen, begrüßen wir freudigst. Wir sehen gerade darin eine durchaus folgerichtige und gesunde Entwicklung unserer Wirtschaftsverfassung. Die Arbeiterschaft ist — das ist wahr — in den letzten Jahrzehnten sozial fortgeschritten. Die ganze Sozialpolitik, das Gewerkschaftsleben, das

Tarifwesen, die Arbeitsgemeinschaften vor dem Kriege und erst recht während des Krieges, — all diese Faktoren haben auf diesen Aufstieg der Arbeiterschaft hingewirkt. Diese Entwicklung enthält ihre Krönung durch das Sozialisierungsgesetz. Der Weg wird dadurch frei für einen weiteren sozialen Aufstieg unserer Arbeiterschaft, zu dem wir ihr von ganzem Herzen Glück wünschen. Deutschland war schon vor dem Kriege vorbildlich in sozialer Beziehung, es wird mit diesem Gesetz erst recht vorbildlich werden. Trotz seiner außerordentlich schwierigen Lage tut Deutschland in diesem Augenblick einen solchen Schritt. Ich bin der Überzeugung, so große Bedenken von mancher Seite auch geltend gemacht werden: die Zeit wird nicht fern sein, wo das, was heute die Nationalversammlung tut, einmal als große Tat in der Kulturgeschichte der Menschheit verzeichnet werden wird. (Sehr richtig!)

Unsere Arbeitermassen mögen draußen aber auch das eine erkennen und würdigen: in derselben Woche, wo die Nationalversammlung eine Kommission einsetzt, um die neue Verfassung zu schaffen, macht gleichzeitig die Nationalversammlung auch ernst mit der Reorganisation unseres Wirtschaftslebens, in demselben Augenblick schafft sie diese Tat, die diesem Zweck gewidmet ist.

Nun ist es an dem besonnenen Teil unserer Arbeiterschaft, den Wert dieser Tat auch richtig zu würdigen und unserem Wirtschaftsleben die Ruhe wiederzugeben, damit es sich wieder aufrichten kann. Es ist Aufgabe der Arbeiterschaft, diese große Tat entsprechend zu würdigen, damit auch dieses Gesetz selbst eine ruhige Durchführung erfahren kann. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kempkes.

Kempkes, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde vermögen sich aus der **Sozialisierung** sowohl für die Produktion als auch für das Verhältnis der Arbeiter keinerlei wesentliche Vorteile zu versprechen. Das Wort von der Sozialisierung der Betriebe ist das große Schlagwort geworden, das in wirtschaftlicher Hinsicht zur Zeit der Revolution von den Massen aufgegriffen wurde. Die Massen hatten gesehen, daß ihnen die politische Umwälzung nicht ohne weiteres wirtschaftliche Vorteile brachte, und es war ganz selbstverständlich, daß nun jeder einzelne auch sehen wollte, worin der wirtschaftliche Vorteil für ihn bestände. Nach dieser Richtung hin hatte die Sozialdemokratie jahraus, jahrein auf die große Sozialisierung hingewiesen, die dem Arbeiter weiteste Förderung seiner Interessen bringen sollte, und nun mußte das Versprechen der Sozialisierung eingelöst werden.

Dieser Standpunkt der Sozialisierung gegenüber kann für uns natürlich nicht in Frage kommen; wir haben aus rein sachlichen Gesichtspunkten Stellung zu nehmen zu der Frage, ob die Sozialisierung imstande ist, die **Produktivität** und **Rentabilität** zu fördern. Mein Fraktionskollege Dr. Rießer hat in seiner letzten Rede schon ausführlich dazu Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß von einer erhöhten Produktivität nicht die Rede sein könne, wenn der Betrieb aus der Privatwirtschaft in die Wirtschaft der Allgemeinheit übergeleitet würde. Er hat meines Erachtens überzeugend und schlagend dargetan, daß der Hauptanreiz, die Erhöhung der Initiative, wegfällt, wenn der Betrieb von dem privatwirtschaftlich interessierten Unternehmer an den Staat, an die Allgemeinheit abgegeben wird. Er hat auch mit Recht darauf hingewiesen, daß gerade die **Bureaukratisierung** des Betriebs die notwendige Folge einer jeden staatlichen Inbetriebnahme ist, und daß die Bureaukratisierung und die damit verbundene Schematisierung des Betriebs notwendigerweise eine Herabsetzung der Produktivität und der Rentabilität bedeutet. Er hat zum Schluß auch darauf hingewiesen, daß eine Sozialisierung vielleicht denkbar ist, wenn die ganze Welt dazu übergeht, daß es aber fast unmöglich ist, bei uns sozialisierte Betriebe durchzuführen, wenn die Länder ringsum rein kapitalistische privatwirtschaftliche Betriebe aufrechterhalten; es kann dann nicht möglich sein, daß der staatswirtschaftliche Betrieb konkurrenzfähig bleibt gegenüber dem privatwirtschaftlichen.

Diese Darlegungen lassen sich speziell für den **Kohlenbergbau** noch nach der Richtung hin ergänzen, daß uns dort die Erfahrungen zeigen, daß der Staatsbetrieb nicht imstande gewesen ist, die Produktivität zu erhöhen. Wir wissen alle, daß der Kohlenbergbau, den der Staat im Saargebiet betreibt, eine wesentlich geringere Produktivität hat als die Kohlenförderung, die im Ruhrgebiet von der Privatwirtschaft betrieben wird. Nach einer Aufstellung ist im Ruhrkohlenbezirk, also dort, wo der Privatbetrieb herrscht, die Förderung gestiegen von 46,6 Prozent auf 60,2 Prozent. Dagegen ist im Saargebiet, dort, wo der Staat Kohlenbergbau betreibt, die Förderung herabgegangen von 19,5 auf 8,9 Prozent. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Die Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen zeigt ganz deutlich, wie die Produktivität verläuft, wenn der Staat mit seiner ganzen Schwerfälligkeit an Stelle des Privatunternehmers Betriebe leitet.

Man könnte nun sagen, das Zurückgehen sei darauf zurückzuführen, daß der Staat eben höhere Löhne gezahlt habe, und daß er infolgedessen nicht in der Lage war, mit dem Privatunternehmer ausreichend zu konkurrieren. Diese Annahme ist unrichtig; denn es ist bekannt, wie gerade die **Lohnentwicklung** in dem staatlich betriebenen Kohlenbergbau keineswegs besonders günstig gewesen ist, wie vielmehr die privatwirtschaftlich betriebenen Bergbaue in der Lohnentwicklung wesentlich besser

gestanden haben als die anderen. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) So ist vom Jahre 1886 bis zum Jahre 1912 eine Steigerung in den Löhnen eingetreten bei den Privatbetrieben von 100 Prozent auf 219,10 Prozent, während im Saargebiet nur eine Steigerung von 100 Prozent auf 167 Prozent eingetreten ist. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Also auch hier ein ganz wesentliches Zurückbleiben in den bezahlten Löhnen gegenüber den Privatbetrieben und doch die Unfähigkeit, an Produktivität mitkommen zu können mit dem, was der Privatbetrieb leistet. In derselben Weise zeigt sich, daß der Lohnanteil des Arbeiters an dem Werte der Förderung beim Privatbetrieb im Kohlenbergbau der Ruhr wesentlich höher ist als der prozentuale Lohnanteil bei den staatlichen Betrieben an der Saar.

Es ist nun auch keineswegs anzunehmen, daß, wenn etwa die Sozialisierung weiter ausgedehnt würde, sich dann die Dinge ändern könnten, daß dann etwa der Lohn wesentlich steigen würde; denn der **Unternehmer**, jetzt der Staat, hätte das große Interesse, **konkurrenzfähig** zu bleiben, und um konkurrenzfähig bleiben zu können bei niedrigen Preisen, müßte er wieder dort anfangen, wo er nach der Eigenart seines staatlichen Betriebes wesentlich sparen kann, bei den Löhnen. Die Folge würde dann eben die sein, daß der Staat gezwungen wäre, die Löhne weiter herabzusetzen und bei den Löhnen weiter zu sparen, und es würde sich dann der ganze Unwille, das ganze Mißvergnügen der betroffenen Bergarbeiterschaft nicht mehr gegen den Privatunternehmer allein richten, sondern es würde gerade der sozialistische Staat sein, der den Unwillen zu tragen hätte. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Er müßte aber die Löhne herunterseßen, um mit dem Ausland konkurrenzfähig zu bleiben; denn bei teuren Löhnen und bei der Unmöglichkeit, sonst die Betriebskosten herunterzusetzen, würde er nicht anders konkurrenzfähig sein können. Bei Erhöhung der Preise würde aber eine Konkurrenz mit dem Ausland dahin führen, daß Deutschland einfach in der Erwerbung neuer Märkte ausfallen würde und daß im Gegenteil englische Kohle in der Lage sein würde, in Deutschland einzudringen und uns hier Märkte wegzunehmen (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei); also keine vermehrte Rentabilität, sondern eine herabgesetzte Rentabilität, die dann von der Allgemeinheit bezahlt werden müßte im Wege der hohen Kohlenpreise. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das gilt nun nicht allein für die Kohle direkt, sondern dieselbe Folgerung würde für die Gesamtsumme unserer Produktion zu ziehen sein. Alle anderen Waren, die ja im wesentlichen mit der Kohle zusammenhängen, für deren Wert und Preis hauptsächlich der Preis der Kohle bestimmend ist, würden gleichfalls Preise bedingen, die uns dem Auslande gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig machen würden. Es würde nichts da sein, womit wir unsere notwendige Rohstoff- und

Nahrungsmitteleinfuhr bezahlen könnten. Alle die Kalamitäten würden eintreten, wie wir sie jetzt vor Augen sehen, wo wir nicht in der Lage sind, mit den Produkten unserer eigenen Arbeit zahlen zu können. Die **Erhöhung der Kohlenpreise** würde also von außerordentlich schwerem Nachteil für uns sein. Aber auch der Staat selbst würde bei Erhöhung der Kohlenpreise benachteiligt sein, insofern er ja als einer der größten Kohlenabnehmer für seinen großen Eisenbahnbetrieb auch seinerseits wieder hohe Kohlenpreise zahlen müßte und so das, was er scheinbar auf der einen Seite verdient dadurch, daß seine Betriebe künstlich durch den Preis der Kohle Überschüsse bringen, auf der anderen Seite durch erhöhte Kohlenpreise wieder ausgeglichen wäre, also durch Steuern und Lasten, die auf das Konto der Allgemeinheit gehen.

Nun könnte man vielleicht sagen, daß der **Kohlenhandel** so in den Händen weniger Personen konzentriert ist, daß hier eine **Sozialisierung** verhältnismäßig leicht erscheine. Aber auch hier haben meine Freunde und ich das größte Bedenken, ohne weiteres einer Sozialisierung zuzustimmen, von der man ja einstweilen gar nicht weiß, wie sie im Einzelfalle aussehen wird. Wir haben große Bedenken, ein Experiment mitzumachen, wo doch der Kohlenhandel nicht etwa nur in dem Sinne geregelt werden kann, daß es einfach heißt, eine fertig daliegende oder abgelieferte Ware zu verkaufen, sondern wo auch der Kohlenhandel eine kluge, klare Überlegung des Marktes, ein gutes Disponieren der kommenden Verhältnisse voraussetzt, wo, kurz gesagt, die ganze Initiative auch des Unternehmers — des kenntnisreichen Unternehmers — nötig ist, um in der richtigen Weise disponieren zu können, um dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben, um die einzelnen verschiedenen Wirschaftsschwankungen vorher ausreichend berechnen zu können. Wenn wirklich eine Monopolisierung des Kohlenhandels eintritt, dann würde der Gewinn für unsere Allgemeinheit auch ein verhältnismäßig sehr bedeutungsloser sein. Gewonnen würde nur der Zwischengewinn, der beim Handel besteht. Dieser wäre Verdienst, aber keineswegs Reinverdienst; denn man darf nicht übersehen, daß auf der anderen Seite alles das hinzukommen würde, was durch die staatliche Verteilung der Kohle an Kosten neu entsteht, was die staatliche Verteilung und Mitwirkung durch den ganzen bureaukratischen Apparat kosten würde. Was das bedeutet, meine verehrten Damen und Herren, hat ja die Kriegswirtschaft ausreichend bewiesen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Was wir also nach dieser Richtung hin an Gewinn zu erwarten hätten, können wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit ohne weiteres berechnen.

Wenn so die Sozialisierung an sich schweren Bedenken unterliegt, die sicherlich von keinem verkannt werden, der aus rein sachlichen Gründen an die Erledigung dieses Gesetzes und aller noch kommenden

Reichssondergesetze auf dem Gebiete der Sozialisierung herantritt, so wird man wesentlich — mag man so oder so zu den Gesetzen stehen — die **Gefahren** zu unterstreichen haben, die aus der **Sozialisierung** gerade **zur jetzigen Zeit** entstehen. Es ist allgemeine Auffassung auch bei denjenigen, die als Sozialdemokraten sich immer für eine weitgehende Sozialisierung ausgesprochen haben, daß Sozialisierung eigentlich nur dann möglich ist, wenn der ganzen Volkswirtschaft eine Fülle von Produktionsmitteln zur Verfügung steht, daß eine Sozialisierung nur dann mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden kann, wenn Rohstoffe in Mengen vorhanden sind, wenn Gewinne der einzelnen Betriebe vorliegen und nun allmählich an Stelle des Privatunternehmers die Allgemeinheit treten kann. Das ist von Marx an bis in die jüngste Zeit von der Sozialdemokratie immer und immer wieder gesagt und gerade in den Zeiten nach der Revolution so oft betont worden, daß auch heute, meine ich, zu berücksichtigen ist, ob denn das schnelle Durchpeitschen des Gesetzes aus sachlichen Gründen sich empfiehlt.

Daß heute die Situation eine solche ist, daß wir den völligen wirtschaftlichen Niederbruch vor uns haben oder mitten in ihm drin sind, wird, wie ich annehme, von keiner Seite bezweifelt, und es ist daher doch wunderlich, daß von solchen Seiten aus heute die schnelle Durchführung der Sozialisierung gefordert wird, die sich vorher ganz anders geäußert haben. Ich darf vielleicht auf einige Aussprüche eingehen, die von sozialdemokratischer Seite zu der Frage gefallen sind, wie man denn in der jetzigen Zeit bei dem Fehlen aller Rohstoffe sich zur Sozialisierung verhalten solle. Da hat Herr Dr. **August Müller** beispielsweise vor einer Versammlung der Pressevertreter am 28. Dezember 1918 folgende Erklärung abgegeben. Er nannte die von dem Volksbeauftragten Barth in der Schlußsitzung des Arbeiter- und Soldatenkongresses vertretene Forderung, daß der gesamte deutsche Kohlenbergbau ohne jeden Zeitverlust zum Staatseigentum erklärt werden müsse, geradezu ein Verbrechen (hört! hört! rechts) und bezeichnete einen in diesem Sinne gefaßten Beschluß der Reichskonferenz als Blödsinn. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! hört!)

Hue hat im „Bochumer Volksblatt" in der Nr. 248 im Jahre 1918 folgenden Artikel geschrieben:

> Wer die großindustriellen Verhältnisse nicht lediglich theoretisch, sondern aus der Praxis kennt, der weiß, daß der Sozialismus eine unabsehbare schwere Niederlage erleiden würde, wenn wir uns jetzt die Verantwortung für total umwälzende Eingriffe in die komplizierte Verfassung unserer industriellen Produktionsverhältnisse aufhalsen würden. (Hört! hört! rechts.)

Man kann vielleicht einwenden, daß dieses Sozialisierungsgesetz ja kein total umwälzender Eingriff sei, weil einstweilen eigentlich recht wenig in dem Sozialisierungsgesetz steht. Aber diesen Einwand kann man deswegen ernsthaft nicht erheben, weil ja ganz offensichtlich nach

den abgegebenen Erklärungen sowohl wie nach dem ganzen Gange der Entwicklung mit dem vorliegenden Sozialisierungsgesetz die Sozialisierung nicht zu Ende geht, sondern nach dem ausgesprochenen Willen des Gesetzes, das auf die kommenden Sondergesetze hinweist, die Sozialisierung erst den Anfang nimmt. (Sehr richtig! rechts.) Darüber sind wir uns doch alle klar, daß mit der Annahme dieses Gesetzes der erste Schritt getan wird auf einer Bahn, von der wir nicht wissen, wohin sie uns führt (erneute Zustimmung rechts), und daß es, wenn wir der Sozialisierung zustimmen, einen total umwälzenden Eingriff in die bisherige Methode bedeutet. Bedeutet sie das aber, dann allerdings würde die Erklärung, die ich eben verlesen habe, auch heute noch genau in demselben Maße wie damals Gültigkeit haben, und die Herausgeber, die Vertreter des Gesetzes, müßten uns meines Erachtens den Beweis dafür liefern, warum jetzt ihre frühere Auffassung nicht mehr zutreffend ist. (Sehr wahr! rechts.)

In gleicher Weise auch weitere Erklärungen, von denen ich vielleicht noch die eine vorbringen darf von **Max Cohen** in den „Sozialistischen Monatsheften", der sagt:

> In unserer Lage, wo jegliche Produktionsstockung der Anfang namenlosen Unglücks werden muß, ist das Experimentieren ein Verbrechen am Volk und am Sozialismus. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.) Wir müssen froh sein, die Maschine einigermaßen in Gang zu halten, damit wir über die schwerste Zeit hinwegkommen und weiterleben können.

Und **Dittmann** hat auf dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte am 17. Dezember 1918 geäußert:

> Zunächst gilt es, den Vorfrieden und dann den schnellen endgültigen Frieden, der die erste Voraussetzung für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens und die Hebung der Produktivität ist, die wiederum unerläßlich ist für die Sozialisierung. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Also, meine verehrten Damen und Herren, nach Dittmann ist unerläßlich für die Sozialisierung die Hebung der Produktivität. Ehe nicht in der Volkswirtschaft die Hebung der Produktivität sich durchsetzt nach den in ihr liegenden Gesetzen, nach dem Willen der Arbeiterschaft, der Pflicht zur Arbeit sich bewußt zu werden, eher sind die Verhältnisse nach meiner Auffassung für die Sozialisierung nicht reif. Dieser Auffassung vermag ich nur zuzustimmen, und diese Auffassung ist wiederum nur im Einklang mit dem, was Kautsky am 17. November gesagt hat:

> In Bausch und Bogen alles für nationalisiert erklären und dann hinterdrein drangehen, die Bedingungen dafür zu schaffen, heißt das Pferd am Schwanz aufzäumen, heißt ein Übergangsstadium schaffen, in dem kapitalistische Produktion nicht mehr und sozialistische noch nicht möglich ist, ein Stadium, in dem eine rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Eine solche Art Sozialismus gerade jetzt im Moment der Demobilisierung,

— das heißt der durch die Demobilisation hervorgerufenen wirtschaftlichen Rückgangsepoche, in der wir mitten drin sind, die immer schlimmer geworden ist —

> eine solche Art Sozialismus durchzuführen oder auch nur zu fördern, hieße Deutschland in ein Tollhaus verwandeln. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube daher, daß, wenn man überhaupt die Frage der Sozialisierung wohlwollend ins Auge fassen will, zunächst andere Produktionsbedingungen wieder hergestellt werden müssen. Ich glaube, daß es nötig ist, daß zunächst unsere Wirtschaft sich erholen muß von alledem, was sie während der letzten vier Jahre erlitten hat, und wenn das eingetreten ist, dann erst wird man dem Gedanken der Sozialisierung nähertreten können. Bis dahin wird man abwarten müssen und bis dahin wird man zunächst auf denjenigen Gebieten weiter arbeiten müssen, wo vor und seit der Revolution erhebliche wirtschaftliche Errungenschaften eingetreten sind. Ich darf an den Achtstundentag erinnern, ich darf an die Arbeitsgemeinschaft erinnern, die eine weitere Fortführung und Durchführung zuläßt. Aber das Experiment der Sozialisierung in einer solchen Zeit vorzunehmen, das ist ein so gefährliches Beginnen, daß meine Freunde und ich das allergrößte Bedenken haben, zurzeit irgend welchen derartigen Bestrebungen nachzugeben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Auch das **Ausland** würde unseren Sozialisierungsbestrebungen gegenüber sich zurzeit in einer Weise verhalten, daß wir meiner Überzeugung nach mit diesen Sozialisierungsbestrebungen recht wenig gut fahren würden. Glauben Sie wirklich, daß das Ausland, das heute so zurückhaltend gegen uns ist, mit allen seinen **Krediten**, das, wie wir aus der allerjüngsten Vergangenheit wissen, auf Barzahlung bis zum letzten Ende besteht, — glauben Sie wirklich, daß das Ausland mit der Hergabe langfristiger Kredite bereitwilliger ist, wenn die deutsche Wirtschaft übergeführt wird in die Allgemeinheit, wenn anstatt der bewährten Methode — von seiten des Auslandes angesehen — nicht mehr der Privatunternehmer einsteht für sein Unternehmen, sondern wir uns in ein Experiment einlassen, von dem wir und das Ausland nicht wissen können, wohin es wirtschaftlich führt? (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube kaum, daß die Bereitwilligkeit groß sein wird. Die ausländischen Kredite werden wir aber nicht entbehren können. Womit sollen wir auf die Dauer unsere Rohstoffe und Nahrungsmittel zahlen, wenn wir nicht jetzt Kredite bekommen? Durch unsere Arbeit können wir es nicht, weil die Rohstoffe fehlen, durch Fertigfabrikate nicht, weil solche noch nicht hergestellt sind. Es bleibt also nichts anderes übrig, da unsere wirklichen effektiven Werte vollständig in An-

spruch genommen sind durch all das, was sich jetzt vor uns vollzieht, daß, wollen wir in Zukunft Auslandsgeschäfte machen, wir Auslandskredite haben müssen. Diese werden wir aber nicht bekommen, wenn wir jetzt in dieser Zeit dazu übergehen, mit solchen gefährlichen Experimenten alles in Frage zu stellen, was für den Darlehnsgeber im Auslande von Bedeutung und Gewicht sein kann, sein Kapital uns zur Verfügung zu stellen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir werden auch nicht verhindern können — das ist meine feste Überzeugung —, daß, wenn wir die Sozialisierung durchführen, weiteres Heruntergehen der **Valuta** die notwendige Folge ist. Was die Valuta gerade jetzt für uns bedeutet, wo wir Lebensmittel nötig haben und kaufen müssen, brauche ich nicht anzuführen. Das liegt auf der Hand und ist bekannt. Wenn wir aber nun die Sozialisierung einführen, wenn die Beurteilung unseres Wirtschaftslebens im Auslande noch ungünstiger wird als zurzeit, dann ist mit Sicherheit darauf zu rechnen — und die Erfahrungen in der letzten Zeit geben mir durchaus recht, wie Sie sich überzeugen können, wenn Sie die Bewegung der Devisen in letzter Zeit verfolgen —, daß unsere Valuta noch weiter heruntergehen und nicht einmal den Tiefstand einhalten wird, den sie zurzeit hat.

Es ist auch ganz interessant, sich einmal zu fragen, wie denn das **Ausland** der Frage der **Sozialisierung** bei uns gegenübersteht, wie vor allen Dingen das neutrale Ausland es von sich aus beurteilt, wenn in dieser Weise in die deutsche Volkswirtschaft eingegriffen wird. Sie gestatten mir, daß ich kurz einen Artikel des **„Maasbode"**, der bekannten holländischen Zeitung, aus jüngster Zeit vortrage, der folgendes sagt:

> Was bedeutet die Sozialisierung durch einen sozialistischen Staat? Kurze Arbeitszeit, hohe Löhne, schlappe Aufsicht in den Betrieben, technischer Rückstand der Bergwerke, Wahl der Betriebsleiter nach politischen Rücksichten und vor allen Dingen hohe Preise (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Man darf darum wohl annehmen, daß die durch die Sozialisierung teuer gewordenen deutschen Kohlen leicht durch England vom holländischen Markte verdrängt werden können. Es besteht sonach große Möglichkeit, nach der Sozialisierung der rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerke englische Kohlen über den Rhein nach Süddeutschland zu bringen. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Auf der ganzen Linie werden die deutschen Kohlen durch die englischen verdrängt werden. (Erneute Rufe: Hört! hört! — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Ob das maßgebend ist, kann ich nicht sagen. Ich kann auch nicht wissen, inwieweit dieses mir bekannte Urteil des „Maasbode" von einer ganzen Reihe anderer Auffassungen im Auslande vertreten wird. Wenn ich mir aber vorstelle, was die Sozialisierung zurzeit bedeutet, so kann ich mir sehr gut denken, daß diese Auffassung des „Maasbode" sicherlich nicht allein dasteht, sondern durchaus die Auffassung des ganzen Auslandes widerspiegelt. (Sehr richtig!)

Es ist auch weiter bei der ganzen Stellung des Auslandes zu der Sozialisierungsfrage doch in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, was kürzlich auch von dem früheren Staatssekretär **August Müller** uns vorgetragen worden ist, daß das ganze **feindliche Ausland** doch nur darauf wartet, daß wir unsere Betriebe sozialisieren, um ohne weiteres die Hand auf den staatlichen Betrieb legen zu können. Das sind doch Gefahren, die man mit keiner Argumentation beseitigen kann. Es mag sein, daß die Alliierten unter Umständen auch weitergehen, es mag sein, daß sie sich auch über gewisse Rücksichten auch bei wirtschaftlicher Inbetriebnahme hinwegsetzen: das eine aber steht doch absolut fest, das kann man nicht wegdisputieren, daß, wenn wir unsere Betriebe verstaatlichen, dann der Feind viel leichter, viel bequemer die Möglichkeit hat, auf diese Betriebe seine Hand zu legen. (Hört! hört! rechts.) Auch hier gestatten Sie mir wieder ein Urteil einer feindlichen Zeitung vorzulesen, von dem ich allerdings auch nicht weiß, ob es Ihrer Auffassung nach maßgebend ist, das aber die Auffassung des Auslandes widerspiegelt. Der **„Temps"** schreibt:

> Die Alliierten sind sehr erfreut über diesen Beschluß, zu sozialisieren, aber aus Gründen, die freilich der deutschen Regierung und den „Räten" entgegen sind. Die Alliierten glauben damit ein neues Mittel zu haben, um sich die finanzielle Entschädigung zu verschaffen, auf die sie ein Recht haben. Die Bergwerke des deutschen Staates können zeitweise an Organisationen abgegeben werden, die sie zugunsten der Gläubiger Deutschlands, also zugunsten der Alliierten, ausbeuten würden. (Hört! hört! rechts.)

Ich glaube nicht, daß es nötig ist, zu diesem Zeitungsartikel noch irgendein Wort hinzuzusetzen. Er zeigt die große Gefahr, die eine Sozialisierung der Betriebe für unser Volk zurzeit haben würde. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn man so aus sachlichen Gründen unter Berücksichtigung der Hebung von Produktivität und Rentabilität große Bedenken haben muß, so ist die Frage natürlich berechtigt: wie kommt es, daß jetzt die Regierung mit dem Gesetze herauskommt, dem allgemeinen Sozialisierungsgesetze und als Folge dem Gesetze über die Kohlenwirtschaft? Eine Veränderung in der wirtschaftlichen Lage liegt nicht vor. Es bleibt daher nichts anderes übrig als die eine Annahme, daß unsere Regierung heute das Gesetz mit der ausgesprochenen Absicht seiner möglichst schnellen Erledigung deswegen vorlegt, weil unsere Regierung glaubt, vor den anstürmenden Massen da draußen gewisse Rücksichten nehmen zu müssen (sehr richtig! rechts), weil unsere Regierung vor den Forderungen zurückweicht, die dort aufgestellt werden, weil dieses Gesetz eine Kapitulation gegenüber den Zuständen bedeutet, die eingetreten sind. (Sehr wahr! rechts.) Ist das der Fall — und die Annahme liegt außerordentlich nahe —, dann wird man doppelt und

dreifach die Gründe prüfen müssen, die nun dazu zwingen sollen, das Gesetz, und zwar in dieser Beschleunigung, in dieser Eile zu erledigen, wie es von seiten der Regierung gewünscht wird. Die Auffassung, daß die Regierung hier nachgibt, daß sie gegenüber früheren Erklärungen, die noch vor ganz kurzer Zeit abgegeben wurden, nicht mehr Herr der Lage ist, sondern getrieben wird, müssen wir aufrechterhalten.

Dabei ist das Bedenken besonders schwerwiegend, daß bei der Art und Weise, wie das Sozialisierungsgesetz zurzeit herausgebracht worden ist, bei dem reinen Rahmen- und Mantelgesetz wir gar nicht wissen, wohin die Reise geht. (Sehr richtig! rechts.) Wer kann heute sagen, wo mit der Sozialisierung aufgehört wird? Wer kann heute sagen, wann mit der Sozialisierung innegehalten wird? Wer kann heute sagen, ob die bestehenden Interessen ausreichend gewahrt werden? Kurzum: das alles sind Fragen, die außerordentlich bedeutungsvoll sind und uns sehr bedenklich machen. Wenn es richtig ist, daß die Regierung das Gesetz einbringt, weil draußen die **Massen** mit Gewalt ihre Rechte fordern, weil sich draußen **Streiks** und aus den Streiks sich ergebende Putsche in der Weise vollziehen, wie wir es in Mitteldeutschland sehen und gesehen haben, wie wir es heute in Berlin sehen, dann darf ich doch wohl die Frage stellen: Ist das dasjenige, was die Regierung vor kurzer Zeit unter dem Beifall des ganzen Hauses verkündet hat: daß gegen Gewalt Gewalt angewendet werden muß? Ist es richtig, meine Herren, daß es die Gewalt ist, vor der die Regierung zurückweicht (Zurufe von den Sozialdemokraten) — ich stelle die Frage im Moment ja nur hypothetisch —, ist das richtig, dann ist meines Erachtens dieses Nachgeben im Gegensatz zu den früheren Erklärungen, die ich Ihnen zum Teil verlesen habe, nicht vereinbar mit der Erklärung der Regierung, daß gegen Gewalt nur Gewalt helfen könne. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist uns immer gesagt worden bei den Streiks da draußen, bei alledem, was sich vollzieht: das ist eine verhältnismäßig kleine Minderheit, die im Wege der Gewalt ihre Forderungen jetzt durchsetzen will. Ich teile diesen Standpunkt durchaus. Wenn das aber richtig ist, daß es sich nur um eine kleine Minderheit handelt, wenn es weiter richtig ist — was ich annehme —, daß die Vorlage dieses Sozialisierungsgesetzes zum mindesten in Verbindung steht mit dem gewaltsamen Anpochen da draußen, dann ist es doch außerordentlich gefährlich, nach den Interessen kleiner Minderheiten nun die Regelung des ganzen wirtschaftlichen Apparates vorzunehmen. Wer hat dann später die Kosten zu zahlen, wenn das Experiment fehlschlägt? Nicht etwa nur der Unternehmer, sondern die Kosten hat die ganze große Arbeiterschaft zu zahlen, die Arbeiterschaft mit alle dem, was errungen worden ist, die Arbeiterschaft mit allen ihren Zukunftsaussichten, die

unserer Auffassung nach durch derartige Experimente aufs Spiel gestellt werden, deren sicheren Ausgang niemand hier im Saale angeben kann. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Es sind das Experimente, die in sich immer etwas Bedingtes haben, Experimente, die gut sein können, die aber, wenn sie fehlschlagen, die eine unangenehme Folge haben, nämlich die Folge der Irreparabilität. (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.) Die Irreparabilität, auf die schon mein Kollege Rießer hingewiesen hat, ist es, die uns ganz besonders bedenklich stimmen muß. Wenn das Experiment fehlgeht, dann ist die deutsche Wirtschaft erschlagen, und dann ist niemand mehr da, und dann wird sich unter den Befürwortern dieses Gesetzes niemand mehr finden, der die deutsche Wirtschaft wieder in Gang bringt. (Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Aus allen diesen Gründen müssen wir dem Gesetz gegenüber die allerschwersten Bedenken zum Ausdruck bringen. Wir wissen ganz genau, daß nach allen den Verlusten, die wir erlitten haben, es hier unter Umständen um den letzten Rest dessen geht, was wir heute noch besitzen. Wenn durch die Sozialisierung auch das Wenige, was an deutscher Wirtschaft noch vorhanden ist — wenn überhaupt noch etwas vorhanden ist —, vernichtet wird, dann allerdings steht das deutsche Volk vor einer Situation, in der kaum ein Retter erstehen kann, vor einer Situation, in der es keinen Lichtblick für die Zukunft mehr gibt, sondern bei der es einfach heißt: es war bedenklich und bedauerlich, daß man solche Experimente aus anderen Erwägungen, aus Erwägungen, die nicht rein sachlicher Natur waren, angestellt hat mit dem dolus eventualis, daß die deutsche Volkswirtschaft vollständig dabei zugrunde geht. (Sehr richtig! bei der deutschen Volkspartei.)

Ich bin also der Meinung, daß der Entwurf das, was er erstrebt, nicht erreicht, nämlich die **Beruhigung der Massen.** Werden wirklich diese beiden Gesetze angenommen, dann werden die Massen weitere Forderungen stellen, und zu diesen weiteren Forderungen müssen Sie Stellung nehmen. Eine Beruhigung wird nicht eintreten, sondern die Schraube ohne Ende wird vielmehr weiter funktionieren, nach den alten Forderungen werden neue erhoben. Sie sehen es ja schon aus dem, was heute draußen passiert. Die Möglichkeit einer Beruhigung wird durch den Gesetzentwurf nicht gegeben. Ich glaube, daß auch der Grundgedanke, der in § 1 des Gesetzes ausgesprochen wird, der eigentlich die einzige materielle Bestimmung gibt, mit Ausnahme des § 2 des Kohlengesetzes, wonach die Reichsregierung die Festsetzung der Preise regelt, daß dieser Grundgedanke die Würdigung verdient, die mein Herr Vorredner ihm schon hat zuteil werden lassen. Soweit er wörtlich zu interpretieren ist, daß „jeder Deutsche die sittliche Pflicht hat, seine

geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert", ist er ganz selbstverständlich. Ein vollständiger Überfluß, ihn hier in Gestalt einer volltönenden Deklamation an die Spitze eines Gesetzes zu rücken. Er kann aber erweitert interpretiert werden: es kann aus ihm herausgelesen werden, daß der Staat glaubt, die Berechtigung und die Macht zu haben, jede einzelne Privattätigkeit — körperliche und geistige — so einzurichten, wie es ihm gefällt. Dann, meine verehrten Damen und Herren, ist der Paragraph von außerordentlich schwerer Bedeutung: dann bedeutet er das Ende der individuellen Freiheit. (Sehr richtig! rechts.)

Was wirklich im Gesetz und vor allem in dem letzten Satz des § 1 als berechtigter Kern enthalten ist, ist ein großzügig durchzuführendes Eintreten für eine **Arbeitslosenversicherung**, das Einstehen des Reichs dafür, soweit es geht, daß ein unverschuldeter Arbeitsloser nicht in die Lage kommt, seinen notwendigen Unterhalt nicht zu finden. Wir sind gern bereit, an der weiteren Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge mitzuarbeiten. Wir glauben aber nicht, daß die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge so wie sie bisher gehandhabt ist, in den richtigen Bahnen verläuft. Ich darf nur auf die eine Zahl hinweisen, die der Herr Reichsminister Schiffer zu Beginn der Session mitgeteilt hat, als er erklärte, daß wir im Monat Dezember 1918 für Erwerbslosenfürsorge 17 Millionen Mark ausgegeben haben und im Januar dieses Jahres schon 67 Millionen. (Hört! hört! rechts.) Diese Steigerung ist das Entscheidende. Wenn diese Steigerung nicht noch höher geht, bedeutet sie allein ein Mehr von 600 Millionen Mark im Jahre. Daß auf diesem Wege eine Erwerbslosenfürsorge nicht durchgesetzt werden kann, dürfte auf der Hand liegen. Wir sind aber auch weiter der Meinung, daß die Erwerbslosenfürsorge, wie sie bisher gegangen ist, nicht den Beweis dafür gebracht hat, daß das sittliche Verantwortungsgefühl für Arbeit bei dem einzelnen gestiegen ist. (Sehr richtig! rechts.) Im Gegenteil hat gerade diese Erwerbslosenfürsorge in weitgehendem Maße dazu beigetragen, dieses sittliche Verantwortungsgefühl so zu beeinflussen, daß in weiten Kreisen gerade mit Rücksicht auf die Erwerbslosenfürsorge nicht mehr gearbeitet wird, daß die Anforderungen, die für Notstandsarbeiten usw. gestellt werden, einfach nicht berücksichtigt werden, weil die Sätze der Erwerbslosenfürsorge so groß sind, daß die Differenz zwischen Erwerbslosenfürsorge und der neuen Arbeit, wonach der Arbeitnehmer sucht, kein hinreichender Anreiz für ihn ist, die Arbeit aufzusuchen. Alles das sind außerordentlich schwere wirtschaftliche und sittliche Nachteile, die bei der Regelung der Erwerbslosenfürsorge in der bisherigen Weise entstanden sind. Daß aber die Arbeitslosenfürsorge, richtig konstruiert, den Bedürfnissen angepaßt, im Ausgleich der Interessen das gegebene Gebiet ist, um auch heute wirtschaftliche Schäden zu beseitigen, das erkennen wir vollauf an. Insoweit

etwa im § 1 diesem Gedanken Rechnung getragen ist, sind wir gern bereit, an der Erledigung des vorgelegten Entwurfs praktisch mitzuarbeiten.

Das ganze Gesetz aber, meine verehrten Damen und Herren, unterliegt außerordentlich schweren sachlichen Bedenken, gegen die wir uns nicht verschließen können. Wenn wir trotzdem an der Erledigung mitarbeiten wollen, so tun wir es eben in der Hoffnung, daß innerhalb der Kommission wir auch in der Lage sein werden, die übrigen Mitglieder und Parteien von den schweren sachlichen Bedenken ausreichend überzeugen zu können. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Ich werde in diesem Stadium der Diskussion nicht in eine sachliche Erörterung eintreten. Ich sehe mich jedoch gezwungen, einigen Bemerkungen des Herrn Vorredners entgegenzutreten, da ich sie unmöglich unwidersprochen in die Öffentlichkeit gelangen lassen kann.

Ich habe hier ausdrücklich erklärt, daß die **Regierung ausschließlich aus eigenen Trieben** heraus zu der Einbringung dieser Gesetze gekommen ist. (Widerspruch rechts.) Es ist das, was als Grundlage unseres Regierungsprogramms mit den die Regierung bildenden Parteien vereinbart ist. Wenn Sie, obwohl wir erklären, daß wir unserem Programm entsprechend handeln, hier sagen, wir ließen uns drängen, wir kapitulierten vor dem Treiben zügelloser Massen, wir gäben anderen Erwägungen als rein sachlichen Raum, selbst auf die Gefahr, eventuell sogar die ganze Volkswirtschaft zu opfern, — wenn das der Regierung von einem Abgeordneten unterstellt ist, ist das etwas, was die Regierung ganz entschieden zurückweisen muß. Die Regierung hat auch in ihrem bisherigen Verhalten ganz klar und deutlich gezeigt, daß sie gewillt ist, unbegründeten Wünschen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, und ich habe in meinem Beispiel, das ich wählte von dem Arzt und dem Kranken, gesagt, auch die Regierung wird hart sein und hart sein müssen, wenn es gilt, unerfüllbaren Forderungen entgegenzutreten. (Zurufe rechts.) Hier handelt es sich jedoch um Maßnahmen, die Forderungen entsprechen, die nicht nur erfüllbar, sondern auch zugleich im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft sind. (Bravo links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dernburg.

Dr. Dernburg, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn die Reichsregierung es unternommen hat, Teile der noch zu verabschiedenden Verfassung jetzt vorauszunehmen und die in § 9 Absatz 15 und im § 34 in Aussicht genommenen Maßnahmen nunmehr in Form

eines Gesetzes von einer wesentlich programmatischen Bedeutung dem hohen Hause vorzulegen, so verstehen wir, daß es geschehen ist, nicht weil die Reichsregierung sich irgendeinem Druck von außen ausgesetzt gehalten hat, sondern deshalb, weil die Reichsregierung den Wunsch hat, daß das deutsche Volk möglichst schnell und möglichst einig wieder an die Arbeit komme. Ein gewisses Verständnis für die Unruhe, die sich der Massen, der großen Menge der Arbeitenden bemächtigt hat, sollte auch auf der Rechten hier vorhanden sein, trotzdem es aus den Worten des Herrn Vorredners nicht so recht herausgeklungen hat. Wenn in einer Nation ganze acht Millionen Menschen demobilisiert nach 4½ Jahren zurückkommen aus einem Kriege, der die äußersten Kräfte jedes einzelnen in Anspruch genommen hat, und zudem in eine großenteils verwüstete Wirtschaft, in ein Land, das ausgesogen ist von Hunger und Not, in ein Land, in dem keine Rohstoffe irgendeine dauernde Beschäftigung gewährleisten, so muß man sagen, daß ein Zustand erwartet werden muß, der von Zufriedenheit doch ganz himmelweit entfernt ist. Wir sind nicht in der Lage, unseren Landsleuten, die zurückkommen, Lorbeern um die Schläfen zu winden, und wir sind nicht in der Lage, ihnen eine fette Beute zu bieten, sondern wir wissen, daß wir alle miteinander zu ziehen und zu arbeiten haben, da wo für Generationen Schmalhans Küchenmeister sein wird. Unter diesen Umständen können wir wohl begreifen, daß, nachdem die Revolution dem einzelnen und dem ganzen Volke persönliche Freiheit und politische Rechte in weitem Maße gebracht hat, sie sich nunmehr danach umsehen, welche wirtschaftlichen Vorteile ihnen wohl daraus erwachsen können. Unsere Arbeiter wissen sehr wohl — darüber brauchen wir sie nicht zu belehren —, daß in Zeiten, wo das ganze deutsche Volk unter einer unerhörten Last schmachtet, wo zu erwarten ist, daß wir große Abgaben an das Ausland zu machen haben, wo gewaltige Schulden gehäuft, alle Lager geleert sind, mit Gesetzen kein Reichtum geschaffen, mit Verordnungen keine wirtschaftliche Besserung erreicht werden kann. Aber das verlangt das deutsche Volk, daß ihm der Weg in die Zukunft geöffnet werde, daß ihm die Möglichkeit, ja die Aussicht auf eine Besserung seiner Lage, auf eine gerechtere Verteilung von Gütern, auf eine größere Anteilnahme am Produktionsprozeß mindestens offengehalten wird. Es weiß sehr wohl, daß aus der **Sozialisierung** nichts für den einzelnen herauskommen kann; denn solange, wo jeder Stand, wo jede Gesellschaftsklasse das Äußerste hergeben muß, kann ein einzelner Stand, eine einzelne Klasse nicht etwas Besseres für sich verlangen als der Rest.

Das weiß unsere Arbeiterschaft ganz genau. Aber wenn ich es heute begrüße, daß dieses Gesetz gemacht wird, daß ein Gesetz gemacht wird, in dem auf dem Wege der Sozialisierung — ich werde diesen Begriff gleich noch umschreiben, wie wir ihn verstehen — alle im Erwerbe

Tätigen auf dem Wege einer Arbeitsgemeinschaft, um ein Ziel gruppiert und miteinander zur Arbeit gezogen werden, wenn dadurch ein besseres Verständnis, eine größere Annäherung zwischen den einzelnen erzielt wird, wenn der Gemeinschaftswille, der doch in dieser Wirtschaftsform einen ganz besonderen Ausdruck finden soll, sich auf das ganze deutsche Volk überträgt, so wird der Zustand sehr viel schneller eintreten, den der Herr Vorredner zunächst herbeigeführt haben will, nämlich die Wiederaufrichtung der Ordnung. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir werden diese Ordnung nur dann wieder aufrichten, wenn wir uns gegenseitig verstehen, wenn das ungeheure Mißtrauen, welches alle Klassen gegeneinander in Jahrzehnten — Fehler sind dabei auf allen Seiten gemacht worden — gespalten hat, aufhört, wenn wir fühlen, daß wir das gemeinschaftliche Unglück in gemeinschaftlicher Arbeit tragen. Dann werden wir auch zu einer Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft kommen.

In diesem Sinne fasse ich die **Gemeinwirtschaft** auf als die Wirtschaft aller an den gemeinschaftlichen Interessen.

Meine Damen und Herren, es handelt sich vom Standpunkt unserer Partei keinesfalls darum: hier Sozialisierung, dort Individualwirtschaft. Wir haben in unserem Programm erklärt, daß diejenigen Betriebe, welche wir für eine Gemeinwirtschaft für reif erachten, in den Besitz der Gemeinschaft übergeführt werden können, daß darüber aber von Fall zu Fall zu entscheiden ist. Das sind für uns bisher, und ich glaube auf die Dauer, die Ausnahmefälle. Der Regelfall wird nach wie vor nach unserer Auffassung die private Wirtschaft, die private Initiative zu bilden haben. Die Herren, die sich hier so ausgesprochen haben, wie der Herr Abgeordnete Hue, der alles in Bausch und Bogen sozialisieren will, der ja doch eines der Mitglieder dieses Hauses ist, die die größten Erfahrungen in dergleichen Dingen haben, müssen sich doch sagen: worauf kommt es denn augenblicklich in Deutschland an? Wenn wir eine Million Arbeitsloser auf der Straße und 800 000 Gefangene, die doch auch keine Arbeit haben, in möglichst baldiger Erwartung haben, was müssen wir denn da tun? Wir müssen **Arbeitsgelegenheit** schaffen. Wir müssen die Möglichkeit eröffnen, von der der § 1 der ersten Vorlage sagt, „daß jeder Deutsche Anspruch hat, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben". Ja, glauben Sie denn, daß, wenn Sie durch die Proklamation einer allgemeinen Sozialisierung jede Art von Erwerbssinn und Unternehmungsgeist töten, Sie da neue Arbeit schaffen werden? Wir sind doch schon um große Gebiete gebracht, wohin wir Arbeit geleistet haben. Unser überseeischer Handel ist doch nahezu restlos vernichtet. Von den zehn Milliarden Ausfuhr, die wir gehabt haben, ist doch augenblicklich nur ein ganz kleiner Bruchteil im Gange, und wieviel werden wir denn durch diesen Frieden mit den Rationierungsabsichten unserer Gegner

überhaupt davon retten? Unsere Kolonialwirtschaft ist doch zerstört, die Veredlungsindustrie des deutschen Volkes hat also ihre wichtigsten Absatzgebiete verloren. Wenn Sie nun schon das Entstehen irgendwelcher neuer Werke und die Aufnahme neuer Zweige oder die Vergrößerung irgendwelcher älterer Anlagen dadurch behindern oder zurückdrücken, daß Sie den Unternehmern, den Erfindern beständig das Gespenst einer absoluten Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens an die Wand malen, so machen Sie sich gegenüber diesen Arbeitslosen und diesen Gefangenen einer schweren Verfehlung schuldig. Denn auf diese Weise entsteht keine neue Arbeit, und etwas anderes, viel Gefährlicheres und entsetzlich Drohendes tritt an seine Stelle: nämlich zunächst die **Abwanderung** der deutschen Intelligenz in das Ausland, und dann gehen — da wird gar kein Paragraph helfen, und Sie können hundertmal stipulieren, daß jeder Deutsche die Möglichkeit haben soll, von Staats wegen seinen Unterhalt zu erwerben — die Massen den gleichen Weg. Deswegen sage ich hier auch namens meiner politischen Freunde: wir sind eingetreten und treten ein für die **Sozialisierung reifer Unternehmungen** und Erwerbszweige, und als solche sehen wir allerdings an Kohle und Kraft und einige andere Zweige, die aufgeführt sind. Aber damit ist für uns die Angelegenheit vorläufig erledigt. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Jeder Apfel wird einmal reif! Aber auf absehbare Zeit sehen wir nichts weiteres.

Wir haben selbstverständlich von diesem Gesichtspunkt aus auch ganz erhebliche und schwere Bedenken gegen den Entwurf, wie er uns vorgelegt ist. Das ist um so mehr selbstverständlich, weil der § 2 insbesondere von „allen" wirtschaftlichen Unternehmungen spricht. Ich komme aber darauf zurück.

Ich will mich zunächst einmal zu § 1 wenden, wonach „jeder Deutsche die sittliche Pflicht hat, seine **geistigen und körperlichen Kräfte** so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert". Ich begrüße einen derartigen Gedanken. Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt, daß er mehr einer Devise als einem Gesetzesparagraphen gleicht. Aber das schadet nichts. Wir sind in einem neuen Deutschland, und warum sollen wir nicht auch einmal einen Kantschen kategorischen Imperativ in Paragraphenform fassen! Meine Freunde und ich sind aber doch der Ansicht, daß der Deutsche nicht bloß die sittliche Pflicht hat, sondern daß ihn, wenn er sie nicht erfüllt, auch gewisse Folgen sollen treffen können, nämlich daß, wenn er seine sittliche Pflicht nicht erfüllt, er seinerseits die Berechtigung der Versorgung verliert, und man sollte sagen, daß jeder Deutsche bei Verlust der Versorgungsberechtigung die Pflicht hat, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Daß die **Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut unter dem besonderen Schutze des Reichs** steht, ist ein guter Satz, und er wird hoffentlich nach jeder Richtung hin seine Ausstrahlung haben. Ich will aber hoffen, daß er auch angewandt wird zugunsten derjenigen, die da arbeitswillig sind, aber ihre Arbeit nicht leisten können, weil Terroristen oder andere sie davon abhalten wollen, ihrer sittlichen Pflicht zu genügen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Es wäre mir sehr lieb, wenn ich wüßte, daß die Reichsregierung auf demselben Standpunkt stände.

Es heißt weiter: Soweit ihm **Arbeitsgelegenheit** nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Meine Damen und Herren, hier gebe ich nun einmal ausnahmsweise dem Herrn Vorredner recht: über das Maß dessen, was sich das Deutsche Reich finanziell leisten kann, kann auch eine solche Verpflichtung nicht hinausgehen. Aber innerhalb dieser Möglichkeit muß für die Menschen gesorgt werden. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Denn wir können es nicht zulassen, daß Leute, die vier und fünf Jahre draußen gewesen sind und in ihrer Erwerbsfähigkeit und ihrer Arbeitsausdauer oft stark geschädigt worden sind, auf die Straße kommen, wenn man ihnen keine Arbeit nachweisen kann. Das wollen auch wir nicht, und es ist richtig, es den unzähligen Leuten zu sagen, die jetzt in großer Sorge sind, wie sie in Zukunft unterkommen, insbesondere auch den Gefangenen, die noch draußen sind.

„Das Nähere wird durch Reichsgesetz bestimmt." Daran will ich gleich eine Bemerkung knüpfen. Jede einzelne Bestimmung in diesem Gesetz enthält die Worte: „Das Nähere wird durch Reichsgesetz bestimmt." Es handelt sich hier also um ein **Rahmengesetz**, und wenn wir uns trotz mancher Differenzen und mancher Bedenken entschlossen haben, diesem Gesetz gegenüber uns freundlich zu verhalten, und wenn wir uns aus warmem Herzen selbst zu seiner Tendenz bekennen, so wird uns die Zustimmung beziehungsweise die wohlwollende Prüfung dadurch erleichtert, daß hier nur programmatische Sätze ausgesprochen werden, und jeder einzelne Fall der Prüfung des Reichstags und des Staatenausschusses unterworfen werden soll. Es ist kein absoluter Zwang zu einer oder jeder Sozialisierung darin, es ist nur ein Bekenntnis zu einem Grundsatz.

Im Verfolg dieses Grundsatzes stehen wir in dem Falle des **Kohlengesetzes**, das nun auf Grund dieses Rahmengesetzes als erster Sozialisierungsentwurf eingebracht worden ist, auf dem Standpunkt, daß wir hier mit dieser unserer Prüfung einzusetzen haben. Unsere Fraktion wird deshalb beantragen, dieses Gesetz zusammen mit dem Rahmengesetz einer Kommission zur Prüfung zu überweisen. Der § 2, der eigentlich die Veranlassung zu der sehr ausgedehnten prinzipiellen Debatte gegeben hat, ist nach unserer Ansicht nicht so gefaßt, wie wir es wünschen möchten;

denn wir beabsichtigen auch durch dieses Gesetz tatsächlich nicht, über das Programm hinauszugehen, zu dem wir uns seinerzeit gemeinsam mit der Regierung verbunden haben. Dieses Programm deckt sich zum großen Teil auch mit dem Text der vorgeschlagenen Reichsverfassung und mit unseren Parteigrundsätzen. In dem Gesetzentwurf aber scheint man doch, wenn es vielleicht auch nur Alliterationen sind, gewisse theoretische Tendenzen verfolgt zu haben, um einen Glaubensartikel, an den die Sozialdemokratie ungefähr 50 Jahre geglaubt hat, nunmehr in diesem Gesetz zu verewigen, nämlich das **Erfurter Programm.** (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Meine Damen und Herren, mit diesem Erfurter Programm wollen wir uns gegenseitig nicht länger aufhalten, sondern praktische Arbeit tun (sehr gut! bei den Deutschen Demokraten), sonst müßten wir sehr viel darüber reden, und es käme, wie die Herren Sozialdemokraten wissen, nichts dabei heraus. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Daß die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft zweckmäßig zusammengesetzten **wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern** übertragen werden, ist durchaus zu billigen. Ich habe schon eingangs gesagt, daß es ungemein wichtig ist, daß sich die verschiedenen Stände des deutschen Volkes näher kennen lernen. Es ist durchaus richtig, was der Herr Minister des Reichswirtschaftsamts gesagt hat, daß, wer sich damit beschäftigt, in ernsthafter Weise mit den deutschen Arbeitern zu verkehren und mit ihnen Gedanken auszutauschen, einen sehr großen inneren Reichtum dort entdeckt und für sich nicht bloß seelische, sondern auch für seine sachliche Belehrung mancherlei erleben kann. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ich habe es erlebt und bin immer darüber froh gewesen, und es kommt darauf an — und das ist ja hier eine der Hauptaufgaben —, daß man alle Interessenten um einen Tisch bringt und ihnen dort das gleiche gemeinsame Interesse zeigt. Wie lange haben sich die Stadtverwaltungen oder Regierungen gesträubt, einen Sozialdemokraten zuzulassen. Jedesmal hat das einen großen Kampf gegeben, und nirgends ist so gut gearbeitet worden als da, wo sie sich in einer sachlichen Tätigkeit gegenübergestanden haben. So erwarte ich auch von diesen Selbstverwaltungskörpern für die Industrie etwas sehr Gutes. Ich mache allerdings dabei darauf aufmerksam, daß es nicht möglich ist, ohne eine große Menge von tatsächlichen Kenntnissen und Verständnis für Wirtschaftsformen, für Grundprinzipien einer Wirtschafts- oder Fabriksführung solche Dinge zu beschicken, und man darf es sich nicht zu leicht machen. Wenn der Herr Minister davon gesprochen hat, daß der **Arbeiter** auf Grund seiner **Selbsterziehung** wohl das Recht erworben hat, ein maßgebendes Urteil in einem solchen Gremium auszusprechen, so mag das in vielen Fällen der Fall sein. Es würde dem Arbeitgeber wie den Arbeitnehmern außerordentlich wohltätig sein, wenn sie sich gegenseitig erziehen, wenn vor

allem auch dem Arbeiter Gelegenheit gegeben würde, in einem weiten Umfang wissenschaftliche Kenntnisse zu erwerben, die gerade für die neuen Aufgaben unerläßlich sind. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Es ist nicht nur die staatsbürgerliche Erziehung, sondern es ist auch eine gewisse technisch-kaufmännische Erziehung, die jedermann haben muß.

Nun komme ich auf das Gesetz zur Regelung der **Kohlenwirtschaft**. Ich habe bereits gesagt: da in dem Rahmengesetz überall besondere Reichsgesetze für jede einzelne Vornahme vorgesehen sind, so ist es uns nicht so schwer, dem Rahmengesetz freundlich gegenüberzustehen, weil wir dabei immer wieder sagen können: Wir werden in jedem einzelnen Falle die pflichtmäßige Aufmerksamkeit walten lassen. Dagegen birgt freilich der Entwurf des Gesetzes über die Kohlenwirtschaft Möglichkeiten in sich, auf die mich der Herr Minister erst aufmerksam gemacht hat, die doch eine sehr große Überlegung erfordern, ob die Regierung selbst wohl tut, dort nicht eine gewisse einschränkende Haltung zu beobachten. Anscheinend ist es ein Gesetz zur Ausübung einer gewissen Oberkontrolle über den Absatz der Kohle, die **Preisbildung** und die Gewinnung. Tatsächlich hat der Herr Minister gesagt, daß dieses Gesetz auch dazu dienen könne, da ja die Kohle das allerwichtigste Produktionsmittel sei, auf andere Industrien, auch auf die Löhne und auf die Preisbildung einen großen Einfluß zu üben, da ja das Reich die Preise der Kohle „festsetze" — im Gesetz steht „regelt", der Herr Minister aber hat gesagt, das Reich „setze fest" — nicht nur für den Konsumenten, sondern auch den Preis, zu dem die Kohle von der Zeche geliefert werden müsse. Damit würden wir allerdings eine außerordentliche Macht in die Hände des **Kohlenrates** legen, der den einen beliefern kann, den anderen nicht, der nach Belieben auf den Preis der Kohle, auf den Arbeitslohn, auf den Gewinn des Unternehmers einwirken kann. Darauf hat ja der Herr Minister besonders hingewiesen, daß auch der Gewinn des Unternehmers unter einer staatlichen Kontrolle stehe. Das ist sehr bedenklich, und man wird dies in der Kommission noch einmal sehr genau überlegen müssen. Da nun das Gesetz sowieso in die Kommission geht und die Zeit schon vorgerückt ist, will ich auf seine Einzelheiten nicht eingehen, sondern die weiteren Erörterungen teils der Kommission, teils demjenigen Redner meiner Fraktion überlassen, der morgen spricht.

Sie haben aus meinen Ausführungen ersehen, daß die Deutsche Demokratische Partei auf dem Standpunkt steht, eine wohlwollende Prüfung der beiden Vorlagen vorzunehmen, die ihr in dem einen Falle etwas leichter fällt, in dem anderen Falle sich allerdings sehr genau auf alle Einzelheiten erstrecken muß. Die Erklärungen, die von sozialdemokratischer Seite, besonders von Herrn Hue, hier abgegeben sind, machen uns diese Prüfung nicht leichter. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es war falsch, in dieses Gesetz hineinzuinterpretieren, daß es eine allgemeine Sozialisierung der ganzen deutschen Wirtschaft beabsichtige. Dem stelle ich die Worte des Herrn Reichsministers gegenüber — und ich bitte mir das nochmals zu bestätigen —, daß sich die Aufgabe darauf beschränkt, diejenigen Betriebe zu sozialisieren, die dafür reif geworden sind, daß er aber im übrigen sich dahin ausgesprochen hat, daß er das private Kapital, die private Initiative für die Konkurrenzfähigkeit, insbesondere für den Handel nach Übersee und die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten, für unentbehrlich erachtet. Es ist das eine notwendige Ergänzung zu unserer Deklaration.

Mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren, betreten wir neues Land. Schon manchmal in diesen Zeiten haben wir einen Schritt gewagt, den wir uns früher sehr viel mehr überlegt hätten. Aber wir wissen, daß wir in unserer gegenwärtigen Lage nicht so bedächtig sein können, wie es wohl manche von uns möchten. Wir brauchen einen gewissen Mut, hier auch einmal einen neuen Weg zu gehen, auf den ein großer Teil unserer Volksgenossen hindrängt. Aber mit dem Redner des Zentrums, der vor mir gesprochen hat, bin ich überzeugt: wenn das deutsche Volk in dieser Zeit seines absoluten Niederbruchs, wo es aus tausend Wunden blutet, wo ihm die Zukunft düsterer als je erscheinen muß, die Kraft findet, sich zu einen, wenn es zusammenarbeitet auf der Grundlage eines neuen, zukunftsreichen Programms, das doch einen sehr hohen ethischen Wert hat und in der Art, wie es uns empfohlen worden ist, auch bei der Regierung diesen Widerhall findet, dann tun wir damit doch einen großen Schritt. Wenn wir uns ernsthaft mit diesen Vorlagen befassen und zu ihrer Annahme kommen sollten kann es sich sehr wohl ereignen, daß ein solcher Schritt Deutschland einen Platz unter den anderen Nationen anweist der ein Ehrenplatz sein wird. Das ist eine Hoffnung, die wir in dieser hoffnungsarmen Zeit, wo wir materiell sehr wenig geben können, auch für uns aufstecken können, nämlich daß Deutschland tatsächlich in dieser Gemeinschaftsidee die Kraft finden wird, sich wieder aufzurichten zu dem Edelsten, was es überhaupt gibt, nämlich zu einer gemeinsamen Arbeit. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, jetzt hier abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Die nächste Sitzung schlage ich vor zu halten Samstag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, und als Tagesordnung: Fortsetzung der soeben abgebrochenen Beratung. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 32 Minuten.)

23. Sitzung.

Sonnabend den 8. März 1919.

Weitere Beratung über Sozialisierungsgesetz und Regelung der Kohlenwirtschaft.

Geschäftliches.

Schluß der ersten Beratung der Entwürfe a) eines Sozialisierungsgesetzes, b) eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Henke (U. S.): Sozialisierung schon lange gefordert. — Abgrund zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. — Mit Diktatur von Minderheiten zu rechnen. — Schwierigkeiten jetzt sehr groß, aber Schneckentempo der Regierung nicht berechtigt. — Alles zu tun für die Weltrevolution. — Betriebsteilnahme entfacht Arbeitslust der Arbeiter. — Gewalt gegen die herrschenden Klassen.

Dr. Hugenberg (D. Nat.): Unsere Verluste durch Nichtförderung unserer Bodenschätze. — Prüfung der Sozialisierung nach der Möglichkeit. — Die freie Wirtschaft soll das deutsche Volk wieder ehrlich machen. — Enteignung und Kommunismus. — Keine volkswirtschaftlichen Organisatoren. — Gesetzliche Einordnung des Rätesystems wäre gegen den Volksauftrag an die Nationalversammlung.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Radikale Phrase der Unabhängigen. — Wasser auf die Mühlen der Spartakisten. — Massenstreik gegenwärtig ist Verbrechen am deutschen Volk. — Der Arbeiterschaft muß der Weg in den Produktionsprozeß gebahnt werden. — Die deutsche Republik Vorkämpferin der Menschheit.

Molkenbuhr (S.): Die freie Konkurrenz bereits durch Kartelle beseitigt. — Organisierte Arbeiterschaft der größte Machtfaktor. — Arbeit für alle. — Bolschewismus zu bekämpfen als reaktionäre Spießbürgerei. — Die Arbeiter nicht nur in der Ernährung, sondern wirtschaftlich, kulturell, politisch höher zu stellen.

Imbusch (Z.): Frühere Fehler. Vielfach die Arbeiter nur als Arbeitskraft betrachtet. — Nicht mehr als Ware zu behandeln. — Verstaatlichung ist noch nicht Sozialisierung. — Das in Aussicht gestellte Paradies wollen sie jetzt haben. — Gesinnungspflege nötig. — Die Haupttreiber wollen politische Leitung, nicht Arbeiterlage verbessern.

Wallbaum (D. Nat.): Welche Motive für die schleunige Sozialisierung? — Schlagwort. — Erfurter Programm. — Agitation nicht geeignet, die Arbeiter für diese Aufgabe zu erziehen. — Erlahmung der Unternehmerlust. — Verlust der Konkurrenzfähigkeit. — Aufgaben: Los der Arbeiter erleichtern, sie als Persönlichkeit werten.

Giesberts, Reichspostminister: Neuaufbau Pflicht jedes national denkenden Mannes. — Schrankenlose Eigentumsentwicklung Grund der Revolution. — Zwangswirtschaft der Sozialisierung erträglicher als die der Syndikate. — Bolschewistenbewegung durch Einführung ausländischer Arbeiter. — An Stelle Systems der kapitalistischen Macht das sozialer Gerechtigkeit und Volkssouveränität

Koenen (U. S.): Arbeiter in vollem Umfang an ihrer Tätigkeit zu interessieren. — Der wirkliche Sozialismus. — Direkte Mitwirkung durch Betriebsräte. — Kapitalisten auszuschalten. — Generalstreik durch Aufklärung der U. S. — Taumelkurs der Regierung. — Arbeiter wissen, daß es beim Streik um das Rätesystem geht. — Einigung des Proletariats.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Die Regierung hat die Forderungen der Bergarbeiter in vollem Umfange anerkannt. Trotzdem Generalstreik. — Nicht alles sofort, sondern was wirklich der Gesamtheit Vorteil schafft. — Nur zu lösen durch Unterordnung des einzelnen. — Selbstaufopferung draußen an der Front. — Methode verschieden, aber einig im Geist zur Überwindung der Not.

Dr. Stresemann (D. Vp.): In diesem Augenblick Vorlagen gefahrdrohende Experimente. — Hemmung der Initiative. — Gefahr der Auswanderung der Leiter.

Erkelenz (D. D.): Rätesystem eine Art Kinderspiel. — Falsch, möglichst schnell und möglichst viel zu sozialisieren. — Die freie Individualwirtschaft wesentlich. — Alte Schuld, daß das Ansehen der Arbeiterorganisationen untergraben. — Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern.

Persönlich: Dr. Hugenberg, Koenen.

Überweisung an den Ausschuß. Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden: Es sind eingetreten: in den 1. Ausschuß für die Herren Abgeordneten Siehr, Nuschke, Ersing, Schirmer die Herren Abgeordneten Dr. Pachnicke, Erkelenz, Dr. Brauns (Cöln), Imbusch; in den 6. Ausschuß für die Herren Abgeordneten Weilnböck, Dr. Brauns (Cöln) die Herren Abgeordneten Dr. Roesicke, Imbusch.

Die eingegangenen Telegramme liegen zur Einsicht beim Herrn Schriftführer aus. Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Pohlmann auf 4 Tage, und zwar vom 12. März ab.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Gegenstand derselben ist die

Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes

in Verbindung mit der

Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft (Nr. 105 der Drucksachen).

Die Beratung ist wieder eröffnet. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Henke.

Henke, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die große Masse der Arbeiterschaft heute von dem Gedanken und dem Wunsch nach **Sozialisierung** erfüllt ist. Ich bin auch der Überzeugung, daß dieses Sehnen und Streben nach der Verwirklichung dessen, was die Arbeiter längst gewünscht haben, dazu beigetragen hat, den Generalstreik so umfangreich werden zu lassen. Es sind nicht nur geringe Mengen der Arbeiter, deren Wünsche da zum Ausdruck gekommen sind, sondern es ist eben die breite Masse, die von der Sozialisierung eine Verbesserung ihrer Lebenslage erhofft, und das mit vollem Recht.

Daß unter diesen Umständen alle Dämpfungen dieses Begehrens der Arbeiter verbitternd auf die Arbeiter wirken mußten, liegt auf der Hand, und solche Dämpfungen, solche Beruhigungen sind ja leider zu viel in der letzten Zeit ergangen. Wenn wir bedenken, daß wir etwa 4 Monate Revolution haben, und wenn wir weiter bedenken, daß doch der Zeitraum ein langer sein wird, bis diese Revolution an ihren Zielen angelangt sein wird, dann hätte doch in dieser ernsten Zeit mit der Beruhigung der Arbeiter in manchen Kreisen etwas gespart werden müssen. Es ist besonders in der Gewerkschaftspresse den Arbeitern immer und immer wieder zu Gemüte geführt worden, daß sie ihre Erwartungen nicht allzuhoch spannen dürften, und auch die Regierung hat derartige Beruhigungen den Arbeitern zuteil werden lassen, bis sie dann — das ist meine Überzeugung — gezwungen worden ist, nun doch diese Gesetzesvorlagen einzubringen.

Daß diese **Gesetzesvorlagen** aufs neue **ohne Begründung** erscheinen, wird von meinen Freunden und mir sehr beklagt. Es geht doch auf die Dauer wirklich nicht an, gerade hier in Weimar solche Gesetzentwürfe ohne Begründung einzubringen, weil doch hier mehr noch als in Berlin die Hilfsmittel fehlen, die einem eine Begründung zu ersetzen vermöchten. Wir sind hier auf die primitivsten Hilfsmittel angewiesen, und eine solche Begründungsrede, wie wir sie gestern gehört haben, ist nur ein sehr dürftiger Ersatz für eine schriftliche Begründung. Ich hoffe, daß, wenn in der nächsten Zukunft wieder Gesetze von solcher Wichtigkeit eingebracht werden, sie dann nicht ohne schriftliche Begründung erscheinen.

Wenn man dieses Fehlen der Begründung damit motiviert hat, daß man diese Gesetzentwürfe sehr eilig habe machen müssen, um möglichst schnell damit herauszukommen, so trifft das doch nur zu einem Teile zu. Ich sagte schon, daß wir 4 Monate Revolution haben, und daß während dieser 4 Monate gerade die Sozialisierung derjenigen Betriebe, die hier in den Gesetzentwürfen genannt worden sind, immer und

immer zur Diskussion gestanden hat, und daß man eigentlich allgemein der Überzeugung gewesen ist, die Sozialisierung gerade des Kohlensyndikats oder des Bergbaus und noch einer ganzen Anzahl anderer Betriebe, vor allen Dingen auch der großen Grundbesitze wäre die einfachste Sache, die, wenn man überhaupt von der Sozialisierung redet, am leichtesten zu bewältigen wäre. Es läßt sich also mit der Eile, mit der diese Gesetzentwürfe angeblich haben herausgebracht werden müssen, nicht das Fehlen einer schriftlichen Motivierung begründen.

Es kommt hinzu, daß diese Sozialisierung schon sehr viel auf Kongressen, in Versammlungen, in der Presse von den Arbeitern gefordert worden ist, und es kommt hinzu, daß auch aus den Kreisen der der Regierung sehr nahestehenden Rechtssozialdemokratie längst betont worden ist, wie sehr einfach es eigentlich sei, eine Sozialisierung der Betriebe vorzunehmen, um die es sich hier handelt. So hat zum Beispiel der Herr Abgeordnete Molkenbuhr am 29. November im „Hamburger Echo" unter anderem geschrieben:

> Dort, wo der Kapitalismus so vorgearbeitet hat wie das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat oder der Stahlwerksverband, kann die Vergesellschaftung leicht durchgeführt werden. Hier führt die organische Weiterentwicklung zum Sozialismus.

Vom 16. bis 21. Dezember vorigen Jahres tagte in Berlin bekanntlich der Rätekongreß. Am 18. Dezember wurde dort beschlossen, mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen. Damals hat Herr Scheidemann dem Kongreß auch gesagt, daß die Regierung zu ihrem Teile das möglichste tun werde, man möge sie nach ihren Taten beurteilen, und nicht nach dem, was böswillige Menschen etwa von der Regierung behauptet hätten. Nun, diese Taten sprechen nicht für die Regierung, vor allem auch dann nicht, wenn sie so spät mit solchen Gesetzentwürfen herauskommt. Es hätte da unbedingt mehr getan werden können und mehr getan werden müssen. Wenn ein großer Teil der Arbeiter sich unzufrieden darüber zeigt, daß man an die Sozialisierung nicht ernster und energischer herangegangen ist, dann bin ich der Meinung, daß man der Arbeiterschaft darin nur recht geben kann. Im übrigen stimme ich dem Herrn Abgeordneten Hue zu, der meinte, daß man sich nicht zu schämen brauche, wenn man endlich dem **Drucke der Massen** durch die Vorlage dieser beiden Gesetzentwürfe **nachgegeben** habe. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich begreife eigentlich nicht recht, warum der Herr Minister Wissell sich gestern so erregt über die Äußerungen eines Abgeordneten von der Rechten — ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Kempkes — gebärdete und energisch bestritt, daß ein Druck von außen — wenn ich recht verstanden habe — zur Vorlage dieser Gesetze geführt habe. Ich

glaube doch, daß das der Fall ist. Der Herr Minister Wissell wird mir nicht bestreiten, daß die Flugblätter, die in der Bevölkerung über die Sozialisierung verteilt worden sind, doch sehr stark die Auffassung unterstützen, daß man mit diesen Gesetzentwürfen eine Beruhigung erzielen will, daß man sich gezwungen gesehen hat, endlich damit herauszukommen. Ich habe hier ein Flugblatt vor mir, in dem es heißt:

> Die Sozialisierung ist da. Das Kohlensyndikat wird sofort sozialisiert, und dadurch gewinnt das Reich, das heißt das ganze Volk noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst maßgebenden Einfluß auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie. Die Sozialisierung des Kalibergbaues ist in schleunigster Vorbereitung. Das allgemeine Sozialisierungsgesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt ist, begründet an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft die deutsche Gemeinwirtschaft.

Das heißt doch meiner Ansicht nach den Mund etwas voll nehmen. So viel bedeutet doch nach meiner Meinung dieses Sozialisierungsgesetz einstweilen noch nicht. Sonst hätten sich die Redner der bürgerlichen Parteien wohl gestern nicht so leicht damit abgefunden. Wenn wir uns an das erinnern, was zum Beispiel der Herr Abgeordnete Dernburg gestern meinte, dann sehen wir, daß meine Auffassung dadurch unterstützt wird. Er meinte: nun ja, es ist ja eigentlich nichts Gefährliches in diesem Gesetzentwurf, wir können ihm zustimmen; damit ist es allerdings für uns vorläufig genug. Sie werden sich die späteren Gesetze, die den Rahmen dieses Gesetzes ausfüllen sollen, im einzelnen ansehen, und wie ich die Herren beurteile, glaube ich, daß sie dann manches Haar in der Suppe finden werden, daß sie sehr bald sagen werden: nein, nun machen wir nicht mehr mit. Ich glaube, daß das auch beim Zentrum der Fall sein wird. Jedenfalls heißt es den Mund recht vollnehmen, wenn es in diesem Flugblatt, das ich eben erwähnte, weiter heißt:

> Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses und nirgends im kapitalistischen Interesse einer Privatwirtschaft gewirtschaftet wird. Und das ist Sozialismus.

Ich bezweifle, daß die Regierung, wie sie jetzt zusammengesetzt ist, und ich bezweifle vor allen Dingen nach dem, was sie bisher an Betätigungsdrang in dieser Beziehung an den Tag gelegt hat, in der Lage ist, diese Worte wahr zu machen.

Verehrte Versammlung, es ist also — sage ich — sehr verwunderlich, daß der Herr Reichsminister Wissell sich gestern so erregt zeigte, als man ihm vorwarf, die Regierung habe dem Druck von außen nachgeben müssen. Ich habe in Anbetracht der Lebhaftigkeit, mit der er Herrn Kempkes erwiderte, vermißt, daß er nun auch Herrn Dernburg erwidert hätte, als dieser meinte: „Ich begrüße den Gedanken, daß die Arbeitskraft unter dem Schutze des Reichs steht; hoffentlich wird der Gedanke auch angewendet zugunsten derer, die arbeitswillig sind, aber durch Terror gehindert werden, zu arbeiten". Ja, werte Versamm-

lung, früher hätten wohl alle Sozialdemokraten aus diesen Worten einen Wunsch herausgehört, den wir auf das schärfste zu bekämpfen immer für unsere Pflicht gehalten haben. Ich erwarte, daß der Herr Wirtschaftsminister Wissell dem Herrn Abgeordneten Dernburg noch eine sehr deutliche Antwort auf diese Fragestellung gibt. (Unruhe.)

Im übrigen hat Herr Dernburg allerdings mit diesen seinen Worten seine kapitalistische Seele vor aller Welt enthüllt, was allerdings für alle diejenigen nicht mehr notwendig war, die ihn schon kannten.

Herr Wissell hat von den Blinden und den Phantasten gesprochen, die das Fundament, das in diese Gesetzentwürfe gelegt werden soll, als ungenügend ansehen. Ja, sehr viele Arbeiter werden es für sehr ungenügend halten, was in diesen Gesetzentwürfen zum Besten gegeben wird, und meine Parteifreunde und ich sind gleichfalls der Meinung, daß es ungenügend ist. Aber wenn man schon einmal so weit geht, von Blinden und Phantasten zu reden, dann sollte man doch im eigenen Freundeskreise Umschau halten; und dann würde Herr Wissell zunächst auf Herrn Kranold stoßen, der neulich nichts Geringeres als die Sozialisierung der ganzen sächsischen Volkswirtschaft forderte. Das ist bedeutend mehr gefordert, als viele Arbeiter zu fordern sich erkühnt haben.

Werte Versammlung! Ich erinnere daran, daß eine ganze Anzahl von **Rechtssozialisten sehr besänftigend auf die Arbeiter einzuwirken versucht** haben, wenn von der Sozialisierung die Rede war. Dr. August Müller, der früher in der Regierung saß, ist ja schon erwähnt worden. Aber auch der Abgeordnete Hue ist — und nach meiner Meinung mit Recht — erwähnt worden. Auch er soll von der Sozialisierung als von einer Unmöglichkeit in der gegenwärtigen Zeit gesprochen haben. Der bekannte Schriftsteller R. E. May hat in einem Aufsatz in den „Preußischen Jahrbüchern" die „Metallarbeiterzeitung" zitiert, die vor einiger Zeit folgendes schrieb:

> In dem Ziele kann man, wo es sich um diese Zukunftsdinge handelt, nicht radikal genug sein, aber den Weg zu dem weitest gesteckten Ziele heißt es sorgfältig bahnen, damit der vorwärts eilende Fuß nicht strauchle und damit wir im eigenen Fall nicht mehr zertrümmern, als zu schaffen uns beschieden ist. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

— Sehr richtig, aber ich glaube, Sie müßten auch „sehr richtig" zu der Bemerkung sagen, die Herr R. E. May dazu macht. Er erinnert an den Ausspruch des Pascha in der Operette Fatinitza: „In der Theorie bin ich für die Vielweiberei, in der Praxis aber — —". Wenn die „Metallarbeiterzeitung" meint, in der Theorie kann man nicht radikal genug sein, welchen Vorwurf will man dann den großen Massen der Arbeiter machen, die lange nicht soweit gegangen sind wie Herr Kranold in Sachsen in bezug auf die Sozialisierungsforderungen? Wie will

man vor allen Dingen dann verteidigen, daß diesen Arbeitern mit Gewalt begegnet wird, wo sie meinen, selbsttätig vorgehen zu sollen?

Werte Versammlung! Ich will mich mit den Zitaten bescheiden, die ich da anführen könnte. Die Artikel der Gewerkschaftspresse haben bremsend wirken sollen. Nur ein einziges Zitat muß ich noch erwähnen. Der „Töpfer" schrieb vor einiger Zeit:

> Stoßt nicht das Bürgertum, das in unzähligen staatlichen und städtischen Verwaltungsstellen seines Amtes waltet, durch ungeziemendes Verhalten vor den Kopf.

Das ist sehr charakteristisch. Das ist, glaube ich, auch das Leitmotiv der Regierung bei der Regelung der Sozialisierungsfrage gewesen: Stoßt das Bürgertum nicht vor den Kopf. Wenn man mit bürgerlichen Parteien in einer und derselben Regierung ist, ist es natürlich eine sehr schwierige Sache, die Sozialisierung zu regeln, und zwar in einem schnelleren Tempo, als es bisher geschehen ist. Das begreifen wir vollkommen. Aber wir haben ja auch zu unserem Teil unsere Meinung zum Ausdruck gegeben, und ich gebe ihr heute wieder Ausdruck: daß man aus diesem Grunde sich niemals Illusionen in bezug auf das Bürgertum machen, daß man nie vergessen sollte, daß zwischen ihm und der Arbeiterschaft ein Abgrund klafft, der nicht zu überbrücken ist. (Zurufe.) Er kann nicht durch irgendwelche Weisheit und irgendwelche Versöhnungspolitik überbrückt werden. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur auf dem Wege des schärfsten Klassenkampfes auch die Frage der Sozialisierung realisiert werden kann. Ich bin der Meinung, die Regierung würde vernünftig handeln, wenn sie gewisse Bewegungen unter der Arbeiterschaft mindestens so beurteilen würde, wie Max Weber sie beurteilt. Er weist darauf hin, daß Revolutionen in der Regel von Minderheiten eingeleitet worden sind und daß man deswegen für eine Zeitlang mit der Diktatur von Minderheiten in der Revolutionszeit zu rechnen habe.

Werte Versammlung! Ich weise noch einmal darauf hin: wenn wir uns daran erinnern, daß wir erst vier Monate Revolution haben, daß das ein sehr kurzer Zeitabschnitt in einer solchen geschichtlichen Entwicklung ist, dann haben wir keine Ursache, erregt zu werden über das, was wir heute im Lande sehen. Worüber sind denn die Arbeiter in ihrer großen Menge ungehalten? Es ist zunächst einmal daran zu erinnern, daß durch den Krieg, durch die Politik der herrschenden Klassen sie aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht worden sind, und viele, viele dieser Arbeiter haben während des Krieges in einen Beruf hinüberwechseln müssen, der ihnen durchaus nicht zusagte, der die Aufgabe ihres früheren Berufs bedeutete, und nun sollen sie wieder zurück. Jetzt sollen sie bei der Umstellung der Industrie aufs neue in ihren alten

Beruf zurück. Da sträubt sich mancher oder sucht eine Arbeitsgelegenheit, die sich so schnell nicht bietet. Dann wird er, wenn er und seinesgleichen eine ziemlich Anzahl darstellen, leicht ins Lager der sogenannten Arbeitsscheuen geworfen. Es sind ja die bürgerlichen Politiker mit dieser Behauptung niemals karg gewesen, von der Arbeitsscheu der Arbeiter zu reden. Von der Arbeitsscheu in den eigenen Reihen haben sie in der Regel weniger Aufhebens gemacht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie haben sie dort für ganz natürlich gehalten. Aber werte Versammlung, es ist nur selbstverständlich, daß innerhalb der Arbeitermassen, die durch den Krieg gegangen sind, die so aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht wurden und die vor allem — das dürfen Sie nicht vergessen — während des Krieges auch um mancherlei Einsicht reicher geworden sind, Einsicht in das Wesen, die Natur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß diese Arbeiter sich heute in ihren Forderungen etwas ungebärdiger zeigen, als es manchem angenehm sein mag. Wir sollen solche Erscheinungen, wie sie seit einigen Monaten immer wieder hervortreten, zu erklären versuchen und nicht einfach verurteilen. Wer sie einfach verurteilt — ich kann nicht umhin, darauf zurückzukommen —, kommt zu dem Satze: Gewalt gegen Gewalt, kommt zu dem Grundsatze, dem der Herr Abgeordnete Kempkes gestern auch Ausdruck gegeben hat, von seinem Standpunkte aus vielleicht vollkommen mit Recht; aber von dem Standpunkte einer Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, kann ich niemals einen solchen Ausspruch begreifen, es sei denn, ich müßte mir sagen, daß diese Sozialisten vergessen haben, was sie ihrer Parteivergangenheit und der Wissenschaft schuldig sind, die diese Partei früher immer hochgehalten hat, dem wissenschaftlichen Sozialismus.

Über die **Schwierigkeiten der Sozialisierung** gibt es gar keinen Zweifel. Auch meine Parteifreunde erkennen ohne weiteres an, daß die Schwierigkeiten gerade gegenwärtig sehr groß sind. (Hört! hört!) — Ja, wundern Sie sich darüber? Welcher Mensch mit gesunden Sinnen kann gegen diese Tatsache an? (Heiterkeit.) Das haben wir nie bestritten. Bitte, nennen Sie mir solche Beispiele. Dann wird sich darüber reden lassen. Mit Ihren Zwischenrufen kann ich nichts anfangen. Nennen Sie mir Beweise dafür, daß aus den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Beziehung ungebührliche, überspannte Forderungen gestellt worden sind, dann werde ich eventuell mein Urteil darüber abgeben.

Ich zu meinem Teil und meine Parteifreunde verkennen also nicht, daß der Sozialisierung einer Wirtschaft, die einen solch ungeheuren Weltkrieg überstanden hat, sehr viele Schwierigkeiten im Wege stehen. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß das Tempo in der Sozialisierung nicht dennoch beschleunigt werden könnte, daß

dieses Schneckentempo eingeschlagen werden muß, das die Regierung eingeschlagen hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Ja, das paßt Ihnen wieder nicht, da differieren wir wieder.

Es lassen sich eine ganze Anzahl von Betrieben — das ist schon vielfach von den Vorrednern gesagt worden — verhältnismäßig leicht sozialisieren. Damit könnte die Regierung ernsthaft anfangen. Daß sie den Bergbau nicht ernstlich an der Wurzel faßt, daß sie nicht bei der Produktion einsetzt, scheint uns gleichfalls ein Fehler zu sein, scheint uns gleichfalls darauf zurückzuführen zu sein, daß man nicht den genügenden Unternehmungsmut hat, der hier am Platze wäre.

Die Sozialisierung einer Volkswirtschaft ist natürlich eine Sache, die sich sehr stark mit der **Frage der Internationalität** berührt. Es ist schon gestern darauf hingewiesen worden. (Gewiß, ich gebe ohne weiteres zu, daß die Zertrümmerung der proletarischen Internationale außerordentlich schwerwiegend ins Gewicht fällt, und zwar zuungunsten der Sozialisierung. Aber man soll sich doch auch die Hindernisse nicht als zu schwer, als unüberwindbar vorstellen. Ich stimme mit dem Abgeordneten Hue vollkommen darin überein (Zuruf von den Sozialdemokraten: Also doch!) —, gewiß, in dem einen oder anderen Punkte habe ich immer mit Dir übereingestimmt, nur nicht in allen —, daß auch im Auslande die Arbeiter sich rühren — so habe ich ihn gestern verstanden —, daß die Arbeiter in Amerika und England ihre Forderungen in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne usw. stellen. Das geht natürlich letzten Endes in derselben Richtung, in der wir uns hier in Deutschland bewegen. Ich bin überzeugt: wenn auch die **Weltrevolution** leider nicht so schnell kommen sollte, wie die Bolschewiki sie erhoffen und sie ersehnen (Zurufe links: Leider?) —, erhoffen und ersehnen tut sie jeder Arbeiter, davon seien Sie überzeugt (Oho! links und im Zentrum), wenn er deshalb auch noch kein Bolschewik ist, ersehnen und erhoffen tun ich und meine Parteifreunde sie auch, und wir werden alles tun, um sie herbeizuführen, soweit Menschen das überhaupt können. (Hört! hört!)

Diese Anzeichen, von denen ich eben sprach, in der ausländischen Arbeiterschaft, die gleichfalls letzten Endes auf die Sozialisierung ausmünden werden, gehen in der Richtung des Eintretens der Weltrevolution. Wer der Meinung ist, eine Revolution, wie die ist, mit der wir es in Deutschland zu tun haben, wäre innerhalb der schwarz-weiß-roten oder jetzt schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle zu bannen, der ist sehr auf dem Holzwege, der stellt sich die geschichtliche Bewegung sehr merkwürdig vor. Nein, diese Bewegung wird Fortschritte machen, und ich bin überzeugt: in dem Maße, wie wir energischer und in einem schnelleren Tempo, natürlich immer nach Maßgabe der Möglichkeiten, in der Sozialisierung voranzukommen suchen, werden wir auf die Arbeiter-

klasse anderer Länder nicht nur ermutigend, sondern auch vorbildlich einwirken und werden so zu unseren eigenen Gunsten sie in der Richtung auf die Revolution vorantreiben. Das ist nicht aus dem Auge zu lassen. Man darf nicht etwa aus Rücksicht auf die eigene bürgerliche Klasse im Lande in dem Bestreben nach der Sozialisierung zag werden und die anderen großen Seiten der Frage, von denen ich eben sprach, darüber aus dem Auge verlieren.

Es wird also die Sozialisierung allgemein kommen, darüber kann kein Zweifel sein. Sie wird auch andere Länder erfassen, ich glaube sogar, viel schneller als mancher es sich träumen läßt.

Wenn nun von den bürgerlichen Parteien Einwände gemacht werden wie etwa: wie sollen wir denn die **Konkurrenz mit dem Auslande** bestehen, wie sollen wir denn mit der Weltwirtschaft wieder in Zusammenhang kommen? — so scheinen mir das aus dem Finger gesogene Einwände zu sein, die in erster Linie verraten, wie sehr man selbst das Bedürfnis hat, aus Gründen der Profitsucht mit der Weltwirtschaft wieder verbunden zu sein. So leicht wird es allerdings eine sozialisierte Industrie nicht haben, die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, wie die hinter den Schutzzollmauern stehenden, in Kartellen verbündeten Industrien in Deutschland es gehabt haben, die die deutsche Konsumentenschaft ausgepowert haben, um dann zu billigeren Preisen die Waren auf dem Weltmarkt anbieten und so die Konkurrenz schlagen zu können. So leicht allerdings wird es eine Regierung nicht haben, wie es ein Land hat, das irgendwelche Großindustrien, wie jetzt den Bergbau oder dergleichen sozialisiert hat. Sie darf eine solche Politik nicht führen, sie darf solche politischen Mittel nicht anwenden. Schutzzollpolitik können wir natürlich nicht zugunsten der Sozialisierung in Anwendung bringen.

Andererseits soll man nicht aus dem Auge lassen, daß draußen im Ausland in erster Linie doch immer die Frage entscheidend sein wird, ob man mit uns gute Geschäfte machen kann. Warum man nicht mit einer gesund gemachten, durch die Sozialisierung gesund gewordenen Industrie oder mit Industrien, **mit einer ganzen sozialisierten Volkswirtschaft Geschäfte machen** sollte, das verstehe ich einfach nicht. Wenn man mir erzählen wollte, man wird uns boykottieren, weil wir Sozialisten geworden sind, weil wir zu sozialisieren angefangen haben, dann müßte ich einfach darüber lachen. Ein solcher Einwand ist hinfällig. Nein, es wird entscheidend sein, was bei dem Austausch der Waren für die ausländischen Kapitalisten herauskommt, und es wird für sie immer genügend herauskommen, auch wenn unsere bedeutendsten Industrien sozialisiert sein werden. Es wird also aus dem Grunde der internationale Handel zweifellos wieder in Fluß kommen. Die Sozialisierung ist also kein Hinderungsgrund dafür. Es wird nun gesagt werden: wenn

nun aber die **Sozialisierung** im Bergbau durchgeführt wird, dann wird die Folge ein **Sinken der Rentabilität** sein. Es hat sich, glaube ich, der Abgeordnete Kempkes gestern auf den „Maasbode" berufen, weil dieser ein ihm genehmes Artikelchen über die Sozialisierung geschrieben hat, und er hat gleich gemeint, diese Anschauung des „Maasbode" sei die Anschauung des Auslandes über die Sozialisierung des deutschen Bergbaus überhaupt. Ich glaube dagegen, daß hier der Wunsch zum Vater des Gedankens geworden ist. Wir brauchen uns dadurch nicht ängstlich machen zu lassen.

Wir, meine Parteifreunde und ich, sind der festen Überzeugung: in dem Maße, wie der Arbeiterschaft ein Einfluß auf die betriebstechnische und auch auf die kaufmännische Leitung der Betriebe zugestanden und gesichert wird, wird die Arbeitslust unter den Arbeitern entfacht werden, in dem Maße wird ihre Arbeitslust und auch ihr Idealismus, von dem hier nach meiner Meinung sehr viel in den Ausführungen des Herrn Reichsministers Wissell die Rede gewesen ist, zunehmen; die Arbeiterschaft wird leistungsfähig sein und sie wird leistungsfähiger werden als unter der kapitalistischen Ausbeutung. Deshalb wird also wegen der Rentabilität bei uns gar kein Grund zur Besorgnis übrig bleiben.

Von der **Erhöhung der Löhne im Auslande** habe ich schon gesprochen. Ich glaube, man kann wohl sagen, daß im Auslande trotz der Erhöhung der Löhne in Deutschland die Löhne heute noch vielfach höher sind als die Löhne unserer Arbeiter. Insbesondere dürfte das für den Bergbau zutreffen. Ich will mir aber darüber kein entscheidendes Urteil erlauben. Das können natürlich Fachleute wie der Herr Abgeordnete Hue besser als ich. Ich urteile nur allgemein, weil ich weiß, daß vor dem Kriege und auch noch während des Krieges die Löhne der Arbeiter in Amerika und auch in England vielfach weit höher waren als die Löhne der deutschen Arbeiter, worüber doch so viel Gerede in der bürgerlichen Presse gemacht worden ist.

Ich habe dann die **Begründungsrede** des Herrn Reichsministers Wissell mit großer Aufmerksamkeit angehört, schon weil es an der schriftlichen Begründung fehlte. Ich muß aber sagen, daß ich zum großen Teil enttäuscht worden bin; denn sie war, wenigstens der erste Teil davon, nichts anderes als eine **sozial-ethische Moralpredigt.** Im übrigen wurde eine Volksfreundlichkeit zur Schau getragen, die wenig angenehm berührte, weil sie außer den großen Worten in den Gesetzesvorlagen so wenig bietet. Nun gar noch von einem Sozialdemokraten dergleichen zu hören, war nicht besonders erfreulich. Es ist in dieser Rede sehr viel von der sittlichen Pflicht des einzelnen gegenüber der Gesamtheit, gegenüber dem Staat, zu hören gewesen. Abgesehen davon, daß solche Er-

mahnungen in so wildbewegter Zeit, wie wir sie jetzt durchleben, doch sehr merkwürdig berühren und insbesondere nach einem so ungeheuren, furchtbaren Kriege, der natürlich die sittlichen Kräfte außerordentlich dezimiert hat und dezimieren mußte, woran wir uns immer wieder erinnern müssen und wofür wir die Schuld immer wieder denen zuschieben müssen, die den Krieg herbeigeführt und ihn verlängert haben — wer sich daran erinnert, den können solche Reden mit so predigerhaftem Eindruck doch wirklich nicht erwärmen. Die **„sittlichen Pflichten" des Staates** sind gegenwärtig nach meiner Meinung mindestens so sehr zu betonen, ja ich behaupte, weit mehr zu betonen als die **sittlichen Pflichten des einzelnen** gegenüber der Gesamtheit. Und die Betonung der sittlichen Pflicht des Staates liegt uns als Sozialdemokraten auch immer viel näher. Wir haben immer von der sittlichen Pflicht des Staates den Arbeitern gegenüber gesprochen, aus dem sehr einfachen Grunde, weil die deutschen Arbeiter schon sehr früh, schon durch Lassalle darauf hingewiesen worden sind. Er spricht gelegentlich von der sittlichen Natur des Staates und davon, daß die Arbeiterschaft als Unterklasse der Gesellschaft überhaupt schon durch die hilflose Lage, in welcher sich ihre Mitglieder befinden, den tiefen Instinkt habe, daß eben dies die Bestimmung des Staates sei und sein müsse, dem einzelnen durch die Vereinigung aller zu einer solchen Entwicklung zu verhelfen, zu der er als einzelner nicht befähigt wäre.

Wie die Worte von der sittlichen Pflicht in § 1 des Sozialisierungsgesetzes nun dastehen, sind sie natürlich nur auf die Arbeiter zu beziehen. Die Angehörigen der bürgerlichen Klassen pfeifen doch auf eine solche sozial-ethische Ermahnung, daß jeder einzelne der Gesamtheit gegenüber eine sittliche Pflicht zu erfüllen, seine geistigen und körperlichen Kräfte herzugeben habe. (Große Unruhe und lebhafte Zurufe.) — Ja, und wenn Sie zehnmal „Unerhört" sagen, dann behaupte ich doch: sie pfeifen darauf. (Erneute große Unruhe und lebhafte Zurufe.) Das haben wir während des Krieges gerade zur Genüge eingebläut bekommen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Deutschen Demokraten.) — Ausnahmen von der Regel gelten nicht nur in der Philosophie, gelten auch in der Gesellschaft. Herr Dernburg, ob Sie eine Ausnahme bilden, kann und will ich nicht untersuchen und darf ich ja auch nicht untersuchen, weil Sie Mitglied des Hauses sind. Aber allgemein behaupte ich, daß das richtig ist, was ich ausgesprochen habe. Das ist auch die Überzeugung der großen Masse der Arbeiter, und darum fühlen die Arbeiter aus diesen Worten heraus, daß sie lediglich gegen sie gerichtet sind, und es befällt sie ein sehr unangenehmes Gefühl, wenn sie solche Worte lesen. Während des Krieges ist es die Pflicht der Arbeiter gewesen, das Vaterland zu verteidigen, so hat man ihnen immer und immer wieder gesagt, und jetzt soll es wieder gerade für die Arbeiter eine sittliche Pflicht sein, alles,

was sie haben, dem Wohle der Gesamtheit zu opfern. Nun, verehrte Versammlung, das wird den Arbeitern mit der Zeit zu viel; sie möchten etwas mehr haben, als sie bisher von ihrer Arbeit gehabt haben, sie möchten, daß insbesondere die herrschenden Klassen den Beweis liefern, daß sie den arbeitenden Klassen nicht mehr so gegenüberstehen, wie sie es bisher getan haben. Und da solche Beweise, daß sie sich in ihrer Stellungnahme geändert haben, nicht geliefert sind, so sagen sich die Arbeiter einfach: jetzt müssen wir von der politischen Macht, die wir erlangt haben, Gebrauch machen. Das ist ein vollkommen richtiger Gedanke. Die Arbeiter müssen von ihrer politischen Macht Gebrauch machen. Wenn sie sich auf die Weisheit und Versöhnlichkeit und was sonst noch für schöne Dinge verlassen wollten, die ihnen vielleicht aus den bürgerlichen Kreisen entgegengetragen werden, so würden sie damit nicht weit kommen.

Vor allen Dingen haben die Arbeiter das eine gelernt, daß es sich bei Revolutionen nicht um die Verwirklichung sogenannter Ideale handelt, nein, sie haben sehr gut begriffen, was Karl Marx ausgeführt hat: sie haben keine Ideale zu verwirklichen, sie haben nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich besonders im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben. Verehrte Versammlung! Was uns der Wirtschaftsminister Wissell geboten hat, das kann die Arbeiter nicht befriedigen, und am allerwenigsten das, was er ihnen an sozial-ethischer Theorie geboten hat. Die Arbeiter erinnern sich daran, daß man sie immer dann wieder zu vertrösten und zu ermahnen suchte, wenn man sie am notwendigsten gebrauchte. Es ist in das Bewußtsein der Arbeiter, mögen sie nun Marx gelesen haben oder nicht, längst übergegangen, wie gewisse Kantsche oder andere philosophische, wissenschaftliche und Erfahrungssätze längst in das allgemeine Bewußtsein übergegangen sind, es ist in das Bewußtsein der Arbeiterschaft längst übergegangen, was Karl Marx einmal in bezug auf die Theorie sagte: „Die Theorie wird in einem Volke immer nur soweit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist", und, werte Versammlung, dafür werden die Arbeiter allerdings sorgen, daß nun endlich die Theorie soweit verwirklicht wird, als ihre Bedürfnisse in Betracht kommen. Die Bedürfnisse der Arbeiter sind nach einem so ungeheuren Kriege selbstverständlich sehr groß; denn die Arbeiter haben in erster Linie unter ihm leiden müssen. (Zurufe links.) — Ich brauche nicht von den Opfern zu sprechen, die auch aus bürgerlichen Kreisen, sagen wir durch die Offizierklasse im Kriege gebracht worden sind. Darum handelt es sich nicht. Es handelt sich darum, daß die Arbeiterklasse wirtschaftlich schutzloser dasteht als die Angehörigen der besitzenden Klassen, und insofern haben sie durch den Krieg viel mehr zu leiden bekommen als die Angehörigen der herrschenden Klassen.

Werte Versammlung! Wenn man nun in dem § 1 des Sozialisierungsgesetzes liest:

> Jeder Deutsche hat die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert,

dann ist es doch ein sehr dürftiges Äquivalent, das dagegen geboten wird, wie es in folgenden Worten zum Ausdruck kommt:

> Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutze des Reichs.

Das ist ja auch schon in der Verfassung gesagt und im übrigen ist schon gestern in der Rede des Herrn Ministers darauf hingewiesen worden, daß diese Gesetze mancherlei von dem vorwegnehmen sollen, was die Verfassung zu bringen verspricht. Nun, werte Versammlung, was heißt das: **Schutz der Arbeitskraft?** Der Schutz kann niemals so weit gehen, daß die kapitalistische Ausbeutung ganz aufgehoben würde. Sie kann nur aufgehoben werden durch die Sozialisierung im weitesten Maße, und darum drängt die Masse der Arbeiterschaft mit aller Gewalt danach, daß die Sozialisierung in viel schnellerem Tempo, mit viel größerer Energie durchgeführt wird, als die Regierung Neigung dazu offenbarte, und darin hat die Arbeiterschaft vollkommen recht. Darin nimmt sie nur ihr Lebensinteresse wahr, und meine Parteifreunde und ich werden sie darin nach besten Kräften unterstützen.

Daß in einer solchen Zeit auch gelegentliche **überspannte Forderungen** wahr zu machen versucht werden, ist eine allgemeine Erscheinung, die wir in der Geschichte immer wieder beobachten können. Man soll sich darüber nicht aufhalten, wundern kann man sich nur über die Leute, die erstaunt darüber tun und mit Gewalt solchen Erscheinungen zu Leibe gehen wollen. Nein, werte Versammlung, noch einmal: Es gilt, solche Erscheinungen zu erklären, es gilt vor allen Dingen zu bedenken, daß selbstverständlich, soweit innerhalb der Arbeiterklasse überspannte Forderungen durchzusetzen versucht werden, das in erster Linie auf die falsche, niederträchtige Behandlung, auf die Ausbeutung zurückzuführen ist (große Unruhe), die sie unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erfahren haben. In erster Linie sind für alle diese Erscheinungen die besitzenden Klassen verantwortlich zu machen, und anstatt zu sagen: Gewalt gegen diese verirrten Arbeiter, soweit sie verirrt sind (lebhafte Zurufe von den Deutschen Demokraten), soll man sagen: Gewalt gegen die herrschenden Klassen, soweit sie sich sträuben, der Sozialisierung die Wege mit ebnen zu helfen. (Erregte Zurufe in der Mitte und links.) Das kann man allerdings von einer Regierung nicht erwarten, die so zusammengesetzt ist wie die gegenwärtige.

Nun, werte Versammlung, der zweite Gesetzentwurf über die **Regelung der Kohlenwirtschaft** läßt mancherlei zu wünschen übrig. Ich

habe schon darauf hingewiesen, daß es für uns bei der Sozialisierung vor allen Dingen darauf ankommt, daß die Arbeiter den ihnen gebührenden, hinreichenden Einfluß bekommen. Wenn ich kürzlich gesagt habe, daß die Demokratie in der demokratischen Republik sehr leicht eine Demokratie der Minderheit wird, dann zeigt sich, wenn man dieses Gesetz aufmerksam liest, daß sich das Wort von mir bewahrheitet. Wenn wir die Zahl der Vertreter ansehen, die das Unternehmertum, die Handel und Gewerbe und die Verbraucher haben sollen, und auf der anderen Seite die Vertreter, die den Lohnarbeitern zugewiesen sind, dann stellt sich heraus, daß die Lohnarbeiter natürlich die zahlreichsten sind, daß sie aber verhältnismäßig die wenigsten Vertreter haben, hingegen die Unternehmer verhältnismäßig die meisten. Die letzteren sind ja noch obendrein auch durch die Regierung vertreten. Das ist ein Mißverhältnis, auf das insbesondere ein Fraktionsfreund von uns noch zurückkommen wird. Ich will mich darüber nicht weiter auslassen; ich will nur am Schluß noch einmal sagen: wir stehen der Sozialisierungsfrage so ruhig und nüchtern gegenüber, wie sich das für jeden Marxisten gebührt. Wir sind der Ansicht, daß die Schwierigkeiten dafür gegenwärtig viel größer sind, als sie im Frieden sein könnten, und wir sind deswegen der Meinung, daß man insofern die genügende Vorsicht walten lassen muß. Aber wir wollen doch mit allem Nachdruck zum Ausdruck bringen, daß die Vorsicht nicht so weit gehen darf, wie die Regierung sie bisher beobachtet hat. Was sie uns hier bietet, ist kümmerlich, ist entfernt nicht das, was sie zu bieten in der Lage wäre. Ich erwarte daher, daß, da unser Drängen und das Drängen der Massen draußen weiter gehen wird, dies zur Folge haben wird, daß die Regierung sehr bald mit anderen Sozialisierungsvorlagen kommt, mit denen man zufriedener sein kann als mit der gegenwärtigen. Dem Sozialismus wird die Zukunft gehören: trotz alledem! (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hugenberg.

Dr. Hugenberg, Abgeordneter: Wenn man es als Deutscher dürfte und innerlich könnte, möchte mancher wohl heute wünschen, nicht zum deutschen Volke zu gehören (hört! hört! bei den Deutschen Demokraten), also nicht Beteiligter, sondern Beobachter dieses furchtbaren und größten Trauerspiels zu sein, das sich jetzt an uns Deutschen vollzieht. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Solch ein unbeteiligter Beobachter würde vielleicht auch manches, was sich jetzt auf diesen weltbedeutenden Brettern vollzieht, mit ganz anderen Augen betrachten als wir. Ich fürchte namentlich — und wünschte, daß es anders wäre —, daß er manche Dinge, die man hier als lichte Kehrseite des dunklen Bildes, als Schritte auf dem Wege zu einer besseren

Zukunft bewerten möchte, lediglich als Zersetzungserscheinungen sehen wird. Dabei denke ich auch an die Vorlagen, die uns heute beschäftigen.

In einem seiner letzten Aufrufe hat das Reichsministerium festgestellt, daß wir uns vor der Gefahr der politischen und **wirtschaftlichen Anarchie befinden.** Es scheint mir notwendig, dies festzustellen, und ich werde gegenüber den Ausführungen, die wir gestern vom Regierungstische gehört haben, darauf zurückkommen. Der Feind hat uns viel genommen und nimmt uns dank unserer Hilfslosigkeit täglich mehr. Ich erwähne hier nur die beiden wirtschaftlichen Dinge: Auslandshandel und Rohstoffe. Aber würden wir, wenn wir zum Beispiel Rohstoffe hätten, davon Gebrauch machen können? Liegt nicht in uns selbst der Quell unendlich größerer Verluste? (Sehr richtig! rechts.) Im größten Teil des Landes ist unsere wohlorganisierte Landwirtschaft äußerlich unberührt, aber sie findet keine Arbeitskräfte, sie hat keine Kohle zum Dreschen, kein Kali, keinen Stickstoff, kein Thomasmehl zum Düngen. Das alles sind Dinge, die wir im Lande haben. (Zustimmung rechts.) Wir haben das Ruhrgebiet und Oberschlesien in Händen, aber der Arbeiterstamm unseres **Kohlenbergbaues** ist immer noch nicht aufgefüllt, und die Tagesleistung für den Kopf der Arbeiterschaft — ich sage das in voller Kenntnis aller dabei mitspielenden Momente, ohne irgend einen Vorwurf gegen die einzelnen Menschen zu erheben — beträgt nur etwa zwei Drittel der Vorkriegszeit (hört! hört! rechts; Zurufe links), nämlich etwa 0,6 Tonnen gegen 0,9 Tonnen durchschnittlich. Das erhöht bei etwa 18 Mark Hauerdurchschnittslohn die Selbstkosten so, daß auf einer großen Anzahl von Zechen Lohn und Kohlensteuer die jetzigen hohen Kohlenpreise von rund 40 Mark pro Tonne aufzehren. (Hört! hört! rechts.) Was an Unkosten außerdem noch hinzukommt, wie Grubenholz und sonstige Materialien, Betriebskosten, Gehälter, Steuern usw., geht zu Lasten der Verlustrechnung. Es sind das für einige Unternehmungen monatlich mehrere Millionen. Sie können sich ausrechnen, daß zwar mit Kredit und allerlei einstweiligen Verlegenheitsmaßnahmen notfalls ein paar Monate so weitergewirtschaftet werden kann. Dann aber muß um so plötzlicher der allgemeine Zusammenbruch kommen. (Sehr richtig! rechts.) Und der Kohlenbergbau ist ein Gewerbe, das ordentlich und erfolgreich zu betreiben bisher ganz allein in deutscher Hand liegt und in dem etwa 10 Prozent der industriellen Arbeiterschaft Deutschlands ihr sicheres Brot finden können.

Im **Kalibergbau** sieht es ähnlich aus. Die ganze Welt ist hungrig nach Kali, und wir können nicht liefern, auch unsere Valuta damit nicht verbessern, weil es an Kohle fehlt. (Hört! hört! rechts.) An Kohle aber fehlt es hier und an zahlreichen anderen Stellen nicht nur, weil zu wenig gefördert, sondern auch weil zu wenig befördert wird. Das liegt wiederum auf der einen Seite an den be-

dauerlichen Abmachungen der Waffenstillstandskommission, anderseits aber daran, daß das Reparaturwesen in den Werkstätten der inländischen Eisenbahnverwaltung nicht mehr in Ordnung ist.

Auch der durch die feindliche Besatzung nicht betroffene Teil der deutschen **Eisenindustrie** — ich kann es nicht vermeiden, auch über Kohle und Eisen einige Worte zu sagen, obwohl ich mir bewußt bin, daß das Sachverständnis, das ich auf diesem Gebiete leider besitze, bei Ihnen leicht den Verdacht der Interessenvertretung begründen könnte, die ja bekanntlich in diesem hohen Hause sonst niemals vorkommt — (Heiterkeit und sehr gut! rechts) auch die Eisenindustrie, insbesondere die weiterverarbeitende, könnte einstweilen auf der Grundlage des starken Eisenbedarfs der ausgehungerten inländischen Volkswirtschaft leidlich arbeiten, wenn die Betriebsverhältnisse bessere und nicht jeder Unternehmungsgeist so weit erstickt wäre, daß die Bestellungen stocken. Was ich über die monatlichen Millionenzuschüsse unserer großen Eisen- und Stahlwerke gehört habe, ist erschreckend und bestätigt nur die Vorstellung, daß die stärksten und festesten Säulen unserer Volkswirtschaft am Bersten sind. Kurz und gut, die einfachen Elemente heimischer Wirtschaft, das inländische auf sich selbst stehende Knochengerüst des Wirtschaftskörpers ist angefressen und vollständig durcheinander geraten. Was würden uns die Rohstoffe für die übrigen Industrien helfen, solange diese organische Krankheit der ganzen Volkswirtschaft, diese Störungen des gesamten Produktionsprozesses nicht überwunden sind! (Sehr wahr! rechts.) Fast könnte man sagen, wir wirtschaften in Deutschland nicht mehr, wir verwalten nur noch (Zustimmung rechts), und Verwalten ist in wirtschaftlichen Dingen gleichbedeutend mit Verwirtschaften.

In diesem Augenblick schwerster Krankheit tritt plötzlich das Reichsministerium mit der gesetzgeberischen Verwirklichung des Gedankens der **Sozialisierung** auf den Plan. Grundsätzlich stehe ich nicht an, zu erklären, daß meine Partei entsprechend ihrem Programm mit jeder Art von Sozialisierung einverstanden sein würde, für die überwiegende Gründe des Gemeinwohls sprächen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich könnte mir — um ein Beispiel anzuführen — unter Umständen vorstellen, daß zwar nicht die Erzeugung, wohl aber in gewissen Grenzen die Leitung, der Überlandstransport des elektrischen Stromes mit Vorteil sozialisiert werden könnte. Denn dies könnte so gemacht werden, daß nicht nur keine Minderung, sondern sogar eine Steigerung der Produktivität eintritt. Aber wir, meine politischen Freunde und ich, können uns nicht vorstellen, daß man ohne schwere Gefährdung des Volkswohls so sozialisieren kann, wie die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe es vorsehen (sehr richtig! rechts), daß man gewissermaßen das

deutsche Wirtschaftsleben als solches sozialisieren, daß man eine deutsche Gemeinwirtschaft schlechthin schaffen kann, ein Wort, das ich übrigens trotz der von warmem Gefühl getragenen Ausführungen des Herrn Reichsministers Wissell bisher noch nicht ganz verstanden habe. (Sehr richtig! rechts.) Es gibt für uns kein grundsätzliches Präjudiz zugunsten der Vergesellschaftung, wie das Sozialisierungsgesetz es darstellt. Wir meinen, daß der einzelne Fall einer Sozialisierung für sich geprüft werden muß (sehr richtig! rechts), — nicht mit der entsetzlichen Oberflächlichkeit, die dieser Gesetzentwurf an der Stirne trägt (sehr richtig! rechts), sondern nach sorgfältiger und öffentlicher Vorbesprechung mit allen beteiligten Kreisen. (Sehr richtig! rechts.) Dabei muß klargestellt werden, daß die betreffende Sozialisierungsmaßnahme die Gesundheit und den Ertrag der Volkswirtschaft zum mindesten nicht beeinträchtigt, sondern überwiegende Vorteile erwarten läßt. Wir stehen also, wie es im Wahlkampf auch die deutschdemokratische und die christliche Volkspartei zu tun erklärt haben, grundsätzlich auf dem Boden der freien Wirtschaft als der besten Nährmutter des Wohlstandes und der geistigen und sittlichen Kultur. (Zurufe und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen die kapitalistische Wirtschaft marschfähig erhalten, indem wir die Notwendigkeit der Abschneidung etwaiger Auswüchse betonen. (Sehr richtig! rechts.)

In diesem Sinne sind wir es auch, die heute am klarsten den Gedanken der **Sozialpolitik** vertreten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Er ist als solcher heute nicht mehr Gegenstand des Parteikampfes, sondern dieses Problem schneidet mitten durch alle Parteien hindurch als eine Frage des Möglichen, des Maßes und Ausgleichs —, auch bei Ihnen, meine Herren von der sozialdemokratischen Partei, seit Sie regieren und für die Geschicke des Volkes verantwortlich sind. (Sehr gut! rechts.) Das drückt sich auch in der Errichtung der Arbeitsgemeinschaft aus. Gewerkschaftsvertreter sitzen heute in allen Parteien, Kapitalisten auch unter den Unabhängigen. (Hört! hört! und Heiterkeit rechts.) Aber wer die Privatwirtschaft verneint, verneint auch die Sozialpolitik; denn diese letztere ist nur eine Ergänzung der ersteren und verliert ihre selbständige Bedeutung mit dem Wegfall der Privatwirtschaft (Sehr richtig! rechts.)

Von diesen leitenden Gesichtspunkten aus haben wir die **beiden Vorlagen** zunächst daraufhin zu prüfen: **wie wirken sie auf die volkswirtschaftliche und politische Lage,** in die sie hineingeworfen werden? — und da fürchten wir: die Lehre, die Sie jetzt gesetzgeberisch verkünden, wird das Übel nicht bessern, sondern verschlimmern. (Sehr richtig! rechts.) Sie werden damit nicht Beruhigung schaffen, sondern weitere Keime neuer Störung ausstreuen. Sie werden die Produktivität der Volkswirtschaft nicht steigern, sondern vermindern. Im Grunde nämlich

ist diese Lehre nur ein Teil der gleichen verderblichen Triebkraft, die den heutigen traurigen Zustand der Dinge geschaffen hat. Ihre gesetzliche Verkündung verstärkt und verankert die überall fühlbaren zerstörenden Kräfte.

Denn was sind die Gründe des zu beklagenden Zersetzungszustandes? Der Herr Reichspräsident Ebert hat im Anfange dieser Tagung ein Wort gesprochen, das zwar in dieser Form nicht richtig ist, aber doch an den Kern der heutigen Notlage greift. Er sagte: viele **Unternehmer** hätten in den letzten Wochen und Monaten verabsäumt, die nötige **Initiative** zu entfalten. Die neue Reichsleitung bemüht sich lebhaft, durch zum Teil richtige, zum Teil unrichtige Zitate zu beweisen, daß sie sich auch innerlich auf Weimarischem Boden befindet. In gleichem Sinne darf ich sagen: „Das war kein Heldenstück, Oktavio!" (Sehr gut! rechts.) Das kommt mir so vor, als wenn man jemandem einen Knebel in den Hals steckt und sagt dann: warum schreist du denn nicht? — Oder als wenn man jemandem eine Kette an das Bein hängt und sagt: du läufst ja nicht? (Sehr richtig! rechts.)

Sozialisierung war von vornherein ein Lieblingsthema der Revolution. Eine ungeheure Unsicherheit hat sich des ganzen Erwerbslebens bemächtigt, das gesamte Eigentum fühlt sich bedroht. (Sehr richtig! rechts.) Nach der preußischen Verfassung — ich meine die Verfassung des alten historischen Preußens, nicht den Entwurf Preuß — durfte das Eigentum schlechthin nur gegen vorgängige Entschädigung entzogen werden. Im Entwurf Preuß ist das „vorgängig" verschwunden, und ein Mitglied des Mehrheitsblockes bezeichnete den so eingeschränkten Schutz als eine Ungeheuerlichkeit. (Hört! hört! rechts.) Ausweislich des Kohlengesetzes scheint letztere Auffassung auf Umwegen im Vormarsch in Deutschland begriffen zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Und da wundert sich Herr Ebert, daß allmählich die Initiative im Lande erlischt, er weiß darnach aber wenigstens, daß ein Hauptgrund des Elends in der Unterdrückung des privaten Unternehmungsgeistes liegt, der trotz Marx und Möllendorff doch allein die Wirtschaft in Ordnung hält und genau so notwendig ist wie die Ordnung im Lande, über die manche Herren früher gelacht haben, die jetzt, wo sie regieren wollen und müssen, im stillen Kämmerlein über ihre Zerstörung weinen. (Sehr gut! rechts.) Was für diejenigen, die regieren und die Ordnung im Staate aufrechterhalten wollen, die wenigen, vielleicht unangenehm, aber starken Männer sind, die ihnen dazu verhelfen — die anwesenden Damen werden entschuldigen, wenn ich das Wort „Männer" hier betone —, das sind für das Wirtschaftsleben die privaten Unternehmer. Läßt man, wie die Revolutionsregierung es eingeleitet hat, das Demagogentum der Straße sich der Geltendmachung des sogenannten Unternehmergeistes entgegenstellen und ihn grundsätzlich aus seiner ordnenden, betriebsleitenden Rolle ausschalten, so nimmt man dem Privatbetriebe sein

Lebenselement und ist in Gefahr, zum Nachteil des Ganzen ihn seiner Leistungsfähigkeit zu berauben. Herr Reichsminister Wissell — das nehme ich hier vorweg — hat gestern ausdrücklich erklärt, daß der Staat kein geeigneter Wirtschafter sei, daß er eine schwerfällige und täppische Hand besitze (sehr richtig! rechts), und daß man das geschäftliche Handeln denjenigen überlassen müsse, die Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse besitzen, und bei denen auch — ich bitte zu hören — das Gefühl der Verantwortung durch das eigene Interesse geschärft wird. (Hört! hört! rechts.) Ich teile diese Auffassung vollkommen. Aber sein sogenannter Selbstverwaltungskörper — auf deutsch: Kriegsgesellschaft — wird in der Praxis noch viel schlimmer sein als die Staatswirtschaft. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das waren Ihre Leute!) — Darauf komme ich später zurück. — Also wir leiden neben allen sonstigen Hemmungen, die ich gar nicht verkenne, an zwei Fehlern: die Revolutionswirtschaft in Verbindung mit der Zwangswirtschaft des Krieges schlägt den privaten Unternehmungsgeist tot (Sehr wahr! rechts.) Leider neuerdings auch bereits den Unternehmer selbst. Ich komme vor wenigen Tagen von dem Begräbnis eines solchen Opfers, eines Mannes von den wertvollsten persönlichen Eigenschaften. Sie macht ferner die Straße zum Herren des Betriebes.

Was wir statt dessen brauchen, ist **Freiheit und Ordnung.** (Sehr richtig! rechts.) Sie wissen es selbst ganz genau — auch Herr Wissell hat es gestern anerkannt —: Sie brauchen zum Wiederaufbau Arbeit, aber auch — und zwar gleichmäßig in Handel, Landwirtschaft, Handwerk und Industrie — den Unternehmer. Sie brauchen ihn heute mehr denn je (sehr richtig! rechts); denn alle Fäden der alten Wirtschaft sind zerrissen, im Inlande und nach dem Auslande. Es muß alles neu wieder aufgebaut, es müssen die Fäden neu gesponnen werden, es müssen in den Verhältnissen die Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten — solche sind auch in den traurigsten Zuständen enthalten — wieder neu gefunden und aufgespürt werden. Dazu brauchen Sie das Auge des Unternehmers, und das ist nur sehend in der Freiheit. (Sehr gut! rechts.) Statt dessen regieren Sie im Geiste der Brotkarte, der Kriegsgesellschaft, der behördlichen Zuteilung weiter. (Sehr wahr! rechts. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ohne Brotkarte wären sie längst verhungert!) — Ich möchte meine Redezeit nicht überschreiten und kann deshalb auf derartige eigentlich nicht sehr zur Sache gehörigen Zurufe nicht eingehen. — Sie mögen wollen oder nicht: die Logik der Tatsachen wird diese Notbauten des Krieges hinwegfegen. Es kommt nur darauf an, daß es nicht zu spät geschieht. Das deutsche Volk will wieder ehrlich werden! Ohne Ehrlichkeit kein Handel und Wandel (sehr richtig! rechts; Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten), keine Entwicklung (andauernde Unruhe und Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das deutsche Volk ist ehrlich!) und

ohne freie Wirtschaft keine Ehrlichkeit! (Lebhafte Zustimmung rechts. — Andauernde Unruhe und erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Die Redezeit ist für jeden knapp bemessen. Ich bitte Sie, nicht durch solche Störungen sie noch zu beeinträchtigen.

Dr. Hugenberg, Abgeordneter: Statt dessen will die Regierung nunmehr die **Zwangswirtschaft** und damit zugleich auch die Herrschaft der Straße über die Betriebe verewigen. Denn was ist die sogenannte Gemeinwirtschaft anders als Zwangswirtschaft? Man braucht sich nur das **Kohlengesetz** flüchtig anzusehen, um dies zu erkennen. Es ist ja das erste Beispiel — und nur als solches betrachte ich es — der angestrebten Gemeinwirtschaft. (Sehr richtig! rechts.) Es werden sogenannte **Selbstverwaltungsverbände der Kohlenerzeuger** gebildet. Sie haben Förderung, Selbstverbrauch, Absatz zu regeln. Sie arbeiten unter Leitung des Reichskohlenrats. Was ist das? Im Gesetz findet man darüber nichts. Eine Begründung ist nach der Sitte, wie sie sich in dem neuen freien, demokratischen Reich eingeführt hat, nicht mehr üblich. (Sehr gut! rechts.) Der Herr Reichsminister Wissell hat ein Wort fallen lassen: diese Kohlenräte sollten aus Vertretern der Beteiligten gebildet werden. Weiter wissen wir über diesen wichtigsten Punkt auch heute noch nichts. Jedenfalls ist der Reichskohlenrat nicht der Unternehmer, sondern ein anderer. Daneben gibt es einen Sachverständigenrat, der zu einem Drittel aus den Kohlenerzeugern besteht, im übrigen aus Arbeitnehmern, aus Verbrauchern und sonstigen von der Reichsregierung ernannten Mitgliedern. Die Reichsregierung führt die Oberaufsicht und regelt die Feststellung der Preise. Damit ist das wichtigste Recht jedes selbständigen Wirtschaftsbetriebes den Eigentümern genommen. (Zustimmung rechts. — Zurufe links.) — Meine Herren, ich konstatiere nur. — Damit ist der Eigentümer, der Unternehmer bereits außerstand gesetzt, die geschäftliche Verantwortung für seinen Betrieb vor der deutschen Volkswirtschaft zu tragen. (Sehr richtig! rechts.)

Aber damit nicht genug. Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Staatenausschusses die näheren Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes. Damit ist unter Ausschaltung des Parlaments — ich bitte, die Tatsache festzuhalten — (Zustimmung rechts) das Geschick des gesamten Kohlenbergbaus in die Willkür des Reichskohlenrats, der Regierung und des Staatenausschusses gelegt. Der Eigentümer und sein Zwangsverband — es handelt sich nicht mehr um ein freiwilliges Syndikat — steht unter der Leitung des Reichskohlenrats und der Aufsicht der Reichsregierung. Damit ist sowohl die Förderung wie der Selbst-

verbrauch und der Absatz der Zechen, also die **gesamte Kohlenwirtschaft, unter fremde Leitung** gestellt. Der Herr Reichsminister Wissell hat betont: Zunächst handelt es sich nur um den Kohlenabsatz, aber wir wollen keineswegs auf das weitere verzichten. Der Herr Reichsminister Wissell hat es dann noch für nötig gehalten zu betonen, daß die Regierung keinerlei Scheu vor Eingriffen in die Rechte der wenigen größeren Besitzer trage, die hier in Frage kommen.

Wer der Leiter ist, und was diese Aufsicht der Reichsregierung bedeutet, das ist von den Ausführungsanweisungen der Regierung abhängig. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß den **Zechenbesitzer** auf Umwegen, die den Tatbestand zunächst verschleiern, **ohne Entschädigung** grundsätzlich aus seinen seitherigen Privatrechten herausgesetzt wird (sehr richtig! rechts), unter dem Vorbehalt, daß der gute Wille der sozialistischen Regierung das Maß dessen bestimmen wird, was ihm verbleiben soll, und welche Einwirkung auf das Geschäft er haben soll. Das ist nach meinem Gefühl die Verwirklichung des Kommunismus in Deutschland. (Oho! links.) Das sind neue, zwar nicht gottgewollte, aber von Sozialdemokratie, Zentrum und Deutschen Demokraten gewollte Abhängigkeiten. (Sehr richtig! rechts.)

Das ist zugleich ein wunderbares Mittel für die Entente, im ganzen Lande oder zum mindesten in den jetzt oder künftig zu besetzenden Gebieten, in denen sie die Regierungsgewalt praktisch ausübt, diese elastischen Handhaben zu dem Zwecke zu benutzen, den **deutschen Privatbesitz in die Hand des Feindes zu überführen.** (Sehr richtig! rechts.) Ich wundere mich, daß die Reichsregierung sich über diese Gefahr bisher nicht ausgesprochen hat. Was würde sie wohl sagen, wenn z. B. die Unternehmerschaft in den letzten Monaten, verängstigt durch das deutsche Tohuwabohu, ihren Kohlenbesitz gegen Auslandsguthaben an die Entente verschachert hätte? Würde sie das nicht eine Niedertracht genannt haben? (Sehr richtig! links.) Ist es das Vorrecht der Regierung, dem Feinde zu solchen Geschäften, ich will nicht sagen: die Hand, aber doch den Anknüpfungspunkt zu bieten? (Lebhafte Zurufe links und vom Ministertisch.) — Meine Herren, halten Sie denn unsere Feinde für so dumm, daß ich ihnen das hier zu sagen brauchte, um diese Folgerungen aus den Verhältnissen zu ziehen? (Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.) Zu welchem Zwecke das alles? Damit Hirngespinste verwirklicht werden, wie sie uns gestern vorgetragen worden sind.

Der Herr Reichsminister Wissell ist sich klar, daß die Zentralisation der sogenannten Gemeinwirtschaft — zu deutsch: Rathenausche Kriegswirtschaft — ihre Schattenseiten, ihre Gefahren hat, und spricht selbst von Bureaukratie und Wegfall des Wettbewerbs wie von Kautelen gegen die Überschreitung einer Grenze, über die hinaus die Freiheit der

Bewegung und die Rentabilität des Privatkapitals nicht eingeschränkt werden dürfe. Die Herren der neuen Regierung mögen alle guten Eigenschaften haben, ich will sie achten und ehren; sie mögen erprobte Vorkämpfer des Volkes sein, — aber volkswirtschaftliche Organisatoren sind sie offenbar nicht! (Lebhafter Beifall rechts.) Sonst würden sie nämlich nicht den ersten Grundsatz aller wirtschaftlichen Organisationen mißachten, wonach man wissen muß, wer, welche Persönlichkeit oder welcher Kreis von Persönlichkeiten — nicht welcher Rat, Beirat, welche Kommission usw. — die Leitung in Händen hat.

Herr Reichsminister Wissell bemängelt mit Recht den **Staatsbetrieb.** Aber dieser ist nicht etwa deshalb schlechter als der Privatbetrieb, weil er von Haus aus schlechtere Beamten hätte; nein — Sie brauchen nur auf die Kohle zu sehen, ein großer Teil der besten Zechendirektoren ist dem Stande der Staatsbeamten entsprossen —, sondern weil nach der Natur des Staates — und insbesondere des demokratischen — der Betriebsleiter nicht, wie der Leiter des Privatbetriebes, frei und unverantwortlich arbeiten kann (sehr richtig! rechts), sondern umgeben ist von Hemmungen, Mißtrauen, Instanzen und sogenannten — sogenannten! — Rücksichten auf die Gesamtheit — von den Protektionsgesichtspunkten, die Sie ja nunmehr auch kennen, gar nicht zu reden. Und noch mehr als in jedem Staatsbetrieb wird Ihr System der Gemeinwirtschaft ein solches System der Hemmungen, des Mißtrauens, der Instanzen, der Rücksichten und der Protektion sein. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Das ist recht eigentlich der Grundgedanke der ganzen Sozialisierungsvorlage. Und wenn Herr Rathenau, ein Angehöriger der Industrie, so etwas ähnliches vertreten hat, so vergessen Sie, daß er dabei doch wohl an ganz etwas anderes gedacht hat, nämlich daran, daß er oder Leute seines Schlages dann die autokratische Herrschaft in diesem ganzen System führen würden, und das wollen Sie doch nicht. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.) Sie wollen es jedenfalls nicht. Herr Wissell nannte den Staatsbetrieb täppisch. Dieses neue System wird tot und erstarrt sein, wird kleben und kriechen wie eine Schnecke am Boden und wird unsere Volkswirtschaft so zugrunde richten, daß Sie später alle weinen werden. (Oh! links.) Ich könnte Ihnen das in vielen Einzelheiten ausführen. Aber mir fehlt dazu die Zeit.

Nur noch eines. Herr Wissell irrt, wenn er meint, bisher habe die Leitung unserer Industrie in den Händen der Reichen gelegen. Ich kenne die betreffenden Kreise. Diejenigen, die die Werke leiten — und darum handelt es sich — haben fast durchweg nicht mit Geld angefangen, sondern lediglich mit ihrer Persönlichkeit, und wenn er meint, es sei nur ein Glückszufall, wenn ein Arbeiter es zum Unternehmer bringt,

und es komme das selten vor, so bitte ich ihn, sich dieserhalb doch einmal zum Beispiel im Remscheider Revier, im Bergischen Lande und anderswo etwas näher zu unterrichten. Ich habe oft darüber nachgedacht und mich schon vor mehr als zwölf Jahren darüber geäußert, wie man den dringend wünschenswerten Aufstieg der tüchtigsten unter den Arbeitern — wir brauchen sie alle, brauchen sie heute mehr denn je — fördern könne. (Zurufe.) Ich fürchte nur, daß das System des Herrn Ministers Wissell mehr die Redner, diese gefährlichste Klasse der Menschen (große Heiterkeit), als die Organisatoren in den Vordergrund schieben würde. (Sehr gut! rechts.)

Das System der vorliegenden Sozialisierungsgesetze ist aber nicht nur die Überantwortung der Unternehmer an die **Willkür der sozialistischen Regierung**; es ist zugleich dasselbe **für die Verbraucher.** Was vor dem Kriege — jetzt haben wir die Zwangswirtschaft — z. B. an Anklagen über verschiedene im Wettbewerb miteinander arbeitende Kohlenverkäufer, Kohlensyndikat, Kohlengesellschaften, oberschlesische Händler, Braunkohlensyndikate usw. zum Teil mit Recht, großenteils mit Unrecht laut wurde — vollkommene Einrichtungen gibt es nirgends in der Welt, das wird ein Kinderspiel sein gegen das, was der Verbraucher künftig zu erdulden hat, zumal bei der Organisation, wie man sie jetzt meines Wissens plant. Es wird Zwangswirtschaft auch für jeden Bürger, Bauer und Arbeiter im Lande sein, der Kohlen verbraucht, Zwangswirtschaft mit all den unerfreulichen Erscheinungen, wie die Kriegswirtschaft sie uns gezeigt hat, und sicherlich auch mit der ihr anhaftenden Korruption und bureaukratischer Vielregiererei. Nun stellen Sie sich noch vor, daß dieser schön erdachte Herrschaftsapparat schließlich von der Entente gegen uns alle gehandhabt wird.

Zugleich ist dies Beispiel nur das Vorbild für das, was dem gesamten sonstigen deutschen Wirtschaftsleben nach und nach bevorsteht, wenn nicht vorher schon alles in dem Elend zusammenbricht, das dieses falsche System mit sich bringen muß. In letzter Linie wird hier unter Zustimmung der bürgerlichen Regierungsmitglieder das Ideal der entschädigungslosen Rechtsentsetzung des gesamten deutschen Bürger- und Bauerntums aufgepflanzt. (Lebhafter Widerspruch.) — Das ist Wort für Wort richtig. (Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Die Bauern lassen sich durch Sie nicht aufhetzen!) — Mit den Bauern werden Sie vielleicht nicht fertig werden, das will ich glauben.

So beleuchtet das Kohlengesetz hell den Geist, aus dem das **Sozialisierungsgesetz** geboren ist. Auch dieses ist ein Zwangsgesetz, insbesondere in seinem eigenartigen § 1. Das ist eine Art von Ergänzung der **Grundrechte** der französischen Revolution in sehr wenig germanischer Färbung. Deutsche und Angelsachsen vermochten bisher ihren Weg durch die Welt zu machen, weil sie gemeinsam in dem Glauben erzogen

wurden, daß ein jeder seines eigenen Glückes Schmied sei. In diesen Worten liegt Kraft, Zukunft und Erfolg. Es wird dem deutschen Volke nicht zum Heile gereichen, wenn es nun sein Leben diesen neuen Grundrechten anpaßt.

Im einzelnen enthalten sie selbstverständlich Gedanken, denen eine beschränkte Richtigkeit und Zweckmäßigkeit keineswegs abzusprechen ist. Sie werden aber dadurch grotesk, daß sie zu einer Art von gesetzlichem Katechismus zusammengefaßt werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann näher auf diese Dinge nicht mehr eingehen und hoffe, daß ein anderer Redner meiner Partei dazu in der Lage sein wird.

Nur eine Bemerkung gestatten Sie mir noch zu dem Satz 4 des § 1: „Soweit ihm Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt." Auch das ist eine oft erhobene Forderung, die bisher nirgends mehr als in Deutschland praktisch verwirklicht war und der man nur mit voller Sympathie gegenüberstehen kann. Bekanntlich hat England nach den Napoleonischen Kriegen den Versuch einer gesetzlichen Regelung dieser Frage mit einer tiefen Zerrüttung seines Arbeitsmarktes bezahlen und den Versuch rückgängig machen müssen. Für uns wird es sich heute fragen, wie ein Reich — ich muß es aussprechen —, das vor dem Bankerott steht, unter wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie uns bevorstehen, eine solche Verpflichtung einlösen kann. (Sehr wahr! rechts.) Daß ein großer Teil der heutigen Zerrüttung des deutschen Arbeitsmarktes auf die Art der Gewährung von **Arbeitslosenunterstützung** zurückzuführen ist, weiß ein jeder. Auch diese Frage bedarf also wohl noch einer eingehenden Prüfung. Zur Wiedergesundung unseres Arbeitsmarktes wird die Bestimmung in dieser Form sicherlich nicht dienen.

Auf der ganzen Linie können hiernach die Sozialisierungsgesetze nicht dazu beitragen, unsere augenblickliche Wirtschaftsnot zu bannen. Man wirft dieses Gesetz im Gegenteil als neues Gärungselement in einen schon brodelnden, vor dem Zerspringen stehenden Kessel. Man tut das, obwohl nach den zutreffenden Ausführungen des Herrn Kemples führende Geister der Sozialdemokratie — er hat den Herrn Abgeordneten Hue und andere genannt — noch vor kurzem ihre **Bedenken gegen diesen** Weg deutlich und scharf zum Ausdruck gebracht haben. (Sehr wahr! rechts.) Ich könnte seinen Beispielen viele andere hinzufügen. Ich möchte nur eines anführen. Der Herr Ministerpräsident Scheidemann hat am 16. Januar etwa folgendes gesagt — es ist hier in Weimar schwer, authentische Feststellungen über den genauen Wortlaut zu machen —:

> Wenn wir uns jetzt nicht Hals über Kopf in sozialistische Experimente hineinstürzen, so haben wir unsere guten Gründe. (Hört! hört! rechts.) Wir können nicht sozialisieren, wenn wir nicht von vornherein wissen, wie wir wirtschaften und was uns die Entente wegnimmt.

Ich möchte den Herrn Ministerpräsidenten fragen, ob er jetzt, wo wir nach der Erklärung der Regierung vor der Gefahr der Anarchie stehen, weiß, wie wir in Deutschland wirtschaften sollen. Ich gestatte mir ferner die Frage, ob er jetzt weiß, was uns die Entente fortnehmen wird. Sollte er eine dieser Fragen nicht beantworten können oder wollen, so möchte ich ihn fragen, wieso die Reichsregierung nunmehr gleichwohl dieses Gesetz hat einbringen können. Es kann doch nicht etwa unter Übereinstimmung der Sozialdemokratie durch die Demokratische und Christliche Volkspartei geschehen sein? (Heiterkeit.) Auch von deren Angehörigen liegen ja zahlreiche Äußerungen noch aus jüngster Zeit vor, wonach sich ihnen eigentlich diesem Gesetz gegenüber alle Haare sträuben müßten, die sie noch haben. (Erneute Heiterkeit.)

Es scheint mir, daß danach doch wohl schließlich der Herr Abgeordnete Kempkes mit seiner Ansicht über die Entstehung der Gesetze recht behalten wird. Ich könnte mich auch auf die Ausführungen des Herrn Henke, auf die „Rote Fahne" und „Freiheit", die Herrn Cohn und Haase berufen. Aber ich berufe mich nicht gern auf Kreise, die zu uns sprechen wie ein anderes Volk. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Wissell sagte: „Das werktätige Volk ist der bloßen Rede überdrüssig und will Taten sehen. Der Strom des Sozialisierungswillens muß in ein geregeltes Bett geleitet werden." Ich bin neugierig, wie sich das vollziehen wird, und bedaure nur, daß man der Regierung für ein Gesetz über die angebliche künftige Wirtschaftsverfassung des Deutschen Reichs nicht mehr Zeit als bis zum nächsten Mittwoch zu gönnen scheint. Ich würde sonst beantragen, vor der Kommission noch einige erste Sachverständige aus unserem Wirtschaftsleben zu hören, die Herr Wissell erklärt hat in der Gemeinwirtschaft nicht missen zu können. Es wird dazu wohl aber keine Zeit sein? Sonst würde ich vielleicht geneigt sein, meinem Glauben zu entsagen, daß der Schlüssel zu der schnellen Wandlung der Geister doch nirgends anderswo liegen kann als auf den Straßen Berlins (sehr gut! rechts), in denen ja auch der Sozialisierungsaufruf des Reichsministers neulich plötzlich angeschlagen war. (Hört! hört! rechts.)

Folgen soll dieser Aktion ja angeblich noch eine gesetzliche Einordnung des Rätesystems in die deutsche Gesetzgebung, des Rätesystems, dessen Beseitigung einen der klarsten Aufträge des Volkes an die Nationalversammlung darstellt. (Sehr richtig! rechts.) Damit wäre dann das Bild vollständig und ließe an Klarheit nichts mehr zu wünschen übrig.

Äußerlich haben die **drei Gesetze** einen wirtschaftlichen Inhalt, und zwar verheerender Art. Ihr **tatsächlicher Zweck ist ein politischer**, ein Augenblickszweck, dem zuliebe im Handumdrehen die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft aufs Spiel gesetzt wird. (Sehr richtig! rechts.) Nie

ist durch den Federstrich eines Gesetzes eine wirtschaftliche Revolution mit größerer Oberflächlichkeit vollzogen worden. Die drei Gesetze sollen, so scheint es mir, durch Nachgiebigkeit der gefürchteten Anarchie, das heißt dem **Bolschewismus**, einen Damm entgegenstellen. Nur schade, daß es nur ein Damm auf dem Papier ist und daß das Gegenteil der gewollten Wirkung eintreten wird!

Diese Gelegenheitsgesetze im schlimmsten Sinne des Wortes bieten den Bolschewisten den bequemen Rahmen zur Weitertragung ihres Angriffs. Das russische Muster tritt uns in manchen Zügen, insbesondere in dem weiter noch beabsichtigten Rätesystem, deutlich entgegen. Rosa Luxemburg hat es kurz vor ihrem Tode als das Instrument bezeichnet, mit dem das herrschende Regiment von innen heraus auszuhöhlen sei. Man wird sich unter den vorliegenden Gesetzen draußen im Lande ganz etwas anderes vorstellen, als Sie (zur Regierungsbank) vielleicht tun. Dann werden Sie entweder wiederum nachgeben, oder man wird Sie des Wortbruchs zeihen, und ein neuer Generalstreik folgt, und so fort bis zum Chaos. (Sehr richtig! rechts.) Es ist schwer, jetzt noch zu glauben, daß Deutschland dem Bolschewismus nicht verfallen ist. (Zwischenruf.) Wenn Sie glauben, wir würden uns darüber freuen, so werden Sie sich über die Inhaltslosigkeit — wenn ich nicht hier in diesem hohen Hause wäre, würde ich sagen: über die Sinnlosigkeit — dieses Wortes selbst nicht täuschen. Die industriellen Betriebe werden nun immer rücksichtsloser zum Tummelplatz der Zersetzungsarbeit gemacht werden. Die schon einsetzenden Plünderungszüge auf das platte Land werden sich häufen, und das weitere wird folgen.

Arbeiter, Bürger und Bauern haben eigentlich das gleiche Interesse, dieser furchtbaren Möglichkeit vorzubeugen. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter vielleicht noch ein größeres. — Sie sagen: man merke bei mir davon nichts. Was? Wenn ich Sie warne vor dem Wege, der uns mit Sicherheit zu diesem Ziele führt? (Sehr richtig! rechts. Große Unruhe links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Die Redezeit des Herrn ist sowieso abgelaufen. Bitte, stören Sie ihn nicht! Wir wollen ihn ruhig zu Ende reden lassen.

Dr. **Hugenberg**, Abgeordneter: Ich sagte: Die Arbeiter haben vielleicht ein noch größeres Interesse daran. Zwar wird man, wenn es soweit kommt, zunächst die heutigen Bauern und Bürger totschlagen. Aber was dann wieder aufwächst und leben wird, das sind wieder Bürger und Bauern, nicht aber Arbeiter; denn Landwirtschaft wird es in Deutschland immer geben, auch Kaufmannschaft, Handwerk und Handel. Was aber zu Boden geschlagen und in größtem Umfang un-

möglich wird, das ist die Industrie, von der heute die städtische deutsche Arbeiterschaft lebt.

Der „Petit Parisien" hat neulich geklagt, Amerika und England sähen leider in Deutschland nicht den Bankerotteur, dessen Besitz zugunsten aller Gläubiger sorgfältig verwaltet werden müsse, sondern den guten Kunden, dem man das Konto möglichst schnell wieder eröffnen wolle. Es ist zu fürchten, daß die Sozialisierungsgesetze stark dazu beitragen werden, den Engländern die französische Auffassung als richtig erscheinen zu lassen; denn es ist nicht abzusehen, wie ein Kunde wieder gut werden soll, der sich selbst systematisch zugrunde richtet. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Partei stellt den Antrag, beide Vorlagen an eine Kommission zu überweisen. Sie weiß, daß ihre Bitte, die beiden Entwürfe in der gegenwärtigen Form und unter den gegenwärtigen Verhältnissen fallen zu lassen, beim hohen Hause kein Gehör finden wird; sie glaubt aber zum mindesten, daß ein so wichtiges Gesetz nicht ohne gründliche Kommissionsarbeit verabschiedet werden darf. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Präsidenten des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Angriffe, wie sie gestern und heute von den Herren Kempkes, Henke und Hugenberg gegen die Regierung gerichtet worden sind, waren zu erwarten. Zunächst einige Worte über die Unabhängigen: Die Unabhängigen befinden sich in einer so großen Abhängigkeit von den weiter links von ihnen Operierenden (sehr gut!), daß die Rede des Herrn Henke durchaus verständlich war. Er stellt sich hier hin, um zu bekunden, daß er von den Dingen, über die wir uns zurzeit unterhalten, wenigstens einiges weiß; er trägt uns vor, daß es ihm keineswegs unbekannt sei, wie schwierig es sei, die Sozialisierung zu beginnen. Aber er hat nicht nur ein Interesse daran, zu sagen, daß er einiges von diesen Dingen weiß, sondern er hat auch agitatorische Aufgaben, und deshalb seine gänzlich unmotivierten heftigen Vorwürfe über den Schneckengang, den die Regierung einschlägt, es geht ihm alles zu langsam. Der höchste Trumpf für die Herren ist die radikale Phrase, ihre größte Tugend ist die Angst vor der eigenen Kurage, die Flucht vor der Praxis ihrer Theorie (sehr gut!), die Furcht vor denjenigen ihrer Genossen, die mit ihrem Mitgliedsbuch bei Herrn Dr. Cohn, mit ihrem Herzen aber bei Herrn Dr. Levien, dem Hetmann der Spartakisten, sind. (Sehr gut!) Herr Henke hat sich eifrig bemüht, uns, die wir als Sozialdemokraten in der

Regierung sind, wiederum als Helfer des Kapitalismus darzustellen, während er selbst sich in der Rolle des Marxisten gefiel. Herr Henke, wenn Karl Marx Ihre Politik beobachten könnte, würde er sich im Grabe herumdrehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wie Herr Henke von links her direkt reaktionär wirkt — ganz direkt reaktionär, wahrscheinlich gegen seinen Willen —, so treiben es die Herren von der Rechten, die Herren Kempkes und Dr. Hugenberg, durch ihre Taktik dahin, daß den Spartakisten Tag für Tag Wasser auf die Mühlen geleitet wird. (Unruhe und Widerspruch rechts. — Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und links.) Gestern hat sich Herr Kempkes die Behauptung geleistet, die Regierung habe mit diesen Vorlagen lediglich Konzessionen an die Kämpfe gemacht, die jetzt in Berlin und anderswo stattgefunden haben (sehr richtig! rechts); und als dann mein Kollege im Ministerium, Herr Wissell, ausdrücklich diesen Vorwurf zurückgewiesen hat, da gab es ein fröhliches Gelächter bei den wenigen Herren, die sich auf den glücklicherweise nur ganz wenigen Bänken um Herrn Dr. Stresemann zusammengefunden haben. Sie wollten dadurch zu erkennen geben, daß sie bei ihrer Behauptung bleiben, die **Regierung habe unter dem Druck von der Straße her diese Vorlagen gemacht.** (Sehr richtig! und Zurufe rechts.) — Ich sehe, daß es einzelne unter Ihnen gibt, die die Stirn haben, auch jetzt noch bejahend zu nicken. (Zurufe rechts.) Ich weise das auf das entschiedenste zurück. Meine Herren, mit derartigen Behauptungen bestärken Sie die Leute, die auf der Straße durch Anwendung von Gewalt uns zwingen wollen, bestimmte Dinge zu machen, in der Überzeugung, daß sie in der Tat nur Gewalt anzuwenden brauchen, und wir würden uns fügen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Wir haben in diesen Tagen zweimal Berliner Arbeiter hier empfangen und stundenlang mit ihnen verhandelt. Ich habe großen Wert darauf gelegt, als wir in die Verhandlungen gingen, den Delegierten zu sagen: sagt unter keinen Umständen — weil es der Wahrheit widersprechen würde —, daß wir „Zugeständnisse" machen, daß wir unter dem Druck der Berliner Verhältnisse handeln. Sagt der Wahrheit gemäß, daß wir jetzt erst anfangen können zu verwirklichen, was im Regierungsprogramm angekündigt worden ist. (Zurufe rechts.) — Lesen Sie doch unser Regierungsprogramm, das wir veröffentlicht haben an dem Tage, an dem die neue Regierung gebildet worden ist, und Sie werden finden, daß es unsere Pflicht war, mit den Sozialisierungsvorlagen herauszutreten. (Zurufe rechts.) Wenn wir es nicht gleich getan haben, dann geschah es einfach aus Gründen, auf die ich im einzelnen natürlich hier nicht weiter eingehen kann. Es ist

ein Zufall, daß die Veröffentlichung unserer Vorlagen mit den Berliner Ereignissen zusammenfiel. Das, meine Herren (nach rechts), lassen Sie sich gesagt sein: die Taktik, die gestern Herr Kempkes und heute Herr Hugenberg eingeschlagen hat, trägt dazu bei, die Agitationskraft derer zu verstärken, die draußen die Parole ausgeben: „Streiken wir, machen wir den Generalstreik, greifen wir zur Gewalt, dann muß die Regierung nachgeben." Das haben Sie fertig gebracht! (Lebhafte Zustimmung links. — Erregte Zurufe rechts.)

Herr Hugenberg hat sich dem Hause als Sachverständiger, nicht als Interessent vorgestellt. (Sehr richtig! rechts.) Das Haus sieht aber, wenn ich es recht beobachte, nach seiner Rede stark unter dem Eindruck, daß wir einen sehr gereizten Interessenten, aber keinen Sachverständigen vor uns hatten. (Lebhafte Zustimmung links. — Unruhe und Zurufe rechts.)

Herr Hugenberg machte der **Sozialisierung** gewisse Konzessionen. Er sieht ein, daß man bestimmte Sozialisierungen vornehmen muß. Er hat sogar Beispiele dafür angeführt. Es fiel mir dabei der Spruch vom heiligen Florian ein. Ich kann im einzelnen natürlich darauf nicht eingehen, aber da er uns klassisch gekommen ist, will ich ihm antworten: „Mit Worten läßt sich trefflich streiten!" Herr Hugenberg hat versucht, jedwede Sozialisierung zu diskreditieren, indem er die Schauergeschichten von den **Kriegsgesellschaften** andeutete und entsetzt von der **Brotkarte** sprach. (Erneute Zurufe und Unruhe rechts.) — Ja, was hätte es denn für einen Zweck, diese Beispiele anzuführen, wenn Sie nicht dem Volke vor der Sozialisierung Angst machen wollten! (Wiederholte erregte Zurufe rechts.) — Meine Herren, ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß Sie zu zehn oder fünfzehn mehr Lungenkraft aufbieten können als ich allein. (Sehr gut! links.) Ich habe Sie ganz ruhig angehört, Herr Hugenberg, vielleicht veranlassen Sie Ihre Freunde, mich auch ruhig anzuhören. — Die Kriegsgesellschaften waren Produkte, die absolut notwendig waren, die aber mit dem Sozialismus verflucht wenig zu tun hatten. Was war denn die Brotkarte anderes als eine Notwendigkeit, damit das Volk die schweren Zeiten, die Herr Hugenberg nicht persönlich, aber die Kreise, in deren Dienst er gestanden hat, heraufbeschworen haben (lebhafte Zustimmung links), überhaupt bestehen konnte? (Erregte Zurufe und Unruhe rechts.) Ohne Brotkarte wäre das deutsche Volk — die Herren Hugenberg und seine Freunde wahrscheinlich nicht! — verhungert. (Zuruf rechts: Ich habe vom Geiste der Brotkarte gesprochen!) So erbost über die Sozialisierung, wie heute Herr Hugenberg sich hier gezeigt hat, waren seinerzeit die Privateisenbahnbesitzer auch; die haben ungefähr genau so getobt wie Herr Hugenberg. (Lebhafte Zustimmung links.)

Ich kann Herrn Hugenberg natürlich nicht in allen seinen Gedanken-

gängen folgen; ich will nur auf das hinweisen, was wahrscheinlich nach außen hin am stärksten ausgenutzt wird. Herr Hugenberg hat unter anderem auch gesagt: das deutsche Volk will wieder ehrlich werden. Ich weise die Unterstellung, als sei das deutsche Volk irgendwie unehrlich, mit Entschiedenheit zurück. (Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien. — Unruhe rechts.) Das deutsche Volk ist nicht unehrlich geworden; das deutsche Volk hat keine Kriegsgewinne gemacht. (Lebhafte Zustimmung links.) Das deutsche Volk ist auch nicht zu vergleichen mit den Verfehlungen Kruppscher Beamten, wie beispielsweise des Herrn Brandt. (Sehr gut! links.) Das deutsche Volk bringt auch keine Banknoten ins Ausland. (Erneute Zustimmung links.) Das deutsche Volk hat auch keine Schienen geflickt und sie als gute verkauft! Aber immerhin, Herr Hugenberg, ich nehme dankbar Kenntnis, wenn Sie versprechen wollten, daß das deutsche Volk einschließlich derer, für die Sie geredet haben, wieder ehrlich werden will. (Lebhafter Beifall links.)

Meine Herren, die Angriffe von rechts waren ja mit aller Bestimmtheit zu erwarten, weil bei gewissen Parteien alle Lehren der verpaßten Gelegenheiten anläßlich der preußischen Wahlrechtsreform gar nichts gefruchtet haben. Die Rechte ist nun einmal auf die Taktik der verpaßten Gelegenheiten eingestellt. (Sehr gut! links.) Sie sieht hier den ordnungsmäßigen, regelmäßigen Verlauf der Nationalversammlung, den die Regierung durch ihre Entschlossenheit ermöglicht hat, und glaubt daher, daß alles genau so wie früher, wie vor dem 9. November ist. Am liebsten würden Sie, meine Herren, alles das wieder heraufbeschwören, was war, auch alle Davongejagten — wir haben es ja wiederholt aus Zwischenrufen gehört — wieder zurückkehren lassen: „Kehre zurück, es ist dir alles verziehen." Ach nein, meine Herren, so stehen die Dinge bei uns nicht! Wir, die wir heute die Verantwortung zu tragen haben, zum größten Teil für Ihre Sünden, die Sie jetzt auf der rechten Seite sitzen (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), wir können die Ohren nicht vor den Stimmen der Zeit verschließen.

Herr Hugenberg hat heute morgen auf einen seiner Freunde hingewiesen, der totgeschlagen worden ist, und den er hat begraben helfen. Wir kennen diese Dinge sehr gut, und ich will kein Hehl daraus machen, daß gegenüber Verbrechen wir auch fernerhin die Macht anwenden werden, ohne die keine Regierung auskommen kann. (Sehr gut!) Wir werden uns darin weder durch die Entrüstung des Herrn Henke, noch durch den Beifall, den Sie (nach rechts) uns in solchen Fällen spenden, irre machen lassen. (Erneuter Beifall.) Es ist kein Streik mehr, es ist keine berechtigte wirtschaftliche und politische Bewegung mehr, wenn in Berlin die sogenannte Volksmarinedivision sich zur kriegführenden Macht erklärt!

(Stürmische Zustimmung.) Es ist kein Streik mehr, wenn am Alexanderplatz und in seiner nächsten Umgebung die Läden straßenweise geplündert werden und das Diebesgut am hellen lichten Tage auf der Straße verkauft wird! (Erneute lebhafte Zustimmung.) Es sind nicht mehr Arbeiter, die um ihre Grundrechte kämpfen, wenn man in Halle einen Offizier, den man ins Wasser geworfen hat und der sich durch Schwimmen ans andere Ufer rettet, wieder ins Wasser hineingeworfen hat und den im Wasser schon mit dem Tode des Ertrinkens Kämpfenden erschießt. (Allseitige Bewegung.) Das sind keine Arbeiter mehr, die für ihre Grundrechte kämpfen — es sind Verbrecher, die das tun! Demgegenüber sage ich für heute und alle Zukunft: äußerste Entschlossenheit, unbeugsame Beachtung und Handhabung der Gesetze wie der Staatsgewalt, wenn nicht mit unschätzbaren wirtschaftlichen Werten die höchsten moralischen Volkswerte verschleudert werden sollen! (Lebhafter Beifall.)

Aber heute und hier handelt es sich um etwas anderes. Die haben keinen Hauch der neuen Zeit verspürt, die nicht zu unterscheiden vermögen zwischen Zukunfts- und Zufallserscheinungen, zwischen den Krankheiten dieser Zeit und ihren selbstverständlichen Gärungen, die uns schließlich doch einen guten Wein bringen müssen. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich den Massenstreik in diesem Augenblick als politisches Kampfmittel verwerfen muß. (Sehr gut!) Dieser **Massenstreik** war im gegenwärtigen Augenblick ein Verbrechen am deutschen Volke. (Lebhafter Beifall.) Die deutsche Regierung steht nicht wie die alte in einem Vorgesetzten- oder gegensätzlichen Verhältnis zur Arbeiterschaft, mit uns ist der deutsche Arbeiter in die Regierung eingezogen, und wir werden unsere Vergangenheit, ihre Unterdrückungen und ihre Ideale nicht vergessen. Deshalb ist der jetzige Streik nicht nur zu verurteilen, er ist auch wahnsinnig, er ist ein Wüten gegen das eigene Fleisch. (Sehr wahr!) Was er der Arbeiterschaft an Lebensmitteleinfuhr und an wirtschaftlichen Gütern gekostet hat, das werden wir Ihnen vorrechnen, wenn die Interpellation über die Ernährungsfrage am Montag hier zur Erörterung kommt. Aber das ist gerade die Pflicht einer wahrhaften Volksvertretung, daß sie kühlen Kopf behält, auch wenn es mal drunter und drüber geht, und daß sie auf Torheiten nicht mit Torheiten antwortet. Die Ära Walraff ist vorüber, wo die Regierung aus einem mißverstandenen Autoritätsprinzip heraus nicht mit streikenden Arbeitern verhandeln wollte. Mehr noch: wir haben die Pflicht und sind uns dieser Pflicht bewußt, daß wir auch in den gefährlichsten und gewalttätigsten Erregungen den berechtigten Kern herauszufinden suchen, daß es unsere Aufgabe ist, selbst aus solchen Bewegungen, die sich unverständlicherweise gegen uns richten oder wenigstens zu richten scheinen, das herauszuhören und zu erfüllen, was dem Allgemeinwohl dienen kann. Diesem Allgemeinwohl glauben wir

am besten zu dienen, wenn wir nach den politischen Fesseln auch die wirtschaftlichen lösen, wenn wir die Arbeiterschaft, auf der alles Wirtschaftsleben sich aufbaut, zur gleichberechtigten Mitarbeiterin und Verwalterin des Wirtschaftslebens machen. (Lebhafter Beifall.) Im wirtschaftlichen Leben ringen sich die gleichen Forderungen durch wie im politischen, nicht mehr Objekt zu sein, sondern Subjekt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer sich dagegen sträubt, wer das Ideal nicht anerkennt, der stellt das ganze Wirtschaftsleben in Frage, weil er dessen Unterbau gefährdet, den Arbeitswillen der Masse.

Von zwei Seiten wollen wir der Arbeiterschaft den Weg in den Produktionsprozeß bahnen, indem wir einerseits geeignete Betriebe sozialisieren, in die Gemeinschaft überführen, bei der keiner ausgeschlossen ist, und indem wir andererseits die Arbeiterschaft weiter in die Betriebe hineinführen, ihr Hausherrenrecht mit einräumen, Betriebs- und Arbeiterschicksal nach Möglichkeit miteinander verflechten. Wir haben in Vollendung der Demokratie Staat und Volk verschmolzen, nun gilt es, Wirtschaft und Volk eins werden zu lassen. Alles, was Herr Hugenberg darüber gesagt hat, alle die fürchterlichen Dinge, die er an die Wand malt, alles, was da kommen würde — das sind alles Hirngespinste, das ist alles falsch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch und Unruhe rechts.) Er hat gesagt, ich hätte am 26. Januar hier oder wo anders gesagt: wir wollen unter keinen Umständen irgendwelche Experimente machen. Höchstwahrscheinlich habe ich es gesagt, denn es entspricht ganz meiner Auffassung. Wir werden keine Experimente machen, machen bestimmt keine Experimente. Das, was hier geschieht, was wir Ihnen in den Vorlagen unterbreiten, sind keine Experimente, Herr Hugenberg, das ist ein wohldurchdachter Plan, der nicht scheitern kann. (Zurufe und Lachen rechts.)

Die zwei Gesetzentwürfe, die Ihnen vorliegen, sollen nur Meilensteine, von höchster Bedeutung allerdings, auf diesem Wege sein. Das Ziel ist, daß kein Volksgenosse mehr für den anderen ohne Gegenseitigkeit arbeitet, sondern daß jede Arbeit von jedem für sich und zugleich für die Allgemeinheit getan wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die notwendige Ergänzung dazu ist der Satz in dem Ihnen vorliegenden Sozialisierungsgesetz: „Jeder Deutsche hat seine geistige und körperliche Kraft so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert." Nicht nur die rechtlose Arbeitsbiene, auch die Drohne hat im neuen Deutschland keinen Raum. Das Privileg fällt zugleich mit der Rechtlosigkeit und macht einem Dritten Platz, einem Höheren: der Gleichberechtigung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Auf Sie und die Ihnen vorliegenden Gesetze sehen heute die Völker der Welt. Was die Sehnsucht

von Millionen und aber Millionen über alle Grenzen hinweg ist, seitdem es eine Arbeiterbewegung gibt, soll hier zum erstenmal zur Tat werden. Es soll die junge Republik als Vorkämpferin der Menschheit zeigen, daß sie solche Taten entschlossen und ohne Zaudern ausführt. Soweit die Regierung in Betracht kommt, dürfen Sie überzeugt sein: wir werden unsere Pflicht unter allen Umständen tun. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Molkenbuhr.

Molkenbuhr, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hugenberg hat mit allen nur erdenklichen Mitteln gegen diese Vorlagen Front gemacht, weil nach seiner Ansicht das deutsche Wirtschaftsleben derartige Gesetze nicht ertragen kann. Seine ganzen Ausführungen waren ungefähr in demselben Stil gehalten, in der der Zentralverband deutscher Industrieller bisher, solange wir eine soziale Gesetzgebung im Deutschen Reich haben, jede einzelne Vorlage bekämpft hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er die verschiedenen Eingaben des Zentralverbandes deutscher Industrieller nachsieht, dann wird er finden, daß die deutsche Industrie regelmäßig „zugrunde gerichtet wurde". Sobald nur irgend etwas zugunsten der Arbeiter unternommen werden sollte, fand der Zentralverband deutscher Industrieller selbst bei den kleinsten Maßnahmen, sei es auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes oder der Gewerbeordnung, wo nur irgendein Gesetz zugunsten der Arbeiter erlassen werden sollte, und mobilisierte er seine Leute, die den Nachweis brachten, daß die Annahme eines solchen Gesetzes zweifellos die ganze deutsche Industrie zugrunde richten würde. So ist die deutsche Industrie seit Jahrzehnten immer zugrunde gerichtet worden, und merkwürdigerweise ist sie dabei gediehen und hat geblüht. Wenn wir den unseligen Krieg nicht gehabt hätten, dann hätte sie gar keine Ursache, irgendwie über schlechte Zeiten zu klagen.

Nun hat aber unsere industrielle Entwicklung doch eines mit sich gebracht, nämlich, daß der **Sozialismus** so zur Macht geworden ist, nicht nur im Deutschen Reich, sondern in allen kapitalistischen Ländern. Der Sozialismus ist ja nicht das Werk der Spekulation oder der Projektemacher, sondern das Resultat der Forschung, und wenn man ihn als solchen betrachten will, muß man sagen, daß zunächst die Vorbedingungen für einen Sozialismus vorhanden sein müssen. In Deutschland waren sie bereits vor dem Kriege vorhanden. Die rapide kapitalistische Entwicklung hat uns an den Rand der Umwälzung gebracht, und gar manche Grundlage der kapitalistischen Produktion ist bereits durch diese Entwicklung selbst zerstört worden. Sie haben sonst immer die freie Konkurrenz gepriesen, und das hat heute ganz beson-

des Herr Hugenberg getan. Die **freie Konkurrenz** ist zweifellos die Grundlage der kapitalistischen Produktion, aber Sie haben sie selbst bereits auf verschiedenen Gebieten beseitigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So hat zum Beispiel **im Kohlenhandel** Herr Hugenberg nachweisen wollen, daß aus dem Kohlengesetz allerhand Vorteile für den Verbraucher, für den Handel usw. entstehen würden. Ich möchte Ihnen aber doch einmal raten, genau die verschiedenen Verträge anzusehen, welchen sich derjenige unterwerfen muß, der mit dem Kohlensyndikat in Verbindung treten will. So wird dem Händler unter anderem verboten, irgendwo anders noch Kohlen zu kaufen als beim Syndikat; es wird ihm weiter verboten, an irgendeinen großen Abnehmer abzusetzen, weil das das Syndikat selbst besorge. Dann wird dem Händler sein Händlerprofit direkt beschnitten, und er hat keinerlei Rechtsansprüche. Rechtsansprüche hat nur immer das Syndikat, aber niemals der Händler. Ja, das Syndikat kann unter Umständen jede Lieferung versagen, so, wenn ein Streik ausbricht; dann ist es von jeder Lieferung entbunden. Man sieht also, daß eine schlimmere Einschränkung des Händlers und Abnehmers gar nicht denkbar ist, als sie gegenwärtig durch das Kohlensyndikat ausgeführt wird. Das grausame Zukunftsbild, das Herr Hugenberg gemalt hat, wäre nichts anderes als die Fortsetzung des bestehenden Zustandes, wie ihn gegenwärtig das Kohlensyndikat bereits geschaffen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun haben Sie aber die freie Konkurrenz auf gar manchen Gebieten aufgehoben. Ich will auf die Frage der Bewegungsfreiheit nicht weiter eingehen, Sie aber dafür interessieren, die Kartellerhebungen nachzulesen, welche in den Jahren 1904/05 gemacht worden sind. Da wird man finden, daß die Kapitalisten in kapitalistischem Interesse die Grundlagen der ganzen kapitalistischen Produktion selbst zerstört haben. Sie haben aber auch die persönliche Freiheit der einzelnen Kapitalisten ganz gewaltig eingeschränkt. Ich erinnere daran, daß zum Beispiel jenes große Eisenwerk „Phönix" seinerzeit nicht in den Stahlwerksverband freiwillig eintreten wollte, daß aber die anderen großen Herren durch ihre Machtmittel das Eisenwerk „Phönix" zwangen, gegen seinen Willen in den Stahlwerksverband einzutreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wie war nun das **Geschäftsgebaren?** Herr Hugenberg mag vielleicht glauben, daß in einem sozialisierten Betrieb gegenüber den **Kapitalisten** nicht mit der nötigen Rücksicht verfahren wird. Aber wie sind denn die Herren selbst verfahren? Ich möchte Ihnen doch anraten, einmal alle die Klagen nachzulesen, welche damals bei den Syndikatserhebungen vorgetragen wurden, zum Beispiel von den Besitzern der reinen Werke und über die Geschäftspraktiken des Roheisensyndikats

von den Walzwerken. Man hat damals vom Kartell aus Dinge gemacht, die an Erpressung heranreichen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In jenen Jahren hatte zum Beispiel das Kokssyndikat Verträge abgeschlossen, nach denen es verpflichtet war, seinen Abnehmern das ganze Jahr Koks zu 14 Mark pro Tonne zu liefern. In der Mitte des Geschäftsjahres fiel es ihm aber ein, den Preis zu erhöhen, und zwar sollten nicht nur für den Koks, den es in Zukunft liefern wollte, sondern auch für den Koks, der bereits vor einem halben Jahre verbrannt war, noch 3 Mark nachgezahlt werden. Das hat das Syndikat durch seine Macht durchgesetzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Praktiken haben schon damals die Meinung wachgerufen, ein solches Geschäft dürfe nicht fortgesetzt werden, und es wäre im Gemeininteresse sehr wohl zu begrüßen gewesen, wenn damals bereits die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus durchgeführt worden wäre.

Der **Übergang zum Sozialismus** wird zweifellos kommen. Er ist überall da vorhanden, wo die persönliche Mitwirkung des Unternehmers nicht mehr nötig ist. Wenn manche der Meinung waren, man könne jeden Staat, jede Gesellschaft in eine sozialistische umkrempeln, dann war das eine Utopie, die von jedem Sozialdemokraten heute abgelehnt wird. Aber da, wo ein Glied anfängt, überflüssig zu werden, da stirbt es ab, und man kann doch heute sagen, daß die Kapitalisten in manchen Betrieben als Person vollständig überflüssig sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Aktionär braucht im Betriebe nicht zu arbeiten, er braucht nicht die kaufmännische Leitung zu übernehmen, er braucht nicht die technische Leitung zu übernehmen. Alles das läßt er durch Angestellte besorgen. Warum sollte es da nicht möglich sein, nunmehr den Betrieb nicht im Interesse der Aktionäre, sondern im Interesse der Arbeiter verwalten zu lassen? Das ist der Gedanke, der bei den Arbeitern auftaucht, und der die Arbeiter anreizt, mit immer größerer Wucht die Durchführung der Sozialisierung zu fordern.

So stand die Sache bereits vor dem Kriege. Nun hat aber der Krieg doch nicht nur ganz ungeheure Umwälzungen in den Anschauungen hervorgerufen, sondern auch den Arbeitern ein Recht auf ihre Forderung gegeben. Während der Dauer des Krieges ist von den Staatsmännern, namentlich von Bethmann Hollweg, bei jeder Gelegenheit gesagt worden, daß es nach Beendigung des Krieges nicht so bleiben könne, wie es früher war. Man könne nicht zu jenem Zustand zurückkehren, der vor dem Kriege bestand, es müsse den Arbeitern etwas geboten werden, es sollte den Arbeitern dafür, daß sie die ungeheuren Lasten des Krieges getragen hatten, eine gewisse Entschädigung gegeben werden. Die Staatsmänner hatten mit Recht anerkannt, daß es nach einem so furchtbaren Kriege einfach ein Unding ist, an die Ver-

gangenheit wieder anzuknüpfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alles das, was einmal vergangen ist, gehört der Geschichte an, und da begreife ich, daß verschiedene Leute, so namentlich die Herren aus den Kreisen, denen Herr Dr. Hugenberg angehört, sich nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, einen früheren Zustand mit Gewalt wiederherstellen zu wollen. Wollte man einen früheren Zustand wiederherstellen, so wäre das ungefähr dasselbe, als wenn man im Leben der Natur etwa einen Greis wieder zum Kinde machen wollte. Das Leben schreitet nun einmal fort, und neue Formen treten an die Stelle der alten, der überlebten Formen.

Nun waren allerdings die Kapitalisten in der glücklichen Lage, alle ihre Wünsche erfüllt zu sehen. Sie haben namentlich nach Beendigung des Krieges 1871 alle ihre Forderungen durchsetzen können. Aber so, wie es 1871 ging, wo der Kapitalismus Alleinherrscher blieb, konnte es jetzt nicht gehen; denn bereits vor dem Kriege war die organisierte Arbeiterschaft der größte Machtfaktor in unserem politischen Leben geworden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da lag es klar auf der Hand, daß auch dann, wenn der Krieg siegreich zu Ende gegangen wäre, die Arbeiter mit aller Energie ihre Ansprüche nicht nur erhoben, sondern auch durchgesetzt hätten. Dazu hatten sie die Macht in Händen. Nun aber kam der Zusammenbruch. Die alte Gesellschaft brach politisch, sie brach militärisch, sie brach wirtschaftlich zusammen. Da ist es ganz selbstverständlich, daß nunmehr auch die Arbeiter einen erheblichen Teil ihrer Forderungen durchsetzen wollen und müssen, wenn sie nicht in Not und Elend versinken sollen. (Zustimmung bie den Sozialdemokraten.)

Jetzt heißt es, **Arbeit zu schaffen**, und da fragt man sich: ist dazu gegenwärtig der Kapitalismus in der Lage? Man spricht davon, daß wir gegenwärtig schon eine Million Arbeitsloser im Lande haben, und dazu kommen in nächster Zeit auch noch die Gefangenen, die ja nicht ewig in Gefangenschaft bleiben. Wir drängen ja auch auf möglichst baldige Entlassung der Gefangenen, so daß wir einen Überfluß an Arbeitern bekommen werden, wenigstens nach Ansicht verschiedener Kapitalisten. Um hier ein Aushilfsmittel zu schaffen, denkt man ja schon daran, unter Umständen Arbeiter in die zerstörten Gebiete von Frankreich und Belgien zu senden, und man denkt ja auch schon an Auswanderung. Aber wohin sollen denn die überflüssigen Arbeiter ziehen, wo sind denn jene Länder mit großer Prosperität, mit großer Nachfrage nach Arbeitern? Sie sind heute nicht zu finden. Es muß im eigenen Lande Arbeit geschaffen werden, und wenn das durch die Kapitalisten nicht geschehen kann, dann muß eben die Sozialisierung so weit fortgesetzt werden, daß Arbeit für alle geschaffen wird (sehr richtig!

bei den Sozialdemokraten); denn arbeiten heißt doch nichts anderes als Werte schaffen. An Werten zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse fehlt es aber an allen Ecken und Kanten. Also es kommt nur darauf an, daß die Arbeiter in ausreichendem Maße auch konsumfähig gemacht werden. Sobald das geschieht, wird auch Arbeit genug in der Heimat vorhanden sein. Dann wird man alle die Wohnungen bauen, welche das Volk braucht, man wird die Verkehrsmittel schaffen, Eisenbahnen, Wasserstraßen, Schiffe und sonstige Bedarfsartikel. Deshalb behaupte ich, daß wir nicht nur keinen Überfluß an Arbeitern, sondern einen Arbeitermangel haben werden. Infolgedessen muß einmal der Staat jetzt seine Hand bieten, es müssen die Machtmittel des Staates in Angriff genommen werden, und da kein anderer Weg zum Ziele führen kann, muß zur Sozialisierung geschritten werden. Wir leben ja in einer Zeit, in der scheinbar ein Überfluß an Menschen vorhanden ist. Namentlich in den Kreisen der Kapitalisten regt sich der Gedanke des alten Malthusianismus wieder, indem sie glauben, daß die Not dadurch entsteht, daß wir zuviel Menschen haben. Wir haben aber in der kapitalistischen Gesellschaft oft erlebt, daß der Überfluß an Produkten die Ursache der Not war, und ich glaube, da ist sehr leicht Abhilfe zu schaffen. Die Kapitalisten drängen danach, die Arbeitskräfte immer billiger zu haben, den Arbeiter als Konsumenten herabzudrücken. Demgegenüber muß eine Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden, wodurch die Konsumfähigkeit der Arbeiter steigt und eine solche Notlage nicht entsteht, wie sie durch Überfluß entsteht.

Nun hat gestern der Herr Abgeordnete Kempkes ausgeführt, daß die Sozialisierung oder Verstaatlichung niemals das ersetzen könne, was der Kapitalist leistet, und er führte als abschreckendes Beispiel den **Bergbau im Saarrevier** an. Nun, der von Stumms Geist beherrschte Betrieb des Saargebiets ist immer ungefähr das Gegenteil von dem gewesen, was wir als sozialisierten Betrieb uns ausgedacht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gerade die gewalttätige Unterdrückung, wie sie dort an den Arbeitern verübt wurde, lähmt die Schaffenskraft der Arbeiter und treibt die fähigsten Arbeiter in die Fremde. So ist gerade das, was dort geübt wird, ein abschreckendes Beispiel, aber es spricht keineswegs dafür, daß der Kapitalismus besser wäre.

Wenn Herr Kempkes den Vergleich der Förderung im Saar- und Ruhrgebiet anführte, so hätte er doch auch sagen müssen, daß man im Ruhrgebiet die südlichen, nicht sehr ergiebigen Zechen stillgelegt und nur die ergiebigeren im Norden erschlossen hat, — ein Vorgang, wie er im Saargebiet nicht vorhanden ist. Dann führte Herr Kempkes auch an, daß ja die Löhne im Saargebiet gedrückt worden seien, ohne deshalb den Profit zu erhöhen. Ja, dadurch hat man zweifellos schlagend nachgewiesen, daß höhere Löhne keineswegs teurere Arbeit

bedeuten. Als in den 90er Jahren die Kohlenpreise etwas zurückgingen und der preußische Staat den Arbeitern mehr von den Löhnen abzog, als die Preise zurückgegangen waren, mußte selbstverständlich die Arbeitsleistung zurückgehen; denn jeder in seiner Lebenshaltung herabgedrückte Arbeiter ist minder leistungsfähig. Und wenn heute über den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter geklagt wird, so ist das auch zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Arbeiter sich jetzt nicht so ernähren kann, wie er sich sonst ernährt hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man spricht zwar von den verschiedenen Lohnsteigerungen, die stattgefunden haben, wie ja auch die Löhne im Bergbau in der letzten Zeit etwas aufgebessert worden sind und vielleicht im Vergleich zu früheren Zeiten fabelhaft hoch erscheinen; aber Herr Kempkes hätte damit gleichzeitig vergleichen sollen, wie neben der Lohnsteigerung die Steigerung der Lebensmittelpreise einhergegangen ist. Aus dem Statistischen Jahrbuch des preußischen Staates bis zum Schluß des Jahres 1915 kann man ersehen, daß vom zweiten Quartal 1914, also dem letzten Vierteljahr vor Ausbruch des Krieges, bis zum vierten Vierteljahr 1915 in Dortmund die Lebensmittel durchschnittlich auf mehr als die doppelte Höhe des Preises gestiegen sind. (Hört! hört!) Um mehr als 100 Prozent hatten in der Zeit die Lebensmittelpreise zugenommen, während in derselben Zeit die Bergarbeiterdurchschnittslöhne von 5,30 Mark auf 5,80 Mark pro Schicht gestiegen sind. (Hört! hört!) Also auf der einen Seite eine Verdoppelung der Preise und auf der andern Seite eine ganz geringe Steigerung der Löhne, so daß zweifellos eine erhebliche Verschlechterung der Lebenshaltung eintreten mußte. Daß eine Verschlechterung der Lebenshaltung dann aber nachteilig auf die Arbeit wirkt, liegt einmal klar auf der Hand.

Nun sind Herr Kempkes und Herr Hugenberg darüber einig, daß es gefährlich wäre, mit der **Sozialisierung** gegenwärtig vorzugehen, weil ja das unter Umständen den **Ententestaaten** Anlaß geben könnte, die ganzen **Werke** zu **konfiszieren.** Ja, ich glaube, daß die Sicherheit, daß die Entente nicht konfisziert, auch heute noch nicht gegeben ist. Aber ich kann wohl das eine sagen: Beim englischen und französischen Volke würde es auf jeden Fall auf viel weniger Widerstand stoßen, wenn man den Leuten, welche der Schwerindustrie nahestehen, die damals Briey, Longwy und all das annektieren wollten, etwas abnimmt; das wird man viel leichter durchführen können, als wenn man es der Arbeiterklasse abnimmt; denn sicher würde es, sobald man derartige zum Wohle der Arbeiter geschaffene Einrichtungen als Kriegsentschädigung beschlagnahmt, bei der Arbeiterklasse in England und Frankreich auf einen erheblichen Widerspruch stoßen, und man kann mit einiger Sicherheit sagen, daß die sozialisierten Werke noch etwas sicherer vor dem Zugriff sind, als wenn man sie in den Händen derer

laßt, welche den Annexionismus mit allen Tönen gepredigt haben. Vorläufig sollen aber die Gruben nicht Reichseigentum werden. Sie bleiben in Besitz der gegenwärtigen Grubenbesitzer. Nur ein größeres Recht an dem Arbeitsprodukt soll den Arbeitern gewährt werden, und das ist etwas, was schließlich auch nicht konfisziert werden kann.

Herr Kempkes fürchtet dann aber weiter, daß wir bei den steigenden Löhnen, bei den steigenden Preisen bei uns im Inland den **holländischen Markt verlieren** würden. Ob so gewaltige **Preissteigerungen** stattfinden, wird sich ja heute noch nicht beurteilen lassen. Aber ich glaube eines hier versichern zu können: die Furcht im Ausland ist ziemlich allgemein verbreitet, daß nach dem Kriege Deutschland mit Schleuderpreisen auf dem ausländischen Markt erscheint, und gerade zu diesen Schleuderpreisen kann es ja bei dem schlechten Stand der Valuta kommen, wenn man bedenkt, daß man mit ausländischem Geld sehr viel deutsches kaufen kann, so daß Waren, die bei uns hoch im Preise erscheinen, recht billig zu erwerben sind, weil der Valutastand besser wird, sobald davon größere Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln ist; ich glaube, dieses Übel des schlechten Valutastandes wird dann beseitigt werden können. Die Furcht der Fabrikanten vor dem Sozialisieren war, wie ich schon eingehend sagte, bei jeder sozialpolitischen Vorlage vorhanden. Die Herren der Großindustrie haben fortwährend dagegen gekämpft, daß irgend etwas getan wird. Aber der Sozialismus wird sich allmählich durchsetzen und auch durchsetzen können.

Nun wird freilich immer vor der Unbeholfenheit der Bureaukraten gewarnt. Aber Herr Hugenberg verhält sich ja nicht so ablehnend dagegen. Man könnte sonst darauf hinweisen, daß in der **Großindustrie** gar mancher aus der **Bureaukratie** beschäftigt wird. So im Kruppschen Werk war es früher der sächsische Finanzrat Jenke; ein Landrat a. D. Roetger war sein Nachfolger, und der jetzige Herr ist ja auch aus der hohen Bureaukratie, aus dem preußischen Finanzministerium auf den Sitz des Vorsitzenden des Direktoriums gekommen. Die Herren Kapitalisten haben sich gar oft Leute aus der Bureaukratie geholt. Also läßt sich annehmen, daß, wenn sie in einem Privatbetrieb gut wirtschaften können, sie es dann in einem sozialisierten Betriebe gleichfalls können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun wurden eine Reihe von Zitaten vorgeführt, daß zum Beispiel August Müller, daß Hue, Kautsky und viele andere *vor dem* **überstürzten Sozialisieren** *gewarnt* haben. Ja, diese Reihe hätte Herr Kempkes noch sehr viel verlängern können. Ich glaube, es gibt nicht einen einzigen Sozialdemokraten, der über diese Frage geschrieben hat, der nicht darauf hingewiesen hat, daß ein überstürzter Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus keineswegs durchzusetzen ist, sondern daß

immer eine gewisse Reife erst vorhanden sein muß, wo man einsetzen kann. Also daran, wie zum Beispiel die Bolschewisten in Rußland vorgehen, daß sie den Kapitalismus zerstören, denkt in Deutschland kein Mensch; denn man sagt sich, daß gerade der kapitalistische Großbetrieb eigentlich der Embryo der sozialistischen Einrichtung ist. Man kommt also nicht darum hin: die kapitalistische Entwicklung muß vorwärts gehen.

Nun haben aber gerade jene gewaltsamen Aufstände, wie sie im Bolschewismus zutage traten, immer im deutschen Sozialismus ihre ärgsten Gegner gefunden, sei es, daß sie auftraten unter dem Namen Blanquismus, Proudhonismus, Bakunismus oder Anarchismus, Spartakismus, Bolschewismus, Kommunismus, wie sie sich gegenwärtig nennen. Wir haben sie nicht deshalb bekämpft, weil sie revolutionär, sondern weil sie reaktionär sind (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), weil sie nichts anderes sind als wild gewordene Spießbürger. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die sind es, welche eine derartige Politik vertreten.

Nun hat bei uns in Deutschland der **Anarchismus** niemals in den Massen Wurzel gefaßt. Allerdings da, wo die Massen zur Verzweiflung getrieben werden, können sie leicht von derartigen Phantasten mit zu Greueltaten fortgerissen werden. Aber demgegenüber gibt es nur das eine Mittel, daß man die Arbeiter derart stellt, daß sie durch die wirtschaftliche Notlage nicht zur Verzweiflung getrieben werden. Wir setzen deshalb mit allen möglichen Mitteln ein, um die Sozialpolitik dahin zu treiben, daß wir den Übergang zum Sozialismus haben. Jetzt allerdings ist es schwer. Wir stehen vor einem Trümmerfeld, welches durch den Krieg entstanden ist.

Die Gegner des Sozialisierungsgedankens sind immer mit Verurteilung der Sozialisierung bereit, aber sie zeigen uns nicht den Weg, wie es besser gemacht werden kann. Keiner der Herren, weder Herr Kempkes noch Herr Hugenberg, hat den Versuch gemacht, nachzuweisen, wie wir aus dem Dilemma, das der Krieg geschaffen hat, herauskommen können. Um die Arbeitskraft ausnützen zu können, muß man den Arbeiter besser stellen, als er jetzt gestellt ist. Dann sieht man ja, daß eine **Besserstellung der Arbeiter** auch immer den Kapitalisten etwas nützt, wenigstens einsichtigen Kapitalisten. So sagte ein englischer Fabrikant einmal: Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter kann man messen an der Größe des Beefsteaks, welches er mittags verzehrt. Vor kurzem hörten wir auch noch, daß ein Sachverständiger des Kohlenbergbaues gesagt hat: Die Förderfrage ist eine Speckfrage.

Hängt es also einmal schon so mit der Ernährung zusammen, so kommt es aber auch darauf an, nicht nur in der Ernährung

den Arbeiter besser zu stellen, sondern ihn auch wirtschaftlich, kulturell und politisch höher zu stellen, als das bisher der Fall gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schon während des Krieges ist man zu der Ansicht gekommen: man kann den Arbeiter nicht wieder zum Heloten herabdrücken, man kann den Arbeiter nicht lediglich zum Lohnsklaven machen. Der Arbeiter wird als Staatsbürger seine Rechte fordern, er wird als Kulturwesen zum Höheren emporsteigen. Dazu müssen auch die wirtschaftlichen Vorbedingungen geschaffen werden. Das kann nur auf dem Wege der fortschreitenden Sozialisierung geschehen. Nur wenn das gelingt, wenn es uns gelingt, einmal sämtliche Arbeiter zum Schaffen in Bewegung zu setzen, wenn es gelingt, einmal den Aufstieg zu fördern, dann wird auch unser Land vor dem Zusammenbruch bewahrt. Dann werden wir einer blühenden Zukunft entgegengehen. Aber wenn man zurückdrängt, wie es gerade von seiten der Herren Kempkes und Hugenberg gemacht wird, dann wird das Chaos größer werden. Das Chaos, worüber Sie (nach rechts) selber so entsetzt sind, ist doch nichts anderes als ein Produkt derjenigen Politik, die Sie immer selbst unterstützt haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Imbusch.

Imbusch, Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die bisherige Debatte hat gezeigt, daß die **Frage der Sozialisierung** von den verschiedensten Gesichtspunkten aus angesehen werden kann. Ihre Beurteilung ist deshalb sehr verschieden. Schon die Ansichten über die Bedeutung des Wortes „Sozialisierung" gehen sehr weit auseinander Aber auch die Interessen der einzelnen Klassen gehen sehr weit auseinander, und nicht alle sind einig über die Frage, wie das Wohl der Gesamtheit am besten gefördert werden kann. Mancher hat sich bei unserer bisherigen Wirtschaftsordnung recht wohl gefühlt und weniger Einblick in die Gefühle anderer gehabt, die sich nicht wohl fühlten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer auf der Sonnenseite des Lebens stand, der wußte oft nicht, welche Sorgen die bedrückten, die im Schatten lebten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bisher lebten in Deutschland sehr viele im Schatten; es war wirklich nicht alles vollkommen, und mancher staunt heute geradezu über das elementare Verlangen nach Sozialisierung unserer Wirtschaft. Wenn er mehr Einblick in die Lage und Gefühle der breiten Volksmassen hätte, würde er nicht staunen.

Gestern ist mir besonders unangenehm aufgefallen die Art und Weise, wie von einem meiner Herren Vorredner die **Arbeitslosenfürsorge** behandelt worden ist. Ich möchte dringend bitten, gerade die Frage der Arbeitslosenfürsorge und der so oft beklagten Arbeitsunlust der Arbeiter vorsichtig zu behandeln. Wer weiß, wie es einem Familien-

vater zumute ist, der lange Zeit arbeitslos war, wer weiß, wie es den Massen heute zumute ist, die keine Aussicht haben, Arbeit zu bekommen? Wir müssen sagen: wir haben heute eine Million Arbeitsloser, und wir haben für die meisten dieser Menschen keine Arbeit, wir können ihnen auch vorläufig keine Arbeit in Aussicht stellen. Sollen wir diese Leute ohne Unterstützung lassen, sollen wir sie ihrer Verzweiflung überlassen? Ich sage: wehe, wenn wir Millionen vor die Wahl stellen, entweder selbst zu verhungern und zuzusehen, wie ihre Familien verhungern, oder zu stehlen und zu rauben, um leben zu können. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Und ehe man Arbeiter wegen Arbeitsunlust anklagt, sollte man sich fragen, ob die Arbeiter auch Arbeit bekommen können.

Auch in der Frage der **Sozialisierung** sollte man allgemein die **Stimmung der breiten Volksmassen** zu erforschen suchen und sich die Frage vorlegen: warum will man eine Änderung unserer Wirtschaft? Wäre die bisherige Wirtschaft als vollkommen empfunden worden, so würde das Verlangen nach einer Änderung nicht so stark hervortreten. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Aber die bisherige Regelung wies starke Schattenseiten für weite Volkskreise auf. Trotz der glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und trotz des Aufstiegs, den auch die Arbeiterschaft im allgemeinen gemacht hat, war keine Zufriedenheit bei den breitesten Arbeitermassen zu erzielen. Warum nicht? — Sie wurden bisher nicht als gleichberechtigt angesehen und wurden im Wirtschaftsprozeß vielfach nur unter finanziellen Gesichtspunkten als Arbeitskraft betrachtet (sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten); sie kamen nicht als Menschen zur Geltung, sondern galten nur als Arbeitskraft und wurden nicht höher geachtet oder vielfach nicht so hoch geachtet wie die Maschinen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nicht der Mensch stand im Mittelpunkt der Wirtschaft, sondern das Geld, und ihm wurde der arbeitende, fühlende und auch denkende Mensch untergeordnet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Wirtschaft soll in Wirklichkeit dem Menschen dienen. Wir leben doch nicht, um zu produzieren, sondern wir produzieren, um zu leben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bisher aber wurde vielfach das Geld als das entscheidende, der **Mensch** nur als etwas Untergeordnetes, nur als ein **Mittel zum Geldverdienen** und zur Ausnutzung angesehen. Ein ungezügeltes Gewinnstreben ließ die notwendige Rücksicht auf die Menschen vielfach vergessen, und eine falsche Wissenschaft verteidigte und förderte diese falsche Richtung. Wir hatten Wissenschaftler, die nur den Egoismus als einziges Wirtschaftsmotiv gelten ließen, die jede Ethik, alle höheren Gesichtspunkte aus dem Wirtschaftsleben ausschalten wollten.

Auf Grund dieser Verhältnisse wurde denn auch vielfach das Menschenleben nicht genügend geachtet. Um nur ein Beispiel aus einem Beruf anzuführen: wie war es im **Kohlenbergbau?** Welcher Kampf mußte hier um jede einzelne **Schutzbestimmung** geführt werden? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gestern wurde schon von einem Redner darauf hingewiesen, daß fast alle größeren Fortschritte auf diesem Gebiet nur die Folgen großer Kämpfe waren. Auch die kleineren Fortschritte waren nur nach langem Kampf zu erzielen. Daß nicht die Hetze der berufsmäßigen Redner, wie vielfach gesagt wird, an der Unzufriedenheit der Arbeiter schuld ist, das beweisen vorliegende Nachweisungen über bestehende Mißstände, die schon vor den Reden der sogenannten berufsmäßigen Hetzer niedergelegt wurden.

Ich verweise hier auf die Geschichte des Oberbergamtes zu Dortmund von Herrn Oberbergrat Reuß. Ich verweise auf die „Zeitschrift für Bergrecht", ich verweise insbesondere auf die amtliche Denkschrift über die Ursachen der Arbeitseinstellungen im Kohlenbergbau, die nach dem Streik von 1889 erschienen ist. (Hört! hört!) Ich verweise ferner auf das Wort, das einmal fiel: Wir treiben doch nicht Bergbau, um Menschenleben zu schützen, sondern um Kohlen zu fördern. (Hört! hört!) Oft wurde in der Vergangenheit der Arbeiter durch die Art der Gedingesatzung, der Lohnfestsetzungen geradezu in die Zwangslage gesetzt, entweder mit seiner Familie zu darben und zu hungern oder sein Leben leichtsinnig aufs Spiel zu setzen. (Sehr richtig!)

Auch die Ausdehnung der Arbeitszeit in den Betrieben war vielfach derart, daß die notwendige Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen nicht genommen wurde. Bis zum Ausbruch des Krieges hatten wir ja stellenweise noch die Zwölfstundenschicht im deutschen Bergbau. (Hört!) Ja, jeder sieht ohne weiteres ein, daß das zuviel ist. Nicht selten wurde auch ein Zwang zum Verfahren von Überschichten ausgeübt. Der frühere preußische Handelsminister Dr. Sydow hat sehr oft Klagen und Beweise für diese Tatsache zugestellt bekommen und dann auf Abänderung hingedrängt. Aber schon die Tatsache, daß solche Klagen vorgebracht werden mußten, beweist, daß nicht alles so war, wie es hätte sein sollen. (Sehr richtig!) Während des Krieges wurde die Mißachtung des arbeitenden Menschen und die Vergötterung des Geldes, wurde das menschenverachtende und menschenvernichtende Streben nach Gewinn geradezu auf die Spitze getrieben. Sie alle wissen es; auf der einen Seite ein ungezügeltes, hemmungsloses, gewissenloses und vielfach vom Staate gefördertes Streben nach großem Gewinn und auf der anderen Seite Verarmung weiter Arbeiter- und Angestelltenkreise, die dann mit nicht immer zu billigenden Mitteln niedergehalten und an der Vertretung ihrer Interessen gehindert wurden.

Nun verlangten weite Volkskreise stürmisch eine **Änderung unserer Wirtschaftsordnung.** Sie verlangen, daß das private Gewinnstreben

etwas ausgeschaltet, daß die Wirtschaft sozialisiert, das heißt, dem Interesse der Allgemeinheit dienstbar gemacht und daß der Mensch in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nicht mehr soll die Sache über dem Menschen, sondern es soll der Mensch über der Sache stehen. Diese Stimmung ist eine ganz natürliche Reaktion gegen die materialistische Zeitströmung, die das Geld höher achtet als den Menschen, und das sollen auch die verstehen, die nicht wünschen, daß heute Änderungen getroffen werden. Für die jetzige Stimmung sind in erster Linie auch die mitverantwortlich zu machen, die zu rechter Zeit notwendige Reformen verhindert haben. (Sehr richtig!) Ich weise da auf die Aufrechterhaltung des **Herrenstandpunktes in der Großindustrie** hin. Auch als die Zeit schon zum Verhandeln gekommen war, hat man sich dagegen gestemmt, man hat oft den Ausspruch hören können: Die Arbeiterorganisationen sind nicht als Vertretungen der Arbeiter anzuerkennen, und wir werden nie die Arbeiter als gleichberechtigt ansehen. Dieser Herrenstandpunkt mußte die Entwicklung verschärfen und in den Massen das Gefühl des Unberechtigtseins verstärken und sie auch auf den Gedanken bringen, da muß eine Änderung erfolgen. Die Änderung, die freiwillig erfolgt ist, kam leider zu spät (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und wir stehen vor der Tatsache, daß der Stimmung und der Forderung der Massen entgegengekommen werden muß. Es liegt etwas Gesundes, Natürliches darin, das Erfüllung verlangt. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen den breiten Volksmassen das bieten, was auf dem Wege ihrer Wünsche liegt, und was wir bieten können. (Sehr gut! im Zentrum.)

Nicht nur dieser Grund zwingt zur Änderung unserer Wirtschaft, sondern auch die gewaltige Last, die der Krieg uns aufgeladen hat, zwingt dazu, manches der Allgemeinheit nutzbar zu machen, was bisher privatem Streben vorbehalten war. (Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die teilweise Regelung der Wirtschaft läßt sich auch nicht umgehen, wenn wir in Zukunft wieder in die Höhe kommen wollen. Zufriedenheit und Arbeitsfreude, die auch aus wirtschaftlichen Gründen so notwendig sind, werden wir nur dann wieder herbeiführen, wenn wir zugunsten der Masse in die Wirtschaft eingreifen. Ungerechtfertigtes arbeitsloses Einkommen, wie es die kapitalistische Produktion vielfach schafft, muß verschwinden. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Paßt es denn noch in die heutige Zeit, daß einer für Nichtstun mehr bekommt als Tausende, die das ganze Jahr hindurch arbeiten? (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Das muß jeder ohne weiteres einsehen, daß hier Änderungen dringend geboten sind.

Dann ist aber auch die Hineinstellung der Wirtschaft in den Dienst

aller eine berechtigte sozialethische Forderung, sie ist meines Erachtens auch eine Forderung des Christentums. Das Christentum schätzt den Menschen höher als die Sache, höher als die Wirtschaft, und der Zweck der Wirtschaft ist die Schaffung von Lebensbedingungen, die sittliches Menschentum bei allen ermöglichen. Wir müssen also unsere Wirtschaft sozialisieren, die Arbeiter und Angestellten dürfen nicht mehr in der bisherigen Weise vielfach als Ware behandelt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind notwendige Produktionsfaktoren, sie sind Menschen, und als solche sind sie zu achten und zu behandeln.

Für die **Sozialisierung** kommt zuerst der **Bergbau** mit in Frage. Einer der Herren Vorredner hat ja die Folgen der Sozialisierung etwas sehr schwarz ausgemalt. Über diese Frage gehen die Ansichten sehr weit auseinander, und es gibt tüchtige Volkswirtschaftler, die persönlich uninteressiert sind, die den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, wie ihn zum Beispiel Herr Dr. Hugenberg vertreten hat. Ich verweise hier auf die Schrift von Professor Dr. Karl Bücher über die Sozialisierung. Er sagt:

> In erster Linie kommt die Verstaatlichung des Kohlen- und Kalibergbaues in Betracht. Sie ist auch von bürgerlichen Kreisen wiederholt gefordert worden, und eine durchaus unzulängliche Gesetzgebung, die aber doch in die gleiche Linie führt, hat sich noch vor nicht langer Zeit mit beiden Bergbauzweigen beschäftigt. Setzt hier die Sozialisierung der Revolution ein, so kann sie des Beifalls aller weiterblickenden Volkswirtschaftler sicher sein. (Hört! hört! im Zentrum.)

Das sagt ein Volkswirtschaftler, der persönlich nicht interessiert ist, also ein Beweis, daß nicht alle die großen Gefahren befürchten, wie Herr Dr. Hugenberg sie befürchtet.

Der **Bergbau** war ja auch früher einmal etwas sozialisiert zugunsten der Staatsleitung; er **unterstand** früher unter der älteren Berggesetzgebung der **Staatsaufsicht** und -leitung. Allerdings waren da nur fiskalische Gesichtspunkte ausschlaggebend. Der Bergbau mußte vielfach 15 bis 20 Prozent von der Rohproduktion als Abgabe bezahlen. Aber nebenbei hatte man doch auch auf die Arbeiter Rücksicht genommen. Es waren gesetzlich geregelt durch die Behörden der Arbeitsvertrag, die Arbeitszeit, die Lohnfestsetzung und -auszahlung, das Strafwesen usw. Also früher hatte man in der Beziehung auch schon etwas getan. Aber wie ist es jetzt?

Wenn überhaupt sozialisiert werden soll, kommt der Bergbau wirklich am ersten mit in Frage. Einmal hat er noch am wenigsten mit der Konkurrenz des Auslandes zu rechnen, außerdem hat er in weiten Bezirken ein Monopol wegen der Frachtkosten und Frachtschwierigkeiten. Zudem ist die Allgemeinheit in weitestgehendem Maße vom Bergbau abhängig. Wiederholt hat sich das in den letzten Jahr-

zehnten deutlich gezeigt, und die Möglichkeit der Gefährdung der Interessen der Allgemeinheit ist mehrfach zutage getreten. Dann hat der Bergbau heute schon eine einheitliche Leitung für ganze Betriebe in den Interessenvertretungen, und der Bergbau ist kapitalistisch am weitesten entwickelt. Persönliche Besitzer kennt man kaum. Er macht auch im allgemeinen ganz gute Überschüsse, so daß da etwas zu holen ist.

Überdies waren im **Bergbau** die **Verhältnisse für die Arbeiter** bisher durchaus nicht befriedigend. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß in bezug auf Achtung der Gesundheit und des Lebens nicht alles so war, wie es hätte sein sollen. Aber auch in anderer Beziehung fehlte manches. Der Arbeiter hatte im Betriebe keine befriedigende Stellung, und die Löhne waren im Bergbau ebenfalls in vielen Bezirken und für breite Arbeiterschichten direkt unzulänglich. Selbst heute sind trotz der im Kriege erfolgten Steigerung die Löhne, insbesondere für die Schichtlöhner, so gering bemessen, daß sie damit eine Familie wirklich nicht anständig durchbringen können. Daran ist gar nicht zu zweifeln.

Herr Dr. Hugenberg hat angeführt, daß die Klasse A im Ruhrgebiet etwa 18 Mark verdient. Was das bedeutet, zeigt Ihnen die Tatsache, daß, während diese am höchsten entlohnte Arbeiterklasse, die 45 Prozent der Belegschaft umfaßt, 18 Mark bekommt, der Eisenbahnhandwerker für die Arbeit über Tage heute für die Achtstundenschicht 19,20 Mark Schichtlohn bekommt. (Hört! hört! im Zentrum.) Sie sehen, daß die Verhältnisse für die Arbeiter wirklich nicht rosig genannt werden können. Daß da das Streben nach einer Änderung vorhanden ist, ist verständlich.

Wie soll nun die Sozialisierung erfolgen? Sollen wir plötzlich alle Betriebe verstaatlichen? Das müßte man ablehnen. Das wäre ein Experiment sein, das wir im Augenblick nicht verantworten könnten. Verstaatlichung bedeutet übrigens gar nicht Sozialisierung. Vielleicht wäre es nur der Ersatz des Privat- durch das Staatskapital. Der Staatsbetrieb des **Bergbaues an der Saar** war meines Erachtens bisher kein soziales, kein wirklich sozialisiertes Unternehmen. (Sehr richtig!) Auch dort war die Stellung der Arbeiter eine durchaus unwürdige, vielfach noch unwürdiger als in der Privatindustrie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Löhne waren niedriger, und die Achtung vor dem Arbeiter als Mensch war ebenfalls niedriger als in der Privatindustrie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt eben auf den Geist an, in dem ein solcher Betrieb geleitet wird, und da kann auch ein Privatbetrieb im rechten Geiste geleitet und den Arbeitern, glaube ich, gerecht werden.

Notwendig ist vor allen Dingen bei allen Maßnahmen — das hat mit Recht gestern der Herr Reichsminister Wissell betont — die Hoch-

haltung der **Produktivität der Betriebe.** Diese ist in Zukunft notwendiger als je. Trotz der gewaltigen Lasten, die uns durch den Krieg aufgeladen sind, müssen wir konkurrenzfähig sein und leben können. Besonders in der nächsten Zeit muß unser Bergbau sehr produktiv sein. Mit seinen Produkten müssen wir die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe bezahlen, mit unserem Papiergeld werden wir das nicht können. Die Unterhaltung der Unternehmerinitiative und des Strebens nach erhöhter Produktivität muß also erhalten bleiben, und das ist meines Erachtens auch möglich, wenn der vorliegende zweite Gesetzentwurf angenommen wird. (Sehr richtig!) Wir können — darin stimme ich mit meinem Herrn Vorredner überein — auf intelligente, hochstrebende, energische geistige Leiter unserer Betriebe nicht verzichten. Auch bei sozialisierten Betrieben bedürfen wir ihrer. Aber ich bin der Ansicht: die Unternehmer, die, wie Herr Dr. Hugenberg sagte, nicht mit den Kapitalisten in ihrer Gesamtheit in einen Topf geworfen werden dürfen, können sich in Zukunft eben so gut in einem sozialisierten Unternehmen für die Gesamtheit betätigen, wie sie sich bisher betätigt haben in einem kapitalistischen für eine kleine Besitzergruppe. (Sehr gut!) Das muß doch möglich sein, und ich meine, die Herren müssen das gern und mit Freuden tun. Sie können ja doch kein Interesse daran haben, einige wenige Kapitalisten durch ihre Arbeit reich zu machen, es dürfte für sie doch viel mehr Genugtuung bringen, wenn sie sich sagen könnten bei ihrem Streben und bei ihrer Arbeit: ich tue das für mein Volk und für die Volksgesamtheit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Notwendig wird auch in Zukunft bleiben eine feste Leitung der Betriebe und fleißige Arbeit, ohne diese geht es in einem Riesenbetriebe sicher nicht ab, und — das muß ohne weiteres anerkannt werden — nicht alle geben aus idealer Gesinnung ihre ganze Kraft her, bei manchen ist ein anderer Sporn unbedingt notwendig.

Die Frage der Sozialisierung ist für uns eine praktische Frage, von Fall zu Fall werden wir prüfen und entscheiden, und wir sind für die Sozialisierung soweit, als sie einen Fortschritt darstellt, und wir sind für die Formen, die das gesteckte Ziel am besten erreichen lassen. Nach der gestern gegebenen Begründung der Gesetzentwürfe durch den Herrn Reichsminister Wissell will ja auch die Regierung nicht weiter gehen, auch sie will das, was ich gekennzeichnet habe.

Herr Dr. Hugenberg glaubte nun, unsere Partei habe in der Frage der **Sozialisierung** ihren **Standpunkt** geändert. Das ist ein Irrtum. Die **Zentrumspartei** hat in dem Programm, das sie herausgegeben hat, zu diesem Punkt Wirtschaftspolitik gesagt: wir erstreben geordneten Aufbau der Volkswirtschaft im Dienste des Gemeinwohls auf der Grundlage der produktiven Arbeit; grundsätzliche Erhaltung der auf persönlichem Eigentum beruhenden Wirtschaft, gemeinwirtschaftliche Ordnung

durch Staat und Gemeinde, Gesellschaft und Genossenschaft für größere Betriebe, Beseitigung privatkapitalistischer Monopole usw. Also das ist im Programm niedergelegt, und davon sind wir jetzt durchaus nicht abgewichen.

Dann meinte Herr Hugenberg, es sei das Ideal der entschädigungslosen Enteignung aufgepflanzt, das sei eine Gefahr für Bauern, Handwerker usw. Das ist ein Irrtum. Auch in der Frage des Eigentums hat unsere Partei ihren Standpunkt nicht geändert und ist nicht gewillt, allen Volkskreisen, die etwas haben, ohne weiteres ihren Besitz abzunehmen.

Nun ein Wort über unsere Stellung zum Antrag Auer und Genossen auf Drucksache Nr. 99. Wir nehmen den Antrag an unter der Voraussetzung, daß in Ziffer 1 nur die unterirdischen Bodenschätze gemeint sind, die der Mutung unterstehen, nicht andere, und daß in Ziffer 2 die Forderung der Beteiligung der Arbeiter und Angestellten durch Betriebsräte an der Kontrolle und Verwaltung nicht auch eine praktisch nicht mögliche Leitung der Betriebe einschließen soll. In diesem Punkte sind wir ja auch mit der Regierung einig, sie hat das gleiche erklärt, auch der Vertreter der Mehrheitssozialisten hat die gleiche Erklärung gestern abgegeben. Aber der Gedanke, daß das Bergwerkseigentum eigentlich der Gesamtheit gehöre, ist ja auch gar nicht so etwas Fremdes, er ist auch in der neueren Berggesetzgebung, wenn auch nicht ganz klar und vollkommen, aber doch zum Ausdruck gebracht.

Nun unsere Stellung zu den Gesetzentwürfen. Zum ersten hat mein verehrter Fraktionsfreund Dr. Brauns schon unsere Ansicht klargelegt. Nun zum zweiten. Mit dem Grundgedanken desselben sind wir einverstanden. Der Gesetzentwurf bringt einen Eingriff in den Handel, der bisher ja schon monopolisiert war (sehr richtig!), und bei diesem Eingriff soll ja in Wirklichkeit ein Privatmonopol durch ein anderes vom Reich kontrolliertes ersetzt werden. (Sehr gut!) Dagegen waren wir nie. Aber in dem Gesetzentwurf, der ja einer Kommission überwiesen werden soll, befinden sich einige Unklarheiten, die sich eigentlich erst so recht ergeben haben bei der Begründung dieses Gesetzentwurfs. Da sagt der Satz in § 2: das Reich regelt die Sache. Da muß man die Frage aufwerfen und vor der Annahme klarstellen: wie wird die Sache geregelt? Die Leitung wird einem **Kohlenrat** übertragen. Wer bildet den Kohlenrat? Ich mache darauf aufmerksam, daß der Kohlenrat nicht identisch sein soll mit dem Sachverständigenrat in § 3. Und dann die Frage: was ist unter Kohlenwirtschaft zu verstehen? Da glaube ich, bei den Ausführungen des Herrn Reichsministers Wissell in seiner Begründung einen Widerspruch herausgehört zu haben. An einer Stelle sagte er: das Gesetz beschränkt sich auf die Beeinflussung

des Absatzes; unberücksichtigt bleibt die Gewinnung und der Verbrauch. An einer anderen Stelle aber glaube ich gehört zu haben: der Kohlenrat kann seine Tätigkeit ausdehnen, soweit es ihm möglich erscheint; durch Sozialisierung können wir den stärksten Einfluß auf die Industrie ausüben. Das ist ein Widerspruch. Das letztere scheint mit reinem Handel, mit der Beeinflussung des Absatzes nicht so ganz verträglich zu sein, und darüber müßte Klarheit geschaffen werden.

Zu § 3 möchte ich den Wunsch aussprechen, daß bei der Berufung der Kohlenverbraucher in den Sachverständigenrat die verschiedenen Verbraucherkreise berücksichtigt werden (sehr richtig! im Zentrum), und daß in Zukunft auch hierbei die verschiedenen Genossenschaften zugezogen werden, die Handwerker-, Bauern- und sonstigen Genossenschaften.

Dann ist uns von der Regierung ein **Gesetzentwurf über das Kali** angekündigt worden. Wir werden uns ohnehin mit dieser Frage bald beschäftigen müssen. In der Kaliindustrie ist, wie die verehrten Damen und Herren wissen, schon seit 1910 eine gesetzliche Regelung in Kraft getreten. Seitdem muß jede Preiserhöhung durch das Parlament und die Regierung genehmigt werden. Jetzt haben sich die Arbeiter und Arbeitgeber in der Kaliindustrie geeinigt, daß eine Erhöhung der Löhne kommen soll. Aber sie kann nur erfolgen nach Ansicht der Beteiligten, wenn eine entsprechende Erhöhung der Preise zugebilligt wird, und da diese ohne das Parlament und die Regierung nicht möglich ist, werden wir uns also mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Notwendig sind auch — und das wird gerade von der rechten Seite des Hauses beklagt — Änderungen in unserer Arbeitsverfassung. Ich habe schon gesagt, daß die **Arbeits- und Lohnverhältnisse** nicht so sind, daß die Arbeiter und Angestellten befriedigt sein können, und auch auf diesem Gebiet muß den berechtigten Forderungen der Arbeiter entsprochen werden. Sie müssen gleichberechtigt sein, wirklich praktisch gleichberechtigt bei der Gedinge- und Lohnfestsetzung. Sie müssen auch sonst im ganzen Produktionsprozeß die ihnen gebührende Stellung einnehmen, und sie haben auch Anspruch darauf, bei der Kontrolle der Betriebe mitzuwirken.

Wir brauchen dabei gar nicht so weit zu gehen, daß die von manchen befürchteten Schäden eintreten. Mit diesen Schäden, die man für die Zukunft voraussieht, ist es überhaupt eine eigenartige Sache. Da möchte ich auf etwas aus der Vergangenheit verweisen. Früher haben die Vertreter des deutschen Unternehmertums den Untergang der Industrie prophezeit für den Fall, daß ein Arbeiterschutz durch Gesetz eingeführt wird. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Früher haben sie den Untergang der Industrie prophezeit für den Fall, daß Arbeiterausschüsse, diese harmlose nützliche Einrichtung, eingeführt würden. Als im Jahre 1889 bei dem großen Streik unser früherer Kaiser die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber empfangen hatte und hierbei den Unternehmern nahe legte, solche Einrichtungen einzuführen,

und als sich der damalige Leiter des Bergbaulichen Vereins, Herr Dr. Hammacher, herbeiließ, solche zu versprechen, da wurde er abgejägt, da mußte er von seinem Platze verschwinden. (Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.) Wer glaubt heute noch, daß die Einführung von Arbeiterausschüssen den Untergang unserer Industrie und unserer ganzen Volkswirtschaft im Gefolge haben könnte! (Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.) Wie damals die Befürchtungen nicht Wirklichkeit geworden sind, so werden — hoffe ich — auch die heute geäußerten Befürchtungen nie Wirklichkeit werden. Im Gegenteil, diese notwendige Neuordnung wird dazu führen, daß in unserem Wirtschaftsleben wieder Ruhe und Ordnung eintreten und daß in Zukunft womöglich mehr geleistet wird als in der Vergangenheit. (Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.)

Dann möchte ich aber darauf hinweisen, daß die technische Sozialisierung, die äußerliche Sozialisierung allein nicht genügt. Viel wichtiger — darauf wurde schon gestern von einem der Herren Redner hingewiesen — erscheint mir die **Sozialisierung der Gesinnung**, die Weckung des rechten Gemeinsinnes und des Pflichtgefühls. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Die Leiter unserer Unternehmungen und die Betriebsführer müssen sich im Dienste der Allgemeinheit fühlen (sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien), sie müssen die Angestellten und Arbeiter als Menschen achten und behandeln. Auf der anderen Seite aber müssen die Arbeiter und Angestellten sich ebenfalls als im Dienste der Gesamtheit stehend fühlen. Für sie darf das Unternehmen nicht mehr sein eine sie ausbeutende, feindliche Macht, sondern das Unternehmen muß für sie sein eine Sache der Allgemeinheit, der sie nach Kräften zu dienen haben. Sie müssen die Unternehmungen fördern, wo und wie sie können.

Wenn wir von diesem Standpunkte aus zu den verschiedenen **wilden Sozialisierungsbestrebungen** Stellung nehmen, dann sehen wir, daß dort eingeschritten werden muß. Dort ist nicht nur die Form der Sozialisierung, sondern auch der Geist, aus dem heraus sie betrieben wird, falsch. Bei diesen Bestrebungen kommt nicht ein sozialer Geist zur Geltung, sondern es ist derselbe Geist des Mammonismus, den man auf der anderen Seite beklagt hat. Nicht die Sorge für die Allgemeinheit ist entscheidend, sondern persönlicher Egoismus und nichts anderes. Deshalb müssen diese wilden Sozialisierungen unter allen Umständen verhindert werden. Sie zerstören Kapital und hindern die Gesamtheit an den notwendigen Fortschritten, an der notwendigen Produktion für die Zukunft, und sie nehmen uns einen leistungsfähigen Steuerzahler. Sozialisierung heißt auch nicht Einschränkung der Arbeit und Beseitigung jeder Ordnung. Darauf möchte ich noch einmal besonders hin-

weisen, und ich freue mich, daß der Vertreter der Reichsregierung und daß auch die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie entschieden darauf hingewiesen haben. Wir wollen uns dann aber auch darüber klar sein: wenn wir in einem möglichen Maße unsere Wirtschaft sozialisieren, dann befriedigen wir weite Kreise, insbesondere die Kreise, die ganz links stehen, und die noch weiter links stehen als die hier vertretenen, nicht. Dort werden Erwartungen gehegt, die nicht erfüllt werden können. Das ist die Folge früher geweckter Erwartungen und ungenügender **Gesinnungspflege.** (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Man hat ihnen früher das Paradies in Aussicht gestellt, und das wollen sie jetzt haben. Die materialistische Erziehung der Massen, die Weckung des Egoismus macht sich jetzt in gefährlicher Weise geltend, und durch die materialistische Erziehung der Massen ist die Durchführung des notwendigen Sozialismus erschwert, wenn nicht auf vielen Gebieten direkt unmöglich gemacht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Also auf diesem Gebiete muß in Zukunft etwas nachgeholfen werden. Wollen wir — das ist unsere Ansicht — Sozialismus, dann werden wir in Zukunft in stärkerem Maße die im Christentum liegenden Kräfte den Massen nahe bringen müssen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Praktisches Christentum, christliche Wertschätzung der Arbeit und Menschen, Betrachtung der Arbeit als sittliche Pflicht für jeden ohne Ausnahme, die Beobachtung des Gebots der Nächstenliebe sind ebenso wichtig wie die Änderung äußerer Formen, und wir wünschen dringend, daß auch die Parteien der Linken sich in Zukunft in stärkstem Maße bemühen, die richtige Gesinnungspflege zu betreiben. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Es genügt aber nicht, in der nächsten Zeit die sittlichen Kräfte im Volke zu wecken: es muß auch für **äußere Ordnung** gesorgt werden. Wir wollen das für die breiten Volksmassen tun, was irgendwie getan werden kann. Aber darüber hinaus können wir nicht gehen. Es gibt gewisse Kreise, die mit dem, was möglich ist, nicht zufrieden sind, die nur mit Gewalt niedergehalten werden können (sehr richtig! im Zentrum), Verbrecher, die durch die Revolution hoch gekommen sind, und Fanatiker, die nicht sehen, wohin sie treiben. Läßt man diesen die Freiheit, dann zerstören sie die Grundlagen unserer Wirtschaft, die Zukunft unseres Volkes, und das darf nicht geschehen. Deshalb darf sich die Regierung von diesen nicht zu weit treiben lassen. Deshalb muß sie diesen Elementen, wo es nottut, auch mit Machtmitteln entgegentreten. Manche, und zwar die Haupttreiber der Bewegung, wollen ja gar nicht die Lage der Arbeiter bessern. (Sehr richtig!) Sie wollen die politische Leitung des Staates. Darauf deuten doch ihre ganzen Flugblätter, ihre ganze Agitation hin. „Gegen die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske" stand in allen Flugblättern, mit denen man im Ruhrgebiet die Leute auf-

zuhetzen versuchte. Also ist es ein Kampf um die Macht. Die Leute wollen keine Demokratie, keine Herrschaft durch die Mehrheit, sondern sie, die kleine Minderheit, sollen herrschend sein, und das darf nicht sein. Wir müssen von der Regierung verlangen, daß sie allem Toben von links gegenüber fest bleibt. Das Wohl des Volkes und die Zukunft des Vaterlandes verlangen es. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, hier abzubrechen. — Das Haus ist einverstanden. Um ¼4 Uhr wollen wir fortfahren. (Schluß der Sitzung 1 Uhr 35 Minuten.)

Die Sitzung wird um 3 Uhr 45 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach wieder eröffnet.

Präsident: Wir nehmen die abgebrochene Sitzung wieder auf. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Wallbaum.

Wallbaum, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mit den Vorlagen, die gestern und heute zur Debatte stehen, hat uns die Reichsregierung vor die Aufgabe gestellt, Gesetzentwürfe zu verabschieden, deren materieller Inhalt seit Jahren und insbesondere in den letzten Zeiten Gegenstand lebhafter Erörterung gewesen ist. In den letzten Tagen und Wochen ist die **Sozialisierung** weniger von den Parteien, als vielmehr und um so drinnlicher von einem Teile des Volkes gefordert worden, nicht nur in der Presse und in den Versammlungen, sondern man glaubte auch durch Arbeitsniederlegungen dem Ziele der Sozialisierung näher zu kommen. Zahlreiche Arbeitseinstellungen sind dieserhalb erfolgt, und in verschiedenen Industriegebieten haben die Spartakisten geglaubt, durch Terrorismus die Sozialisierung der Betriebe erzwingen zu können. Auch die letzten Kämpfe in Berlin, die wir als eine Folge des vom Vollzugsrat der Arbeiterräte proklamierten Generalstreiks zu beklagen haben, mögen zum Teil ihren Ursprung in der Forderung nach Sozialisierung der Produktionsmittel haben.

Nun ist gestern und auch heute die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die **beschleunigte Einbringung dieser Sozialisierungsvorlagen,** wenn auch gerade nicht aus Angstmeierei der Regierung so doch — um mich gelinde auszudrücken — aus zarter **Rücksichtnahme auf die Vorgänge in Berlin** erfolgt sind. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf links.) — Hören Sie erst zu, verehrter Herr Zwischenrufer, was ich weiter sagen werde, dann können Sie ja mit Ihrem beliebten „Quatsch" hervorkommen! — Gegen diese Auffassung hat der Herr Reichsminister Wissell gestern Verwahrung eingelegt. Ich für meine Person habe bis jetzt keine Veranlassung, an seinen Worten zu zweifeln. Es mag sein, daß es andere Beweggründe waren, die die Reichsregierung veranlaßt

haben, diese Gesetzentwürfe dem hohen Hause schleunigst zu unterbreiten. Nun hat aber auch heute morgen der Herr Ministerpräsident Scheidemann Gelegenheit genommen, nebenher gegen die Mitglieder der unabhängigen Fraktion, in der Hauptsache aber gegen meinen Fraktionskollegen Hugenberg, das Wort zu ergreifen. Auch der Herr Ministerpräsident hat versucht, uns plausibel zu machen, daß er in seinen Maßnahmen sich weder von rechts noch von links beeinflussen lasse. Das ist sehr schön gesprochen, und es sieht so aus, als ob der Herr Ministerpräsident wirklich ein starker, zielbewußter Mann sei. Auch ich habe gestern zu denen gehört, die nach allem, was man bisher aus dem Munde hoher Regierungsvertreter gehört hatte, zum Beispiel, daß es mit der Sozialisierung noch gute Weile haben würde, annahmen, daß die gestern vom Herrn Kollegen Kempkes vorgetragene Auffassung über die Beschleunigung der Einbringung richtig sei. Wenn nun heute der Herr Ministerpräsident sich aber ebenfalls dagegen verwahrt hat, dann muß ich doch das eine sagen: selbst wenn man seinen Worten in weitgehendster Weise Glauben zu schenken geneigt ist, so spricht der Schein aber doch gegen ihn. (Sehr richtig! rechts.) Es haben in letzter Zeit, wie ich eben schon andeutete, verschiedene Mitglieder der Regierung — ich nenne den früheren Staatssekretär Dr. August Müller, ich erinnere an die jetzigen Mitglieder der Regierung Herrn Dr. David, an den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Reichspräsidenten — alle diese Mitglieder der Regierung haben noch vor ganz kurzer Zeit sich in dem Sinne geäußert, daß es Wahnsinn sei, jetzt schon mit der Sozialisierung zu beginnen. (Hört! hört! rechts.) Wenn nun der Herr Ministerpräsident heute das alles in Abrede stellen will, dann meine ich, diese seine früheren Aussprüche, ferner die Aussprüche seiner Kollegen lassen doch darauf schließen, daß heute andere Gründe vorhanden sein müssen, die dann aber nicht genannt werden. (Sehr richtig! rechts.) Wirtschaftliche Ursachen können doch unmöglich für dies beschleunigte Verfahren zugrunde liegen. Wenn von der Regierung und den ihr nahe stehenden Seiten immer wieder betont worden ist, zur Sozialisierung gehörten leistungsfähige, prosperierende Betriebe, dann darf man annehmen, daß, da solche Betriebe zurzeit nicht vorhanden sind, wirtschaftliche Gründe nicht vorliegen können, und da komme ich allerdings zu dem Ergebnis, daß zum mindesten der Schein gegen die vom Regierungstisch vertretene Behauptung spricht. (Sehr richtig! rechts.)

In diesem Zusammenhange will ich auf die weiteren Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten von heute vormittag zurückkommen. Man hätte erwarten können, daß, wenn ein Ministerpräsident auf die Ausführungen eines Abgeordneten antwortet, er dann sachlich auf diese Ausführungen eingeht und sie mit sachlichen Gegengründen zu entkräften sucht. (Sehr wahr!

rechts.) Das hat der Herr Ministerpräsident nicht getan, sondern eine Rede gehalten in einer Form, wie sie vielleicht von seinen Parteigenossen in Volksversammlungen gehalten wird (sehr gut! rechts), wenn sie sachlich nichts zu erwidern wissen. (Zuruf links.) Sie mögen sagen, was Sie wollen, eine solche Rede, wie sie mein Fraktionskollege Hugenberg heute morgen gehalten hat, eine Rede, die getragen war von der Sorge um den Fortbestand unserer Volkswirtschaft (sehr gut! rechts; na! na! links), mit dem Wort abzutun, das seien Hirngespinste, das entspricht nach Form und Inhalt nicht der Höhe, die wir vom Regierungstisch erwarten dürfen. (Sehr wahr! rechts. — Zurufe links.)

Wir wollen uns nun nicht weiter darüber streiten, welche Ursachen und welche Motive bei den Herren von der Regierung für die Einbringung dieser Vorlage maßgebend gewesen sind; es kommt jetzt darauf an, die Vorlage ist da, und wir haben uns damit zu beschäftigen. Aber das eine möchte ich mir doch noch kurz zu bemerken erlauben, daß, wenn die Reichsregierung glaubt, durch die Vorlegung dieses Entwurfs und durch das damit bewiesene Entgegenkommen die revolutionären Gemüter beruhigt zu haben, sie einem gründlichen Irrtum anheimgefallen ist. Wir haben seit Jahr und Tag des öfteren beobachten können, daß das **Nachgeben der Reichsregierung** immer neue Forderungen nach sich zog, und auch in diesem Falle dürfte der Brocken, den man den Spartakisten und Unabhängigen hinwirft, nicht genügen, diese dauernd zufrieden zu stellen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Rede, die heute morgen der Herr Kollege Henke hier gehalten hat, beweist die Richtigkeit meiner Worte. Er hat nur von kleinen Anfängen in der Sozialisierung gesprochen und schließlich die Sozialisierung der gesamten Produktionsmittel, auch in der Landwirtschaft usw., gefordert. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn die Regierung glaubt, nunmehr Ruhe zu haben, so dürfte sie sich damit gefährlichen Illusionen hingeben. Und wenn der Herr Ministerpräsident glaubte, sagen zu müssen, daß man mit der Erwähnung dieser Tatsachen der Regierung einen schlechten Dienst erweise und damit den Unabhängigen andeute, wie sie es in Zukunft zu machen hätten —, meine Damen und Herren, ich traue den Mitgliedern der Unabhängigen Partei zu, daß sie ganz genau ohne irgend welche Anregung von rechts wissen werden, was sie zu tun gedenken. Ihre Forderungen gehen weiter, und wenn diese erfüllt werden, werden jene Kreise um neue Forderungen nicht verlegen sein. (Sehr richtig! rechts.) Man gebe sich deshalb nicht der Hoffnung hin, daß wir mit Annahme dieser Entwürfe die inneren Schwierigkeiten überwinden können.

Unsere Aufgabe ist es nun, in ernster Arbeit die Vorlagen so zu gestalten, daß unsere Volkswirtschaft nicht den letzten Stoß erhält, von

dem ein Wiederaufleben nicht mehr möglich ist. Meine politischen Freunde sind, wie auch heute morgen schon zum Ausdruck gebracht worden ist, zu dieser Arbeit bereit. Wir lehnen die **Überführung geeigneter Betriebszweige,** wenn es im Interesse des Gemeinwohls liegt, nicht grundsätzlich ab. (Sehr richtig! rechts.) Wir teilen mit manchen Mitgliedern dieses Hauses die Auffassung, daß der Krieg mit seinen grundstürzenden Änderungen auch nicht an unserem Wirtschaftsleben spurlos vorübergehen kann. Der Krieg hat uns eine gewaltige Schuldenlast gebracht, die noch um ein Bedeutendes erhöht wird durch die Revolution und die Begleiterscheinungen derselben, wie wir sie nun seit vier Monaten haben beobachten können. Wollen wir diese Schuldenlast, verursacht durch den Krieg und die Revolution, jemals wieder abwälzen, dann bedarf es der Heranziehung aller Mittel, die dazu geeignet sind. Wenn also durch die Sozialisierung dazu reifer Betriebe die Reichseinnahmen vermehrt werden können, ohne daß unser Wirtschaftsleben dabei völlig zugrunde geht, warum soll man dann nicht in geeigneter und vorsichtiger Weise von diesen Mitteln Gebrauch machen?

Ich möchte aber insbesondere auf die grundsätzliche Seite der Vorlagen kurz eingehen. In dieser ist auch auf die **Gewinnung der Bodenschätze** hingewiesen. Diese Bodenschätze befinden sich zum weitaus größten Teil in den Händen privater Kreise. Diese haben die Mutungsrechte sich erworben und in jahrzehntelanger fleißiger Arbeit ihre Betriebe auf einen Höhepunkt gebracht, wie er bis in die Zeit des Krieges beispiellos in der Welt dastand. Das soll unumwunden anerkannt werden. Aus diesen Unternehmungen hat die deutsche Volkswirtschaft immer wieder neue Kraft schöpfen können.

Aber wenn man das auf der einen Seite anerkennt, darf man doch nicht an den zweifellos vorhandenen Schattenseiten dieser Entwicklung vorübergehen. (Sehr richtig! rechts.) Zunächst sei betont, daß wir im letzten Jahrzehnt des öfteren den nicht immer günstigen Einfluß des Kapitals in der Kohlenindustrie haben wahrnehmen können. Ein ungeheurer Einfluß ging von dieser Macht aus. Zu einer Zeit, wo die allgemeinen Verhältnisse solche Maßnahmen nicht erforderten, hat die **Preispolitik des Kalisyndikats** nach Auffassung vieler zu einer enormen Belastung des deutschen Volkes geführt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was auf diese Weise das deutsche Volk an erhöhten Kohlenpreisen bezahlt hat, kam nicht immer der Allgemeinheit zugute (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), sondern wenigen Kapitalisten, die nun einmal glückliche Besitzer der Bodenschätze geworden waren und dieses Besitztum in ihrer Weise ausgenutzt haben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber nicht nur dies bedauern wir, sondern vor allen Dingen auch die weitere Tatsache, daß dieselben Kreise, die zwar auf der einen Seite die weitgehende Macht der Organisation für sich in Anspruch nahmen,

andererseits dasselbe Recht ihren Arbeitern nicht zuerkannten. Wer die Gewerkschaftskämpfe der letzten 25 Jahre mit durchlebt hat, weiß, wie die **gewerkschaftliche Entwicklung** durch den **ablehnenden Standpunkt** gehemmt wurde, den die Herren aus der Schwerindustrie, aus dem Bergbau usw. eingenommen haben. (Sehr richtig! links.) Erst der vierjährige Krieg und die damit verbundenen Nöte haben es vermocht, diese Kreise einer besseren Einsicht zugänglich zu machen. Man hat zu spät den „Herrimhausestandpunkt" aufgegeben und die Gewerkschaften als die Interessenvertreter der Arbeiter damit anerkannt, daß man sich mit den Führern der gewerkschaftlichen Bewegung endlich an einen Tisch setzte und mit ihnen verhandelte. Damit ist ein schwerer Fehler gemacht worden, daß man so spät zu der Überzeugung gekommen ist, den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben anzuerkennen. Ich bin der Meinung, daß, wenn man schon früher sich zu der jetzt bekundeten Auffassung bekannt hätte, dann manches von dem unterblieben wäre, was die letzten Wochen und Monate uns gebracht haben. (Hört! hört! links.) Es ist ein nicht wieder gut zu machender Fehler begangen worden (Zuruf bei den Deutschen Demokraten), — Sie sitzen auch im anderen Lager, auch bei Ihnen, Herr Ruschke, nein, das waren Ihre Freunde nicht immer — „daß man Jahrzehnte hindurch geglaubt hat, den Arbeiterstand niederhalten zu können. Das rächt sich heute, und wir wollen hoffen und wünschen: mag die Sozialisierungsbewegung diesen oder jenen Weg gehen, daß in Zukunft der Arbeiter nicht mehr als Ware im Produktionsprozeß, sondern als Persönlichkeit gewertet wird (sehr richtig!), der ein Recht darauf hat, seiner Bedeutung entsprechend anerkannt zu werden. (Erneute Zustimmung.)

Dies alles hat vielleicht dazu beigetragen, daß die Zahl derjenigen sich vermehrt hat, die sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellen, daß sich im bergbaulichen Betriebe eine Änderung zu vollziehen hat, daß die **Bodenschätze**, die in der Erde ruhen, nicht wenigen Kapitalisten, sondern **der Volksgemeinschaft gehören**; nicht jenen sollen diese Bodenschätze ungeheure Gewinne bringen, sondern sie sollen der Allgemeinheit zugute kommen. Auf diesen Standpunkt haben sich unsere bedeutendsten Volkswirtschaftler gestellt — ich erinnere an Adolf Wagner, Lujo Brentano usw. —, und man braucht noch kein Sozialist zu sein, wenn man sich zu diesen Grundsätzen bekennt. (Sehr richtig!)

Nun kommt es darauf an, wie man sich die **Sozialisierung** denkt. Zunächst stelle ich fest, daß das Wort, durch das sozialdemokratische Parteiprogramm in die Massen geworfen, zu einem Schlagwort geworden ist. (Sehr richtig! rechts.) Der eine versteht dies darunter, der andere jenes, der eine versteht darunter das höchstentwickelte soziale Verantwortlichkeitsgefühl, der andere die Ver-

gesellschaftung der gesamten Produktionsmittel, und wiederum andere hoffen, durch die Sozialisierung der Betriebe eine gute Existenz oder, deutlicher gesagt, eine gute Futterkrippe sich erwerben zu können. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Wenn Sie hier Namen nennen, und dabei auf Persönlichkeiten hinweisen, die auf der rechten Seite des Hauses sitzen, dann sehen Sie sich in Ihrer nächsten Umgebung um, und Sie werden Gelegenheit genug haben, in dieser Beziehung Untersuchungen anstellen zu können. (Sehr gut! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Auch in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse ist in der letzten Zeit viel über Sozialisierung geschrieben worden. Auch dort wird die Frage behandelt: was heißt Sozialisierung? In einem Artikel kommt man zu dem Ergebnis, daß **Verstaatlichung der Betriebe nicht gleichbedeutend mit Sozialisierung** sei. In einem der Blätter heißt es:

> Überführung bestimmter Wirtschaftsobjekte in die Hände des Staates oder der Kommune ist keine Sozialisierung oder Vergesellschaftung; das hat es immer gegeben, und niemand ist es eingefallen, von Vergesellschaftung zu sprechen, weil z. B. im preußischen Staat die Eisenbahnen, große Waldflächen, eine Anzahl landwirtschaftlicher Güter, Bergwerke und andere Unternehmungen sich im Besitz und Betriebe des Staates befinden.

Es wird von derselben Presse auch zweitens als unrichtig hingestellt, Vergesellschaftung sei zu identifizieren mit Übernahme einzelner wirtschaftlicher Betriebe durch die darin beschäftigten Arbeiter. Man glaubt in manchen Kreisen, daß Sozialisierung bereits dann vorliege, wenn der Betrieb nicht mehr durch den Unternehmer, sondern durch den Arbeiter und Angestellten geleitet werde oder das Betriebsvermögen in ihre Hände übergegangen sei. Alle diese Arten von Sozialisierung erkennt das Gewerkschaftsblatt, die „Allgemeine Steinsetzerzeitung", und andere, nicht an. Wenn nun aber weder die Überführung der Wirtschaftsbetriebe in die Hände des Staates noch in das Eigentum der darin beschäftigten Arbeiter gleichbedeutend mit Sozialisierung ist, so kommt es darauf an, wie die Gewerkschaftsblätter das Wort Sozialisierung verstehen und durchgeführt sehen möchten.

Nach den eben zitierten Ausführungen soll die ganze Gesellschaft Eigentümerin, Besitzerin und Nutznießerin dessen werden, was heute einzelnen oder mehr oder weniger großen Gesamtheiten, wie Aktiengesellschaften usw., gehört.

Diese **Auslegung des Wortes Sozialisierung** findet sich auch wieder im Erfurter Programm. Veranlassung dazu gab die Theorie von Karl Marx, die in dem bekannten Buch „Kapital und Arbeit" niedergelegt ist. Diese sozialistische Theorie bringt zum Ausdruck, daß infolge der Arbeitsteilung und der Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine der Arbeiter von dem Produktionsmittel getrennt worden

ist. Diese würden — so sagt man — Privateigentum des Nichtarbeiters, des Kapitalisten, an den der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sei. Der Lohnarbeiter erhielte aber von dem Kapitalisten nur das, was er zum Ersatz seines Kräfteaufwandes unbedingt braucht. Was aus dieser Tätigkeit des Lohnarbeiters über seinen Lohn hinaus mehr erzeugt wird, sei das arbeitslose Einkommen des Kapitalisten. In diesem Sinne ist die Masse seit 50 Jahren bearbeitet worden.

Aus der Marxschen Lehre geht ferner hervor, daß diese kapitalistische Entwicklung dazu führe, Millionen und aber Millionen in den Händen weniger Kapitalisten anhäufen zu lassen, während auf der anderen Seite die Zahl des Proletariats immer größer werde. Wenngleich diese Auffassung auch einseitig ist und kein zutreffendes Bild unseres Wirtschaftslebens und unserer wirtschaftlichen Entwicklung gibt, so leitet man doch daraus die Notwendigkeit eines Umwandlungsprozesses, die Überleitung der Produktionsmittel aus den Händen der Besitzer an die Gesellschaft ab. Aus dieser Lehre und der sich daraus ergebenden Agitation quillt die Forderung, die ganze Gesellschaft zur Eigentümerin, Besitzerin und Nutznießerin dessen zu machen, was heute einzelnen oder auch den Aktiengesellschaften usw. gehört.

Ich möchte unsere Stellung dahin zusammenfassen: wenn die Reichsregierung auf eine derartige Sozialisierung lossteuert, wenn sie will, daß alle Produktionszweige und sämtliche Betriebe der Gesellschaft zugeführt werden sollen, können wir ihr auf diesem Wege nicht folgen. (Sehr richtig! rechts.) Für uns ergeben sich zwei Fragen. Erstens: **ist eine Sozialisierung** in dem von mir eben gekennzeichneten Sinne überhaupt **möglich?** Diese Frage möchte ich verneinen. Es gibt da eine Unmenge von Schwierigkeiten zu überwinden, auf die gestern und heute zum Teil schon eingegangen worden ist. Auch in der Ihnen nahestehenden Gewerkschaftspresse wird zum Ausdruck gebracht, daß — um auf eines zunächst einmal einzugehen — die Vorbedingung für eine Sozialisierung hochentwickelte, leistungsfähige Betriebe sind. Eine zweite und meines Erachtens noch wichtigere Vorbedingung ist, daß alle diejenigen, die nun in diesen sozialisierten Betrieben beschäftigt sind, die Arbeiter, Angestellten usw., wahre und reine Idealisten sind, die gewillt sind, das eigene Ich hinter das Wohl der Gesamtheit zu stellen. Es klingt ja wunderschön, wenn einmal nach Ansicht vieler, die hinter Ihnen stehen, das große Hindernis der Wirtschaft, der kapitalistische Unternehmer, aus dem Wege geräumt ist und an seine Stelle dann die wirklichen Produzenten, die Arbeiter, treten, die in schönster Harmonie alle für einen und einer für alle arbeiten. Das klingt — wie gesagt — in der Theorie wunderbar; aber in der Praxis hat es sich noch immer herausgestellt, daß es mit

der menschlichen Harmonie leider sehr schlecht bestellt ist (Zustimmung rechts), da der Mensch nun einmal von Natur so organisiert ist, daß er sich bei allen seinen Handlungen vielfach von egoistischen Interessen beeinflussen läßt. Jeder will von seiner Arbeit den denkbar größten Nutzen haben, und niemand denkt daran, dem Leistungsfähigeren einen größeren Nutzen als sich selbst zukommen zu lassen. Wir haben in dieser Hinsicht bereits ein abschreckendes Beispiel in Rußland erlebt, und die vier Monate, die wir in Deutschland im Zeichen der Revolution erlebt haben, zeigen uns, daß es mit den Idealen auch bei uns sehr schlecht bestellt ist. Wie sieht es denn bei uns aus? Die alte Ordnung wurde niedergerissen. An ihre Stelle trat die Volksherrschaft, und man rühmt sich in Deutschland, nunmehr die vollkommenste Demokratie zu besitzen. Der Sozialdemokratie ist dabei am umfangreichsten die Rolle der Regierenden zugefallen. Die Agitation aber, die von den Sozialdemokraten seit 50 Jahren betrieben wurde, war nicht geeignet, die Arbeiter für diese Aufgabe und zu Idealisten zu erziehen. Jedes Autoritätsgefühl wurde bekämpft und untergraben. In die Seele des Arbeiters wurde ein Samen gestreut, der ihn mit Verbitterung erfüllen mußte gegen seinen Meister, gegen seinen Arbeitgeber, gegen den Staat und gegen die Gesellschaft. Ein unauslöschlicher Haß ist der irregeleiteten Masse eingeimpft worden, und nun kommt plötzlich aus diesen Kreisen heraus eine Regierung, in der Männer sitzen, die auf ihre Art sich an dieser Agitation beteiligt haben, und die nun verlangen, daß mit einem Male der Arbeiter vernünftig sein soll. (Sehr richtig!) Die Arbeiter sollen nun plötzlich mehr Einsicht üben, ihre eigenen Wünsche zurückstellen und dem Wohl und den Notwendigkeiten der Gesamtheit unterordnen. Da versagt die Masse ihren Führern die Gefolgschaft, und die Folge ist, daß all dies eintreten konnte, was wir in den letzten Monaten und auch in diesen Tagen noch erlebt haben.

Wie liegen denn die Dinge heute? Diese Frage wird beantwortet durch einen Artikel, den der Herr Reichsminister Dr. Koeth in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung" veröffentlicht. Er schildert die Sache treffend, wenn er sagt:

> Aber dennoch, im Augenblick treibt die Bewegung, in die die Arbeiterschaft durch die Revolution geraten ist, zur Katastrophe. Die alte Disziplin der Dienenden und Abhängigen ist zerbrochen. Aber die freie Selbstdisziplin unabhängiger, ihrer Verantwortung voll bewußter Männer ist nicht erreicht. Statt ihrer herrscht vielfach ungebärdiger Eigenwille, der sich durchsetzt, und sei es auf einem Trümmerhaufen. Früher hat der Kohlenarbeiter sein Tagewerk vollbracht, weil er bei Lässigkeit Entbehrung und Hunger fürchtete. Später wird er vielleicht auch leisten, was er zu leisten vermag, weil er wissen wird, daß, wenn er schafft, Millionen anderer Hände sich rühren. Heute kennt er den ersten Antrieb nicht mehr und den zweiten noch nicht. Ob er

nun feiert, um die Auszahlung immer neuer Hundertmarkscheine zu erzwingen oder weil einige der Anderungen der Wirtschaftsordnung, die er wünscht, nicht schnell genug vorgenommen werden, das Resultat ist gleich furchtbar und verhängnisvoll: es ist Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Zusammenbruch, Gefährdung der Ernährung, letzten Endes Bürgerkrieg, Verzweiflung und Ruin.

Was hier ein Mann, der das Wirtschaftsleben und die Ereignisse der letzten Zeit genau verfolgt hat, sagt, läßt zweifellos erkennen, daß mit der Gesinnung und mit der Auffassung über das wichtige Pflichtgefühl eines jeden einzelnen, die heute in weiten Kreisen der Bevölkerung vorhanden sind, es ein **gewagtes Experiment** sein würde, den **Sozialisierungsgedanken,** wie er seit Jahren gepredigt wird, jetzt in vollem Umfange zur Durchführung zu bringen. Es gibt leider wenige solche Idealisten, die das eigene Ich zurückstellen und nur das Wohl der Gesamtheit im Auge haben. Sie fehlen nicht nur im Arbeiterstande, nein, auch in den übrigen Schichten haben wir über mangelnde Einsicht und das Fehlen des Pflicht- und Verantwortungsbewußtseins aufs lebhafteste zu klagen. Der Herr Reichsminister Wissell hat zwar gestern der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese sittlichen Kräfte, die für das Sozialisierungswerk Vorbedingung sind, in den Arbeiterkreisen vorhanden seien. Ich hoffe und wünsche, Herr Reichsminister, daß Sie mit dieser Ihrer Auffassung recht behalten mögen. Ich für meine Person vermag auf Grund der Vorgänge der letzten Wochen und Monate leider diese Auffassung nicht zu teilen. (Sehr richtig! rechts.)

Eine weitere Gefahr bei der Durchführung der Sozialisierung liegt meines Erachtens darin, daß in denjenigen Kreisen, die als **Unternehmer** und als Betriebsleiter unsere Volkswirtschaft hoch gebracht haben, die **Initiative,** die wir bisher beobachten konnten, auf Grund der Vorgänge der Jetztzeit sehr leicht **erlahmen** kann. Wir sollen diese Gefahr nicht unterschätzen, sondern erkennen, welchen Anteil die geistigen Arbeiter an der Produktion haben. Wir verkennen gar nicht — und ich betone es mit großer Befriedigung —, daß der Arbeiterstand durch seine Tüchtigkeit und durch seinen Fleiß einen gewaltigen Anteil am Wirtschaftsleben sich erworben hat. (Sehr richtig! rechts.) Ohne ihn würden wir die Höhe, auf der unser Wirtschaftsleben vor dem Kriege und während des Krieges stand, nicht erreicht haben, wenn der Arbeiter nicht sein Bestes, seine ganze Arbeitskraft und sein ganzes Können in den Dienst der Industrie gestellt hätte. (Zustimmung rechts.) Aber mit dieser Anerkennung dürfen wir uns nicht begnügen. Es wäre falsch, zu glauben, daß nur der Arbeiter Produktionswerte geschaffen hätte. Wir müssen anerkennen und es offen aussprechen, daß unsere gewaltige Produktionskraft vor und während des Krieges einen Erfolg der körperlichen und geistigen Arbeiter darstellt. (Sehr richtig! rechts.) Diese Auf-

fassung finde ich auch in einem Gewerkschaftsorgan vertreten, das zu einer Richtung gehört, die in dieser Frage nicht immer ein objektives Urteil gefällt hat. In der Gewerkschaftszeitung „Der Textilarbeiter" heißt es in einem Artikel über das Sozialisierungsproblem im Zusammenhang mit dem, was ich eben gesagt habe:

> Das muß anerkannt werden: die Ertragsfähigkeit jedes Handels- und Industrieunternehmens liegt nicht allein in der Hand der Arbeiter und Angestellten, sondern hängt in erster Linie ab von der geistigen Führung. (Hört! hört! rechts.) Diese ruht auf den Schultern der kaufmännischen und technischen Leiter. Sie steigt und sinkt mit deren kaufmännischem Genie, deren technischer Fachtüchtigkeit, Arbeitsfreudigkeit, Betriebsamkeit und nicht zuletzt mit ihrem Unternehmungsgeist und dem gesunden Wagemut. (Hört! hört! rechts.) Wie die Triebfeder ein Uhrwerk treibt, so treibt die geistige Befähigung der Leitung ein großes Unternehmen. Es liegt auf der Hand, daß diese Befähigung und Betriebsamkeit durch die Aussicht auf persönlichen Gewinn Anspornung und Spannkraft empfängt, sei es für den Besitzer in seinem Reingewinn, sei es für den Direktor in Gestalt eines vereinbarten Anteils.

Ich glaube, diesen Ausführungen kann man nur zustimmen. Aber wir knüpfen daran die Frage, ob wir mit der Durchführung der Sozialisierung nicht die Initiative der geistigen Arbeiter unterdrücken, die in ihrer Bedeutung auch von Ihrer Seite (nach links) anerkannt wird. Wenn wir unsere Volkswirtschaft nicht vollends zerschlagen wollen, dann hüten wir uns, diese Initiative der geistigen Arbeiter zu beseitigen.

Ich möchte auch noch auf folgendes aufmerksam machen. So wie wir mit der Sozialpolitik in Deutschland, allen Ländern voraus, zum Segen für unsere Arbeiterschaft vor dreißig Jahren den Anfang gemacht haben, so machen wir auch jetzt wieder den Anfang, das schwierige Problem der Sozialisierung in Angriff zu nehmen. Ob nun in den Ländern — und diese Frage ist, glaube ich, auch gestern hier schon berührt worden —, die mit uns auf dem Weltmarkt konkurrieren, der Sozialisierungsgedanke sich ebenfalls durchsetzen wird, erscheint mir durchaus fraglich. Das würde aber eine doppelte Gefahr für unsere **Konkurrenzfähigkeit** bedeuten. Zunächst sind uns durch das Waffenstillstandsabkommen unerhörte Bedingungen auferlegt worden, die in ihrer Auswirkung an und für sich schon geeignet sind, den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich zu machen. Ich für meine Person besitze leider nicht den Optimismus, um glauben zu können, daß der Abschluß des Friedensvertrges uns wesentlich leichtere Bedingungen bringen wird. Die Rohstoffzufuhr, auf die wir doch in erster Linie angewiesen sind, und auch die Absatzmöglichkeiten werden nach dem Friedensschluß Schmerzenskinder unserer Volkswirtschaft sein. Kommt nun noch hinzu, daß zu diesen Schwierigkeiten von außen das Experiment der Sozialisierung nicht den gewünschten Erfolg haben wird,

dann ist es mit unserer Konkurrenzfähigkeit auf unabsehbare Zeiten vorbei. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb sind wir der Auffassung, daß man bei einer solchen umstürzenden Umordnung äußerst vorsichtig sein muß und zu überlegen hat, was eigentlich das Ende vom Liede sein wird. (Sehr richtig! rechts.) Man kann doch nicht sozialisieren, nur um einen Punkt im Parteiprogramm zur Durchführung zu bringen! (Zustimmung rechts.) Dazu ist unsere gegenwärtige Lage viel zu ernst. (Sehr wahr! rechts.) Unser Wirtschaftsleben ist kein Versuchsobjekt. Es ist uns viel zu wertvoll, als daß man daran Parteigrundsätze ausprobiert und nur aus Grundsatz zu sozialisieren gedenkt.

Sehen wir uns doch die rauhe Wirklichkeit an. Wir brauchen Güter, und zwar in genügender Menge und zu einem Preise, der den Konsumenten und Produzenten Lebensmöglichkeiten bietet. Ich kann mich daher im Gegensatz zur Sozialdemokratie, obwohl ich grundsätzlich kein Gegner der Verstaatlichung dazu geeigneter Betriebszweige bin, der Auffassung nicht anschließen, daß alles Heil nur von einer Änderung des Wirtschaftssystems zu erwarten ist. Meines Erachtens kommt es jetzt nicht so sehr auf die Wirtschaftsform, sondern auf die innere Ruhe der Menschen und auf die Stetigkeit der Produktion an, die Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Arbeitsmöglichkeit bietet. Das aber fehlt uns augenblicklich. Durch den Zusammenbruch des Krieges und, ich füge hinzu, durch die Revolution ist uns diese Ruhe und Stetigkeit verloren gegangen. Jetzt denken viele nur daran, ihre politischen und wirtschaftlichen Ideale zu verwirklichen. Sie vergessen aber dabei das Arbeiten selbst. (Sehr wahr! rechts.)

Wenn meine politischen Freunde und ich die alles umfassende Sozialisierung ablehnen, so verkennen wir andererseits durchaus nicht, daß es **Betriebszweige** gibt, die zwar nicht in der vorhin gekennzeichneten Weise in das Eigentum der Gesamtheit übergehen sollen, wohl aber **durch den Staat** und die Kommunen **in eigene Regie übernommen** werden können. Es läßt sich darüber reden, ob nicht zur geeigneten Zeit der Kohlenbergbau, Kalibergbau und andere Bodenschätze sowie auch die Naturkräfte dadurch der Allgemeinheit zugeführt werden, daß der Staat entweder die Kontrolle über Forderung und Verkauf der Waren übernimmt, sich daran beteiligt oder den gesamten Betriebszweig völlig in eigene Regie übernimmt. Auch das Baugelände käme, um es der privaten Spekulation zu entziehen, hierfür in Betracht. Ob nun aber der gegenwärtige Augenblick dazu geeignet ist, erscheint mir zweifelhaft. Unser Wirtschaftsleben liegt völlig darnieder; wie, das hat uns Kollege Hugenberg in geradezu erschütternder Weise gezeigt. Gerade von Ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) ist doch auch des öfteren betont worden, daß nur solche Betriebe sozialisiert werden

sollen, die prosperieren, die große Gewinne abwerfen und dergleichen mehr. Das alles ist aber jetzt nicht der Fall, solche Betriebe gibt es jetzt nicht. Wenn gestern schon ausgeführt worden ist, daß hier die großen Schwierigkeiten liegen, und außerdem auch das Ausland Anlaß zur Freude haben wird an dem Versuch, im jetzigen Augenblick dazu überzugehen, möglichst viel Privateigentum in den Besitz des Staates zu überführen, so denke ich, sind das alles Fragen von so schwerwiegender Bedeutung, daß in der Kommission nicht mit der von Ihnen gewünschten Überstürzung, sondern mit Gründlichkeit auf diese vorgetragenen Bedenken des näheren eingegangen werden muß.

Ich möchte, und damit komme ich zum Schluß, mit einigen Sätzen nur noch sagen, daß wir zwar Einschränkungen machen, wenn es sich um die Durchführung der Sozialisierung handelt. Wir sind aber andererseits davon überzeugt, daß wir alle Mittel anzuwenden haben, wenn es gilt, dem **Arbeiter wieder Freude an der Arbeit,** Freude am Dasein zu verschaffen. Dazu bedarf es nicht nur des grundlichen Ausbaues unserer Sozialpolitik, der Arbeitslosenversicherung und der sonstigen Versicherungsgesetze. Damit allein ist die Aussöhnung mit der Arbeiterschaft nicht herbeizuführen. Nein, auch in der Gewerkschaftsbewegung haben wir nicht nur um ein paar Pfennig Lohnerhöhung, nicht nur um eine Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft, sondern wir haben andere Forderungen gehabt, die darin gipfelten, dem Arbeiter die Anerkennung zu verschaffen, die ihm auf Grund seiner Bedeutung im Wirtschaftsleben gebührt. Das muß auch in Zukunft unsere Aufgabe sein. Die Sozialisierung wird nicht allgemein durchgeführt werden können, und deshalb werden Millionen von Arbeitern auch in Zukunft in Privatbetrieben weiter tätig sein. Diesen ihr Los zu erleichtern, ist die Aufgabe, die wir in Zukunft zu erfüllen haben. (Sehr richtig! rechts.) Dazu gehört, daß nicht nur die Organisationen der Arbeiter anerkannt werden, daß diese berechtigt sind, mit den Arbeitgebern und auch mit den Behörden zusammen zu arbeiten, um die verschiedenartigsten Interessen der Arbeiter zu fördern, sondern es gehört auch dazu, daß der Arbeiter als Persönlichkeit mehr gewertet und in den Vordergrund gestellt wird. Daraus, und aus den daraus sich ergebenden Konsequenzen rekrutiert sich die Verbitterung, die heute leider das Sichverstehen so schwer macht. (Sehr richtig! rechts.)

Auf die Versöhnung hinzuarbeiten, das soll unsere Aufgabe sein. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) darin mit uns einig sind, wollen wir von der äußersten Rechten gern mit Ihnen arbeiten. Dazu ist aber notwendig, daß die Grundsätze des Christentums mehr Geltung gewinnen im öffentlichen Leben. Ohne diese Grundsätze wird das Wort, unter das wir unsere Arbeit stellen möchten, das Wort, das uns alle

Richtlinien für die Tätigkeit im öffentlichen Leben gibt, nicht Wirklichkeit werden, das Wort, das heißt: „Liebe deinen Nächsten als dich selbst". Ohne die Befolgung dieses Wortes von allen, die zusammen arbeiten und wirken müssen, wird die große soziale Versöhnung nicht möglich sein, die aber möglich gemacht werden muß, wenn wir uns wieder emporarbeiten wollen zu der geachteten Stellung, die wir vor dem Kriege in der Welt eingenommen haben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister Giesberts.

Giesberts, Reichsminister: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Wallbaum hat, wie auch sein Fraktionsfreund Hugenberg, von vornherein erklärt, daß seine Parteifreunde einer **vernünftigen Sozialisierung** nicht im Wege stehen wollen. Damit steht etwas im Widerspruch, wenn man den ernsten Willen hat, wirklich die Sozialisierung vernünftig anzugreifen, ihr von vornherein eine solche Menge Schwierigkeiten in den Weg zu wälzen und eine so große Menge irreführender und falscher Unterstellungen zu machen gegenüber den Absichten der Regierung, die diese Vorlage einbringt. Auch wenn wir — was eigentlich selbstverständlich ist — vernünftig sozialisieren wollen, ist dies für uns alle bis zu einem gewissen Grade ein Experiment, wie auch die Sozialpolitik seinerzeit ein Experiment war, aber ein Experiment, dessen aussichtsvolle Grundlagen heute so erkennbar sind, daß man mit genau demselben guten Gewissen jetzt die Sozialisierung beschreiten kann, wie Kaiser Wilhelm II. seinerzeit das Gebiet des Arbeitsschutzes beschritten hat. Diese Auffassung mag verschieden sein unter den Parteigruppen. Aber man soll nicht von vornherein die Idee, die in den Kreisen der Arbeiterschaft, nicht aus der Revolution geboren ist, die in den Kreisen der Arbeiterschaft in Friedenszeiten schon viel mehr erörtert worden ist als jetzt in der Revolutionszeit, dadurch diskreditieren, daß man ihr falsche Absichten unterstellt. Beide Herren, die Abgeordneten Wallbaum und Hugenberg, haben damit begonnen, der **Regierung** zu unterstellen, daß sie nicht aus freier Initiative, sondern auf **Druck von außen** hin diese **Vorlage eingebracht** habe. Der Herr Abgeordnete Wallbaum hat das in etwas bedingter, abgeschwächter Form getan, Herr Hugenberg in positiver. Da möchte ich doch daran erinnern, daß sich auch die bürgerlichen Parteien mit der Sozialisierungsfrage beschäftigt haben, bevor die Nationalversammlung zusammentrat, und Sie werden im Programm aller bürgerlichen Parteien, auch in Ihrem Parteiprogramm, überall Konzessionen an die neue soziale Zeit finden. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Der Sozialisierungsgedanke ist also nicht erst von heute, ist nicht während der Revolution und während der bol-

schewistischen Unruhen entstanden. Wenn die Regierung diesem Sozialisierungsgedanken nicht früher praktischen Ausdruck gegeben hat, so kann man das bedauern; aber es fragt sich, ob in einer so aufgeregten Zeit, wie wir sie in den letzten Monaten durchlebt haben unter Handgranaten und Maschinengewehren, eine Regierung überhaupt die Ruhe finden konnte, solche Gesetzentwürfe auszuarbeiten.

Darüber möchte ich aber keinen Zweifel lassen, daß das Kabinett in dieser Frage einig ist, und wenn Herr Dr. Hugenberg fragt, ob wir nicht vielleicht überstimmt worden wären, so braucht er sich darüber nicht den Kopf zu zerbrechen (sehr gut! bei den Mehrheitsparteien): er soll lieber über den Unterschied in der Auffassung nachdenken zwischen Herrn Wallbaum und ihm. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Nun hat sich Herr Wallbaum darüber beschwert, daß der Herr Ministerpräsident Scheidemann heute in ziemlich erregter Weise Herrn Hugenberg angefaßt habe. Ja, sehen Sie, Herr Abgeordneter Wallbaum, die Dinge sind jetzt anders geworden. Früher haben die Herren von der Linken der früheren Regierung stets die nämlichen Vorwürfe gemacht; jetzt kommt es von Ihrer Seite. (Zurufe rechts.) Jedenfalls darf man auch einem Ministerpräsidenten das Recht zugestehen, zu antworten, wenn er persönlich so heftig angegriffen wird wie heute morgen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) — Ja, sehen Sie, da sind eben die Auffassungen verschieden. Was Sie als ganz loyale Erklärungen ansehen, wird von der anderen Seite als persönlicher Angriff aufgefaßt, und deshalb, sage ich, hat auch ein Ministerpräsident das Recht, temperamentvoll zu antworten. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) Herr Wallbaum hat gemeint, es nütze nichts, daß wir auf dem Gebiete der Sozialisierung der Revolution entgegenkämen, sie würde immer neue und weitere Forderungen stellen. Ja, lieber Herr Kollege Wallbaum, das haben uns die Unternehmer früher stets entgegengehalten (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), als wir im Namen der christlichen Arbeiter zuerst gegen die jammervollen Löhne ankämpften; da haben die Unternehmer auch alle Forderungen abgelehnt mit den Worten, das nütze ja gar nichts, denn es kämen immer wieder neue Forderungen. Also, das ist kein Argument, mit dem man die Vorlage irgendwie bekämpfen könnte. Die Vorlage ist kein Zugeständnis an die Revolution, sondern ein Zugeständnis an den neuen Geist der Dinge. Sie von der Rechten haben immer noch nicht begriffen, daß wir in Deutschland nicht nur eine politische, sondern auch eine **soziale Revolution** erlebt haben, daß wir mitten darin stehen, daß dies soziale Problem genau so gut gelöst werden muß wie das politische, und daß diejenigen, die sich dieser Lösung entgegenstemmen, Deutschland dadurch in die Anarchie und das

Chaos hinabstoßen, während wir versuchen wollen, aus den Trümmern des Krieges und den wirtschaftlichen Erschütterungen heraus etwas Neues aufzubauen. Das ist heute Pflicht eines jeden national denkenden Mannes. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Herr Dr. Hugenberg hat heute morgen eine Reihe von Schwierigkeiten aufgeführt; er sprach vom **Eingriff in das Privateigentum,** von entschädigungsloser Auslieferung des Eigentums der Bürger und anderem mehr. Ja, ich weiß nicht, wo diese Vorlage irgendwie einen Grund gibt zu solchen weitgehenden Befürchtungen. Einen solchen Vorwurf kann man nur dann erheben, wenn man der Regierung und den Kreisen, die hinter dieser Vorlage stehen, zumutet, daß sie nicht vernünftig, sondern unvernünftig sozialisiert. Wenn Sie eine solche Vermutung hegen, dann ist selbstverständlich ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich, dann ist das, was Sie tun, nicht Anerkennung wirklicher Vorgänge, sondern es ist bewußte Opposition um jeden Preis, um eine Ihnen mißliebige Vorlage zu Falle zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Meine Herren, die Eingriffe in das Privateigentum werden allerdings kommen, sie sind auch nach bestimmten Richtungen sehr notwendig; denn die schrankenlose Eigentumsentwicklung, die gerade auch Herr Wallbaum kritisiert hat, ist nicht zuletzt der Urgrund der sozialen Übel, unter denen wir zu leiden haben (sehr richtig!), und nicht zuletzt der Urgrund der Revolution, in der wir stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser überspannte Eigentumsbegriff unter dem Gesichtswinkel mammonistischer, egoistischer Ideen hat die Grundlage und die Ideenwelt für die Revolution gelegt. (Sehr richtig!)

Meine Herren, wir dürfen uns auch nicht die Geschichte vollständig auswischen lassen, die vor dem Kriege gewesen ist. Wir haben vor dem Kriege eine glänzende Entwicklung gehabt. Kaum ein Land der Welt hat eine ähnliche Entwicklung in so kurzer Zeit durchgemacht, so fabelhafte Reichtümer aufgesammelt, seine Industrie so gewaltig entwickelt. Wir haben nicht bloß 800 000 Menschen, die jährlich in Deutschland geboren wurden, Brot und Arbeit gegeben, wir haben auch Millionen fremder Arbeiter, Italiener, Russen, Böhmen herangebracht und in Bergwerken, in Kanalbauten, in der Landwirtschaft usw. beschäftigt. Wir haben aber trotzdem nicht vermocht, die Arbeitszeit der deutschen Arbeiter auf ein erträgliches Maß zu verkürzen (sehr richtig!), und ich erinnere daran, daß gerade die Kreise des Herrn Hugenberg an dem zwölfstündigen Arbeitstag mit 24stündiger Wechselschicht in den Hüttenwerken bis zuletzt festgehalten (lebhafte Zustimmung) und die ganz minimalen Bestimmungen der Arbeiterschutzverordnungen für die Großeisenindustrie bis zuletzt bekämpft haben. (Sehr richtig!)

Meine Herren, wenn Sie den Ursachen der Revolution nachgehen wollen, dann denken Sie an die Wirkungen der **sozialen Gegensätze**, die in der alten Zeit vorhanden gewesen sind. (Sehr richtig!) Ein amerikanischer Schriftsteller hat einmal in einer amerikanischen Wochenschrift ausgeführt, daß Deutschland in den letzten 25 Jahren mehr öffentliche Gebäude, mehr Denkmäler und Luxusgebäude erbaut habe als fast die übrige zivilisierte Welt zusammen. Wir sind ein glänzendes, schönes Land in den 25 Jahren geworden. (Zuruf rechts.) — Selbstverständlich, das wissen wir genau, daß wir Arbeiter diesen Reichtum mit geschaffen haben, daß aber die Anerkennung dafür eine sehr miserable und kleine gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Meine Herren, diese glänzende Entwicklung Deutschlands ist zu begrüßen, wir sind alle stolz auf diese Entwicklung; aber dieser Gegensatz, der darin liegt, daß wir auf einer Seite nach außen ein glänzendes Schild hatten, während wir schauderhafte Wohnungszustände in den Großstädten bestehen ließen, so daß kein Licht, keine Luft, keine Sittlichkeit, keine Gesundheit aufkommen konnte, diese Zustände sind die Brutstätten der revolutionären bolschewistischen Ideen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) Ich betone, daß diejenigen, die eine ernsthafte Wohnungsreform betreiben wollten, bis zuletzt nach allen Richtungen hin fast gar keine Erfolge zu verzeichnen gehabt haben. Ich klage ja niemand an, auch Sie nicht (nach rechts), ich skizziere nur die Zustände, wie sie gewesen sind, und wenn ich mir Mühe geben würde, würde ich aus Ihren Parteikreisen von Mitgliedern Ihrer Fraktion Kritiker finden, die sich über diese Zustände genau so scharf ausgesprochen haben, wie ich es hier getan habe. Aber ich will damit sagen: Sie dürfen die Revolution nicht ohne weiteres als Revolution des bösen Willens bezeichnen, sondern sie müssen aus der Revolution lernen, das, was am Alten schlecht gewesen ist, zu beseitigen, etwas Gutes, Neues aufzubauen (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien; Zurufe rechts), und zu dem, was wir aufbauen wollen, gehört auch eine vernünftige Sozialisierung. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.)

Herr Hugenberg hat die **Sozialisierung** als das System der Hemmungen und der Protektion bezeichnet, als Zwangswirtschaft. Ich glaube, die Sozialisierung — wenigstens solange ich an der Sozialisierung mitzuwirken habe — wird nie die **Protektionswirtschaft** einführen, die das rheinisch-westfälische Großkapital seit alter Zeit stets gefördert hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, die politischen Gruppen aus Rheinland und Westfalen, die nicht in Ihrem Lager stehen, können ein Lied davon singen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich verkenne durchaus nicht, daß ein Staatsbetrieb, wenn er nicht von reinen Gerechtigkeitsgründen aus geleitet wird, der Gefahr unterliegen würde, Protektionswirtschaft zu treiben. Die Demokratie

aber schützt vor solcher Protektion; eine Demokratie, wie sie in Deutschland auf sozialen Gesichtspunkten aufgebaut werden wird, schützt jedenfalls mehr vor Protektion als die alte Klassenwirtschaft. (Lachen und Widerspruch rechts.) — Mehr als die alte Klassenwirtschaft! — Glauben Sie, daß Ihr altes Dreiklassenwahlsystem in Preußen etwa keine Protektion gebracht hat? (Sehr gut! links.)

Vorläufig haben Sie keinen Beweis dafür, daß das neue System irgend welche Protektionswirtschaft bringen wird. Die Zwangswirtschaft des Kohlensyndikats haben die Verbraucher bitter büßen müssen. Die Zwangswirtschaft, die die Sozialisierung einführt, wird jedenfalls erträglicher werden als das, was das Kohlensyndikat seinen Verbrauchern zwangsweise aufgebürdet hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Solche weit hergeholte Argumentation soll man nicht gegen eine gute Sache ins Feld führen.

Nun hat Herr Hugenberg gemeint, die neue Regierung werde im stillen Kämmerlein noch oft über die alte **Ordnung** weinen und es herbeisehnen, daß die neue Ordnung bald entstände. Allerdings — das gebe ich Ihnen zu — die Herren, die in der Regierung sind, haben sehr ernste Sorgen, um die Ordnung neu aufzurichten. Aber, wenn Sie damit etwa der jetzigen Regierung und den Parteien, die hinter ihr stehen, eine Schuld dafür beimessen wollten, daß die Ordnung nicht so schnell hergestellt wird, dann möchte ich doch die Frage aufwerfen: wo liegt denn die Ursache der Revolution? (Zurufe rechts.) Die Revolution ist die Folge des großen seelischen Zusammenbruchs infolge des verlorenen Krieges, infolge der viereinhalb Jahre, die unser Volk hat tragen müssen. Ein Volk, das so erschöpft ist wie unser Volk, das 1½ Millionen Tote auf den Schlachtfeldern verloren hat, ein Volk, das vor dem Nichts, vor dem Zusammenbruch seiner nationalen Ideale steht, das innerlich zusammenbricht, muß Zeit gewinnen können, sich zu ordnen. Das sollten auch Sie verstehen. Die Parteien, die jetzt hinter der Regierung stehen, haben zeitig genug gewarnt, daß ein solcher Zusammenbruch kommen könnte; sie haben aber leider bei Ihnen nicht den Widerhall gefunden, den sie hätten finden müssen.

Was im übrigen den **Bolschewismus** anlangt, so wird der Regierung niemand irgendwie den Vorwurf machen können, daß sie nicht alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel mit aller Energie angewandt hat, um diese Bewegung zurückzudämmen. Ich will darauf im einzelnen nicht eingehen; der Herr Ministerpräsident Scheidemann hat heute dazu bereits einige Ausführungen gemacht. Es ist hier aber besonders auf das **rheinisch-westfälische Industriegebiet** hingewiesen, und da möchte ich sagen: hätten wir in Rheinland und Westfalen noch den alten, gediegenen, bodengewachsenen Berg- und Hüttenarbeiterstand.

dann wäre kein Bolschewismus da. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir dort den Bolschewismus haben, dann ist es wesentlich auf die durch das Großkapital importierten fremdländischen Arbeitskräfte zurückzuführen (erneute Zustimmung), die aus allen Weltgegenden, aus Polen und Rußland besonders, herbeigeholt sind, und die uns den nationalen Charakter der Bevölkerung verdorben haben. Dann ist es immerhin wertvoll, Sie von der Rechten daran zu erinnern, daß wir bereits im alten Reichstag Debatten gehabt haben, in denen von Ihrer Seite bitter darüber geklagt worden ist, daß die Großindustrie in Ihre landwirtschaftlichen Domänen gehe und die landwirtschaftlichen Arbeiter nach dem Westen verlocke, während Sie nach Rußland gehen müßten und sich russische Arbeiter holen müßten. Gerade die Leute, die in das Industriegebiet hineingegangen sind, sind die Teile der Bevölkerung, die uns gegenwärtig die Beunruhigung gebracht haben, die den bolschewistischen Ideen — ich erinnere an Hamborn — huldigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) — Herr Kollege Roesicke, Sie werden mir doch zugestehen, daß ich das rheinisch-westfälische Industriegebiet etwas besser kenne als Sie und daß ich durch die Verhandlungen mit jenen Leuten in jüngster Zeit ein reiches Maß von Erfahrung gesammelt habe. Wenn unsere Industrie in Rheinland und Westfalen die vernünftige soziale Selbstbescheidung gehabt hätte und die Dinge nicht so sprunghaft sich hätte entwickeln lassen, dann hätten wir diese anarchische Entwicklung im Industriegebiet nicht gehabt, und es wäre die Verschleuderung der Nationalprodukte nicht eingetreten, die durch den Stahlwerksverband und das Kohlensyndikat herbeigeführt worden ist. Diese überkapitalistische Entwicklung hat Deutschland nicht bloß auf dem Weltmarkt fortgesetzt in Schwierigkeiten gebracht und die Mißstimmung anderer Länder gegen uns hervorgerufen, sondern auch den an sich guten rheinisch-westfälischen Arbeiterstand verdorben. Wenn man die Ursachen des Bolschewismus in Rheinland-Westfalen suchen will — ich suche sie nicht —, aber wenn es immer wieder von anderer Seite geschieht, dann muß doch darauf verwiesen werden, daß dies seine Hauptquelle ist, und es ist gewiß merkwürdig, daß die Bolschewistenbewegung gerade dort am stärksten ist, wo die Gewerkschaftsbewegung am schwächsten geblieben ist (lebhafte Zustimmung im Zentrum und links), und daß vielfach solche Betriebe, wo die gelben Organisationen gepflegt wurden, die Herde bolschewistischer Streiks und Putsche sind. (Erneute Zustimmung. — Lärm rechts.)

Im Zusammenhang hiermit möchte ich sagen, wenn wir die Sozialisierungsvorlagen einbringen und man einwendet, bürgerliche Zeitungen und Redner der bürgerlichen Seite hätten schon vor Zeiten vor einer Sozialisierung gewarnt, so kann ich nur erklären, gerade gegen

jene **wilde Sozialisierung**, wie ich sie in Rheinland-Westfalen gefunden habe, richtet sich unsere Vorlage. Deshalb eben wollen wir die Sache von Reichs wegen regeln, um nicht eine wilde Sozialisierung aufkommen zu lassen. Jene Art der Sozialisierung: wir wollen den Generaldirektoren ihre Tantiemen und Gehälter nehmen und den Kapitalisten ihre Dividende, um daraus die Löhne usw. aufzubessern —, diese verrückte Sozialisierungsmethode, die in den Köpfen unaufgeklärter Arbeiter spukt, wollen wir ja gerade bekämpfen, um an ihrer Stelle eine gesunde organische Sozialisierung zu ermöglichen.

Es würde zu weit führen und die Geduld des Hauses zu lange in Anspruch nehmen, wenn ich auf alle Angriffe eingehen wollte; es ist auch nicht notwendig. Nur einen kleinen geschichtlichen Rückblick möchte ich geben. Der nämliche Sturm, der sich heute auf der äußersten Rechten und in den Kreisen der Deutschnationalen Partei gegen die Sozialisierung erhebt, hat sich schon zu den Zeiten erhoben, als die ersten sozialen Gesetze im alten Reichstag eingebracht wurden. (Zuruf rechts: Durch Bismarck!) Und als Wilhelm der Zweite sein großes soziales Arbeiterschutzprogramm entwarf und mit all seinen Ideen zeigte, daß er nicht einer Ausbeutungspolitik gegen die Arbeiterklasse zustimmte, sondern eine Politik der sozialen Gerechtigkeit verfolgen wollte, sind ihm aus den Kreisen der Rechten die nämlichen Schwierigkeiten gemacht worden wie heute uns. (Sehr richtig!) Wir haben in diesem Hause bei unserer Partei den Herrn Kollegen Professor Hitze, diesen hochverdienten Nestor der deutschen **Sozialpolitik**, der mit dem Freiherrn v. Stumm und seinen Freunden dieselben Kämpfe auszufechten hatte. Da sind die Ideen der Sozialpolitik genau so verdächtigt und als schlimmste Sozialrevolution bezeichnet worden. Nun nach zwanzig Jahren loben und preisen Sie auf der Rechten sich und die Sozialpolitik und sind Sie stolz darauf, daß Sie so viel geleistet haben.

Genau so wird es auch mit dieser Frage gehen. So wenig unvernünftig damals die Regierung und die Kreise waren, die die Sozialpolitik gegen den starken Widerstand der kapitalistischen Interessenten durchgesetzt haben, genau so wenig unvernünftig würde die Regierung jetzt bei der vorgeschlagenen Sozialisierung sein. Wenn aber irgendein Objekt für eine Sozialisierung wirklich geeignet und reif erscheint, dann ist es doch der Kohlenbergbau Das wissen wir nicht erst seit heute, das ist schon in Friedenszeiten und während des Krieges von maßgebenden Volkswirtschaftlern wissenschaftlich erörtert worden. Wenn wir nun daraufhin anfangen, unsere deutschen nationalen Bodenschätze, das Brot der Industrie, die Grundlage der ganzen wirtschaftlichen Produktion, sicherzustellen und in soziale Bahnen zu lenken, um so den Keim von Gegensätzen zu beseitigen und den Keim der Solidarität zu entwickeln, dann sollten Sie, meine Herren, daran mitarbeiten und in

dieser schweren Zeit Ihrem Herzen einen Stoß geben und uns, anstatt Steine in den Weg zu rollen, Ihren guten Rat erteilen und mitarbeiten.

Ich möchte Herrn Hugenberg sagen: wenn er der Regierung vorwirft, sie hätte nicht genug sachkundige Persönlichkeiten zugezogen, dann ist er sehr im Irrtum. Das Reichswirtschaftsamt hat nicht nur im Amt, sondern auch in seinen Beziehungen Persönlichkeiten genug, die ihm nach der Richtung zur Seite stehen. Aber den Rat Ihrer Fachkreise, den erwarten wir im Interesse unserer ganzen Nation und unseres ganzen Volkes. So wenig wir gegen die Persönlichkeiten in der Industrie irgend etwas haben — ich möchte das ausdrücklich feststellen, meine Herren —, wenn wir das System der Industrie kritisieren, ihre unsoziale Haltung, so laufen wir Gefahr, daß man das auf das Gebiet des Persönlichen überträgt. Aber nein, wir haben vor den führenden Kapitänen unserer Industrie die allergrößte Hochachtung, wir sehen nicht in ihnen Menschen, die für den persönlichen Lebensgenuß arbeiten, sondern wir sehen in ihnen Menschen, denen der in der Vorlage ausgesprochene Satz, daß sie ihre sittliche Pflicht und ihre körperliche und geistige Kraft so betätigen sollen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert, in Fleisch und Blut übergegangen ist. Das sind Leute, die Tag und Nacht arbeiten, die führenden Kapitäne der Industrie, die wir nur hochachten können. Aber das enthebt uns nicht der Mühe, und der Verpflichtung, das System zu prüfen, ob es sozial berechtigt ist und den neuen Verhältnissen entspricht. Sie kommen nicht zu Rande, wenn Sie den deutschen Arbeiter nicht in den Betrieb hineinbringen, wenn Sie die Produktionsverhältnisse nicht gerecht regeln. Ein Volk, das sich einer achtjährigen guten Volksschulbildung erfreut, dem wir Gelegenheit geben, noch über die Volksschule hinaus Kenntnisse zu erwerben, ein Volk, das wie kein anderes Volk durch Presse und Literatur fachmännisch vorgebildet wird, dessen Geistes- und Bildungsstand von hervorragenden Kennern des Auslandes als Grundlage des Emporstiegs Deutschlands bezeichnet wird, ein solches Volk läßt sich das Recht nicht nehmen, mitzubestimmen und mitzuwirken da, wo seine geistige und körperliche Kraft es verlangt, und darum werden Sie ein System finden müssen, wie in dem Arbeiter die Idee erhalten wird, daß seine Arbeitsbedingungen die möglichst gerechten sind. Das können Sie aber nur, wenn Sie eine vernünftige Sozialisierung durchführen, das können Sie nur, wenn Sie das System der kapitalistischen Macht brechen und an dessen Stelle die soziale Gerechtigkeit und Volkssouveränität setzen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Koenen.

Koenen, Abgeordneter: Geehrte Damen und Herren! Für einen geborenen Sozialdemokraten müßte es jetzt die froheste Stunde seines

Lebens sein, wenn man endlich an dem Wendepunkt der Tage steht, die uns den **Sozialismus** bringen sollen. Aber Sie wissen schon aus den Ausführungen unseres Genossen Henke, daß wir das, was jetzt geschieht, durchaus nicht mit dem, was wir uns unter Sozialismus vorstellen und was wir erwarten, in Einklang bringen können. Einig werden wir ja alle sein in dem einen Hauptpunkte, der großen Frage: wie kommen wir jetzt aus der Wirtschaftsnot heraus? Das ist die Frage, die uns jetzt alle interessiert, die uns alle beschäftigt. Beginnen wir aber diese Frage zu beantworten, so scheiden sich die Geister in drei Gruppen.

Die eine Gruppe meint, die Wirtschaftsnöte könnten nur überwunden werden, indem man die kapitalistischen Unternehmer in vollem Umfange wieder in ihre Rechte einsetzt, sie in vollem Umfange wieder wirtschaften läßt wie bisher, so daß sie das ganze Wirtschaftsleben in ihrem Sinne wieder aufbauen und wieder vom Standpunkte des Profits wirtschaften, bis das Wirtschaftsleben schließlich nach ihrer Art wieder aufgerichtet ist.

Die andere Gruppe — und das ist die Mehrheit — möchte zwar den Kapitalismus etwas abbauen und ihm einiges entziehen, weil sie dazu gedrängt wird. Aber alle sind der Überzeugung, daß ein ernster Zugriff beim Kapitalismus noch nicht erfolgen kann, sondern sie wollen den **Kapitalismus** als solchen bestehen lassen und nur einige **Auswüchse** staatsrechtlicher und betriebsrechtlicher Art **beschneiden**, wovon sie sich Besserung versprechen. Dieser Weg ist nach unserer Überzeugung der allerunglücklichste. Denn will man diesen Weg beschreiten, muß man dazu kommen, daß die Unternehmerfreudigkeit, die Berufsfreudigkeit, die Initiative, das Verantwortlichkeitsgefühl der Unternehmer und was der Dinge mehr sind, eingeengt werden müssen. Oder man darf überhaupt nicht an den Unternehmer heran, man muß sich rein mit den Vertriebsmonopolen beschäftigen, sich nur auf diese beschränken, indem man staatsfiskalische Grundsätze anwendet, die man fälschlich mit dem Namen „Sozialismus" belegt. Das ist der Weg, der hier jetzt gegangen werden soll. Der Kapitalismus bleibt, der private Unternehmer bleibt bestehen. Auch bei der künftigen Bewirtschaftung werden diese Herren nach wie vor ihren Profit finden. Sie sollen ihn auch finden, er soll nur irgendwie kontrolliert und beeinflußt werden. Wir müssen uns aber darüber klar sein, wenn diese Halbheiten überhaupt irgendwie ins Leben treten und irgend welchen Erfolg haben sollen, so muß die Berücksichtigung der Unternehmer die Hauptsache sein, wenn man nicht schließlich erleben will, daß keiner rechtes Interesse an dieser ganzen Geschichte hat. Die Unternehmer haben aber nur ein Interesse, wenn sie Profit machen können; Profitmacherei ist ihr einziges Ziel und Streben, der ganze Sinn ihres Tuns. Und wenn sie im Laufe der Jahre ihre Betriebe auf die Höhe gebracht haben in den verschiedenen Industrien,

dann wird wohl, wenn überhaupt noch eine sozialistische Regierung da sein sollte, die Mehrheit des Hauses für einen konsequenten Sozialismus eintreten. Das wird aber heißen, daß man jetzt nur Halbheiten und Flickwerk macht, an dem keiner eine Freude hat, und wodurch man einen Aufbau des wirtschaftlichen Lebens niemals erleben wird.

Es bleibt nach unserer Überzeugung nur der dritte Weg, und der ist der: die arbeitenden, schaffenden Kräfte in vollem Umfange zu interessieren; denn nur dann, wenn Arbeiter und Angestellte in vollem Umfange an ihrer Tätigkeit interessiert werden, werden wir aus diesem Chaos herauskommen können. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Einer der Herrn Vorredner hat den Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit hervorgehoben. Wenn wir von Arbeit sprechen, so meinen wir beides: körperliche und geistige Arbeit. Selbstverständlich wissen wir und die Arbeiter ganz genau, daß ohne geistige Betätigung körperliche Arbeit nutzlos wäre, daß selbstverständlich zur körperlichen Betätigung die geistige Arbeit hinzukommen muß. Aber ohne die restlose Interessierung dieser werktätigen Kreise werden wir aus dem Chaos nie herauskommen, sondern nur durch die Mitwirkung dieser werktätigen Kreise.

Da fragt sich, wie erfüllen wir dieses Streben, wie gehen wir diesen Weg, und wo ist die Möglichkeit, das zu erreichen? Die Antwort lautet: Was aus dem Chaos herausführt, ist der Sozialismus, den wir alle wollen, allerdings der konsequente, unverfälschte Sozialismus, der **wirkliche Sozialismus.** (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Russische Ausgabe! — Heiterkeit.) Der Sozialismus kann uns nur helfen. Wollen wir sehen, in welcher Weise wir den Sozialismus verwirklichen müssen, so müssen wir uns fragen: warum hangen die Arbeiter den sozialistischen Gedanken an? Etwa weil der Sozialismus eine Wissenschaft ist, oder etwa, weil der Sozialismus eine Weltanschauung ist? Das beides sind Gründe, die bei manchem mitspielen mögen, die bei manchem von großer Bedeutung sind. Aber ausschlaggebend dafür, daß die Arbeiter dem Sozialismus anhängen, ist doch die Tatsache, daß der Sozialismus eine neue Wirtschaftsform bedeutet. Diese Wirtschaftsform jetzt aufzurichten, dazu müssen wir Hand anlegen. Das Wesen des Sozialismus ist **Ausschaltung der Ausbeutung.** Darin liegt auch der Grund, warum die Arbeiter dem Sozialismus anhängen. Sie fühlen und wissen, daß nur durch den Sozialismus endlich die Ausbeutung überwunden werden kann, daß ohne den Sozialismus die Ausbeutung weitergehen wird. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wollen wir den Sozialismus durchführen, so müssen wir, wenn wir den Arbeitern den Glauben beibringen wollen, daß wirklich etwas für sie geschieht, ihnen die Überzeugung verschaffen: eure Aus-

beutung hört auf, ihr werdet nicht mehr ausgebeutet für die Unternehmer, nicht mehr ausgenutzt für einzelne Interessenten, Besitzer und Produzenten. Ist das geschehen, dann sind manche praktischen Folgen zu erwarten, die wir vom Sozialismus vorausgesehen haben.

Die Frage, warum wir sozialisieren müssen, ist beantwortet. Nun fragt es sich: **was** und **wie sozialisieren** wir? Es müssen diejenigen Punkte des Wirtschaftslebens sozialisiert werden, an denen die Ausbeutung vor sich geht. Und auch da zeigt sich, daß der Weg, den die Regierung beschritten hat, falsch ist. Wenn sie das Kohlensyndikat übernimmt, so hat sie damit noch nicht den Punkt getroffen, wo letzten Endes den Arbeiter die Ausbeutung drückt. Das Kohlensyndikat ist die handelsmäßige Zusammenfassung der großen Grubenunternehmer. Es kommt aber darauf an, diejenigen Stellen zu treffen, die die Produktion leiten: die Generaldirektionen. Dort muß zugegriffen werden, an den **Stätten der Produktion** muß der Zugriff erfolgen, weil dort die Ausbeutung beginnt. Dort muß die Sozialisierung einsetzen, wenn sie überhaupt eine Sozialisierung sein soll. Sonst werden wir den Arbeitern das Gefühl, daß sie nicht mehr ausgebeutet sind, niemals nehmen können. Wir erreichen dieses Ziel, indem wir von oben und von unten gleichzeitig beginnen. Es genügt nicht, daß von irgendeiner Stelle der Regierung, sei es vom Reichswirtschaftsamt oder einem anderen Amt, eine Kontrolle über diese Unternehmungen ausgeübt wird. Sondern Sozialismus bedeutet mehr! Sozialismus ist nicht Verstaatlichung! Vergesellschaftung bedeutet, daß die Glieder, die schaffen, die Glieder, die arbeiten, auch die mitbestimmenden Glieder sind, auch mit zu schalten und zu walten haben.

Zu diesem Zweck ist wiederholt in den letzten Wochen und Monaten die Forderung der direkten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre **Betriebsräte** aufgestellt worden. Es ist die Kontrolle durch diese Betriebsräte verlangt worden. Sie sollten die Richtung für die inneren technischen Angelegenheiten des Betriebes geben. Wie war es nun bisher? Bisher sind es die Aktionäre und die Aufsichtsräte, die die Richtung geben und die Kontrolle ausüben. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ausgeschlossen! Die kontrollieren gar nicht!) — Sie geben die Richtung an, in welcher Weise ausgebeutet werden soll. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Die kriegen bloß die Tantieme!) — Die Beauftragten der Aktionäre sind Aufsichtsrat und Direktion, und Sie werden doch nicht bestreiten wollen, daß Aufsichtsrat und Direktion die Leitung und Kontrolle des Betriebes ausüben. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Hören Sie mal einen Aufsichtsrat selber!) — Es ist ganz gleichgültig, ob Sie das auf den Aufsichtsrat oder die Direktion begrenzen. Sie werden doch nicht bestreiten wollen, daß die Kapitalisten ihre Betriebe kontrollieren. Ob Sie die Betriebe

so oder so zusammenfassen, darauf kommt es im Augenblick für diese Definition gar nicht an. Es kommt nur darauf an, festzustellen, daß letzten Endes der kapitalistische Einfluß in den Kreis der Aktionäre und der Aufsichtsratsmitglieder verankert ist, die die Direktoren wählen. Daß die Direktoren so großartig funktionieren und im Sinne dieser Kapitalisten arbeiten, ist selbstverständlich, daß sie eine große Selbständigkeit genießen, ist ebenso selbstverständlich, weil sie meistens selber Aktionäre, Teilhaber der Betriebe sind. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Auch nicht richtig!)

Was sind nun die **Aktionäre**, die letzten Endes die Besitzer der Unternehmungen sind, die letzten Endes das entscheidende Wort über die Durchführung der Sozialisierung der Betriebe zu sagen haben? Es sind irgendwelche Leute, die sich an den Börsen kraft ihrer Tausendmarkscheine in den Besitz der Aktien setzen, irgendwelche Leute, die sich in Verbindung mit den Bankhäusern in den Besitz der Papiere setzen, kraft deren sie jetzt das Recht ausüben, über die Tausende und Zehntausende Beschäftigte in den Unternehmungen zu entscheiden. Diese zusammengelaufenen **Kapitalisten**, die kraft ihrer Tausendmarkscheine ohne irgendwelches innere, ethische, sittliche oder moralische Recht dasitzen und die entscheiden über das Wohl und Wehe von tausend und zehntausend von Arbeitern, aus dem Sattel zu heben, ihren Einfluß **vollständig auszuschalten**, das ist das Gebot des Sozialismus. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) So haben wir den Sozialismus bisher immer verstanden. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Wir auch!) Wenn es jetzt anders sein soll, dann muß ich mich darüber sehr wundern. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das stimmt!) — Hier werden zwei verschiedene Zwischenrufe gemacht; der eine sagt: „Ausgeschlossen!", der andere sagt: „Das stimmt!" Sie sehen also, wie unklar Sie selbst über diese Frage sind. (Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Bisher war es so, daß wir diese Stelle ausschalten wollten, und daß der Besitz durch das Volksganze eingeführt werden sollte. Wenn das geschieht, dann brauchen wir Organe, die an die Stelle dieser kontrollierenden und verwaltenden Funktionäre treten. Da ist es viel natürlicher, viel grundgewachsener, viel selbstverständlicher, wenn die Tausende und Zehntausende, die in den Betrieben und in den Werkstätten mit ihrem ganzen Leib und Leben, mit Nerv und Hirn, mit Leib und Seele weben und schuften und streben und arbeiten, auch auf die Leitung einen maßgebenden Einfluß ausüben; denn sie haben ein viel tiefer begründetes Recht darauf, als es bisher das Recht der Tausendmarkscheinbesitzer war. Es kommt darauf an, dieses grundgewachsene, natürliche und selbstverständliche Recht derjenigen, die mit Leib und Leben zum Betriebe gehören, sicherzustellen. Das kann nach unserer festen Überzeugung nur geschehen, indem man das **wirtschaftliche Rätesystem**

unumwunden anerkennt. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es gibt keinen anderen Weg als diesen, nämlich die Betriebsräte, die Bezirksräte der Arbeiter und schließlich die Zentralräte der einzelnen Industrien im vollen Umfange zu den tatsächlichen Sachwaltern der sozialistischen Republik zu machen, wenn wir eine sozialistische Republik hätten. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dieses Rätesystem zur Durchführung zu bringen, darum kommen Sie gar nicht herum. Sie kommen aus dem Chaos nicht anders heraus, als daß Sie im vollen Umfange die Arbeiter und Angestellten für die Betriebe interessieren, indem Sie in ihre Hand das Geschick der Werke legen, indem Sie in ihre Hand die Entscheidung über die Entwicklung der Werke legen und diese Entscheidung denjenigen nehmen, die bisher als zusammengelaufene kapitalistische Versammlung zwar diese Entscheidung haben, die aber ständig wechseln können, die jeden Tag ihre Papiere an den und jenen abgeben können und so ohne jede Verantwortung, ohne jedes moralische, ethische und sittliche Recht diese Funktionen bisher ausgeübt haben. Ich sage, Sie werden aus diesem Chaos nur herauskommen, wenn Sie diesen zusammengelaufenen Kapitalisten die Entscheidung über die Betriebe nehmen.

Welches sind nun die Folgen davon, wenn das Rätesystem — die einzige praktische Lösung, die uns aus diesem Chaos herausführen kann — durchgeführt wird. Der Herr Ministerpräsident Scheidemann hat uns heute morgen „unpraktisch" genannt und uns „Flucht vor der Praxis" vorgeworfen. Er mag sich in unseren Kreisen genauer umsehen, dann wird er sehr praktische Leute finden. (Lachen bei den Mehrheitsparteien.) Ich werde versuchen, das nachzuholen, was bisher von den praktischen Vertretern und von der Regierung versäumt worden ist, nämlich die **Wirkungen des Sozialismus** aufzuzählen, gegen die von den Herren auf der Rechten dieses Hauses gestern und heute immer wieder angelaufen worden ist, ohne daß diese Wirkungen bisher überhaupt festgestellt worden sind. Das Räteinstem, die Grundlage der wirklichen Sozialisierung, der geistigen, körperlichen und wirtschaftlichen Sozialisierung des ganzen Lebens, wird es mit sich bringen, daß die **Arbeitsunlust** aufhört. Die Arbeitsunlust kann nur überwunden werden dadurch, daß man den Arbeitern das Gefühl des Ausgebeutetwerdens nimmt. Aber mehr. Die Räte werden schleunigst dazu übergehen, dafür zu sorgen, daß in Zukunft nicht mehr das wahr ist, was hier einer der Herren Vorredner, nach einem Bericht des Dortmunder Oberbergamts, gesagt hat, daß die Hauptsache der Betriebe nicht die Menschen sind, die darin stecken, sondern die Förderung der Kohle. Die Räte werden dazu übergehen müssen, daß dieser Zustand überwunden wird und an seine Stelle die Tatsache tritt, daß wir eben in Zukunft nicht mehr leben, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben.

Als zweites wird die **gesundheitliche Sicherung** der Betriebe im vollsten Umfange in Frage kommen. Wenn niemand mehr den Unfallgefahren, den riesenhaften Schwierigkeiten, den Betriebskrankheiten usw. ausgesetzt ist, dann wird nicht nur eine Arbeitssicherheit, sondern eine Arbeitsfreudigkeit kommen. Das wird die zweite Wirkung sein, die das Rätesystem mit sich bringt.

Eine dritte Wirkung wird sein, daß die Arbeiter, wenn sie das Gefühl los sind, daß sie für jemand anders schuften, wenn sie wissen, daß sie sich selbst in der Selbstverwaltung regieren, daß sie gemeinsam mit den Angestellten ihre eigenen Herren sind, keinen Wert mehr darauf legen werden, sich gegenseitig **anzukonkurrieren.** Es wird ganz von selbst dazu kommen, daß kein Arbeiter all die kleinen Kenntnisse, die kleinen Schliche und Pfiffe, das Spezialwissen, das der einzelne Arbeiter und Angestellte sich angeeignet hat, um es für sich nützlich innerhalb des Betriebs anzuwenden — sei es, daß er mehr Lohn herausschinden will, sei es, daß er sich lieb Kind machen will, sei es, daß er eine bessere Stelle bekommen will, oder sei es, daß er höhere Akkordlöhne herausholen will — für sich behalten wird, sondern er wird das größte Interesse daran haben, alle diese Spezialkenntnisse zu verbreiten, damit sie für alle angewandt werden können. Die Genossen, die unter uns sind, die im Arbeiterleben und im Angestelltenleben gestanden haben, wissen, was ich meine, was da alles in Frage kommt.

Viertens wird in Zukunft beim sozialisierten Unternehmen das **Betriebsgeheimnis,** das jetzt die Konkurrenz so sehr betonen muß, selbstverständlich nicht mehr für die einzelnen Betriebe zur Anwendung kommen, sondern im Gegenteil: was jetzt Geheimnis eines einzelnen Betriebs ist, wird mit allen zu Gebote stehenden Kräften heute auf alle übrigen Betriebe übertragen werden müssen, damit die ganze Industrie den Nutzen davon hat. Das kann am besten geschehen, wenn Angestellte und Arbeiter, die die Kenner dieser Geheimnisse sind, dieses Wissen in ihren Bezirksräten austauschen und auf alle Betriebe übertragen.

Fünftens wird durch das Rätesystem die **Betriebsorganisation** einheitlicher, besser, durchgreifender gestaltet werden können, als es bisher geschehen ist. Jetzt sind die Betriebe alle verschieden organisiert. In dem einen ist es gut, im zweiten schlecht, im dritten wieder besser. Durch das Rätesystem wird es möglich sein, diese Dinge untereinander bekannt zu machen und so wirksam zur Hebung der ganzen Industrie beizutragen.

Wichtiger aber noch ist die **Organisierung der Technik** innerhalb der einzelnen Industriezweige, die auch nur durch diese Zusammenfassung erfolgen kann. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Bisher ist es so gewesen, daß der einzelne Unternehmer darauf ausging, für sich allein die Erfindungen, die gemacht wurden,

zu verwerten, seinen Betrieb technisch so zu gestalten, daß er den Vorteil davon hatte. Ein Heer von Technikern, eine Unzahl von Wissenschaftlern, Chemikern, Konstrukteuren, Zeichnern, Ingenieuren sind tätig gewesen, um den Einzelinteressen einzelner Unternehmer zu dienen, oder aber auch — wie es leider in viel größerem Maße der Fall war — der Mordindustrie, der Rüstungsindustrie dienstbar zu sein. Diese große Zahl der Techniker, Wissenschaftler, Chemiker usw., die bisher zerstreut gegeneinander arbeiteten, die bisher in den unnützlichen Betrieben der Rüstungsindustrie Mordwerkzeuge fabrizierten, werden in einer sozialisierten Industrie planmäßig zusammengelegt werden und werden an die Aufgabe gestellt, die Arbeitsweise und Technik in diesen Industriezweigen auf einer höheren Stufe, nicht in der Kleinheit der bisherigen Betriebe, so auszugestalten, daß die Arbeitsmöglichkeit so leicht gemacht wird, wie es nur irgend angeht, daß die Arbeit den Arbeitern nicht mehr zur Qual, sondern zur Lust werden wird. Welche Möglichkeiten da vor uns liegen, hat der Krieg schlagend bewiesen. Es sind ungeahnte Möglichkeiten. Vor dem Kriege hat keiner geahnt, daß der Krieg uns solche Waffen, solche Mordwerkzeuge, all die technischen Errungenschaften bringen würde, wie er sie während der drei, vier Jahre gebracht hat. Wenn man den Ingenieuren, Chemikern, wissenschaftlichen Technikern usw. die besseren Aufgaben stellt, die der Verbesserung der Maschinen und Werkzeuge dienen, sozialisiert, planmäßig organisatorisch zusammengefaßt, wie es der wissenschaftliche Sozialismus verlangt, dann werden wir einer ungeahnten Entwicklungsmöglichkeit unserer Technik entgegengehen, ebenso ungeahnt, wie bisher die Mordindustrie sich entwickelt hat. Und ich glaube, es kann für die Ingenieure, Wissenschaftler, Chemiker usw. eine Erleichterung, ein erhebendes Gefühl sein, hinfort nicht mehr zur Vernichtung der Menschen, sondern zum Wiederaufbau des zerrütteten Wirtschaftslebens der Menschheit beizutragen, während sie bisher ihre geistige Tätigkeit verwenden mußten, um Mord- und Blutwerkzeuge zu schaffen.

Und schließlich wird durch die Zusammenfassung, wie wir sie wünschen und anstreben, die Neuorganisierung der ganzen Industriezweige planmäßig durchgeführt werden. Wer von ihnen früher dem Erfurter Programm zugestimmt hat, früher sozialistische Schriften gelesen hat, weiß, daß dies die Krönung des Sozialismus sein soll, daß die Krönung gerade darin besteht, daß die **planmäßige Wirtschaft** einsetzt, daß nicht mehr, wie es jetzt ist, anarchisch die einzelnen Unternehmen gegeneinander wirtschaften, daß durch die Konkurrenz einer den anderen schädigt, wo er kann, sondern daß planmäßig die Industrie aufgebaut und zusammengefaßt wird, die Kleinen ausgeschaltet, die Großen ausgebaut und restlos ausgenutzt werden, daß alle technischen Errungenschaften vereinigt werden in leistungsfähigen Betrieben und Werkstätten. Diese planmäßige Zusammenfassung, Neuorganisierung der

Industrie ist jedenfalls ein Werk, das durch das Rätesystem, das Wissen und Können der Arbeiter und Angestellten planmäßig durchgeführt werden kann. — Teilweise. Wir wissen genau, daß die **Syndikate** in dieser Beziehung vorgearbeitet haben. Wir müßten schlechte Sozialisten sein, wenn wir die Kartelle, Syndikate nicht kennten und nicht genau wüßten, daß wir gerade deshalb glauben, daß unsere Wirtschaft reif ist für einen noch höheren Zusammenschluß; wenn wir nicht wüßten, daß gerade, weil diese Vorarbeit von den Kartellen und Syndikaten geleistet ist, es möglich ist, den Schritt zu tun, der kraft des Rätesystems getan werden kann durch eine bessere, planmäßige Organisierung der einzelnen Industrien. Diese planmäßige Organisierung, diese technische Verbesserung, dieser Ausgleich der Betriebsgeheimnisse, diese Verwendung aller Spezialkenntnisse, diese gesundheitliche Hebung, alle diese verschiedenen Punkte, die ich vorgeführt habe, wenn sie je notwendig waren, sind sie es jetzt. Jetzt brauchen wir die Zusammenfassung aller Kräfte, um überhaupt aus dem Sumpf, dem **Chaos** herauszukommen. Wenn wir die Kräfte alle lösen, alle frei machen, dann werden wir es schaffen durch gemeinsame Arbeit; dann werden wir herauskommen aus den jetzigen Zuständen, aber nicht durch ein Flickwerk, wie es uns hier vorgelegt wird. Wenn Sie sich diesen Aufbau durchdacht haben, den ich vorgeführt habe, als Sinn des wirtschaftlichen Rätesystems, das wir anstreben, werden Sie selber zugeben, daß, was die Herren da drüben gesagt haben, alles in sich zusammenbricht. Kein Wort ist wahr von der Bureaukratisierung, kein Wort ist wahr von der Schematisierung, sondern es sind die lebendigen Menschen, die diesem Aufbau Inhalt geben, die immer am Werke sind und schaffen, die immer ausgleichen, verbessern, und nichts kann für Schematismus, Bureaukratie und ähnliches übrig bleiben. Das sind die Fehler, die die Verstaatlichung an sich hat, und deshalb haben wir für die Verstaatlichung so wenig übrig. Deswegen wollen wir die Vergesellschaftung, die höhere Stufe, die Sozialisierung, wie man mit einem schlechten Worte jetzt immer sagt. Sie sehen also, daß es praktische Möglichkeiten gibt, die beweisen, daß der Sozialismus die einzige Lösung ist, die uns aus dem jetzigen Chaos herausführen kann.

Man muß an sich nun fragen, warum die Leute, die bisher Sozialdemokraten waren, die jetzt mit den Bürgerlichen in der Regierung sitzen, nicht dazu übergegangen sind, diesen Schritt, der uns immer in all den Jahrzehnten früher vor Augen geschwebt hat, zu gehen. Da ist mir allerdings aufgefallen ein Wort, das Herr Hugenberg heute morgen hier anwandte. Er sprach davon, daß wir eine gefährliche Klasse von Rednern hätten, die nicht organisatorisch befähigt seien und nicht organisatorisch mittäten. Und es scheint mir fast, als ob dieses Wort auf manche Herren in der **Regierung** zutrifft, daß sie allerdings im Reden gewandt und tüchtig sind, aber in dem Aufbau unseres Wirtschaftslebens eben nicht

die organisatorischen Fähigkeiten entwickeln, die sie kraft ihrer jahrzehntelangen sozialistischen Vorbildung jetzt endlich entfalten müßten. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Das, worauf die Arbeiter gewartet haben, daß das jetzt wahr werde, was man immer gepredigt hat, der sozialistische Aufbau mit Hilfe der Arbeiter und Angestellten, mit Hilfe der werktätigen Bevölkerung, ist nicht wahr geworden. Übrig geblieben sind die schönen Reden, die allerdings unter Umständen sehr gefährlich sind, weil sie vorübergehend einlullen und weil dann späterhin Dinge, die man durch das Einlullen glaubt beruhigt zu haben, in stärkerem Maße zum Durchbruch kommen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Rufe von den Sozialdemokraten: Halle!) Das hat sich ja in den letzten Wochen klar und deutlich gezeigt. Ich werde darauf zu sprechen kommen und scheue mich nicht, darüber zu sprechen.

Dieser Ausbruch der Bewegung, den wir im Rheinland, in Mitteldeutschland, Halle, Thüringen, Berlin, Leipzig jetzt erlebt haben, ist allerdings eine Folge unserer Aufklärungsarbeit in diesem Sinne. (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! hört! Hetze!) — Jawohl, wir haben das Rätesystem mit aller uns zu Gebote stehenden Macht in den Köpfen der Arbeiter, die zu uns halten, festgelegt. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Daher die Ulrichstraße geplündert!) — Das haben Sie Herrn Noske zu verdanken. (Lachen und Zurufe.) Ich komme darauf, Herr Minister Fischbeck. Wir haben allerdings den Leuten gesagt, daß im Sozialismus die alleinige Lösung liegt und daß der Sozialismus den alleinigen Ausweg aus diesen Dingen bietet. Wenn sie jetzt sehen, daß der Sozialismus nicht wahr werden soll, sondern daß man irgendwelche Flickerei an dem jetzigen Kapitalismus vornehmen will, irgendeine Verbindung von Staatskapitalismus und konstitutioneller Fabrik, dann ist es allerdings nicht verwunderlich, daß es zu solchen Bewegungen kommt, die man nicht wünscht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Es wird jetzt gesagt, der Streik sei ein Verbrechen gewesen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Nein, ich sage, es ist ein Verbrechen gewesen, daß die Leute, die 10, 20, 30 und 40 Jahre lang den Sozialismus im Munde geführt haben, jetzt Ministerposten übernehmen und diese Worte nicht einlösen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist das Verbrechen, das vorliegt. Das muß angenagelt werden, und das werden wir überall annageln, wo sich uns die Gelegenheit dazu bietet. (Lachen und Zurufe.)

Die Herren im Ministerium lassen sich jetzt drängen nach links und drängen nach rechts. Wer am meisten drängt, hat das größte Recht. Wer am meisten drückt, hat die größte Aussicht auf Erfolg. Das ist der augenblickliche Regierungskurs: nicht Zickzack, sondern immerhin und her. (Stürmische Heiterkeit.) Wie

in einer Schlangenlinie taumeln die Leute hin und her. Soll ich noch deutlicher werden? (Rufe: Nein! — Heiterkeit.) Ich denke, ich habe deutlich genug gesagt, wie dieses Taumeln zu verstehen ist. Sie taumeln jetzt sogar so weit, daß, als man von dem Eisenbahnerstreik in Halle hörte, daß durch die streikenden Eisenbahner der Verkehr lahmgelegt sei, der Minister sagte: so weit kann doch das Streikrecht nicht gehen, daß man den Verkehr mitten in Deutschland stillegt. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts.) Ja, wie weit geht denn das Streikrecht? Wie weit wollen wir jetzt nach links und rechts taumeln? Wo hört es auf, und wo beginnt das Streikrecht? Diese Frage zu beantworten, ist noch übrig. (Zuruf vom Regierungstisch: Das Streikrecht hört da auf, wo das Lebensrecht des deutschen Volkes beginnt!) — Diese Frage zu beantworten, ist ganz unmöglich, weil das eine reine Phrase ist. Herr Minister David sagt: Das Streikrecht hört da auf, wo das Lebensrecht des deutschen Volkes beginnt. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit und rechts.) Das ist weiter nichts als eine Phrase, eine ganz platte Phrase (Lachen und Zurufe), die mit unserer Bewegung gar nichts zu tun hat.

Das Taumeln drückt sich noch in anderen Momenten aus. Am 23. Dezember wurden den Arbeitern **Arbeiterausschüsse** versprochen und gegeben ohne irgendwelchen Einfluß, ohne irgendwelches Kontroll- und Mitbestimmungsrecht. Sie durften begutachten, Wünsche äußern und was dergleichen schöne Dinge mehr sind. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das hat Herr Haase mit unterschrieben! Das ist Haases Verordnung! — Stürmische Heiterkeit.) — Wenn Haase Kompromisse macht, so mag das ja vorübergehend notwendig gewesen sein. (Erneute stürmische Heiterkeit. — Hört! hört! — Zuruf links: Herr Barth war auch dabei!) Ich bin dafür nicht verantwortlich. Wir stehen jedenfalls auf dem Boden, daß diese Arbeiterausschüsse durchaus ungenügend waren.

Schon im Januar wurde an Stelle der Ausschüsse das Wort „Zechenräte", „Betriebsräte" eingeklammert. Da hatte man sich an das Wort langsam gewöhnt. Dann kam aber die Tendenz: jawohl, Betriebsräte, aber kein Mitbestimmungsrecht, kein Einflußrecht, kein Kontrollrecht. Einige Wochen später hat man sich auch dazu bereit erklärt, ein gewisses Einflußrecht, ein gewisses **Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte** zuzugeben. So weiß man an einem Tag nicht mehr, was man am anderen Tag zugestehen soll. Uns kann es ja recht sein, wenn wir durch unseren Druck die Sache weiter treiben. Wir sind darüber nicht böse; aber ich stelle fest, daß Herr Hue, der heute morgen gesprochen hat, nicht etwa diese Tendenz verfolgt, daß die Betriebsräte usw. Rechte bekommen sollen, sondern er hat erklärt: nun, lassen wir den Leuten doch die Betriebsräte; wenn sich einer Rat nennen will, mag er es in Gottes Namen tun, wir wollen ihn darin nicht stören. Wir

aber verlangen nicht ein neues Wort, sondern neben dem neuen Wort auch neue Rechte für die Arbeiter im Sinne des Sozialismus.

Es ist gefordert worden, daß die Arbeiter und Angestellten in den gemeinsam und direkt zu wählenden Betriebsräten ein Mitbestimmungs- und ein Kontrollrecht haben sollen, als Vorstufe für die Sozialisierung, für den Sozialismus. Ich muß sagen, in diesem Falle hat Herr Imbusch, der hier sprach, viel klarer verstanden, viel klarer begriffen, auf welche Ursachen, welche Umstände dieses Drängen, dieses Stürmen, dem die Regierung bis zu einem gewissen Grade jetzt nachgegeben hat, sich gründet. Ganz deutlich hat er ausgeführt — ich will das nicht wiederholen —, wie sich in den Volksmassen diese Gefühle geregt haben, die dieses Mitbestimmungsrecht verlangen. Ich erkenne ohne weiteres an, daß sich auch in diesen Kreisen diese Gedanken regen; es war nur bedauerlich, festzustellen, daß zu diesen sehr gescheiten Ausführungen des Herrn Imbusch das ganze Zentrum geschwiegen hat. Kein Mensch hat ihm irgendwie ein „sehr richtig!" zugerufen. Er aber sah sehr deutlich, daß die Sache, die von unten kommt, nicht mehr abzuwehren ist.

Ich komme nun direkt auf die **Streikbewegung** zu sprechen. Am 6. Januar begann die Bewegung im **Ruhrgebiet** durch eine Konferenz. Es war damals möglich, die wilden Streiks, die bis dahin tobten, zu beendigen. Einzelne Herren sind darüber in den vorigen Verhandlungen unterrichtet worden. Mein Genosse Braß hat darüber schon ausführlich gesprochen. Dieser Streik im Ruhrgebiet ist, wie Sie wissen, ohne die Gewerkschaftsorganisationen, zum Teil gegen die Gewerkschaftsorganisationen, geführt worden. Dieser Streik ist nicht in der reinen Form als wirtschaftlicher Kampf, wie man sich ihn gedacht hat, zum Durchbruch gekommen. Das Bild ist dort leider verschoben worden durch das Eingreifen gegen den Generalsoldatenrat in Münster, der ausgehoben wurde und nun einzelnen Strömungen in der Arbeiterbewegung den Anlaß gab, schon da den Streik zu erklären und nicht erst zu warten, bis die wirtschaftspolitischen Dinge zur Entscheidung standen. Es muß aber auch hier gesagt werden, daß dieser Streik, der so kolossalen Umfang annahm, sich nicht auf irgendwelche alten Organisationen stützte, sondern lediglich auf die Arbeiter- und Soldatenräte.

Noch klarer und deutlicher ist der **Kampf in Mitteldeutschland** zur Entscheidung gekommen. In Mitteldeutschland lag ein reiner wirtschaftspolitischer Kampf vor, ein Kampf um die Arbeiterdemokratie, um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, um die Absetzung und die Beseitigung des Rechts der Industriekönige. Auch hier heißt es, die Könige zu verdrängen und an ihre Stelle die Beauftragten zu setzen.

In Mitteldeutschland war dieser Streik ein mit wirtschaftlichen Mitteln geführter Kampf. Er war sogar so ideal, daß die streikenden

Leute ohne Hilfe der Gewerkschaftsorganisationen die ganzen 14 Tage im Streik verharrt haben, daß sie sich für die Ideale ihrer Demokratie, ihres Sozialismus eingesetzt haben, und daß sie diesen Streik für den Sozialismus mit einer Begeisterung geführt haben, die wirklich anerkannt werden sollte, wenn überhaupt noch ein Funke sozialistischen Gefühls übrig wäre. Dieser Kampf um die Demokratie und den Sozialismus ist ohne jede Stellungnahme der Parteien oder Gewerkschaften aus den Arbeitern durch neugeschaffene Zentralen herausgekommen, er ist sogar ohne Flugblätter und ohne Volksversammlungen zustande gekommen, er ist zustande gekommen aus dem ausgesprochenen Wollen der Arbeiter, die das Verhandeln satt hatten und ganz entschieden erklärten, es der Regierung einmal zeigen zu wollen: wir machen ernst mit dem Verweigern unserer Arbeitskraft. So ist diese Bewegung durch ganz neu geschaffene Organisationen wirksam geworden. Ich kann noch etwas weiter gehen: diese Organisationen hatten noch nicht einmal eine Kasse und nicht einen Kassierer. (Zuruf: Aber gestohlene Gelder! — Große Heiterkeit.) Ohne alle Mittel ist es allein durch den Idealismus und die Begeisterung der Arbeiter möglich gewesen, diesen großen Streik wirken zu lassen.

Wenn Sie jetzt noch nicht glauben, daß dieser Streik aus der Überzeugung der Arbeiter heraus elementar zum Ausdruck gekommen ist (lebhafter Widerspruch), dann muß ich Sie noch genauer überzeugen. Die **Verhandlungen** über das, was in diesem Streik entschieden werden sollte, sind seit dem 6. Januar **mit der Regierung** geführt worden. Ende Januar sind die Forderungen von Halle aus nach Berlin geschickt worden. Am 6 Februar fand die erste mündliche Verhandlung in Weimar statt, nachdem vorher schon Deputationen in Berlin gewesen waren. Am 10. Februar waren wiederum Verhandlungen in Berlin, die zu keinem Ergebnis führten. Am 14. Februar waren Verhandlungen in Weimar, die zum Ergebnis hatten die Einsetzung einer Kommission, am 15. Februar hat diese Kommission ein Kompromiß zustande gebracht. Dieses Kompromiß ist vor den Arbeitern Mitteldeutschlands vertreten worden, wir haben den Arbeitern zugeredet, sie sollten dieses Kompromiß annehmen. Die Vertrauensleute der Arbeiter haben uns in den folgenden Tagen in verschiedenen Sitzungen klipp und klar erklärt, daß sie auf das Kompromiß nicht eingehen. Dann haben, noch ehe die entscheidende Konferenz stattfinden konnte, am Sonnabend, den 22. Februar, im Zeitzer Kohlenrevier, ohne daß eine Versammlung stattgefunden hat und Flugblätter verbreitet sind, die Arbeiter aus sich heraus die Arbeit niedergelegt, so daß uns nur noch übrig blieb, zu sagen: wir mißbilligen diesen Streik, oder wir schließen uns ihm an. Selbstverständlich haben dann die Vertrauensleute der übrigen Gruben erklärt: wir schließen uns der Bewegung an — und der **Generalstreik in Mitteldeutschland** war da.

Wenn hier nun noch einzelne Herren sind, die wirklich behaupten wollen, es sei Terror geübt worden, dann sind sie natürlich nicht zu überzeugen, sondern dann haben sie eben den bösen Willen, uns das zu unterstellen. In Mitteldeutschland hat es keine Maschinengewehre gegeben, in Mitteldeutschland hat es keine Handgranaten gegeben, in Mitteldeutschland ist gegen jede militärische Komplikation mit dem schärfsten Nachdruck gearbeitet worden. Wir haben erklärt: Wir wollen zeigen, daß ein wirtschaftlicher Streik möglich ist ohne militärische Komplikationen. Die mitteldeutschen Arbeiter sind Unabhängige Sozialdemokraten, sie sind keine Spartakisten, sie wollen keine Gewalt, sie verschmähen die Gewaltanwendung und haben keine Gewalt angewandt. (Lebhafte Zurufe und Widerspruch.) Bis zum Sonnabend voriger Woche war im Bezirk vollständige Ruhe. (Widerspruch und Zurufe.) — Es ist nicht wahr, daß die Eisenbahnschienen aufgerissen waren (erneute Zurufe); denn der D-Zug Berlin—Halle ist glatt durchgefahren. (Wiederholte Zurufe.) Es ist ganz entschieden nicht wahr, daß irgend etwas demoliert worden ist. In Halle war, bevor die Truppen gekommen sind, völlige Ruhe in der Stadt. Das können Mehrheitssozialisten bestätigen, die dort gewesen sind. Einer dieser Augenzeugen, der hierher zur Verhandlung geschickt worden ist, hat eingestehen müssen, daß er niemals eine ruhigere, kraftvollere, schönere und wuchtigere Bewegung gesehen habe. (Widerspruch.) — Daß Ihnen, meine Herren, die Sache unangenehm gewesen ist und daß Sie versuchen, sie zu verdächtigen, kann ich begreifen; denn dieser **Streik** hat allerdings seinen Eindruck nicht verfehlt, weil zum ersten Male die **Eisenbahner** mitgestreikt haben. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben den Eisenbahnern auch gesagt: Bei euch muß einmal der Beweis erbracht werden, ob die sozialistische Regierung überhaupt eine Ahnung von Sozialismus hat (Unruhe bei den Mehrheitsparteien), ob sie den Staatskapitalismus, wie er bei den Eisenbahnen vertreten wird, weiter aufrecht erhalten will, oder ob sie diesen Staatskapitalismus durch Sozialisierung des Eisenbahnwesens ablösen will. Die Regierung hat nichts dergleichen unternommen. Wir haben den Arbeitern deutlich gesagt (lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten), daß es um das Rätesystem geht. Die Eisenbahner haben diesen Weg beschritten, sie wollten zum Rätesystem übergehen und das preußische Ministerium hat einen Teil dieses Weges mitgehen wollen und da kam die große Intelligenz eines guten Tages zum Durchbruch, die erklärte: Nein, die Räte werden nicht anerkannt. Und es war, als wenn die Regierung von allen guten Geistern verlassen war: Am Abend, bevor die Bergarbeiterkonferenz zusammentreten sollte, um über den Bergarbeiterstreik zu entscheiden, teilte der Eisenbahnpräsident den Eisenbahnern klipp und klar mit: Euch werden die Räte nicht anerkannt, die wir euch zu drei

Viertel schon zugestanden haben. Das Ergebnis der wochenlangen Verhandlungen der Eisenbahner war mit einem Federstrich beseitigt. Die Folge war, daß die Eisenbahner nun erklärten: Uns geht es wie euch Bergarbeitern, wir schließen uns euren Kämpfen an und treten mit in den Streik. Es waren zwei wirtschaftliche Kämpfe, die zusammengefaßt allerdings sehr große Wirkungen brachten.

Es ist aber noch in der ganzen Woche weiter verhandelt worden. Die Forderungen der streikenden Arbeiter sind am 23./24. telegraphisch hierher gekommen. Am 25. haben Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden sollen. Die Arbeitervertreter waren da, die Unternehmer sind nicht gekommen. Der Berghauptmann hat sich schwer darüber beklagt. Am 26. kam die Zusage des Ministers, er würde nach Halle zur Verhandlung kommen. Am 27. kam die Absage, daß er nicht nach Halle komme, wir sollten nach Weimar kommen. Am 28. hatten die Arbeiter den Zug fertig, um die ganze Verhandlungskommission nach Weimar zu fahren, ein Zeichen, daß die Schienen nicht aufgerissen waren, sondern in tadelloser Ordnung waren. Der Zug stand bereit, aber in dem Augenblick, als die Verhandlungen beginnen sollten, kamen die **Noske-Garden** und ließen den Zug nicht fahren (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), so daß die Verhandlung nicht stattfinden konnte. Das ist das Ergebnis des militärischen Eingreifens. Jetzt erklärte der Soldatenrat: Wir ziehen unsere Posten in der Stadt zurück. Die Folge davon war, daß unsere schöne Stadt Halle zwei Tage lang ohne jede Bewachung war. Die Polizei streikte, der Soldatenrat zog seine Posten zurück, die Noske-Garde konnte die Stadt allein nicht besetzen (Zurufe links), und da ging allerdings das Leben los. Da kamen die Leute heraus, die nicht zu den Streikenden gehörten, die keine Unabhängigen Sozialdemokraten sind. Da kamen die Subjekte, die das Ergebnis der jahrelangen Erziehungsarbeit der bürgerlichen Gesellschaft sind (Zurufe und Lachen), da kam das Lumpenproletariat zum Durchbruch und hat die Läden in der Ulrichsstraße geplündert. Das ist der Erfolg Ihrer langjährigen Kulturarbeit, daß es solche Leute gibt, die so etwas tun. (Erneute Zurufe und Widerspruch.) Für diese Leute lassen wir uns auf keinen Fall verantwortlich machen. (Wiederholte Zurufe.)

Solange der Arbeiterrat und der Soldatenrat die Macht in Halle in Händen hatte, ist keinem Menschen ein Haar gekrümmt worden, keine Fensterscheibe eingeschlagen, kein Güterwagen angetastet, keine Schiene berührt, nichts ist ruiniert worden, Ruhe und Ordnung sind im vollen Umfange aufrecht erhalten worden. In dem Augenblicke, wo die Regierungstruppen kamen, war es mit der Ordnung vorbei. Dadurch sind die Störungen gekommen, da kamen die Maschinengewehre und die Handgranaten, die bisher nicht da waren. (Lachen und Zurufe.) Das sind die historischen Feststellungen, die ich hier zu treffen habe. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wo kamen die Handgranaten her?) — Die

Mannschaften haben sie mitgebracht. (Lachen und Zurufe.) — Spartakisten gibt es in Halle nicht. Wir haben in den Gegenden, wo die unabhängige Bewegung ist, keine spartakistische. (Erneute Zurufe.) Wenn sich dort nachher Ereignisse abgespielt haben, die jeder Mensch bedauern muß (Zurufe), die kein Mensch billigen kann, so sind allein die Regierungstruppen dafür verantwortlich. Es herrschte Ruhe in der Stadt, es war Ordnung. Daran kann kein Mensch drehen und deuteln. (Lachen.)

Es wird nun gesagt, die Sozialisierung (Zurufe: Aha! endlich! — Heiterkeit) sei da, und — — (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Ich muß den Herrn Abgeordneten darauf aufmerksam machen, daß die von ihm vorgesehene Redezeit abgelaufen ist.

Koenen, Abgeordneter: Ich bin noch lange nicht fertig! (Zurufe.) — Ich muß aber zu dem engeren Thema nach diesen Feststellungen noch einige Ausführungen machen, die klar machen sollen, daß Sie mit dem, was Sie jetzt tun, den elementaren Willen der Arbeiter, der in so kolossaler Wucht jetzt in vielen Orten Deutschlands zum Ausdruck gekommen ist, nicht besänftigen können, insbesondere nicht durch ein Flickwerk, wie Sie es jetzt hier vornehmen wollen. Diese Feststellung kann nicht umgangen werden. Den Arbeitern soll eine Art Rätesystem bewilligt werden, eine „Verankerung der Betriebsräte, Bezirksarbeiterräte, Zentralarbeiterräte". Als wirtschaftliche Institution sollen sie in der Verfassung Aufnahme finden. Soviel wir aber wissen, stellt man sich darunter das bisherige Arbeitskammergesetz vor, das allerdings nicht nach dem Wunsche der Arbeiter ist, die in dieser Bewegung gestanden haben, denn dieses Arbeitskammergesetz ist Geist vom alten Geist. Der alte Geist, der durch die Revolution überwunden ist, taucht in diesem Gesetz wieder auf. Schon vor dem Kriege und vor der Revolution wurden von den Sozialdemokraten **Arbeiterkammern verlangt** (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), genau so, wie man Ärztekammern, Handelskammern usw., wie jeder dieser Berufe seine Sondervertretung hat. Jetzt aber haben wir den Krieg und die Revolution gehabt, und jetzt haben wir eine sozialistische Regierung, die diese Arbeiterkammern nicht wahr macht. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Sie setzt **Arbeitskammern** ein, in denen die Unternehmer wieder das volle Übergewicht besitzen werden, weil der neutrale Vorsitzende natürlich ihnen infolge seiner gesellschaftlichen Stellung und Vorbildung zuneigt, in der sie auch durch die von ihnen abhängigen Angestellten einen großen Einfluß ausüben werden, so daß diese Arbeitskammern in Wirklichkeit neue **Unternehmerkammern** sein werden. Diese Unternehmerkammern sind auf dem Prinzip der Parität begründet. Ja, meine Damen und Herren, das Prinzip der

Parität war schön, solange wir mit einer bürgerlichen Regierung zu rechnen hatten, ihr etwas abtrotzen wollten. Jetzt aber sind wir in das Zeitalter der Demokratie gekommen, und die Demokratie etwa so anzuwenden, daß ein paar Dutzend Unternehmer dasselbe Vertretungsrecht bekommen wie Millionen von Arbeitern, das ist für die jetzige Zeit keine Parität, keine Demokratie mehr, mit der sich die Arbeiter abfinden werden. Sie müssen nicht etwa glauben, daß Sie mit der Art Parität, die Sie früher wünschten, die vor dem Kriege und vor der Revolution vielleicht als Besänftigungs- und Beruhigungsmittel für die Arbeiter dienen konnte, heute noch etwas erreichen können. Wollen Sie wirkliche Demokratie, dann machen Sie eine wahre Wirtschaftsdemokratie, aber nicht dieses Flickwerk, das wieder den Einfluß der Unternehmer auf die Arbeiter neu befestigt und sichert. (Zurufe.) — Das Arbeitskammergesetz soll zur Sozialisierung beitragen! Falls Sie das nicht wissen sollten, bitte ich Sie, die erste Seite nachzulesen. Ich behaupte, daß durch diese Maßnahme die Sozialisierung nicht vorangebracht werden kann, da man in diesen Arbeitskammern die reinen Unternehmerinteressen maßgebend sein läßt. Nach dem Wunsche der Unternehmer wird dort alles vor sich gehen, nicht nach den Wünschen der sozialistischen Arbeiter!

Die Regierung hat auch einige Zusagen hinsichtlich der Betriebsräte und ihrer Rechte gemacht, etwas weitergehend, als sie ihnen im Januar zugestanden wurden. Aber auch hier, wo man anfangen könnte, etwas sozialistisch zu werden, zeigt sich sofort, daß der Einfluß wieder beschnitten wird. Es ist ausdrücklich festgelegt worden, daß die Betriebsräte auf die kaufmännischen Angelegenheiten keine Mitentscheidung ausüben sollen. Gerade da, wo die wirtschaftspolitischen Angelegenheiten der Gewerbe und Betriebe entschieden werden sollen, ist das Mitbestimmungsrecht beschnitten.

Wie wenig übrigens die Unternehmer diesem Kompromiß zuneigen und wie wenig geneigt sie sind, diesen Frieden mit den Betriebsräten zu schließen, geht daraus hervor, daß die Arbeiter trotz dieser Halbheiten und der ungenügenden Zusagen bereit waren, die Bedingungen zu unterschreiben; die Unternehmer dagegen haben diese Bedingungen nicht unterschrieben. Und so, habe ich das Gefühl, werden die Arbeiter noch lange auf die Erfüllung dieser schwächlichen Zugeständnisse warten müssen. Nach Berlin sind übrigens ähnliche Zugeständnisse gemacht worden, die ich im einzelnen nicht mehr besprechen will. Ich will in diesem Zusammenhang nur sagen, daß sie denselben Geist atmen und dieselben Halbheiten bringen, daß man zwar das Wort „Kontrolle“ an anderer Stelle hat unterschlüpfen lassen, aber so, daß die Kontrolle der Arbeiterräte unbedeutend und für die Unternehmer unmerkbar sein wird. Nur den Unternehmern will man nicht wehe tun, nur die Unternehmer will man nicht scharf angreifen.

Und dann glaubt man sozialisieren zu können? Das ist ein himmelschreiender Irrtum, dem Sie nun und nimmer entgehen können, wenn Sie sich nicht auf den Boden des wirklichen radikalen Sozialismus und und des Rätesystems klar und deutlich stellen. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Herr Abgeordneter, es sind bereits zehn Minuten über die von Ihnen vorgesehene Zeit verstrichen. Mit meiner Mahnung vorhin wollte ich Ihnen nahelegen, zum Schluß zu kommen. Ich sehe aber bis jetzt leider keine Wirkung.

Koenen, Abgeordneter: Die Mehrheitssozialisten haben einen Antrag vorgelegt. Wir werden dafür eintreten, daß er an die Kommission überwiesen wird, müssen aber erklären, daß das, was darin gefordert wird, von dem Rätekongreß schon im Dezember viel besser und wirkungsvoller gesagt und beschlossen worden ist. Wenn die Regierung bisher diesem Beschluß des Rätekongresses nicht nachgekommen ist, so sind diejenigen schuld, die jetzt den Antrag erneut stellen. Wenn es Ihnen wirklich ernst gewesen wäre mit dem, was Sie beantragen, so hätten Sie nur dem Antrage des Rätesystems Wirkung verschaffen sollen. Die Macht und die Möglichkeit dazu hätten Sie. Wir werden ja sehen, wie weit Ihr Ernst in diesem Falle geht.

Der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes ist von meinem Kollegen Henke schon besprochen worden; es bleibt mir nur wenig zu sagen zu dem zweiten **Entwurf über die Kohlenwirtschaft.** Da muß gesagt werden, daß zwar das Wort „Rat" zweimal von der Regierung angewandt wird, **Reichskohlenrat** und **Sachverständigenrat.** Damit glaubt die Regierung den Arbeitern Sand in die Augen streuen zu können. Indem sie Räte einsetzt, glaubt sie, sie habe das Rätesystem begründet, — wie Herr Hue schon sagte: wenn die Leute sich Rat nennen wollen, mögen sie es tun. Aber glauben Sie nicht, daß Sie die Leute damit betören. Wenn Sie nicht mit dem Wort einen neuen Begriff verbinden und eine neue Sache einrichten, werden Sie damit keine Ruhe schaffen.

§ 3, der die vielen Mitglieder für den Sachverständigenrat vorsieht, ist der deutlichste Beweis dafür, daß man das Kind anfassen, ihm aber nicht wehe tun will. (Zuruf: Antrag Kautsky!) Die Unternehmer sollen 15 Stellen bekommen, die Arbeiter ebenfalls 15 Stellen, und es sollen außerdem noch 15 Herren von der Regierung zugezogen werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Kautsky!) — Inzwischen hat der Parteitag der Unabhängigen stattgefunden und zum Teil andere Beschlüsse gefaßt. — Es sollen auch noch drei Herren aus dem Handel zugezogen werden, und die Zuziehung ist so, daß man mit Sicherheit darauf rechnen kann, daß die Unternehmer wieder das Heft in der Hand haben werden, auch bei der Kohlenbewirtschaftung. Sie interessieren sich für die Unternehmer und glauben damit aus dem Chaos

herauszukommen. Ich sage Ihnen aber: Sie kommen immer tiefer hinein, Sie werden sich mit diesem Gesetz nicht retten können.

Der Zeit wegen kann ich auf die Ausführungen der Herren von der Rechten nicht eingehen, denen ich noch einiges zugedacht hatte. Aber ich will doch sagen, daß die **Kriegshetzer** und **Kriegsgewinnler** und **Kriegswucherer** zu schweigen haben in dieser Zeit, wenn sie nicht noch schärfere Maßnahmen gegen sich herausfordern wollen. Herr Giesberts hat ja schon einiges vorweggenommen und deutlich genug gesagt, daß sie die Schuldigen sind, wenn der Bolschewismus über Deutschland hereinbricht. Das im einzelnen auszuführen, wäre meine Aufgabe gewesen, aber die Zeit ist vorgeschritten, und ich will daher nur stark unterstreichen, was Herr Giesberts gesagt hat.

Die **Riesenschulden**, die sie uns durch den **Krieg** gebracht haben, werden auch ein Kapitel sein, das mit den Herren besonders abgerechnet werden muß, und es wird sich dann zeigen, ob die Mehrheitler in diesem Falle bereit sind, die Bedürfnisse an Finanzen, die für die Sozialisierung sichergestellt werden sollen, von denen aufzubringen, die im Besitz von Kapitalien sind oder nicht, oder ob sie bei der Durchführung der Sozialgesetze Rücksicht nehmen auf die, die als Kriegsgewinnler keine Spur von Rücksicht verdienen.

Die Streiks sind zu Ende, die Generalstreiks in Berlin, Leipzig, Halle, Erfurt sind abgebrochen. (Hört! hört!) — Jawohl, abgebrochen! (Heiterkeit.) Auf der anderen Seite sehen Sie, daß es in Oberschlesien wieder zu flackern beginnt, und aus Cassel kommt eben die Nachricht zu uns, daß auch dort eine Aktion im Gange ist, die darauf ausgeht, den Sozialismus sicherzustellen. Diesen Bestrebungen, die sich dort wieder geltend machen, wird Rechnung getragen werden müssen. Diese großen Bewegungen wenden sich auch an die Leute von der mehrheitssozialistischen Partei. Sie fordern von Ihnen ebenfalls ganze Arbeit für den Sozialismus. Und wenn wir ganze Arbeit für den Sozialismus machen, dann werden wir auch aus dem jetzigen Notstand, aus dem Hunger herauskommen. Wir werden es dann aber auch erleben, daß eine Einigung des Proletariats erfolgt. Nur durch kraftvolle Vertretung des Sozialismus werden wir in Deutschland aus dem Elend herauskommen, nur durch die kraftvolle Vertretung des wirklichen Sozialismus werden wir die Einigung des Proletariats erleben. Erleben wir sie nicht mit Ihnen, dann über die Köpfe Ihrer Führer hinweg. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister Wissell.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Meine Damen und Herren! Bevor ich auf das uns eigentlich hier beschäftigende Thema eingehe, möchte

ich eine kleine, nicht direkt zu diesem Thema gehörige Mitteilung machen, die aber das betrifft, was der Herr Vorredner hier von dieser Stelle erörtert hat.

Am letzten Dienstag hat eine Verhandlung der **Hallenser Streikleitung** mit meinem Kollegen Bauer stattgefunden. In dieser Verhandlung wurde durch das vorhandene Protokoll festgestellt, daß bereits Mitte Februar in einer Beratung mit dem Hallenser Bergarbeiterrevierrat seitens des Arbeitsministers die **Betriebsräte** anerkannt sind. Das gab die Streikleitung am Dienstag auch zu. Es wurde ferner festgestellt, daß damals der Bergarbeiterrevierrat im „Halleschen Volksblatt" diese Zugeständnisse mit den Worten mitteilte: die Regierung habe die Forderung der Bergarbeiter in vollem Umfange anerkannt. (Hört! hört!) Trotzdem wurde vierzehn Tage später der Generalstreik verhängt unter Führung desselben Redners, der vor mir an dieser Stelle gestanden hat. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Ich wurde erinnert an das Wort, das der Parteigenosse meines Vorredners hier gesprochen hat. Herr Henke sagte: der Krieg habe die sittlichen Kräfte dezimiert. Ich glaube, diese Dezimierung der sittlichen Kräfte reicht sehr, sehr weit. (Sehr gut!) Im übrigen, rechter Hand, linker Hand — es ist nichts vertauscht; es ist so gekommen, wie wir es aus den Erörterungen von früher schon voraussehen konnten. Herr Henke meinte — das klang aus den Worten des Vorredners wieder hervor, der ja die Regierung als die größten Verbrecher bezeichnete, weil sie nicht schon längst die Sozialisierung durchgeführt habe —, wir kommen viel zu spät mit dem, was jetzt der Arbeiterschaft geboten wird. Freilich, wir kommen spät. Wenn vielleicht Herr Henke seinen Einfluß aufgeboten hätte, und wenn seine Parteifreunde es getan hätten, daß Vorkommnisse, wie sie in Bremen und Halle und anderen Orten sich abgespielt haben, nicht eingetreten wären, wenn wir dann in der Regierung mit der Erledigung solcher Angelegenheiten nicht befaßt worden wären, dann würden wir auch die Zeit gefunden haben, uns diesen inneren wirtschaftlichen Aufgaben mehr zuzuwenden, als es bisher geschehen ist. (Sehr richtig!) Erst seit drei Wochen ist die Regierung gebildet; nach drei Wochen bietet sie hier dem deutschen Volke zwei Gesetzesvorlagen, zu deren Ausarbeitung in früherer Zeit mindestens dreiviertel Jahre erforderlich gewesen wären.

Zu spät, meint Herr Henke, und nicht weitgehend genug. Man darf sich nicht darüber wundern; die Auffassung, die er und Herr Koenen hier vertreten haben, ist eben nicht die unsrige. Ich muß offen sagen, daß ich mir über die **Durchführung der Sozialisierung** doch andere Gedanken mache.

Herr Koenen hat darauf hingewiesen, daß der letzte Parteitag der Unabhängigen „schon andere Beschlüsse" gefaßt habe. Ich kenne sie nicht im Wortlaut, ich weiß nur das, was Herr Haase in Vorschlag gebracht hat: die Vergesellschaftung der Unternehmungen ist sofort in Angriff zu nehmen — und ich nehme an, aller kapitalistischen Unternehmungen ohne jede Ausnahme. In der „Freiheit" vom 3. d. M. wird uns in einem Bericht über die innere Lage in **Rußland** mitgeteilt, daß sie sich gebessert habe. Bei der Schilderung der Dinge, die zur Besserung der Lage beigetragen haben, wird auch mitgeteilt, daß die Politik der Nationalisierung und Sozialisierung ergänzt werde durch Maßnahmen, die das **private Kapital** zur Produktion heranziehen sollen. (Hört! hört!) Es wird weiter gesagt, daß in einem besonderen Dekret dem privaten Kapital die Ausbeutung von Waldungen gestattet werde. (Hört! hört!) Das steht in der „Freiheit". Wer's lesen will, mag's hier lesen.

Ich bin aber auch im übrigen hinsichtlich der Sozialisierungsmöglichkeiten und der Art, wie sie zu verwirklichen sind, ganz anderer Meinung. Und vielleicht trägt es auch zur Beruhigung der Herren von der Rechten bei, wenn ich sage, daß die **mannigfachsten Arten des Eigentums an den Produktionsmitteln** sogar in einer sozialistischen Gesellschaft existieren können. Ja, ich bin weiter der Meinung, daß die verschiedensten Formen des Betriebes — bureaukratischer, gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, Alleinbetrieb — auch im sozialen Staat, in der sozialistischen Gesellschaft möglich sind. Ja, auch die verschiedensten Formen der Entlöhnung der Arbeiter sind in der sozialistischen Gesellschaft ebenso möglich wie die verschiedensten Formen der Zirkulation der Produkte. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Sie sind offenbar mit mir derselben Meinung; denn Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) stimmen mir ausdrücklich zu. Ich freue mich dieser Zustimmung, meine Herren. Wenn Sie aber zugeben, daß sich in allen diesen Formen das Gemeininteresse verwirklichen läßt, dann können Sie doch nicht sagen, daß alle kapitalistischen Unternehmungen nun sofort in den Besitz der Allgemeinheit, der Gesamtheit übergeführt werden sollen. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wer sagt das?) — Wer das sagt? Ihr neuester Beschluß! Sie scheinen ihn nicht gelesen zu haben. (Heiterkeit.) Sie wollen ja die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen sofort in Angriff nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir dagegen sagen: wir nehmen das in die Gemeinwirtschaft, was wirklich zu einer Ertragssteigerung zu führen geeignet ist, was wirklich dazu dienen kann, der Gesamtheit einen Vorteil zu schaffen. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Fiskalischer Standpunkt!)

— Das ist ein fiskalischer Standpunkt, sagen Sie. Ich glaube, Herr Kautsky versteht auch etwas von der Sache, und der hat es ähnlich so formuliert, wie ichs Ihnen eben vorgetragen habe.

Herr Henke hat sich auch gegen die von der Regierung vorgeschlagene Formulierung gewandt, worin die sittliche Pflicht des einzelnen im Gesetz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht wird, die **sittliche Pflicht des einzelnen, der Gesamtheit zu dienen** durch alle seine geistigen und körperlichen Kräfte. Herr Wallbaum bezweifelt zwar, daß diese sittlichen Kräfte im Volke vorhanden seien, und Herr v. Graefe unterstrich das durch ein „Sehr richtig", Herr Henke ist der Meinung, wie die schon von mir zitierte Bemerkung vom Schwinden der sittlichen Kräfte beweist, daß Mängel vorhanden seien, und er hält es für die soziale Pflicht des Staates einzugreifen. Meine Herren, wenn Sie so links und rechts der Meinung sind, daß es mit den sittlichen Pflichten in bestimmten Volksschichten nicht ernst genommen werde, dann sollte der Aufruf zur Pflicht doch auch deutlich und klar im Gesetz ausgesprochen werden. Ich gebe zu, daß eine solche ausdrückliche Formulierung eines Grundsatzes der Ethik in einem Gesetz bisher noch nicht erfolgt ist. Es mag nicht den üblichen Gepflogenheiten entsprechen. Aber wir leben nicht in normalen Zeiten, und in einer Zeit, in der die Geister außer Rand und Band gekommen sind, da kann nicht nur, sondern da muß die erste Voraussetzung zum neuen Aufstieg auch in so klaren und unzweideutigen Worten ausgesprochen werden, wie es nur irgend möglich ist, und wie es das Volk auch versteht. Mit einer rein juristischen Begründung und Formulierung treffen Sie nicht den Ton, den das Volk in sich aufnehmen und im Herzen begreifen kann.

Meine Herren! Ganz unverständlich ist es mir, daß Herr Hugenberg — ich glaube, auch Herr Kempkes, einer von den beiden ist es jedenfalls gewesen — so stark betont hat, es bestünde bei dieser Formulierung die Möglichkeit, daß mit **staatlichem Zwang** in die private Betätigung des einzelnen eingegriffen würde. Meine Herren, ich habe gestern ausdrücklich gesagt, daß die Reichsregierung nicht daran denke, nun dieser sittlichen Verpflichtung auch einen staatlichen Zwang folgen zu lassen; die Regierung verspreche sich von irgend einem Zwange nichts, sie erwarte aber von dem Appell an das Gewissen des einzelnen, daß er nun das tue, was zu tun die Pflicht des einzelnen ist. Meine Herren, man kann doch unmöglich mit vorher ausgearbeiteten Reden in eine Diskussion hineinsteigen, unbekümmert um das, was der Vorredner gesagt hat. Es war nur zu deutlich, namentlich bei der Rede des Herrn Kempkes, zu merken, daß er die Rede vorher ausgearbeitet hatte, ohne nachher Rücksicht auf das zu nehmen, was zur Begründung der Vorlage gesagt worden war. Wenn er bei der Ausarbeitung seiner Rede gewußt hätte, was ich sagen würde, dann hätte er sich manche Bemerkung wahrscheinlich sparen können.

Meine Herren, es zeigt sich in dem Umstande, daß hier lange **Monologe** gehalten werden, ein Mißverstehen der Zeit. Was den alten Reichstag zu einem so wesentlichen Teile um sein Ansehen gebracht hat, waren die langen Monologe, die gehalten wurden, und ich glaube, heute scheint das Volksempfinden zu sein, daß man etwas anderes tun muß, als Reden zu halten; das Volk will Taten sehen. (Sehr richtig!)

Herr Hugenberg meinte nun, dem Volke könne nur der **private Unternehmungsgeist** helfen. Er glaubte, daß der private Unternehmungsgeist durch diese beiden Gesetzentwürfe totgeschlagen würde. Er sieht in diesen Gesetzentwürfen geradezu die Verwirklichung des Kommunismus. Hirngespinste sind es ihm, die ihre gesetzestechnische Formulierung gefunden haben. Ich nehme an, daß Herr Hugenberg wie kaum ein anderer auf dem Gebiete des Kohlenwesens orientiert ist, und da weiß er natürlich ganz genau, daß der private Unternehmungsgeist in der Produktion wie im Kohlenhandel geradezu totgeschlagen wurde durch das Syndikat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, wenn ich nicht irre, war es Mitte Januar, als in meinem Zimmer in der Reichskanzlei eine Beratung stattfand, an der — glaube ich — auch Herr Hugenberg teilnahm. In dieser Beratung suchten wir einen Sachverständigen, der die Preisverhältnisse auf dem Kohlenmarkt beurteilen sollte. Da kamen auch die Herren aus der Kohlenindustrie zu dem Ergebnis: ja, wir können nur einen einzigen nennen, und dieser eine einzige ist Herr **Hugo Stinnes.** Meine Herren, sonst war keiner da, der auf diesem Gebiet auch nur einigermaßen die gesamten Absatzverhältnisse überschauen, in die Preisverhältnisse hineinblicken konnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, wo so durch die Maßnahmen der Großindustrie selbst jede Möglichkeit genommen wurde, auch nur eine Auswahl unter Sachverständigen zu treffen, da spricht Herr Hugenberg davon, daß dann, wenn das Reich nun dieses selbe Kohlensyndikat in seine Verwaltung nimmt, der private Unternehmungsgeist totgeschlagen sei, daß dann die kommunistischen Ziele verwirklicht worden seien. (Hört! hört! links.)

Meine Damen und Herren, das **Syndikat** ist ja ein Monopol der Ausbeutung des Volkes gewesen und geworden wie kaum ein anderes; und wenn in Zukunft das Reich die Kohlenwirtschaft übernimmt, dann werden die Verbraucher nicht mehr der privaten Gewinngier der monopolisierten Unternehmer ausgeliefert sein.

Meine Herren, Sie sprechen vom **Terrorismus.** Vergegenwärtigen Sie sich bitte in einer stillen Stunde auch einmal die terroristischen Akte, die gerade von den Syndikaten ausgeübt worden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zählen Sie einmal die Fälle, in denen durch

die Syndikate jene, die nicht mitmachen wollen, bis zur wirtschaftlichen Vernichtung bestraft worden sind. Erwägen Sie einmal die selbstherrliche Preisstellung ohne Rücksicht auf die Verkäufer. Dreimal ist im Kriege eine Kohlenpreiserhöhung erfolgt, ohne daß die Löhne zugleich berücksichtigt wurden, und erst bei der vierten und fünften Preiserhöhung sind allerdings die Löhne gestiegen. Prüfen Sie bitte auch einmal, meine Herren, was die vom Syndikat befolgte Politik der Preisunterbietung im Ausland und die Erholung an den Inlandspreisen in unserem eigenen Produktionsgebiet für unsere Volkswirtschaft bedeuten. Prüfen Sie bitte auch einmal die terroristischen Akte, die zur Niederhaltung der Arbeiterorganisationen gerade in den Gebieten Rheinlands und Westfalens geübt worden sind. Prüfen Sie bitte die Ausschaltung des freien Handels, die Boykottierung der einst vollständig freien Handler bis zur vollständigen Vernichtung.

Ich glaube, es war im Jahre 1916 — mir schwebt es dunkel in der Erinnerung, aber mein Gedächtnis täuscht mich selten —, da hat das Reichsgericht oder irgendein Oberlandesgericht in Sachen eines Hüttenwerks in Harpe entschieden, das durch den Boykott des Stahlwerksverbandes zur Stillegung gezwungen worden ist. (Hört! hört! links.) Und dann wollen Sie davon sprechen, daß unsere Volkswirtschaft geschädigt würde, wenn man in den Besitz der Gesamtheit überführt, was wirklich der Gesamtheit zugeführt werden kann?

Herr Hugenberg sagte, schon vor zwölf Jahren habe er das **Problem** im Kopfe gewälzt, wie man denn die **Tüchtigsten auswählen** könne. Ja, wenn es bisher zu keinem Ergebnis geführt hat, dann läßt das doch wohl den Schluß zu, daß eben in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine rechte Möglichkeit besteht, dieses für unser Wirtschaftsleben so wichtige Problem auch zu lösen. (Sehr gut! links.)

Herr Hugenberg meinte, die **Sozialisierung** sei eine **Zwangswirtschaft**. Na, ich glaube, einen so großen Zwang, wie er in den monopolartigen Gebilden in die Erscheinung getreten ist, wird es in der Sozialisierung nicht geben. Im übrigen setzt sich ja Herr Hugenberg mit seiner eigenen Grundauffassung auch bezüglich der Sozialisierung in Widerspruch. Herr Hugenberg, Sie haben ja im Prinzip die Sozialisierung anerkannt, ihre Berechtigung zugegeben. Sie haben auch ein Beispiel genannt, das eventuell unter den Industriezweigen für die Sozialisierung reif sei: die Elektrizitätsversorgung. (Zuruf links.) Man muß sich schon mit dem Gedanken abfinden, daß in anderen Hirnen und Köpfen die Überzeugung einer viel weitergehenden Sozialisierung sich durchringt und zur Geltung bringt.

Nun hat man Vorwürfe erhoben gegen die Pläne beim **Reichswirtschaftsamt**, die dahin gingen, es wollte die **Kriegswirtschaft** mit ihren Fehlern, mit ihrer bureaukratischen Gestaltung, mit ihren Ent-

behrungen für das Volk verewigen. Meine Damen und Herren, halten wir doch zunächst einmal uns das Problem vor Augen, das wir für absehbare Zeit zu lösen haben, ehe wir von den Mitteln sprechen, wie es zu lösen ist. Wir standen im Kriege, der unsere Produktion fast ganz für die Herstellung von Kriegsbedarf in Anspruch nahm, der uns plötzlich die Erzeugnisse der anderen Länder abschnitt, der das letzte an Kraft aus uns, aus dem ganzen Volke herausholte, mit völlig unzureichenden Hilfsmitteln da, mit stetig sich vermindernden Arbeitskräften. Das Wirtschaftsganze durchzuhalten, das Volksganze vor dem Verhungern zu bewahren, diese Aufgabe ließ sich nur lösen durch Unterordnung des einzelnen unter das Ganze. (Sehr richtig!) Ich meine, da kann es doch kaum einen Zweifel geben: wäre die Unterordnung überall in dem Geiste, auf der sittlichen Grundlage durchgeführt worden, der die Brotkarte mit ihrem Prinzip der Gleichstellung aller, der Gleichstellung von arm und reich entsprungen ist, wir ständen heute wohl anders da, als wir stehen. (Sehr richtig!) Wir hätten es nicht nötig gehabt, namentlich nicht bei der Durchführung des Hindenburg-Programms, den Eifer der Kriegsindustrie mit Geld und Preis anzureizen. Meine Herren, von Ihnen hat es das Volk gelernt, wenn es jetzt hier und da unbegründete Forderungen stellt. Hat nicht das gleiche Volk da draußen an der Front auch ohne diesen Anreiz und ohne Kriegsgewinne ganz andere Leistungen persönlichen Muts und der Selbstaufopferung gebracht? (Sehr richtig!)

Meine Herren, das Problem, vor das wir uns jetzt gestellt sehen, ist ähnlich dem, vor das wir im Kriege gestellt waren, nur daß an die Stelle der Handelsblockade, die uns die Zufuhr unterbunden hat, die uns während des Krieges die empfindlichsten Entbehrungen brachte, nunmehr die fast an Zahlungsunfähigkeit grenzende Verarmung Deutschlands tritt. Es wird hier nach wie vor im Kriege, so auch in absehbarer Zukunft das äußerste Durchhalten unsere oberste Pflicht sein müssen. Wir werden die gesamte Bevölkerung zusammenfassen, die Kräfte aller in den Dienst der Gesamtheit stellen müssen. Das ist unser erstes, unbedingtes Erfordernis. So wenig sich die künftige Wirtschaftspolitik in ihrer letzten Idee von den Aufgaben unterscheidet, die unsere Wirtschaft im Kriege zu erfüllen hatte, so nachdrücklich muß betont werden — und ich betone das hier ganz besonders, weil Herr Hugenberg sagt, wir erstrebten nichts anderes als eine Verewigung der Kriegswirtschaft —, daß wir uns von der Methode, die im Kriege zur Durchhaltung unserer Wirtschaft angewandt wurde, mit aller Entschiedenheit abkehren werden.

Die Methode des sogenannten **Kriegssozialismus** hatte nichts mit Sozialismus zu tun, ging von dem grundsätzlichen Fehler aus, die Wirtschaft nicht von unten herauf, nicht organisch von unten nach

oben sich entwickeln zu lassen, sondern man hat sie bureaukratisch von oben nach unten zu organisieren versucht. Das ist nichts Zufälliges, das ist im System begründet; denn man hat es ja peinlichst vermeiden wollen, irgendwelche Veränderungen unserer Wirtschaftsverfassung durchzuführen, die es unserer Wirtschaft unmöglich gemacht hätten, in die alte Bahn von vor 1914 wieder zurückzukehren. In ständiger Erwartung der baldigen Beendigung des Krieges hat man alle tiefgreifenden Veränderungen vermieden, man hat sich im wesentlichen mit polizeistaatlichen Maßnahmen begnügt. Diese Maßnahmen haben sich dann wie ein Netz, das den Körper einschnürt, mit seinen Verordnungen und Strafbestimmungen über unser Wirtschaftsleben gelegt und haben es in diesen Zustand hineingebracht, den Sie (nach rechts) mit Recht beklagen. Aber aus dieser bureaukratisch geleiteten Wirtschaft können wir uns nicht frei machen, indem wir die Zeiten von vor 1914 wieder zurückführen. Was würde die Folge sein? Wenn wir heute keine Einfuhrbegrenzung hätten, wenn heute jeder tun könnte, was er wollte, wenn das Reichswirtschaftsamt keine Möglichkeit hätte, vielleicht durch eine Devisenpolitik abzuhelfen, wenn heute eingeführt werden könnte, was zu haben ist: in den nächsten drei Tagen würde ganz Deutschland vielleicht mit Apfelsinen und ähnlichen Dingen überschwemmt sein. Aber die Mittel, die dafür verausgabt werden müssen, fehlen uns dann, wenn es gilt, die Rohstoffe und die wirklichen Nahrungsmittel, die wir brauchen, zu bezahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was wir wollen und was wir können, das ist, daß wir sobald wie möglich unser **Wirtschaftsleben** auf seinen lebendigen Kräften wieder aufbauen, indem wir die einzelnen, die im Wirtschaftsleben stehen, selbst mit heranziehen. Uns liegt es fern, von oben herab in bureaukratischer Weise regieren zu wollen. Wir wollen vielmehr, daß jeder einzelne sich in die Gesamtwirtschaft einfügt, daß er zu seinem Teil an der Bildung eines Gesamtwillens mit teilnimmt. Wenn das geschieht, wenn jeder im Bewußtsein der Verantwortung für das Volksganze sich freiwillig dem unterordnet, was im Interesse der Gesamtheit geboten ist, dann wird unser Wirtschaftsleben auch blühen und sich entwickeln können.

Nun ist von zwei Seiten darauf hingewiesen, daß das, was ich vorgetragen habe und was in den Plänen der Regierung sich ausprägt, eigentlich **Rathenauschen Ideen** entspreche. Meine Herren, ich kenne die neueste Schrift von Rathenau noch nicht. (Zuruf rechts: Sehr bedauerlich!) Vor ein paar Tagen soll erst ein ganz neues Buch erschienen sein. Sie werden wahrscheinlich verstehen, daß ich noch nicht die Zeit gehabt habe, es zu lesen. Aber im allgemeinen weiß ich doch, was Rathenau will, und ich sage: an sich wäre es gar kein Unglück, wenn ein kluger Gedanke eines klugen Mannes, der zu verwirklichen ist, auch von uns übernommen werden würde. Aber tatsächlich handelt es sich bei dem, was wir wollen, um ganz etwas anderes. Wir scheiden uns sehr genau

in dem, was wir wollen, von dem, was Rathenau will. Wir wollen nicht die deutsche Industrie und das deutsche Gewerbe in eine riesenhafte, alles in sich auffaugende Aktiengesellschaft, in einen ungeheuren, mechanisierten Beamtenwirtschaftsstaat überführen, wir wollen nicht die Industrie zu einem nur wenig gegliederten Großbetrieb, gewissermaßen zu einer großen A. E. G. machen. Wir wollen schaffende Menschen in ihrer wirtschaftlichen Betätigung — nicht nur in Gewerbe und Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft — zusammenfassen und sie in einer hochentwickelten Selbstverwaltung zusammenarbeiten lassen. (Aha! rechts.) — Ja, meine Herren, wenn es nichts ist, was Sie für gut halten, wenn Sie meinen, in einer Zusammenfassung aller Beteiligten auf freiwillig gebildeter Grundlage sei nichts Besseres zu erreichen, als wenn jeder einzelne seinem eigenen egoistischen Triebe folgt, dann allerdings unterscheiden wir uns in der Auffassung. Aber wir glauben: damit schaffen wir das warme Blut des wirklichen Lebens in unsere Wirtschaft hinein und lassen es in ihr pulsieren. Rathenau will eine zwangsläufige Wirtschaft mit fieberhaft gesteigerter Arbeit. Auch wir wollen arbeiten; aber wir wollen auch dem Menschen das geben, was ihm zukommt. Er soll sich auch in Zukunft als Mensch fühlen, seiner Verantwortlichkeit im einzelnen bewußt bleiben. Wir glauben auch, daß die deutsche Arbeiterschaft als Träger dieser Verantwortlichkeit mit herangezogen werden muß und werden wird; ich brauche darüber nichts Weiteres zu sagen.

Die Not des Volkes wird in der Zukunft größer sein als zur Zeit der Kriegswirtschaft. Das ist eine notwendige Folge der durch den verlorenen Krieg zusammengebrochenen Wirtschaftsweise. Über die Methoden, wie diese Folgen überwunden werden können, kann man sich vielleicht streiten; aber ich glaubte, daß man einig sein müsse und einig sein könne in dem Geist, der das ganze Volk beherrschen muß, wenn es die Not überwinden will. Das ist der **Geist der Unterordnung** des einzelnen unter das Ganze, das ist der Geist der Sorge des Ganzen für den einzelnen. Wenn Sie in diesem Ziele mit mir einig sind, dann lassen Sie uns gemeinsam die Wege suchen. Unterstellen Sie uns aber nicht Beweggründe, die uns fern liegen. Was ich sage, ist ja in seiner weiteren Konsequenz und Ausführung nur eine Variation des Wortes: **Einer für alle und alle für einen.**

Sie, meine Herren von der Rechten, haben ja dieses Wort oft genug im Munde geführt. Sie haben es mißbraucht, um absolutistische Machtgelüste damit durchzusetzen und zu stützen. Ich glaube, das deutsche Volk wird den Herren, die heute dieses Gebot der Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit noch nicht erkennen, die Erkenntnis dieses Wortes noch beibringen. Die Reden, die Sie gehalten haben, meine Herren, tragen wahrlich nicht dazu bei, im Volke den Glauben aufkommen zu lassen, daß es Ihnen wirklich ernst sei, alle Ihre Kräfte in den Dienst

der Gesamtheit zu stellen. (Zuruf rechts: Parteirede!) — Ich halte hier eine Parteirede? — Wenn ich diese Rede auf irgendeinem Parteitage hielte, dann würde man mir wahrscheinlich sagen: komm uns nicht mit diesen trockenen und nüchternen Wirtschaftsproblemen, sondern suche sie da zur Geltung zu bringen, wo sie anzuwenden sind: im Parlament! Und hier im Parlament halte ich sie, weil ich erkannt habe, daß wir unsere Wirtschaft nur dann wieder aufbauen können, wenn sich alle in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Es ist meine Pflicht, Ihnen zu sagen, daß der Geist, der aus Ihren Reden klingt und der darauf hinausläuft, dem einzelnen allein den Vorteil seiner wirtschaftlichen Position zu lassen, nicht dazu beiträgt Frieden und Ruhe und Ordnung im Volke zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann.

Dr. **Stresemann**, Abgeordneter: Der Herr Reichsminister Wissell hat sich im Laufe seiner Ausführungen darüber beklagt, daß hier im Hause **Monologe** gehalten würden, ohne daß man auf das einginge, was vorher ausgeführt worden wäre. Er hat diesen Vorwurf gegen meinen Fraktionsfreund Kempkes erhoben und die Frage aufgestellt: wie konnte Herr Kempkes, nachdem er meine Rede gehört hatte, davon sprechen, daß in § 1 dieses Gesetzes irgend etwas stände, was als ein Aufheben der persönlichen Freiheit, als ein staatlicher Zwang gedeutet werden könnte. Er hat seinerseits Wert darauf gelegt, zu betonen, daß es sich hier nur um die Statuierung einer sittlichen Pflicht des einzelnen handle, und das war ja auch der Tenor der ganzen Rede, die wir eben von ihm gehört haben. Aber ich möchte den Herrn Reichsminister Wissell daran erinnern, daß der Herr Ministerpräsident am heutigen Vormittag bereits eine ganz andere Auslegung gegeben und Worte gesprochen hat, die ganz anders auslegungsfähig sind, indem er im Zusammenhang mit diesem Gesetz von „Drohnen" sprach, gegen die man sich wenden müsse, die zur Arbeit gezwungen werden müßten. Wenn es sich darum handelt, daß solche Gedanken von dieser Stelle ausgesprochen werden, dann ist das sachlich doch nicht weit entfernt von dem Gedanken des **Arbeitszwangs**. (Sehr richtig! rechts.) Dann kommt es ganz auf die Auslegung an, die diejenigen diesem Gedanken geben, die an der Herrschaft sind, wieweit dabei die persönliche Freiheit überhaupt noch bestehen kann. Deshalb glaube ich, daß die Ausführung meines Freundes Kempkes doch nicht so vollkommen des Grundes entbehrt, wie es der Herr Reichsminister Wissell hingestellt hat.

Er möge mir gestatten, ihn auch daran zu erinnern, daß wir in der Vergangenheit erlebt haben und weiter erleben werden, daß Minister

kommen und gehen, daß aber Gesetze bleiben. Wenn das Gesetz verabschiedet wird, dann ist nicht die Rede, die der Herr Reichsminister Wissell gehalten hat, die Urkunde, nach der die Auslegung des Gesetzes zu geschehen hat, sondern wir geben damit ein Instrument in die Hände von Persönlichkeiten, die wir nicht kennen. Der Herr Reichsminister kann nicht verlangen, daß wir, lediglich auf das persönliche Vertrauen zu ihm gestützt, dieses Gesetz behandeln, sondern wir müssen es behandlen mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben können.

Herr Reichsminister Wissell, Ihre Kritik meines Kollegen Kempkes war aber auch nach einer anderen Richtung hin durchaus unbegründet. Sie wiesen hin auf die Begründung, die Sie gestern zu dem Gesetz gegeben haben. Wenn Sie aber eine Vorlage vor falscher Auslegungsmöglichkeit schützen wollen, dann, bitte, kehren Sie zurück zu den guten Überlieferungen alter Zeiten, daß man Gesetze von so einschneidender Bedeutung einem Parlament nicht vorlegt, ohne eine weitgehende Begründung hinzuzufügen. (Zustimmung rechts.) Ich glaube, daß das sogar auch im Interesse der heutigen Regierung liegt. Es geht nicht an, daß Gesetze, die wirtschaftlich revolutionierend wirken, die eine vollkommene Neuordnung der Wirtschaft einleiten sollen, die ja, wie der Herr Ministerpräsident heute sagte, nur ein Meilenstein sind auf dem Wege einer weiteren Entwicklung, die ganz Neues an die Stelle von bisher bestehendem setzen soll, uns übergeben werden in wenigen Paragraphen, die deutungsfähig sind, ohne daß die, die daran gearbeitet haben, sich Mühe geben, nun wenigstens die Gründe, die sie dabei geleitet haben, dem Parlament so rechtzeitig, so ausführlich und so gründlich mitzuteilen, daß auf dieser Grundlage eine Stellungnahme zu einem solchen Gesetze möglich ist.

Der Herr Reichsminister hat am Schlusse seiner Ausführungen geäußert, daß sich diejenigen, die diesem Gesetz widerstrebten oder ihm Bedenken entgegenbrächten, damit gegen den Grundsatz wendeten, daß der einzelne seine Tätigkeit, seine Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit, des Gesamtwohls zu stellen hätte. Das muß ich entschieden zurückweisen. (Sehr richtig! rechts.) In dem, was der Herr Reichsminister Wissell zum Schlusse gesagt hat, daß wir bei den außerordentlichen schwierigen volkswirtschaftlichen Verhältnissen, vor denen wir stehen, das Einzelinteresse dem Gesamtinteresse unterzuordnen haben, darin besteht überhaupt kein Unterschied unter allen Parteien dieses Hauses. (Sehr richtig! rechts.) Aber wenn Bedenken gegen die Wirkungen dieses Gesetzes vorgebracht werden, dann, bitte, halten Sie sich auch daran und glauben Sie auch das eine, daß man verschiedener Meinung sein kann über die Wirkungen, die von einem Gesetze ausstrahlen, auch wenn es mit noch so schönen Worten im einzelnen abgefaßt ist.

Darf ich in dem Zusammenhang auf die Vorwürfe eingehen, die der Herr Ministerpräsident Scheidemann heute vormittag speziell auch gegen meine Freunde richtete, Vorwürfe, in denen er davon sprach, daß Wasser auf die Mühlen der Spartakisten geleitet würde, wenn man davon spreche, daß diese Vorlagen politischen Gründen mit entspringen, daß sie in der Art, in der sie uns vorliegen, auch durch die Absicht geleitet seien, Bewegungen hintanzuhalten, Bewegungen einzudämmen, die wir alle kennen. Wir müssen da zweierlei unterscheiden. Niemand bestreitet, daß eine gewisse Sozialisierung im Regierungsprogramm gelegen hat. Wir haben alle damit gerechnet, daß irgendwie im Laufe der Verhandlungen der Nationalversammlung dieser Gedanke auch seitens des heutigen Ministeriums zum Ausdruck kommen würde. Aber die Art, in der diese Vorlagen uns zugehen, die Art und Weise, in der sie jetzt durchgepeitscht werden sollen mit Sonntagssitzungen, die morgen beginnen, in der über einzelne Fragen von dieser außerordentlichen Bedeutung in wenigen Stunden entschieden werden soll, das war es, was diesen Gedanken nahe legte. (Sehr richtig! rechts.) Und wenn Sie glauben, daß dadurch irgendwelchen Bewegungen Agitationsstoff zugeführt würde —, unterschätzen Sie nicht die Intelligenz Ihrer Feinde. Die werden aus der Einbringung dieser Vorlagen, aus dem Gegensatz dessen, was Ihre eigenen Freunde, was die Herren Hue und andere noch vor wenigen Wochen ausgeführt haben, den großen Gegensatz erkennen, der eben darin liegt, daß man jetzt zu dieser Zeit, unter diesen Umständen an Fragen herangeht, die zum mindesten bei dem gegenwärtigen Stande unserer Wirtschaft nicht angerührt werden sollten, ohne daß die Gefahr besteht, daß das, was an sich schon gefahrdrohend dasteht, ganz zusammenstürzt, weil in diesem Augenblick diese Vorlagen ein Experiment an dem Körper unseres Wirtschaftslebens bedeuten. (Sehr richtig! rechts.)

Wer sich dagegen wendet, daß das in dieser Form hier heute vorgelegt wird, ist damit nicht Träger irgend welcher manchesterlicher Ideen. Die volle, freie Ausnutzung der Wirtschaftskräfte der Vermögenskräfte des einzelnen wird doch heute von niemand mehr vertreten.

Der Herr Reichsminister Wissell sucht es so hinzustellen, als sei hier ein Kampf der Anschauungen, der einen, die den einzelnen beugen wollen unter das Gemeinwohl, der anderen, die das volle Ausleben der individuellen Freiheit ihm gewährleisten wollen. Diese individuelle Freiheit und dieses alte **Manchestertum** ist in Deutschland seit langer Zeit begraben, und ich habe heute das eine bei den Ausführungen des Herrn Ministers Giesberts vermißt, daß, als er die glänzende wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in dem ersten halben Jahrhundert nach der Reichsgründung schilderte, er auf der anderen Seite

nicht das, was Vorbildliches an Sozialpolitik im Deutschen Reich geleistet worden ist, in die gleiche helle Beleuchtung gesetzt hat. (Sehr richtig! rechts.) Nach seinen Darlegungen mußte man annehmen, daß bei uns eine Entwicklung durchgeführt worden wäre, die auf der einen Seite zur Anhäufung von Reichtümern in einzelnen Händen, auf der anderen Seite zur Ausbeutung der großen Masse geführt hätte. Gewiß ist vieles zu tun übrig geblieben.

Herr Reichsminister Giesberts hat darauf hingewiesen, was noch auf dem Gebiet der Wohnungspolitik und auf vielen anderen Gebieten zu tun wäre. Wenn aber ein Staat nach seiner Gründung in das gesamte große Getriebe der Weltwirtschaft hineingestellt wird, wenn er das im Laufe seiner Entwicklung nachholen muß, was erst die staatliche Einigung ihm an Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung gegeben hat und gleichzeitig innerhalb dieser Entwicklung sozialpolitisch an die Spitze aller Länder kommt, dann ist das eine Entwicklung, der man allenfalls Lob spenden kann, die man nicht in der Weise darstellen darf, wie es heute in recht einseitigerweise der Herr Reichsminister Giesberts getan hat. Denn alle diese Dinge, schließlich auch die Grenze des sozialpolitischen Könnens eines Staates, liegen in der Gewundenheit seiner Verhältnisse gegenüber den ganzen weltwirtschaftlichen Verhältnissen. Ein Land, in dem zehn bis zwölf Millionen Menschen allein vom Auslandsgeschäfte lebten wie in Deutschland, war in jeder Beziehung an diese Verhältnisse gebunden.

Was Sie jetzt wollen, was hier immer wieder durchklingt, ist das eine, es ginge durch die Arbeiterschaft ein außerordentlich großes Bestreben, daß ihre Arbeit versittlicht würde, daß sie einen ganz anderen idealen Antrieb bekämen, wenn sie nicht mehr für wenige ihre Leistungen hingäbe, sondern für die Allgemeinheit. Das soll der Grundgedanke sein, der dem Ganzen zugrunde liegt. Sie können diesem Grundgedanken zustimmen, Sie können ihn praktisch durchführen, ohne daß Sie deshalb zu einer Sozialisierung kommen, die trotz allem, was sie sagen, ein Eingriff in die Initiative derjenigen ist und bleibt, die an der Spitze unserer wirtschaftlichen Organisationen stehen. Gewiß, ich verkenne in keiner Weise, daß dieser Eingriff in die volle Freiheit der Initiative schon durch das Syndikatswesen gegeben ist, und ich habe nach meiner ganzen volkswirtschaftlichen Anschauung dieser **Syndikatspolitik** stets kritisch gegenübergestanden. Meine erste volkswirtschaftliche Rede im Reichstag im Jahre 1907, die mir viele politische Angriffe eingebracht hat, richtete sich gegen das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat. Gewiß ist diese ganze Organisation darauf aus, den Einfluß anderer auszuschalten, und sie hat manchmal eine Preispolitik nach dem Auslande und nach dem Inlande getrieben, die mit Recht der Kritik unterlegen hat. Aber zweierlei bitte ich Sie, doch auch sich zu vergegenwärtigen: als das Kohlensyndikat zusammenzubrechen drohte,

wer hat denn da die Initiative ergriffen, damit es nicht zusammenbrach? Das Deutsche Reich, der Staat hat die Initiative ergriffen, um dafür zu sorgen, daß das Kohlensyndikat verlängert werden müßte, weil er die größten volkswirtschaftlichen Schäden davon erwartete, wenn diese Organisation auseinanderbrach. (Sehr richtig! rechts.) Es ist gar kein Zweifel, daß im Laufe der letzten Jahre und letzten Jahrzehnte ein gewisser Ausgleich stattgefunden hat, daß diese Preispolitik diese Angriffe nicht mehr verdient hat, die ihr früher mit Recht gemacht worden sind. Aber was da bleibt, wenn Sie das syndiziertes Unternehmertum nennen, was an Privatinitiative, an technischen Fortschrittsmöglichkeiten bleibt, das wird doch nicht ausgelöscht dadurch, daß man sagt: den freien Wettbewerb habt ihr sowieso schon eingeschränkt. Hier tritt doch das ein, was mein Freund Kempkes und auch Herr Hugenberg dargelegt haben, daß in dem **staatlichen** Betrieb an sich nicht die Möglichkeit liegt, daß führende Persönlichkeiten sich in ihrer vollen Leistungsfähigkeit auswirken können. Das bringt der Staatsbetrieb mit sich, weil seinen Beamten nicht jene Freiheit, jene Selbstverantwortlichkeit von einer Gemeinschaft zugebilligt werden kann, die unsere Unternehmungen ihren Leitern zubilligen, deren Lob als Persönlichkeiten heute Herr Minister Giesberts gesungen hat. Es ist heute einigermaßen lächelnd aufgenommen worden, daß diejenigen, die an der Spitze dieser Großunternehmungen stehen, nicht aus kapitalistischen Kreisen stammten. Aber Sie brauchen sich wirklich nur einmal von all den Leuten, die an der Spitze der deutschen Großunternehmungen stehen, den Lebenslauf anzusehen, und Sie werden mit Ausnahme eines einzigen Großindustriellen in Rheinland-Westfalen, der aus kapitalistischen Kreisen stammt, nur Persönlichkeiten finden, die in derjenigen technischen Auslese, die das Wirtschaftsleben selber herbeiführt, an die Stelle gekommen sind, an der sie heute stehen.

Und nun überlegen Sie einmal, woher es kommt, daß der Staatsbetrieb, mögen Sie ihn noch so ideal umkleiden, wie Sie wollen — denn eine gewisse staatliche Beaufsichtigung des Staatsbetriebes bleibt bei jeder Sozialisierung — ich sage: ob man denn bestreiten kann, daß der Staatsbetrieb regelmäßig zu einer wirtschaftlichen Arterienverkalkung führen muß.

Es hat der Herr Ministerpräsident gesagt: alle die Gründe, die jetzt gegen ein Vorgehen auf diesem Wege geltend gemacht worden sind, sind auch geltend gemacht worden, als die **Privatbahnen** in den Staatsbetrieb übergeführt werden sollten. Ja, glauben Sie wirklich, daß die Überführung der Bahnen in den Staatsbetrieb uns nun auf die Höhe technischer Vollkommenheit geführt hat, die wir wahrscheinlich haben würden, wenn wir die Privateisenbahnen behalten hätten? Ich bitte mir eines dabei nicht unterzulegen: ich spreche nicht dagegen, daß man auf diesem Gebiete, wo ausländischer Wettbewerb nicht

in Betracht kam, wo das Monopol gegeben war, zum Staatsbetrieb überging. Aber vergleichen Sie doch einmal die amerikanischen Privatbahnen, ihre Organisation, ihre Entwicklung, die Überwindung der Entfernungen in kürzester Zeit mit dem, was wir geleistet haben, dann sehen Sie, wie weit wir in dem, was technisch entwicklungsfähig war, hier zurückgeblieben sind, daß im Staatsbetrieb ein gewisses retardierendes Moment liegt, ein langes Überlegen, ein Nichthinwegkommen über den Instanzenzug. Das zeigt Ihnen ja die Entwicklung der grundlegenden Industrien auf der einen Seite, die Entwicklung des Verkehrswesens auf der anderen Seite. In der Zeit von 30 Jahren, in der bei uns die Eisenproduktion um 700 Prozent, die Produktion von Stahl um 1500 Prozent, die Produktion von Kohle, die in ihrem Vorkommen begrenzt ist, um 230 Prozent stieg, haben sie an Lokomotiven 170 Prozent mehr geschaffen und an Wagen 200 Prozent mehr, als vorher da waren, so daß die Sorge um die Wagengestellung die ewige Klage der Industrie war, daß man davon sprach, daß unser Verkehrswesen dieser gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung nicht gefolgt ist. Sollte das nicht daran liegen, daß auf der einen Seite die Privatinitiative alle Möglichkeiten ausschöpfte, während auf der anderen Seite das, was nun einmal im Staatsbetrieb liegt, was Sie nicht von ihm wegbringen können, und was in dem Augenblick zu wirken beginnt, wo Sie mit der Kontrolle der freien Initiative beginnen wollen, diese Wirkung hervorgebracht hat?

So liegen die Dinge nun doch nicht, wie sie der Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Koenen, dargestellt hat, der seine Empfehlung des Rätesystems darauf gründete, daß bei diesen großen Gesellschaften eine zusammengelaufene Horde von Kapitalisten, die mit Hilfe von Tausendmarkscheinen sich Aktien kauften, verantwortungslos unsere Unternehmungen leitete. Ich muß sagen, es ist eigentlich eine Beleidigung der volkswirtschaftlichen Anschauungen und Kenntnisse einer deutschen Nationalversammlung, wenn man derartige Sätze in diesem Hause hier hören muß. (Lebhafte Zustimmung.) Das entspricht doch wirklich nicht dem, was der einzelne an sich für Anforderungen stellen sollte, wenn man von solcher Stelle hier über die wichtigsten Verhältnisse der Volkswirtschaft spricht. Zweierlei wird man den **Führern der großen Unternehmungen** nicht absprechen können, einmal die kühne **Initiative** der Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten und zweitens die **Verantwortlichkeit** für die Führung eines Unternehmens in der Weise, daß eine dauernde Stabilisierung für sie Grundprinzip war, und daß sie sich wehrten gegen alles, was Spekulation hineintreiben wollte in diese wirtschaftlichen Verhältnisse. (Sehr richtig!) Wenn man hier verächtlich spricht von dem Aufsichtsrat, von der Direktion, und es hier so hinstellt, als wäre nur der Trieb des Aktionärs, eine möglichst große Verzinsung

zu bekommen, das wesentliche unserer großen Unternehmungen — ach nein, die Dinge liegen so, daß diese **Aktionäre**, verantwortungslos, nicht zur Geltung kommen gegenüber den Verantwortlichen, und wenn nicht die große Reservestellung, die Stabilisierung unserer großen Unternehmungen **Grundprinzip** ihrer Leiter gewesen wäre, wären wir nie zu der Blüte unseres wirtschaftlichen Lebens gekommen, in der wir stehen. Deshalb sollte man nicht derartige Zerrbilder hier vorführen über das, was diese Entwicklung jedenfalls gebracht hat.

Und nun sagt man hier bei der **Kohle**: neben dem, daß schon durch Syndizierung die freie Initiative in vielen Fällen ausgeschaltet werde, käme noch hinzu, daß sie im wesentlichen **Inlandsproduktion** wäre und deshalb das hinwegfiele, was man vielleicht sagen könnte gegenüber einer Ausfuhrindustrie, bei der eine Initiative in ganz anderer Weise möglich wäre. Ich gebe zu, daß das richtig ist, daß im wesentlichen für den Inlandsbedarf gearbeitet **wird**. Aber **wenn** der Herr Reichswirtschaftsminister Wissell mit Recht darauf hingewiesen hat, daß wir bei keiner Vorlage etwa immer auf die Verhältnisse sehen können, wie sie vor 1914 waren, sondern sehen müssen auf die Verhältnisse, die nach 1919 kommen, dann wird er mit mir auch darin übereinstimmen, daß für die nächsten Jahre die Kohle der wichtigste **Exportartikel** sein wird, derjenige, der zur Hebung unserer Devisen, unserer Valuta in erster Linie mit in Betracht kommt. Und glauben Sie mir, Herr Reichswirtschaftsminister, alle die Anknüpfungen der abgerissenen Beziehungen, soweit sie noch möglich sind, alle Verhandlungen, die zu führen sind, lassen Sie die nur vollkommen in den Händen derjenigen, die uns durch ihre Kenntnis dieser Verhältnisse an die zweite Stelle der Weltwirtschaft gebracht haben. Wenn Sie sie hemmen durch Beiräte, durch Instanzen, durch Gesetzeseingriffe, dann können Sie eines nicht erwarten — und darauf lege ich den Hauptnachdruck —, daß Sie auf die Dauer diese Persönlichkeiten in ihrem Tätigkeitsdrange befriedigen, daß Sie Ihnen erhalten bleiben. (Sehr richtig!) Denn diese ganzen Vorlagen sehe ich gar nicht an nur unter dem Gesichtspunkt, daß Sie hier das Kohlensyndikat, den Kohlenhandel in dieser Form sozialisieren wollen; man muß sich bei diesen Dingen doch das ganze Prinzip vor Augen führen, um was es sich jetzt hier handelt. Ich brauche ja auch, um zu zeigen, daß ich das nicht ohne Untergrund sage, nur auf die Einigungsvorschläge der Regierung zu verweisen, in denen Sie sagen: die Sozialisierungsgesetze sind bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden, **weitere Sozialisierungsmaßnahmen** werden unter Zuziehung von Sachverständigen und der Arbeiterräte sofort in Angriff genommen werden. Dazu ist das Wort „sofort" extra gesperrt. Also der Herr Ministerpräsident

Scheidemann hat die Sachlage ganz richtig gekennzeichnet: es handelt sich hier nicht um eine abgeschlossene Gesetzgebung, sondern um den Anfang einer Gesetzgebung. (Sehr richtig!)

Nach dieser selben Art soll fortgefahren werden, und wir wissen nur das eine nicht, wo es aufhört. Sie sagen uns ja kein Wort darüber. Soll es lediglich bleiben bei den Großindustrien, die nur auf den Inlandswettbewerb angewiesen sind, soll es nur bleiben bei den Großindustrien, die auf die Bodenschätze Deutschlands fundiert sind, oder wollen Sie nicht viel weiter gehen? Geben Sie uns irgendeine Gewähr dafür, daß die Arbeiterräte, die Sie neu schaffen und die mitberufen sind, um an der Frage der Betriebssozialisierung mitzuwirken und die vielleicht nicht immer ein genügendes volkswirtschaftliches Verantwortlichkeitsgefühl haben, Sie doch Wege führen werden, die dahin gehen, daß über unsere ganze Wirtschaft, über unsere ganze Industrie, über unsern ganzen Handel der Geist der Sozialisierung lebt, den Sie mit diesen Gesetzen beschwören, und der doch nichts anderes ist als eine Einschränkung von privater Verantwortlichkeit? Er ist weniger eine Einschränkung des finanziellen Gewinns. Davon sehe ich hierbei ganz ab, und deshalb ist es falsch und ungerecht, davon zu sprechen, daß sich bei der Industrie der persönliche Egoismus wehre gegen den Weg, den Sie hier beschreiten. Wir wissen das eine, daß der Staat durch seine Lage gezwungen ist, in dieser Beziehung Eingriffe vorzunehmen, wie sie noch nie dagewesen sind, und jeder hat sich damit abzufinden. Diese Frage aber als Grund mit anzugeben, daß Sie sagen: der Arbeiter will nicht, daß für wenige gewirtschaftet werde — diese Frage übertragen Sie Ihrem Kollegen Schiffer, in dessen Händen finden Sie sie in bezug auf Erfassungsart dessen, was der Staat erfassen kann, gut aufgehoben. Wir werden nicht nur die Vermögensabgabe, nicht nur die Wegsteuerung der Kriegsgewinne und anderes bekommen, nein, ich glaube, das eine ist sicher: daß wir das mit hinnehmen müssen — ich spreche hierbei nur für meine Person —, daß eine Steuergesetzgebung kommen wird, die den Anteil des Staates und der Gesamtwirtschaft an allen Korporationen und Gesellschaften, die über Bodenschätze verfügen, festlegt, vielleicht nach der Art, wie heute mit der Reichsbank ein Vertrag seitens des Staates abgeschlossen ist, wonach das Reich sich mit einem gewissen Anteil an demjenigen Ertrage der Unternehmungen beteiligt, der über eine gewisse Höhe der Verzinsung hinausgeht. Wenn Sie dies tun, würden Sie einen Weg gehen, der Ihnen finanzielle Erträge bringt und dem Arbeiter den Stachel nimmt: ich arbeite nur für eine geringe Zahl von denen, die Aktionäre sind; und Sie würden eins nicht auslöschen, was Sie brauchen: die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der fortschreitenden Entwicklung eines Unternehmens. Gehen Sie diesen Weg, tun Sie das den großen Gesellschaften und Unternehmungen gegenüber auf Grund des bodenreformerischen Grundsatzes: die Schätze

der Erde sind Schätze der Allgemeinheit, die ich euch zur Bearbeitung überlasse, ich verlange aber meine Beteiligung an dem, was euch hier zufließt, dann haben Sie ein gutes Gewissen der Arbeiterschaft gegenüber, die in voller Verkennung der Sachlage glaubt, daß sie für eine kleine Minderheit arbeitet, Sie haben auf der anderen Seite einen finanziellen Ertrag und auf der dritten das, was notwendig ist: die Weiterarbeit der Persönlichkeiten, welche diese Unternehmungen bisher glänzend geleitet haben und in Zukunft glänzend leiten werden.

Lassen Sie mich hier eine Warnung aussprechen: was ich für unsere zukünftige volkswirtschaftliche Entwicklung befürchte ist eine **Auswanderung** sehr vieler von denen, die bei unseren Organisationen die wissenschaftlich, technisch **leitenden Persönlichkeiten** sind. (Sehr richtig! rechts.)

Ich meine hier „leitend" nicht nur in bezug auf den Generaldirektor. Wo Sie jetzt hinkommen mit Soldaten, die von der Front kommen, ist es beängstigend zu hören, wie die Unterhaltung im Eisenbahnwagen und überall immer die ist: wo gehen wir nach dem Frieden hin, welches Land bietet uns Aussicht, uns dort betätigen zu können. (Erneute Zustimmung rechts.) Das mag übertriebene Angst vor dem volkswirtschaftlichen Zusammenbruch sein, vor dem wir noch nicht stehen, den wir noch vermeiden können; aber wenn Sie durch übertriebene Einräumung von Rechten auf Leitung eines Unternehmens, wenn Sie durch übertriebene Einräumung von Rechten an die Kontrolle, an diejenigen, die die Kontrolle von oben ablehnen, die Stellung dieser erschweren und ihnen seelisch unmöglich machen: glauben Sie mir das eine: das sittliche Pflichtbewußtsein des einzelnen ist nicht mehr so verankert, daß er sagt: ich leiste der deutschen Gesamtheit trotz alledem meinen Dienst. Ich verteidige das nicht, ich stelle nur die Tatsache fest: darauf können Sie rechnen, daß das sittliche Pflichtbewußtsein bei allen nicht verankert ist. (Sehr richtig! rechts.) Das Ausland mag uns hassen, aber die Leute, die praktisch unsere Wirtschaft groß gemacht haben, nimmt es mit Kußhand auf. (Erneute Zustimmung.) Und dann können Sie erleben, wenn Sie immer nur auf Ihre Betriebsräte sehen und nicht mehr auf die anderen leitenden Persönlichkeiten, daß vielleicht mit Hilfe der Köpfe, mit Hilfe der Persönlichkeiten, von denen auch noch heute das Goethesche Wort gilt:

Daß sich das große Werk vollende,
Genügt ein Geist für tausend Hände! —

in dem Ausland sich eine Industrie erhebt, die vernichtend uns gegenüber sein wird. (Sehr wahr! rechts.)

Die Herren Kollegen von der Unabhängigen Sozialdemokratie sehen ja die Entwicklung ganz anders. Herr Henke sagt: hier kräftig sozialisiert, und es kommt der **Weltbolschewismus**, der nun alles in die Gesamtheit überführt, der in anderen Ländern dieselben Erscheinungen schafft, und dann ist auch alles ausgelöscht, was hier von privatkapitalistischer Seite an Besorgnissen geäußert worden ist. Ich sehe diesen Weltbolschewismus nicht. Siegreiche Völker verfallen solchen Ideen weniger. Es entfallen die Anreize, die hier und da bei uns vorhanden sind. Dann aber haben Sie folgende Situation, auch wenn Sie nicht so weit gehen wie die Herren des Rätesystems: eine gebundene, ihre Initiative nicht voll ausnutzen könnende Wirtschaft in Deutschland, und auf der anderen Seite eine in dieser Beziehung ungebundene Wirtschaft im Auslande!

Sehen Sie, Herr Reichsminister Wissell, deshalb ist es unrecht von Ihnen — und ich glaube nicht, daß Sie das Unrecht bewußt tun —, daß Sie hier glauben, einen Gegensatz der Weltanschauungen konstatieren zu können, von denen nur die eine das Gesamtwohl, die andere die individuellen Gewinnfragen vertreten will. Nein, um was es sich handelt, ist die Frage, ob im Laufe einer **volkswirtschaftlichen Entwicklung** in Deutschland es möglich ist, diese oder jene Betriebe, diesen oder jenen großen Konzern in den Staatsbetrieb zu überführen, oder ob es möglich ist, Formen zu finden, in denen ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb oder irgendeine Form der Sozialisierung dem Gesamtwohl entspricht, und unsere Besorgnis ist die, daß Sie das nicht tun können in einer Zeit wie der heutigen, in der alles provisorisch ist, in der wir die Grenzen unseres Reichs noch nicht kennen, in der wir die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht kennen, in der wir gar nicht wissen, was sich in den nächsten Jahren vollziehen wird, ob wir Rohstoffe bekommen, ob wir über eine Handelsflotte verfügen werden oder nicht. In dieser Zeit allgemeinen Wirrwarrs brauchen Sie die Köpfe, die auf Grund dessen, was sie für die deutsche Wirtschaft geleistet haben, den Weg aus diesem Wirrwarr eher herausfinden, da dürfen Sie sich nicht durch derartige Gesetze binden. Ich bin der Überzeugung, daß man das gut vertreten kann, gut vertreten kann auch gegenüber der Arbeiterschaft, die doch das eine einsehen muß: daß alles, was sie hofft an sozialer Aufwärtsentwicklung für sich und mit Recht hofft, von einer guten Wirtschaftsentwicklung in Deutschland abhängig ist. (Sehr richtig! rechts.)

Diese gute Wirtschaftsentwicklung sehen wir durch diese Ideen nicht gegeben und haben dabei noch die eine große Besorgnis, daß Sie das tun, was einer Ihrer Parteifreunde — die Herren Minister sprechen ja auch so oft als Partei, daß man das Wort wohl gebrauchen kann — hier gesagt hat: wenn Sie erst den Gedanken der Sozialisierung in die Öffentlichkeit hineinwerfen und nachher erst den Plan aufstellen, wie

Sie das nun machen wollen, dann zäumen Sie das Pferd beim Schwanze auf. Sie können doch, wenn ich nun einmal auf das spezielle Kohlengebiet möglich hier auf der einen Seite in bezug auf das Ruhrgebiet eingehen, ohne uns einmal zu sagen, wie Sie sich die Zusammenarbeiten, die doch unzweifelhaft bestehen zwischen diesen großen Kohlenwerken, zwischen den Stahlwerken und Eisenwerken. Was wird aus der ganzen Flotte werden, die für einzelne dieser Unternehmungen nur zur Verfügung steht? Das alles sind doch Dinge, die derartig tief eingreifen, daß man darüber doch etwas mehr in Händen haben muß als die dürftigen Unterlagen, die Sie uns geben, und daß es doch eine schwere Last für unser Verantwortlichkeitsgefühl ist, in etwa 72 Stunden diesem großen Gedanken zustimmen, ihn vor unserem Gewissen vertreten zu sollen, ohne daß wir innerlich die Überzeugung hätten, daß Sie selber sich über das klar sind, was Sie wollen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist die Schwierigkeit, die hier besteht, und diese Schwierigkeit wird nicht nur bei den Parteien bestehen, die Sie die Parteien der Opposition nennen. Soweit ich Herrn Kollegen Dernburg habe folgen können, hat er doch die Zustimmung seiner Freunde auch nur in dem Sinne ausgesprochen, daß er erklärte: innerhalb des Rahmens dieses Gesetzes sind wir bereit mitzugehen, weiterzugehen müssen wir uns in jedem Falle vorbehalten.

Der Herr Ministerpräsident und die Reichsregierung sprechen in einem Manifest, das hier verteilt wird — ich nehme an, daß ich die Einigungsvorschläge der Regierung, also ein offizielles Dokument in Händen habe — davon, daß sofort auf dem Gebiete dieser Sozialisierung weitergeschritten werden soll. Und was sind das auch — lassen Sie mich einmal diese politische Anmerkung machen — für eigentümliche Verhältnisse, daß hier zwischen der **Regierung** in Weimar und einer **Abordnung der Berliner Mehrheitssozialisten** verhandelt wird über die gesamte künftige Politik, die die Reichsregierung treiben will. (Sehr richtig! rechts.)

Ja, ist denn das nicht die Aufhebung des Prinzips der Demokratie? Geben Sie denn dadurch nicht geradezu einen Anreiz dafür, daß über diejenige Körperschaft hinaus, die noch berufen ist, hier zu sprechen, über die Nationalversammlung hinaus, jeden Tag andere Deputationen kommen, von Ihnen irgendwelche anderen Konzessionen verlangen und damit diese Dinge weiter und weiter treiben? Sie haben vorhin etwas über den Redner der Unabhängigen gespottet, der, als ihm vorgeworfen wurde, Herr Kautsky habe das ja selbst gemacht, Herr Haase habe das ja selbst beantragt, erwiderte: ja, wir haben inzwischen einen Parteitag gehabt, das ist alles überholt. Hier haben wir eine Vorlage, die schwere und weitgehende Forderungen enthält und im gleichen Augenblick lesen wir, daß sofort weitere Sozialisierungsvor-

schläge kommen sollen, weil eine Berliner Deputation diese Forderungen stellt. Das steht im vollkommenen Gegensatze zu den Erklärungen, die wir hier gehört haben. Das zeugt davon, daß wir — mag das Wort auch zurückgewiesen werden — doch in eine Periode des sozialistischen Experimentierens hineingetrieben werden. (Sehr richtig! rechts.)

Man hat davon gesprochen, der Herr Reichsminister Wissell hat das gewissermaßen als einen Vorteil angesehen, als eine Anklage gegen die alte Zeit, daß er sagte, ein solches Gesetz hätte bei der alten Regierung mindestens dreiviertel Jahre gebraucht, ehe es dem Reichstag zugegangen wäre. Ich muß sagen: ich hielte es für sehr vernünftig, daß bei Fragen, die so tief in unser Wirtschaftsleben eingreifen — wenn Sie die Geheimdiplomatie beseitigen wollen, dann meinethalben in öffentlichen Verhandlungen —, die Gesamtheit erst einmal ein Bild darüber mit Hilfe der von Ihnen, von Herrn Giesberts so sehr gerühmten Sachverständigen darüber erhält, wie diese Dinge denn nachher aussehen, anstatt daß man mit dieser Schnelligkeit arbeitet und sich dieser Schnelligkeit rühmt. Wenn Sie sich mit einer so großen Empörung dagegen wenden, daß das geschehe unter dem politischen Druck — übrigens hat, glaube ich, der Herr Kollege Hue das ganz anders und ruhiger aufgefaßt, indem er sagte: Nun gut, wenn wir einem Drängen des Volkes nachgeben, dann ist das eben auch ein Ausfluß unserer demokratischen Gesinnung —, ich sage: wenn Sie glauben, damit politische Beruhigung schaffen zu können, so fürchte ich, Sie schaffen nur einen papiernen Wall gegen eine Flut, die dadurch ansteigt, daß man in der Vorlage dieser Gesetze eben eine Konzession an den Geist sieht, aus der diese Flut hervorgegangen ist, wobei man aber gar nicht daran denkt, sich mit dem zu beruhigen, was hier geboten wird, sondern weiter und weiter auftreten, weiter versuchen wird, Sie auf dieser Basis weiterzutreiben. Dann aber kommt nachher die Frage nicht mehr so, ob wir das Kohlensyndikat für reif halten, in diese Form überführt zu werden, sondern dann kommt die Frage doch auf den Generalnenner, ob wir überhaupt den Individualismus innerhalb der Grenzen unserer Sozialpolitik, unserer Steuerpolitik, unserer ganzen Gesetzgebung in Deutschland noch aufrechterhalten wollen, oder ob Sie, die Herren von der Sozialdemokratie, hier alle Parteien auf einen Weg führen, den meiner Meinung nach die gesamten bürgerlichen Parteien bis zum letzten Ende nicht zu gehen gewillt und nicht zu gehen in der Lage sind. (Sehr richtig!)

Ich möchte auf das eine hinweisen, daß ich ja begrüße, daß der Herr Reichsminister Wissell sich gegen den Verfasser des Werkes „Von den kommenden Dingen" gewandt hat. Was in diesem Werke des Herrn Rathenau so außerordentlich gegen mein Empfinden gegangen

ist, das ist die brutale Rücksichtslosigkeit, mit der Herr Rathenau dem Mittelstand in Deutschland sein Todesurteil spricht (sehr richtig! rechts), davon spricht, als wenn da gar nichts zugrunde ginge, daß kein Handwerker, kein Agent, kein Kleinhändler irgendwie noch ein Recht hätte zu bestehen, wenn nur die Erhöhung der Produktivität, wenn nur die Möglichkeit, Kräfte im Volkswirtschaftsprozeß zu sparen, seine Vernichtung fordert.

Wenn Sie hier und auf anderen Gebieten alles zu großen Vereinigungen zusammenschließen, die Sie nachher sozialisieren wollen, dann wird alles, was sich noch vom Mittelstand in Deutschland herübergerettet hat, im Laufe der nächsten Jahre restlos verschwinden, statt daß es erhalten wird. Hier fängt man bei dem einen Syndikat an, dann geht man zu dem anderen über. Was hindert Sie, wenn Sie im Prinzip zustimmen, daß nachher überhaupt nichts mehr von dem übrig bleibt, was überhaupt bei uns individuell betrieben worden ist?

Das sind die großen Gefahren, die hierin liegen, und ich frage mich: cui bono? Was erreichen Sie denn eigentlich durch diese Sozialisierung in bezug auf die Forderungen, die die Arbeiter so oft aufstellten, die nur danach drängten, daß ihnen oder der Gesamtheit das zufiele, was vorher einzelnen zufiel? Die **Produktion** wird nicht gesteigert. Ich bin in bezug auf das Kohlensyndikat, das ich — wie gesagt — aufs schärfste angegriffen habe, zu einer Überlegung gedrängt worden, als ich im Laufe der nächsten Jahre sah, daß im Gebiete der Saar, wo wir Staatsbergbau hatten, die Verhältnisse nicht besser, sondern schlechter lagen als im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat. Die Arbeiterverhältnisse waren schlechter, die Produktion nahm nicht in höherem Maße zu. Das ließ mich erkennen, daß auch in dieser Form der bedingten Initiative doch an sich zugunsten der deutschen Volkswirtschaft herausgeholt worden war, was sich herausholen ließ, und daß auch die Arbeiterverhältnisse, verglichen mit denen der Staatsbergwerke, jeden Vergleich aushielten. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das preußische Klassenparlament hat dafür gestimmt!) — Ich glaube, Herr Kollege Hue, über die Produktionsmöglichkeit kann ein Parlament nichts entscheidend bemerken. Wenn das Parlament des heutigen Wahlrechts ein Berggesetz macht, dann wird es die Fähigkeit, daß der Staatsbetrieb mehr produziert, auch nicht hineinlegen können. Das muß entweder durch die ganze Organisation gegeben sein, oder Sie können es nicht künstlich schaffen. Ihr Einwurf wäre nur in bezug auf die Arbeiterverhältnisse berechtigt, nicht in bezug auf die Produktion.

Ich möchte hier noch das eine anführen. Wir haben doch vielleicht ein gewisses Beispiel, auf das ich den Herrn Reichsminister in der Kommission einmal einzugehen bitten möchte. Es handelt sich jetzt auch darum, ob wir nicht den Weg gehen, daß wir den **Betriebsräten** Funktionen geben, bei denen ich die große Befürchtung habe, daß beim

nächsten Streik gefordert wird, daß sie in die kaufmännische und technische Leitung hineinreden. Wollen Sie nicht die Güte haben, uns in der Kommission mitzuteilen, wie sich denn die Finanzen in **Rußland** entwickelt haben, seitdem man dort diese Vergesellschaftung durchgeführt und dieses Rätesystem eingeführt hat? Wenn ich nicht irre, habe ich vor wenigen Wochen in einer Aufstellung gelesen, daß nach dem Bericht des russischen Finanzministers die Einnahmen aus Handel und Industrie seit Einführung des Rätesystems um 66⅔ Prozent zurückgegangen, auf 33⅓ Prozent gesunken sind. (Hört! hört! rechts.) Es liegt mir fern, diese Ziffer hier etwa nackt hinzustellen; sie hängt mit der ganzen Kriegswirtschaft und anderen Verhältnissen zusammen. Aber dieser Bericht aus Rußland zeigt, in welcher Weise, sobald dieses System bis zum letzten durchdacht ist, dann alles aufhört, was an Freudigkeit der Produktionsschaffung besteht. Sie sprechen davon, daß durch einen idealen Schwung die Freudigkeit des Arbeiters gestärkt werden soll. Geben Sie ihm den idealen Schwung durch eine gute soziale Gesetzgebung, gerechte Steuergesetze und eine gute Politik. Aber vergessen Sie das eine nicht, auch wenn es heute vielen gefährlich erscheint, es auszusprechen: Sie brauchen auch eine **Freudigkeit des Unternehmers.** (Sehr richtig! rechts.) Ohne diese Freudigkeit können Sie auch nicht produzieren. Und fürchten Sie nicht, daß diese einmal versagt? Es könnte das katastrophal für die Frage werden, ob wir überhaupt unsere Wirtschaftsverhältnisse noch einmal wieder aufbauen können.

Das sind die Gedanken und Befürchtungen, die wir angesichts dieses Weges empfinden, den Sie unserer Meinung nach beschreiten, ohne daß Ihnen selbst — ich will mich vorsichtig ausdrücken — vor kurzer Zeit noch die Notwendigkeit dieses Schrittes vor Augen gestanden hätte, obwohl führende Persönlichkeiten aus ihren Reihen vor diesem Schritt — erst Wochen sind es her — aufs schärfste uns gewarnt haben. Wir können doch auch nicht daran vorbeigehen, daß schärfer, als die Herren Hugenberg oder Kempkes es getan haben, ein Mann wie **August Müller,** vor diesen Vergesellschaftungen in dieser Zeit, unter diesen Verhältnissen als einem Verbrechen gewarnt hat, und es begründet hat mit Bezug auf das Ausland und Inland. (Zuruf links.)

Wenn der Herr Staatssekretär Müller an dieser Vorbereitung des Gesetzes mitgearbeitet hat, dann muß ich es Herrn Müller überlassen, sich aus diesem Widerspruch herauszufinden. Dann ist mir die Erklärung, die er gegenüber der gesamten Presse abgegeben hat, schlechtweg unverständlich. (Sehr richtig! rechts.) Dann muß man annehmen, daß bei diesen Dingen mitgewirkt hat die durchaus begrüßenswerte Absicht, politische Schwierigkeiten dadurch aus dem Wege zu

räumen. Ich fürchte, daß Sie sich darin täuschen. Ich fürchte, daß Sie hier gerade den Weg gehen, vor dem der Reichspräsident Ebert in der ersten Rede gewarnt hat, die er an das Haus hier hielt. Da hat er in einem Goethe-Zitat von denen gesprochen, die das Übel weiter und weiter treiben, weil sie in schwankender Zeit auch von schwankender Gesinnung sind, statt fest auf dem Sinn zu beharren. Sie hatten die Absicht, zu sozialisieren, aber erst in dem Augenblick, wo sie genau die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands übersehen konnten, auf Grund allen Materials von Sachverständigen aus allen Kreisen der Arbeiter und Arbeitgeber. Sie sehen, daß die Verhältnisse schwankend geworden sind. Sie sehen, daß große Rückflutungen, Umflutungen innerhalb der politischen Parteien stattfinden, das Anwachsen Ihrer Gegner, der Unabhängigen. Sie sehen die wilden Aufrufe, deren Zeugen wir gewesen sind. Da glauben Sie vielleicht, durch eine gewisse Nachgiebigkeit politisch etwas erreichen zu können. Wenn irgendwo aber, dann ist in solch schwankenden Zeiten das eine geboten, alle diese Fragen, wie der Herr Ministerpräsident heute vormittag sagte, mit kühlem Kopf, ruhig und sachlich zu erörtern und zu prüfen. Wir wünschen nichts anderes, als daß Sie ohne Überstürzung ruhig und sachlich an die Prüfung dieser Dinge herantreten. Uns steht das Wohl der Gesamtheit ebenso vor Augen, als wir nicht zweifeln, daß Sie es bei Ihrer Vorlage beabsichtigt haben. Wohl aber zweifeln wir, daß Sie das Ihnen vorschwebende Ziel auf Ihrem Wege erreichen werden. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter: Alle Völker der Erde haben seit Jahrhunderten und Jahrtausenden sich damit beschäftigt, wie sie aus den Nöten und Schwierigkeiten herauskommen können, und die besten Köpfe der Zeit haben sich bemüht, die Schwierigkeiten, die aus dem Wirtschaftsleben, die Ungerechtigkeiten, die daraus fließen, zu lösen. Die Nationalversammlung beschäftigt sich damit, alle nachdenkenden Köpfe in Deutschland tun es, und wir haben doch alle nicht gewußt, daß wir in unserem Kreise schon einen Mann hatten, der diese Fragen schon längst gelöst hat; dieser Mann, der Redner der Unabhängigen Partei, der vorhin hier gesprochen hat, hat uns den Idealismus des Rätesystems verkündet. Eine Lösung hat er für alles fertig, das ist ein Rat, der da und dort eingesetzt wird, in den Leute eingesetzt werden, die bisher schon vorhanden waren, aber ihr Licht verhältnismäßig wenig haben leuchten lassen. Und die erledigen nun alles das, was allen anderen Menschen nicht möglich gewesen ist. Ich glaube, wenn ein Redner sich vor die Nationalversammlung hinstellt und einen solchen

„Realismus verkündet, können solche Ausführungen nicht recht ernst genommen werden. Denn ich bin der Ansicht, daß es sich hier um eine Art Kinderspiel handelt, bei dem man nicht genau weiß, was man sagt: man glaubt, die Dinge ausschöpfen und erledigen zu können, während man sie in Wirklichkeit in kindlicher Weise vor sich her schiebt. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Freunde und ich haben andererseits mit großem Interesse auf die Kritik gewartet, die von der rechten Seite an den Gesetzentwürfen geübt würde, weil wir der Ansicht waren, daß gerade die **Kritik der Opposition** in diesem Augenblick von außerordentlichem Nutzen sein kann: nämlich die Kritik, die von dem Gedanken ausgeht, nicht alles abzulehnen, sondern die von dem Gedanken ausgeht, daß man auch als Opposition in diesem Augenblick an diesen Entwürfen schöpferisch mitwirken müsse. Da, muß ich allerdings sagen, sind wir durch die Redner von der rechten Seite, besonders durch die Rede des Herrn **Hugenberg**, sehr enttäuscht worden. Seine Kritik war nicht aufbauend, sondern sie hat nur versucht, das zu zerpflücken, was uns jetzt vorgeschlagen ist, und sie war von einer Einseitigkeit, die unseres Erachtens in diesem Augenblick so wenig angebracht, wie nur möglich ist. Er hat die Idee der freien Wirtschaft hier verteidigt, er hat den Gedanken ausgesprochen, daß das „Auge des Unternehmers nur in der Freiheit sehend" sei. Ich glaube, er hat vergessen, wie manches Auge in der Freiheit gerade von der Seite aus blind gemacht worden ist, für die er hier im wesentlichen seine Gedanken vorgetragen hat. Er hat uns gesagt: ohne freie Wirtschaft keine Ehrlichkeit. Ich nehme an, daß das ein Wort war, das ihm etwas schnell aus dem Munde herausgeflogen ist und das nicht genügend scharf überlegt worden ist. Denn wenn es ohne freie Wirtschaft keine Ehrlichkeit gäbe, dann gäbe es ja heute schon im Bergbau keine Ehrlichkeit mehr; denn da gibt es keine freie Wirtschaft. Das ist ihm und seinen Freunden durchaus bekannt, und es erübrigt sich, das an dieser Stelle im einzelnen näher auszuführen.

Wir sind uns durchaus der Schwierigkeit der Fragen, die uns vorliegen, bewußt. Wir sind uns durchaus bewußt, daß wir hier in manchen Punkten einen Sprung ins Dunkle hinein tun, und wir sind sehr dankbar für die Kritik, die gerade von der hier betroffenen Unternehmerseite ausgehen kann, wenn diese Kritik sich bemüht, besser zu machen und die Dinge besser zu gestalten, als was bisheran vorliegt. Aber da machen die Herren den Fehler, den sie die ganzen Jahrzehnte über gemacht haben: sie haben von der Sozialdemokratie und von anderen Parteien aus die heute bestehende Wirtschaftsordnung kritisieren lassen, sie haben diese Kritik abgelehnt, sie haben ihre Auffassung verteidigt, aber sie haben selten oder nie den Ver-

such gemacht, die auf der Hand liegenden Fehler der alten Wirtschaftsweise nun ihrerseits zu verbessern und eine aufbauende Kritik daran zu üben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dieser Mangel, daß uns von **Unternehmerseite** gar keine brauchbaren Vorschläge auf diesem Gebiete vorliegen, scheint mir einer der größten Fehler zu sein, mit dem wir uns zurzeit auseinanderzusetzen haben. Wenn die Bücher des Herrn **Rathenau** in Deutschland so viel Eindruck gemacht haben und soviel gelesen worden sind, dann meines Erachtens zum großen Teil deshalb, weil hier endlich einmal ein Unternehmer sagte, wie er sich die Sache denkt (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und weil das Land danach hungerte, daß gerade aus Unternehmerkreisen bessernde Vorschläge kamen. Diese Vorschläge vermissen wir.

Ich sage das heute nicht zum erstenmal, sondern ich habe das gerade den Herren von der Großindustrie im Westen in verschiedenen Sitzungen recht deutlich vor Augen geführt. Das ist der große Mangel Ihrer Kritik (nach rechts), und solange dieser Mangel nicht beseitigt ist, besteht die große Gefahr, daß Sie bei den Reformen, die jetzt kommen und die jetzt unvermeidlich sind, an die Seite gedrängt werden und wieder neben dem Wagen polternd einherzulaufen genötigt sind. Das möchten wir gerade von unserem Standpunkt aus vermieden wissen. Wir haben den größten Wunsch, daß wir von der Industrie und ganz besonders von der beteiligten Industrie aus auf die Dinge hingewiesen werden, die bei dem Umbau dieser Verhältnisse notwendig sind. Das ist also der große Mangel, den ich hier feststellen muß. Sie haben kein Programm dafür, Sie haben nur eine Ablehnung dessen. Sie haben nur den Wunsch, daß es so bleiben möge, wie es hier bisheran war.

Es ist aus all den Reden von der linken Seite aus hervorgegangen, daß es nicht so bleiben kann, wie es bisher gewesen ist, daß man den Versuch machen muß, hier Änderungen herbeizuführen, die in der Lage sind, wie es von anderer Seite schon betont wurde, den **Arbeiter**, den Menschen nicht bloß als Maschine, als Objekt in das Wirtschaftsleben hineinzustellen, sondern daß er eben als Mensch mit Menschenrechten in diesem **Wirtschaftsleben** tätig ist. Die Deutsche Demokratische Partei und ihre Fraktion, für die ich heute zu sprechen die Ehre habe, sind der Ansicht, daß mit der Einführung der politischen Demokratie die Entwicklung nicht abgeschlossen ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir sind der Ansicht, daß nun nicht das Höchste dessen erreicht ist, was erreichbar sein kann, sondern daß von dem Boden der heutigen Verhältnisse aus eine weitere Entwicklung, ein lebendiges Wachstum, eine neue Besserung ausgehen muß. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Von diesem Gesichtspunkt aus arbeiten wir

auch mit innerer Freude an diesen Gesetzentwürfen mit, trotzdem und weil wir die Schwierigkeiten der Materie kennen (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten), trotzdem und weil wir wissen, eine wie große Verantwortung wir auf uns laden, trotzdem und weil wir wissen, wie auch auf diesem Gebiet vielleicht große Fehler gemacht werden können.

Erfreut sind wir darüber, daß in bezug auf den **Staatsbetrieb** in diesem Hause doch ziemliche Einmütigkeit zu herrschen scheint. Der Traum, daß alles verstaatlicht werden müsse, den man auch in den neuen Büchern der sozialistischen Literatur findet, scheint doch ziemlich erledigt zu sein.

Wir haben in unseren Kreisen in diesen Tagen einen Ausschuß eingesetzt, der von sich aus versucht hat, hier die Wege zu suchen, die wir in Zukunft zu gehen in der Lage sind. Wir wollen keine **wahllose Sozialisierung**. In dieser Hinsicht muß ich manches von dem ablehnen, was von dem Abgeordneten Hue einerseits, aber auch vom Regierungstisch von einer wahllosen Sozialisierung oder auch von einer Sozialisierung gesagt worden ist, die darauf hinausgeht, nun möglichst schnell und möglichst viel zu sozialisieren. Davon versprechen wir uns nichts, da können wir nicht mitmachen. Aber wir haben versucht, das festzulegen, was wir mitmachen können und was unseres Erachtens auch in diesem Augenblick der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung notwendig und möglich ist.

Da sind wir zu folgendem Ergebnis gekommen. Wir unterscheiden in der Wirtschaft zwischen den sogenannten **natürlichen Monopolen**, zwischen den Dingen, die uns von der Natur aus gegeben sind, die wir mit Menschenkraft nicht vermehren können, und von denen wir nur einen beschränkten Vorrat in unserem Lande haben. Darunter verstehen wir vor allen Dingen Kohle, Salze im weitesten Sinne des Worts, Wasserkräfte, und was sonst noch an kleineren Mineralien da hineingehört. Wir nehmen dazu ferner die Bewirtschaftung der Energie, wie diese ja auch schon im Rahmen der Regierungsentwürfe liegt; wir rechnen dazu ferner den Verkehr, der sich ja schon im wesentlichen in der Hand des Staates befindet, und haben aus praktischen Gründen geglaubt, daß es nötig ist, in diesen Rahmen die neue Stickstoffindustrie einzuspannen, die die großkapitalistische Entwicklung noch vor sich hat, die wir aus diesem Grunde dem Staatsinteresse mehr dienstbar machen wollen. Zwischen diesen Punkten und allen übrigen Industriezweigen machen wir einen Schnitt, und von diesem Schnitt sagen wir auf der einen Seite: für alles das, was in diesem Sinne als natürliches Monopol zu betrachten ist, sind wir bereit, den Sozialisierungsgedanken auch in weiterem Umfang anzunehmen; für das, was jenseits dieser Linie liegt, sind wir der Ansicht, daß, soweit überhaupt von Sozialisierung eine Rede sein kann, das sich nur auf die Verwaltung und

eventuell auch auf die Verteilung der Erträgnisse beziehen kann, daß sie aber nicht den wesentlichsten Punkt der alten Wirtschaftsweise: die freie Individualwirtschaft, den freien Geist des Unternehmers unterdrücken solle. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Innerhalb der Betriebe überhaupt unterscheiden wir zwischen dem Eigentum an dem Betrieb, und wir sind der Ansicht, daß hinsichtlich der Sozialisierung es nicht von ausschlaggebender Wichtigkeit ist, in welchen Händen sich dieses Eigentum befindet. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir unterscheiden ferner in bezug auf Erträgnisse der Betriebe und die Verwaltung der Betriebe, und da sind wir der Ansicht, daß in weitestgehendem Maße eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens in dieser Verwaltung einsetzen muß. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Wir sind der Ansicht, daß die **politische Demokratie** auf diesen Gebieten ihre weitere Fortführung und ihre Lösung finden muß. Wir glauben, daß die Freiheit nicht allein auf politischem Gebiet vorhanden sein kann, sondern daß man versuchen muß, auch im Wirtschaftsleben das, was unser Vorkämpfer Ernst Abbé das „Klassenfaustrecht" genannt hat, zu beseitigen, um an seine Stelle eine Art von demokratischer Verwaltung in den Betrieben einzuführen, soweit die Arbeiterangelegenheiten in Frage kommen. Wir gehen in dieser Richtung noch etwas weiter, indem wir geneigt sind, dafür einzutreten, daß den **Arbeitern und Angestellten** innerhalb des Betriebs ein gutes Stück von Einblick in den Betrieb selbst gewährt werden muß, daß sie in der Lage sind, aus eigenem zu beurteilen, was der Betrieb tragen kann. Es ist nicht gut, das allein von oben herunter zu diktieren, sondern wenn man in ruhigeren Zeiten wieder an die freie Einsicht der Arbeiter appellieren kann, so wird damit mehr erreicht werden als mit dem bisherigen System des Zwangs.

Für die natürlichen Monopole, die ich vorhin gekennzeichnet habe, sind die **Selbstverwaltungskörper**, wie sie das Sozialisierungsgesetz vorsieht, eine durchaus diskutable und, wie es scheint, treffliche Einrichtung, und es kommt nur darauf an, wie diese Einrichtung im einzelnen ausgebildet wird. Im übrigen ist das Wirtschaftsleben so vielgestaltig und wird es auch in Zukunft sein und bleiben müssen, daß nicht mit einer schematischen Form der Regelung dasjenige erreicht werden kann, was wir erreichen wollen und was erreicht werden muß. Wir sind deshalb dafür, daß in möglichst weitem Umfang die Beweglichkeit erhalten bleibt, daß sich die Einrichtungen, die nach den Grundsätzen, die ich hier entwickle, getroffen werden, möglichst den Einzelverhältnissen anpassen, und daß in dieser Richtung nichts geschieht, was den Betrieb mehr einengt, als unbedingt notwendig ist. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus wäre uns die **Mitwirkung der Unternehmer**, und zwar hier vom Kohlengebiet, von großer Wichtigkeit; denn gerade sie sind, wenn sie

die Dinge mitmachen, wenn sie sich nicht sperren, in der Lage, uns hier viel nützlichen Rat zu geben und dafür zu sorgen, daß die Beweglichkeit erhalten bleibt, die sie haben müssen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn sie sich allerdings wieder so sperren, dann sind sie vielleicht in der Lage, dieses Gesetz und seine Wirkung zu sabotieren und daraus etwas Ähnliches zu machen wie bei dem sogenannten Trotztrust Herne, der seinerzeit die staatliche Erwerbung der Zeche Hibernia verhindern wollte. Das können sie; aber ich würde es für den allergrößten politischen Fehler halten, den sie machen können. Niemand ist bereit, die Leistungen der großen Industrie mehr anzuerkennen als wir. Ich stamme selber aus dem Westen und bin in dieser großen Industrie aufgewachsen. Ich kenne manchen dieser Herren, wir haben vor ihnen eine außerordentlich große Hochachtung — das sage ich in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichsminister Giesberts —, und wir wollen ihre Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben nicht unterschätzen. Aber politisch sind die Herren immer bisher auf die falsche Seite getreten (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und wenn die Dinge so weitergehen, wie es heute aus der Rede des Herrn Hugenberg durchgeklungen hat, dann fallen sie auch in Zukunft wieder auf die falsche Seite und werden versuchen, dieses Gesetz durch passiven Widerstand zu sabotieren. Die Folge wird dann sein, daß immer neue Gesetze kommen, daß man das, was auf dem Wege der freien Verständigung nicht zu erreichen ist, versuchen wird, durch immer neue Gesetze zu erzwingen. Und das Ende ist dann ein Schrecken, viel größer, als ihn Herr Hugenberg heute morgen für die nahe Zukunft geschildert hat.

Hinsichtlich der Verteilung der Erträgnisse ist ein großer Teil meiner Freunde für die **Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten.** Aber wir schlagen dem Hause vor, einen gemischten Ausschuß zu bilden, der untersucht, in welchen Formen man die Arbeitenden zweckmäßig an den Erträgnissen sowohl als am Umschlage des Geschäfts beteiligen kann.

Also wir anerkennen die Leistung des freien Unternehmers.

Ich brauche hier und in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit nicht zu verlesen, was hinsichtlich der Leistungen dieser freien Unternehmer im kommunistischen Manifest und anderen sozialistischen Schriften geschrieben worden ist: eine ungeheure Bereicherung der Wirtschaft, eine ungeheure Bereicherung des Volkes. Und mir liegt daran, festzustellen, daß an dieser Bereicherung der Wirtschaft, die aus dieser alten freien Wirtschaftsweise eingetreten ist, auch die Arbeiter wesentlich teilgenommen haben. (Sehr richtig! links.) Unterstützt und getragen von der Gewerkschafts-

bewegung, hatten sich unsere Kollegen in Deutschland **Lohnverhältnisse** erkämpft, die sich auch im internationalen Wettbewerb sehr gut sehen lassen konnten (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und wer kurz vor dem Kriege englische Verhältnisse gekannt hat und wer in der Lage war, englische Lohnstatistiken mit deutschen zu vergleichen, wird wissen, daß die Löhne des größten Teils der Arbeiterschaft sich vor den englischen Löhnen nicht mehr zu verstecken brauchen. Ich erinnere an **die Arbeiterversicherung**, die in diesem Zusammenhang noch gar nicht erwähnt worden ist. Soviel wir im einzelnen daran auszusetzen hatten, so sehr wir gewünscht hätten, daß Bismarck damals die Arbeiterversicherung nicht auf der von ihm beliebten bureaukratischen Grundlage, sondern auf der von uns vertretenen, von ihm bekämpften Grundlage des freien Hilfskassenwesens gemacht hätte, so erkennen wir alle mit Freuden an, daß die Arbeiterversicherung außerordentlich viel für den deutschen Arbeiter geleistet hat, auf Grund der Leistungen andererseits wieder, die in den Unternehmungen durch Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern geschaffen worden waren. Aber die **großen Unternehmer** haben nie den rechten Weg zum Herzen der Arbeiter gefunden, sie sind, wie ich schon sagte, immer nebenher gelaufen, und ich befürchte sehr, daß sie auch jetzt, nachdem sie kurz vor dem Ausbruch der Revolution zu spät den Versuch machten, mit den Gewerkschaften den Zusammenhang zu finden, den sie lange hätten haben sollen, die Fühlung wieder verlieren. (Sehr richtig! links.)

Nachdem sie jahrelang mit dazu geholfen haben, das Ansehen der sogenannten „bezahlten Agitatoren" zu untergraben und zu zerstören (lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten), da griffen sie zu diesem Mittel, als es zu spät war, als die Welle schon im Begriffe war, über uns hinwegzubrausen. (Sehr gut! links.) Ich bin sicher, daß wir in absehbarer Zeit hören werden, wenn die Dinge einmal vorbei sind, daß die Arbeiterführer und Arbeiterorganisationen dann versagt hätten, als man sie am notwendigsten gebraucht hätte. Das mag vielleicht zum Teil gar nicht einmal unrichtig sein; aber die Herren, die das sagen werden, mögen sich fragen, inwieweit sie selbst an diesem Unheil schuld sind dadurch, daß sie das Ansehen der Organisationen solange untergraben haben, als es ihnen überhaupt nur möglich war. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Freunde haben den dringenden Wunsch, daß die große Industrie nicht den Fehler wieder macht, und ganz besonders der Herr Kollege Hugenberg sollte mit seinem großen Einfluß, den er in dieser Industrie hat, sich ernsthaft überlegen, welchen Weg er in Zukunft gehen will, ob er die Entwicklung, die wir hier mitmachen und die wir zum Teil mit führen wollen, sabotieren will oder nicht. Noch ist der entscheidende Schritt nicht geschehen; aber die Gefahr, daß er nach der

falschen Seite hin geschieht, ist nach der Rede des Herrn Kollegen Hugenberg heute sehr nahegerückt.

Hinsichtlich der Sozialisierung habe ich in Kürze unseren Standpunkt dargelegt. Ich möchte diesen Gedanken noch nach einer Seite erweitern, die uns in gewissem Umfang wichtiger zu sein scheint als die Sozialisierung an sich. Durch die Herren Regierungsvertreter ist uns vor einigen Tagen mitgeteilt worden, daß beabsichtigt sei, ein freies demokratisches **Arbeitsrecht** im Reichsarbeitsamt vorzubereiten und möglichst bald durchzuführen. Wir haben diese Ankündigung mit großem Interesse und mit großer Freude begrüßt, weil es sich hier um die Erfüllung eines alten Wunsches handelt, der gerade aus unseren Kreisen heraus — ich erinnere an Ernst Abbé (sehr richtig! links), ich erinnere an Karl Flesch, an Dr. Potthof und andere —, der gerade aus unseren Kreisen heraus ausgearbeitet und immer wieder vertreten worden ist. (Sehr richtig! links.)

Da es sich hier um die sogenannte Demokratisierung der Betriebe handelt, da es sich darum handelt, die Einrichtungen zu schaffen, die nötig sind, um das „Menschenrecht der Arbeit" gegenüber dem Sachenrecht der Maschinen festzustellen, sind wir sehr froh, daß die Arbeit in Angriff genommen wird, und wir wollen recht gern daran mitarbeiten. Da diese Frage für alle Betriebe Gültigkeit hat, für den kleinsten und den größten, für alle Betriebe, mögen sie wirken, wie sie wollen, mögen sie privatkapitalistisch, sozialistisch oder sonst wie sein, so sind wir der Anschauung, daß durch diese Art eines freien deutschen Arbeitsrechts, das dann durch ein internationales Arbeitsrecht ergänzt werden muß und kann (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), Wichtigeres und, wie wir glauben, mindestens so Nützliches geschaffen werden kann, wie durch alle Versuche der Sozialisierung. Ich habe schon vorhin den Abbéschen Satz zitiert, daß die Zeit des Klassenfaustrechts vorbei ist, wie er an irgendeiner Stelle sagt: alle Entwicklung besteht darin, daß das Faustrecht durch ein wirkliches, ordentliches Recht abgelöst wird. Das gilt auch auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens. Das Arbeitsverhältnis war bisher im wesentlichen ein Gewaltverhältnis (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); es soll nach unserer Auffassung in Zukunft ein Rechtsverhältnis werden. Nicht die Macht soll im Arbeitsverhältnis entscheiden, die heute bei den Freunden des Herrn Koenen und bei den Maschinengewehren ist (sehr gut! links), und die nach Jahren vielleicht irgendwo anders sein kann, sondern das freie Recht, das in freier Prüfung gefunden wird, soll entscheidend sein. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Im Rahmen dieses Arbeitsverhältnisses wünschen wir die Bildung von **Arbeitskammern**, mag man sie unsertwegen Räte oder sonstwie

nennen. Wenn einmal die Krankheit, die Tollwut, die heute durch Deutschland geht, vorbei ist, dann werden für diese Aufgaben die gesamte Arbeiterschaft aller Richtungen und ganz besonders meine Freunde vom Kongreß der freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung sich wieder zu gemeinsamer aufbauender Arbeit innerhalb unsers Vaterlandes zusammenfinden. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist von verschiedenen Seiten gesagt worden — ich will es im einzelnen nicht wiederholen —, daß die Dinge, die wir heute machen wollen, im wesentlichen auch eine Frage der Gesinnung sind. Ich möchte es aber doch noch einmal unterstrichen haben. Für das, was der Sozialismus leisten soll, mag er kommen in welcher Form er will: die Form ist unseres Erachtens nicht das Entscheidende, sondern die Gesinnung, mittels der diese Form ausgefüllt wird. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Diese wirklich **soziale Gesinnung** kann in jeder Betriebsform, in jeder Eigentumsform vorhanden sein, wenn eben die Gesinnung in den Menschen vorhanden ist. Heute gewahren wir einen erschreckenden Mangel an sozialer Gesinnung. Ich brauche Ihnen das im einzelnen nicht mehr auszuführen; es ist Ihnen bekannt. Ich will nur noch das eine sagen, daß die Mordlust aus dem Felde in die Heimat hineingetragen wird. (Hört! hört!) Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, am 10. Januar in **Düsseldorf** dem großen **Umzuge** beizuwohnen und mit an der Spitze zu gehen, der damit endete, daß von seiten — na, sagen wir einmal — der Spartakisten, um niemanden aus dem Hause damit in Verbindung zu bringen (Heiterkeit), auf einen Zug von hunderttausend unbewaffneten Leuten geschossen worden ist, und daß uns 14 Tote und 30 Verwundete dabei auf dem Schlachtfelde zurückblieben. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Wir sehen heute — das möchte ich offen sagen, und ich möchte die Fenster und Türen dieses Saales öffnen, damit es so weit hinausklingt wie möglich — die außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeiter sich von hergelaufenen Literaten, die niemals in ihrem Leben etwas Vernünftiges gearbeitet haben (sehr richtig! links), führen läßt und diesen Leuten folgt. Ich bedauere es außerordentlich, daß Zuhälter in Lackschuhen sich als Arbeiterführer aufspielen können, daß Maulschwätzer aller Art die Arbeiter verführen. Darin dokumentiert sich ein ungeheuer starker Mangel an sozialer Gesinnung. Kautsky und seine Freunde haben uns immer gesagt: diese soziale Gesinnung, die wir brauchen, ist ja schon vorhanden, sie wächst schon heute aus den Gewerkschaften heraus. Ich bin der Meinung, daß in dem Klassenstaat, den wir jetzt glücklich hinter uns haben, dieses Maß sozialer Gesinnung, das wir jetzt nötig haben, nicht erwachsen

konnte. Dieses Maß sozialer Gesinnung und Verantwortung, das wir jetzt brauchen, kann nur, wie im Jahre 1894 Abbé gesagt hat, im freien, im demokratischen Staate erwachsen. Insofern können wir also durchaus nicht von dem überrascht sein, was sich jetzt uns darbietet, und auch die Herren von der Rechten haben nicht allzuviel Ursache, über diesen Mangel an Idealismus, an nationalem Sinn usw. heute zu klagen. Denn wenn ich nur an zwei Worte erinnern darf: der Ausdruck, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, das „Portemonnaie der Besitzenden" zu schützen, und der andere Ausdruck aus der Wahl vom Jahre 1907, daß das „nationale Schwein" alle Opposition totgeschlagen hätte, beweisen eine so krasse materialistische und unsoziale Gesinnung, daß wir uns nicht wundern können, daß diese Dinge heute links allzuviel Widerhall gefunden haben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen. Im einzelnen will ich noch zu den Gesetzentwürfen sagen, daß wir glauben, daß im § 1 des Sozialisierungsgesetzes die **Pflicht zur Arbeit** vielleicht schärfer ausgedrückt werden könnte, als sie ausgedrückt ist. Wir sind aber der Ansicht, daß der § 2 eine Beschränkung finden soll auf die natürlichen Monopole, die ich vorher kurz skizziert habe. Weiter sind wir der Ansicht, daß im Kohlengesetz die zu erlassenden Verordnungen, die von so außerordentlich schwerer Bedeutung sein werden, nicht bloß dem Staatenhause, sondern auch der Nationalversammlung bzw. dem Reichstage in irgendeiner noch näher festzustellenden Form vorzulegen sind. (Sehr gut!) Dann wünschen wir dringend, wenn es möglich ist, in der Kommission eine klare Begrenzung zu hören, wo die Sozialisierung anfängt und wo sie aufhört.

Was den vom Kollegen Hue erwähnten Antrag 99 betrifft, so glaube ich sagen zu können, daß er in dieser Form für unsere Freunde nicht annehmbar ist, daß wir aber den Wunsch haben, uns im Ausschuß darüber näher zu unterhalten und den Versuch zu machen, eine Form zu finden, wie vielleicht dem gerechten Sinn dieses Antrages Rechnung getragen werden könnte.

Abbé, den ich schon mehrfach zitiert habe, hat den Gedanken ausgesprochen, daß Unternehmer sein nicht bloß eine privatrechtliche, eine individualistische Funktion, sondern eine öffentliche Funktion ist. Der Unternehmer verwaltet das Gut, das letzten Endes zum mindesten in der Form des Übereigentums der Gesamtheit zugehört. Wir wünschen, daß aus diesen Neuerungen, die jetzt die Hülle zu sprengen versuchen, ein gutes Zusammenarbeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern hervorgeht. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Wir sind der Ansicht, daß im demokratischen Staat zwar der Klassengegensatz bis zu einem ge-

wissen Grade bestehen bleibt und bestehen bleiben muß, daß er aber nicht ausarten darf in den Klassenkampf und das Klassenfaustrecht, wie wir es vor dem Kriege gehabt haben, daß vielmehr im demokratischen Staat das allgemeine Staatsgefühl, das nationale Gefühl, der Freiheitsgedanke ein gemeinsames Band um alle Stände und alle Klassen der Bevölkerung schlingen muß, ein Band, das, wenn es darauf ankommt, stärker sein muß als das Trennende, das durch die Klassenunterschiede gegeben ist. (Lebhafte Zustimmung.)

In diesem Sinne hoffen wir die Zukunft der Entwicklung beeinflussen zu können, in diesem Sinne arbeiten wir auch an den Gesetzentwürfen mit und werden wir draußen im Geisterkampfe auch die Dinge ausfechten, die wir nicht mitmachen können, von denen wir glauben und hoffen, daß sich andere, bessere Wege finden werden. Das wird also unsere Arbeit sein für die Zukunft.

In diesem Geiste stimmen wir den Gesetzentwürfen zu und geben der Hoffnung Ausdruck, daß kein Verantwortlicher in Deutschland sich von der Mitarbeit an den neuen Formen, die sich jetzt entwickeln sollen, zurückhält, und daß auch ganz besonders die Großunternehmerschaft den kritischen Augenblick erkennt, in dem wir jetzt leben, und daß sie den richtigen Schritt tut, der notwendig ist, um uns in eine bessere Zukunft hineinzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Die erste Beratung der beiden Gesetzentwürfe ist damit geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hugenberg.

Dr. **Hugenberg**, Abgeordneter: Der Herr Ministerpräsident hat mich in mehrfacher Beziehung persönlich angegriffen.

Zunächst hat er gegen mich und meine Freunde wiederum, und zwar in persönlich zugespitzter Form, den Vorwurf der **Kriegsschuld** und der volksverderblichen **Kriegsverlängerung** erhoben. Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nur erklären, daß dieser Vorwurf unzutreffend und falsch ist, und daß ich den Augenblick herbeiwünsche, wo ich mich an dieser Stelle mit dem Herrn Ministerpräsidenten hierüber auseinandersetzen und diese Legende oder — ich muß es mit Beziehung auf die Vorgänge außerhalb dieses Hauses sagen — diese hetzerische Geschichtsfälschung zerstören kann. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Weiter hat der Herr Ministerpräsident geglaubt, mich und mir nahestehende Kreise auf den **Weg der Ehrlichkeit** verweisen zu sollen. Ich glaube, es genügt für mich und auch für jeden hier im Hause, der die Verhältnisse kennt, wenn ich sage, daß wir einer solchen Mahnung nicht bedürfen, und daß der Herr Ministerpräsident sich wohl darüber

im klaren sein mußte, daß ich von der Kriegswirtschaft gesprochen und in diesem Zusammenhange gesagt habe: das deutsche Volk will wieder ehrlich werden —, und ich möchte Sie alle hier im Hause fragen, ob Sie mit Bezug auf die Kriegswirtschaft glauben, in den letzten Jahren ehrlich geblieben zu sein, und wenn er hier wäre, würde ich den Herrn Ministerpräsidenten auch danach fragen. (Sehr gut! rechts.) Und wenn Sie diese Frage verneinen, so möchte ich die weitere Frage stellen, ob Sie nicht alle den Wunsch haben, wieder ehrlich zu werden. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Drittens: Der Herr Ministerpräsident hat hier erklärt, ich hätte mich gegen die Einrichtung der **Brotkarte**, d. h. gegen die Einrichtung ausgesprochen, die dem armen Manne das Brot sichere. Ich habe das nicht getan, und ich wundere mich, daß der Herr Ministerpräsident gerade diesen Punkt, der in falscher Aufmachung sich zur agitatorischen Verwertung eignet, aus meiner Rede herausgepickt und mir nicht geantwortet hat auf die schwerwiegenden sachlichen Fragen, die ich gestellt habe. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe davon gesprochen, daß die Regierung im Geiste der Kriegsgesellschaft und der Brotkarte weiter arbeitet auf Gebieten, die sich nicht dazu eignen, und zu einer Zeit, die sich nicht dazu eignet.

Und nun noch eins: Der Herr Abgeordnete Molkenbuhr hat mich hier als den Vorsitzenden des Direktoriums der Firma Krupp bezeichnet. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich es nicht mehr bin, und daß demnach auch jeder Schein entfällt, als ob ich nicht frei und unabhängig nach allen Seiten hin wäre.

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Koenen.

Koenen, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Minister Wissell hat die Bemerkung gemacht, daß im **„Halleschen Volksblatt"** ein Artikel gestanden hätte, in dem ausgeführt sei, daß die Regierung alles bewilligt habe, was die Kommission der Halleschen Bergleute verlangt habe. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie sind doch nicht die „Hallesche Volkszeitung"!) — Ich bin Redakteur des Volksblattes und stehe mit diesem Artikel, wie ich feststellen will, in unmittelbarer Beziehung. Dieser Artikel ist aufgenommen worden, um den Streik hintanzuhalten, in der Absicht, den Leuten zu sagen, sie sollten sich mit den Zugeständnissen zufrieden geben. Wenn dieser Artikel in diesem beruhigenden Sinne aufgenommen worden ist und uns jetzt trotzdem zum Vorwurf gemacht wird, so muß ich das zurückweisen. Die Arbeiter sind in den Streik getreten, weil sie sich mit der Ansicht, daß sie sich zufrieden geben könnten, nicht beschieden haben. Noch ehe die entscheidende Konferenz zu diesen Dingen Stellung nehmen

konnte, brach der Streik aus. Wenn der Herr Minister Wissell mich trotzdem zum Führer des Streiks macht, so bin ich ihm für dieses Kompliment dankbar. Leider kann ich es nicht ganz annehmen.

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister Wissell.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Ich konstatiere, daß damit alles bestätigt worden ist, was ich gesagt habe.

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Ich schließe erneut die Debatte, die durch das Eingreifen des Herrn Reichswirtschaftsministers Wissell wieder eröffnet worden war.

Es ist die Überweisung der beiden Gesetzentwürfe an den Ausschuß für den Reichshaushalt beantragt worden. — Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch; die Überweisung ist beschlossen. Damit ist unsere Tagesordnung erschöpft.

Ich schlage dem Hause vor, die nächste Sitzung abzuhalten **Montag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr**, mit folgender Tagesordnung:

Interpellation Müller (Breslau), Gröber, v. Payer, betreffend Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes (Nr. 106 der Drucksachen) **in Verbindung mit der**

Interpellation Arnstadt, Dr. Heinze, betreffend die Gefährdung der Ernte 1919 (Nr. 111 der Drucksachen) und für den Fall, daß die Unterlagen rechtzeitig dem Hause zugehen, in weiterer Verbindung mit dem mündlichen Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 7 Minuten.)

24. Sitzung.

Montag den 10. März 1919.

Sicherstellung unserer Ernährung. Ernteforgen. Landwirtschaftliche Arbeiter.

Geschäftliches. Ausschüsse.

Interpellation Müller (Breslau), Gröber, v. Payer: Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes, — verbunden mit

Interpellation Arnstadt-Dr. Heinze: Gefährdung der Ernte 1919 und mündlichem Bericht des Volkswirtschaftsausschusses über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft.

Dr. Petersen (D. V.), Interpellant: Absolute Wahrheit. — Rationierung war notwendig. — Schleichhandel, Lockerung der Moral. — Nur die notwendigsten Verordnungen beizubehalten. — Freier Handel. — Appell an das Ausland.

Dr. Semmler (D. Nat.), Interpellant: Hauptgewicht nicht Verteilung, sondern Produktion. — Die Landwirtschaft imstande. — Aber Arbeiterfrage und Stickstoffrage. — Zuerst Ordnung zu schaffen. — Sozialisierung der Landwirtschaft wäre Ende der ganzen Volkswirtschaft.

Schmidt, Reichsernährungsminister: Des deutschen Volkes Anspruch auf Gerechtigkeit. — Es stände nicht so schlimm mit der Ernährung, wenn nicht Streiks und Unruhen. — Kohle, Kali, Eisen als Zahlungsmittel fielen aus. — Wann kommt den Arbeitern die Einsicht? — Unheilvoller Einfluß der Gewalttaktik. — Jeder Streik Verbrechen an der Nation. — Zwangswirtschaft muß bleiben. — Landarbeiterfrage wichtig. — Stickstoffdüngung. — 14 Tage Streik bedeuten Ausfall von 118 000 Tonnen Weizen. — Unsere Rettung nur ruhige wirtschaftliche Entwicklung und menschliche Einsicht der Gegner.

Edler v. Braun, Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt: Bericht über die Verhandlungen in Spaa. — Pflicht getan.

Schiele (D. Nat.), Berichterstatter: Frage der Landarbeiter. Mittel. — Nicht Suchen nach neuen Wirtschaftsformen, sondern Ordnung schaffen.

Müller (Breslau) (S.) zur Geschäftsordnung.

Blum (Z.): Die Erzeugungsfreudigkeit des Bauernstandes zu heben. — Erfolgreiche Mitwirkung der Selbstverwaltungsorgane. — Die Entente und Bolschewismus. — Hungerrache schlimmer als Blutrache.

Wurm (U. S.): Bauern- und Landarbeiterräte müssen Macht haben zur Erfassung der Lebensmittel. — Bereicherung einzelner. — Schuld an den Streiks Nichtbewilligung der Arbeiterforderungen. — Appell an den einfachen Geschäftssinn des Auslands. — Hoffnung auf die Arbeiter aller Länder.

Dr. David, Reichsminister: Arbeiterforderungen vorher bewilligt. Trotzdem Streik. — Streik schuld, daß Nahrungsmittel nicht hereingebracht werden können. — Mehrheit gegen Streik, aber vergewaltigt. — Schuld der Unabhängigen, auch am Blutvergießen.

Eisenberger, Abgeordneter: Bauer, Großgrundbesitzer, Arbeiter — alle sollen zusammen helfen.

Sollmann (S.): Warnt vor weiteren Preiserhöhungen für Lebensmittel. — Dieselben Stadter, die über Hunger schreien, halten durch Verkehrslahmlegung die Lebensmittel fern. — Nicht Klassenkampf, sondern ein Wüten gegen sich selbst. — Hungerkrankheit, kann nur durch Nahrung besiegt werden. — Nahrung nur durch Arbeit.

Dusche (D. Vp.): Landwirtschaft hat das ihre getan. — Schwierigkeiten. Arbeiter, Dünger. — Den Streikenden gegenüber: Gewalt gegen Gewalt. — Keine Sozialisierungsexperimente der Landwirtschaft. Deutschlands Ruin!

Schmidt, Reichsernährungsminister. — Haase (U. S.) zur Geschäftsordnung. Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 25 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen ist folgender Mitgliederwechsel erfolgt. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Feldmann, Sollmann, Frau Simon (Westpreußen), Röhle (Sachsen), Simon (Schwaben), Vogel, Hoch, Frau Röhl (Cöln), Nacken, Dr. Dernburg, Waldstein, Dietrich, Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, v. Graefe, Henke, Koenen, Schulz (Ostpreußen), Behrens, Dr. Stresemann, Frau Schmitz, die Abgeordneten Hue, Sachse, Osterroth, Molkenbuhr, Dr. Braun (Franken), Brey, Obermeyer, Frau Schroeder, Dr. Hitze, Dr. Wieland, Dr. Vershofen, Dr. Traub, Dr. Hugenberg, Behrens, Koenen, Dr. Cohn, Simon (Schwaben), Koch (Düsseldorf), Vogler, Dr. Sinzheimer, Schirmer; in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Braun, Behrens, Bruhn, die Abgeordneten Frau Kloß, D. Mumm, Knollmann.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Dr. Dernburg, Erzberger für 3 Tage, Alpers für 4 Tage, Hartmann (Berlin), Dr. Maxen für 8 Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Günther für 14 Tage wegen dringender Geschäfte. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die

Interpellation Müller (Breslau), Gröber, v. Payer, betreffend Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes (Nr. 10[illegible] der Drucksachen)

in Verbindung mit der

Interpellation Arnstadt, Dr. Heinze, betreffend die Gefährdung der Ernte 1919 (Nr. 111 der Drucksachen)

und in Verbindung mit dem

mündlichen Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft (Nr. 119 der Drucksachen).

Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Interpellation heute zu beantworten. Zur Begründung der Interpellation Müller (Breslau) und Genossen erteile ich das Wort namens der Interpellanten dem Herrn Abgeordneten Dr. Petersen.

Dr. **Petersen**, Abgeordneter, Interpellant: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat die zur Verhandlung stehende Interpellation angeregt sowohl aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik. Wir wissen, daß **die Vorräte der letzten Ernte** nicht ausreichen werden, um das deutsche Volk bis zur neuen Ernte zu ernähren. So ist das Kapitel, das ich zu behandeln habe, ein trauriges. Aber gerade deshalb würde die Nationalversammlung nicht ihrer Pflicht entsprechen, wenn sie nicht in aller Öffentlichkeit diese Dinge hier besprächе. (Sehr richtig! links.) Gerade deshalb gilt es im Gegensatz zu der früheren Maxime der Regierung, mit absoluter Wahrheit und Klarheit dem deutschen Volke zu sagen, wie es steht. (Sehr richtig! links.) Wir sind der Auffassung, daß dasjenige, was jetzt im deutschen Volke vielfach geschieht, noch nicht genügende Sparsamkeit ist. Daher muß von dieser Stelle mit allem Ernst gefordert und ermahnt werden, mit den vorhandenen Mitteln sparsam umzugehen. Wir müssen ferner das moralische Gefühl unseres Volkes aufrufen, um diese Zeit zu überstehen, das Gewissen schärfen, die Vorräte zu mehren und zu sparen. Wir müssen fordern, daß Sicherheit in den deutschen Landen einkehrt und daß die Arbeitseinstellungen aufhören; gerade im Interesse der Erhaltung der bisherigen Ernte und der Förderung der nächsten Ernte. (Sehr richtig!) Wenn wir keine Sicherheit im Lande bekommen, werden die Vorräte, welche heute da sind, nicht erhalten, sondern vergeudet werden, aus Furcht vor der Unsicherheit; sie werden nicht abgeliefert werden, sondern es wird das eintreten, was uns unser Kollege Dr. Heim neulich in so vorzüglicher Weise auseinandergesetzt hat: für die kommende Ernte werden Verhältnisse eintreten, die das Einbringen der Ernte verhindern. So müssen wir an das deutsche Volk in allen seinen Schichten die Forderung stellen, bei der Arbeit zu bleiben, nicht **Arbeitseinstellungen** vorzunehmen. Denn ganze Arbeit ist notwendig, um die Waren zu erhalten, die neue Ernte vorzubereiten und vor allen Dingen auf dem Gebiete der Industrie Waren herzustellen, die als Zahlungsmittel für etwaige Einfuhr vom Ausland dienen können. Wenn das nicht geschieht, dann müssen wir den Tag, wo wir am Ende sind, früher erwarten, als es sonst geschehen wird.

Diese Aufforderung ergeht genau so gut an Angestellte und Arbeiter, wie sie an die Herren geht, die neulich im „Rheingold" in Berlin bei der Tagung des Bundes der Landwirte mit dem Streik der deutschen Landwirtschaft gedroht haben. Wir können aber heute nichts anderes tun, als dem deutschen Volke nahezulegen, diese Dinge rechtzeitig zu erkennen und alles zu tun, was in seinen Kräften steht, sich der Schwere der Lage bewußt zu werden.

Aber ich würde fehlerhaft handeln, wenn ich nicht auch Maßnahmen vorschlüge, wie sowohl für diese Ernte wie für die nächste die Wirtschaft auf diesem Gebiet zu gestalten ist. Ich kann da aus einer mehrjährigen Erfahrung sprechen, die ich bei der Leitung des hamburgischen Kriegsversorgungsamts gesammelt habe. Ich bin dadurch in der Lage, objektiv zwischen Produzenten und Konsumenten über dasjenige zu sprechen, was ein großstädtischer Körper für Forderungen zu stellen hat, um die Ernährung zu sichern und besser zu organisieren, als es bisher gewesen ist.

Ich beginne dabei ausdrücklich mit der Feststellung: die **Beschlagnahme und Rationierung der Massenlebensmittel war ein absolutes Erfordernis**, und wir wären niemals über die Zeit hinweggekommen, wenn sie nicht geschehen wäre. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Denn solange nicht das Angebot vorhanden ist, um unsere wirtschaftlich schwächeren Volksgenossen der Nachfrage gegenüber genügend Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, hätte das freie Spiel der Kräfte hier einfach zum Untergang und zum Hunger für große Teile der Bevölkerung beigetragen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Daher mußte die Rationierung erfolgen. Das ist heute auch für die Zukunft auszusprechen, solange dieser Zustand gilt, trotz aller Mängel, die wir an diesem System kennen.

Aber das zweite, was von Jahr zu Jahr zu immer stärkerer Gewißheit geworden ist, was gegenüber allen wankenden Begriffen auf anderen Gebieten immer klarer geworden ist, ist das, daß das persönliche Interesse des Menschen stärker ist als alle Gesetze und Verordnungen (sehr richtig!), und daß ferner der persönlich interessierte Mensch der beste Erzeuger und der beste Verteiler der Produkte ist (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und daß die bureaukratische **Zwangswirtschaft** keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Lage, sowohl der Produktion wie der Verteilung der Produkte auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung darstellt. Ich habe schon im ersten Jahre des Krieges ausgesprochen: für die Preisfestsetzung einen richtigen Maßstab zu finden, muß das Interesse der Produzenten so gestellt werden, daß der Bedarf der Verbraucher gedeckt wird. Wenn nicht das Interesse der Produzenten hinter der Produktion steht und die Preisbildung und Preisfestsetzung so geregelt werden, daß dabei die Interessen der Er-

zeuger gewahrt werden, dann kann niemals auch im System der Zwangswirtschaft eine vernünftige Regelung für die Verbraucher gefunden werden. Eine Androhung von Zwangsmaßnahmen und eine Ausführung von unnötig scharfen Verwaltungsmaßnahmen wird uns nie dasjenige ersetzen, was die interessierte Persönlichkeit gern hergibt und gern an Produkten schafft. So ist der Mensch, und so wird der Mensch bleiben; es mag die Staatsform so oder anders sein.

Aus dieser Zwangswirtschaft mußte daher auch gerade auf diesem Gebiete der **Schleichhandel** erblühen, mußte wachsen und mußte um so stärker werden, und wird um so stärker werden, je mehr die Moral, je mehr das Gewissen des einzelnen gegenüber der Gesamtheit bei steigender Not und bei Lockerung aller moralischen Verhältnisse einschläft. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Darüber wollen wir uns klar sein und bleiben; das Eingreifen von Kommunen und von großindustriellen Betrieben im Interesse ihrer Bevölkerung und ihrer Arbeiter hat das noch verschlimmert. Durch den Schleichhandel, den diese betrieben haben, ist der letzte Halt gefallen, der in der Beziehung noch irgendeinen Widerstand leisten konnte. Aber auch das wollen wir gerade von dieser Stelle aussprechen: wir sind dabei allzumal Sünder. Gerade wegen dieser Tatsache ist auch die Pharisäerhaftigkeit auf diesem Gebiete groß geworden, welche die ganze Schuld an diesen Dingen von dem einen Stand auf den anderen und von dem anderen Stand wieder auf den einen Stand schiebt. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ich möchte den Stand in Deutschland sehen, der wirklich mit reinen Händen behaupten könnte, daß er sich auf diesem Gebiete nicht versündigt hätte. Das gilt von Erzeugern und Verteilern wie von Verbrauchern, von allen ganz gleich. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben daher für die zukünftige Bewirtschaftung zu fordern — und wir bitten den Herrn Reichsminister, das bei seinen Beschlußfassungen nicht außer acht zu lassen —, daß die Preise für die Erzeuger so festgesetzt werden, daß ihr Interesse so gestellt wird, daß die Deckung des Bedarfs der Verbraucher gesichert wird. Wir bitten ihn, der Produktion die Düngemittel und das Saatgut zur Verfügung zu stellen und zu erhalten, um die Ernte rechtzeitig zu ermöglichen und alles rechtzeitig zu bestellen. Wenn wir daher der Auffassung sind, daß die Zwangswirtschaft mit Recht eingeführt war und auf bestimmten Gebieten bleiben muß, auf die ich noch zu sprechen komme, so wollen wir doch feststellen, daß Besserung nur eintreten kann, wenn die Zwangswirtschaft allmählich abgebaut, unter keinen Umständen auf weitere Gebiete ausgedehnt, sondern in möglichst beschränktem Maße aufrecht erhalten wird. Sie wird weiter notwendig sein für das Brotgetreide, für die Kartoffel, für Zucker, für Fleisch, Fett und Milch.

Ich darf mir gestatten, aus meiner Erfahrung heraus zu einigen Gegenständen etwas zu sagen. Es braucht nach meiner Erfahrung in Hamburg die **Zwangsbewirtschaftung der Kartoffel** nur dann nicht mehr stattzufinden, wenn wir sicher sind, daß die Ernte so reichlich ist, daß das deutsche Volk damit ernährt werden kann und daß ein genügendes Angebot auch der Nachfrage der großen Massen gegenübersteht, die bei dem Mangel der Lebensmittel auf dem Gebiete des Fleisches und der Mühlenfabrikate selbstverständlich in erhöhterem Maße die Kartoffel brauchen als in den Friedensjahren. Nur dann wird man die Zwangsbewirtschaftung der Kartoffel einstellen können. Es wird nach den Erfahrungen, die wir in Hamburg machen, zu erwarten sein, daß die Fleischbelieferung jedenfalls nicht erhöht, wenn möglich für die nächste Zeit eingeschränkt wird, wenn wir nicht Importe bekommen und dadurch unserem Volke über diese Zeit hinweghelfen können. Nur wenn das Vieh jetzt nach Möglichkeit erhalten und wieder auf die Weide getrieben wird, werden wir später Fleisch haben; die Viehbestände aufrecht zu erhalten, ist aber eine Notwendigkeit für unsere Zukunft.

Die **Milch** können wir weiter zwangsbewirtschaften, obgleich ich anerkenne, daß die Schwierigkeiten der Milchbewirtschaftung für denjenigen kaum zu begreifen sind, der nicht einmal eine große Stadt von einer Million Einwohner hat mit Milch versorgen müssen. Wer das kennt, kennt die unendlichen Schwierigkeiten. Er weiß aber auch, daß wir die soziale Pflicht haben, die Milch zu erhalten für unsere Kranken, für die nährenden Mütter und für die Kinder, und daß daher trotz aller Schwierigkeiten die Milch nicht aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden darf, solange in der Beziehung die Verhältnisse nicht gebessert sind. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber ich will da auch einen Punkt, über den ich immer wieder klagen höre, berühren. Er betrifft die weiten **Anfuhren** der Milch für die Bauern an die Meiereien. Ich gebe zu, daß die Verordnung in der Beziehung Vorsorge trifft. Aber, was ich immer wieder höre, ist, daß diese Sache schlecht organisiert ist, daß die Bauern lange Zeiten mit ihren Fuhrwerken fahren müssen, um ein paar Liter Milch zur Meierei zu fahren. Das bedeutet eine Verschwendung von Zeit und Kraft, hindert die Bauern, andere notwendige Dinge mit ihrem Gespann zu tun, verärgert sie, und sie werden dadurch nicht ermutigt, die Milch herzugeben. (Sehr richtig! rechts und bei den Deutschen Demokraten.) Man müßte das organisieren an Stellen, wo die Milch gesammelt würde, oder man müßte diesen Bauern in weiterem Maße gestatten, Milch abzuliefern. Ich weiß, daß auch die Bauern für ihre Vorteile sorgen wie andere. Aber ich sollte denken, daß der Bauer, der die Butter nicht abliefern will, schließlich auch keine Milch abliefert; es kommt aber darauf an, gerade im Interesse unserer Frauen und Kinder

an Milch und Butter zu erfassen, was irgendwie möglich ist. Ich verweise auf die energische Inangriffnahme der inneren Kolonisation, die gerade, was Vieh und daher Milch, Fett und Fleisch betrifft, für die nächsten Jahre in Deutschland die allergrößte Rolle spielen wird.

Aber was darüber hinaus an Verordnungen noch aufrecht erhalten wird, das ist vom Übel. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Außer den Sachen, die enteignet, beschlagnahmt und rationiert werden können, ist die ganze übrige Versorgungs-Zwangswirtschaft vom Übel und treibt uns nur in die Demoralisation hinein. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.) Daher stellt meine Partei die Forderung auf, daß alle übrigen Verordnungen — die Preisfestsetzung für Gemüse, Spargel, Karotten usw. — aufgehoben werden; denn alle diese Sachen werden dadurch nicht besser, und für die Verbraucher günstiger, sondern schlechter verwaltet, als bei der freien Wirtschaft.

Zwei Dinge möchte ich als Hamburger besonders hervorheben: das ist die **Aufhebung der Zwangswirtschaft in Fischen und in Eiern.** Bei der letztgenannten Frage ist es schwer, ernst zu bleiben, wenn man weiß, wie die Eierbewirtschaftung eine Farce und eine Lächerlichkeit geworden ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dadurch aber, daß man solche Verwaltungen auf bestimmten Gebieten zu Lächerlichkeiten macht, wird die wirklich ernste Zwangsbewirtschaftung nicht gestärkt, sondern geschwächt (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten); sie leidet unter der Blamage der anderen Wirtschaft und schwächt das Pflichtbewußtsein der Menschen, die dadurch betroffen werden.

Was die **Fische** betrifft, so möchte ich auf eins hinweisen. Den hanseatischen Fischreedereien sind im Interesse der Landesverteidigung die **Fischdampfer** genommen worden; darüber ist weiter kein Wort zu sagen. Wir sind aber jetzt vier Monate aus dem Kriege heraus, die Fischdampfer könnten jetzt schon in der Nordsee große Fänge machen; denn gerade jetzt setzt der Fischreichtum in den Gewässern ein, in denen gefangen werden könnte. Die Rücklieferung dieser Fischereidampfer stößt aber auf Schwierigkeiten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Es gibt unter dem Stande von Arbeiter- und Soldatenräten Marineleute, die sich zu Kapitänen erklären; sie verständen das viel besser als die Fischereireeder, und sie fahren mit den Schiffen los. Es kommen von gleicher Seite „Sozialisierungsideen" auf diesem Gebiete; ausgerechnet jetzt, wo wir Fische haben müssen, weil kein Fleisch da ist, wird von Arbeiter- und Soldatenräten darüber nachgedacht, ob man den Fischfang und Fischhandel „sozialisieren" kann. Bei diesen unfruchtbaren Redereien gehen Monate ins Land, wir kriegen unsere Fischdampfer nicht zurück und nicht repariert, und

vor solcher Art „Sozialisierungswut" hungert unser Volk. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.) Das ist einfach ein Unfug. Es mag und soll ernst von den sachverständigen Stellen überlegt werden, wie weit die Gemeinwirtschaft ausgedehnt werden kann: alles zu seiner Zeit; aber jetzt müssen diese Fischdampfer repariert den Reedereien zurückgegeben und in Fahrt gesetzt werden, damit sie Fische fangen.

Wenn ich Sie im übrigen bitte, die ganze **Verordnungs- und Zwangswirtschaft**, soweit sie nicht notwendig ist, einzustellen, so tue ich das, weil die Erfahrung auf diesem Gebiete beweist, daß Demoralisierung, Ungerechtigkeit, Unzufriedenheit, Unglück und letzten Endes Preissteigerung aus dieser Wirtschaft herauskommt. Die Preise werden weder vom Erzeuger, noch vom Großhändler, noch vom Kleinhändler innegehalten. Wir wollen uns aber doch darüber klar sein, daß, wenn der erste die Preise nicht innehält, der zweite und dritte sie nicht innehalten kann; sie werden dann allzumal Sünder, und zwar gerechterweise Sünder, denn sie müssen sündigen. Dann kriegt man irgendeinen Kleinhändler in der Großstadt heran, der denunziert wird, er kommt vor den Richter und wird bestraft, seine Familie geht womöglich zugrunde, ihm wird der Laden genommen. Das trifft dann noch eine Frau, deren Mann im Felde stand oder Kriegerwitwe war. Wir bekommen kein Gemüse in die Stadt, wir bekommen dafür Unzufriedenheit. Alle, die an verantwortlicher Stelle stehen, haben das Bewußtsein; ich habe es tausendfach gehabt. Man begeht in höherem Sinne eine Ungerechtigkeit, wenn man einschreitet, weil die Verordnungen nicht gehalten werden; es gilt aber gerade in Zeiten wie den jetzigen für einen Staat, der sein Recht durchsetzen will, keine Verordnungen zu erlassen, von denen er weiß, daß sie nicht innegehalten werden. (Sehr richtig!) Das gilt noch viel mehr, meine Damen und Herren, für den demokratischen Staat als für den Obrigkeitsstaat; denn je mehr wir die Machtmittel des Staates abbauen, desto größer und tiefer muß das Bewußtsein des Volkes dem Rechte gegenüber sein. (Sehr richtig!) Wenn dann noch Rechtsverordnungen erscheinen, die allgemein nicht beachtet werden, so wird das erhöhte Pflichtbewußtsein untergraben, das jeder Demokrat haben muß, der für sich erhöhtes Recht fordert. Daher sollte es im demokratischen Staate unsere erste Aufgabe sein, daß wir von einer derartigen Verordnungsmacherei absehen und dadurch die Moral unserer Bevölkerung wieder heben. Ich verweise auch darauf, daß in Übergangszeiten, wie den jetzigen mit aufgepeitschten Leidenschaften, die Grenzen der Verordnungen, welche außer acht gelassen werden, immer weiter gezogen werden. Derjenige, der zunächst Lebensmittelverordnungen überschreitet, gewöhnt sich so an diesen Zustand, der häufig Annehmlichkeiten zur Folge hat, daß er auch die

Verordnungen nicht mehr respektiert, die bedeutungsvoller sind; der Kreis der Verordnungen, der mißachtet wird, wird größer.

Darum bitten wir die Reichsregierung, mit allen diesen Verordnungen Schluß zu machen und dem **freien Handel** wieder freies Spiel zu gewähren. Wir fordern also Einstellung des Interesses der Produzenten bei Preisfestsetzungen auf den Bedarf unserer Bevölkerung, um die Produktion zu sichern und zu fördern. Wir fordern außerhalb dieser Grenzen Wiedereinführung des freien Handels, Einstellung der Zwangs- und Verordnungswirtschaft, und Hand in Hand damit fordern wir **Abbau der Kriegsorganisationen.** Das schlimmste an diesen Kriegsorganisationen ist, daß sie nicht sterben wollen (sehr richtig!); denn jeder, der an der Spitze einer solchen Kriegsorganisation steht und dort seine Nahrung gefunden hat, hat den menschlich verständlichen Wunsch, seinen Tatendrang weiter an dieser Stelle im Interesse des Staates zu betätigen; daher gilt es für die betreffenden verantwortlichen Minister, diesen falschen Beratern gegenüber hart zu sein und das Wirtschaftsleben wieder auf die gesunden Grundlagen zu bringen, die möglich sind, soweit das mit dem Interesse der großen Massen der Bevölkerung vereinbar ist.

Zum zweiten haben wir Veranlassung genommen, diese Interpellation einzubringen, um als Vertretung des deutschen Volkes mit aller Klarheit und Deutlichkeit unsere Stimme der Welt gegenüber zu erheben, die uns die **Lebensmitteleinfuhr** ablehnt; die noch nach viermonatlichem Waffenstillstand sich nicht dazu ermannen kann, uns Rechtsansprüche auf die Ernährung des deutschen Volkes zu geben. Als der erste **Waffenstillstandsvertrag** geschlossen wurde, wurde uns die Belieferung mit Lebensmitteln in Aussicht gestellt. Damals hatte die Entente uns bindend einen Rechts- und Gerechtigkeitsfrieden zugesichert. Ich frage Sie, da die Entente wußte, wie es um unsere Lebensmittel stand, ob wir nicht erwarten konnten und mußten, daß dem Volke, dem ein Gerechtigkeitsfriede zugesichert wurde, jedenfalls das gegeben wurde, was nötig war, um es am Leben zu erhalten. Es sind vier Monate darüber hingegangen; wir haben bei der Zurverfügungstellung unserer Tonnage die Zusicherung der Lebensmittellieferung bekommen; jetzt werden von uns diese Schiffe verlangt, ohne daß der Vertragsboden für die Lieferung der Lebensmittel geschaffen wird. Wir wollen uns darüber klar sein: wenn wir keine Lebensmittel bekommen, wenn unser Volk zur Hungersnot getrieben wird, wird es nicht allein eine deutsche Katastrophe, sondern eine europäische Katastrophe werden. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir werfen die ganze Verantwortung für den Untergang Europas und für die Schädigung der europäischen Kultur auf diejenigen Mächte, welche helfen könnten und in der jetzigen Lage trotzdem

nicht helfen. Wir appellieren an die Gerechtigkeit und Menschlichkeit von dieser Stelle aus, um den Völkern ins Bewußtsein zu rufen, wozu sie uns gegenüber verpflichtet sind. Wir werfen aber auch die ganze Verantwortung auf sie, wenn der Bolschewismus russischer Qualität über Deutschland hinaus das übrige Europa ergreifen wird, unsere Kulturgüter und unser wirtschaftliches Leben dazu in Trümmer legt.

Lassen Sie mich schließlich hier aussprechen, daß der soziale Geist und der soziale Sinn in unserem Volke nur wieder einziehen kann, wenn es wieder gesättigt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Neid und Haß, weil es einem selbst schlecht geht, sind nie so aufreizende Leidenschaften wie auf dem Gebiete der Lebensmittel. So erblüht Neid und Haß der Besitzlosen gegen die Besitzenden in den großen Städten! Aus meiner ehrlichen Erfahrung weiß ich, daß dieser Neid und Haß zu großem Teil unbegründet ist; denn es wird in den mittleren und unteren Schichten im Verhältnis sicher nicht weniger im Schleichhandel erworben als bei den oberen Schichten. (Rufe von den Sozialdemokraten: Na! na!) — Meine Damen und Herren, gerade hier wird vielfach pharisäisch geurteilt, wenn das Gegenteil behauptet wird. In jeder großen Stadt sind es vielfach die Hausmädchen, die Handwerker und Arbeiter, welche die „Beziehungen" zum Lande haben. (Sehr richtig! links und rechts. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es verdingen sich Dienstmädchen in Hamburg häufig mit der Erklärung, oder es wird von ihnen gefordert, daß sie Beziehungen zum Lande mitbringen. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten. — Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Der Arbeiter braucht dann kein Dienstmädchen, denn er selbst ist mit dem Lande auch nahe verwandt. Wieviel Arbeiter in einer Großstadt wie Hamburg sind nicht in derselben Generation oder in der vorigen Generation vom Lande eingewandert? (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Ich gönne es den Arbeitern viel mehr als irgend jemandem anders! (Zuruf: Sie haben ja alle gehamstert! — Heiterkeit.) Wer mein Wirken in Hamburg verfolgt hat, weiß, daß ich gerade der Arbeiterbevölkerung gegenüber nicht ein Auge, sondern beide zugedrückt habe. Das hindert mich aber nicht, hier auszusprechen, daß dieser Haß gegen die Wohlhabenden unbegründet ist — zum guten Teil, selbstverständlich nicht restlos! — Ich sagte also, daß gerade dieser Neid und Haß die Möglichkeit bieten, die Massen aufzuhetzen. Man hat es in Versammlungen der Spartakisten und anderer ja gehört, wie gerade diese Dinge benutzt werden, um nicht etwa der Gerechtigkeit zu dienen, sondern um unser Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen, um die Früchte der Revolution nicht reifen und ernten zu lassen. (Sehr wahr! links.) Deshalb, — bekommen wir keine Importen vom Auslande, so wird sich der soziale Geist und der soziale Sinn nicht bei unserm Volke einstellen, den wir haben müssen, um das neue Deutschland zu errichten. Aus

allen diesen Gründen appellieren wir an das Ausland und fordern nach den Zusicherungen als unser Recht, daß, wenn Lebensmittel in der Welt vorhanden sind, sie dem deutschen Volke zu seiner Wiederaufrichtung nicht vorenthalten werden. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort zur Begründung der Interpellation Arnstadt, Dr. Heinze und Genossen erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Semmler.

Dr. **Semmler**, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Wir sind mitten in einem Thema, das die Landwirtschaft betrifft. Diese Besprechungen hätten nach unserer Absicht, nach meiner und meiner Parteifreunde Absicht, bereits vor mehreren Wochen stattfinden können, und sie hätten auch erledigt werden können, wenn man sie nicht unter den Tisch hätte fallen lassen. (Sehr richtig! rechts.) Das hat uns sehr leid getan, da dies doch eigentlich eine Aufgabe ist, der sich die Nationalversammlung, wenn auch vielleicht nicht in erster Linie, so doch sicherlich mit an einer der ersten Stellen hätte unterziehen müssen. (Zustimmung rechts.) Ich bedauere auch, daß heute so wenig der Herren Minister hier anwesend sind. Ich erkenne daraus, daß das Interesse, das nach meiner Meinung und der Meinung des ganzen Volkes eigentlich das allergrößte sein müßte, so wenig durch die Anwesenheit ausgedrückt wird.

Wenn wir uns überlegen, was uns bevorsteht, und wenn wir uns nach den Gründen umsehen, die all das, was uns jetzt umgibt, hervorgebracht und bewirkt haben, so ist sicherlich einer der Gründe, den auch mein Herr Vorredner bereits betont hat, der gewesen, daß eben nicht genug Nahrungsmittel vorhanden sind, daß die Ernährung nicht genügend sichergestellt ist. Was die deutsche Landwirtschaft im Kriege getan hat, das wird erst in späterer Zeit in zureichender Weise gewürdigt werden. Wenn man unserem Rate gefolgt wäre und nicht von Anfang an das Hauptgewicht auf die Verteilung, sondern auf die Produktion gelegt hätte, hätte sie viel mehr leisten können. (Sehr wahr! rechts.) Man hat auf unseren Rat nicht gehört, sondern hat der Landwirtschaft die größten Fesseln angelegt. Erst heute kann ich zu meiner großen Befriedigung feststellen, daß aus den Worten meines Herrn Vorredners hervorgeht, daß auch seine Parteifreunde nicht mehr für derartige Zwangsmaßregeln sind, wie sie stattgefunden haben. (Zurufe links: Nie gewesen!) Wir jedenfalls sind von Anfang an dagegen gewesen. (Sehr wahr! rechts. — Widerspruch links.)

Man hat der Landwirtschaft vorgeworfen, daß sie gewissermaßen persönlichen Nutzen daraus ziehen wollte. Nun, meine Damen und

Herren, man hat das Wesen der Landwirtschaft, ihre Aufgabe überhaupt nicht richtig erfaßt. Die Verhältnisse haben sich durch den Krieg und jetzt nach dem Kriege noch viel mehr zugunsten der Aufgaben der Landwirtschaft entwickelt. Betrachten wir deshalb einmal die **Aufgaben der Landwirtschaft** in der Volkswirtschaft überhaupt.

Die Volkswirtschaft hat die Aufgabe, planmäßig diejenigen Werte zu schaffen, die zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen. Die Landwirtschaft in der Volkswirtschaft hat die Aufgabe, hiervon gewisse Bedürfnisse, die in erster Linie die Ernährung, in zweiter Linie die Bekleidung und in dritter Linie die Wohnung betreffen, zu befriedigen. Wenn wir die Werte vergleichen, die die Landwirtschaft hervorgebracht hat im Vergleich zu denjenigen Werten, die die zweitgrößte Volkswirtschaft, die Industrie, oder, wenn sie sie an die erste Stelle stellen wollen, die Industrie überhaupt geschaffen hat, so können wir ungefähr feststellen, daß das Verhältnis wie 3 : 5 gewesen ist: das heißt, die Werte der Industrie, diejenigen der Landwirtschaft zu 3 gesetzt, würden 5 betragen.

Die **Werte der Landwirtschaft** sind aber noch größer, wenn diejenigen in Betracht gezogen werden, die nicht ganz in die Erscheinung treten, das heißt jene Werte, die direkt zum Verzehr innerhalb des Landes gelangen. Dann stellen sich die Verhältnisse noch viel günstiger. Ich möchte in dieser Beziehung an die Milch zum Beispiel erinnern. Der Wert der im Deutschen Reich hervorgebrachten Milch, das Liter zu 20 Pfennig gerechnet, beträgt ungefähr 4½ Milliarden Mark. Das ist eine ungeheure Summe.

Wenn wir alle diejenigen Verhältnisse in Betracht ziehen wollen, die 1919/20 für unsere Ernährung eine Rolle spielen, so müssen wir noch weiter ins Detail gehen. Vielleicht stellen wir uns die nächste Frage: ist die **deutsche Landwirtschaft** überhaupt imstande, **das Deutsche Reich zu ernähren,** und zwar restlos, oder nicht? Gerade über diese Frage ist sehr viel gesprochen worden. Nun, die Verhältnisse haben sich heute so entwickelt, dank der Wissenschaft, dank der Tüchtigkeit der Landwirte, daß diese Frage restlos mit Ja zu beantworten ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich selbst stehe seit ungefähr 30 Jahren als praktischer Landwirt an der Spitze von Betrieben, ich selbst stehe mitten in der Wissenschaft, die sich mit der Chemie, und zwar mit der ganzen Chemie beschäftigt. Ich selbst stehe auch in Verbindung mit der Industrie und ich glaube, daß ich in die Verhältnisse in den letzten Jahren so habe eindringen können wie wenige.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe aus Ihrer Nichtzustimmung von der Linken ersehen, daß Sie auch heute noch auf einem Standpunkt stehen, den Sie eigentlich nicht einnehmen müßten. Die Ernährungsfrage ist doch eine Frage, in der wir alle einig sein könnten.

erstens in bezug auf die Notwendigkeit ihrer Lösung, und zwar in dem Sinne, daß wir hier keine Parteipolitik wollen, wir wollen nur gerecht sein, folgen Sie uns also und folgen Sie dem Fortschritt auf diesem Gebiete.

Ich erinnere in bezug auf diesen Punkt an zwei Umstände.

In der **Ackerbestellung** war eine der wichtigsten Fragen die Stickstoffrage, die Düngungsfrage überhaupt und die Arbeiterfrage an erster Stelle. In bezug auf die menschliche Ernährung ist die wichtigste Frage die Eiweißfrage. Diese beiden Fragen sind jetzt ebenfalls restlos gelöst. Die Landwirtschaft ist einer der wenigen Lichtpunkte, die wir in dem augenblicklichen Jammer der Zeit haben. Wenn Sie daran denken, was gestern und vorgestern in Berlin vorgegangen ist, dann sollte man nicht mehr glauben, daß wir in einem Deutschland leben, das einigermaßen geordnet ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Verhältnisse, die sich dort abgespielt haben, treiben jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht. (Sehr richtig! rechts.) Das unterliegt keinem Zweifel, und wenn so fortgefahren wird in der Verhetzung der Arbeiter, dann laufen wir die größte Gefahr, daß wir auch in der Landwirtschaft die Arbeiterfrage nicht werden lösen können. Denn daß das abfärbt auf die Arbeiter in der Landwirtschaft, das unterliegt wohl keinem Zweifel.

Nun, meine Damen und Herren, ich hatte vorhin erwähnt, daß die wichtigste Frage im Ackerbau die **Stickstoffrage** ist. Es wird Ihnen allen bekannt sein, daß gerade die Landwirtschaft dieser Frage seit Jahrhunderten die größte Aufmerksamkeit zugewandt hat. Es gibt eine Familie v. Kleefeld, sie hat ihren Namen deshalb, weil sie vor mehr als hundert Jahren den Klee eingeführt hat, und der Klee ist eine Pflanze, die imstande ist, den atmosphärischen Stickstoff in organischen Stickstoff überzuführen und dann nachher ihrer Wohnpflanze, an der sie gewissermaßen schmarotzt, dieses Eiweiß und so weiter zur Verfügung zu stellen. Alsdann hat in den siebziger Jahren der Landwirt Schultz die Lupinendüngung eingeführt. Das ist ebenfalls eine sogenannte Leguminose, ein Stickstoffsammler. Aber alle diese Entdeckungen konnten die Stickstoffrage endgültig nicht lösen, erst der Chemie ist es gelungen, diese Frage so weit zu bringen, daß wir nunmehr vollständig unabhängig vom Auslande sind, und zwar erstens in bezug auf den Bezug der Stickstoffverbindungen und zweitens in bezug auf unsere Ernährung. Das Ammoniak und die Salpetersäure sind zwei Verbindungen, die in der Natur verhältnismäßig wenig vorkommen. Die Verwandtschaft des Stickstoffs zu dem Wasserstoff, die das Ammoniak ausmacht, ist verhältnismäßig gering. Erst der große Scharfsinn der Chemiker hat es fertig gebracht, daß bei hoher Temperatur und hohem Druck Stickstoff und Wasserstoff sich

restlos miteinander verbinden. Das ist das **Ammoniakverfahren** von Haber. Hätten wir dieses Verfahren nicht gehabt, dann hätten wir den Krieg schon nach acht Wochen beendigen müssen, wir hätten nicht weiterkämpfen können. Wir haben ferner Stickstoffverbindungen früher aus dem Auslande bezogen, und zwar besonders auch als Salpeter, wenn ich mich so ausdrücken darf, aus Chile, und zwar im ganzen ungefähr eine Million Tonnen. Heute sind wir in der Lage, ungefähr drei Millionen Tonnen selbst herzustellen. Sie können daraus ermessen, wie wichtig diese Entdeckung für uns gewesen ist.

Aber nicht nur das Ammoniak und den Salpeter können wir auf künstliche Weise gewinnen, sondern wir können auch noch andere Verbindungen herstellen: das ist der **Kalkstickstoff**. Das sind die drei Grundlagen, von denen heute die Landwirtschaft ausgeht.

Nun, der Sinn meiner Ausführungen ist: wir sind heute in der Lage, unsere Produktion, soweit sie überhaupt erhöht werden kann, ungefähr um 40 Prozent gegenüber dem Jahre 1912 und 1913 in die Höhe zu bringen. (Hört! hört! rechts.) Wenn ich Ihnen nun sage, daß wir zur Deckung unseres Bedarfs nur 20 Prozent eingeführt haben, sowohl in Ackerbauprodukten wie in Viehprodukten, so mögen Sie daraus ermessen, daß ich nicht zu viel gesagt habe, wenn ich betonte, daß wir jetzt imstande sind, restlos unseren Bedarf zu decken und hervorzubringen, vorausgesetzt natürlich immer, daß wir wiedermal geordnete Verhältnisse im Deutschen Reich haben und die Regierung uns unterstützt. Das ist die erste Grundbedingung: erst einmal Ordnung im eigenen Hause zu schaffen; wird diese nicht geschaffen, hilft auch keine Wissenschaft und kein Fleiß der deutschen Landwirte. (Sehr richtig! rechts.)

Was das für die einzelnen **Ackerbauprodukte** ausmacht, brauche ich an dieser Stelle nicht zu erörtern. Wir gewinnen auf unseren ungefähr 7 Millionen Hektar Ackerland 27 Millionen Tonnen Getreide. Wenn ich Ihnen nun sage, daß wir zu unserer Ernährung nur 16 Millionen Tonnen nötig haben, so werden Sie daraus erkennen, daß es uns nicht schwer werden wird, selbst unter Deckung des Bedarfs für unser Vieh unsere Produktion so zu erhöhen, daß wir sorglos in die Zukunft sehen können. Ich will nur das Beispiel von der **Milch** nehmen. Was bedeutet das für unsere Milcherzeugung? Sie wissen alle, daß wir imstande sind, mit zwei Litern Milch ungefähr den ganzen Bedarf an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten unter Hinzunahme von Kartoffeln zu decken, die der Mensch für den Tag braucht. Die Produktion an Milch beträgt im Deutschen Reich von den 10 Millionen Kühen täglich 60 bis 70 Millionen Liter. Wir haben ungefähr 66 Millionen Einwohner. Im Kriege ist natürlich die Produktion selbstverständlich heruntergegangen; das unterliegt wohl für jeden Sachverständigen keinem Zweifel. Wir können ohne weiteres durch die Produktion von eigenen Futtermitteln wiederum die Produktion von Milch erhöhen. Ich brauche nur

darauf aufmerksam zu machen, daß zwei Kilogramm Heu ungefähr 1 Liter Milch hervorbringen können. Wollen Sie im Auge behalten, daß unsere Heuproduktion mit der Kleeproduktion 42 Millionen Tonnen beträgt, das heißt mit anderen Worten, daß wir vollständig den Milchertrag durch Verfütterung des Heus hervorbringen könnten; wenn wir den Heuertrag erhöhen, so können wir auch in dieser Beziehung ebenfalls so viel Milch, wie uns nottut, hervorbringen. (Zuruf links.) — Nun, Sie können darüber ganz beruhigt sein; ich selbst habe den Betrieb in der intensivsten Weise ausgeübt und alles, was man mir entgegenhalten kann, habe ich mir in meiner langjährigen Praxis selbst vorgelegt und probiert. Wollen Sie mir also nur ein wenig Aufmerksamkeit gönnen, und mir für die kurze Zeit glauben; es kann ja von anderen Rednern nachher dagegen gesprochen werden. — Ich betone also nochmals: wir sind wohl imstande, und wozu da die Aufgeregtheit gegen die Landwirtschaft, wozu fortwährend sagen, daß das nicht geht! Ich sage: selbst ist der Mann! Und wenn jemand behauptet, daß er es als Landwirt nicht kann, so liegt das an seiner eigenen Persönlichkeit.

Nach diesen wenigen Beispielen, die ich herausgegriffen habe, möchte ich bloß noch eins nachholen und Ihnen zeigen, was es ausmacht, wenn wir jetzt in der **Stickstofferzeugung** nachlassen. In Neudorf bei Merseburg ist 20 Tage gestreikt worden, es ist also dort verabsäumt worden, Stickstoffverbindungen herzustellen. In den zwanzig Tagen hätte eine Düngermenge hergestellt werden können, um 10 Millionen Menschen 20 Tage im Deutschen Reich mit Brot zu versorgen. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, wenn wir fordern, daß die deutsche Landwirtschaft beschützt wird; und wir imstande sind, unsere Stickstoffverbindungen, überhaupt unseren künstlichen Dünger, zu erhalten. Das gleiche gilt natürlich vom Kali, und das gleiche gilt von den anderen künstlichen Düngerarten.

Nun zu den **Arbeitern!** Alle, die auf dem Lande leben, wissen ja, wie sich die Arbeitsverhältnisse dort zugespitzt haben. Wir können unmöglich unter den augenblicklichen Verhältnissen weiter wirtschaften. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß wir Arbeiter bekommen, beziehungsweise daß so auf die Arbeiter eingewirkt wird, daß sie willig ihre Arbeit tun. Gerade diejenigen Betriebe, die am meisten je Fläche hervorbringen, zu denen also die großen Güter gehören, stehen geradezu vor einer Katastrophe, wenn sie nicht die nötigen Arbeiter bekommen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Landwirtschaft die Arbeiter aus der Industrie aufnimmt; aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es überaus schwer ist, diese Industriearbeiter an ländliche Arbeit zu gewöhnen. Man hat nämlich dabei übersehen, daß gerade die ländliche Arbeit gelernt werden muß, genau so wie jede andere. Es ist nicht leicht, den ganzen Tag Rüben zu hacken, den ganzen Tag Rüben zu verziehen; es ist nicht leicht, zu mähen,

überhaupt die schwere Zeit während der Ernte in der Landwirtschaft durchzuhalten. Dazu gehören eben geübte Kräfte. Wir stehen direkt vor einer Katastrophe des Jahres 1919/20, wenn nicht Abhilfe geschafft wird. Dadurch, daß man sagt, die Industriearbeiter sollten aufs Land kommen, ist noch nichts erreicht; sondern — so schwer es uns fällt, diese Forderung zu stellen, und das sage ich besonders zur Linken —: wir sind auf die polnischen Arbeiter im kommenden Frühjahr angewiesen, soweit es erforderlich erscheint. Diese uns zur Verfügung zu stellen, daß sind Sie der deutschen Landwirtschaft, dem ganzen deutschen Volke schuldig.

Dann weiter: Wir können vielleicht die Not der landwirtschaftlichen Arbeiter dadurch etwas dämpfen und herabsetzen, daß wir zur **Ansiedlung** schreiten. Es ist aber unmöglich, daß ich mich an dieser Stelle hierauf einlasse. Die Hauptsache wird immer die sein, daß wir den Leuten in der Landwirtschaft diejenigen Verhältnisse schaffen, die ihnen behagen, und die ihnen zusagen, wo die Persönlichkeit des Arbeiters mehr zur Geltung kommt. Daß wir das tun, darauf können Sie sich verlassen. Man soll uns nur entgegenkommen und für die nötige Ruhe und Ordnung auf dem Lande sorgen.

Das sind, meine Damen und Herren, so einige wenige wichtige Punkte, die ich herausgegriffen habe. Mögen Sie daraus erkennen, wie wichtig die landwirtschaftliche Frage ist. Mögen Sie sehen, daß die Landwirtschaft augenblicklich der einzige Rettungsanker für uns ist. Es ist der ruhende Pol in der augenblicklichen Bewegung: Landwirtschaft, Beamtentum und Mittelstand sind die wichtigsten Stützen. Hätten wir diese drei Kategorien im Deutschen Reich nicht, dann wäre bereits alles zusammengebrochen. Das unterliegt gar keinem Zweifel. (Sehr wahr! rechts.) Wir möchten am Schluß anzugebende Forderungen stellen und wir bitten dringend, daß diesen Forderungen mit Nachdruck entsprochen wird. Wir bitten darum, daß nicht einfach wie immer auf die Anfrage nur eine Antwort gegeben wird, sondern daß mit gehörigem Nachdruck verfahren wird. Die Hauptsache ist, daß jetzt wirklich einmal Ernst gemacht wird, damit in dieser Beziehung Verhältnisse geschaffen werden, die uns in den Stand setzen, unsere Nahrungsmittel selbst hervorzubringen. Wir sind dazu in der Lage, und wo der Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir dürfen in dieser Beziehung nicht locker lassen; denn sonst ist es ausgeschlossen, daß wir allmählich wieder in gesunde Verhältnisse hineinkommen.

Und noch eins. Sie sagen immer, daß man vom **Auslande Nahrungsmittel** haben will. Selbstverständlich, solange wir augenblicklich in dieser Notlage sind, müssen wir die Nahrungsmittel vom Auslande nehmen. Aber deshalb muß doch dafür Sorge getragen werden, daß wir in der Zukunft wieder unabhängig vom Auslande werden.

Das ist schließlich die Hauptsache. Wir müssen danach streben, Deutschland unabhängig zu machen. Dann werden wir auch endlich dem Auslande gegenüber anders auftreten können. Sind wir in der Ernährung unabhängig, dann sind wir im ganzen unabhängig; das haben wir ja im Kriege zur Genüge kennen gelernt.

Leider kann unsere Industrie sich nicht mehr in dem Maße entwickeln, wie das bisher möglich gewesen ist; denn dazu fehlen uns eben die Rohstoffe, dazu fehlen uns vor allen Dingen die Geldmittel, um die Rohstoffe zu bezahlen, dazu fehlt uns aber auch die Gelegenheit, veredelte Produkte auszuführen. Was wir ausführen können, sind allenfalls Steinkohlen und sonstige Erdschätze, die wir übrig haben, Kali usw.; aber im übrigen sind wir in bezug auf die Volkswirtschaft eigentlich in der nächsten Zeit restlos auf die Landwirtschaft angewiesen. Meine Herren, erkennen Sie das, bitte, beizeiten; es ist jetzt der letzte Augenblick. Darum richten wir an die Regierung die dringende Bitte, verlassen Sie uns in dieser Beziehung nicht, denken Sie daran, diesen letzten Augenblick zu benutzen. Es ist nötig, daß wir ernstlich daran gehen, Mittel und Wege für die Landwirtschaft zu schaffen.

Unsere **Forderungen** sind: 1. Es muß zunächst **Ruhe und Ordnung** geschaffen werden, weitestgehender Schutz der Landwirtschaft in bezug auf die Sicherheit der Betriebe; die Landwirtschaft darf nicht durch bolschewistische Banden gestört werden und auch sonst nicht durch Eingriffe unbefugter Dritter, namentlich der A.- und S.-Räte. Ferner ist der Unternehmungsgeist der Landwirtschaft dadurch zu stärken, daß nach allen Richtungen hin eine gewisse Betriebssicherheit in bezug auf die gesamte Zukunft der deutschen Landwirtschaft namentlich im Interesse der Allgemeinheit gewährleistet wird. Meine Damen und Herren, wenn Sie den Landwirten Verhältnisse schaffen, die ihnen gestatten, auch in der Zukunft ihre Betriebe sinn- und sachgemäß einzurichten, dann können die Landwirte im allgemeinen ihre Vorkehrungen auf Jahre hinaus treffen. Schaffen Sie aber diese Verhältnisse nicht, dann wird natürlich die ganze Landwirtschaft unsicher.

2. Es ist richtige **Einstellung der ganzen Volkswirtschaft** mit dem Motto: „Nationale Unabhängigkeit" nötig, da nur dadurch höchste Lebensziele für uns erreicht werden können. Es ist schließlich, wie ich wiederhole, unsere Aufgabe, planmäßig die höchsten Werte in unserer Volkswirtschaft zu schaffen. Ferner ist es erforderlich, daß jeder körperlich, seelisch und geistig der höchsten Vollkommenheit zustrebt. Es ist schließlich für jeden das Ziel, sich glücklich zu fühlen. Diese Lebensanschauung muß jeder in der Volkswirtschaft, also auch in der Landwirtschaft verwirklichen können.

Die **Sozialisierung** in der Volkswirtschaft hat nicht bei allen nur möglichen Betrieben einzusetzen, sondern bei der Einzelperson; das heißt

also: jeder einzelne soll sozial denken und handeln. Alsdann werden wir durch Aufrechterhaltung der Privatbetriebe alle jene Ziele der Arbeiter usw. erreichen, die man heute durch die Sozialisierung erstrebt, aber niemals erreichen wird. Das Ideal in dieser Beziehung ist nur zu erreichen durch das soziale Denken, ist nur dadurch zu erreichen, daß sich die ganzen Kräfte in persönlicher Freiheit entfalten. Da dadurch die Produktion gehoben und gleichzeitig der einzelne in seiner körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung nicht behindert wird, so haben wir hier schließlich den einzigen Weg, wie wir aus dieser Schwierigkeit herauskommen können, also nicht durch Sozialisierung der Betriebe, sondern durch Sozialisierung der einzelnen Personen in ihrem Denken und Empfinden. Man befindet sich auf der Linken in dieser Beziehung jetzt in einem großen Irrtum. Ein sozialisierter Betrieb braucht gar nicht sozial gedacht zu sein, und vor allen Dingen brauchen die einzelnen Personen in einem sozialisierten Betriebe gar nicht sozial zu handeln.

Deutschlands Erhebung in jeglicher Beziehung kann nur über die Landwirtschaft gehen, augenblicklich ist aber die Landwirtschaftsfrage eine Frage der Arbeiter und des künstlichen Düngers. Ich habe vorhin auseinandergesetzt, daß gerade die Arbeiterfrage uns am meisten Sorge macht und daß darin in der bezeichneten Weise Abhilfe geschaffen werden muß.

Die Industrie, der Handel, der ganze Mittelstand, die Beamten, die Arbeiter und die Rentner müssen in ihren Rechten voll und ganz geschützt werden. Das Wohl jedes Zweiges der Volkswirtschaft ist eng verknüpft mit dem Wohlergehen der Landwirtschaft. Der Aufstieg der Industrie ist leider zunächst unterbrochen; erst allmählich wird sich nach dem Ausgleich in der Arbeiterschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft erstere wieder entfalten können. Meine Herren, darüber braucht man wohl kein Wort zu verlieren, daß wir augenblicklich nicht in der Lage sind, in der Industrie weiter so wie früher vorzugehen. Wir sind also hauptsächlich auf die Landwirtschaft angewiesen.

3 a) **Einsetzung einer Kommission,** die ständig tagt und in die die tüchtigsten Kräfte gewählt werden müssen, welche nicht allein Theoretiker sind, sondern langjährige praktische Erfahrung besitzen und gleichzeitig Sinn für die neuen Ziele der Landwirtschaft auf wissenschaftlicher Grundlage haben. Meine Herren, mit dieser Forderung möchte ich bitten, daß nicht nachgelassen wird in dem Streben, daß diejenigen Vorteile, die wir in der Wissenschaft und Landwirtschaft errungen haben, endgültig ausgenützt werden. Tun Sie das nicht, dann begehen Sie eine Sünde nicht nur gegen sich selbst, sondern auch gegen das ganze Volk. Lassen Sie nicht locker! Ich bin jetzt jahrelang in Berlin in den einzelnen Betrieben gewesen und habe erkannt, daß man sich die größte Mühe gibt. Aber dort sind so große Hemmnisse zu überwinden, daß wir auf diesem Wege — das sage ich ganz offen —

nicht weiter kommen werden. Die meisten Entdeckungen fallen schließlich unter den Tisch. Was nützt es uns, wenn wir jetzt z. B. keine Stickstoffverbindungen bekommen können. Die Stickstoffwerke müssen restlos in Betrieb gesetzt werden. Ich möchte wissen, was dem entgegensteht. Wir haben alles, was nötig ist, und hätten wir es nicht, so müssen z. B. die Arbeiter anderswoher genommen werden. Auf irgend einem Wege, vielleicht durch freiwillige Arbeiter, muß Abhilfe geschaffen werden. Kommen Sie nicht damit, daß die linksrheinischen Stickstoffwerke besetzt sind. Wir haben genug Stellen, die uns Kalkstickstoff beziehungsweise schwefelsaures Ammoniak, beziehungsweise Salpeter schaffen können. In dieser Beziehung muß endlich ganze Arbeit gemacht werden.

b) Der Plan des großen **wissenschaftlichen Forschungsinstituts** für Landwirtschaft nach Art des Kaiser-Wilhelm-Instituts ist ungesäumt zu verwirklichen. Das ist auch ein Plan, der schon längst ins Auge gefaßt ist. Ich weiß nicht, wie weit er gediehen ist. Vielleicht bekommen wir nachher von der Regierung darüber Aufklärung.

c) Der **Ausbau** sämtlicher landwirtschaftlicher **Institute sowie Versuchsstationen** ist anzustreben. Stellen Sie den Versuchsstationen mehr Mittel zur Verfügung, dann wird dort auch mehr geleistet werden können.

4. Richtig verteilter **Anbau der Feldfrüchte** ist vorzunehmen, und zwar nach Grundsätzen a) der menschlichen und tierischen Ernährungsfragen, b) der Schaffung der höchsten Nährstoffmengen an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten je Fläche. Das heißt: der Landwirt kann natürlich eine Ackerfrucht anbauen, welche er will, welche er für die beste hält. Aber durch Aufklärung, nicht durch Zwang, werden wir dahin kommen, daß jeder auch denjenigen Ackerbau treibt, der die meisten Nährstoffe liefert. Das unterliegt gar keinem Zweifel. Vor allem muß natürlich auch die Preisfrage dabei berücksichtigt werden. Sie können nicht verlangen, daß Ackerbau getrieben wird, der nicht rentabel ist. Die **Sicherstellung der Saaten** in diesem Frühjahr ist ungesäumt in die Wege zu leiten, namentlich müssen die **Saatkartoffeln** weitgehend geschützt werden. Auf dem Schutz unseres Saatgutes beruht mehr oder weniger die ganze so weit als möglich unabhängige Ernährung für 1919/20. Der Frühkartoffelanbau sowie der Anbau von Frühgemüse in jeder Art ist gerade wegen des Durchhaltens bis zur nächsten Ernte ins Auge zu fassen.

Man geht vielleicht mit einem Worte, einem Gedanken darüber hinweg. Wenn Sie die Sitzung verlassen haben, denken Sie vielleicht nicht mehr daran. Aber das ist gerade ein großes Unrecht, was Sie alle begehen. Sie hören das und nehmen es vielleicht zur Notiz, aber nachher ist alles wieder das alte. Kommen Sie, bitte, auf die Güter, in die einzelnen Wirtschaften, dann werden Sie den ganzen Jammer

sehen. Nicht zu zehn oder zwanzig, nein, in Banden von fünfzig bis hundert kommen die Plünderer aus den großen Städten zu uns aufs Land und rauben die Saatkartoffeln. Sie nehmen alles weg, was wir haben. Also müssen Sie für die nötige Sicherheit im Lande sorgen. Natürlich müssen auch diejenigen Wirtschaften, die Saatkartoffelbau treiben, auch vor der Beschlagnahme geschützt werden. Was nützt unser ganzer Fleiß? Kommen Sie nicht damit, daß man sagt, die betreffenden Anbauer wollen mehr Geld haben für die Ware, da sie ihre Kartoffeln als Saatkartoffeln, nicht als Eßkartoffeln verkaufen möchten. Es mag ein kleiner Vorteil mitspielen. Aber der Schaden, der dadurch entsteht, daß auch diese Kartoffeln beschlagnahmt werden, ist unersetzbar. Wenn wir durchkommen wollen, haben wir nur einen Weg, das sind die Frühkartoffeln und das Gemüse, das sie bauen können. Wenn Sie das nicht tun, sind wir einfach verloren.

5. Förderung der **Viehzucht** in jeder Hinsicht; besonderes Augenmerk ist auf die Hebung der Milchwirtschaft nach allen Seiten hin und auf den schleunigen Aufbau unserer Schweinezucht zu legen.

Ich möchte an dieser Stelle mich nicht weiter darüber verbreiten, da die Zeit bemessen ist. Aber Sie selbst werden mir sagen und nachfühlen können, wie wichtig gerade vor allem die Milchwirtschaft ist.

6. Verfügungstellung der nötigen **Arbeits- und Produktionsmittel**, Regelung folgender Fragen:

> a) Arbeiter (Unterkommen, Kleidung, Stiefel usw., Saisonarbeiter), b) künstlicher Dünger (Voll-Inbetriebsetzung aller Stickstoffwerke), c) Anspannungsfrage in bezug auf Tiere und Geschirre usw. ist zu regeln, d) Beschaffung von Betriebsstoffen (Kohlen, Benzin, Benzol, Maschinenöl usw.).

Meine Damen und Herren, wenn wir nicht imstande sind, unsern Acker richtig zu bestellen, wenn wir nicht in die Lage kommen, daß wir ihn mindestens wieder in den Zustand überführen, wie er bis vor dem Kriege gewesen war, dann nützt uns alles nichts. Dann können Sie Gesetze schaffen, wie Sie wollen, können hier tagen, solange Sie wollen, dann erreichen Sie gar nichts in der Beziehung. Wir müssen Abhilfe schaffen. Die Ernährungsfrage ist die wichtigste Frage. Darum kommen wir nun einmal nicht herum.

Bei diesem Punkte möchte ich noch einschalten, daß man jetzt damit umgeht — namentlich aus dem Süden sind sehr viele Klagen gekommen —, **neue Revisionen** vorzunehmen. Die Absicht ist die, vielleicht diesen oder jenen Säumigen zu fassen, der die Nahrungsmittel nicht abgeliefert hat. Aber Sie werden, wie festgestellt ist, meine Damen und Herren, nur geringen Erfolg haben. Das ist überall dieselbe Erscheinung gewesen. Aber sie verärgern die Landwirte. Der Landwirt wird als Spitzbube hingestellt, wenn immer von neuem revidiert wird. Ich

möchte also bitten, diese Nachrevisionen nun zu unterlassen. Es kommt nichts dabei heraus.

7. **Preisregulierung** sowohl in bezug auf Festsetzung von Höchstpreisen als auch in bezug auf Freihandel ist einzuleiten. Über Höchstpreise denken wir wohl alle ziemlich gleich. Das wissen Sie, auf welchem Standpunkte wir in dieser Beziehung stehen. Wir müssen Garantien in der Beziehung haben.

8. Abtransport der ernährungsbedürftigen **Kinder aufs Land** ist beizeiten ins Auge zu fassen. Meine Damen und Herren, die Landwirte sind bereit. Geben Sie ihnen die nötige Unterstützung dabei, diejenigen Kinder, die erholungsbedürftig sind, wiederum im Frühjahr und Sommer aufzunehmen. Das unterliegt gar keinem Zweifel, nur lassen Sie den Landwirten bei diesem Werk auch mehr Freiheit in der Ernährungsfrage.

Dann ist 9. **Aufhebung der Zwangswirtschaft** zu erstreben und der allmähliche Abbau der noch übrigbleibenden Zwangslieferungen für gewisse Produkte nach den Vorschlägen von Dr. Roesicke einzuleiten, und zwar ist die Ablieferung einer bestimmten Menge je Fläche zu verlangen, im übrigen aber dem Erzeuger freie Verfügung zu überlassen. Weitgehende Freiheit in Lieferungsverträgen ist zu fordern. Erheben Sie also eine bestimmte Abgabenmenge von jeder Fläche und lassen Sie das übrige frei. Dann haben Sie Rationierung und freien Bezug verbunden, dann können die Landwirte arbeiten, dann kann jeder einzelne und jede Gemeinde über die Menge selbst verfügen und kann damit machen, was sie will. Das ist ein Vorschlag, wie er von jedem angenommen werden kann.

10. Die **landwirtschaftliche Maschinenindustrie** ist praktisch und theoretisch zu fördern. Alle Trocknereien sind möglichst bald in Betrieb zu setzen.

11. Unbedingt notwendig ist eine **ständige Aufklärung** von seiten der Regierung, die sich stützt auf unparteiische Urteile der Sachverständigenkommission usw., die nicht nach Parteizusammengehörigkeit zusammengesetzt ist sondern nach der Fachtüchtigkeit und als unparteiische Körperschaft über Parteipolitik steht. Diese Kommission wird die wahre Lage der Landwirtschaft zur Kenntnis bringen.

Arbeitsgemeinschaft mit den anderen Zweigen der Volkswirtschaft ist zu erstreben (Reichswirtschaftsamt). Stadt und Land müssen sich zum Wohle des Ganzen endlich verstehen lernen, die schwierigen, strittigen entgegengesetzten Interessen zwischen Erzeuger und Verbraucher müssen durch gegenseitiges Entgegenkommen und Verständnis endlich überbrückt werden; das ist wahre Sozialpolitik.

12. Alle diese Forderungen müssen ungesäumt erfüllt werden. Wir werden in der wichtigsten Frage, in der Ernährungsfrage, von nun ab

nicht müde werden, auf der Erfüllung dieser notwendigsten Forderungen zu bestehen. Das deutsche Volk hat vor Gott und der Welt ein Recht dazu.

Ich komme zum Schluß. Wenn auch das Bild, das ich Ihnen entrollt habe, in manchen Stellen kein freundliches war, so liegt doch kein Grund zum Verzagen vor. Im Gegenteil, der Lichtblicke sind so gewaltig viele; Wissenschaft und Technik haben der deutschen Landwirtschaft solche Mittel in die Hand gegeben, daß wir alle stolz unser Haupt erheben können und vor niemandem uns zu beugen brauchen. Mag der Feind uns jetzt auch noch so harte Bedingungen aufzwingen, mag er die vierzehn Wilsonschen Punkte in satanischer Weise auslegen, wie zum Beispiel in bezug auf die Volksabstimmung in den besetzten Gebieten: was deutsch ist, wird deutsch in Zukunft bleiben. Nimmt der Feind jetzt mit Gewalt deutsches Gebiet weg, so wird einst der Tag kommen, wo er es tief bereuen wird.

Deutschlands gewaltige Kräfte sind seine natürlichen Bodenschätze, aber vor allem die geistigen und seelischen Kräfte seines Volkes. Einig sein, heißt jetzt alles. Wir alle im hohen Hause erstreben aus wahrer innigster Überzeugung das Wohl auch des Ärmsten. Jeder höre auf, dem anderen in unsachlicher und parteiischer Weise entgegenzutreten. Auch Sie auf der Linken, die Sie soziale Hebung in der Sozialisierung erblicken, werden baldigst einsehen, daß die Sozialisierung nicht an allen Betrieben, sondern an den Mitgliedern der Betriebe, also nicht von oben, sondern von unten einzusetzen hat. Wahres Christentum ist das A und O aller Sozialisierung. Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst! Bete und arbeite! (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Nichts nützen uns alle Schätze der Welt, nichts würden sie uns helfen, wenn wir dabei Schaden an der Seele nehmen würden. Also nicht Sozialisierung der Betriebe, sondern Sozialisierung des innersten Menschen wäre auch in der Landwirtschaft in dieser Frage die Hauptsache. Die Landwirtschaft wird in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit tun. Wollen Sie die Landwirtschaft sozialisieren, so würden Sie in geradezu vernichtender Weise binnen 24 Stunden die Produktion so herabsetzen, daß Sie überhaupt am Ende der ganzen Volkswirtschaft stehen. (Sehr richtig! rechts.)

Es ist ganz merkwürdig, daß man jetzt auf der einen Seite das Wohl der gerade am meisten leidenden Volksteile bessern und deshalb Sozialisierung aller Betriebe einführen will, auf derselben Seite aber sich vom Christentum und von Religion in der Schule lossagt. Man bedenke doch, daß die Sozialisierung an und für sich die sozialen Verhältnisse auch nicht um das geringste bessern wird, daß dagegen Christentum und Religion durch ihre sozialen Lehren die berufensten Mittel sind, um mit ihrer Hilfe das Los auch des Ärmsten zu bessern. Bremsen Sie also,

bitte, auf der Linken nicht die Fortschritte in der Produktion, sondern treten Sie alle mit uns dafür ein, daß die Produktion gefördert wird. In der Landwirtschaft können Sie die Produktion aber nur durch den Privatbetrieb fördern — das wird Ihnen jedes Kind sagen — und ebenso auf den meisten anderen Gebieten. Durch die Sozialisierung um jeden Preis in allen Wirtschaftszweigen werden Sie die Produktion nicht fördern. Das werden auch Sie auf der Linken einsehen, aber leider vielleicht zu spät. (Beifall rechts.)

Präsident: Zur Beantwortung der beiden Interpellationen gebe ich das Wort dem Herrn Reichsernährungsminister Schmidt.

Schmidt, Reichsernährungsminister: Meine Damen und Herren! Die Interpellanten der ersten Interpellation gehen von der Annahme aus, daß unsere Lebensmittelversorgung bis zum nächsten Wirtschaftsjahre nicht ausreicht. Diese Voraussetzung trifft zu. Die Interpellanten fragen weiter: was denkt die Regierung zu tun, um dieses Defizit zu decken? Darauf antworte ich: es gibt zwei Wege, die eingeschlagen werden können. Ist das Defizit gering, so wäre zu erwägen, ob die gegenwärtigen **Rationen** für die Bevölkerung noch weiter **herabgesetzt** werden können, um eine Streckung der vorhandenen Vorräte so weit vorzunehmen, daß wir bis zum nächsten Wirtschaftsjahre durchhalten. Ich glaube, das wird nicht möglich sein (sehr richtig!); denn die Rationen sind bereits so niedrig, daß es rein undenkbar erscheint, im allgemeinen eine weitere Herabsetzung vorzunehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Durch äußersten Zwang würden wir sicherlich nur erreichen, daß unser Volk hinvegetiert und eine entsetzliche Situation geschaffen wird, die geradezu zur Katastrophe führen müßte.

Der andere Weg ist der, eine Hoffnung auf die **Einfuhr vom Ausland** zu gründen. Im deutschen Volke war vielfach der Glaube verbreitet, besonders auch in der Arbeiterschaft, daß der ritterliche Gegner, sobald der Waffenstillstand eintritt, doch wohl das Kampfesmittel beiseite legen wird, das sich in seiner Härte gegen das gesamte deutsche Volk richtet: die Absperrung unserer Einfuhr vom Ausland. Die Hoffnung, die auf die Haltung der Entente geknüpft wurde, ist eine trügerische gewesen. Ich habe nicht die Absicht, heute an dieser Stelle neue Klagen und neue Anklagen zu erheben. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als ob das deutsche Volk als Bettler vor den Türen der Entente stehe (bravo!), sondern ich glaube, daß dieses Volk auch in seinem Leid und seiner bittersten Not nur den Anspruch auf Gerechtigkeit erhebt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe nie zu denen gehört, die an die Versicherung, der Kampf, den die Entente führt, richte sich nicht gegen das deutsche Volk, glaubten. Es wäre vielleicht ungerecht, an der lauteren Gesinnung dieses oder jenes Staatsmannes im Ausland, der dieses Wort geprägt hat, Zweifel zu hegen; aber der Krieg hat Haß und Leidenschaft in den Volksmassen entfesselt, so daß die Stimme der Vernunft erstickt wird und der einzelne nicht mehr zur Geltung kommt. Der Appell an die Menschheit und die Gerechtigkeit, von dem wir gehört haben, verhallt wie die Stimme des Predigers in der Wüste. Der **Wirtschaftskampf** wird anscheinend mit aller Schärfe weiter fortgesetzt, und diejenigen, die da glaubten, daß, wenn dieser mörderische Krieg zu Ende ist, auch der Wirtschaftskampf schweigt, irren sich. Ich glaube, daß viele Anzeichen dafür vorhanden sind, daß dieser Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit auch nach dem Friedensschluß weiter fortgeführt wird. (Hört! hört!)

Erst vor kurzem ist in der holländischen Presse bekanntgegeben, daß die in England geführten **schwarzen Handelslisten** der holländischen, in Indien ansässigen Kaufleute wiederum ergänzt und neue Firmen auf diese Liste gesetzt worden sind. Die Neutralen sind unter scharfe Kontrolle gestellt, die ihnen die freie Ausfuhr nach Deutschland unmöglich macht.

Norwegen hat gegenwärtig einen sehr **reichen Fischfang**, einen Fischfang von solchem Ertrag, daß er auf dem norwegischen Markt gar keinen Absatz finden kann. Wir könnten erhebliche Mengen norwegischer Fische bekommen, wenn die Entente es den Norwegern erlaubte, diese Ausfuhr nach Deutschland zu betreiben. (Hört! hört!) Die weitere Folge dieser Maßnahme ist, daß Millionenwerte an Nahrungsmitteln zugrunde gehen (hört! hört!), weil rücksichtslos die Anordnung getroffen ist: nichts für Deutschland. Alle Vorstellungen der norwegischen Regierung, die ja im eigenen Interesse wünschen mußte, diesen Reichtum an Nahrungsmitteln den Hungrigen abzugeben, haben nichts genützt.

Selbst auf Ungarn macht sich der Einfluß der Entente geltend: auch Ungarn darf nicht mehr nach Deutschland ausführen, weil es die Entente nicht erlaubt.

Schon diese zwei Beispiele geben uns ein Bild der Situation, in der wir uns befinden, und der Schwierigkeit, uns mit Lebensmitteln zu versorgen. Die letzten Verhandlungen mit den Vertretern der Entente über die **Lebensmitteleinfuhr** sind Ihnen aus der Presse bekannt. Man forderte die **Indienststellung der deutschen Handelsflotte** einschließlich der Schiffe, die in 6 Monaten auf deutschen Werften fertiggestellt werden, ohne als Gegenleistung eine Gewähr für die Lebensmitteleinfuhr zu übernehmen. Die Reichsregierung hat diese Forderung abgelehnt, die Verhandlungen sind unterbrochen, wir müssen

den weiteren Verlauf der Angelegenheit abwarten. Damit bleibt die Deckung unseres Defizits in der Schwebe, und der Zustand, der für mich nicht gerade angenehm ist, wird aufrechterhalten, die Deckung des Defizits an Nahrungsmitteln durch die Einfuhr bleibt ungelöst. Dennoch bin ich bereit, diesen Standpunkt des Kabinetts in seiner vollen Tragweite mit zu unterstützen und zu vertreten, so hart es mir in meiner verantwortlichen Stellung auch werden mag.

Wenn ich mich nun nach anderen Hilfsmitteln umsehe, so muß ich sagen, daß ich die unruhigen politischen Ereignisse in Deutschland mit großer Sorge betrachte. Es stände nicht ganz so schlimm um unsere Ernährungswirtschaft, wir könnten manche Erleichterung schaffen, wenn uns nicht Streiks und politische Unruhen im Inland die Verbindung mit dem neutralen und selbst mit dem feindlichen Ausland erschwerten. (Hört! hört!) Wir waren in der Lage, Lebensmittel von nicht geringem Umfang — Reis, Öl, Milch, Fleisch, Südfrüchte — einzuführen, wenn wir die nötige Kompensation dafür bieten konnten. Diese Kompensation war Kohle, Kali und Eisen. Und weil wir diese Kompensation nicht bieten konnten, deshalb sind uns diese Lebensmittelbestände verloren gegangen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Zerschlagen sind uns die Mittel, die wir in der Hand haben konnten, um unser Volk besser zu ernähren. Das Transportwesen liegt darnieder, wir können die Kohle nicht ausführen, selbst wenn sie da ist. Die Kohlenproduktion ist auf schwankende Grundlage gestellt und gesunken. Die einzigen Werte, die wir haben, sind Kohlen, Kali und Eisen, die wir für Lebensmittel eintauschen könnten. Das Ausland will unser entwertetes Geld nicht, sondern unsere Produkte. Um so härter trifft diese Art der politischen Agitation und der Gewalttätigkeit unser gesamtes Wirtschaftsleben. (Sehr richtig!) Ich frage mich vergeblich, meine Damen und Herren: sehen denn unsere Arbeiter nicht, daß in dieser Zeit jeder Streik uns härteste Entbehrungen auferlegt? Fühlen sie denn selbst nicht, daß sie am schwersten darunter leiden? Und wie eigenartig, nach jedem Streik fast kommen die Arbeiter in das Reichsernährungsamt und fordern stärkere Belieferung mit Lebensmitteln, nachdem sie mir die Zahlungsmittel: Kohle, Kali und Eisen, aus der Hand geschlagen haben. (Große Bewegung und lebhafte Rufe: Hört! hört!) Ich muß sagen, das ist ein Zustand, der in der verantwortlichen Stelle, in der ich mich befinde, recht deprimierend wirkt.

Aber auch die Verteilung der Lebensmittel wird in Frage gestellt. Verbrecherischerweise ist der Eisenbahnbetrieb bei vielen Streiks unterbrochen. Ich weiß nicht mehr, wie ich die Versorgung

der Großstädte regeln soll, wenn diese Zustände länger andauern. (Bewegung und lebhafte Rufe: Hört! hört!) Ich sage es hier vor aller Öffentlichkeit: ich kann die Verantwortung nicht mehr übernehmen (hört! hört!), wenn nicht auf der anderen Seite Vernunft und Einsicht endlich wieder einkehren. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Wer kann das gegenwärtig noch vertreten und verteidigen, wer auch nur indirekt an der Sache schuld sein (Rufe: Hört! hört! — Zurufe: Die Unabhängigen!), daß wir für unsere Großstädte nicht mehr die Milch für unsere Kinder heranbringen können? (Große Bewegung.) Ist das der politische Kampf um Freiheit und Recht, die meines Erachtens nie in Frage gekommen sind, daß man die unschuldigsten Kinder unter einer wüsten Kampfesweise leiden läßt? (Sehr richtig!) Und kommt nicht endlich die Einsicht unseren Arbeitern, daß sie sich von diesem Joche der Gewaltherrschaft befreien müssen? (Lebhafte Zustimmung.) Ich komme mit der Versorgung der besetzten linksrheinischen Gebiete in Schwierigkeiten. Ich kann sie nicht beheben, weil der Verkehr stockt, weil die Eisenbahnverwaltung nicht mehr über den Verkehr zu bestimmen hat, sondern irgend eine aufgehetzte Meute sich darüber hermacht (sehr richtig!) und der Eisenbahnverwaltung die Betriebsmittel aus der Hand schlägt. (Hört! hört!)

Und diese moralische Verkommenheit entsetzlicher Art! Mir ist vor kurzem berichtet worden, in welchem Umfang **der Diebstahl in unserem Transportwesen** Eingang gefunden hat. Da bin ich wiederholt gefragt worden: Wie kommt es denn, daß soviel Zucker im Schleichhandel ist, ihr habt ihn doch fest in der Bewirtschaftung? Meine Ermittlung hat ergeben, daß allein im Monat Dezember vorigen Jahres auf dem Transportwege 4500 Zentner gestohlen worden sind. (Stürmische Rufe: Hört! hört!) Das ist der Zucker, der im Schleichhandel ist. Es ist geradezu entsetzlich, wenn man diese Ziffer liest und hört, und wenn man sieht, in welche Zustände wir hineingeraten sind. Jeder Streik im Transportgewerbe, in den Eisenbahnwerkstätten, im Bergbau bedeutet die Sprengung der letzten Reste unserer volkwirtschaftlichen Fundamente. (Sehr richtig!) Ein Menschenalter stehe ich in der deutschen Arbeiterbewegung und habe den Zeitpunkt herbeigesehnt, wo sie sich schöpferisch betätigen kann. Aber ich sehe zu meinem Leidwesen, daß diejenigen einen unheilvollen Einfluß ausüben, die bisher fern von aller Arbeit in den Gewerkschaften und in der Arbeiterbewegung die Führung an sich reißen und mit ihrer Gewalttaktik nicht aufbauen, sondern zertrümmern. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Das ist ein Zustand so schlimmer Art, eine solche Versündigung an unserem Volke (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), daß diejenigen, die zu diesen Taten die Hand reichen, sich nicht voll der Verantwortung be-

wußt sein können, wenn sie nicht Verbrecher sind. (Erneute Zustimmung. — Zurufe: Verbrecher sind sie doch!)

Lassen Sie mich nun zu einem kurzen **Überblick** über die Gesamtlage unserer **Lebensmittelbewirtschaftung** übergehen. Zu Beginn des Wirtschaftsjahres bestand nach unseren Schätzungen ein erheblicher Fehlbetrag an Brotgetreide. Ich darf daran erinnern, daß wir in den beiden letzten Wirtschaftsjahren nur mühselig bis zur neuen Ernte hindurchgekommen sind durch die Anspannung des Frühdrusches und aller Mittel, die geeignet waren, die ersten Erntegnisse der Ernte schnell hereinzubringen. Zu den ungünstigen Aussichten für das Brotgetreide trat die schlechte Futtermittelernte hinzu. Die Kartoffelernte war nur mäßig im Ertrag. Unsere Viehbestände sind erheblich gemindert, die Schweinebestände fast auf den Bedarf für die Hausschlachtungen heruntergegangen. Die Milch- und Fettversorgung ist in einem geradezu jämmerlichen Zustande. Es war schon zu Beginn des Wirtschaftsjahres klar, daß mit diesen Beständen die Fortsetzung des Krieges nicht mehr möglich war, wenn nicht der wirtschaftliche Zusammenbruch kommen sollte. Die einzige Hoffnung war, daß der Krieg zu Ende gehe und uns die Tore für unsere Einfuhr aus dem Auslande wieder öffnete. Dazu kommt, daß die Einrichtung unserer Nationierung außerordentlich stark ins Wanken gekommen ist. Für jeden Volkswirtschaftler ist es klar, daß in dem Augenblick, wo ich eine sehr starke Herabsetzung des Quantums, das ich dem einzelnen zur Verfügung stelle, zu verzeichnen habe, gewaltsam fast unter Außerachtlassung aller autoritären Anordnungen die Bevölkerung danach drängt, sich auf allen möglichen Wegen außerhalb der festgesetzten Ration zu versorgen.

Ich glaube, daß es auch bei dieser niederen Ration kaum ein Mittel gibt, um den Schleichhandel wirkungsvoll zu bekämpfen. (Sehr richtig! rechts.) Das einzige Mittel wäre, daß ich die Ration so hoch stellen könnte, daß das Interesse am **Schleichhandel** überhaupt nicht mehr vorhanden ist. (Zustimmung.) In der Lage bin ich leider nicht, und deshalb kann ich einen Teil der Zwangswirtschaft nicht entbehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist gesagt worden: warum bekämpft ihr nicht energisch diesen Schleichhandel? Meine Damen und Herren, die Strafvorschriften über den Schleichhandel sind außerordentlich hart, und wenn Sie sich diese Strafvorschriften, auch die gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel, einmal ansehen, so sollte man meinen, daß die Androhung so hoher Strafen es überhaupt unmöglich machen müßte, diesem Gewerbe nachzugehen. Dennoch ist es nicht möglich gewesen, den Schleichhandel zu unterbinden und ihn vollständig auszurotten. Das Reichsernährungsamt, auch mein Herr Vorgänger, hatte eine gewisse Hoffnung auf die Tätigkeit der **Bauern- und**

Landarbeiterräte gesetzt. Wir glaubten, hier dem Wunsche aus landwirtschaftlichen Kreisen dadurch entgegenzukommen, daß hier aus Interessentenkreisen eine Organisation geschaffen wird, die uns hilft, wieder geordnete Verhältnisse auch auf dem Lande in der Erfassung der Produktion herzustellen. Leider sind wir enttäuscht worden. Einige dieser Bauern- und Landarbeiterräte haben ihre Aufgabe auf wirtschaftlichem Gebiet richtig erfaßt und Ordnung geschaf[illegible], unberechtigte Ansprüche und maßlose Anforderungen gewinnsüchtiger Art zurückgedrängt. In sehr vielen Fällen aber — und leider ist das die Mehrzahl — ist das Gegenteil eingetreten. Die Landarbeiter- und Bauernräte sind zu einer Organisation geworden, die sich geradezu zur Aufgabe gestellt hat, nichts mehr abzuliefern, sondern nunmehr ganz nach freiem Ermessen zu schalten und zu walten. (Hört! hört! links.) Das bringt uns in neue Schwierigkeiten.

An dieser Stelle möchte ich einschalten: die Herren vom **Bund der Landwirte** haben neulich auf ihrer Tagung sehr stark mit dem **Streik** bei Fortsetzung der Zwangswirtschaft gedroht. Über die Einzelheiten der Zwangswirtschaft werde ich nachher sprechen; aber ich kann Ihnen sagen (nach rechts): das ist ein sehr gefährliches Beginnen. (Sehr richtig! links.) Bedenken Sie auch die weiteren Folgen! Die Herren berufen sich darauf: wenn die Arbeiter das Streikrecht haben, warum soll nicht auch der Landwirt streiken dürfen? Darauf sage ich Ihnen eins: in der gegenwärtigen Zeit ist auch jeder Streik städtischer Arbeiter — das ist meine feste Überzeugung —, der nicht die Einigungs- und Verhandlungseinrichtungen in Anspruch nimmt, ein Verbrechen an der Nation (lebhafte Zustimmung), und kein geringeres Verbrechen würde es sein, wenn die deutsche Landwirtschaft zum Streik aufgereizt wird. Das sind die Spartakisten im Bund der Landwirte (sehr wahr! links — Zurufe rechts), die zur Zerrüttung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse führen. Wenn Sie diesen Widerstand hervorrufen wollen, dann übertragen Sie die Unordnung auf das Land, dann sind Sie verantwortlich für die weiteren Folgen. (Sehr wahr! links. — Zurufe rechts.) — Wo bleiben die Kohlen? fragen Sie. Ich frage Sie, ob Sie es verantworten können, Herr Dr. Roesicke, daß Sie im Bund der Landwirte die Herren auffordern, sofern die Zwangswirtschaft nicht beseitigt wird, von dem Mittel der Verweigerung der Ablieferung Gebrauch zu machen. (Sehr gut! links.) Meiner Ansicht nach ist das nicht eine Aufgabe, die der Bund der Landwirte erfüllen sollte, denn er dient damit dem Volke und dem Ganzen in dieser Situation sehr schlecht. (Zuruf rechts: Hat er nicht getan!) Ich bitte Sie, auch eines zu beachten, Herr Dr. Roesicke, daß wir auf diese Weise leicht dazu kommen können, den Gegensatz zwischen Stadt und Land nur noch zu verschärfen. (Sehr wahr! links.) Ich möchte

es vermeiden, und Sie werden mir zugestehen, daß ich in all meinen Reden über die Ernährungsfrage, auch im früheren Reichstag, von einer solchen Verschärfung nie etwas wissen wollte und nie dafür eingetreten bin, daß ich für das, was die Landwirtschaft verlangt, mir immer ein objektives Urteil bewahrt habe.

Wegen dieser Schwierigkeiten in der Ablieferung, die auch durch die Agitation der „Deutschen Tageszeitung" begünstigt werden, bin ich heute nicht mehr in der Lage, die Fleischration aufrecht zu erhalten, die wir der Bevölkerung bisher gewährt haben. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Es ist einfach unmöglich, die Viehbestände aufzubringen, die zur Aufrechterhaltung unserer Fleischration nötig sind. Ich bin daher leider gezwungen, diese Fleischration wieder herabzusetzen um 100 Gramm, also auf den Stand, den wir vor der Erhöhung hatten. Was mich weiter dazu veranlaßt hat, zu diesen Maßnahmen zu greifen, ist der verminderte Viehbestand. Es erschien gegenwärtig bedenklich, in die Milchviehbestände weiter einzugreifen. Die Viehbestände sind in sehr schlechtem Zustande, das Vieh ist schlecht ernährt, der Schlachtwert gering. Das waren die Erwägungen, die dazu führen mußten, eine Verminderung des Konsums herbeizuführen. Allerdings muß ich sagen: wir wären wahrscheinlich nie dazu gekommen, wenn nicht in so maßloser Weise die Schwarzschlachtungen um sich gegriffen hätten. Ich hätte wahrscheinlich diese Herabsetzung der Fleischration umgehen können, wenn es möglich gewesen wäre, die Bestimmungen der Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten. Wir sind sogar in die üble Lage versetzt — ich sage es hier ganz offen, damit es keine Überraschungen in der Bevölkerung gibt —, wahrscheinlich diese verminderte Ration nicht in jedem Falle zusichern zu können. Ich habe in diesem Falle die Absicht, die vorhandenen Hülsenfrüchte als Ersatz für die entgangene Fleischration zu geben. Sie sind im Nährwerte nahezu gleich, und ich glaube, daß damit wenigstens ein Ausgleich geschaffen werden kann.

Dann möchte ich noch einmal zu dem Kapitel des Schleichhandels zurückkehren. Der Herr Abgeordnete Petersen hat ausgesprochen, daß wohl der Schleichhandel ziemlich allgemein von allen Bevölkerungsschichten betrieben würde. Ich gebe das zu, es fragt sich nur, in welchem Umfange in den einzelnen Bevölkerungsschichten. Es ist nicht richtig, wenn man annimmt, daß eigentlich das Manko an Lebensmitteln doch überall durch den Schleichhandel gedeckt würde. Denn ich bitte Sie, eines zu erwägen: die Tatsache, die von ärztlichen Sachverständigen und Statistikern festgestellt ist, daß in den vier Kriegsjahren 763 000 Menschen in den Städten relativ mehr gestorben sind als in Friedenszeiten, spricht dafür, daß die Ernährung schlecht war, und daß eine Unterernährung vorhanden war, die bei

einem großen Teil der Bevölkerung durch keinen Schleichhandel ausgeglichen werden konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und ich bitte dringend, hier nicht zu verallgemeinern. Auf dieser ganz irrigen Auffassung beruht zum Beispiel auch die Berichterstattung der **Journalisten des Auslandes**, die angeblich hier unsere Ernährungsverhältnisse studiert haben. Die Herren haben im Auslande, fast allgemein, soweit mir ihre Betrachtungen zur Kenntnis gekommen sind, behauptet, es wäre gar nicht so schlimm in Deutschland, man bekäme alles, was man haben wolle. Das ist insofern richtig, als die Herren in den ersten Hotels in fast allen Städten nahezu das bekommen, was man in Friedenszeiten dort bekam. Aber einmal frage ich: zu welchen Preisen? Wer nicht nach den Preisen zu fragen hat, kommt auch heute noch ziemlich leidlich aus. Aber selbst bei den hohen Löhnen der Arbeiter, die heute gezahlt werden, ist es ihnen nicht möglich, solche Ausgaben zu machen, wie sie in unseren ersten Hotels, und nicht nur in diesen, sondern auch in gewöhnlichen Restaurants heute in größeren Städten gefordert werden. Damit scheiden sie aus, damit werden sie auf die Rationen gesetzt, der Tisch ist nicht für sie gedeckt. Das muß berücksichtigt werden. Die Herren Journalisten, die solche Schilderungen geben, müssen hinausgehen an die Peripherie der großen Städte, zu den Arbeiterfamilien und sehen, was sie kochen und essen. Und wenn Sie sehen, daß jede Familie ein Huhn im Topfe hat, dann gebe ich zu, daß meine Maßnahmen der Zwangswirtschaft ganz unverständig und unnötig sind. Aber ich glaube nicht daran, und deshalb ist diese oberflächliche Beobachtung kein Maßstab der Zustände unseres Volkes. Leider ist der Hunger ärger als die Berichte nach außen angegeben haben.

Nun noch einige Worte über die Anforderungen aus landwirtschaftlichen Kreisen über die **Aufhebung der Zwangswirtschaft**. Hier ist vielleicht nicht uninteressant, eine Bekanntmachung des schweizerischen Bundesrats zu hören, die grundsätzlich auch zur Zwangswirtschaft Stellung nimmt. Der **schweizerische Bundesrat** sagt in einer Bekanntmachung:

> Der Bundesrat ist, wie Sie alle wissen, aufs ernsteste gesonnen, die Verordnungen, welche die Freiheit des Handelsverkehrs beeinträchtigen, sobald als möglich aufzuheben. Es wäre indes ein großer Irrtum, zu glauben, wie es bei unserem Volke leider der Fall ist, die Vorschriften über die Handelsfreiheit und Verkehrseinschränkungen seien mit Abschluß des Waffenstillstandes überflüssig geworden.

Das sagt der schweizerische Bundesrat, der in bezug auf die Ernährungsfragen auch von manchen Sorgen erfüllt ist, die aber gegenüber dem, was wir zu erdulden haben, klein erscheinen. Ich hänge an der Zwangswirtschaft gar nicht und habe wiederholt ausgesprochen, daß ich froh wäre, wenn wir in eine Zeit hineinkämen, die es erlaubte,

leichten Herzens die Zwangswirtschaft über Bord zu werfen. Die Zwangswirtschaft ist aus dem Zwange der Verhältnisse geboren, sie ist kein Wirtschaftssystem, vor allen Dingen kein Wirtschaftssystem für die Zukunft. Aber solange in einigen hauptsächlichen Nahrungsmitteln ein so großer Mangel vorhanden ist, kann ich auf die Zwangswirtschaft nicht verzichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind bereits Maßnahmen eingeleitet, um die Zwangswirtschaft aufzuheben auf dem Gebiete der Versorgung mit Frühgemüse und mit Obst. Diese beiden Produkte sollen auch in der Einfuhr frei gegeben werden, soweit nicht die Reichsbank aus Valutarücksichten irgend welche Einengungen vornimmt. Es wäre weiter damit in Verbindung zu bringen die Freigabe von Dörrgemüse, Sauerkraut, Salzgemüse, zum Teil ohne jede Preisbeschränkung. Damit werden auch die Kriegsgesellschaften für diese Gegenstände verschwinden, sie sind aufzulösen.

Dann möchte ich noch ein Wort für die **Kriegsgesellschaften** einflechten. Herr Dr. Petersen hat gesagt, daß sehr viele dieser Kriegsgesellschaften aus rein persönlichen Interessen der Leiter — wenigstens glaube ich, ihn so verstanden zu haben — aufrechterhalten werden. Ich kann Ihnen sagen, daß wir in den Kriegsgesellschaften die besten und tüchtigsten Leiter, einen nach den anderen verlieren, und daß sehr wenige, soweit ich es augenblicklich übersehen kann, auch nur in dem Verdacht stehen, sie hängen an ihrer Stellung. Sie kehren in der Hauptsache zu ihrer Berufstätigkeit als Kaufmann zurück.

Ich bin gesonnen, näher zu prüfen, ob wir nicht in der Erfassung **der Hülsenfrüchte** eine Änderung eintreten lassen können, daß wir vielleicht Lieferungsverträge abschließen, nur einen Teil der Hülsenfrüchte erfassen, den übrigen freigeben. Ein ähnliches System wird vielleicht für Gerste und Hafer möglich sein, da hier die Heereslieferungen vollständig wegfallen. Wir werden uns vielleicht mit der Erfassung der für unsere Nährmittel erforderlichen Bestände begnügen können; auch bin ich gezwungen, bei der **Gerste** hauszuhalten gegenüber der Brauindustrie, der ich über ein gewisses bescheidenes Quantum hinaus keine Zugeständnisse machen kann.

Wenn ich diese Freigabe schließlich herbeiführen will, so glaube ich, daß das ein gewisses Entgegenkommen für die Landwirte ist gegenüber ihrem recht stürmischen Drängen, aus der Zwangswirtschaft herauszukommen. Sie haben die Möglichkeit, bei einer guten Gerstenernte den Überschuß für die Viehhaltung zu verwerten. Es wird zu erwägen sein, ob wir nicht sehr bald für Heu und Stroh die Zwangsbewirtschaftung aufgeben (sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien), vielleicht auch da die Höchstpreise aufgeben.

Ich habe auch in Erwägung gezogen, ob wir in der **Eierbewirtschaftung** wenigstens zu einem erheblichen Teil diese Zwangswirtschaft

aufheben können. Aber, Herr Abgeordneter Petersen, so liegen die Dinge auch nicht, wie Sie es hier geschildert haben! Wir haben immerhin in der Zwangswirtschaft — und das ist doch nicht zu unterschätzen — 700 Millionen Eier erfaßt, und wenn ich die Eier vollständig freigebe, dann weiß ich noch nicht, wie unsere Lazarette und Krankenhäuser versorgt werden sollen. Zu deren Gunsten muß sicherlich ein Teil der Produktion erfaßt werden, um ihnen zu einem erträglichen Preis diese wertvollen Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen.

Es wird auch zu erwägen sein, ob nicht in der **Zuckerbewirtschaftung** eine Änderung eintreten kann, die uns zur freien Produktion überleitet, vielleicht in dem Umfange, daß man den Verbrauchszucker, den sogenannten Mundzucker für die Bevölkerung sichert, den übrigen Zucker dagegen freiläßt, daß man auch den Rübenpreis nicht beschränkt und es dem freien Wettbewerb überläßt, die Produktion zu steigern.

Dagegen muß ich mit aller Entschiedenheit die Aufhebung der Zwangswirtschaft für **Brotgetreide** ablehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Grundlage unserer ganzen Ernährungswirtschaft. Brotgetreide kann nicht eher freigegeben werden, bis die Zufuhr aus dem Auslande so reichlich ist, daß schließlich keine Hemmungen mehr vorhanden sind, daß ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage stattfindet. Ich glaube, die verständigen Landwirte sind auch selbst dieser Meinung (sehr richtig!), daß ein solches System des Zwanges, das auch seinerzeit von den Vertretern der landwirtschaftlichen Gesellschaften gefordert wurde, nicht zu umgehen ist.

Das gleiche gilt für die **Fleischbewirtschaftung.** Leider können wir uns hier wahrscheinlich auf lange Zeit von dieser Zwangswirtschaft nicht freimachen. Sie ist nicht aufzuheben, weil wir hier auf so geringe Quantitäten für den einzelnen bedacht sein müssen, daß es ohne Zwang nicht abgeht, wenn wir nicht zu übermäßigen Preissteigerungen und wüsten Spekulationen auf dem Gebiete der Fleischversorgung kommen wollen.

Ich kann auch nicht verzichten auf **Butter- und Milchbewirtschaftung.** Hier sind die Mengen sehr gering; aber gerade weil sie gering sind, und weil ein gewisses Quantum für die Ernährung unserer Bevölkerung unbedingt nötig ist, kann ich nicht den freien Wettbewerb zulassen, wenn dieses wichtige Nahrungsmittel dem Volke nicht über Gebühr verteuert werden soll. Ich kann auch nicht verzichten auf die Erfassung, auf die Zwangsverwaltung der **Kartoffeln.** Auch hier muß für die große Masse der Bevölkerung die Sicherheit gegeben werden, daß ein bestimmtes Quantum aus der Ernte für den Verbrauch vorweg gesichert wird. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Ich bin mir bei dieser Maßnahme der **Freigabe gewisser Artikel für den Handel** sehr wohl bewußt, daß es eine große Verantwortung für

den Leiter des Reichsernährungsamts ist, diese Maßnahme zu treffen (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien); denn ich täusche mich darüber nicht: diese Freigabe wird mir zeigen — und ich sage Ihnen das hier ganz offen —, daß wir zu hohen Preisen kommen, wenn es uns nicht gelingt, durch die Einfuhr einen Druck auszuüben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Das letztere bezweifle ich noch, aber ich bin geneigt, hier einen Versuch zu unternehmen. Wenn allerdings diese planlosen Preistreibereien und die Ausnützung der Konjunktur in der skrupellosen Weise weiter geschieht, wie während des Krieges von gewissen Interessentenkreisen, dann werde ich unzweifelhaft wieder zu den Höchstpreisen zurückkehren und dafür sorgen, daß die Höchstpreispolitik dann mit aller Entschiedenheit durchgesetzt wird. Wenn nicht der Handel es tatsächlich versteht, auf Grund seiner Organisationen in den Preisen Maß zu halten, so werden Sie dann im Volke die Reaktion gegen die Einschaltung des freien Handels finden, an deren Nutzen heute vielfach bis in die Arbeiterkreise hinein geglaubt wird. Das gleiche gilt auch für die Landwirtschaft. Ich hielt ein Entgegenkommen für notwendig, schon deshalb, weil die Autorität der Verwaltung Einbuße erlitten hat, und damit die Organisation leider ins Wanken geraten ist; die Unterlagen für die Zwangswirtschaft sind in Gefahr gekommen.

Meine Herren, nun komme ich zu der zweiten Interpellation. Es bereitet der Reichsregierung eine große Sorge, daß wir nicht zu der notwendigen Steigerung der Produktion kommen und unter einem recht bedenklichen Mangel an Arbeitskräften zu leiden haben. Die Lösung der **Arbeiterfrage** ist schwierig, und alles, was wir bis jetzt auf diesem Gebiete unternommen haben, steht in bezug auf die Wirkung auf unsicherem Boden. Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Abgeordneten Semmler, der zur Begründung der Interpellation auseinandersetzte, es wäre uns möglich, die **landwirtschaftliche Produktion** so zu steigern, daß sie den Bedarf des eigenen Volkes decke. Das ist zu Friedenszeiten beim vollständig freien Wettbewerb nicht möglich gewesen, das war während des Krieges ganz unmöglich, weil wir nicht die Hilfsmittel zur Verfügung hatten. Es mußte ganz von selbst eine Herabminderung der Produktion eintreten. Auch für die Folgezeit wird es sehr schwer sein, wenn wir dieselbe Bevölkerung zu ernähren haben, ohne Einfuhr auszukommen; denn die Einfuhr an landwirtschaftlichen Produkten betrug zu Friedenszeiten rund 2½ Milliarden Mark. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Für absehbare Zeit halte ich die Deckung dieses Bedarfes in der heimischen Produktion für ganz unmöglich. Niemand wäre mehr erfreut als ich — und wer könnte eine andere Auffassung haben? —, wenn es der deutschen Landwirtschaft gelingen würde, diese Steigerung der Produktion herbeizuführen. Wir werden nach wie vor

leider auf eine Einfuhr angewiesen sein, aber wir werden uns bemühen müssen, unsere landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen, weil wir einmal nicht nur unabhängig vom Ausland sein wollen, sondern vor allen Dingen auch nicht die Mittel haben, um eine große Einfuhr zu finanzieren.

Die **Arbeiterfrage.** Wollen wir nicht wieder zum Hereinholen bedürfnisloser, ausländischer Arbeiter greifen, dann müssen wir die stärkere Heranziehung der heimischen Arbeiter durchführen. Daneben muß die Schaffung von kleinem bäuerlichen Besitz gefördert werden. Die technischen Vorteile der modernen landwirtschaftlichen Betriebsweise müssen dem kleinen Besitz durch genossenschaftliche Einrichtungen gewährt werden, wie sie ihm in der Ausnutzung der Maschinen, des Einkaufs landwirtschaftlicher Bedarfsartikel oder auch des Verkaufs der eigenen Produktion zum Nutzen gereichen. Ich sehe solche Organisationen auf freier Grundlage stark entwickelt. Sie sind die Grundpfeiler eines künftigen Aufbaues zum Vorteile des Kleinbetriebs, der kleinbäuerlichen Bewirtschaftung. Ich hoffe, daß gerade diese genossenschaftlichen Einrichtungen noch mehr Anklang in bäuerlichen Kreisen finden werden, als es gegenwärtig der Fall ist.

Was ist nun geschehen, um für die Landwirtschaft die Arbeitskräfte herbeizuschaffen und die künftige Ernte zu sichern? Den Herren Interpellanten wird bekannt sein, daß sich mit den von ihnen angeregten Fragen auch der Wirtschaftsausschuß des hohen Hauses bereits eingehend beschäftigt hat, ebenso wie das Demobilmachungsamt, in dessen Arbeitsgebiet diese Probleme fallen. Von Anfang seiner Tätigkeit an hat dieses Amt nach Kräften alles unternommen, um der Landwirtschaft die erforderlichen Kräfte, Betriebsmittel und Düngemittel zur Verfügung zu stellen.

Die Sicherung der nächsten Ernte betrachte ich als eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben und verkenne nicht, daß augenblicklich die Frage der landwirtschaftlichen Arbeiter eine ausschlaggebende Rolle spielt. Ich habe daher auch meinerseits alles getan, um denjenigen Arbeitern, die vom Lande stammen und bisher in der Industrie tätig gewesen sind, die Rückkehr auf das Land zu erleichtern und annehmbar erscheinen zu lassen.

In erster Linie müssen hier die Maßnahmen der Regierung genannt werden, die alle bestehenden Sondergesetze für die landwirtschaftlichen Arbeiter wie das **Koalitionsverbot** und die berüchtigte preußische **Gesindeordnung** beseitigt haben, so daß heute der landwirtschaftliche Arbeiter sich in gleicher Art als freier, unabhängiger Staatsbürger fühlen kann wie der Arbeiter in der Stadt. Ich begrüße es, daß die landwirtschaftlichen Korporationen mit den beiden Landarbeiterverbänden eine Vereinbarung getroffen haben, die eine Formulierung

eines neuen **Landarbeiterrechts** zur Aufgabe haben. Die Regierung hat die Formulierung dieses Landarbeiterrechts dazu benutzt, um eine Verordnung zu erlassen, die diese Rechtsfrage regelt. Hierbei ist sogar die Arbeitszeit begrenzt. Ich gestehe, daß es eine sehr schwierige Aufgabe ist, in der Landwirtschaft Vorschriften über Arbeitszeiten zu erlassen. Aber immerhin darf ich noch einmal unterstreichen: es ist eine Verständigung auch mit den landwirtschaftlichen Korporationen schließlich herbeigeführt worden, die auf die Eigenart der Landwirtschaft Rücksicht nimmt. Für die Arbeiter bedeutet es einen großen Fortschritt, der durch eigene Tätigkeit in der Gewerkschaft für absehbare lange Zeit nicht erreicht wäre.

Wir haben die Absicht, schließlich die Naturallohnleistungen weiter auszugestalten. Die Anrechnung der Gestellung von Deputatland ist in der Verordnung geregelt. Sonntags- und Überstundenarbeit sind geregelt.

Auch für die Regelung der **Lohnfrage** ist nach Kräften weitergesorgt worden. Die Demobilmachungskommissare sind angewiesen, da, wo Arbeitsgemeinschaften bestehen, im Einvernehmen mit diesen eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Neuregelung der Löhne herbeizuführen. Da, wo solche Arbeitsgemeinschaften nicht bestehen, sollen durch Verordnung des Reichsernährungsamts gebildete Reichsbauern-, Landarbeiterräte die Regelung der Lohnfrage in die Hand nehmen, so daß überall eine paritätische Organisation für die einzelnen Fragen zur Verfügung steht — ein großer Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiete, und ich bedaure nur, daß in dem Trubel der politischen Wirrnisse diese Bestimmung und diese Verordnung in Arbeiterkreisen viel zu wenig bekannt ist. Es kann deshalb meiner Ansicht nach **kein Bedenken für einen städtischen Arbeiter bestehen, Landarbeit anzunehmen.** (Sehr richtig!) Unsern Bauernstand möchte ich bitten, nicht von vornherein eine starke Abneigung gegen alle städtischen Arbeiter zum Ausdruck zu bringen. Es sind nicht alle Spartakisten, die von Berlin kommen, es sind auch noch eine große Anzahl sehr verständiger Leute da, und wenn Sie einmal einen Spartakisten auf das Land bekommen, ist er unter Ihrer Erziehung vielleicht noch zum vernünftigen Menschen zu machen. (Heiterkeit.) Hoffen wir, daß Ihr Einfluß so stark ist; einige würden wir Ihnen gerne davon abgeben.

Ich sage, die Herren sollen nicht von vornherein eine Abneigung gegen städtische Arbeiter haben. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß vor allem die Leute in Frage kommen, die auch Landarbeit kennen, sie schon geleistet haben; wir haben in den Städten viele Leute, die durchaus nicht fremd der Landarbeit gegenüberstehen, sondern solche leisten können und bereits geleistet haben. Ich bedaure in hohem Maße, daß besonders unsere jungen Leute nicht dazu zu bringen sind, auf das Land hinauszugehen. Sie wären die Geeignetsten, zunächst

einmal hinauszugehen im Interesse unseres Volkes und angesichts der hohen Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion.

Nicht unwichtig für die Entscheidung und Entschlüsse der städtischen Arbeiter, auf das Land zurückzukehren, wird auch die von meinem Ressort getroffene Anordnung sein, daß alle **Landarbeiter** die **Selbstversorgerration** zu beanspruchen haben. Damit ist in der Frage der Beköstigung eine Regelung eingetreten, welche die Unterschiede der Verpflegung, die bisher auf dem Lande zwischen dem Besitzer und dem Arbeiter bestanden haben, beseitigt.

Die Sorge, der Landwirtschaft Arbeiter zuzuführen, zeigt sich ferner in einer Verfügung des Demobilmachungsamts, wonach der Grundsatz, daß alle Heeresentlassenen wieder bei ihren früheren Arbeitgebern eingestellt werden müssen, auch auf die landwirtschaftlichen Betriebe Anwendung findet, und dem Besitzer es zur besonderen Pflicht gemacht wird, für Unterkunft nach Möglichkeit Sorge zu tragen.

Darüber, in welcher Weise im allgemeinen die **Wohnungsverhältnisse** auf dem Lande geprüft und gebessert werden können, schweben zurzeit Verhandlungen. Ferner wird auf Veranlassung des wirtschaftlichen Ausschusses in Betracht gezogen werden, den zur Landarbeit übergehenden Erwerbslosen freie Fahrt und Reisekosten sowie Familienunterstützung für die in der Stadt zurückgebliebenen Angehörigen zu gewähren. Auch wird den Anregungen dieser Kommission folgend, sehr ernstlich erwogen werden müssen, daß eine Abwanderung und Ablenkung von der Landarbeit zu öffentlichen Notstandsarbeiten in jedem Falle gegenwärtig vermieden werden wird. Der weitere Ausbau der Arbeitsvermittlung muß als notwendig anerkannt werden.

Schwieriger erscheint die Frage, inwieweit bei dem allgemeinen Arbeitermangel die **Heranziehung polnischer Saisonarbeiter** für die Landwirtschaft noch gerechtfertigt erscheint. Diese Schwierigkeit ist aber nur eine theoretische; denn praktisch kann man nach dem Stande der Verhandlungen höchstens mit einer Anzahl von 40—50 000 ausländischen Arbeitern rechnen, die für die heimische Landwirtschaft im nächsten Jahre zur Verfügung stehen werden. Das ist eine Zahl, die für die Wegnahme von Arbeitsstellen für heimische Arbeiter nicht wesentlich ins Gewicht fällt. Jedenfalls ist die Frage der Beschaffung der Ostarbeiter so, daß man der Landwirtschaft nur den dringenden Rat geben kann, sich nicht etwa darauf zu verlassen, daß solche Arbeitskräfte dem Lande im Laufe des Jahres doch noch zur Verfügung stehen würden, sondern jetzt mit allen Kräften auch ihrerseits bestrebt zu sein, geeignete deutsche Arbeitskräfte aus den Großstädten auf das Land zu ziehen. Nur wenn jeder einzelne an seinem Teile bestrebt ist, die Tätigkeit der Arbeitsvermittlungsstellen durch Entgegenkommen zu unterstützen, wird es gelingen, das Problem der Arbeiterbeschaffung für das Land zu lösen.

Als ferneren wichtigen Punkt der Interpellation sehe ich die Frage der **Düngerbeschaffung** an. Auch hier ist von seiten der Reichsregierung, insbesondere von seiten des Demobilmachungsamts, von Anbeginn des Waffenstillstandes an alles getan, um die Erzeugung zu heben. Als Beispiel möchte ich anführen, daß die bedeutenden Leuna-Werke, die im Dezember noch ganz stillagen, und im Januar nur 20 bis 25 Tonnen **Stickstoff** täglich erzeugten, kurz vor dem Streik auf eine Tagesproduktion von 100 Tonnen gekommen waren (hört! hört!), so daß die Hoffnung bestand, binnen kurzem die Ausnutzung ihrer vollen Kapazität zu erreichen. Der Rückschlag, der infolge des vierzehntägigen Streiks, der sich auch auf andere Werke, insbesondere auf das große Piestritzer Werk, ausgedehnt hatte, eingetreten ist, hat diese Hoffnung zunichte gemacht. (Hört! hört!) Die beiden genannten Werke haben durch den Streik zusammen einen Erzeugungsausfall von 6000 Tonnen erlitten. (Erneute Rufe: Hört! hört!) Wenn man nach einer bekannten landwirtschaftlichen Berechnung eine Tonne Stickstoff gleich 18 000 Tonnen Weizen setzt, so bedeutet dieser Streik für unsere Ernährungsaussichten des nächsten Jahres einen Ausfall von 118 000 Tonnen Weizen. (Wiederholte lebhafte Rufe: Hört! hört!) Wir können nur hoffen, daß gerade dieser für die Landwirtschaft so wichtigen Produktion weitere Erschütterungen erspart bleiben und daß die bei diesen Werken erfolgreich in Angriff genommenen Bemühungen, die Produktion weiter zu steigern, von dauerndem Erfolg sein werden.

Aber ich bin natürlich in der schwierigen Lage, gegenüber den sehr kategorisch gestellten Anforderungen des Herrn Abgeordneten Semmler, der da sagte: es muß schließlich herbeigeführt werden, daß diese Produktion wieder auf die Höhe kommt —, zu sagen: dieses Muß ist heute eine sehr harte Nuß, und es vermag sie nicht jeder zu knacken. Auch ich bin nicht in der Lage, ich kann dieses Muß nicht lösen, soweit die Herbeischaffung von Kohlen in Frage kommt, ich kann dieses Muß nicht lösen in bezug auf die Ordnung unserer Verkehrswege, wenn nicht die innere Unordnung aufhört und beseitigt wird; und dazu bedarf es nicht nur des tätigen Willens, sondern auch der Einsicht der Arbeiter.

Eine gewisse Erschwerung bringt weiter der Umstand, daß von den im besetzten Gebiet gelegenen Stickstoffwerken Oppau wegen Kohlenmangels vollständig stillgelegt und Knapsack, soweit Produktionsnachrichten vorliegen, nur schwach beschäftigt ist. Im allgemeinen aber wird man hoffen können, daß, falls nicht neue Störungen eintreten, die Landwirtschaft in diesem Jahre mit etwa 40 vom Hundert mehr Stickstoff als im Vorjahr wird beliefert werden können. (Hört! hört!)

Auch die **Kaliproduktion** hat durch den Mangel an Kohle und Verkehrsschwierigkeiten erheblich gelitten. Immerhin muß hier in Betracht gezogen werden, daß die Kalibelieferung während des Krieges verhält-

nismäßig hoch gewesen ist und daß, wenn auch die Mengen des letzten Kriegsjahres nicht verteilt werden können, doch immerhin eine Belieferung in Höhe des letzten Friedensjahres sich wird ermöglichen lassen.

Weniger erträglich ist die Lage in der Beschaffung der **Phosphatdüngemittel**, von denen im ganzen nur etwa ein Drittel der letzten Friedensjahre zur Verfügung stehen wird. Der Grund hierfür liegt hauptsächlich in dem Mangel an Rohstoffen. Bei Thomasmehl kommt besonders erschwerend in Betracht, daß 61 Prozent der gesamten Friedensproduktion im besetzten Gebiet liegt und daß die Ausfuhr von Thomasmehl und anderen Düngemitteln aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland unmöglich ist.

Das ist, was ich in der Beantwortung der Interpellation zu sagen habe, und ich möchte schließen mit dem Appell an alle Bevölkerungsschichten, uns zu helfen, über die großen Schwierigkeiten in der Ernährungswirtschaft hinwegzuhelfen. Denn die Hilfe aller ist notwendig, um vor allem das engherzige Voranstellen besonderer wirtschaftlicher Interessen zu beseitigen und statt dessen das Gemeinsame hervorzukehren, was nie zuvor und zu keiner Zeit so notwendig wie gegenwärtig ist.

Ich komme also bei Beantwortung der Interpellation zu dem leider wenig befriedigenden Ergebnis, daß unsere Lebensmittelversorgung in diesem Wirtschaftsjahr auf sehr unsicherer Grundlage steht. Aus dieser Bedrängnis kann nur eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung im Innern und eine menschliche Einsicht unserer Gegner uns retten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Zur Ergänzung der Beantwortung der Interpellationen erteile ich das Wort dem Herrn Unterstaatssekretär Ritter v. Braun.

Ritter **v. Braun**, Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin erst vor wenigen Tagen von den Verhandlungen in Spaa zurückgekommen. Ich würde mich einer Versäumung schuldig machen, wenn ich Ihnen nicht selbst über den Gang und das Ergebnis der Verhandlungen ausführlicher Bericht erstatten würde, als das bisher in der Presse geschehen ist.

Ich muß zu dem Zweck etwas weiter ausholen, damit Sie sich selbst ein vollständig klares Bild über die Entwicklung der Frage der **Lebensmittelversorgung Deutschlands** durch unsere bisherigen Gegner machen können. Bereits in dem **Waffenstillstandsvertrag** vom 11. November vorigen Jahres ist zwar die Blockade gegenüber Deutschland aufrechterhalten worden, aber es ist ausgesprochen worden, daß die Alliierten und die Vereinigten Staaten in Aussicht nehmen, während der Dauer des Waffenstillstandes Deutschland in dem für notwendig anerkannten Maß mit Lebensmitteln zu versorgen. An irgendwelche Bedingungen ist

die Lebensmittelaushilfe damals nicht geknüpft worden. Die Reichsregierung hat sofort nach Bekanntwerden der Bestimmungen alle Maßregeln getroffen, die notwendig waren, um die Vorbereitungen für eine derartige Lebensmitteleinfuhr, vor allem aus Amerika, zu treffen und um unseren Gegnern die Unterlagen zu geben, nach denen sie das notwendige Maß der Lebensmittelaushilfe beurteilen konnten.

Es ist insbesondere das Verdienst einer unabhängigen Kommission von **Ärzten, Gelehrten und Statistikern**, daß sie durch ein ausführliches **Gutachten**, das im Dezember vorigen Jahres fertiggestellt worden ist und, in französischer und englischer Übersetzung gedruckt, möglichst weite Verbreitung gefunden hat, ein klares Bild über die furchtbaren Folgen der Hungerblockade und über die Bedürfnisse gegeben haben, die zur Verbesserung der Lebensmittellage Deutschlands und zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes notwendig sind.

Auf Grund dieses Gutachtens ist versucht worden, auf privatem Wege Beziehungen mit Privatpersonen des Auslandes anzuknüpfen, um ihnen die dringende Notlage Deutschlands klarzumachen und ihnen das Gewissen dafür zu schärfen, daß es eine Pflicht der Menschlichkeit ist, Deutschland ohne Verzug zu helfen.

Ich will auf die Einzelheiten dieses Gutachtens hier nicht näher eingehen, da es ja wohl einer großen Anzahl von Ihnen bekannt ist, und da es zu weit führen würde, wenn ich die einzelnen Feststellungen und Schlußfolgerungen aus diesem Gutachten hier mitteilen wollte. Ich möchte nur kurz erwähnen, daß es nach gewissen Modifikationen zu dem Schluß kommt, daß wir die Lebensmittelrationen des Deutschen mindestens auf 3000 Kalorien täglich bringen müssen, und daß zu diesem Zweck für die nächsten sechs Monate die Einfuhr von monatlich 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Fleisch und Fett und für den ganzen Zeitraum von 1 Million Tonnen Mais zur Fütterung und Wiederinstandsetzung unseres Viehstandes notwendig sei.

Die nächsten offiziellen **Verhandlungen über die Lebensmittellieferung an Deutschland** haben bei der Verlängerung des Waffenstillstandes am 16. und 17. Januar in Trier stattgefunden. In der Ziffer 8 dieses Vertrags über die Verlängerung des Waffenstillstandes ist folgendes vereinbart worden:

> Um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und des übrigen Europas sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alle nötigen Maßnahmen treffen, um während der Dauer des Waffenstillstandes die ganze deutsche Handelsflotte der Kontrolle und der Flagge der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten, denen ein deutscher Delegierter beizugeben ist, zu unterstellen.

Bei diesen Verhandlungen ist also die Lebensmittelbelieferung Deutschlands schon an eine neue, sehr schwere und harte Auflage geknüpft worden, nämlich an die **Zurverfügungstellung der deutschen**

Handelsflotte zum Zwecke der Organisation der Lebensmitteleinfuhr nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Aber es ist in dieser Bestimmung mit voller Deutlichkeit zum Austrag gebracht worden, daß Voraussetzung und Zweck der Zurverfügungstellung der Handelsflotte die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands ist. In dem Abkommen vom 17. Januar, das nach weiteren Verhandlungen in Trier abgeschlossen worden ist, über die Versorgungsmaßnahmen und über die Benutzung der deutschen Tonnage ist dieser enge, ursächliche Zusammenhang der beiden Angelegenheiten auch voll und klar zum Ausdruck gebracht worden, und die Delegierten der assoziierten Regierungen geben darin bekannt, daß fürs erste — in the first instance — die Einfuhr folgender Nahrungsmittel gestattet werden würde: 200 000 Tonnen Brotgetreide und 70 000 Tonnen Schweinefleischprodukte, in solcher Art und Weise und aus solchen Häfen, wie sie die assoziierten Mächte vorschreiben werden. Die Frage weiterer Lebensmittelzufuhr wurde dem Obersten Kriegsrat zur Entscheidung überwiesen.

Vorausgegangen war diesem Abkommen eine Verhandlung, die ich am 16. und 17. Januar in Trier mit Vertretern der assoziierten Regierungen geführt habe, und in denen ich an der Hand des erwähnten Gutachtens die **Bedürfnisse Deutschlands** eingehend dargelegt habe. Die gegnerischen Delegierten konnten also schon damals nicht darüber im Zweifel sein, daß mit 270 000 Tonnen in keiner Weise eine Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands erreicht sei; denn, um nur ein Beispiel anzuführen, 270 000 Tonnen reichen knapp, um die Lebensmittelversorgung Deutschlands für zwei Wochen zu sichern. Die Gegner bekamen schon damals die genauen Zahlen über unseren Gesamtbedarf bis zur neuen Ernte, und auch das erwähnte gedruckte Gutachten war in ihrer Hand, aus dem sie ersehen konnten, daß infolge der Hungerblockade während des Krieges viele hunderttausend Menschen in Deutschland an Unterernährung gestorben sind, und daß auch jetzt während des Waffenstillstandes infolge der Aufrechterhaltung und der Verschärfung der Blockade nach dem Gutachten der Ärzte und der Statistiker täglich 800 unschuldige Kinder, Frauen und Greise an Hunger sterben.

Die Verhandlungen sind dann in der Zeit vom 6. bis 8. Februar 1919 in **Spaa** fortgesetzt worden. Dabei ist ein fester Abschluß über eine vorläufige Lieferung von 35 000 Tonnen Fett und kondensierter Milch erzielt worden, für die in dem damaligen Zeitpunkt die den gegnerischen Vertretern genehmen **Zahlungsmittel** von deutscher Seite beschafft werden konnten, nämlich 100 Millionen Mark in Gold und 25 Millionen Mark in fremden Devisen. In der Ziffer 8 dieses **Abkommens** ist folgendes vereinbart worden:

Die Vertreter des Supreme War Council erklärten, daß der Council bereit ist, vorbehaltlich der Billigung durch die assoziierten Regierungen, eine Forderung der deutschen Vertreter für weitere Lebensmittellieferung in unmittelbarer Zukunft in Erwägung zu ziehen, vorausgesetzt, daß befriedigende finanzielle Abmachungen durch die deutschen Vertreter mit den Finanzvertretern der assoziierten Regierungen zustandekommen.

In Antwort darauf erklärten die deutschen Vertreter, daß die Anforderungen Deutschlands an weiteren Lebensmittelzufuhren bestehen in 400 000 Tonnen Weizen und 100 000 Tonnen Fetten und Fleisch monatlich, vom März bis August 1919 einschließlich, und 1 Million Tonnen Mais für die Zeit vom März bis August 1919.

Die Verhandlungen sind bezüglich der Finanzfragen am 14. Februar in Trier fortgesetzt worden. Dabei erklärten die gegnerischen Vertreter, daß sie nur bezüglich der endgültigen finanziellen Abmachungen über die 35 000 Tonnen und über ein finanzielles Abkommen für die weiteren 230 000 Tonnen, die die Assoziierten bereit seien, zunächst zu liefern, bevollmächtigt seien, zu verhandeln, dagegen nicht über die weiteren von Deutschland in Anspruch genommenen Lieferungen, über die die Entscheidung dem Supreme War Council vorbehalten sei. Ich habe schon damals dem gegenüber formell die Erklärung abgegeben, daß die deutsche Regierung die Zurverfügungstellung der Handelsflotte von der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte abhängig machen müsse, und daß sie der Auffassung sei, die Abkommen über die Handelsflotte, über die Lebensmittellieferung und deren Finanzierung bilden ein untrennbares Ganzes, und keines dieser Abkommen könne getrennt von den übrigen zur Ausführung kommen. Dem gegnerischen Vertreter schien diese Erklärung so bedeutungsvoll, daß er verlangte, daß sie schriftlich übergeben würde, um sie sofort den assoziierten Regierungen mitzuteilen. Diese Verhandlungen haben aber zusammen mit den Bemühungen des Herrn Reichsministers Erzberger die Folge gehabt, daß Marschall Foch sich damit einverstanden erklärt hat, daß die Verhandlungen über die drei Abkommen grundsätzlich als untrennbares Ganze und als unter einheitlichem Vorsitz zu führen anerkannt worden sind, und Marschall Foch hat unterm 19. Februar der deutschen Regierung telegraphisch mitteilen lassen:

> Le reglement d'ensemble des questions relatives au tonnago allemand, à l'importation et au paiement des vivres aura lieu à Spa.

Meine Damen und Herren, das ist in kurzen Zügen die Vorgeschichte der letzten Verhandlungen in Spaa. Wer sie unbefangen und unbeeinflußt von vorgefaßten Meinungen prüft, muß zu der Überzeugung kommen, daß der Zweck dieser Verhandlungen auch nach der Stellungnahme unserer Gegner nur der sein konnte, ein endgültiges

Abkommen über die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands und gleichzeitig die endgültige Regelung über die Zurverfügungstellung der Handelsflotte herbeizuführen. Statt dessen hat der **Vorsitzende der gegnerischen Kommission** bei Beginn der Verhandlungen am 4. März 1919 in Spaa erklärt, daß er beauftragt sei, von den deutschen Delegierten die Zusicherung zu verlangen, daß sie das nötige dazu tun werden, die Schiffe, die jetzt fertig sind, sofort zu übergeben und die gesamte deutsche Handelsflotte unter die Kontrolle der alliierten und assoziierten Regierungen zu stellen, im Einklang mit dem Übereinkommen vom 16. Januar und dem Trierer Abkommen vom 17. Februar, daß sie aber im übrigen nur über die Lieferung der erstmaligen Lebensmittelaushilfe von 230 000 Tonnen und eines Abschlusses mit Argentinien über 100 000 Tonnen Weizen zu verhandeln bevollmächtigt seien. Ich habe demgegenüber entsprechend der mir erteilten Instruktion erklärt, daß die deutsche Regierung vor der Zurverfügungstellung der Handelsflotte die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte verlangen müsse. Diese Sicherstellung würden wir als erreicht betrachten, wenn in einem mit den assoziierten Regierungen abgeschlossenen Vertrage die Mengen, die Preise und die Zahlungsart für diese Mengen vereinbart worden sein würden, die Deutschland für den Rest des Erntejahres bedarf.

Schon bei den ersten einleitenden Verhandlungen war es klar, daß die gegnerischen Vertreter mit vollkommen gebundener Marschroute gekommen waren, und es ist nicht einmal möglich gewesen, den Admiral Hope zur Bildung von Unterkommissionen zu bewegen, in denen die Einzelfragen hätten behandelt und eine Annäherung der Auffassungen leichter hätte herbeigeführt werden können. Der Vorsitzende der gegnerischen Kommission Admiral Hope hat vielmehr erklärt, er könne die Beratungen nicht weiter fortsetzen, bevor nicht unsere definitive Antwort darüber erfolgt sei, daß die deutsche Regierung bereit ist, die Schiffe sofort auszuliefern. Er hoffe, daß das, was die deutschen Vertreter heute gesagt hätten, noch nicht das letzte Wort sei; denn sonst würde es ihm scheinen, daß die deutsche Regierung sich weigere, die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages auszuführen.

Bei der ungeheuren Verantwortung, die diese Frage der deutschen Delegation auferlegte, haben wir in einer sofort sich anschließenden, bis in die späte Nachtstunde dauernden internen Sitzung uns noch einmal die Mittel und Wege überlegt, wie man unter Aufrechterhaltung unseres grundsätzlichen Standpunktes die Verhandlungen weiterführen könnte. Darüber, daß Deutschland seine Handelsflotte nicht ausliefern könne, ohne eine bindende Zusage über die Sicherstellung seiner Lebensmittelversorgung erlangt zu haben, war in der deutschen Kommission nur eine Meinung. Dagegen hielt man es für möglich, äußerstenfalls eine sofortige **Teillieferung** entsprechend der Menge der bis jetzt schon seitens

der Entente uns zugesicherten Menge von Lebensmitteln anzubieten, um so wenigstens einen Schritt vorwärts zu kommen.

Wir haben in einem noch nachts an die Reichsleitung nach Weimar abgeschickten ausführlichen Telegramm diese über den Stand der Verhandlungen unterrichtet und nochmals um Weisung gebeten. Wir haben dabei aber auch unsere Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß ein Aufgeben des grundsätzlichen Standpunktes unmöglich sei und uns in Zukunft überhaupt nicht mehr als verhandlungsfähig erscheinen lassen würde. Außerdem ist selbstverständlich auch noch durch telephonische Mitteilung darüber Kenntnis gegeben worden, was durch die privaten Besprechungen unserer Unterhändler mit denen der Gegner für die ganze Auffassung der Lage zu unserer Kenntnis gelangt war.

Bei der **Fortsetzung der Verhandlungen** am 5. März gab ich eine dahingehende ausführlich begründete Erklärung ab, daß die **deutsche Regierung** auf ihrem Standpunkt beharren müsse und daß, wie ich besonders hervorhob, die deutsche Regierung durchaus gewillt sei, die deutsche Handelsflotte entsprechend den vertraglich übernommenen Verpflichtungen so rasch als möglich zur Verfügung zu stellen, um die Welttonnage für den Nahrungsmitteltransport zu vergrößern und um unseren Gegnern den beschleunigten Rücktransport ihrer Truppen zu ermöglichen. Es seien auch alle Vorbereitungen dazu getroffen, und die Ausführung hänge tatsächlich nur davon ab, daß die uns in Aussicht gestellte Sicherstellung unserer Lebensmittelversorgung erfolgen würde. Wir seien aber auch, um den Bedürfnissen unserer Gegner möglichst entgegenzukommen und einen gangbaren Weg für die Fortführung der Verhandlungen zu finden, bereit, eine sofortige Teillieferung der Handelsflotte zuzugestehen, die ungefähr im Verhältnis zu den uns bisher zugesicherten Mengen von Lebensmitteln steht.

Als Antwort darauf übergaben die **Gegner** eine **schriftliche Erklärung**, die ich mit Rücksicht auf ihre Wichtigkeit und auf ihre Bedeutung wörtlich bekannt geben möchte. Sie lautet in deutscher Übersetzung:

> In Antwort auf die Vorstellungen, welche im Namen der deutschen Regierung den Vertretern der assoziierten Regierungen gemacht worden sind, wünschen diese festzustellen, daß bei sofortiger Ablieferung der deutschen Handelsschiffe es die Absicht der assoziierten Regierungen ist, die Versorgung Deutschlands von Monat zu Monat zu ermöglichen unter der Voraussetzung der Entscheidung des Obersten Kriegsrats hinsichtlich der Mengen und der Bedingungen, ferner daß sie bereits autorisiert sind, endgültig die Bedingungen für die ersten Lieferungen festzusetzen. Ferner wünschen sie formell die Erklärungen zu wiederholen, welche sie bereits im Auftrage ihrer Regierungen gemacht haben, nämlich, daß der Zweck der Ablieferung der deutschen Handelsflotte die Versorgung Deutschlands und des übrigen Europas mit Nahrungsmitteln ist, daß als erste Lieferung eine Einfuhr in Höhe von 270 000 Tonnen erfolgen wird, und daß die Frage der weiteren Versorgung dem Obersten Kriegs-

rat zur Entscheidung überwiesen wird. Ferner: daß der Oberste Wirtschaftsrat bereit ist, vorbehaltlich der Genehmigung der assoziierten Regierungen, die Bitte in Erwägung zu ziehen, welche von den deutschen Vertretern in bezug auf weitere Lebensmittellieferungen in der nächsten Zukunft gestellt ist, vorausgesetzt, daß zufriedenstellende finanzielle Regelungen von den deutschen Vertretern mit den Finanzvertretern der assoziierten Regierungen zustande kommen.

Meine geehrten Damen und Herren, Sie werden es mir nachfühlen, wenn wir in dieser gewundenen und verklausulierten Erklärung eine Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands nicht erblicken konnten (lebhafte Zustimmung); denn hier wird alles von völlig unsicheren Faktoren abhängig gemacht. Es werden uns drei Instanzen gegenübergestellt, mit denen wir gar nicht verhandeln können: der Oberste Kriegsrat, der Oberste Wirtschaftsrat und die assoziierten Regierungen. Alle drei müssen erst ihr Plazet dazu geben, ehe überhaupt in Verhandlungen mit uns eingetreten werden kann, und dann wird alles erst abhängig gemacht von einer den assoziierten Regierungen genehmen finanziellen Abmachung über die Bezahlung der Nahrungsmittel, einer Abmachung, die an und für sich auf kolossale Schwierigkeiten stößt. Außerdem ist besonders in der Erklärung hervorgehoben, daß sie uns nur von Monat zu Monat Lieferungen zusichern und diese immer der Entscheidung des Obersten Kriegsrats unterstellen wollen, der also in der Lage wäre, jede neue Monatslieferung von neuen drückenden und unerträglichen Bedingungen, die mit der Lebensmittellieferung an und für sich gar nichts zu tun haben, abhängig zu machen.

Wenn wir darauf hätten eingehen wollen, so hätte das tatsächlich nichts anderes geheißen, als uns den Gegnern auch hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung auf Gnade und Ungnade auszuliefern und uns gleichzeitig des letzten Mittels zu berauben, mit dem wir hoffen können, uns selbst zu helfen, sobald der Friede da ist.

Die deutsche Kommission hat nichts unversucht gelassen, den Gegner davon zu überzeugen, daß es für uns unmöglich ist, auf diesem Wege zu einer Einigung zu kommen, und die Mitglieder der deutschen Delegation hatten den Eindruck, daß unsere Gegner persönlich unsern Standpunkt auch begriffen. Aber sie hatten offenbar so bindende Weisungen, daß sie sich unseren Gründen nicht zugänglich zeigen konnten und auch jedes weitere Eingehen auf unseren Vermittlungsvorschlag ablehnen mußten.

Ich habe mich auf den Vorschlag des gegnerischen Vorsitzenden am Abend des 5. März noch einmal telephonisch hier mit Weimar in Verbindung gesetzt, um vor dieser verantwortungsvollen Entscheidung jedenfalls nichts versäumt zu haben. Ich habe allerdings auch bei dieser Gelegenheit meine und der übrigen deutschen Kommissionsmitglieder

Meinung zum Ausdruck gebracht, daß ein Verlassen des grundsätzlichen Standpunktes für die deutsche Regierung völlig unmöglich sei, selbst wenn dadurch die Verhandlungen vorläufig scheitern sollten. Diese Auffassung ist mir von hier aus bestätigt worden, und ich habe deshalb dem Admiral Hope noch am gleichen Abend einen Brief geschickt, in dem ich ihm mitteilte, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt nicht ändern könne, daß sie aber nach wie vor bereit sei, über die Frage einer Teillieferung der Flotte zu verhandeln. Admiral Hope hat um Mitternacht dieses Tages mitgeteilt, daß er zu solchen Verhandlungen keine Vollmacht habe und mit seiner Kommission nunmehr unmittelbar nach Paris zurückreise, um den assoziierten Regierungen Bericht zu erstatten. Die deutschen Delegierten hatten aus Form und Inhalt dieser Mitteilung den Eindruck, daß es sich tatsächlich nicht um den Abbruch der Verhandlungen handle, sondern nur um eine Vertagung zum Zweck der Einholung einer neuen Instruktion, und dieser Eindruck ist ja durch die uns inzwischen zugekommenen Äußerungen der feindlichen Presse im allgemeinen bestätigt worden. Es ist festgestellt, daß der Oberste Kriegsrat in Paris sich am 6. und 7. März eingehend mit der Frage befaßt hat und daß er jedenfalls nicht zu einer Kündigung des Waffenstillstandes gekommen ist, sondern daß er beabsichtigt, die Verhandlungen weiter fortzusetzen. Daß das die Absicht ist, ergibt sich auch daraus, daß bestimmte Vereinbarungen bereits in Spaa getroffen waren wegen eines Zusammentritts von deutschen und feindlichen Interessenvertretern bezüglich der Ausfuhr von Kali, Holz und Farbstoffen aus Deutschland nach den feindlichen Ländern. Wir hatten die Vertreter zu dieser Sitzung, die in Rotterdam stattfinden sollte, bereits abbestellt, als wir von Spaa aus die Mitteilung bekamen, daß die Gegner diese Verhandlungen trotz des Abbruchs der Verhandlungen in Spaa fortzuführen wünschten und daß sie bäten, unsere Vertreter möglichst rasch dorthin zu schicken. Die heute in der Presse erschienenen Mitteilungen über die Stellungnahme des Obersten Kriegsrats in Paris, die allerdings davon sprechen, daß eine Änderung des Standpunktes der Entente in dieser Frage völlig ausgeschlossen sei, braucht man, glaube ich, nicht allzu tragisch zu nehmen. Sie können natürlich jetzt nicht verkünden, daß sie ihren Standpunkt ändern wollten; denn sonst könnten sie keine Basis für neue Verhandlungen finden. Unzutreffend ist aber — und das möchte ich bei dieser Gelegenheit betonen, damit keine falsche Auffassung Platz greift —, als ob es nach einer Mitteilung, die aus dem Haag kommt, gestern abend um 8 Uhr in Spaa über die Lebensmittelfrage zu Vereinbarungen gekommen sei. Gegenwärtig befinden sich in Spaa überhaupt keine deutschen Vertreter, die über die Frage verhandeln, es kann sich also nur um Vereinbarungen zwischen den gegnerischen Vertretern handeln.

Über eines, glaube ich, muß sich die deutsche Regierung und das deutsche Volk klar sein. In der gegnerischen Presse wird vermutlich jetzt ein Sturm gegen Deutschland sich erheben, daß es die Verträge nicht halte und die Waffenstillstandsbedingungen gebrochen habe, und dabei wird vor allem auf die Ziffer 1 des Trierer Abkommens vom 17. Januar hingewiesen werden, in der ausgesprochen ist, daß die gesamte deutsche Handelsflotte, abgesehen von festzusetzenden Ausnahmen, den assoziierten Regierungen sofort zur Verfügung gestellt werden soll zum Zwecke der Vergrößerung des Weltschiffsraums, aus dem der Schiffsraum entnommen werden kann, der für die Versorgung Europas einschließlich Deutschlands mit Nahrungsmitteln erforderlich ist. Meine Damen und Herren, wenn man diese Bestimmungen aus allem Zusammenhange reißt, könnte man daraus natürlich ungünstige Schlüsse für den deutschen Standpunkt ziehen. Aber es ist in diesem Abkommen selbst der enge Zusammenhang der Lebensmittellieferung mit der Zurverfügungstellung der Handelstonnage so klar zum Ausdruck gebracht, daß es eine Silbenstecherei wäre, die selbst vor dem Urteil der feindlichen Völker und der Neutralen sicherlich nicht standhalten würde. Es war eine der Voraussetzungen für den Abschluß des Waffenstillstandes, daß uns die Gegner mit Lebensmitteln versorgen und sofort die Wirkungen des nach unserer Auffassung von Anfang an völkerrechtswidrigen Kriegsmittels der Blockade beseitigen, daß sich gegen die schuldlose deutsche Bevölkerung richtet. Die erste Bedingung des Waffenstillstandes war die Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande, zur See und in der Luft, und Deutschland hat sich daran streng gehalten. Läßt es sich da mit dem Geiste der Menschlichkeit vereinbaren, daß die Entente das furchtbarste Kriegsmittel, die Hungerblockade, in verschärfter Form auf Deutschland weiter wirken läßt, nachdem nicht nur im Waffenstillstandsvertrag, sondern in feierlichen Erklärungen der Staatsmänner der feindlichen Staaten zum Ausdruck gebracht worden ist, daß Deutschland noch während des Waffenstillstandes mit Nahrungsmitteln versorgt werde? Nicht wir haben gegen die Verträge verstoßen, sondern Sinn und Wortlaut der Verträge wird aufs gröblichste von den Gegnern verletzt, die vier Monate haben verstreichen lassen, ohne der hungernden deutschen Bevölkerung ein Korn Getreide oder ein Pfund Fett zuzuführen, und die uns nun zwingen wollen, ohne jede Sicherheit für unsere Zukunft, auch noch unsere Flotte herauszugeben.

Gewiß sind im Kriege auch grausame Mittel erlaubt, aber nichts kann es rechtfertigen, den Gegner, der sich ergeben hat und wehrlos am Boden liegt, weiter zu mißhandeln und mit Füßen zu treten (sehr richtig!), und über dem Recht des Siegers steht das Weltgewissen, das zu einem solchen Verbrechen sicherlich nicht schweigen wird.

Meine verehrten Damen und Herren, seien Sie überzeugt, daß alle Mitglieder der deutschen Delegation sich der ungeheuren Verantwortung voll bewußt waren, die bei diesen Verhandlungen auf ihnen lag, und daß sie nichts unversucht gelassen haben, sie zu einem günstigen Ergebnisse zu führen. Aber nach ernstester Gewissenserforschung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß wir gegenüber dieser Haltung der Gegner nichts erreichen konnten. Es ist für uns alle die schmerzlichste und bitterste Rolle, die man spielen muß, daß wir mit leeren Händen vor Sie und das deutsche Volk treten müssen, und trotzdem glauben wir, unsere Pflicht getan zu haben. (Sehr richtig!)

Aber man darf die Lage, so ernst sie ist, auch nicht hoffnungslos ansehen. Und die Verhandlungen werden sicher — das ist meine feste Überzeugung — in kurzer Zeit wieder aufgenommen werden, und die Welt kann sich auf die Dauer der Verpflichtung, Deutschland aus seiner Not zu helfen, nicht entziehen. So ernst auch die Lebensmittelsituation Deutschlands ist, wie sich aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers Schmidt ergeben hat: den Aufschub weniger Tage oder Wochen wird sie ertragen können, selbst wenn wir zu dem schmerzlichen Mittel einer kurzen vorübergehenden Einschränkung der Fleischration schreiten müßten. Jedenfalls bitte ich, davon überzeugt zu sein, daß uns bei den Verhandlungen ausschließlich der Gesichtspunkt geleitet hat, wie wir am besten für die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands sorgen können, und daß in keinem Moment die Rücksicht maßgebend war, die zugestandene Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte rückgängig machen zu wollen. Im Gegenteil, die Vertreter der deutschen Reedereien haben alles getan, was zur raschesten Fahrtbereitmachung der Schiffe möglich war, und die Auslieferung kann und wird sofort erfolgen, sobald uns die Gegner die Sicherheiten gegeben haben, die wir für die Ernährung des deutschen Volkes brauchen. (Bravo!)

Präsident: Zur Erstattung des mündlichen Berichts des Ausschusses für Volkswirtschaft über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiele.

Schiele, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Volkswirtschaft hat sofort nach seinem Zusammentritt eine Frage als besonders brennend und entscheidend für das deutsche Wirtschaftsleben bezeichnet, nämlich die **Beschaffung von Arbeitskräften** für die bevorstehende Frühjahrsarbeit und für die sonst drängenden Arbeiten der Landwirtschaft. Diese Frage sei, meinte der Ausschuß, vor allen anderen wirtschaftlichen Problemen in erster Linie zu lösen; ohne eine günstige Lösung dieser Frage im Sinne der Siche-

rung der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sei eine gedeihliche Entwicklung für alle übrigen Zweige der Volkswirtschaft von vornherein ausgeschlossen. Während nun in den großen Städten und in den Industriezentren infolge von Kohlenmangel, infolge von Mangel an Rohstoffen und infolge von Transportschwierigkeiten ein sich von Tag zu Tag vermehrendes Heer von Arbeitslosen angesammelt hat, das sich heute vielleicht auf im ganzen 1 200 000 Personen beläuft, während allein in Groß-Berlin heute 300 000 Personen Erwerbslosenunterstützung beziehen, herrscht auf dem Lande durchweg Mangel an Arbeitskräften. Sowohl für männliche wie für weibliche Personen sind reichliche Arbeitsgelegenheiten auf dem Lande vorhanden. Besonders werden Dienstboten dort gesucht. Die hohe Erwerbslosenunterstützung aber enthebt den Arbeiter der Verpflichtung, sich um Arbeit zu bemühen. Man weigert sich vielfach aus nichtigen Gründen, Arbeit außerhalb des Wohnsitzes anzunehmen. Hier muß endlich energisch durchgegriffen werden — so meinte der Ausschuß —, wenn nicht weiter Nationalvermögen verschwendet, die Kommunen bis zur Unerträglichkeit belastet und fortgesetzt Unruhe in das Land getragen werden soll.

Auf der einen Seite die **Arbeitspflicht**, auf der anderen Seite die **Bereitwilligkeit des Landwirts**, auch die Arbeitslosen aus der Stadt einzustellen, das waren die Forderungen, die der Ausschuß an die Frage zuerst knüpfte. Es wurde auf eine Verordnung vom 15. Januar d. J. Bezug genommen, wonach den Arbeitslosen die Unterstützung zu entziehen sei, wenn der Erwerbslose sich weigert, Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs und Wohnorts liegen kann, und die ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Die Weigerung darf nur damit begründet werden — so meinte der Ausschuß —, daß kein ortsüblicher Lohn gezahlt wird, daß die Unterkunft sittlich bedenklich ist und daß den Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich gemacht ist.

Der **gegenwärtige Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern** wurde vom Landwirtschaftsministerium in Preußen auf 1 000 000 Personen geschätzt. Diese Schätzung wurde damit begründet, daß etwa 600 000 Männer durch den Krieg verloren gegangen oder arbeitsunfähig geworden seien und daß früher 400 000 ausländische Arbeiter eingestellt waren. Ein starker Rückzug nach dem Lande ist aber inzwischen beobachtet worden. Ein wirklicher Bedarf wurde heute nur — nach den Erkundigungen, die man bei den Landwirtschaftskammern eingezogen hatte — auf etwa 300 000 Personen festgestellt. Wenn man hierzu die für Meliorations- und Notstandsarbeiten gedachten Arbeiter auf etwa 200 000 rechnet, so liegt ein Gesamtbedarf auf dem Lande von etwa einer halben Million Arbeiter vor.

Die Frühjahrsarbeiten drängen, der Landwirt muß sich jetzt vor allen Dingen entscheiden, in welchem Umfange er vor allem seine

Hackfrucht in diesem Jahre ausdehnen will. Hackfrucht bringt drei- bis viermal so viel wie Getreidefrucht, und wenn wir im ganzen etwa 15 000 000 Tonnen Kartoffeln im Jahre verzehren und berücksichtigen, daß wir in den letzten Jahren im ganzen etwa 30 000 000 Tonnen geerntet haben, und wenn wir weiter berücksichtigen, daß wir in Friedensjahren auf derselben Fläche 45 000 000 Tonnen Kartoffeln geerntet haben, so liegt in diesen Zahlen gewiß die ungeheure Bedeutung der Ausdehnung und notwendigen Intensivierung des Hackfruchtbaues begründet.

Wir haben heute Kartoffelmangel. Wir sehen aber in erster Linie den augenblicklichen Grund darin, daß die Kartoffelmieten auf dem Lande wegen Arbeitermangels noch nicht geöffnet werden konnten. Es ist zu erwarten, daß, wenn die etwa noch vorhandenen 8 000 000 Tonnen Kartoffeln durchsortiert werden, in nicht zu langer Zeit 1 bis 2 000 000 Tonnen Kartoffeln frei werden, so daß wir nach meiner persönlichen unmaßgeblichen Schätzung etwa Kartoffeln bis Ende Mai mit Sicherheit im Lande haben werden.

Kunstdünger soll gestreut werden, große Mengen von Stalldünger lagern auf den Gütern; aus Mangel an Arbeitskräften konnten sie nicht rechtzeitig auf das Feld gebracht werden. Die **Bestellung auf dem Felde** hat nur an einzelnen Stellen begonnen werden können; überall ist man mit den Frühjahrsarbeiten auf dem Lande wegen Arbeitermangels noch sehr zurück. Hierzu kommt die Ungeeignetheit der städtischen Arbeiter, die man angenommen hat. Alles in allem genommen, ist der Landwirt um die Frühjahrsbestellung, überhaupt um die jetzt drängenden Arbeiten, sehr besorgt.

Was muß sofort geschehen, um die Arbeiter auf das Land zu bringen? Diese Frage wollte der Ausschuß beantwortet haben. Ich bitte Sie, die Nr. 119 der Drucksachen, den „Mündlichen Bericht des 6. Ausschusses für Volkswirtschaft" zur Hand zu nehmen. Der dort festgelegte Beschluß ist einmütig durch einen Unterausschuß des „Ausschusses für Volkswirtschaft" und durch den Ausschuß selbst geprüft und angenommen worden.

Zunächst wird dort **freie Fahrt** für die in die Landwirtschaft Gehenden, früher erwerbslos Gewesenen sowie für Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus anderen Erwerbskreisen für die Dauer von mindestens 6 Monaten zur Landwirtschaft übergehen, gefordert. Ferner wird dort eine **angemessene Unterstützung für ihre unterhaltspflichtigen Familienangehörigen**, soweit sie nicht auf das Land ziehen können, während der Dauer des auswärtigen Arbeitsverhältnisses gefordert.

Von dem Vertreter des Demobilmachungsamts wurde bezüglich der **Lohnfrage** erklärt, daß diese Frage gründlich zu regeln sei; sie dürfe nicht

zentral, sie dürfe auch kaum provinziell geregelt werden, sie müßte in erster Linie örtlich und nach den örtlichen Bedürfnissen geregelt werden; die Löhne seien möglichst nach Anhören der Arbeitsgemeinschaften festzusetzen, die besonders in einzelnen Provinzen, vor allem in der Provinz Sachsen, bisher glücklich gearbeitet hätten; wo diese Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bisher noch nicht vorhanden seien oder wo sie noch nicht durchgreifend begründet worden seien, da müßte man sich mit den Kreisbauern- und Arbeiterräten in Verbindung setzen und sie zur Festsetzung der Löhne in den einzelnen Gegenden heranziehen. Heute sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse leider vielfach noch ungeklärt. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß eine Differenz zwischen der Arbeitslosenunterstützung und dem Lohn des Landarbeiters, der heute bezahlt werde, zu beklagen sei. Wenn heute 8 Mark bis 8,50 Mark Arbeitslosenunterstützung in der Stadt bezahlt werden, dann wird es keinem einfallen, aus dem Heere der Arbeitslosen heraus auf das Land zu gehen, wenn er nicht wenigstens 12 Mark dort bekommt. (Sehr richtig! rechts.) Hier liegen große Hinderungsgründe dafür, daß Arbeitslose ohne weiteres und mit der nötigen Neigung auf das Land gehen. (Zustimmung rechts.) Die Wirkung auf den seßhaften Arbeiter würde aber die sein, daß, wenn dem Arbeitslosen, den wir aus den Großstädten heranziehen, 12 Mark Lohn gezahlt würden, der seßhafte Arbeiter mit Recht auch diesen Lohn für sich in Anspruch nimmt. Das würde aber wieder eine Wirkung auf die Produktionskosten ausüben, die wahrscheinlich unerträglich wäre. So wurde auch von einem Mitgliede des Ausschusses in diesem Zusammenhange gesagt, daß die Löhne und die allgemeinen Unkosten gegenwärtig das Drei- bis Vierfache gegenüber früher betrügen, daß aber die Produktionspreise nur etwa auf das Doppelte gestiegen seien, und daß die Erträgnisse gleichzeitig wesentlich zurückgegangen wären.

Ein anderes Kommissionsmitglied meinte in diesem Zusammenhange, die Landwirte verdienen in der Hauptsache durch Schleichhandel, der das Vielfache der Höchstpreise ausmache. Das wurde von anderer Seite energisch bestritten, und es wurde ihm erwidert, wenn dies so wäre, wenn dies auch nur zum erheblichen Teil der Fall wäre, dann müsse man eben endlich mit dem zwangsläufigen System, das die Brutstätte des Schleichhandels sei, aufräumen. Ein Drittel — das sei allgemein bekannt — würde durch den Schleichhandel, und zwei Drittel würden durch die gewöhnliche Rationierung zu Höchstpreisen in den Haushalt geführt. Der Durchschnittsaufwand infolge der Schleichhandelspreise betrage aber für einen Haushalt 200 bis 300 Prozent des durch die Höchstpreise zu verrechnenden Aufwands. Das spricht — so sagte ein Mitglied des Ausschusses — gegen die Zwangsläufigkeit unseres Wirtschaftslebens.

In diesem Zusammenhang wurde ferner gefordert, daß die Be-

willigung der Selbstversorgerration aufrechterhalten bleiben solle. Durch eine Verordnung ist dieselbe für diejenigen, die aufs Land gehen, bereits sichergestellt. Aber man glaubte doch, in dem Beschluß unter A 2 noch besonders hervorheben zu sollen, daß diese Anordnung des Reichsernährungsamts vom 8 Februar 1919 weiter aufrechtzuerhalten ist.

In diesem Zusammenhang wurden weiter noch andere Mittel erwogen, die einen **Anreiz für die Rückwanderung** auf das Land bilden sollten. Man schlug vor, man möchte ihnen eine **Prämie** von 50 Mark zahlen. Das wurde gleich abgeurteilt und mit vollem Recht erklärt, das würde Erbitterung in den Kreisen der seßhaften Landwirte hervorrufen. Auch hier sähe man dann wieder eine Bevorzugung des Arbeitslosen gegenüber dem seßhaften Manne.

Man schlug ferner vor, man müsse dem auf das Land gehenden Arbeiter ein Stück **Pachtland** geben, man müsse ihm vielleicht 150 Mark als Grundlage für eine spätere Selbständigmachung geben. Was die letztere Frage anbelangt, so wurde wieder geltend gemacht, auch das würden die seßhaften Landarbeiter fordern, und das würde vor allen Dingen dahin führen, daß der ganzen Frage der Siedlung in ihren Grundlagen vorgegriffen würde, wenn besonders den Arbeitslosen Vorzüge gegenüber den jetzt in der Landwirtschaft ansässigen Arbeitern eingeräumt würden.

Ein **Ausbau der Arbeitsnachweise** wird unter A 3 gefordert. Die Arbeitsnachweise sind jetzt bei den Landwirtschaftskammern eingerichtet und in Verbindung mit den städtischen und anderen Arbeitsnachweisen jetzt in Dezentralisation durchgeführt. Aber auch hier sagte man, daß dieses Instrument noch nicht durchgriffe; man müßte die Arbeitsnachweise ausbauen bis zu den Kreisarbeitsnachweisen und vielleicht in alle größeren Orte hineintragen, um dort die Arbeitswilligen für die Landwirtschaft herauszukämmen. Werbebeamte sollen angestellt werden, um die Arbeitsmöglichkeit festzustellen oder sich über alle Verhältnisse zu erkundigen, um so ein nützliches Bindeglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitslosen zu werden. Auch hier wurde wieder das Beispiel der Provinz Sachsen, das günstig gewirkt habe, angeführt. Aber nur mit einer **Anmeldepflicht des Bedarfs** des Arbeitgebers sind die Arbeitsnachweise wirkungsvoll durchgeführt. In diesem Zusammenhang sagte ein Mitglied des Ausschusses, daß die Arbeitsnachweise dezentralisiert eingerichtet sein, aber zentralisiert arbeiten müssen, und forderte besonders, daß junge Leute vorwiegend auf das Land zu bringen seien, weil sie sich besser anpassen und weil sie dann vielleicht dauernder auf dem Lande bleiben als ältere und leichter unterzubringen seien als Familien und ältere Familienväter.

Unter A 4 wurde dann gefordert, daß **Meliorations-** und **Notstandsarbeiten** in möglichst großem Umfange ausgeführt werden sollen,

daß aber vor allen Dingen die Finanzierung dieser Notstandsarbeiten nicht so schwierig zu gestalten sei, wie es gegenwärtig der Fall sei. 40 Prozent müssen heute zu den Friedenszuschlägen hinzugefügt werden zu Lasten des Unternehmers. Wenn ich ein Beispiel gebrauchen darf: wenn jemand heute eine Melioration durchführt, eine Kommune oder eine Genossenschaft, die etwa 100 000 Mark im Frieden kosten würde, so bedeutet das heute eine Aufwendung nach den ganzen Kosten von etwa 300 000 Mark. Da müßte er nun zu den 100 000 Mark 40 000 Mark zuschlagen, so daß die Überteuerungskosten im ganzen nur 160 000 Mark betragen. Hiervon trägt nach dem bestehenden Gesetz sechs Zwölftel das Reich, vier Zwölftel der Staat und zwei Zwölftel die Genossenschaft selbst. Es würden also, wenn von den 100 000 Mark des Friedensanschlags nach dem alten Verhältnis 50 000 Mark vergütet werden, zunächst 50 000, dann genannte 40 000, das sind 90 000 Mark, und zwei Zwölftel von 160 000 Mark, das sind 26 000 Mark, zu tragen sein, das heißt 118 000 Mark gegenüber nach den Friedensverhältnissen 50 000 Mark. Sie sehen, meine Damen und Herren, daß aus einer solchen Berechnung heraus es demjenigen, der Meliorationen durchführen wird, außerordentlich erschwert wird, und deshalb schlägt die Kommission Ihnen vor, daß der Antrag gestellt wird, daß die 40 Prozent Zuschlag, die gefordert werden, wegen der Valuta fortan gestrichen werden.

Auch im allgemeinen wurde dazu gesagt, daß es viel zweckmäßiger sei, statt Mittel für die Erwerbslosenfürsorge solche für **Kulturarbeiten** aufzuwenden. An Stelle der Bezahlung für nicht geleistete Arbeit tritt also eine Bezahlung für geleistete Kulturarbeit. Aber alle Anregungen, die bisher nach dieser Seite von Reichs und Staats wegen an die Kommunen und Genossenschaften ergangen seien, wären bisher nicht auf fruchtbaren Boden gefallen, vermutlich wegen der von mir geschilderten schwierigen Finanzierung. Besonders hätte sich Berlin bemüht, in bezug auf die Ausdehnung des Gemüsebaues, aber leider ohne erkennbaren Erfolg. Die fiskalischen Arbeiten, die an den Eisenbahnen geleistet werden, Wegebauten, Kanalbauten, werden größtenteils auf dem Lande heute ausgeführt und dort Löhne von 12 bis 14 Mark und mehr den Arbeitern geboten, und es ist erklärlich, daß hier auch wieder eine nicht gewünschte, aber durch die Lohnverhältnisse herbeigeführte Abwanderung gerade von dem Lande nach diesen Stellen der Notstandsarbeiten stattfindet. Infolgedessen muß gefordert werden, daß nur nachweislich Erwerbslose und solche, die keine Landarbeiter sind, bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden.

Hierzu wurde von einem Mitgliede der Kommission ausgeführt, die Löhne der Notstandsarbeiter müssen nicht höher sein als die der landwirtschaftlichen. Der überschießende Lohn ist für Familienunterstützungen zu zahlen.

Schließlich wurde unter A 5 des Ihnen vorliegenden Beschlusses gefordert, daß alle **notwendigen Mittel** für die gedachten Zwecke zu bewilligen seien, und zwar, soweit es sich um die Leistungen der Erwerbslosen handelt, aus den Mitteln für die Erwerbslosenfürsorge, und soweit es sich um sonstige Arbeiter handelt, sollen die veranlaßten Kosten vom Reich und den Bundesstaaten gemeinsam ersetzt werden.

Hervorgehoben wurde unter B des Ausschußbeschlusses, eine **Ausdehnung der Wald- und Forstarbeiten** zu verlangen. Die preußische Regierung hat die nachgeordneten Stellen bereits angewiesen, mehr Forstarbeiten als bisher durchzuführen. Es könnten in den Staatsforsten etwa 35 000 und ebenso viele in den Privatforsten beschäftigt werden. Dieses Ziel ist heute annähernd erreicht, die Unterbringung macht aber außerordentliche Schwierigkeiten. Sie ist zweckmäßig durch Baracken und Holzhäuser am besten zu leisten. Der Bedarf an Holz, besonders an Grubenholz, der Bedarf an Holz für das Baugewerbe und die Tischlereien, an Brennholz usw., an Ersatzholz für Kohlen in den Gasanstalten ist außerordentlich groß, und es liegt hier ein sehr ausgedehntes Feld der Arbeitsmöglichkeit vor. Ein Mitglied des Ausschusses sagte in diesem Zusammenhang, daß die Forsten während der Kriegszeit stark vernachlässigt seien; es müßte jetzt überall durchholzt und aufgeforstet werden.

Die Frage der **Ostarbeiter**, die Sie unter C des Beschlusses vermerkt finden, hat den Ausschuß des längeren beschäftigt. Ein Vertreter des Demobilmachungsamtes führte in dieser Hinsicht aus, daß ein Teil der Ostarbeiter sich noch im Lande befinde. Wegen der Verkehrsschwierigkeiten konnte dieser Teil bisher noch nicht abtransportiert werden. Der größte Teil will aber auch gar nicht abtransportiert werden, weil er die Verhältnisse in der eigenen Heimat als ungünstiger ansieht. Durchschnittlich werden jetzt monatlich ungefähr 30 000 Ostarbeiter abtransportiert.

Es erhob sich nun die Frage, ob es zweckmäßig sei, in derselben Zeit, wo wir noch Hunderttausende von Arbeitslosen in den Städten zu beklagen haben, Ostarbeiter etwa in dem Umfange von 40- bis 50 000 — denn nur um soviel kann es sich handeln — hereinzulassen. Aber man war sich in den Sachverständigenkreisen darüber einig, daß das mehr oder weniger eine Frage der Zweckmäßigkeit im Interesse der Landwirtschaft darstelle und daß das besonders eine Frage des Hackfruchtbaues wäre. Nach reiflicher Überlegung hat sich das Demobilmachungsamt, nachdem sich sämtliche landwirtschaftlichen Organisationen in derselben Richtung entschieden hatten, entschlossen, die etwa 50 000 polnischen Landarbeiter hereinzulassen. Denn wenn man sie — so fügte der Vertreter des Demobilmachungsamtes hinzu — aus dem Wirtschaftsleben gerade in dieser

brennenden Zeit ausschaltet, so ändert man die ganze Struktur der Landwirtschaft. Auch würde man die doppelte Anzahl der inländischen Arbeiter für die gleiche Zahl nötig haben. Die polnische Frage ist eben, so meinte auch der Vertreter des Demobilmachungsamtes, lediglich eine Hackfruchtfrage. Kartoffeln und Rüben bringen, auf eine Fläche berechnet, das Drei- bis Vierfache an Nährstoffen gegenüber den Körnern hervor. Es herrscht gegenwärtig eine große Unsicherheit in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft will sofort disponieren und rechnet jetzt auf die Polen. Ein Rückgang des Hackfruchtbaues und damit eine starke Verminderung des gesamten Erträgnisses der Landwirtschaft würde bei Fernhaltung der Polen zu befürchten sein.

Es wurden ferner über die Wohnungsfrage Erörterungen angestellt, die gegenwärtig auf dem Lande auch die größten Schwierigkeiten macht. Für Unverheiratete ist ja die Wohnungsfrage durch die Landarbeiterordnung geregelt. Wo aber passende Familienwohnungen vorhanden sind, soll man Familien möglichst aufs Land nehmen. Der Wohnungsbau für Familien in irgendeinem größeren Umfange ist gegenwärtig mit Rücksicht auf die fehlenden und die teuren Baumaterialien gänzlich unmöglich. Es wurde von einem sachverständigen Mitgliede des Ausschusses erklärt, daß ein Zweifamilienhaus gegenwärtig 30- bis 40 000 Mark zu bauen kostet.

Eine Einquartierungspflicht wurde in diesem Zusammenhange auch erwähnt, und zwar für Zivilpersonen, nämlich zur Aufnahme der für die Landarbeit bestimmten, aus der Stadt auf das Land gezogenen Arbeiter. Große Bedenken wurden dagegen geäußert. Mißstimmung zwischen Stadt und Land und Mißstimmung unter den Landbewohnern selbst würde die Folge einer solchen Einquartierungspflicht darstellen.

Ein Mitglied des Ausschusses meinte in diesem Zusammenhang, daß Wohnungen vielfach gegenwärtig, besonders auf den großen Gütern, mit Frauen und Kindern besetzt seien. Er forderte eine Wohnungsaufsicht durch die Arbeiterausschüsse, und soweit diese nicht vorhanden seien — sobald nämlich nicht 20 Arbeiter sich in einer größeren Wirtschaft befinden, ist ein Arbeiterausschuß ja nach den bestehenden Verordnungen nicht möglich —, sei durch die örtlichen Bauern- und Landarbeiterräte diese Wohnungsaufsicht auszuüben. Hierbei soll vor allen Dingen nicht bureaukratisch verfahren werden. Man muß mit den gegenwärtigen Wohnungsverhältnissen sich nach Möglichkeit abfinden.

Schließlich wurde noch die Beschaffung von Kleidern und Schuhen als besonders wichtig bezeichnet. Die Leute aus den Städten gehen nur sehr ungern auf das Land zu der für sie nicht immer passenden und für ihr Schuhwerk und ihre Kleidung nicht geeigneten Arbeit. Für Land- und Forstwirtschaft werden deshalb dringend Schuhzeug und Kleidungsstücke verlangt. (Sehr richtig! rechts.) Hier wurde das, was zur Verfügung stand, von der Regierung zugesagt.

Nun wurde das Kapitel des Arbeitsmarktes und der Landwirtschaft in Verbindung gebracht mit den für die Landwirtschaft wichtigen Industrien. Wenngleich deren Prosperität in erster Linie von der Kohlenversorgung und der Transportfrage abhängt, so kann doch keineswegs in der chemischen Industrie, die mit Stickstoff, Kali und Phosphorsäure zu tun hat, noch besonders der Arbeitermangel hier eine Rolle spielen. Der Herr Minister des Demobilmachungsamtes gab ein Bild über die gegenwärtige Lage der Stickstoff-, Kali- und Phosphatindustrie, aus der sich folgendes zusammenziehen läßt.

Die Landwirtschaft hat vor dem Kriege rund 200 000 Tonnen **Stickstoff** verbraucht. Im letzten Düngerjahr 1917/18 sind rund 100 000 Tonnen zur Verfügung gestellt; unter der Voraussetzung, daß eine geringe Besserung der Erzeugung eintritt, werden im Düngerjahr 1918/19 bei vorsichtiger Schätzung voraussichtlich etwa 140 000 Tonnen Stickstoff geliefert werden können, das heißt 70 Prozent vom Friedensverbrauch beziehungsweise 140 Prozent vom Düngerjahr 1917/18.

Wegen der **Kaliindustrie** wurde ausgeführt, daß dort hauptsächlich Mangel der Förderung durch schwache Kohlenbelieferung eingetreten sei. Teilweise arbeiteten infolgedessen die Werke sehr unproduktiv. Hochprozentige Salze zur Ausfuhr nach Amerika zwecks Eintausches von Lebensmitteln werden zurückgehalten. Über diese Maßnahme wurde von Mitgliedern des Ausschusses Klage geführt: wenn, wie es gegenwärtig der Fall wäre, der heimische Acker an Kalimangel Not litte, so wäre es nicht zweckmäßig, gegenwärtig die besten, die hochprozentigen Kalisalze ins Ausland zu senden. Dagegen werden alle niederprozentigen Salze, von denen jetzt etwa 50 000 Tonnen auf Lager liegen, unserer Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. Der Landwirtschaft sind bis jetzt an Kali zugeführt: im November, Dezember und Januar 1917/18: 219 000 Tonnen. Und nun, meine Herren, achten Sie auf die nächste Zahl im gleichen Zeitraum 1918/19: nur 24 500 Tonnen. Große Besorgnis der deutschen Landwirtschaft herrscht infolge des Kalimangels. (Sehr richtig! rechts.) Dann muß noch hinzugefügt werden, daß, selbst wenn die Landwirtschaft jetzt noch mit Kali für die Ernte 1919/20 beliefert würde, die Versorgung teilweise wesentlich zu spät kommt. Während im letzten Friedensjahr in der Phosphatindustrie etwa 630 000 Tonnen wasserlöslicher Phosphorsäure zur Verfügung waren, wurden im Düngerjahr 1917/18 nur noch 325 000 Tonnen zur Verfügung gestellt. Für das Düngerjahr 1918/19 werden bei vorsichtiger Schätzung nur etwa 220 000 Tonnen geliefert werden können.

In der Superphosphatindustrie kann wegen Mangels an Rohstoffen nur etwa 10 Prozent der Friedensmenge geliefert werden.

Bezüglich der **Thomasmehlindustrie** liegen die Dinge ganz besonders traurig, weil 61 Prozent der gesamten Friedensproduktion im

besetzten Gebiet, in Elsaß-Lothringen, hergestellt werden. Die Produktion an Phosphorsäure fällt also dort aus.

Der Absatz von Thomasmehl an die Landwirtschaft betrug im September 1918 152 000 Tonnen, im Oktober 1918 111 000 Tonnen, im November nur noch 54 000 Tonnen und im Dezember 47 000 Tonnen. Er ist auf ungefähr ein Viertel der normalen Produktion zurückgegangen. Hieran sind die allerschlimmsten Befürchtungen zu knüpfen. Denn die Frage der Thomasmehlproduktion ist im wesentlichen eine Frage der Minetten, die wir ja nur noch in ganz geringem Umfange für die Stahlfabrikation besitzen.

Wenn nun alle die angedeuteten Schwierigkeiten — so meinte der Berichterstatter der Kommission — überwunden werden können und wenn wir die vorgeschlagenen Wege wandeln können, so steht zu hoffen, daß für die landwirtschaftlichen und die Meliorationsarbeiten im ganzen eine halbe Million Arbeitsloser Verwendung finden. In einer innigen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in bezug auf alle Fragen, die beide Gruppen interessieren, liegt nach Ansicht des Ausschusses die Möglichkeit und der Beginn einer Wiedergesundung unserer wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Lande. Gleichzeitig werden durch energisches Vorgehen in der angeregten Weise alle mit der Arbeitslosigkeit verbundenen, auf volkswirtschaftlichem und auch auf politischem Gebiet liegenden Schäden der Jetztzeit wenn auch nicht beseitigt, so doch auf ein erträgliches Maß herabgemindert werden.

Der Herr Minister des Demobilmachungsamtes schloß seine Ausführungen etwa mit folgenden Worten: Mit Vorwürfen gegen den Arbeitnehmer und den Arbeitgeber komme man jetzt nicht weiter; vor allen Dingen spreche man jetzt nicht von der passiven Resistenz der Arbeitgeber, die nur in den seltensten Fällen zu beobachten gewesen sei. Nicht das Suchen nach neuen Wirtschaftsformen sei nach seiner persönlichen Meinung die gegenwärtige Aufgabe, sondern man müsse in gegenseitiger Verständigung — wenn nötig, unter Geltendmachung der staatlichen Autorität — erst einmal die Ruhe schaffen, die allein einen freudigen Arbeitswillen in allen Schichten hervorbringen könne. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Ihnen vorliegenden, im Ausschuß für Volkswirtschaft einheitlich gefaßten Beschluß auch Ihre einmütige Zustimmung zu geben. Sie geben damit der Regierung, den Bundesstaaten und den nachgeordneten Behörden ein Instrument in die Hand, das nach Ansicht des Ausschusses in besonderem Maße geeignet ist, die Frage der Arbeitslosen an der Wurzel zu treffen, und das in seinen Folgeerscheinungen unser gesamtes volkswirtschaftliches Leben vor den schlimmsten Erschütterungen bewahrt. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Haußmann**: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Breslau).

Müller (Breslau), Abgeordneter: Herr Präsident, auf Grund des § 33 der Geschäftsordnung beantrage ich, in eine Besprechung der beiden zur Beratung stehenden Interpellationen über die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes und über die Gewährung der Ernte 1919 einzutreten. Ich beantrage weiter, daß diese Besprechung verbunden wird mit einer Besprechung über den mündlichen Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft.

Vizepräsident **Haußmann**: Sie haben den Antrag gehört. Der Antrag bedarf der Unterstützung durch 50 Mitglieder. Ich bitte also diejenigen, die damit einverstanden sind, sich zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus; Sie haben die Besprechung beschlossen.

In der Diskussion, in welcher die beiden Interpellationen und der Ausschußbericht verbunden sind, gebe ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Blum.

Blum, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Friede und Brot, das sind eigentlich die Tagesparolen unserer Zeit, und ich meine, wenn wir uns eine verfassunggebende Nationalversammlung nennen, so wäre es sehr schön, wenn man uns auch eine brotgebende Nationalversammlung nennen könnte. (Sehr gut!) Jedenfalls haben wir die Aufgabe, die schwierigen volkswirtschaftlichen Fragen, welche jetzt alle Welt beschäftigen, in die richtigen Bahnen zur Lösung hineinzulenken.

Wenn ich nun zur Ernährung einige Ausführungen machen darf, dann möchte ich sagen: je schwerer die Ernährung ist, um so kürzer muß die Rede sein (sehr gut! und Heiterkeit), um so klarer das Ziel und, worauf ich auch besonders Wert lege, um so wärmer der Ton, in welchem wir diese Rede halten. Die Brotfrage ist nicht nur eine Frage des heutigen Tages, sondern nach den Ausführungen des Herrn Ernährungsministers wird sie auch eine Frage der kommenden näheren und weiteren Zukunft sein, und daher haben wir um so eher Anlaß, die volkswirtschaftlichen Prinzipien zu untersuchen, welche nun die Grundlage für die Lösung dieser Fragen bilden. Ich meine, da sollten wir uns zunächst davor hüten, das Haus in Gruppen einzuteilen, in Agrarier und in Nichtagrarier. (Sehr gut! im Zentrum.) Ich kenne hier keine Agrarier, wir sind einfach Abgeordnete des deutschen Volkes. Auch meine ich, daß es nicht schwer fallen sollte, für diese volkswirtschaftlichen Fragen, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, eine gemeinsame Grundlage und eine gemeinsame Verständigung zu finden. Wenigstens haben wir uns in dem volkswirtschaftlichen Ausschuß das

Ziel gesetzt, über brennende volkswirtschaftliche Fragen möglichst zu einheitlicher Beurteilung zu gelangen.

Ich möchte zunächst als eine Hauptfrage die Frage beantworten, wie es denn um den Erzeuger, wie es um den Bauernstand selber steht, und da darf ich wohl behaupten, daß er inmitten all der Wirren der Zeit gesund geblieben ist an Leib und Seele. Das hat sich gezeigt auf dem Felde der Ehre, das hat sich auch gezeigt auf dem Felde der Erzeugung, und wenn so dieser gesunde Bauernstand auf den Plan tritt, um seine Pflicht zu tun, dann möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf die Frage eingehen, die der Herr Minister gestellt hat, ob der Bauernstand einen Generalstreik oder überhaupt einen Streik im Schilde führe. Da darf ich doch wohl in Übereinstimmung mit allen meinen Berufsgenossen sagen, daß wir nicht nur mit den Händen produzieren, sondern auch mit dem Herzen, daß wir ein tiefes Mitgefühl haben für die Not des gesamten Volkes (bravo! im Zentrum) und aus diesem Mitgefühl heraus weder einen Teilstreik noch einen Generalstreik unter keinen Umständen machen werden. (Lebhaftes Bravo.) Man muß zur Beruhigung sagen, daß der Bauernstand seiner volkswirtschaftlichen Pflicht stets in hohem Maße genügt hat. Die Streitfrage, ob er bis auf 5 oder 15 Prozent des gesamten Bedarfs der Produktion hat gerecht werden können, lassen wir beiseite. Man kann sagen, daß er dem volkswirtschaftlichen Bedarf und der volkswirtschaftlichen Entwicklung mit voller Leistungsfähigkeit stets gefolgt ist. Als wir ein Vierzigmillionenvolk waren, hat er den Bedarf an Nahrungsmitteln geschaffen, und er hat ihn in der Hauptsache geschaffen, als wir zu einem Siebzigmillionenvolk emporgewachsen sind, und im Kriege hat er, wenn man die schwierigen Verhältnisse der Produktion betrachtet, doch auch im großen und ganzen in hervorragender Weise seine ganze Leistungsfähigkeit bekundet, und er würde es noch mehr getan haben, wenn nicht hier und da unpassende Verordnungen das Pflugrad mehr als notwendig gehemmt hätten. (Sehr richtig! im Zentrum.)

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß es doch unser aller Aufgabe ist, die Erzeugungsfreudigkeit des Bauernstandes auf alle Weise zu heben und zu beleben (sehr richtig!), und ich würde es sehr begrüßen, wenn es der Chemie, die heute auch zu Worte gekommen ist, gelingen würde, einige Kilometer überflüssige Verordnungen in Stickstoff zu verwandeln. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Ich werde nicht der Versuchung unterliegen, Ihnen eine Kilometerkritik über vergangene Verordnungen und Zeiten vorzuführen, sondern es ist unsere Aufgabe, vorausschauend alle die Aufgaben und die Ziele klar zu erfassen, welche not-

wendig sind, um dem deutschen Volke soweit als möglich die Unterlagen für die Ernährung zu sichern.

Zunächst möchte ich da sagen, daß wir doch, wie ich glaube, einverstanden sind in dem Grundsatz, daß wir die Freiheit der Erzeugung, die **Freiheit der Produktion** in alle Wege sicherstellen müssen. Ich glaube, innerhalb dieses Hauses ist wohl keiner, der einer Zwangserzeugung für den Bauernstand noch das Wort reden möchte. Die Bauernwerkstätte, verehrte Versammlung, ist nun einmal die Natur, und die erträgt doch keinen Zwang. Man kann die Sonne nicht ein- und ausschalten wie eine elektrische Lampe, und der Regen ist auch keine Badebrause. (Heiterkeit und sehr gut!) Dazu ist auch das Bauernvolk doch im Grunde in Freiheit dressiert, in Freiheit aufgewachsen. Der Bauer fühlt sich frei — „und wär in Ketten er geboren". Also soll man ihm keinen Zwang auferlegen. Damit will ich aber in keinerlei Weise einer zügellosen Wirtschaft das Wort reden. Im Gegenteil, ich meine, man soll durch praktische wirtschaftliche Maßnahmen, durch eine richtige Preisbildung, durch großzügige Lieferungsverträge auch die Erzeugung regeln und in die richtigen Bahnen lenken.

Bezüglich der **Zwangsverteilung** bin ich mit dem Herrn Minister durchaus der Meinung, daß wir die Zwangsverteilung der Hauptprodukte, von Brotgetreide, Fleisch, Milch und Kartoffeln, bis auf weiteres nicht entbehren können. Ich bin aber weiter auch der Meinung, daß die übrigen Produktionszweige sobald als möglich der Leitung des Demobilmachungsamtes unterstellt werden möchten, und ich habe es als eine große Erleichterung, als eine Erhöhung der Produktionsfreude und damit auch der Produktion selbst begrüßt, daß der Herr Minister in Aussicht gestellt hat, die Nebenprodukte wie Hafer, Gerste, Eier, Gemüse und einiges andere der freien Wirtschaft zu übergeben. Die Folgen davon werden sich bald in vorteilhafter volkswirtschaftlicher Weise zeigen. (Sehr richtig!)

Was nun das Erfassen angeht, so meine ich, sollten wir keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne den Bauernstand immer wieder an die hohe sittliche Pflicht zu erinnern, die er gerade in dieser bewegten Zeit hat, alles, was eben erfaßbar ist und was entbehrt werden kann, der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das sittliche Pflichtbewußtsein des Bauernstandes sollte so groß und so ausgebildet sein, daß es nicht noch besonderer polizeilicher Mittel, namentlich keiner rohen Mittel, bedarf, um dieser Erfassungspflicht voll Genüge geleistet zu sehen. Ich habe nach meiner Kenntnis der Dinge nun aber die Erfahrung gemacht, daß die Erfassung da zunächst in der mildesten und gelindesten Form und in der praktischsten Auswirkung sich gezeigt hat, wo man die Selbst-

verwaltungsorgane mit behördlichen Organen in Verbindung gebracht hat. (Sehr richtig! rechts.) Wo in dieser Weise verständnisvoll zusammengewirkt ist, haben sich keine Härten ergeben, und man hat doch das Ziel erreicht.

Meine Damen und Herren, bezüglich der Preisbildung möchte ich sagen, daß gerade die Gestaltung der Preise nicht bloß hier in unserem Vaterlande, sondern auch in der Außenwelt, wo ein Überfluß an Produkten besteht, eine unausgesetzte volkswirtschaftliche Beachtung findet. Ich will Sie nicht mit vielem Material aufhalten, aber es wird Sie doch interessieren, daß zum Beispiel in Brasilien eine Verordnung erlassen ist: „die in den landwirtschaftlichen Zentren des Staates ansässigen Ackerbauer sollen Prämien für die beste und reichste Getreideernte während der Jahre 1916 bis 1918 erhalten". In Holland und in England findet man ähnliche Bestimmungen, unter anderen die interessante, daß die Schweinezüchter das erstgezüchtete Schwein außerhalb der Fleischkarte für sich behalten dürfen. Damit will ich sagen, daß doch die Preisbildung selbstverständlich von sehr großem Einfluß auf die Produktion selber ist. Ich rede keiner übertriebenen Preisbildung das Wort. Wir wollen auch bei den Bauern keinen Mammonismus. Der Mammonismus hat in den Kulturzentren, in den Städten so viele Ruinen geschaffen, daß wir auch der lebhaften Sorge sind, daß er selbst das kernige, gesunde Bauernvolk verderben würde, wenn er dort in breiterem Maße Eingang finden würde. Nach der praktischen Seite hat der Mammonismus heute bei der demnächstigen Steuererfassung überhaupt gar keinen Zweck mehr. Aber wir wollen doch nur eine den Erzeugungskosten entsprechende Preisgestaltung, und ich für meine Person bin der Auffassung, daß sehr wohl eine Reform der Höchstpreise einsetzen müßte, nicht allein in dem Sinne der Plusmacherei, sondern in dem Sinne des Ausgleichs, da ich der Überzeugung bin, daß man einige Preise im Interesse der Produktion, der lohnenden Produktion und auch der Menge der Produktion herauf-, andere aber auch herabsetzen könnte. Nach dieser Richtung hin würde ich sehr erfreut sein, wenn man einmal in eine sachverständige Prüfung eintreten würde.

Es ist hier auch über den Fettmangel von sehr sachverständiger Seite gesprochen worden, und ich muß zugeben, daß diese Frage eine der wichtigsten Fragen der Nation ist. In der Kohlenkommission ist die Frage aufgeworfen worden: wie fördert man Kohle? — und die Antwort war ein einziges Wort: durch Speck. (Heiterkeit.) Es ist also die Fettfrage meiner Auffassung nach die wichtigste Frage, die das deutsche Volk vorderhand hat. Ich will auch da mich nicht in rückläufigen Betrachtungen und Klagen ergehen: aber das eine darf man feststellen, daß man bei Erfassung der Viehbestände, die im großen und ganzen nach der Zahl eine Notwendigkeit war, sehr vielfach nicht mit

der nötigen Sachkunde vorgegangen ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Da hat man einfach nach der Nummer alles unter das Messer geliefert, und man hätte doch sachverständig auswählen und unterscheiden müssen zwischen dem Vieh, das als Nutzungsvieh einen viel größeren Wert hatte, namentlich auch das Jungvieh, das sich zum Milchvieh heranwachsen konnte, und dem Vieh, das sich besser für die Schlachtbank eignete. Auch hat man in unverständiger Weise vielfach in die Schwerzuchten eingegriffen und dadurch verursacht, daß das Gesamtviehgewicht in der Nachzucht bedeutend heruntergegangen ist.

Über einige andere Einzelheiten will ich mich ausschweigen; ich will mich nur noch der Frage zuwenden, wie man dem bestehenden Fettmangel tatsächlich abhelfen kann, denn das ist doch die Hauptfrage. Ich sehe zunächst von der ausländischen Einfuhr ab und meine, daß wir sehr wohl die Möglichkeit haben, diesem Fettmangel dadurch abzuhelfen, daß wir Pflanzenfette in größerer Menge zu erzielen suchen. Dazu haben wir nur erst ganz schüchterne Versuche gemacht. Anstatt großzügig vorzugehen, sind wir kleinzügig vorgegangen. Es ist gewiß sehr schön gemeint und auch im kleinen wirksam und von Erfolg gewesen der Anbau von Sonnenblumen, von Mohn, das Sammeln von Bucheckern. Aber was bedeutet das alles gegen den Bedarf eines großen Siebzigmillionenvolkes! Da hätten wir den Anbau von Ölpflanzen in großem Maßstabe mit Nutzen betreiben können und sollen.

Der Kollege Heim hat neulich hier den statistischen Nachweis erbracht, daß er in seinem Bezirk nicht bloß lokaliter, sondern kreis- und bezirksweise durch Anbauverträge mit den Städten beinahe den ganzen Bedarf an Pflanzenfetten durch den Anbau und die Prämiierung von Ölpflanzen gesichert hat, und ich weiß aus dem Rheinlande, daß wir auch dort ähnliche Versuche mit bestem Erfolge gemacht haben. Diese Versuche brauchte man nur zu verallgemeinern und überall da auszugestalten, wo die klimatischen und die Bodenverhältnisse passend sind, und wir würden den Bedarf des deutschen Volkes an Fett zu einem wesentlichen Teile durch diese Pflanzenfette decken können.

Aber, geschätzte Versammlung, eins muß man dabei beachten: zu einem Vertrage gehören immer zwei. Ich könnte Ihnen hier eine Unzahl von Verträgen, die die Staatsregierung und die Verwaltungen derzeit mit Landwirten abgeschlossen haben, nennen, in denen zwar die Landwirte die Ölpflanzenprodukte abgeliefert, aber die garantierte Rückgabe von Ölen selbst nicht erhalten haben.

Ebenso steht es mit den Gespinstpflanzen. Auch dort ließe sich großzügig, namentlich im Flachsbau, außerordentliches erreichen. Daneben aber ließe sich erreichen, daß wir einer großen Anzahl von Arbeitskräften angenehme, passende und auch lohnende Beschäftigung bieten könnten.

Nun ist ein breites Kapitel dem **Schleichhandel** gewidmet worden. Ich glaube, derjenige muß wohl noch gesucht werden, der in der Lage

wäre, dem Schleichhandel mit Erfolg zu begegnen. Wenn die harten Bestimmungen, die dagegen aufgestellt sind, in keiner Weise sich wirksam erwiesen haben, dann kann man wohl sagen, daß auf Grund drakonischer Bestimmungen der Schleichhandel überhaupt nicht zu bekämpfen ist. Ich bin für mich der Überzeugung: je mehr wir in der Lage — ich betone ausdrücklich: in der Lage sind, zur Freiwirtschaft überzugehen, in demselben Maße wird auch der Schleichhandel sich beheben und mildern. Wir haben im Juni vergangenen Jahres im Industriebezirk mit Genehmigung der Behörde sogenannte erlaubte Hamsterzüge eingerichtet, durch welche es den Arbeitern möglich war, in die Produktionsgebiete hineinzufahren, um dort Kartoffeln und andere landwirtschaftliche Produkte zu holen. In dieser Zeit war der Schleichhandel total verschwunden. Es zeigt sich also, daß da, wo ein freier Verkehr der Produkte möglich ist, der Schleichhandel unbedingt zurückgeht.

Im übrigen möchte ich unbedingt unterstreichen, was vom Regierungstisch gesagt worden ist, daß gerade die **Unruhen der Spartakuszeit** wesentlich dazu beigetragen haben, das ganze **Ernährungssystem in Erschütterung** zu bringen, und da kann ich aus eigener Kenntnis der Dinge heraus sagen, daß ich es für außerordentlich bedenklich halte, daß die Verbindungen der einzelnen Behörden, der Lokal-, Kreis- und Regierungsbehörden mit der Zentrale so wesentlich gelockert und in ihrem Vertrauen erschüttert sind, daß sie nicht in alle Wege mehr richtig funktionieren. Da wird in erster Linie der Grundsatz der Selbstversorgung aufgestellt; man deckt sich selbst seinen Bedarf in der Annahme und Furcht, daß er von der Zentralstelle nicht gedeckt werden könne. Namentlich laute Klagen über die Deckung des Bedarfs kommen von der linken Rheinseite. In bewegten Worten haben dort Bürgermeister, die um das Wohl ihrer Gemeinden herzlich bekümmert sind, darüber geklagt, daß die Zufuhr zur linken Rheinseite vollständig versage. (Hört! hört! im Zentrum.) Und ich möchte an dieser Stelle nochmals mit allem Nachdruck den Appell an die Instanzen, die es angeht, richten, doch alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit diesen berechtigten Klagen abgeholfen werde.

Und nun will ich in kurzer Form teils bestätigend, teils ergänzend die Forderungen aufstellen, welche die deutsche Volkswirtschaft und die deutsche **Landwirtschaft** erhebt. Sie braucht zunächst **Kohlen** zum Dreschen. Es ist eigenartig und traurig, daß man zu einem Zeitpunkt, wo sonst die Früchte längst in den Silos liegen müssen, noch die Forderung nach Kohlen erheben muß. Nach den Unterlagen, die uns zugängig geworden sind, kann man wohl behaupten, daß noch Getreide für vier bis sechs Wochen in den Ähren liegt. Das ist, wenn Sie wollen, eine erfreuliche Tatsache deshalb, weil das Getreide überhaupt noch da ist, aber eine betrübende, wenn sich infolge Mangels an Kohlen nicht die

Möglichkeit ergeben sollte, dieses Getreide in einer Zeit marktfähig zu machen, wo wir das Brotgetreide so notwendig brauchen. Da muß alles darangesetzt werden, um so mehr, als der Abgang in der Frühjahrszeit durch Nässe, Mäusefraß usw. von Tag zu Tag wächst und auf diese Weise dem deutschen Volke eine Menge Nahrungsmittel verloren gehen.

Dann brauchen wir zweitens unbedingt Wagenmaterial, um den Kartoffeltransport vom Osten nach dem Westen zu leiten. Meine geschätzte Versammlung, diese Frage ist von alleräußerster Bedeutung, und wenn man auch mit Recht auf den **Wagenmangel** hinweist, durch den es unmöglich sein soll, die Kartoffeln zu erfassen und zu transportieren, so möchte ich doch die Frage aufwerfen, ob es nicht richtiger ist, den Personenverkehr zeitweise zu beschränken und auszusetzen, als auf die Kartoffeln zu verzichten. Wir haben es ja doch in der letzten Zeit erlebt, wie es auch einmal mit einem beschränkten Personenverkehr zur Not geht, und deshalb meine ich, sollte man den Personenverkehr auch da einschränken, wo es im Interesse der Volksversorgung notwendig ist. Es ist auch von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß wir unbedingt die nötigen Saatkartoffeln zur Verfügung stellen müssen, damit die Kartoffelernte 1919 sichergestellt wird. Ebenso ist es mit den Körnersaatfrüchten, die jetzt in diesem Frühjahr ausgestreut werden sollen.

In bezug auf die **Stickstoffrage** hat der Herr Minister gesagt, daß er selbstverständlich bereit sei, alle Kohlenerzeugung und alle Arbeitskräfte, die er zur Verfügung habe, in den Dienst der Stickstoffindustrie zu stellen. Ich möchte die Forderung und den Ruf nach Stickstoff nicht bloß im Interesse der Landwirtschaft, sondern im Interesse der Volksernährung auf das nachdrücklichste unterstützen. Ebenso unterstütze ich auch die Forderungen, die in bezug auf Kali gemacht worden sind.

Bezüglich der **Phosphatfrage** möchte ich mir eine Erweiterung dahin gestatten, daß vielfach die irrige Meinung verbreitet ist, daß die 50 Prozent von Phosphaten, die linksrheinisch produziert werden, voll und ganz der deutschen Landwirtschaft auf der linken Rheinseite zur Verfügung ständen. Ich mache darauf aufmerksam, daß zunächst die Produktion des Saarbeckens, von Elsaß-Lothringen an Phosphaten der deutschen Landwirtschaft nicht nur jetzt, sondern auch wohl dauernd verloren ist, und daß nur das kleine Gebiet von Aachen und unten das kleine Gebiet am Niederrhein für die Phosphatversorgung beinahe für ganz Deutschland tätig sein muß. Daraus erhellt, daß wir auf die Dauer einen Mangel an Phosphaten haben werden. Wenn man nun weiß, daß Phosphate Körner bedeuten, daß wir ohne Phosphate keine günstige Ernte erzielen können, muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß bei den künftigen Friedensverhandlungen erzielt wird, daß wir nach Abschluß des Friedens Phosphate aus dem Auslande beziehen können. Ich sage das mit besonderem Nachdruck darum, weil

hier kürzlich der Vorwurf erhoben wurde, die Waffenstillstandskommission sei über die Wünsche des Schiffsbaues nicht zeitig und ausreichend informiert gewesen. Darum ist es jetzt an der Zeit, die Herren, die bei den Waffenstillstandsverhandlungen tätig sind, darüber zu informieren, wie wichtig es ist, daß im Friedensvertrage der Phosphatfrage alle Beachtung geschenkt wird, damit unbedingt im Interesse der dauernden Ernährung des deutschen Volkes die Phosphatlieferungen sichergestellt werden.

Weiterhin habe ich noch den Wunsch, daß namentlich auch für die Heranziehung eines neuen Viehbestandes soviel Futtermittel aus der Produktion direkt überlassen werden, wie eben verfügbar sind, und daß ein Umweg des Bezugs über die Sammelstellen vermieden werde. Ein Kollege von mir hat mir eben erzählt, daß er Pferdebohnen an Sammelstellen abgeliefert habe zu einem Preise von sage und schreibe 34 Pfennig das Pfund, und dieselben Bohnen hat er mit 2,50 Mark pro Pfund wieder kaufen müssen. (Hört! hört!) Das ist beinahe Kriegsgewinn.

Ich wollte dann noch mit einem Satz auf ein ethisches Gebiet kommen und darauf hinweisen, wie notwendig es ist, die **landwirtschaftliche Ausbildungsgelegenheit** auch bis in die kleinste Kulturstätte hineinzutragen. Es ist von anderer Seite auf die Hochschulbildung, auf die hochwissenschaftliche Bildung hingewiesen worden. Ich möchte das zunächst dadurch ergänzen, daß jedem Bauer die Möglichkeit geboten werden muß, sich auch fachmännische Kenntnisse in seinem Kreise zu erwerben. Wir haben jetzt das landwirtschaftliche Winterschulwesen, das landwirtschaftliche Fachschulwesen die vier Kriegsjahre hindurch unausgebaut gelassen. Die Leiter und auch die Schüler sind vielfach in den Krieg gezogen, so daß das ganze landwirtschaftliche Winterschulwesen außer Funktion getreten ist. Nun haben wir schon vor dem Kriege die Notwendigkeit wiederholt festgestellt und begründet, daß die landwirtschaftlichen Winterschulen viel mehr dezentralisiert ausgebaut werden müßten. Denken Sie sich nun, welche Lücken in diesem Bildungswesen entstanden sind. Das ist eine volkswirtschaftliche Frage ersten Ranges, und es ist unsere Aufgabe, die Intelligenz bis in die kleinste Bauernstätte hineinzutragen (sehr richtig!), jeden Bauer intelligent zu machen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Kartoffeln später nicht mehr so dick werden. (Heiterkeit und sehr gut!)

Dasselbe, was wir für die männliche landwirtschaftliche Jugend fordern, fordern wir auch für die ethische **Durchbildung der ländlichen Frauenwelt.** Auch die Landfrau muß nach allen Richtungen nicht bloß wirtschaftlich, sondern kulturell auf der Höhe sein, und wir begrüßen alle die Bestrebungen — die allerdings nur in kleinem Umfange eingesetzt haben —, um die landwirtschaftlichen Frauen auch auf die Höhe der

Bildung zu bringen. Das müssen Sie schon tun, um Frieden in den Ehen zu halten. Haben Sie einen gebildeten Bauern, will er auch eine gebildete Frau haben. (Heiterkeit.)

Zur Arbeiterfrage hat der Herr Kollege Schiele sich in ausgiebiger Weise ergangen, und da es in diesem Hause nicht Sitte ist, schon einmal ausgesprochene klare Gedanken zum zweitenmal zu wiederholen (erneute Heiterkeit), werde ich darauf verzichten, in die Einzelheiten der Landarbeiterordnung einzutreten.

Ich wollte mir nur ein paar generelle Bemerkungen gestatten: zunächst zu dem Begriff Erwerbslose. Der Herr Minister hat eben gesagt, man solle doch die Erwerbslosen nicht ganz so ungünstig beurteilen, es seien nicht bloß lauter zweifelhafte Elemente. Das ist ganz meine Meinung. Ich habe sehr häufig in meiner Vaterstadt Gelegenheit gehabt, die großen Mengen Erwerbsloser, die nach Arbeit suchen, zu sehen und sie auch in ihren Bestrebungen zu unterstützen, und da möchte ich feststellen, daß wirklich viel gute Menschen darunter sind, Menschen, die 4 Jahre lang die Entbehrungen des Krieges, auch des Hungerkrieges, am eigenen Leibe erfahren haben, Menschen, die Herz und Gefühl für ihre Familien haben, auch Menschen, die Arbeitsstimmung und Arbeitslust haben, und denen es ein Schmerz ist, gewissermaßen herdenweise beschäftigt zu werden.

In diesem Zusammenhange möchte ich sagen, daß doch die **Arbeitsnachweise** dieser Tatsache und ihrer hohen Aufgabe in alle Wege befähigt und bewußt sein möchten. Die Arbeitsnachweise sind plötzlich vor eine Riesenaufgabe gestellt worden. Man kann sagen, daß sie, was die praktische, die bureaukratische Behandlung der Angelegenheit betrifft, durchweg auf der Höhe waren. Aber die Befähigung zum Statistiker, geehrte Versammlung, genügt nach meiner Auffassung allein noch nicht, um Leiter eines Arbeitsnachweises zu werden. Wir verlangen vor allen Dingen Menschenkenntnis, und noch mehr verlangen wir Menschenliebe. (Bravo! im Zentrum.) Die Arbeitsnachweise müssen nicht nur von hohem volkswirtschaftlichen Verständnis geleitet sein, sondern die ganze Geschäftsführung muß durchdrungen sein von der höchsten Wirkung ethischer Prinzipien und von der höchsten Auswirkung der Nächstenliebe. Wenn sie in diesem Sinne neben der berufsständischen Tätigkeit arbeiten, dann werden sie zum Segen derjenigen sein, für die sie eben ihre Tätigkeit ausüben müssen. (Bravo! im Zentrum.) Wenn in diesem Sinne die Arbeitskräfte vermittelt werden, dann, geschätzte Versammlung, wird sich auch das vollziehen, was hier so oft als Stichwort aufgestellt worden ist: die Verbindung von Mensch zu Mensch, die Annäherung von Herz zu Herz.

Und da möchte ich mich namentlich darüber freuen, wenn es gelingt, auch **Arbeiter auf das Land** zu bringen, weil ich glaube, daß hier

noch am ehesten die Gelegenheit ist, diese Verbindung von Mensch zu Mensch herzustellen und zu festigen; denn namentlich in der kleinen Landwirtschaft besteht bis zum heutigen Tage noch immer die Tischgemeinschaft zwischen Arbeiter und Herr. Auch in den großen Gütern — das möchte ich doch auch betonen — wächst noch Nächstenliebe genug, um diese Verbindung von Mensch zu Mensch herzustellen und zu sichern. (Bravo! im Zentrum und rechts.) So freue ich mich denn, daß durch die Beschäftigung der Arbeitslosen auf dem Lande auch diese ideale Verbindung hergestellt und vertieft wird.

Der Herr Minister hat eben gemeint, wir möchten auch Spartakisten auf dem Lande aufnehmen; wir wären vielleicht das Kunststück fertig bringen, auch die zu beruhigen und zu besseren Menschen zu machen. Diesen Versuch, geschätzte Versammlung, müssen wir ablehnen. Davor fürchten wir uns und wollen auch zur Wehr nicht den Dreschflegel gebrauchen (Heiterkeit), den brauchen wir ganz allein zum Ausdreschen von Frucht. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Es wird mir hier ein Zettelchen herübergereicht, auf dem steht wohl, daß die Bauern in kurzer Zeit produzieren sollen: nicht bloß ihre Produkte, sondern auch ihre Reden. (Heiterkeit.)

Also ich muß sofort zum Schluß übergehen, und da meine ich, daß selbst bei allem Fleiß, den die Bauern entwickeln, es doch nicht möglich ist, vollauf die Produktion zu sichern, die zur Ernährung des deutschen Volkes notwendig ist. Da sind wir denn mit doppelter Aufmerksamkeit den sehr interessanten und sachverständigen Ausführungen gefolgt, die der Herr Vertreter der Waffenstillstandskommission oder des Auswärtigen Amtes über die Verhandlungen mit der Entente uns hier vorgetragen hat, und da möchte ich doch noch einmal sagen: wenn alle vernünftigen Vorstellungen nichts helfen sollten, dann dürfen wir doch noch einmal der Entente gegenüber die Gefahren an die Wand malen, die tatsächlich aus dem Bolschewismus, aus der zu befürchtenden dritten Revolution erwachsen, wenn es uns nicht gelingt, den Hunger von Deutschland fernzuhalten. Einmal haben wir die Grenze überschritten unter der Parole: „Not kennt kein Gebot"; aber wenn zum zweitenmal unter dieser Parole der Bolschewismus die deutschen Grenzen überschreitet, dann wird für das Ausland die Gefahr viel größer sein, als es die Gefahr unserer Waffen gewesen ist. (Zustimmung.) Wir möchten doch die Warnung hier aussprechen, mit dem Hunger des deutschen Volkes weder politische noch volkswirtschaftliche Geschäfte zu machen. (Sehr richtig!)

Den Appell, den der Herr Minister an die Arbeitskraft des deutschen Volkes gerichtet hat, diese Arbeitskraft in Kohle, Eisen, Kali und Farben umzusetzen, müssen wir auch noch einmal nachdrücklichst unter-

stützen. Ich bin erfreut darüber gewesen, daß wir heute schon in der Lage sind, hier wertvolle Produkte hier anzuführen, die wir eventuell als Tauschmittel an das Ausland abgeben können. Auch meine ich, sollte der Appell noch einmal an diejenigen gerichtet werden, die über ausländische Werte verfügen, daß sie diese ausländischen Werte zur Bezahlung von Getreide zur Verfügung stellen möchten.

Ich möchte schließen mit dem Ausdrucke der Entrüstung darüber, daß man diese Verhandlungen über eine Frage, die das deutsche Volk nicht bloß im Magen, sondern auch im tiefsten Herzen bewegt, derart künstlich hintangehalten hat, derart miserabel vorbereitet hat, daß man drei- und viermal ohne jedes Ergebnis hat verhandeln müssen. Die Verhandlungen sind in die Zeit des Karnevals gefallen. Wenn die Sache nicht so bitterernst wäre, dann könnte man glauben, man habe sich erlaubt, mit dem deutschen Volke einen Karnevalsscherz zu treiben. Der Minister hat vorhin gewissermaßen auf die Rache der Weltgeschichte hingewiesen. Auch ich bin der lebhaften Überzeugung, daß die Weltgeschichte das Weltgericht ist. Ich möchte glauben: wenn Wilson seine sogenannten 14 Punkte wirklich mit ehrlichem Herzen und mit ehrlichem Willen aufgestellt hat, dann sollte er einmal erwägen, ob er diesen 14 Punkten nicht noch einen fünfzehnten hinzufügen könnte, etwa des Inhalts: „Laß deinen Nächsten nicht verhungern, auch wenn er dein Feind war." (Lebhafte Zustimmung.) Geschätzte Versammlung, ich bin der Überzeugung, daß nichts sich bitterer rächt als ein unedles Handeln, ob es nun den Einzelmenschen oder ob es eine ganze Nation betrifft. Man hat gesagt, die schrecklichste Rache der Geschichte wäre die Blutrache. Ich glaube: viel schrecklicher wird noch die Hungerrache sein. (Sehr richtig!)

Geschätzte Versammlung, auf vielen Gebieten und namentlich auch auf diesem Gebiete, haben wir gewaltige Aufgaben zu lösen. Ich möchte diese Aufgabe, die Ernährung des deutschen Volkes, unter die Parole und das Gesetz der Arbeit stellen, aber einer eifrigen und verständnisvollen Zusammenarbeit. Ich bin überzeugt, wenn wir im Sinne nationaler, verständnisvoller und kollegialer Zusammenarbeit diese Aufgabe lösen, dann werden wir sie zur Wohlfahrt des deutschen Volkes einer gedeihlichen Lösung entgegenführen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Haußmann: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Das verständnisvolle Zusammenarbeiten, von dem der Herr Vorredner sprach, dokumentiert sich gewöhnlich und auch heute wieder dadurch, daß, sobald eine

Generalversammlung des Bundes der Landwirte stattgefunden hat, das Parlament damit behelligt wird, die bisher erlassenen Verordnungen, die so notwendig waren zum Schutze unserer deutschen Ernährung, wieder aufzuheben. Es hat sich eben nichts geändert. Herr Dr. Reesicke hat ja in seiner Einleitungsrede bei der Generalversammlung des Bundes der Landwirte auch schon darauf hingewiesen, daß sich in Weimar gar nichts geändert habe, daß die Regierungsautomobile so fahren wie früher, bloß daß andere Leute darin sitzen, sogar der alte Durst sei geblieben bis in die höchsten Regierungsstellen hinauf — und so hat sich auch bei Ihnen nichts geändert, Sie kämpfen wie früher den alten Kampf: **Zwangswirtschaft oder freier Handel.**

Nun ist ja bereits — man kann sagen, bis zum Überdruß — darauf hingewiesen worden, daß es keine lächerlichere Phrase gibt, als jetzt in diesen Zeiten davon zu sprechen, daß man den freien Handel einführen wolle. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der freie Handel kann nur dann existieren, wenn Angebot und Nachfrage in einem Lande sich ausgleichen können, und das ist nicht der Fall in Deutschland, das während der Kriegszeit von dem Weltmarkt abgeschlossen war und jetzt noch in so trauriger Weise vom Weltmarkt abgeschlossen ist. Hier gibt es keinen freien Handel, weil eben die Nachfrage stets das Angebot überschreiten muß, denn **Deutschland war noch niemals in der Lage** und ist am allerwenigsten jetzt in der Lage, aus seiner eigenen Landwirtschaft **sein Nahrungsbedürfnis zu decken.** (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist eine Phantasie, die auf gar keiner realen Grundlage beruht, wenn man es als möglich hinstellt, daß Deutschland in absehbarer Zeit in der Lage sei, seinen Bedarf aus eigener Kraft zu decken. Da müßte erst eine ganz tiefgreifende soziale, ja sozialisierende Umgestaltung unserer landwirtschaftlichen Produktion kommen, ehe das möglich wäre. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will nur von der Zeit vor dem Kriege reden, gar nicht von der Hungerzeit, die wir viereinhalb Jahre lang durchgemacht haben und in der wir heute noch leben. Wir haben in den günstigsten Jahren unser Brotgetreide nur zu 90 Prozent aus eigener Landwirtschaft decken können. Wir haben unseren gesamten Getreidebedarf immer nur zu 73 Prozent vom einheimischen Boden gedeckt. Wir haben unsere Viehzucht nur dadurch in die Höhe gebracht und am Leben erhalten können, daß wir vom Ausland Futtermittel kauften, und zwar ist ein Drittel unserer Fleischversorgung und ein Viertel unserer Milchversorgung nur dadurch möglich gewesen, daß wir vom Ausland die Futtermittel bezogen. Kurz, es ist undenkbar, daß diese zwei Milliarden Mark, die wir im Frieden für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte und deren Hilfsmittel ausgaben, jetzt mit einem Schlage durch

die deutsche Bodenbearbeitung herausgeholt werden können, besonders wenn das privatwirtschaftliche System weitergeht, das keineswegs den Willen hat, dort, wo es nicht gerade im Interesse eines besonderen Profits liegt, seine Produktion auszudehnen, sondern das, wie speziell beim Kartoffelbau in einer Kartoffelnummer der „Landwirtschaftlichen Zeitung" einmal zugestanden wurde, die Produktion absichtlich nicht einmal bis zur Höchstgrenze steigert, weil sonst der Preis der Kartoffeln infolge des Überangebots zu sehr sinken würde (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und es sich darum nicht lohne, soviel Kartoffeln zu gewinnen.

Wir brauchen heute noch auf fast allen Gebieten genau so die Zwangswirtschaft und die **Rationierung**, wie wir sie während der Kriegszeit gebraucht haben; denn wir sind ja heute eigentlich noch schlimmer in bezug auf unsere Ernährung daran als während der Kriegszeit. Wir haben ja jetzt noch weniger Nahrungsmittel als vorher, weil wir durch die Zerstörungen, die der Rückzug gebracht hat, durch die ungeheuren Verluste bei der Auflösung der Lager ganz enorme Verluste an Nahrungsmitteln gehabt haben. Es ist geplündert worden, das unterliegt gar keinem Zweifel. Man hat ja von höherer Stelle aus den Soldaten bei Auflösung der Proviantämter im feindlichen Gebiet mit Recht gesagt: nehmt mit, was ihr schleppen könnt, wozu soll es in die Hände der Feinde fallen? Und was dann der eine bei dieser Gelegenheit gelernt hat, das hat er vielleicht bei anderen Gelegenheiten fortgesetzt. Tatsache ist, daß wir mit weniger Nahrungsmitteln in diese Übergangswirtschaft hineingekommen sind als wir gehabt hatten, kurz bevor der militärische Zusammenbruch stattfand. Und wie notwendig diese Erfassung der Produkte, wie notwendig die Rationierung ist, hat gerade das Beispiel gezeigt, mit dem Herr Abgeordneter Petersen glaubte, die Überflüssigkeit der Rationierung nachweisen zu können, die **Eierverordnung**. Er meinte, es sei lächerlich gering, was wir an Eierrationen zugewiesen bekommen — das ist richtig —, und doch könne in Hamburg jeder Mensch Eier essen, soviel er wolle. Mit Verlaub, jeder Mensch nicht, sondern nur, wer 1,50 Mark für das Ei bezahlen kann. (Zurufe.) — Wenn Herr Abgeordneter Petersen es so gesagt hat, wie ich es hörte, so ist nicht jeder Mensch in der Lage, sich beliebig viel Eier kaufen zu können, sondern nur eine bevorzugte Schicht, nur ein kleiner Prozentsatz der gesamten Bevölkerung. Wenn wir Mangel an Eiern haben, liegt es nicht an der Rationierung, sondern daran, daß wir im Frieden ziemlich 3500 Millionen Eier vom Ausland bezogen haben, aus Sibirien, Galizien usw., und die 5000 Millionen Eier, die wir in Deutschland selbst produzierten, jetzt größtenteils nicht gelegt worden sind aus Mangel an Futtermitteln, denn das Füttern von Getreide war offiziell verboten und, wenn es heimlich geschah, konnte es doch nicht in dem Umfange geschehen wie im

Frieden. Kein Wunder, daß, wie der Herr Reichsernährungsminister Schmidt erwähnte, nur 700 Millionen Eier erfaßt wurden. Gerade diese ganze Eierbewirtschaftung und Eierverordnung beweist, wie falsch das System ist, das jetzt als Ausweg, als Übergangssystem angepriesen wird, nämlich daß man einen Teil, 25 bis 30 Eier auf das Huhn, rationiert und das übrige dem Landwirt zur Bewirtschaftung freiläßt. Das bringt nichts weiter mit sich, als daß der Schleichhandel legalisiert wird. Was er freibekommt, geht nicht zu normalen oder angemessenen Preisen an das Publikum, sondern zu Wucherpreisen, und die große Masse der Bevölkerung hat absolut nichts davon, daß diese Legalisierung des Schleichhandels eingetreten ist. Wenn man davon überzeugt ist, daß noch auf lange Zeit hinaus mit allen Mitteln hausgehalten werden muß, sparsam gewirtschaftet werden muß, und man alles, was man nur erfassen kann auf deutschem Boden, erfassen muß, wird man sich nicht danach umsehen, wie man dem freien Handel die Möglichkeit gibt, zu wuchern und Geschäfte zu machen, sondern man muß sich nach Möglichkeit umsehen, wie man das, was im Lande produziert wird, wirklich an die Bedarfsstätten hinbringen kann. Und das ist eine große, schwere Aufgabe, an der sich bisher alle Staatssekretäre des Reichsernährungsamts den Kopf zerbrochen haben, und die bis zum heutigen Tage nicht gelöst werden konnte, weil es an den dazu nötigen ausführenden Organen gefehlt hat und noch fehlt.

Wie liegen denn die Dinge? Wer ist das **ausführende Organ** ausschließlich **auf dem Lande**? Vom Ortsnachtwächter und Gendarm bis zum Ortsvorsteher, mitunter bis zum Landrat — es ist ein offenes Geheimnis, daß besonders in den letzten Jahren alle Begriffe von Gesetzlichkeit und Verordnungspflicht ins Wanken gerieten und daß der Schleichhandel bereits ganz bestimmte Preise dafür festgesetzt hat, wieviel er **Bestechungsgelder** zahlt, um seine Ware vom Erzeugungsort wegzubringen. Mir ist einmal gesagt worden, daß ein Waggon Erbsen dreitausend Mark Bestechungsgelder kostet, angefangen vom untersten Weichensteller bis zum obersten Beamten hinauf, der dabei die Kontrolle auszuüben hat. Daß es an ausführenden Organen gefehlt haben muß, ist doch deutlich zu erkennen, man hätte sonst ja mehr erfassen können. Denn daß gewisse Mengen im Schleichhandel vorhanden sind — keineswegs so riesige, wie sie mitunter überschätzt werden —, ist der Beweis dafür, daß nicht alles erfaßt wurde, sonst könnte es keinen Schleichhandel geben. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben, darüber nachzudenken, wie man die Rationierung und Erfassung besser durchführen kann. Während meiner Amtszeit habe ich dafür gesorgt, daß das Kriegswucheramt, das bisher nur eine Unterbehörde des preußischen Polizeipräsidiums war und nur begrenzte Arbeitsmöglichkeiten innerhalb Groß-Berlins und einiger Umkreise hatte, zu einem Landespolizeiamt beim preußischen Staatskommissar für Volksernährung ausgebaut wurde.

Von diesem Landespolizeiamt werden geeignete Leute ausgebildet und auf das Land abgesendet, die der Gefahr, die den einheimischen ausführenden Organen erwächst, daß sie durch Freundschaft oder durch andere Anziehungsmittel in ihrer Pflicht wankend gemacht werden, nicht ausgesetzt sind, weil sie plötzlich kommen, zu bestimmten Zwecken eingreifen und darüber Rechenschaft ablegen müssen. Dieses Landespolizeiamt wird sich hoffentlich bewähren, besonders da es mir gelungen ist, durch Verfügung vom 15. Februar 1919 zu veranlassen, daß auch die Arbeiter- und Soldatenräte zur Überwachung des Schleichhandels mit heranzuziehen sind, indem der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte einen Beigeordneten zur Leitung des Landespolizeiamts zu stellen hat.

Ich habe mich sehr gewundert, daß der Herr Reichsernährungsminister Schmidt in einer Rede die **Bauern- und Landarbeiterräte** so fallen ließ, nachdem er noch vor wenigen Wochen mit mir gemeinsam sich bemüht hat, diese Organisation auszubauen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß er innerhalb dieser vier Wochen eine solche Unsumme von schlechten Erfahrungen gesammelt hat, um dieses System jetzt irgendwie preiszugeben oder in seiner Entwicklung zu hemmen. Die Bauern und Landarbeiter werden ja gewiß bei der mangelnden politischen Erziehung, die die Landarbeiter leider infolge der Feudalherrschaft der vergangenen Zeiten haben, manchmal als ihre Vertrauensleute diejenigen wählen, die man als Bock und Gärtner bezeichnen kann. Sie werden, wie das mitunter vorgekommen ist, den Herrn Gutsinspektor, womöglich gar den Herrn Gutsbesitzer und den Herrn Pfarrer und Lehrer als ihre Vertrauensleute in den Bauern- und Landarbeiterrat wählen. Aber über diese Kinderkrankheiten werden sie doch bald hinwegkommen und ihre eigenen Interessen erkennen und sehen, daß der Landarbeiter und Kleinbauer, wenn sie zusammenhalten, in diesen Bauern- und Landarbeiterräten die Macht haben, um ganz durchgreifende Änderungen des wirtschaftlichen Lebens auf dem Lande herbeizuführen, ganz besonders aber bei der Erfassung der Lebensmittel mitzuwirken. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich halte es für eine Notwendigkeit, daß hier mehr geschieht, denn so wie die Dinge jetzt liegen, ist nicht daran zu denken, daß wir uns, wie Herr Dr. Semmler meint, in absehbarer Zeit aus eigener Kraft werden ernähren können.

Auch der Appell an das soziale Denken der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird dabei wenig helfen. Das soziale Denken hört auf, wo der Profit beginnt. Das ist die Eigentümlichkeit, die nicht etwa bloß dem Landmann eigen ist, sondern die alle Menschen innerhalb der kapitalistischen Welt beherrscht. Es wird erst einer Erziehung zum Sozialismus durch die neuen Schulen, die hoffentlich jetzt entstehen werden, und durch das neue Zusammenleben der Menschen bedürfen, um die Menschen zum sozialen Denken zu erziehen.

(Zuruf: So wie sie es jetzt in Berlin, Braunschweig und Lichtenberg machen!) — Meine Herren, ich komme darauf noch, auf die Früchte Ihrer Politik (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), die die Menschen in verbrecherischen Wahnsinn hineingetrieben haben, die viereinhalb Jahre die Menschen gelehrt haben, daß Morden eine Heldentugend sei, so daß Sie sich jetzt davor grauen, wenn das Schwert sich umkehrt und der Wahnsinn gegen die eigenen Brüder wütet. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe.)

Ich sprach davon, daß das soziale Denken mit der Sozialisierung kommen wird, das heißt damit, daß jeder einzelne auch weiß: er arbeitet für sich und für die Gesamtheit, und er ist nicht Frondiener, Fronsklave für irgendeinen, den er bereichert. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Partei hat in diesen Tagen einen Parteitag abgehalten und hat in einer Resolution ausdrücklich erklärt: „Der Großgrundbesitz und große Forsten sind in gesellschaftliches Eigentum überzuführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe durch Bereitstellung aller technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel, sowie Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen."

Das, geehrte Versammlung, ist sozialistisches Ideal, das ist sozialistisches Endziel, darauf wollen wir hinarbeiten, und hoffentlich werden wir die Macht haben, das durchzusetzen gegenüber der immer wieder sich empordrängenden niedrigen Gewinnsucht der einzelnen, die auf Kosten der anderen sich bereichern wollen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Notwendig ist — darin stimme ich mit allen überein —, daß, wenn die **Landwirtschaft** gesunden soll —, und sie muß gesunden, davon sind wir alle überzeugt, sie bildet das Fundament unseres neuen Lebens —, sie **Menschenkräfte zugeführt bekommt,** die geeignet sind, das Land zu bebauen. Die 600 000 Toten und Krüppel, die der Landwirtschaft durch den furchtbaren Krieg entrissen worden sind, die 425 000 Saisonarbeiter aus Polen und Galizien, die nicht wieder gekommen sind, die 994 000 Kriegsgefangenen, die zuletzt beschäftigt waren, müssen ersetzt werden.

Wenn vorhin der Herr Abgeordnete Schiele meinte, daß nach neueren Berechnungen im ganzen 300 000 Menschen notwendig seien, um das Defizit zu decken, so wäre das sehr erfreulich. Ich fürchte aber, die Ziffer ist weit größer. Nach meiner Berechnung ist nach wie vor immer noch eine Million Menschen erforderlich, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken, die in der Landwirtschaft notwendig sind. Wo aber hernehmen? Da werden die krampfhaftesten und verkehrtesten Mittel versucht, um Arbeiter aufs Land zu bekommen. Die verständigen Landwirte sagen, leider mitunter nicht öffentlich, sondern nur

unter vier Augen: ja wir können gar keine städtischen Arbeiter gebrauchen, die richten uns mehr Schaden an, als sie nutzen; die haben gar keine Ahnung, wie sie mit Geräten, noch viel weniger, wie sie mit dem Vieh umgehen sollen. Öffentlich aber paßt es gewissen Herren, agitatorisch gegen die städtischen Arbeiter Stimmung zu machen und zu sagen: es ist bloß böser Wille, wenn die städtischen Arbeiter nicht aufs Land hinausgehen. Mitunter wird auch zugegeben, wie es in dem Referat des Abgeordneten Schiele ehrlich eingestanden wurde: die Wohnungsfrage ist auf dem Lande nicht gelöst und jetzt nicht lösbar, es ist unmöglich, jetzt Wohnungsbauten vorzunehmen. In die elendesten Räume — das aber sagte er nicht hinzu - , in die man die Kriegsgefangenen untergebracht hat, läßt sich der deutsche Arbeiter nicht unterbringen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das sind eben Notstände, die uns der Krieg noch zurückgelassen hat, über die wir nicht so bald hinauskommen, die aber so bald als möglich abgeändert werden müssen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch auf folgendes hinweisen. Ich habe heute zu meinem Erstaunen gesehen, daß die **Heeresverwaltung** jetzt **Bauholz freigibt**. Seit Monaten verlangen die Städte, man solle ihnen Bauholz zum Bauen geben. Die Heeresverwaltung erklärte ihnen, sie habe keines. Jetzt auf einmal ist es da, und was geschieht damit? Es wird nicht etwa den Gemeinden gegeben, sondern es wird dem freien Handel überlassen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Drei Firmen haben das Bauholz bekommen, die sollen es weiterverkaufen. Wenn immer noch so gewirtschaftet wird, daß man noch nicht einmal an jener Stelle das bißchen Sozialisierung anwendet, das darin läge, daß man sich sofort mit den Bedarfsgemeinden in Verbindung setzt, dann ist es kein Wunder, wenn auch die Landwirte mit Recht klagen, es sei ihnen unmöglich, die notwendigen Wohnungsräume zu schaffen.

Wir brauchen auf dem Lande Arbeiter, und wir müssen uns fragen: von wo können sie hergeholt werden? Da bringt nun der Antrag des Ausschusses auf Nummer 119 eine Reihe von Vorschlägen, die meine Freunde und ich unterschreiben können. Aber eines können wir nicht unterschreiben, und wir müssen unser Erstaunen ausdrücken, daß einschließlich der Herren von der sozialdemokratischen Partei dieser Antrag beschlossen worden ist. Da heißt es nämlich unter A Ziffer 4, „daß bei öffentlichen Notstandsarbeiten **Landarbeiter** nicht beschäftigt werden dürfen, die ohne zwingenden Grund landwirtschaftliche Stellungen aufgegeben haben, und denen andere landwirtschaftliche Arbeit zu angemessenen Lohn- und Arbeitsbedingungen nachgewiesen werden kann". Meine Damen und Herren! Das heißt doch **Aufhebung der Freizügigkeit** für eine bestimmte Kategorie von Arbeitern, das heißt, Arbeitszwang ausüben, wobei nicht einmal eine soziale Kontrolle vorgesehen

ist. Denn wer bestimmt darüber, was ein zwingender Grund ist? — Die Arbeitsnachweise, werden Sie sagen. Dann müßte das hier mindestens erwähnt sein. Wer soll richten darüber, ob der Arbeiter seine landwirtschaftliche Stellung zu einer Zeit aufgegeben hat, die im ursächlichen Zusammenhang mit diesen Notstandsarbeiten steht? Wenn z. B. ein landwirtschaftlicher Arbeiter vor Jahren seine Stellung aufgegeben hat und jetzt, wo er in der Stadt ansässig geworden ist und wo vielleicht seine Familie dort wohnt, kommt und sich zu Notstandsarbeiten meldet, und wenn ihm dann gesagt wird: nein, du mußt aufs Land hinaus, — so ist das eine Härte, die sich am allerschlimmsten an der Landwirtschaft selber rächen wird; denn jeder Landwirt weiß doch, wie schwer landwirtschaftliche Arbeiten für den sind, der sie nicht gelernt hat, und wie diese Beschäftigung geradezu zur Unmöglichkeit wird, wenn sie nicht mit gutem Willen gemacht wird. Können Sie denn von jemand, der zwangsweise zu einer solchen Arbeit kommandiert wird, erwarten, daß er mit gutem Willen arbeitet, daß er ein „soziales Denken" habe, wie es Herr Dr. Semmler in ideologischer Auffassung von den Bauern und Landarbeitern verlangt? — Nein, wenn wir die Landarbeiterfrage bessern und der Lösung näher führen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Landarbeiter genau so behandelt werden wie alle Arbeiter, und dann haben Sie, von der Rechten, damit zu kämpfen, daß der Schatten der Vergangenheit das mitunter hervorleuchtende Licht der neuen Zeit verdunkelt. Der Gedanke daran, daß die Gesindeordnung bestanden hat, daß der Kontraktbruch beim Landarbeiter anders bestraft wurde als beim gewerblichen Arbeiter, daß sogar die Peitsche mitunter eine Rolle spielte, oder, wie mein Herr Vorredner, der Abgeordnete Blum, vorhin so liebevoll meinte, die Bauern würden den Dreschflegel, wenn sie ihn nicht zu anderen Dingen brauchen, gegen widerspenstige Landarbeiter, die er Spartakisten nennt, benutzen — alle diese Liebenswürdigkeiten und alle diese Ungerechtigkeiten, unter denen die Landarbeiter leiden mußten, haben es eben mit sich gebracht, daß für gewisse Kreise der Arbeiter eine Scheu davor besteht, in diese ländlichen Verhältnisse zurückzukehren, und daß sie erst Gewißheit und Sicherung dafür bekommen müssen, daß jetzt wirklich die neue Zeit auch für die Landwirte angebrochen ist. Und dann wollen Sie, bitte, solche Witze unterlassen, die sehr böse wirken können bei den Arbeitern, die da meinen, es spreche vielleicht aus solchen Scherzen ein blutiger Ernst heraus, der es bedauere, daß er eben nicht mehr Dreschflegelpolitik treiben kann.

Meine Freunde und ich stehen also auf dem Standpunkt, daß wir alles daransetzen müssen, um der Landwirtschaft zu helfen, daß wir ihr von Reichs, Staats und Gemeinde wegen alle Mittel zur Verfügung stellen müssen, daß wir vor allen Dingen den Besitz der Bauern nicht antasten wollen, wie von gewisser Seite geflissentlich verbreitet wird,

sondern daß wir die **Sozialisierung des großen Grundbesitzes** anstreben, wobei wir durchaus nicht für eine Parzellierung und Zerstücklung des Landbesitzes in kleinste Siedlungen schwärmen; denn wir wissen, daß, wenn Deutschlands Produktion auf landwirtschaftlichem Gebiet gesteigert werden soll, die intensivste Großproduktion kommen muß, die großartigste Anwendung von Maschinen und allen technischen Neuerungen (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und das ist eben nur im Großbetrieb möglich. Aber diesen Großbetrieb wollen wir im Interesse der Allgemeinheit, nicht im Interesse des einzelnen betrieben sehen! Und die kleinen und mittleren Bauern sollen sich genossenschaftlich zusammenschließen können, um aller Vorteile des Großbetriebs teilhaftig zu werden, die der einzelne Kleinbesitzer nicht haben kann.

Aber selbst wenn das alles so ist, selbst wenn wir die Landwirtschaft so fördern können, wie wir sie fördern wollen, so hilft uns das aus der augenblicklichen Not nicht heraus. Wir sind jetzt in der furchtbaren Zwangslage, daß das, was wir zum Leben brauchen —, nicht nur bis zur neuen Ernte, sondern auch im nächsten Jahre, auch dann, wenn die neue Ernte gut ist — nicht langt, um uns zu ernähren, und daß Millionen und aber Millionen Menschen schon aus dem Grunde, weil es keine Nahrung gibt, aus Deutschland hinaus müssen, oder daß wir diese Hungerkrankheit nach wie vor ertragen müssen, die ohnehin schon so schreckliche Opfer gefordert hat.

Meine Herren, ich möchte doch ein paar Ziffern über die entsetzlichen **Folgen des Krieges und der Hungersnot**, in der wir uns befinden, bringen. Bedauerlicherweise hat die frühere Regierung während des Krieges durch strengste Anwendung der Zensur verhindert, daß dem Volke klar wurde, wie es von Jahr zu Jahr verelendet wurde und wie von Jahr zu Jahr nicht nur draußen auf dem Schlachtfelde, sondern auch daheim in den Wohnungen die Menschen infolge des Hungers dahinsiechten. Jetzt endlich werden die Ziffern amtlich bekanntgegeben. Meine Damen und Herren! In 380 Orten über 15 000 Einwohner starben von je 10 000 Einwohnern an Tuberkulose im Jahre 1913 15,7 und im Jahre 1918 31,7, also das Doppelte. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Von 40 374 Personen stieg die Ziffer absolut auf 83 694 Personen. Was die allgemeine Sterblichkeit anlangt, so starben von je 1000 Lebenden gleichen Alters 1910 im ersten Lebensjahre 135, 1917 148, im 1. bis 5. Lebensjahre 1910 13,3, 1917 15,9, von den 70- und mehrjährigen starben 1910 110 und 1917 147. In der Stadt Berlin starben im Jahre 1914 28 331 Personen und 1918 33 987. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist eine Zunahme von 16 Prozent. In Dresden ist die Tuberkulosesterblichkeit ganz besonders schlimm gewesen. Dort starben im Jahre 1913

1118 Personen, 1918 starben 1900 Personen, das sind 70 Prozent mehr. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf links: Das wird verschärft durch die Streiks!) — Das wird alles verschärft durch die Streiks, sagen Sie, meine Herren, Sie fragen aber nicht: wer hat die Streiks geschaffen (Zurufe bei den Deutschen Demokraten: Sie!), wer ist schuld daran, daß es zu den Streiks kam? Erneute Zurufe bei den Deutschen Demokraten: Sie!) — Meine Herren, es ist sehr leicht, hier Beschuldigungen auszusprechen, besonders wenn man es sich so leicht macht, sich um die Tatsachen selber nicht zu bekümmern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was speziell den Streik im Bergrevier, in Merseburg-Halle wie im Ruhrgebiet, anlangt, so ist, wie mir von denjenigen Freunden mitgeteilt wurde, die von Anfang an die Verhandlungen geführt haben, unter Hinweis auf die furchtbaren Folgen, die ein Streik mit sich bringt, der Regierung nahegelegt worden, schon seit Mitte Januar, daß sie nachgeben und die Forderungen bewilligen solle (Zurufe bei den Deutschen Demokraten) — meine Herren, die Forderungen, die die Regierung jetzt bewilligt hat (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), indem sie jetzt die Arbeiterräte in der Verfassung verankern will. Warum ist denn der ganze Streik entbrannt? (Zurufe bei den Deutschen Demokraten.) Um das, was jetzt als etwas Selbstverständliches von der Regierung hingestellt wird, um das, was Sie jetzt mit Nachtsitzungen auf einmal rasch zustande bringen wollen: die Sozialisierung. Erst hieß es: Sozialisierung, das dauert wer weiß wie lange, da kann man nicht herangehen. Jetzt zeigen Sie, daß ein Rahmengesetz und allgemeine Richtlinien sich verhältnismäßig rasch schaffen lassen. Erst hieß es, und hier vom Ministertische hat es der Herr Ministerpräsident Scheidemann ja gesagt: Arbeiterräte können wir nicht in die Verfassung nehmen, die können wir nicht neben der Nationalversammlung dulden, und jetzt heißt es auf einmal: sie werden in der Verfassung verankert. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wenn diese Einsicht etwas früher gekommen wäre, all das Unheil wäre vermieden worden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch und Zurufe bei den Deutschen Demokraten.) Den Herren von der Regierung aber kann man sagen — (Zuruf von den Deutschen Demokraten) — ja, Herr Abgeordneter Blunck, daß Sie zu den Scharfmachern gehören, die die Arbeiter stets als feindliche Objekte behandeln, das sind wir von Ihnen gewöhnt. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.) — Ja, wenn jemand die Arbeiter aufhetzt, Herr Abgeordneter Blunck, dann sind es solche Bemerkungen, wie Sie sie machen. Glauben Sie nur, wenn diese Äußerungen in die Öffentlichkeit kommen, das kann manchen Streik wieder um Tage verlängern, wenn man hört, daß von dieser Seite aus,

die sich früher freisinnig nannte, und die jetzt als Demokraten mit in der Regierung sitzt, solche Äußerungen fallen, durch die die Arbeiter erregt werden müssen. Wie sollen die Arbeiter Vertrauen zu einer Regierung haben, in der Ihre Parteifreunde sitzen, wenn Sie, Herr Abgeordneter Blunck, in dieser Weise wie ein Scharfmacher von der äußersten Rechten gegen die Arbeiter sprechen? (Wiederholte Zurufe von den Deutschen Demokraten.) — Nein, nicht aus frivolem Leichtsinn haben die Arbeiter den Streik begonnen, sondern weil sie nach den sozialistischen Anschauungen, die wir seit einem halben Jahrhundert — beide Teile, auch meine feindlichen Brüder — stets vertreten haben, auch in dem Streik ein Mittel sehen, mit dem der Arbeiter sein Recht erkämpft (erneute Zurufe), ein Mittel, so gut wie das der Gesetzgebung, und ich erinnere mich, daß meine früheren Freunde, die jetzt mitunter gegen diesen Massenstreik zetern, mit mir gemeinsam auf Parteitagen die Frage des Streiks und des Massenstreiks ernstlich erwogen haben. (Zurufe von den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) — Sie rufen: es waren damals andere Zeiten; es gab damals eine andere Regierung! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) — Ja, meine Herren, ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: unbestraft führt man ein Volk nicht 4½ Jahre hinaus auf die Schlachtfelder und rühmt ihm alle die Greuel, die es dort auf Kommando begehen mußte. (Erregte Zurufe.) Das verwildert die Gedanken. (Zurufe von den Deutschen Demokraten.) — Woher wissen Sie denn, daß das Drückeberger sind? (Wiederholte erregte Zwischenrufe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann**: Ich bitte, doch die Zwischenrufe zu unterlassen!

Wurm, Abgeordneter: Das sind so leichtfertige Behauptungen, daß ich mich an Ihrer Stelle schämen würde, sie aufzustellen: denn Beweise haben Sie dafür nicht. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Es waren Deserteure!) Es ist Tatsache, daß diese Streiks vermieden werden konnten, wenn rechtzeitig von der Regierung das getan wurde, was ihre Pflicht war, nämlich Verständigung zu suchen und Vereinbarungen zu treffen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe.) Das schroffe Abweisen — ich habe an den Verhandlungen nicht teilgenommen, kann also nur das berichten, was mir mitgeteilt worden ist —, mit dem man gegenüber den Forderungen der Arbeiter auftrat, ist daran schuld, daß diese Verwilderung und Verärgerung innerhalb der Arbeiterkreise Platz greifen mußte. (Zuruf: Ihre Gewerkschaftsführer haben nicht die Wahrheit gesagt!) — Machen Sie das mit den Herren vom rechten Flügel der Sozialdemokratie ab! (Zuruf: Nein, Ihre Führer haben sie belogen!)

Ein Beweis, wie wenig parteipolitisch die Streiks waren, ist doch die Tatsache, daß an dem Streik alle Arbeiter beteiligt waren (lebhafter Widerspruch), nicht nur die rechtssozialistischen und unabhängigen, sondern auch die christlichen Arbeiter. (Erneuter Widerspruch. — Zuruf: Sie sind in den Streik gezwungen worden!) Über diese Tatsache kommen Sie nicht hinweg! Diese Tatsache ist Ihnen unangenehm, aber sie ist einmal da. Die Arbeiter haben Solidaritätsgefühl und haben bewiesen, daß sie alle der Meinung sind, es müsse eine andere Regierung kommen (Zuruf: Sie haben gehetzt!), die für die Forderungen der Arbeiter mehr soziales Verständnis zeigt, als es die bisherige Regierung gezeigt hat. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Deutschen Demokraten. Spartakus will ja von Ihnen auch nichts wissen!) Man muß also die Ursachen des Streiks aus der Welt schaffen, dann wird man wie bei jeder Krankheitsbekämpfung das richtige Mittel finden und muß nicht, wie Sie es belieben und wozu Sie die Regierung aufreizen (erregte Zurufe von den Demokraten), mit Kraftmeierei in große soziale, politische Strömungen eingreifen, nach der Methode des Schlagodobro von früher. (Lachen.)

Doch, meine Herren, so bedauerlich und traurig es ist, daß durch diese Streiks unsere Nahrungsmittelzufuhr eingedämmt und dadurch unsere Ernährungslage noch schlechter geworden ist als vorher, so muß doch festgestellt werden, daß wir auch ohne die Streiks durchaus nicht in der Lage waren und sind, uns bis zur nächsten Ernte zu ernähren. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber ich meine, wir brauchen deswegen nicht zu glauben, daß wir als Bettler vor der Entente stehen, die sich demütigen, noch brauchen wir an ein Gerechtigkeitsgefühl zu appellieren, das ich innerhalb der kapitalistischen, militaristischen Welt nicht kenne und noch nicht gefunden habe, sondern ich appelliere an die Arbeiter aller Länder (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß sie auf ihre Regierungen mit einwirken, damit nicht das deutsche Volk büßen muß für das, was seine Könige, seine Fürsten und ihre Handlanger verbrochen haben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erneute Zurufe bei den Deutschen Demokraten.)

Die Tatsache, daß wir vor einem Zusammenbruch unserer gesamten Ernährungswirtschaft stehen, braucht nicht länger mehr verheimlicht zu werden. Herr Unterstaatssekretär v. Braun hat auf die Denkschrift hingewiesen, die von einer freien unabhängigen Kommission von Fachgelehrten ausgearbeitet worden ist. An ihrer Ausarbeitung habe ich teilgenommen. In dieser Denkschrift sind alle Tatsachen damals schon ganz offen und ehrlich wissenschaftlich einwandfrei festgestellt worden, wie wir in unserer **Ernährung** und Lebenshaltung heruntergekommen sind, und daß wir uns unmöglich weiter ernähren und leben können, wenn wir nicht **Hilfe vom Ausland** erhalten.

Ich appelliere dabei dem Auslande gegenüber weder an Gerechtigkeit noch an Menschlichkeit und Menschenliebe, sondern einfach an den Geschäftssinn. Es ist nun doch einmal eine Tatsache, daß ein glücklicher Zufall es mit sich gebracht hat, daß Amerika und Australien, besonders aber die Vereinigten Staaten von Amerika, im vorigen Jahre und in diesem Jahre eine solche Reiordernte in Weizen haben, daß sie in ihrem Überschuß tatsächlich ersticken, wenn sie ihn nicht auf den Weltmarkt werfen können. Man könnte also auch bei den Verhandlungen in Spaa mit Fug und Recht darauf hinweisen, daß es doch ein eigentümliches Verhalten einer Nation von guten Kaufleuten ist, wie die Amerikaner es sind, wenn sie diese Tatsache, die durch alle Fachzeitschriften geht, vor der Welt verheimlichen wollen. Der „Manchester Guardian" hat vor einigen Wochen aus der amerikanischen „New Republic" einen Bericht gebracht, daß die amerikanische Weizenernte im Jahre 1918 917 Millionen Bushels betrug, wovon bei einem Ausfuhrüberschuß von 300 Millionen (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) aber nur 40 Millionen ausgeführt wurden, so daß ein Rest von 260 Millionen Bushels unverkauft liegen blieb. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nun wird die Ernte von 1919 noch größer sein als die von 1918. Die Anbaufläche für Winterweizen stieg um 16 Prozent, und die Anbaufläche für Frühweizen stieg noch mehr. Man rechnet, daß die Weizenernte von 1919 auf 1100 Millionen Bushels steigen wird, so daß noch ein Ausfuhrüberschuß von 500 Millionen dazukommt. Infolgedessen hat Amerika das zwingende Bedürfnis, diesen Weizen auf den Weltmarkt zu bringen, zumal Argentinien einen Überschuß von 60 Millionen Bushels und Australien einen solchen von 200 Millionen Bushels zu liegen hat. Es fehlen die Lagerräume, der Weizen wird bereits von den Mäusen gefressen, und es ist ein solcher Überfluß da, daß gleichzeitig die Gefahr besteht, daß entweder die Weltmarktpreise sinken und die Farmer revoltieren, weil sie zu schlechte Preise bekommen, oder daß die amerikanische Regierung ihre Garantiepflicht einlösen muß, da sie den amerikanischen Weizenbauern versprochen hat, die Ware zum Höchstpreise abzunehmen, respektive die Differenz zu zahlen. Das würde in die Milliarden gehen.

Ich glaube also, man kann ruhig darauf hinweisen, daß diese übertriebenen und Deutschland an den Abgrund des Verderbens bringenden Forderungen, wie sie von der Entente jetzt in Spaa wieder aufgestellt wurden, doch nicht übereinstimmen mit dem, was das eigentliche Interesse des Hauptlandes für die Lebensmittelversorgung der Welt, Amerikas, erfordert, und deswegen meine ich, daß wir nicht gar zu unruhig und zu furchtsam den Anforderungen der Zukunft entgegenzusehen brauchen. Aber verlassen dürfen wir uns insofern auf die ausländische Einfuhr nicht, als wir sie mit teurem Gelde be-

zahlen müssen und auf die Dauer tatsächlich, wie auch die Herren von der Landwirtschaft gesagt haben, es erreichen müssen, uns unabhängig zu machen von einer Einfuhr aus dem Auslande. Dazu bedarf es aber, wie gesagt, einer durchgreifenden Umgestaltung in der landwirtschaftlichen Produktion. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Landarbeiter wird aus einem Knecht zu einem freien Arbeiter werden müssen, der das erfüllt, was Sie von dem Bauer verlangen, daß er mit Lust und Liebe und Interesse, weil es sein Interesse mit ist, das er bei der Arbeit vertritt, an die Arbeit herangeht. Er muß Anteil haben am Ertrage der Arbeit, wir müssen zur Sozialisierung der Landwirtschaft kommen, dann werden wir genügend Nahrungsmittel mit Hilfe der Wissenschaft in Deutschland hervorbringen können, wenn auch nicht bald, so doch in einiger Zeit, die es uns ermöglichen wird, das zu produzieren, was wir brauchen. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Schlusse zu eilen. Ich habe Ihnen schon eine Viertelstunde, also 50 Prozent, Überschuß gegeben; das ist fast zuviel.

Wurm, Abgeordneter: Ich glaube, diese 50 Prozent gehen auf die Zurufe, die ich beantworten mußte. Ich bin aber sowieso am Schluß. Ich erkläre nochmals: meine Freunde und ich unterstützen jede Forderung der Landwirtschaft, die darauf ausgeht, unsere Produktion zu fördern und zu heben. Wir bekämpfen aber jede Forderung der Landwirtschaft, die darauf ausgeht, einseitig Vorteile einer gewissen Klasse von Produzenten zuzuweisen zum Schaden der Gesamtheit.

Deshalb verlangen wir, daß die Zwangswirtschaft für alle Lebensmittel, bei denen die Nachfrage größer ist als das Angebot, aufrechterhalten wird. Deshalb verlangen wir, daß die Erfassung aller Lebensmittel mit allen nur möglichen Kraftmitteln der Regierung durchgeführt wird, damit die Bevölkerung aus dem ewigen Hunger endlich zu einer Sättigung und Ernährung kommt. Wir hoffen, daß der Appell, den meine Freunde und ich und alle Sozialisten an alle Arbeiter der Welt in Bern gerichtet haben, Erfolg haben wird, daß die Arbeiter aller Länder, die mit uns fühlen, dafür sorgen, daß das Ausland seine kapitalistischen Privatinteressen zurücksetzt und Deutschland vor dem Hungertode rettet. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister Dr. David.

Dr. **David,** Reichsminister: Der Herr Vorredner hat die Behauptung wiederholt, daß die Regierung schuld sei an dem **Ausbruch des Streiks** im Ruhrrevier und im mitteldeutschen Bergrevier. Der Herr

Reichsarbeitsminister Bauer hat vor einigen Tagen Ihnen hier eine klare, auf Tatsachen und Protokolle gestützte Darlegung gegeben über die Verhandlungen, die er mit den Vertretern der Arbeiter des Ruhrreviers wie des Halleschen Bezirks gehabt hat. Er hat Ihnen nachgewiesen, daß von der von dem Herrn Vorredner behaupteten schroffen Abweisung der Arbeiter gar keine Rede gewesen ist (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und daß die Regierung die wesentlichen Forderungen der Arbeiter schon vor Wochen bewilligt hatte (hört! hört! bei den Sozialdemokraten: Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) — für die Ruhrbergleute die Arbeiterräte und die Arbeiterkammern, für das mitteldeutsche Gebiet die Betriebsräte —, und daß man in diesen Verhandlungen zu einer gewissen Einigung gekommen ist, daß aber trotz dieser Einigung der Streik nachher ausgebrochen ist, weil man sich auf dieser Linie der Vereinbarung nicht gehalten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich verweise die Herren von den Unabhängigen Sozialdemokraten, die bei den Ausführungen des Herrn Arbeitsministers Bauer zum allergrößten Teil nicht zugegen waren (sehr richtig!), weil sie ihrem Parteitag anwohnten, auf diese Ausführungen. Dann werden sie sich überzeugen, daß ihre Behauptung, die Regierung habe ihrerseits schroff ihre Forderungen abgewiesen und damit den Streik verursacht, den Tatsachen ins Gesicht schlägt. (Sehr richtig!)

Was dann weiter den Vorwurf anlangt, die Regierung sei überhaupt mit sozialen Konzessionen zu spät gekommen, sonst wären die Arbeiter gar nicht in diese Unruhe hineingekommen, so verweise ich darauf, daß schon im Regierungsprogramm steht, die Betriebe, die dazu geeignet wären, sollten unter öffentliche Kontrolle genommen werden, und daß die Forderung der Sozialisierung geeigneter Betriebe, namentlich des Bergbaues und der elektrischen Energie, am ersten Tage, wo die Regierung hier auftrat, anerkannt worden ist. Sie werden der Regierung nicht den Vorwurf machen können, daß sie in dieser Zeit träge gewesen sei. Vielleicht wären auch manche Gesetzentwürfe rascher zuwege gekommen, wenn nicht durch die Unruhen draußen im Lande fortgesetzt die Zeit der Regierung über Gebühr in Anspruch genommen wäre. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Herr Vorredner hat weiter gemeint, die Mehrheitssozialisten, namentlich auch die aus ihren Reihen hervorgegangenen Regierungsmitglieder, hätten früher den Arbeitern den Streik zugebilligt, sie wollten sich jetzt gegen dieses Mittel stellen. Meine Damen und Herren! Wir leben jetzt in einer Ausnahmesituation furchtbarster Art, und da ist irgendein Analogieschluß auf frühere Zustände in keiner Weise statthaft. (Sehr richtig!) Was im Frieden, wo wir Güter in Hülle und Fülle hatten und von einem Nahrungsmittelmangel gar nicht die Rede

war, wo wir genügend Verkehrsmittel hatten, ein berechtigtes Kampfmittel sein konnte, kann es jetzt nicht sein in einer Zeit, wo unser Volk am Abgrunde steht, und wo die Gefahr, daß es in den Abgrund hineinstürzt, durch dieses Mittel noch so ungeheuer gesteigert wird. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das sollten Sie bedenken!) — Nein, das müssen Sie bedenken. Das Streikrecht — ich habe es gestern in einem Zwischenruf einem Ihrer Vertreter gesagt — hat seine Grenze da, wo das Lebensrecht des Volkes anfängt. (Sehr richtig!) In einer Situation, wo der Streik sich gegen das Leben der Gesamtheit wendet, muß auch jeder verständige Arbeiter, der noch mit der Gesamtheit fühlt, sagen: jetzt wäre es ein Verbrechen, wenn ich dieses Mittel anwendete. (Sehr richtig!) Und es liegt auf der Hand: wir konnten von neutralen Ländern manche Hilfe, manches Nahrungsmittel bekommen, wenn wir in der Lage gewesen wären, Kohlen dafür zu geben. (Lebhafte Zwischenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen! (Wiederholte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Herr Braß, ich habe eben gebeten, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Wollen Sie zur Ordnung gerufen sein?!

Dr. **David**, Reichsminister: Durch den Streik ist nicht nur die Förderung der Kohlen gehemmt, sondern auch der Abtransport der schon geförderten Kohlen auf das allerschwerste gehindert worden. (Sehr richtig!) Und so waren wir infolge des Streiks nicht in der Lage, Nahrungsmittel in das Land zu bringen, die wir hätten hineinbringen können, wenn nicht gestreikt worden wäre. (Erneute Zustimmung.)

Dann hat der Herr Vorredner gemeint, bei den Streiks wäre doch alle Arbeiter einig darüber gewesen, daß man streiken müsse. Das schlägt doch den Tatsachen direkt ins Gesicht. Im Ruhrgebiet ist festgestellt worden, daß ein großer und in gewissen Bezirken der weitaus **größte Teil der Arbeiter nicht streiken wollte**, daß sie nur durch Terrorismus und durch Gewalteingriffe zum Teil scheußlichster Art zur Niederlegung der Arbeit gezwungen worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von Berlin wissen wir das gleiche. Dort sind, nachdem der Streikbeschluß gefaßt worden war, in großen Betrieben Urabstimmungen der Arbeiter vorgenommen worden, und sie haben in vielen Betrieben eine überwältigende Mehrheit gegen den Streik gebracht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Kann also schon in diesem Sinne nicht die Rede davon sein, daß alle Arbeiter oder auch nur die große Mehrheit der Arbeiter bei diesen

Streiks hinter Ihnen gestanden hätten, so ist diese Behauptung hinfällig noch aus einer anderen Erwägung heraus. Zu den Arbeitern gehören nicht nur die Handarbeiter, zu den Arbeitern gehören auch alle die übrigen Arbeiter, die eine nützliche und notwendige Arbeit leisten. Dazu gehören die Beamten, von den unteren, mittleren bis zu den höheren hinauf; dazu gehören die Angestellten, dazu gehören die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, dazu gehören die Kleinbauern, dazu gehören alle Angehörigen der geistigen Berufsarbeiterschaft. Haben diese Arbeiter hinter Ihnen gestanden? Im Gegenteil! Sie haben gesehen, wie plötzlich nun auch diese zum Streik als Gegenmittel gegen den von Ihnen inszenierten Streik aufgetreten sind und den sogenannten **Bürgerstreik** erklärt haben. Diese Massen, die da gestreikt haben, sind doch keine Kapitalisten (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien), das sind doch alles Arbeiter. Wenn das alles Kapitalisten wären, dann sähe es schlimm aus. Das sind Arbeiter der verschiedensten Art, die sich dagegen wenden, daß ein Teil der Arbeiter in dieser Weise die Lebensbedingungen für die Gesamtheit in Frage stellt. (Erneute Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Der Herr Vorredner und seine Freunde tragen ein schwer gerütteltes Maß Mitschuld daran, daß es zu diesen furchtbaren Störungen unseres Wirtschaftslebens gekommen ist. (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien; — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und sie tragen mit Schuld daran, daß, nachdem diese vier furchtbaren Jahre des Kriegs nun überwunden waren, unser Volk innerlich nicht zum Frieden kommen kann (sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien; — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß die Zerstörung, daß das Blutvergießen (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien; große Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), ja daß die Greuel gegenseitigen Erwürgens fortdauern. (Andauernde Unruhe und Zurufe bei den Unabhäigen Sozialdemokraten.) Daß ist Ihre schwere Schuld (andauernde erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Gegenrufe bei den Sozialdemokraten), solange Sie dabei beharren (andauernde Unruhe), diese Dinge nicht Ihrerseits scharf zu bekämpfen. (Anhaltende erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Gegenrufe bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich möchte noch einmal bitten (Unruhe und Zurufe) die Unterbrechungen zu unterlassen. Damit ist der Sache nicht gedient. Und dann möchte ich darauf hinweisen: diese Debatten nützen nicht viel! Die Herren, die überzeugt werden sollen, werden —

befürchte ich — sich nicht überzeugen lassen (sehr richtig!), und von dem eigentlichen Stoff unserer heutigen Unterhaltung, von der Ernährungsfrage, kommen wir weiter und weiter ab.

Ich werde bei den übrigen Herren Rednern genau darauf sehen, daß nur von der heutigen Tagesordnung, von der Ernährung, gesprochen wird. Die endlosen Debatten hin und her führen auf beiden Seiten zu keinem Resultat.

Dr. **David**, Reichsminister: Ich ziehe die Schlußfolgerung auf unsere heutige Debatte. Ich nehme an: auch der Herr Vorredner hat die ernsthafte Absicht, alles zu tun, was uns aus der Ernährungsnot herausbringen kann, und wenn er diese Absicht hat — ich setze das bei ihm und seinen Freunden voraus —, dann muß er einsehen, daß er auch mit seinem ganzen Einfluß auf die Arbeiter einwirken muß, daß sie nun endlich zur Arbeit zurückkehren und damit in Stadt und Land die Produktion wieder in Gang bringen. Das ist das einzige Mittel, um uns aus der Not, namentlich aus der Ernährungsnot herauszubringen. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Eisenberger.

Eisenberger, Abgeordneter: Frauen und Männer! Ich werde der Ermahnung des Herrn Präsidenten folgen und meine Rede kurz fassen. Nur einige Worte möchte ich, weil heute soviel über den Bauernstand gesprochen worden ist, als kleiner Gebirgsbauer zu Euch sprechen. Auch ich bin der Meinung, daß wir bei dieser schwierigen Ernährungsfrage mit langen Reden nichts ausrichten können. Selbstverständlich bin ich als kleiner Bauer dafür, daß die Verordnung für die Selbstversorger wie bisher aufrecht erhalten bleibt. Es läßt sich ja sehr viel darüber reden, aber ich meine: es handelt sich hier um eine gerechte Forderung für die Selbstversorger.

Meine Damen und Herren! Es ist vom **Schleichhandel** gesprochen worden. Ich kann Ihnen sagen, hier wird viel gesündigt, und gerade das Publikum aus den besseren Ständen ist es, das auf dem Wege des Schleichhandels soviel vom Lande herausholt. (Hört! hört!) Ich meine: wenn man hier einmal das Postgeheimnis aufheben würde, bei Paketen über 5 Kilo, so würde man finden, daß in dieser Weise viel Lebensmittel verschickt werden, meistens falsche Deklarationen gemacht werden.

Dann ist heute von Kunstdünger gesprochen worden, von dem **Mangel an Kunstdünger**. Gewiß, es ist zu bedauern, daß wir nicht mehr Kunstdünger haben. Aber hier liegt sehr viel Schuld gerade bei den Großgrundbesitzern, die es verabsäumt haben, Stallmist zu

beschaffen. (Sehr richtig!) Wir kleinen und mittleren Bauern brauchen auch Kunstdünger, aber wir haben eine ganz andere Wirtschaft als die Herren Großgrundbesitzer — wenigstens in unserer Gegend —, die eine viehlose Wirtschaft getrieben und das Heu verkauft haben. (Lebhafte Zustimmung.) Hier sollte man den Hebel ansetzen. Dann könnte man mit Stallmist einigermaßen ausgleichen, wo es an Kunstdünger fehlt.

In dem Mündlichen Bericht des 6. Ausschusses für Volkswirtschaft heißt es:

> Es ist dafür Sorge zu tragen, daß in den staatlichen und kommunalen Forsten, in den Oedland- und Moorgebieten umfassende Kulturarbeiten durchgeführt werden.

Damit bin ich vollkommen einverstanden; aber ich meine, es wäre schon längst ein Gebot der Stunde gewesen, den Großgrundbesitzern und den Fideikommißbesitzern ans Herz zu legen, sie sollen nicht die besten Gründe, die der Volksernährung gedient haben, aufforsten, wie es leider Gottes während der Kriegszeit geschehen ist, sie sollen nicht den **besten Grund und Boden zum Jagdsport verwenden.** (Sehr richtig!) Hier ist sehr viel gesündigt worden, meine Damen und Herren, und da wäre auch der Hebel anzusetzen. Es ist zu bedauern, daß bei uns in Bayern während der Kriegszeit gerade der beste Grund und Boden von adligen Herren, von diesen Fideikommißbesitzern wieder in Jagdgründe verwandelt wurde. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Man hat von den Verordnungen gesprochen. Gewiß, es sind viel ungeschickte Verordnungen erlassen worden; aber darauf will ich heute nicht mehr zurückkommen. Es sind von unserer Regierung große Fehler gemacht worden. Ich erinnere nur an die verkehrte „Saupolitik", wie sie seinerzeit getrieben worden ist. (Große Heiterkeit.) Da sollte auch unsere Regierung an die Brust klopfen und nicht in der Unbußfertigkeit vorsätzlich verharren, wie es nach meinen Erfahrungen gemacht worden ist.

Ein Redner hat gesagt: es soll bei den Bauern an das Pflichtgefühl appelliert werden. Einverstanden! Aber ich meine: Man soll auch an das Pflichtgefühl der Großgrundbesitzer appellieren. (Sehr richtig!) Die Großgrundbesitzer sollen auch ihrer Pflicht nachkommen und ihren Patriotismus, den sie immer im Kriege so gerühmt haben, hier zeigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn man **Kontrollen** hinausschickt — auch darüber ist ja heute gesprochen worden —, dann möchte ich die Regierung ersuchen, doch Kontrollen hinauszuschicken, die etwas von der Landwirtschaft verstehen, und die die Verhältnisse richtig beurteilen können. Dann möchte ich der Regierung auch empfehlen, wenn man Gendarmen hinausschickt, **um die Bauern zu kontrollieren**, sollen sie doch nicht bei den adligen

Herren und Großgrundbesitzern vorbeigehen, wie das bisher in Bayern der Fall war. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf rechts: Alles in Bayern!) — Ja, in Bayern habe ich diese Erfahrung gemacht, meine Herren; es wird ja wahrscheinlich auch in Norddeutschland nicht besser gewesen sein. (Große Heiterkeit und Zurufe bei den Mehrheitsparteien: Viel schlimmer!) Ich glaube, daß es bei uns in Bayern vielleicht besser gewesen ist. Ich glaube, daß die Bezirksamtmänner in Bayern viel schneidiger aufgetreten sind als die Herren Landräte in Norddeutschland. (Sehr richtig!)

Dann ist von dem **Kohlenmangel** gesprochen worden. Darüber sind wir uns klar, darüber brauchen wir uns nicht länger zu unterhalten. Aber ich meine, in vielen Fällen könnte der Kohlenmangel dadurch ersetzt werden, daß die Herren Großwaldbesitzer, auch der Staat, mehr Brennholz abschlagen, dann könnte man den Kohlenmangel an Hausbrand sehr gut mildern. Aber daran wollen die Herren Großwaldbesitzer nicht herangehen; und wenn sie Holz schlagen, so muß es versteigert werden, damit es recht teuer wird und der arme Mann sich gar kein Holz kaufen kann. (Zustimmung links.)

Bezüglich der **Kartoffelfrage** möchte ich auch an die Regierung appellieren. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Kartoffeln von den Großgrundbesitzern nicht immer zurückgehalten werden, wie es bisher immer der Fall war. Die mittleren Bauern haben aus Patriotismus die Kartoffeln im Herbst im Interesse der Volksernährung abgegeben. Die Herren haben sie aber zurückgehalten, weil sie gewußt haben, daß die Kartoffeln im Frühjahr teurer werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier soll der Hebel angesetzt werden.

Auch die Druschprämie war meiner Anschauung nach ein großer Fehler. Auch hier soll der Hebel angesetzt werden, daß dieselbe nicht wiederholt wird.

Ich will auf die Ausführungen, die von dem Herrn Vorredner gemacht wurden, nicht mehr eingehen. Ich möchte mich kurz fassen, wie ich schon zu Anfang gesagt habe.

Über die Kommunalverbände ist gesprochen worden. Bei vielen Kommunalverbänden liegen große Fehler vor. Ich erinnere nur an die **Eier**. Der Betrag, um den der Zwischenhandel die Eier verteuert, ist mehr, als was die Landwirte für die Eier bekommen. (Sehr richtig! links.) Wenn der Bauer 15 oder 20 Pfennige für ein Ei bekommt und der Verbraucher soll es für 30 oder 40 Pfennige kaufen, dann ist das ein großer Krebsschaden. (Zurufe und Heiterkeit.)

Ich meine also zum Schluß, daß wir alle zusammen helfen müssen, und ich möchte auch an die Herren hier (zu den Sozialdemokraten) appellieren: auch die Arbeiter sollten zur Einsicht kommen (Beifall), damit wir alle miteinander aus

dem furchtbaren Trümmerhaufen herauskommen. (Sehr gut! rechts.) Es sind so viele Arbeiter in der Stadt, die die landwirtschaftliche Arbeit gelernt haben (sehr richtig!), und ich meine, wenn auch diese ihren Willen zeigen und aufs Land hinausgehen würden, so würde das ein großer Behelf in bezug auf unsere Volksernährung sein. (Sehr gut!) Ich möchte auch an die **Großgrundbesitzer**, an die Herren Junker, wie man sagt (Heiterkeit), appellieren: die Herren möchten auch ihr Pflichtgefühl erfüllen; sie könnten entschieden noch mehr leisten. Der Beweis ist erbracht worden, daß der mittlere und kleine Bauernstand im Kriege im Interesse der Volksernährung entschieden mehr geleistet hat als der Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Herren, mein Standpunkt ist der, wer sein Land nicht bebaut, der hat kein Recht, Land zu besitzen. (Sehr gut! links.) Ich will nicht über Sozialisierung sprechen; diese wird bei der Landwirtschaft im allgemeinen nicht so leicht durchzuführen sein, soweit ich das mit meinem schwachen Untertanenverstand begreifen kann. Aber der Großgrundbesitz, der bisher so wenig im Interesse der Volksernährung geleistet hat, muß aufgeteilt werden; darüber sind wir uns, glaube ich, einig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.)

Ich meine also: wir müssen alle zusammenstehen. Und wenn jeder sein möglichstes tut, der kleine Bauer und der Großgrundbesitz, und wenn auch die Arbeiter dazu beitragen, daß wir wieder Ruhe und Ordnung bekommen, dann können wir doch vielleicht über das furchtbare Elend und über die schwere Zeit hinwegkommen, in der wir jetzt leben. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Sollmann.

Sollmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die vorzügliche Rede, die der Herr Abgeordnete Eisenberger eben hier gehalten hat, war uns ein Beweis für die Tatsache, daß zwischen den Kleinbauern und der Sozialdemokratie viele Berührungspunkte bestehen. (Heiterkeit. — Zurufe von den Deutschen Demokraten.) — Jedenfalls mehr Berührungspunkte als zwischen Herrn Eisenberger und den Großgrundbesitzern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Deutschen Demokraten.) — Ich kann darauf nicht polemisierend eingehen.

Der Herr Abgeordnete Petersen hat meiner Meinung nach weniger eine Begründungsrede zur Interpellation gehalten als eine Lobpreisung auf die Anreizpolitik und den freien Handel, mit denen wir während des Krieges auf vielen Gebieten kläglich Schiffbruch gelitten haben. Herr Dr. Petersen ist ganz ausgeglitten, als er sich begeben wollte auf das soziale Gebiet und uns erzählte von den Arbeitern, die die Schleich-

handelswaren massenhaft kaufen. Es wäre mir lieber gewesen, wenn Herr Dr. Petersen hingewiesen hätte auf die Anfrage seines Parteifreundes Erkelenz, der uns mitteilte, daß in Düsseldorf die Kindersterblichkeit um 70 Prozent gegen das Vorjahr gestiegen ist. Was an Kindern an Unterernährung gestorben ist, das sind nicht Kinder der besitzenden Klassen, das sind Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten, des kleinen Mittelstandes, die unter der Kriegsnot zu leiden haben.

Mehrere der Herren Redner, namentlich Herr Dr. Semmler, hat uns das Wort gepredigt: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Aber mir scheint, daß auch in der Kriegswirtschaft die deutsche Landwirtschaft nicht von der **Nächstenliebe** getrieben worden ist. Ich habe viel Verständnis für den sittlichen Gehalt des Christentums und gestehe den Herren ganz offen zu, wenn alle in Deutschland handelten nach dem Grundsatz: Brich dem Hungrigen Dein Brot, dann brauchten wir keine Brotkarte, und wenn alle nach dem Grundsatz handelten, wenn Du zwei Röcke hast, gib dem einen, der keinen hat, hätten wir alle ohne Bezugschein genug anzuziehen. Da es nicht der Fall ist, möge man uns nicht mit solchen Predigten kommen, denn in Wirklichkeit sieht das Leben doch wesentlich anders aus.

Von einer **Aufgeregtheit gegen die Landwirtschaft**, wie sie Herr Dr. Semmler gefunden haben will, ist bei uns keine Rede. Ich glaube, aussprechen zu sollen, daß auch wir anerkennen müssen, daß die deutsche Landwirtschaft, namentlich die Kleinbauern und ihre Frauen und Kinder, während des Krieges eine gewaltige Arbeit geleistet haben. Aber wenn wir das anerkennen, so sollen wir auf der anderen Seite doch auch darauf hinweisen, daß die Landwirtschaft anders als andere Schichten während des Krieges in der Lage war, sich für ihre Arbeit zu entschädigen.

Ich kann dazu bei dieser vorgerückten Stunde nicht mit viel Material kommen, aber das eine darf ich den Herren doch sagen, wenn sie heute wieder — und namentlich auch in der Eingabe des Landwirtschaftsrats — für gewisse Produkte höhere Preise verlangen — auch der Herr Kollege Blum hatte ja für gewisse Produkte höhere Preise verlangt, für andere wieder Herabsetzungen —, so darf ich doch Herrn Kollegen Blum, der ja Rheinländer ist wie ich, auf folgendes hinweisen: Mit den **Forderungen nach erhöhten Preisen** sieht es eigentümlich aus, wenn man weiß, daß bei uns im Rheinland die Bauern Land über Land kaufen aus Kapitalien, die sie aufgespeichert haben, und zwar zu Preisen, die geradezu ins Ungeheuerliche gewachsen sind. Der Herr Kollege Blum wird wissen, daß bei uns im Rheinland der Morgen Land, der früher 600 bis 700 Mark kostete, in vielen Fällen mit 2600 bis nahezu 3000 Mark bezahlt wird. Wenn nicht große Kriegsgewinne vorlägen, würden nicht derartige Preise bezahlt werden können. Wer wie ich

als Stadtverordneter in die Lage kommt, mit zu bestimmen bei der Vergebung landwirtschaftlicher Güter, der weiß, daß man von Interessenten bestürmt wird wie nie zuvor. Auch die hohen Pachtpreise könnten nicht bezahlt werden, wenn nicht entsprechend an den landwirtschaftlichen Gütern verdient würde. Meine Damen und Herren! Wir müssen Sie warnen vor weiteren Preiserhöhungen für Lebensmittel. Wer soll denn diese hohen Preise zahlen?

Es ist von der Höhe der **Unterstützung der Arbeitslosen** gesprochen worden. Sie sind in einem Irrtum, wenn Sie glauben, daß die Unterstützung der Arbeitslosen auch in den Städten, wo sie hoch ist, hinreichte, um die Arbeitslosen ausreichend zu ernähren. Das trifft nicht zu. Die Arbeitslosen können in vielen Fällen für die Unterstützung noch nicht einmal die rationierten Lebensmittel kaufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer soll also die höheren Lebensmittelpreise zahlen? Es wird die Erwerbslosenunterstützung erhöht werden müssen, es werden die Bezüge der Kriegsbeschädigten erhöht werden müssen, und neue Teuerungszulagen werden kommen müssen. Was die Landwirtschaft mehr fordert, wird zuletzt doch wieder von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

Zum Thema **Zwangswirtschaft oder freier Handel** ist ja heute ebenfalls schon ziemlich viel geredet worden. Ich möchte die Herren von der Deutschen Demokratischen Partei, die vorhin so lebhaft gerufen haben, daß sie stets Gegner der Zwangswirtschaft gewesen sind, doch darauf aufmerksam machen, daß im Regierungsprogramm, das auch ihre Parteifreunde gebilligt haben, die Zwangswirtschaft auf weiten Gebieten noch aufrecht erhalten ist. Auch dort ist von Rationierung und von Höchstpreisen einstweilen noch die Rede.

Wo wir hinkommen, wenn der Zwang gelockert wird, das bitte ich namentlich die Herren aus dem Rheinland — und mein verehrter Vorredner, Herr Blum, gehört ja dazu — bedenken zu wollen, wenn ich sie auf Berichte hinweise, die in der „Kölnischen Volkszeitung" gestanden haben, die wahrhaftig nicht im Verdacht der Landwirtschaftfeindlichkeit steht. Sie berichtet in ihren Nummern 104 und 135 über gewisse Gemeinden, unter anderem, daß in einer Gemeinde von 1100 Kühen in einer gewissen Zeit ganze 30 Liter Milch abgeliefert sind (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), daß in einer Gemeinde mit 400 Milchkühen kein einziges Pfund Butter abgeliefert ist. Meine Damen und Herren! Wenn man über die Streiklust der Spartakiden redet, muß man beinahe annehmen, daß diese rheinischen Kühe ebenfalls von der Streiklust der Spartakiden ergriffen worden sind. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß der Herr **Reichsminister Schmidt abgelehnt hat, die Zwangswirtschaft bei den Eiern**

aufzuheben. Gewiß haben wir nicht so viel Hühnereier gesehen, wie wir gern gesehen und geschmeckt hätten. Aber Tatsache bleibt doch, daß durch die Zwangsbewirtschaftung der Eier in unseren Großstädten und Industriestädten auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 26 Eier haben verteilt werden können. Wer glaubt von Ihnen, daß unsere arbeitende Bevölkerung zu den Preisen wie heute auch nur ein einziges Ei noch sieht, wenn die freie Wirtschaft für die Eier eingeführt wird? Dann wird dieses hochwertige Nahrungsmittel ganz in die Hände der besitzenden Klasse kommen, und unsere Kranken werden das Nachsehen haben.

Wir können in der Situation, in der wir heute stehen, unter keinen Umständen Experimente zugeben, und ich fürchte — ich spreche das offen aus —, die Reichsregierung ist mit den Experimenten, die sie uns angekündigt hat, vielleicht schon zu weit gegangen. Ich glaube, die Befürchtung, die auch der Herr Reichsminister Schmidt geäußert hat, wird eintreten: der freie Handel und die freie Wirtschaft werden so versagen, daß doch wieder zu Zwangsmaßnahmen gegriffen werden muß.

Über diese Zwangsmaßnahmen beklagen sich die Landwirte, über diese Zwangsmaßnahmen beklagt sich vor allen Dingen eine Eingabe, die der Landwirtschaftsrat an die Nationalversammlung gerichtet hat. Es wird dort von dem **Raubbau** geredet, der in **unserer Viehwirtschaft** getrieben worden ist. Dieser Raubbau — ich glaube, das können auch die Herren von der Landwirtschaft nicht bestreiten — ist doch weniger durch die behördlichen Eingriffe betrieben worden, er ist vielmehr durch die Geheimschlachtungen getrieben worden, die von den Landwirten selbst vorgenommen worden sind. Durch die behördlichen Eingriffe allein hätten wir eine derartige Dezimierung unserer Viehwirtschaft nicht erreichen können.

Es ist bedauerlich, wenn die Landwirtschaft zum Teil — man kann nicht „die Landwirtschaft" sagen —, wenn gewisse Kreise der **Landwirtschaft** mit einer offenen **Auflehnung gegen die Zwangswirtschaft** drohen. Ich will auch hier anregeln, daß in der Eingabe des Landwirtschaftsrats an das Haus der Satz steht, daß, wenn die Zwangswirtschaft nicht schleunigst aufgehoben wird, zu befürchten steht, daß in der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich ein offener Widerstand gegen die gesetzlichen Maßnahmen geltend macht, wie das auch schon aus einigen Gegenden gemeldet worden ist. Ja, meine Herren, wo sollen wir hinkommen, wenn jeder Stand und jede Bevölkerungsschicht, der irgend ein Gesetz nicht paßt, uns mit dem offenen Widerstand droht? Dann ist es überhaupt doch zwecklos, Beschlüsse zu fassen. Jedenfalls haben diejenigen Kreise, die derartige Drohungen ausstoßen, keinen Grund, sich zu entrüsten über das, was in den Großstädten jetzt an Gewalttaten geschieht.

Aber eins darf ich trotz der Mahnung des Präsidenten doch wohl

auch an die Adresse des Herrn Abgeordneten Wurm sagen: wenn wir verlangen, daß die Landwirtschaft produziert, wenn wir verlangen, daß die Landwirtschaft abliefert, was sie produziert, dann dürfen wir der Landwirtschaft ihre Arbeit nicht erschweren.

Den Damen und Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratie glaube ich sagen zu müssen: der Bauer begreift nicht, weshalb er von früh bis abends mit Weib und Kind schwer arbeiten soll als seine nationale Pflicht, wenn er Tag für Tag liest, daß Hunderttausende städtische Arbeiter um politischer Ursachen willen in dieser Zeit streiken wollen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Der Bauer begreift nicht, weshalb es ihm an Druschkohle fehlt, wenn die Bergleute, die Kohlen fördern sollen und die hungern, die Produktion verweigern. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Der Bauer begreift nicht, daß dieselben Städter, die Hunger über Hunger rufen, den Verkehr lahmlegen und die Schienen aufreißen, um auf diese Weise Lebensmittel von den Städten fernzuhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.) Ich will auf die Kontroverse des Herrn Ministers David mit den Unabhängigen nicht weiter eingehen, ich will nur das eine sagen: niemand von uns — ich möchte nicht, daß das demagogisch draußen ausgeschlachtet wird — denkt daran, das Streikrecht zu verkümmern; aber wir alle, die wir auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sollen uns doch das eine sagen: die Fackel des Klassenkampfes muß von sehenden, vernünftigen Menschen, nicht von ewig blinden und nicht von wahnsinnigen, wie Herr Wurm sagte, getragen werden, sonst wirkt sie nicht als Erleuchtung, sondern als Brandstiftung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Massen, die jetzt streiken, führen keinen Klassenkampf, sondern wüten gegen sich selbst, gegen ihre eigenen Frauen und Kinder. Streikrecht, gewiß; aber auch wohl Streikrecht für alle anderen Klassen. Was würden Sie dazu sagen — und die Gefahr liegt doch tatsächlich vor —, wenn es geschähe, daß diese Bürgerstreiks, die jetzt schon zur Abwehr gegen Spartakus organisiert worden sind, auch auf die landwirtschaftlichen Unternehmungen übergreifen würden! (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Redner, Sie schweifen etwas von dem direkten Zusammenhang mit dem Thema ab. Ich muß jetzt darauf sehen, daß Sie sich streng an das Thema halten.

Sollmann, Abgeordneter: — Ich bin schon wieder beim Thema. — Wo kämen wir hin, wenn die Landwirtschaft — und das gehört zur Ernährungsfrage — jetzt verweigern wollte, ihre Frühjahrsbestellung vorzunehmen! Dann würden wir allesamt in den Städten noch rascher

dem Hungertod entgegeneilen, als wir ihm vielleicht so entgegeneilen müssen. Aber anderseits müssen wir auch den Bauern sagen, daß es keinen Zweck hat, wie es Herr Blum leider getan hat, Spartakus mit dem Dreschflegel kurieren zu wollen. Die Bewegung, die wir in Deutschland jetzt erleben, kann und muß gewiß in ihren Ausschreitungen niedergehalten werde. Aber das deutsche Volk kann nicht mit blauen Bohnen, sondern muß mit Eiweiß und mit Fett wieder gesund gemacht werden. Da muß es doch die Pflicht für die Herren von der Landwirtschaft sein, dafür zu sorgen, daß das geschieht. Was wir in Deutschland heute erleben, ist eine Hungerkrankheit und gar nichts anderes. Viele von den Leuten, die jetzt nicht arbeiten, bringen infolge Nahrungsmangels gar nicht mehr die Energie auf, um die Arbeit zu leisten, die ihnen zugemutet werden müßte. Mit gesättigtem Magen ist sehr leicht reden über die Unruhen, die jetzt in unseren Städten ausbrechen. Ich bitte Sie aber, meine Damen und Herren, namentlich diejenigen, die nicht zum Proletariat gehören, einmal in irgend einer Nacht, namentlich am Ende der Woche, in unser Industriegebiet zu fahren und dort zu sehen, wie Tausende und aber Tausende von Arbeiterfrauen und Kindern — weniger von Männern — Tag und Nacht unterwegs sind und Hunderte von Kilometern weit bis nach Oberhessen, Ostfriesland und Oldenburg fahren, nur um 50 oder 100 Pfund Kartoffeln auf diese Weise nach Hause zu schleppen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man diesen Frauen und Kindern und auch den Männern in die abgemagerten Gesichter blickt und ihnen in die stieren Augen sieht, wenn der Hunger einen angrinst, dann ist das eine Anklage gegen uns alle und gegen die ganze Gesellschaft, und wir müssen alle zusammenstehen, um diesen Feind, den Hunger, niederzuwerfen und dafür zu sorgen, daß der Hunger besiegt wird durch das einzige Mittel, das ihn besiegen kann, durch die Nahrung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Die Rationierung der Redezeit zwingt mich, einige sehr wichtige Probleme, wie namentlich auch die Frage der **Verpflanzung der Arbeiter auf das Land**, nur ganz flüchtig zu behandeln. Es ist leicht, davon zu reden, daß Landarbeit geleistet werden solle, — wenn man selber nicht in die Lage kommt, Landarbeit leisten zu müssen. Es ist leicht, zu sagen, wir müßten die Arbeitslosen aufs Land bringen, und ich freue mich auch, daß durch den vorliegenden Antrag, wenn auch die Bedenken des Herrn Abgeordneten Wurm nicht ganz leicht wiegen, wenigstens die Anfänge einer Organisation geschaffen sind. Aber auch da muß ich den Herren von der Rechten sagen: Sie brauchen sich wahrhaftig nicht zu wundern, wenn die Arbeiter keine Lust haben, aufs Land zu gehen; denn die Herren von der Rechten, namentlich die Großagrarier und die früheren Konservativen, haben jahrzehntelang auf die

Entrechtung der Landarbeiter hingewirkt, und die Arbeiter in den Städten glauben heute nicht daran, daß sie auf dem Lande die gleichen Rechte bekommen sollen. Das muß erst durch die Tat bewiesen werden; dann, bin ich überzeugt, wird auch der Zustrom nach dem Lande stärker werden. Er muß auch stärker werden, denn wir brauchen ja die Arbeiter nicht nur jetzt auf dem Lande, sondern auch noch auf lange Zeit hinaus.

Ein kurzes Wort muß ich einschalten zur Frage des Zuckers. Wir lesen in Zeitungsmeldungen — und vielleicht kann trotz der vorgerückten Stunde der Herr Minister Schmidt noch ein Wort dazu sagen —, daß die Zuckerration wieder herabgesetzt werden soll. Wir würden das sehr bedauern. Wir in den Städten werden noch immer durch die Berliner Zentralstelle gezwungen, Zucker an die Konditoreien und Wirtschaften abzugeben. Wir sind der Auffassung, daß ein Volk, das vor der Gefahr des Hungertodes steht, nicht das Recht hat, seine Schaufenster mit Kuchen zu füllen. Wenn der Zucker so knapp ist, dann sollten wir ihn an unsere Kinder verteilen; wir werden dann im Interesse unserer Kinder auf den Kuchen, der doch von geringer Qualität ist, verzichten. Jedenfalls ist es mir schleierhaft, wie man in dieser Situation die Freigabe des Zuckerhandelns fordern kann, wie das in einer Anfrage im Hause verlangt wird. Die Freigabe des Zuckerhandels würde nur bedeuten, daß eine riesige Hamsterei in diesem begehrten Nahrungsmittel eintritt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Semmler hat uns wundervolle Theorien vorgetragen und uns glauben machen wollen, daß wir uns in kurzer Zeit durch unsere eigene landwirtschaftliche Erzeugung ernähren könnten. (Zuruf rechts: Praxis!) Ja, verehrter Herr Kollege, Sie sagen „Praxis". Aber diese Praxis ist doch höchstens auf Ihren Gütern eingeführt, die meinetwegen Mustergüter sein mögen. Aber so viel kenne ich auch von der Landwirtschaft, daß es noch sehr lange dauern wird, bis auch nur ein erheblicher Teil unserer Landwirte wird mustergültig wirtschaften können (sehr richtig! links), und so lange das nicht der Fall ist, so lange bleibt das Theorie, und so lange sind wir auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen.

Ich will in dieser vorgerückten Stunde die Zahlen nicht nennen, die wir vor dem Kriege an Lebensmitteln und Futtermitteln eingeführt haben. Ich habe den Wunsch, wie wir alle, daß unsere Ernährung vom Auslande unabhängig wird, aber ich kann mich einstweilen nicht zu dem Glauben durchringen, daß dies bald möglich sein wird.

Meine Damen und Herren! Wir sind uns wohl alle darüber klar, daß wir über den gegenwärtigen Notstand bis zur nächsten Ernte nur hinüber kommen können durch Einfuhr und Hilfsmittel von der Entente. So gut Sie produzieren und helfen mögen, Sie können das

Defizit jetzt nicht decken, das uns bis zur nächsten Ernte fehlt. Meine Damen und Herren! Wenn wir von diesem Ruf an die Entente sprechen, so muß ich doch mein Bedauern darüber ausdrücken, mit welcher verhängnisvollen Schönfärberei bis kurz vor dem Zusammenbruch vom alten Regime unsere Ernährungslage geschildert wurde. (Sehr richtig! links.) Es hält außerordentlich schwer — und daran tragen diese Schilderungen schuld —, im Ausland den Glauben zu zerstören, daß Deutschland noch nicht so Hunger leide, wie es tatsächlich der Fall ist. Ich weise nur auf das hin, was noch am 6. Juli 1918, also drei Monate vor dem Zusammenbruch, der damalige Staatssekretär v. Waldow über die Ernährungslage Deutschlands von sich gegeben hat. Er sagte damals:

> Wenn wir, wie wir hoffen dürfen, in diesem Jahre eine mittlere Ernte erzielen, werden wir durch unsere eigene Produktion sowie unter Zubilfenahme der uns zur Verfügung stehenden Quellen aus den östlichen Gebieten sowie vermöge der besseren Organisation in der Ernährung erheblich besser dastehen als unsere Feinde. Die Feinde werden sich wohl endgültig davon überzeugen müssen, daß der Aushungerungsplan ebenso zuschanden geworden ist wie der Vernichtungsplan.

(Hört! hört!) Wir wissen ja, was inzwischen zuschanden geworden ist.

Meine Damen und Herren! Ich muß in diesem Zusammenhang ein Wort sagen als Abgeordneter aus den **besetzten Gebieten.** Wir sehen in den besetzten Gebieten tagtäglich, daß die Entente uns sehr wohl helfen kann, wenn sie nur helfen will. Die englischen und die amerikanischen Soldaten vertilgen an einem Tage mehr Fett und Fleisch, als uns in einem Monat zusteht. (Hört! hört!) Trotzdem haben die Besatzungsgenerale die Abgabe von Nahrungsmitteln seitens der fremden Soldaten an die Bevölkerung unter schwerste Strafe gestellt. (Hört! hört!) Wer von den fremden Soldaten Lebensmittel kauft, wird mit Tausenden Mark Geldstrafe, unter Umständen mit schwerer Gefängnisstrafe belegt. Ich sage das deshalb, um zu zeigen, daß die Erzählungen, die vielfach im Lande verbreitet sind, es sei bei uns im Westen durch die Besetzung die Rationierung und das Höchstpreissystem aufgehoben, ein Irrtum sind. Wir verlangen auch im Westen, daß das deutsche Volk und die deutsche Regierung uns nicht im Stiche lassen. Wir wollen auch weiterhin von unserm deutschen Vaterlande beliefert werden. Wir rheinischen Sozialdemokraten fühlen uns mit dem deutschen Freistaate eng verbunden. Wenn ich ein Wort über die Zustände bei uns gesagt habe, tat ich es nicht, um Wohltaten für uns allein von der Entente zu erbetteln. Wir wollen nicht für uns, für die besetzten Gebiete Lebensmittel, wir wollen Lebensmittel für das ganze deutsche Volk. Wir rheinischen Sozialdemokraten wollen lieber mit den deutschen Arbeitern hungern, als schlemmen mit den französischen Bourgeois. (Bravo!) Wie wir auch im Rheinland

durch Parteien geschieden sein mögen, gegen die Bestrebungen, die uns von Deutschland losreißen wollen, bilden alle Parteien im Rheinland eine geschlossene Front. (Bravo!)

Ich freue mich, daß der Abgeordnete Wurm einen so lebendigen **Appell** an unsere **ausländischen Sozialisten** gerichtet hat. Hoffentlich hat der Appell gerade von dieser Seite aus Erfolg. Bisher allerdings — das muß ich, meine verehrten Herren Unabhängigen, sagen —, haben sich auch in der Ernährungsfrage alle Hoffnungen auf die Hilfe der ausländischen Sozialisten als eine Illusion erwiesen. (Sehr richtig! links und rechts.) Gewiß, die Genossen im Auslande mögen uns mancherlei Sünden vorwerfen — zu Recht oder Unrecht, will ich nicht untersuchen —, die während des Krieges begangen sein sollen. Damals aber stand doch unser Land im Kampfe mit den Gegnern; jetzt aber knien die größten Weltmächte auf einem wehrlosen Volk. Wenn man ein wehrloses, geschlagenes Volk auch noch dem Hungertode ausliefern will, dann kann man wohl das Wort „Barbarei" gebrauchen, das so oft während des Krieges uns an den Kopf geworfen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß vor allen Dingen auch unseren ausländischen Freunden gesagt werden, daß unter dem Hunger doch nicht diejenigen Schichten leiden, die den Krieg hervorgerufen haben (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die für den unbeschränkten U-Boot-Krieg, für Annexionen eingetreten sind. Ach, meine Damen und Herren, diese Schichten sind alle versorgt und werden niemals den Hungertod sterben, auch wenn Zehntausende unseres Volkes dahinsiechen. Was unter der Blockade zu leiden hat, sind gerade diejenigen Schichten, die während des ganzen Krieges diese verkehrte Politik bekämpft haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir nun aber — und damit komme ich zum Schluß — die **Einfuhr**, die wir doch einmal bekommen müssen, **aus dem Auslande** erhalten werden, so habe ich den Wunsch an die Reichsregierung — und ich bin überzeugt, daß ich mich da nicht an taube Ohren wende —, daß diese Einfuhr weder dem freien, noch dem Schleichhandel ausgeliefert wird. Die kostbaren Lebensmittel, die wir bekommen, müssen unter behördlicher Kontrolle unter Mitwirkung der Berufsorganisationen an die Bevölkerung verteilt werden. Wir haben noch sehr viel Drohnen in Deutschland, die sehr viel besser leben als die Arbeitsbienen, und es muß dafür gesorgt werden, daß in jene Schichten von diesen Lebensmitteln, die aus dem Ausland kommen, nichts hineingelangt. Es muß dann aber vor allen Dingen auch dafür gesorgt werden, daß gerade diejenigen Arbeiterschichten, auf deren Arbeit wir am meisten angewiesen sind — das haben auch Sie heute anerkannt —, zunächst versorgt werden; ich meine da die Arbeiter in den Bergwerken, im Verkehr, im Lokomotiv-

bau, in Maschinenfabriken usw. (Zuruf: Auch die kleinen Beamten!) Wenn Sie diese Leute genügend sättigen, werden Sie es erleben, daß dann alle die Agitation, über die Sie sich jetzt so aufregen, nicht mehr den Nährboden finden wird, den sie heute hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind uns alle darüber einig, daß die Ernährungsfrage eng mit dem Problem der Arbeit verbunden ist; auch Herr Wurm hat darauf hingewiesen. Ich glaube deshalb mit dem Satze schließen zu dürfen: wir brauchen angespannte Arbeit in Wechselwirkung, sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie. Wir brauchen Arbeit für die Exportware, mit der die Einfuhr an Lebensmitteln bezahlt werden muß. Unser ganzes Volk muß die volle Wucht der Tatsache begreifen: nur die Arbeit kann den Hunger aus den deutschen Landen verjagen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dusche.

Dusche, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Interpellation über die Sicherung der nächsten Ernte, die ich namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei zu vertreten habe, ist geboren aus der Not der Zeit, aus der bangen Sorge um die Ernährung unseres deutschen Volkes. Da hat es mich als Landwirt und als Hofbesitzer besonders gefreut, daß der Herr Abgeordnete Blum so warme Worte der Anerkennung für die Tüchtigkeit des deutschen Bauernstandes gefunden hat. Von der Anerkennung dieser Tüchtigkeit war allerdings in der Rede des Abgeordneten Wurm nichts zu verspüren. Wenn dieser die Frage aufstellte, wie es komme, daß die **Vertrauensmänner,** die in letzter Zeit in den Dörfern gewählt wurden, um die **Abgabe der Lebensmittel** und der landwirtschaftlichen Produkte zu **kontrollieren,** so oft versagt haben, und wenn schon vorher auch der Herr Minister darauf aufmerksam machte, daß die Tätigkeit dieser Vertrauenspersonen in den meisten Fällen keine ersprießliche sei, so glaube ich, das kommt daher, daß man diese Vertrauensmänner nicht, wie wir es wollten, bereits im Jahre 1915, sondern zu spät gewählt hat. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Ich wohne in einem Kreise, in dem auf Veranlassung des Landrats und auch auf unseren Wunsch bereits im Jahre 1915 landwirtschaftliche Vertrauensmänner gewählt sind, die die Abgabe der landwirtschaftlichen Produkte überwacht haben, und diese Einrichtung hat sich in meinem Kreise bis auf den heutigen Tag außerordentlich bewährt.

Wenn der Herr Abgeordnete Wurm allerdings meint, das Versagen der Vertrauenspersonen käme daher, daß diese Vertrauenspersonen infolge der früheren Feudalherrschaft nicht in der Lage seien, ordentlich zu wirken, dann möchte ich ihn doch darauf aufmerksam

machen, daß ich wenigstens in meiner engeren Heimat — ich wohne in einer Bauernprovinz, in der Provinz Hannover — von einer Feudalherrschaft nichts verspürt habe. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Wurm auch fragen, ob er vielleicht glaubt, daß es besser wäre, wenn man diese Vertrauensleute von den spartakistischen Lehrern hätte ausbilden lassen, ob er glaubt, daß sie dann tüchtiger gewesen wären, dieses Amt als Vertrauensleute auszuüben. (Sehr gut!)

Der Herr Abgeordnete Wurm hat ferner gesagt, die Landwirtschaft wäre krank, und er wollte mithelfen, damit sie wieder gesunde. Soweit ich das beurteilen kann — und ich habe Gelegenheit gehabt, die Landwirtschaft in ganz Deutschland zu sehen —, habe ich nicht gefunden, daß die Landwirtschaft krank ist, sondern ich glaube, sie ist trotz alledem, was sie hat über sich ergehen lassen müssen, sehr gesund, und wenn sie krank wäre, dann möchte ich mir doch das Rezept, das der Herr Abgeordnete Wurm ihr verschreiben würde, aufs allerenergischste für die deutsche Landwirtschaft verbitten. (Sehr gut! rechts.)

Wenn der Herr Abgeordnete Sollmann im Eingang seiner Rede meinte, viele Kleinbauern — das hätte die Rede des Abgeordneten Eisenberger bewiesen — ständen der Sozialdemokratie sehr nahe, so glaube ich doch, daß der Herr Abgeordnete sich darin im Irrtum befindet. Es mag ja der eine oder andere der Kleinbauern, verärgert über manche verfehlten Einrichtungen und Anordnungen, bei der letzten Wahl mal sozialdemokratisch gewählt haben. Die Zeit aber, sehen die nächste Wahl wird zeigen (sehr richtig! rechts; na! na! bei den Sozialdemokraten), daß im allgemeinen unsere Kleinbauern doch zu klug dazu sind, um sozialdemokratisch zu wählen.

Meine Damen und Herren! Die deutsche Landwirtschaft im allgemeinen und nicht zum wenigsten, nein, zum überwiegenden Teile der **deutsche Bauernstand hat während des Krieges** unter den allerschwierigsten Verhältnissen gearbeitet. Trotz dieser schwierigen Verhältnisse, wo keine Arbeiter da waren, kein Kunstdünger, wo die Maschinen und die einfachsten Geräte nicht repariert werden konnten, weil kein Schmied und kein Stellmacher im Dorfe war, und wo so viele Anordnungen von seiten der Regierung kamen, daß nicht nur der Landwirt, der einfache Mann aus dem Volke, sondern auch der Richter sich nicht mehr durchfinden konnte — ich sage: trotz aller dieser Schwierigkeiten hat er sich bemüht, unser deutsches Volk zu ernähren, und hat — Ausnahmen bestätigen die Regel! — im allgemeinen an Nahrungsmitteln abgeliefert, was er abliefern konnte. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Da Sie, meine Herren auf der linken Seite dieses Hauses, hieran Zweifel zu hegen scheinen, möchte ich

doch darauf aufmerksam machen, daß am vorgestrigen Tage, irre ich nicht, der Herr Abgeordnete Hugenberg es war, der in einer persönlichen Bemerkung die Anfrage an das hohe Haus und auch an die Herren vom Regierungstische richtete, ob einer da sei, der sich frei von Schuld und Fehle erklären könne in bezug auf die Kriegswirtschaft, und ich habe nicht gehört, daß Herr Abgeordneter Hugenberg eine mündliche oder schriftliche Antwort bekommen hätte. Es müssen also wohl alle, die hier sind, auch die Herren vom Regierungstisch, sich als schuldig bekennen in bezug auf die Übertretung irgendeiner Anordnung der Kriegswirtschaft. Und da wir hier im hohen Hause — „leider" kann ich vielleicht sagen — als Abgeordnete nur 35 Landwirte haben, und da unter den Herren von der Regierung, soviel ich weiß, wohl kaum ein einziger ist, der über Ar und Halm verfügt, so sind in unserem Kreise sehr viele Sünder, die nicht Landwirte sind, und es geht also auch hier nach dem Spruche, daß gesündigt wird intra muros et extra.

Die **Landwirtschaft** hat getan, was sie tun konnte, und hat geliefert, was sie liefern konnte, und sie hat auch im allgemeinen nicht so **übermäßige Gewinne** erzielt, wie von mancher Seite behauptet wird. Wenn dieser oder jener Landwirt gegenwärtig einige tausend Mark oder noch mehr auf die hohe Kante legen konnte, so muß man berücksichtigen, daß das ganze Inventar in allen landwirtschaftlichen Betrieben vom größten Gut bis zum kleinsten Bauernhof jetzt bedeutend weniger wert ist als zu Beginn des Krieges. Es gibt fast keine heilen Geräte mehr. Außerdem ist der Viehbestand meistens auf die Hälfte reduziert, Pferde sind nicht mehr genügend da, und was so ein Pferd kostet, das hat meine Frau mir jetzt erst vor einer halben Stunde mitgeteilt; sie hat ein Pferd gekauft für 7000 Mark, an dem, wie sie mir eben auch telephonisch sagte, trotzdem noch etwas auszusetzen ist. Wenn wir also auf unseren Höfen alles wieder angeschafft haben, was wir anschaffen müssen, um unser Inventar in den Stand zu setzen, in dem es bei Kriegsbeginn war, dann wird der Überschuß, der jetzt in der Sparkasse liegt oder, wie es die meisten Bauern aus patriotischem Pflichtgefühl getan haben, in Kriegsanleihe angelegt ist, zusammenschmelzen wie der Schnee an der Märzsonne. Auch der Boden ist ausgepowert auf eine Reihe von Jahren, und der Besitzer wird alles aufbieten müssen, um ihn wieder kulturfähig zu machen, wie er es bei Kriegsbeginn war, wo wir in unserer Landwirtschaft die intensivste Wirtschaft hatten von allen Ländern der Erde. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Der Krieg ist zu Ende oder er ist leider noch nicht zu Ende, weil wir noch keinen Frieden, sondern erst einen Waffenstillstand haben. Wir glaubten, da würde es besser werden, es ist aber nicht besser geworden. Ich will hier keine Wiederholungen machen, da es, wie wir vorhin aus einem anderen Munde gehört haben, nicht Sitte in diesem Hause ist, dasselbe zu sagen, was bereits vorher

gesagt worden ist. Aber ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß mir alle Vermittler von Arbeitsstellen, mit denen ich Gelegenheit hatte zu sprechen, bestätigt haben, daß es so gut wie unmöglich ist, auch nur einen einzigen Arbeiter aufs Land hinaus zu bekommen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist eine charakteristische Eigentümlichkeit, daß, während in Berlin viele Tausende Arbeitslose auf der Straße herumstehen — ich habe mich noch vor einigen Tagen selber davon überzeugt —, es so gut wie unmöglich ist, auf dem Lande auch nur eine beschränkte Anzahl von Arbeitern zu bekommen. Wir haben in meiner engeren Gegend vor kurzer Zeit die russischen Kriegsgefangenen, die noch im Sammellager waren, wieder zurückholen müssen, damit nur jetzt im Winter die nötigsten Arbeiten gemacht werden könnten. Wie es im Sommer werden soll, wenn nicht andere Verhältnisse eintreten, ist mir unerklärlich. Ich habe mich gefreut, daß der Herr Abgeordnete Schiele vorhin den Antrag der Wirtschaftskommission erläutert hat. Ich will dem nichts hinzufügen. Ich habe die Ehre gehabt, als Mitglied der Wirtschaftskommission an der Fertigstellung dieses Berichts mitzuarbeiten, und bitte gleichfalls, wie der Herr Abgeordnete Schiele, den Antrag anzunehmen, weil wir dadurch bessere Arbeitsverhältnisse auf dem Lande schaffen können.

Vor allen Dingen hatten wir auch gehofft, daß wir jetzt endlich wieder genügend **Kunstdünger** bekämen. Wir sind ja in der glücklichen Lage in bezug auf den Kunstdünger, die wichtigsten Arten: Kali, Phosphorsäure und Stickstoff — letzteren erst seit einigen Jahren — Gott sei Dank hervorzubringen. Aber vor allen Dingen haben es die ewigen Streiks verursacht, daß wir so viel weniger Kunstdünger herstellen konnten, und der Herr Reichsminister Schmidt hat uns auseinandergesetzt, wie es durch einen einzigen Streik gekommen ist, daß soviel Ammoniak und Stickstoff weniger hergestellt werden konnte, daß das Ammoniak, was weniger hergestellt worden ist, viele Tausend Tonnen Brotgetreide hätte erzeugen können.

In bezug auf die Ernährung und die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft bin ich anderer Ansicht als einige der Herren Vorredner. Ich stimme in dieser Beziehung dem Herrn Abgeordneten Dr. Semmler von der Deutschnationalen Partei zu, dessen Ausführungen ich als Landwirt im allgemeinen nur bestätigen kann, auch in der Beziehung, daß er sagte: wenn wir nur den nötigen Dünger und vor allen Dingen den nötigen Stickstoff haben, werden wir in Deutschland in einer Reihe von Jahren den Boden wieder auf die Höhe zu bringen in der Lage sein, auf der er sich vor dem Kriege befand, um so unser Volk wieder besser ernähren zu können. Aber alles hängt davon ab, daß wir Arbeiter haben und den nötigen Kunstdünger bekommen.

Wir bedauern diese Streiks unendlich, und wir verlangen unter

allen Umständen den Streikenden gegenüber: Gewalt gegen Gewalt! Wir verlangen und bitten darum, daß die Noske-Garden, wie sie vor einigen Tagen von anderer Seite genannt wurden, rücksichtslos in Anwendung gebracht werden. Während ich sonst mit dem von mir hochverehrten Fraktionskollegen Dr. Kahl in jeder Beziehung übereinstimme, bin ich doch in bezug auf den Herrn Reichswehrminister Noske einer etwas anderen Anschauung als Herr Dr. Kahl. Der Herr Wehrminister Noske ist von Herrn Dr. Kahl sehr gelobt worden. Ich will Herrn Noske nicht tadeln, aber mir ist er noch nicht energisch genug. (Lachen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich bitte Herrn Noske, sich nicht von seinen Herrn Ministerkollegen zurückhalten zu lassen. Ich weiß nicht, ob die Herren das tun, aber sollten sie es tun, so bitte ich, auch in dieser Beziehung äußerste Energie anzuwenden. Der Herr Wehrminister Noske hat das Standrecht in Berlin erklärt. Es ging nicht anders. Wir erwarten, daß nötigenfalls nach dem Standrecht verfahren wird. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Den nötigen strikteſten Zusammenhang mit der Ernährungsfrage vermag ich in diesen Ausführungen nicht zu finden. Ich bitte, zur Ernährungsfrage zu sprechen!

Dusche, Abgeordneter: Ich füge mich selbstverständlich der Anordnung des Herrn Präsidenten, bin aber nach meiner unmaßgeblichen Meinung der Überzeugung, daß ich, wenn ich nachweisen will, daß die Streiks die größten Hindernisse zur Erzeugung von Kunstdünger bilden, und daß Kunstdünger einzig und allein unsere Ernte verbessern kann, von meinem Thema nicht abgewichen bin. (Sehr richtig!)

Wir vermissen seitens der Reichsleitung jede Energie in landwirtschaftlichen Fragen. Der Herr Reichsminister Wissell hat am letzten Sonnabend erklärt, daß es der jetzigen Reichsregierung möglich gewesen sei, in drei Tagen eine Gesetzesvorlage über die Sozialisierung gewisser Betriebe fertigzustellen, während die frühere Reichsregierung dreiviertel Jahre dazu gebraucht hätte. Ich lobe diese Fixigkeit; aber als Norddeutscher habe ich meinen Fritz Reuter gelesen, und als solcher weiß ich auch, daß Fixigkeit sich nicht immer mit Richtigkeit paart. Ich komme hier nur darauf, weil in derselben Rede, als Herr Reichsminister Wissell diese Gesetzesvorlagen über die Sozialisierung dem hohen Hause zur Annahme empfahl, er auch von der Landwirtschaft sprach, und da möchte ich doch nun die Reichsregierung bitten, ja nicht Experimente in der Landwirtschaft machen zu wollen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn irgendwo, so wäre auch die bescheidenste **Sozialisierung in der Landwirtschaft** der größte Ruin Deutschlands, den man sich vorstellen kann. (Sehr richtig!

rechts.) Vor allen Dingen würde die Reichsregierung ihr blaues Wunder erleben an dem Verhalten der Landwirte vom Gutsbesitzer bis zum kleinsten Bauern. Wodurch, meine Damen und Herren, kommt die Sowjetregierung in Rußland nicht vorwärts? Weil sich die russischen Bauern die Sozialisierung von Grund und Boden nicht gefallen lassen wollen, obwohl die russischen Bauern längst nicht das Selbstbewußtsein haben wie wir, unter anderen Gründen auch deshalb, weil sie dort noch den „Mir", das Gemeindeland, haben. Aber trotzdem hat ein Freund von mir, der auch diesem Hause angehört, vor kurzer Zeit noch von dem Volksbeauftragten Joffe die Bestätigung erhalten, daß die Sowjetregierung in Rußland deshalb nicht vorwärts käme, weil die Bauern die äußersten Gegner der Sozialisierung der Landwirtschaft seien.

Die deutsche Landwirtschaft ist nicht nur ein Beruf, sondern sie ist eine Wissenschaft, die vor allen Dingen keine Experimente verträgt, und die vor allem unter der Zwangswirtschaft nicht gedeihen kann. (Sehr richtig! rechts.) Wenn irgendein Beruf, so ist die Landwirtschaft auf die Initiative des Besitzers angewiesen, und wenn bei irgendeinem Beruf die Lust und Liebe zum Berufe einen gewissen Erfolg, eine gewisse Ernte schon verbürgt neben dem Segen von oben, an den wir einfachen Landwirte auch noch glauben, dann ist es die deutsche Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb möchte ich die Reichsregierung nochmals bitten, bei der Landwirtschaft keinerlei Experimente zu riskieren.

Der Herr Minister Schmidt hat die Erwartung ausgesprochen, daß auch manche **städtische Arbeiter**, wenn sie **auf das Land** kämen, unter unserer Leitung zu guten Landarbeitern ausgebildet werden könnten. Wir sind gern dazu bereit; aber wir haben im allgemeinen in langen Friedensjahren die Erfahrung machen müssen, daß es sehr schwer war, aus städtischen Arbeitern landwirtschaftliche zu machen, beinahe unmöglich, wenn nicht noch irgendein Zusammenhang mit dem Lande bestand, indem der Arbeiter oder die Arbeiterin in früher Jugend auf dem Lande gewesen war oder doch wenigstens die Eltern vom Lande stammten.

Der Herr Abgeordnete Wurm hat eine Äußerung des Herrn Abgeordneten Blum bezüglich des Dreschflegels, glaube ich, verkehrt verstanden. Ich habe aus der Äußerung des Herrn Abgeordneten Blum nur herausgehört, daß der Dreschflegel, wenn er nicht zu anderen Zwecken nötig wäre, nur Spartakisten gegenüber in Anwendung gebracht werden sollte (sehr richtig! rechts), und das ist wohl die mildeste Behandlung, die man den Spartakisten zuteil werden lassen kann. Herrn Reichswehrminister Noske möchte ich sie nicht empfehlen; denn er würde damit gegen Handgranaten, Maschinengewehre und große Minen im Ge-

wichte von mehreren Zentnern, die man ja jetzt auch zur Anwendung bringt, wohl nichts ausrichten.

Ich bin der Überzeugung, daß die Arbeitslosenunterstützung in der jetzigen Höhe zu hoch ist. Die Differenz zwischen dem, was ein Arbeiter, besonders wenn er eine zahlreiche Familie hat, bekommt, wenn er nicht arbeitet, und dem, wenn er arbeitet, ist verhältnismäßig zu klein. Ich kann mich nicht enthalten, zu sagen, daß diese Errungenschaft der Revolution, diese allzuhohe Arbeitslosenunterstützung es neben anderen Gründen es mit gewesen ist, die mit dazu beigetragen hat, daß Deutschland, das bisher das fleißigste Volk der Welt war, auf das Niveau orientalischer Völker in dieser Beziehung leider Gottes zum Teil gesunken ist. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir verlangen Abbau der Zwangswirtschaft, soweit es irgendwie durchzuführen ist, und ich freue mich, daß ich mich da im großen und ganzen auf den Standpunkt stellen kann, den der Herr Reichsminister Schmidt vorhin vertreten hat. Ich erwarte allerdings, daß die Erwägungen nun nicht allzu lange mehr dauern, sondern daß man jetzt auch praktische Anordnung trifft, um die Zwangswirtschaft, wo man es für nötig und möglich hält, nun auch schnellstens aufzuheben. Da ist ganz besonders nötig und wünschenswert die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Gemüse und Obst. (Sehr richtig! rechts.) Die Beschlagnahme und die Zwangswirtschaft in Gemüse und Obst hat vollständig versagt. Es ist dahin gekommen, daß Gemüse auf den Märkten in den Städten überhaupt nicht vorhanden war. Obst kann man nicht zwangsweise bewirtschaften; das ist eine Verpackungs- und Versandfrage. Hier ist viel verdorben, trotzdem wir von dem Leiter der Reichsobststelle immer das Gegenteil hören.

Die Zwangsbewirtschaftung der Eier müßte sofort abgeschafft werden. (Zustimmung rechts.) Ich habe vor einigen Tagen, als ich zu Hause war, die Wahrnehmung machen können, daß die Geschichte wieder genau so losgeht, wie unter dem alten Regime, daß pro Huhn so und soviel Eier abgegeben werden sollen. Aber es wird auch unter dem neuen Regime so gehen wie unter dem alten: Mag man den Hühnern die ganzen Verordnungen auch zehnmal am Tage vorlesen, sie legen doch nicht oder nicht genügend, wenn ihnen nicht zugleich auch das nötige Futter geliefert wird. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Die Verordnungen haben ja auch zu nichts geführt. Wozu alle diese vielen Maßnahmen? Man sollte doch einfach diejenigen Eier, die man zur Verpflegung der Lazarette, der Krankenhäuser und dergleichen nötig hat, beschlagnahmen, alle anderen Eier aber dem freien Handel überlassen. Was hat die ganze Beschlagnahme genutzt, wenn die Groß-

städter, so zum Beispiel die Einwohner Berlins, vielleicht alle 6 Wochen ein halbes Ei bekamen oder vielmehr meistens nicht bekamen? Ich bin der felsenfesten Überzeugung: wenn die Beschlagnahme der Eier sofort aufgehoben würde, dann würden viel mehr Eier zum Vorschein kommen, die Eier würden nicht heimlich unter der Hand verkauft (Zuruf von den Sozialdemokraten: 2 bis 3 Mark das Stück!), sie würden auch nicht mit 1 Mark verkauft, verehrtester Herr Kollege, sondern sie würden billiger verkauft.

Vor allen Dingen muß auch die **Beschlagnahme von Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten** aufgehoben werden. Will man einen bestimmten Teil dieser Früchte beschlagnahmen, so mag das geschehen durch Lieferungsverträge; aber nur das Allernotwendigste darf man erfassen, alles übrige übergibt man dem freien Handel.

Auch die **Bewirtschaftung von Zucker** muß geändert werden. (Widerspruch und Zurufe von den Sozialdemokraten.) Da freut es mich, daß gerade in dieser Sache einer meiner Herren Kollegen aus der Fraktion, Herr Witthoefft, schon bei der hohen Reichsregierung vorstellig geworden ist. Er hat am 13. Februar d. J. eine Anfrage an die Regierung gerichtet, die kurz heißt — der Herr Präsident wird gestatten, daß ich den Satz verlese —:

> Ist die Regierung bereit, den Anbau zu steigern dadurch, daß der Handel in Zucker freigegeben wird, indem gleichzeitig die Zuckerpreise für ein gewisses Kontingent erhöht werden? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Diese Anfrage ist am 13. Februar dieses Jahres der Reichsregierung überreicht worden. Eine Antwort darauf ist noch nicht erfolgt. Man muß daraus entnehmen, daß — wie es ja wohl erklärlich ist — die hohe Reichsregierung sehr viel zu tun hat. Allerdings habe ich auch sehr oft die Erfahrung gemacht, daß die Herren Mitglieder der Reichsregierung etwas Zeit haben, besonders wenn es gilt, den Abgeordneten meiner Fraktion oder auch noch einer anderen Fraktion ausgiebig zu antworten, derartig, daß man oft nicht weiß: spricht der Minister als solcher oder als Abgeordneter. Auf die Anfrage des Kollegen Witthoefft ist leider bislang trotz vier Wochen noch keine Antwort erfolgt. Das zeugt nicht gerade für ein hochgesteigertes Interesse für die Landwirtschaft seitens der Reichsregierung.

Der Herr Minister Schmidt hat heute gesagt, er überlege noch, ob er den Zucker freigeben soll. Ich muß befürchten, daß diese Überlegung so lange dauert, bis es zu spät ist. Die Zuckerfrage ist nämlich eine sehr ernste. Wenn da nicht bald seitens der Reichsregierung etwas geschieht, dann werden wir in ganz unhaltbare Zustände kommen. Unter anderen hat sich auch der Vorstand des Vereins der am Zuckerhandel beteiligten Firmen zu Hamburg in verschiedenen Telegrammen an die Reichsregierung gewandt, Änderungen im Zuckerhandel zu bewerk-

stelligen, mindestens in der Beziehung, daß nur ein Teil des Zuckers beschlagnahmt bliebe, daß der andere dem freien Handel übergeben würde, und vor allen Dingen, daß ein höherer Zuckerpreis festgesetzt würde. Die Reichsregierung hat am 5. März dieses Jahres ein Telegramm bekommen, von dem eine Abschrift an meinen Fraktionskollegen Witthoefft aus Hamburg als Vorsitzenden der Hamburger Handelskammer gesandt worden ist. Die Reichsregierung hat am 13. dieses Monats ein weiteres Telegramm bekommen, in dem auf die große Dringlichkeit der Sache nochmals aufmerksam gemacht wird. Wir wollen hoffen, daß es hilft, denn die Sache ist sehr ernst und dringend.

Im letzten Jahre vor dem Kriege haben wir 54 Millionen Zentner Zucker produziert, im Jahre 1917/18 32 Millionen Zentner. Im folgenden Jahre ist diese Produktion auf 26 Millionen Zentner zurückgegangen. Die Produktion wird unter allen Umständen unter den Schwierigkeiten des Anbaues der Zuckerrüben noch zurückgehen, wenn nicht schnellstens seitens der Reichsregierung etwas geschieht. Vor allem ist auch erforderlich, daß der Preis für Zucker etwas hinaufgesetzt wird, vielleicht derart, daß die Zuckerrüben mit 5 Mark für den Zentner bezahlt werden.

Die **Preispolitik** hängt selbstverständlich auch eng mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zusammen. Auch der Landwirt muß bei seinem Beruf so viel verdienen, daß er dabei existieren kann. Vor allem muß man doch berücksichtigen, daß der Stand der Valuta so niedrig ist, daß es, wenn wir jetzt für den Zentner Roggen 15 Mark bekommen, so viel an Geldwert ausmacht wie etwa 7 Mark vor dem Kriege. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit haben wir aber vor dem Kriege bereits 8 oder 9 Mark bekommen. (Zurufe links.) — Der Arbeiter, mein Herr Zwischenrufer, dem ich im übrigen gern den Verdienst gönne, bekommt mindestens das Drei- bis Vierfache von dem früheren Verdienst. (Na! na! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ja vorhin gehört, daß landwirtschaftliche Arbeiter teilweise 12 Mark pro Tag verlangen.

Bei diesen hohen Löhnen, bei dem Stand der Valuta und bei den überhaupt so unendlich gesteigerten höheren Produktionskosten ist unter allen Umständen erforderlich, daß die landwirtschaftlichen Produkte einen etwas höheren Preis kosten als bisher. Da wird es neben dem Getreide vor allen Dingen darauf ankommen — nicht allein im Interesse des deutschen Landwirts, sondern vor allen Dingen im Interesse der Ernährung unseres deutschen Volkes —, daß der Preis für Hackfrüchte, also besonders für Kartoffeln und Zuckerrüben, etwas in die Höhe gesetzt wird. Ich will für **Kartoffeln** keinen bestimmten **Preis** nennen, den ich vorschlagen möchte. Dazu halte ich mich nicht für berechtigt.

Aber ich habe heute einen Artikel in einer Zeitung gelesen, der sehr sachlich geschrieben war, in dem ein Preis von 15 Mark für den Zentner Kartoffeln allen Ernstes vorgeschlagen wurde. Der Preis wird zu hoch sein. Aber Sie werden mit einem Preise bis zu höchstens 10 Mark für den Zentner rechnen müssen, wenn man es der Landwirtschaft möglich machen will, so viel Kartoffeln zu produzieren, um genügend Kartoffeln zu haben. Es gibt jetzt schon Gegenden in Deutschland, auch in unserer Nähe — ich will nur an die Kartoffelgegend von Gotha, Sulza in der goldenen Aue erinnern —, die früher intensiven Kartoffelbau hatten, in denen dieser Kartoffelbau jetzt so gut wie vollständig darniederliegt. Wir stehen vor einer Katastrophe, wenn anders wir nicht in bezug auf die Preispolitik der Hackfrüchte schon baldigst vorgehen und wenn die Reichsregierung nicht in allerkürzester Zeit sich entschließt, hier lohnende Preise festzusetzen. Wir sind jetzt Mitte März. Die Bestellung beginnt. Es sind nicht mehr Wochen, nicht mehr Tage zu verlieren. So schnell als irgend möglich muß hier vorgegangen werden.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, werden Sie mir noch erlauben, eben noch zu erwähnen, daß auch die **Preise für Fleisch** zu niedrig sind. Es geht nicht weiter an, daß wir bei jeder Kuh, die wir zum Schlachten abliefern müssen, etwa 1000 Mark zusetzen. (Lachen links.) — Die Herren von links werden mir ein Beispiel gestatten. Ich habe mir vor einigen Tagen eine Kuh gekauft, die 2700 Mark kostet. Wenn ich die Kuh abgeben muß — und die Möglichkeit besteht —, dann wird die Kuh vielleicht 13 oder 14 Zentner wiegen. Ich werde für den Zentner 80 Mark bezahlt bekommen, wenn es gut geht 90 Mark. Dann bitte ich die verehrlichen Herrn Kollegen, auszurechnen, wieviel 90 mal 13 ausmacht. Ich habe 2700 Mark gezahlt. Ich werde nicht 1000 Mark, ich werde 1200 bis 1300 Mark dabei verlieren. (Zuruf links.) — Auch bei denen, die wir aufziehen, Herr Zwischenrufer! Bei jedem Rind, das wir selbst aufgezogen haben, legen wir, wenn wir es zum Schlachten abgeben müssen, bei einem Gewicht von 6 bis 8 Zentnern mindestens 400 Mark bei. Vor allen Dingen, wenn die Fleischpreise erhöht werden, wird die Folge sein, daß der Schleichhandel in Fleisch nicht mehr so blüht, wie er es leider Gottes jetzt tut.

Es wird niemand da sein, der sich kleine Schweineferkel kauft, die jetzt im Alter von 6 Wochen 170 bis 200 Mark das Stück kosten. Es wird niemand da sein, der diese Ferkel kauft, meine ich, diese Ferkel dann füttert und, nachdem er sie ½ Jahr gefüttert hat, wieder abliefert, um, wenn es gut geht, den Preis von 170 bis 200 Mark, den er jetzt dafür gegeben hat, wiederzubekommen. Es wird mithin bei den jetzigen Fleischpreisen kein Schweinefleisch in die Städte hineinkommen. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Ich danke Ihnen,

daß Sie mich daran erinnern. Wer bekommt den Preis für die Ferkel, meinen Sie? In einzelnen Fällen der Landwirt, aber in den meisten Fällen bekommt ihn der Zwischenhändler, und wenn Sie da mir behilflich sein können, meine Herren von der Linken, dahin zu wirken, daß dieser Zwischenhandel beschränkt wird, würde ich Ihnen sehr dankbar sein. So sehr ich diese Preiserhöhungen im Interesse der konsumierenden Bevölkerung bedaure, wird man doch damit rechnen müssen.

Sie werden mir gestatten, in diesem Zusammenhange noch mit einem ganz kurzen Worte auf etwas aufmerksam zu machen, was uns Landwirten auch sehr am Herzen liegt. Das ist nämlich die **Abschaffung der Sommerzeit.** Millionen von Landwirten würden der Reichsregierung dankbar sein, wenn diese Sommerzeit nicht wieder eingeführt würde. Die Morgenstunde, die wir morgens bekommen, taugt uns in den meisten Fällen nichts. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Ich bitte, keine persönlichen Bemerkungen zu machen. Ich glaube, wenn es nötig ist, kann ich ebensofrüh aufstehen wie Sie selbst. — Solange der Tau auf dem Grase liegt, kann man nicht mähen und Heu verarbeiten. Abends fehlt uns die Stunde. Wir müssen das Vieh, die Kühe, früher von der Weide holen, damit die Mädchen noch vor Feierabend melken können. Das Ende vom Liede ist, daß die Kühe weniger Milch haben und daß die Allgemeinheit den Schaden hat.

Ich komme zum Schluß und möchte darauf aufmerksam machen, daß die deutsche Landwirtschaft Arbeiter haben muß, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, daß sie Kunstdünger haben muß, daß sie aus den sie eng umschnürenden Banden der Zwangswirtschaft erlöst werden muß, daß sie vor allen Dingen aber auch sachgemäßer und liebevoller Beurteilung seitens aller Mitglieder dieses hohen Hauses und auch sachgemäßer und liebevoller Beurteilung seitens sämtlicher Herren der Reichsregierung und der preußischen Regierung bedarf. Dieser bedarf sie, damit Anordnungen getroffen werden, die es ihr ermöglichen, aus der extensiven Wirtschaft, in die sie durch die Not des Krieges teilweise geraten ist, zu einer intensiven Wirtschaft wieder überzugehen, zum Besten unseres deutschen Vaterlandes. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsernährungsminister Schmidt.

Schmidt, Reichsernährungsminister: Der Herr Abgeordnete Sollmann hat gefragt, ob beabsichtigt ist, die Zuckerration herabzusetzen. Ich kann ihm mitteilen, daß das nicht beabsichtigt ist, soweit die Verbraucher in Frage kommen. Die Zuckerration wird aufrecht erhalten.

Ich bin allerdings genötigt, eine Einsparung vorzunehmen, da die Produktion sehr zurückgegangen ist, und das muß leider auf Kosten der Marmeladefabrikation geschehen.

Bei der vorgerückten Stunde kann ich auf die Preispolitik, die ja sehr wichtig ist, und die der Herr Vorredner eben behandelt hat, nicht eingehen. Ich will Ihnen nur eins sagen: ich habe nicht die Absicht, den Rübenpreis für Zuckerrüben auf fünf Mark zu erhöhen. Das würde gegenüber dem Friedenspreis ungefähr die vierfache Erhöhung bedeuten. Ich könnte das nicht verantworten, ich würde gegenüber dem Verbraucher einen schweren Fehler begehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe auch nicht die Absicht, die Kartoffelpreise auf zehn Mark zu erhöhen. Auch das halte ich für durchaus unbegründet und in jeder Beziehung unberechtigt. Ich glaube nicht, daß über die Preise, die gegenwärtig gezahlt werden, hinausgegangen werden kann.

Andererseits bin ich auch der Meinung, daß für Getreide, Kartoffeln, Vieh und für einige andere Produkte sicherlich eine Senkung der Preise vorläufig nicht in Frage kommen kann, weil die Produktionskosten — das gebe ich zu — nicht gesunken sind. Es kommt vielleicht in der gegenwärtigen Zeit sogar in Frage, ob hier und da nicht eine erhöhte Produktionskostenberechnung nachgewiesen werden kann. Ich verstehe die Auffassung des Herrn Vorredners im Hinblick auf die Ferkelpreise, die heute im freien Handel bis zu 200 ℳ im Preise hinaufgetrieben wurden. Wenn er das Bedürfnis hat, diese freie Preisentwicklung auch auf anderen Gebieten festzulegen, wie es auch der freie Handel verlangt, so kann ich diesem Begehren, das aus seiner Rede spricht, nicht stattgeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für diese Wirtschaft bedanke ich mich. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses für Volkswirtschaft, der Ihnen auf Nr. 119 vorliegt. Ist es erforderlich, daß ich über die einzelnen Teile dieses Antrages abstimmen lasse? (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Jawohl, Herr Präsident! Ich beantrage das!) — Die Abstimmung nach Lit. A, B und C oder auch die nach den einzelnen Ziffern bei A? (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Wenn ich bitten darf, Herr Präsident, bitte ich, nach Ziffern 1, 2, 3 usw. abzustimmen.

Präsident: Dann bitte ich die Herren — Sie haben ja den Antrag vor sich, ich brauche ihn nicht zu verlesen —, welche für den Antrag A 1 sind, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; angenommen.

Wer für A 2 ist, bitte ich, stehen zu bleiben. (Pause.) Das ist die Mehrheit; angenommen. A 3. — Das ist die Mehrheit; angenommen. A 4. — Das ist keine so große Mehrheit, aber es ist doch noch die Mehrheit; angenommen. A 5. — Das ist wieder einstimmig. B, — C — angenommen. Es ist also der ganze Antrag angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Dienstag den 11. März, vormittags 10 Uhr, mit der Tagesordnung: 1. Anfragen; 2. Interpellation Arnstadt und Genossen, betreffend den Religionsunterricht. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 8 Uhr 36 Minuten.)

25. Sitzung.

Dienstag den 11. März 1919.

Religionsunterricht. — Kirche, Schule und Staat.

Ansprache des Präsidenten anläßlich der Ermordung des Oberstleutnants von Klüber.

Anfragen: Nr. 25, Dr. Rießer: Vorgänge in der von Franzosen besetzten Pfalz — verschoben. — Nr. 36, Sollmann: Verbot der Stadtverordnetenwahlen durch die Entente im besetzten Gebiet: Sollmann (S.), Albert, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei. — Nr. 37, Rahmann: Erfassung verborgener Kartoffeln: Rahmann (S.), Schmidt, Reichsernährungsminister. — Nr. 39, Gilsing: Ausschaltung nichtsozialistischer Arbeiter bei Arbeiterratswahlen in Bochum: Gilsing (Z.), Dr. Trendelenburg, Geheimer Regierungsrat.

Interpellation Arnstadt und Genossen: Religionsunterricht.

Mumm (D. Nat.): Religionsunterricht, Bittschriftenbewegung. — Der sächsische Kultusminister Buck. — Verhältnisse in verschiedenen Bundesstaaten. — Wir brauchen fromme Menschen, brauchen die christliche Schule. — Volksschule Grundlage der Bildung im Staate.

Zur Geschäftsordnung: Schultz (Bromberg) (D. Nat.), v. Payer (D. Dem.), Gröber (Z.), Dr. Kahl (D. Vp.), Haase (Berlin) (U. S.).

Dr. Bell, Reichskolonialminister: Das Reich im Unterrichtswesen nicht zuständig.

Hellmann (Soz.): Erfreulich, wenn Schule und Kirche der Kompetenz der Reichsgesetzgebung unterstellt würden. — Gewissensnot der Lehrer. Reformbewegung. — Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen. — Lehrstoff viel geplappert. — Übergangsstadium nötig. — Die öffentliche Schule kirchenfrei.

Dr. Mausbach (Zentr.): Neuordnung geht auf Trennung aus. — Solche Kirchenpolitik Deutschlands Untergang. — Volle Freiheit des Glaubens. — Freudigkeit der katholischen Grenzlande zu erhalten. — Gerechte Anerkennung aller geschichtlich erprobten Wirklichkeiten.

Weiß (D. Dem.): Für reichsgesetzliche Regelung; in religionsfreundlichem Sinne. — Kein Gewissenszwang. — Reform des Religionsunterrichts, dann als organisches Stück im Lehrplan. — Kraft der Religion. — Verderbliche Folgen religionsloser Schulen. — Verhältnis von Kirche und Staat im Geiste der Gerechtigkeit und Freiheit. — Vom Materialismus zum Idealismus.

Dr. Koeltzsch (D. Nat.): Verhältnisse in Sachsen. — Dilettantismus. — Nur die Besten für den Religionsunterricht. — Es würden zweierlei Schulen. — Aus dem Blutsumpf nur durch die Kräfte der Religion.

Dr. Runkel (D. Vp.): Bedauert Abwesenheit der Reichsregierung. — Alle Menschenkräfte zu freier Entfaltung; auch diese. — Möchte nicht mehr Lehrer sein in religionsloser Schule. — Religionsunterricht nicht zum Nebenunterricht herabdrücken. — Die deutsche Sittlichkeit nur wieder zu heben durch religiösen Unterricht.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Entschuldigt Fernbleiben. — Wichtige Sozialisierungssitzung. — Reichsregierung auch vorläufig nicht zuständig, Verfassungsgarantien zu schaffen.

Persönlich: Frau Zietz (U. S.), Heilmann (Soz.), Waldstein (D. Dem.), Runkel (D. Vp.), D. Mumm (D. Nat.).

Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Meine Damen und Herren! Von Herrn Major Jansen im Kriegsministerium ist folgende betrübende Mitteilung eingegangen (die Nationalversammlung erhebt sich):

> Euer Hochwohlgeboren und den Mitgliedern der Nationalversammlung beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß die Überführung der Leiche des in Halle ermordeten Oberstleutnants v. Klüber, der in Weimar mit der Organisation des Schutzes der Nationalversammlung durch das preußische Kriegsministerium beauftragt war, am Dienstag, den 11. März, 3 Uhr nachmittags, von der Garnison-Kirche (in der Nähe des Domes) nach dem Hauptbahnhof stattfindet.

Meine Damen und Herren, der Herr Oberstleutnant v. Klüber ist beauftragt gewesen, die militärischen Maßnahmen zum Schutze der Nationalversammlung in und um Weimar zu treffen. Er hat dieselben in mustergültiger Weise besorgt. Sein Tod in Halle ist auch erfolgt im Dienste für die Ordnung und damit für das Vaterland, im Dienste für die Nationalversammlung. Er ist in bestialischer Weise hingemordet worden.

Bei diesem Anlaß gedenken wir auch mit schmerzlicher und herzlicher Teilnahme der blutigen Opfer, welche die Aufstände in Berlin unter unseren tapferen Soldaten und unter den braven Schutzleuten gefordert haben. Auch sie sind im Dienste der Ordnung und damit des Vaterlandes in die Ewigkeit hinübergegangen, gefallen oder auch zum Teil hingemordet.

An der Leichenfeierlichkeit des gemordeten Oberstleutnants v. Klüber wird — ich unterstelle Ihr Einverständnis — die Nationalversammlung sich beteiligen. Eine Abordnung, bestehend aus den Herren Vizepräsident Haußmann, Schriftführer Dr. Pfeiffer und Abgeordneten Dr. Grafen zu Dohna, wird sich hernach nach Halle begeben und dort die Nationalversammlung vertreten; der Vizepräsident Haußmann wird dort namens unserer Versammlung einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen. Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu ehrendem Gedenken des für die Nationalversammlung in den Tod Gegangenen von Ihren Plätzen erhoben; ich stelle das fest.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Ich rufe auf: Anfrage Nr. 25, Dr. Rießer (Nr. 86 der Drucksachen). Es scheint das Material zur Beantwortung dieser Anfrage bei der Regierung noch nicht eingegangen zu sein.

Ich rufe auf: Anfrage Nr. 36 Sollmann (Nr. 104 der Drucksachen). Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Sollmann.

Sollmann, Abgeordneter:

Der Oberstkommandierende der alliierten Armeen hat in den besetzten Gebieten die durch eine Verordnung der preußischen Regierung angeordneten Stadtverordnetenwahlen vorerst verboten. Die sofortige Vornahme der Wahlen wird von allen Parteien im besetzten Gebiet gefordert, da jeder Tag mehr zeigt, wie sehr die Fortdauer des Dreiklassenwahlrechts in den rheinischen Gemeinden ungemein beunruhigend und erbitternd auf die Massen wirkt.

Ich frage die Reichsregierung, welche Gründe der Oberstkommandierende der alliierten Armeen für sein Verbot angegeben hat, ferner, ob die Reichsregierung gewillt und in der Lage ist, die schleunige Aufhebung des Verbots zu erwirken.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Albert.

Albert, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei: Die deutsche Waffenstillstandskommission hat, als ihr das Verbot, im **besetzten Gebiet die Gemeinderatswahlen** derzeit abzuhalten, zur Kenntnis kam, unverzüglich am 16. Februar 1919 durch ihre Vertretung in Spaa bei den Alliierten angefragt, ob es sich bei der Verhängung dieses Verbots um eine allgemeine oder nur eine lokale Maßnahme im besetzten Gebiet handele. General Nudant hat darauf mit folgender Note vom 21. Februar geantwortet:

1. Die Besatzungsarmeen haben ein Interesse daran, hauptsächlich für den Requisitionsdienst und die Unterbringung der Truppen in den einzelnen Orten, daß die gegenwärtig im Amt befindlichen Kommunalbehörden, mit denen die Armeen bereits in Verbindung getreten sind, und für die eine lange und ernsthafte Erfahrung mit den Verwaltungsgeschäften spricht, vorläufig noch auf ihren Posten verbleiben.
2. Marschall Foch hat infolgedessen beschlossen, bis auf Widerruf die Ermächtigung zu den Gemeinderatswahlen in den besetzten Gebieten nicht zu erteilen.

gez. Nudant.

Daraus ging hervor, daß es sich um eine allgemeine Maßnahme für das besetzte Gebiet handelt. In einer weiteren Note an Marschall Foch hat dann die deutsche Regierung dringend ersucht, die Gemeinde-

ratswahlen im besetzten Gebiet zuzulassen. Von General Nudant wurde sofort geantwortet, daß diese Forderung aussichtslos sein würde.

Eine Berechtigung für das Verbot der Wahlen läßt sich aus dem Waffenstillstandsabkommen in keiner Weise herleiten. Dies hat General Nudant zugegeben, indem er auf die Frage, auf welchen Artikel des Waffenstillstandsabkommens sich das französische Vorgehen gründet, mit dem Hinweis auf die bedauerliche Unumgänglichkeit des Verbots ausweichend antwortete. Als die deutschen Delegierten im Wald vom Compiegne zu dem Artikel 5 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November, der die Verwaltung der Gebiete links des Rheins als durch die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen erfolgend regelte, den Zusatz forderten, daß die Einheitlichkeit der Gesetzgebung und Verwaltung mit dem anderen Teil des Deutschen Reichs in keiner Weise berührt werden sollte, erklärten die Alliierten diesen Zusatz für überflüssig, da der von ihnen vorgeschlagene Text des Artikels 5 einen Eingriff in die Einheitlichkeit der Gesetzgebung und Verwaltung nicht einschließe. Die deutsche Regierung hat neuerdings in einer dritten Note unter Betonung der dringlichen politischen Bedeutung der Angelegenheit angesichts der Neugestaltung der Verhältnisse nochmals sofortige Zulassung der Gemeinderatswahlen gefordert. Eine Antwort hierauf ist noch nicht eingegangen. Dazu hat General Nudant mündlich zu verstehen gegeben, daß das französische Oberkommando seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit kaum ändern werde. Sollte die formale Antwort der Alliierten in diesem Sinne ausfallen oder nicht erfolgen, so wird die deutsche Regierung gegen die Unterbindung der politischen Rechte der Bewohner der besetzten Gebiete erneut entschiedene Verwahrung einlegen. Ein anderes Mittel, die Aufhebung des Verbots zu erwirken, steht der deutschen Regierung nicht zur Verfügung.

Präsident: Ich rufe auf: Anfrage Nr. 37, Kahmann (Nr. 107 der Drucksachen). Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Kahmann.

Kahmann, Abgeordneter:

Die Versorgung großer Teile der Bevölkerung mit Kartoffeln ist zurzeit völlig unzureichend.

Aus Zeitungsnachrichten und Gerichtsberichten ist aber fortgesetzt zu entnehmen, daß auf dem Lande vielfach Kartoffeln verborgen gehalten wurden.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Kartoffelbestände restlos zu erfassen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Reichsernährungsminister.

Schmidt, Reichsernährungsminister: Wenn die **Kartoffelversorgung** zurzeit nicht überall in der festgesetzten Höhe einer Wochenration

von 5 Pfund stattfinden kann, so liegen die Gründe hierfür in den Transportschwierigkeiten, da die Wintereindeckung, die an sich bis zum 15. April reichen sollte, nicht überall hat völlig erreicht werden können. Wenn auch zurzeit frostfreie Witterung herrscht, die an sich den Kartoffeltransport ermöglicht, so stößt die Öffnung der Mieten, da jederzeit wieder Frost eintreten kann und die Anfuhr zur Bahn gefährdet ist, doch noch auf Schwierigkeiten. Daß durch den Schleichhandel Kartoffeln in die Stadt befördert werden, ist eine an sich beklagenswerte Erscheinung die sich aber infolge vielfachen Versagens der örtlichen Stellen und der eingetretenen Lahrheit der Auffassung nicht restlos wird vermeiden lassen. Derartige Erscheinungen haben sich auch in früheren Jahren gezeigt; die zuständigen Behörden sind wiederholt zur scharfen Bewachung aufgefordert worden. Eine restlose Fortnahme der Kartoffelvorräte auf dem Lande läßt sich jedenfalls zurzeit schon deshalb nicht ermöglichen, weil die Kartoffeln auf dem Lande in den Mieten noch verhältnismäßig am sichersten vor der Gefahr des Verderbens bewahrt sind, und weil die Transportmittel zur Abrollung großer Kartoffelmengen nicht zur Verfügung stehen und größere Kartoffeltransporte in dieser Jahreszeit nicht ohne Verderbgefahr bewerkstelligt werden können. Sobald sicheres, frostfreies Wetter zu erwarten ist, also Anfang bis Mitte April, werden die Kartoffellieferungen in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden.

Präsident: Ich rufe auf: Anfrage Nr. 39, Gilsing (Nr. 109 der Drucksachen). Zur Verlesung derselben gebe ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Gilsing.

Gilsing, Abgeordneter:

Ist es der Reichsregierung bekannt, daß auf Anordnung des „Zentralrates der Deutschen sozialistischen Republik" die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte neu zu wählen sind und in der Stadt Bochum, entsprechend dieser Anordnung, der Arbeiterrat dortselbst für den 16. März d. J. eine Neuwahl des Arbeiterrats angeordnet hat?

In der vom Wahlausschuß des Bochumer Arbeiterrats veröffentlichten Bekanntmachung vom 4. März d. J. heißt es wörtlich: Wahlvorschläge können nur von den Filialleitungen der sozialistischen Parteien eingereicht werden, die auf dem Boden der demokratischen Verfassung der heutigen deutschen Republik stehen und sich verpflichten, allen gegenrevolutionären Bestrebungen gewalttätiger Natur entgegenzutreten.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der Bevormundung und Ausschaltung der nichtsozialistischen Arbeiterschaft entgegenzuwirken?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Dr. Trendelenburg.

Dr. **Trendelenburg,** Geheimer Regierungsrat, Regierungskommissar: Der Zentralrat der deutschen Republik hat den 2. Kongreß der

Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands auf den 26. März nach Berlin einberufen.

Zugleich mit der Einberufungserklärung hat der Zentralrat Neuwahlen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte verfügt und für die Vornahme dieser Neuwahlen besondere Richtlinien aufgestellt.

Im Eingang dieser Richtlinien heißt es: „Der 2. Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte soll eine Zusammenfassung der Anschauungen der deutschen Arbeiter, Soldaten und Bauern ermöglichen. Hiervon ausgehend soll sich der Kongreß aus Delegierten zusammensetzen, die gemäß den nachstehenden Richtlinien gewählt sind."

Schon aus diesen Einleitungssätzen geht eindeutig hervor, daß der Rätekongreß und die örtlichen Räte als die Wahlmännerkörperschaften für den Rätekongreß die politischen Anschauungen der Arbeiter, Soldaten und Bauern in ihrer Gesamtheit zum Ausdruck bringen und nicht von vornherein parteipolitisch gebunden sein sollen. Daß daher Mitglieder aller politischen Parteirichtungen Wahlvorschläge einreichen können, geht mit aller Klarheit aus folgender weiteren Bestimmung der Richtlinien hervor:

„Wahlberechtigt und wählbar zu den Arbeiterräten sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr erreicht haben und gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sofern das Jahreseinkommen den Betrag von 10 000 Mark nicht übersteigt."

Das aktive und passive Wahlrecht ist also ausschließlich an ein bestimmtes Lebensalter und an die Zugehörigkeit zu einer sozial abhängigen Klasse innerhalb einer gewissen Einkommensgrenze gebunden.

Eine Bevormundung oder **Ausschaltung der nichtsozialistischen Arbeiterschaft** widerspricht den Bestimmungen des Zentralrates. Die Bestimmung des Wahlausschusses des Bochumer Arbeiterrates ist daher ordnungswidrig. Arbeiterräte, die in einem ordnungswidrigen Wahlverfahren zusammengesetzt werden, sind nicht berechtigt, an dem Rätekongreß teilzunehmen. Mandate solcher Arbeiterräte für den Rätekongreß am 26. März werden von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt werden müssen.

Präsident: Wir kommen zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation Arnstadt und Genossen, betreffend den Religionsunterricht (Nr. 61 der Drucksachen).

Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Interpellation zu beantworten. Zur Begründung der Interpellation namens der Interpellanten erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Mumm.

D. **Mumm**, Abgeordneter, Interpellant: Die deutschnationale Gruppe, meine Damen und Herren, stellte am 24. Februar unter Nr. 61 der Drucksachen folgende Anfrage an die Reichsleitung:

Wider Recht und Gesetz haben manche Einzelstaaten, wie Sachsen, Hamburg, Braunschweig, tiefe Eingriffe in den Religionsunterricht vorgenommen oder für das neue, Ostern beginnende Schuljahr vorgesehen. Denkt die Reichsleitung zu solchem Eingriff der einzelstaatlichen Verwaltung in die zu Recht bestehenden Schulgesetze Stellung zu nehmen?

Zur Begründung der Anfrage habe ich folgendes anzuführen: Zurzeit geht eine **Bittschriftenbewegung** durch unser Volk, wie wir sie wohl noch nicht erlebt haben. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Diese Bittschriftenbewegung, die ungefähr jede Ortschaft wenigstens in Preußen umfaßt (wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten), hatte bis gestern 3197 Eingaben, hier eingegangen, zur Folge. Ist in Sachen der Einbringung, wie es der Zwischenruf versucht, irgendetwas Sachliches zu erwidern, so werden Sie nachher die Möglichkeit haben, es vorzubringen. Im Augenblick ersehe ich aus dem Angriff nur Ihre Nervosität (Lachen bei den Sozialdemokraten — sehr richtig! rechts) über die Wucht dieser Bittschriftenbewegung, die zurzeit durch unser Volk hindurchgeht (sehr richtig! rechts), denn, meine Damen und Herren, es dürfte doch keine Kleinigkeit sein, wenn man einmal — (Zuruf von den Sozialdemokraten) — bitte, gehen Sie nach oben in die Kanzlei, lesen Sie die einzelnen Bittschriften, so werden Sie sehen, daß es an kleinen Orten Hunderte und Tausende von Unterschriften sind. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Ich denke an den Ort Weidenau mit 2593 Unterschriften, an den Ort Wilhelmsburg a. d. Elbe mit 3759 Unterschriften. Gestern ging eine Eingabe aus Magdeburg mit 40 074 Unterschriften ein. Schon vor 14 Tagen waren es aus Preußen 1½ Millionen Unterschriften. (Hört! hört! rechts.) Alles das, meine Damen und Herren — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich weiß nicht, durch welches Mißverständnis oder wie sonst es kommt, daß von der Regierung zur Beantwortung der Interpellation niemand da ist. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! rechts.) Das Reichsministerium des Innern ist nicht vertreten; es wird mir eben gesagt, es hätte keine Kenntnis davon, daß heute diese Interpellation auf der Tagesordnung steht. Es ist ja möglich, ich muß annehmen, daß es so ist; vorläufig ist niemand da. Ich glaube, daß es unter diesen Umständen keinen rechten Sinn hat, die Interpellation jetzt weiter zu behandeln. (Zurufe rechts.) Es wird mir eben mitgeteilt, die Antwort der Regierung sei formuliert, die formulierte Antwort läge aber hier nicht vor. Es ist ja sehr ungeschickt, es geht uns auf diese Weise der Tag, wo wir mit den Geschäften doch so gedrängt sind, verloren; aber ich glaube, es hat keinen rechten Sinn, jetzt weiter zu verhandeln. (Zurufe rechts: Doch!) — Die Interpellation ist doch zunächst einmal eingereicht worden, um eine Antwort von der Regierung zu bekommen; ob es eine be-

friedigende ist oder nicht, ist eine andere Frage. Wegen der Erörterung allein werden doch die Interpellationen nicht eingebracht, sondern um Aufklärung von der Regierung zu bekommen, und die bekommen wir jetzt nicht. Aber wenn es den Herren nur um das Debattieren zu tun ist, können wir ja auch debattieren.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Wenn ein Verschulden seitens der Nationalversammlung und der Leitung unserer Geschäfte nicht vorliegt, dann, glaube ich, haben wir das Recht darauf, weiter zu verhandeln. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Erklärung der Regierung bereits formuliert vorliegt, und wir eine andere Erklärung, die sich auf die Debatte gründet, nicht erhalten sollten, wird es auch ausreichen, wenn ein Herr sie nachher verliest. Wenn man diesen wichtigen Dingen so wenig Rücksicht beimißt, wird es ausreichen, wenn die Erklärung verlesen wird.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Ich möchte niemandem ein Verschulden unterstellen, solange der Sachverhalt nicht aufgeklärt ist: es kann auch irgendein Versehen vorliegen. Ich meine aber, es wäre das zweckmäßigste, nachdem die Begründung einmal begonnen hat, man würde die Begründung auch zu Ende hören. Es ist ja möglich, daß mittlerweile noch seitens der Reichsregierung jemand erscheint und eine Erklärung abgibt. Wenn das nicht der Fall wäre, könnten wir uns nachher noch immer schlüssig werden, was wir tun wollen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Ich möchte mich der Anregung des Herrn v. Payer anschließen. Zunächst wird es, glaube ich, gut sein, die Begründung der Interpellation anzuhören. Vielleicht wird bis dahin der betreffende Vertreter der Regierung erscheinen. Dann könnten wir uns später nach Schluß der Begründung noch immer darüber schlüssig machen, ob wir in die Verhandlung eintreten wollen oder nicht.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Reichsminister Dr. Bell.

Dr. Bell, Reichskolonialminister: Namens der Reichsregierung möchte ich nur erklären, daß der Vorwurf einer Mißachtung seitens der Regierung gegenüber den Interpellanten unangebracht ist. Im Kabinett ist die Interpellation eingehend besprochen und die Antwort darauf ist

genau festgelegt worden. Worauf es zurückzuführen ist, daß der Herr Vertreter des Reichsamts des Innern zur Beantwortung der Interpellation nicht hier sein kann, vermag ich im Augenblick nicht zu erklären. Wir haben aber Vorsorge dafür getroffen, daß möglichst in der heutigen Sitzung noch ein Vertreter des Reichsamts des Innern erscheint. Sollte das nicht der Fall sein, so wird einer der hier anwesenden Regierungsvertreter die Antwort übernehmen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Dr. Kahl.

D. Dr. Kahl, Abgeordneter: In der Sache erledigt sich das, was ich noch sagen wollte, durch die Erklärung des Herrn Reichsministers Dr. Bell. Aber die ganze Angelegenheit ist von einer so außerordentlich tiefgreifenden und weitgehenden Bedeutung (sehr richtig! rechts), daß eine Aussetzung der Verhandlung in der Tat einen Eindruck machen würde, der in weitesten Volkskreisen kaum zu verstehen sein könnte. Da wir außerdem darauf angewiesen sind, sparsam mit unserer Zeit umzugehen (Zustimmung), so haben wir den dringenden Wunsch und die Bitte, daß nicht nur der Herr Interpellant vortrage, sondern daß dann auch, ganz ohne Rücksicht darauf, ob und welche Erklärung erfolge, in der Sache von uns verhandelt werde. (Zustimmung rechts.)

Präsident: Es scheint mir, daß durch diese Erklärung des Herrn Ministers die Geschäftsordnungsdebatte eigentlich unnötig geworden ist. Es will mir scheinen, wenn man nicht nur eine Geschäftsordnungsdebatte führen will (Heiterkeit), daß wir nunmehr ruhig in die Verhandlung eintreten können.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich habe den Eindruck, als wenn die Regierung meint, ich hätte ihr eine Rücksichtslosigkeit im formellen Sinne vorgeworfen. Ich habe gesagt: es scheint mir wenig rücksichtsvoll zu sein, wenn eine fertig formulierte Erklärung verlesen wird, ohne die Begründung und die Debatte abzuwarten. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.) Das ist ein Vorwurf, der mir nach Lage der Sache durchaus gerechtfertigt erscheint. (Zustimmung rechts.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Durch die Erklärung des Herrn Ministers scheint mir die Sache — darin stimme ich mit dem Herrn Präsidenten überein — erledigt zu sein.

Lediglich, damit nicht aus der Nichtbeantwortung der Äußerung des Abgeordneten Kahl in Zukunft falsche Schlüsse gezogen werden, erlaube ich mir, auf den § 33 unserer Geschäftsordnung aufmerksam zu machen. Danach kann eine Besprechung nur stattfinden, wenn die Interpellation beantwortet oder ihre Beantwortung von der Regierung abgelehnt worden ist. Wenn aber die Regierung erklärt, sie wolle beantworten, aber heute nicht dazu imstande ist, so können wir in eine Besprechung nicht eintreten. Da der Herr Minister gesagt hat, er werde die Äußerung der Regierung uns vortragen, steht der Beratung nichts entgegen.

Präsident: Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen. Wir fahren in der Verhandlung fort. Ich bitte den Herrn Interpellanten, fortzufahren.

D. **Mumm**, Abgeordneter, Interpellant: Nach dem unendlich kennzeichnenden Zwischenspiel darf ich hinsichtlich der **Bittschriftenbewegung**, gerade auch auf den Zwischenruf der äußersten Linken eingehend, doch noch eines sagen: wenn Millionen mit ihrer Namensunterschrift sich für eine Sache einsetzen, die Ihnen unbequem ist, dann wissen Sie allerlei Herabsetzendes anzuführen (Zurufe von den Sozialdemokraten); wenn aber es sich um eine Volksabstimmung handelt, dann wissen Sie nicht genug die Millionen der Stimmen zu werten und hochzuschätzen. Das ist die Art, wie man auf der Linken verfährt, um eine Bittschriftenbewegung von solch unerhörter Wucht herabzusetzen.

Die **sächsische Eingabe** gegen jede Entscheidung kirchlicher Fragen ohne die Nationalversammlung hat 1 079 449 Unterschriften erhalten; das heißt, es hat in diesem industriellen Königreich ungefähr die Hälfte aller erwachsenen evangelischen Einwohner unterschrieben. Diese Massenunterzeichnung kennzeichnet das Empfinden weitester Kreise unseres Vaterlandes, daß wir an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen, eines Kampfes zwischen denen, die in der christlichen Kultur unseres Volkslebens die beste Kraft für den Wiederaufbau unseres Volkslebens sehen, und denen, die unserem Volke die christliche Kultur nehmen wollen, die, wenn nicht fürs Gemüt, so doch für Staat, Schule, Gesellschaft die Toterklärung Gottes wollen.

So also ganz anders als Herr Kollege Dr. David in seiner Präsidialansprache vom 7. Februar, verstehe ich den kulturellen Gegensatz, der uns gegenwärtig bewegt. Dieser Gegensatz bezeugte sich bereits am 6. Februar, als ein Teil der Anwesenden sich von der Kanzel Herders her durch das Wort vom Kreuz stärken ließ, während, als wir hier zusammenkamen, wir Herrn Ebert den Namen Gottes zweimal in verletzender Weise aussprechen, danach den doppelten Mißbrauch des Namens Gottes durch den Herrn Kollegen Pfannkuch hörten.

Es kann sehr wohl sein, daß die Herren gar nicht das Empfinden hatten, wie sie diejenigen, denen der Name Gottes hochste Heiligkeit ist, dadurch verletzten. Viele verstehen es ja auch nicht, daß die Bezeichnung „von Gottes Gnaden" ihrer Entstehung nach kein staatsrechtlicher Begriff, sondern eine Erklärung religiöser Demut ist, und so werden es auch viele nicht verstehen, wie tief wir durch die Eingriffe revolutionärer Regierungen in den Religionsunterricht verletzt worden sind. Es wäre uns lieber, wir brauchten in dieser gegenwärtigen Zeit solchen Kampf nicht zu führen. Jeder Volksfreund sollte in dieser Zeit, da der Feind in Ost und West auf deutschem Boden steht, in dieser Zeit, da unsere Truppen auf Vater und Mutter täglich schießen müssen, da wir noch unter dem frischen Eindruck der Worte des Herrn Präsidenten vom Beginn unserer Sitzung stehen, wünschen, daß unserem armen Vaterlande in dieser innersten Frage Ruhe gegönnt, daß denen, die innerlich schwer genug zu kämpfen haben, um sich in die Gerichtswege Gottes mit unserem Volke zu schicken, Ruhe gegönnt werde.

Aber die Regierung Ebert-Scheidemann hat uns diesen inneren Frieden nicht gegönnt. Eine ihrer ersten Taten — damals war sie eifriger auf dem Plane als heute — war, den Sprecher der freireligiösen Gemeinde, Herrn Adolf Hoffmann, an die Spitze des preußischen Kultusministeriums zu stellen. Sie mußte wissen, was sie damit dem christlichen Volke antat. (Sehr wahr! rechts.) Adolf Hoffmann war fähig, vor versammeltem Abgeordnetenhause die Ehre seiner eigenen Mutter zu besudeln, wenn es dem Haß gegen eine christliche Kirche dienlich war. Adolf Hoffmann hat am unseligen 9. November aus dem Berliner Königlichen Schloß gemeinsam mit Karl Liebknecht gesprochen. Die Regierung Ebert-Scheidemann wußte, was sie tat; sie ist schuld an der unauslöschlichen kulturellen Demütigung unseres Vaterlandes, da sie an die Spitze aller Schulen und Hochschulen einen Adolf Hoffmann stellte, der sich gern als Kulturminister — — (Zurufe von den Sozialdemokraten: Hat sie nicht getan!) — Die Regierung Ebert-Scheidemann-Haase hat in dieser Weise gehandelt und hat einen Hoffmann, der sich gern einen Kulturminister nannte, in sein hohes Amt berufen, den ich mir gestatte als den Minister für Unkultur zu bezeichnen! (Sehr richtig! rechts.) Herr Adolf Hoffmann hat, als er vor vielen Jahren seine Schrift über die zehn Gebote veröffentlichte, versucht, dieselbe in den Katalog seiner Partei, den der Vorwärtsbuchhandlung, aufnehmen zu lassen. Er erhielt vor dem Parteigericht bescheinigt, daß diese Schrift auf zu niedriger Kulturstufe stehe, als daß sie in einem sozialdemokratischen Katalog Aufnahme finden könnte. Die Regierung der Revolution hat diesen Menschen mit der Pflege der Kultur beauftragt, vielleicht nach dem revolutionären Sprichwort: freie Bahn dem Untüchtigen! In Berlin, dem auch in Zeiten tiefsten Jammers der Witz nicht ausgeht, wird behauptet, der letzte

Erlaß dieses Herrn sei gewesen: der Unterschied zwischen „mir“ und „mich“ ist abgeschafft. (Heiterkeit. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ja, es gibt Herren, die man am besten humoristisch behandelt. Inzwischen ist er ja bereits zur vorübergehenden Erscheinung geworden. Ein Weimaraner, der noch nicht genannt worden ist, hat ihn besiegt, Johannes Falk, mit seinem aus tiefstem persönlichen Jammer hervorgegangenen Liede von der fröhlichen, seligen Weihnachtszeit ist es gewesen. Das christliche Weihnachtslied hat die Erlasse Adolf Hoffmanns siegreich hinweggeschwemmt.

Wie steht es heute? Ich beginne mit dem volkreichen Sachsen. Der sächsische Kulturbeauftragte Herr Buck, dem wir in den Zeiten des verflossenen Reichstags, wo wir mit ihm zusammen arbeiteten, seine Geneigtheit für Gegenstände seines gegenwärtigen Amts noch gar nicht angesehen hatten, erklärte am 21. November 1918 dem trefflichen Präsidenten des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums Dr. Böhme:

> „Bestimmt müsse die oberste Kirchenbehörde mit dem baldigen Wegfall aller staatlichen Aufwendungen für die Landeskirche, ebenso mit der Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule rechnen.“

Am 2. Dezember erging dann die staatliche Verfügung an die Bezirksschulinspektoren:

> Von Neujahr 1919 ab ist der Unterricht in biblischer Geschichte auf der Unterstufe in allen Volksschulen auf zwei Stunden einzuschränken und der Katechismusunterricht ganz einzustellen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Sie hören, daß das durchaus der Auffassung seiner Parteigenossen innerhalb der Koalitionsregierung entspricht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Hört! hört! rechts.) Das sächsische Konsistorium hat mit guten Gründen am 16. Dezember gegen eine solche Verfügung, als wider Recht und Gesetz verstoßend, Einspruch erhoben. In § 37, Ziffer 12, Abs. 2 des Volksschulgesetzes vom 26. April 1873 ist ausdrücklich bestimmt, daß bei Entschließungen über alle Angelegenheiten bezüglich des Religionsunterrichts die oberste Schulbehörde sich mit der kirchlichen Oberbehörde in Vernehmung zu setzen hat. Die Verordnung steht also im Widerspruch mit einer zwingenden Vorschrift des Gesetzes. Und weiter! Nach § 1 des Gesetzes, zur Publikation des Kirchengesetzes wegen Errichtung eines evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums vom 16. April 1873, verbunden mit § 4, 2 des genannten Kirchengesetzes, steht dem Landeskonsistorium die Aufsicht über den Religionsunterricht und die sittlich-religiöse Erziehung in der Volksschule zu. Die Verordnung des Herrn Buck setzt sich über diese gesetzlichen Vorschriften hinweg.

Weiter erschien am 12. Dezember eine Verordnung, deren § 2, 1 bestimmt:

> Die Volksschulen sind als allgemeine Volksschulen für alle Kinder des Schulbezirks ohne Unterschied des Vermögens und der Religion einzurichten.

Herr Buck führte damit wider das Gesetz die Simultanschule ein und beseitigt die Konfessionsschule, ohne den konfessionellen Religionsunterricht sicherzustellen. Das Landeskonsistorium protestierte unter Zustimmung des Synodalausschusses am 23. Januar. Herr Buck antwortete unter Hinweis auf den vorläufigen Charakter seiner Anordnung. Nach den „Dresdener Nachrichten" vom 28. Februar scheint er ein Notschulgesetz vorzubereiten, das den Katechismusunterricht dauernd beseitigen soll. Er hat sich dazu mit den Lehrerkollegien über die Frage des Religionsunterrichts in Verbindung gesetzt; mit den Schulvorständen oder den berufenen kirchlichen Instanzen, deren Mitwirkung bei Gestaltung des Religionsunterrichts ja gesetzlich festgelegt ist, hat er bei Vorbereitung des neuen Gesetzes, soweit meine Nachrichten gehen, keine Verbindung gesucht.

Meine Damen und Herren, vielleicht verstehen Sie die Tiefe der Erregung, die durch das sächsische Volk geht, aus einer Einzelheit, die mir soeben zugeht: Die Bestrebungen auf **Loslösung der Wenden von Sachsen** — die ich bedauere — sind nach ihrem Aufruf in den „Bautzner Nachrichten" vom 22. Februar vor allem mit dieser unchristlichen Gestaltung der Verhältnisse in Sachsen begründet. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das stimmt nicht.) — Sie sagen: das stimmt nicht! Gestatten Sie mir, wörtlich zu verlesen, was dort der Wendische Nationalausschuß schreibt:

> Das moderne Deutschtum ist derjenigen christlichen Glaubensbetätigung, der wir Wenden huldigen, vollständig feind.

Weiter:

> Wir wollen und werden die Herren in der eigenen Heimat sein und einzig und allein darüber bestimmen, daß unsere Jugend in gläubig-christlichem Sinne zu erziehen ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Nachträgliches Fabrikat!)

— Verzeihen Sie, das ist die Erklärung, die von dieser Seite ausgegeben und in Nr. 44 der „Bautzener Nachrichten" wiedergegeben ist.

Des weiteren möchte ich mir erlauben, mitzuteilen, was Herrn Buck von zwei volkstümlichen Verbänden, die in Sachsen auf sozialem Gebiete arbeiten, dem **Kirchlich-Sozialen Bunde** und der Evangelisch-Sozialen Vereinigung, als Albumblatt überreicht worden ist:

> Sie haben durch diktatorische Verordnungen unter Ausschaltung der gesetzlichen Instanzen bestehende kirchliche Rechte verletzt und durch die Trennung von Kirche und Schule entscheidende Schritte der Trennung von Kirche und Staat getan, bevor durch das Zusammentreten der Landesversammlung eine feste Fundamentierung des Staates erfolgt ist. Das steht im Widerspruch zu den uns gegebenen Zusagen und im Widerspruch zu der Bekanntmachung vom 27. Novem-

ber 1918, nach der das Ministerium versprach, Eingriffe in die öffentliche Ordnung zu unterlassen.

Daß nach ihren Verordnungen Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht befreit werden können, berührt die Kirche nicht. Auch wir wünschen, daß in religiöser Hinsicht kein Zwang ausgeübt wird.

Auch in der Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht würden wir an sich keine kirchenfeindliche Maßnahme sehen, da auf kirchlicher Seite diese Aufhebung wiederholt als wünschenswert bezeichnet und zum mindesten die Reformbedürftigkeit der bestehenden Ordnung anerkannt worden ist. Die Aufhebung auf dem Wege einfacher Verordnung ohne Rücksicht auf das im bestehenden Volksschulgesetz geforderte Einvernehmen mit den geordneten Instanzen hat der Maßnahme aber in der Tat einen feindseligen Charakter gegeben.

Eine direkt feindselige Gesinnung gegen die Kirche liegt in Ihrer neuesten Verordnung. Sie haben unter Bruch des Schulgesetzes die Zahl der Religionsstunden um die Hälfte verkürzt und mitten im Schuljahr den Katechismusunterricht beseitigt. Sie haben ferner für Ostern Einführung der Simultanschule verfügt, ohne gleichzeitig einen nach Konfessionen getrennten Religionsunterricht sicherzustellen, auf den die Kirche beider Konfessionen nicht verzichten kann. Damit haben Sie tiefe Erregung im Volke hervorgerufen und zum sozialen Kampf die Gefahr eines Kulturkampfes heraufbeschworen, der gerade in der gegenwärtigen Lage unser Volk sehr schwer erschüttern würde.

Als Vorkämpfer eines sozialistischen Idealismus werden Sie Verständnis dafür haben, daß auch unser Kirchenvolk den Kampf für seine Ideale aufnimmt. Wir wollen unter jeder Staatsform ein christliches Volk bleiben, und werden, wenn es gilt, dafür mit aller Kraft zu kämpfen entschlossen sein. (Hört! hört! rechts.)

In gleicher Weise wie in Sachsen hat die Revolutionsregierung in **Hamburg** die Brandfackel des religiösen Zwistes in die Stadt hineingeschleudert, ja, es ist hier noch ärger verfahren worden. (Sehr richtig! rechts.) In Hamburg ist die Trennung von Staat und Kirche schon vor 1860 eingeleitet und 1870 bis auf unwesentliche Reste durchgeführt worden. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Es liegt also in Hamburg auch nicht der Schatten eines Grundes vor, als übe die Kirche einen bedenklichen Einfluß. In Hamburg handelt es sich ganz eindeutig nicht um einen Kampf gegen die Kirche, sondern um einen **Kampf gegen die Religion.** (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Nach dem Unterrichtsgesetz von 1870 ist in allen Staatsschulen Religionsunterricht nach der evangelisch-lutherischen Konfession zu erteilen. Es soll unter Umständen der Religionsunterricht für Schüler anderer Bekenntnisse ebenfalls vom Staate übernommen werden. Der Staat behielt sich die Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts vor. Geistliche und Kirchenbehörden hatten nichts damit zu tun. Man sieht aus dem Hamburger Beispiel, daß auch die Trennung von Kirche und Schule keinerlei Sicherheit gegen sozialdemokratische Religionsfeindschaft bietet. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Der Arbeiter-

und Soldatenrat in Hamburg beschloß, mit dem 1. Januar 1919 den Religionsunterricht in allen Staatsschulen aufzuheben. Mit einem Schlage war damit der Religionsunterricht für 13 000 Schulkinder restlos beendet, soweit die Staatsmacht reicht. Die Revolutionsregierung Hamburgs — das stelle ich hier vor dem ganzen Volke fest — hat die Hamburger Bordelle erhalten und den Hamburger Religionsunterricht beseitigt! (Hört! hört! rechts und im Zentrum. — Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

In Braunschweig hat man sich nicht einmal damit aufgehalten, Verordnungen zu machen. In diesem Staatswesen, das sich d ch seine Leitung zeitweilig von aller Kulturwelt abschloß, wurden die Kinder der Hauptstadt, 1500 an der Zahl, von den sogenannten Volkskommissaren zu einer antichristlichen Weihnachtsfeier einfach in dem Braunschweiger Dom zusammengebracht. Dort wurden an die Kinder revolutionäre Hetzreden gehalten. Die Kinder betrugen sich den Reden entsprechend in dem altehrwürdigen Gebäude, spielten dort Nachlaufen und benutzten das Gotteshaus zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Über einen Protest der Geistlichen in den braunschweigischen Blättern wider solche Entwürdigung des Kirchengebäudes, gingen die Herren Volksbeauftragten, die ja auch zu vorübergehenden Erscheinungen geworden sind, hohnlachend hinweg. (Hört! hört! rechts und bei den Deutsch-Hannoveranern.)

Über alle braunschweigischen Schulen und damit über allen Religionsunterricht war eine Frau gesetzt, deren Beruf an sich sehr ehrenwert ist, die ihn vielleicht schon wieder ausübt, die aber als Kinologenschließerin doch schwerlich die erwünschte Vorbildung für ihr hohes Amt genossen hatte. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Was die Verordnungen in Braunschweig anlangt, die noch heute gelten, so ist lediglich zu bemerken, daß mit der geistlichen Schulaufsicht auch die Aufsicht der Kirche über den Religionsunterricht beseitigt worden ist.

Wie wird es Ostern in Lippe, Gotha, Reuß, wie wird es hier in Sachsen-Weimar mit Beginn des neuen Schuljahres werden? Man kann nur sagen, daß dies heute noch — Mitte März — in Dunkel gehüllt ist. Hoffentlich wird jene Erklärung berücksichtigt, die am 19. Januar von Jena aus 150 führende Schulmänner Thüringens mit Professor Rein abgaben, und hinter der die Thüringer Lehrerschaft ziemlich geschlossen steht, eine Erklärung für die Erhaltung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen, in der es heißt:

> Den einzelnen Gemeinden soll das Recht gewahrt bleiben, den pädagogischen Religionsunterricht, ohne daß sein Wesen, Vorbereitung selbständiger Glaubensüberzeugung, beeinträchtigt wird, im Geiste einer staatlich anerkannten Glaubensgemeinschaft erteilen zu lassen.

In Mecklenburg gedenken die heutigen Gewalthaber anscheinend den Weg Hamburgs zu gehen. Der Verfassungsentwurf des Freistaates

Mecklenburg-Schwerin fordert in § 61 die konfessionslose öffentliche **Einheitsschule**, das heißt den Zwang für jedes christlich gesinnte Elternpaar, seine Kinder einer religionslosen Schule auszuliefern. Das ist Ihre Freiheit, meine Herren von der Linken! (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Minister **Buck** teilte in einer Sitzung des „Landesrats der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens" am 21. Januar 1919 mit, es sei in Weimar eine **Besprechung der Kultusminister der Einzelstaaten** vorgesehen, um einheitliche Richtlinien für diese Fragen zu schaffen. Er erklärte nach der „Sächsischen Staatszeitung":

> Das Schulwesen ist ein weitverzweigtes Gebiet, das nicht in einem Freistaate der deutschen Republik allein gelöst werden kann.

Man sieht, wie alle alte Kompetenzverteilung zwischen Reich und Einzelstaaten zurzeit flüssig geworden ist. Ich sehe gerade Herrn Kollegen Schulz (Ostpreußen) vor mir. Vielleicht erinnert er sich der Zeit, wo er einmal namens seiner Partei im alten Reichstag für die Beteiligung des Reichs an den Schulfragen eingetreten ist (Abgeordneter Schulz (Ostpreußen): Jawohl!) und wo ich ihm entgegentrat. Wir können bei der völligen Ungeklärtheit aller Zuständigkeiten vor Verabschiedung der Reichsverfassung auch solche Fragen hier zur Sprache bringen, ohne damit irgendwie unsere endgültige Stellungnahme zur Zuständigkeitsfrage festzulegen. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Aha!) — Ja, das kann niemand unter uns, das können auch Sie nicht, weil wir gar nicht die Gestaltung unserer Reichsverfassung heute übersehen können. (Sehr richtig! rechts.) Aber ich glaube, daß wir allerdings unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Recht haben, diese Fragen heute dem Reichsministerium vorzulegen und vor dem ganzen deutschen Volke mit dem „Volkskirchlichen Laienbund" in Sachsen auszurufen:

> Keinen Schritt weiter auf dem Wege gesetzloser Verordnungen. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Aha!) Wir verlangen die sofortige Aufhebung dieser ungesetzlichen Verordnungen. Wir fordern für unsere Kinder die christliche Schule und als ihre Seele den christlichen Religionsunterricht. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. — Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Meine lieben Herren, auf persönliche Angriffe gehe ich hier nicht ein. (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich möchte doch bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen! Sie tragen zum Teil dem Ernst der Verhandlungen nicht genügend Rechnung. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

D. **Mumm**, Abgeordneter: Wie positiv zu verfahren ist, zeigen **Württemberg** und **Baden**. In der Adreßaussprache der

„Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung" erklärte der sozialistische stellvertretende Ministerpräsident Dr. Lindemann:

> Wir in der provisorischen Regierung gehen davon aus, daß über die Verfassung hinausgehende, grundlegende Neuerungen auf dem Gebiete der Staatsverfassung, insbesondere auch auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens, nicht in Angriff genommen werden können.

Bei der Beratung des badischen Verfassungsausschusses im Februar dieses Jahres vertraten alle Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen die Überzeugung, daß der Religionsunterricht ein Pflichtfach in der Schule sein solle. Der demokratische Vertreter betonte, daß jetzt nach dem Kriege mehr denn je die sittliche Erziehung der Jugend Aufgabe der Schule sei, und daß diese des Religionsunterrichts, den niemals ein Moralunterricht ersetzen könne, bedürfe.

Es erfolgte eine Einigung aller Parteien dahin, daß ein Gewissenszwang der Lehrer nicht stattfinde, daß diese die Freiheit erhalten müßten, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen. Einigkeit schien auch darüber zu herrschen, daß dies nicht bloß in den Willen des Lehrers gesetzt werden dürfe, sondern daß er seine religiöse Überzeugung als Hinderungsgrund geltend machen müsse. Allerdings erwähnte das Zentrum auch die praktischen Schwierigkeiten, die sich für die Gemeinden aus einer solchen Weigerung ergäben, und beantragte, daß keine Gemeinde wider ihren Willen zur Übernahme oder Weiterverwendung von Lehrkräften, die den Religionsunterricht zu erteilen nicht in der Lage sind, gezwungen werden dürfe; denn die Lehrer seien der Gemeinden wegen da, nicht die Gemeinden der Lehrer wegen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Der badische Verfassungsausschuß beschloß

> mit 9 gegen 5 Stimmen:
> Religion ist ein Pflichtfach des Schulunterrichts —
>
> und mit 9 gegen 1 Stimme:
> Der Religionsunterricht wird im Auftrage der zuständigen Religionsgemeinschaft erteilt und von ihr überwacht.
>
> Endlich mit 14 Stimmen bei 7 Stimmenenthaltungen:
> Kein Lehrer darf wider seine erklärten Überzeugungen zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme kirchliche Verrichtungen gezwungen werden.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß auch nach meiner Überzeugung auf dem Religionsunterricht religionsloser Lehrer ein Segen nicht liegen kann. (Sehr richtig!) Man hätte längst darauf hinarbeiten sollen, durch andere Stundenverteilung das Joch von den Schultern solcher Lehrer, die im Gewissen bedrängt sind, zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Vielleicht hätten sie dann nach einigen Jahren der Enthaltung, innerlich gereift, den Religionsunterricht mit voller Freudigkeit geben können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man hätte auch manches tun können, um berufsuntüchtig

gewordenen Lehrern den Weg zu anderen, sozial gleichstehenden Berufen zu ebnen. Das religiöse Interesse liegt jedenfalls — so schwierig auch die Durchführung sein mag — dabei, niemanden zu zwingen, Religionsunterricht zu erteilen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was weiter den **Religionsunterricht der Dissidentenkinder** anlangt, so hat der badische Verfassungsausschuß auf den Antrag des Demokraten Holdermann mit 14 gegen 7 sozialdemokratische Stimmen die Aufnahme folgender Worte in die Verfassung beschlossen:

> Kein Schüler darf wider die religiöse Überzeugung der Erziehungsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichts usw. gezwungen werden.

Nach meiner Überzeugung haben die Eltern, die ihr Kind zur Taufe brachten, damit die Verpflichtung übernommen, dieses Kind später dem Religionsunterricht zuzuführen. Wer die Eltern ausnahmslos befragt, verleitet sie, wider die Gewissensverpflichtung, die sie bei der Taufe übernommen haben, zu handeln. Eltern, die durch ihr Verbleiben in der Konfessionszugehörigkeit bekennen, daß sie zu der übernommenen Taufverpflichtung stehen, braucht man nicht erst förmlich zu befragen, sondern kann gegenteilige Erklärung von ihrer Seite abwarten. Nun gar alle Vierzehnjährigen befragen, erscheint mir — erlauben Sie das kurze Wort — unpädagogisch zu sein. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Ich rufe Sie, meine Damen und Herren, auch die Zwischenruferin, zu Zeugen: wenn Sie als Vierzehn- oder Fünfzehnjährige befragt worden wären, ob nicht manche, außer der Sache liegende Erwägung bei Ihrem Ja oder Nein mitgewirkt hätte? (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Anders aber verhält es sich mit den Dissidentenkindern. Schon seit vielen Jahren haben ernste kirchliche Kreise dagegen gekämpft, daß man Dissidentenkinder zum Katechismusunterricht zwingt. Ich erinnere nur an **Adolf Stöcker**. Es liegt kein Segen darauf, wenn das Kind des morgens aus Luthers herrlichem Katechismus aufsagen muß: „Ich glaube an Jesus Christus, Gottes eingeborenen Sohn, unsern Herrn" — und mittags reißen die Eltern über Tisch das zarte Pflänzlein aus der Seele, das der treue Lehrer gepflanzt hat. Es liegt kein Segen auf gewalttätigem Religionsunterricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch religiöses Dürsten und Darben kann zum Segen werden. Davon weiß der Münchener Professor Foerster zu erzählen. Davon weiß auch Adolf Hoffmanns Tochter zu erzählen, die sich treu zur evangelischen Kirche hält. Wenn freireligiöse Eltern wünschen, daß ihre Kinder den Religionsunterricht, der unentbehrlicher Teil deutscher Geistesbildung ist, besuchen, so wird man es ihnen nicht wehren. Ich habe Respekt vor dem Freireligiösen, der mir sagte: durch schwere Kämpfe habe ich mich zu meiner Religionsanschauung durch-

gerungen, mein Kind soll nicht im Spott und nicht in religiöser Unwissenheit aufwachsen, sondern in Freiheit sich entscheiden.

Der viel erwogene Ausweg, Dissidentenkinder am biblischen Religionsunterricht, nicht aber am Katechismusunterricht zu beteiligen, hat viel für sich, unterliegt aber dem Bedenken, daß damit ein sogenannter objektiver, in Wahrheit seelenloser religionsgeschichtlicher Unterricht in die Wege geleitet werden könnte. Dazu neigt ein Vertreter des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Herr Dieterich, der im Februar vor der Berliner Freireligiösen Gemeinde erklärte, der Staat könne nur religionskundlichen Unterricht erteilen. Bereits am 13. Januar hat er in der Philharmonie sechs Sätze Konrad **Haenischs** über Staat, Kirche und Schule mitgeteilt, in denen es heißt:

> Am Religionsunterricht sind Schule und Kirche in gleichem Maße interessiert. Auch eine rein weltliche Schule muß Wert darauf legen, daß ein in erziehungswissenschaftlichem Geist erteilter Unterricht in Religionskunde, der nicht lediglich aus Religionsgeschichte besteht, die Schule zum rechten Verständnis der überwiegend auf religiösen Wurzeln beruhenden Kulturerscheinungen anleitet. Ein solcher Unterricht, der seinem Wesen nach auf das Gemüt wirken muß, darf demnach nicht zu seichter Moralisiererei herabsinken.

Es ist wahrscheinlich, daß Herr Haenisch sich mit solchen Äußerungen zwischen zwei Stühle setzt. Es wird manche auch in der großen Sozialdemokratie geben, die der Auffassung unserer wertgeschätzten Kollegin Frau Zietz und mit einem absprechenden Urteile über den Moralunterricht nicht zufrieden sind. Wer den spindeldürren französischen Moralunterricht, bei dem man bei der Erklärung der Nächstenliebe nicht einmal auf das Gleichnis vom Samariter zurückgreifen darf, ein wenig kennt, wird den Abscheu des Herrn Haenisch gegenüber solcher Einfuhr verstehen. Aber wir müssen auch mit aller Klarheit sagen, daß ein religionskundlicher Unterricht, dem sein Herzstück, die Beziehung auf den lebendigen Gott, genommen wird, niemals als ein Religionsunterricht, dessen unser Volk in allen seinen Schichten bedarf, anerkannt werden kann. Ein solcher religionskundlicher Unterricht ist vermutlich ein interkonfessioneller Unterricht, gegen den man noch auf dem letzten Lehrertag sich gewandt hat. Woher dieser interkonfessionelle Brei zu beziehen ist, wissen die geschichtslosen Vertreter solchen interkonfessionellen Unterrichts selbst nicht anzugeben. Soll das Kultusministerium diese Religion erfinden, jeder Kultusminister oder jeder Lehrer sie gestalten, wie es ihm behagt? Das heißt, die Willkür auf den Thron setzen und ihr die Kindesseele ausantworten. Das erste Recht auf das Kind haben die Eltern. Solange die Eltern in ihrer überwältigenden Mehrzahl einer bestimmten Konfession angehören, muß auch der Religionsunterricht konfessionell sein. Ich ziehe den konfessionellen Religionsunterricht an allen Schulen der Errichtung freier christlicher Schulen, die nur eine Minderheit erreichen, vor. Aber ich ziehe die Errich-

tung freier christlicher Schulen einem religionskundlichen Unterricht vor, der nicht im Glauben des Evangeliums erteilt wird. Mit dem preußischen Volksschulunterhaltungsgesetz halte ich für alle Gegenden, in denen sie eingeführt ist, die Konfessionsschule für die Regel und für die beste Form, gefestigte Charaktere zu gewinnen. Fromme Juden ziehen mit uns an einem Strang. Wir verteidigen in der Konfessionsschule, vereinigt mit weiten liberalen Kreisen, das Erbe Martin Luthers. In der Religion allein kann die Religion die einheitliche Zentralsonne sein. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Was ist denn Religion? — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte doch, solche Zwischenrufe zu unterlassen! Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

D. Mumm, Abgeordneter: — Sie wissen nicht, was die Beziehung auf den lebendigen Gott — das ist Religion — für jeden bedeutet, der sie einmal im Herzen erfahren hat. Sie reden von Dingen, die Sie nicht kennen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Lehrer im Geschichtsunterricht von dem Gotte spricht, der uns aus dem unermeßlichen Elend des 30jährigen Krieges errettet hat, wenn er im erdkundlichen Unterricht erzählt, wie er auf der Wartburg das Lutherstüblein aufgesucht und in Wittenberg an Luthers schlichtem Grabe gestanden hat, wenn das Lesebuch den Geist von Ernst Moritz Arndt atmet, wenn beim Schulausflug Kinder und Lehrer singen: „Den lieben Gott laß ich nur walten" —, so entfaltet die Konfessionsschule und die hinter ihr stehende Schulgemeinde ihre Kraft. Da rufen wir zum gemeinsamen Kampfe auch alle diejenigen auf, deren Ideal die Simultanschule mit konfessionellem Religionsunterricht ist.

Auch wir sind Schulreformer (Lachen bei den Sozialdemokraten) und denken nicht von ferne daran (erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten) — und denken nicht von ferne daran, alles, was auf dem Schulgebiete oder auf irgendeinem anderen Gebiete vor der Revolution bestand, gutzuheißen. Was faul ist, mag fallen. (Wiederholtes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir sind nicht Vertreter irgendwie vergehender Gedanken. Unser Auge blickt in die Zukunft mehr als in die Vergangenheit. Aber man hüte sich vor verfrühtem Aburteilen etwa über das Auswendiglernen der Kinder, ohne das es in keinem einzigen Fach, auch nicht im Deutsch und Rechnen, geht. Reicher, der Vater der heutigen Volksschulpädagogik, sagt: Die Schulkinder, die das Auswendiglernen von Lesestücken in der Schule so sehr beschränken wollen, müssen nicht erfahren haben, welch unaussprechliche und unersetzliche Erquickung solche Gedächtnisschätze in kummervoll durchwachten Nächten gewähren. (Lachen und Rufe: Weltfremd! bei den Sozialdemokraten.) — Wenn Sie das mit Ihren Zwischenrufen weltfremd nennen, dann rufe ich diejenigen unter uns aus allen Parteien auf, die im Felde

die Kraft unserer Kernlieder und Kernsprüche an der eigenen Seele erfahren haben. (Bravo! rechts. — Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Unser Volkskörper liegt totwund darnieder. Ob es eine Krankheit zum Tode wird, entscheidet die Volksseele. Wir sollten den Ernst von Friedrich Naumanns Wort beherzigen: „Wenn das deutsche Volk gottlos wird, so könnt Ihr ihm das Grabgeläute bestellen."

Zur Gesundung unseres Volkes brauchen wir Männer und Frauen voll Verantwortungsgefühl, Gewissenhaftigkeit und Hoffnung, darum Männer und Frauen voll verwegener Zuversicht auf Gott, voll Lebenskraft und Frische, um dem Ungeheuerlichen der kommenden Zeit gegenüber durchzuhalten, und wenn die Welt voll Teufel wär', voll unerschöpflicher Lebenskraft, und wenn auch die kommenden Zeiten im ägyptischen Knechtshause, in der englisch-französischen Lohnsklaverei durch Geschlechter dauern, wir brauchen dazu Menschen, die ihres Gottes froh sind, weil sie durch sein Gericht hindurchgegangen sind. Menschen brauchen wir, deren Frömmigkeit wurzelhaft stark ist, Menschen aus einem Guß, die mit Luther sprechen: Wir haben es auf den Mann, den Herrn Christus, Gottes Sohn, gewagt. Weil wir unerschöpfte und unerschöpfliche Kraft, weil wir den Frieden im Gewissen brauchen, weil wir den nationalen Selbstmord eines immer schnelleren Geburtensturzes vor uns sehen. Darum brauchen wir die christliche Schule. (Bravo! rechts.)

Damit treten wir in harten Gegensatz gegen die Sozialdemokratie, die für alle ihre Richtungen im **Erfurter Programm** sich auf die Worte „Weltlichkeit der Schule, obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen" festgelegt hat. Die Sozialdemokratie steht zu dem Rufe Klara Zetkins in Bremen auf der dritten Frauenkonferenz gelegentlich des Sozialdemokratischen Parteitages: Heraus mit der Religion aus der Schule! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung, die Sie mit dem Worte „Sehr richtig!" zum Ausdruck bringen. (Hört! Hört! rechts.) Bitte, sagen Sie auch zu folgendem Satze „sehr richtig!". Die Sozialdemokratie steht zu dem Programm, alle Eltern zu verpflichten, ihre Kinder in religionslose Schulen zu entsenden; sie will den Eltern nicht einmal erlauben, auf ihre eigenen Kosten freie christliche Schulen einzurichten, sie will alle Kinder in religionslose Schulen zwingen. — Ich danke Ihnen für Ihr wiederholtes „Sehr richtig!". (Stürmischer Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Ich hörte soeben Ihr Wort „sehr richtig!". (Erneuter lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, diejenigen unter Ihnen, die widersprechen, frage ich, ob sie die bezüglichen Sätze des Erfurter Programms anerkennen oder nicht. Wenn Sie die Sätze des Erfurter Programms anerkennen, in denen wörtlich steht: „Weltlichkeit der Schule, obligatorischer Besuch der öffentlichen

Volksschule", dann müssen Sie Ihrerseits auch anerkennen, daß Sie damit alle Kinder unseres Volkes in eine religionslose Einheitsschule zwingen wollen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.) Sie wollen die einzige religiöse Unterweisung — aus diesem Satz, den ich noch nicht gesprochen habe, erklärt sich vielleicht Ihr Widerspruch — Sie wollen die einzige religöse Unterweisung nach Ihrem Programm den Eltern gestatten, Sie wollen nur gestatten, daß Eltern ihre Kinder, die durch den öffentlichen Schulunterricht voll beschäftigt sind, in den kargen Mußestunden zu einem Religionslehrer senden dürfen. Weil wir diese Gefahr klar vor Augen sehen, müssen wir von der Sozialdemokratie ans deutsche Volk appellieren und dürfen uns nicht durch andere Fragen von diesem entscheidenden Punkt abbringen lassen. Es handelt sich nicht darum, ob Einheitsschule oder Schuleinheit anzustreben ist. Es werden viele in unseren Reihen die Verwendung öffentlicher Gelder für besondere Vorschulen bekämpfen.

Die **Deutschnationale Volkspartei** sieht in der **Volksschule** die Grundlage der Bildung im Staat und fordert, daß ihr weitestgehende Fürsorge gewidmet werde. Sie verlangt, daß der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Bildung tunlichst erleichtert werde. Sie will, daß die Schulaufsicht in die Hand von Fachkundigen gelegt werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bekenne, daß ich seit vielen Jahren, wie wir Stöckerianer alle, Gegner der geistlichen Schulaufsicht gewesen bin. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Auf einmal!) — Hier ruft eine Dame: „auf einmal!" Das zeigt doch nur, daß sie die Entwicklung auf unserer Seite bisher gar nicht verfolgt hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber die Deutschnationale Volkspartei will auch, daß die christliche Grundlage in Staat, Familie und Schule erhalten bleibt. Das ist nicht ein beliebiger Satz, sondern eine wesentliche Grundlage unseres ganzen Programms.

Die **Sozialdemokratie** will nach ihrem Programm die religionslose **Einheitsschule** nicht erst für eine ferne Zukunft, sie verlangt im Erfurter Programm die religionslose Zwangsschule im zweiten Teil und stellt die Forderung unter diejenigen, die zunächst durchgeführt werden müssen. Also nicht erst Sozialisierung der Wirtschaft, Sozialisierung der Kindererziehung, das heißt Übernahme der Kinder auf den Staat. Das kommt später. Zunächst verpflichtet das Programm jeden Sozialdemokraten, für die Beseitigung jedes Religionsunterrichts in allen Schulen einzutreten. Ich frage diesen und jenen unter Ihnen, ob er mit voller Freudigkeit zu diesem Programm steht. Wollen Sie die religiöse Gemütsanlage verkümmern lassen? Kann man denn wirklich Anteil nehmen am deutschen Geistesleben in Geschichte, Literatur und Kunst, ohne etwas von Religion zu wissen und zu verspüren? Ein linksstehender Pädagoge, Professor Natorp in Marburg, sagt in seiner Schrift „Religion innerhalb der Grenzen der Humanität":

Wer mit der Religion ganz aufräumen will, muß wissen, daß er sich damit nicht nur von Propheten, Religionsstiftern und Reformatoren, sondern auch von Männern der Aufklärung: von Lessing, Kant, Fichte, ja Goethe und Schiller scheidet. Denn sie waren, in wie freier Form immer, Gottesgläubige. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Wenn Sie das Wort vom Alten Fritz anführen in Ihrem Zwischenruf: „Jeder müsse nach seiner Façon selig werden", so liegt in seiner Sprache nichts Verächtliches darin. Damals — das ist der geschichtliche Ursprung — ist das Wort zum Schutz der Konfessionsschule gesprochen worden. (Sehr richtig! rechts.)

Daß ein Unterricht unter Ausschluß der Religion unvollständig ist, zeigt sich auch in der Bewegung dieser Tage auf **Erhaltung der theologischen Fakultäten.** Der Große Senat der Universität Heidelberg hat soeben die Beibehaltung der theologischen Fakultäten als ihr unbedingtes Recht gefordert und erklärt, durch deren Beseitigung würde die Wissenschaft auch bei Unterbringung der rein theoretischen Gebiete der Theologie in der philosophischen Fakultät einen schweren, unersetzlichen Verlust erleiden. Ähnlich erklärt der Große Senat der Universität Tübingen: eine Beseitigung der dortigen theologischen Fakultäten würde nicht nur eine Verarmung der Tübinger Hochschule bedeuten, sondern würde die schwäbische Kultur an einer der Wurzeln ihrer Eigenart bedrohen. Im gleichen Sinne dürfte noch in dieser Woche die allgemeine deutsche Konferenz der Universitätsrektoren in Halle die theologischen Fakultäten beider Konfessionen als notwendige Bestandteile der Universitäten anerkennen.

Nun noch wenige Worte. In unserem Kampf für die Erhaltung des christlichen Religionsunterrichts stehen alle diejenigen hinter uns, die in der Vergangenheit unseres Volkes am Bau der deutschen Kultur mitarbeiteten, und weitaus die Mehrzahl derer, die heute der Stolz des geistigen Deutschlands sind. Aber solche Berufung auf Vergangenheit oder Gegenwart genügt Ihnen nicht. Die Herren von der Linken wollen uns von der Rechten ja die Vergangenheit lassen: wenn sie unfreundlich sind, die Schuld der Vergangenheit; wenn sie freundlich sind, die Kultur der Vergangenheit. Aber sie bestreiten uns, daß die Kräfte der Vergangenheit auch für die Zukunft bedeutsam sind. Darin liegt der eigentliche innere Gegensatz. Wir sagen: diese Kräfte sind nicht vergangen, sondern sind ewig. Und es gibt keinen nötigeren, keinen herrlicheren Kampf als den um die ewigen Kräfte in der Seele der Jugend. Die Seele der Jugend für den lebendigen Glauben zu gewinnen, ist des christlichen Lehrers herrliche Aufgabe. Ihm dazu zu helfen, lohnt es sich, zu kämpfen. Das sind Kräfte, die wahrlich nicht nur für unsere Vergangenheit, sondern auch für unsere Zukunft ihre Bedeutung haben, wenn anders wir überhaupt eine Zukunft haben sollen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist

das innerlich Schwerste: daß jeder unter uns mit der Frage zu ringen hat, ob wir überhaupt eine Zukunft haben. Hier im Glauben liegen die Kräfte, durch die wir der Zukunft gewiß werden. Darum auch haben wir auf der Rechten die Freude, daß gerade jetzt in dieser Zeit, in der wir unter dem Druck stehen, in der wir nicht die Mächtigen sind, die Jugend zu uns strömt, daß gerade in dieser Zeit so viele aus dem jungen Geschlecht in unseren Gedanken ihr Ziel, die Aufgabe ihres Lebens sehen. Gerade das gibt uns diese Freudigkeit, einzustehen für das, wofür wir kämpfen; denn wir sind des einen gewiß: Wer die Zukunft hat, der hat die Jugend. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort zur Beantwortung der Interpellation dem Herrn Reichsminister Dr. Bell.

Dr. **Bell**, Reichskolonialminister: Geehrte Versammlung! Die Reichsregierung hat, wie ich bereits bei der Aussprache zur Geschäftsordnung bemerkte, den Gegenstand der Interpellation eingehend durchberaten und die Antwort hierauf in einer formulierten Erklärung festgelegt. Der Herr Reichsminister des Innern, der in dringenden Reichsangelegenheiten nach Berlin abberufen worden ist, hat leider wegen der Verkehrsschwierigkeiten nicht rechtzeitig hier erscheinen können. Namens der Reichsregierung habe ich daher folgende Erklärung auf die Interpellation abzugeben.

Wie den Interpellanten bekannt ist, besitzt das Reich gegenwärtig **keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens.** Selbst wenn daher, wie in der Interpellation behauptet ist, gegen Recht und Gesetz einzelne Gliedstaaten tiefe Eingriffe in die bisherige Regelung des Religionsunterrichts vorgenommen oder für das mit Ostern beginnende Schuljahr vorgesehen hätten, wäre die Reichsregierung nicht in der Lage, hierzu Stellung zu nehmen. Inwieweit in der Reichsverfassung Normativbestimmungen über das Unterrichtswesen in den verschiedenen deutschen Ländern aufzunehmen sind, wird bei der Beratung der Artikel 30 und 31 des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs in dem Verfassungsausschuß zu prüfen sein. Auf diese Erklärung muß sich die Reichsleitung bei der gegenwärtigen Rechtslage, insbesondere nach dem geltenden Verfassungsrecht, beschränken. (Zuruf rechts.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage, die Besprechung der Interpellation herbeizuführen.

Präsident: Ich unterstelle, daß die Anregung genügende Unterstützung findet. — Ich stelle das fest. Dann treten wir in die Besprechung

der Interpellation ein. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hellmann.

Hellmann, Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Partei, die deutsche Sozialdemokratie, muß es zunächst freudig begrüßen, daß sich die Herren Interpellanten an die deutsche Nationalversammlung, an die Träger der Souveränität des deutschen Volkes, der entstehenden neuen deutschen Gesamtrepublik, mit dieser Frage gewandt haben, weil sie damit innerlich und auch der Form nach zugeben und damit einen entscheidenden Schritt zur Anerkennung dieses, wie wir meinen, auch durchaus sachlich notwendigen Zusammenhangs tun, daß die großen Fragen der Schule und der Kirche einmal, und zwar möglichst bald und, wie wir meinen, jetzt, der Kompetenz der Reichsgesetzgebung unterstellt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir begrüßen das und hoffen, daß uns die Herren auch helfen werden, die neue deutsche republikanische Verfassung so zu gestalten, daß von dieser Stelle aus die Entscheidungen über die Fortschritte und über die neue, freiheitliche und einheitliche Gestaltung unseres Schulwesens mit Erfolg unternommen werden können.

Die Rede des Herrn Abgeordneten Mumm scheint mir auch — und namentlich in meiner Wesenheit als deutscher Volksschullehrer — ein ganz kennzeichnendes, ja fast krasses Beispiel für die Weise, wie von dem prononzierten Kirchentume aus bisher diese Fragen der Schule und der Kirche und namentlich des **Religionsunterrichts** behandelt worden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sprach der ganze Geist der Unduldsamkeit und des, ich möchte beinahe sagen, ganz unbewußten Herrschertums des Kirchenmannes über die Erziehungsfragen, über die Schule aus seiner Art und Weise, die ja sogar bis zum Katechisieren, bis zum Ausfragen mit uns verfuhr. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nun meine ich doch, die Kirche und namentlich — der Herr Abgeordnete Mumm möge mir es verzeihen, wenn ich das gleich zu Anfang ausspreche — gerade die evangelisch-lutherische Kirche hat doch an dieser ganzen feindseligen Haltung eines immer größeren Teiles unseres Volkes die alleinige Schuld (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), soweit das nicht überhaupt im Zuge der großen Entwicklung liegt. Ich will mit dem Herrn Mumm — zunächst wenigstens — nicht darüber streiten, ob die Religion den Ewigkeitswert und ob das Christentum für alle Zeiten die Lebenskraft hat und haben wird, von der er natürlich ausgeht und nicht ablassen kann. Denn die Kirche kämpft in seinen Worten — das gilt namentlich von der evangelisch-lutherischen Kirche — um ihr Dasein; das müssen wir ohne weiteres zugestehen. Ich meine nicht ihr Dasein, aber daß sie jetzt darum kämpft und kämpfen muß. Darüber will ich zunächst nicht streiten. Uns ist die **Religion**

als eine Erscheinung des großen, aus gesellschaftlichen, im letzten Grunde aus wirtschaftlichen Beweggründen resultierenden Prozesses (hört! hört! rechts) etwas im Laufe der ganzen großen geschichtlichen Entwicklung Gewordenes, sogar im Laufe eines schwachen Menschenalters ständig in sich Wechselndes, schließlich aber einmal, wie gerade unsere Zeit lehrt, doch auch wieder Verblassendes und jedenfalls einmal Verschwindendes. (Erregte Zurufe von den Demokraten und rechts.) Wir können mit Deutlichkeit feststellen — und ich glaube gerade der Abgeordnete Mumm, der doch auch sich soviel auf geschichtliche Dinge eingelassen hat, wird das im Ernst nicht bestreiten wollen —, daß das, was praktisch heute für sehr weite Kreise unseres Volkes noch Religion ist, in früheren Jahrhunderten für diese Kreise etwas ganz anderes war. Ich bestreite ja gar nicht, daß die christliche Religion jetzt noch Lebenskraft hat, und daß sie auch noch eine große Rolle zu spielen hat; aber das Christentum Martin Luthers, jener großen im eigentlichen Sinne religiösen Jahrhunderte, des 16. und 17., ist heute doch nicht mehr; davon sind die Formen geblieben, aber das Leben ist bereits verblaßt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten — Widerspruch rechts), und es verblaßt mehr und mehr. (Erneuter lebhafter Widerspruch rechts.) Etwas ganz anderes aber ist es um die Kirche. Sie ist ganz gewiß — gehen wir einmal auf das Politische und Praktische ein — schuld daran, daß sie jetzt feindselig behandelt wird. Der Abgeordnete Mumm hat auch darauf Bezug genommen. Gerade im Kriege ist die Kirche politisch sehr aggressiv hervorgetreten (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), sie ist durch ihr in weiten Kreisen ihrer Vertreter zur Schau getragenes Wesen fast ganz mit dem Staate, der jetzt zusammengebrochen ist, zusammengegangen. Dadurch hat sie sich doch in einem sehr hohen Grade kompromittiert. (Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, man kann natürlich diese Sache mit dem Religionsunterricht in irgendeinen Zusammenhang bringen. Aber die Art, wie Sie jetzt diese Angelegenheit behandeln, kann ich nicht zulassen. Da könnten wir in diesem hohen Hause Religionsdebatten führen, und das stände immer im Zusammenhang mit der Interpellation. (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Theologische Vorlesungen und philosophische Abhandlungen über die Auffassungen von Religion gehen über den Rahmen unserer Verhandlung hinaus. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Ich bitte, mich anzuhören! Wenn der Präsident spricht, hat niemand dagegen zu reden. Ich habe die Leitung der Verhandlungen (sehr gut!), und ich bitte darauf zu achten! Gerade bei einem solchen Thema muß ich darauf halten, daß der Gegenstand der Tagesordnung eingehalten wird und keine Abschweifungen in einem Umfange beliebt werden, die ins Uferlose führen. Ich bitte Sie deshalb bei Ihren Ausführungen sich auf den Gegenstand der Tagesordnung zu beschränken.

Hellmann, Abgeordneter: Herr Präsident, ich werde sofort auf die Interpellation eingehen. Gestatten Sie mir nur noch ein paar Sätze in dieser gebotenen Abwehrstellung gegen meinen Herrn Vorredner (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); dann werde ich sofort auf das zu sprechen kommen, was mir viel lieber ist und auch mehr am Herzen liegt, die eigentlich brennende Frage, wie sich jetzt die Schule zur Kirche stellen kann und muß.

Ist es nicht wahr, daß gerade sehr stark und sehr bedeutsam in die Öffentlichkeit tretende **Kirchenmänner** sich nicht bloß bemüht haben, den Krieg als solchen zu rechtfertigen, das Blutvergießen als edel, ja sogar als gottgewollt hinzustellen? Gerade das Wiederaufleben des religiösen Gefühls, von dem so viel gesprochen wird, dieses Wiederaufleben der Religion durch den Krieg, wie man sagt, ist eine große Täuschung, wie ich als Soldat mit fast vier Kriegsjahren bezeugen kann, namentlich auch in Rücksicht darauf, wie sehr viele hervorragende Kirchenmänner sich gerade während des Krieges betätigt haben. So hat vor meinen Ohren ein evangelischer Militärgeistlicher in einer Weihnachtsansprache, wo wir wahrhaftig etwas anderes erwarteten, gelehrt: wenn Christus jetzt lebte, dann würde er im Schützengraben stehen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, Sie folgen meiner Mahnung nicht. Ich muß darauf bestehen, daß Sie meiner Mahnung entsprechend Folge leisten. Diese Sache hat mit dem Gegenstande der Tagesordnung absolut nichts zu tun. Lassen Sie das daher fallen, auch wenn Sie es präpariert haben (Heiterkeit), und gehen Sie jetzt zum Gegenstande der Tagesordnung über!

Hellmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, gerade in **Hamburg** ist der **Eingriff** der revolutionären Regierungsgewalt in den **Religionsunterricht** am schärfsten, am energischsten und besonders weitgehend gewesen; gerade in Hamburg war es aber auch, wo zu Anfang des Krieges einer der in jenen Kreisen geschätztesten Geistlichen wiederholt in einer bürgerlichen Versammlung sagte: wir vertrauen auf Gott und den Großen Generalstab. Das sind nur einzelne Beispiele — ich werde nicht in dieser Weise fortfahren —, die uns, glaube ich, erklärlich machen, wie diese Feindseligkeit in das Verhältnis hineingekommen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Eingriffe der revolutionären Regierungsgewalten in die bestehende Rechtslage, in die bestehende Praxis des Religionsunterrichts, die ja in Preußen, Sachsen, Braunschweig, Hamburg ganz verschiedentlich liegen, Verschiedenheiten, auf die ich aber hier nicht eingehen will, mindestens taktisch unklug und unzeitig waren, und daß darüber hinaus diese Eingriffe nicht nur politisch und taktisch unklug, sondern auch taktlos waren. (Zuruf

bei den Deutschen Demokraten: Und doch haben Sie sie vorgenommen!) — Ich komme gleich zu Ihnen, Herr Dr. Blunck. Daß sie auch formal undemokratisch waren, daß sie geschehen sind mit Hintansetzung der Rücksicht und der sachlichen Achtung, die auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung allem Religiösen gegenüber am Platze ist, — alles das ist zuzugeben. Es war eine große, grobe Kurzsichtigkeit auch schon aus pädagogischen Gründen; denn es ist ganz klar, daß gerade durch das Verbot das Gefühl, daß etwas genommen werden sollte, erwachte, und daß gerade dadurch der Religionsunterricht als Faktum erst unterstrichen worden ist. Alles das stehe ich gar nicht an vom Parteistandpunkt sowohl wie von dem des praktischen Lehrers aus zuzugeben. Aber, meine Herren, der Herr Abgeordnete Mumm hat eingangs von dem großen **Petitionssturm** gesprochen. Gerade eine große Reihe Hamburger Geistlicher hat sich dagegen entschieden gewehrt, daß die Religionsfrage und vor allen Dingen die Religionsunterrichtsfrage in so weitem Maße zum Gegenstande des politischen Kampfes, namentlich des Wahlkampfes, herabgewürdigt würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Heraus mit der Religion aus dem Wahlkampf! Die rechtsstehenden Parteien haben namentlich im Bereich der evangelisch-lutherischen Kirche im Wahlkampf zum großen Teil wesentlich mit von diesen Dingen geredet. (Zuruf rechts: Sie sind ja schuld daran!) Da muß man nun doch auch von der heutigen Rede des Abgeordneten Mumm sagen, daß ganz deutlich das Bestreben daraus hervorleuchtete, nicht zu einer sachlich praktischen Lösung dieser Dinge zu kommen, zu einem modus vivendi — wir müssen doch darüber hinaus und darüber hinweg —, sondern auch hier in der Hauptsache diese Frage dazu zu benutzen, die politische Situation für sich auszubeuten (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), einen Gegensatz zum Beispiel zwischen den heutigen Mehrheitsparteien hervorzurufen. Das ist auch nicht vom Standpunkt der gebotenen Rücksicht und der wirklichen Achtung für alles Religiöse diktiert, auch von unserem Standpunkte aus betrachtet.

Nun haben Sie mit großer Emphase die **Gewissensnot** und das Unrecht, das durch diese Eingriffe hervorgerufen worden ist, unterstrichen und ausgebeutet. Das Undemokratische bei diesen Eingriffen, damit wir das nicht verwischen, ist nicht an und für sich das Streben danach, die Schule kirchenfrei zu bekommen, sondern das ist das Vorgreifen. Hier in der Nationalversammlung und eventuell auch in den Landesversammlungen der deutschen Freistaaten, da sind diese Dinge letzten Endes zu entscheiden und festzulegen. Das Undemokratische erblicke ich darin, daß man diesen Entscheidungen vorgegriffen hat. Aber auf der anderen Seite wollen Sie doch nicht vergessen die lange und schwere **Gewissensnot vieler Lehrer**, weiter Elternkreise und vor allen Dingen auch ungezählter älterer Schüler und Schülerinnen (sehr richtig! bei den Sozial-

demokraten), die bisher allerdings nicht so schreiend mit Petitionsstürmen auf den politischen Markt hervorgetreten sind, die in aller Stille, aber darum nicht schmerzloser, Jahr für Jahr getragen und ertragen worden ist und die ihren Grund in der bisherigen Praxis des Religionsunterrichts hat. Diese Not ist auch in der Revolution wie so viele andere seelische Nöte explosiv zum Durchbruch gekommen. Es ist von der Befreiung aus der Gewissensnot gesprochen; das hat man von den maßgebenden Stellen verweigert im alten Staate und in der alten Kirche. Diese alten eingewurzelten Mißstände, deren schonende, ja auch nur ganz bescheidene Reformierung die bisherigen Gewalten in Schule und Kirche immer hintangehalten haben, haben schließlich diese Dinge in der großen revolutionären Gärung zu diesen Erscheinungen geführt, die ich im Interesse der Schule, unseres Volkes und gerade im Interesse der heranwachsenden jungen Seelen ebenfalls beklage. (Hört! hört!) Die seelische Mißhandlung der Dissidentenkinder, der Zwang zum Religionsunterricht, der bisher gegeben war, ist so oft erwiesen und dagegen soviel angekämpft worden. Darüber brauche ich kaum ein Wort zu sprechen, darauf will ich nur hinweisen.

Die unnachgiebige und unversöhnliche Haltung der früheren preußischen Kultusministerien steht auch fest vor aller Welt. Gerade auch in Hamburg war der gesetzliche Zwang bei allen sonstigen Reformen, im Religionsunterricht das **Bekenntnis**, das **Dogma** zu vertreten, das ewig Drückende, das ewig die Seele wund Scheuernde. Wir haben es heute wieder gesehen, daß der Herr Kollege Mumm und alle hervorragenden Kirchenmänner stehen so — ich erinnere nur an den Generalsuperintendent der Provinz Schleswig-Holstein, Herrn Kaftan —, daß jeder Religionsunterricht, der versucht, aus psychologischen und pädagogischen Gründen das Dogma auszuschalten und in Wirklichkeit, sagen wir einmal erträglichen menschlichen Religionsunterricht zu erteilen, abgewiesen und verhöhnt wird. Da redet man von Brei. Das ist gerade das, was die ganze Frage vergiftet hat; und angesichts der Tatsache, daß die weit überwiegende Mehrheit in der deutschen Lehrerschaft selbst nicht mehr auf biblischem Standpunkte steht, daß eine wachsende Zahl deutscher Familien doch das Christentum nur als Gewohnheitssache, nur als eine gesellschaftliche Gewöhnung — es ist von der Taufe, von der Konfirmation gesprochen worden, das beziehe ich alles mit dahinein — dem Christentum noch anhängt, ist das bisherige Verhalten der entscheidenden maßgebenden Gewalt in Staat und Kirche die Ursache dieser Gewissensnot.

Wie ist es denn wirklich in der Schule? Sie müssen mir erlauben, daß ich hier auf die besonders schwierigen Verhältnisse in der **großstädtischen Volksschule** exemplifiziere. Wie ist es denn dort? Da kommen auf dieselbe Schulbank die Kinder aus den sehr großen

Kreisen derer, die der Religion innerlich fremd gegenüberstehen. Es müßte doch wirklich anerkannt und zugegeben werden, daß tatsächlich in der Großstadt, aber auch schon viel weiter hinaus, die bisherige Machtstellung der evangelischen Kirche lediglich dem weitverbreiteten Indifferentismus verdankt wird, der Gleichgültigkeit, die die große Menge unserer Volksgenossen kirchlichen und religiösen Dingen gegenüber betätigt. Dann kommt weiter eine Minorität von Kindern aus religiös interessierten Kreisen, die auf liberal-religiösem Standpunkt stehen. Dieser Standpunkt ist natürlich kein einheitlicher, sondern er hat wieder eine Fülle von Nuancen. Ein noch kleinerer Teil von Kindern stammt weiter aus solchen Elternkreisen, die positiv christlich sind. Auf die konfessionellen Unterschiede will ich gar nicht eingehen, weil in den Großstädten unsere katholischen Volksgenossen auch da, wo sie in der Minderheit sind, ihre eigenen Schulen haben. Diese Fälle von verschiedenen Spielarten des — sagen wir einmal technisch, nicht tatsächlich — religiösen Lebens, die Kinder aus all diesen Schichten kommen nun in die Schule und sollen von demselben Lehrer in derselben Stunde einen vorgeschriebenen Religionsunterricht empfangen. Da kann immer nur eine, höchstens können einige sehr nahestehende Nuancen dieser verschiedenen Bekenntnisse befriedigt werden. Die übrigen stehen dem Unterricht — das ist bei den meisten der Fall — gleichgültig, zu einem Teil abweisend und innerlich ablehnend gegenüber. Darüber kommt die heutige Schule nicht hinweg.

Darum ist **aus der Lehrerschaft** heraus eine nicht erst durch die Revolution hervorgerufene, nicht erst in den letzten Jahren, sondern seit langen Zeiten her eine wachsende **Reformbewegung** in bezug auf die Gestaltung des **religiösen Unterrichts** in der Schule entstanden. Daß diese Reformbewegung praktisch so wenig Licht und Luft hat gewinnen können, das gerade ist im innersten Kern die Schuld, die sich jetzt so sehr rächt. In Sachsen hat zum Beispiel der überwiegende Teil der **Volksschullehrerschaft** bereits vor 10 Jahren auf einem großen Vertretertag in Zwickau sich auf folgenden Boden gestellt. Diese **Thesen** sind von 3000 Delegierten gegen nur 12 Stimmen angenommen. Es ist also wirklich ein Votum der sächsischen evangelischen Lehrerschaft. Es heißt darin:

1. Religion ist ein wesentlicher Unterrichtsgegenstand (hört! hört! rechts) und der Religionsunterricht eine selbständige Veranstaltung der Volksschule. (Hört! hört! rechts.)

— ja, hören Sie nur weiter —

2. Er hat die Aufgabe, die Gesinnung Jesu im Kinde lebendig zu machen. (Hört! hört! rechts.)
3. Lehrplan und Unterrichtsform müssen dem Wesen der Kindesseele entsprechen (sehr richtig! rechts), und Festsetzungen darüber sind ausschließlich Sache der Schule. Die kirchliche Schulaufsicht über den Religionsunterricht ist aufzuheben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

4. Nur solche Bildungsstoffe kommen in Betracht, in denen dem Kinde religiös-sittliches Leben anschaulich entgegentritt. Der Religionsunterricht ist im wesentlichen Geschichtsunterricht. Im Mittelpunkt hat die Person Jesu zu stehen. Besondere Beachtung verdienen außer den entsprechenden biblischen Stoffen auch Lebensbilder der religiösen und sittlichen Kultur auf dem Boden unseres Volkstums mit Berücksichtigung der neuen Zeit. In ausgiebiger Weise sind die Erlebnisse des Kindes zu verwerten.
5. Die Volksschule hat systematischen oder dogmatischen Religionsunterricht abzulehnen. Der Katechismus kann nicht Grundlage und Ausgangspunkt der religiösen Jugendunterweisung sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er ist als religiös-geschichtliche Urkunde und evangelisch-lutherische Bekenntnisschrift zu würdigen.
6. Der religiöse Lernstoff ist nach pädagogisch-psychologischen Grundsätzen neu zu gestalten (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) und wesentlich zu kürzen, der Lernzwang zu mildern.
7. Der Religionsunterricht soll vor dem 3. Schuljahr nicht als selbständiges Unterrichtsfach auftreten. Die Zahl der Stunden ist, damit das kindliche Interesse nicht erlahmt, auf allen Unterrichtsstufen zu vermindern.
8. Der gesamte Religionsunterricht muß in Einklang stehen mit den gesicherten Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung und dem geläuterten sittlichen Empfinden unserer Zeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das war schon vor 10 Jahren der Standpunkt der sächsischen Lehrerschaft. Diesem Standpunkte ist die Kirche und ist auch das bisherige staatliche Schulregiment nicht im geringsten entgegengekommen. Dem hat man widerstrebt, solange man die Macht hatte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt kämpft die — mit meinen Augen gesehen — allmählich versinkende Kirche um ihr Dasein. (Lebhafter Widerspruch und Rufe: Oho! im Zentrum und rechts. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, eine solche Ausdrucksweise verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Gegen eine Institution, die von einem großen Teil des Volkes als etwas Heiliges angesehen wird, in dieser Art vorzugehen, ist ordnungswidrig. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts. — Große Unruhe.)

Hellmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, der „Deutsche Lehrerverein" hat kürzlich als Forderungen der gesamten deutschen Lehrerschaft **Thesen zum Religionsunterricht** aufgestellt, die ebenfalls zum heutigen Thema gehören. Gestatten Sie, daß ich Ihnen die Thesen unterbreite. Sie lauten:

1. Die öffentliche Schule kann nur Religionsunterricht in dem Sinne erteilen, daß sie Religion als vorhandene Bildungsmöglichkeit ohne jeden Gewissens- und Bekenntniszwang übermittelt.

2. Für die sittliche Belehrung sind alle geeigneten Unterrichtszwecke nutzbar zu machen. Ein Sittenunterricht als besonderes Unterrichtsfach ist abzulehnen.
3. Die Einführung in das Bekenntnis einer bestimmten Religionsgemeinschaft ist nicht Aufgabe der Schule.
4. Irgendwelches Recht, den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen zu leiten oder zu beaufsichtigen, steht den Religionsgemeinschaften nicht zu.
5. Um jede Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit auszuschließen, muß es zulässig sein, a) daß ein Lehrer aus Gewissensbedenken die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnen kann, ohne daß ihm in bezug auf seine amtliche Stellung Nachteile erwachsen b) daß Kinder vom Religionsunterricht befreit werden, wenn die Eltern aus Gewissensbedenken die Befreiung fordern.
6. Bei der Anstellung der Lehrer kann das Bekenntnis in der Weise berücksichtigt werden, daß an Orten, deren Bewohner sämtlich oder in überwiegender Mehrzahl demselben Bekenntnis angehören, nur Lehrer dieses Bekenntnisses angestellt werden, und daß in Orten mit gemischter Bevölkerung die Lehrer nach dem Zahlenverhältnis der Schüler den verschiedenen Bekenntnissen entnommen werden.
7. In den privaten Lehr- und Erziehungsanstalten können Religionsunterricht und Bekenntnisübung völlig frei ausgeübt werden.

Sehen Sie, das sind, meine ich, alles Mittel, Schritte, Versuche gewesen, um unter aller Rücksichtnahme und Schonung in der Religionsfrage, in dieser heikelsten Frage unseres öffentlichen Schulwesens, weiterzukommen. Aber alle diese Bestrebungen sind aus dem Machtbedürfnis heraus zurückgehalten worden. Das ist das — ich betone es noch einmal —, was die Frage vergiftet.

Nun geht meine Partei, und ich mit ihr, und geht auch eine Minorität — das will ich selbstverständlich zugestehen — in der deutschen Lehrerschaft noch einen Schritt weiter, weil wir auch bei allen Versuchen, um die klare Entscheidung herumzukommen, uns nicht beruhigen können, weil wir darin eine endgültige, grundsätzliche Lösung der Frage des Religionsunterrichts — ich betone immer wieder: in der öffentlichen Schule — noch nicht finden. Wir gehen einen Schritt weiter nicht nur aus unserer Weltanschauung heraus, sondern — ich nehme das wenigstens für meine Person voll in Anspruch — aus unserer langjährigen pädagogischen Beobachtung und unserem psychologischen Studium an der Kinderseele heraus. Auch der Religionsunterricht, sofern er in gesonderten Stunden in der Schule erteilt wird, der sich vom Dogma frei hält, der es versucht, einen interkonfessionellen, ganz allgemeinen Charakter zu bewahren, stößt schließlich immer wieder auf die alte Schwierigkeit: denn hinter allem, was mit der Religion im Zusammenhang steht, auch wenn die Sache nur geschichtlich behandelt wird, erhebt sich, soweit es sich um einen ausgesprochenen Religionsunterricht handelt, in dem fragenden, zum Lehrer aufgeschlagenen Auge des Kindes immer die Frage nach dem kirchlichen Bekenntnis des Lehrers. Und weil wir darum nicht

herumkommen, müssen wir uns, um völlige Gewissensfreiheit in der Schule zu haben, zu dem Schritt entschließen, den Religionsunterricht als gesonderten Unterricht **aus der Schule** vollständig zu entfernen. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Wir gehen also damit über diese Reformbestrebungen hinaus. Wir kommen zu diesem Standpunkt — wie ich noch einmal kurz zusammenfassen möchte — von zwei Ausgangspunkten her, auf die ich gleich noch kurz eingehen werde. Darum ist es ja auch gar kein Wunder, daß die in dieser Frage seit Jahren kämpfende und ringende **Hamburger Volksschullehrerschaft** sogar in ihrer Mehrheit den Beschluß des Arbeiterrats, den Religionsunterricht schon am 1. Januar aus der Schule zu entfernen, hervorgerufen hat. Allerdings wollte sie damit nicht diese Härte, diese Plötzlichkeit gutheißen; die hat sie auch nicht vorausgesehen. Der Lehrerrat ist in den Revolutionstagen in einer so großen Versammlung von Lehrern gewählt worden, wie sie in Hamburg noch nicht zusammen war; auch die Oberlehrer an höheren Schulen und auch Privatschullehrer haben daran teilgenommen. Die Versammlung hat sich auf den Standpunkt der vollen Weltlichkeit der Schule gestellt, ebenso wie übrigens auf den Standpunkt der Reichsschulgesetzgebung, der Einheitsschule, der demokratischen Schulverwaltung. Der aus dieser Versammlung heraus gewählte Lehrerrat hat die volle Weltlichkeit der Schule unter anderen Dingen zunächst für sich rein akademisch zum Beschluß erhoben. Nachdem der Arbeiterrat von diesem nur prinzipiellen Beschluß Kenntnis genommen hat, hat er diesen Beschluß sofort praktisch durch das ergangene Verbot verwertet, dem sich die Schule auch hat fügen müssen, schon vom 1. Januar 1919 ab ohne weiteres die bis dahin in den Schulen vorhandenen zwei wöchentlichen Religionsstunden zu streichen.

Wie ist die Lehrerschaft der zweitgrößten Stadt des Deutschen Reichs zu dieser Stellungnahme gekommen? Diese Tatsache ist doch jedenfalls etwas, was jedem Menschen, ganz gleich, auf welchem Standpunkte er sonst steht, zu denken gibt, und die erklärt sein will. Ich meine, diese Stellungnahme, die eine Übereinstimmung mit dem Programm der Sozialdemokratie, für die Mehrheit aus völlig unpolitischen Gründen, darstellt, ist erwachsen aus einem langen inneren Ringen; dazu sind wir gekommen — ich komme jetzt zu dem, was ich vorhin gern sagen wollte — von zwei Hauptgedankengrundlagen aus. Es ist zu fordern die Entfernung des Religionsunterrichtes, auch eines interkonfessionellen, aus der Schule erstens einmal, um es kurz zu sagen, der Religion halber, der Religion selbst wegen. Die Religion in ihrem eigentlichen Kern und Wesen — ich akzeptiere die Definition des Herrn Abgeordneten Mumm —, die Religion als solche ist eben nicht lehrbar. Die Religion kann erlebt werden, aber sie kann nicht gelehrt und erlernt werden. Schon darum ist der Religionsunterricht in besonderen, besonders religiös betonten Stunden — ich möchte in diesem kurzen Worte vieles, was ich

noch sagen wollte, zusammenfassen — innerlich unmöglich —, ich möchte das noch einmal unterstreichen —, weil immer wieder das Bekenntnis dahinter steht, immer wieder die Pilatusfrage: was ist Wahrheit? Der Religionsunterricht ist, von diesem Standpunkte aus gesehen, ein Widerspruch in sich, und nun gar die bisherige Praxis des Religionsunterrichts. Für die Religion Zeugnisse zu bekommen, in der Religion Prüfungen zu veranstalten, das alles sind nach meinem innersten Gefühl Unmöglichkeiten. Man kann nicht die Religion eines Kindes zensieren und man kann nicht die Religion prüfen und abhören, und hinter dem religiösen Wissen steht immer das Bekenntnis.

Nun ist der Herr Abgeordnete Mumm — das war mir sehr interessant — auch auf den religiösen Memorierstoff eingegangen. Ja, der war ein ganz besonderes Kreuz. Da ist bisher besonders gesündigt. Aber ich will hier alle die Nichtschulmänner nicht behelligen mit diesen ganz besonderen Lehrerschmerzen. Ich will statt dessen nur ein ganz kurzes Wort zitieren:

> Wem die Schule 8 bis 12 Jahre lang mindestens zweimal wöchentlich alle Tiefen und Höhen der Religion „erklärt" hat,

— erklärt ist hier in Anführungsstriche gesetzt —

> wem das geschehen ist, der hat für Zeit und Ewigkeit genug davon. Die Schule hat dann den Aberglauben unauslöschlich in die Seele hineingetrieben, daß die Religion eine Lehre sei, die man für wahr halten müsse, wenn möglich auf Grund von Beweisen.

Nicht die Religion ist ein Aberglaube — verstehen Sie mich beileibe nicht falsch —, aber die Anschauung, daß die Religion eine Lehre sei, daß man diese Lehre für wahr halten müsse, wenn möglich auf Grund von Beweisen.

> Dieser Aberglaube ist gerade das, was uns in religiösen Dingen am meisten beschwert.

Der Herr Abgeordnete Mumm hat in der Religionsfrage einen Volkswirtschaftler zitiert. Ich habe eben, weil ich glaubte, das entspricht mehr dem inneren Zusammenhang, einen Pfarrer zitiert, den Pfarrer Bonus. (Zuruf rechts: Ist nicht mehr Pfarrer!)

Der religiöse Lehrstoff, namentlich im allerengsten Sinne, der religiöse Lernstoff in seiner Fülle und in seiner für das Kindesalter in mancher Beziehung verständnislosen Form hat, ganz abgesehen von dem grundsätzlichen Standpunkt zu diesen Dingen, den Religionsunterricht praktisch herabgewürdigt und zu einer Elendstraße in der Schule gemacht. Demgegenüber möchte ich als Areligiöser an das Wort Jesu erinnern: Ihr sollt nicht plappern wie die Heiden. Im Religionsunterricht ist gegen dieses Verbot unendlich viel gesündigt worden. Es ist unendlich v i e l g e p l a p p e r t worden. Wenn das aufhörte, glauben Sie mir das, dann hätte die Religion einen größeren

und einen tieferen Platz in manchem deutschen Schülerherzen, als es heute der Fall ist. Wenn ich — die Herren katholischen Kollegen wollen mir das verzeihen — mich noch einmal als ehemaliger Lutheraner äußere: wenn unser schönes lutherisches Bibeldeutsch uns nicht durch das ewige Traktieren, durch das Auswendiglernen während acht Jahre in der Schule verekelt würde, dann wäre die **Bibellektüre** für reife erwachsene Menschen, aber auch gerade für die jungen aufnahmefähigen Gemüter um das 15., 16. und 17. Jahr herum ein Vollgenuß, ein literarischer Genuß. Aber sie ist vielen, vielen Menschen durch dieses Schultraktieren und dieses Schulplappern in der Religion verekelt worden. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das beweist nichts gegen die Bibel!) — Das soll es auch beileibe nicht. Im Gegenteil, ich möchte der Bibel als literarischem Stoff wieder Boden gewinnen helfen im deutschen Hause. Aber dann soll sie kommen, wenn der heranwachsende Mensch dazu reif geworden ist, und dann soll nicht so unendlich viel Unverstandenes vorweggenommen werden. Darum sage ich: Ihr sollt nicht plappern wie die Heiden!

Zweitens wollen wir den Religionsunterricht — nicht die Religion! — aus der Schule entfernen der Kinder halber. Gerade wo er jetzt seinen breitesten Raum einnimmt, in der Epoche des wachsenden Verstandes bei den Kleinen vom 11. bis zum 14. Jahre, wo das Kind überwiegend mit dem Verstande aufnimmt, da möge das Wissen von der **Religion** als einer geschichtlichen Erscheinung seinen Platz **im Geschichtsunterricht** finden, meinetwegen **im Literaturunterricht**, wo es hingehört. Dann wird dieses Wissen von der Religion nicht in einem für das Kind unlöslichen inneren Widerspruch mit dem stehen, was es in anderen Fächern lernt, zum Beispiel im naturwissenschaftlichen Unterricht. Das ist auch so ein Widerspruch, über den die bisherige Schule nicht hinauskommt. (Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Ist gar kein Widerspruch vorhanden!) — Jawohl! — In dieser Epoche des wachsenden Verstandes vom 11. bis zum 14. Jahre — nur im allgemeinen gesprochen, das ist natürlich individuell verschieden — möge das Wissen von der Religion da, wo es hingehört, im Literaturunterricht, im Geschichtsunterricht, Platz greifen. Auch uns allen lieb gewordener Lesestoff könnte hier als literarisches Kulturgut in der Schule verbleiben. Ich verzichte nicht auf die altisraelitische Schöpfungslegende, noch viel weniger auf die schöne Legende von Bethlehem, aber sie soll man hineinstellen in die Literaturstunde, und wo es sich um anderes Wissen von der Religion handelt: in die Geschichtsstunde. Es soll des Kindes wegen vermieden werden, daß immer dahinter der Katechismus, das Bekenntnis steht: das mußt du für wahr halten, daran mußt du glauben. Ich kann mich deutlich entsinnen, nicht als Kind, wohl aber bald darauf als junger Mensch, wie mich diese Fragen tief gequält und erregt haben, und daß ich lange Jahre darüber nicht hinauskonnte.

Gerade aus diesem innersten Bedürfnis nach Wahrheit heraus, stellen wir die Forderung: der Religionsunterricht und das Bekenntnis muß heraus; alle wertvollen Kultur- und literarischen Güter, die jetzt mit dem Religionsunterricht verknüpft waren, sollen deswegen nicht aus der Schule. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, auch diese Debatte muß schließlich ein Ende nehmen. Wenn es so fortgeht, werden wir mehrere Tage mit dieser Interpellation zu tun haben. (Sehr richtig!) Ich habe vorher kein Zeitlimit vereinbart und habe Sie deshalb nicht unterbrochen; aber es ist ein halbes Einverständnis gewesen: eine halbe Stunde bis dreiviertel Stunde für den einzelnen Redner. Sie sprechen nun schon annähernd eine volle Stunde, und ich befürchte, daß Sie nach dem Material, das vor Ihnen liegt, noch ein paar Stunden über das Thema reden. (Heiterkeit) Damit wird die Sache nicht gefördert, und unsere Geschäfte erlahmen in einer Art und Weise, daß ich es als Vorsitzender nicht verantworten kann. (Bravo!)

Ich möchte Sie also bitten, jetzt zum Schluß zu eilen. Ich muß doch hernach eine Mittagspause eintreten lassen, es sind so viele Redner gemeldet, und nachdem nun die Rede den Umfang angenommen hat, kann ich auch den anderen keine besonderen Zügel anlegen. Der Nachmittag geht für die Kommissionen schon verloren, und ich möchte beinahe der Meinung sein: es ist Zeit verloren und nichts gewonnen. (Sehr richtig! rechts. — Große Unruhe bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Das hätten Sie Mumm sagen müssen!) — Meine Herren, Mumm war Interpellant. Bei all den verschiedenen Interpellationen, die wir bisher hatten, ist den Interpellanten die Zeit nicht beschränkt worden. Das ist ein Grundsatz, der gegenüber jeder Interpellation gelten soll. Bei der Besprechung ist das etwas anderes. Aber ich habe auch hier jetzt nicht irgendeine Zeitbeschränkung walten lassen, ich habe nur, nachdem nun eine Stunde vorüber ist und das Haus mit Materien schon sehr ausführlich befaßt worden ist, die mit dem Gegenstand der Tagesordnung nicht direkt im Zusammenhang stehen, jetzt im Interesse der Sache geglaubt eingreifen zu müssen. (Sehr richtig!) Ich bitte den Herrn Redner, nun fortzufahren.

Hellmann, Abgeordneter: Ich werde dem hohen Hause jetzt so wenig wie möglich noch von der kostbaren Zeit rauben. Die Breite meiner bisherigen Ausführungen, die Sie gütigst entschuldigen wollen, glaube ich aber doch damit entschuldigen zu können, daß diese Dinge mich selbst und unser Volk, wie ja gerade der Herr Interpellant ausgeführt hat, tief bewegen, und daß es sich hier wirklich um eine der allertiefsten Herzensfragen handelt.

Ich will aber zum Schluß eilen. Nach dem Alter, wo das Kind der Volksschule bisher mit dem 14. oder 15. Lebensjahr entwachsen ist,

folgt das eigentliche Pubertätsalter, wo das Gefühlsleben überwiegt, wo es gerade nach Stoffen, die der bisherige Religionsunterricht auch enthielt, dürstet, wo seine Seele nach Heldenhaftem lechzt. Da lehnt der Mensch, wie ich an mir selbst und an Tausenden von jungen heranwachsenden Menschen, die durch meine Hände gingen, erfahren habe, mit einem gewissen inneren Schauder gerade eine solches Verfahren ab, daß man ihm Stoffe aufnötigt, daß man ihm feste Bekenntnisformen oder sonstige Formen einprägt. Der vielfach zu bemerkende Haß, der in einem gewissen Entwicklungsalter geradezu üble Haß gegen religiöse Dinge ist eigentlich nur enttäuschte Liebe; da ist der natürliche jugendliche Idealismus falsch geleitet und falsch genährt, und da muß eine Wandlung eintreten. Das betrifft nun wesentlich die höheren Schulen, aber wir werden ja hoffentlich zu einem Schulwesen kommen, bei dem auch das **volksschulpflichtige Alter ausgedehnt** wird. Da ist der Platz, wo die **religiöse Persönlichkeit** eine Notwendigkeit für den heranwachsenden Menschen ist, da will er religiöse Helden sehen, da ist der Platz, wo in einer freien Lebens- und Lehrgemeinschaft von einem Lehrer, der in seinem ganzen Herzen religiös durchtränkt ist, einem solchen Menschen wirkliche Religion vorgelebt werden kann, und wo ein Jesus von Nazareth als eine solche menschliche Heldengestalt, ebensogut aber auch ein Sokrates und meinetwegen auch ein Buddah, wo Luther, ein religiöses Genie, und mit demselben Recht auch Ignatius von Loyola als ein religiöses Genie vorgeführt werden kann, also religiöse Helden und religiöse Ketzer; diese Ketzer sind ja häufig die allerreligiösesten gewesen, wie Loyola selbst ja auch einmal als Ketzer in Verdacht kam. Also da ist eine Möglichkeit der religiösen Erziehung, aber auf dem Boden der vollen Objektivität und der Ablehnung jeder Festlegung eines Bekenntnisses und jeder Gewissensfesselung. Wenn das möglich ist und soweit das möglich ist, so weit und so lange wird Religion im deutschen Erziehungswesen bleiben. Das ganze Schulwesen soll eben gar nicht ein religionsloses oder gar religionsfeindliches sein. Das ist eine Verfälschung des ganzen Standpunktes. Wir wollen die Religion als besonderen Unterricht aus der Schule heraus haben, die öffentliche Schule soll kirchenfrei sein im Interesse der Freiheit der vollen menschlichen Entwicklung der heranwachsenden Jugend einerseits und gerade auch im Interesse der Religion andererseits.

„Welche Religion ich bekenne? — Keine von allen, die Du mir nennst. Und Warum keine? — Aus Religion!" Dieser alte Schillersche Standpunkt läßt sich, wenn Sie ihn zu Ende denken, gerade mit diesen sozialistischen religionsfreien Gedankengängen vereinigen. Die reine, duldende Menschlichkeit, wie sie aus dem „Nathan" Lessings spricht, das ist das, was wir als das Ideal ansehen. Durch die bevorzugte Stellung der Kirche in der Schule wird die Schule dem Leben feindlich und dem anderen Erleben der Kinder draußen im Leben ihrer Familie entgegengesetzt.

Nun aber — und das ist das letzte, womit ich mich zu befassen habe — war es offenbar eine Härte und eine praktische Unmöglichkeit — und darum war es auch ein falscher Schritt, den die revolutionären Regierungen in den vom Interpellanten namhaft gemachten Ländern Deutschlands getan haben —, **es war eine organisatorische Unmöglichkeit, zu verlangen, daß die Kirche von heute auf morgen** für diejenigen, die einen dogmatischen, einen konfessionellen Religionsunterricht haben wollen, ohne weiteres Hilfe schafft. Sie hat nicht die Organe dazu, sie hat auch die sonstigen finanziellen und personellen Mittel nicht dazu. Das wird von einer Partei, die so sehr auf Organisation und auf gleiches Recht gestellt ist wie die unserige, ohne weiteres zuzugestehen sein. **Es wird da also ein Übergangsstadium notwendig sein,** und das denken wir uns so:

Die öffentliche Schule wird kirchenfrei. Das ist der oberste Satz. Während eines genügend langen Übergangsstadiums aber nimmt die öffentliche Schulorganisation Rücksicht auf das Bedürfnis derjenigen Kinder, die weiter Religionsunterricht wollen, und zwar muß der Stundenplan der Schule so gestaltet sein, daß, sei es vormittags, sei es nachmittags — das ist eine rein praktische Frage — die Zeit für diesen Unterricht bleibt. Zweitens: Die Räume der Schule — darin liegt nichts Unmögliches — können, wenn die Kirche nicht selbst bessere und geeignetere hat, für diese Zwecke bereitgestellt werden. Weiter: Es kann uns und der öffentlichen Schule von sich aus, wenn sonst nur wirklich die Trennung von der Kirche Platz greift, gleichgültig sein, wer in diesen Räumen den Religionsunterricht erteilt, ob es ein Geistlicher oder ein anderer Beauftragter ist. Ich wünsche der Kirche, daß sie sich wahrhaft demokratisch neu organisiert, daß sie eine Volkskirche wird, weitab von den Idealen des Abgeordneten Mumm, daß sie eine Massenorganisation wirklich wird, aber auf sich gestellt, rein auf sich. Ich glaube, es gibt in England und Amerika viel mehr echte, wirkliche und ehrliche Gottesfurcht und wirkliches Christentum als in Deutschland. Es ist also auch möglich, daß in Bälde der Kirche Kräfte aus dem Laientum heranwachsen, die neben dem Geistlichen und unter Führung des Geistlichen in der Lage sind, Religionsunterricht zu erteilen. Es können natürlich auch Lehrer sein, die es dazu zieht, die wirklich religiös sind. Es entwickeln sich dann freie Lehrgemeinschaften, Gemeinschaften, die zu wahrhaften Lebensgemeinschaften auswachsen können. Da sammeln sich alle die verschiedenen Nuancen. Auch das ist möglich: Es braucht nicht der Kirche allein die Einrichtung und die Entscheidung darüber obzuliegen, es kann auch aus der freien Eltern- und Schulgemeinschaft heraus wachsen. Aber da treffen sich dann die Gleichgläubigen und Gleichfühlenden zusammen, meinetwegen in den Räumen der Schule, wenn vorläufig noch keine anderen zur Verfügung stehen.

So kann ein erträgliches Übergangsstadium geschaffen werden. Aber vorläufig muß zunächst einmal der Satz festgelegt werden: Die Schule muß im Interesse der Religion, im Interesse des Kindes kirchenfrei sein, das heißt frei von dem in besonderen Stunden erteilten Religionsunterricht. Das ist eine, wie wir meinen, wirklich erträgliche Trennung der Kirche und der Schule. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Herr Redner, ich habe Sie vorhin im Laufe Ihrer Rede dahin verstanden, daß Sie von der „versimpelten" Kirche gesprochen hätten. Ich habe dann, da Zweifel über den Wortlaut laut geworden sind, mir das Stenogramm kommen lassen und ersehe aus dem Stenogramm, daß Sie diesen Wortlaut nicht gebraucht haben, sondern den Wortlaut von der „allmählich versinkenden" Kirche gebraucht haben. Diesen Wortlaut hätte ich mit einem Ordnungsruf nicht belegt. Ich nehme deshalb den erteilten Ordnungsruf zurück.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Mausbach.

Dr. **Mausbach**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Gröber hat bereits in seiner ersten Rede in diesem Hause auf die beklagenswerten Maßnahmen einzelstaatlicher Regierungen hingewiesen, die während der augenblicklichen Bedrängnis unseres Vaterlandes auch noch störend in das Verhältnis von Staat und Kirche eingegriffen haben. Er hat damals gewünscht, daß ein kräftiger Sturmwind vom Reich her in diese muffigen Ecken und Winkel hineinfahre. Wir haben heute ein anschauliches, aber auch ein tiefernstes Bild solcher Mißgriffe aus bestimmten Gliedstaaten erhalten. Die Erwähnung von Sachsen und Braunschweig hat bei der Zentrumspartei Erinnerungen an die Verhandlungen über den sogenannten Toleranzantrag vom Jahre 1900 und 1905 wachgerufen. Dieser Antrag richtete sich mit in erster Linie gegen die engherzige Kirchenpolitik und gegen veraltete Gesetze dieser beiden Staaten. Wenn jetzt trotz der Revolution ähnliche Klagen dorther kommen, so scheint in der Tat nach dem Vergleich vom Herrn Abgeordneten Gröber eine unheilschwangere Luft in den beiden Ländern zu herrschen, die leicht Stürme, bald von rechts, bald von links, hervorzurufen geeignet ist.

Aber für eine weitere Öffentlichkeit haben doch weit mehr die **Erlasse des preußischen Ministeriums** für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung vom 27. und 29. November Aufsehen erregt. Der erste beseitigte künstlich die **geistliche Ortsschulaufsicht**; der zweite verbot das **Schulgebet**, er untersagte die Religionslehre als Prüfungsfach und richtete auch in seiner Begründung verletzende Anklagen gegen die bisherigen kirchlichen Formen der religiösen Erziehung. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Hand in Hand damit gingen andere amtliche oder halbamtliche Verlautbarungen über den Plan der **Trennung von Staat und Kirche** und über die sogenannte Befreiung der Schule von jeglicher kirchlichen Bevormundung. Der energische Protest der preußischen Bischöfe und der evangelischen Kirchenleitungen, noch mehr aber der Sturm der Entrüstung, der durch die christlichen Volksmassen ging, hat dann in Preußen zum Sturze Adolf Hoffmanns geführt und der Durchführung seines Programms Einhalt geboten. Ja, der Minister Haenisch hat zunächst den Gedanken einer Trennung von heute auf morgen abgewiesen; er hat dann in seiner Rede vom 3. Februar über kulturpolitische Aufgaben sogar den Ausdruck „Trennung von Staat und Kirche" als irreführend, als rein negativ preisgegeben und dafür mit vollem Bewußtsein den positiven Ausdruck einer „Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche" gewählt. Ich will die gute Absicht des Herrn Ministers nicht bezweifeln, aber nach der früheren Stellungnahme der Sozialdemokratie, nach dem Geiste, den weite Kreise ihrer literarischen und kulturpolitischen Führer bis in die letzte Zeit bekannt haben — und ich muß auch sagen —, nach dem ganzen Geiste, der die Worte meines Herrn Vorredners durchweht hat (sehr richtig! im Zentrum und rechts), können wir doch die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Neuordnung des Verhältnisses, wie sie von vielen ersehnt wird, einer schroffen Trennung und Gegensätzlichkeit zwischen Staat und Kirche verzweifelt ähnlich sehen wird. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Auch in **Bayern** ist mit einem Federstrich die geistliche Schulaufsicht ohne irgendwelche Fühlungnahme mit den kirchlichen Behörden aufgehoben worden, und das bedeutete für die protestantische Konfession einen direkten Bruch der Verfassung. Auch hier haben die Maßnahmen der provisorischen Regierung den feierlichen Protest der Bischöfe und Konsistorien hervorgerufen.

Die heutige Interpellation hatte Verfügungen der Regierungen zum Gegenstand, die noch weit tiefer in das religiöse Leben der Schule eingriffen. Ich will auf die einzelnen Beschwerden nicht von neuem eingehen; ich kann mein Urteil dahin aussprechen, daß ich den Standpunkt des Herrn Interpellanten in allem wesentlichen vollkommen teile und daher auch seine tiefe Erregung über die gewalttätigen **Eingriffe in den evangelischen Religionsunterricht** lebhaft nachfühlen kann.

Wenn der Herr Vorredner davon gesprochen hat, es würden solche Vorkommnisse politisch ausgebeutet und zu scharfen Angriffen in diesem Hause verwertet, so muß man das eine nachdrücklich feststellen, daß die Herausforderung dazu schließlich allein von den sozialistischen Ministern ausgegangen ist. (Sehr wahr! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Auch auf die sonstige Polemik des Herrn Vorredners, die sich ja ganz vorzugsweise auf den evangelischen Religionsunterricht erstreckte,

will ich aus naheliegenden Gründen hier nicht eingehen. Die tiefe Kluft, die zwischen seiner und meiner Weltanschauung sich auftut, aber auch die mannigfachen pädagogischen, ja technischen Probleme, die er angeschnitten hat, lassen eine fruchtbare Diskussion an dieser Stelle über diese Dinge nicht angezeigt und aussichtsvoll erscheinen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Aufs entschiedenste aber muß ich das eine betonen, daß auch meine Freunde und ich auf dem Standpunkt stehen, daß der **Religionsunterricht einen Teil des verbindlichen Lehrplans** der Schulen bilden muß (sehr richtig! im Zentrum), weiterhin, daß ein katholischer oder evangelischer Religionsunterricht, ganz logischerweise auch unter irgendeiner Aufsicht der betreffenden Kirchengemeinschaft stehen muß (lebhafte Zustimmung im Zentrum), und weiterhin, daß dieser Unterricht auch von unserer christlichen Lehrerschaft — ich könnte Hunderte von Lehrern dafür anführen — nicht als eine Zwangssache, als eine „Elendsstraße" angesehen wird, daß diese Lehrer vielmehr die Religionsstunden als die schönsten und fruchtbringendsten ihrer ganzen Schultätigkeit ansehen.

Die **Reichsregierung** hat in ihrer formulierten Erklärung zunächst den **Mangel ihrer Zuständigkeit** für das Gebiet der Schule und Kirche hervorgehoben. Diese Berufung auf die Zuständigkeit der Einzelstaaten ist gewiß prinzipiell zutreffend; aber ich meine, schon die bisherige Reichsverfassung hat es doch gestattet, daß vom Reich aus in freundnachbarlicher Weise bei solchen Beschwerden auf bundesstaatliche Regierungen eingewirkt wurde. Wenn das früher möglich und wirksam war, als wir Einzelstaaten mit monarchischer, dynastischer Spitze hatten, so sollte es jetzt noch leichter sein (sehr wahr! im Zentrum), wo die verschiedenen Regierungen der Bundesstaaten durch dieselbe Revolution emporgehoben und zu einem großen Teil ihrer Mitglieder auch aus derselben Partei hervorgegangen sind.

Es ist in der Erklärung der Regierung ferner gesagt worden und mit Recht, daß diese Frage ein wichtiges Gebiet der Verfassungsberatungen berührt, und gerade unter diesem Gesichtspunkt möchte ich nun auch suchen, für die heutige Debatte den Standpunkt unserer Fraktion etwas näher zu umschreiben, von den trennenden zu den fördernden und einenden Gesichtspunkten, die uns doch vor allen Dingen vorschweben müssen, hinzuleiten.

Unsere Partei hat in ihrem neuesten Programm das christliche Schul- und Erziehungsideal an die Spitze der innerpolitischen Aufgaben gestellt, und sie nennt hier neben der persönlichen Gewissensfreiheit auch „die Freiheit der Religionsgesellschaften" und „die Wahrung des Rechtes der Eltern und der Religionsgesellschaften auf die Erziehung der Kinder". Auch beim Eintritt in die jetzige parlamentarische Regierung,

beim Entwurf des gemeinsamen **Arbeitsprogramms der Mehrheitsparteien** hat meine Fraktion besonderes Gewicht gelegt auf „die Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, die Gewissensfreiheit und die **Freiheit der Religionsübung**". Um so mehr müssen wir heute, da die beklagten Tatsachen von verschiedenen Seiten hierher dringen, da auch aus dem Wahlkampf mit dem Sozialismus manche ungünstigen Stimmungsbilder und Eindrücke nachwirken, da endlich auch gewisse Zurufe aus dem Hause zur ersten Rede den augenblicklichen Geist des Mehrheitssozialismus kennzeichnen, Gewicht darauf legen, daß dieser Satz des Arbeitsprogramms in der demnächstigen Reichsverfassung, wie es die Regierung ja auch selbst zu wünschen scheint, eine etwas konkretere Festlegung erfährt, als der Entwurf sie bietet. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es ist ja bereits von allen Parteien hier betont worden, daß bei aller Wahrung des föderativen Prinzips im Reich eine stärkere Betonung der Reichseinheit heute am Platze ist; da wird auch in diesem wichtigen Kulturgebiet der Religion und der Schule ein einheitlicher Ausbau der Grundrechte vonnöten sein. Ich glaube dem bedeutsamen idealen und praktischen Zweck der Interpellation zu entsprechen, wenn ich nach dieser Richtung einige Gedanken anschließe.

Ich darf dabei den einleitenden Satz der Verfassung zugrunde legen:

> Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu festigen, den inneren und äußeren Frieden zu sichern und den sozialen Fortschritt zu fördern, hat sich diese freistaatliche Verfassung gegeben.

Meine Damen und Herren, der neue Herr Ministerpräsident hat in seiner Rede bei Einbringung der Verfassung das kühne Wort gesprochen:

> Es ist unser aller Ehrgeiz, in dieser Verfassung ein Maß von Freiheit zu verwirklichen, wie es kein anderes Volk der Welt kennt.

Möge dieses stolze Wort, möge diese edle Absicht in Erfüllung gehen! Dann ist für die von uns vertretenen Kulturforderungen die wichtigste Bedingung erfüllt. Freie **Entfaltung des religiösen Lebens** für jeden Staatsbürger, **volle Glaubens- und Gewissensfreiheit** auch hinsichtlich der Bildung und der Erziehung, das ist die Forderung, die wir an den neuen freien Volksstaat richten müssen. Diese Freiheit ist die einzige gemeinsame Grundlage, auf die wir bei der heutigen Verschiedenheit der Bekenntnisse und Weltanschauungen und bei der ausgesprochenen Demokratie des neuen Reichs die religiöse Betätigung im Staate stellen können. Wir gönnen die Freiheit, die wir für uns fordern, auch jedem Anhänger abweichender religiöser Standpunkte. Das Beispiel anderer demokratisch regierter Staaten wie Belgien, Holland und Nordamerika zeigt, daß bei einer Bewegungsfreiheit die mit voller Ehrlichkeit darauf verzichtet, dem katholisch-kirchlichen Leben Fesseln anzulegen, ihm viel-

mehr gerechtes Vertrauen erweist, sowohl der Friede der Konfession wie auch die bürgerliche Wohlfahrt am besten gedeiht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bei uns in Deutschland hat leider die Furcht vor mittelalterlichen Schreckgespenstern und wohl noch mehr der Geist absolutistischer Staatsauffassung und bureaukratischer Enge die religiöse Freiheit oft unnütz eingeengt und dadurch besonders in katholischen Kreisen tiefe Mißstimmung hervorgerufen. Es war für die Festigung des deutschen Einheitsgefühls geradezu verhängnisvoll, daß nach dem Kriege von 1870 sogleich der Kulturkampf einsetzte und das freudige Hineinwachsen und Zusammenwachsen aller deutschen Stämme ins Reich erschwerte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn damals, verehrte Anwesende, nach einem siegreichen Kriege dieser Kampf gegen religiöse Freiheiten ein schwerer, verderblicher Mißgriff gewesen ist, so kann man sich gar nicht vorstellen, welches Unheil entstehen würde, wenn nach der furchtbaren Niederlage und mitten in den letzten Zuckungen des Weltkrieges eine **Kirchen- und Schulpolitik à la Adolf Hoffmann** weiter verfolgt würde, durch die Millionen christlich gesinnter Deutschen in ihren heiligsten Gefühlen verletzt würden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Eine solche Antastung der Gewissensfreiheit wäre eine schlimmere Vergewaltigung als der alte Bismarcksche Kulturkampf, weil sie nicht ausgeübt würde von einem ausgesprochenen Macht- und Realpolitiker, sondern im Namen der Freiheit und des freien Volksstaates! Ein nach heroischen Opfern geschlagenes, schwer belastetes, hungerndes Volk noch in seinem kirchlichen Leben, in der Erziehung seiner Kinder gewissen staatssozialistischen Träumen und Forderungen unterwerfen zu wollen, das hieße in der Tat Deutschland dem vollen Untergang entgegentreiben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ein geistreicher Franzose hat einmal gesagt: Man kann eine Ernährungskrisis nicht lösen durch Pfaffenfresserei. Man kann auch ebenso sagen: eine wirtschaftliche Not und Verarmung abzuwenden durch Einziehung von Klostergut; und man kann erst recht ein christlich gesinntes Volk, ein monarchisch gesinntes Volk nicht mit Begeisterung für die Republik erfüllen, wenn man es zwingt, seine Kinder in „kirchenfreie" und religionsfreie Schulen zu schicken. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ebensowenig, wie es gelungen ist, Sozialdemokraten durch Zwang in monarchisch gesinnte Staatsbürger umzuformen. (Erneute Zustimmung.)

Uns Deutschen haftet aus der kleinstaatlichen Zeit eine starke Neigung zur behördlichen Bevormundung, zur starren Regelung von oben an, so daß wir wahrhaft freiheitliche Regierungsmethoden erst lernen müssen. Dabei macht es gar nichts aus, ob diese Bevormundung, wie bisher, vom grünen Tisch geschieht oder demnächst vom roten Tisch uns geboten wird. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Die abstoßende Wirkung auf das Volk bleibt dieselbe und sie ist nirgends so verheerend wie bei Fragen der Religion und der Schule. Auch

ein atheistischer Beamter muß sich hineindenken können in die Seele eines gläubigen Christen und muß die Gewissensbedenken katholischer Eltern bezüglich der Erziehung ihrer Kinder lebendig nachfühlen können. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Herr Reichsminister Dr. David hat neulich den Satz geprägt: Wie ein Christentum, das aus Kanonenschlünden gepredigt wird, nichts taugt, so taugt auch ein Sozialismus nichts, der durch Maschinengewehre verbreitet wird. Es hat Zeiten gegeben, wo einzelne Machthaber den Glauben mit Waffengewalt zu verbreiten suchten. Diese Zeiten sind, Gott sei Dank, längst vorüber. Es hat auch Zeiten gegeben, wo der Unglaube und die Unvernunft mit der Guillotine für ihre Ideen arbeiteten. Mögen auch diese Zeiten für immer vorüber sein! Darüber sind wir mit Ihnen einig: es soll im neuen Deutschland kein staatlicher Zwang in Dingen der religiösen Überzeugung herrschen, es soll volle Freiheit des Glaubens und des Gewissens walten.

Diese Freiheit ist nun nicht gleichbedeutend mit dem Schlagwort: die Religion ist Privatsache. (Sehr richtig!) Ich weiß, das Wort wird innerhalb des Sozialismus in recht verschiedenem Sinne gebraucht. Es ist vielfach ein Deckmantel grimmigen Kirchenhasses gewesen; es bedeutet bei anderen, die Religion sei eine persönliche Liebhaberei oder Schwäche, über die der moderne Staat ruhig hinwegschreiten darf, und nur bei einzelnen Ihrer Wortführer liegt in dem Satze das Gefühl der Achtung vor der Religion als einer ernsten und heiligen Privatsache, die jedermann, auch der Staat, mit Ehrfurcht zu behandeln hat. Ich gebe zu, die jüngste Entwicklung der sozialistischen Literatur hat Stimmen letzterer Art öfter erklingen lassen. Es ist auch gelegentlich vom Regierungstisch betont worden, auch der Sozialismus und sein Programm solle und wolle eine Entwicklung durchmachen. Bei tiefer sozialer Auffassung des Kulturlebens muß dann aber der Sozialismus bald zur Einsicht kommen, daß das ganze Schlagwort unhaltbar ist. Gewiß, die Religion ist, wie der Herr Vorredner sagte, ein inneres Erlebnis, eine Tatsache der Innerlichkeit, aber sie ist nicht bloße Privatsache. Wie die Geschichte bezeugt und das heutige deutsche Volks- und Kulturleben es jedem klar macht, ist die Religion auch eine machtvolle Tatsache des öffentlichen Lebens (sehr richtig!), und sie ist erwachsen nicht aus wirtschaftlichen Bedürfnissen, wie der Vorredner meinte, sondern aus der Tiefe des menschlichen Geistes und seiner Anlage für Gott und die Ewigkeit. Der Sozialismus blickt auf die alte, individualistische Form der westlichen Demokratien mit Recht als auf eine überholte Periode der Gesellschaftsbetrachtung zurück; er will alle geschichtlichen und idealen Faktoren als natürliche Lebensäußerungen der Gesamtheit verstehen lernen. Dann muß er auch die Religion, diese älteste und tiefgreifendste Erscheinung des Seelenlebens, in ihrem sozia-

len Verkörperungen, in ihren kirchlichen und genossenschaftlichen Bildungen besser studieren und würdigen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Von dieser echt sozialen Auffassung aber haben wir aus den Äußerungen des Herrn Vorredners meist das Gegenteil herausgehört. (Sehr wahr! im Zentrum.) Von jener Auffassung aus müßte es auch der sozialistischen Partei heute geboten erscheinen, bei der grundrechtlichen Aussprache der Freiheiten des deutschen Volkes in unserer Verfassung auch an die kirchlichen Gemeinwesen und Organisationen zu denken, mit denen so viele Millionen des deutschen Volkes lebendig verwachsen sind. Wenn alles Persönliche sich heute sozial auswächst und auswirkt, so wird auch die persönliche Freiheit der Religionsübung, der Kindererziehung usw. zu gemeinsamen Veranstaltungen der Frömmigkeit, der Liebestätigkeit, des Unterrichts drängen. Die christliche Religion — auch dies muß ich gegen den Herrn Vorredner bemerken — ist von Anfang an nie eine bloße Gefühlsreligion gewesen, sie war stets eine soziale Macht, freilich nicht von dieser Welt, sie war stets eine sichtbare Kirche. Meine Herren, Sie wollen der Einzelperson volle Glaubensfreiheit verfassungsmäßig garantieren. Sie dürfen dann aber auch den gemeinsamen Bemühungen dieser einzelnen zur Förderung des Kultus und zur Erziehung der Jugend nicht die rechtliche Freiheit vorenthalten.

Dabei erlaube ich mir, noch einen Gesichtspunkt zu streifen. Gerade die neue, ausgeprägt soziale Staatsform hat uns wiederholt bei den bisherigen Beratungen dazu geführt, bedeutsame wirtschaftliche Körperschaften mehr und mehr mit öffentlich-rechtlichen Befugnissen auszustatten. Diese Tatsache wird uns auch das rechte Verständnis geben für die öffentliche **Rechtsstellung der großen kirchlichen Gemeinschaften** in Deutschland. Es wäre meines Erachtens ein Anachronismus, wenn wir auf der einen Seite öffentliche Rechtsformen zu Wirtschaftszwecken neu schaffen wollten und auf der anderen Seite solche öffentliche Rechtsformen im kirchlichen Leben, wo sie in Kraft sind, außer Kurs setzen wollten. (Sehr richtig! im Zentrum.)

An diesem Punkt möchte ich nun mit der Präambel der Verfassung neben der **Freiheit** in besonderem Sinne auch die **Gerechtigkeit** betonen. Die neue Verfassung wird zweifellos die Freiheit der Bewegung allen, auch den modernsten Schöpfungen religiösen Geistes gewähren. Die christlichen Kirchen haben aber daneben auf Grund ihrer Geschichte ganz bestimmte Rechte idealer und materieller Art, die durch Vertrag oder Gesetz ins Leben getreten und durch Gewohnheit und geschichtliche Leistungen geheiligt sind. Diesem Besitzstande gebührt dieselbe, ja eine höhere rechtliche Anerkennung und Achtung als den Rechten der einzelnen, zumal diese kirchlichen Gesamtgüter nicht einzelnen reichen Kapitalisten zugute kommen, sondern der Wohlfahrt des ganzen Volkes und vor allem der niederen Stände. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Unbeschadet aller Freiheit für moderne religiöse Gemeinschaften wird man doch — auch rein kulturell — die flüchtigen Gebilde moderner Religionsversuche nicht auf eine Stufe stellen können mit einer solchen, auf Jahrhunderte zurückschauenden und heute noch in breiten Volksstämmen gewurzelten Kirche, so wenig, meine Damen und Herren, wie man die Säle und Zelte, in denen diese modernen Gesellschaften tagen, mit unseren ehrwürdigen gothischen Kathedralen vergleichen kann.

Was speziell die rechtliche und soziale Seite angeht, so ist vor allem zu berücksichtigen, daß sich mit dem erwähnten Besitzstande nicht nur teure Erinnerungen des Volkes verknüpfen, sondern auch bedeutsame kulturelle und materielle Interessen gerade der Minderbemittelten. Ich erinnere an den Bau und Unterhalt der Kirchengebäude, an deren unvergleichlichen Wert als Kunststätten und Museen für das Volk, an die Bedürfnisse des Gottesdienstes, an die wohltätigen Orden und Stiftungen.

Sie können mir glauben, verehrte Damen und Herren, die ganze **Trennungsfrage** ist für die katholische Kirche nicht ein hierarchisches Interesse; die Hierarchie könnte sich vielleicht bei voller Trennung am ungehemmtesten betätigen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weit mehr fällt für unsere Kirche die Gefahr einer schweren **materiellen Belastung und seelischen Verarmung** für unser treugesinntes arbeitendes Volk ins Gewicht, und andererseits ihre Mitverantwortung für den christlichen Charakter unserer Gesamtkultur, die nach ihrer Überzeugung auch für den heutigen Gesellschaftsbau die unentbehrliche Grundlage bilden muß.

Damit, verehrte Anwesende, komme ich auf die wichtigen Gesichtspunkte des inneren und äußeren Friedens, die uns gerade in der Schulfrage und in der Kirchenfrage zu äußerster Vorsicht mahnen. In der vorigen Woche, als hier von den Plänen einer Aufteilung Preußens gesprochen wurde, ist vom Regierungstische aus mit Energie auf die „starken Wirklichkeiten" hingedeutet worden, die ein besonnener Staatsmann stets beachten müsse, es sei nicht möglich, staatliche Neubauten in die Luft hinein zu setzen. Nun, die **„starken Wirklichkeiten"**, die **auf religiösem Gebiete** existieren, habe ich eben gekennzeichnet, als ich von den kirchlichen Gemeinschaften sprach. Die in ihnen schlummernden Kräfte sind auch für das bundesstaatliche Gefüge des Reichs natürliche Bindeglieder, die die Einheit fördern. Im Westen, im Süden und etwa im Osten unseres Vaterlandes sind es vorwiegend katholische Landesteile, welche die Grenzwacht halten müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sie sind ehrlich gewillt, diese Grenzwacht auch für die neue Republik in alter deutscher Treue zu halten. (Bravo! im Zentrum.) Aber in dieser Hinsicht ist gewiß der innere konfessionelle Friede und die religiöse Freudigkeit dieser Bevölkerungen eine wertvolle Bedingung und Stütze. (Sehr gut! im Zentrum.)

Vor kurzem ist von einem Regierungsvertreter darauf hingewiesen worden, daß das wirtschaftliche System eines Landes, daß selbst das Finanzsystem ein kunstvoller, feinfühliger Organismus sei, in den man nicht gewalttätig hineingreifen dürfe. Nun, meine Damen und Herren, das gilt in viel höherem Grade von dem religiösen Gesamtleben eines Volkes; die **Kirche** verdient weit mehr den Namen einer **organischen Einheit**, als das Geld- und Wirtschaftsleben. Auch hier ist eine äußerst zarte Hand notwendig, um Änderungen und Neugestaltungen vorzunehmen. Jedenfalls sind die Vorschläge, die mein Herr Vorredner in bezug auf die Schulgestaltung hier gemacht hat, für uns unorganisch und unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Die gewissenhafte Schonung des religiösen Bewußtseins ist für die Eintracht unter den deutschen Stämmen von Wert, sie ist aber auch für den Ausgleich der sozialen Gegensätze und für die Pflege des sittlichen Gemeinsinns von höchster Wichtigkeit. Ich darf mich berufen auf die sympathische Äußerung des Ministers Haenisch vom 3. November:

> Solange wir eine sozial fundierte Ethik noch nicht haben, so lange sind auch die starken sittlichen und religiösen Antriebe der Vergangenheit nicht zu entbehren bei der sittlichen Erziehung unseres Volkes. (Hört! hört! im Zentrum.)

Auch der Abgeordnete Meerfeld hat neulich die geschichtlichen Verdienste der katholischen Kirche nach dieser Richtung und ihren zweifellos heute noch starken und sittlichen Ideengehalt anerkannt. Kein aufmerksamer Beobachter kann diesen weitgehenden Einfluß, wie ihn kirchliche Erziehung und Seelsorge auf die Sitte des Volkes, auf die Reinheit der Familie, auf die Bevölkerungspolitik usw. heute ausüben, verkennen. Diesen heilsamen Einfluß werden angesichts der ungeheuren Verwilderung in manchen Volkskreisen gewiß auch diejenigen willkommen heißen, die das gleiche Ziel auf anderem Wege verfolgen. Diese kirchliche Seelenkultur kommt sogar auch der Autorität des neuen Reichs zugute. Mag der demokratische Staatsbürger auch noch so überzeugt vor der Majestät des Volkswillens sich beugen: es ist kein Schaden, es bedeutet vielmehr eine wertvolle Stärkung der Autorität, wenn dieser gemeinsame Volkswille eine starke religiöse Vertiefung erfährt. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Verehrte Anwesende! Ablegung aller kulturkämpferischen Anwandlungen und weitherzige Religions- und Schulpolitik, das ist schließlich auch die feste Bürgschaft für unseren äußeren Frieden und für das Wiederaufblühen deutschen Ansehens im Auslande. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Einmütigkeit dieses Hauses, so glaube ich, ist nie größer und schöner zutage getreten, als in jenen Augenblicken, da uns Grüße aus **Deutsch-Österreich** entgegengebracht wurden. Wer aber in brieflichem Verkehr mit Deutsch-Österreichern steht, konnte schon vor Wochen die

Wahrnehmung machen, wie stark abkühlend und verstimmend auf die dortige katholische Bevölkerung neben den spartakistischen Unruhen auch die kirchenfeindlichen Wetterzeichen in Deutschland gewirkt haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Eine freudige, innerliche Angliederung dieser schönen Lande ans Deutsche Reich wird uns sicher nur gelingen, wenn wir ihnen volle Freiheit für private und kirchliche Religionsbetätigung und christliches Schulwesen gewähren. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Weiter hat in dem eigentlichen Auslande bei den Vorurteilen gegen das Deutschtum neben dem Militarismus und dem Bureaukratismus vielfach auch der Vorwurf einer gewissen religiösen Intoleranz eine schlimme Rolle gespielt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Franzosen treiben zwar auch Kulturkampf im eigenen Lande, aber sie wahren ängstlich ihren freiheitlichen Ruf nach außen, sie machen den Antiklerikalismus nicht zur Exportware. Und England versteht es geradezu meisterhaft, sich als weitherzigen Beschützer aller Religionsformen zu geben. (Sehr gut! im Zentrum.) Frankreich, England und Japan sind heute dazu übergegangen, beim Oberhaupt der katholischen Kirche eine staatliche Vertretung herbeizuführen, angesichts des moralischen Ansehens, das die Friedensarbeit des Heiligen Vaters überall in der Welt sich erobert hat. In einem solchen Zeitpunkte kann ein sozialer, auf den Weltfrieden hinarbeitender Staat unmöglich dazu übergehen und daran denken, alle Brücken zum offiziellen Kirchentum abzubrechen, wie es bei einer Trennung von Staat und Kirche der Fall ist. Er wird eher daran denken müssen, diese Brücken zu festigen und stark zu erhalten.

So fasse ich meine Erörterungen in dem Gedanken zusammen: Freie Entfaltung der Kräfte im Dienste des Gesamtwohls, freier Wettbewerb für alle religiöse, sittliche und erzieherische Tätigkeit. Und daneben Gerechtigkeit, gerechte Anerkennung aller geschichtlich erwachsenen und sozial erprobten Wirklichkeiten auch im Religions- und Bildungswesen! Das allein kann uns über die furchtbare Krisis im innern und äußern Volksleben hinwegführen. (Lebhaftes Bravo im Zentrum.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, jetzt die Sitzung abzubrechen. Aber wir müssen den Gegenstand heute noch erledigen. Es tut mir leid um die Kommissionssitzungen, die angesetzt sind; aber ich möchte Ihnen doch vorschlagen, um 3 Uhr die Sitzung wieder aufzunehmen. — Das Haus ist damit einverstanden. Also um 3 Uhr! (Schluß der Sitzung 1 Uhr 40 Minuten.)

Die Sitzung wird um 3 Uhr 20 Minuten durch den Vizepräsidenten Schulz (Ostpreußen) wieder eröffnet.

Vizepräsident Schulz (Ostpreußen): Wir fahren fort in der Beratung der Interpellation Arnstadt und Genossen, betreffend den Religionsunterricht.

Ich möchte gleich zu Beginn der Nachmittagssitzung die Redner bitten, sich von vornherein im Rahmen der vereinbarten Zeit von einer halben bis dreiviertel Stunde zu halten. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weiß.

Weiß, Abgeordneter: Meine hochverehrten Damen und Herren! Es sei mir zunächst gestattet, einige Bemerkungen in formeller und rechtlicher Beziehung zu der Interpellation der Herren Kollegen Arnstadt und Genossen zu machen. Die Reichsregierung hat nach meinem Dafürhalten unzweifelhaft recht, wenn sie heute früh erklärte, daß sie sich für unzuständig halte, in dem Sinne der Interpellation der Kollegen Arnstadt und Genossen vorzugehen. Nur glaube ich, ist es ein etwas ungewohnter Vorgang, daß gerade die Herren Kollegen von der rechten Seite, die doch in der möglichsten Bewahrung des gegenwärtigen Rechtszustandes ihre Hauptaufgabe sehen, diejenigen sind, welche der Reichsregierung die Aufgabe zuschreiben, oder zumuten wollen, über ihre Zuständigkeit hinauszugehen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Es ist so, als wenn sie sich ein Stück Revolutionsrecht beilegen wollten, (sehr gut! bei den Deutschen Demokraten) um aus irgendwelchen Gründen heraus nun von der Reichsregierung eine Stellungnahme zu erzielen, die sie für ihre Zwecke glauben gebrauchen zu können. (Zuruf rechts.) — Der Artikel 31, ruft mir der Herr Kollege Mumm zu. Er meint jedenfalls den Artikel, der ein Artikel des **Entwurfs** einer deutschen Verfassung ist. (Heiterkeit.) Es dürfte aber auch Herrn Kollegen Mumm bekannt sein, daß dieser Artikel noch nicht Gesetzeskraft erhalten hat. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Auch dürfte ihm bekannt sein, daß gerade von der linken Seite die mannigfachsten Anträge zur Erweiterung der Artikel 30 und 31 kommen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Wenn wir es heute früh erlebt haben, daß die verehrten Herren von der rechten Seite durch ihre Interpellation kundgegeben haben, daß sie der Meinung sind, daß gewisse **Grundlinien der Schulpolitik reichsgesetzlich geregelt werden sollen**, so kann dies auf der linken Seite des Hauses nur Zustimmung finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Denn gerade bei der ersten Beratung des Verfassungsentwurfs haben wir von der linken Seite schon darauf hingewiesen, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, daß das neue Reich, das sich nicht bloß auf neuen wirtschaftlichen, politischen und sozialen, sondern vor allem auch auf neuen kulturellen Verhältnissen aufbauen soll, achtlos an dem Gebiete der Schule vorübergehen soll, und wir haben darauf hingewiesen, daß es eine Kulturaufgabe werden wird, den Artikel 31, den Sie mir eben durch Zuruf bezeichnet haben, so auszubauen, daß

durch seine Grundlinien es ermöglicht wird, das Erziehungs- und Unterrichtswesen in den gesamten deutschen Landen möglichst grundsätzlich zu regeln. (Sehr richtig! links.) — Der Herr Kollege Mumm nickt mir zu. Ich bin außerordentlich darüber erfreut, weil wir ja dann in der zweiten Lesung des Entwurfs der deutschen Verfassung gerade auch auf der rechten Seite einen Helfershelfer haben werden, wenn wir in dieser Beziehung die Reichskompetenz zu erweitern gedenken. (Sehr gut! links.)

Aber auch nach einer anderen Seite hin haben wir Bedenken gegenüber der Interpellation, und zwar deswegen, weil wir meinen, daß alle die Beschwerden, die heute der verehrte Herr Kollege Mumm geäußert hat, auch hätten dargelegt werden können, wenn die Artikel 30 und 31 der Verfassung zur Beratung gestanden hätten; denn der verehrte Herr Kollege wird mir doch zugeben, daß die Frage, welche Stellung der Religionsunterricht in der Schule haben wird, ganz davon abhängig ist, welche Stellung die Schule zu Kirche und Staat in der Verfassung einst haben wird. (Sehr richtig! links.) Es ist doch selbstverständlich: die Frage des Religionsunterrichts wird anders gelöst werden, wenn die Trennung — ich gebrauche einmal das Wort — von Kirche und Staat, rechts herum oder links herum, religionsfreundlich oder religionsfeindlich, erfolgen wird.

Daß wir mit unserer Ansicht, es wäre besser gewesen, den ganzen Komplex dieser Fragen grundsätzlich zu beleuchten und zu erörtern, recht haben, hat uns heute früh auch die Rede des Herrn Kollegen D. Mausbach gezeigt. Diese klassisch schöne Rede war nach meinem Empfinden weniger eine Begründung oder Äußerung zu der Interpellation der Herren Arnstadt und Genossen, sondern mehr eine Verfassungsrede, und eben diese Tatsache, daß er sich da grundsätzlich geäußert hat, macht es wohl notwendig, mindestens einige Äußerungen über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat auch vom Standpunkte unserer Fraktion anzufügen.

Ich glaube, daß ich das Recht habe, namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir denken, das **Verhältnis von Kirche und Staat** in möglichst religionsfreundlichem Sinne festzustellen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Wir sind der Meinung, daß das Verhältnis möglichst auf dem Wege gegenseitiger Verständigung zu regeln ist (erneute Zustimmung), wir sind deswegen durchaus nicht damit einverstanden, daß in Preußen ein Kultusminister einen Erlaß veröffentlicht und vertreten hat, der bestimmte, daß vom 1. April 1919 an für Kirchen Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen sollten.

Der Herr Kollege Mumm ist auch auf die hohe Bedeutung der theologischen Fakultäten zu sprechen gekommen, und ich glaube auch in

dieser Beziehung namens meiner Fraktion erklären zu können, daß wir uns eigentlich eine deutsche Universität ohne eine theologische Fakultät kaum denken können (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), daß wir aber diese theologischen Fakultäten nicht allein der Kirche und der Heranbildung des Priester- und des Pfarrerstandes wegen wollen, sondern daß wir sie vor allem auch der allgemeinen wissenschaftlichen Bedeutung unserer Universitäten wegen unbedingt nötig haben. Ich brauche ja nur an Männer wie Herder, Schleiermacher oder — um einen neuzeitlichen anzuführen — an Harnack zu erinnern, Männer von so großer Weltbedeutung, daß ich sagen kann: zu dem guten Ruf unserer Universitäten im Auslande haben insbesondere auch die theologischen Fakultäten wesentlich beigetragen. Darum glaube ich mit meiner Fraktion nicht bloß im religiösen, sondern auch im nationalen Sinne zu handeln, wenn wir heute schon erklären, daß wir der Beibehaltung und Ausbildung der theologischen Fakultäten unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden werden.

Dann muß ich in rechtlicher Beziehung noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Es handelt sich zweifellos nicht um den Religionsunterricht, soweit er eine religiös-kirchliche Pflicht ist, sondern bei den Erlassen, die uns heute früh von dem Herrn Kollegen Mumm vorgeführt worden sind, um den Religionsunterricht, der in der allgemeinen Volksschule, in der Staatsschule erteilt wird. Da gestatten Sie mir doch eine kurze Bemerkung deswegen, weil ich bei der ersten Beratung des Entwurfs einer deutschen Verfassung gesehen habe, daß maßgebende Persönlichkeiten und Parteien hier über den Begriff der Staatsschule eine ganz andere Auffassung haben als unsere Partei. Weil je nach dieser Auffassung die Stellung und die Bedeutung des Religionsunterrichts sich regelt, so habe ich wohl ein Recht dazu, auf die Äußerungen des Herrn Kollegen Spahn zurückzukommen, die er bei der ersten Beratung des Verfassungsentwurfs gemacht hat. Er hat sich auf den Westfälischen Frieden berufen, in dem festgelegt sei, daß eben die Schule nichts anderes bilde als einen Annex der Kirche. Das war einmal der Fall. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Aber ich glaube, seit dem Jahre 1648 haben sich doch auf diesem Gebiete die Dinge ganz wesentlich geändert (erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten), und zwar nicht bloß auf dem Gebiete der Volksschule, sondern auf dem Gebiete des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens. Denn wenn ich mit Paulsen die ganze Entwicklung von zwei Jahrhunderten in etliche Worte zusammenfasse, so handelt es sich im ganzen um eine Verstaatlichung, um eine Verweltlichung und um eine Demokratisierung der Bildung. Diese Verstaatlichung, Verweltlichung und Demokratisierung der Bildung begann bei den Universitäten, und zwar begann sie damit, daß sich die Universitäten freimachten von der kirchlichen Lehrnorm, und daß sie für ihre gesamten Fakultäten die Freiheit

der Lehre und der Forschung sich erwarben. Im Abstand folgten dann diesem Emanzipationskampfe der Universitäten die höheren Schulen, insbesondere begünstigt von dem absolutistischen Zeitalter, und dann wieder im Abstande die Volksschulen.

Ich will gern zugeben, daß es seinerzeit eine kirchliche Verpflichtung war, diese Volksschulen zu besuchen. Aber weil wir uns gerade auf Weimarer Boden befinden, darf ich darauf aufmerksam machen, daß hier schon im Jahre 1619 eine Schulverordnung erschienen ist, welche den Besuch der Volksschule nicht als eine kirchliche, sondern als staatliche Verpflichtung hingestellt hat. Etwa 150 oder 200 Jahre später sind die Volksschulen nicht mehr Annex der Kirche, sondern Staatsanstalten, und in den großen und gewaltigen Kämpfen um die Schule, an denen das gesamte Bürgertum und an denen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts insbesondere auch die Arbeiterschaft teilnehmen, ist unsere moderne Schule als Staatsschule mit dem Staat als Schulherrn entstanden, der die Befugnis hat, den Lehrplan, den Lehrstoff zu bestimmen, Lehrer anzustellen und insbesondere auch die Beaufsichtigung und Leitung der Schule selbständig zu übernehmen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun muß zugegeben werden, daß bezüglich des **Verhältnisses des Religionsunterrichts zur Staatsschule** eine Klärung noch nicht stattgefunden hat. Während wir zum Beispiel in Sachsen-Coburg-Gotha oder in Sachsen-Meiningen schulgesetzlich die Bestimmung haben, daß auch der Religionsunterricht unter Mitwirkung der Kirche vollkommen unter Oberaufsicht des Staates steht, und während wir im früheren Königreich Sachsen insofern ähnliche Bestimmungen haben, als dort bei gleichwertiger Mitwirkung der Kirche der Staat das Recht der Oberaufsicht führt, ist in anderen Ländern, zum Beispiel in Bayern, der Religionsunterricht in der Weise geregelt, daß die Kirche hier Recht und Verpflichtung besitzt, den Religionsunterricht selbständig zu regeln. Ich weise auf diese Tatsache hin, weil ich später, wo es sich darum handelt, die Frage, wie der Religionsunterricht gestaltet werden soll, zu erörtern, die Behauptung glaube aussprechen zu sollen, es sei nicht Aufgabe der Nationalversammlung und nicht Aufgabe des Reichsregiments, sondern nach der geschichtlichen Entwicklung Aufgabe der Einzelstaaten, diese Schulfrage innerhalb der durch die Reichskompetenz gezogenen Grenzen selbständig zu regeln und zu ordnen.

Ich glaube ferner, nach diesen Bemerkungen rechtlichen Inhalts wohl sagen zu dürfen, daß die ganze Frage, die uns heute beschäftigt, nicht bloß eine pädagogische, sondern auch eine politische Frage von weitgehendster Bedeutung ist.

Nun haben die verschiedenen Erlasse, die uns heute früh von dem Herrn Abgeordneten Mumm vorgeführt wurden, vor allem zwei Hauptpunkte als Inhalt gehabt. Der erste Hauptpunkt ist der, daß eine Reihe

dieser Erlasse in den vergangenen Wochen die **geistliche Ortsschulaufsicht** aufhoben, und der zweite, daß sie Stellung zum Religionsunterricht selbst genommen haben. Zunächst möchte ich meiner lebhaften Freude darüber Ausdruck geben, daß an dieser Stelle der Begründer der Interpellation ausdrücklich ausgeführt hat, daß er auch für seine Person ein Verteidiger und Befürworter der weltlichen Fachschulaufsicht ist, und diese Tatsache wird, wenn wir bei Bearbeitung des Artikel 31 dazu kommen sollten, die Staatsaufsicht über die Schule und insbesondere die Fachaufsicht verfassungsrechtlich festzusetzen, außerordentlich dankenswert und interessant sein. (Sehr gut! links.)

Nun zu der anderen Sache, der Stellung der verschiedenen **Erlasse zum Religionsunterricht** selbst. Den Standpunkt meiner Fraktion kann ich dahin präzisieren, daß wir die Richtigkeit dieser Erlasse an folgenden zwei Gesichtspunkten messen. Erstlich, wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Eltern nicht gezwungen werden können und nicht gezwungen werden dürfen, gegen ihr Gewissen Kinder einem Unterricht zuzuführen, bei dem sie einen Gewissenszwang und eine Gewissensbedrückung empfinden (sehr richtig! links), und zweitens, daß auch Lehrkräfte, die innerlich nicht mehr in dem Verhältnis zu den Bekenntnissen und zum Dogma der Kirche stehen, wie es notwendig wäre, einen gedeihlichen Unterricht zu erteilen, gleichfalls nicht mehr gezwungen werden dürfen, diesen Unterricht zu erteilen. Erlasse, die weiter gehen, die sich insbesondere einer Regelung des religiösen Lebens und der religiösen Lehre unterfangen, so zum Beispiel ein Erlaß des heute früh auch von dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei preisgegebenen Kultusministers Adolf Hoffmann, der das Schulgebet, ferner das Lernen von Sprüchen, Liedern und dergleichen verbot, — halten wir nicht nur für unzulässig, sondern für eine Art Gewissenszwang. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Dieser Gewissenszwang ist nicht bloß dann vorhanden, wenn Dissidentenkinder an einem Unterricht teilnehmen sollen, den die Eltern nicht wollen, sondern nach meinem Dafürhalten auch dann, wenn die Eltern nicht die Möglichkeit haben, ihre Kinder der religiösen Erziehung zuzuführen, obwohl sie der Anschauung sind, daß diese religiöse Erziehung ein wesentliches Stück der Jugenderziehung ihrer Kinder bedeutet. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Darum muß ich es dankbar begrüßen, daß heute früh auch der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei die Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats in Hamburg, wonach nach einer mir gewordenen Mitteilung der Religionsunterricht durch Zeitungsannonce in Hamburg verboten wurde, preisgegeben hat; wir halten ein derartiges Verfahren für so verletzend und den Religionsunterricht herabwürdigend, daß wir dagegen mit aller

Entschiedenheit Einspruch erheben. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Bei der Beurteilung dieser Erlasse der einzelnen Kultusminister kann ich auch nicht verschweigen, daß es nicht zu billigen ist, daß diese Erlasse gleichsam wie aus der Pistole herausgeschossen erschienen. Bei einer so wichtigen Angelegenheit, die unsere Volksseele so tief erfaßt, wäre es notwendig gewesen, den Weg des Gesetzes zu beschreiten und insbesondere auch die Stimme des Volkes und die Stimme der beteiligten Religionsgesellschaften zu hören. Gerade derjenige, der demokratisch empfindet, muß auf diesem Gebiet es fordern, daß das Volk zu derartigen Fragen sich zu äußern und Stellung zu nehmen hat. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun hat der Herr Vertreter der Sozialdemokratischen Partei heute früh seine Anschauung, der Religionsunterricht müsse aus der Schule verschwinden, damit begründet, daß der **Religionsunterricht der Großstadt** ungemeine Schwierigkeiten bereite und außerdem an mancherlei schweren Mängeln leide. Damit hat der Herr Kollege durchaus recht. Der Religionsunterricht begegnet bei den Großstadtkindern außerordentlichen Schwierigkeiten, aber ich folgere daraus nicht, daß er deshalb aus dem Lehrplan der Volksschule zu entfernen ist. Wer diesen Standpunkt einnimmt, darf ihn nicht bloß bezüglich des Religionsunterrichts einnehmen, sondern muß ihn jedem Gesinnungssach entgegenbringen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Auch der Geschichtsunterricht müßte dann aus dem Lehrplan entfernt werden. (Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn es heißt, der Religionsunterricht weist mancherlei Mängel auf, so bin ich der letzte, der das bestreiten wollte. Die Wahrheit gebietet es, an dieser Stelle zu sagen, daß der Religionsunterricht fühlbare Mängel aufweist, und auch der Begründer der Interpellation hat durchblicken lassen, daß er anerkennt, daß der **Religionsunterricht** einer **inneren Reform** bedarf; denn er hat gesagt: was faulig ist, muß aus dem Religionsunterricht entfernt werden. Da möchte ich darauf hinweisen, daß leider immer noch der Religionsunterricht unter dem didaktischen Materialismus insofern leidet, als heute noch der Gedächtnisstoff gerade im Religionsunterricht eine unverdiente Wertschätzung genießt. Nicht etwa, daß ich auf dem Standpunkt stände, Kinder sollten nicht Sprüche, Gedichte usw. lernen, — o nein, das ist vielfach eine gute Mitgabe für das spätere Leben (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), aber diese Unsumme von Sprüchen, von Katechismusstücken usw. bewirkt es, daß die Religionsstunden nicht mehr Stunden der Erbauung und der inneren Erhebung, sondern vielfach Stunden der Last für Lehrer und Schüler sind. (Sehr richtig! bei den

Deutschen Demokraten.) Und dann beklagen wir beim Religionsunterrichte nicht nur den didaktischen Materialismus, sondern dort, wo der systematische Katechismusunterricht im Mittelpunkt steht, wo Sprüche und Lieder nur der Erläuterung wegen hierzu behandelt werden, einen Intellektualismus, der es hindert, daß die gesinnungbildende Kraft des Religionsunterrichts zur Geltung kommt. Daraus ist es begreiflich, daß sich vielfach eine feindliche Stellungnahme gegen die Religion geltend macht. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß Stoffauswahl und Stoffanordnung nicht von dem psychologisch Nahen zum psychologisch Fernen geht, daß vielfach ein Religionsunterricht nach dogmatischen Grundsätzen erteilt wird, der bei den Kindern auf kein Verständnis treffen kann. Aber all diese Mängel — und das Zunicken des Herrn Abgeordneten Mumm bestätigt seine Zustimmung — bringen mich nicht dazu, zu sagen: deshalb ist der Religionsunterricht der Schule zu nehmen, sondern zwingen mich dazu, zu fordern, daß wir alle zusammen, Theologen und Pädagogen, kirchliche und staatliche Behörden, zusammenwirken müssen, um endlich den Religionsunterricht durchgreifend zu reformieren. Es ist lebhaft zu bedauern, daß die Kirchenbehörden bisher auf diesem Gebiet außerordentlich zögernd und zurückhaltend waren. Sie hätten doch an der oft genug beobachteten Unfruchtbarkeit des religiösen Unterrichts einen Gradmesser dafür gehabt, wie dringend notwendig es ist, baldigst mit einer durchgreifenden Reform des Religionsunterrichts zu beginnen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Wenn nun vielleicht darauf hingewiesen wird, daß auch der andere Unterricht in der Volksschule an zu beklagender Unfruchtbarkeit leidet, so bemerke ich, daß ein früheres Mitglied des Deutschen Reichstags, der bekannte Oberstudienrat Dr. Kerschensteiner, wiederholt darauf aufmerksam gemacht hat, daß wir daraus die Verpflichtung ableiten müßten, möglichst eine durchgreifende **Reform des gesamten Unterrichts** durchzuführen. Ich brauche nur an das Schlagwort „Arbeitsschule" zu erinnern, so haben Sie in diesem Schlagwort alle die Reformbestrebungen zusammengefaßt, die dazu dienen sollen, einen Unterricht zu geben, der sich nicht bloß auf Wissen, sondern auf das Können erstreckt, der nicht bloß das Lernen, sondern das selbständige Verarbeiten des Lehrstoffes bei den Kindern bewirken soll. Es wäre dringend notwendig, nach diesen Grundsätzen auch im Religionsunterricht eine innere Reform vorzunehmen. Wenn das geschieht, dann kann der Religionsunterricht ein wesentliches und ein organisches Stück im Lehrplan unserer Volksschule bilden. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Für diese Auffassung führe ich gegenüber dem Vertreter der sozial-

demokratischen Fraktion, der heute morgen gesprochen hat, noch kurz folgende Gründe an. Ich will einmal zugeben, ich könnte mich auf den Satz: „Religion ist Privatsache" stellen, nicht in dem Sinne, daß vielleicht Religion deswegen Privatsache sei, weil es sich hier um eine Schrulle, um etwas Althergebrachtes, um etwas Ungefährliches handele, sondern in dem Sinne, daß sich in der Religion ein Stück unserer innersten Persönlichkeit zeigt, daß Religion eine der tiefsten und wesentlichsten Eigenschaften der menschlichen Natur bildet. Daraus folgere ich aber dann zweierlei. Ich folgere erstens daraus, daß es geradezu ein Verbrechen an der Kinderseele ist, wenn in diesen tiefsten inneren Kern brutal durch Zwang und Gewalt hineingegriffen wird, folgere aber zweitens, daß die Volksschule, wenn sie wirklich eine Menschenbildungsanstalt ist — was sie nach Pestalozzi sein und werden soll —, auch die Aufgabe hat, das gesamte Kind mit allen seinen Anlagen, also auch mit seinen religiösen Anlagen, zu einer vollkommenen harmonischen Persönlichkeit zu entwickeln. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.) Das ist für mich der erste Grund, der ausschlaggebend ist, dem Religionsunterricht ein wesentliches Stück an der Bildung des Kindes zuzuweisen (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.) Das Zweite aber, meine verehrten Damen und Herren, ist — und das glaube ich, sollte auf der linken Seite des Hauses nicht übersehen werden —, daß doch der Religion eine gemeinschaftsbildende Kraft innewohnt wie kaum einer zweiten geistigen und sittlichen Kraft. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.) Wir brauchen ja nur die Augen aufzumachen, um zu sehen, wie sie gewaltige Kirchen bildet, in denen Hunderttausende und Millionen von Menschen erfüllt sind von einer Gemeinsamkeit edelster Bedürfnisse, von einer Gemeinsamkeit von Hoffnungen und Bestrebungen. Da muß ich doch sagen: eine Partei, die auf wirtschaftlichem Gebiet den Gedanken der Verbrüderung, den Gedanken der Solidarität predigt, sollte auf diesem geistigen und sittlichen Gebiet etwas mehr Verständnis für die Verbrüderungskraft haben, die zweifellos in der Religion steckt. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.) Darum glaube ich, daß Sie vom sozialen Standpunkt aus auch gut tun, dem Religionsunterricht eine wesentliche Bedeutung in der Schule beizumessen.

Dann darf ich noch drittens kurz sagen, daß die Religion ferner eine große geistige und sittliche Macht in unserem ganzen Kulturleben ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Vor Jahrhunderten umfaßte wohl die Religion überhaupt unsere gesamte Wissenschaft. Allmählich ist neben die Religion eine Fülle

anderer geistiger und sittlicher Kräfte getreten: Wissenschaft, Dichtung, Kunst und dergleichen. Aber wir können auch diese Gebiete der Wissenschaft, der Literatur, der Dichtung, der Kunst kaum verstehen, wenn wir nicht, sei es zustimmend, sei es ablehnend, religiöse Kenntnisse und Erlebnisse gehabt haben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wenn es nun Aufgabe unserer Schulen ist, unsere Jugend reif zu machen zum Verständnis für die Gegenwartskultur, wenn unsere Jugend dazu gebracht werden soll, mit Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit diese Gegenwartskultur weiterzuführen, dann können wir sie nicht ohne religiöse Kenntnisse und ohne religiöse Erlebnisse lassen, es sei denn, daß diese Jugend verständnislos wie ein Tauber in einem Konzertsaal in diesem Kulturleben sich befinde. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Von diesem Standpunkt aus sehen wir in der religiösen Unterweisung ein wesentliches Stück auch des Schulunterrichts, und ich betone noch einmal: Gewissenszwang übt nicht nur der aus, der das Kind wider Willen zwingt, an dem Religionsunterricht teilzunehmen, sondern Gewissenszwang übt auch der aus, der den Religionsunterricht aus der Schule entfernt und es Tausenden und aber Tausenden von Eltern, die ihre Kinder nicht in Privatschulen schicken können, weil sie dazu nicht die Mittel haben, unmöglich macht, die Kinder in Ergänzung der häuslichen Erziehung religiös zu erziehen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.) Man kann eben einen Gewissenszwang sowohl von der Seite der Gläubigkeit wie auch von der Seite der Ungläubigkeit ausüben, und ich glaube, niemals könnte sich ein Staat die Macht zuweisen, den Eltern zu verbieten, ihre Kinder aus der religionslosen Schule heraus in eine Privatschule, in eine Kirchenschule usw. zu geben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Gerade die verehrten Freunde auf der linken Seite, die doch Vertreter des Einheitsgedankens, der Einheitsschule sind, möchte ich darauf hinweisen, welch verderbliche Folgen für diese Einheitsschule erwachsen würden, wenn wir durch Maßnahmen zur religionslosen Schule übergingen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun, meine verehrten Damen und Herren, will ich gern zugeben, daß die **Einfügung eines pädagogisch gestalteten Religionsunterrichtes** auf außerordentliche Schwierigkeiten stößt. Hier stößt eben nun einmal zusammen das Herkommen mit dem Streben nach Neuerung, stößt zusammen die kirchliche Tradition mit einem freieren Denken, stoßen kirchenpolitische mit erziehungswissenschaftlichen Bestrebungen, hierarchische Bestrebungen mit dem autonomen Bestreben des Staates zusammen.

Es ist selbstverständlich, daß weiter bei der Einfügung dieses Religionsunterrichts auch die mannigfaltigsten pädagogischen An-

schauungen ebenfalls zu berücksichtigen sind. Ich würde meine Aufgabe verfehlen und wohl auch die mir zugebilligte Redezeit überschreiten, wenn ich das Wort auch noch zu der pädagogischen Gestaltung des Religionsunterrichts nehmen wollte. Hier ist es nach meinem Dafürhalten Aufgabe der Einzelstaaten, in Berücksichtigung des Werdens ihrer Schulen und unter Zuziehung des Rats der beteiligten Kreise, nicht zuletzt der Eltern, die Wege zu finden, die gegangen werden müssen, um diesen Religionsunterricht, der pädagogisch gerechtfertigt sein muß, in den Lehrplan der Schule einzufügen. (Sehr gut!)

Nun hat der Herr Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion heute früh noch darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Lehrerschaft eine **ablehnende Stellung zu dem Religionsunterricht** der Schule einnimmt. Mag sein, daß das in Hamburg der Fall ist, wiewohl ich aus privaten Mitteilungen auch das Umgekehrte schließen kann, da noch kurz vor dem Kriege in Hamburg eine Abstimmung in der Lehrerschaft stattgefunden haben soll, in welcher ungefähr 80 Prozent der Lehrer sich für Beibehaltung des Religionsunterrichts ausgesprochen haben (hört! hört! bei den Deutschen Demokraten); — das weiß ich aber bestimmt: der weitaus größte Teil der deutschen Lehrerschaft steht auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht ein wesentliches und ein wertvolles Stück der Schulerziehung zu sein und zu bleiben hat. (Zustimmung.) Ich stehe persönlich, ohne dadurch meine Fraktion zu binden, ferner auf dem Standpunkt, den die deutschen Lehrerversammlungen bezüglich der Gestaltung des Religionsunterrichts eingenommen haben.

Und nun zum Schluß, meine verehrten Damen und Herren. Der Herr Abgeordnete D. Mausbach hat heute vormittag seine Rede mit der Ermahnung geschlossen, die ganzen Beratungen und Verhandlungen über das Verhältnis von Kirche und Staat im Geiste der Gerechtigkeit und im Geiste der Freiheit zu führen. Ich unterschreibe dieses Wort vollkommen (sehr gut! bei den Deutschen Demokraten) und möchte nur wünschen, daß wir beide unter Freiheit das gleiche verstehen möchten. (Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Ich fürchte nämlich — der Hinweis auf Belgien hat mich stutzig gemacht —, daß hier unter Freiheit etwas anderes verstanden werden könnte, weil — soweit ich unterrichtet bin — das Verhältnis in Belgien so geregelt ist, daß man wohl von einer freien Kirche im Staat, daß man aber weniger von der Freiheit des Staates von der Kirche reden kann. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Wir werden uns aber darüber noch unterhalten, wenn wir Gelegenheit haben, über den § 31 des Entwurfs der deutschen Verfassung zu reden.

Und nun lassen Sie mich meiner lebhaften Freude darüber Aus-

druck geben, daß es durch diese Interpellation überhaupt möglich war, vor der Nationalversammlung Erziehungs- und Unterrichtsfragen, und zwar eine bedeutsame Erziehungs- und eine bedeutsame Unterrichtsfrage, zu besprechen. Meine verehrten Herren! Wiederholt haben wir von dieser Stelle aus gehört: wir sind bettelarm geworden, wir haben nichts mehr an wirtschaftlichen Gütern. Wir haben doch noch etwas, wir haben unsere Kinder und damit unsere Zukunft, und diese Zukunft haben wir dann, wenn wir der Erziehung und Bildung unserer Jugend gerade jetzt höchste Aufmerksamkeit zuwenden. (Beifall.) Wir waren schon einmal so bettelarm, wie wir es jetzt sind: vor hundert Jahren, als wir nach der Schlacht von Jena ebenfalls Gut und Ehre verloren hatten. Und als wir uns in diesem Zustande befanden, da galt es auch, durch die Entfesselung der Volkskräfte ein neues Preußen, ein neues Deutschland im kleinen, möchte ich sagen, herauszubilden, und die Staatsmänner haben dies nicht allein durch wirtschaftliche und politische, sondern durch kulturelle Maßnahmen getan, dadurch, daß sie Schulmänner Preußens in die Schweiz schickten, damit sie sich an dem Feuer eines Pestalozzi erwärmen und die edle Begeisterung für ihren Beruf aus der Schweiz mit nach Preußen bringen sollten, um in Preußen neue Schulen, neue Bildung und eine neue Erziehung zu begründen. Und das haben sie auch getan. Es war nur Schuld der bleiernen Reaktion, die unter Metternich bald einsetzte, daß es dann in Preußen seinerzeit nicht zu dem Notwendigsten kam, zu dem, was die Schüler eines Wilhelm von Humboldt entworfen hatten, zu einem preußischen Schulgesetz. An diesem Fluche der Reaktion leidet die ganze Schulentwicklung in Preußen seit hundert Jahren. Möchte uns die gegenwärtige Zeit nicht um das ehrliche Bestreben, unseren Kindern und unserer Zukunft zu dienen, bringen!

Von diesem Tische aus ist das Stichwort hinausgegeben worden: vom Imperialismus zum Idealismus! Ich wandle dieses Stichwort in bezug auf die Schule um: vom Materialismus, dem praktischen und didaktischen, zum Idealismus, damit ein festes, ein männliches, ein freigesinntes und auch frommfühlendes Geschlecht erzogen werde, damit ein besseres Geschlecht entstehe, glücklicher, weil es das Erforschbare erforscht, das nicht Erforschbare ruhig verehrt. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Ich gebe das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Kältzsch.

Dr. **Kältzsch**, Abgeordneter: Der Herr Reichsminister Bell hat die **Erklärung der Regierung** heute früh vorgelesen, hat selbst kein Wort hinzugefügt. Ich hörte ihn vor kurzem in der Herderkirche sprechen. Da war manches Wort sympathisch für mich. Ich habe bedauert, daß

er nichts selbst über die Erklärung der Regierung hinaus geredet hat. Vielleicht, daß er nicht mit ganzem Herzen bei der Erklärung seiner Regierung hat stehen können. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Ich bitte um Ruhe!

Dr. **Kaltzsch**, Abgeordneter: Aber wir habens nun mit der vorgelesenen und nicht weiter kommentierten Erklärung zu tun. Ich erinnere noch einmal an den peinlichen Augenblick von heute vormittag, als sich herausstellte, daß zur Beantwortung der Interpellation kein Regierungsvertreter vorhanden sei. Die Sache war, ist und bleibt peinlich, und sehr angenehm ist es gleichfalls nicht, daß in dem Augenblick wieder die Regierungsbank vollständig verödet ist. (Sehr richtig!) Was nun die Erklärung der Regierung selber betrifft, so waren es ein paar kurze, dürre Sätze: die Reichsregierung ist nicht zuständig für das Gebiet der Schule, ist nicht zuständig, wenn in einzelnen Staaten etwaige Übergriffe vorgekommen sein sollten, und es wurde verwiesen auf die §§ 30 und 31 im Reichsverfassungsentwurf. Nichts weiter als das. Ich darf für uns, meine politischen Freunde und mich, erklären, daß diese Erklärung für uns in keiner Weise genügend ist. (Sehr richtig!) Der Herr Vorredner hat gemeint, wir wollten die Regierung veranlassen, über ihre Zuständigkeit hinauszugehen. Das wollen wir nicht. Aber wenn die Interpellation den Bruch von Recht und Gesetz behauptet, ja, dafür ist die Regierung doch sicher zuständig. Was sollte sie sonst hüten, wenn sie nicht Recht und Gesetz hüten wollte! Und wie liegts tatsächlich weiter? Die §§ 30 und 31 stehen mit dem Reichsverfassungsentwurf vor der Tür. Das Material schwillt heran. Es ist so viel Interesse für die Sache da. Seit Stunden reden wir schon über die Sache. Sämtliche Redner sind auf die Sache eingegangen. Nur die Regierung hält es nicht für notwendig, auch nur mit einem einzigen Wort und Satz auf die Sache einzugehen. (Sehr richtig!)

Das drängt und zwingt mich, auf die Interpellation selbst nochmals schärfer einzugehen. Zuerst dies! Behandelte sie wirklich, wie es nach mehrfachen Äußerungen, wie sie in den Reden von heute fielen, scheinen könnte, nur eine Angelegenheit einzelner Staaten? Sie haben gehört, was in Sachsen, Braunschweig, Hamburg sich begeben hat. Sie haben ähnliches oder gleiches auch über andere Staaten vernommen. Sie sehen hier den Zusammenhang des einen Gliedstaates mit den anderen Staaten, mit dem ganzen Reich. Es ist die alte Sache: das Glied hängt mit dem Leibe zusammen, und aus dem einen Glied geht die Gesundheit in den Leib und in die übrigen Glieder, geht ebenso das Verderben und die Krankheit. Ich rede als Sachse in erster Linie für Sachsen. Es mag sein, daß unser Sachsen das sozialistische Muster-

ländle werden soll. (Zuruf rechts: Leider!) Wir haben bereits vor mehreren Wochen sehr extreme Sozialisierungsgedanken und -pläne vorgelegt bekommen. Wir meinten, sie kämen etwa von der Regierungsstelle aus. Die Regierung rückte ab, aber der Eindruck ist im Volke geblieben, daß die Sache von dort her kam. Wir sind mißtrauisch. Vor allem auch deshalb, weil Sachsen in den Kulturfragen den Vortritt erstrebt hatte. Adolf Hoffmann war wohl um eine Nasenlänge voran, aber unser **Kultusminister in Sachsen, Buck**, ging mit ihm und stand mit ihm, so daß sie beide gestanden haben fast wie Goethe und Schiller draußen vorm Nationaltheater (große Heiterkeit); Adolf Hoffmann den Kranz in der Hand und Buck greift danach oder auch umgekehrt. (Erneute Heiterkeit.) Nun sind sie wieder auseinander. Adolf Hoffmann ist gegangen, aber Buck ist geblieben, und Buck ist von Worten zu Taten geschritten.

Es ist ja viel, wenn ein Kultusminister, der vorher kaum einmal durch die Räume des Kultusministeriums gegangen war, fünf oder sechs Tage nach dem Antritt seiner Stelle sofort sein Kirchen- und Schulprogramm vorlegen kann. Buck hat es getan und mit aller Bestimmtheit erklärt, was „in Bälde" alles geschehen soll: „daß in Bälde Kirche und Staat voneinander getrennt werden, in Bälde die Staatszuschüsse für die Kirchen aufhören, in Bälde der Religionsunterricht aus den Schulen schwinden, in Bälde die Friedhöfe den Kirchengemeinden genommen werden. Er ließ keinen Zweifel: „in Bälde" bedeutet den 1. April, bedeutet Ostern 1919. Er überbot sich dann noch und machte den 1. Januar schon zum Markstein für die Schule. Sie haben's ja gehört, wie aus seinen Worten die Taten wuchsen. Es ist nicht so, wie es der Herr Vorredner, dessen Rede mir sonst in sehr vielen Stücken sehr sympathisch gewesen ist, gesagt hat, daß doch eigentlich kein Grund zur Interpellation vorgelegen habe. Der Grund liegt eben in dem Tatsächlichen. Daß Geschehenes nicht weiter geschehe, hat uns gezwungen, die Schulfrage jetzt vorauszunehmen. Aber freilich, wie wirds nun wirken, wenn die Regierungserklärung, so wie sie ist, in das Land hinausgeht und nach Sachsen hinüberkommt? Das Aufatmen ist wieder da, während doch vorher einige Spannung gewesen. Man weiß, man kann ungestraft seinen Weg weiter gehen. Um so deutlicher sei dieser Weg hier beleuchtet. Er führt über Sachsen und Einzelstaaten hinaus. Die Gedanken und Strebungen, die auf ihm auf dem Marsch sind, bringen zu allen übrigen Staaten. Ich denke an die Höhle des Polyphem, in die Odysseus mit seinen Genossen geraten war. Jeden Tag hat der Riese einen der Griechen gefressen, und der vielgewandte Odysseus konnte für sich nur die Zusage herausschlagen, daß er als der letzte aufgefressen werden sollte. Mag Sachsen zuallererst von dem Riesen Sozialismus verschlungen werden, glauben Sie, die anderen kommen auch noch dran. Das sage ich unseren Vertretern etwa aus

den südlichen Staaten. Wenn sie denken, sie könnten ruhig und behaglich beiseite sitzen, bei ihnen sei die Sache in der besten Ordnung, sie werden, gehts auf der beschrittenen Bahn weiter, auch noch verschlungen. (Sehr richtig! rechts.) Und war und ist das alles nicht auch für die Regierung wichtig und dringlich und wert, darauf einzugehen?

Und nun die Sache selbst und ihre Tragweite — die Eingriffe ins Schulwesen! Die Sache ist typisch. Sie zeigt zunächst, wie es jetzt gemacht und beliebt wird. Ich mache aufmerksam auf die große Eile, mit der tief einschneidende Maßnahmen getroffen werden — auf die Eile, die mitten im Schuljahr — etwas pädagogisch ganz Merkwürdiges! — einen Lehrstoff abbrach. Was will das bedeuten? Wie erklärt es sich? Ich glaube, das erklärt sich nur aus dem Dilettantismus, wie er sich jetzt breit macht. (Sehr richtig! rechts.) Vordem war es die Anschauung: für eine Stelle und ein Amt müsse einer den Befähigungsnachweis erbringen, und wo Meisterschaft zu beweisen sei, müsse auch ein Meister stehen, der durch Lehr-, Gesellen- und Wanderjahre hindurchgegangen sei. Heute ist das Stich- und Schlagwort: freier Aufstieg für alle Tüchtigen. Ein schönes Wort, dem man zustimmen kann! Nur ist die Frage: wer ist der Tüchtige und was ist der Aufstieg? (Sehr wahr! rechts.) Ist der Tüchtige etwa nur der Starke, der die anderen unterkriegt und sich vielleicht mit Hilfe von Maschinengewehren zum Ministerstuhl emporschwingt? Dann sitzt der Dilettantismus an hoher Stelle und arbeitet nach seiner Weise. Er arbeitet schnell, leicht, nicht belastet durch zu große Sachkenntnis. Und er experimentiert. Das Experiment hat nun wohl sein Recht hier und dorten. Es hat sein Recht nicht an jeder Stelle. Es hat kein Recht gerade für die Schule; unsere Kinder sind nicht zum Experimentieren da. (Sehr richtig! rechts.) Es ist vielleicht schon in all den letzten Jahren in und an der Schule viel zu viel experimentiert worden. Wir halten es mit Pestalozzi, für unsere Kinder sei gerade das Beste gut genug. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts: Sehr richtig!) Dazu rechnen wir, was lange ausgeprobt und bewährt worden ist. — Jawohl, was das sei, darüber gehen die Meinungen selbstverständlich auseinander. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber gestatten Sie, daß darüber wir auch unsere Meinung haben. Wir sind alle groß geworden und nun überzeugt, daß gar keine üblen Menschen aus uns geworden sind, und das aus der alten Schulbildung heraus. Sie hat auch wohl ihr Gutes gehabt. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie waren nicht in der Volksschule!) — Ich bin auch in der Volksschule gewesen, um aus ihr dann aufs Gymnasium überzugehen. Ich bin auch „aufgestiegen", wenn ich

ja von einem Aufstieg reden kann. Und habe nun, wie ich bin, nichts übrig für den Dilettantismus, von dem ich rede. Zumal wenn er sich mit dem Fanatismus verbindet. Und das ist doch in der Schul- und Religionsfrage der Fall. (Sehr richtig! rechts.) Warum hat man denn sie in dieser furchtbaren Zeit anschneiden müssen! Es ist immer der Instinkt der Revolution gewesen, daß sie sich gegen die Religion wandte. Auch diese letzte Revolution tats.

Die Schulsache war der Bissen, nach dem sie schnappte. Und waren, wie gesagt und ausgeführt worden ist, die Lehrer mitbeteiligt und haben sie mit dem Minister Buck zusammengesessen — vielleicht geben ihnen die Debatten des heutigen Tages manches zum Überlegen. Gut aber wäre es gewesen, wenn auf alle diese Materie die Regierung sich hätte einlassen wollen. (Sehr richtig! rechts.)

Die ganze Sache, so wiederhole ich, ist typisch. Sie zeigt, worauf es hinaus will. Es ist nicht eine kleinliche Sache, um die es sich handelt. Es handelt sich nicht darum, daß der Lektionsplan an irgendeiner Stelle korrigiert wird. Es handelt sich um den Religionsunterricht, und der hat an und in der Schule eine ganz besondere Stellung. Der **christliche Religionsunterricht** vertritt die christliche Weltanschauung, und wenn diese mit ihm erst in der Schule Heimatrecht gewonnen hat, dann strahlt sie über auf die ganze übrige Schule, auf jedes andere Fach. Ob und wie der Religionsunterricht in der Schule ist, das wird es entscheiden, wie z. B. Geschichte, deutsche Literatur, Naturwissenschaft gegeben wird. Daß das die Bedeutung des christlichen Religionsunterrichts ist, wissen wir, wissen aber auch unsere Gegner. Deshalb stürmen sie gegen ihn. Ich darf wieder von Sachsen reden. Buck in Dresden hat sich verraten, wie er es eigentlich meinte, als er an einem der ersten Sonntage des Jahres mit den Lehrern in Dresden zusammensaß. Er sagte ihnen, daß es für ihn darauf ankomme, in die Schulen die materialistische Geschichtsauffassung einzuführen. (Hört! hört! rechts.) Also — er will doch eben den christlichen Geist aus der Schule hinausschlagen und damit aus dem Denken und Leben des Kindes und damit dann aus dem Leben und Denken des ganzen Volkes, das durch das Kind immer neu sich auffüllt. Der Plan ist zum Erschrecken. Ich denke an die Entwicklung in Frankreich. Zwanzig Jahre hat man drüben an der sogenannten Laizisierung der Schule gearbeitet, man hat sie zur Staatsschule gemacht, hat sie entchristlicht, und dann war 1905 das Volk so weit, daß die Trennung zwischen Staat und Kirche erfolgen konnte, und zwar so, daß sie nach meiner Überzeugung ein Verderben ist für Land und Volk.

Wie, wenn uns dasselbe blühte? Als die Lehrer in Dresden das Wort des Herrn Buck von der materialistischen Geschichtsauffassung hörten, sagten sie ihm: unsere Weltauffassung ist die idealistische. Sie schraken zusammen, wie es schien. Das Volk war zuvor schon auf-

gewacht und hatte sich mit tiefstem Mißtrauen und Erschrecken erfüllt. Könnte das alles uns hier, dem Haus wie der Regierung, gleichgültig sein?!

Wie wird die Entwicklung nun weiter gehen, wenn auf der beschrittenen Bahn weitergegangen werden wird? Man hat es jedenfalls nicht gut gemeint für Religion und Christentum, für die Kirche und für die christliche Schule. Aber für uns ist doch viel Gutes darin gewesen. Uns Evangelische hat die Sache zusammengebracht und zusammengeschweißt. Man hat heute früh gespöttelt über die eingegangenen Petitionen. Meine Herren, sehen Sie sich oben im Bureau die zwei Tische an, mit den mächtigen Stößen von Petitionen darauf! Das ist doch etwas Imponierendes. Und da fehlen noch alle die Petitionen, die in den Einzelstaaten an die Kultusministerien gegangen sind, zum Beispiel die 1,1 Millionen Petitionen, die an das Dresdner Kultusministerium abgegeben wurden. Gehen Sie darüber nicht so leicht hinweg, indem Sie von Zwang und wer weiß was sprechen! Reden Sie überhaupt nicht zu sehr über Zwang! Gibt es nicht einen Zwang und einen Terror auch in der Fabrik und in der Volksversammlung? Kommen Sie aber einmal herein in unsere Kirchen, zu deren Besuch keine Organisation zwingt! Hätten Sie nur miterlebt, was wir seit den Tagen der Revolution erlebt haben! Wie die Massen sich immer wieder zusammenscharten! Wie auch sonst Gleichgültige aufschreckten, weil sie merkten, daß ihnen angegriffen werden sollte, was ihnen heilig und teuer sein muß! Wir haben eine **große Bewegung** jetzt unter uns, und wir können dankbar dafür sein. Und freuen uns, daß in ihr sich auch die Konfessionen zusammengefunden haben, die **Evangelischen und die Katholiken.** So war es in Berlin, so war es in anderen Städten, wie ich es in Dresden selbst erlebt habe: Katholiken und Evangelische zusammen bei der einen großen Kundgebung. An dem einen Sonntag Mittag waren etwa 20 000 Menschen auf den Beinen! Sie füllten und überfüllten im Nu den Riesenzirkus und die beiden größten Kirchen Dresdens. Sie hätten noch ein paar andere Kirchen gefüllt, wenns vorbereitet gewesen wäre. Der evangelische Geistliche und der katholische Priester machten zusammen die Resolution, auf die sich dann stürmisch die Tausende einigten. Man muß es erlebt haben, wie elementar es bei den Massen ausbrach, das alte evangelische „Ein feste Burg ist unser Gott"; sie erhoben sich, und die Katholiken haben sich mit erhoben. Da hatte man einmal ein Gefühl von der Einigkeit im Geiste.

Wir haben unsere Listen verbunden. Und ich rede im besonderen mit für die **katholische Minorität** in unserem **Sachsenlande.** Sie ist durch das, was sich in den letzten Wochen und Monaten vollzogen hat, schwerer bedroht als die Evangelischen. Wir könnten es noch mit an-

sehen, wenn die Simultanschule mit dem staatlichen Moralunterricht käme. Wir könnten denken, daß in dem evangelischen Lande, in dem die ganze Luft evangelisch ist, doch auch ein befohlener Moralunterricht zuletzt ein evangelischer werden würde. Aber wir denken an die katholische Minderheit. Wir haben es als Nachbarn von Böhmen, von Österreich erlebt, was es drüben um die Simultanschule war. Sie war in Wirklichkeit doch nur eine katholische Schule. Wir wollen nicht, daß die Minorität bei uns um ihre Rechte kommt; sie soll ihren konfessionellen Unterricht auch haben. Die katholische Kirche legt auf ihn auch ganz besonderen Wert. Und da sind wir zusammen und stellen unsere Forderung, und das ist die christliche Volksschule und der christliche Unterricht in der Volksschule. Was ists um diese?

Der heutige Redner der Sozialdemokratie hat sich uns als „praktischen Lehrer" vorgestellt und über die Einzelfragen im besonderen geredet. In manchem kann man mit ihm einverstanden sein. Jedenfalls sind wir nach seiner Rede nur fester und klarer darüber geworden, daß der Religionsunterricht gar nicht von jedem gegeben werden sollte. (Sehr richtig! rechts.) Was er im übrigen gesagt hat, ob mit dem Religionsunterricht etwas zu machen sei, ob die Jugend, das Kindesalter für den Religionsunterricht überhaupt brauchbar sei —, meine Verehrten, Religionsunterricht und Religionsunterricht ist doch zweierlei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er kann sehr schlecht sein (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), er kann aber auch sehr gut sein, und woran es liegt, das sind immer die Persönlichkeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Schule und für den Religionsunterricht dürften eigentlich nur die besten Köpfe sich zur Verfügung stellen (sehr richtig! rechts), wie ich nicht anstehe, das gleiche für die Kanzel und für den Altar zu sagen. Für meinen schönen und herrlichen Beruf, den ich selbst vertrete, wünsche ich nur die Tüchtigsten und die Allerbesten. Aber ich bin dankbar für das, was mein Herr Vorredner in dieser Beziehung gerade gesagt hat. Wenn der Religionsunterricht recht angefaßt wird, dann ist er doch eine große und herrliche Sache, und den soll man uns nicht nehmen, den soll man auch den Kirchengemeinschaften nicht nehmen, den soll man dem Hause nicht nehmen (Zurufe von den Sozialdemokraten), denn die Schule ist nicht bloß eine Veranstaltung des Staates, nicht bloß eine Veranstaltung der Lehrer, sondern vor allem eine Sache der Eltern, des Hauses. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn vorhin gesagt wurde, die Eltern sollten nicht gezwungen werden, ihre Kinder in den Religionsunterricht zu schicken, so sollen sie auch nicht abgehalten werden, ihren Kindern Religionsunterricht zu schaffen. (Sehr richtig! rechts.)

Wie der Herr Vorredner sehr schön und treffend ausführte, wendet sich die Religion immer an den ganzen Menschen und ist das ganze Leben zu durchdringen imstande. Deshalb, also um des Kindes, um des Hauses, um des Volkes willen, verlangen wir, daß der Schule die Religion nicht fehle und sie vom christlichen Geiste getragen und durchweht sei. Das ist unsere Forderung. Sonst sind bei uns weite Kreise vorhanden, die dringlich und stürmisch das Recht begehren, sich christliche Privatschulen zu gründen. (Sehr richtig! rechts.) Der Erfolg ist mir nicht unklar. Man braucht nur an Holland zu erinnern, wo die Staatsschule mit ihrem öden Moralunterricht verödet, während die sogenannten Bibelschulen blühen und gedeihen. (Sehr richtig! rechts.) Ein in der Lehrerschaft führender Herr hat mir gesagt, für ihn sei es nicht zweifelhaft, wohin die Eltern in der großen Mehrzahl ihre Kinder schicken würden, wenn sie die Auswahl hätten. Ich habe Fühlung genug mit dem Volke, ich kenne das Volk und kenne den einzelnen, um das zu bestätigen. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Wir wissen, wie die Sache etwa gehen würde. Für uns sicher nicht ungünstig. Aber es wäre ein Riß durch das Volk hindurch, es wäre eine Zweierleischule. Sie könnten ja auf die Dauer in der Zeit der Freiheit und im Staate der Freiheit uns das Recht auf Gründung von Privatschulen nicht absprechen. (Sehr richtig! rechts.) Es wären zweierlei Schulen. In der einen saßen die einen Kinder, in der anderen die anderen. Ich würde es schwer beklagen fürs Volk. Denn ich rede für das Volk, wie ich für das Volk empfinde und mit ihm denke (Zuruf von den Sozialdemokraten), wie ich aus dem Volke hervorgegangen und unter dem Volke groß geworden bin mit meinem ganzen Denken und Wesen, und wie es für mich eine Freude ist, daß mich mein Beruf das ganze Jahr hindurch an das Volk heranführt, so daß ich den einzelnen immer begleiten kann von der Wiege bis zum Sarge und das ganze Leben hindurch durch alle seine Höhen und Tiefen. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Ich will keinen Riß durch das Volk haben. Ich will ihm auch keinen neuen Kulturkampf beschert wissen, der, wenn er heraufbeschworen würde, schlimmer als jeder frühere werden würde. Es ist bitter notwendig, daß wir zusammenstehen. Gegen uns ist die ganze Welt. Wir werden abgelehnt trotz des Völkerbundes. Als Christ könnte ich für den Gedanken des Völkerbundes nach jeder Richtung sein; aber ich weiß, wie weit wir noch davon entfernt sind. Wir sind doch zuletzt nur auf uns selbst gestellt und aufeinander angewiesen, auf Gedeih und Verderb, die wir dieselbe Sprache reden und dasselbe Blut in den Adern haben und in denselben Grenzen wohnen. Und nun sehen wir gerade in Weimar in der Nationalversammlung, wie zerrissen wir sind. Wir können uns nicht einigen über das, was nationales Empfinden ist. Wir sehen es bei der Debatte über das Sozialisierungsgesetz, wie ganz verschieden wir sozial und volkswirtschaftlich

denken. Wäre denn hier im Religiösen nicht ein Grund, auf dem wir uns zusammenfinden könnten? (Sehr richtig! rechts.) Es ist doch sehr erfreulich, wie heute auch die Debatte besonders eben durch die letzten Redner verlaufen ist, wie der Vertreter des Zentrums gesprochen hat, wie jetzt eben noch der Vertreter der Demokratie geredet hat. Es tut mir nur leid, daß heute früh im Anfang die Linke sich so nervös geäußert hat. Im Wahlkampf ist uns manches Freundliche auch von sozialdemokratischer Seite aus gesagt worden. Freilich nur hat die Sozialdemokratische Partei als solche sich niemals im Wahlkampfe binden wollen. Und hier sitzen nun so viel erklärte Religionslose auf der Linken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie meinen immer, das Volk — das ganze Volk — hinter sich zu haben. Sie ergeben doch nicht das zutreffende Bild, als ob unser ganzes Volk schon religionslos sei. Kommen und gehen und dringen Sie hinein in seine Tiefen; da werden Sie es noch anders kennen lernen. Gehen Sie darüber nicht so leicht und kalt hinweg. Stürmen Sie nicht gegen das, was noch ungezählt vielen das Heiligste und Teuerste ist. Helfen Sie im Gegenteil mit bauen.

Lassen Sie sich das eine nur noch sagen: wenn wir aus dem furchtbaren Elend dieser Zeit, aus dem Blutsumpf herauskommen sollen, in dem wir waten, kann uns nur geholfen werden durch innere und innerste Werte, durch die Kräfte der Religion. (Bravo! rechts.) Wenn Sie das Wort eines Theologen nicht haben wollen, nehmen Sie das Wort des Juristen, eines Rudolf Sohm, mit dem er seine Kirchengeschichte geschlossen hat: Wenn eines uns noch retten kann, dann ist es nicht unsere Kultur, sondern das alte Evangelium! Darum, es wäre schön, wenn wir uns hier auf einem Boden zusammenfänden. Es wäre schön, wenn in der Reichsverfassung die Sicherungen für Kirche und Schule — christliche Schule —, für Religion und Christentum niedergelegt würden, und es wäre auch schön, wenn die Regierung für diese Fragen noch ein größeres Interesse gewinnen könnte (sehr richtig! rechts), und zwar ein wohlwollendes Interesse. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Runkel.

Dr. **Runkel**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich knüpfe an die letzte Äußerung meines Herrn Vorredners an. Es wäre schön gewesen, wenn die Reichsregierung der Frage, die heute zur Verhandlung steht, mehr Interesse entgegengebracht hätte. Ich muß sagen, wenn ich das Vorkommen heute morgen, als kein Vertreter hier war, der die Interpellation beantworten konnte, von meinem Stand-

punkte aus hätte kritisieren sollen, dann hätte ich es nicht gewagt, weil mir als parlamentarischem Neuling wahrscheinlich Ausdrücke entschlüpft wären, die in diesem Hause nicht gebraucht werden. (Sehr gut! rechts.) Daß ausgerechnet der Kolonialminister die Interpellation über den Religionsunterricht in der Schule beantwortet, ist eine ganz eigenartige Erscheinung (Zuruf rechts), als wenn es sich um eine religiöse Angelegenheit irgendeiner Gemeinschaft drüben in Kamerun oder wer weiß sonstwo handelte. (Sehr gut! rechts.) Daß Herr Reichsminister Bell die Beantwortung der Interpellation las, war mir nicht unsympathisch.

Ich darf zunächst mit ein paar Worten auf einige Äußerungen der Herren Vorredner eingehen. Der Herr Redner der Sozialdemokratie hat hier Angriffe gegen den früheren **Generalsuperintendenten** meines Wahlbezirks Schleswig-Holstein, Dr. **Kaftan**, gerichtet. Ich habe nach der Rede persönlich mit ihm gesprochen, und ich will feststellen, daß er mir sagte, er hätte es nicht so gemeint. Seine Äußerungen müssen aber doch zurückgewiesen werden, weil sie nachher in der Presse stehen; denn was ich privatim mit dem Herrn Abgeordneten hier rede und abmache, das kommt nicht in die Presse. Er hat gesagt, daß der Generalsuperintendent Dr. Kaftan in engherzig religiöser Weise alle die Persönlichkeiten, die nicht einen streng dogmatischen Religionsunterricht erteilten, zurückgewiesen habe, ja daß sie — ich weiß den Ausdruck nicht mehr, aber ich habe ihn noch so im Ohr liegen —, daß sie gemaßregelt worden seien. Wer den Generalsuperintendenten Dr. Kaftan gekannt hat — und ich habe manche Prüfung als Schulaufsichtsbeamter und als Verwaltungsbeamter mit ihm abhalten können —, der weiß, welch warmes Herz er für jede religiöse Persönlichkeit hatte, gleichviel ob sie rechts oder links stand. Er war ein Mann, der Verständnis hatte für religiöse Kämpfe, die ein jeder, der sich mit Religion innerlich beschäftigt, ob er rechts oder links steht, einmal durchgemacht hat, und wenn er sie nicht durchgemacht hat, hat er kein Recht, hier über Religion zu sprechen. Ich weiß, welche Stellung dieser Mann der Religion gegenüber einnahm. Und ich weise deshalb die Angriffe gegen ihn, weil sie öffentlich gefallen und in dem Zusammenhange nicht zu verstehen sind, hiermit als unberechtigt zurück.

Ich muß sagen, es geht durch die nordische Welt der Gedanke an ein Großhamburg. Man meint, daß sich auch große Teile Schleswig-Holsteins Hamburg anschließen könnten. Werden diese Äußerungen der sozialdemokratischen Abgeordneten über die **Stellung des Religionsunterrichts** in der **Lehrerschaft Schleswig-Holsteins** bekannt — und wir haben ein Interesse daran, daß sie bekannt werden —, dann können Sie sich darauf verlassen, daß die gesamte Lehrerschaft Schleswig-Holsteins von der Hamburger Lehrerschaft abrücken wird. Ich nehme aber

an, daß das nicht die Stellungnahme der ganzen Hamburger Lehrerschaft ist, sondern die einer verschwindenden Minderheit.

Ich muß auch sagen, daß die Chemnitzer Lehrerschaft, die mit ihren Forderungen hier herangezogen wurde, gleichfalls weit von dem Herrn sozialdemokratischen Redner abrücken würde; denn diese Beschlüsse der Chemnitzer Lehrerschaft sind tatsächlich von einem starken religiösen Gefühl getragen. Schon der einleitende Satz stellt als Forderung hin, daß der Religionsunterricht wegen seiner erziehlichen und seiner herzen- und charakterbildenden Kraft in den Volksschulunterricht aufgenommen werden soll.

Ich hätte nun geglaubt, der sozialdemokratische Herr Redner wäre, nachdem er so manches Schöne über den Religionsunterricht gesagt hat, zu ganz anderen Schlüssen gekommen. Aber der Schlußsatz, daß er auf einmal sagte: wir sind gegen jeglichen Religionsunterricht, wir sind — ich weiß nicht, ob er den Ausdruck gebraucht hat — für einen Moralunterricht, war ganz frappierend, weil eben aus seinen Ausführungen ein ganz anderer Schluß zu folgern war. Seine Ausführungen über das, was er über die Erteilung des Religionsunterrichts sagte, leiden an Einseitigkeit. Ich kann doch nicht die krassesten Fälle nehmen, die bei der Erteilung des Religionsunterrichts vorkommen, diese nun als Norm und Muster hinstellen und dann sagen: so wird nun der Religionsunterricht in der Schule erteilt, — um daraus meine ganz extremen Schlüsse zu ziehen. Wenn ich diese Fälle nehme, dann muß ich auch die 95 Prozent anderen Fälle nehmen, wo der Religionsunterricht mit innerem Erfolge erteilt wird.

Es war für mich heute morgen eine ganz eigenartige Beobachtung, daß, bevor wir um einhalbzwei auseinandergingen, 100 Abgeordnete hier saßen, von denen 27 Frauen waren. Bei dem geringen Prozentsatz der Frauen in unserem Kreise war es ganz bezeichnend, daß von den 100 Abgeordneten mehr als ein Viertel **Frauen** waren, die ein solch starkes **religiöses Interesse** hatten, und ich habe mich gefreut — ich darf das sagen —, daß die Frauen auf der Linken und der äußersten Linken mit Ruhe und innerem Anteil auch den Ausführungen von der äußersten Rechten gefolgt sind. Ich habe mir ausdrücklich dabei gemerkt, ob Frau Zietz — sie nimmt es mir nicht übel, daß ich das sage — hier Zurufe machte, und sie hat nicht einen einzigen Zwischenruf gemacht (Heiterkeit; Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten), weil sie tatsächlich weiß, um was es sich handelt, daß das eine Frage ist, die die Herzen und Gewissen von Millionen und aber Millionen Deutscher bewegt, wovon manch einer, der heute hierher gehörte und für manches viele Worte machen kann, keine Ahnung hat. (Heiterkeit. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich darf jetzt zur Sache kommen. Ich erkenne an, was der Herr Redner der Demokratischen Partei gesagt hat. Man kann fast jedes Wort

unterschreiben, was gesagt worden ist, ich sehe dabei ab von dem vielen seminaristischen Leitfadenstoff, der für mich nur als Schulmann von Interesse ist. Aber was er gesagt hat über die Religionsunterrichtserteilung, die Wärme, mit der der Religionsunterricht erteilt werden soll, das kann auch von jemand auf der äußersten Rechten gesagt werden. Ich hätte nur gewünscht, er hätte hierher (nach links gewendet) gesprochen, dahin wären die Ausführungen zu richten gewesen, aber die Herren sind schon alle rechtssichtig geworden. (Heiterkeit.) Und ich konstatiere: wenn wir jetzt dahingehende Anträge für die Verfassung stellen — seine Partei wird es ja auch tun und wahrscheinlich die äußerste Rechte auch —, dann werden diese Anträge die Mehrheit haben, denn die ganze Konservative und Demokratische Partei werden nun die Religionsbestimmungen, die wir für die Verfassung beantragen werden, annehmen, und ich freue mich, daß somit Artikel 30 in der Verfassung einen ganz anderen Inhalt bekommen wird, weil wir die drei Parteien nebst Zentrum Hand in Hand werden gehen sehen. Allerdings die Demokratische Partei ist für mich die Partei der Unbegreiflichkeiten. Wie hätte man sonst — jawohl, Herr Waldstein — in unserem gemeinschaftlichen Wahlkreise die Ansicht vertreten können, daß man von der alttestamentlichen Religion — gemeint war das alte und das neue Testament — abkommen und eine germanische Naturreligion schaffen müsse. (Zurufe bei den Deutschen Demokraten.) — Wenn Sie mir nicht glauben, so fragen Sie bei dem früheren Oberpräsidenten Exzellenz v. Bülow an, der hat mir gesagt, daß es tatsächlich in einer Versammlung so gewesen ist. Zweitens werden Sie in der Demokratischen Partei sich mit denen auseinanderzusetzen haben, die sagen: wir wollen keinen Religions-, sondern einen Moralunterricht. Auch das würde nicht recht in den Rahmen dessen passen, was der Herr Vorredner hier ausgeführt hat. Was er ausgeführt hat über Unterrichtserteilung, kann jeder restlos unterschreiben, dem der Religionsunterricht in der Schule am Herzen liegt. Wie Sie über die angegebenen Gegensätze wegkommen wollen, ist meine Sache nicht. Wir freuen uns — und das konstatiere ich —, daß Ihre Partei auf diesem schönen, warmherzigen religiösen Standpunkt steht.

Man hat hier in diesem Hause vom Ministertisch aus so oft betont, daß es sich bei dieser oder jener Frage um **Menschenrechte** handelt, und wenn dann mit dem Brustton der Überzeugung und dem schönen, warmen inneren Pathos, das den Regierungstisch so sehr schmückt, eine solche Wahrheit vorgetragen wurde, hatte man nicht den Mut, auch nur zu denken, daß die Sache nicht richtig sein könne. Meine Damen und Herren, hier handelt es sich auch um Menschenrechte. Sie können die Volkspsychologien unserer namhaftesten Gelehrten durchgehen, ebenso die ethnographischen Lehrbücher usw., und überall finden Sie konstatiert, daß auf der ganzen Erde dem Menschen angeboren ist als Wesensanlage

die religiöse Anlage. Mag man wandern im heißen Afrika oder im kalten Norden Amerikas, gleichviel welche Hautfarbe der Mensch hat, er hat religiöse Anlage, die sich äußert als religiöses Gefühl. Wenn das der Fall ist, dann ist es eine Wesensanlage der menschlichen Seele. Und wenn Sie auf Ihr Programm setzen: wir wollen alle die Menschenkräfte zur freien Entfaltung und Entwicklung bringen, dann ist es Pflicht und Schuldigkeit, daß auch diese für mich höchsten menschlichen Seelenkräfte zur vollen Entwicklung und Entfaltung gebracht werden. (Sehr richtig!) Der Staat wird Millionen und aber Millionen ausgeben, damit die künstlerischen und andere Anlagen im Menschen entwickelt werden. Dann ist es auch seine Pflicht und Schuldigkeit, daß er es nicht den Religionsgesellschaften oder anderen Gesellschaften überläßt, daß sie für den Religionsunterricht selbst sorgen, sondern wie er für Kunst und Wissenschaft Geld ausgibt und für andere Zwecke, die der allgemeinen Bildung angehören, so hat er auch mit seinem Gelde dafür einzutreten, daß die religiösen Anlagen im Kinde, die sich im Gemüt als religiöses Gefühl äußern, zur Entwicklung kommen. Ich will mit einem der größten evangelischen Theologen des letzten Jahrhunderts erklären, was religiöses Gefühl ist: religiöses Gefühl ist das Gefühl der Abhängigkeit des Menschen von einem weit über uns stehenden Wesen, das für uns Gott ist. Und dieses Gefühl haben alle, haben auch Ihre Kinder, gleichviel ob es Kinder von Eltern auf der Rechten oder auf der Linken sind, nämlich das Gefühl, daß von unserem inneren Wesen aus sich noch Fäden hinüberspinnen zu einer anderen Welt, die uns nicht bekannt ist. Dieses innere Gefühl der Abhängigkeit von der Gottheit ist das, was wir Religionsgefühl nennen, und unsere Aufgabe ist, daß wir dieses religiöse Gefühl zu dem sicheren Bewußtsein erheben, daß man geborgen ist in der Hand eines Vatergottes. Das ist es, was wir durch die religiöse Erziehung wollen, nicht als Parteisache, nicht als Sache irgendeiner religiösen Gesellschaft, sondern als Volkssache. Die Religion darf nie und nimmer zu einer Parteisache, zu einem Parteigut herabsinken; denn Religion ist ein Volksgut, ist das größte und heiligste und schönste Gut, was es überhaupt gibt. Es ist kein Zufall, daß Frauen von sozialdemokratischen Männern bei der Wahl anders gewählt haben als ihre Männer, und nicht nur einzelne in meinem Wahlbezirk, sondern auch in manchen anderen, weil sie Wert darauf legten, daß das religiöse Gemüt, das religiöse Gefühl in ihrem Kinde gepflegt wurde. Es gibt manche Frauen — ich bin überzeugt, auch von denen, die hier auf der Linken sitzen —, die zu Hause in stiller Stube mit ihrem Kinde unsere alten, schönen, christlichen Weihnachtslieder singen (Zuruf bei den Sozialdemokraten), weil sie wissen, welche stark bildende Kraft darin liegt. (Andauernde Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Diese können sie aber nur mit Erfolg singen, wenn sie auch auf dem religiösen Standpunkt stehen. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben schon gehört, daß auch die Kultur der Gegenwart und Vergangenheit religiöser Kenntnisse bedarf, daß ihr Verständnis religiöse Bekenntnisse bedingt. Ich will deshalb nicht näher darauf eingehen. Ich will nur noch hervorheben, daß die Universitäten die **Beibehaltung der theologischen Fakultät** fordern. Wir lieben solche Forderungen aus den Universitätsstädten Heidelberg und Tübingen vor allem beide im Interesse der Wissenschaft selbst fordern, daß die theologische Fakultät bestehen bleiben soll, und ich habe in einer Antrittsrede, die mein Parteifreund Dr. Kahl in Berlin als Rektor gehalten hat, den treffenden Nachweis gefunden, daß die Universitäten, daß die Gesamtwissenschaften an denselben die theologische Wissenschaft brauchen, wenn sie eine einheitliche, universelle Wissenschaft pflegen wollen. Wenn die Theologie von den Universitäten entfernt würde und ihre eigenen Wege, ihre Gemeinschaftswege gehen müßte, wo blieben dann die Beziehungen zwischen der Theologie und den anderen Wissenschaften, besonders zwischen Theologie und Naturwissenschaft? Nein, die Theologie ist auch als Wissenschaft eine befruchtende Wissenschaft, die ihre Fäden nach allen Seiten der Geisteswissenschaften auf der Universität spinnt. Aus diesem allgemeinen Grunde müssen wir die Theologie als Universitätsfach beibehalten.

Es ist hier von der Linken betont worden, daß um der Religion willen, um der Kinder willen und um des Lehrers willen der **Religionsunterricht** nicht erteilt werden dürfe. Ja, ich bin jetzt 35 Jahre Schulmeister, es gibt fast keine Klasse der Volksschule, der Mittelschule und der höheren weiblichen Schule, in der ich nicht längere Zeit Religionsunterricht erteilt habe. Ich spreche also nicht wie der Blinde von der Farbe. Aber das muß ich sagen: das gehört mir heute noch zu den schönsten Erinnerungen, wenn es mir — in allen Stunden gelingt es nicht — in manch einer Stunde gelang, die Herzen der Kinder durch den religiösen Stoff warm zu machen, wenn es mir weiter gelang, die religiösen Heilswahrheiten, gleichviel ob in der Form eines Katechismussatzes, in der Form eines Bibelspruches oder in der Form eines Kirchenliedes in die Seelen der Kinder festzulegen und dann weiter sah, wie dies alles im praktischen Leben allmählich nun Früchte brachte. (Lebhafte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ja, das wollen Sie nicht hören. — Daher muß man sagen: jeder verständige Vater und jede Mutter muß den Religionsunterricht auch vom Erziehungsstandpunkt aus fordern, und ich würde als Lehrer — und ich bin überzeugt, daß ich hier im Namen von 80 Prozent der Lehrer in Deutschland spreche — nicht mehr Lehrer sein wollen, wenn man mir den Religionsunterricht aus der Schule nähme. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Das ist doch die Seele jedes erziehenden Unterrichts! Die Schule des letzten Jahrhunderts ist Erziehungsschule. Wie wollen Sie die Schule zur Erziehungsschule machen, wenn Sie den Reli-

gionsunterricht aus der Schule nehmen? Die Fäden, die zu den anderen Fächern hinüberleiten, sind hier bereits genugsam aufgedeckt worden. Wenn ich die Herzen der Kinder nicht warm mache als religiöse Persönlichkeit, wie soll ich da erziehen? Ich werde Stundengeber, ein geistiger Briefträger! Ich bin aber nicht das, was ich von dem Lehrer einer Schule verlange, und was Sie auch für Ihre Kinder verlangen: eine Persönlichkeit, die durchdrungen ist von innerer Geisteskraft und religiöser Wärme, die nun an Ihren Kindern arbeitet, sie emporbildet, wie wiederum ein Pädagoge sagt, zur reinen Menschenweisheit.

Was wollen Sie uns dafür bieten? Es ist dies hier leider vom Regierungstisch aus nicht gesagt worden. Der Minister konstatierte nur etwas Negatives. Er sagte, die Regierung sei aus formellen Gründen nicht in der Lage, die Frage zu beantworten. Es berührte eigenartig, daß erklärt wurde, die Reichsregierung habe keinen Einfluß auf die Einzelstaaten, es sei verfassungsmäßig nicht zulässig. Wir haben doch seit der Revolution von manchem Eingriff der Reichsregierung in die Befugnisse der Einzelstaaten gelesen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Diese Eingriffe wurden dann immer damit begründet, daß es hieß: die Revolution hat uns das Recht dazu gegeben. Man muß sich deshalb bei dieser Frage auf die Auslassungen beziehen, die hier und da durch Referenten gemacht worden sind, die aber mit den Zentralbehörden in nahen Beziehungen stehen. Man will uns einen **Moralunterricht** und einen religionskundlichen Unterricht geben. Anderswo wurde gesagt: religionsgeschichtlicher Unterricht. Ich glaube, der Ausdruck kam heute morgen auch hier schon vor. Von Moralunterricht ist in den heutigen Vorträgen auch schon gesprochen worden. Ich glaube, daß Frau Dr Bäumer eine Vertreterin dieser Forderung ist. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Wenn man Moralsätze für diesen Unterricht festsetzen wollte, nach welchen Normen wollen Sie diese dann festsetzen? Die Reichsregierung — so wurde eben von demokratischer Seite aus gesagt — ist nicht befugt dazu, das steht den Einzelstaaten zu. Die Minister der Einzelstaaten sagen: diese Frage wird die Nationalversammlung lösen. Ja, wo soll die Lösung schließlich liegen? Ein Moralunterricht, der nicht christlicher Moralunterricht ist, ist für uns überhaupt kein Moralunterricht (sehr richtig! rechts und im Zentrum); denn die Moral, die wir haben wollen, muß autoritativ sein. Wie wollen Sie die Moral, die Sie unseren Kindern übermitteln wollen, verankern? Soll sie durch Mehrheitsbeschluß des hohen Hauses zustandekommen? (Lebhafte Rufe: Sehr gut! und Heiterkeit rechts. — Zurufe links.) Wollen Sie das den Einzelstaaten überweisen? Dann haben wir bald dementsprechend eine braunschweigische, eine sächsische, eine bayerische und wer weiß was für eine Moral! Nein, Sie müssen zugeben, daß es nicht möglich ist, die Moral von der Religion loszulösen. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Die Moral muß fest

gegründet sein in einer religiösen Überzeugung, die ich als Vater mit meinen Voreltern teile und die das Kind mit seinem Vater teilt. (Zurufe links.) Nur so ist Moral möglich. Es ist nicht zufällig, daß Kant, der größte Morallehrer, nach Luther in der christlichen Zeit gelebt hat. Ein Kant konnte mit seinen Moralforderungen erst erstehen, nachdem gleichsam die religiöse Ethik überall praktische Gestalt und Durchführung gewonnen hatte. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe links.) — Na ja, ich will nicht näher darauf eingehen, ich muß die Minuten, die mir zur Verfügung stehen, gebrauchen. (Erneute Zurufe links.) Ich habe auch nicht genau gehört, was Sie gesagt haben; Sie müssen dann schon hierher kommen.

Nun ist von **bibelkundlichem Unterricht** gesprochen worden. Was ist bibelkundlicher Unterricht? Ich habe noch nie eine so inhaltslose Forderung aufstellen hören. Meine Damen und Herren! Denken Sie einmal an Ihren literaturkundlichen Unterricht, den vielleicht der eine oder andere von Ihnen auf der Schule empfangen hat. Nicht wahr, da wurden die Meisterwerke eines Goethe, eines Schiller nicht gelesen, sondern es wurde in einem Leitfaden etwas über die Werke mitgeteilt. Das wurde dann literaturkundlicher Unterricht genannt. Daher auch vielfach die Verödung bei vielen, die durch solchen literaturkundlichen Unterricht hervorgerufen ist. Nein, wir danken für einen ähnlichen bibelkundlichen Unterricht. Ein solcher setzt zum Verständnis Religionskenntnisse voraus, die nur durch einen Religionsunterricht erworben werden können. Nur als abschließender Religionsunterricht — nicht für die Volksschule, sondern nur für die höhere Schule — kann ein solcher erteilt werden. Für die höhere Schule kann man sich wohl einen religionskundlichen Unterricht denken, aber auch hier nicht als Ersatz des Religionsunterrichts. In der Forderung steckt ein Pferdefuß; denn der Lehrer, der diesen Unterricht zu erteilen hat, kann diese schöne Gelegenheit als jemand, der über der Sache zu stehen scheint, benutzen, die Religion selbst in abfälliger Weise zu kritisieren.

Ich darf dann noch ein paar Punkte herausgreifen. Man kann ja nicht alles sagen, was man auf dem Herzen hat. Wenn gesagt wird: die **Geistlichkeit** soll den **Religionsunterricht erteilen**, so muß ich dem entgegenhalten: dann kämen wir dahin, daß beispielsweise in Hamburg heute ein Geistlicher 1300 Kinder in Religion unterrichten müßte. (Zurufe links.) — Ja, wollen Sie Geistliche anstellen? (Zustimmung und Zurufe links.) — Gut, ich habe nichts dagegen; dann muß der Staat die Mittel dazu hergeben, er muß dann die Geistlichen anstellen, die den Religionsunterricht erteilen sollen und zwar wiederum auf Grund der Forderung der allgemeinen Menschenrechte. (Wiederholte lebhafte Zurufe links. — Gegenrufe rechts und im Zentrum. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen!

Dr. **Runkel**, Abgeordneter: Die evangelische Kirche, der ich angehöre, hat nicht die Mittel dazu, um so viele Geistliche anzustellen. Ich glaube auch, daß die katholische Kirche diese Mittel nicht hat. Jedenfalls kenne ich manche katholische Pfarrei auf dem Westerwald und anderswo, die nicht diese Mittel zur Verfügung hat. (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Die Mutter kann den Religionsunterricht auch nicht erteilen, der Lehrer im Nebenamt auch nicht. Er könnte es, aber wir wollen Religionsunterricht nicht zu einem Nebenunterricht herabgedrückt sehen (stürmische Zustimmung rechts und im Zentrum), wir haben ein Anrecht darauf, daß der **Religionsunterricht in der Volksschule** mit in erster Reihe steht. (Erneute stürmische Zustimmung rechts und im Zentrum.) Wir wollen ihn nicht zur dienenden Magd herabwürdigen lassen, sondern in seiner beherrschenden Stellung erhalten. (Wiederholte Zurufe links.) — Er soll zwar nicht übergeordnet, aber er soll den Hauptfächern nebengeordnet sein. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! rechts und im Zentrum. — Zuruf links: Auch in den höheren Schulen?) — Nein, ich rede zunächst von der Volksschule. (Große Heiterkeit und Zurufe links.) — Ja, ich weiß gar nicht, warum da gelacht wird. In den höheren Schulen läßt der Lehrplan eben nicht zu, etwa vier oder fünf Stunden Religionsunterricht einzuführen. (Lebhafte Rufe links: Aha!) Der jetzige Zustand ist ein Notbehelf von meinem Standpunkte aus. Ich bin auch dafür, in den **höheren Schulen** mehr **Religionsunterricht** einzuführen, wenn das ohne Überlastung der Schüler zu machen wäre. (Zuruf links: Dann schaffen Sie eine Religion der Gebildeten und der sogenannten Ungebildeten! — Große Unruhe.) — Nein, um Mißverständnisse zu vermeiden, erkläre ich, daß ich vollständig auf dem Boden der Schulreform und auch auf dem Boden der Einheitsschule stehe. Darüber wollen wir ein anderes Mal reden. Ich bin schon als Schulaufsichtsbeamter für die Einheitsschule zu einer Zeit eingetreten, als noch lange nicht an Revolution zu denken war. Die Einheitsschule ist überhaupt kein Kind einer Partei, sondern es handelt sich hier um eine Volksforderung. (Wiederholte Zurufe links.) — Nein, wir sind für die Einheitsschule genau so wie Sie, und wenn wir in der Einheitsschule auch mehr Religionsunterricht für die höheren Schulen gewinnen können, so begrüße ich es mit Freude.

Aber noch eines — und jetzt komme ich zu den Einschränkungen —, auch wir wollen keinen Gewissenszwang. Wir wollen nicht, daß die Eltern gezwungen werden, ihre Kinder in den Religionsunterricht zu schicken, wenn sie es nicht wollen. Wir sind froh, daß der **Dissidentenerlaß endlich aufgehoben ist. Manche Gewissen sind dadurch**

stark bedrängt worden. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Ja, wenn ich etwas sage, was in Ihren Kram paßt, weil Sie glauben, Sie müßten diese Forderung erheben, dann schreien Sie auch. (Andauernde Zurufe von den Sozialdemokraten.) Sage ich etwas, was Ihnen nicht paßt, weil es meine religiöse Überzeugung ist, so schreien Sie erst recht. Geschrien wird immer. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Weil Sie mit zweierlei Maß messen!) — Wo ist das doppelte Maß? (Zurufe von den Sozialdemokraten: Doppelter Lehrplan!) — Kein Gedanke! Wenn es angeht, wollen wir mehr Stunden haben. (Andauernde Zurufe.) — Ich bitte doch, bei der Sache zu bleiben. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, einen Augenblick zu warten; Sie können gleich fortfahren.

Ich möchte die geehrten Damen und Herren auf allen Seiten des Hauses bitten, sich den § 42 der Geschäftsordnung anzusehen und sich danach zu richten. Danach hat im Hause nur der zu reden, dem vom Präsidenten das Wort gegeben ist. (Große Heiterkeit.) Meines Wissens habe ich nur dem Herrn Redner das Wort gegeben. Ich bitte die übrigen Abgeordneten, den Herrn Redner nicht durch Zwischenrufe zu unterbrechen.

Dr. **Runkel**, Abgeordneter: Ich danke dem Herrn Präsidenten. Ich konstatiere, um schiefen Darstellungen vorzubeugen, daß ich gesagt habe, daß die höheren Schulen durch den Lehrplan nicht mehr Religionsunterricht erteilen können, würde es aber mit Freuden begrüßen, wenn auch hier ohne Beeinträchtigung der anderen Stoffe mehr Religionsunterricht erteilt werden könnte. Auf dieser Meinung beharre ich. Sie können nun damit machen, was Sie wollen.

Ich habe also ausgeführt: weder **Gewissenszwang** auf seiten der Kinder, noch auf seiten der **Lehrer**. Ich bin lange Jahre Kreisschulinspektor gewesen, und manchmal ist ein Lehrer zu mir gekommen, der gesagt hat: Herr Kreisschulinspektor, ich kann den Religionsunterricht nicht geben, weil ich dem Kinde das Beste nicht geben kann, was das Kind braucht, nämlich meine Persönlichkeit. Dann habe ich gesagt: dann wollen wir versuchen, daß Sie mit anderem Unterricht beschäftigt werden, und jemand, der es gern und freudig tut, erteilt dann den Religionsunterricht. Das waren nicht immer schlechte Lehrer, sondern diejenigen, die den Religionsunterricht nicht einfach deshalb geben wollten, weil er auf dem Stundenplan stand, sondern die mit dem Herzen beim Unterricht waren. Wir wollen solche Persönlichkeiten nie und nimmer vergewaltigen.

Also Gewissensfreiheit sowohl für Lehrer wie Gewissensfreiheit für das Kind. Und ebenso — da unterscheide ich mich von den Herren auf der Rechten — fordern wir die **Freiheit der Schule von der geist-**

lichen Aufsicht. Sie werden mir auch auf der Rechten zugeben: wenn wir den Religionsunterricht in die Hand von Religionslehrern oder -Lehrerinnen legen können, die mit ihrem Herzen den Unterricht erteilen können, dann braucht die Kontrolle der Kirche nicht mehr da zu sein. Wir halten ja Prüfungen ab. (Zurufe.) Bei uns ist es so, daß die Geistlichen das Recht haben, den Religionsunterricht in den Schulen zu beaufsichtigen. Das ist dann nicht nötig, wenn die Lehrer ihre Prüfungen abgelegt haben, wenn die Aufsichtsbeamten darauf halten, daß der Religionsunterricht auch so erteilt wird, wie er pädagogisch und religionsinhaltlich erteilt werden soll. Die Schule soll für sich selbst bleiben.

Ich darf zum Schluß kommen. Wir haben in der Jetztzeit, meine Damen und Herren, dauernd hier betont, daß die **sittliche Aufrichtung unseres Volkes** eine Aufgabe der Gegenwart sei, daß sie geradezu von den Zeitverhältnissen gefordert wird. Wenn Sie wüßten, wie die Lehrer über Pietätlosigkeit und Autoritätslosigkeit der Jugend klagen, und wenn man — Sie haben das alle verfolgt — in den Straßen der Großstädte das Leben und Treiben sieht, wenn man die Zeitungen mit den Vergnügungsanzeigen verfolgt — ich habe mich gefreut, daß eine sozialdemokratische Jugendabteilung sich gegen die vielen Tanzvergnügen und Kränzchen verwahrt hat, die in dieser schweren Zeit immer veranstaltet werden —, wenn man sich die Roheiten vergegenwärtigt, die jetzt auf der Straße in Berlin in den Kämpfen vorkommen, wenn die Zeitungsnachricht richtig ist, daß eine Frau an 20 Niedermetzelungen von Soldaten beteiligt gewesen sein soll, dann muß einem ein Grauen und Entsetzen ankommen. Aber wir heben die Sittlichkeit nicht dadurch, daß wir fordern, die Soldaten müßten nun wieder mehr Pflichtgefühl und Verantwortlichkeitsgefühl haben. Wir heben sie nicht durch Parlamentsbeschlüsse, nicht durch das Militärwochenblatt, nicht durch Ministerialerlasse, sonderen wir heben die deutsche Sittlichkeit nur wieder, wenn wir sie darauf gründen, worauf wir sie gründen sollen und müssen, nämlich auf einen **erziehlichen religiösen Unterricht.** (Sehr richtig!) Nur durch die religiöse Befruchtung jeder Moral hat die Moral auch bindende Kraft, Gestaltungskraft, und deshalb fordern wir den Religionsunterricht für die Volksschule. Wir fordern ihn für die höheren Schulen und werden dazu zum Artikel 30, wie schon gesagt, auch unsere Anträge stellen.

Die Religion ist begründet im Gemüt. Es sind so viele deutsche Volkswerte gegangen in diesen Monaten in die Brüche. Meine Damen und Herren! Hier ist ein Volksgut und ein Volkswert, das deutsche Gemüt, aus dem alles Große und Ideale, auch das Religiöse entspringt. Lassen Sie uns alle an seiner Erhaltung arbeiten und, gerade weil die Frauen heute so regen Anteil an den Ausführungen nehmen, gerade deshalb glaube ich, daß unser sittlich-religiöser Volks-

aufstieg wieder kommen wird, weil wir noch eine deutsche Mutter haben. (Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Präsidenten des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Es ist mehrfach von den Rednern die Vermutung ausgesprochen worden, daß die **Regierung** an diesen Verhandlungen **nicht das nötige Interesse** nähme. Das ist ein Irrtum; wir nehmen das größte Interesse an all diesen Fragen. Wenn heute vormittag bei Eröffnung der Debatte die Regie nicht so klappte, wie es hätte der Fall sein sollen, so deshalb, weil die Regierung alle ihre Einrichtungen darauf eingestellt hatte, heute die Sozialisierungsdebatte fortzusetzen. Das ist für uns eine Frage, die — das sage ich bei allem Interesse, das ich auch für diese heute erörterten Kulturfragen habe — uns jetzt doch noch dringlicher erschien als die heutige Auseinandersetzung. (Sehr richtig! links.)

Wenn nun gestern abend beschlossen worden ist, hier heute vormittag 10 Uhr diese Debatte zu beginnen, so war es absolut ausgeschlossen, daß wir die in Betracht kommenden Herren, die mit unserem Einverständnis nach Berlin gegangen waren, um dort sehr wichtige Geschäfte zu erledigen, bis heute vormittag 10 Uhr überhaupt wieder an Ort und Stelle hatten. An meiner Stelle — ich war bereit, für Herrn Minister Dr. Preuß einzuspringen — hat in dem Augenblick, als ich das Wort nehmen wollte, aber dringend abgerufen wurde, Herr Minister Bell die Freundlichkeit gehabt, den Beschluß, den wir im Ministerium gefaßt hatten, hier vorzutragen. Daraus bitte ich, zu ersehen, daß unsererseits selbstverständlich nicht im geringsten daran gedacht wurde, irgendwie Obstruktion zu machen. Aber ich glaube noch folgendes sagen zu sollen: Angenehm ist unsere Situation bei dieser Debatte natürlich nicht, und zwar aus folgendem Grunde: Es ist stets lebhaft dagegen opponiert, daß die **Schulfragen** Reichssache sind. „Das ist eine **Sache der Einzelstaaten**", so ist uns bei allen Verhandlungen, die über die Verfassung stattgefunden haben, aus sehr zahlreichen Kreisen heraus, nicht nur von der Rechten, ganz lebhaft betont worden. Wenn nun die Reichsregierung erst an Händen und Füßen gebunden wird — man sagt uns: das geht euch nichts an —, uns dann aber fragt: wie stellt ihr euch zu dem, was in den Einzelstaaten geschieht? — dann stimmen Sie mir doch wohl zu, wenn ich sage: schön ist die Situation und leicht ist sie für uns gewiß nicht. Meine Damen und Herren! Wenn Sie damit einverstanden sind, daß alle diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören sollen, so finden Sie meine volle Zustimmung. (Bravo!) Ich werde Ihnen sehr dankbar dafür sein, wenn Sie uns in der Verfassung die

Garantien schaffen, daß alle diese Sachen zur Zuständigkeit des Reichs gehören. (Bravo!) Sie dürfen überzeugt sein, daß dann die Regierung es auch nicht fehlen lassen wird an der nötigen Teilnahme, besonders auch an den sachlichen Auseinandersetzungen.

Ich glaube noch folgendes sagen zu sollen: wenn das geschieht, wenn Sie uns durch die Verfassung die Rechte geben wollen, von denen ich eben sprach, dann glaube ich, weiter hinzufügen zu dürfen, daß dann der Ausgang aller Schuldebatten ein ganz anderer sein wird, als die Herren Interpellanten sich vorgestellt haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Abgeordneten Frau Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Geehrte Versammlung! Mein Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Runkel, hat die Liebenswürdigkeit gehabt, hier zu konstatieren, daß ich während der Debatte über die Religionsfrage keine Zwischenrufe gemacht habe. Er scheint der Meinung zu sein, daß ich bei jeder Debatte Zwischenrufe machte. (Heiterkeit und sehr richtig!) Ich will ihm nur sagen, daß ich dann Zwischenrufe mache, wenn ich diese für notwendig halte, um die Situation zu beleuchten. (Ah! rechts.)

Dann möchte ich dem Herrn Abgeordneten Mumm sagen, daß er heute morgen Behauptungen über meinen Parteigenossen Adolf Hoffmann aufgestellt hat, die mit den Tatsachen in Widerspruch stehen. Der Abgeordnete Mumm hat erklärt, daß der Genosse Adolf Hoffmann das Andenken seiner Mutter besudelt habe; ich stelle hier fest, daß der Genosse Adolf Hoffmann stets mit der größten Liebe und der höchsten Achtung von seiner Mutter gesprochen hat. Der Vorgang, der der Herr Abgeordnete Mumm jedenfalls im Auge hat, war so, daß Genosse Hoffmann offen bekannt hat, daß er ein uneheliches Kind ist, und dann der Rechten zum Vorwurf gemacht hat, daß sie durch ihre ganze Gesetzgebung, durch ihre ganze Moral seiner Mutter das Leben so bitter sauer gemacht hat. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf die übrigen Ausführungen des Herrn Mumm in bezug auf den Genossen Hoffmann, auf die Möchtegern-Witze, verschmähe ich einzugehen.

Dann zu den Darlegungen, die hier über die **Verordnungen, betreffend den Religionsunterricht,** gemacht worden sind. Es ist bemängelt worden, daß überhaupt solche Verordnungen erlassen sind, und man hat den Volksbeauftragten das Recht dazu abgesprochen, in dieser Frage Verordnungen zu erlassen. Ich bin der Meinung, die Revolution hat kraft ihres eigenen, ihr innewohnenden Rechts zu diesen Fragen Stellung genommen und Dekrete erlassen.

Wir freuen uns, daß wenigstens in einigen Bundesstaaten unter dem ersten lebendigen Eindruck der revolutionären Vorgänge die Verweltlichung der Schule durchgesetzt ist. Leider hat ja in Preußen der Kultusminister, Herr Haenisch, Angst vor seiner eigenen Courage bekommen und hat diejenigen Verordnungen, die in dieser Richtung gingen, wieder rückgängig gemacht.

Nun zu der Interpellation selbst. Es ist ganz mit Recht hervorgehoben worden, daß wir leider kein Gesetz haben, das für die ganze Republik Deutschland die Schulfrage regelt, daß alle **Einzelstaaten** noch immer befugt sind, die **Unterrichtsfragen** selbständig zu lösen. Ich möchte den Herren Antragstellern ins Gedächtnis rufen, daß gerade ihre Partei es bis jetzt gewesen ist, die alles getan hat, um zu verhindern, daß die Unterrichtsfragen für das ganze Reich einheitlich geregelt werden. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir sind in dieser Beziehung anderer Meinung, und wir sind auch der Überzeugung, daß diejenigen Bestimmungen der Einzelstaaten, die einer einheitlichen Regelung bisher entgegenstanden, beseitigt werden müssen, und wenn sie nicht anders beseitigt werden können, so durch neue revolutionäre Kundgebungen der Arbeiterschaft. (Unruhe und Zurufe: Maschinengewehre!)

Wenn der **sächsische Kultusminister Buck** am 2. Dezember 1918 angeordnet hat, daß der Unterricht biblischer Geschichte in der Unterstufe der Volksschule auf zwei Stunden einzuschränken und der Unterricht in Katechismus zu beseitigen sei, so hat er daneben auch verordnet, daß die so frei gewordenen Unterrichtsstunden verwendet werden sollten für Dinge, die während des Krieges in besonders hohem Maße vernachlässigt worden waren. Wir freuen uns, daß wenigstens diese Verordnungen ergangen sind, uns gehen sie noch nicht weit genug. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir fordern die völlige **Weltlichkeit der Schule**; in der Schule soll das Kind für das Leben erzogen werden. Es soll alle Fähigkeiten des Körpers, des Geistes und des Willens sich aneignen, die es zur vollentwickelten Persönlichkeit machen und die es in den Stand setzen, als Mitglied der sozialen Gemeinschaft, der es angehört, das Beste leisten zu können. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In einer solchen Erziehungsanstalt ist für Religionsunterricht kein Platz. (Hört! hört! und Lachen.) Zu einer solchen Erziehungsanstalt gehört vielmehr die obligatorische Einheitsschule, die erfreulicherweise auch vom Kultusminister Buck angeordnet worden ist, die eine weltliche Schule und eine Arbeitsschule sein muß, wie ich schon einmal an dieser Stelle betont habe, damit die Kinder nicht nur die Fähigkeit bekommen, auf allen Gebieten des Produktionsprozesses durch körperliche oder geistige Arbeit ihr Bestes leisten zu können, sondern auch, damit die Kinder mit

sozialem Geist erfüllt werden, damit sie befähigt werden, überall ihren Mitmenschen hilfreich zur Seite zu stehen. (Große Heiterkeit und Zurufe.) — Ich weiß nicht, was Sie mit Ihrem Lachen beweisen wollen. Ein bekanntes Sprichwort, das besagt, wen man am vielen Lachen erkennt, will ich nicht zitieren, ich könnte mir sonst einen Ordnungsruf zuziehen. (Heiterkeit.)

Geehrte Versammlung! Wir sind der Meinung: in der Schule sollen alle Kinder befähigt werden, nicht nur überall im Arbeitsprozeß mitarbeiten zu können, sondern sie sollen auch befähigt werden, daß sie beurteilen können, was ihre Mitmenschen an Arbeit leisten, und Achtung vor der Arbeit haben sowie von höchster Liebe für die Menschheit erfüllt werden.

Im Gegensatz zu diesen Aufgaben, die der Schule gestellt sind, stand bisher dasjenige, was der **Religionsunterricht** leistete. Seither ist der Religionsunterricht oft mißbraucht worden, und für die Kinder der Volksschule — Herr Runkel hat dies ja ausdrücklich erklärt — will er vor allen Dingen den Religionsunterricht erhalten wissen. Die höheren Schulen brauchen das nicht. (Unruhe und Zurufe rechts.) Das ist derselbe Standpunkt, der in einem bekannten Kaiserwort zum Ausdruck kam, in dem es heißt: dem Volke muß die Religion erhalten werden.

Ich sage also: der Religionsunterricht ist mißbraucht worden, um die Kinder der Volksschule zur Demut und Untertänigkeit zu erziehen, den Untertanensinn in ihnen zu entwickeln und Knechtseelen aus ihnen zu machen (Lachen), die der Obrigkeit gern untertan sind, der Obrigkeit, die ja, wie Sie gelehrt haben, von Gottes Gnaden ist. Wir dagegen wollen freie, aufrechte Menschen. (Zuruf bei den Deutschen Demokraten.) — Ach, Herr Blunck, Sie müssen auch noch diesen Zwischenruf machen, der kennzeichnet Sie aufs neue. — (Lachen.) Wir wollen freie, aufrechte Menschen mit einem freien Blick, einem warmen Herzen für ihre Mitmenschen und einer empfänglichen Seele für alles Gute und Schöne auf dieser Erde, Menschen, die das Gute wollen um des Guten willen und nicht um der Belohnung im Jenseits willen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nicht auf das Jenseits wollen wir den Blick der Kinder lenken lassen, sondern auf Gegenwart und Zukunft der Menschheitsentwicklung, auf den Sozialismus, der die Menschheitsbefreiung bedeutet, und dazu brauchen wir die Weltlichkeit der Schule, dazu brauchen wir auch **Trennung von Staat und Kirche.**

Die „Germania" schrieb vor einigen Tagen zu dieser Frage, sie sei einverstanden, daß die Kirche entstaatlicht werde, aber nicht, daß der Staat entkirchlicht werde. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist sehr bezeichnend. Was bedeutet das anders, als daß man die Absicht hat, die Kirche solle sich des Staates und seiner Einrichtungen bedienen zur Durchsetzung ihrer eigenen Zwecke. (Sehr

wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir protestieren gegen einen solchen Standpunkt. Wir werden überall, wo die Kirche als Herrschaftsinstrument zur Unterdrückung des Proletariats gebraucht werden soll, den allerschärfsten Kampf gegen sie führen. Ganz anders die religiöse Überzeugung des einzelnen, die seine ureigenste persönliche Sache ist.

Die materialistische Geschichtsauffassung schließt nicht, wie Herr Kölbsch es uns hier glauben machen wollte, hohe Ideale aus, sondern bedingt sie. Die materialistische Geschichtsauffassung ist die Forschungsmethode, die aufzeigt, daß die materiellen und die sozialen Verhältnisse die Grundlage bilden für den ideologischen Überbau, daß also aus diesen Verhältnissen die hohen Ideale der Menschheit erwachsen. (Zuruf.) — Auch eventuell die Revolution, jawohl!

Herr Runkel hat gemeint, daß Kant der größte Moralist nach Gründung des Christentums gewesen sei. Aber Herr Runkel hat vergessen hinzuzufügen, daß Kant seine Morallehre nicht auf das Christentum gründet. Alle Religionen sind etwas geschichtlich Gewordenes und werden deshalb auch so, wie sie entstanden sind, wieder verschwinden; sie sind der Ausdruck des in Natur und Gesellschaft Unbegriffenen, und je mehr die Wissenschaft dieses Unbegriffene in Natur und Gesellschaft einengt und verkleinert, um so mehr werden auch die Religionen entwurzelt werden.

Wir stellen den Religionen gegenüber unsere große herrliche Weltanschauung des Sozialismus. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Frau Abgeordnete, Sie ergehen sich wieder in religionsphilosophischen Betrachtungen. (Lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ich weiß nicht, da ich nicht zugegen war, inwiefern die Herren Vorredner Ihnen dazu Veranlassung gegeben haben. Wenn das der Fall sein sollte, dann müßte ich es natürlich hingehen lassen. (Lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich habe die Herren Vorredner verfolgt, soweit ich zugegen war, und habe jeweils eingegriffen, wo man von dem eigentlichen thema probandum nach meiner Auffassung zu weit abging; und maßgebend ist vorläufig meine Auffassung über die Sache.

Also bitte, fahren Sie fort! Aber religions-philosophische Betrachtungen der allerallgemeinsten Art werde ich nicht zulassen. (Lebhafte Zurufe und große Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ich fordere gegenüber den Anordnungen des Präsidiums etwas mehr Respekt! (Lebhaftes Bravo!)

Zietz, Abgeordnete: Ich möchte den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß meine Vorredner sämtlich — der Herr Präsident konnte es nicht wissen, weil er nicht da war — auf diese Dinge eingegangen sind.

Ich wiederhole also, daß wir den Religionen gegenüberstellen unsere große herrliche Weltanschauung des Sozialismus, die die weitestgehende Solidarität der Menschheit bedeutet.

Wir wollen damit wahrhaftig keinen Gewissenszwang gegenüber religiös Gesinnten ausüben. Wir wollen keine Antastung der **Gewissensfreiheit**. Wollen die Eltern ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, ist ihnen das außerhalb der Schule unbenommen. Für uns ist nur maßgebend, daß die obligatorische weltliche Volksschule von allen Kindern zunächst besucht werden muß. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Was dann außerhalb dieser Schule geschieht, ist Privatsache der einzelnen Eltern (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und ich meine, just die, die tief religiös empfinden, denen Religion innerste Herzens- und Überzeugungssache ist, die sollten mit dieser Regelung der religiösen Angelegenheiten sehr zufrieden sein. (Zuruf links.) Nur so kann nach meiner und meiner Parteifreunde Ansicht die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit der religiösen Gemeinschaften und der religiösen Überzeugung gewährleistet werden. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Mausbach hat bedauert, daß die **Religion** ein Gegenstand des **politischen Kampfes** geworden ist. Das bedauern meine Freunde auch lebhaft; aber wir sind der Meinung, Herr Mausbach hätte dieses Bedauern seiner Partei gegenüber zum Ausdruck bringen sollen. (Zurufe aus dem Zentrum.) Gerade von Ihrer Seite ist nicht nur die Religion zum Gegenstand des politischen Kampfes gemacht worden, sondern gerade von Ihrer Seite sind — von beiden religiösen Konfessionen — kirchliche Einrichtungen zum Zwecke politischer Beeinflussung in hohem Maße mißbraucht worden. (Unruhe und Widerspruch im Zentrum. — Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts.) — Woher ich das weiß? Aus meiner Agitationstätigkeit. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich möchte bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen. Ich glaube, die Ausführungen der Rednerin wirken, wenn sie durch möglichst wenig Zwischenrufe unterbrochen werden, am wirksamsten sowohl für ihre Freunde als für ihre Gegner. (Heiterkeit.)

Zietz, Abgeordnete: Wir halten fest an unseren Forderungen, wir haben auch auf unserem Parteitag, der in der vergangenen Woche stattgefunden und der das Aktionsprogramm festgelegt hat, diese Forderungen in unserem Aktionsprogramm aufs neue unterstrichen. Das sind die Forderungen: Trennung von Kirche und Staat, Einheitsschule, Weltlichkeit der Schule. Diese Einheitsschule muß eine Arbeitsschule sein, und in dieser Schule muß gerade durch den Arbeitsunterricht das soziale Empfinden gestärkt und befestigt werden (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten; Zuruf rechts), und wir verlangen, daß alle

diese Forderungen als Postulat in die Verfassung der deutschen Republik aufgenommen werden im Interesse der kulturellen Weiterentwicklung Deutschlands. (Lebhaftes Bravo bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Damit ist die Besprechung der Interpellation geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hellmann.

Hellmann, Abgeordneter: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Runkel ist zurückgekommen auf eine Äußerung, die ich gemacht habe in bezug auf den früheren schleswig-holsteinischen **Generalsuperintendenten** Herrn D. **Kaftan.** Er hat aber diesen Satz falsch wiedergegeben. Er ist auch einer vorläufigen privaten Berichtigung, die ich ihm zuteil werden ließ, nicht ganz gerecht geworden. Ich erlaube mir daher, zur Klarstellung der Sache diesen Satz aus dem Stenogramm noch einmal vorzulesen. Ich habe gesagt:

> Wir haben es heute wieder gesehen, daß der Herr Kollege Mumm — und alle hervorragenden Kirchenmänner stehen so; ich erinnere nur an den Generalsuperintendent der Provinz Schleswig-Holstein, Herrn Kaftan, — daß jeder Religionsunterricht, der versucht, aus pädagogischen und pädagogischen Gründen das Dogma auszuschalten und in Wirklichkeit — sagen wir einmal — erträglichen menschlichen Religionsunterricht zu erteilen, abgewiesen und verhöhnt wird.

Einen weiteren Satz, in dem der Name des Herrn Kaftan vorkommt, habe ich nicht gesprochen. Über seine Verwaltungspraxis habe ich, weil ich sie nicht persönlich kenne, mir kein Urteil erlaubt. Mein Urteil darüber, welchen grundsätzlichen Standpunkt Herr D. Kaftan zum Religionsunterricht einnimmt, habe ich aus einer großen programmatischen Rede von ihm gegen jede Reform des Religionsunterrichts auf einem evangelischen Lehrertage von eigenem Hören entnommen. Ich habe also von dem, was ich gesagt habe, nichts zurückzunehmen. Ich weise aber das zurück, daß ich irgendein Urteil über den Herrn ausgesprochen habe, als ob er Beamte und Lehrer bedrückt oder nicht bedrückt hat. Das hat mir ferngelegen. Darüber kann ich mir aus eigenem kein Urteil erlauben, und ein solches Urteil habe ich auch nicht gefällt.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Runkel.

Dr. **Runkel,** Abgeordneter: Ich habe schon eben gesagt, daß das auf einem Mißverständnis beruhte, weil von der Linken mindestens sechs bis acht Stimmen kamen und sagten: „in den höheren Schulen auch?" Dann sagte ich: Nein! weil hier Latein etwa acht Stunden hat oder auch Französisch soundsoviele Stunden. Darauf bezog sich die Ausführung, daß da nicht ebensoviele Religionsstunden erteilt werden können wie in

der Volksschule. Hinterher wurde mir klar, daß die Fragestellung anders lautete, nämlich, daß gefragt wurde, ob ich für die **höheren Schulen** auch **Religionsunterricht** wünsche, und das Nein wurde dann darauf bezogen. Ich nehme an, daß auch Frau Zietz nicht mehr sagen wird, ich hätte das gesagt. Ich bin im Gegenteil für Religionsunterricht — ich sage das hier — von der Volksschule bis zur Universität, und auch noch auf der Universität selbst, ich bin dafür, daß überall der Religionsunterricht eine zentrale Stellung haben soll. Ich nehme an, daß die Richtigstellung auch nach der Seite hin jetzt endgültig genügt, und ich würde es persönlich als eine Unwahrhaftigkeit empfinden, wenn draußen meine Stellung anders skizziert würde, als ich sie hier eingenommen habe.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Dr. Runkel hat seine Zustimmung zu den Ausführungen meines politischen Freundes, des Herrn Abgeordneten Weiß, mit der Ausführung verbunden, daß die Darlegungen des Herrn Abgeordneten Weiß, die er heute hier vorgetragen hat, in einem auffallenden Widerspruch dazu stehen, was namentlich in Schleswig-Holstein von den Parteifreunden des Herrn Abgeordneten Weiß über diese Frage gesprochen und gesagt worden ist, und hat in diesem Zusammenhang meinen Namen als den seines Spezialkollegen aus Schleswig-Holstein genannt. Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Runkel damit nicht behaupten wollte, daß aus meinen Ausführungen ein derartiger Widerspruch sich ergeben habe. Zweifellos ist die Fassung seiner Worte geeignet gewesen, bei Leuten, die den Sachverhalt nicht kennen, diesen Eindruck hervorzurufen, und demgegenüber möchte ich feststellen, daß meine Ausführungen in der Wahlbewegung über diese Frage sich fast Punkt für Punkt mit dem gedeckt haben, was der Herr Abgeordnete Weiß hier heute vorgetragen hat. Das hat allerdings nicht gehindert, daß wir von den Parteifreunden des Herrn Runkel und von ihm selbst im Wahlkampf mit dem Vorwurf belegt worden sind, daß wir den **Religionsunterricht aus der Schule vertreiben** wollten (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und daß wir dem Volke die Religion rauben wollten. Ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete Dr. Runkel heute nach dem Wahlkampfe auf einem anderen Standpunkt steht.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Runkel.

Dr. **Runkel,** Abgeordneter: Ich hätte nicht geglaubt, daß an meine Ausführungen sich solche persönlichen Bemerkungen knüpfen würden. Ich weiß gar nicht, was Herr Waldstein im Wahlkampfe gesagt hat, da ich ihn nicht gehört habe. Da ich ihn aber persönlich kenne, nahm ich auch vorher als sicher an, daß er auf diesem von ihm angegebenen Standpunkt

gestanden hat. Von Herrn Dr. Blunck weiß ich es ganz genau. Ich möchte nur sagen, daß ich weder Herrn Waldstein noch Herrn Dr. Blunck habe treffen wollen. Ich wollte nur ausführen, daß dergleichen im Wahlkampf geschehen ist. Wenn gesagt wird, wir hätten im Wahlkampf gegen die Demokraten gekämpft, so kann das schon deshalb nicht richtig sein, weil wir verbundene Wahllisten hatten. Wer das sagt, sagt etwas, was nicht richtig ist. Ich habe jedenfalls die Demokraten immer in Ruhe gelassen, weil wir ja Hand in Hand gingen.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Frau Zietz hat mich in einem Punkte persönlich angegriffen. Es betraf dies eine von mir angeführte und charakterisierte Äußerung des früheren Abgeordneten **Adolf Hoffmann** im Abgeordnetenhause. Ich habe, als er Minister wurde, mir das Stenogramm seiner Reden angesehen und dabei gefunden, daß er — ich zitiere dem Sinn nach — gesagt hat, er müsse bemerken, daß er nicht wisse, wessen Sohn er sei, daß aber sein Vater wohl in einer Kutte gesteckt habe. Wenn man eine derartige Äußerung vor versammeltem Hause tut, dann sage ich allerdings aus meiner Empfindungswelt heraus — und ich kann darum von dem, was ich gesagt habe, nichts zurücknehmen —, daß er damit das Andenken seiner Mutter vor versammeltem Parlament besudelt hat. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort die Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Zunächst möchte ich dem Herrn Abgeordneten Runkel erwidern: wenn hier im Hause irgendein Mitglied erklärt, daß seine Ausführungen falsch verstanden worden sind und sie richtigstellt, so muß das für alle Mitglieder des Hauses gelten. Derjenige, der dann daran rütteln und eine andere Lesart draußen verbreiten wollte, würde meiner Meinung nach ein ehrloser Verleumder sein. Wenn aber der Herr Abgeordnete Runkel hier eine Richtigstellung vernimmt und hinzufügt, er glaube, daß diese Richtigstellung nun auch für mich genügen würde, so liegt darin, daß er mich für einen solchen ehrlosen Verleumder hält, und ich weise das ganz entschieden zurück. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe.)

Ich erkläre hier nur, daß, wer einem anderen so etwas unterstellt, seine eigene Gesinnung offenbart. Herr Runkel muß ja wissen, wie es in seinem eigenen Innern aussieht. (Zurufe.)

Gegenüber dem Herrn Abgeordneten Mumm möchte ich nur erklären, daß auch nach der Lesart, die er hier wiedergibt, eine Besudelung des Andenkens der Mutter von **Adolf Hoffmann** nicht geschehen ist, son-

dern Adolf Hoffmann hat damit nur etwas festgestellt, was den Tatsachen entspricht. Dadurch aber braucht die Ehre seiner Mutter wahrhaftig nicht verletzt zu sein. (Unruhe.) Er hat es auch nicht in dieser Absicht getan. Die Absicht aber, von der Herr Wumm getragen war, als er es hier zitiert hat, will ich nicht charakterisieren; das überlasse ich dem Urteil des Hauses.

Präsident: Es wäre das auch keine persönliche Bemerkung gewesen, die Sie anginge, Frau Abgeordnete Zietz! (Heiterkeit.) Was Ihre erste Bemerkung gegenüber dem Herrn Abgeordneten Dr. Runkel anlangt, so habe ich die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Runkel nicht in dem Sinne verstanden, wie Sie sie aufgefaßt haben; sonst wäre ich natürlich dagegen eingeschritten.

Damit wären dann auch die persönlichen Bemerkungen fertig, und damit wäre die Tagesordnung erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Mittwoch den 12. März, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung: 1. zweite Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes; 2. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft. Ich bemerke dabei, daß ich allerdings annehme, daß wir über den ersten Gegenstand der Tagesordnung morgen nicht hinauskommen, daß ich aber fürsorglich diese beiden Gesetze, die uns vor der Pause noch beschäftigen müssen, auf die Tagesordnung gesetzt habe, in der Annahme, daß das eine uns morgen, das andere am Donnerstag nachmittag beschäftigen wird.

Das Haus ist mit der Tagesordnung einverstanden; ich stelle das fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 30 Minuten.)

26. Sitzung.

Mittwoch den 12. März 1919.

Das Sozialisierungsgesetz in seinem Einfluß auf das Wirtschaftsleben.

Geschäftliches: Vorlagen, Ausschußmitglieder, Urlaub.

Zweite Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes:

Molkenbuhr (Soz.): Bericht über die Kommissionsberatungen zu dem Gesetz.

Vögler (D. Volksp.): Sozialismus gleich Kommunismus — Militarisierung der Wirtschaft. — Beispiel Rußlands. — Beseitigung des Unternehmertums. — Nicht „Glück auf!", sondern „Glück ab!"

Dr. Pachnicke (D. D.): Sozialisierungsprozeß kann nur so weit gehen, als die Mehrheit ihn gehen lassen will. — Motiv persönlichen Interesses nicht auszuschalten. — In Handel, Landwirtschaft usw. Verstaatlichung nicht möglich. — Handeln!

Veidt (D. Nat.): Unklarheit. Große Gefahr für das wirtschaftliche Leben. — Nicht volkswirtschaftliche, sondern politische Gründe. — Widerstehe den Anfängen. — Warum nicht Börse usw. verstaatlichen? — Gesetz im Grunde unsozial.

Burlage (Ztr.): Enteignung nur gegen Entschädigung. — Gesetze gerade gegen Bolschewismus. — Keine Gefahr für die Landwirtschaft. — Emporstrebenden Menschen zu Hilfe zu kommen. — „Dennoch!"

Dr. Cohn (U. S.): Gesetz wirkt wie Zuckerbrot und Peitsche. — Sittliche Pflicht schließt Rechtszwang aus — Scheußlichkeiten des Arbeitshauses in England. — Sozialisierung nützt nur, wenn auf demokratischer Grundlage. — Fieberzustand des Volkes.

Dr. Braun (Franken) (Soz.): Der Krieg zeitigte Pessimismus. — Falsche Auffassung des Sozialisierungsgedankens. — Große Unternehmer aus der Arbeiterklasse hervorgegangen. — Trotz Kinderkrankheiten Keime einer neuen Zeit. — Das direkte Gegenteil der Armenpflege: Erwerbslosenfürsorge. — Anfang einer besseren Zukunft.

Dr. Becker (Hessen) (D. Volksp.): Wenn erst angefangen, schwer zu stoppen. — Spartakisten nicht kranke Kinder, sondern Verbrecher. — Gesetzbegründung fehlt leider. — Es geht um die ganze Wirtschaft. — Wenn nicht Ablehnung, dann wenigstens Verbesserung.

D. Traub (D. Nat.): Angesichts des Feindes nicht unser Wirtschaftsleben umzustürzen. — Wirkt auf Verschärfung der Friedensbedingungen. — Der echte Sozialismus: Mensch zu Mensch. — Warnendes Beispiel Rußlands. — Niemand weiß recht, um was es sich handelt. — Gesetz zur Beförderung der Arbeitsunlust.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Widerlegung. — Dr. Blunck (D. D.): persönlich. — Molkenbuhr (Soz.): Berichterstattung.

Schiele (D. Nat.): Unklarheit des Gesetzes und seiner Ausführung. — Auch die Landwirtschaft wird schließlich verstaatlicht werden; zwischen zwei

Sozialisierungen erdrückt. — Keine Schablonisierung! — Auch dem Landarbeiter soll Land werden.

Kraut (D. Nat.), Dr. Hugenberg (D. Nat.), Molkenbuhr (Soz.)

Tagesordnung der nächsten Sitzung: Dr. Pfeiffer (Ztr.).

Die Sitzung wird um 2 Uhr 32 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen. Als Vorlage ist eingegangen der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln.

In den Ausschüssen ist folgender Wechsel erfolgt:

Es sind eingetreten: in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Herold, Hugenberg, D. Traub, Koch (Düsseldorf), Frau Schroeder, Brey, Hue, Molkenbuhr, Sachse, Osterroth, Obermeyer, Dr. Pachnicke, Erkelenz, Dr. Vershofen, Wieland, Dr. Hitze die Abgeordneten Frau Schmitz, Dr. Roesicke, Dr. Semmler, Weilnböck, Schulz (Ostpreußen), Frau Blos, Beims, Sollmann, Dr. Boerschmann, Feldmann, Simon (Westpreußen), Dr. Böhme (Magdeburg), Schmidthals, Wachhorst de Wente, Ziegler, Becker (Nassau); in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten D. Mumm, Fräulein v. Gierke die Abgeordneten Bruhn, Frau Behm.

Ein Telegramm liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen. Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Witthoefft für 3 Tage, Schlüter, Hierl (Franken), Lübbring, Wolff für 8 Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Geck für 4 Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist die

zweite Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes (Nr. 105 der Drucksachen). [1])

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt, Nr. 122 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Molkenbuhr. Antrag Nr. 124

Es ist angeregt worden, in der zweiten Lesung die Beratung über § 1 und § 2 des Sozialisierungsgesetzes miteinander zu verbinden. — Das scheint dem Wunsche der Versammlung zu entsprechen. Es ist damit die Verbindung der Debatte über diese beiden Paragraphen beschlossen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter Abgeordneten Molkenbuhr.

---

[1]) Der Regierungsentwurf ist oben S. 1336 abgedruckt.

Molkenbuhr, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die beiden Vorlagen, welche Sie dem Haushaltsausschuß zur Beratung überwiesen haben, sind in recht gründlicher Behandlung im Ausschuß durchberaten worden. Die Zusammenstellung der Beschlüsse ist Ihnen ja bereits zugegangen.

Um auf den Gang der Verhandlungen mit wenigen Worten einzugehen, will ich zunächst bemerken, daß der Ausschuß keine Generaldebatte gehabt hat, sondern daß er gleich in die Spezialberatung eingetreten ist. Bei den § 1 und § 2 ist aber, wie es selbstverständlich ist, die ganze Frage der Sozialisierung durchgesprochen worden. Speziell wurde die Regierung gefragt, weshalb sie jetzt mit einer derartigen Vorlage käme, und weshalb sie Wert darauf lege, daß die Vorlage so schnell wie möglich erledigt werden soll. Der Herr Reichswirtschaftsminister gab auf diese Fragen folgende Antwort:

> Hinsichtlich der Frage, was die Regierung veranlaßt habe, die Gesetzesvorlagen einzubringen, nehme er auf seine Ausführungen in der Vollsitzung Bezug und betone noch einmal, wie notwendig es sei, das Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden. Nachdem die Regierung durch energisches Vorgehen im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Berlin bewiesen habe, daß sie mit Aufbietung aller zur Verfügung stehenden militärischen Machtmittel gewillt sei, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen, wo sie durch unverantwortliche Treibereien gestört worden, müsse sie andererseits in dem Bewußtsein des Volkes die Zuversicht befestigen, sie werde das verwirklichen, was sich auf wirtschaftspolitischem Gebiet von den berechtigten Wünschen und Ideen des Volkes verwirklichen lasse. Er bitte dringend, Bedenken, die gegen das ganze Gesetz erhoben würden, soweit wie irgend möglich zurückzustellen, damit nicht die Auffassung Platz greifen könne, dem Volke solle jetzt, nachdem die Ordnung wieder hergestellt ist, das Versprochene und von ihm Gewünschte vorenthalten werden. Es gelte, dem vielgestaltigen Verlangen der Sozialisierung eine feste Richtung und ein legales Feld der Betätigung zu geben.

Auf den Inhalt des § 1 übergehend wurde darauf hingewiesen, daß er von der bisherigen Gesetztechnik abweicht. Während sonst in den Gesetzen lediglich Rechtsgrundsätze festgestellt werden, deren Durchführung durch die Machtmittel des Staates erzwungen wird, ist in diesem Gesetz von der alten Technik abgewichen, indem an seine Spitze **sittliche Pflichten** gestellt werden, deren Erfüllung im Interesse des Allgemeinwohls geboten ist.

§ 1 enthält in seinem ersten Absatz in Satz 1 die Bestimmung, daß es sittliche Pflicht jedes Deutschen sei, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. In Verbindung hiermit wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht damit bei dieser Gelegenheit ein Arbeitszwang eingeführt werden könne, zumal im zweiten Absatz die Rede davon sei, daß das Nähere durch besondere Reichsgesetze festgestellt werden soll.

Der zweite Satz besagt im allgemeinen, daß die **Arbeitskraft** als höchstes wirtschaftliches Gut unter dem besonderen Schutz des Reiches stehe, ein Grundsatz, der gleichzeitig in der Verfassung zum Ausdruck gebracht ist. Es wurde geltend gemacht, daß man daraus folgern könne, daß eine Art Arbeitswilligenschutzgesetz in Aussicht gestellt werde. Im dritten Satze:

> Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben —

sei das Recht auf Arbeit festgesetzt, also etwas, was zunächst im Gesetze noch nicht zum Ausdruck gekommen ist, und schließlich im vierten Satz:

> Soweit ihm Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt —

werde also die Regelung der Arbeitslosenunterstützung in Aussicht gestellt. In dem folgenden Absatz wird dann festgestellt, daß das alles durch besondere Reichsgesetze festgestellt werden soll.

Um einem Bedenken entgegenzutreten, daß man einen **Arbeitszwang** konstruieren wolle, erwiderte der Reichswirtschaftsminister folgendes. Es sei gewiß ungewöhnlich, in einem Gesetz eine nur sittliche Pflicht auszusprechen. Dennoch lege er auf die Beibehaltung des Satzes besonderes Gewicht. Man müsse sich gerade jetzt dem Volke verständlich ausdrücken und ihm sagen, daß Sozialisierung die Pflicht zu produktiver Arbeit voraussetze. Gerade diese Seite des sozialistischen Gedankens könne dem Volke jetzt nicht nachdrücklich genug vor Augen geführt werden. Die sittliche Pflicht zur Arbeit zu einer rechtlichen Pflicht auszugestalten, werde von der Regierung nicht beabsichtigt. Wie er schon in der Vollsitzung ausgeführt habe, verspreche sich die Regierung von einem solchen Zwang — etwa nach dem Vorbilde des Hilfsdienstgesetzes — nichts.

Also das wäre zunächst einmal die Erklärung, welche Einwendungen gemacht würden, daß man Gefahr laufe, einen allgemeinen Arbeitszwang einzuführen. Da nun aber in dem § 1 Absatz 2 gesagt ist, daß über alles andere Reichsgesetze erlassen werden sollen, so wurde der Antrag in Satz 1 eingeschaltet, daß die **persönliche Freiheit** für jeden Staatsbürger fortbestehen solle. Um aber Mißverständnissen vorzubeugen, wurde von einem anderen Regierungsvertreter — es war der Antrag Nr. 1, der in der Kommission gestellt war —, der regierungsseitigen Bemerkung gegenüber dem Antrag Nr. 1 der Drucksachen folgendes gesagt. Es sei nicht recht einzusehen, wie in einer sittlichen Pflicht die Möglichkeit einer Beschränkung einer persönlichen Freiheit gefunden werden könne, wenn man die persönliche Freiheit richtig auffasse. Der Satz des Sozialisierungsgesetzes müsse übrigens im Zusammenhang mit der künftigen Reichsverfassung gewertet werden, die im zweiten Ab

schnitt von den Grundrechten des deutschen Volkes handeln solle. Die dort zu gewährleistende Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit in der Betätigung in Kunst und Wissenschaft, in Wort, Schrift, Druck und Bild gelte natürlich auch gegenüber dem Grundsatze von der sittlichen Pflicht, die geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen wie es das Wohl der Gesamtheit erfordere. Dem Bedenken, daß nach der Fassung des § 1 die in Absatz 2 vorbehaltene nähere reichsgesetzliche Regelung auch auf den sittlichen Grundsatz des § 1 Absatz 1 Satz 1 bezogen werden müsse, könne dadurch begegnet werden, daß man diesen Grundsatz in einen besonderen Absatz stelle und den übrigen Inhalt des Absatz 1 zusammen mit dem bisherigen Inhalt des Absatz 2 zu einem neuen Absatz 2 vereinige.

Wie Sie aus der Zusammenstellung ersehen, ist diesem Grundgedanken Rechnung getragen, indem der Satz 1 zu einem Absatz 2 gemacht worden ist, dadurch also von Satz 2 bis 4 getrennt wurde. Aus dieser Trennung und der Hinzufügung des Satz 2 von Absatz 1 geht hervor, daß die nähere Regelung durch Reichsgesetz lediglich auf die früheren Sätze 2, 3 und 4 beschränkt sein soll. Aber dem Einwand, daß man aus dem Satz 2 einen besonderen Satz zum Schutze der Arbeitswilligen, wie das früher unter dem Namen „Zuchthausgesetz" bezeichnet wurde, zu machen gedenke, — dieser Befürchtung wurde entgegengewirkt durch den Reichswirtschaftsminister und besonders hervorgehoben. Der Reichswirtschaftsminister betonte gegenüber den Abgeordneten, daß „Schutz der Arbeitskraft" nicht heißen solle „Schutz der Arbeitswilligen". Es sei an den Arbeiterschutz, Versicherungsgesetzgebung — Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung — an den Ausbau dieser Gesetzgebung, an ihre Ausdehnung auf den Mittelstand, auf die große Zahl der kleinen Unternehmer, an die Wohnungsfürsorge, an die Stärkung der sittlichen und körperlichen Kräfte, bei Satz 3 an eine lückenlose, über das ganze Reichsgebiet sich erstreckende Arbeitsvermittlung gedacht.

Bezüglich des Antrags 3 der Drucksache bemerkte er, daß die Fassung des Entwurfs mit dem Reichsministerium der Finanzen sorgfältig erwogen sei. Ursprünglich sei von einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeit gesprochen worden. Dafür sei jetzt wirtschaftliche Arbeit gesetzt worden. Der Pflicht zu wirtschaftlicher Arbeit müsse sich jeder unterwerfen, die Beschränkung auf die seiner Ausbildung entsprechende Arbeit sei unmöglich. Was soll man mit Marineoffizieren stellungslosen Assessoren, beschäftigungslosen Künstlern, Zahntechnikern usw. anfangen. Ein Zusatz dieser Art würde auch hindern, städtische Arbeiter ländlicher Arbeit zu überweisen.

Es war dann der Antrag gestellt worden, daß jeder nur in seinem Beruf beschäftigt werden könne.

Dann war weiter eine Bemerkung gemacht worden, daß bezüglich der Arbeitslosenunterstützung gesagt ist: es wird für seinen **„notwendigen Unterhalt"** gesorgt. Da war die Einwendung gemacht worden, daß das Wort „notwendiger Unterhalt" ein neuer Begriff sei, wie er bisher in der Gesetzgebung nicht vorkomme. Es käme z. B. in der Gesetzgebung der Ausdruck „notdürftiger Unterhalt" vor, „standesgemäßer Unterhalt", aber mit dem Begriff „notwendiger Unterhalt" wurde der Richter wohl wenig anzufangen wissen. Von dem Regierungsvertreter wurde aber gerade hervorgehoben, daß man absichtlich einen Ausdruck gewählt habe, der bisher in der Gesetzgebung nicht vorkomme. Der Begriff „notdürftiger Unterhalt", den die Armengesetzgebung verwende sei zu eng, man wolle mehr als den notdürftigen Unterhalt zubilligen der Ausdruck „angemessener Unterhalt" des bürgerlichen Rechts sei für die vorliegenden Fälle zu unbestimmt, weil nicht recht ersichtlich sei welchen Verhältnissen usw. der Unterhalt angemessen sein soll. So habe man den Ausdruck „notwendiger Unterhalt" gewählt, um der künftigen Gesetzgebung so wenig wie möglich vorzugreifen. Die Schonung der Arbeitskräfte nach dem Vorschlage in den Vordergrund zu stellen, dürfte sich gerade in dem jetzigen Augenblick nicht empfehlen.

Nach alledem, was hier ausgeführt wurde, hat dann die Kommission trotzdem in dem Satz 1, der jetzt Absatz 1 ist, die Worte „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit" eingeschaltet und hat aus dem Satz 1 einen Absatz 1 gemacht und gleichzeitig die übrigen Bestimmungen des § 1 zu einem zweiten Absatz verschmolzen.

Bei § 2 wurde besonders bemängelt, daß er unklar in der Fassung sei, und daß dieser Paragraph eigentlich in die Verfassung gehöre Die Regierung hat auch dazu einige Erklärungen gegeben. Um die Erklärungen der Regierung verständlich zu machen, muß ich Ihnen den Wortlaut der Anträge vortragen. So wurde zunächst ein Antrag gestellt, den § 2 wie folgt zu fassen:

> Für die **Vergesellschaftung** geeignete Unternehmungen, insbesondere die Gewinnung von Bodenschätzen, Ausnutzung von Naturkräften, gegen vorgängige angemessene Entschädigung in die Gemeinschaft zu überführen, ist Sache der Reichsgesetzgebung.
>
> Ferner wurde beantragt: Die zur Vergesellschaftung geeigneten wirtschaftlichen Unternehmungen, insbesondere die Gewinnung von Bodenschätzen und die Ausnutzung von Naturkräften, sind in die Gemeinwirtschaft zu überführen, die Herstellung und die Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft zugunsten des Reichs, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände zu regeln.
>
> Ferner: Das Nähere wird durch Reichsgesetze bestimmt. Diese sollen besonders die gemeinwirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden und der Gemeindeverbände fördern.

Weiter lag ein Antrag vor, der folgenden Wortlaut hat: Den § 2 wie folgt zu fassen: Für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, gegen eine ange-

messene Entschädigung in Gemeinwirtschaft überzuführen. Den Vertrieb und die Verteilung der in solchen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen gewonnenen Erzeugnisse zugunsten des Reichs, der Gliedstaaten, der Gemeindeverbände und sonstwie im Interesse der Gesamtheit zu regeln, ist Sache der Gesetzgebung.

Eine recht eingehende Debatte entstand über den in dem zuerst und zuletzt verlesenen Antrag vorkommenden Begriff **„angemessene Entschädigung"** und namentlich über die in dem ersten Antrage vorkommenden Worte „gegen vorgängige angemessene Entschädigung". Was ist eine angemessene Entschädigung? — wurde gefragt, und es wurde gerade von den Antragstellern zum Teil mit hervorgehoben, daß man unter „angemessen" auch prüfen müsse, ob überhaupt eine Entschädigung angemessen sei. Das sei angebracht, weil unter Umständen Entschädigung für Dinge gefordert werden könne, wo sich eine Entschädigung nicht recht rechtfertigen lasse. Nun wurde aber gar beantragt, an die Spitze des Gesetzes gleich im Eingang zu setzen „gegen angemessene Entschädigung", so daß unter allen Umständen eine angemessene Entschädigung gegeben werden soll.

Über diese Frage äußerten sich auch die Regierungsvertreter. Zunächst bemerkte ein Regierungsvertreter zu § 2 des Sozialisierungsgesetzes, dieser Paragraph sei im Laufe der vorangegangenen Beratungen umgeändert worden und habe so seine ursprüngliche einfache Form verloren; aber sachlich läge doch fest, daß es sich hier um die Festsetzung einer notwendigen **Kompetenz des Reichs** handele. Die Wirtschaftsprobleme seien für Deutschland in der kommenden Zeit nicht wesentlich von denen der Kriegsjahre verschieden. Kein Einsichtiger könne ernstlich bestreiten, daß das Reich regelnd in die Wirtschaft eingreifen und für einheitliche Wirtschaftsführung im Reichsgebiet sorgen müsse. In der Verfassung werde diese Kompetenz unter allen Umständen festgelegt werden. Man dürfe aber auf diesem Gebiet nicht bis zur Fertigstellung des Verfassungsentwurfs warten; denn in der Zwischenzeit seien die Gliedstaaten frei und könnten daher selbständig mit der Sozialisierung vorgehen und damit eine einheitliche deutsche Gemeinwirtschaft zerstören. In dem einen Antrag wird von den in den sozialisierten Betrieben hergestellten und zu verteilenden Gütern gesprochen. Auf diese Worte nahm der Reichswirtschaftsminister in dem ersten Teil seiner Antwort Bezug. Er sagte, wenn das Reich die Verteilung der Güter regele, so heiße das durchaus nicht, daß es immer selbst die Verteilung übernehmen wolle. **Gemeinwirtschaft** treiben heiße, die Interessen der Einzelwirtschaften dem Interesse der Gesamtwirtschaft unterordnen. Zu dem Antrag sei zu bemerken, daß die Gemeinden bei der geplanten Neuregelung zweifellos wichtige Aufgaben zu erfüllen haben würden; denn die zentralistisch aufgebaute Organisation soll mit weitgehender Dezentralisation der Wirtschaft verbunden

werden. Aber die Gesamtwirtschaft bedeute nicht nur Wirtschaft der Gemeinden, sondern auch Wirtschaft der Gliedstaaten und des Reichs, und die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden nach dem Antrag besonders in den Vordergrund zu stellen, sei kein Anlaß. Wo die Enteignung nötig wäre, solle der bisherige Eigentümer entschädigt werden. Dies würde auch in der Verfassung festgelegt werden und sei übrigens auch die Absicht der Sozialisierungskommission. Aber sich auf eine „angemessene" oder sogar „vorhergängige angemessene Entschädigung" von vornherein festzulegen, ginge zu weit, das könne das Reich unter Umständen ganz unberechtigterweise mit unerträglich hohen Rentenzahlungspflichten belasten. Ein anderer Antrag — nämlich der Antrag Nr. 14 — erscheine überflüssig. Wenn das Reich selbst einen Betrieb übernähme, dann könne es selbstverständlich auch die darin erzeugten Güter verteilen. Es sei aber gerade wesentlich, auch solche Fälle nicht auszuschließen, wo das Reich, ohne daß die Betriebe selber vergesellschaftet würden, den Betrieb der hergestellten Güter übernehme.

Ein anderer Regierungsvertreter führte aus, die Ansichten der Mehrzahl der Kommissionsmitglieder und der Regierung seien sich in den beiden Hauptfragen, die jetzt noch bezüglich des § 2 zum zweiten Halbsatze zur Debatte ständen, sachlich einander viel näher gekommen. Es handele sich um die Fragen: soll die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung dafür, die Herstellung und die Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft zu regeln, überhaupt jetzt gesetzlich festgelegt werden; welche juristische Bedeutung hat der zweite Halbsatz des § 2 der Regierungsvorlage im Verhältnis zu dem ersten Halbsatz? In bezug auf die erste Frage bestehe allseitiges Einverständnis darüber, daß diese **Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung** in der Verfassung jedenfalls ausgesprochen werde. Es handle sich daher, da in der Sache keine Differenzen beständen, nur darum, ob es zweckmäßig sei, dies jetzt schon auszusprechen, ob also der Herr Abgeordnete Hugenberg zutreffend als zweite Auslegung festgestellt habe, daß tatsächlich eine Antizipierung dieses Verfassungsteiles geschehen solle. Der Herr Reichsminister habe bereits darauf hingewiesen, daß die Verabschiedung der Verfassung noch längere Zeit dauern würde. Inzwischen sei aber schon jetzt die wirtschaftliche Neuorganisation der industriellen Unternehmungen bei Arbeitnehmern und Verbrauchern im vollen Flusse. Gerade in den Kreisen, die an diesem Neuaufbau des Wirtschaftslebens beteiligt seien, sei immer erneut das Verlangen gestellt worden, die Zuständigkeit des Reichs im vorliegenden Sinne unzweideutig auszusprechen. Hierbei sei besonders betont worden, daß diese gesetzliche Feststellung voraussichtlich allein genügen würde, um diejenigen Kreise, die sich dem allgemeinen Willen ihrer Berufsgenossen zu gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltungsarbeit widersetzen, zum Anschluß an das große Ganze zu bewegen, so daß es voraussichtlich, wenn der Absatz 2 des

§ 3 jetzt sogleich Gesetz würde, der späteren Unterbringung der Spezialgesetze auf Grund dieser Ermächtigung vielfach gar nicht bedürfen würde.

Zur zweiten Frage sei jetzt allseitige Übereinstimmung über das Verhältnis des zweiten Halbsatzes zum ersten Halbsatze des § 2 der Regierungsvorlage geschaffen. Danach solle dieser zweite Halbsatz ermöglichen, durch besondere Reichsgesetze die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft zu regeln, ohne daß die wirtschaftlichen Unternehmungen, die sich mit jenen Gütern befassen, vorher in die Vergesellschaftung überführt seien. Hieraus folge daher, daß bei Streichung des zweiten Halbsatzes, dann, wenn verhältnismäßig kleine Regelungen hinsichtlich eines wirtschaftlichen Gutes notwendig erscheinen, durch deren Vornahme erst gemäß dem Halbsatz 1 die betreffenden Unternehmungen in Vergesellschaftung überführt werden müssen. Dieses Ergebnis scheine aber von fast allen Kommissionsmitgliedern nicht gewünscht zu werden. Bei diesem Stande der Beratung dürfe durch eine Neuregelung der Regierungsvorlage eine Lösung der Frage jetzt zu finden sein.

Zur **Entschädigungsfrage** äußerte sich der Herr Reichswirtschaftsminister dahin, die Reichsregierung habe die Entschädigungsfrage eingehend beraten. Der Antrag Hugenberg, an die Spitze die Worte „im Wege der Gesetzgebung gegen eine angemessene Entschädigung" zu setzen, gehe aber zu weit, denn er würde jetzt schon für alle Zeiten und für alle gemeinwirtschaftlichen Regelungen der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter volle Entschädigungspflicht festlegen. Die Reichsregierung würde einem solchen Antrage nicht zustimmen können.

Die Kommission hat dann den zweiten Absatz an § 2 angefügt, wonach die näheren Vorschriften über die Entschädigung den zu erlassenden besonderen Reichsgesetzen vorbehalten bleiben.

Dann war die Anfrage gestellt worden, inwieweit die etwaige **Sozialisierung auf die Landwirtschaft** übergreifen soll. Da war ein Mißverständnis in der Kommission entstanden, und bei der zweiten Lesung wurde dann von der Regierung folgende Erklärung abgegeben. Es wurde entschieden bestritten, daß in erster Lesung eine Erklärung des von dem Herrn Abgeordneten Traub angegebenen Inhalts abgegeben worden sei. In erster Linie sei lediglich davon die Rede gewesen, ob eine Vergesellschaftung nach § 2 Nr. 1 in landwirtschaftlichen Betrieben stattfinden solle. Hierzu sei die Erklärung, die der Reichswirtschaftsminister in der Vollversammlung abgegeben habe, wiederholt worden, wonach Wirtschaftszweige, die in dem Verfassungsentwurf einer Sonderregelung unterzogen würden — wie Landwirtschaft, Art. 9 Nr. 14, Eisenbahn, Post usw. — nicht den Vorschriften des Sozialisierungsgesetzes über die Vergesellschaftung unterliegen sollen, sondern

für sie die Sonderregelung der Verfassung allein maßgebend sei. Daß die Erklärung nichts anderes habe sagen wollen, ergebe die Bemerkung des Ministers, daß niemand daran denke, dem Bauern seinen Acker zu nehmen. Die Vorschrift über die gemeinwirtschaftliche Regelung und Herstellung wirtschaftlicher Güter müsse selbstverständlich auch für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gelten.

Nach all diesen Erklärungen, welche seitens der Regierung abgegeben worden waren, und nach eingehender Beratung, in der das Für und Wider ausreichend erwogen wurde, kam die Mehrheit der Kommission dann zu dem Schlusse, Ihnen zu empfehlen, den § 2 in der Form anzunehmen, wie er Ihnen in der Zusammenstellung Nr. 122 vorliegt, und ich bitte daher im Namen der Kommission, diesem Antrage stattgeben zu wollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich möchte Ihnen folgendes mitteilen: Wir haben hier am Rednerpult keinen besonderen Platz für den Berichterstatter. Ich bitte deshalb die Herren vom Staatenausschuß, die Freundlichkeit zu haben, vielleicht den ersten Stuhl als Platz für den Berichterstatter freizulassen, und zwar für diesen Fall und für alle Fälle, wo es sich um einen Berichterstatter handelt. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Vögler

Vögler, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde und ich haben die Vorlage, als sie eingebracht wurde, nicht mit besonderer Freude begrüßt. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Aber wir waren etwas beruhigt, als beschlossen wurde, sie einem Ausschuß zu überweisen, wo in eine sachliche Beratung der Materie eingetreten werden sollte. Leider sind unsere großen Bedenken durch die Kommissionsberatungen nicht kleiner geworden. Nachdem die Herren unserer Fraktion, die sich an den Kommissionsberatungen beteiligt haben, der Fraktion Bericht erstattet haben, ist diese einstimmig zu dem Entschluß gekommen, folgende Erklärung abzugeben:

> Durch die Kommissionsbeschlüsse, betreffend den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes, sind Grundsätze angenommen worden, die es ermöglichen, die freie Privatwirtschaft und den freien Handel in Deutschland durch Staatseingriff völlig zu lähmen, und zwar auf Grund von Kommissionsverhandlungen, welche jede sachliche Begründung dieses Schrittes auf seiten der Regierungsvertreter haben vermissen lassen. (Hört! hört! rechts.) Wir legen gegen diese Beschlüsse, welche nach unserer Überzeugung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft, für die Landwirtschaft sowohl wie für die Industrie, für Gewerbe, für Handel und Handwerk, für Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb, für Erzeuger, Händler und Verbraucher und nicht zuletzt auch für die Arbeiter und Angestellten verderblich wirken und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft hemmen oder gar ausschließen werden, hiermit Verwahrung ein.

Meine Damen und Herren, als von dieser Stelle bei der ersten Beratung die Behauptung aufgestellt wurde, daß die vorliegenden Ge-

setze die Überführung der Wirtschaft in den **Kommunismus** bedeuteten, ist von Ihnen, meine Herren auf der linken Seite, erheblich hiergegen protestiert worden. Nun muß ich Ihnen aber doch sagen, daß in den Kommissionsverhandlungen gerade Ihr Fraktionskollege Dr. Braun mit aller wünschenswerten Deutlichkeit festgestellt hat, daß Sozialismus gleich Kommunismus ist (hört! hört! rechts), und seine Darlegungen waren so überzeugend, daß nicht einer der Redner der anderen Fraktionen hiergegen irgendwie maßgebende Gründe anführen konnte. (Hört! hört! rechts.) Wohl haben die Vertreter der Regierung bestritten, daß das so ist. Sie haben gesagt, Sozialismus ist Gemeinwirtschaft, ist Vergesellschaftung. Ich stelle fest: auf der einen Seite, Kommunismus ist gleich Sozialismus, auf der anderen Seite, Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft ist gleich Sozialismus. Es ist nun ein Elementargesetz der Mathematik: wenn zwei Größen einer dritten gleichen, so sind diese unter sich gleich, — und so glaube ich, hier feststellen zu können, daß in der Kommission einstimmig die Meinung vertreten worden ist, daß Gemeinwirtschaft und Vergesellschaftung gleich Kommunismus ist. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, die Regierung hatte gegen diese Definition immer noch Einwände, und daraus haben wir, mein Kollege Rießer und ich, den Schluß gezogen, einen Antrag einzubringen, der den Erklärungen der Regierung etwas mehr gerecht würde. Wir haben in der Kommission gebeten, in bezug auf den § 2 anstatt:

> Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung 1. für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen —

zu sagen: Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften für die **Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft** nutzbar zu machen.

Das wäre nach unserer Meinung eine klare Fassung. Sie ist in dem von uns eingebrachten Antrage abgelehnt worden. Wir werden bei der Abstimmung im Plenum den Antrag erneut vorbringen. Ich muß aber doch noch mit einigen Worten auf die Erklärung der Herren von der Regierung eingehen. Was uns zu den einzelnen Paragraphen vorgebracht worden ist von den Dezernenten der Ämter, ließ jede Klarheit vermissen. Es ist in keinem einzigen Falle den Vertretern der Regierung gelungen, uns zu unseren Fragen sachlich eine stichhaltige Auskunft zu geben. Die Herren von der Regierung, die zu den einzelnen Fragen das Wort genommen haben, werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, nach meiner Meinung hätten sie zweckmäßig jede ihrer Reden

geschlossen mit dem Satze: „Im übrigen bin ich noch nicht ganz meiner Meinung." (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, Unklarheiten sind im menschlichen Leben immer verhängnisvoll. Sie können verheerend wirken in Wirtschaftsfragen; denn die Gesetze der Wirtschaft sind ungeschrieben, sie sind Naturkräften vergleichbar. Und wie diese überall wirksam, aber nicht zu fassen sind, so entziehen sich auch die Gesetze der Wirtschaft dem rauhen Zugriff, jedem Unterbringen in Paragraphen, in Verordnungen. Das aber wollen, im Grunde genommen, die vorliegenden Gesetzentwürfe. Sie werden eine gewaltige Bureaukratisierung in den deutschen Landen aufrichten. Den Militarismus hat man abgeschafft, jetzt fängt man an, die Wirtschaft zu militarisieren.

Wenn ich vorhin sagte, die Gesetze der Wirtschaft seien ungeschrieben, dann hätte ich hinzufügen können: die Gesetze der Wirtschaft sind auch international. Diese kleine Wahrheit ist scheinbar heute ganz abhanden gekommen. Wir leben doch hier nicht auf Pirats glückseliger Insel, wo wir machen können, was wir wollen. Wir leben doch im steten Wettkampf mit dem Auslande. Glauben Sie wirklich, wenn auf dem Auslandsmarkt der Wettbewerb wieder losgeht — und wir müssen doch wieder Auslandsgeschäfte treiben —, dann würde Zeit vorhanden sein, diese Pyramiden von Organisationen zu durchlaufen? Bis alle diese Parlamente befragt sind, ist der Auftrag längst auf der anderen Seite gebucht.

In einer der Erklärungen der Regierung ist weiter gesagt worden: wir müssen zufassen, damit die **Schleuderpreise**, zu denen die Deutschen auf dem **Weltmarkt** angeboten haben, aufhören. Meine Damen und Herren, man sollte doch nicht so niedrig von dem deutschen Kaufmann denken. Wer war denn mit der Hauptträger des Ausfuhrgeschäfts? Das sind die kleineren und mittleren Betriebe, und diese sind durchweg von sehr klugen Kaufleuten geleitet. Glauben Sie mir nur, diese lassen nicht einen Pfennig unnötig in das Ausland gehen. Wenn ich nicht irre, ist auch im Zusammenhang mit der Kohle davon gesprochen worden, daß die große **Ausfuhr von deutschen Kohlen** nur auf Kosten der niedrigen Auslandspreise möglich war. Auch da muß ich Ihnen wieder sagen: gehen Sie in das Ausland, wohin Sie wollen, Sie werden finden: die deutsche Kohle hat im Wettbewerb mit dem einzigen Wettbewerber, den sie vor dem Kriege hatte, mit der englischen Kohle, um Pfennige die englische Kohle unterboten. Von Preisverschleuderungen kann gar keine Rede sein. Das muß hier einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden.

Und weiter, glauben Sie denn, wenn wir die **Inlandspreise** nicht in Einklang mit den **Weltmarktpreisen** gebracht hätten, wir hätten uns die englische Kohle nicht in ganz anderem Maße in das Land gezogen? Es war immer eine der vornehmsten wirtschaftlichen Richtlinien der

alten Regierungen, niemals Kohlenzölle anzuwenden. Kohle als der wichtigste Träger in unserer ganzen Wirtschaft sollte jedem so billig zugeführt werden, wie es eben die Weltmarktlage gestattet. Sie wissen ja, daß 15 Millionen Tonnen englischer Kohle dort, wo die Frachtlage günstig war, jahraus, jahrein deutschen Verbrauchern zugeführt worden sind. Auf den Vorschlag meiner Fraktion war beschlossen worden, **Sachverständige** zu hören. Gestern sind diese zur Verhandlung herangezogen worden. Da war es nun außerordentlich interessant zu hören, wie ein Hamburger Großhändler über Einfuhr und Ausfuhr denkt. Wie ich glaube, hat er auch den Herren der Regierung sehr klar bewiesen, daß es nur mit vollständig freier Überlegung und schneller Entschließung möglich ist, diesen für Deutschland sehr wertvollen Import **englischer Kohle** beizubehalten. Sie werden sich über das Wort „wertvoll" wundern. Ich sage es mit Absicht; denn dadurch, daß wir an die für die Ruhr, für Oberschlesien ungünstig liegenden deutschen Gebiete auf dem Wasserwege englische Kohle bringen, konnten wir in dem uns frachtlich günstigen neutralen Ausland — ich nenne Holland, Frankreich, Belgien, Italien, Schweiz — große Mengen unserer Kohle zu guten Preisen absetzen, weil sie frachtlich günstig lagen. Das ist ein sehr wichtiges Moment, das gerade bei diesen Gesetzen, die doch immerhin eine gewaltige Erschwerung — Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen — unseres ganzen Handels mit sich bringen, nie außer acht gelassen werden sollte. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Ich wiederhole: sachliche Gründe sind seitens der Vertreter der Regierung uns nicht vorgebracht worden, die eine Notwendigkeit zur Einbringung dieser Gesetze irgendwie dargetan haben. Ich möchte mich über die wirklichen Gründe hier nicht noch einmal auslassen.

Merkwürdig, wenn man nun aber die Presse verfolgt. Es geht wie ein Aufatmen durch die Blätter: es geht ja nur um die **Kohle!** Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Wer weiß, wie eng das deutsche Wirtschaftsleben zusammenhängt, der sieht, daß ein Eingriff in eine seiner bedeutendsten Kraftquellen nicht ungestraft geschehen kann. Die Kohle bildet in ihrem weiteren Verbrauch Kreis an Kreis. Kommt sie aus dem Schacht heraus, hilft sie in den Hütten Eisen und Stahl miterzeugen, und diese Erzeugnisse gehen in alle deutschen Lande und fließen zum großen Teil eben wieder zu den Zechen zurück, das ist ein **Kreislauf der Wirtschaft.** Dabei sind das alles Beziehungen, die in freier Entwicklung geschlossen sind. Da gibt es keine großen Abhängigkeiten, das sind jahrzehntelang gewordene, verwachsene alte Beziehungen, die den wertvollsten Teil unseres ganzen deutschen Wirtschaftslebens ausmachen.

Ein weiterer Kreislauf: die Kohle wird in Feuerbetrieben verarbeitet, die Gase werden frei, die Gase erzeugen elektrische Kraft, die Kraft geht

den Zechen wieder zu, sie fördert die Kohle mit der Kraft, die im Hochofen frei geworden ist. Ein dritter Kreislauf: die Kohle geht von der Bahn in den Kanal, vom Kanal in Seeschiffe, sie geht aufs Meer, und dasselbe Schiff bringt die Erze zurück zur Hütte. Auch hier sind die Zwischenglieder freie Wirtschaftskörper ohne jede Abhängigkeit, gewachsen und geworden aus sicherer Ueberlegung deutscher Kaufleute, deutscher Techniker. So könnte ich Ihnen Kreis an Kreis malen. Aus diesen Zusammenhängen wollen Sie nun einen Teil, die Kohle, herausnehmen! Glauben Sie mir, der straffe Kreisbogen wird die erste Beule sehr bald haben, und bald wird er zusammenklappen und flach am Boden liegen. Glauben Sie mir: wenn die Kräfte, die Sie jetzt gerufen haben, einmal lebendig sind: das Ende ist nicht abzusehen! Der Bureaukratisierungsprozeß, wie ich ihn nennen möchte, geht weiter. Der Herr Ministerpräsident hat ja auch hier ganz deutlich erklärt: das Gesetz, das wir jetzt einbringen, ist ein Meilenstein auf weiterem Wege.

Wir sollten doch, bevor wir den ersten Meilenstein setzen, einen Augenblick an Rußland denken, an Rußland, das wir ja im Begriff sind, so sehr naturgetreu in allen Teilen zu kopieren. Was hat denn in Rußland sich abgespielt? Auch da dachte kein Mensch daran, zunächst alles zu vernationalisieren, wie Sie es da nennen, auch da hat man mit einer der großen Industrien, mit der **Naphthaindustrie**, begonnen, und von diesem einen Griff aus hat sich das ganze entsetzliche Zerstörungswerk Rußlands vollendet.

Man darf ja vielleicht in dem hohen Hause einmal einen Augenblick persönlich werden. Die russischen Verhältnisse kenne ich aus sehr lebhaften Schilderungen eines unserer Herren, eines Geschäftsfreundes, der von Anfang an nach der russischen Revolution mit draußen war. Wenn der Herr Abgeordnete Haase neulich mit einem Blick zu meinem Platz herüber davon sprach, daß die bolschewistische Regierung die Industrie nicht abgehalten hätte, Geschäfte zu machen, so ist da gar nichts dabei. Was dort gemacht worden ist, hat sich in aller Oeffentlichkeit abgespielt, und ich bedauere nur, daß nicht engere Beziehungen uns mit dem großen russischen Reich in geschäftlicher Richtung bisher verbunden haben. Aber heute ist in Rußland so ziemlich alles nationalisiert, mit dem Erfolg, daß Tausende von Fabriken stilliegen, daß Hunderttausende von Arbeitern in Stadt und Land brotlos sind und nun die gewaltige bolschewistische Armee bilden, die dräuend im Osten steht und droht, wenn wir ihr nicht einen Wall entgegensetzen, die europäische Kultur zu vernichten.

Trotzdem nun in Rußland alles nationalisiert ist, blüht dort ein Schleichhandel, von dessen Umfang wir uns gar keinen Begriff machen. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Zwar steht Todesstrafe darauf, und sie wird rücksichtslos angewendet.

Und doch gibt es keinen Artikel, vom Rubelschein angefangen bis zum Pfefferkorn, der im Schleichhandel nicht in größtem Maße umgesetzt wird.

Einer meiner Kollegen hat hier die Frage aufgeworfen, wie denn das **finanzielle Ergebnis der russischen Wirtschaft** sei. Ich bin in der angenehmen Lage, gerade jetzt eine authentische Mitteilung erhalten zu haben, die ich dem hohen Hause nicht vorenthalten möchte. Die Gesamtausgaben des russischen Staates haben sich im Jahre 1917 auf 27 Milliarden Rubel belaufen, im zweiten Halbjahr 1918 waren sie für dieses halbe Jahr auf 29 Milliarden angewachsen. (Hört! hört! rechts.) Und in der Begründung der Unterbilanz, die 16 Milliarden Rubel beträgt, sagt die Mitteilung:

> Die außerordentlich hohe Unterbilanz im bolschewistischen Staatshaushalt rührt in der Hauptsache daher, daß die nationalisierten Industriebetriebe große Aufwendungen an Staatsmitteln beanspruchen, daß die Kosten der Verwaltung ins Unermeßliche gestiegen sind (hört! hört! rechts) und die Eingänge aus direkten Steuern fast ganz aufgehört haben.

Der auch in Deutschland sehr bekannte russische Finanzmann Arthur Raßlowitsch fügt hinzu:

> Wenn man das Soll und Haben der jetzigen Regierung überschlägt und ihm die Erklärung der Moskauer Machthaber gegenüberstellt, die Schuld Rußlands an die Ententestaaten anzuerkennen, so erscheint diese Kundgebung als ein schlechter Witz.

Und er sagt zum Schluß:

> Der Konkurs der bolschewistischen Wirtschaftsordnung ist offenbar und läßt sich nicht mehr verheimlichen. Ein Staat, der nur verbraucht, kann keine neuen Werte schaffen; er spricht sich selbst sein Todesurteil. (Hört! hört! rechts.)

Das sind sehr beherzigenswerte Worte eines hervorragenden Kenners der russischen Verhältnisse.

Ich meine, gerade das letzte, was ich in meinen Worten ausführte, nämlich das Blühen des Schleichhandels in Rußland, sollte uns doch sehr zu denken geben. Je mehr der Staat drückt, je gewaltiger die Organisationen werden, um so mehr versucht der Mensch, frei das zu erlangen, was er haben will und haben muß. Es ist eben wider die menschliche Natur, zum lebenden Paragraphen zu werden. Und, meine Damen und Herren, was uns hier bevorsteht, das ist kein Drücken mehr, das kann man ruhig Pressen nennen. Horizontal will man Zwangsverbände ansetzen, vertikal will man ein System von Räten aufbauen, und so werden diese schieben und drücken, bis dem deutschen Wirtschaftskörper alle Knochen zerbrochen sind. Wenn er dann am Boden liegt, dann wird man wahrscheinlich ausländische Aerzte holen müssen, die das bisher so rein deutsche, nationale arbeitende Kapital mit fremdländischer Münze verwässern werden. (Sehr richtig! rechts.) Glauben Sie nicht, daß wir mit unseren Befürchtungen über-

treiben! Neben dem Reichskohlenrat wird — es wäre sehr verlockend, eine entsprechende Anfrage an die Regierung zu richten — recht bald der Reichseisenrat stehen, und neben dem Reichskartoffelrat wird sich wohl ein Reichsrübenrat auftun (Heiterkeit und Zurufe bei den Sozialdemokraten), und dieses System der Räte wird sich wie ein Alpdruck auf die deutsche Wirtschaft legen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn von diesem Platze aus der jetzige Reichspräsident Ebert erklärte, den **deutschen Unternehmern** ist die **Initiative** verloren gegangen, wenn einige Tage später der Herr Ministerpräsident Scheidemann mit dem ihm eigenen kategorischen Imperativ erklärte, die Unternehmer hätten abgewirtschaftet, und wenn wiederum einige Tage später Herr Reichsminister Giesberts ein Loblied auf Handel, Gewerbe und Industrie sang und zur Mitarbeit aufforderte, so müssen wir es den Unternehmern im Lande, den Handel- und Gewerbetreibenden überlassen, welchen Ratschlägen des Koalitionsministeriums sie folgen wollen. (Sehr gut! rechts.) Aber, meine Herren, sie folgen gern dem Vorschlag des Herrn Reichsministers Giesberts, sie wissen, daß mit Trübsinn keine neuen Werte geschaffen werden. Glauben Sie, wenn man den Dingen näher steht, weiß man, daß gerade in den kleinen und mittleren Betrieben sehr viel Unternehmungslust ist, da wartet jeder nur darauf, wieder frei arbeiten und schaffen zu können. Dort ist auch das ganz richtige Empfinden, daß der Erstarrungsprozeß nicht bei den Großen beginnt, sondern bei den Kleinen; denn in den großen Betrieben, in den großen gemischt-wirtschaftlichen Konzernen ist so viel lebendige Kraft aufgespeichert, daß sie selbst einen gehörigen Puff einige Monate, vielleicht ein halbes Jahr vertragen können; aber bei der Abhängigkeit, der nicht geschriebenen, nicht verbrieften Abhängigkeit, der gewordenen Abhängigkeit aller deutschen Wirtschaftsglieder weiß der Kleine genau, daß er zuerst verloren ist, wenn es dem Großen schlecht geht. Das sind Selbstverständlichkeiten, meine Damen und Herren, für den, der sich im deutschen Wirtschaftsleben umgesehen hat.

Ich sagte, die Unternehmer warten nur darauf, in Deutschland mit neuer Arbeit anzufangen. „Freie Bahn dem Tüchtigen" ist ja so oft gepredigt worden, daß es uns mit ihr geht, wie dem Herrn Reichsfinanzminister Schiffer mit seiner Henne. Wir mögen es bald nicht mehr hören; aber ebenso wie bei der Henne die goldenen Eier schon lange und sehnsüchtig erwartet werden, so warten die deutschen Unternehmer, die deutschen Handel- und Gewerbetreibenden vergebens auf den Augenblick, wo sich die Pforte öffnet, die die freie Bahn allen Tüchtigen weisen soll. Heute ist sie nur fest verschlossen, heute kann man eben durch das Schlüsselloch schauen, und was man da sieht, sind horizontale Drahtverhaue — das sind spanische vertikale Reiter —, und wir sehen keine Möglichkeit, daß die deutsche Unternehmerschaft nach den Gesetzen, wie sie hier vor-

liegen, die Mittel findet, diese Verhaue beiseite zu schaffen. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren, nun ist uns hier der Vorwurf gemacht worden, wir wollten nur kritisieren, es fehlte an positiven Vorschlägen. Ich muß dem entschieden widersprechen. Nach den Erklärungen der Regierung wollen Sie mit den Gesetzen ein Doppeltes: Sie wollen zunächst die Arbeiterschaft, die Angestellten in weit größerem Umfange als bisher an der Verwaltung aller deutscher Betriebe teilhaben lassen. Auf dem Wege folgen wir Ihnen. Meine Kollegen Rießer und Stresemann haben Ihnen hier gesagt, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zu einer **Arbeitsgemeinschaft** zusammengefunden haben, wo in paritätischer Zusammensetzung alles behandelt werden soll, was die deutsche Wirtschaft angeht. Der erste Paragraph der gemeinsamen Satzung lautet:

> Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen sozialen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetze und Verwaltungsangelegenheiten.

Also, meine Damen und Herren, alle **wirtschaftlichen und sozialen** Fragen müssen in Zukunft nach den Abmachungen Unternehmer und Arbeiter gemeinschaftlich beraten, und gerade die Parität, die hier gewählt ist, ist ein großer Vorzug. Sie bedeutet, daß hier ein hohes ethisches Ideal verwirklicht wird. Wenn, wie es bisher wohl üblich war, ein sogenannter unparteiischer Vorsitzender gewählt wird, so muß das vermieden werden; sonst wird die eine Seite reden und ihn überzeugen wollen, und ebenso die andere Seite. Zum Schluß hat er sein Urteil zu fällen, nach rechts oder nach links, und was bezweckt werden soll: ein friedliches Zusammenarbeiten, ein besseres Verstehen, findet nicht statt. Die Seiten gehen auseinander, weil sie gezwungen worden sind, sich zu vereinigen. Lassen Sie den Vorsitzenden weg, dann werden die Parteien gezwungen, sich zu verständigen, und die Partei möchte ich kennen, ganz gleich ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, die, wenn einmal diese Beschlüsse gefaßt sind, wenn einmal die Organisation ausgebaut ist, sich dem nicht fügt. Selbst in der kritischen Zeit, wo jetzt alles am Gären ist, haben die Arbeitsgemeinschaften, wo sie geschaffen worden sind, Hervorragendes geleistet.

Nun ist meinem Kollegen Stresemann von der linken Seite entgegengehalten worden: Zu spät! Meine Damen und Herren, ich möchte Herrn Kollegen Hue, der ja im Saale ist, fragen, ob wir beide, als wir uns im Sommer 1918 hinsetzten und in sehr ernster und eingehender Aussprache die Grundlinien für die Arbeitsgemeinschaft festlegten, der Meinung waren, es sei zu spät. Als dann die Revolution da war, und wir weiter verhandelten, um die Zentralorganisationen zu schaffen, haben wir gefragt: hat es noch einen Zweck, diesen gewaltigen

Apparat weiter auszubauen? Gerade von Ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) ist uns damals gesagt worden: Jetzt erst recht! denn in der Zeit, wo alles in Fluß kommt, muß es einen Ruhepunkt geben, und einen solchen wollen wir in der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen. Weil uns das Versprechen wertvoll war, haben wir auch nicht locker gelassen, wir haben weiter gearbeitet, und heute zieht sich durch die deutschen Lande schon ein ganz stattlicher Stab von Arbeitsgemeinschaften, die, wenn einstmals ihre Arbeitsweise aufgeklärt wird, sicher den Ruhm verdienen, daß sie sehr viel dazu beigetragen haben, das Schlimmste in den deutschen Landen zu verhindern.

Meine Damen und Herren, das ist die Arbeitsgemeinschaft, wie wir sie uns denken. Ich sehe, daß der Abgeordnete Dr. Cohn soeben im Saale erschienen ist. Er hat einen Antrag eingereicht, daß in Zukunft die **Räte nach dem allgemeinen Wahlrecht** aller an einem Unternehmen Beteiligten zusammengesetzt werden sollten. Das würde natürlich bedeuten, daß die bisherigen Leiter vollständig in die Minderheit kämen. Ich habe einmal in einer Kommission ausgeführt, ich maßte mir nicht an, von kommenden Dingen ein Bild zu entrollen; aber eins möchte ich doch sagen: die Wirtschaftsformen mögen künftig aussehen, wie sie wollen, sie können nur bestehen, wenn sie uns den Wirkungsgrad der deutschen Wirtschaft verbessern. Da hat mir Herr Dr. Cohn Beifall zugenickt und hat dies hinterher noch ausdrücklich begründet. Nun möchte ich ihn fragen, wann man den Wirkungsgrad verbessert. Die einzige technische Möglichkeit — und ich habe gesehen, daß Herr Dr. Cohn sehr viel von technischen Dingen versteht — ist dann gegeben, wenn man die Reibungsflächen vermindert, und — wenn ich dazu eine kleine Erläuterung geben darf — Reibungen werden verhindert, wenn im Betriebe ein heilsames Gleichgewicht der Kräfte schaltet. Ich möchte ihn nun fragen, ob und wie nach seinem Vorschlag dieses möglich und damit ein reibungsloses Zusammenarbeiten durchführbar ist.

Weiter ist der Vorwurf, wir arbeiteten nicht positiv, nach einer anderen Seite hin ausgedehnt worden. Ich habe ausgeführt, daß wir gern bereit sind und gern daran mitarbeiten, die Arbeiterschaft in jeder Weise mehr als bisher zu unseren Betriebsleitungen mit heranzuziehen. Aber damit nicht genug: die Ausschüsse der Unternehmungen sollen mehr als bisher der Allgemeinheit zugänglich werden. Da muß ich wiederum konstatieren, daß von dieser Stelle aus mein Kollege Stresemann den, glaube ich, sehr beachtenswerten Vorschlag gemacht hat, das **Reich** ganz allgemein **an den deutschen Unternehmungen zu beteiligen.** Es ist uns entgegengehalten worden: das genügt nicht, auch die Arbeiterschaft muß beteiligt werden. Auch darüber ließe sich reden, und auch daran sind meine Freunde und ich gern bereit mitzuarbeiten. Aber wir müssen doch manche Einwendung dabei vorbringen.

Nehmen Sie, bitte, einmal an, ein Werk verteilt 5% Dividende, ein anderes verteilt 10%. Dergleichen Unterschiede werden immer stattfinden, weil die wirtschaftlichen, die geographischen Verhältnisse der Werke eben verschieden sind. Wie wäre am Jahresschluß das Verhältnis? Das Werk, das 10% verteilt, würde selbstverständlich seinen Arbeitern zum Lohn eine höhere Prämie auszahlen können. Und was wäre der Schlußerfolg? Die Arbeiter würden sich nach den vielverdienenden Werken drängen, und das weniger verdienende Werk müßte höhere Löhne bezahlen, um überhaupt seine Arbeiterschaft zu halten. Und was entwickelt sich weiter daraus? Im nächsten Jahre würden die Erträgnisse des schlechteren Werkes wegen der höheren Löhne erst recht niedriger sein als die des guten Werkes. Aber das sind keine unüberwindlichen Schwierigkeiten; darüber in eine ernste Auseinandersetzung einzutreten, sind meine Freunde und ich jederzeit gern bereit.

Sie sehen, meine Damen und Herren, auch wir wollen soziale Wirtschaftspolitik treiben, aber freilich etwas anders, als es augenblicklich die Vorlagen beabsichtigen. Wir wollen uns fest auf den Boden des Bestehenden stellen und von da aus in alle deutschen Betriebe soziale Strahlen aussenden, so stark und so kräftig, wie nur immer denkbar. Wir wollen eine **evolutionäre Entwicklung**, wie auch Herr Reichsminister Wissell hier in seinem ersten großen Vortrage erläutert hat. Was sie aber jetzt anstreben, das ist keine evolutionäre, das ist eine revolutionäre Übertreibung (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei), und diese mitzumachen, dafür lehnen wir die Verantwortung ab.

Es ist weiter gesagt worden — ich habe das vorhin schon angeführt —: den Unternehmern ist die Initiative verloren gegangen. Das ist nicht der Fall. Überall werden die Trümmer schon weggefegt, überall liegt auch der Plan zum Neubau fertig da. Wohl wissen die großen Betriebe wie die kleinen, wohl weiß Handel und Gewerbe, daß es aus ist mit dem Traum von deutscher Wirtschaftsgröße; aber sie haben die Hoffnung, daß doch noch so viel bleibt, daß es einen Wert hat, zu schaffen, und daß es noch eine Lust sein kann, zu arbeiten. (Sehr richtig! rechts.) Nicht das zu erreichen, was man gewollt, und doch aus dem Rest noch etwas Gutes und Ganzes zu machen, *auf das Unmögliche zu verzichten und das Mögliche mit allen Kräften so vollendet zu gestalten, wie nur immer denkbar*, das muß die Aufgabe der nächsten Zeit sein, und die wird nicht gelöst mit dem Suchen nach neuen Wirtschaftsformen, sondern nur durch eiserne Pflichterfüllung, jeder an sich, jeder an dem Nächsten und damit an der Allgemeinheit, und durch harte, zielsichere Arbeit. Es muß Arbeit mit der Hand getan werden, schwere Arbeit; denn sonst könnten wir alle nicht leben, und es muß *Arbeit mit dem Kopfe* getan werden, *nicht minder schwere Arbeit*, um Tausenden

von fleißigen Händen Richtlinie und Grundlage zu geben. (Sehr wahr! rechts.) Es muß auch Arbeit mit dem Geiste getan werden, die schwerste vielleicht von allem, um all die vielen Arbeitsstätten mit neuem hochgemuten Geiste zu erfüllen. Es können nicht alle Leute dieselbe Arbeit tun; wohl aber können sie ihre Arbeit gleich freudig tun und einander helfen, daß jeder in die Lage kommt, diese Arbeit freudig zu tun. Das, meine Damen und Herren, sehen wir unter den vorliegenden Gesetzen nicht als möglich an. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe noch nicht gehört, daß unter einer Zwangsjacke ein besonders freudiges Gefühl im Menschen wach wird. (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

So ist es auch beim Kohlenbergbau, dem ersten reifen Objekt, das man angreifen will. Wer die westfälischen, wer die Ruhr-, Saarreviere kennt, wird sich immer mit uns allen gefreut haben an dem frischen, frohen Bergmannsgruß „Glück auf!" Wir fürchten, meine Damen und Herren: mit dem Bergbau geht es „Glück ab". (Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke:

Dr. **Pachnicke**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Gesetz, das uns vorliegt, ist ein Rahmengesetz, ist ein Bekenntnis zu Grundsätzen, es eröffnet Möglichkeiten, deren Verwirklichung besonderen Reichsgesetzen vorbehalten bleibt. Schon deshalb brauchen, Herr Kollege Vögler, die verhängnisvollen oder „verderblichen" Folgen, die Sie prophezeien, nicht einzutreten.

Der Herr Vorredner verwahrte sich dagegen, Übertreibungen vorgetragen zu haben; aber ich fürchte, ihm den Vorwurf nicht ersparen zu können. Er hat eine Perspektive eröffnet, er hat Konsequenzen gezogen, die man nicht zu ziehen braucht. Ich will sein Wort nicht benutzen, sondern ein richtigeres an seine Stelle setzen: nicht der Bureaukratisierungsprozeß, sondern der **Sozialisierungsprozeß** kann doch immer nur so weit gehen, als die Mehrheit ihn gehen lassen will. Da, wo er ins Verhängnisvolle umzuschlagen droht, werden wir rechtzeitig abzustoppen wissen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) So weit lassen wir es nicht kommen. Von einer revolutionären Entwicklung hätte er bei Objektivität seiner Betrachtung vollends nicht sprechen dürfen, und die Reihe von Räten, die er aufmarschieren lassen konnte, kann er ruhig wieder abtreten lassen. Das hängt von uns ab, und daß wir eine Schranke zu ziehen wissen, das dürfen Sie uns glauben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Abwarten!)

Er hat ferner der Regierung Unklarheit vorgeworfen. Diesen Vorwurf zu parieren, überlasse ich der Regierung selbst, da ich die Rolle eines

Regierungskommissars nicht übernehmen will. Aber er hat uns allen einen anderen Vorwurf gemacht. Er hat behauptet, es habe der Kommissionsberatung an jeder sachlichen Begründung gemangelt. Nun, Herr Kollege Vögler, das behaupten Sie, nachdem wir so lange und so schwere Sitzungen gemeinsam in der Kommission durchgemacht haben? Nein, es sind Gründe vorgetragen worden von allen Seiten, Sie haben nicht ermangelt, Ihre Gegengründe vorzutragen. Daran hat es also nicht gefehlt, das können Sie im Ernst hier nicht zum Vortrag bringen. Wir hatten unsere Gründe, wir hatten unsere sachlichen und zugleich **politischen Gründe** — auch politische! Man braucht politische Gründe gar nicht in Abrede zu stellen. Politische Gründe waren es, die den Fürsten Bismarck damals veranlaßten, die Arbeiterversicherung anzuregen. Politische Gründe sind es, die uns dazu bringen, die Zustimmung zu dem Gedanken der Gemeinwirtschaft und der konstitutionellen Fabrik heute mit besonderem Nachdruck zu betonen. Wir müssen prüfen, wie die Vorschriften, die wir hier erlassen, auf die Stimmung und Entschlüsse innerhalb des Volksganzen wirken. Wir machen nicht nur Gesetze, wir machen auch Politik. Gerade die Demokratie darf nicht achtlos an den Regungen der Volksseele vorübergehen; gerade sie muß dem Drang der Zeit entgegenkommen. Wir werden uns freuen, wenn das Gesetz seinen Zweck erfüllt, wenn es versöhnend wirkt, wenn es zur gegenseitigen Annäherung und zum inneren Frieden etwas beiträgt. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren, die letzte Entscheidung geben selbst verständlich sachliche Gesichtspunkte. Da ist es doch nicht anders: das Interesse des einzelnen hat sich dem Interesse der Gesamtheit unterzuordnen. Besitz ist Amt, Individualsystem und Kollektivsystem müssen einen Ausgleich suchen. Der Gesetzentwurf entspricht und entspringt ja nur dem Arbeitsprogramm der Reichsregierung, dem das hohe Haus in seiner großen Mehrheit zugestimmt hat. Darin steht bereits der Hinweis auf die **Gemeinwirtschaft** bei denjenigen Objekten, die zunächst in Betracht kommen ausdrücklich, nämlich der Bergbau und die Erzeugung von Energie. Auch der Kollege Hugenberg hat in erster Lesung eingeräumt, daß sich bei gewissen Teilen der Elektrizitätsindustrie — er nannte sie besonders — eine Form der Sozialisierung durchaus würde rechtfertigen lassen. Ebenso hat der Deutsche Industrie- und Handelstag, der im übrigen vor einer Übertreibung des Sozialisierungsprinzips in ernster und beachtenswerter Weise warnt, doch zugegeben, daß manche Gewerbszweige einen wirtschaftlich und finanziell besseren Erfolg versprechen können, wenn sie der Gemeinwirtschaft zugeführt würden.

Was die **Elektrizitätsindustrie** betrifft, so sind bereits im Jahre 1910 Bestrebungen zu ihrem engeren Zusammenschluß im Gange gewesen; sie kamen zum Stillstand, weil der Krieg ausbrach, sie waren

gar nicht auf die Verstaatlichung gerichtet und sind es auch heute nicht, sondern auf Ökonomisierung, auf eine Verringerung der Produktionskosten innerhalb der Konzentration.

Was die Kohlen anlangt, so haben Sie auch heute bereits im Syndikat eine derartige Zwangswirtschaft (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), und eine Einengung der Bewegungsfreiheit, daß Sie nicht vom Standpunkt der Freiheit gerade in diesen Fragen argumentieren dürfen. (Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Der Druck war so fühlbar, daß sich die Beteiligten lebhaft über ihn beschweren mußten. Hier war der Punkt erreicht, wo das Privatmonopol umschlägt in das Staatsmonopol. (Sehr richtig! links.) Endlich hat Herr Schiffer als Reichsfinanzminister uns mit aller Rückhaltlosigkeit auf gewisse Monopole vorbereitet. Finanzielle Rücksichten erzwingen solche Monopole; wir kommen nicht herum, bis zu einem gewissen Grade hier Zugeständnisse zu machen.

Allerdings gibt es auch für uns Grenzen: wir machen sehr wesentliche Einschränkungen vom Standpunkte unserer Partei. Wir gehen über die in diesem Entwurf gezogenen Linien bei dem jetzigen Stand der Dinge nicht hinaus; wir wollen nicht, daß der Motor des persönlichen Interesses aus der wirtschaftlichen Maschinerie ausgeschaltet werde. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Nur wenn jeder weiß, daß eine höhere Leistung höheren Gewinn verspricht, wird er mehr leisten. Wenn jeder die Früchte seines Fleißes selbst genießt, und wenn er andererseits die Folgen einer geringen Kraftanstrengung am eigenen Leibe zu verspüren hat, dann werden die Kräfte nicht gelähmt, welche die Volkswirtschaft zur Blüte bringen. Das ist der eigentliche Sporn, der in die Flanken gedrückt werden muß. Das Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit wirkt nie so stark wie der Antrieb aus eigenem Vorteil. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf: Also!) Die Regel — wir berücksichtigen dieses „Also" — bleibt für uns die freie Wirtschaft, der Privatbetrieb, der dem öffentlichen überlegen ist, wenn für den öffentlichen nicht besonders günstige Umstände vorliegen. Alles Übrige ist Ausnahme, und Ausnahmen sind in jedem Falle besonders zu begründen. Wer sie empfiehlt, hat die Beweislast, er muß es wahrscheinlich machen, daß der Ertrag zum mindesten nicht sinkt. Ich wage kaum zu sagen, daß er steigt. Das Reich kann nicht Betriebe übernehmen, die ihm mehr kosten als einbringen, jetzt weniger denn je, wo alles auf die Erhöhung der Produktivität und der Rentabilität ankommt. Er muß ferner nachweisen, daß etwa vorhandene Schäden auch vom Standpunkte des Arbeiterinteresses aus auf anderem Weg als auf diesem nicht abzustellen sind.

Man hat ferner Gründe für die Annahme anzuführen, daß nicht etwa der Feind seine Hand auf Staatsbetriebe legt, daß nicht der Feind sie als willkommene **Pfandobjekte** betrachtet und behandelt. Für den Fall, der uns gegenwärtig beschäftigt, ist nach unserer Rechtsauffassung eine solche Eventualität ausgeschlossen, oder sollte sie ausgeschlossen sein. (Zuruf links: Sie ist ausgeschlossen!) Denn im Rheinland und im Elsaß liegt nicht occupatio bellica, sondern eine Vereinbarung auf Grund von Waffenstillstandsbedingungen vor; hier gilt also nicht die Haager Landkriegsordnung, sondern gelten bestimmte Vereinbarungen. Das Reich bleibt gewillt, die Reichsgewalt dort auszuüben, und es haben deshalb die Franzosen rechtlich — ich sage: rechtlich — keine Handhabe.

Aber wir werden diese Eventualitäten — ich habe vorhin eben allgemein gesprochen — für andere Fälle stets ins Auge zu fassen haben. In jedem Falle scheiden nach unserer Meinung die meisten **Handelsbetriebe** von der **Verstaatlichung** aus, es scheidet aus die ganze Fertigwarenindustrie, die Exportindustrie, vollends die Landwirtschaft und das Handwerk. Von ihnen allen muß das Reich die Finger lassen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Darum haben wir gegen die Ziff. 2 im Abs. 2 in der Kommission lebhafte Bedenken geäußert und halten sie auch im Stadium der Plenarberatung aufrecht. Dort heißt es:

> Die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter in Gemeinwirtschaft zu überführen, ist das Reich befugt.

In diesen Worten liegt mehr, als der Herr Regierungsvertreter in sie hineingelegt hat. Hier ist eine Möglichkeit zu weiteren Verstaatlichungen gegeben. Hier ist eine Tür geöffnet, und wenn man will, kann das ganze Erfurter Programm einmarschieren. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten.) Ich kann begreifen, daß die Herren von der Sozialdemokratie gegen eine solche Konsequenz nichts einzuwenden haben; wir aber sind keine Sozialisten und haben etwas dagegen einzuwenden. Einen solchen Freibrief stellen wir nicht aus

Wenn gleichwohl dieser Absatz — und ich muß das bei der bisherigen Haltung der Herren vom Zentrum annehmen — zur Annahme gelangen sollte und wir daran unsere Zustimmung zu dem ganzen Gesetz nicht scheitern lassen, so leitet uns dabei folgende Erwägung. Es ist in jedem Falle noch ein Reichsgesetz notwendig zur Durchführung dieses Gedankens, und einem solchen Reichsgesetze gegenüber haben wir die Möglichkeit, ja oder nein zu sagen, je nach Prüfung des Falles. Diesen Gesichtspunkt hat freilich auch das Zentrum für seine Zustimmung zu dem Abs. 2 angeführt. Aber, meine Herren, es bleibt doch ein wesentlicher Unterschied. Hat man sich erst zu dem allgemeinen Grundsatz bekannt, dann ist man einem auf Grund dessen vorgeschlagenen Gesetze gegenüber nicht mehr so frei, wie wenn man diesen Grundsatz vorher

nicht anerkannt hat. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir wollten diese Anerkennung nicht aussprechen, wir halten an dem Standpunkt fest, daß nur sozialisierungsreife Betriebe in Frage kommen dürfen, nicht aber alle Betriebe, nicht alle wirtschaftlichen Güter. Bei der Fassung, die gewählt worden ist, kann es sich aber um alle Güter handeln; denn nach dem Wortlaut „Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter ohne jede Ausnahme" können alle Betriebe gemeint sein, und dieser Konsequenz, wie gesagt, wollen wir entgehen. Wir wollen uns die volle Freiheit der Entschließung wahren und lehnen deshalb eine generelle Bindung ab.

Was im übrigen den § 2 betrifft, so hätte es dem Wunsche unserer Fraktion entsprochen, daß die Befugnis zur **Überführung in Gemeinwirtschaft** dem Reiche ausschließlich übertragen würde. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir wollten es vermieden sehen, daß nun Bundesstaaten, daß Gemeinden in Konkurrenz treten und daß ein Wirrsal entsteht. Aber wir sind leider mit diesem Vorschlag nicht durchgedrungen. Es wird auf die Gemeinden hingewiesen, die man nicht einengen will, und es wird namentlich auf den Staatenausschuß hingewiesen, der aller Voraussicht nach hier Widerstand leisten würde.

Besonderen Wert aber legten wir darauf, daß der Gedanke der **Entschädigung** in diesem Gesetz zum Ausdruck kommt. Freilich ist schon im Verfassungsentwurf im Art. 37 die Entschädigung vorgesehen. Aber wie andere Rechtsgedanken, die vermutlich in die Verfassung aufgenommen werden, auch in ein Spezialgesetz gelangen können, und wie einer dieser Rechtsgedanken, nämlich der Schutz der Arbeitskraft, in unser Gesetz aufgenommen worden ist, so hielten wir es für nützlich, auch an dieser Stelle ausdrücklich zu betonen, daß da, wo in subjektive Rechte eingegriffen wird und dadurch Schade entsteht, auch entsprechender Ersatz geleistet werden soll. Die Bevölkerung muß wissen, daß auch in Zukunft unter der Herrschaft dieses Gesetzes das Eigentum nicht angetastet werden darf. Damit werden hervorgetretene Befürchtungen als unbegründet erkannt, und man wird sich draußen im Lande mit diesem Gesetz um so leichter innerlich befreunden.

Dann noch ein paar Bemerkungen zu den gestellten Anträgen. Wir stehen ja in der Einzelberatung und haben uns zu den Anträgen zu äußern. Was den Antrag der Herren Dr. Rießer und Vögler auf Nr. 126 anbetrifft, so wollen die Herren Antragsteller die ganze Aktion darauf beschränken, geeignete wirtschaftliche Unternehmungen „für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft nutzbar zu machen". **„Nutzbarmachen für die Volkswirtschaft"**, das sagt zu wenig. Nutzbar macht sie auch der Privatunternehmer von seinem Standpunkt aus. Das

widerspricht also der ganzen Tendenz des Gesetzes und kann, wenn man das Gesetz im ganzen will, nicht angenommen werden.

Was ferner den Antrag der Herren Arnstadt und Genossen auf Nr. 127 Abs. 1 angeht, so läßt sich darüber reden. Wir haben ja auch in der Kommission darüber gesprochen und es nicht als unannehmbar bezeichnet, daß man noch besonders den Betrieb und die Verteilung der in solchen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen gewonnenen Erzeugnisse hier mitaufführt; aber an sich ist das überflüssig, es wird durch den Ausdruck „Ausnützung" miteinbegriffen; wir brauchen also diesen besonderen Zusatz nicht zu machen.

Was den zweiten Absatz in dem Antrage Arnstadt und Genossen anlangt, die Worte „nicht im **eigenen Betriebe des Erzeugers** verwandten", so verweise ich darauf, daß das ein Gegenstand ist, der hier ganz genau geregelt werden müßte, und der mit diesen wenigen Worten nicht ausreichend getroffen wird. Wenn Sie sich den Syndikatsvertrag vom 14. Oktober 1916 einmal ansehen, so können Sie da über diesen Gegenstand eine ganze Masse von Einzelbestimmungen vorfinden. Wir werden eben spezialisieren müssen und die Regelung dieser Frage einem Sondergesetz vorbehalten. In dieses Rahmengesetz paßt eine so weitgehende Spezialisierung nicht hinein.

Das sind die Einzelheiten, auf deren kurze Erwähnung ich mich beschränke. Im übrigen heißt es jetzt nicht reden, sondern handeln. Ich schließe damit, daß ich erkläre: unsere Fraktion stimmt dem Gesetz als Ganzem zu, und ich kann das hohe Haus nur bitten, seinerseits das gleiche zu tun. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Veidt.

Veidt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat mit den Worten geschlossen: es heißt jetzt nicht reden, sondern handeln. Der Meinung sind wir auch, und wir wünschen der Regierung da, wo es nötig ist, alle notwendige Energie, handelnd einzugreifen und unser zerrüttetes Volksleben wieder in Ordnung zu bringen.

Aber auf der anderen Seite steht dem doch wohl auch bei einem Gesetzeswerke von so ungeheurer Tragweite die Notwendigkeit entgegen, daß man sich erst einmal genau überlegen muß, worum es sich eigentlich handelt. Wenn man etwas tun will oder tun soll, so muß man zuerst doch wohl wissen, was man eigentlich tun soll. Das klingt trivial, aber es ist nicht überflüssig, das auszusprechen. Wir haben nicht den Eindruck, daß darüber, was eigentlich mit diesem Gesetze gemacht werden soll, die wünschenswerte Klarheit besteht. (Sehr

richtig! rechts.) Wir hatten gehofft, daß der Ausschuß diese Klarheit schaffen werde, aber wir haben nicht den Eindruck, daß das gelungen ist. Wir sind vielmehr der Meinung, daß über die einfachsten Grundbegriffe, um die es sich in diesem Gesetz handelt, eine babylonische Sprachverwirrung entstanden ist, die auch die kühnste Sophistik nicht hat klären und aus der Welt schaffen können.

Das eine ist wohl bei den Erörterungen klar geworden: daß der Begriff „Sozialisierung" eine Art übergeordneter Begriff sein soll. Nun aber kommen all die anderen dazu: Vergesellschaftung, Verstaatlichung, Gemeinwirtschaft, demokratischer Betrieb der Industrie, konstitutioneller Betrieb und was sonst noch alles. Wir sind der Ansicht, daß es wünschenswert ist, diese Fragen in aller Gründlichkeit auch jetzt bei der zweiten Lesung noch einmal zu erörtern, zumal eine schriftliche **Begründung** der Regierung gefehlt hat, was bei dieser gesetzgeberischen Arbeit, namentlich da es sich um ein ganz neues Gebiet handelt, unbedingt notwendig gewesen wäre. Wir würdigen es durchaus, daß die Regierung mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die sie verhinderten, eine solche schriftliche Begründung zu geben. Aber wir halten es doch auch jetzt noch für unsere Pflicht, es auszusprechen, daß in dem Fehlen einer schriftlichen Begründung seitens der Regierung eine ungeheure Erschwerung dieser gesetzlichen Arbeit liegt. (Sehr richtig! rechts).

Zu den Einzelheiten des Gesetzentwurfs möchte ich zunächst bemerken, daß ein anderer Redner meiner Fraktion über die einzelnen Anträge meiner Fraktion reden wird.

Meine Damen und Herren! Man könnte als Überschrift über dieses Gesetz die Worte schreiben: Ein Ausflug in den Zukunftsstaat. „Wenn man's so liest, möcht's leidlich scheinen." Die Sätze dieses Gesetzes sehen fast alle sehr harmlos aus. Aber wenn man näher zusieht, so tun sich überall zwischen den Zeilen die weittragendsten Konsequenzen auf, und es kommt an manchen Stellen der Pferdefuß zum Vorschein.

Als wir die Erfahrung machten, daß auch auf Seite der Regierung eine große Unklarheit über die eigentlichen Begriffe dieser Gesetzesmaterie zu herrschen schien, da waren wir nicht so respektlos, anzunehmen, daß die Regierung selbst nicht wisse, was Sozialisierung sei. Denn wir konnten ja nicht annehmen — und können es auch heute noch nicht —, daß die Regierung ein Gesetz über Sozialisierung einbringt, ohne selbst zu wissen, was Sozialisierung ist. Leider aber hat die Regierung uns über ihre Auffassung von Sozialisierung weder in der ersten Lesung, noch auch in der Kommission irgend einen Aufschluß gegeben, und das ist doch sehr bedauerlich. Wir können daraus eigentlich nur den Schluß ziehen, daß die Regierung ein Interesse daran

hat, über der Sozialisierung ein gewisses Dunkel, eine gewisse Nebelhaftigkeit liegen und nicht so recht klar erkennen zu lassen, was sie eigentlich beabsichtigt.

Etwas anderes allerdings ist sehr klar geworden, nämlich das was die ausschlaggebende Partei des Regierungsblocks, die Mehrheitssozialdemokratie, unter diesem Gesetz versteht. Einer meiner Vorredner hat darauf bereits hingewiesen. Es ist nämlich in den Verhandlungen der Kommission das ganz klar und unmißverständlich zutage getreten, daß für die ausschlaggebende Partei des Regierungsblocks, für die Mehrheitssozialdemokratie, der Begriff **„Sozialismus"** identisch ist mit dem Begriff **„Kommunismus"** und daß Sozialisierung demgemäß identisch ist mit Kommunisierung. Nun lassen wir uns gewiß durch Worte nicht ohne weiteres einschüchtern. Aber wir fragen doch: was steckt hinter diesen Worten, erstens einmal geschichtlich und zweitens: was schließen sich an diese Worte, wenn sie in einem Gesetze verewigt, sanktioniert und festgelegt werden, für Konsequenzen für die Zukunft an?

Man hat uns gesagt: das ist gar nicht so schlimm, es handelt sich nur um ein **Mantelgesetz.** Nun, meine Damen und Herren, wir vermuten, daß dieser Mantel ein Rathenauscher Schafspelz ist, aus dem mit der Zeit ein Marxistischer Wolf sich herausschälen wird. (Zurufe links.) — Das kann Ihnen ja gar nicht unangenehm sein, wenn es so kommt. Ich freue mich über die Bestätigung. Wir haben es genau so aufgefaßt, wie Sie jetzt mir bestätigt haben. Ein großer Teil der Mehrheitssozialdemokratie — das kann ich wohl auch hierbei feststellen — ist in dieser Frage durchaus einig mit der äußersten Linken, nur daß man es nicht so offen aussprechen kann, auszusprechen wagt, wie es die äußerste Linke tut — aus taktischen Gründen. (Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten).

Meine Damen und Herren, wir haben ein zweites schweres Bedenken gegen dieses Sozialisierungsgesetz, und auch das ist uns ganz besonders bestätigt worden durch den Verlauf der Kommissionsverhandlungen, nämlich dies, daß in diesem Gesetz die Handhabe gegeben ist für eine Verewigung und eine grundsätzliche Festlegung des Prinzips der **Zwangswirtschaft** und **Kriegswirtschaft.** Einer der Redner, einer der Wortführer der Sozialdemokratie, hat ja das auch zugegeben, indem er sagte: Wenn Sie dieses Gesetz nicht annehmen, dann geben Sie uns ja gar keine gesetzliche Möglichkeit in die Hand, die Zwangswirtschaft und Kriegswirtschaft weiter aufrechtzuerhalten. Darin liegt doch der logische Schluß nach der anderen Seite hin, nämlich, daß man dieses Gesetz deshalb durchsetzen will, damit man das jetzige Prinzip der Zwangswirtschaft und Kriegswirtschaft verewigen und dauernd festlegen kann. Das halten wir für notwendig, hier vor dem Lande festzustellen.

Ein weiteres Bedenken liegt für uns darin, daß dieses ganze Gesetz, insbesondere auch das damit in Zusammenhang stehende zweite Mantelgesetz — wie viele Mäntel noch folgen werden, weiß ich nicht, bis endlich einmal der Körper zum Vorschein kommt —, eingestellt ist nicht auf unsere weltwirtschaftlichen Beziehungen, sondern nur auf unsere Binnenschiffahrt, und daß gerade darum der Kampf geht, ob unsere **deutsche Volkswirtschaft** imstande ist, auch in Zukunft auf dem **Weltmarkt** zu konkurrieren. Wenn wir dieses Prinzip, das in dem Gesetze über Sozialisierung und auch in dem Kohlengesetz zum Ausdruck kommt, wirklich durchführen wollen, ohne schwersten volkswirtschaftlichen Schaden zu leiden und unsere Industrie und unseren Export zu ruinieren, so könnte es nur dadurch geschehen, daß auch die anderen Staaten, mit denen wir auf dem Weltmarkt konkurrieren, dasselbe Prinzip anerkennen und gesetzlich festlegen. Ich möchte Sie aber vor die Frage stellen, ob das unseren Gegnern einfallen wird. Daß wir einseitig eine solche Politik betreiben, geht doch gar nicht an. Eine solche Politik wäre nur möglich, wenn rings um uns her mit Einschluß unseres volkswirtschaftlichen Lebens und unseres Staates ein großer Verband von sozialistischen Staatswesen bestünde, der genau dieselben Grundsätze auch in seiner Wirtschaft durchführte. Wenn das nicht der Fall ist, legen wir uns selbst Fesseln an und lähmen uns selbst unsere wirtschaftliche Ausdehnungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit.

Ein weiteres Bedenken richtet sich dagegen, daß der Staat mit diesem Gesetz einen Universalschlüssel in die Hand bekommt, mit dem eigentlich alle Türen sozialistischer Gesetzgebung aufgeschlossen werden können. Dieses Bedenken bezieht sich ganz besonders auf den zweiten Abschnitt im § 2. Darüber wird ja im einzelnen noch manches zu sagen sein. Insbesondere wehren wir uns dagegen, daß dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, auch in die **Landwirtschaft** einzugreifen. Mein Vorredner hat gesagt, daß seine Fraktion sich in der Kommission dagegen gewehrt habe. Nun, meine Herren, Ihre Gegenwehr scheint aber doch sehr platonischer Art gewesen zu sein. Sie hatten es ja doch in der Hand gehabt, diesem zweiten Paragraphen eine Gestaltung zu geben, daß die landwirtschaftlichen und die kleingewerblichen Betriebe nicht getroffen werden können. (Sehr richtig! rechts). Warum haben Sie das nicht getan? Warum wollen Sie denn jetzt nicht die Konsequenzen ziehen und den Standpunkt, den Sie in der Kommission, aber nur platonisch, zum Ausdruck gebracht haben, hier auch so zum Ausdruck bringen, daß er auf die Gestaltung dieses Gesetzes Einfluß gewinnt? (Sehr richtig! rechts).

Gestatten Sie mir nun, einen weiteren Punkt hervorzuheben. Auf welche Betriebe die Sozialisierung ausgedehnt werden soll und wie weit sie greifen soll, darüber ist bisher noch durchaus kein klares Bild zu

gewinnen. Was ist die Folge davon? Die Folge davon ist die, daß über einer Menge von **kleinen selbständigen Betrieben** für die nächste Zeit immer diese Unsicherheit liegen bleiben wird. Glauben Sie, daß Sie damit eine wirklich freie, segensreiche und fruchtbringende wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, wenn der einzelne selbständige Unternehmer oder Landwirt oder Gewerbetreibende niemals weiß, wann das Damoklesschwert der Sozialisierung, das ständig über ihm hängt, herabfallen wird? Aus diesem Grunde halten wir die Unklarheit, die durch dieses Gesetz geschaffen wird, und die Unsicherheit im wirtschaftlichen Leben, die es mit sich bringt, für eine schwere Gefahr. (Sehr richtig! rechts.)

Nun fragen wir uns: Welche **Motive** sind denn bei der Einbringung dieses Sozialisierungsgesetzes maßgebend gewesen? Was versprechen Sie sich von diesem Gesetz? Offenbar liegt in diesem Gesetz eine Rücksichtnahme auf die Zeitlage. Es soll eine Beschwichtigung der erregten Leidenschaften bringen, es soll den Massen zeigen, daß etwas für sie geschieht.

Was ist denn das Populäre des Sozialisierungsgedankens, das, was auf die Massen wirklich wirken kann? Soweit ich es übersehen kann, gibt es einen Gedanken in der Sozialisierung, dem tatsächlich eine populäre Kraft innewohnt. Das ist der Gedanke der **Gewinnbeteiligung.** Dieser Gedanke wäre vielleicht imstande, in der Gegenwart eine Beruhigung zu schaffen; denn schließlich laufen doch in diesen Kämpfen im letzten Grunde alle Gedanken hin auf das eine Ziel: Sicherung und Steigerung der wirtschaftlichen Existenz. Dieser Gedanke kommt aber im Sozialisierungsgesetz gar nicht zum Ausdruck und wird nicht im geringsten dadurch berührt. Daran ist gar nicht gedacht. Glauben Sie, daß es auf die erregten Massen einen Eindruck machen wird, wenn ein riesengroßer Verwaltungsapparat über ganz Deutschland hin geschaffen wird, in dem eine neue große Anzahl von Funktionären irgendwelcher Parteien, die den maßgebenden Stellen nahestehen, ein Unterkommen findet? Glauben Sie, daß damit die Erregung, die jetzt durch unser Volk geht, beschwichtigt wird? Das ist doch reichlich illusionistisch gedacht, zumal dieser große Verwaltungsapparat ja erst seine Existenzfähigkeit zu beweisen hat.

Nun ist, und zwar heute mit erfreulicher Klarheit, zum Ausdruck gebracht worden, daß dieses Gesetz auch ein **politisches Gesetz** ist. Nun, dann verstehe ich die ungeheure Erregung und Leidenschaft nicht, mit der bei der ersten Lesung hier vom Regierungstisch aus diese Auffassung, die wir ausgesprochen haben, bekämpft worden ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Etwas anderes hat wohl keiner von uns sagen wollen als dies, daß dieses Gesetz nicht nur aus volkswirt-

schaftlichen Gründen, sondern auch aus politischen Gründen eingebracht worden ist. Dabei habe ich die Empfindung, daß die Mehrheitssozialdemokratie und auch die aus der Mehrheitssozialdemokratie stammenden Vertreter der Regierung den Eindruck haben: wir müssen wieder einmal dem Volk zeigen, daß wir noch Sozialdemokraten sind; wir müssen dem Volk wieder einmal zeigen, daß es noch ein Erfurter Programm gibt. (Sehr wahr! rechts.)

Die Mehrheitssozialdemokratie ist in dieser Beziehung in einer weniger glücklichen Lage als die Unabhängige Sozialdemokratie. Die bekennt ja sehr deutlich und klar Farbe; bei der weiß man im Volk, woran man ist. Die kann ruhig, so wie auch in früherer Zeit, geschichtsphilosophische Konstruktionen und volkswirtschaftliche Theorien, nebenbei auch einmal Barrikaden bauen, wenn es gerade notwendig ist. Das kann die Mehrheitssozialdemokratie heute nicht mehr, weil sie in der Regierung sitzt, angeschmiedet am Regierungstisch wie Prometheus am Felsen. Manchmal schaut sie wohl mit einem stillen Neid hinüber nach den Genossen froher Tage, in denen sie einstmals sich so fröhlich tummelte, ehe sie die Verantwortung der Regierungstätigkeit trug und ehe sie sich bei den Gesetzesvorlagen mit den unangenehmen Sachverständigen herumzuschlagen hatte. Das läßt sich bei diesem Gesetz nicht leugnen: die Konsequenz liegt bei der Unabhängigen Sozialdemokratie, und wenn Sie glauben, daß Sie mit diesem Gesetz die aufgeregten Volksmassen beschwichtigen werden, so täuschen Sie sich doch darüber nicht, daß die Zugkraft des radikalen Gedankens die größere ist und daß, wenn man erst einmal angefangen hat, auf irgend einem bestimmten Wege weiter zu gehen und auf der schiefen Ebene abwärts zu rollen, nachher auch kein Halten mehr ist, daß die Entwicklung weiter ihren Gang geht, ohne daß dann noch eine Möglichkeit vorhanden ist, ihr einen Damm entgegenzustellen. Hier heißt es: principiis obsta, widerstehe den Anfängen!

Da möchte ich nun, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob das so ganz radikale Forderungen und Anschauungen der rechtsstehenden Gruppen seien, daran erinnern, daß noch vor ganz kurzer Zeit Ihre eigenen Leute vor diesem Sozialisierungsgesetz gewarnt haben. Einige Stimmen sind Ihnen neulich schon zu Gehör gebracht worden. Aber ich möchte Ihnen doch eine Stelle vorlesen, die vielleicht für Sie noch schwerer wiegen wird als diese Stimmen, die sie neulich gehört haben; es ist eine Stelle aus dem **Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften** Deutschlands, vom 16. Dezember, die folgendermaßen lautet:

> So erwünscht uns allen eine rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel als Verwirklichung des von der Arbeiterklasse so heiß ersehnten Sozialismus sein muß und so gern wir alle ernsthaften Schritte nach dieser Richtung hin unterstützen möchten,

so gebietet uns doch die Rücksicht auf die materielle Existenz der Bevölkerung, zunächst einmal gegen dieses Vorhaben anzukämpfen (hört! hört! rechts) und mit den gegebenen Produktionsverhältnissen einen möglichst raschen und ungestörten Wiederaufbau des Wirtschaftslebens anzustreben. (Hört! hört! rechts.) Es wäre für die Erhaltung der Massen des Volkes geradezu verhängnisvoll (hört! hört! rechts), wollte man jetzt die Zeit mit sozialistischen Experimenten verlieren. (Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren, etwas anderes, als Ihr Korrespondenzblatt hier geschrieben hat, haben wir auch nicht gesagt.

Woher kommt nun auf einmal diese **sprunghafte Sozialisierung?** Sie werden es uns nicht verdenken können, wenn wir angesichts dieser auffallenden Wandlungen mit unserer Stellungnahme vorsichtig sind und eine genaue Prüfung dieser Sache verlangen. Man könnte ja auf den Gedanken kommen, daß die jetzigen Machthaber manchmal trübe Ahnungen haben, ihre Herrschaft werde womöglich nicht sehr lange dauern, und daß sie deshalb noch rechtzeitig den Wagen in die Scheune bringen und ein Stück Zukunftsstaat verwirklichen möchten. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Es kommt bei diesem Gesetz erstens darauf an, ob eine Steigerung der wirtschaftlichen Kraft unseres Volks dadurch erzielt werden kann, zweitens, ob dadurch etwa der alte sozialistische Gedanke verwirklicht werden kann, die Rente in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen, und drittens, ob der Persönlichkeitswert des einzelnen Arbeiters dadurch gesteigert werden kann

Nun frage ich Sie. Können Sie mit diesem Gesetz eine **Steigerung der volkswirtschaftlichen Kraft** garantieren? Das ist gegenwärtig doch wohl die Hauptaufgabe, der alles andere unterzuordnen ist. Bei der Begründung des Gesetzes ist viel von sittlichen Grundsätzen die Rede gewesen, und ich gebe zu, daß darin wahrer Idealismus steckt. Aber wir sind der Meinung, daß die erste Aufgabe, die jetzt zu lösen ist, und die höchste sittliche Pflicht für den Politiker darin liegt, dafür zu sorgen, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Volkes erhalten bleibt. (Sehr richtig! rechts.) Zweifellos ist die Steigerung der Produktion nicht der einzige politische Gesichtspunkt; es kommt auch der andere hinzu, möglichst viele selbständige Existenzen zu erhalten. (Sehr richtig! rechts.) Und gerade aus diesem Grunde finden wir dieses Gesetz höchst bedenklich. Aber selbst wenn eine große Zahl selbständiger Existenzen erhalten bleibt, selbst wenn der Einzelbetrieb nicht gefährdet wird, so müßte doch durch dieses Gesetz auch gewährleistet werden, daß die Produktion nicht zerrüttet wird. Das können Sie aber nach den bisherigen Erfahrungen nicht garantieren. Es hat sich herausgestellt, daß der Kollektivbetrieb nicht rentabler ist als der Privatbetrieb, im Gegenteil. Dafür haben

wir aus der letzten Zeit ja ein Beispiel in dem staatlichen Betrieb der Bergwerke, von dem man jetzt auf einmal wieder zurückkommen will, nachdem man solange dafür geschwärmt hat. Ich meine, die gegenwärtige Zeit ist viel zu ernst, um Prinzipien durchzuführen, um Prinzipienreiterei zu treiben. Es gibt zwar Leute, die meinen: fiat principium, pereat mundus — es lebe das Prinzip, wenn auch die Welt darüber zugrunde geht! Aber wir sind nicht dieser Meinung. Die Produktionskraft eines Volkes beruht in erster Linie auf der persönlichen Initiative der selbständigen Wirtschaftskräfte, die aber durch einen öden, mechanisierten Bureaukratismus gelähmt und vernichtet wird.

Ich komme auf eine Äußerung zurück, die der Herr Reichsminister Wissell neulich getan hat. Er hat gesagt, daß der Arzt unter Umständen auch einmal streng oder hart gegen einen Patienten sein müsse und unter Umständen auch dann operativ eingreifen müsse, wenn der Patient es nicht wolle. Dieses Gleichnis hat doch eine sehr bedenkliche Seite: denn jeder weiß, daß der Arzt bei bestimmten körperlichen Schwächezuständen nicht mehr eingreifen kann und darf (sehr richtig! rechts), sonst kann es dahin kommen, daß der Arzt nachher melden muß: Operation gelungen, Patient gestorben. (Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren, es ist uns nun entgegengehalten worden: Ihr übertreibt ja; genau dieselben Einwendungen, dieselben Befürchtungen sind auch früher bei der sozialen Gesetzgebung ausgesprochen worden, als es sich darum handelte, den Gewerkschaften bestimmte Rechte einzuräumen usw. Ich meine, das läßt sich doch nicht ohne weiteres miteinander vergleichen. Damals lebten wir in einer Zeit prosperierender Wirtschaft, heute leben wir in einer Zeit verelendeter und zugrundegehender Wirtschaft; und das ist doch ein großer Unterschied.

Wenn ich nun zu den Einzelheiten des § 1 noch etwas sagen darf, so ist es dies. Es scheint uns, als ob hier Sätze stehen, die in einem Gesetze eigentlich nichts zu tun haben. Was soll der ganze erste Satz in dem Paragraphen? Es ist ein **sittlicher Grundsatz.** Man hat uns gesagt: das ganze Gesetz stellt einen sittlichen Grundsatz auf. Nun, ich meine, eigentlich hat ein solcher sittlicher Grundsatz in einem Gesetze nichts zu tun; denn hinter jedem Gesetze steht unsichtbar das Wort „widrigenfalls", und nur dann hat es einen Sinn, wenn Staat oder die Polizei die Gewalt haben, die Sätze des Gesetzes auf dem Gewaltweg, wenn es nicht anders sein kann, durchzuführen. Und nun meine ich, sobald man einen solchen Satz in ein Gesetz hineinsetzt, bringt man etwas, was in der sittlichen Sphäre liegt, sofort hinein in eine Sphäre der Polizeigewalt. Auch mit den Zusätzen der Kommission ist uns dieser

Satz nicht unbedenklich, weil er doch falsch ausgelegt werden kann. Nehmen Sie einmal an, daß etwa in früherer Zeit, als der Weimarer Musenhof hier zusammen war, aus dem doch eine ungeheure Befruchtung und Belebung unseres kulturellen Lebens hervorgegangen ist, irgendein Arbeiter- oder Soldatenrat darüber zu entscheiden gehabt hätte, ob Goethe, Schiller, Wieland und alle die anderen zu den Drohnen oder den nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft gehörten, was da unter Umständen für ein Unfug dabei herausgekommen wäre. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Ja, meine Herren, Sie schätzen sich selbst anders ein, als ich Sie einschätze.

Nicht zu verkennen ist es, daß § 1 einen wichtigen Gesichtspunkt enthält, nämlich den, daß im Grunde genommen die Sozialisierungsfrage eine Persönlichkeitsfrage ist. Das kam auch in verschiedenen Reden sowohl der Regierungsvertreter wie auch hier aus dem Hause heraus zum Ausdruck, und gerade in der Rede des Herrn Reichsministers Wissell haben wir uns über das sittliche Pathos an manchen Stellen gefreut, über das echt sittliche Pathos, mit dem er seine Rede schloß. Aber etwas eigentümlich mußte es doch berühren, wenn der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie hier erklärte, die Hauptfrage bei diesen ganzen Sozialisierungsversuchen sei die, daß das **seelische Gleichgewicht** wieder hergestellt würde. Es berührt doch sonderbar, wenn diejenigen, die hier als Eideshelfer der spartakistischen Räuberbanden aufgetreten sind, es wagen, von seelischem Gleichgewicht zu reden. Gehen Sie doch nach Lichtenberg und stellen Sie dort das seelische Gleichgewicht wieder her! (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen; sie sind unzulässig.

Veidt, Abgeordneter: Glauben Sie, daß Sie diesen **Persönlichkeitssozialismus** durch Paragraphen erzwingen können? Der Herr Reichsminister Wissell hat von der Pflichterfüllung im Felde gesprochen als von einem Beweise dafür, daß die Erfüllung der sittlichen Pflicht nicht von der Höhe äußerer Belohnung abhängig ist. Der Meinung sind wir auch. Aber diese Pflichterfüllung, diese Unterordnung unter das Ganze hat der alte Staat geschaffen, und Sie haben in der neuen Staatsordnung erst den Beweis zu liefern, ob Sie imstande sind, diese Art von Pflichterfüllung und Unterordnung unter das Ganze zu schaffen. Sie haben dieser Art der Pflichterfüllung ja selbst das Grab gegraben und den Todesstoß versetzt.

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, daß bei diesem Sozialisierungsgesetz eine an sich gute Absicht mit untauglichen Mitteln verwirklicht werden soll. Die Steigerung der Persönlichkeit vollzieht sich

nicht durch Gesetzesparagraphen, sondern nach den Gesetzen innerer Dynamik, und dabei ist nach unserer Meinung die religiöse Weltanschauung unentbehrlich. Die stärkste Sozialisierungsmacht der Welt im Sinne des Persönlichkeitssozialismus liegt im Christentum. Dafür hat allerdings die Sozialdemokratie bisher noch wenig Verständnis gehabt und hat im Gegenteil sehr viel dazu beigetragen, diese Gemüts- und Kulturwerte in unserem Volke zu zerstören und zugrunde zu richten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich will noch eins betonen: ich möchte nicht den Anschein erwecken, als ob wir uns gegen eine weitere Ausdehnung des Gedankens der **Kollektivwirtschaft** aussprechen wollen. Wir halten diesen Gedanken an sich für berechtigt, aber wir wollen, daß er in zweckmäßiger Weise nach ruhiger sachgemäßer Vorarbeit und im richtigen Zeitpunkt einsetzt. Wir wollen, daß er gründlich vorbereitet und rein volkswirtschaftlich aufgefaßt, nicht aber zu politischer Gesetzgebung mißbraucht wird, die für den Augenblick wohl Erfolg hat, für die Zukunft aber die bedenklichsten Konsequenzen nach sich ziehen muß.

Wir haben auch, wenn man uns zu dieser in unserem Sinne berechtigten Ausführung des Kollektivgedankens heranzieht, durchaus beachtenswerte Vorschläge zu machen. Wir glauben, daß z. B. auf dem Gebiete der Bodengesetzgebung manches getan werden kann, um den gesunden Sozialisierungsgedanken zu verwirklichen. Wir möchten einmal die Frage stellen, ob es nicht ein Weg gesunder Sozialisierung wäre, dem Gedanken der Verstaatlichung bestimmter öffentlicher Kulturstätten, die leider manchmal — wenigstens gilt das von den Kinos — auch zu Stätten der Unkultur herabgesunken sind, in der nächsten Zeit einmal näher zu treten. Wenn man von der Verstaatlichung immer nur mit Bezug auf Industrie und Landwirtschaft redet, warum bringt man diesen Gedanken nicht einmal mit der Börse und den Großbanken in Zusammenhang? (Zustimmung rechts.)

Vor allem brauchen wir innerhalb der sozialen Kultur Kultur des Gewissens, Wertschätzung der Persönlichkeit, und zwar über die Grenze der Partei hinaus, Überwindung des Klassenkampfes und Klassenhasses durch gegenseitige Rücksichtnahme und durch Liebe. Auch wenn das Gesetz viel besser wäre, als es ist, würde es das nicht erreichen, was man sich jetzt davon verspricht, nämlich eine Hebung der Produktion, eine Steigerung des Wertes der Persönlichkeit und eine Erneuerung des Volkes von innen heraus.

Wir sind bereit, an einer wirklich vorbereiteten Sozialisierung, für die wir jetzt, wo wir um die nackte Existenz kämpfen, die Zeit nicht für gekommen erachten, mitzuarbeiten. Diese Art von Sozialisierung aber lehnen wir als Konsequenzmacherei, als Versuch, zahlreiche selbständige

Existenzen unter einen unerträglichen Bureaukratismus zu beugen (oho! bei den Sozialdemokraten) und als Schädigung unserer Wirtschaftskraft ab.

In tiefstem Grunde ist dieses Gesetz ein unsoziales Gesetz (Lachen bei den Sozialdemokraten), und zwar deshalb — ich will Ihnen meine Auffassung erklären —, weil für uns Kommunismus und Sozialismus durchaus nicht dasselbe ist. (Sehr richtig! rechts.) Kommunismus ist Zusammenzwingung der Persönlichkeiten mit Gewalt, ist Erdrückung der Persönlichkeiten durch diktierte Gesetze. Sozialismus aber ist Verbindung der Persönlichkeiten nach sittlichen Gesichtspunkten und mit sittlichen Kräften. Die Erneuerung des Volkes erwarten wir nicht durch solche Gesetze, sondern durch Pflege deutsch-christlichen Geistes und durch Wiederbelebung der christlich-nationalen Ideale in unserem Volke. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Ich habe vorhin die Zwischenrufe als unzulässig gerügt. Es ist inzwischen festgestellt, daß der Abgeordnete Kunert den Redner bei seiner Darstellung der Lichtenberger Vorgänge unterbrochen hat mit dem Ruf: „Das sind Lügen!" Ich nehme an, daß sich diese Kennzeichnung auf den objektiven Inhalt der Mitteilung bezogen hat; andernfalls würde ein solcher Zwischenruf, der an sich unzulässig ist, besonderer Rüge verfallen sein. (Abgeordneter Kunert: Selbstverständlich!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Burlage.

Burlage, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bei der ersten Lesung hat der Redner meiner Partei von allgemeinen Gesichtspunkten aus zu den beiden Gesetzesvorlagen, die uns hier beschäftigen, Stellung genommen, und die Ergebnisse der Beratung im Ausschuß geben meiner Partei — ich kann das mit Genugtuung feststellen — keinen Anlaß, die damals eingenommene Stellung zu verändern. Jetzt bei der zweiten Lesung habe ich nur noch einzugehen auf einige besonders bedeutsame Einzelheiten des Gesetzentwurfs, und ich werde mich auch mit wenigen Sätzen gegen einige Ausführungen der Herren Vorredner von der Rechten wenden.

Der letzte Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Veidt, hat sich am Schlusse seiner Ausführungen mit dem § 1 befaßt und gemeint, daß auch die Fassung, welche dieser Paragraph in der Kommission empfangen hat, nicht bedenkenfrei sei. Meine Freunde sind dagegen der Ansicht, daß in der Tat so, wie § 1 jetzt gefaßt ist, die Bedenken zurückgestellt werden können. Freilich ist dem Herrn Vorredner darin recht zu geben, daß die Aufnahme eines solchen **sittlichen Grundsatzes** in ein Gesetz einen ungewöhnlichen Vorgang darstellt. Aber wenn auch der

Gesetzesmensch hier Bedenken erheben kann, so schien es uns doch zuletzt, daß in dem ganzen Zusammenhange des § 1 dieser allgemeine sittliche Grundsatz in zweckmäßiger Weise an die Spitze gestellt werden könne. In der ersten Fassung war er bedenklich; denn zu sagen, es habe jeder die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert, ging zu weit.

Wir haben deswegen darauf gedrungen, daß eingefügt wurde, diese Pflicht reiche nur so weit, daß die **persönliche Freiheit** dabei nicht geschädigt werde. Unter dieser persönlichen Freiheit und ihrer Betätigung ist nicht bloß, wie man im Anfang annahm, die Berufswahl zu verstehen, sondern überhaupt die menschliche Betätigung, ganz abgesehen von dem besonderen Berufe, den die betreffende Person sich gewählt hat. So kann ein Mann, der ein bestimmtes Handwerk oder einen anderen Beruf ergriffen hat, sich nebenbei schriftstellerisch betätigen. Auch das ist die Ausübung der menschlichen Freiheit, und man kann von ihm nicht verlangen, daß er diese seine Freiheit zurückstellt hinter die allgemeine Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte in das Wohl der Gesamtheit zu stellen.

Hieraus ergibt sich bereits, daß das Beispiel, das der Herr Vorredner anführte, indem er auf Goethe hinwies — ein nicht ganz ungewöhnlicher Vorgang in diesem Hause —, gar nicht zutreffend ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Man kann nicht davon reden, nach unserem Gesetzentwurf müsse man ja Goethe als eine Drohne bezeichnen. Auch das glaube ich von dem Herrn Vorredner gehört zu haben. Die Sache liegt einfach so, daß selbst nach diesem Gesetzentwurfe Goethe und auch ganz kleine Schriftsteller und Dichter ihrer Freiheit nachgehen können; sie müssen nur nicht nachher mit Entschädigungsansprüchen kommen (Abs. 2 Satz 3), indem sie sagen, die Schriftstellerei ernähre sie nicht. Nun, Goethe hat es ja nicht nötig gehabt, und Schiller hat sich auch gut durch die Zeit geschlagen. (Widerspruch.) — Leidlich durch die Zeit geschlagen; wenn Sie sich einmal in seine Wohnung an der Schillerstraße begeben wollen, werden Sie das, glaube ich, bestätigt finden können, und wenn Sie Literaturgeschichte studieren oder vielleicht studiert hätten, so werden Sie finden, daß er in den letzten Weimarer Jahren keine Not gelitten hat. Also derartige Einwendungen sind nicht mehr zulässig gegen die Fassung, die § 1 jetzt in der Kommission gewonnen hat.

Ich verlasse damit diesen Gegenstand, denn wesentliche Einwendungen sind sonst nicht geltend gemacht worden, und ich komme nun zu dem wichtigen § 2. Hier ist mit vollem Rechte von verschiedenen Seiten die **Frage der Entschädigung** erörtert worden. Es ist das eine überaus wichtige Frage, und die Verhandlungen der Kommission sowie der Bericht überzeugen uns, daß die Kommission hier gewisse Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hat. Wir glauben aber, daß auch diese

überwunden worden sind. Es ist ausgesprochen, daß gegen angemessene Entschädigung die Vergesellschaftung und auch die Einführung der Gemeinwirtschaft erfolgen soll. Also in diesen beiden Fällen, die in § 2 unter Nr. 1 und 2 aufgeführt sind, soll eine angemessene Entschädigung gegeben werden. In dem Falle 1 handelt es sich im wesentlichen um die gewöhnliche Enteignung von Eigentum und andere in den Enteignungsgesetzen dem Eigentum gleichgestellten Rechte. Dagegen bei der Nummer 2 lassen sich zwar Fälle denken, wo eine Enteignung eintritt, es lassen sich aber auch Fälle denken, wo eine Enteignung nicht Platz greift, also auch eine Entschädigung nicht zu gewähren wäre. Aus diesem Grunde, um ganz klar zu sein, hat die Kommission dann den letzten Absatz hinzugefügt, aus dem sich ergibt, daß, wenn die Sache konkret wird, wenn im einzelnen Falle das Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Regelung gemacht wird, dann im einzelnen zu prüfen ist, ob und inwieweit eine Entschädigung zu gewähren sei.

Ich möchte hier aber noch eins betonen, und zwar im Einverständnis mit meiner Partei. Die Zentrumsfraktion hält streng daran fest, daß **eine Enteignung nur gegen eine angemessene Entschädigung stattfinden soll** (sehr richtig! im Zentrum), wie es sowohl nach der bisherigen Gesetzgebung stand, wie es aber auch vom Sittengesetz gefordert wird.

Und noch eines möchte ich anfügen. Es kann vorkommen, und namentlich in dem Falle 2 des § 2 kann es sich ereignen, daß von seiten des Staates, des Reichs in folgender Weise vorgegangen würde: man regelt zunächst nur die Gemeinwirtschaft und wartet dann die Folgen ab, und zwar wartet man absichtlich, ich möchte fast sagen — um das Beispiel kraß zu formulieren — böswillig die Folgen ab, daß nun das Unternehmen selbst, das beteiligt ist und mit der Regelung der Gemeinwirtschaft in Verbindung steht, in seinem Werte herabgeht; man wartet so lange, bis dieser Wert zum großen Teile verzehrt ist, und dann erst wird zur Enteignung geschritten. Auf diese Weise könnte man die angemessene Entschädigung in großem Umfange herabsetzen. Das wäre nach unserer Ansicht kein gerader Weg, das wäre ein krummer Weg, indem man auf einem Umwege den Entschädigungsberechtigten um einen mehr oder weniger erheblichen Teil seiner Entschädigung brächte, und das müßten wir ablehnen. Ich habe aber auch nicht irgendwie den Verdacht, daß unsere Regierung jemals auf den Gedanken kommen würde, in dieser Weise zu verfahren.

Wenn der Herr Vorredner vermißt hat, daß von der Börse nie die Rede sei, dann könnte er, wenn er tief nachdächte, dahin gelangen, daß hier auch Aktien mit ins Spiel geraten möchten. Denn wenn man zum Beispiel ein **Bergwerk**, das als **Aktiengesellschaft** eingerichtet ist, verstaatlichen würde, dann würden mit dem Herabsinken des Wertes des Bergwerks auch die Aktien sinken, und so könnten [illegible]

die Aktionäre auf dem oben bezeichneten krummen Wege geschädigt werden. Auch das würden wir nicht billigen können. Wir haben es nicht für überflüssig angesehen, auf diesen Gesichtspunkt kurz hinzuweisen.

Nun noch einige Worte gegen den Herrn Abgeordneten **Vögler**. Es scheint mir, als ob der Herr Abgeordnete Vögler den Mund reichlich vollgenommen hätte. Er sprach vom Ruin der Wirtschaft und wies mit humoristisch gemeinten Wendungen auf Reichskartoffelräte, auf Reichsrübenräte hin, er sprach sogar vom **Bolschewismus**. Durch solche Bilder lassen sich nur Kinder schrecken. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Wir werden später die Gesetze mit Verstand und Vernunft machen, wir werden bedenken, welches die Folgen der Gesetze sein werden, und wir werden es abwenden können, daß derartige Folgen eintreten (sehr richtig! im Zentrum und links), wie sie soeben an die Wand gemalt wurden. Gerade um nicht in den Bolschewismus hineinzugeraten, machen wir auch diese Gesetze im gegenwärtigen Augenblick. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Ich denke, die Zusammenhänge sind so klar, daß ich sie nicht weiter auseinanderzusetzen brauche.

Der Herr Abgeordnete Vögler hat weiter davon gesprochen, es handele sich um **Kommunismus**, und der Herr Abgeordnete Veidt hat sich nicht ganz enthalten, in dieselbe Kerbe zu schlagen. Herr Vögler war dann noch so unvorsichtig hinzuzufügen, daß Unklarheiten im menschlichen Leben immer verhängnisvoll seien. Ich glaube, Herr Vögler, Sie sind sich unklar darüber, was Kommunismus ist. (Sehr richtig!) Kommunismus — so werden Sie es in allen angesehenen Lehrbüchern und Handbüchern finden können — im Gegensatz zum Sozialismus ist nicht bloß die Verstaatlichung der Produktionsmittel, sondern auch die Verstaatlichung der Konsumtionsmittel (sehr richtig), und nun frage ich, wer denn bei den uns vorliegenden Gesetzen in diesem wissenschaftlich feststehenden Sinne an Kommunismus denkt! (Sehr richtig!)

Solche Worte sollten lieber nicht gebraucht werden. Wir wissen ja, was für Prophezeiungen immer ergangen sind von dem Zeitpunkte an, als die Leibeigenschaft aufgehoben wurde, bis zur Einführung der Sonntagsruhe und vieler ähnlicher Gesetze. Da hat man fast prophezeit, die Welt werde untergehen, und es ist immer noch leidlich gegangen. (Sehr richtig!) Also diese Befürchtungen sind in der Tat nicht am Platze.

Noch einige Bemerkungen gegenüber dem Herrn Abgeordneten **Veidt**. Er redete davon, wenn dieses Gesetz — der an zweiter Stelle auf der Tagesordnung stehende Entwurf, betreffend die **Regelung der Kohlenwirtschaft** — eingeführt werden sollte, dann müßte das gleiche Gesetz auch in allen fremden Staaten eingeführt werden. Man hat

nicht mit Unrecht gesagt, wenn man den ganzen sozialistischen Staat, also die Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel, durchführen wollte, dann ließe sich dies nur machen, wenn das gleiche auch in den umgrenzenden anderen Staaten erfolgte. Aber darum handelt es sich doch hier nicht. Also ich kann mich dem zusammenfassen: die Herren Vorredner sind in ihren Befürchtungen so weit gegangen, daß sie schließlich keinen Eindruck mehr gemacht haben.

Noch eins! Der Herr Abgeordnete Veidt hat auch von der **Landwirtschaft** gesprochen. Auf Nr. 124 ist ja ein Antrag gestellt worden, der lautet — ich darf darauf eingehen, obgleich dieser § 4 noch nicht zur Debatte steht, weil der Herr Vorredner darauf eingegangen ist —, es solle ein § 4a eingeschaltet werden: auf den land- und forstwirtschaftlich genutzten Grund und Boden und seine Bewirtschaftung findet das vorliegende Gesetz keine Anwendung. Ich glaube, daß zu einer solchen Einschaltung gar kein Anlaß vorliegt; denn kein Mensch denkt daran, landwirtschaftliche Stellen zu vergesellschaften. (Sehr richtig! im Zentrum.) Davon ist nie die Rede gewesen. Wo wollen Sie indessen im übrigen mit solchem Antrag bleiben? Wissen Sie denn nicht, daß wir gegenwärtig schon gemeinwirtschaftlich bewirtschaftete Wälder im Deutschen Reich besitzen? (Sehr gut! im Zentrum.) Solche Wälder werden doch auch in Zukunft noch bestehen dürfen. Warum denn einen solchen Antrag, bei dessen Stellung man sich nicht die Folgen klar gemacht hat! Ich erinnere weiter daran, daß man überhaupt eine durchgreifende Siedlungspolitik nicht wird durchführen können, wenn man nicht auch auf die Vergesellschaftung von landwirtschaftlichen Grundstücken Bedacht nimmt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Also mit solchen Übertreibungen — ich darf das Wort wohl wiederholen — kommen wir nicht weiter.

Was nun die zu den §§ 1 und 2 gestellten Anträge anlangt, so sind sie für uns sämtlich unannehmbar. Das wesentlichste darüber ist schon gesagt worden. Es kommt namentlich in Betracht der Antrag 124 Nr. 1. Dagegen ist zu sagen, daß hier der Fall des § 2 Nr. 2, den wir für erforderlich halten, ausgeschaltet ist. Daher ist dieser Antrag nicht annehmbar. Was den Antrag Dr. Rießer und Vögler auf Nr. 126 anlangt, so ist darüber auch schon das nötige gesagt worden. Wir kommen nicht weit genug, wenn wir nur unsere Bodenschätze usw. „für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft nutzbar machen" wollen. Das hilft nicht. Ich kann mich auf diese Bemerkungen beschränken. Alle gestellten Anträge werden, wie ich meine, nach unserer Auffassung nicht zur Annahme gelangen können.

Schließlich einige wenige allgemeine Bemerkungen! Ich persönlich stehe den Bezirken, wo der Kohlenbergbau betrieben wird, nicht nahe und kann mir nicht anmaßen, daß ich mit den Verhältnissen der Berg-

arbeiter intim vertraut wäre. Aber eines hat sich mir aufgedrängt, und zwar mit großem Zwange aufgedrängt, bei all den Verhandlungen, die wir hier hatten: daß auf seiten der Rechten der **Bergarbeiter** sozusagen in erster Linie als **Ursache von Lohnausgaben** in Betracht gezogen wurde. (Sehr gut! im Zentrum.) Nach unserer Auffassung dagegen handelt es sich hier um Menschen mit Leib und Seele, die emporstreben (sehr richtig! im Zentrum), und diesem Streben wollen wir zu Hilfe kommen, soweit es nur irgend geht. (Bravo! im Zentrum.) Wir müssen uns hineinversetzen und versetzen uns hinein in die Seele dieser Arbeiter, die für ein Unternehmen, ich sage nicht zuviel, Leib und Leben wagen, und wir können es verstehen, wenn sie dann auch den Wunsch, den dringendsten Wunsch hegen, sich dort zu beteiligen, wo es sich um das Gedeihen und das Verderben dieses Unternehmens handelt. Es sind große Triebfedern, die hier liegen, und diese Triebfedern werden gegenwärtig mit großer Macht und Gewalt im Lande wirksam. Ich meine, dem müsse man Rechnung tragen, soweit es nur irgend möglich ist. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Es ist gesagt worden, die **Mitwirkung der gewöhnlichen Arbeiter** könne nicht helfen. Das bleibt abzuwarten. Wir glauben, daß diese Mitwirkung der Arbeiter von großem Segen wird begleitet sein können. Es mag sein, daß, wenn man in die betreffenden Korporationen die Maulhelden hineinwählen würde und nicht die wirklich Tüchtigen und Sachverständigen, dann dabei nicht viel herauskäme. (Zustimmung im Zentrum. — Zuruf rechts: Das wird geschehen!) — Sie sagen: Das wird geschehen. Das wollen wir abwarten. Es mögen sich zunächst in dieser Richtung Mißstände entwickeln; aber wir glauben, daß diese Mißstände mit Erfolg bekämpft werden können. (Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien.) Wir glauben, daß auch die Fähigkeiten der Arbeiter, wenn sie einmal in höherem Maße und an höherer Stelle an dem Betriebe beteiligt werden, sich dementsprechend entfalten werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es hat sich noch immer gezeigt, daß der Mensch, wenn er vor neue große Aufgaben gestellt wird, auch in seinen Kräften wächst. (Sehr wahr! im Zentrum.) Ich will hier nicht Schiller zitieren, sondern lieber an das alte gute Sprichwort erinnern, das einen humoristischen Anstrich hat, aber tiefernst gemeint ist: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand. Das heißt: Je größer die Aufgabe, desto größer pflegen auch die Kräfte des Menschen, der vor diese große Aufgabe gestellt worden ist, zu sein. (Zustimmung im Zentrum.)

Man hat uns entgegengehalten: fruchten wird das alles nichts. Freilich ist es nicht möglich, eine Garantie dafür zu übernehmen und genau anzugeben, in welchem Umfange und wie bald die Früchte eintreten werden. Aber wir müssen in Rücksicht auf die gegenwärtige Zeitlage — und namentlich in dieser Rücksicht — einen ehrlichen Versuch

machen. Sie verekeln uns diese Vorlage dadurch nicht, Herr Abgeordneter Veidt, daß Sie gesagt haben, es handle sich hier um ein politisches Gesetz. Wir wissen, in welcher Lage wir uns befinden, und wir erwarten von diesem Gesetz, mag es genannt werden, wie es will, günstige Folgen. Es ist ein alter Satz — ein alter Römer hat ihn ausgesprochen —: „In magnis voluisse sat est", in großen Dingen soll man sich auch damit schließlich zufrieden geben, daß man gewollt hat. Wenn wir in diesem Augenblicke nicht gewollt hätten, dann müßten wir uns Vorwürfe machen. Diese Vorwürfe wollen wir von uns fernhalten. (Bravo! im Zentrum.)

Ich komme damit zum Schlusse. Ich verkenne gar nicht, daß man in verschiedener Richtung gegen diese Gesetze große Bedenken geltend machen kann. Aber wir meinen: die Lage ist so, daß man sagen muß, die Gesetze müssen doch geschaffen werden. „Tamen" heißt ein Wappenspruch „Dennoch"; so wollen wir handeln. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. Cohn, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Der Herr Berichterstatter hat aus den Verhandlungen des Ausschusses eine Äußerung des Herrn Reichsministers Wissell wiedergegeben, die ihrem Inhalte nach ungefähr dahin lautete, daß man nunmehr der Bevölkerung auch zeigen müsse, daß die Reichsgesetzgebung auf ihre Wünsche nach Sozialisierung eingehen wolle, nachdem man derselben Bevölkerung gezeigt, wie ernst es die Reichsregierung mit der Anwendung der Gewaltmittel bisher gemeint habe. Das ist, sicherlich nicht der Absicht nach aber doch der Wirkung nach eine Annäherung an den Standpunkt der alten cäsaristischen Politik, die sich zwischen den beiden Polen: Zuckerbrot und Peitsche bei der Behandlung der niederen Bevölkerung zu bewegen pflegte. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der politische Charakter, der politische Entstehungsgrund dieses sich als wirtschaftliches Gesetz ausgebenden Versuchs kann nicht geleugnet werden; und wenn man noch bei der ersten Lesung — ich glaube, insbesondere von seiten des Herrn Ministerpräsidenten — den Versuch gemacht hat, den politischen Zusammenhang zwischen den großen Bewegungen der Arbeitermassen in den verschiedensten Teilen des Deutschen Reichs und diesem Gesetzentwurf zu bestreiten, so ist dieser Widerspruch, je länger die Verhandlungen über das Gesetz dauern, desto mehr zurückgewichen. Vielleicht wird ein künftiger Geschichtsschreiber dieses Gesetz kurz eine „lex Spartacus" nennen.

Ich will nicht annehmen, daß das Reichsministerium bei diesem Gesetzentwurf die demagogische Absicht gehabt hätte, eben nur die hoch

gehenden Wogen der Erregung in der Bevölkerung zu beruhigen, gleichviel wie sonst der Inhalt des Gesetzes aussehe. Ich will dem Reichsministerium und ich will ganz und gar nicht dem Herrn Reichswirtschaftsminister Wissell etwa die Absicht unterstellen, als ob er mit diesem Gesetzentwurf der Bevölkerung nur das habe liefern wollen, was in den alten Zeiten die vereinigten Unternehmer von den Arbeiterschutzbestimmungen erwartet haben, nämlich daß sie eine weiße Salbe sein werden, die wenigstens für die Unternehmerinteressen unschädlich wirke; sondern ich will dem Herrn Reichswirtschaftsminister Wissell durchaus zugeben, daß es sich für ihn um einen ehrlich gemeinten Versuch handelt den Sozialismus in die Praxis so überzuführen, wie er es eben durchsetzen zu können glaubt. Aber, geehrte Versammlung, damit ist auch das Lob erschöpft, das diesem Gesetzentwurf zu zollen ist. Die Verwirklichung der Absicht des Herrn Reichswirtschaftsministers ist stecken geblieben in dem Sumpfe der **Koalition**. Die sozialistische Absicht hat sich in sozialistische Taten nicht umsetzen können.

Eine beiläufige Bemerkung. An dem Worte Koalition sieht man, welches merkwürdige Schicksal mitunter Begriffe in ihrer Wandlung haben. Nach dem wörtlichen Verstand bedeutet Koalition die Neubildung durch Zusammenwachsen von Kräften. Aber mindestens bei der politischen Koalition, die wir jetzt erleben, hat die Vereinigung von Kräften nicht zu einer Verstärkung, nicht zur Neubildung einer über den zusammenwachsenden Kräften stehenden Gesamtkraft geführt, sondern zu einer Entartung der Hauptkraft, die sich in der Koalition betätigen sollte. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gegenüber dieser **Entartung des sozialistischen Gedankens** ist es und bleibt es unsere Aufgabe, ihr entgegenzuwirken und die Klarheit der sozialistischen Grundsätze und ihre Anwendung in der Politik des Deutschen Reichs zu gewährleisten. Wir haben wieder die alte Pflicht übernommen, die die geeinte Sozialdemokratie in dem Staate alten Regiments hatte, die Regierung vorwärts zu treiben und die Bevölkerung aufzuklären über den sozialistischen oder nichtsozialistischen Gehalt, den die vom Ministerium vorgelegten Gesetzentwürfe haben. Wir haben die Pflicht, und es ist unser vornehmstes Recht, auch in dieser Zeit der Koalition, unsere Politik auf Grundsätzen aufzubauen und sie von grundsätzlichen Gesichtspunkten aus zu führen.

Hierbei ist uns nun freilich heute in der Person des Herrn Abgeordneten **Veidt** ein neuer Gegner erwachsen. Ich habe mir einen seiner Aussprüche wörtlich vermerkt, damit ich ihn, wie hiermit geschieht, unterstreiche und dem „Büchmann" überliefern kann. (Heiterkeit.) Dieser Ausspruch lautete: „Die jetzige Zeit ist zu ernst, um Prinzipien durchzuführen." (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Auf allen Gebieten, Herr Abgeordneter Veidt? Auch z. B. auf religiösem

Gebiet ist die Zeit zu ernst, um Prinzipien durchzuführen? In der Allgemeinheit des Ausspruchs liegt auch diese Möglichkeit, die dem Herrn Abgeordneten Veidt wohl besonders schmerzlich sein müßte.

Aber da ich gerade bei ihm bin, so möchte ich doch noch eine andere Bemerkung betrachten, die er mit erhobener Hand und erhobener Stimme gegen links gewendet gemacht hat. Er nannte die **Unabhängige Sozialdemokratie** die **„Eideshelfer der spartakistischen Räuberbanden von Lichtenberg"**. Auch wörtlich, geehrte Versammlung! Der Herr Abgeordnete Veidt hätte wissen können und als umsichtiger Politiker, der sich seine Anklagen genau überlegen muß, auch wissen müssen, daß die Nachrichten, die in einer bestimmten Absicht über die „spartakistischen Räuberbanden von Lichtenberg" in die Zeitungen gebracht worden sind, sich als unwahr herausgestellt haben. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Herr Abgeordnete Veidt hätte wissen müssen, daß die Zeitungen von gestern und heute berichten, daß z. B. der Bürgermeister von Lichtenberg sich selbst an die Regierung mit dem Ersuchen gewandt hat, die Truppen der Regierung zurückzuziehen, da sie zur Beruhigung der Bevölkerung nicht beitragen. Er hätte weiter wissen müssen, daß die Nachrichten über die Massenerschießungen von Lichtenberger Polizeibeamten sich als unwahre, tendenziöse Erfindungen herausgestellt haben. Der Herr Abgeordnete Veidt hat sich dem Hause als ein besonders berufener Hüter der Religion vorgestellt und er hat für die religiöse Grundlage der sozialen Arbeit und des sozialen Gewissens hier laute Worte gefunden. Ich darf mich mit dem Herrn Abgeordneten Veidt an Tiefe und Breite der religiösen Kenntnisse sicherlich nicht vergleichen. Ich bin nur ein Jude und also von den Heilslehren der Religion nicht erleuchtet, die der Herr Abgeordnete Veidt hier im Hause wie auch außerhalb des Hauses vertritt und lehrt. Aber ich darf vielleicht den Herrn Abgeordneten Veidt an eine der Grundlehren seiner — und übrigens auch meiner — Religion erinnern: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.

Ich halte mich damit nicht auf, daß die Darlegungen des Herrn Abgeordneten Veidt über den Unterschied von Kommunismus und Sozialismus — verzeihen Sie das schlechte Wort — Unsinn waren. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nicht so schroff werde ich mich selbstverständlich über die Darlegungen ausdrücken, die der Abgeordnete **Burlage** über den **Unterschied von Kommunismus** und **Sozialismus** gemacht hat. Wie schon im Ausschuß hervorgehoben, besteht der Unterschied nicht. Der Abgeordnete Dr. Braun (Franken), der ja wohl noch zu Worte kommen wird, wird sicherlich die Gelegenheit wahrnehmen, um hierüber ausführlich mit dem Abgeordneten Burlage zu sprechen, wie das im Ausschuß bereits geschehen ist.

Das kommunistische Manifest, die erste große weltgeschichtliche Urkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, ist von Sozialisten verfaßt, von Engels und Marx. Sie soll und will die Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus begründen und nennt sich doch Kommunistisches Manifest. Die Wissenschaft hat seitdem auch niemals einen wirklichen Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus auffinden und gar für die praktische Politik richtunggebend geben können. Die Meinung des Herrn Abgeordneten Burlage, daß der Unterschied darin bestände, daß der Sozialismus die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Kommunismus darüber hinaus auch oder vielleicht nur — das ist aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Burlage nicht klar geworden — die Vergesellschaftung der Konsumtionsmittel wolle, wird von der Wissenschaft nicht geteilt.

Aber kurz zurück zu Herrn Abgeordneten **Veidt**, um dann endgültig von ihm Abschied zu nehmen. Nach dem Mitgliederverzeichnis im Handbuch der Verfassunggebenden Nationalversammlung hat der Herr Abgeordnete Veidt besondere Beziehungen zur Paulskirche in Frankfurt a. M. Ich bedaure sehr, daß er von dem genius loci der Paulskirche nichts in sich aufgenommen hat. Wir stehen weit genug vom Jahre 1848 und von den Männern und Dingen der Paulskirche entfernt, um die Paulskirche und die Männer, die darin gehandelt und gewandelt haben, als eine der stolzen Erinnerungen des deutschen Geisteslebens empfinden zu können. Aber der Herr Abgeordnete Veidt, der so oft in dieser Kirche aus- und eingeht, hat keinen Hauch des Geistes zu verspüren bekommen, der von der Paulskirche eigentlich ausgehen sollte. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Herr Abgeordneter, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß es dem Brauch des Hauses widerspricht, sich mit der beruflichen Beschäftigung eines Abgeordneten zu befassen.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Wenden wir uns also erfreulicheren und wichtigeren Dingen zu, nämlich dem Gesetz und der Frage nach seinem sozialistischen Gehalt. Das Gesetz stellt in seinen ersten Worten die sittliche **Pflicht jedes Deutschen** fest, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit **seine** geistigen und körperlichen **Kräfte** nach den Rücksichten des **Gesamtwohles** zu betätigen. Ich habe im Ausschuß versucht, die Mehrheit dafür zu gewinnen, daß man diese Pflicht — und entsprechend auch das Recht auf Unterstützung, wie es im Absatz 2 festgestellt wird — nicht nur jedem Deutschen, sondern jedem Einwohner des Deutschen Reichs zuerkennen soll. Es geschah dies aus der für den Sozialisten selbstverständlichen Beziehung zur Menschheit, zur Internationale. Wenn es überhaupt zu den Pflichten eines Menschen gehört, seine

Kräfte so zu gebrauchen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert, so darf diese Pflicht von einem sozialistischen oder sozialistisch durchtränkten Gesetze nicht auf die Deutschen eingeschränkt, nicht in Frankreich auf die Franzosen eingeschränkt werden; dann ist es eben die internationale Pflicht des Sozialismus, sich gegenüber allen Völkern durchzusetzen.

Wir sind uns, glaube ich, alle einig, daß man eine Rechtspflicht, eine erzwingbare Pflicht, gerade ausschließt und ausschließen will, wenn man die Pflicht als eine sittliche Pflicht bezeichnet. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir sind eine solche Gesetzessprache, die sittliche Pflichten feststellt, nicht mehr recht gewöhnt. Man muß in der Geschichte der deutschen Gesetzgebung ziemlich weit zurückgehen, so ungefähr bis in das Jahr 1791, wo das preußische Landrecht verkündet worden ist, um ähnliche Sätze zu finden, in denen sittliche Pflichten der Einwohner des Staates ausgesprochen werden.

Andererseits aber hat das Landrecht, wenn es solche ethischen Sätze aufstellte, sie doch nicht in ein Gewand gekleidet, das — verzeihen Sie, wenn ich es bei diesem ernsten Gegenstand sage — die sittliche Pflicht ins Komische zieht. Dieses Gesetz, in dem die sittliche Pflicht der Arbeit für das Gemeinwohl nun geschaffen oder wenigstens der Bevölkerung ins Gedächtnis gerufen wird, oder diejenigen, die die sittliche Pflicht noch nicht empfinden — und solche mag es doch eine ganze Menge geben —, diese Pflicht erst zu lehren sucht, tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Besteht also auch die sittliche Pflicht erst vom Tage der Verkündung ab, oder hat das Gesetz insoweit rückwirkende Kraft? Diese Frage — sie ist möglich — zeigt ja doch, wie wenig unsere Gesetzestechnik sich eigentlich noch mit der Aufstellung ethischer Grundsätze verträgt. Wir hätten es sehr, sehr viel lieber gesehen, wenn aus der sittlichen Pflicht, wie ich es im Ausschuß beantragt habe, eine wirksame, auf dem Boden des Rechts wurzelnde Pflicht gegenüber der Gesamtheit geworden wäre.

Ein Antrag, der Ihnen wohl schon vorliegt oder vorgelegt werden wird, versucht wenigstens, die Pflicht zur Arbeit nach Rücksichten des Gemeinwohls ausdrücklich vom Gebiete der Ethik in das Gebiet der Sozialethik oder der sozialen Pflichterfüllung hinüberzurücken. Deswegen beantragen wir zu sagen, daß jeder Deutsche die soziale Pflicht hat, seine geistigen und körperlichen Kräfte nach Rücksichten des Gesamtwohles zu betätigen. Ich bedaure es, daß durch einen Antrag der Herren von der Christlichen Volkspartei die sittliche Pflicht nun noch durch den Zusatz eingeschränkt worden ist: „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit".

Daß wir einen Antrag auf Streichung dieses Zusatzes nicht stellen, bitte ich nicht dahin zu verstehen, daß wir uns mit dem Zusatz abfinden,

sondern lediglich darauf zurückzuführen, daß die Aussichtslosigkeit eines Streichungsantrags uns vollkommen klar ist. Eine **Rechtspflicht zum Arbeiten,** also zum Arbeiten nach den Fähigkeiten, nach der Art der Ausbildung, aber zum Arbeiten nach Rücksichten des Gemeinwohls, will das Gesetz nicht schaffen, und sie wird durch den Wortlaut nicht gegeben. Wenn das so ist, dann ist der erste Satz des Gesetzes im besten Falle eine Allgemeinheit, die, in einem Gesetz wiederzufinden, für den von Wert sein mag, der ohnehin schon von ihrer Bedeutung durchdrungen ist. Wer aber unsozial denkt, der wird seine Belehrung über ethische Pflichten nicht aus einem Gesetz zu holen gewohnt sein, für den ist also die Feststellung der sittlichen Pflicht vergeblich geschrieben, er schlägt ja doch das Gesetz nicht auf.

Nun zum Absatz 2 des § 1. Der erste Satz ist wiederum eine Allgemeinheit von der Art, wie sie zu den schlechten alten Überlieferungen unserer Verfassungssprache gehört; wir haben schon bei der ersten Beratung der Verfassung Gelegenheit gehabt, die Wertlosigkeit dieser Allgemeinheit festzustellen.

Weiter aber findet sich — und ich nehme an, daß das wohl die erste praktische Anwendung sozialistischer Gedankenreihen sein soll — in Absatz 2 die Feststellung eines **Rechts auf Arbeit:** Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Daß das nicht neu ist, geehrte Versammlung, würde ja den Wert dieser gesetzlichen Festlegung eines Rechtes auf Arbeit nicht beeinträchtigen. Schon das heute bereits erwähnte preußische Landrecht hatte ungefähr mit denselben Worten, sicher aber in demselben Sinne ein Recht auf Arbeit festgestellt. Aber merkwürdigerweise ist dieses Recht auf Arbeit im preußischen Landrecht unter den Bestimmungen vom Armenrecht geregelt, und auch die weitere Geschichte des Rechts auf Arbeit zeigt, daß es ganz und gar nicht sozialistisch ist. In England hat sich das Recht auf Arbeit als ein Begriff, als eine Ideologie im Munde der bürgerlichen kapitalistischen Schichten entwickelt, die alle Scheußlichkeiten der englischen Armen- und Werkhäuser verteidigt haben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wer sich aus der Lektüre der Romane von Charles Dickens dieser Scheußlichkeiten erinnert, der wird wissen, was ich meine. Als die Agitation auf Abschaffung dieser Armenzwangsarbeit gefährlichen Umfang anzunehmen drohte, da erfand man mit der Heuchelei, die die englische Bourgeoisie für die Ideologisierung von Scheußlichkeiten immer reichlich auf Lager gehabt hat, das Recht auf Arbeit, dem man ja nur genüge, indem man diese Leute, die an anderer Stelle keine Arbeit finden und also ihr Recht auf Arbeit nicht verwirklichen könnten, in die Armen- und Werk- und Zwangsarbeitshäuser stecke und dort beschäftige.

Aber den sozialistischen Teil der Koalitionsregierung und die übrigen Sozialisten in diesem Hause möchte ich an die Kennzeichnung der heuchlerischen Ideologie der englischen Bourgeoisie erinnern, wie sie Marx geliefert hat; er setzt in ausführlicher Darlegung auseinander, wie die bürgerliche Gesellschaft das Recht auf Arbeit theoretisch anerkenne und praktisch dadurch handhabe, daß es die nach Verwirklichung des Rechts Ringenden in Zwangsarbeitshäuser sperre. Karl Marx hat diese Heuchelei gebrandmarkt und das sogenannte Recht auf Arbeit als durch und durch unsozialistisch, als kapitalistisch gekennzeichnet. Und nun finden wir als erste Blüte des jungen regierungssozialistischen Baumes in § 1 des grundlegenden Gesetzes, das sich außerdem ein Sozialisierungsgesetz nennt, nichts weiter als den verschimmelten Ladenhüter aus dem kapitalistischen Laden. (Hört! hört! rechts.) Das Recht auf Arbeit ist im Gesetze festgelegt, aber nicht einmal vollkommen durchgesetzt. Es ist nur ausgesprochen, aber der Mut, es in einem sozialistischen Sinne zu verwirklichen, ist nicht vorhanden gewesen; er konnte im Grunde auch nicht da sein, denn man wird beim praktischen Zufassen selbstverständlich einsehen müssen, daß auf kapitalistischer Grundlage ein Recht auf Arbeit sich gar nicht verwirklichen läßt.

In § 2 des Gesetzes findet man schon eher Spuren eines sozialistischen Geistes. Indem das Gesetz dem Reich die Befugnis — leider nicht die Verpflichtung! — zuweist, im Wege der Gesetzgebung für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen usw. in Gemeinwirtschaft zu überführen, so äußert sich — das gebe ich zu — Geist vom sozialistischen Geiste; aber, geehrte Versammlung, es ist wiederum auch nicht mehr als nur ein theoretisches Bekenntnis. Das Reich ist befugt, heißt es. Ein Zwang für das Reich, in einer irgendwie absehbaren Zeit bestimmte Gegenstände sogleich der Gemeinwirtschaft zuzuführen, ist nicht ausgesprochen. Was wir als vermeintlichen ersten Anwendungsfall einer **Sozialisierung** in den nächsten Tagen erhalten werden, das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft, das wir bereits im Ausschuß beraten haben, wird sich bei näherer Prüfung auch nicht als ein Sozialisierungsgesetz, als ein von sozialistischem Geiste erfülltes Gesetz herausstellen, sondern als etwas ganz anderes. Es ist übrigens für den Geist, von dem die Mehrheit des Ausschusses beseelt war, doch höchst kennzeichnend, daß das in § 4 des Sozialisierungsgesetzes vorgesehene Versprechen des Deutschen Reichs, nunmehr durch besondere Reichsgesetze die gemeinwirtschaftliche Ausnutzung von Kohlen, Preßkohlen, Koks, Rohöl usw. in Angriff zu nehmen, durch Streichung des Wortes „ungesäumt" wiederum vertagt, abgeschwächt, im Bewußtsein der Bevölkerung, die auf die Sozialisierungsgesetze wartet, entwertet worden ist. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich gebe zu, daß auch die Herren von der rechtssozialistischen Partei diese Abschwächung beklagt haben. Wir

werden abwarten, ob ein Antrag von ihnen kommt. Wir haben den Antrag bereits gestellt, das Wort „ungesäumt" wiederherzustellen.

In Nummer 2 des § 2 finden sich — auch das muß zugegeben werden — wiederum deutliche Kennzeichen sozialistischen Geistes. Wenn der Gesetzgebung das Recht zugesprochen wird, die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln, so ist das sozialistisch gedacht; aber wiederum, geehrte Versammlung, ein Gedanke, der, bisher wenigstens, nicht ausgeführt wird, ein Gedanke, dessen Ausführung noch nicht einmal in Angriff genommen worden ist. So weit, wie dieses Sozialisierungsgesetz jetzt ist, so weit standen wir doch eigentlich schon, gleich nachdem die Regierung sich gebildet hatte, so weit standen wir doch auch schon vorher.

Die Sozialisierungskommission, die auf Beschluß der früheren Regierung eingesetzt worden ist — ich meine nicht: der Regierung vor dem 9. November, sondern der Regierung nach dem 9. November —, ist in ihren praktischen Vorschlägen zu ganz anderen Ergebnissen gekommen, als sie sich z. B. im Kohlengesetz verwirklicht finden, das wir morgen zu beraten haben werden.

Im Sozialisierungsgesetz dagegen ist nur die Anweisung auf eine ferne oder nahe — wahrscheinlich ferne — Zukunft, die mit der praktischen Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft beginnen solle. Verschlechtert ist die Regierungsvorlage hier noch durch den Zusatz, daß nur im Falle des dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung für die Gemeinwirtschaft durchgeführt werden dürfe. Lediglich der Umstand, daß ein Abänderungsantrag von unserer Seite auch hier keine Aussicht auf Erfolg haben würde, veranlaßt mich, die Streichung dieses Zusatzes nicht zu beantragen.

Es gehört auch zu den Verschlechterungen der Regierungsvorlage, daß in einem besonderen Absatz 2 des § 2 nun noch ein Hinweis auf die **Entschädigung** und ihre Regelung durch Reichsgesetze gegeben ist. Solch ein Hinweis muß auf die Entschädigungspflicht und den Entschädigungswillen ausdehnend und nicht, wie vom sozialistischen Standpunkte aus doch wohl vorzuziehen wäre, einschränkend wirken.

Es bedarf keiner ausführlichen Erörterung darüber, daß wir den Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 124 ablehnen. Der Antrag will einen neuen Paragraphen in das Gesetz einfügen, der die **Sozialisierung** vor dem **land- und forstwirtschaftlich benutzten Grund und Boden** Halt machen läßt. Ein solcher Antrag ist für uns unannehmbar. Ich war erstaunt, daß sich auch der Herr Abgeordnete Pachnicke — wenn ich recht gehört habe — für den Gedanken ausgesprochen hat, der dem Antrage zugrunde liegt. Ich glaube gehört zu haben, daß auch der Herr Abgeordnete Pachnicke gesagt hat: Herstellung und Vertrieb

wirtschaftlicher Güter könne niemals bedeuten: landwirtschaftlicher Güter. Das wäre eine erstaunliche Stellungnahme.

Wir sind überzeugt, daß alles das, was hier an Sozialisierungsmaßregeln vorgeschlagen wird und künftig vorgeschlagen werden könnte, nichts nützen wird, wenn es nicht auf einer demokratischen Grundlage aufgebaut wird. Dem cäsaristischen Staatssozialismus, der in Wahrheit demagogischer Staatskapitalismus ist (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), werden Sie der Bevölkerung unter keinen Umständen mehr schmackhaft machen. Die Bevölkerung will den **Sozialismus auf dem Wege der Demokratie** erringen; aber sie versteht unter der Demokratie nicht die parlamentarische Demokratie oder wenigstens nicht allein, wahrscheinlich nicht einmal in erster Linie, sondern, was sich jetzt — man kann beinahe sagen — als Gesamtbewußtsein in der deutschen Arbeiterschaft durchgesetzt hat, ist die Überzeugung, daß die Demokratisierung zu beginnen und sich zu vollenden habe im Betriebe für den Betrieb, in der Wirtschaft für die Wirtschaft. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In der Beurteilung dieser Dinge sind wir selbstverständlich ganz anderer Meinung als Herr Abgeordneter Vögler. Ich will nur im Vorbeigehen das Bedenken zerstreuen, das er vorhin gegen uns erhoben hat. Er meinte, daß die wertvollen Kräfte, die in der **Einzelpersönlichkeit** für die **Wirtschaft** und — so meinte er wohl — für die Gesamtwirtschaft liegen, bei der Demokratie, wie wir sie, wie die Arbeiterschaft sie meint, nicht zur Geltung kommen könnten. Wenn der Herr Abgeordnete Vögler Gelegenheit gehabt hätte, das Gutachten durchzulesen, das die Sozialisierungskommission erstattet hat — —. Aus einer Bewegung des Herrn Abgeordneten ersehe ich, daß er diese Gelegenheit gehabt hat. Dann bin ich aber sehr erstaunt, daß er uns nun noch den Vorwurf machen kann, wir seien für die Beseitigung oder für die nicht restlose Ausnutzung der wertvollen Einzelkräfte, die sich bisher in der Gesamtwirtschaft betätigt haben, sondern unterstützten ein demokratisches System, mit dem die Zurückdrängung dieser Kräfte notwendig verbunden sei. Herr Abgeordneter Vögler muß doch aus dem Gutachten, dessen Veröffentlichung hoffentlich für die allernächsten Tage bevorsteht, ersehen haben, wie sehr sich gerade die ganz überwiegend aus Sozialisten bestehende Kommission bemüht hat, die wertvollen Antriebe, die in der Einzelpersönlichkeit liegen, für das Gemeinwohl, für die Gemeinwirtschaft zu verwerten. Der Wege dafür gibt es eine ganze Anzahl. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.) Selbstverständlich können wir uns jetzt über den richtigsten und praktischsten Weg in Rede und Gegenrede kaum verständigen; dazu müßte man sich zusammensetzen und eingehender diskutieren.

Ich gebe auch dem Herrn Abgeordneten Vögler nicht zu, daß der Antrag, den ich im Ausschuß gestellt habe, der Absicht entgegenwirkt, die wertvollen Kräfte der Einzelpersönlichkeit für die Gesamtwirtschaft nach wie vor auszunutzen und sogar zu ihrem höchsten Wirkungsgrade zu bringen. Nur bin ich mit ihm nicht der Meinung und auch nicht der Meinung des Herrn Abgeordneten Pachnicke — ich habe eine bessere Meinung von diesen wertvollen Kräften —, daß die wertvollen Persönlichkeiten des bisherigen privaten Wirtschaftsbetriebes nur durch die Hoffnung auf den Profit zu Leistungen für die Gesamtwirtschaft angetrieben werden. Herr Abgeordneter Pachnicke gebrauchte das bezeichnende Bild von dem Sporn, den das Profitinteresse darstelle. Er verglich also die wirtschaftlich wertvolle Einzelpersönlichkeit mit dem Roß, das durch den Sporn angetrieben werden müsse, und er sagte, es sei der einzige Sporn (Zuruf von den Deutschen Demokraten) — der stärkste Sporn, der auf dieses Roß wirke. Will denn der Herr Abgeordnete Pachnicke all den Zehntausenden ehrbaren, pflichtbewußten Beamten, Staats- und Gemeindebeamten — um nur ein Beispiel zu nennen — so zu nahe treten, indem er sagt, daß für alle diese nur die Hoffnung auf Profit, auf möglichst reichliche Lebensumstände der stärkste Antrieb sein könnte? Ist denn das Pflichtgefühl, ist der ideale Sinn, ist der Trieb, für das Gemeinwohl zu arbeiten, Werke zu schaffen, die den einzelnen überdauern und für das Wohl der Enkel noch fortwirken können, in den Augen des Herrn Abgeordneten Pachnicke und auch des Herrn Abgeordneten Vögler gar nichts?! Meine Herren, ich verstehe es eigentlich nicht recht: Sie berufen sich immer auf die Hochwertigkeit der in der Industrie führenden Persönlichkeiten, und wenn es dazu kommt, daß man sich die Antriebe dieser hochwertigen Persönlichkeiten näher besieht, um sie zum Nutzen des Gesamtwohls verwenden zu können, dann kommt immer heraus, daß ihre stärkste Triebfeder nach Ihrer Überzeugung der ganz gemeine Profit ist (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß Sie die hochwertige Persönlichkeit eigentlich da endigen lassen, wo sie anfangen sollte, nämlich bei der Sicherung äußerer Lebensumstände. Eigentlich beginnt doch die Hochwertigkeit des Menschen und die Möglichkeit, Mensch zu sein, erst da, wo Sie sie enden lassen, nämlich nach dem Essen und Trinken. Mehr als viermal kann ja auch schließlich der reichste Mann nicht essen; und wenn er seine Talente und seine Wertigkeit, wie Sie es nennen, nur dazu verwendet, um sich ein möglichst hohes Einkommen zu verschaffen, nun, dann hat er eben nicht das Lebensziel erreicht, das gerade der hochwertigen Persönlichkeit vorschweben soll.

Geehrte Versammlung! Ich glaube also, der Herr Abgeordnete Vögler muß stärkere Einwendungen gegen die Mitwirkung der Demokratie in den Betrieben finden, um sie der Arbeiterschaft als nicht notwendig, als nicht erstrebenswert erscheinen zu lassen. Wir haben uns

darüber im Ausschuß unterhalten, und ich möchte nicht dort Gesagtes wiederholen, aber es muß doch zum Verständnis der Öffentlichkeit das eine festgestellt werden: man mag sich in der Theorie dagegen sperren, soviel man will, das **Rätesystem**, diese einzige Form der Demokratie für die Betriebe — und eine andere, namentlich bessere hat eben der menschliche Geist bisher nicht gefunden —, die Rätedemokratie auf wirtschaftlichem Gebiet, sie kommt, sie ist durch die Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegszeit ins Bewußtsein der fabrikarbeitenden, der bergarbeitenden Bevölkerung und anderer Bevölkerungsschichten übergegangen, so tief übergegangen, daß Sie mit diesem Bewußtseinsteile als einem wichtigen politischen Faktor nunmehr zu rechnen haben. Da nützt Ihnen keine hergebrachte Auffassung, kein starres Festhalten an dem Grundsatze des „Herrn im Hause", da nützt Ihnen keine Verteidigung der Profitinteressen, die Sie in Gefahr sehen, wenn jemand außer Ihnen im Betriebe mitzureden hat. Die Demokratie kommt, weil sie in das Bewußtsein der Menschheit unausrottbar übergegangen ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und auch dies ist eine Kriegsfolge. Die Menschheit von 12 bis 15 Millionen, die im Kriege war, und auch zahllose weibliche Angehörige dieser Krieger, sie haben aus dem Kriege ein Ergebnis mitgebracht, das ihr bisheriges Bewußtsein vollständig geändert hat. Der Deutsche war bisher allzu sehr gewöhnt, sein Schicksal aus den Händen der Obrigkeit entgegenzunehmen, stillzuhalten, bis ihm von der Obrigkeit dosiert und verabreicht war, was ihm zugefügt werden sollte. Der Krieg mit seinen unerhörten technischen Verhältnissen hat es mit sich gebracht, daß jeder, der draußen war, in die Notwendigkeit versetzt war, sich sein Leben täglich zu erobern, neu zu gewinnen, aufzubauen ohne die Obrigkeit. Damit ist ein Gefühl der Selbständigkeit, ein Kraftgefühl der Persönlichkeit in die Köpfe aller dieser Millionen eingezogen, die jetzt, nachdem sie aus dem Felde zurückgekehrt sind, sich nicht mehr in den Obrigkeitsstaat der Fabrik hineinbegeben wollen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Alle diese Millionen treten nun mit dem Anspruch der Persönlichkeit, die täglich sich ihr Schicksal bauen will, an den Unternehmer heran. Es kommt dabei zu schmerzlichen Konflikten und zu vorübergehenden Unordnungen. Wir müssen diesen Prozeß sich ausspielen lassen, wir dürfen nicht ungeduldig werden, unsere Gesetze nicht kurzatmig machen; wir dürfen uns nicht beklagen, daß der fieberhafte Prozeß, der durch die ganze Bevölkerung geht, nun schon 4 Monate dauere, während doch der Krieg 4½ Jahre gedauert hat, und Sie kein Wort — wenigstens öffentlich nicht, unter vier Augen mögen Sie es getan haben — gegen den Massenmord gefunden haben; jetzt aber wollen Sie der eben aus dem Kriege zurückgekehrten Bevölkerung, die erst in

dem Kriege und durch den Krieg den Massenmord und die Mißachtung wirtschaftlicher Arbeit gelernt hat, einen Vorwurf darüber machen und wollen uns vorwerfen, daß wir nicht dafür sorgen, daß Ruhe ist. (Zurufe von den Demokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Cohn, Ihre Zeit ist bereits abgelaufen.

Dr. Cohn, Abgeordneter: Herr Präsident, ich bin am Schluß meiner Ausführungen. — Der Herr Abgeordnete Dr. Blunck ist Republikaner von Abstammung, seine Gesinnung ist reaktionärer geworden, je größer das Gebiet der deutschen Republik inzwischen geworden ist.

Geehrte Versammlung! Niemand von uns will aber unterstützt gar die Gewalttätigkeiten, die sich im Laufe dieser fieberhaften Entwicklung zeigen. Aber wollen Sie uns denn in die Lage versetzen, in der Sie sich doch auch nicht befinden wollen: wenn Sie ein krankes Kind haben, das Kind sich im Fieber wälzt, so gehen Sie doch auch nicht an die Lagerstätte heran und schimpfen das Kind aus, daß es Fieber hat, sondern Sie stehen ruhig beiseite und suchen alle Schädigungen von dem kranken Kinde abzuwenden. Unsere ganze **Bevölkerung ist zurzeit in einem fieberhaften Krankheitszustand, der eine Kriegsfolge und nichts anderes ist.** (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist ein Zeichen von schlechtem Gewissen, wenn man durchaus einen persönlichen Sündenbock für diese Leiden des Volkes sucht, die durch ein System herbeigeführt worden sind, dessen Träger, nebenbei gesagt, nicht wir, sondern Sie waren. Es liegt nahe, daß man diesem Gedanken auch einmal Ausdruck gibt, wenn wir uns der Beratung eines Gesetzes zuwenden, das den stolzen Namen an der Stirn trägt: Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes. Wenn schon von sittlichen Pflichten in diesem Gesetz die Rede sein soll, dann hätte ich allerdings auch gewünscht, daß die sittliche Pflicht zur Selbstbesinnung in den bürgerlichen Kreisen in dieses Gesetz aufgenommen worden wäre, die sittliche Pflicht einzusehen, daß man nicht ungeduldig und nicht ungerecht sein darf gegen die Krankheitserscheinungen, die sich als Folge des von der bürgerlichen Gesellschaft verschuldeten Krieges jetzt bei uns geltend machen. Wenn Sie die Deutschen zur sittlichen Betätigung, „unbeschadet ihrer persönlichen Freiheit", für das Gemeinwohl aufrufen, dann rufen Sie sich auch selber auf, geehrte Damen und Herren, zu einer sittlichen Betätigung gegenüber der großen Freiheitsbewegung, die jetzt durch das Land geht, zu einem gerechten Urteil, zu einem besseren Nachdenken über Ursachen und Wirkung. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Auf Nr. 131 der Drucksachen beantragen die Herren Auer und Genossen,

in § 2 Absatz 1 die Worte „gegen angemessene Entschädigung" zu streichen.

Es liegt ein Antrag Dr. Rießer und Genossen vor:

Zu dem Antrag Nr. 131 Auer und Genossen, auf Streichung der Worte „gegen angemessene Entschädigung", beantragen wir namentliche Abstimmung.

Dieser § 2 ist die Grundlage der folgenden Abstimmungen. Die Abstimmung sollte heute noch vorgenommen werden; sonst sind wir in der Abstimmung über das ganze Gesetz gehemmt.

Wir hatten allerdings im alten Reichstag die Übung, daß die namentlichen Abstimmungen auf den anderen Tag verschoben wurden. Wenn wir das heute auch belieben würden, dann weiß ich nicht, wie wir morgen die Arbeiten bewältigen können.

Ich teile das vorläufig nur mit; die Herrschaften können es sich überlegen. Es ist also der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt, und möglicherweise, ja wahrscheinlicherweise, sollte diese namentliche Abstimmung noch heute erfolgen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Braun (Franken).

Dr. **Braun** (Franken), Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Cohn hat sehr scharf kritisiert, daß dieses Gesetz ein Gesetz ist, das aus der Koalition der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien geboren ist. Der Herr Abgeordnete Cohn wird sich erinnern, daß, bevor dieses Haus zusammengetreten ist, meine Partei der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei vorgeschlagen hat, sich mit uns zusammen zu koalieren. In ganz höhnischer Weise ist dieser Antrag unserer Partei von den Freunden des Herrn Abgeordneten Cohn abgelehnt worden. Das muß hier möglichst scharf festgestellt werden.

Den Herren von der Rechten soll gesagt werden, daß, wenn nicht Herr Wissell und seine Freunde heute in der Regierung säßen, sondern Dr. Helfferich heute noch Vizekanzler oder Reichskanzler oder auch nur Reichsschatzsekretär wäre, auch über Gesetze verhandelt werden würde, die in das Privateigentum sehr tiefe Einschnitte machen würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht lediglich der Wunsch unserer Partei; es ist traurige und schwere Notwendigkeit eines durch den Krieg auf das tiefste heruntergebrachten Landes, daß man nach Einnahmequellen suchen muß, die auf ganz neuem Boden fließen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Den Vorschlägen des Herrn Reichsministers Wissell haben nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Bürgerliche viel mehr Vertrauen zu schenken als äußerlich ähnlichen Gesetzen, wie sie Herr Helfferich hier gemacht hätte; denn Herr Dr. Helfferich hätte den Staatskapitalismus mit allen bureaukratischen Nachteilen eingeführt, die ja diese Herren

(nach rechts) immer und immer wieder den Staatsbetrieben vorwerfen. Wir wollen etwas durchaus Neues und anderes haben. Wir wollen keine bureaukratische Verwaltung haben, und wir wollen nicht haben, daß dies Gesetz nur durch die Notwendigkeit des Fiskalismus getrieben wird, wenn wir auch leider nur zu genau wissen, daß fiskalische Rücksichten heute in Deutschland nicht übersehen werden können.

Es wird den Sozialdemokraten vorgeworfen, daß sie Gesetze, wie die vorliegenden, einbringen, weil sie durch ihre programmatische Festlegung und durch ihre Agitation den Arbeitern die **Vergesellschaftung** versprochen haben, und ein Herr in diesem Hause, den ich als einen der genauesten Kenner des Kapitalismus schätze, hat merkwürdigerweise über dieses Gesetz in diesen Tagen geschrieben, an diesem Gesetz zeige sich, daß die Logik von Karl Marx falsch gewesen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was hat denn dieses Gesetz mit der Logik von Karl Marx zu tun? Dieses Gesetz hat zu tun mit dem Krieg, der hinter uns liegt, mit der fürchterlichen Vernichtung unzähliger Güter. Dieses Gesetz hat zu tun mit der Revolution. Nicht die Logik von Karl Marx ist falsch, sondern etwas ganz anderes ist falsch. Karl Marx hat bei der Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit einer gesunden, mit einer auf die höchste Stufenleiter getriebenen kapitalistischen Wirtschaft gerechnet, während wir eine Wirtschaft zu liquidieren haben, die durch den unseligen Krieg an den Rand des Abgrundes gebracht worden ist (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), einen Krieg, den die Herren, die dieses Gesetz angreifen, ununterbrochen verlängert haben, indem die Alleroberſten der Scharfmacher die Ratgeber des Generals Ludendorff in der Politik gewesen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Richtig ist, daß Karl Marx nicht daran gedacht hat, daß seine Partei genötigt sein werde, nach einem Kriege, den selbst die größte Phantasie nicht für möglich erachtet hat, den Sozialismus zu verwirklichen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß dieser Krieg aber noch etwas anderes gezeitigt hat als die gegenwärtige Politik und die gegenwärtige Regierung. Dieser Krieg hat den äußersten Pessimismus in den Massen gezeitigt. Dieser Pessimismus ist heute die Grundstimmung des deutschen Volkes genau ebenso, wie der Optimismus vor viereinhalb Jahren die Grundstimmung des deutschen Volkes gewesen ist. Leider ist dieser Optimismus heute fast verschwunden, und wir fürchten, daß der Pessimismus das ganze Gemüt, das ganze Denken und Sinnen des deutschen Volkes auf Jahrzehnte hinaus bestimmen wird. Sie aber auf der rechten Seite dieses Hauses steigern das Mißtrauen, Sie verschärfen die Gegensätze, indem Sie meinen, daß man nach diesem Kriege derartige Gesetze ablehnen könne, daß man nach diesem Kriege in der deutschen Volkswirtschaft alles beim Alten lassen könne. Davon ist gar

keine Rede, das ist unmöglich. Sind wir es nicht, dann werden es andere sein, die aus der heutigen Wirtschaft den Weg in eine vollständig andere Wirtschaft suchen müssen. Selbst wenn Sie (zur Rechten gewendet) an die Regierung kommen würden, selbst wenn Sie die Verantwortung für die Liquidierung dieses Krieges übernehmen müßten, müßten Sie von der heutigen Privatwirtschaft abweichen, Sie könnten nicht die Zustände aufrecht erhalten, wie sie bisher gewesen sind.

Die Wirtschaft ist nicht mehr die gleiche wie vor dem Kriege. Sie ist auf das tiefste erschüttert und auf das mannigfachste umgeändert. Sie ist zwangsweise fusioniert und auf das rascheste kartelliert worden. Es ist heute eine durchaus andere Wirtschaft vorhanden, die wir in ihrer Struktur aus mancherlei Gründen noch nicht bis in alle Einzelheiten verfolgen können.

Wir gestehen durchaus zu, daß nicht nur nach der Seite der Unternehmer, sondern auch nach der Seite der Arbeiter Vorwürfe zu machen sind. Die viereinhalb Jahre des Krieges bedeuten für die Arbeiterschaft die Stillegung sozialistischer Erziehung und sozialistischer Aufklärung während dieser Zeit. Das empfinden wir auf das tiefste und schmerzhafteste bei mancherlei Anschauungen, die sich heute in der Arbeiterschaft durchzusetzen suchen. Die Gedanken einer **„wilden Sozialisierung"** erwachsen aus einer durchaus falschen Auffassung des Sozialismus, die darin besteht, daß die Arbeiter einen Betrieb übernehmen sollten; diese Gedanken sind nicht sozialistisch und wären nicht möglich gewesen, wenn nicht durch viereinhalb Jahre hindurch — nicht durch unsere Schuld, sondern durch die Schuld der früheren Macht — die ganze Erziehung der Arbeiter geruht hätte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Gedanke, der sich in dem französischen Wort ausdrückt: „La mine aux mineurs", „das Bergwerk den Bergarbeitern", dieser Gedanke rumort heute in vielen Kreisen der deutschen Arbeiterschaft, und zwar gerade in den Kreisen, in denen die Erziehung zum Sozialismus am wenigsten zum Ausdruck gekommen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist der Gedanke, einen Massenkapitalismus zu schaffen, an die Stelle des einen Kapitalisten eine Menge von 100 oder 1000 oder 10 000 kleiner Kapitalisten zu setzen, die produktivgenossenschaftlich oder sonstwie irgend ein Werk — durchaus nicht sozialistisch — künftig betreiben sollen. Was wir wollen, ist die Überführung der Werke in den Besitz der Gesellschaft und nicht die Überführung in irgend eine produktivgenossenschaftliche Form, wenn wir auch durchaus zugestehen, daß nach der Besitznahme der Betriebe durch die Gesellschaft über die Form dieser Betriebe mancherlei Meinungen möglich sind. Aber es ist durchaus unsozialistisch, und wir widersprechen dem Plan mit aller Entschiedenheit, nun zuerst die Betriebe in den Besitz der in ihnen be-

schäftigten Arbeiter zu überführen. Wir bezweifeln durchaus, daß die großen Unternehmer als Individuen gegen dieses Gesetz sind. Wir verstehen es vollkommen, wenn sie sich durch ein derartiges Gesetz geschädigt fühlen. Aber es ist etwas anderes, was die Herren als Individuen tun und was sie als Staatsbürger tun. Hier stehen sie nicht als Individuen, hier stehen sie als Staatsbürger, und hier haben sie zu wirken als Vertreter des deutschen Volkes. Da können ihre individuellen Anschauungen für uns durchaus gleichgültig sein. Hier haben wir zu erwarten, daß sie nicht zu ihrem eigenen Vorteil — natürlich soll niemand persönlich getroffen werden —, sondern daß sie zum Nutzen der Gesamtheit zu wirken haben.

Wir wissen, was die Verlängerung des Krieges für den Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft bedeutet hat, was die Annexionsideen, was das Schielen nach Longwy und Briey bedeutet hat; und diese Zeche sollen auch Sie, meine Herren (nach rechts), bezahlen! Auch Sie sollen dafür Opfer bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk hat genug Opfer gebracht, bringen Sie jetzt endlich auch Opfer.

Ich will auf die Diskussion über den **Kommunismus** nicht weiter eingehen. Darüber haben schon verschiedene Redner Gereimtes und Ungereimtes gesprochen. Ich möchte nur feststellen, daß es zu meinem lebhaften Bedauern in dem deutschen Patentgesetz keine Bestimmung wenigstens eines Reichsmusterschutzes für termini technici, für maßgebende Worte gibt. Was der Herr Abgeordnete Veidt und andere Redner über Kommunismus und Sozialismus gesprochen haben, widerspricht vollständig jeder wissenschaftlichen Auffassung. Wenn die Herren Miquel und Hammacher noch auf der rechten Seite des Hauses säßen, sie würden lachen; denn sie würden aus ihrer Jugend erzählen, daß sie sich damals Kommunisten genannt haben und doch nichts anderes waren, als wir heute sind: Sozialdemokraten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Zwischen Kommunismus und Sozialismus gibt es keinen Unterschied. Aber warum reden die Herren immer von Kommunismus? Redner fast aller bürgerlichen Parteien in der Kommission wie hier reden davon, weil sie damit das Volk graulich machen wollen, weil sie nicht an den wissenschaftlichen Begriff des Kommunismus denken, sondern weil sie dieses Wort Kommunismus zusammenreimen wollen mit den Dingen, die heute Spartakus tut oder Spartakus zugesprochen werden. Aber der Kommunismus ist eine Theorie, die weit zurückgeht, bis ins 18. Jahrhundert. Der Name ist älter als der Name des Sozialismus, und jedermann, der von unserer Literatur eine Ahnung hat, denkt bei dem Kommunismus nicht an Herrn Eichhorn, sondern an Karl Marx und Friedrich Engels, an das Kommunistische Manifest.

Die Herren von der rechten Seite, die diese Vorlage so entschieden bekämpfen, sind die Herren, die die **Kollektivierung der privaten Wirtschaft** auf die höchste Spitze getrieben haben und damit sicher eine bedeutsame Leistung in der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft aufzuweisen haben. Aber die gleichen Herren, die für die Kollektivierung unserer Wirtschaft so hervorragendes geleistet haben, sind für die **Atomisierung der Arbeiter.** Sie möchten am liebsten mit jedem einzelnen Arbeiter verhandeln, wenn sie auch unter dem Drucke des zu Ende gehenden Krieges mit Herrn Hue verhandelt haben. Herr Vögler wußte damals schon, als er mit Herrn Hue verhandelte, daß der Krieg verloren sein werde. Denn die Herren hatten ja ganz andere Kenntnis als wir. Einer der ersten Oberbürgermeister Deutschlands hat gesagt: Im Juli wußten wir alle, daß der Krieg verloren war. Und das war die Zeit, wo Herr Vögler mit Herrn Hue zu verhandeln begonnen hatte. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie die Herren früher gegen die Gewerkschaften waren, wie sie Herr im eigenen Hause sein wollten und mit den Arbeitern nicht verhandeln wollten, so sind sie jetzt gegen Betriebsräte und gegen Zechenräte, so wollen sie eben jede Organisation verhindern, die auf den Betrieb irgendwie einwirkt. Dabei ist es doch von der allerhöchsten Bedeutung, was die Arbeiter für die Werke getan haben. Sie leisten nicht nur Arbeit und schaffen Werte, die Arbeiter sind doch auch diejenigen, die diese Werke vielfach überhaupt ermöglicht haben. Was sind die Borsig, die Bosch, die Schuckert, die großen Männer und Kapitäne der deutschen Industrie gewesen? Sie sind aus der Arbeiterklasse hervorgegangen. (Hört! hört! rechts.) Diese Arbeiter sollen jetzt aber gar nichts mehr bedeuten, weil sie infolge der geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr die Möglichkeit haben, aufzusteigen. Auch heute gibt es Borsig und Schuckert und andere ähnliche Männer in den Kreisen der Arbeiterklasse; aber die ungeheure Entwicklung des Kapitalismus hat es vollständig unmöglich gemacht, daß diese Leute aufsteigen.

In einer französischen Zeitschrift, in der „Technique moderne", schreibt der Ingenieur Charles Frémont: „Alle Verbesserungen der Werkzeuge gehen von den Arbeitern aus", und ein Psychologe, Professor Dück in Innsbruck, sagt: „Gewiß darf die Stimme des Arbeiters nicht überhört werden; seine Einwendungen müssen geprüft und, wenn als richtig erkannt, in Rechnung gesetzt werden." Sagt man das den Herren von der Unternehmerseite, so sagen sie natürlich: jeder verständige Arbeiter, der uns etwas sagt, ist uns willkommen, und es soll uns freuen, wenn wir mit ihm verhandeln können, wenn er uns einen Nutzen sagt. Aber die gleichen Herren, die in der Kollektivierung der Industrie den gewaltigen Fortschritt gesehen haben, erklären, daß die Kollektivierung der Arbeit, die Zusammenfassung der Arbeiter in **Betriebs- oder Zechenräten** nur Schaden schaffen könne. Die Unternehmer vergessen ganz das

seelische Verhältnis des Arbeiters zu der ihm aufgenötigten Arbeit; daß das anders werden muß, wenn die deutsche Industrie in die Höhe kommen will, daß man den Arbeiter vergessen lassen muß den Ekel gegen die Arbeit, der eine der stärksten Hemmungen der ökonomischen Entwicklung ist, daß man Freude an der Arbeit schaffen muß, daß man die Arbeiter an dem Werk der Arbeiter teilnehmen lassen muß, daß man sie mitwirken lassen muß an der Blüte der Industrie. Das haben die deutschen Unternehmer noch niemals eingesehen, und doch ist eine der wichtigsten Aufgaben, wenn wir wieder aufleben wollen, wenn wir wieder gesunden sollen, daß die Arbeiter nun wieder Anteil an dem Gedeihen der Unternehmung haben, daß der Arbeiter selbst sich freut, wenn die Unternehmung wieder zur Blüte kommt. Aber dazu müssen die Unternehmer die Hand bieten, sie dürfen nicht alles tun, um diese Betriebs- und Zechenräte im Ansehen herunterzudrücken. Sie dürfen nicht aus den Kinderkrankheiten der neuen Einrichtung den Schluß ziehen, daß dieses Kind niemals gedeihen würde. Welches Unheil wäre es, wenn wir unseren eigenen Kindern, weil sie einmal die Masern gehabt haben, ihre Lebenszukunft absprechen wollten! Davon kann keine Rede sein, wir wollen sie heilen, wieder gesund machen, wir wollen aus diesen Keimen einer neuen Zeit kräftige Organe schaffen, die der deutschen Industrie, der deutschen Volkswirtschaft zum Vorteil gereichen sollen. (Sehr richtig! links.)

Das scheint mir eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben zu sein. Wenn die Unternehmer das nicht begreifen, begreifen sie eben unsere Tage nicht, wo der Arbeiter nicht mehr ein reiner Lohnempfänger sein darf, gleichgültig der Unternehmung, widerwillig dem Unternehmer gegenüber. Sie müssen den Arbeiter anders anerkennen, sie müssen ihn an der Unternehmung mitwirken lassen, und sie müssen ihm die Brücke dazu bauen. Wir sehen überall, daß die Gruppierung von höchster Bedeutung ist, daß der einzelne allein niemals in der Gesellschaft in der schweren Zeit, die uns kommt, irgendetwas erreichen kann. Wir müssen die Kräfte zusammenfassen, wir müssen kollektivieren, wir müssen den Geist der Arbeiter auf die Freude zur Arbeit richten. Mit der Art, wie die Unternehmer gegen jede **Zusammenfassung der Arbeiter** sind, verschärfen sie nur die Gegensätze. Was das in einer revolutionärgeschwängerten Zeit wie der unseren bedeutet, brauche ich den Unternehmern wahrlich nicht zu sagen. Die Leitung der Unternehmungen ist bisher eine innere Geschlossenheit gewesen. Sohn oder Schwiegersohn eines Direktors oder eines Aufsichtsrats zu sein, war immer der beste Weg, um auch wieder Direktor oder Aufsichtsrat zu werden. (Sehr richtig! links.) Nicht die tüchtigen Kräfte der Arbeiterklasse, die wir emporheben, zur Leistungsfähigkeit erziehen, zur Leitung der Unternehmungen befähigen wollen, sollen dirigieren, sondern die, die wie bisher die Stellungen ererbt haben, die andere in der Industrie erreicht haben. Die Wissenschaft der Genea-

logie der Fürsten ist im wesentlichen heute tot. Mit dem Gothaer Hofkalender macht man heute nicht mehr viel Staat. Es gibt aber ein Buch, das an Stelle des Gothaer Hofkalenders heute ungeheure Bedeutung hat, das ist das Adreßbuch der Aufsichtsräte. Dieses Adreßbuch der Aufsichtsräte nach der Methode der genealogischen Wissenschaft einmal richtig nach Vetternschaften, Beziehungen, Verwandtschaften und Einheiratungen zu durchforschen, wäre eine der nützlichsten und wesentlichsten Aufgaben der Genealogie, die sich diese Wissenschaft, die heute sonst in den Ruhestand treten müßte, setzen könnte.

Wenn ich nun zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs übergehe, so möchte ich ganz allgemein bemerken, daß auch wir diesen Gesetzentwurf lediglich als ein Rahmengesetz betrachten, daß auch wir in diesem Gesetzentwurf nicht die Erfüllung unserer Wünsche sehen, daß wir diesen Gesetzentwurf auch gern anders gehabt hätten, daß wir aber mancherlei Schwierigkeiten unserer Zeit sehr wohl begreifen.

Ich wende mich im Gegensatz zu manchem meiner Herren Vorredner nur zu den §§ 1 und 2. Auch wir sind der Meinung, daß das Wort „sittliche Pflicht" in § 1 nicht glücklich gewählt ist. Wir sehen in der Betätigung der körperlichen und geistigen Kräfte eine Rechtspflicht, aber wir haben nichts gegen den Antrag, den die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gestellt hat, eine soziale Pflicht zu konstituieren. Wir werden auch für die Worte „soziale Pflicht" ganz gern stimmen.

Dagegen sind wir durchaus nicht der Meinung des Herrn Dr. Cohn, daß das **Recht auf Arbeit**, das in diesem Gesetzentwurfe festgelegt ist, das gleiche Recht auf Arbeit ist, das im allgemeinen Landrecht konstituiert wurde. Herr Dr. Cohn hat selbst gesagt: das Recht auf Arbeit im allgemeinen Landrecht ist das Recht auf Arbeit im englischen Workhouse. Hier in diesem Gesetzentwurf steht nichts vom englischen Workhouse (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern hier in diesem Gesetzentwurf steht das direkte Gegenteil von der Armenpflege: die Verpflichtung des Staats, für die Erwerbslosen zu sorgen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf diesen scharfen Gegensatz möchte ich Herrn Dr. Cohn doch aufmerksam machen. Diese Beziehung zu dem Recht auf Arbeit, wie es in England bis zum Jahre 1860 gewesen ist, die Beziehung zum allgemeinen Landrecht hat gar keine Vergleichspunkte mit diesem § 1. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In diesem § 1 ist die Korrelation der Arbeitspflicht, der sittlichen oder, wenn Sie wollen, der sozialen Pflicht zur Arbeit mit der Verpflichtung der Gesellschaft, für denjenigen, dem die Arbeit nicht nachzuweisen ist, zu sorgen, klargestellt. Daß das keine Armenpflege sein soll, das weiß Herr Dr. Cohn ganz genau. Er ist doch Stadtverordneter von Berlin und weiß, was die Erwerbslosenunterstützung heute kostet, und daß sie keine Armenpflege ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben zu dem § 2 hinsichtlich der **Entschädigung** Anträge gestellt. Wir haben aus dem Antrage zur Geschäftsordnung, den der Herr Abgeordnete Rießer gestellt hat, gesehen, daß man mit diesem Antrag das Gesetz unmöglich machen will. Wir legen den größten Wert darauf, daß die Bestimmungen, wie wir sie in unserem Antrage unter Nr. 131 eingebracht haben, angenommen werden. Aber wir wissen, daß wir damit großen Schwierigkeiten begegnen, und wir werden uns unsere endgültige Stellungnahme zu diesen Bestimmungen deshalb wegen der Zusammensetzung des Hauses vorbehalten.

Aber das hindert nicht, Ihnen den Standpunkt unserer Partei zu dieser Frage klarzustellen. Wir lehnen ab, daß in den Gesetzentwurf eine unbedingte und zwingende und allgemeine Verpflichtung für eine derartige Entschädigung hineinkommt oder aus diesem Gesetz herausgelesen werden kann. Wir wissen, daß selbst die entschiedensten Vertreter des Privateigentums in diesem Hause Fälle anerkennen, wo eine Entschädigung im Falle der Sozialisierung nicht zu leisten ist. Das sind diejenigen Fälle, wo aus feudaler Zeit Rechte des früheren Grundeigners festgestellt werden und aus diesen Rechten Abgaben abgeleitet werden. Hier erklären selbst die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei, daß sie eine Pflicht der Entschädigung nicht anerkennen. Wir wollen neues Recht, neues soziales und neues Eigentumsrecht schaffen, und wir glauben eben, daß auf Grund dieses neuen Rechts und auf Grund des neuen Eigentumsrechts eine ganz neue und dem Empfinden der Gesellschaft entsprechende Stellung zu der Frage der Ablösung konstruiert werden soll. Aber selbst, wenn wir das geltende Recht in Betracht ziehen, so müssen wir sagen, daß das geltende Recht nur eine Entschädigungspflicht konstituiert, wenn Rechte, insbesondere das Eigentumsrecht, entzogen oder beschränkt werden. Eine bloße Beschränkung oder Beeinträchtigung wirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten löst keine Entschädigungspflicht aus. Das ist der Standpunkt des Bürgerlichen Gesetzbuchs, und das Reichsgericht hat es abgelehnt, ein Recht des Geschäftsinhabers auf Kundschaft anzuerkennen. Maßnahmen, die die Kundschaft entziehen, sind nicht entschädigungspflichtig. Denken Sie doch an das Berliner Warenhaus! Wie viele zahllose einzelne Kaufleute hat dieses Warenhaus zugrunde gerichtet und hat dieses Warenhaus in seiner Erwerbsmöglichkeit eingeschränkt. Sie werden doch nicht sagen können, daß die Kaufleute, die infolge der Entwicklung der Warenhäuser in Berlin verschwinden mußten, eine Entschädigungspflicht gehabt haben. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat doch bekanntlich sehr viele Kohlenhändler und andere Unternehmer ausgeschaltet, ohne jemals eine Entschädigungspflicht anzuerkennen. Wohin kämen wir, wenn öffentlich-rechtliche Eingriffe, die fast immer den wirtschaftlichen Interessen einzelner Schaden zufügen, Veranlassung wären, eine Entschädigungspflicht auszulösen! Es

gibt kaum eine einzige staatliche Maßnahme, die nicht wirtschaftliche Opfer kosten würde. Wir müssen uns mit Entschiedenheit dagegen verwahren, daß die Sozialisierung durch einen erweiterten Schutz der Privatrechte erkauft werden sollte. Von Fall zu Fall ist zu entscheiden, ob eine Entschädigungspflicht vorhanden ist; im besonderen ist dann zu prüfen, ob aus Billigkeitsgründen, die wir durchaus anerkennen, Entschädigung zu gewähren ist. Aber Worte in das Gesetz zu bringen, aus denen die Auslegungskunst der Juristen für jeden Fall eine Entschädigungspflicht konstruieren könnte, müßte eigentlich vom ganzen Hause abgelehnt werden.

Es ist auch die Frage erörtert worden, ob man nicht die Aktien der Aktienunternehmungen, die einmal vergesellschaftet werden könnten, **nach ihrem Kurse einfach aufkaufen** müßte. Davon kann meiner Meinung nach gar keine Rede sein, da in dem Kurs eine ganze Reihe von spekulativen Momenten enthalten sind. Eine ganze Geschichte der Wirtschaft ist in jedem Kurse beinhaltet. Wir wissen, wie oft der Kurs lediglich durch die Beziehung auf eine Persönlichkeit zustande kommt. Doch ich will mich auf diese Einzelheiten heute nicht einlassen. Denn wir sind ja noch nicht so weit, daß wir Aktiengesellschaften übernehmen, und daß wir überlegen können, ob und wie die Besitzer der Aktien zu entschädigen sind.

Aber wenn man von den Aktiengesellschaften spricht, kann man doch schon darauf hinweisen, daß, wenn wir einmal die Aktiengesellschaft vergesellschaften, wir sehr genau zu prüfen haben werden, ob stille Reserven verhehlt werden oder ob stille Reserven mit dem Unternehmer in den Besitz der Gemeinschaft übergehen.

Alle Redner haben sich zur Kürze verpflichtet. Obgleich dieser Gesetzentwurf zu sehr viel weiteren Bemerkungen noch Veranlassung geben könnte, will ich mich, wie wir das sonst in unserer Partei gewöhnt sind, disziplinieren und zum Schluß eilen. Wir sehen in diesem Gesetz nichts Vollkommenes, wir sehen aber in ihm *den Anfang zu wichtigeren und größeren Taten*, die den Weg zum Sozialismus bahnen sollen, der unsere überaus kranke Wirtschaft, unser schwer geprüftes Land, *unsere hoffnungsarme Bevölkerung in eine bessere Zukunft führen soll*. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist für die Herren, die noch nach mir sprechen, und für mich so wenig wie für Sie eine besondere Freude, in so später Stunde noch Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen zu müssen. Wir sind das

aber wohl alle sowohl der Sache und ihrer Wichtigkeit schuldig, wie auch dem Umstande, daß von den verehrten Herren Vorrednern eine Anzahl von Bemerkungen, insbesondere auch zu den Ausführungen meines Fraktionsfreundes Vögler gemacht worden sind, die doch nicht ganz unbesprochen bleiben dürfen.

Mehrere von den Herren Vorrednern haben gemeint, der Abgeordnete Vögler übertreibe in seinen Ausführungen, er habe Prophezeiungen gemacht, die sich unter keinen Umständen verwirklichen könnten, er ziehe Konsequenzen, die nicht gezogen werden dürften, und schließlich, er sei in seinen ganzen Ausführungen so weit gegangen, daß seine Ausführungen eigentlich keinen Eindruck mehr gemacht hätten. Meine Damen und Herren! Über das letztere wird man wohl nur schwer ein richtiges Urteil abgeben können. Ich möchte aber glauben, daß die Ausführungen doch nicht ganz eindruckslos gewesen sein können; sonst würde man sich nicht so ausführlich mit ihnen beschäftigt haben. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.) Und was seine Prophezeiungen anlangt, so dürfen sie als die Prophezeiungen eines Sachverständigen, der mitten in der Industrie und in dem großen Getriebe steht, mindestens so viel Glauben beanspruchen wie die Prophezeiungen der Herren von der anderen Seite, die wohl nicht mehr Sachkunde in Anspruch nehmen dürfen, als sie mein Kollege Vögler besitzt.

Die Herren Abgeordneten Burlage und Pachnicke haben gemeint, daß Herr Vögler aus dem Gesetz Dinge herausgelesen habe, die sich unter keinen Umständen verwirklichen könnten, weil man ja „stoppen" könne, wie sich der Herr Kollege Pachnicke ausgedrückt hat, weil man nicht über den hier gezogenen Rahmen hinauszugehen brauche. Und wenn der Herr Kollege Burlage ausgeführt hat, man werde ein Gesetz, das ja zur Ausführung und zur Auffüllung dieses Rahmengesetzes notwendig sei, nur mit Vernunft machen und brauche solche Folgen nicht zu befürchten, wie sie Herr Vögler befürchtet, so möchte ich dazu nur das eine bemerken: Wer dieses Rahmengesetz heute macht, das wissen wir, das sind die heutigen Mehrheitsparteien, unter denen sich zwei große bürgerliche Parteien befinden. Wer aber diesen Rahmen demnächst ausfüllt, das wissen wir alle heute nicht. Wenn die heutige Mehrheit den Rahmen ausfüllen wird, dann wird nach meiner festen Überzeugung das hindernde Element, das in den bürgerlichen Parteien steckt, stark genug sein, um schlimme Folgen von der deutschen Volkswirtschaft abzuwenden. Aber ich wiederhole: wir wissen alle nicht, wer demnächst den Rahmen auszufüllen hat, den Sie heute mit diesem Gesetz ziehen.

Ein zweites. Man hat heute von seiten der Redner, die für die beiden bürgerlichen Parteien gesprochen haben, offen zugegeben, weil man es eben zugeben muß, daß nicht nur sachliche Gründe die bürger-

lichen Parteien dazu veranlassen, dem Gesetz zuzustimmen, vielleicht sogar nur an letzter Stelle sachliche Gründe, sondern daß es mehr politische Gründe sind. Es hieß, die gegenwärtige Lage verlange es, daß man ein derartiges Gesetz mache und verabschiede. Meine verehrten Damen und Herren! Ich bedauere außerordentlich, daß der Herr Ministerpräsident Scheidemann diesen Ausführungen heute nicht zugehört hat. Wenn er diese Ausführungen gehört hätte, und wenn er außerdem die noch deutlicheren Bemerkungen, die in dieser Richtung bei den Ausschußverhandlungen gemacht worden sind, gehört hätte, dann würde er heute nicht mehr — ich will nicht sagen: die Stirn haben, denn ich glaube, das darf man von hier aus nicht sagen, wenn es auch neulich von der Regierungsbank aus dem Herrn Kollegen Kempkes gegenüber gesagt worden ist —, dann würde er heute nicht mehr sagen, man könne nicht behaupten und dürfe der Regierung und den Mehrheitsparteien nicht unterstellen, daß dieses Gesetz aus anderen als rein sachlichen Gründen eingebracht worden sei und verabschiedet werden solle. Heute steht klar, was uns von vornherein klar war, heute steht durch die Ausführungen und Aufklärungen, die uns die beiden bürgerlichen Mehrheitsparteien in dankenswerter Weise gegeben haben, klar, daß nicht sachliche Gründe die Mehrheit bei diesen Gesetzen zusammenhalten, sondern lediglich oder mindestens in erster Linie politische Gründe.

Der Herr Abgeordnete Burlage hat leider gesagt, man scheine auf der Rechten die Arbeiter auch heute noch nur als Ursache für Lohnausgaben anzusehen, seine Partei, die Christliche Volkspartei, aber sehe im Gegensatz dazu in den Arbeitern Menschen, die auch am Ergebnis des Betriebes und an der Betriebsführung selbst beteiligt sein wollten. Ich bedaure, daß man denjenigen, die aus guten sachlichen Gründen das vorliegende Gesetz nicht für annehmbar halten, unterstellt, sie sehen auch heute noch nicht im Arbeiter den Menschen. Ich glaube, wenn Sie sich die Zusammensetzung der beiden Parteien, die Sie als Parteien der Rechten bezeichnen, ansehen, werden Sie eine derartige Unterstellung nicht aufrecht erhalten können. (Sehr richtig! rechts.) In den beiden Parteien der Rechten sitzen Lohnarbeiter, es sitzen Vertreter unserer Beamtenschaft darin, ganz abgesehen von all den anderen Herren, die bei der Vorberatung dieser Gesetzentwürfe auch bei uns mitgearbeitet haben. Es stehen hinter uns Wählerkreise, die sich zu Zehntausenden ebenfalls aus den Arbeiterkreisen rekrutieren, und wenn Sie das bedenken, werden Sie wahrhaftig nicht sagen dürfen, auf der Rechten sähe man heute im Arbeiter nicht den Menschen, sondern nur die Ursache für Lohnausgaben. Unsere Auffassung von dem persönlichen Wert des Arbeiters ist genau dieselbe, wie Sie sie haben, davon dürfen Sie überzeugt sein. (Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Cohn hat meinem Fraktionsfreund Vogler unterstellt, er sei der Meinung, die Hochwertigkeit der Persönlichkeit fange eigentlich erst mit dem Geldbeutel an. Wer die Ausführungen des Herrn Vogler gehört hat, weiß, daß er etwas Derartiges nicht gesagt hat. Wer aber die Verhältnisse kennt, und der Herr Abgeordnete Cohn kennt sie in dieser Beziehung ebenso genau wie wir, weiß, daß im wirtschaftlichen Getriebe unter keinen Umständen allein ideale Gesichtspunkte maßgebend sind, und ich möchte beinahe annehmen, ohne daß dabei der Herr Abgeordnete Cohn glauben darf, ich wolle ihm irgend etwas Verletzendes zutrauen, daß auch er sich nicht immer nur von idealen Gesichtspunkten leiten läßt. Wir leben nun einmal in einer Welt, in der der Mensch nicht von idealen Gütern allein leben kann, sondern in der er auch auf andere Dinge angewiesen ist, und wenn deshalb auch in diesem wirtschaftlichen Getriebe nicht alles nur vom idealen Gesichtspunkte aus betrachtet, sondern unter Umständen auch der Geldstandpunkt da und dort in Betracht gezogen wird, so ist das wahrhaftig nichts, was so besonders auffallen dürfte. Wir wissen aber auch alle ganz genau, daß gerade in der Industrie und in der Großindustrie die Menschen sich eben am wenigsten und vielfach gerade in allerletzter Linie vom Geldstandpunkt leiten lassen, sondern von anderen, von idealen Gesichtspunkten.

Der Herr Abgeordnete Cohn hat dann auch — und man könnte beinahe herauslesen, daß er die Spartakisten mit allen ihren Greueltaten damit in Schutz nehmen wollte — heute wie auch neulich schon einmal davon gesprochen, daß man doch den Leuten nicht so schwere Vorwürfe machen dürfte, die alle derartige Greueltaten bedingen, sie hätten das Morden im Kriege gelernt. Ich weiß nicht recht, wie sich der Abgeordnete Cohn das Kriegführen, wenn es nun einmal sein muß, und es mußte doch sein, vorstellt. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Hat er geglaubt, es sei zweckmäßiger, wenn sich unsere Soldaten draußen in den Schützengräben von ihren Gegnern wehrlos erschießen ließen? Daß sie dagegen geschossen haben, hat sie doch nicht zum Morden angeleitet, und wenn man das, was sie heute tun, etwa damit entschuldigen wollte, daß sie das im Kriege gelernt haben, so wäre das doch das allerschlimmste, was man von dieser Tribüne sagen könnte. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Herr Cohn schließlich die Spartakisten und die Frage, ob man der Unabhängigen Sozialdemokratie etwa einen Vorwurf daraus machen würde, daß sie die Spartakisten nicht besser belehre und sie nicht mehr zum Guten anhalte, verglichen hat mit dem Zustand, in dem sich der arme Vater befindet, der sein schwerkrankes Kind in Fieberschauern liegen sieht und es doch auch in diesem Zustand nicht zum Besseren erziehen könne, sondern erst abwarten müsse, bis es wieder gesund sei, so ist das ein außerordentlich eigentümlicher Vergleich. Wir setzen in

den Spartakisten nicht kranke Kinder, sondern schwere Verbrecher (lebhafte Zustimmung rechts), die nur in der gleichen Art zu heilen sind, wie man nicht kranke, sondern ungezogene Kinder erziehen und heilen muß. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin nicht bösartig genug, um aus dem Vergleich etwa herauslesen zu wollen, daß der Herr Abgeordnete Cohn damit die Spartakisten als die Kinder der Unabhängigen Sozialdemokratie bezeichnen wollte. (Sehr gut! rechts.)

Nun zu einer Bemerkung des Herrn Abgeordneten Braun. Die Ausführungen, die er über Arbeiterräte und Zechenräte und die Haltung der Unternehmer den Zechen- und Arbeiterräten gegenüber gemacht hat, lassen sich im Rahmen der heutigen Erörterung und in der knappen Zeit, die uns zur Verfügung steht, glaube ich, wirklich nicht weiter ausspinnen. Dazu wird sich Gelegenheit bieten, wenn demnächst über diese Frage ex professo gesprochen werden muß, — und die Gelegenheit wird sich ja finden. Eine Bemerkung aber darf ich nicht unwidersprochen lassen. Mein Fraktionsfreund Vögler hat vorhin in seiner einleitenden Rede darauf hingewiesen, daß die Industrie auf ein gutes Einvernehmen mit den Arbeitnehmern schon im vorigen Juli hingewirkt habe, als man die **Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern** in der Industrie geschlossen habe. Der Herr Abgeordnete Braun hat das an und für sich nicht bestritten, er hat es nur dadurch in ein etwas eigentümliches Licht zu setzen versucht, daß er meinte: damals haben Herr Abgeordneter Vögler und die ihm nahestehenden Kreise das unglückliche Kriegsende schon nicht nur vorausgesehen, sondern ganz gut gewußt. Ich habe dazu namens meines Fraktionsfreundes Vögler zu erklären, daß die ersten Verhandlungen über die Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft schon im März 1917 begonnen haben, und daß mein Fraktionsfreund Vögler insbesondere im März 1918 — also mitten in der siegreichen Offensive, zu einer Zeit, wo niemand, und ich glaube, auch die Herren auf der Seite (zu den Sozialdemokraten) nicht, an einen unglücklichen Ausgang des Krieges gedacht hatte — in Düsseldorf in einer großen Versammlung zum Zusammenschluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgefordert hat. Damit entfällt also die Vermutung, die der Herr Abgeordnete Braun aus dem Umstande herausgelesen hat, daß etwa zu der Zeit, wo gewisse Kreise den ungünstigen Ausgang des Krieges schon vorausgesehen haben oder haben voraussehen können, diese Arbeitsgemeinschaft zustande gekommen ist.

Nun zu der Vorlage selbst! Lassen Sie mich eine Bemerkung vorausschicken, in der Sie mir, glaube ich, alle zustimmen werden. Es ist doch geradezu eine Ungeheuerlichkeit — der Ausdruck ist wohl nicht zu scharf —, daß über eine so außerordentlich wichtige Vorlage, die unser ganzes Wirtschaftsleben auf den Kopf stellen soll oder jedenfalls doch

stellen kann, entschieden werden soll, ohne daß der **Vorlage** ein Wort der **Begründung** gedruckt beigegeben ist (sehr richtig! rechts), und zwar heute endgültig entschieden werden soll zu einer Zeit, wo die Verhandlungen der ersten Lesung noch nicht gedruckt in unseren Händen sind, wo wir also auch die Begründung, die die Herren vom Regierungstische in der ersten Lesung ihrer Vorlage gegeben haben, noch nicht einmal im Wortlaut vor uns haben. (Erneute Zustimmung rechts.) Es ist ungeheuerlich, daß heute anscheinend über diese Vorlage entschieden wird und werden muß, obgleich ein gedruckter Ausschußbericht noch fehlt, entschieden werden muß, obgleich uns über die Verhandlungen im Ausschuß, die nach meiner überschläglichen Berechnung etwa 20 Stunden in Anspruch genommen haben und in deren Verlauf einige 40 Anträge gestellt sind, auf Grund eines mündlichen Berichts, der etwa eine halbe Stunde gedauert hat, und in dem, so sehr der Berichterstatter sich auch Mühe gegeben hat, uns ein klares Bild über die Verhandlungen im Ausschuß zu geben, uns doch wahrhaftig blutwenig gesagt werden konnte und blutwenig gesagt worden ist.

Es muß und soll heute über die Vorlage entschieden werden, obgleich wir in den Fraktionen nur sehr knappe Berichte von unseren Vertretern in der Ausschußsitzung haben entgegennehmen können. Das ist anscheinend eine Errungenschaft der modernen Entwicklung. Zu der Zeit, als der heute so sehr verhaßte und bekämpfte Obrigkeitsstaat noch bestand, war es nicht üblich, daß man Vorlagen auch nur von der bescheidensten Tragweite den parlamentarischen Körperschaften zugehen ließ, ohne daß sie irgendeine Begründung erhielten. (Sehr richtig! rechts.) Ich hätte wohl hören mögen, was — sagen wir: der Herr Abgeordnete Scheidemann *im alten Reichstag* (sehr gut! rechts) *der Regierung gesagt haben möchte*, wenn sie gewagt hätte, wenn sie die Stirn gehabt hätte, wie er dann wohl gesagt haben würde, *dem Reichstag mit einer solchen gar nicht begründeten Vorlage zu kommen*. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir in den beiden Parteien, die zu Ihrer Rechten sitzen, müssen es uns ja gefallen lassen. Sie brauchten es sich nicht gefallen lassen, Sie könnten die Regierung veranlassen, daß sie ihren Vorlagen eine solche Begründung beigäbe. Ich glaube wirklich, man sollte, mag man von dem alten System auch noch so wenig beibehalten oder wieder übernehmen wollen, doch zu der guten, alten Sitte zurückkehren. Das würde unsere Verhandlungen außerordentlich fördern, würde aber auch die Auslegung derartiger Gesetze sehr erleichtern. Denn, meine Damen und Herren, ich möchte eine Preisaufgabe dahin stellen, ob selbst von den Herren der Mehrheitsparteien auch nur 10 Prozent in der Lage sind, uns genau zu sagen, was nunmehr die Regierungsvorlagen wollen und was in den Rahmen der Regierungsvorlagen alles hineingebracht werden kann und was nicht.

Es haben sich doch heute ganz merkwürdige Dinge ergeben. Zwar steht im § 2 Ziffer 2, daß im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung **wirtschaftlicher Güter**, und zwar ohne Unterschied, **gemeinwirtschaftlich geregelt** werden kann. Es haben aber heute zwei Redner aus den Kreisen der bürgerlichen Mehrheitsparteien, trotzdem diese Bestimmung so allgemein gefaßt ist, ausdrücklich erklärt, von einer gemeinwirtschaftlichen Behandlung der Landwirtschaft, des Kleingewerbebetriebes und einer ganzen Reihe anderer Dinge, auch der Fertigwirtschaft, könne nach diesem Gesetze unter keinen Umständen die Rede sein, und das letztere, obgleich, wie mir mitgeteilt wird, bei den Verhandlungen des Ausschusses von einem Herrn der Regierung ausdrücklich erklärt wurde, daß man unter Umständen beispielsweise die Herstellung von Lokomotiven demnächst in Gemeinwirtschaft übernehmen müsse. (Zurufe links.)

So sehr gehen die Meinungen über die Wirkungen dieses Gesetzes heute noch auseinander, und ich wiederhole: wenn man einen Preis auf die richtige Antwort aussetzen würde, wie diese Gesetze auszulegen und auszuführen sind, ich glaube, es würde wenig Preisträger in diesem hohen Hause geben.

Nun zu dem Gesetz selbst! Was an Bedenken gegen das Gesetz vorzutragen ist, das haben die Herren Vorredner, die den Standpunkt meiner Partei vertreten, vorgetragen: ich will nicht in Wiederholungen verfallen und möchte nur ein paar Kleinigkeiten noch nachtragen. Es ist in früheren Stadien, in denen man sich auch schon über die Sozialisierung unterhalten hat, und zwar noch unter dem alten obrigkeitsstaatlichen System, immer großes Gewicht darauf gelegt worden, ob man nicht **finanzpolitisch** aus solchen **Sozialisierungsversuchen** sehr viel Geld herausholen könne, und es ist meines Wissens auch von dem Herrn Reichsarbeitsminister in den Verhandlungen am vorigen Samstag ausdrücklich darauf hingewiesen worden, man müsse finanzpolitisch möglichst hohe Erträge vor allem aus der Kohlenwirtschaft zu erzielen suchen. Im übrigen ist dieser finanzielle Standpunkt in den Verhandlungen mehr oder weniger in den Hintergrund getreten. Ich möchte aber, da heute auch auf eine Bemerkung des Herrn Reichsfinanzministers Schiffer in der Richtung hingewiesen wurde, der sich angeblich auch solche hohen Erträge aus der Gemeinwirtschaft verspreche, doch darauf aufmerksam machen, daß solche höheren Erträge gegenüber dem dermaligen Ertrag dieser bewirtschafteten oder demnächst zu bewirtschaftenden Zweige nur erzielt werden könnten einmal dadurch, daß man in dem Betriebe niedrigere Löhne zahlt, oder daß man höhere Preise für seine Produkte erzielt. Daß man in der Gemeinwirtschaft niedrigere Löhne zahlt, als sie in der Privatwirtschaft seither gezahlt worden sind, das werden Sie, meine Damen und Herren, selbst nicht für möglich halten; wenn die

Parlamente bei Festsetzung der Löhne mitreden — und das wird ja mehr oder weniger nach der Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige der Fall sein —, kann von einer Erniedrigung der Löhne nicht die Rede sein, ganz abgesehen davon, daß sie auch aus sachlichen Gründen ausgeschlossen ist. Bleibt nur die Erhöhung der Preise. Ja, wollen Sie der Bevölkerung für alle die Bedarfsartikel, die Sie aus den sozialisierten Gebieten ihr zuführen wollen, höhere Preise zumuten? Ich glaube, wenn Sie das Ihren Wählern berichten werden, werden sie wenig Freude an der Sozialisierung haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Es wird eben dazwischengerufen — und darauf wollte ich gerade kommen —: die rationellere Produktion! Ja, meine Herren, es ist den Industriekapitänen und den Führern des Handels in dieser Debatte von allen Seiten ein so hohes Lob gespendet worden, daß niemand wird behaupten können, daß die demnächstige bureaukratische Wirtschaft mehr aus den Betrieben herausholen werde, als die freie Wirtschaft aus ihnen herausgeholt haben dürfte, und weil das nicht möglich ist, bleibt nur ein finanzieller Effekt zu erzielen durch die Erniedrigung der Löhne — das geht nicht — oder durch höhere Preise, und die werden Sie der Bevölkerung auch nicht zumuten können. Sie werden auch nicht den Glauben haben, daß dabei die bureaukratische Beamtenschaft die erste Rolle spielen werde und mehr herausholen könne, als es bei der freien Wirtschaft der Fall war. Meine Damen und Herren! Unsere Beamtenschaft ist hervorragend tüchtig, unsere deutsche Beamtenschaft macht uns kein Staat der Welt nach, wenigstens war es so bis zur Revolution. Wie es in Zukunft werden wird, müssen wir abwarten, prophezeien wollen wir nicht. Die Beamtenschaft leistet Hervorragendes auf den Gebieten, auf denen sie zu arbeiten gewöhnt ist; ob sie aber ebenso Hervorragendes demnächst in der sozialisierten Wirtschaft im wirtschaftlichen Betriebe leisten wird, wie es die freie Wirtschaft geleistet hat, hinter diese Frage gestatten Sie mir ein Fragezeichen zu setzen.

Es ist dann außerdem — und darauf möchte ich auch mit einem Worte eingehen — von den Verhandlungen erster Lesung — heute ist man nicht darauf zurückgekommen — gesagt worden, daß unter keinen Umständen gerade jetzt an die Sozialisierung herangegangen werden könne, in dem Augenblick, wo ein großer Teil der deutschen Wirtschaft, und zwar gerade der Teil, der für die Sozialisierung in erster Linie in Frage kommt, in dem von unseren Feinden besetzten Gebiet arbeite; es sei sehr bedenklich, jetzt zu sozialisieren, weil man fürchten müsse, daß die **sozialisierten Betriebe von der Entente** in erster Linie mit **Beschlag belegt** werden würden als Sicherheit für das, was sie uns an Kriegsentschädigung zumuten würde. Ich möchte den Vorwurf zurückweisen, der in der Besprechung erster Lesung gegen eine ähnliche Bemerkung erhoben wurde, daß man darauf nicht hinweisen dürfe, um den Feinden

nicht zu zeigen, wo etwas zu holen sei. Ach, so töricht sind unsere Feinde nicht, daß sie nicht von selbst merken, wo bei uns etwas zu holen ist. Wir verraten ihnen damit ganz gewiß nichts Neues. Wenn aber in der neulichen Besprechung Herr Wolkenbuhr gemeint hat, die englische und französische Bevölkerung werde eher verlangen, daß das Privatkapital im besetzten Gebiet beschlagnahmt werde als staatlicher Besitz, so wage ich dahinter auch ein starkes Fragezeichen zu setzen, abgesehen davon, daß das internationale Recht die Beschlagnahme von Privateigentum für derartige Ansprüche verbieten würde. Wir bleiben also dabei, daß wir mit jeder Sozialisierung, die die Möglichkeit bietet, das Eigentum von Privaten in öffentlich-rechtlichen Besitz überzuführen, es der Entente erleichtern, demnächst die Forderungen zu sichern, die sie in der Form von Kriegsentschädigung von uns erheben wird.

Meine Damen und Herren! Daß das Gesetz Nr. 1, wie es hier vorliegt, ein Rahmengesetz ist, das ist von allen Seiten anerkannt worden. Es ist aber ein Rahmengesetz von einem Umfange, wie es, glaube ich, in der deutschen Verfassungsgeschichte und in der Geschichte der deutschen Gesetzgebung nie dagewesen ist, ein Rahmen ohne jeglichen Inhalt, der erst vollständig ausgefüllt werden muß durch solche Sondergesetze. Der Rahmen ist viel zu weit, und auch hier sage ich: unter den früheren Verhältnissen hätte niemals eine Regierung wagen dürfen, von der Volksvertretung ein solches Rahmengesetz zu verlangen. Wie dieser Rahmen ausgefüllt werden soll, wissen wir auch heute nicht.

Ich komme damit auf eine Bemerkung zurück, die ich bereits einleitend gemacht habe. Man tröstet uns damit, daß wir es in der Hand haben, wie der Rahmen auszufüllen sein wird. Nein, wir allein haben es nicht in der Hand, sondern vielleicht erst diejenigen, die nach uns kommen, und es liegt kein Anlaß vor, daß man diesen auf diese Weise die Arbeit erleichtert, wie man das in dem vorliegenden Rahmengesetz tut. Man sagt immer: es geht nur um die Kohlen. Nein, es geht heute um die ganze Wirtschaft. (Sehr richtig! von der Deutschen Volkspartei.) Der Herr Ministerpräsident Scheidemann hat neulich von den Meilensteinen gesprochen auf einem Wege, auf dem es dann doch auch demnächst weiter gehen muß. Hier ist der Anfang, und diesem Anfang müssen wir deshalb widersprechen und widerstehen, wenn wir das weitere verhindern wollen.

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß wir in so knapper Zeit veranlaßt sind, dieses Gesetz zu verabschieden. Ja, darf ich doch auf etwas anderes noch in diesem Zusammenhange hinweisen. Es ist uns in der ersten Lesung von dem Herrn Ministerpräsidenten Scheidemann gesagt worden: was hier geschähe, sei ein wohldurchdachter Plan, der nicht mehr scheitern könne,

und es sind in den Ausschußverhandlungen eine ganze Reihe von gewiß wohldurchdachten Ausführungen besonders von den juristischen und den technischen Sachverständigen des Reichswirtschaftsamts gemacht worden. Ja, hätte man diese wohldurchdachten Ausführungen, die ja doch am Samstag schon feststehen mußten, nicht auch uns allen vervielfältigt zur Verfügung stellen können, so daß jeder Gelegenheit gehabt hätte, sich damit zu beschäftigen und sachlich auseinanderzusetzen? (Sehr richtig!) Von alledem keine Spur; wir sind auch heute auf nichts anderes angewiesen als auf das, was im Gesetze steht.

Und nun warum die Eile? Ja, das ist auch schon erwähnt worden: die Eile ist notwendig, weil Beruhigung geschaffen werden soll. So hat man es von seiten der Regierung ausgedrückt. Die Eile ist notwendig, weil politische Gründe zur Verabschiedung des Gesetzes drängen. Wenn man uns die Gewähr dafür geben könnte, wenn man uns einigermaßen Sicherheit dafür geben könnte, daß mit der Verabschiedung dieses Gesetzes irgendwo Beruhigung im deutschen Wirtschaftsleben und in der deutschen Arbeiterschaft eintreten würde, dann wären wir die ersten, die dem Gesetz zustimmen würden. Dafür kann uns aber niemand einige Gewähr geben. Wir haben die Befürchtung — und aus ebenso guten Gründen, wie Sie die umgekehrten Hoffnungen haben —, daß mit der Verabschiedung dieses Gesetzes das Verlangen nach mehr wächst, und wir haben weiter die Befürchtung, daß leider die Nationalversammlung in ihrer Mehrheit nicht stark genug sein möchte, derartigem weiteren Verlangen zu widerstehen. Wenn sich diese Befürchtungen nicht bewahrheiten und Ihre Hoffnungen sich verwirklichen sollten, daß das Gesetz in unsere Arbeiterkreise Beruhigung bringt, dann werden wir uns am meisten darüber freuen.

Nach all dem, was wir gegen das Gesetz vorgebracht haben, müssen wir das Gesetz im ganzen ablehnen. Daß wir damit den Gedanken nicht ablehnen, daß der einzelne seine Interessen dem Gesamtinteresse unterzuordnen habe, daß er seine Fähigkeiten im Dienst der Allgemeinheit zu betätigen habe, ist ganz selbstverständlich und ist auch in der ersten Lesung von den Rednern unserer Fraktion, insbesondere von Herrn Dr. Stresemann schon gesagt worden. Es ist auch heute gerade in den Schlußworten des Herrn Abgeordneten Vögler nochmals das deutlich zum Ausdruck gebracht. Ebenso sind wir bereit, mitzuarbeiten, wenn es sich darum handelt, aus der Volkswirtschaft mehr Geld für unsere leider sehr kranken Reichsfinanzen zu ziehen. Wenn der Herr Reichsfinanzminister demnächst mit seinen großen Vorlagen an die Nationalversammlung herantritt, werden wir es an unserer Mitarbeit nicht fehlen lassen. Wir stehen aber heute noch auf dem Standpunkt, den auch früher die Reichsfinanzverwaltung eingenommen hat, daß es zweckmäßiger sei, der Privatwirtschaft das Geld verdienen zu lassen und

es dem Reich in Form von Steuern zuzuführen, als die Privatwirtschaft in Staatswirtschaft überzuführen und dabei finanziell ein schlechteres Geschäft zu machen. Und nun zu den Einzelheiten des Gesetzes (Bewegung und Unruhe links) und den Anträgen, die wir gestellt haben! Meine Damen und Herren! Was in dem Absatz 1 des § 1 des Sozialisierungsgesetzes steht, daß jeder Deutsche unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Kraft habe, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert, ist eine Selbstverständlichkeit und bedarf keiner gesetzlichen Festlegung. Es ist aber etwas ganz Ungewöhnliches, daß man eine sittliche Pflicht in einem Gesetz festlegen will, weil jede Möglichkeit fehlt, die Nichterfüllung der sittlichen Pflicht unter Zwang zu stellen. Ein derartiger Satz gehört in ein Lehrbuch der Philosophie, er könnte in einem Lehrbuch der Ethik stehen, er sollte auch Gemeingut der Parteiprogramme werden; aber in ein Gesetz gehört er nicht. Er ist auch zu eng, weil die Rechtspflicht fehlt, und er ist zu eng, weil alle die anderen Pflichten fehlen, welche damit verbunden sind. (Unruhe und Zuruf links: Das wissen wir ja alles schon!) — Verzeihung, wir haben Ihre Redner auch sprechen lassen. Sie haben auch manches gesagt, was wir schon wußten. Sie gestatten mir wohl, daß ich meine Redezeit ausnutze und sage, was ich zu sagen habe. Im übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, daß es Sache des Herrn Präsidenten ist, mich daran zu erinnern, wenn ich am Ende meiner Redefrist bin.

Meine Damen und Herren! Was § 1 Absatz 2 anlangt, so ist ebenfalls immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Worte „als höchstes wirtschaftliches Gut" Begründung einer Gesetzesvorlage sind, nicht aber ein Stück des Gesetzes selbst. Und wenn im Schlußsatz des § 1 Absatz 2 immer wieder auf das besondere Reichsgesetz hingewiesen wird, so darf ich darauf aufmerksam machen, daß wir jetzt seit Zusammentritt der Nationalversammlung etwa 30 bis 40 derartige Hinweise auf besondere Reichsgesetze schon beschlossen haben. Wir könnten also, glaube ich, viele, viele Monate damit verbringen, um lediglich die Rahmengesetze auszufüllen, die wir bisher beschlossen haben.

Bei § 2 möchte ich auf zwei Dinge aufmerksam machen. In Ziffer 1 werden nebeneinander die Worte Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft gebraucht: Es ist in den Ausschußverhandlungen ausdrücklich bestätigt worden, daß die beiden Ausdrücke genau dasselbe bedeuten. Wäre es denn da nicht zweckmäßiger, wenn man wenigstens denselben Ausdruck in beiden Fällen gebrauchte? Das wäre doch gesetzestechnisch besser und für die Auslegung eine Erleichterung.

Was die Ziffer 2 anlangt, so lassen Sie mich darauf aufmerksam machen, daß Sie zwar eine Verbesserung insofern angebracht haben,

als Sie vorschlagen, es möchte nur **im Falle dringenden Bedürfnisses die Sozialisierung** dieser Betriebe eintreten; Sie haben aber dabei keineswegs ausgeschlossen, daß, wenn auch nur ein vorübergehendes Bedürfnis zur Sozialisierung Veranlassung gibt und dieses Bedürfnis demnächst fortfällt, die Sozialisierung ein für allemal gesetzlich festgelegt ist und nur durch besondere Gesetzgebung wieder beseitigt werden kann. Deshalb schlagen wir vor, daß hier mindestens eingefügt werden möchte hinter die Worte „im Falle dringenden Bedürfnisses": „und solange dieses Bedürfnis besteht".

Meine Damen und Herren! Ich bin damit am Schlusse meiner Ausführungen. Ich kann nur nochmals dringend bitten, das Gesetz so, wie es Ihnen nunmehr vorliegt, nicht zu verabschieden, sondern abzulehnen. Wir müssen nach wie vor die Bedenken, die wir gegen das Gesetz haben, aufrechterhalten und müssen ihm ein ablehnendes Votum zuteil werden lassen. Sollten Sie sich dazu nicht entschließen — und das ist nach den Mehrheitsverhältnissen in diesem Hause zu erwarten —, so haben wir die dringende Bitte, Sie möchten wenigstens die kleinen Verbesserungen, die wir Ihnen vorschlagen, annehmen und damit dem Gesetz eine Form geben, die es äußersten Falls auch für seine Gegner einigermaßen annehmbar machen könnte. (Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Traub.

D. **Traub**, Abgeordneter: Zunächst ein paar Worte zu den verschiedenen Anträgen. Die Anträge auf Nr. 132 von Herrn Dr. Cohn lehnen wir ab. Sie haben auch in der Kommission keine Zustimmung gefunden. Ich bedauere, daß der Herr Abgeordnete Dr. Cohn den § 4 wieder aufgenommen hat; denn die Einsetzung des Wortes „ungesäumt" bedeutet gar nichts anderes, als eine agitatorische Erschwerung der künftigen Lage.

Die Anträge auf Nr. 131, die von der Sozialdemokratie gestellt worden sind, bedauern wir ebenfalls. Die Herren bringen wiederum den Antrag ein, im Widerspruch mit der Verfassung, den Rechtsgrundsatz außer acht zu lassen, daß eine **Enteignung** nur gegen angemessene **Entschädigung** stattfinden kann. Ich möchte daran erinnern, daß Sie, wenn Sie jetzt in der Regierung sitzen und unseren Staat vertreten, starkes Interesse daran haben müssen, in welchem Ansehen der Staatskredit steht. Der Staat kämpft um die Grundlagen seines Kredits und seiner eigenen Existenz, wenn er überhaupt den Grundsatz antasten läßt, daß das Eigentum nur gegen Entschädigung abgelöst werden kann. Deshalb handelt es sich in dieser Frage gar nicht um Parteifragen, noch weniger um Befriedigung eines Privatinteresses, sondern unmittelbar

um den Schutz des Staatsinteresses. Der Staat ist der am meisten dabei Beteiligte, daß in solchen Fragen der Entschädigung die allgemeinen Rechtsgrundsätze innegehalten werden.

Nachdem ich das gesagt, erlauben Sie mir einige allgemeine Ausführungen. Wir stehen am Wendepunkt der Geschichte der deutschen Volkswirtschaft, wenn dieses Sozialisierungsgesetz wirklich in Kraft tritt. Unser Volk ist arm geworden. Seelisch und wirtschaftlich zerrüttet steht es da. Unsere Rohstofflager sind leer, Hochöfen wurden ausgeblasen. Wie hoch sich unsere Reichsschulden belaufen, wissen wir noch gar nicht. Was der Feind uns nehmen und was er uns lassen wird, ist uns unbekannt. Gerade diesen Augenblick des größten **Tiefstandes unseres wirtschaftlichen Lebens** hält nun die jetzige Regierung für geeignet, um unser ganzes **Wirtschaftsleben zu revolutionieren.** Im Augenblick unserer höchsten Gefährdung nach außen setzt sie uns vor die schwierigste Aufgabe einer grundsätzlichen wirtschaftlichen Umänderung im Innern. Wir setzen so das letzte aufs Spiel, nämlich unsere, bisher doch im großen und ganzen gerade nach den Erfahrungen des Krieges bewährten Wirtschafts- und Arbeitsordnung. Wenn mein Kollege Veidt vorhin gesagt hat, dieser Zeitpunkt sei zu ernst, um Prinzipien durchzusetzen, und um Prinzipienreiterei zu treiben, so hat er damit vollständig recht, und der Vorwurf des Herrn Cohn zeigt nur, wie sehr er ihn mißversteht. Solange wir noch dem Feind gegenüberstehen und nicht wissen, welches Schicksal er über uns verhängt, ist die Zeit wirklich zu ernst, als daß wir an die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung rühren lassen sollten. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

In den Novembertagen haben wir uns vor dem Feind selbst entwaffnet und unsere Gewehre zerbrochen. Jetzt haben wir nur das allereinzigste nötig: Ruhe und Arbeit. Aber gerade jetzt treten wir vor die Welt und sprechen: „wir wollen ein großes wirtschaftliches Experiment machen, das noch keiner von euch gemacht hat; wir wollen unsere Wirtschaftsordnung grundsätzlich neu regeln und uns dazu heute die Möglichkeit geben lassen." Damit werfen wir auch unsere alten wirtschaftlichen Schutzwehren weg und — sehen zu, ob wir neue schaffen werden. Woher sie kommen sollen, wissen wir nicht. Was wird die Welt darauf antworten? Viele von Ihnen auf der linken Seite werden auf ein starkes Echo in den Arbeiterkreisen der fremden Länder hoffen. Aber seien Sie nicht so harmlos, daß Sie dieses freudige Echo nur als Ausdruck der Solidarität betrachten. Hinter diesem Echo klingt eine recht starke Genugtuung der Feinde über den wirtschaftlichen Sieg, der damit über Deutschland davongetragen wird. Ich fürchte, daß diese neue Ordnung unsere Friedensbedingungen geradezu verschärfen wird.

Denn die Grundlagen unserer Wirtschaft werden dadurch erschüttert. Damit sinkt das Vertrauen der Welt in die Arbeitsleistung unserer Nation. Sie wird uns mit einer Schwächung unseres Kredits antworten. (Sehr richtig! rechts.)

Vorhin wurden wir aufgefordert, an den Geist der Paulskirche uns zu erinnern. Wissen Sie denn, daß in der Paulskirche einst mit 317 gegen 114 Stimmen ein Sozialisierungsgesetz abgelehnt worden ist (hört! hört! rechts), in welchem damals das Recht auf Arbeit verlangt wurde?

Nun weiß ich ja, daß man die Haltung, die wir von der Deutschnationalen Fraktion in dieser Sache eingenommen haben, wahrscheinlich agitatorisch sehr ausnutzen wird. Das ganze vorgelegte Gesetz trägt schon wesentlich agitatorischen Charakter, desto mehr wird man draußen alles tun, um ein Zerrbild aus der Haltung der Rechtsparteien zu entwerfen. Einerseits wird gesagt werden, wir seien eine rein ablehnende Partei, und andererseits, wir seien auch wirtschaftlich eine reaktionäre Partei.

Darauf antworten wir folgendes: Wir sind keine einfach ablehnende Partei. Wir haben in der Kommission durchaus sachlich mitgearbeitet und haben auch heute einen ganz bestimmten Antrag gestellt. Wir haben in dem Ausschuß dem § 2 Absatz 1 Ziffer 1 zugestimmt und sind auch heute gesonnen, diesem Satz in getrennnter Abstimmung unsere Zustimmung zu geben. Wir haben unseren Standpunkt, den wir in der Wahlzeit eingenommen haben, nicht verlassen. (Sehr richtig! rechts) Wir haben das nicht nötig, auf Grund dieses Standpunktes haben wir heute den Antrag erneut eingebracht, § 2 folgendermaßen zu fassen:

> Für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, gegen angemessene Entschädigung in Gemeinwirtschaft zu überführen, ist Sache der Reichsgesetzgebung.

Dieser Antrag ist in dem Ausschuß ursprünglich von der — Deutschen Demokratischen Partei gestellt worden! (Hört! hört! rechts.) Wir freuten uns dieses Antrags; nach unserer Auffassung sollte in der Verteidigung der freien Wirtschaft unter den bürgerlichen Parteien nur ein einheitlicher und gemeinsamer Wille vorhanden sein. (Beifall rechts.) Aber unsere Freude war verfrüht. Die bürgerlichen Parteien des Blocks haben sich nachträglich der Sozialdemokratie gefügt. Ich frage heute, ob ich unrecht hatte, als ich kürzlich von diesem Platz aus gesagt habe: „der eigentliche Schutz der liberalen Gedanken wandert nach rechts". (Zustimmung rechts.)

Aber man wird uns häufig auch als wirtschaftliche Reaktionäre hinstellen. Wir antworten darauf: Auch wir wollen den Gesichtspunkt des volkswirtschaftlichen Interesses und des gesamten Volkswohls in

erste Linie stellen und nicht nach dem einzigen Gesichtspunkt des Privaterwerbs urteilen. Sozial zu sein ist wahrhaftig kein Vorrecht der Sozialdemokratie. (Beifall rechts.) Zur Rechten gehört die ganze Linie von Wagener bis Stoecker und Adolf Wagner. (Sehr richtig! rechts.) Wir brauchen nur an das zu denken, was mit den Namen Kanitz oder Wangenheim verbunden ist. Auch erinnere ich an den viel verschrienen Landschaftsdirektor Kapp, der die öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungen als gemeinnützige Provinzialanstalten ins Leben zu rufen sucht. Ich möchte hier — weil ich ausdrücklich dazu ermächtigt bin — feststellen, daß Exzellenz Graf Posadowsky aus wohlerwogener Überzeugung gegen diesen Gesetzentwurf stimmen wird, weil er, der doch wahrhaftig in der Welt des sozialen Gedankens und sozialer Tat einen Namen von gutem Klange besitzt, ein ganz entschlossener Gegner dieses Gesetzes gerade aus sozialer Überzeugung ist, und er wird morgen bei der Beratung des Kohlengesetzes Anlaß nehmen, diese seine Stellung noch näher zu begründen. Wir lassen uns deshalb nicht imponieren, wenn man uns vorwerfen will, wir seien weniger sozial als die anderen Gruppen dieses Hauses.

Der echte Sozialismus hängt übrigens nicht an Betriebsformen, sondern er bewährt sich in den inneren Beziehungen von Mensch zu Mensch und in der Achtung vor jedem Mann in jedem Kleid. In der christlichen Urgemeinde und in verschiedenen „Sektenbewegungen" der christlichen Kirche finden wir mancherlei Ansätze und Versuche mit kommunistischen Vertretungen und kommunistischer Wirtschaftsform. Aber es hat sich jedesmal gezeigt, daß, sobald sich der Geist, der von Mensch zu Mensch sprach, verlor, alle die äußeren Einrichtungen und Betriebsformen nichts mehr nützten. Der echte Sozialismus liegt in der Herzenstiefe und nicht an der Oberfläche einer mechanischen Organisationsform. Nicht in einer äußeren unpersönlichen Betriebsorganisation, sondern in der Weltanschauung und in der Lebensauffassung des einzelnen muß er verankert sein. (Sehr richtig! rechts.) Darum machen wir den Sprung, der in dieser Gesetzesvorlage ganz deutlich gemacht ist, nicht mit, nämlich den Sprung vom Sozialismus zum Kommunismus.

Es wurde eingewendet, daß wir damit Splitterrichterei mit Worten treiben. Nein, es handelt sich in diesem Gesetz um einen ganz klar ausgesprochenen Willen. Bestimmte Ereignisse im Ausschuß beweisen das. Die Sozialdemokratie hat es offen ausgesprochen: „Wir wissen genau, was wir mit dem Gesetze wollen! Verlassen Sie sich darauf!" (Sehr richtig! rechts.) Die bisherige Haltung der Sozialdemokratie, wenigstens so, wie sie amtlich nach außen hin dargestellt worden ist, wird jetzt verlassen. Denn Sie haben uns bisher immer versichert „Nein, wir sind keine Kommunisten", „Wir wollen mit unserem Sozialismus nur den Kollektivismus". Wie oft haben Sie uns einer Falschmünzerei be-

zichtigt, wenn wir sagten, daß Ihr Sozialismus in den **Kommunismus** hineinführe, heute gestehen Sie selbst zu, daß gar kein Unterschied sei zwischen der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und diesem kommunistischen Programm. Wir haben keinen Anlaß, das Volk besonders graulich zu machen vor diesem Kommunismus, indem wir an Maschinengewehre oder spartakistische Mordtaten erinnern. Das Volk hat eigene Augen. In Rußland ist aller Welt klar und deutlich geworden, was ein kommunistisches Experiment bedeutet, vor allem in einem Augenblick, da die wirtschaftlichen Quellen so verstopft sind, wie sie nach einem solchen Kriege verschüttet sein mußten (sehr richtig! rechts); wir haben nicht nötig, noch besondere Schreckgespenster an die Wand zu malen. Aber das deutsche Volk soll deutlich sehen, wo es hingeführt wird. Einige Schreckgestalten haben wir schon in unserer Mitte. Denken Sie an die ganze Art, wie die Zwangswirtschaft ausgeführt worden ist. Die Kriegsgesellschaften sollen jetzt nur auf neue Art verewigt werden. Man sagt uns zur Beschwichtigung, das Gesetz sei ein **Rahmengesetz**. Das ist gesetzestechnisch richtig, aber wir lassen uns nicht täuschen. Ich würde mich freuen, wenn die Aussicht, die Dr. Pachnicke eröffnet, Wahrheit würde, daß seine Partei den Willen habe, in dem Augenblick zu stoppen, wo innerhalb dieses Rahmengesetzes die freie Wirtschaft zu Grabe getragen wird. Ob die Macht dazu noch da sein wird? Unsere Hoffnung ist sehr gering, daß der Wagen, der nun einmal in wilder Flucht dahinschießt, aufgehalten werden kann. Jedenfalls machen wir das nicht mit, daß wir uns unter dieser Firma eine harmlose Stellung anempfehlen lassen. Nein, wir wollen allen Folgen klar ins Gesicht sehen und heute schon die Bauern aufmerksam machen: was sagt ihr dazu, wenn laut dieses Gesetzes eure wirtschaftlichen Güter auf Äckern, Wiesen und Feldern „nach Herstellung und Verteilung in gemeinschaftlichen Betrieb übernommen" werden sollen? Man hört schon alles mögliche über Gesetze, die unterwegs sind und die den Bauer sehr, sehr interessieren und ihm nahegehen werden! Und was wird der Bäcker und der Schneider dazu sagen, wenn er künftig auf irgendwelche amtliche Zuteilungsstelle angewiesen wird? Was will denn eigentlich der Händler künftig noch machen? Heute herrscht zwischen Kleinhandel und Großhandel eine große Interessengemeinschaft (sehr richtig! rechts), leider nicht des Lebens, sondern des Todes. (Sehr gut! rechts.)

Was wollen Sie denn eigentlich mit all den überflüssig werdenden Existenzen anfangen? Wo kommen sie hin? Wo tauchen sie wieder auf? Werden sie Ihnen nicht alle die feinen wirtschaftlichen Kalkulationen über den Haufen werfen, wonach Sie den ganzen wirtschaftlichen Prozeß eines Millionenvolkes in einer Hand gestalten wollen? Ich will den Begriff „wirtschaftliche Güter" nicht weiter ausdehnen, aber Buch-

händler, Verleger, Schriftsteller, Zeitungen und alles, was damit zusammenhängt, kommen später in dieselbe Mühle.

Die Hauptsache liegt aber in folgender Frage, warum die gegenwärtige Regierung und dieser so junge Freistaat sich gerade mit der allerschwersten Last bepackt und die ganze Regelung der Wirtschaftsordnung auf seine Schultern nimmt. Das ist eine grundsätzliche Erwägung. Wir finden in Deutschland nicht zuviel Überschuß an Staatsliebe. Wir haben nicht zuviel Staats- und Vaterlandsbegeisterung. Wenn der **Staat** sich nun auch damit noch befaßt, daß er sich selbst für die ganze Gestaltung der **künftigen Wirtschaft verantwortlich** macht, daß er es auf sich nimmt, dieses feine, verzweigteste Gewebe von sich aus zu formen, dann trifft ja auch der ganze Haß der Masse täglicher Enttäuschungen gerade diese junge Regierung. So wird die Angriffsfläche gegen den Staat ungemein verbreitert. Ich meine, die Regierung hätte klüger daran getan, sich diese entsetzliche Last vom Halse zu schaffen und es all denen zu erleichtern und zu danken, die ihr die wirtschaftlichen Verantwortlichkeiten abnehmen. (Sehr richtig! rechts.)

Aber ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Staat sich nicht in die Einzelheiten der Regelung des Betriebes einlassen wolle und daß es sich, wie vorhin von sozialdemokratischer Seite gesagt wurde, „weder um eine Bureaukratisierung noch um eine Fiskalisierung" handele. Die schlechten Erfahrungen mit Staatsbetrieben warnen. Ja, entschuldigen Sie, dann möchte ich doch einmal wissen, um was es sich eigentlich handelt. (Sehr gut! rechts.) Jeder sagt immer: um das handelt es sich nicht —, nämlich dann, wenn man ihm eine klare gefährliche Folge dieses Systems vor Augen hält.

Was will man eigentlich? Ich habe die Ausschußverhandlungen von A bis Z aufmerksam mitgemacht und unterschreibe das Urteil, das vorhin gefällt worden ist: „Man weiß es nicht!" Es ist unverantwortlich, daß man unserem deutschen Volke in diesem Augenblick der höchsten Not ein Rahmengesetz bringt, in welchem alle Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Entwicklung vorliegen, für die aber jede gesetztechnische klare Formulierung fehlt. (Sehr richtig! rechts.)

Grundsätzlich noch zwei Bemerkungen! Was da draußen gärt und was sich in den Köpfen der Arbeiterschaft spiegelt, ist, glaube ich, etwas ganz anderes, als was Sie hier mit diesem Gesetz beruhigen wollen. Da draußen denkt man etwa so: wenn man soundsoviele große Unternehmer ausgeschaltet hat, dann gewinnen alle die Kleinen. Diese Rechnung ist falsch. Wer die Gesundheit der kleinen Wirtschaften schützen will, der gebe den großen Bewegungsfreiheit. Dann wird einsehen, daß der Kleine profitiert, weil der Große profitiert; aber nie

umgekehrt. Unser Volk leidet daran, daß es nicht weiß, wem es Vertrauen schenken kann. Wenn ich so hineinschaue in die Enttäuschungen, die von draußen laut werden über die Leistungen unserer Nationalversammlung, so muß man feststellen, daß das Vertrauen sinkt. Nun sinkt auch noch das Vertrauen gegenüber der Regierung, und es wird in so unverantwortlicher Weise untergraben, wie das vorhin von Herrn Dr. Cohn geschehen ist. Wo haben wir noch ein festes und sicheres Verhältnis, in dem sich die Menschen gegenseitig vertrauen? Ich glaube — es ist seltsam, es auszusprechen — es ist das **Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer.** (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren, der Arbeiter, wenigstens der, der wirklich arbeiten will und noch eine Freude an seiner Arbeit und noch einen Stolz auf seinen Beruf hat, besitzt ein gutes Verständnis für den Unternehmer, der mit ihm an demselben Werk und an demselben Beruf arbeitet. Unsere Arbeiter in Rheinland-Westfalen haben für den Räte-arbeiter und Redearbeiter nicht viel übrig; aber sie haben noch Achtung vor dem wirklich arbeitenden Arbeiter. Dieser arbeitende Arbeiter hat aber immer noch Verständnis dafür, daß der ganze Betrieb unmittelbar mit der Selbständigkeit, Frische und Leistungsfähigkeit des Unternehmers zusammenhängt. Nun, sage ich, gerade in dieses Verhältnis hinein wirft sich die Gesetzgebung und lähmt diese Arbeitsfrische und -tüchtigkeit des Unternehmertums und zerstört da, wo man noch am natürlichsten zu einem aufbauenden Vertrauen kommen könnte.

Darum komme ich zum Schluß und sage: diese ganze Gesetzgebung wird genau das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezweckt. Sie ist und bleibt eine politische Gesetzgebung. Ich möchte an die Tatsache erinnern, daß man uns einen herben Vorwurf gemacht hat, weil wir darauf aufmerksam machten: die ganze Gesetzgebung bedeutet im Endziel nur eine Sicherstellung der sozialdemokratischen Macht über die Volkswirtschaft. Wir von der rechten Seite sind bei der ganzen Gesetzgebung ausgeschlossen worden. Wir haben auch nichts von all den verschiedenen „Abmachungen", „Versprechungen", die schon längst Arbeitern und Soldaten gemacht worden sind, gehört, die wie ein großer Druck auf den Verhandlungen lagen. Wir haben im Ausschuß jeden Tag in verstärktem Maße hören müssen, in welch bindender Weise die einzelnen Gruppen sich schon vorher festgelegt hatten. (Sehr gut! rechts.)

Wenn man überhaupt solche Versprechungen abzugeben für nötig hält, wäre es richtiger gewesen, sie sämtlichen Parteien mitzuteilen, um der Würde der Nationalversammlung willen. Die Geheimdiplomatie wird innerhalb der Parlamente wahrscheinlich immer weiter dauern, die man nur nach außen hin abschaffen will. (Sehr gut! rechts.)

Die Beruhigung unseres Volkes wünschen wir alle von ganzem Herzen, aber ich fürchte die große Enttäuschung, wenn das nicht eintritt,

was die Hetzer in Hirn und Herz von Tausenden hineingetrieben haben. Es geht, wie gesagt wurde, eine „Fieberkrankheit" durch die Welt; das erkenne ich an. Aber einem Fieberkranken erfülle ich seinen Wunsch nicht ohne weiteres, sondern ich werde gerade dadurch sein Helfer und sein Retter, daß ich ihm sage: du hast jetzt gar nicht die Möglichkeit, dir wie ein Gesunder alles zu überlegen, was für dich taugt. (Sehr richtig! rechts.)

Das Gesetz, wie es hier ist, wird kein Gesetz zur Belebung der Arbeitsfreudigkeit, sondern ein Gesetz zur Beförderung der Arbeitsunlust sein, und eben darum können wir es nicht mitmachen. Die Zeche wird nach unserer Auffassung bezahlen der Arbeiter und der Verbraucher.

Ich möchte aber auch jetzt wieder nicht schließen mit einer solchen Ablehnung, sondern ich möchte wieder, wie in meiner ersten Rede, fragen: wäre es nicht denkbar und möglich, daß wir alle von all den verschiedenen Gruppen und Parteien hier einheitlich vorgehen und, ehe wir auseinandergehen und die Nationalversammlung sich vertagt, einen warmen, starken, einheitlichen Appell von allen Parteien an unser deutsches Volk richten mit der Mahnung zu dem einzigen, was uns jetzt helfen kann: zur Ruhe, zur Ordnung und zur Arbeit. Jeder einzelne hat das betont. Aber wenn wir uns alle in einer einheitlichen Erklärung zusammenfinden könnten, wenn wir einmal den Mut hätten, als wirkliche Einheit vor das Volk zu treten und ihm zu sagen: wir wollen euch nicht mit Gesetzen, die in diesem Augenblick auf ihre Tragweite hin zu untersuchen gar nicht möglich ist, helfen, sondern wir appellieren an eure sittliche Pflicht, an euer Ordnungsgefühl, an euren Arbeitsfleiß, diese können jetzt zunächst allein helfen — ich meine, das wäre eine Tat, und diese Tat würde sich lohnen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Ich kann die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Traub doch nicht unwidersprochen vorübergehen lassen. Herr Abgeordneter Traub hat gemeint, daß das Ansehen des Reichs leiden würde, wenn wir in die Wirtschaft eingriffen, ohne die Betroffenen zu entschädigen, und er hat gemeint, es könne uns Sozialdemokraten in der Regierung doch auch nicht gleichgültig sein, welches Ansehen das Reich genieße. Wenn ich mir die Anträge ansehe, die von Herrn Traub beziehungsweise seinen Genossen vorgelegt sind, dann frage ich mich vergeblich, was dem Herrn Traub zu seiner Auffassung Anlaß gegeben haben kann. Die Anträge, die die Genossen des Herrn Traub gestellt haben, übernehmen — ich bitte, das zu beachten — im wesentlichen eine Formulierung der Regierungsvorlage, aber fügen hinzu, daß eine Vergesellschaftung geeigneter wirtschaftlicher Unternehmungen, ins-

besondere solcher zur Gewinnung von Bodenschätzen oder zur Ausnützung von Naturkräften nur „gegen angemessene Entschädigung" eintreten kann. Ich komme danach zu dem Ergebnis: „grundsätzliches Umwälzen", ein „Rütteln an den Grundlagen der Wirtschaft", wie in den Worten des Herrn Traub beklagt wurde, darf man schon, doch muß man denen, die etwa betroffen werden, von Staats wegen eine angemessene Entschädigung geben. Herr Traub meinte, wir werfen die Schutzwehren unseres ganzen Wirtschaftslebens fort, niemand wisse, was dabei herauskommen würde, aber wir können es nach dem Antrage seiner Freunde riskieren, wenn eine angemessene Entschädigung bezahlt wird. Herr Traub sagte: Echter Sozialismus muß verankert sein in der Lebensauffassung. Unser Sozialismus, wie er sich im Gesetz ausprägt, geht ihm zu weit, aber er geht doch mit, denn in der Lebensauffassung der Freunde des Herrn Traub und in seiner eigenen ist der Sozialismus begründet, für den eine angemessene Entschädigung gezahlt wird. Derartige Argumentationen zeigen doch, daß die Herren, die durch Herrn Traub vertreten werden, eine eigene Auffassung vom Sozialismus haben und zu unserer nicht zu bekehren sind. Die Herren von der Rechten sind überhaupt nicht zu überzeugen. Man kann noch so klar und deutlich sagen, was man will, in die Ohren dieser Herren bringt kein Wort, nur ein Schall. Es ist tatsächlich so, als ob eine babylonische Sprachenverwirrung herrsche.

Herr Traub hat eben wieder dasselbe gesagt, was Herr Veidt heute mittag gesagt hat, wir wollten das **Prinzip der Zwangswirtschaft, der Kriegswirtschaft** aufrechterhalten. Ich glaube, noch nie ist vom Ministertisch aus so klar und deutlich eine Ablehnung der Wirtschaftspolitik einer früheren Regierung erfolgt, als ich sie in meinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mit aller Entschiedenheit gesagt, daß ich mich abwende von diesem Kriegssozialismus, von der Kriegswirtschaft, weil unter ihm die Volkswirtschaft nicht gedeihen kann. Nicht von oben nach unten soll organisiert werden, sondern lebendig aus sich selbst heraus soll sich unsere Wirtschaft entwickeln, sollen die gesunden Triebe in ihr frei zur Entfaltung gelangen. Aber wie oft man es auch sagt: es ist ein Schlagwort, das Anklang in den Massen findet, wenn man von den Schäden der Kriegswirtschaft spricht. Darum wird hier jetzt von beiden Herren verkündigt, auch wir wollten nichts anderes, als dieses System der Kriegswirtschaft verewigen.

Es ist heute die Rede gewesen von den „unangenehmen" **Sachverständigen**, die gestern in der Kommission anwesend waren. Sie alle, meine Herren, die Sie anwesend waren, wissen, daß, nachdem die Sachverständigen gegangen waren, auch nicht ein einziger der Herren von den Mitgliedern des Ausschusses auch nur mit einem Worte auf die Ausführungen dieser Sachverständigen zurückgekommen ist. (Hört! hört! bei

den Sozialdemokraten.) Sie hatten wirklich aber auch gar nichts Neues gesagt. Und, meine Herren, mit Sachverständigen, die selbst Ihnen, die Sie geholt haben, so wenig sagen konnten, daß Sie sich nicht auf sie berufen konnten, mit diesen Sachverständigen uns herumzuschlagen, sollten wir irgendwie Angst gehabt haben? Das ist eine Selbsttäuschung, eine Überhebung, wie sie größer kaum gedacht werden kann.

Ich muß sagen, daß der Vorwurf, den die Herren der Regierung machen, in viel höherem Maße den Herren zu machen ist, der nämlich, daß sie unklar sind und nicht genau wissen, was sie wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, Sie beantragen hier die **Landwirtschaft auszunehmen.** Sind Sie sich der Konsequenzen dieses Antrages bewußt? Wenn Sie sich der Konsequenzen bewußt sind, dann wollen Sie also hier ausdrücklich festgestellt haben, daß die sittliche Pflicht zur Arbeit im Interesse der Gesamtheit nicht für die Landwirtschaft gelten soll. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Die sittliche Pflicht zur Arbeit für die Gesamtheit ist doch in der Regierungsvorlage für alle ausgesprochen, und wenn Sie die Landwirtschaft von vornherein ausschalten wollen, dann schalten Sie sich auch von dem aus, was als die sittliche Pflicht aller Deutschen zum Ausdruck gebracht wird.

Im übrigen muß ich sagen, daß doch auch bei der Rechten ein Fortschritt in der Erkenntnis, daß die sozialen Interessen den Einzelinteressen vorangehen, zu verzeichnen ist. Ich finde das namentlich in den Anträgen, die die Herren Abgeordneten Rießer und Vögler gestellt haben. Die Herren wollen, daß **geeignete wirtschaftliche Unternehmungen,** insbesondere die Gewinnung von Bodenschätzen und die Ausnützung von Naturkräften, für **die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft nutzbar gemacht** werden sollen. Sie müssen also der Meinung sein, daß es derartige Unternehmungen gibt, die nicht der gesamten Wirtschaft dienstbar sind. Wenn sie in ihrem Antrage zugeben, daß wirtschaftliche Unternehmungen bestehen, die nicht der gesamten Volkswirtschaft dienen, dann brechen sie den Stab über das System, das derartiges wenigstens bisher hat möglich werden lassen. Nun, wo wir nicht, wie Sie, sagen wollen, daß die wirtschaftlichen Unternehmungen für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft nutzbar gemacht werden, sondern, nach den Vorschlägen der Mehrheitsparteien, sie vergesellschaften und in die Gemeinwirtschaft überführen wollen — nur in diesen Worten besteht der Unterschied zwischen dem Antrage des Herrn Abgeordneten Vögler und den Mehrheitsparteien und der Regierung —, ist dieses eine radikale, revolutionäre Umwälzung unserer Wirtschaft, nach Meinung des Herrn Vögler gar ein Zustand, der uns dem russischen Bolschewismus näher führt.

Anderer Meinung sind ja wieder die Herren um den Abgeordneten Traub herum; denn diese nehmen wieder die Worte der Regierungs-

vorlage, wollen aber die angemessene Entschädigung haben. Was die Regierung will — ich glaube ja nicht, daß es Ihnen genügt, es noch einmal zu sagen, aber ich will es doch noch einmal im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Traub betonen. Er macht uns den Vorwurf, daß wir **in einer Zeit der Erschöpfung** die Einführung einer **neuen Wirtschaftsform** versuchten. Das könnte ein Vorwurf nur dann sein, wenn erstens die Weiterführung der bisherigen Wirtschaft die heute drohende Katastrophe entweder hintanhalten oder sie doch bald überwinden würde, und zweitens, wenn feststünde, daß nach Ausfüllung des heutigen Rahmengesetzes, wie es heute hier zur Beratung vorliegt, eine minderwertige neue Wirtschaft entstünde. Der Hauptgrund, weshalb die Regierung zu diesem Gesetz greifen mußte, liegt gerade in der Erkenntnis der weitesten Kreise der deutschen Industrieinteressenten, daß unsere heutige Wirtschaft vollständig zusammengebrochen ist und vollständig zusammenbrechen wird in den Teilen, die noch nicht zusammengebrochen sind, wenn man alles so laufen läßt, wie es eben wollte. Ein durchdachter Plan zur Neugestaltung ist aus dem hier gegebenen Rahmen des Sozialisierungsgesetzes für jeden, der sehen will, klar erkennbar.

Von seiten des Herrn Traub und seiner Freunde ist ein anderer Reformwirtschaftsplan überhaupt nicht vorgebracht, und ich vermisse in den Ausführungen alles, was uns auch nur im entferntesten zeigen könnte, wie diese Herren denn meinen, daß man vorwärtskommen könne. Wenn Sie keine anderen Wege wissen, als es so zu lassen, wie es war, dann kommen wir nicht vorwärts, dann müssen wir den Weg beschreiten, den die Regierung vorschlägt, der es der Reichsgesetzgebung überläßt, in den Fällen, wo zur Sozialisierung reife Betriebe — „geeignete" sagt die Vorlage — vorhanden sind, sie in die Gemeinwirtschaft überzuführen. In einer Zeit wie der heutigen hat ein einzelner Privatunternehmer keinen Anspruch darauf, dann noch seinen privaten Verdienst zu machen, wenn die Gebote der Allgemeinheit erheischen, daß ein Betrieb in die Allgemeinheit übergeführt wird.

Nun noch einige wenige Worte! Es ist der Antrag gestellt worden, wir möchten in einem § 5 — ich will nur ganz kurz darauf eingehen — die **besetzten Gebiete** aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes **ausschalten**. Ich möchte Sie dringend bitten, auf einen solchen Antrag nicht einzugehen. In erster Linie würde in Betracht kommen, daß durch Annahme eines solchen Antrages eine besondere gesetzliche Behandlung der besetzten Gebiete eintreten würde, die ganz offensichtlich aus allen Gründen heraus durchaus unerwünscht sein müßte. Auch ist zu berücksichtigen, daß, wenn ein solcher Zusatz gemacht werden würde, die Schlußfolgerung gerechtfertigt wäre, als ob eine solche Vorschrift ihren Grund darin hätte, daß neuerlassene deutsche Gesetze in den besetzten Gebieten keine Geltung erlangen sollten, und die Möglichkeit dieser Schlußfolgerung würde auch

durch eine andere Fassung des Zusatzes kaum zu vermeiden sein. Ich bitte Sie also, diesem Antrage nicht die Zustimmung zu geben.

Ich darf nun noch ein einziges Wort zu dem in der Kommission gestrichenen Wort „ungesäumt" sagen. Meine Herren, das Wort „ungesäumt" ist nicht etwa gestrichen, weil man der Regierung noch eine lange Frist zur Ausfüllung der ihr gegebenen Befugnis setzen will, sondern um deswillen, weil man jeden Schein vermeiden will, der dahin geht, daß nun etwa schon von heute auf morgen gehandelt werden müsse. Die Regierung fühlt die Verpflichtung, ungesäumt an die Durchführung des ihr mit Annahme dieses Gesetzes gewordenen Auftrages heranzugehen, und wird ihn auch ungesäumt, sobald es nur irgend möglich ist, zu erledigen suchen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Damit ist die Beratung über § 1 und 2 geschlossen, und wir kämen nunmehr zur Abstimmung über diese beiden Paragraphen. Die Abstimmung ist eine ziemlich weitläufige; es liegen auch zwei Anträge auf namentliche Abstimmung vor. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, die Beschlußfassung auf morgen zu verschieben, die Debatte über die folgenden Paragraphen aber noch heute vorzunehmen. Es liegen nur ganz wenige Wortmeldungen zu den folgenden Paragraphen vor, und — die Entscheidung über § 2 mag durch unsere Beschlußfassung fallen, wie sie will —, über §§ 3, 4 und 5 müßte doch verhandelt und dann abgestimmt werden. Es kann ruhig die Debatte über die weiteren Paragraphen stattfinden und dann morgen die Abstimmung über das ganze Gesetz in zweiter Beratung vorgenommen werden. Ich würde Gewicht darauf legen, es so zu machen. Es wird dann heute die Debatte geschlossen, und morgen kommen nur die Abstimmungen. — Das Haus scheint damit einverstanden zu sein. (Zustimmung. — Zuruf rechts: Nein!) — Was heißt das „Nein"? Verlangen Sie, daß die namentliche Abstimmung noch heute stattfinden soll? (Rufe: Nein! nein!) Die Herren sind mit meinen Vorschlägen also einverstanden. (Zustimmung.)

Dann rufe ich auf § 3. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Molkenbuhr, Abgeordneter, Berichterstatter: In § 3 ist in der Kommission eine kleine Änderung, die mehr redaktioneller Natur ist, vorgenommen worden, und zwar ersehen Sie dieselbe aus den fettgedruckten Worten: „können dem Reiche, den Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden übertragen werden". Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß das Reich bei Sozialisierung der Betriebe auch den Einzelstaaten und Gemeinden Aufgaben zuteilen kann. Es ist aber beantragt worden, in § 3 einzufügen:

> Die sich durch die Durchführung des § 2 ergebenden Aufgaben werden wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen, deren Mitglieder aus den Kreisen der Beteiligten frei zu wählen sind.

Hierzu erklärte ein Regierungsvertreter, daß gegen den Antrag Nr. 6 einzuwenden sei, daß die Selbstverwaltungskörper auch Verbraucher umschließen sollten. Diese hätten aber in den meisten Fällen gar keine geeignete Organisation, um Vertreter wählen zu können.

Ich bitte also, den Paragraphen in der abgeänderten Form annehmen zu wollen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte über § 3 ist geschlossen.

Ich rufe auf § 4 und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kann nicht behaupten, daß durch die Ausführungen des Herrn Reichswirtschaftsministers uns diejenige Aufklärung und Erklärung geworden ist, die wir gern gewünscht hätten. Ich kann nicht finden, daß das Dunkel, das über der Debatte zu lagern scheint, gelichtet ist. (Sehr richtig! rechts.) Aber eins möchte ich doch im Interesse meiner Freunde zurückweisen, nämlich, daß der Herr Minister uns unterstellte, daß wir den größten Wert darauf gelegt hätten, daß eine **angemessene Entschädigung für die zu sozialisierenden Güter** gezahlt würde. Ich muß doch feststellen, daß der Antrag von sämtlichen bürgerlichen Parteien unterstützt ist, sonst wäre er in zweiter Lesung nicht zum Beschluß erhoben worden. Wenn wir ihn allein gestellt hätten, wäre er abgelehnt worden. Der Antrag ist also Gemeingut aller bürgerlichen Parteien, die die Entschädigung gefordert haben. Und noch etwas anderes möchte ich zurückweisen. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Sie polemisierten jetzt zu § 2 und fangen jetzt die Diskussion zu § 1 an. Die Diskussion zu § 1 und § 2 ist geschlossen, jetzt sind wir bei § 4, und dazu haben Sie das Wort.

Schiele, Abgeordneter: Jetzt komme ich zu § 4, der sich mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigt, und das gibt mir Gelegenheit, das zurückzuweisen, was ich zurückweisen möchte. Unser Antrag zu 4a beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit, und deshalb finde ich dazu die Möglichkeit. Der Herr Reichsminister hat im Zusammenhang mit dem eben Angedeuteten ausgeführt, daß er, wenn wir uns in der **Landwirtschaft** nicht sittlich verpflichtet fühlten, unsere Schuldigkeit im Rahmen dieses Gesetzes zu tun, das dann festnageln wolle, daß er also festgestellt hat: wenn wir Landwirte nicht durch dieses Gesetz berührt werden wollten, dann fühlten wir uns nicht wie alle anderen sittlich verpflichtet, unsere Schuldigkeit im Rahmen dieses Gesetzes zu tun.

Und etwas Weiteres, was in demselben Rahmen ausgesprochen wurde, auch mit der Landwirtschaft zusammenhängend, nämlich die

Erwartung des Herrn Ministers, daß wir keinen positiven Gegenvorschlag gemacht hätten. Ja, wenn ein Gesetz erst seit 4 bis 6 Tagen vorliegt und dann kurz durchgepeitscht wird, müssen wir es ablehnen, einen Gegenvorschlag zu machen, dessen Beratung und Prüfung längere Zeit erfordern würde. Dazu gehört etwas mehr, wenn es sich um Beseitigung eines Wirtschaftswalles handelt, der seit mehr als 100 Jahren aufgebaut ist, als nur eilig gefaßte positive Vorschläge zu machen.

Die von mir besprochene Unklarheit, die die gesamte Gesetzesvorlage beherrscht, liegt auch besonders in § 4 vor. Wenn es dort heißt, daß die Ausnutzung von Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks usw. nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden soll, so ist zunächst die Frage zu erörtern, ob der Torf zu diesen Brennstoffen gehört. Die Frage ist gerade für die Landwirtschaft von eminenter Bedeutung. Soll denn der gesamte Torfstich, der aus den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben herauskommt — — (Zuruf: Der Torf ist ganz ausgeschlossen!) — Das nagle ich fest — was meinen politischen Freunden und mir nicht bekannt war —, daß der Torfstich hier nicht gemeint ist.

Was weiter die Wasserkräfte anlangt — die sind darin —, da können Sie nichts einwenden, wenn ich sage, daß hier eine völlige Unklarheit zurückgeblieben ist, ob jede kleine Wassermühle gemeint ist, die die Grundlage einer Wirtschaft bedeutet, oder eine Wassermühle, die sich als Kraftquelle eines größeren oder mittleren Betriebes zeigt und die Basis des dortigen Betriebsleiters geworden ist, oder ob es sich nur um die großen Wasserkräfte handelt. Auch das müßte klargestellt werden. (Zuruf von der Regierungsbank: Das ist gesagt worden!)

In diesem Zusammenhang haben wir noch einen anderen Gesichtspunkt, der zur Klärung beitragen müßte, vorzutragen, und der liegt in dem von uns gestellten Antrage, nach welchem hinter „stammen" hinzugesetzt werden soll: daß die Energie, die **in einem Betriebe** erzeugt und dort verbraucht wird, **von der Vergesellschaftung freigelassen** werden soll. Wie in kleinen Betrieben, so ist auch in großen Betrieben der Mittelpunkt der Wirtschaft die Kraftquelle, die sich aus den Kohlen- und anderen Quellen als Energie dartut, und zwar ist es vielfach in solchen Fällen die selbsterzeugte Energie. Diese Energie unterliegt aber nach dem vorliegenden Entwurf der alsbald beabsichtigten Überführung in die Gemeinwirtschaft. Der Betrieb wird dadurch, daß wir eine solche Zentrale herausnehmen und verstaatlichen oder vergesellschaften, in der Mitte durchschnitten; es wird ein Fremdkörper eingeschaltet. Auf diese Weise werden reibungslose und fruchtbare Arbeiten unmöglich gemacht. Ich frage den Herrn Minister, ob dieser Eingriff in die Privatbetriebe beabsichtigt ist. Die Ungewißheit darüber

ruft Beunruhigung hervor und hängt wie ein Damoklesschwert über diesen Betrieben.

§ 4 sieht allgemein vor, daß die Ausnutzung von Kohlen, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden soll. Dieser Teil des Wirtschaftslebens soll zuerst vergesellschaftet werden. Wir wünschen die in dem Paragraphen vorhandene latente Drohung gegen weite Kreise der gewerbtätigen Bevölkerung ausgeschaltet zu sehen. Schafft das Reich einmal billigere Energiequellen, als sie der Unternehmer selbst schaffen kann, so wird der Landwirt sich schon von selbst in das staatliche Netz einschalten. Bis dahin aber wünschen wir, daß dem Unternehmer jede Unruhe genommen wird, die gerade in der jetzigen Zeit, wo unser Wirtschaftsleben bereits so stark erschüttert ist, nicht zu ertragen ist.

Auf die Sozialisierung der Kohle folgt — das können wir wohl voraussetzen — auch die Sozialisierung aller Betriebe, die sich auf der Basis von Kohle entwickeln: die Kali-, Stickstoff- und Phosphorsäureindustrie. Hier ist aber die Landwirtschaft die größte Verbraucherin. Die Landwirtschaft verbraucht nicht weniger als 200 000 Tonnen Stickstoff, 1,5 Millionen Tonnen Kali, 630 000 Tonnen Phosphate im Jahre. Wie sieht es denn mit dem Verbrauch bei der Sozialisierung? Wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch die ganze **Sozialisierung** eine ungeheure **Verteuerung der Produkte** eintritt. In der Tat wird Gas, wird Elektrizität teurer werden, die Kilowattstunde wird im Preise steigen, und der Hausbrand wird teurer werden. Auf der anderen Seite ist der Preis der Kohle für die Landwirtschaft gesteigert, aus der sich die Kraftenergie entwickelt. Stickstoff, Kali, Explosivstoffe, alles, was sich aus Kohle entwickelt, sehen wir in starker Verteuerung schon auf unserem Hofe. „Haben wir einmal die Kohle und den Stickstoff in der Hand", hat jemand einmal gesagt, der der Landwirtschaft nicht freundlich gesinnt war, „so haben wir auch die Landwirtschaft selbst."

Nun komme ich auf den § 4a. Eine Äußerung vom Ausschuß vom Regierungstisch, daß nicht der **Grund und Boden**, sondern nur die Produkte **sozialisiert** werden sollen, ist heute nicht ganz klar vom Herrn Reichsminister zum Ausdruck gebracht worden. Es bleibt eine gewisse Unklarheit in der Frage. Es ist nicht klar, ob die Landwirtschaft als solche, ob es sich nun um große oder kleine oder kleinste Betriebe handelt, in die Vergesellschaftung im allgemeinen hineinbezogen werden soll. § 2 Absatz 2, den wir gern beseitigt hätten, spricht davon, daß die Herstellung von Gütern in den Betrieben von den Betrieben selbst nicht zu lösen ist, und wenn ich die Herstellung der Güter verstaatliche, dann habe ich die Betriebe verstaatlicht, und wenn ich die Betriebe

verstaatliche, dann habe ich am letzten Ende die ganze Landwirtschaft verstaatlicht.

Die Form der Sozialisierung ist eine völlig unklare, wie schon mein Freund D. Traub ausgeführt hat. Man kann von rein staatlicher Form reden, man kann auch unter Umständen von gemischt wirtschaftlichen Formen sprechen, wie sie z. B. Dr. August Müller für die Energiequellen forderte. Jedenfalls haben wir eine ungeheure Beunruhigung besonders auf dem Lande, wenn es sich jetzt um die Verstaatlichung der Wirtschaft im allgemeinen handelt. Nun hätten wir vielleicht auch noch ein stärkeres Vertrauen zur Sache, wenn wir wüßten, unter welcher Regierung die Ausführung dieser Verstaatlichung stattfinden würde, und da müssen wir doch daran denken, daß heute Geist vom früheren Geist der Sozialdemokratie an dem Regierungstisch sitzt, daß heute noch alle die Äußerungen nicht zurückgenommen sind, die von maßgebender sozialdemokratischer Seite in bezug auf die Sozialisierung geprägt worden sind. Kautsky als Interpret des Erfurter Programms hat einmal gesagt:

> Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, haben wir keinen Grund. Im selben Zusammenhang sagt er: Der Bauer fristet seine Existenz heute nur dadurch, daß er Weib und Kind auf das äußerste knechtet, ihnen die Mittel raubt, sich zu bilden, und sie körperlich herabbringt. Er sagt weiter: Die Aufrechterhaltung des kleinsten Betriebes in der Landwirtschaft ist das beste Mittel, um die Bevölkerung zu degenerieren. Deswegen haben wir gar keinen Grund, diese elenden Existenzen zu fristen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Dann weiter hat Herr Geck, der auch auf dieser Seite sitzt und zur Mehrheitssozialdemokratie gehört, auf dem Parteitage zu Breslau gesagt:

> Es ist sehr gut möglich, dem Bauern, der auf der Grenze zwischen Proletarier und Besitzer steht, seine Affenliebe zum Privateigentum zu nehmen.

Erst neulich noch hat Herr Hofer gesagt — (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Ja, ich fühle, wie unbequem Ihnen die Wiederholung dieser Äußerungen ist. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Hofer hat vor nicht ferner Zeit gesagt:

> Landwirtschaftlicher Kleinbetrieb ist unmöglich, wenn Sozialismus einmal das herrschende Prinzip in der Industrie geworden ist. Nach unserer Auffassung — sagt er — würden es wirklich sonderbare Käuze sein, die bei den elenden kleinbäuerlichen Familienbetrieben bleiben wollten, während die Sonne des Sozialismus die industrielle Produktion durchleuchtet und auch in Kunst und Bildung, Wissenschaft und Technik Freude und Genuß zur Reife bringt.

Meine Herren, ich glaube, mit dieser Blütenlese ist es genug, ich kann Sie mit weiteren Beispielen verschonen (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien) und nunmehr zu anderen Dingen übergehen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Lesen Sie auch, was andere gesagt

haben!) — Ja, wenn Sie mir Gelegenheit geben, auch von unserer Seite etwas dagegen zu halten, dann habe ich nichts dagegen.

Meine Herren, das Eigentum an den Kohlen, an den Bergwerken — alles Dinge, die wir ja morgen beim Kohlengesetz noch einmal näher zu beleuchten haben — bleibt künftig auf dem Papier stehen. Es gibt ja auch künftig — so wurde ganz richtig von Ihnen eingewandt — kein Eigentum bei den Kohlen. Es ist hier ähnlich wie bei der Frage unserer Schiffe. Wir bilden uns ein, daß wir die Schiffe noch haben, aber in Wirklichkeit hat die Entente sie mit Beschlag belegt, und wir werden wohl kaum wieder ernstlich davon sprechen können, daß sie zu unserem Eigentum gehören. Meine Herren, viel anders wird es künftig auch mit all den Dingen nicht aussehen, die wir sozialisieren. Mit anderen Worten: auch die Landwirtschaft wird schließlich verstaatlicht werden müssen, und die Besitzer werden sich eines Tages wundern, daß sie keinen Besitz mehr haben. (Heiterkeit und Zurufe von den Mehrheitsparteien.) — Jawohl! — Zwischen zwei Sozialisierungen wird die Landwirtschaft, wenn Sie sie mit in den Kreis der Sozialisierungsobjekte hineinziehen, erdrückt werden. Auf der einen Seite sollen zwangsweise Kohle, Stickstoff, Kali, Phosphate sozialisiert werden, und womöglich wird man später, wenn man die Dinge nicht los wird, es so machen, wie man es einmal in Frankreich zur Zeit der Revolution getan hat, als man sein Salz nicht los werden konnte, und wo man eine sog. Salzsteuer in der Revolution einführte und das Volk mit unerschwinglichen Ausgaben belastete. So wird es künftig auch vielleicht beim Stickstoff gehen; wenn man ihn in zu starken Mengen produziert hat, kann man ihn schließlich nicht los werden und sucht ihn nun zwangsweise in die Landwirtschaft hineinzubringen. Ich denke da an eine Äußerung des Herrn von Braun, der davon gesprochen hat, man müsse in der Landwirtschaft zwangsweise mit künstlichem Dünger vorgehen und dafür sorgen, daß überall die Anwendung dieses Düngers vorgenommen würde.

Dazu kommen die festgesetzten Löhne, mit denen wir durchaus übereinstimmenn. Wir wünschen, daß die Löhne festgesetzt werden, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Sache regelt. Auf der andern Seite stehen die festgelegten Höchstpreise für die Produkte. Das ist schließlich die Sozialisierung der Endprodukte, die Verewigung der Zwangswirtschaft wäre die Folge. (Lebhafte Zurufe bei den Mehrheitsparteien: Huh!) Meine Damen und Herren, das sagen wir mit aller Bestimmtheit und mit aller Ruhe, daß das die Verewigung der Zwangswirtschaft ab ovo wäre. (Zurufe von den Deutschen Demokraten.) — Man hat nicht davon gesprochen, Herr Kollege Blunck, daß es sich nur darum handelt, das Getreide zu

sozialisieren oder ein Monopol einzuführen; nein, ausdrücklich ist davon gesprochen worden, daß die landwirtschaftlichen Produkte in den Kreis der Sozialisierung hineinbezogen werden sollen. Auf diese Weise würden wir also die Erschütterung des Rechtsbewußtseins, über die wir heute soviel zu klagen haben, wir würden alle die Verordnungen, über die wir uns beschweren, niemals loswerden. Ich muß sagen, daß ich in dieser Beziehung Herrn Petersen voll und ganz zustimme, der davon sprach, man solle doch nicht mit so vielen Verordnungen kommen, von denen die Regierung selbst überzeugt wäre, daß sie nicht ausführbar sind.

Zwischen diesen beiden Mühlsteinen würde die Produktion — wie ich schon sagte — erdrückt werden. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: § 4! — Heiterkeit.) — Das steht alles darin, mein verehrter Herr, wenn Sie das nicht nachlesen, dann bedauere ich das auf das allerlebhafteste. — Eine wirkliche Verqueckung des landwirtschaftlichen Bodens würde die Folge sein. Ein Kulturrückgang auf der ganzen Linie wäre die Konsequenz.

Meine Herren, *je komplizierter ein Betrieb ist, um so weniger ist die Möglichkeit der Vergesellschaftung gegeben.* Jedes Grundstück und jedes Ackerstück in der Landwirtschaft muß für sich genommen, muß für sich behandelt werden. Jede Landwirtschaft — so hat einmal jemand ausgesprochen — ist ein Mikrokosmos. Es gibt nicht zwei gleichartige Wirtschaften, es gibt nicht zwei gleichartige Ackerflächen. Die Erfahrungen ganzer Generationen sind in der Einzelwirtschaft verkörpert. So ist, wenn man auf die ganze Frage der Einzelwirtschaft die schwere Hand des Staates legt und sie in corpore vergesellschaftet, dann kein Raum mehr für das Privateigentum. Das bedeutet die Aushöhlung des Besitzes. Da wird schließlich der Besitz zu einer Atrappe, zu einer Fiktion werden. Aber *es ist auch kein Raum mehr für die freie Wirtschaft*, und es ist keine Freude mehr an der Arbeit für den einzelnen. (Sehr richtig! rechts.) „Dem Bauern müssen wir" — hat ja Herr Geck gesagt — „die Affenliebe nehmen". Wir aber sagen auf der anderen Seite: *dem Bauern möge seine Liebe zur Scholle erhalten bleiben.* Das ist nur möglich, wenn wir die **Einzelwirtschaft** aufrechterhalten. Auf Leistungen muß ein Lohn folgen. Was unsere **Landwirtschaft** in den letzten 15 Jahren vor dem Kriege zu so großer Blüte gebracht hat, die die ganze Welt bewundert hat, war, daß sie sich auf dem Grunde der persönlichen Initiative aufbaute, auf der Einzelwirtschaft, wo jeder sich nach seiner Grundlage und nach eigenem Ermessen entfalten konnte, und dieses Einzelwesen unter Hinzunahme des Genossenschaftswesens — — (Lebhafte Zurufe: Paragraph 4!) — Ja, meine verehrten Herren, wenn Sie gar kein Interesse daran

haben, daß der § 4a beantragt ist, so bedaure ich das auf das lebhafteste. (Erneute Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Die Geschäftsordnung ist von mir zu handhaben. Der Herr Redner ist bei § 4. Ich hätte auch nichts dagegen, wenn es ein bißchen kürzer ginge (große Heiterkeit), aber er ist beim § 4; da kann ich nichts weiter machen. (Heiterkeit.)

Schiele, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, wenn die landwirtschaftlichen Besitzer und Arbeiter unter der Sozialisierung zu leiden haben, so werden wir das im Erträgnis der Wirtschaft in erster Linie spüren. Wir haben, wie ich schon ausführte, jede Landwirtschaft für sich zu nehmen. Das Auge des Besitzers in den kleineren Betrieben, das mitunter 14 oder 15 Stunden am Tage wacht, sorgt dafür, daß auf der einen Wirtschaft eine gesunde, kräftige und erfolgreiche Viehhaltung getrieben werden kann; aber auf der anderen Seite ist es auch nach der Erkenntnis des einzelnen Landwirts nur möglich, eine Ackerwirtschaft zu treiben, wo in der Hauptsache Kartoffeln und Getreide gewonnen werden. Wir wollen aber künftig nicht schablonisieren. Wir wollen weder den Arbeiter noch den Besitzer schablonisieren und aus ihm keine Angestellten machen, die früher Besitzer gewesen sind. Sozialisierung soll nicht zur Schablonisierung werden. (Sehr richtig! rechts.) Auch wir wollen in unserer Art sozialisieren. (Hört! links.) Wir wollen keineswegs grundsätzlich verneinen. Durchaus nicht, meine Herren! Wir wollen das **Genossenschaftswesen ausbauen.** Die Genossenschaft hält an der individuellen Wirtschaft fest und baut auf ihr, und den Erfolg der Genossenschaft können auch Sie, meine Damen und Herren, nicht bestreiten.

Aber was wir bestreiten müssen, ist, daß die Sozialisierung diejenigen Erfolge hat, die Sie von ihr erwarten. Wir wissen ganz allein, daß der einzelne Landwirt unter Umständen in dem großen Gefüge nichts bedeutet.

Der Mensch bedarf des Menschen sehr
Zu seinem großen Ziele,
Viel Tropfen geben erst ein Meer,
Viel Wasser treibt die Mühle.

Und darum wollen wir grundsätzlich das Genossenschaftswesen in größtem Stil ausbauen. Wir wollen auch eine bessere Arbeitsverfassung, die die fruchtbarste ist. Das nennen wir schließlich auch unsere Sozialisierung. Wir wollen gemeinschaftliche Arbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie sie jetzt in der Industrie durchgeführt ist, auch in der Landwirtschaft, die über Wirtschaftsfragen gemeinsam berät. Auch dem Landarbeiter wollen wir durch

Bezug von stärkerem Deputat und durch die Möglichkeit, sich Land zu pachten, Gelegenheit geben, mit ein Wirt und gleichzeitig ein Verbraucher zu werden. Darum soll er die Möglichkeit von Pachtland in ausgedehntem Maße haben. (Zuruf von links: Hört! hört! Nur Pachtland!) — Das war schon immer so. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) — Wenn Sie den Dingen so fern gestanden haben, so kann ich das nicht ändern. Dadurch, daß wir dem Arbeiter die Möglichkeit geben, Pachtland, womöglich Eigentum zu erwerben (aha! links), ergibt sich die Möglichkeit zur Kolonisation, die schon Herr Freiherr v. Wangenheim im Bund der Landwirte in viel ausgedehnterem Maße vorgeschlagen hat, als ich es hier in Kürze vortragen kann. Wir stehen den Dingen schon seit Jahrzehnten nahe, und ich bedauere, daß Sie das so wenig verfolgt haben.

Hieraus ergibt sich — und das wünschen wir ganz besonders — die Möglichkeit des Aufstiegs und die Möglichkeit des Erwerbs von Siedlungsstellen für die Landarbeiter. Wenn ich einen Augenblick bei dem **Siedlungswesen** verweilen darf, so muß hier dafür gesorgt werden, daß das Siedlungswesen nicht etwa auch unter die Sozialisierung fällt. Das ist es ja, was den Siedler auf seiner eigenen Scholle beherrscht, daß er als eigener Wirt dort etwas schafft. Das ist es, was ihn besonders ziert, was er aus eigener Kraft hervorbringt. Darum liegt in dem ganzen Siedlungswesen nicht allein eine wirtschaftliche, bevölkerungspolitische Bedeutung, sondern auch eine ungeheure ethische Bedeutung. Meine Herren, ich darf Sie daran erinnern, was aus der Zwangsläufigkeit der Betriebe in der Geschichte geworden ist. Denken Sie an die Zeiten Diokletians, an die **diokletianischen Höchstpreise.** (Heiterkeit.) — Ja, meine Herren, wir müssen tief schürfen. Wenn wir die Mauern von Jahrhunderten niederlegen wollen, müssen wir auch hinabsteigen in die Geschichte, um Ihnen aus dieser Geschichte ein Bild vorzuführen. Damals ist die Landwirtschaft an der lückenlosen Festhaltung der Höchstpreise zugrunde gegangen. Die Verödung des ganzen Landes war die Folge, und die Bauern wollten kein Vieh mehr halten, und die Städte wurden zu Ruinen. Dann will ich Sie an das Beispiel Frankreichs nach der Revolution erinnern. (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, aber ich muß Sie doch an eins erinnern. Das liegt Ihnen ungeheuer nahe. Wenn Sie auf diesem Wege der Sozialisierung, Vergesellschaftung fortschreiten, dann geht es Ihnen schließlich ebenso, wie es in **Rußland** mit der **Sozialisierung** gegangen ist, wo Bucharin sich schließlich beklagen mußte, daß die Städte verhungern müßten, weil die großen Besitzungen zertrümmert sind und es nicht mehr möglich ist, in den Städten die Bevölkerung zu ernähren. (Zuruf.) — Herr Pachnicke, Sie müssen schon entschuldigen, daß ich alle schlimmen Folgen der Sozialisierung Ihnen vorführe. Das hat mit dem Bund der Landwirte nichts zu tun. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, die Zeitbestimmung, die Kontingentierung, gilt auch bei § 4. Ich mache Sie darauf aufmerksam.

Schiele, Abgeordneter: Wieviel Zeit habe ich noch?

Präsident: Fünf Minuten.

Schiele, Abgeordneter: Meine Uhr ist nur auf fünf Minuten gestellt. Ich hoffe, daß es nicht so scharf genommen wird. Ich möchte aber die fünf Minuten nicht wesentlich überschreiten. Meine Damen und Herren, der Herr Reichsminister Robert Schmidt hat — da Sie einmal beim Bund der Landwirte sind, müssen Sie mir Gelegenheit geben, das noch zurückzuweisen — gesagt, daß es Spartakusse im Bund der Landwirte gebe, und es ist irreführend, wenn der Herr Minister den Anschein erweckt, als forderte der **Bund der Landwirte** den Streik heraus. Das ist durch nichts und nichts geschehen. Hier handelt es sich nicht um eine Agitation, sondern um Tatsachen, und die Tatsachen liegen vor. Auch die Geduld des Bauern wird gegenwärtig auf eine ungeheure und harte Probe gestellt. (Zurufe.) Die Zwangswirtschaft, keine Düngemittel, keine Arbeitskräfte, der dezimierte Viehstand, übermäßige Lohnforderungen und dabei im Verhältnis keine entsprechenden Preise für seine Produkte; die Vermögensabgabe, eine unerschwingliche Steuer droht und der Druck der Sozialisierung, womöglich mit noch späterer Enteignung, das sind alles Dinge, die heute sein Gefühl belasten, und darum müssen Sie unter diesem Druck es verstehen, wenn jemand, wo besonders so wenig Erklärung und Klarheit darüber gegeben wird, was aus ihm werden soll, sich auch bedrückt fühlt und seinem Herzen Luft macht. Es gibt doch heute Landwirte, die nicht mehr wirtschaften in dem wahren und von uns gewünschten Sinne, sondern lustlos ihren Betrieb von einem Tag in den andern stoßen. Meine Damen und Herren, was Sie, die Herren Gewerkschaftler, die Sie anwesend sind, den Streikern zugebilligt haben, was Sie als nichts empfunden haben, als aus der Natur selbst Hervorgehendes, und wo Sie sich schließlich an die Spitze dieser Streiks gestellt haben — ich erinnere Sie an den Metallarbeiterstreik von 1917 mitten im Kriege —, das war auch ein Ausbruch der Unzufriedenheit, der sich spontan, wie Sie damals sagten, entwickelt hat, und so gestatten Sie, daß andere große Kreise ihren Unmut wenigstens einmal in Worten zum Ausdruck bringen. Haben Sie keine Sorge, so leicht streikt der Landwirt nicht. Das paßt gar nicht zu seinem Element. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, diese Ausführungen gehören nicht zu § 4 und § 4a. Es sind Zurückweisungen von Ausführungen, die vom Ministertisch zu einem ganz andern Paragraphen gefallen sind. Ich habe einige Geduld geübt, aber jetzt ist sie gebrochen. (Heiterkeit.) Ich bitte, jetzt zu § 4 zu sprechen!

Schiele, Abgeordneter: Ich kehre also zu § 4 zurück. (Große Heiterkeit.) Ich kann Ihnen noch sagen, daß ich jetzt am Schluß bin. (Lebhafter Beifall und Lachen.) Daß ich dabei Ihren uneingeschränkten Beifall ernten würde, war mir klar. Nicht das Suchen nach neuen Wirtschaftsformen — hat neulich einmal hier ein Herr vom Ministertisch ausgeführt, und das machen wir uns ganz besonders zu eigen — ist augenblicklich die Aufgabe, sondern man muß in gegenseitiger Verständigung, wenn nötig unter Geltendmachung der staatlichen Autorität, als erstes die **Ruhe und Ordnung wieder herstellen**, die allein einen freudigen Arbeitswillen in allen Schichten hervorbringen kann. Das ist die Grundlage dessen, was wir wünschen: keine Beunruhigung in die wirtschaftlichen Betriebe getragen, wir wünschen endlich einmal unter Anwendung der staatlichen Autorität die Herstellung von Ruhe und Ordnung. Freudige Arbeitswillige brauchen wir. Freudig ist der Mensch aber nur, wenn er seine Persönlichkeit zur Geltung bringen kann. Der Geist ist es am letzten Ende auch, der den Körper formt, auch den wirtschaftlichen Körper. Waffen des Gemüts sind es — hat einmal ein Feldherr gesagt —, die ihm am letzten Ende den Sieg verbürgen. (Unruhe und Rufe: § 4!) Das sind auch Gedanken, die in das Wirtschaftsleben hineinpassen. Der große Riese, der gewaltige Wirtschaftskörper des Deutschen Reichs liegt aus tausend, leider auch eitrigen Wunden blutend am Boden. Diesen Riesen hat die ganze Welt bewundert. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Es tut mir leid, daß ich Ihren Schluß unterbrechen muß. Aber wenn Sie nicht einsehen, daß das nun einmal nicht zu § 4 ist, dann bleibt mir nichts anderes übrig. (Heiterkeit und sehr richtig! — Unruhe rechts.) Ich muß Sie bitten, zu § 4 zu sprechen.

Schiele, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, ich bin wirklich am Ende. (Erneute Heiterkeit.) Ich will Ihre Geduld nicht länger in Anspruch nehmen. — Das Recht der Persönlichkeit ist das, was wir aus dieser Zeit retten wollen. Wenn wir das Recht der Persönlichkeit unter die Frage der Sozialisierung stellen, so würde dieses Recht der Persönlichkeit verkümmern. Das gilt für die Industrie, das gilt in viel höherem Maße für die Landwirtschaft. Das Verhängnis ist, daß rein wirtschaftliche Fragen heute lediglich unter politischem Gesichtswinkel betrachtet werden. Ein Volk muß untergehen, früher oder später, wo parlamentarische Mehrheiten das Sachverständnis ersetzen wollen, und wo schließlich politischer Unverstand entscheidet. (Große Unruhe und Oho! links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, zur Sache!

Schiele, Abgeordneter: Ich bin fertig. (Große Heiterkeit. — Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Damit ist die Diskussion über § 4 und § 4a geschlossen. Ich rufe auf § 5. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kraut.

Kraut, Abgeordneter: Meine Freunde haben Bedenken gegen die **Ausdehnung dieses Gesetzes** auf den Geltungsbereich der **besetzten Teile** des Deutschen Reichs, und sie müssen bei diesen Bedenken bleiben trotz der Einwände, die der Herr Minister Wissell vorhin gegen unseren Antrag auf Nr. 126 und 127 erhoben hat. Wir halten an diesem Antrag fest.

Zunächst möchte ich feststellen, daß es tatsächlich gar nicht in unserer Hand liegt, dem Gesetz in den besetzten Reichsteilen Geltung zu verschaffen. Tatsächlicher Herr ist doch der Feind. Es liegt ganz in seiner Hand, ob er dieses Gesetz gelten lassen will oder nicht. Es ist doch immerhin bedenklich, ein Gesetz für einen Bezirk, für ein Land zu schaffen, bei dem man gar nicht die Macht hat, diesem Gesetz auch Geltung zu verschaffen.

Noch bedenklicher aber ist nach unserer Auffassung das Moment, daß die **Feinde** in der Lage sind, das Gesetz gelten zu lassen, wenn es ihnen paßt, es als eine Handhabe zu benutzen, um sich Rechte und **Einfluß auf die Privatwirtschaft** zu verschaffen. Darum handelt es sich doch bei diesem Gesetz, daß die Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft, in die staatliche Verfügung, übergeführt werden soll. Die Gelegenheit, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, verschaffen wir dem Feinde, wenn wir die Geltung dieses Gesetzes auch auf die besetzten Gebiete ausdehnen. Es ist denkbar, daß die Feinde die Gelegenheit benutzen, Privatbetriebe in staatliche Betriebe umzuwandeln, um dann diese umgewandelten Betriebe als Staatsgut für sich in Beschlag zu nehmen. Die Möglichkeit besteht aber auch — und das trifft insbesondere bei dem Kohlensteuergesetz zu —, daß sie von dem der Reichsregierung dort zugestandenen Rechte der Festsetzung der Preise entweder in dem Sinne Gebrauch machen, daß sie dem Staat einen sehr großen Anteil sichern, oder in dem Sinne, daß sie die Privatbetriebe, die wir dort haben, durch die Preisbemessung zu ruinieren und dadurch unserer Wirtschaft zu schaden suchen.

Ebenso bedenklich scheint uns die Möglichkeit zu sein, daß Teile der besetzten Gebiete dauernd in Feindeshand bleiben können, und daß dadurch wiederum bei Ingeltungsetzung dieses Gesetzes dem Feinde die Möglichkeit verschafft werden könnte, private Betriebe mit Hilfe dieser Bestimmungen dauernd in seine Gewalt zu bekommen.

Auf der anderen Seite scheint es uns gar keine Bedenken zu haben, dieses Gesetz für die besetzten Gebiete nicht gelten zu lassen. Vorteile haben wir tatsächlich gar keine. Wir haben nicht die Möglichkeit, unseren Willen durchzusetzen und dem Gesetz dort Geltung zu verschaffen. Warum sollen wir es nicht lieber ganz gehen lassen?

Nun hat der Herr Minister zwei Einwendungen vorhin geltend gemacht. Er hat in erster Linie hervorgehoben, durch Annahme unseres Antrags werde eine gesonderte Behandlung der besetzten Gebiete herbeigeführt. Warum nicht! Selbstverständlich müssen wir bei der gesonderten Lage, in der sich die Gebiete befinden, nicht bloß in dieser Frage, sondern auch in manchen anderen, eine gesonderte Behandlung dieser Gebiete über uns ergehen lassen, beziehungsweise sie selber herbeiführen. Der Einwand scheint mir von keiner Bedeutung zu sein.

Dasselbe gilt für den zweiten Einwand des Herrn Ministers: die erlassenen Gesetze würden dann keine Geltung in den besetzten Gebieten haben. Warum sollen wir nicht den gesonderten Verhältnissen der besetzten Gebiete Rechnung tragen, nicht indem wir sagen: die Gesetze haben keine Geltung — so lautet unser Antrag ja gar nicht —, sondern daß wir sagen: sie sollen nicht in Kraft treten, solange der Feind diese Gebiete besetzt hat. Damit ist nicht gesagt, daß die Gesetze keine Geltung haben sollen, sondern daß ihre Geltung zeitweilig ausgesetzt sei. Die beiden Einwände, die wir von dem Herrn Minister gehört haben, sind also nicht durchschlagend. Wir glauben, daß unser Antrag seine Berechtigung hat, und bitten um dessen Annahme. (Bravo! rechts.)

Präsident: Damit ist die Debatte über § 5 erledigt. Wir kommen zu Einleitung und Überschrift. — Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hugenberg.

Dr. **Hugenberg**, Abgeordneter: Meine Herren! Die Überschrift eines Gesetzes soll in möglichst klarer, gemeinverständlicher Weise seinen Gegenstand und Inhalt andeuten. Das sollte ganz besonders in einem Volksstaate der Fall sein. (Sehr richtig! rechts.) Es ist natürlich schwer, einem Gesetz eine klare Überschrift zu geben, dessen Inhalt so wenig klar ist, wie das Gesetz, das wir jetzt behandelt haben. (Sehr richtig! rechts.)

Immerhin wird man als Hauptinhalt des Gesetzes folgendes bezeichnen dürfen: es soll die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter im Falle dringenden Bedürfnisses gemeinwirtschaftlich geregelt werden. Was das bedeutet — die Zwangswirtschaft, ich muß es trotz der Ausführungen des Herrn Reichsministers Wissell wiederholen, Reglementierung und Erstarrung unseres Wirtschaftslebens —, das hat mein Freund Traub vorhin klar dargelegt.

Ferner sollen für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeinwirtschaft überführt werden. Unser Antrag, an Stelle des Wortes „Vergesellschaftung" auch „Gemeinwirtschaft" zu setzen, nachdem der Herr Reichsminister Wissell erklärt hatte, daß beide Begriffe zusammenfielen, ist abgelehnt worden.

Die Überschrift des Gesetzes fügt nun als drittes diesen Begriffen Gemeinwirtschaft und Vergesellschaftung das Titelwort „Sozialisierung“ hinzu. Neben diesen drei Begriffen spielte in der Erörterung noch derjenige der Verstaatlichung eine Rolle, die aber von allen Seiten mit allen Zeichen des Entsetzens abgelehnt wurde, also mit einem der drei Begriffe nicht gemeint sein kann. Wie sich Sozialisierung, Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft zueinander verhalten, ist uns nicht klar geworden. Ich glaube nicht, daß es an unserem mangelnden Begriffsvermögen liegt, ich glaube vielmehr, daß die heutige Regierung nicht mehr ganz den früher üblichen Ehrgeiz des Regierungstisches besitzt, auch der Opposition wenigstens klar zu machen, was sie beabsichtigte, und inwiefern ihre Gedanken und Vorschläge logisch und durchdacht seien. Es scheint heute selbst darauf kein ausschlaggebender Wert gelegt zu werden, daß unter den eigenen Anhängern der Regierung vollständige Übereinstimmung über die Auffassung des Inhalts der Gesetze herrscht. Und das, meine Damen und Herren, scheint mir ein Beweis für die alte Wahrheit zu sein, daß, je demokratischer ein Land wird, um so enger der Kreis wird, der hinter den Kulissen die eigentlichen Entscheidungen trifft. (Sehr gut! rechts.) Wir haben im Ausschuß über die drei genannten Begriffe verschiedene Darlegungen gehört, die sich untereinander alle widersprachen. Vom Regierungstische wurde unter anderem abschließend erklärt, diese Begriffe würden sich schon einbürgern und ihren festen Inhalt bekommen, und der Herr Kollege Hue stellte in einem Zwischenruf fest, daß die Sozialdemokratie schon wissen werde, was sie mit diesem Gesetz wolle. Das glaube ich auch. Ich bedauere nur, daß die anderen an der Mehrheit beteiligten Parteien es nicht ganz genau zu wissen scheinen.

Für meine politischen Freunde ist so viel klar, daß gemeinwirtschaftliche Regelung und Überführung in Gemeinwirtschaft die beiden entscheidenden Gedanken des Gesetzes sind. Demgegenüber verstehen wir nicht, warum man dem Gesetz nicht mit „Gemeinwirtschaftsgesetz“ eine die Ware deckende Flagge gibt, statt von „Sozialisierungsgesetz“ zu sprechen. Sozialisierung ist allerdings der Begriff, unter dem wohl alle bürgerlichen Parteien, auch die meinige, ihren ernsten Willen zur Betätigung sozialer Gesichtspunkte im weitesten Sinne des Wortes auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Dinge angekündigt haben. Aber deshalb braucht man dieses Wort — es sei denn, daß man glaubte, dies seinen Wählern schuldig zu sein — doch bei solchen Gesetzen nicht unbedingt festzuhalten, die tatsächlich etwas viel Weitergehendes enthalten, nämlich den grundsätzlichen Schritt zur Verdrängung der bisherigen freien Wirtschaft durch die Gemeinwirtschaft. Gemeinwirtschaft ist das deutsche Wort für Kommunismus. Daß Kommunismus auch gleichbedeutend ist mit Sozialismus, ist außerdem von sozialdemokratischer Seite offen und deutlich ausgesprochen worden. Wir segeln mit diesem

Gesetz nach seinem Inhalt in das offene Meer des Kommunismus hinein, und ich fürchte, daß wir auf ihm scheitern werden, wenn wir nicht rechtzeitig beidrehen. Es erscheint uns angemessen und ehrlich, diesen Kurs, den wir nicht mitmachen und für den wir die Mitverantwortung ablehnen, auch im Titel des Gesetzes zum Ausdruck zu bringen, und beantragen deshalb, dem Gesetze die Überschrift „Gemeinwirtschaftsgesetz" zu geben. (Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Molkenbuhr, Abgeordneter, Berichterstatter: Derselbe Antrag ist im Ausschuß gestellt worden, er hat dort nicht die Mehrheit gefunden, und ich bitte das hohe Haus, sich dem Beschluß des Ausschusses anschließen zu wollen.

Präsident: Damit ist die Diskussion auch über Einleitung und Überschrift geschlossen und die zweite Beratung über alle einzelnen Paragraphen des Gesetzes erledigt. Es bleibt nur noch in der zweiten Beratung übrig die Abstimmung.

Ich schlage Ihnen nun vor, sich zu vertagen — das Haus ist damit einverstanden — und die nächste Sitzung zu halten morgen, Donnerstag, den 13. März, nachmittags 2 Uhr.

Ich habe übersehen, daß noch Wortmeldungen zu persönlichen Bemerkungen vorliegen. Ich bitte um Entschuldigung. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Veidt.

Veidt, Abgeordneter: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Cohn hat auf mich das Wort angewandt: Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten. (Sehr richtig!) Ich nehme an, daß ihm klar ist, welch ein persönlicher Vorwurf in diesen Worten liegt. Ich habe nach dem unkorrigierten Stenogramm folgendes gesagt:

> Die Mahnung zur Herstellung des seelischen Gleichgewichts klingt eigentümlich von seiten der Herren, die hier als Eideshelfer spartakistischer Räuberbanden aufgetreten sind.

Ich habe bisher den Eindruck gehabt, daß seitens der Unabhängigen Sozialdemokratie die Taten der Spartakisten, die schon oft in diesem Hause besprochen worden und die von allen anderen verurteilt worden sind, nicht nur entschuldigt, sondern zum Teil sogar in Schutz genommen worden sind, wie es auch heute wieder geschehen ist, indem man diese Leute nicht als Verbrecher, sondern als kranke Kinder vorgeführt hat. Wenn ich mich darin getäuscht habe, so bedauere ich das; aber ich glaube, ich habe mich nicht getäuscht. Jedenfalls habe ich dabei in gutem Glauben gehandelt. In gutem Glauben habe ich auch gehandelt bei dem, was ich über die Vorgänge in Lichtenberg gesagt habe. Ob diese Vorgänge etwas mehr oder weniger schlimm sind, Herr Abgeordneter

Cohn, darauf kommt es hier gar nicht an; denn ich habe diese Vorgänge nur in dem Zusammenhang genannt, daß ich es für zweckmäßig gehalten habe, Sie möchten nach Lichtenberg gehen und dort das seelische Gleichgewicht wieder herstellen. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Cohn, Sie haben einem Mitglied des Hauses Lügen vorgeworfen. (Widerspruch und Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Veidt, Abgeordneter: Ich habe unwidersprochene Zeitungsnachrichten in gutem Glauben weitergegeben und habe weiter erklärt, daß ich dabei in gutem Glauben gehandelt habe, auch heute. Wollen Sie demgegenüber gegen mich den Vorwurf erheben, daß ich in irgendwelcher bewußten Weise hier Lügen verbreite? (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Warum lesen Sie keine Zeitungen? — Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, wenn mir daraufhin dieser Vorwurf gemacht wird, den der Herr Abgeordnete Cohn gemacht hat, so ist das eine leichtfertige Verdächtigung, die auf den, der sie ausgesprochen hat, zurückfällt. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Cohn hat ferner gesagt, ich habe von dem Geist der Paulskirche keinen Hauch verspürt. Ich weiß nicht, an wem es liegt, ob es an mir oder dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn liegt, aber es scheint mir (Zuruf), — Sie kennen mich ja gar nicht so genau! — als ob auch dabei ein Mißverständnis vorliegt. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Cohn den Rat geben, daß er sich doch bei seinen unabhängigen Parteifreunden in Frankfurt nach dem Geist der Paulskirche erkundigt — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Der Geist der Paulskirche spielt keine Rolle in einer persönlichen Bemerkung. (Große Heiterkeit.)

Veidt, Abgeordneter: — Gut, ich lege keinen weiteren Wert darauf! —, die dort in der Paulskirche eine Versammlung während der Revolution gehalten und dabei die Paulskirche in wörtlichem Sinn beschmutzt haben.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Blunck.

Dr. Blunck, Abgeordneter: Als Herr Dr. Cohn vorhin in seiner Rede die bestialischen Greuel der Spartakisten damit entschuldigen wollte, daß die Leute das im Kriege gelernt hätten, habe ich ihm zugerufen, daß es sich da nicht um Frontsoldaten, sondern um Verbrecher handle, die überhaupt nicht am Kriege teilgenommen, sondern während

des Krieges im Zuchthaus gesessen hätten. Diesen Zuruf hat der Herr Abgeordnete Cohn zur Veranlassung genommen, mir gegenüber zu bemerken, daß ich als Republikaner geboren, aber ein Reaktionär geworden sei. Ich weiß nun nicht und habe es auch nicht verstanden, was das mit meinem Zuruf zu tun hatte. Ich weiß auch nicht, welcher Gegensatz zwischen einem Republikaner und einem Reaktionär in den Augen von Herrn Dr. Cohn sein soll. Ich muß hier aber tatsächlich richtigstellen, daß beide Behauptungen des Herrn Abgeordneten Cohn falsch sind. Wenn er mich im übrigen hier als Reaktionär hingestellt hat, so tröste ich mich mit dem bekannten Wort, daß man immer in den Augen von irgend jemandem ein Reaktionär ist, und ich will jedenfalls in den Augen des Herrn Dr. Cohn viel lieber ein Reaktionär als ein Gesinnungsgenosse von ihm sein.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. Cohn, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Auf die letzte Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Blunck irgendwie zu antworten, lehne ich ab; sie kann mich nicht treffen. (Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

Herrn Veidt habe ich folgendes zu bemerken. Der Vorwurf, den ich gegen ihn erhoben habe, schließt beide Möglichkeiten in sich: falsches Zeugnis kann man wider besseres Wissen und auch im guten Glauben ablegen. Im letzteren Falle nennt man es fahrlässig falsches Zeugnis. Herr Veidt hat behauptet, daß meine Freunde sich zu Eideshelfern spartakistischer Räuberbanden hergeben, und hat jetzt diesen Vorwurf damit gestützt, daß hier im Hause von seiten meiner Freunde und von meiner Seite die Schandtaten spartakistischer Räuber beschönigt oder gar mit Krankheit entschuldigt worden seien. Niemand in diesem Hause kann der Wahrheit gemäß behaupten, daß meine Freunde oder ich die Taten von spartakistischen oder anderen Räuberbanden beschönigt oder entschuldigt hätten. (Na! na! links.) Immer nur habe ich mich dagegen gewendet und ich wende mich auch heute dagegen, die politischen Taten, die politischen Meinungen von Irregeleiteten, insbesondere von Kranken, zu verketzern und mit Gewalt verhindern zu wollen; nimmermehr aber habe ich Taten von Räubern oder anderen kriminell zu fassenden Leuten hier im Hause entschuldigt.

Herr Abgeordneter Veidt ist bei mir sicher, daß ich ihm den guten Glauben bei seinem falschen Zeugnis gegen seine Nächsten, die Unabhängigen (große Heiterkeit links), zubillige. Ich kann und muß ihm den guten Glauben zubilligen nach der Probe von geringem Verständnis, die er heute mit seiner Rede abgelegt hat. Diese geringe Einsicht des Herrn Abgeordneten Veidt zwingt uns alle, ihn immer für gutgläubig zu halten. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das letztere war kein Gegenstand einer persönlichen Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Cohn, sondern das hat den Herrn Abgeordneten Veidt angegangen.

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die nächste Sitzung anzusetzen auf morgen, Donnerstag, den 13. März, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung: 1. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln; 2. zweite Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes und zwar: Abstimmungen; 3. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft; 4. dritte Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Pfeiffer.

Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter: Herr Präsident, Sie haben vorgeschlagen, die nächste Sitzung morgen nachmittag um 2 Uhr zu halten. Morgen ist aber eine ganze Anzahl von Kollegen aus verschiedenen Fraktionen gezwungen, in einer dringlichen, unaufschiebbaren Angelegenheit in das besetzte Gebiet zu reisen. Die Herren haben ein lebhaftes Interesse daran, auch bei den Abstimmungen zur zweiten Lesung des Sozialisierungsgesetzes hier anwesend zu sein. Ich möchte deshalb vorschlagen und den Herrn Präsidenten bitten, darüber abstimmen zu lassen, daß die nächste Sitzung morgen vormittag 10 Uhr angesetzt wird. (Zustimmung.)

Präsident: Es wird der Vorschlag gemacht, die Sitzung morgen um 10 Uhr beginnen zu lassen. Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Vorschlage auf 10 Uhr ihre Zustimmung geben, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Im übrigen bleibt es bei der Tagesordnung, nur mit der Abänderung: morgen vormittag 10 Uhr. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 35 Minuten.)

27. Sitzung.

Donnerstag den 13. März 1919.

Berliner Vorgänge. — Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln. — Sozialisierungsgesetz. — Regelung der Kohlenwirtschaft.

Geschäftliches: Ausschüsse, Urlaub.

Vor der Tagesordnung:

Noske, Reichswehrminister: Die Berliner Vorgänge. — Hetzarbeit der „Roten Fahne" und der „Freiheit". — Mitglieder der U. S. decken diese Gemeinheiten mit ihrer Zustimmung. — Feuer am Benzinlager. — Volksmarinedivision. — Bestien in Menschengestalt. — Stärkste Abschreckungsmittel nötig. — Verhalten der Kommunisten in Bremen. — Pflicht getan. —

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend **Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln.** Dr. Richter (D. Vp.): zur Geschäftsordnung. — Haase (Berlin) (U. S.) — Heilmann (D. D.) — Schiffer, Reichsminister der Finanzen. — Müller (Breslau) (Soz.).

Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines **Sozialisierungsgesetzes.** Zweite Lesung. — Abstimmungen. — v. Papen (D. T.): zur Geschäftsordnung. — Schultz (Bromberg) (D. Nat.): desgleichen. — **Petitionen.** — Dritte Lesung.

Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die **Regelung der Kohlenwirtschaft:** Zweite Lesung: §§ 1 und 2.

Molkenbuhr (Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Dr. **Wieland** (D. D.): Schon 1915 Gesetze zur Beseitigung der Diktatur des Kohlensyndikats. — Zusammensetzung des Reichskohlenrates von grundlegender Bedeutung. — Vertrieb nicht bureaukratisch zu organisieren.

D. Dr. Graf v. **Posadowsky-Wehner** (D. Nat.): Mangel einer Begründung. — Tausende von Existenzen werden beseitigt. — Ein Heer von Beamten nötig. — Am bedenklichsten für die Ausfuhr; wichtig für die Valuta. — Gegen nebelhafte Pläne.

Henke (U. S.): Arbeiter sollen beruhigt werden durch eine Illusion. — Gesetz abzulehnen.

Osterroth (Soz.): Die U. S. würden den Klassenegoismus der Unternehmer nur durch einen anderen Klassenegoismus ersetzen. — U. S. gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter beruhigt. — Mitteldeutschland durch sie hineingeritten. — Sozialisierung des Bergbaues populärste Forderung. — Schuld der Bergherren, daß sie gegen die Gewerkschaften standen. So Spartakismus großgezogen. — Dem Reich, was des Reichs ist, und dem Volke, was des Volkes ist. — Bergleute dankbar für eine Tat.

Wetzlich (D. Nat.): Unklarheiten und Auslegungsmöglichkeiten. — Verteuerung der Kohle. — Ausschaltung auf dem Weltmarkt. — Für Arbeiterräte nur der politische Standpunkt maßgebend. — Freier Handel wieder nötig.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Bedenken nicht stichhaltig. — Der Regierung vertrauen.

Imbusch (Ztr.): Eigentum entschädigt. — Handel nicht betroht. — Ansehung des Arbeiters als Mensch. — Soziale Haltung auch der Rechten. — Schluß mit der Unruhe.

Koenen (U. S.): Ausführliche Darlegung des Entstehens des Generalstreiks. — Nur Rätesystem wirkliche Abhilfe.

Bauer, Reichsarbeitsminister: Wenn U. S. dieses Gesetz anerkennen würde, würde sie ein wesentliches Agitationsmittel aus der Hand legen. — Streik unter falscher Vorspiegelung vom Zaune gebrochen.

Wallbaum (D. Nat.), Henke (U. S.), Koenen (U. S.), Dowell (U. S.), Melkenbuhr (Soz.) als Berichterstatter.

Dritte Lesung: Annahme des Gesetzes über Regelung der Kohlenwirtschaft.

Dritte Lesung des Sozialisierungsgesetzes. Annahme.

Außerhalb der Tagesordnung: Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums, gibt eine Regierungserklärung gegen Lostrennungsversuche der Rheinlande ab. Die Versammlung stimmt der Erklärung zu.

Vertagung auf 25. März. Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Anlage A: Zusammenstellung der namentlichen Abstimmungen.
Anlage B: Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft.
Anlage C: Sozialisierungsgesetz.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 21 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen. In den Ausschüssen ist folgender Wechsel erfolgt. Es sind eingetreten:

in den ersten Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Sinzheimer, Löbe Frau Blos, Dr. Brauns (Cöln), Dr. Rießer, Burlage, Dr. Cohn, Imbusch, Vögler die Abgeordneten Neck, Hoch, Frau Reitze, Nacken, Oertel, Blum, Wurm, Erfing, Dusche; in den achten Ausschuß für die Abgeordneten Hildenbrand, Stegerwald die Abgeordneten Keil, Frau Neuhaus.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten Herren Braß und Grünewald für 3 Tage, Müller (Fulda) für 5 Tage, Frau Dransfeld für 8 Tage. Entschuldigt ist Herr Abgeordneter Stücklen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich das Wort dem Herrn Reichswehrminister Noske.

Noske, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren! Die **Berliner Vorgänge** sind im ganzen Reiche mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ich benutze die erste Gelegenheit, vor der Vertretung des deutschen Volkes Bericht zu erstatten über das, was von den wackeren Truppen, ihren Offizieren und von mir getan worden ist. (Stürmischer Beifall.) Die gewohnte Hetze wird auch

jetzt wieder gegen die Regierung und nicht zuletzt auch wieder gegen die Truppen betrieben. Die Nationalversammlung mag urteilen.

In Berlin hat eine Woche lang eine Schlacht mit allen ihren Schrecken getobt. Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Aufstand niedergeschlagen ist. (Erneuter stürmischer Beifall.) Nur eine Säuberungsaktion ist in einigen Vororten noch vorzunehmen. Es muß versucht werden, die Entwaffnung durchzuführen, soweit es nur irgend möglich ist. (Sehr richtig! links und rechts.)

Daß es in Berlin zu dem wahnwitzigen Kampf, zu Mord und Plünderung kam, ist zum weitaus größten Teil auf das Schuldkonto einiger Blätter zu setzen, voran die „Rote Fahne" und die „Freiheit" der Unabhängigen. (Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lebhafte Zustimmung links und rechts. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase (Berlin) (wiederholte erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten) haben Sie sich des Ausdrucks „unverschämter Kerl" bedient? (Abgeordneter Haase (Berlin): Nein, aber „Geselle"!) Ich rufe Sie dafür zur Ordnung!

Noske, Reichswehrminister: Ein paar Monate lang haben diese Organe die Berliner proletarische Bevölkerung in der skrupellosesten Weise aufgewiegelt und in der gemeingefährlichsten Weise belogen. (Stürmische Zwischenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lebhafte Zustimmung links und rechts.) Die freiwilligen Truppen wurden beschimpft und verlästert, trotzdem wir es lediglich diesen Männern zu danken haben, daß wir nicht in ein grauenhaftes Chaos versanken. (Lebhafte Zustimmung.)

In rasender Weise war versucht worden, die Berliner Arbeiter aufzupeitschen. (Wiederholte erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Große Unruhe. Rufe rechts: Ruhe!) Ich zitiere lediglich aus der „Roten Fahne"; — ein Bündel von Material auch aus der „Freiheit" steht zur Verfügung. Die „Rote Fahne" vom 5. März schreibt folgendes:

> Arbeiter, Proletarier! Wieder ist die Stunde gekommen. Wieder stehen die Toten auf. Wieder reiten die Niedergeritten. Die Ebert-Scheidemann haben geglaubt, ganz anders Euch niedergeritten zu haben als jener wahnwitzige Hohenzoller in den Januarwahlen 1907. Dieser glaubte, mit Wahlstimmen Euch niedergebüttelt zu haben. Jene aber glaubten ein anderes. Sie glaubten, Euch in Bande geschlagen zu haben mit der Komödie der Nationalversammlungswahlen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Sie glaubten Euch in hypnotischen Schlaf zu versetzen durch das endlose Geschwätze der Nationalversammlung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie glaubten, der deutsch

Proletarier lasse sich um die Früchte der Revolution betrügen durch die Klopffechterei des Parlaments und den Kuhhandel der Parteien. (Wiederholter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ganz in Ihrem Stil! — Zwischenrufe von den Sozialdemokraten. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase (Berlin), jetzt hat der Herr Reichswehrminister das Wort und nicht Sie!

Noske, Reichswehrminister:

— — Und wer sich nicht betrügen lassen wollte, der sollte durch die eiserne Faust an den Boden gedrückt werden. Haarsträubend hat der „Arbeiter" Noske die Proletarierleichen in Deutschland gesichtet. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Seit Wochen haust er wie der Barbar mit seinen Horden in den Straßen des Arbeiters. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Schlimmer! — Gelächter.) Das, was die Hindenburg und Ludendorff unter dem Fluch einer Welt und zur Schande vor der Mit- und Nachwelt verbrochen haben in Belgien und Nordfrankreich und in Polen und in Finnland, der tausendfache Mord fremder Proletarier, das wiederholt ein Noske an den deutschen Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Stürmische Rufe: Hört! hört!) Die „sozialistische" Regierung Ebert-Scheidemann-Noske ist zum Massenhenker des deutschen Proletariats geworden. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sehr wahr!)

So geht es auf einer ganzen Seite weiter, und Sie hören, daß die Mitglieder der Unabhängigen Fraktion dieses Hauses alle diese Gemeinheiten und Schamlosigkeiten (stürmischer Beifall — erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten) mit ihrer Zustimmung decken. (Andauernde stürmische Rufe: Nach Rußland sollen sie gehen!)

Sofort nach der Verhängung des Belagerungszustandes habe ich das Erscheinen der „Roten Fahne" verboten (bravo!) und die Verhaftung der Redakteure und der Unterzeichner dieses Aufrufs befohlen. (Wiederholte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Preßfreiheit!) Ich bin der Überzeugung, daß man in Tagen, wie wir sie in Berlin jetzt erlebt haben — — (Erregter Wortwechsel zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Ich halte die Mitteilungen des Herrn Reichswehrministers für viel wichtiger als die Besprechungen dort drüben.

Noske, Reichswehrminister: Ich bin der Überzeugung, daß man in Tagen, wie wir sie jetzt in Berlin durchlebt haben, Brandstifter nicht mit offenen Fackeln am Benzinlager frei herumlaufen lassen darf. (Stürmischer Beifall.) Und wenn über meine Eingriffe in die Preßfreiheit geredet wird, dann weise

ich darauf hin: noch ist Revolution in Deutschland, und von jener Seite (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) wurde in diesen Tagen wiederholt in diese Versammlung hineingerufen, daß üble Dinge geschehen seien „aus eigenem Recht der Revolution". (Sehr gut!)

Die große Masse der Berliner Arbeiter sind selbstverständlich anständige Menschen. Aber üble Elemente sind in der Millionenstadt in Menge vorhanden. Wer früher nicht daran gedacht hat, mußte nach den im November gemachten Erfahrungen wissen, daß Revolutionstage von Verbrechern dazu ausgenutzt werden, auf **Raub und Plünderung** auszugehen. (Lebhafte Zustimmung.) Noch ehe der Streikbeschluß in Berlin gefaßt war, der die neue Revolution einleiten sollte, waren diese Verbrecher auf den Berliner Straßen bei ihrer Arbeit. Plünderungen schlimmster Art, durch die Millionen und aber Millionen von Werten zerstört worden sind (hört! hört!), begannen schon am Montag nachmittag. Es kam dabei ferner schon zu gelegentlichen Schießereien. Am Dienstag früh wurden mir Berichte vorgelegt, wonach in nicht weniger als 32 Revieren die Polizeimannschaften ausgehoben, die Polizeiwachen gestürmt waren. (Stürmische Rufe: Hört! hört!) Bereits in dieser Nacht ist es um das Lichtenberger Polizeipräsidium zu einem regelrechten Feuergefecht gekommen. Es ist am Dienstag von dem **Ausschuß der Berliner Arbeiterschaft**, der als Vollzugsrat der Streikleitung fungierte, ein **Mitteilungsblatt** herausgegeben worden, in dem über diese Vorgänge in Berlin geschrieben wurde:

> Wie bei allen großen Massenbewegungen hefteten sich auch bei diesem politischen Generalstreik allerlei unsaubere Elemente an die Fußspuren der ehrlichen und klassenbewußten Arbeiterschaft. Wie im Kriege den Hyänen des Schlachtfeldes und den Kriegsgewinnlern ein reiches Betätigungsfeld sich eröffnet, so bleiben auch den freiheitlichen Bewegungen des Volkes die Hyänen der Revolution nicht erspart. Leider hat am Montag abend derartiges lichtscheues Gesindel dem ehrlichen Kampf der Arbeiterschaft dadurch geschadet, daß sie Plünderungen und Radauszenen hervorgerufen haben.

Das „lichtscheue Gesindel" um mit dem Mitteilungsblatt zu reden, „die Hyänen der Revolution", hatten ihr Treiben begonnen, ehe der Belagerungszustand verhängt worden war, und ehe ich einen Soldaten hatte nach Berlin einmarschieren lassen. Am Montag abend erfolgte die **Verhängung des Belagerungszustandes.** Erst nachdem es zu heftigen Ausschreitungen und Plünderungen in Berlin gekommen war, ist von mir der Befehl zur Besetzung Berlins erteilt worden. Der Einmarsch ist am Dienstag vormittag erfolgt. Völlig gesichert waren am Montag sämtliche Regierungsämter in der inneren Stadt. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde auch die Besatzung des dauernd etwas unruhigen **Spandau** vorbereitet und am Dienstag morgen durchgeführt. Im Artilleriedepot lagerten unter anderem beträchtliche Mengen von

Maschinengewehren. Noch am Montag abend glaubte der Arbeiterrat in Spandau die Herausgabe solcher Waffen an das Korps Lüttwitz verweigern zu sollen. Es mußte auch verhütet werden, daß die Gewehre in unrechte Hände kamen. Die Besetzung Spandaus ist kampflos erfolgt. Das unzuverlässige Pionierbataillon wurde entwaffnet und in den nächsten Tagen aufgelöst.

Zu sehr ernstlichen Kämpfen ist es in der Gegend am **Polizeipräsidium am Alexanderplatz** gekommen. Dort gab es schon am Dienstag nachmittag einige Tote bei der Schießerei. Am Mittwoch verschlimmerte sich die Lage beträchtlich. Die Zahl der Bewaffneten am Alexanderplatz nahm von Stunde zu Stunde zu. Das Polizeipräsidium ist stundenlang beschossen worden. Angeblich zur Säuberung des Alexanderplatzes anmarschierende Teile der **Volksmarinedivision** sollen vom Polizeipräsidium aus unter Feuer genommen worden sein. Das wird bestritten. Ob die Matrosen wirklich als Helfer kamen, ist sehr zweifelhaft. Sie hatten eine Menge übler Elemente unter sich, und mir gegenüber haben sie einen schnöden Wortbruch verübt. Die angeblich auf sie gerichteten Schüsse nahmen sie zum Anlaß, in beträchtlicher Zahl abzuschwenken. Der Führer der Soldatenwehr Müller, ein sehr ruhiger, verständiger Mann, und mehrere sehr aufgeregte Leute von der Marinedivision erschienen am Mittwoch abend in meinen Amtshause zu Besprechungen. Schon dort ist von den Matrosen erklärt worden: wenn ich nicht die sofortige Zurückziehung der freiwilligen Truppen aus Berlin veranlasse, so würde für den nächsten Tag ein furchtbares Blutbad in Aussicht stehen. (Hört! hört!) Ich kam mit dem Führer der republikanischen Soldaten Müller überein, daß durch Vereinbarung zwischen ihm und dem Stabe des Korps Lüttwitz eine erneute möglichst scharfe Abgrenzung der Betätigungsgebiete der Truppen und der Soldatenwehr vorgenommen werden sollte. Nachts 4 Uhr wurde mir mitgeteilt, daß solche Verhandlungen gegenstandslos geworden seien; denn die Matrosen seien ins gegnerische Lager übergegangen und ständen im Kampf mit den Truppen der Regierung. Ein Teil der Matrosen versuchte am Mittwoch in das Polizeipräsidium einzudringen; das ist ihnen auch in einem Teile des Gebäudes gelungen. Zahlreich waren sie unter den Schießenden auf dem Alexanderplatz vertreten. Sie waren dabei, als Geschütze in Stellung gebracht wurden, mit denen das Polizeipräsidium schwer beschossen wurde. Am Donnerstag morgen wurde mir gemeldet, daß im Marinehause, wo die Matrosendivision untergebracht war, zahlreiche Waffen an die Zivilbevölkerung ausgegeben wurden. Als wegen des Auszugs der Matrosendivision aus dem Marstall verhandelt wurde, ist zwischen ihrem Führer und mir vereinbart worden, daß unter keinen Umständen mehr Waffen in dem Besitz der Abteilung verbleiben dürften, als zu ihrer Ausrüstung erforderlich sei. Dieses Abkommen ist von ihnen gebrochen worden.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Im Marinehaus sind mehr als 4000 Gewehre, 120 Maschinengewehre und 2 Geschütze gefunden worden. Ferner waren außerdem am Donnerstag morgen beträchtliche Mengen von Waffen von diesen Leuten ausgegeben worden. (Hört! hört!) Es wurden umfassende Vorbereitungen getroffen, um das Viertel am Alexanderplatz zu säubern, und das ist am Donnerstag nachmittag unter Einsatz beträchtlicher Streitkräfte gelungen. Nebenher wurde das Quartier der Volksmarinedivision, das Marinehaus, genommen. Die Volksmarinedivision, die sehr viel Aufregung in Berlin verursacht und mir unendliche Mühe gemacht hat, besteht nicht mehr. (Lebhaftes Bravo.) Am Donnerstag abend war das ganze Viertel am Alexanderplatz fest in unserer Hand. Mehrere unsichere oder feindliche Depots der republikanischen **Soldatenwehr** wurden entwaffnet. Am Freitag habe ich befohlen, weitere Depots zu entwaffnen! In 10 Depots dürfen vorläufig nicht mehr als 6500 Mann der republikanischen Soldatenwehr verbleiben.

Meine Damen und Herren, nach der Besetzung des Viertels am Alexanderplatz ist der Kampf von Tausenden von Aufständigen in andere Stadtviertel verlegt worden.

Ich gedenke tief erschüttert und ehrend der wackeren Männer, die in diesen Schreckenstagen für die Ruhe und die Sicherheit im Lande ihr Leben gelassen haben. (Lebhaftes Bravo.) Mancher fiel einem Geschoß zum Opfer. Grausen muß aber jeden fühlenden Menschen packen bei der Erinnerung an die viehische Bestialität, mit der eine Anzahl Soldaten dahingemordet worden sind. In Berlin sind solche Opfer leider zahlreich zu beklagen.

Es ist in bezug auf **Lichtenberg** und andere Greuelvorgänge gesagt worden, es sei viel geschwindelt worden. Die Zahl der Opfer ist geringer als erst gemeldet wurde. Ich bedauere, daß ein Teil der Presse sich leider von der Sucht nach Sensation bei diesen Schilderungen hat mehr leiten lassen, als zu verantworten war. (Lebhafte Zustimmung. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Was geschehen ist, ist noch immer grauenhaft genug. Freilich, wenn statt 150 nur 15 Menschen bestialisch umgebracht wurden, heißt es hinterher, das sei doch gar nicht so schlimm, da sei nicht sonderlich viel los gewesen. Es steht fest, daß Bestien in Menschengestalt sich ausgerast haben wie Amokläufer. (Stürmische Zustimmung. — Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Herr Noske vor allen Dingen! — Erregte Pfuirufe und stürmische Zurufe: Raus! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Frau Zietz, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf! (Bravo!)

Noske, Reichswehrminister: Fast eine ganze Woche lang habe ich mit der Anwendung des schärfsten Gegenmittels gezögert, trotzdem es angesichts der Stimmung der Truppen gefährlich war.

Es ist behauptet worden, der **Bürgermeister von Lichtenberg** habe an mich geschrieben und mich ersucht, die Truppen aus Lichtenberg zurückzuziehen beziehungsweise nicht einmarschieren zu lassen. Das ist unwahr. Der Bürgermeister von Lichtenberg hat nicht an mich geschrieben. Zu mir gekommen sind drei Mitglieder des Berliner Vollzugsrats und drei Mitglieder der Streikleitung von Lichtenberg, um mit mir darüber zu reden, wie weiterem Blutvergießen Einhalt getan werden kann. Es ist selbstverständlich, daß ich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit mit dieser Deputation mir überlegt habe, wie verhütet werden kann, daß weiteres Feuern stattfindet. Aber ich mußte darnach fragen, wenn eine Vereinbarung über die Einstellung des Schießens getroffen werden soll, was denn auf der Gegenseite an Autorität vorhanden war, wenn ich den Befehl zur Einstellung des Feuers gab. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien und rechts.) Ich habe infolgedessen gefordert, daß mir der Oberbürgermeister von Lichtenberg oder eine andere prominente Persönlichkeit mitteilt, welche Vorbereitungen und welche Machtmittel in Lichtenberg zur Verfügung ständen, um durchzusetzen, daß von dort aus nicht geschossen werde. Daraufhin hat mir der Bürgermeister von Lichtenberg am Telephon erklärt, daß er keinerlei Machtmittel zur Verfügung habe. (Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Es ist mir dann am andern Tage von dem Bürgermeister telephonisch mitgeteilt worden, er habe mit Vertretern der Arbeiter und der Schießenden zusammengesessen, und ihm sei vorgeschlagen worden: Straffreiheit für alle diejenigen Leute, die an den Lichtenberger Vorgängen beteiligt seien (Unruhe und entrüstete Zurufe bei den Mehrheitsparteien und rechts), Bildung einer Sicherheitswehr, in der auch die Spartakisten Aufnahme zu finden haben (Lachen und Zurufe bei den Mehrheitsparteien und rechts), Bewaffnung einer solchen Sicherheitswehr mit den Waffen, die in Lichtenberg abgegeben werden. Ich habe allerdings geglaubt, auf einen solchen Waffenstillstand und auf ein solches Abkommen nicht eingehen zu dürfen. (Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Ich freue mich, feststellen zu können, daß Lichtenberg gestern fast kampflos von den Truppen besetzt worden ist. (Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts.) Dazu hat beträchtlich ein **Erlaß** beigetragen, den ich schweren Herzens am 9. abends unterzeichnet habe. Er lautet:

> Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

In höchster Not habe ich mich zu dieser Anordnung entschlossen. Aber

ich durfte die Abschlachtung von einzelnen Soldaten nicht weiter dauern lassen (sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien und rechts), mußte den Versuch machen, dieser Bestialität Einhalt zu tun durch die Androhung härtester Abschreckungsmittel. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien und rechts.) Wenn ich das nicht getan und dadurch eine gewisse Kontrolle geschaffen hätte, insofern wenigstens, als eine Anzahl Offiziere und Mannschaften zusammentreten müssen, um darüber klar zu werden, ob Erschießung stattzufinden habe, wären die Truppen nicht mehr in der Hand zu halten gewesen, und es hätte entsetzlich viel mehr Blut gekostet als so. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Das **Organ des Berliner Vollzugsrats**, das in einer einzigen Nummer am Dienstag vor acht Tagen herauskam und das von dem Mitgliede der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Däumig verfaßt worden ist, schrieb:

> Unsere russischen Genossen haben in ihren revolutionären Kämpfen kurzen Prozeß mit den Plünderern und sonstigen unlauteren Elementen gemacht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das heißt: rühmend wird von einem Unabhängigen darauf hingewiesen, daß die russischen Revolutionäre Plünderer und ähnliche Elemente kurzerhand niedergeschossen haben. Ich habe den Versuch gemacht, acht Tage in Berlin mit dem Belagerungszustand und mit Kriegsgerichten auszukommen. Sehr gegen mein Gefühl! Das aber, was als Recht der Revolution von den Unabhängigen gerühmt wird, konnte und werde ich mir als Recht nicht streitig machen lassen, wenn das Schicksal des Landes auf dem Spiele steht. (Lebhafte Zustimmung und stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts. — Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Kommunisten von Bremen, von Braunschweig, von Düsseldorf haben in der Zeit, als sie in diesen Orten ihr Regiment ungestört betreiben konnten, wiederholt den Belagerungszustand verhängt (hört! hört! bei den Mehrheitsparteien und rechts) und wiederholt Todesstrafe für geringere Dinge angekündigt, als für die sie in Berlin jetzt vollzogen worden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Die Ansichten der Juristen über die **rechtliche Zulässigkeit der Verfügung** gehen auseinander. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Die können nicht zweifelhaft sein!) — Ich lasse mich auf juristische Tüfteleien nicht ein. Wenn in den Straßen Berlins Tausende Menschen die Waffen gegen die Regierung führen, Mörder und Plünderer Orgien feiern, besteht ein Zustand außerhalb jedes Rechts. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien und rechts.) Die Staatsnotwendigkeit gebot, so zu

handeln, daß so rasch wie möglich wieder Ruhe und Sicherheit hergestellt werden. Das habe ich notgedrungen versuchen müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Mögen die Rasenden, die das Reich jetzt zerstören, zur Vernunft kommen, damit wieder ein normaler Rechtszustand hergestellt werden kann. Je früher ich die furchtbare Bürde meines Amtes in Berlin loswerden kann, um so froher werde ich sein. Getan habe ich, was ich gegenüber dem Reich und dem Volke für meine Pflicht hielt. Ich scheue das Urteil unserer Nation nicht. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts. — Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erneuter andauernder stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln (Nr. 125 der Drucksachen).[1])

---

[1]) Der Entwurf ist unter Einschiebung des § 3 unverändert angenommen worden (unten S. 1830 und in der zu Berlin vom 20. März 1919 ausgegebenen Nr. 62 des Reichs-Gesetzbl. S. 321) veröffentlicht worden als Gesetz, betreffend Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln vom 15. März 1919.

§ 1. Die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Geldzeichen (Banknoten, Kreditbilletten, Münzen usw.), die auf Rubel russischer Währung lauten, ist verboten.

§ 2. Jeder Verkehr mit Zahlungsmitteln der im § 1 bezeichneten Art darf, auch innerhalb der durch die Bekanntmachung über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland vom 8. Februar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 109) bisher zugelassenen Grenzen nur durch Vermittlung der Reichsbank stattfinden.

§ 3. Alle im Inland befindlichen Bestände an Zahlungsmitteln der im § 1 bezeichneten Art sind nach Maßgabe der vom Reichsminister der Finanzen oder der von ihm bestimmten Stelle zu erlassenden Bekanntmachung bei der Reichsbank anzumelden, die eine Bescheinigung über die Anmeldung erteilt.

§ 4. Die Reichsbank kann Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 1 und 2 zulassen.

§ 5. Wer es unternimmt, den Vorschriften der §§ 1 bis 4 zuwiderzuhandeln, wird, sofern nicht andere Vorschriften schwerere Strafen androhen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe bis zu fünfhunderttausend Mark bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 6. Die Geldzeichen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, können im Urteil für dem Reiche verfallen erklärt werden, gleichgültig, ob sie dem Täter gehören oder nicht. Ist die Einziehung nicht ausführbar, so kann auf Wertersatz erkannt werden. § 42 des Strafgesetzbuches findet Anwendung.

§ 7. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichsminister der Finanzen.

Als Kommissar ist angemeldet der Herr Geheime Regierungsrat Sämisch.

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer**, Abgeordneter: Ich halte den Entwurf für notwendig und begrüße ihn. Die Förderung der bolschewistischen oder — was dasselbe sagt — der Spartakusbewegung in Deutschland durch **russische Gelder** ist nicht nur vor und am 9. November 1918, sondern zweifellos auch seitdem in immer steigendem Umfange seitens der russischen Regierung und russischen Parteien erfolgt, und zwar durch die nämlichen deutschen Vermittlungsstellen, die bereits vor dem 9. November nach dieser Richtung hinter den Kulissen tätig gewesen sind. Einen solchen Verkehr, soweit denkbar, unmöglich zu machen, ist die Pflicht der Regierung.

Der Entwurf enthält aber nun die Bestimmung, daß jeder Verkehr mit Zahlungsmitteln der in § 1 bezeichneten Art, also mit Geldzeichen, die auf Rubel russischer Währung lauten, lediglich durch die Reichsbank zu erfolgen hat. In § 3 ist allerdings gesagt, daß die Reichsbank Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 1 und 2 zulassen kann, das heißt also mit anderen Worten, daß es im Ermessen der Reichsbank steht, ob und inwieweit sie anderen Personen und Firmen, die früher als die sogenannten „**Devisenstellen**" bezeichnet worden sind, den Verkehr freigeben will. Nun ist ja gar kein Zweifel, daß Einfuhr und Ausfuhr zwischen Deutschland und Rußland im Augenblick nur im bescheidenen Umfange besteht. Aber das kann und soll natürlich anders werden; denn wir wünschen eine möglichste Verstärkung der friedlichen wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Für diesen Fall wird es aber wünschenswert sein, daß der bestimmte Kreis, der früher für den Verkehr mit den Devisen zugelassen war, auch hier zugelassen wird und daß es nicht völlig dem freien Ermessen der Reichsbank anheimgestellt wird, ob sie das tun oder nicht tun will. Ich frage deshalb die Regierung, ob in Aussicht zu nehmen ist, daß die Reichsbank von der ihr in § 3 zugewiesenen Ermächtigung im allgemeinen zugunsten der Devisenstellen oder anderer Personen oder Firmen Gebrauch macht. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Das Gesetz, das uns vorgelegt ist, hat keinen finanzpolitischen Charakter. Das geht sowohl aus der Begründung der Regierung wie aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Rießer hervor. Nicht die Rücksicht auf unser Finanzwesen hat dieses **Gesetz diktiert**, sondern es sind rein innerpolitische und nament-

lich **außenpolitische Argumente**, die den Schritt der Regierung bestimmt haben. Deswegen ist es auch unmöglich, dieses Gesetz anders zu beurteilen als vom Standpunkt der auswärtigen Politik.

Nun mache ich darauf aufmerksam, daß der Herr **Staatssekretär des Auswärtigen** in seiner großen Programmrede hier im Hause es als eine wichtige Aufgabe der **deutschen Republik** bezeichnet hat, Feindseligkeiten mit der **Sowjetrepublik** einzustellen und zu einem friedlichen Verhältnis zu dieser Republik zu gelangen. Nach dieser Programmrede haben — wie ja den Herren bekannt ist — die Ententemächte unter Leitung Englands und Amerikas einen Annäherungsversuch an die Sowjetrepublik unternommen und haben Vertreter dieser Republik zu einer Verhandlung nach den Prinzeninseln eingeladen. Wenn dieser Versuch auch im Augenblick gescheitert ist, so kann für einen Kenner der amerikanischen und englischen Politik kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der Versuch wieder aufgenommen werden wird und daß man von dieser Seite alles daran setzen wird, zu diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetrepublik zu gelangen. Wir dürfen jedenfalls nach dem Verhalten Englands und Amerikas und aus unserem eigenen wohlverstandenen Interesse, dem der Herr Staatssekretär des Auswärtigen hier Ausdruck gegeben hat, nichts tun, was eine Annäherung zwischen uns und der Sowjetrepublik erschwert, was uns von der Ausführung des Regierungsprogramms in dieser Beziehung abbringt.

Ich will nicht untersuchen, ob die Behauptungen der Regierungsvorlage im einzelnen richtig sind oder nicht; die Regierung hat uns genaue Tatsachen nicht angegeben. Ich mache bei dieser Gelegenheit dem Hause davon Mitteilung, daß gestern an mich ein **Telegramm aus Bern** gelangt ist, unterschrieben „Im Namen der verschiedenen Richtungen der Sozialdemokraten Lettlands Jan Reinis, Austra Osolin, Jan Klawa, Alexander Lipschütz". Die Unterzeichner dieses Telegramms sind vielen in diesem Hause, namentlich den Mitgliedern der mehrheitssozialistischen Partei, bekannt. Alexander Lipschütz, der das Telegramm an letzter Stelle unterschrieben hat, ist der bekannte Dozent an der Berner Universität, Mitarbeiter des „Vorwärts" und der „Neuen Zeit" bis in die letzten Monate hinein. Die Herren, namentlich Dr. Lipschütz, sind zum größten Teil die entschiedensten praktischen und theoretischen Gegner des Bolschewismus. Wenn Sie das festhalten, werden Sie die Tragweite des Telegramms und den Zusammenhang mit unserer Vorlage erkennen. Das Telegramm ist am 12. März 9 Uhr aufgenommen und lautet:

> Das Deutsche Reich führt Krieg gegen Lettland. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Unter dem Vorwand, den Bolschewismus zu bekämpfen, sind deutsche Truppen in Lettland eingerückt. Lettische Städte werden im Sturm genommen. In Deutschland werden durch Werbebureaus Leute für den Kampf gegen Lettland gedungen. Die alt imperialistische Politik Deutschlands gegen unser

Land wird fortgesetzt. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Eine Verschwörung deutsch-baltischer Barone zur Aufrichtung einer baltisch-preußischen Monarchie (Widerspruch und Unruhe bei den Deutschen Demokraten und rechts) wurde soeben in Libau aufgedeckt. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Vergewaltigung unseres Landes durch die Truppen des Deutschen Reichs. Wir verlangen sofortige und vollständige Zurückziehung der deutschen Truppen aus Lettland. Wir ersuchen Sie um weitestgehende Bekanntmachung dieses Protestes. Wir stellen fest, daß Müller und Wels die sozialistische Internationale in Bern getäuscht haben, als sie vollständiges Desinteressement Deutschlands in Lettland behaupteten.

Unsere Aufgabe muß sein, einer solchen Politik, die uns wiederum den Vorwurf der Unaufrichtigkeit und des gewaltsamen Vorgehens zuzieht, schnellstens ein Ende zu bereiten. Wenn sogar diejenigen Kreise, die dem Bolschewismus in Lettland feindselig gegenüberstehen, alle Sozialisten ohne Ausnahme, behaupten, daß die alte imperialistische Politik fortgesetzt wird, so frage ich mich: ist das der Standpunkt unserer Regierung? Ich will annehmen, daß es ihr Standpunkt nicht sei, denn sonst müßte ihr der Vorwurf der Zweideutigkeit gemacht werden. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann, geehrte Versammlung, wird genau so wie in dem Kriege von unverantwortlichen Militärpersonen dort eine verhängnisvolle, verderbliche Politik gegen den Willen der Regierung getrieben. Wir haben dagegen nicht nur Front zu machen, sondern haben alles zu tun, was dazu dient, gute Beziehungen im Osten sowohl mit dem lettischen Volke wie mit der Sowjetrepublik baldigst herzustellen. Da das Gesetz von verfehlten außerpolitischen Gesichtspunkten ausgeht, werden wir dagegen stimmen.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Pohlmann.

Pohlmann, Abgeordneter: Den Einwand des Herrn Abgeordneten Haase gegen das Gesetz können wir nicht anerkennen. Es wird ja nicht der **Verkehr der ausländischen Zahlungsmittel** mit dem Ausland irgendwie beschränkt oder verhindert. Dieser Verkehr wird lediglich im Inland einer Überwachung unterstellt. Inwieweit darin eine Unfreundlichkeit gegen einen Nachbarstaat liegen kann, vermögen wir nicht zu erkennen. Wenn diese Überwachung im Inland erfolgt, erfolgt sie lediglich aus innerpolitischen Gesichtspunkten. Das ist in der Begründung des Gesetzes auch hervorgehoben, und diese innerpolitischen Gesichtspunkte können eine Unfreundlichkeit gegen einen Nachbarstaat nicht darstellen. Im übrigen glaube ich, daß der Nachbarstaat eine gewisse Bevorzugung sogar erfährt insofern, als diese Zahlungsmittel, die vom Ausland, von Rußland hereinkommen, leider zum großen Teil gefälscht sind. (Hört! hört!) Die Überschwemmung des russischen Geldmarkts mit falschen **Papierzeichen** hat einen ganz ungeheueren Umfang angenommen. Man

kann ja überhaupt nicht wissen, welches Papiergeld in Rußland bei dem Wechsel der verschiedenen Regierungen als staatlich anerkannt gilt. Seit dem politischen Umsturz haben die verschiedensten Regierungen in allen Teilen Rußlands eine große Menge Papiergeld herausgegeben der verschiedensten Art und der verschiedensten Benennung. Mit solchem Papiergeld ist Rußland überschwemmt, und solches Papiergeld kommt natürlich auch nach Deutschland herein. Früher war dieser Verkehr von Rußland nach Deutschland scharf behindert. In Rußland hatte man die Methode, mit allen Mitteln die Grenze abzusperren. Es gab sehr wenige Grenzübergänge mit der Bahn und auf dem Landwege. Außerdem war die Grenze abgesperrt durch Polizei- und Zollbeamte. Alles dieses hat sich jetzt geändert. Es sind mehr Grenzübergänge entstanden, und die polizeiliche und militärische Absperrung ist hinfällig geworden. Es sind zwar Truppen an den Grenzen vorhanden. Aber diese Truppen sind im Polizeidienst nicht ausgebildet und haben auch gar nicht den Zweck, Polizeidienste zu versehen. Infolgedessen ist die illegale Überschreitung der Grenze von Osten her in erheblichem Umfange eingetreten. Es wird alles mögliche geschwärzt. Es ist bekannt, daß Lebensmittel herübergebracht werden. Es werden besonders aber auch solche Zahlungsmittel und Waren aller Art in erheblichem Umfange geschwärzt. Wenn also die Staatsregierung im Innern den Wunsch hat, diesen Zahlungsverkehr etwas zu überwachen, so liegt darin meines Erachtens keine Unfreundlichkeit gegen die gegenwärtige Regierung. (Sehr richtig!) Ich habe im übrigen nur noch den Antrag zu begründen, der gestellt worden ist als § 3a oder 2a, wie das der Herr Präsident bestimmt oder einrichtet. Wir sind jedenfalls mit jeder Benennung nach der Richtung einverstanden.

Das Gesetz, wie es vorgelegt ist, wäre unvollständig, wenn dieser Antrag nicht angenommen werden würde. Das Gesetz selbst berücksichtigt nur die Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr der Zahlungsmittel. Es berücksichtigt nicht die im Lande schon vorhandenen Zahlungsmittel Es muß eine **Bestandsaufnahme** dieser Zahlungsmittel stattfinden, damit man später weiß, welche Zahlungsmittel aus dem Auslande nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ein-, durch- oder ausgeführt worden sind. Es ist also eine notwendige Ergänzung des Gesetzes, welche in dem Antrag enthalten ist. Im übrigen wird diese Bestandsaufnahme auch einen Überblick über die Finanzverhältnisse, die Verbindlichkeiten des Inlandes gegen das Ausland ergeben. Auch nach diesem rein finanztechnischen Gesichtspunkte ist unseres Erachtens der Antrag begründet.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsfinanzminister

Schiffer, Reichsfinanzminister: Meine Damen und Herren! Ich erkenne an, daß der soeben von dem Herrn Abgeordneten **Pohlmann**

begründete Antrag eine wertvolle Ergänzung des Gesetzes darstellt, und zwar aus den Gründen, die der Herr Abgeordnete vorgetragen hat. Ich kann das hohe Haus also nur bitten, dem Antrage zuzustimmen. Die Regierung ist mit ihm einverstanden.

Ebenso erkenne ich an, daß die Anregung des Herrn Abgeordneten Rießer eine Beachtung verdient, die ihr von uns in vollem Umfange zuteil werden wird. Ich werde mich mit der Reichsbank in Verbindung setzen und glaube hoffen zu dürfen, daß in Übereinstimmung mit ihr diejenigen Rücksichten auf die Banken genommen werden, die ihnen gebühren, und die der Herr Abgeordnete Rießer verlangt. Im einzelnen kann ich eine bestimmte Erklärung darüber nicht abgeben, glaube aber, bereits jetzt sagen zu können, daß auch die Stellen und Berufe, auf die der Herr Abgeordnete Rießer hingewiesen hat, bei der Ausführung des Gesetzes beteiligt werden können.

Der Herr Abgeordnete Haase hat erklärt, daß dieser Gesetzentwurf keinerlei finanztechnische, sondern lediglich eine außenpolitische Bedeutung habe. Aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pohlmann wird er ersehen haben, daß in diesem Umfange seine Behauptung nicht richtig ist. Es liegen in der Tat schon mit Rücksicht auf die zahlreichen Fälschungen russischer Geldwerte auch finanztechnische Gründe vor, die einen solchen Gesetzentwurf rechtfertigen. Aber ich gebe zu — und aus der Begründung des Gesetzentwurfes selbst geht dies hervor —, daß daneben in der Tat auch außenpolitische Gesichtspunkte für die Einbringung des Gesetzes maßgebend gewesen sind. Was ich aber nicht zugeben kann, sondern auf das nachdrücklichste bestreite, das ist die Behauptung des Herrn Abgeordneten Haase, daß diese Gründe irgendwie im Widerspruch zu den Erklärungen des Herrn Reichsministers des Auswärtigen und zu der von der ganzen Regierung befolgten Friedenspolitik stehen. Diese Friedenspolitik, die von uns befolgt wird und weiterhin befolgt werden soll, und zwar nach allen Seiten hin, kann nicht dahin führen, daß wir uns den Angriffen anderer Mächte aussetzen, ohne uns dagegen zu wehren. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Friedenspolitik schließt jede aggressive Politik aus. Aber, meine Damen und Herren, der Rubel rollt in Deutschland (erneute lebhafte Zustimmung) und der Rubel rollt nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen und aus aggressiven Gründen. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.) Dagegen müssen wir uns auf alle Weise wehren. Wie wir mit Militärmacht unsere Grenzen gegen militärische Angriffe zu schützen nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet sind, so sind wir berechtigt und verpflichtet, uns gegen die Vergiftung durch Bestechungsgelder zu wehren. (Lebhafter Beifall.) Aus diesen Gründen, aus finanztechnischen, aber auch aus diesen außenpolitischen Gründen, muß dieses Gesetz eingeführt werden, um die Vergiftung unseres Volkes durch russische Rubel, mögen sie aus Regierungs-

geldern oder mögen sie aus Parteigeldern kommen, zu verhüten. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wenn nun der Herr Abgeordnete Haase außerdem aber unter Berufung auf ein **Telegramm** von gewissen dunklen Plänen auf die **lettischen Lande** gesprochen hat, so kann ich nur sagen, daß diese Ausführung eigentlich kaum mit dem Gesetz etwas zu tun hat, sondern mit den Haaren herbeigezogen worden ist, um hier überhaupt vorgetragen zu werden. Ich lasse mich deshalb darauf nicht weiter ein, als daß ich erkläre: es liegt uns absolut fern, auch nur irgendeinen Teil des lettischen Landes für uns in Anspruch zu nehmen. Das steht im Einklang mit unserer Politik; genau so aber, wie auf der anderen Seite es im Einklang steht mit der Politik, daß wir alle Mittel anwenden, um uns vor der Gefahr des Bolschewismus in Deutschland zu schützen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten **Müller** (Breslau).

Müller (Breslau), Abgeordneter: Ich hatte nicht die Absicht, mich an der Debatte über dieses Gesetz zu beteiligen. Meine Parteifreunde glaubten, daß das Gesetz und seine Begründung genügten, um es debattelos zu verabschieden. Wenn ich mich an der Debatte beteilige, so nur deshalb, weil auf Grund eines **Telegramms**, das der Herr Abgeordnete Haase bekommen und hier verlesen hat, mein Name und der Name meines Parteifreundes Wels genannt worden ist. Mir sind die Tatsachen, von denen das Telegramm spricht, nicht bekannt.. Ich bin nicht in der Lage, den sachlichen Inhalt des Telegramms nachzuprüfen.

Wenn aber in diesem Telegramm die Behauptung aufgestellt wird, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk beabsichtigen, in **Lettland** eine **imperialistische Politik** zu treiben, so frage ich alle: wie ist unser armes deutsches Vaterland jetzt in der Lage, eine imperialistische Politik zu treiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn dann weiter gesagt wird, daß mein Parteifreund Wels und ich die Internationale in Bern getäuscht hätten durch die Erklärung, die wir zur lettischen Frage abgegeben hätten, so stelle ich demgegenüber folgendes fest: In den Vorbesprechungen, die vor der eigentlichen Konferenz stattgefunden haben, wurde von lettischen Sozialisten behauptet, daß Deutschland heute noch Absichten auf lettisches Gebiet habe. Demgegenüber habe ich im Einklang mit meinen Parteifreunden unser vollständiges Desinteressement am lettischen Gebiet festgestellt. Darin kann irgend eine Täuschung nicht liegen. An dieser Erklärung halte ich nach wie vor im Einverständnis mit meinen sämtlichen Parteifreunden und auch im Einverständnis mit der Reichsregierung, wie Sie soeben aus dem Munde des Herrn Reichsfinanzministers gehört haben, fest. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und die unverantwort-

lichen Militärs, Herr Abgeordneter!) — Herr Abgeordneter Haase, ich habe Ihnen gesagt, daß in dem Telegramm Behauptungen aufgestellt sind, die ich nicht nachzuprüfen in der Lage bin. Ich habe das Telegramm selbst nicht bekommen. Es ist allein an die Adresse des Herrn Abgeordneten Haase gegangen. Wie gesagt, irgendwelche Unstimmigkeiten zwischen meiner dortigen Erklärung und unserer jetzigen Haltung und der Haltung der Regierung festzustellen, ist, glaube ich, niemand in der Lage.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die erste Beratung ist geschlossen. Eine Überweisung des Gesetzentwurfs an einen Ausschuß ist nicht beantragt.

Wir treten daher sofort in die

zweite Lesung

ein. Von den Herren Abgeordneten Löbe, Gröber, v. Payer ist folgender Antrag eingegangen:

> Wir beantragen, die Nationalversammlung wolle beschließen: im Gesetz, betreffend Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln, hinter § 2 als neuen § 3 einzuschalten — —

Das wird wohl heißen sollen: als § 2a. (Zustimmung.) Der § 3 des Gesetzentwurfs soll ja nicht beseitigt werden. (Erneute Zustimmung.) Also die Herren Antragsteller sind damit einverstanden: es soll heißen, ein neuer § 2a sei einzufügen. (Zustimmung.) Ich stelle das fest.

Der Antrag lautet dann weiter:

> Alle im Inlande befindlichen Bestände an Zahlungsmitteln der in § 1 bezeichneten Art sind nach Maßgabe der vom Reichsminister der Finanzen oder der von ihm bestimmten Stelle zu erlassenden Bekanntmachung bei der Reichsbank anzumelden, die eine Bescheinigung über die Anmeldung erteilt.

Ich eröffne die Diskussion über § 1, — § 2, — § 2a, — das ist der neue Antrag, der Ihnen nicht gedruckt vorliegt, den ich Ihnen aber vorgelesen habe — § 3, — § 4, — § 5, — § 6, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen. — Damit ist die zweite Lesung beendigt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. Rießer, Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage die Vornahme der dritten Lesung. Das ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt. (Abgeordneter Haase (Berlin): Ich erhebe Widerspruch, Herr Präsident! — Große Unruhe und Lachen. — Abgeordneter Haase (Berlin): Wie die Geschäftsordnung es vorschreibt!)

Präsident: Es ist dagegen Widerspruch erhoben worden. Der Widerspruch muß durch 15 Mitglieder unterstützt sein. Ich bitte die-

jenigen, die dem Widerspruch zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Hier werden 10 Mitglieder gezählt. (Zuruf: Neun! Frau Zietz geht hinaus!) Meine Damen und Herren, die Unterstützung reicht nicht aus. (Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Große Heiterkeit.)

Wir treten also sofort in die

dritte Beratung

ein.

Ich eröffne die Generaldiskussion zur dritten Lesung. — Da keine Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Generaldiskussion.

Ich rufe auf in der Spezialberatung § 1, — § 2, — § 2a, — § 3, — § 4, — § 5, — § 6, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen. Wir kommen zur Gesamtabstimmung über das ganze Gesetz. Ich bitte diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, die dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; das Gesetz ist damit angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Wir kommen nunmehr zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungs-Gesetzes (Nr. 105 der Drucksachen), und zwar nur Abstimmungen.

Anträge Nr. 124, 126, 127, 131, 132.

Ich rufe auf § 1. Dazu liegen zwei Anträge Agnes und Genossen auf Nr. 132 der Drucksachen Ziffer 1 vor, und zwar zunächst der Antrag, an Stelle der Worte „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit" zu setzen die Worte: „unbeschadet der Freiheit der Berufswahl". Ich bitte diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, die diesem Antrag Agnes zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht. — Pause.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Dieselbe erfolgt.) Das Bureau bleibt zweifelhaft; es muß gezählt werden. Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrag zustimmen wollen, durch die Ja-Tür rechts von mir, und diejenigen, welche ihn verwerfen wollen, durch die Nein-Tür links von mir einzutreten. Ich bitte die Herren, den Saal zu verlassen. Die Türen mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen. (Die Zählung erfolgt.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

Das Bureau stimmt ab. Schriftführer Abgeordneter **Bolz**: Nein! Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer**: Nein! Schriftführer Abgeordneter **Kempkes**: Nein! Schriftführer Abgeordneter **Fischer** (Berlin): Ja! **Präsident**: Nein! (Pause.)

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes. Mit Ja haben gestimmt 135, mit Nein 163 Abgeordnete. (Bravo! rechts.) Der An-

trag Agnes und Genossen ist damit abgelehnt. Wir kommen zum zweiten Antrag Agnes zum § 1, das Wort „sittliche" zu ersetzen durch das Wort „soziale". Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die diesem Antrag der Frau Agnes zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht. — Pause.) Das Bureau ist einig, daß jetzt die Minderheit steht; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den § 1 in der Fassung, wie er jetzt nach Ablehnung der beiden Anträge Agnes festgestellt worden ist. Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die diesem § 1 ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Der § 1 ist mit großer Mehrheit angenommen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den § 2. Dazu möchte ich folgende Bemerkung machen. Ich gedenke, so abstimmen zu lassen, daß die Anträge nach der Entfernung ihres Inhalts von dem Kommissionsantrage rangiert werden. Die sachlich am weitesten entfernten bringe ich zuerst zur Abstimmung, damit die Willensmeinung der einzelnen bei jedem Antrage zum Ausdruck kommen kann. Ausgehend von diesem Gesichtspunkte, würde die Abstimmung in folgender Reihenfolge zu erfolgen haben: erstens der Antrag Arnstadt und Genossen, Nr. 124 Ziffer 1, eventuell im Falle der Ablehnung dieses Antrags der Antrag Arnstadt, Nr. 127 Ziffer 1; dann im Falle seiner Ablehnung der Antrag Dr. Rießer, Nr. 126 Ziffer 1; dann käme der Antrag Frau Agnes Nr. 132 Ziffer 2; dann käme der Antrag Auer zu Absatz 1 auf Nr. 131 Ziffer 1 auf Strich der Worte „gegen angemessene Entschädigung" — hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt; ich werde hernach, wenn wir dazu kommen, die Unterstützungsfrage stellen, ich mache jetzt schon darauf aufmerksam —; dann kommt sechstens der Antrag Auer zu Absatz 2 auf Nr. 131 Ziffer 2, und schließlich kommt der Antrag der Kommission, über den auch wieder namentliche Abstimmung beantragt ist. Der Antrag ist genügend unterstützt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Wenn dann über den Ausschußantrag abgestimmt werden wird, beantrage ich, über die Ziffern 1 und 2 gesondert abzustimmen.

Präsident: Das Haus ist mit dem von mir vorgeschlagenen Abstimmungsmodus einverstanden. Wir kommen nun zunächst zur Abstimmung über den Antrag Arnstadt Nr. 124 Ziffer 1, den § 2 wie folgt zu fassen:

> Für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften gegen angemessene Entschädigung in Gemeinwirtschaft überzuführen, ist Sache der Reichsregierung.

Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die diesem Antrage Arnstadt und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nun kommt die Abstimmung über den Eventualantrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 127 Ziffer 1, der für den Fall der Ablehnung des eben abgelehnten Antrags dem § 2 eine andere Fassung geben will. Ich brauche die Fassung wohl nicht vorzulesen; Sie haben sie ja auf Nr. 127 vor sich. — Ich bitte diejenigen, die dem Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 127 Ziffer 1 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr kommen wir zum Antrag Dr. Rießer auf Nr. 126 Ziffer 1. Dieser Antrag geht dahin, die Einleitung des § 2 zwar zu lassen, also:

> Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung —

jetzt aber die beiden folgenden Ziffern 1 und 2 anders zu fassen. Es wird nicht erforderlich sein, daß ich die beiden Ziffern in der Fassung des Antrags Dr. Rießer vorlese; Sie haben ja den Antrag auf Nr. 126 vor sich. Ich bitte Sie aber, den Antrag zu korrigieren. Es muß eigentlich heißen:

> in § 2 Absatz 1 die Ziffern 1 und 2 folgendermaßen zu fassen —

Der Herr Antragsteller ist damit einverstanden. Wird etwa gewünscht, daß ich hier auch über die beiden Ziffern 1 und 2 getrennt abstimmen lasse? (Wird verneint.) Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die diesem Antrag Dr. Rießer auf Nr. 126 Ziffer 1 ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr kommen wir zum Antrag Agnes und Genossen auf Nr. 132 Ziffer 2, der dahin geht:

> § 2 in der Fassung der Regierungsvorlage wiederherzustellen und den Satz hinzuzufügen: Die zu erlassenden Gesetze sollen besonders die gemeinwirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände fördern.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag Agnes und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr kommen wir zu dem Antrag Auer zu Absatz 1 auf Nr. 131 Ziffer 1. Der Antrag geht dahin, in der Einleitung die Worte „gegen angemessene Entschädigung" zu streichen. Hier ist namentliche Abstimmung von den Herren Dr. Rießer und Genossen beantragt. Dieser Antrag bedarf noch der Unterstützung von 50 Mitgliedern. Ich stelle

die Unterstützungsfrage und bitte diejenigen, die den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Antrag Auer. Ich bitte die Damen und Herren, ihre Plätze einzunehmen. Diejenigen, welche den Antrag Auer und Genossen auf Strich der Worte „gegen angemessene Entschädigung" annehmen wollen, bitte ich, eine Karte mit Ja, und diejenigen, welche dies nicht wollen, eine Karte mit Nein abzugeben. Für diejenigen Damen und Herren, welche ihre Karten nicht zur Hand haben, stehen Karten ohne Namen hier zur Verfügung.

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, es ist hier nicht genau verstanden worden, wie der Herr Präsident die Abstimmung vornehmen will.

Präsident: Meine Stimme ist so laut! Wenn nur die Herrschaften aufpassen wollten auf das, was ich sage! Und ich habe es so genau ausgedrückt, diejenigen, die dem Antrag Auer und Genossen auf Strich der Worte „gegen angemessene Entschädigung" zustimmen wollen, geben eine Karte mit Ja, diejenigen, die ihm nicht zustimmen, also die Worte „gegen angemessene Entschädigung" beibehalten wollen, geben eine Karte mit Nein ab. Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln. (Geschieht.) Die Damen und Herren, welche eine Karte noch nicht abgegeben haben, bitte ich, sich hierher zu bemühen und die Karte abzugeben. — Die Abstimmung ist geschlossen. (Das Ergebnis wird ermittelt.) Das vorläufige Resultat[2]) der Abstimmung ist folgendes: es sind 228 Karten abgegeben, davon haben gestimmt mit ja 136, mit nein 92. Die zur Abstimmung gestellte Frage ist daher bejaht, es sind die Worte „gegen angemessene Entschädigung" gestrichen. (Rufe: Umgekehrt! — Es liegt ein Irrtum vor!)

Meine Damen und Herren! Es scheint ein Irrtum bei der Zusammenzählung vorgekommen zu sein; denn nach dieser Aufstellung wären nur 228 Stimmen abgegeben worden, während vorher beim Hammelsprung etwa 300 Stimmen abgegeben worden sind. Stimmenthaltungen liegen nicht vor. Es muß also eine nochmalige Zählung vom Bureau vorgenommen werden, und ich bitte, sich so lange zu gedulden. (Die nochmalige Zählung findet statt.) Es hat sich herausgestellt, daß bei der Zählung der Nein-Zettel ein Posten übersehen worden ist. (Zurufe: Aha!) Das Resultat ist ein anderes. Es haben abgestimmt insgesamt 300. Enthaltungen: keine. Es haben gestimmt

[2]) Vergl. das endgültige Ergebnis unten Anlage A am Schluß der Sitzung.

mit Ja 135, mit Nein 165. Die zur Abstimmung gestellte Frage ist daher mit Nein beantwortet; es bleibt also im § 2 bei den Worten: „gegen angemessene Entschädigung". Nun bitte ich, die Plätze wieder einzunehmen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Auer und Genossen auf Nr. 131 der Drucksachen unter Ziffer 2:

> § 2 Absatz 2 wie folgt zu fassen: Die Frage der Entschädigung bleibt den zu erlassenden besonderen Reichsgesetzen vorbehalten.

Ich glaube, der Antrag ist jetzt hinfällig, da er nur für den Fall der Annahme des Streichens der Entschädigung gestellt zu sein scheint. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nein! nein!) — Doch? Bleibt aufrecht erhalten? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann bitte ich also diejenigen Herrschaften, die diesem Antrag Auer und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht. — Pause.) Das Bureau ist darüber einig, daß die Minderheit steht; der Antrag Auer und Genossen auf Nr. 131 Ziffer 2 ist deshalb abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den ganzen § 2 in der Fassung der Kommission. Irgendwelche Änderungen durch die bisherigen Abstimmungen sind daran nicht vorgenommen worden. Dazu liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung über § 2 vor und dann die Anregung des Herrn Abgeordneten v. Payer auf getrennte Abstimmung. Wo soll nun die namentliche Abstimmung einsetzen? —

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Nachdem die Abstimmung vollzogen ist und der ganze Paragraph, wie er sich aus den Beratungen ergeben hat, vorliegt, bitten wir, über den § 2 in seiner dann endgültigen Gestalt die namentliche Abstimmung vorzunehmen.

Präsident: Also Sie wären damit einverstanden, daß man zunächst, der Anregung v. Payer folgend, die zwei Ziffern 1 und 2 zur Abstimmung bringt und dann hernach die namentliche Abstimmung über den so zustandegekommenen gesamten § 2 vornimmt. (Zustimmung rechts.) Also ich rufe auf Absatz 1 Ziffer 1. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, sich zu erheben. (Geschieht.) Absatz 1 Ziffer 1 ist angenommen.

Ich rufe auf Absatz 1 Ziffer 2 und bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, sich zu erheben. (Geschieht.) Absatz 1 Ziffer 2 ist angenommen. (Zuruf rechts: Zweifelhaft! — Widerspruch bei den Mehrheitsparteien.) — Ich bitte, stehen zu bleiben. (Geschieht.) Das Bureau ist sich darüber einig, daß die Mehrheit steht. Absatz 1 Ziffer 2

ist also angenommen. Demnach liegt nun jetzt der § 2 in der Fassung der Kommission zur Abstimmung vor. Diese Abstimmung soll eine namentliche sein; der Antrag auf namentliche Abstimmung ist genügend unterstützt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den § 2. Ich bitte die Herrschaften, die Plätze wieder einzunehmen. (Geschieht.) Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche den § 2 in der Kommissionsfassung annehmen wollen, eine Karte mit Ja, diejenigen, welche ihn ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abzugeben. Für die Herrschaften, die ihre Karte nicht zur Hand haben, sind hier Karten zur Verfügung. — Ich bitte, nun an den Plätzen zu bleiben, weil die Karten eingesammelt werden. Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln. (Geschieht.) Die Abstimmung ist geschlossen. (Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige Resultat*) der Abstimmung ist folgendes: Es sind 300 Stimmen abgegeben worden; davon 1 Enthaltung. Mit Ja haben gestimmt 246, mit Nein 53. Die zur Abstimmung gestellte Frage ist also bejaht. Damit ist der § 2 in der Kommissionsfassung angenommen.

Wir fahren in der Abstimmung fort. Ich rufe auf § 3. Hierzu liegt ein Antrag Agnes vor auf Nr. 132 Ziffer 3, den § 3 anders zu fassen. Ich werde es nicht zu verlesen brauchen. Die Herrschaften haben ja die Fassung auf Nr. 132 vor sich liegen. Ich bitte diejenigen, die die Fassung des § 3 nach dem Antrag Agnes und Genossen annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag Agnes und Genossen zu § 3 ist abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen, die den § 3 der Kommissionsfassung annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) § 3 ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über § 4. Hier handelt es sich zunächst um den Antrag Arnstadt auf Nr. 127 Ziffer 2

> im § 4 zwischen den Worten „stammenden" und „Energie" einzusetzen: „nicht im eigenen Betriebe des Erzeugers verwandten".

Ich bitte diejenigen Herrschaften, die diesem Antrage Arnstadt und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag Arnstadt und Genossen ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zum Antrag Dr. Rießer auf Nr. 126 Ziffer 2:

> in § 4 hinter dem Wort „Energiewirtschaft" die Worte „nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten" zu streichen und dafür die Worte zu setzen: „soweit sie nicht zur Deckung des Eigenbedarfs der Werke erforderlich ist, im Interesse der Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft geregelt".

*) Vergl. das endgültige Ergebnis unten Anlage A am Schluß der Sitzung.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage Dr. Nieser und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nun liegt zu § 4 noch ein Antrag Agnes und Genossen auf Nr. 132 Ziffer 4 vor:

> in § 4 in Zeile 1 das Wort „ungesäumt" gemäß der Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage entsprechend das Wort „ungesäumt" wieder einführen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht. — Pause.) Das Bureau ist darüber einig, daß jetzt die Minderheit steht. — Es wäre immer zweckmäßig, wenn die Herrschaften sich wenigstens bemühen wollten, solange die Abstimmung dauert, im Saale und auf ihren Plätzen zu bleiben. (Sehr richtig!) Ich wäre Ihnen wirklich dankbar. Diese Abstimmung ist nicht so einfach. Nun bitte ich diejenigen, die dem § 4 in der Kommissionsfassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; § 4 ist angenommen.

Nun kommt ein Antrag Arnstadt und Genossen:

> auf Nr. 124 Ziffer 2 hinter § 4 des Entwurfs einen neuen § 4a einzuschalten mit folgendem Wortlaut: Auf den land- und forstwirtschaftlich benutzten Grund und Boden und seine Bewirtschaftung findet das vorliegende Gesetz keine Anwendung.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage Arnstadt und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu § 5. Ich rufe zunächst auf Satz 1. Antrag der Kommission:

> Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Satz ist angenommen.

Nun kommen wir zu dem Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 127 Ziffer 3, der offenbar als zweiter Absatz des § 5 gedacht ist. Der Antrag geht dahin, dem § 5 hinzuzufügen:

> Wenn und solange Teile des Deutschen Reichs von dem Feinde besetzt sind, gilt dieses Gesetz in ihnen nicht. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens beziehungsweise Wiederinkrafttretens des Gesetzes wird in diesen Gebieten durch eine Bekanntmachung der Reichsregierung bestimmt.

Ich bitte diejenigen, die einen solchen Satz 2 in § 5 einfügen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag Arnstadt und Genossen ist abgelehnt.

Nun kommen wir zur letzten Abstimmung über die Überschrift. Hier liegt ein Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 127 Ziffer 4 vor,

anstatt „Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes" zu setzen „Entwurf eines Gemeinwirtschaftsgesetzes". Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag Arnstadt und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Damit ist auch Überschrift und Einleitung festgestellt.

Es liegt dann noch ein Ausschußantrag auf Nr. 122 vor, die **Petitionen** (Tagebuch II Nr. 74 und 1287) der Reichsregierung als Material zu überweisen, die übrigen zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen durch die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären. In zweiter Lesung findet die Diskussion über den Antrag statt, die Abstimmung erst in dritter Lesung. — Das Wort wird nicht gewünscht. Ich schließe die Diskussion über den Ausschußantrag. Die Abstimmung erfolgt später bei der dritten Lesung. Damit ist die zweite Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes erledigt.

Wir gehen über zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

> **zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft** (Nr. 105 der Drucksachen). Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 133 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Molkenbuhr. Antrag Nr. 134.

Dazu bemerke ich: es sind im Verlauf der Sitzung noch Anträge eingebracht worden, die nicht mehr in den Druck gegeben werden konnten; ich teile sie mit. Die Kommission hat in dem Kohlengesetz einen § 4a neu eingeschoben. Nun liegt ein Antrag Löbe-v. Payer-Burlage vor, dem § 4a eine andere Fassung zu geben als die Kommission, nämlich folgende:

> Die Reichsregierung hat der Nationalversammlung bei der Vorlegung des Haushaltsplans für die durch dieses Gesetz geregelte Kohlenwirtschaft, insbesondere über Förderung, Absatz und Preisgestaltung der Kohle, sowie über die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse einen besonderen Bericht zu erstatten. Auch zu anderer Zeit ist der Nationalversammlung auf deren Erfordern Aufschluß zu erteilen.

Das ist der Antrag, der eine andere Fassung des § 4a bezweckt.

Nun liegt ein weiterer Abänderungsantrag der Herren Schultz (Bromberg) und Dr. Heinze für die beiden durch sie vertretenen Parteien vor, hinter § 4a als neuen Paragraphen § 5 einzufügen. Soll das heißen, daß der § 4a so wie ihn die Kommission beantragt hat, wegfallen soll, oder soll es nicht vielmehr heißen, hinter § 4a als neuen § 4b einzufügen (Zurufe rechts: Jawohl!):

> Für die auf Grund dieses Gesetzes und seiner Ausführung etwa geltend zu machenden Entschädigungsansprüche gelten bis zur anderweiten reichsgesetzlichen Regelung die in den einzelnen Gliedstaaten bestehenden enteignungsgesetzlichen Bestimmungen. Jeder Kohlenerzeuger, der an einem Zwangsverband gemäß § 2 Absatz 2 beteiligt ist,

kann jederzeit verlangen, daß das Reich seinen Betrieb nebst Zubehör (Erzeugung, Verarbeitung und Vertrieb) gegen angemessene Entschädigung übernimmt.

Das wäre also § 4b.

Dann kommt ein Antrag zum Schlußparagraphen 5, dahingehend, der Bestimmung, daß das Gesetz gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft tritt, hinzuzufügen:

Wenn und solange Teile des Deutschen Reichs von dem Feinde besetzt sind, gilt das Gesetz in ihnen nicht. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens beziehungsweise Wiederinkrafttretens des Gesetzes wird in diesen Gebieten durch eine Bekanntmachung der Reichsregierung bestimmt.

Der Fall hat uns ja vorhin beim Sozialisierungsgesetz auch schon beschäftigt.

Dann ist noch zu der von der Kommission beantragten Resolution ein Antrag Agnes und Genossen gestellt, an Stelle des zweiten Satzes in dieser Resolution folgenden Satz aufzunehmen:

Die Betriebsräte (Zechenräte für den Bergbau) sind in den einzelnen Betrieben nach demokratischem Wahlrecht zu wählen.

Das sind die Anträge, die ich Ihnen damit mitgeteilt habe.

Nun können wir eintreten in die Erörterung in zweiter Beratung Es ist angeregt worden, die Beratung über § 1 und § 2 miteinander zu verbinden. Das Haus ist damit einverstanden. Ich rufe deshalb auf § 1 und § 2 und erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter

Molkenbuhr, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! § 1 ist, wie Sie aus der Vorlage sehen, unverändert geblieben. Ich habe deshalb dazu keine Bemerkungen zu machen.

In § 2 sind Einschaltungen gemacht worden. Zunächst soll die Zusammensetzung des Kohlenrats dem Sachverständigenrat gleich gebildet werden, dann sollen an der Verwaltung der Verbände die Arbeitnehmer teilnehmen, und drittens sollen der Reichskohlenrat und die Verbände bis zum 30. Juni errichtet werden.

Von seiten der Regierungsvertreter sind zu dem Paragraphen folgende Erklärungen abzugeben:

Der Herr Reichswirtschaftsminister führte aus: Die Befürchtungen einiger Herren, aus § 2 könnten der Industrie unerträgliche Fesseln erwachsen, seien unbegründet. Der § 2 enthalte im wesentlichen nur geltendes Recht, er verallgemeinere nur bereits Bestehendes. Die Regelung des Vertriebs der Nebenerzeugnisse sei mit diesem Gesetzentwurf nicht beabsichtigt, und die Nebenerzeugnisse seien daher aus dem Entwurf ganz herausgelassen. Gegenüber den Bedingungen, die sich die Zechen schon freiwillig bisher auferlegt haben, brächte der § 2 höchstens die Regelung des Selbstverbrauchs durch die Verbände hinzu.

Ein Regierungsvertreter weist auf die Verordnung vom 12. August 1914 als die Grundlage des neuen gesetzgeberischen Gedankens hin und führt aus, worin die Weiterentwicklung oder die Abweichungen dieses Entwurfs von jener Verordnung lägen. Für die künftigen Verbände sei absichtlich eine gesetzlich lose Form vorgesehen, um die abweichenden Verhältnisse der verschiedenen Bergbaugebiete — Ruhr gegen Oberschlesien — berücksichtigen zu können. Das Reich führe die Oberaufsicht über die ganze Kohlenwirtschaft und regele auch die Feststellung der Preise, das heißt, es setze die Preise nicht selbst fest, sondern es bestimme die Richtlinien, nach denen der Reichskohlenrat die Preise bestimme.

Ein anderer Regierungsvertreter ergänzte die Ausführungen des Reichswirtschaftsministeriums über die Nebenprodukte dahin, daß ihre Einbeziehung eine starke Verzögerung der Durchführung des Gesetzes bringen würde, weil die Nebenprodukte bisher nicht von den Kohlensyndikaten und vom Kohlenhandel vertrieben würden, also ganz neue Vertriebsorganisationen geschaffen werden müßten. Auch sei die Grenze in jedem Falle schwer zu ziehen; denn mit Ammoniak greife man in die Stickstoffindustrie, mit den Ölen in die Ölwirtschaft ein, die Gebiete besonderer Bewirtschaftung sein müßten. Schließlich werden auch durch eine Ausdehnung der Sozialisierung auf die Nebenproduktengewinnung bei dem jetzigen Stande der Entwicklung die wirtschaftlichen Grundlagen für die Lösung des Problems der Vergasung erschüttert. Die Regierung könne dafür die Verantwortung nicht übernehmen.

Nach diesen Ausführungen der Regierungsvertreter und nach einer eingehenden Beratung hat der Ausschuß die jetzige Fassung des § 2 beschlossen, und ich empfehle dessen Annahme.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr.-Ing. Wieland.

Dr.-Ing. **Wieland**, Abgeordneter: Verehrte Versammlung! In § 2 wird die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft geregelt. Nun hat gestern der Herr Abgeordnete Hugenberg gesagt, mit diesen beiden Gesetzen begebe man sich in den Kommunismus. Ich muß sagen, daß meine Fraktion eine Fahrt in dieser Richtung nicht mitmachen würde. Er hat gestern ferner gesagt, die **Gemeinwirtschaft** sei gleichbedeutend mit **Kommunismus**. Auch dieser Auffassung muß ich entschieden widersprechen. (Sehr richtig! links.) Kommunismus bedeutet Aufhebung des privaten Eigentums, Sozialismus aber ist die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Gemeinwirtschaft ist Sozialismus und nicht Kommunismus, sie bedeutet einfach die Bewirtschaftung der Betriebsmittel. Man kann doch nicht sagen, daß zum Beispiel eine städtische Gasanstalt ein kommunistischer Betrieb sei. (Sehr richtig! links.)

Was nun das Gesetz selbst betrifft, so ist es auf der Grundlage der Gesetze vom Juli und August 1915 aufgebaut, den Ermächtigungsgesetzen, die darauf abzielen, die Diktatur des Kohlensyndikats zu beseitigen. (Sehr wahr! links.) Es ist nicht zu leugnen, daß dieses Gesetz von einer außerordentlichen Tragweite für die Erzeuger sowohl wie für die Verbraucher ist. Leider muß ich feststellen, daß die Form, in der die Materie behandelt ist, eine etwas magere ist im Vergleich zu der Wichtigkeit des materiellen Inhalts. (Sehr richtig! links.) Dazu kommt, daß dem Gesetz keine Begründung beigegeben ist, und das wirkt besonders erschwerend, und ich möchte deshalb in aller Freundschaft an die Regierung die eindringliche Mahnung richten, in Zukunft so wichtige Gesetze nicht wieder ohne Begründung vorzulegen. (Sehr richtig! links.) — Der Herr Reichsminister nickt, ist also mit meinem Vorschlag einverstanden.

Bezüglich des materiellen Inhalts ist zu sagen, daß die Nationalversammlung ein wachsames Auge darüber haben muß, daß die Organisation in zweckmäßiger Weise durchgeführt wird; denn in ihr liegt der Schwerpunkt. Der Schwerpunkt der Verantwortung liegt aber bei der Regierung wegen der — ich möchte sagen — nicht ungenügenden, aber etwas mageren Umschreibung der ganzen Materie.

In § 2 wird in erster Linie die Reichszuständigkeit geregelt. Der Schwerpunkt in der Organisation liegt bei dem **Reichskohlenrat.** Nun ist es aber auffallend, daß dieser Reichskohlenrat nur mit einem Wort erwähnt und weder nach Zusammensetzung noch nach Aufgabenkreis näher umschrieben ist. Im Ausschuß hat einer der Herren Regierungsvertreter die Zusammensetzung des Reichskohlenrats in der Weise umschrieben, daß er sagte, er werde aus drei Gruppen bestehen müssen, und zwar nach der Richtung der Technik, des Vertriebes und der Sozialpolitik, und er müsse derart zusammengesetzt sein, daß er sich in jedem Umfange an die Gesamtwirtschaft anzupassen in der Lage sei. Deswegen ist die Zusammensetzung des Reichskohlenrats von grundlegender Bedeutung. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Zur Berufung des Reichskohlenrats soll laut § 3 ein **Sachverständigenrat** berufen werden, der dann im Benehmen mit der Regierung die Zusammensetzung des Reichskohlenrats regelt. Es muß vor allem betont werden, daß der Reichskohlenrat den gesamten Interessenkreis, sowohl Erzeuger als Verbraucher, zu umfassen hat. Ich möchte den Nachdruck darauf legen, daß vor allem auch die Verbraucher berücksichtigt werden. In der Regierungsvorlage ist zu bemängeln, daß die Verbraucher etwas zu kurz gekommen sind. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Der Antrag des Ausschusses, der den Sachverständigenrat in § 3 verbessert, der dem Reichskohlenrat zugrunde gelegt werden soll, hat diesen Fehler ausgemerzt und

die Zahl von 45 auf 50 Mitglieder erhöht, wodurch es ermöglicht ist, daß die Verbraucher besser berücksichtigt werden. Der zweite Gesichtspunkt, der bei der Zusammensetzung von außerordentlicher Wichtigkeit ist, ist der, daß die Verbraucher auch nach den verschiedenen Gruppen vertreten werden, also Kommunen, Landwirtschaft, Großindustrie, Kleingewerbe und Hausbrand, und der dritte Gesichtspunkt, daß unbedingt alle Reichsteile berücksichtigt werden müssen. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Ich sage das um deswillen, weil die Kohle das Rückgrat unserer ganzen Wirtschaft bildet und daß bei der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie darauf Bedacht genommen werden muß, daß die Industrien der verschiedenen Landesteile ihre Wettbewerbsfähigkeit behalten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich muß mich einen Augenblick hauptsächlich mit süddeutschen Interessen beschäftigen, hauptsächlich mit den Interessen der kohlenarmen Staaten Bayern, Württemberg und Baden. Diese sind zurzeit dadurch schwer betroffen, daß **Süddeutschland** vollständig vom Saargebiet abgeschnitten ist. Es hat deswegen in der Kohlenbelieferung eine radikale Verschiebung stattgefunden, so daß diese ganz vom Ruhrgebiet betätigt werden muß. Wie außerordentlich wichtig das ist, möchte ich an einem Beispiel beweisen. Als Aushilfe in Kriegszeiten wurde uns nach dem Süden **Schlammkohle** geliefert. — Das Beispiel datiert aus dem März 1918. — Die gute Saarkohle kostet per Tonne 39 Mark, die Schlammkohle 24 Mark. Dagegen hat nach Feststellung des württembergischen Revisionsvereins die Saarkohle einen Gehalt von 90 Prozent brennbarer Substanz, während die Schlammkohle nur einen solchen von 38 Prozent hat. Das erhöht den Preis der Schlammkohle, auf die Saarkohle umgerechnet, von 39 auf 63 Mark pro Tonne — macht eine Verteuerung von 24 Mark. Es ist in die Augen springend, wie außerordentlich schwerwiegend diese Verteuerung hauptsächlich für die Wettbewerbsinteressen der süddeutschen Industrie ist.

Es kommt aber als weiterer Gesichtspunkt in Betracht, daß eine Unmasse nicht brennbarer Stoff unnötig auf der Bahn oder zu Wasser transportiert werden muß und unsere sowieso geringen Betriebsmittel hier unnötig belastet werden. Um einen Waggon Saarkohle zu ersetzen, müssen drei Waggons Schlammkohlen transportiert werden. Also zwei Waggons werden unnötig auf große Entfernungen gefahren. Ich sage das ausdrücklich, um festzustellen, wie wichtig es ist, daß Sachverständige aus allen Gebieten in den Reichskohlenrat herangezogen werden, die solche Übelstände beurteilen können (sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten); denn sie können in einer Industrie geradezu verheerend wirken. Es hat sich im Kriege gezeigt, daß die Zentralbehörde des

Reichskohlenkommissars in Berlin in dieser Richtung ganz mangelhaft funktioniert hat, und es sind besonders bei uns im Süden schwere Klagen darüber zutage getreten. Deswegen möchte ich das Augenmerk der Regierung besonders auf diesen Punkt richten, damit bei der Zusammensetzung des Reichskohlenrats dafür gesorgt wird, daß derartige Übelstände beseitigt werden. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Minister Wissell hat uns im Ausschuß auch eine wertvolle Mitteilung dahingehend gemacht, daß die Regierung beabsichtige, die von den Verbänden für den Sachverständigenrat Vorgeschlagenen in diesen aufzunehmen. Ich halte diese Feststellung deswegen für wichtig, weil dadurch eine Gewähr geboten wird, daß diejenigen Sachverständigen in den Reichskohlenrat hineinkommen, welche von den Verbänden gewünscht werden.

Es wird ferner im § 2 geregelt die **Förderung**, der **Selbstverbrauch** und der **Absatz**, und zwar unter Aufsicht des Reichskohlenrats durch die Verbände. Dieser Absatz entspricht dem Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 1915; nur ist noch der Selbstverbrauch hinzugekommen. Im Ausschuß hat der Herr Reichsminister gesagt, daß er es freudigst begrüßen würde, wenn die Verbände sich schon rechtzeitig freiwillig zusammenschließen würden, natürlich nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzes.

Besonders hervorzuheben ist, daß durch den § 2 ein **Eingriff in die Förderung** der Zechen möglich ist. Diese Tatsache ist im Ausschuß von der rechten Seite des Hauses ganz entschieden beanstandet worden. Es wurde verlangt, man möge sich darauf zurückziehen, nur die Verteilung, also den Vertrieb dem Reich in die Hand zu geben. Es ist gesagt worden, wenn man den Absatz regele, dann habe man gleichzeitig auch die Förderung in Händen. Demgegenüber ist zu sagen, daß gerade bei der Tätigkeit des Reichskohlenkommissars beanstandet wurde, daß es ihm nicht möglich war, einen Einfluß auf die Förderung zu üben (hört! hört! bei den Deutschen Demokraten), und dieser Übelstand muß meines Erachtens beseitigt werden. Denn die Verbände können den Bedarf nur befriedigen, wenn sie auch auf die Förderung einwirken können. Nun betrachte ich aber die Förderung als kaufmännischen Begriff so, daß sie eben als Erzeugung der Kohle zur Deckung des Bedarfs anzusehen ist. Ich würde es für verfehlt halten, wenn gleichzeitig in den technischen Betrieb der Förderung eingegriffen würde, weil dieses Eingreifen eine außerordentliche Gefahr in sich birgt. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Reichsminister oder ein anderer Regierungsvertreter — ich entsinne mich nicht mehr genau — hat im Ausschuß gesagt, daß angesichts unserer außerordentlich gespannten wirtschaftlichen Lage die Regierung nicht beabsichtige, sich ans Experimentieren zu begeben,

sowern daß sie behutsam vorgegangen werde und keine tiefen Eingriffe, hauptsächlich in den technischen Teil der Förderung, machen wolle. Nach den Ausführungen, die ich in bezug auf die Förderung gemacht habe, muß ich sagen, daß für meine Fraktion der Antrag Vögeler-Metzger, der den im Ausschuß eingebrachten Antrag wieder aufnimmt, unannehmbar ist.

Ich muß noch anfügen, daß in bezug auf die Förderung unbedingt zu berücksichtigen ist, die **Bevorratung** nicht durch Eingriff in die technische Förderung zu gefährden. Diese Bevorratung ist deswegen wichtig, weil man sie bei jedem guten Wasserstande benutzen kann, um auf den Flüssen diese Vorräte in entfernter liegende Gebiete, zum Beispiel nach Süddeutschland, zu befördern, damit man zur Winterzeit einen genügenden Vorrat dort hat. In dieser Beziehung sind im Kriege schwere Fehler gemacht worden, die sich in bedenklicher Weise gerächt haben.

Nun zur **Preisfeststellung**. In § 3 ist gesagt, daß die Preise durch das Reich geregelt werden sollen; wie sie aber geregelt werden sollen, ist im Gesetz nicht gesagt. Das ist eine bedauerliche Unklarheit. Ich kann mir auch nicht vorstellen, wie die Preisfeststellung von der Regierung allein gemacht werden will unter Lostrennung von den Verbänden. Für den Kaufmann ist es ein Unding, eine Materie zu behandeln, das heißt den Absatz zu besorgen, ohne gleichzeitig die Preisfrage in Händen zu haben, und ich glaube, daß gerade dieser Punkt einer eingehenden Beratung mit dem Reichskohlenrat bedarf. Die Preise werden einesteils diktiert durch die Gestehungskosten. Also müssen unbedingt die Verbände, in die die Zechen zusammengefaßt sind, mitzureden haben. Andererseits werden sie stark beeinflußt durch den im Frieden wieder auftretenden Wettbewerb, der jedenfalls eine sehr große Rolle spielen wird, und da handelt es sich darum, daß man sehr rasch eingreifen und telegraphisch und telephonisch Entscheidungen treffen kann. **Wenn hier ein schwerfälliger Apparat in Bewegung gesetzt werden muß, kann sehr großer Schaden angerichtet werden.** (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Es muß also eine klar aufgebaute Organisation mit dem Sachverständigenrat beziehungsweise mit dem Kohlenrat vereinbart werden.

Nun noch ein Wort zum **Handel**. Ich vermisse, daß er im Gesetz überhaupt nicht behandelt worden ist. Der Handel ist eine kaufmännische Kunst, deren sich zu bedienen, die Regierung jetzt alle Veranlassung haben wird. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) **Den Vertrieb bureaukratisch zu organisieren, würde ich für einen großen Fehler halten.** (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf vom Regierungstisch: Die Regierung auch!) — Der Herr Reichsminister stimmt mir zu: ich freue

mich darüber, denn es ist zu hoffen, daß nach dieser Richtung hin keine Mißgriffe gemacht werden. Bezüglich des Kleinhandels hat er es im Ausschuß schon zugegeben, aber über den Großhandel hat bis jetzt noch Unklarheit bestanden. Es würde außerordentlich bedauerlich sein, wenn der Kriegsbureaukratismus, über den so viel von den Hausbrandverbrauchern geklagt wurde, jetzt in Permanenz erklärt würde. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Schließlich noch ein Wort über die **Entschädigungsfrage.** Sie ist im Gesetz auch nicht vorgesehen, sie wird wohl in den Vorschriften, die laut § 4 zu erlassen sind, zu behandeln sein, und zwar im Benehmen mit dem 28gliedrigen Ausschuß der Nationalversammlung. (Erneute Zustimmung.)

Zum Schluß möchte ich sagen, daß das Gesetz doch den **Wünschen der Bergarbeiter** in weitestgehender Weise entgegenkommt, und es darf wohl von dieser Stelle aus angesichts dieser Tatsache ein Appell an die Bergarbeiter gerichtet werden, daß sie jetzt für eine genügende Förderung der Kohlen sorgen mögen, die wir für unsere gesamte Wirtschaft dringend notwendig bedürfen. Die Kohle ist der Lebensnerv der Arbeit — und ohne Kohle keine Arbeit. (Lebhaftes Bravo bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Graf von Posadowsky-Wehner.

D. Dr. Graf **von Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter: Meine Herren! Wir haben von der Regierungsbank gehört, daß dieser Gesetzentwurf nach langem Nachdenken der Regierung und nach gründlicher Durcharbeitung des Materials zustandegekommen ist. Ich habe bei der bisherigen Beratung des Gesetzes schmerzlich bedauert, daß uns die Regierung den Erfolg dieser Gedankenarbeit nicht in Form einer **Begründung** mitgeteilt hat (sehr richtig! rechts); denn es hätte doch nahegelegen, daß, wenn dieser Gesetzentwurf so gründlich durchgearbeitet ist, die Regierung uns auch den Erfolg ihrer Gedankenarbeit mitgeteilt hätte. (Erneute Zustimmung.) Im alten Reichstag haben wir es oft, fast jedes Jahr hören müssen, wenn eine Vorlage irgendeiner Parteirichtung nicht zusagte, daß gegen die Regierung der Vorwurf erhoben worden: noch niemals ist eine Vorlage so oberflächlich gearbeitet worden. Ich bin zu höflich, der jetzigen Regierung diesen Einwand zurückzugeben. (Sehr gut! rechts.) Aber ich muß doch sagen: eine Vorlage, die den wichtigsten Industriezweig unseres gewerblichen Lebens auf vollkommen andere Grundlagen stellt, hätte anders aussehen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Schließlich ist dieses Gesetz weiter nichts als ein Mantelgesetz eines Mantelgesetzes; denn die wesentlichen Bestimmungen werden erst in den Ausführungsverordnungen stehen, von denen wir nicht wissen, wie sie lauten werden. Ich bin der Ansicht: wenn

die alte Regierung uns einen so wichtigen Gesetzentwurf in dieser lapidaren Form vorgelegt hätte, dann wäre gegen den verantwortlichen Minister oder Staatssekretär ein geradezu vernichtender Angriff gerichtet worden. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin überzeugt, bei diesem Staatssekretär oder bei diesem Minister hätte sich bald die bekannte Ministerkrankheit eingestellt, die Ihnen ja allen bekannt ist. (Heiterkeit.) Für diese Ministerkrankheit war ja bekanntlich Herr Dr. v. Lucanus ein anerkannter Spezialist. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob sich der Herr Reichspräsident auch schon einen solchen Hausarzt angeschafft hat; aber gegenüber dieser Vorlage möchte ich ihm das fast empfehlen. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.)

Der Redner der Demokratischen Partei hat gestern erklärt, daß das **Eigentum** nicht angetastet werden dürfe. Wenn man sich dieses Gesetz ansieht, durch das man dem Unternehmer, dem Eigentümer vorschreiben will, wie er sein Rohprodukt fördert, wie er es absetzt und wie er die Preise bemißt, so kann man sagen: dieses Gesetz entzieht dem Eigentümer tatsächlich das Eigentum; denn der wesentlichste Begriff des Eigentums ist doch, daß man über sein Eigentum nach allen Richtungen hin verfügen kann. Ich bin gespannt, wie sich die Demokratische Partei bei den Abstimmungen zu diesem Gesetzentwurf stellen wird.

Von der Regierungsbank und aus Regierungskreisen haben wir in letzter Zeit eine Erklärung gehört, die einigermaßen überraschend war. In früheren Erklärungen wurde stets gesagt: wir wünschen keine kommunistischen Experimente —; jetzt haben wir kürzlich gehört: Sozialismus ist Kommunismus. Man könnte der Regierung den Vorwurf machen, den sie so oft gegen frühere Regierungen erhoben hat — damals mit Unrecht —, daß sich die Regierung in einem Zickzackkurs befindet.

Wir sind gegen das, was man **Sozialisierung des Bergbaus** nennt, keineswegs grundsätzliche Gegner. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir hätten gewünscht, daß uns ein erheblich eingehenderes Gesetz vorgelegt würde. (Sehr richtig! rechts.) Wir hätten vor allen Dingen gewünscht, daß diese Änderung der Verwaltung unseres Bergbaus, dieser Eingriff in die Eigentumsverhältnisse nur erfolgt wäre, nachdem eine eingehende Enquete stattgefunden hätte, aus der sich ergab, welche Mißstände tatsächlich vorhanden sind, und wie diese Mißstände zu beseitigen wären. Wir haben deshalb gegen diese Vorlage die allerschwersten Bedenken, und die Mehrheit des Hauses und die Regierung könne es uns nicht verdenken, wenn wir dieser Vorlage gegenüber die äußerste Vorsicht üben.

Früher war es liberale Theorie — und sehr viele der früheren Liberalen sitzen ja jetzt auf der linken Seite des Hauses —, daß man möglichst viele unabhängige Existenzen schaffen sollte. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb wurde auch von liberaler Seite stets gegen **Monopole**

Sturm gelaufen, weil man sagte: dann wird der Einfluß des Staates noch größer als bisher, und die selbständigen Existenzen werden zu Agenten des Staates herabgedrückt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Syndikate!) — Ein Syndikat ist noch ganz etwas anderes als der Staat. (Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Diese Angriffe, die man damals gegen das Monopol richtete, finden hier in verschärfter Form gegen diese Vorlage Anwendung. Durch dieses Gesetz werden Tausende von selbständigen Existenzen beseitigt. Sie werden einfach untergeordnete Beamte des Staates. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das Syndikat hatte sie schon lange beseitigt!) — Das Syndikat ist etwas ganz anderes als der Staat. Das Syndikat kann sehr mächtig und einflußreich sein, ist aber noch lange nicht so einflußreich wie der Staat und namentlich derjenige Staat, an dessen Spitze eine Parteiregierung steht. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Volksregierung!) Die Besitzer der Kohlenbergwerke werden in Zukunft nichts anderes sein als — ich möchte fast sagen — eine Art von Zwischenmeistern zwischen der verwaltenden Regierung und den Verbrauchern. Wir werden ein Heer von Beamten schaffen müssen, um dieses Gesetz durchzuführen, und werden damit eine **Bureaukratie** schaffen, wie sie, glaube ich, noch in keinem Staat vorhanden gewesen ist. (Sehr richtig! rechts.)

Welche Rechte bleiben denn überhaupt noch den Besitzern der Kohlenbergwerke, wenn von der Zentralregierung aus die Art der Förderung, die Art des Absatzes und die Höhe der Preise bestimmt wird? An die Stelle der Initiative des Einzelunternehmers tritt dann das Reglement. Man hat ja in der Kommission — wie ich höre — erklärt, man werde sich vorläufig nur mit der Förderung beschäftigen und sonst möglichst wenig in den Betrieb eingreifen. Aber die Bureaukratie bleibt in dieser Beziehung in der Republik dieselbe wie in der Monarchie. (Zustimmung rechts.) Die Bureaukratie wird all ihren Scharfsinn anwenden, um die Schraube immer enger zu ziehen und das Gebiet des Bergbaues immer gründlicher zu beherrschen. Man wird der Bureaukratie hieraus auch nicht einmal einen Vorwurf machen können; denn wenn die Reichsregierung für dieses ungeheure Gebiet des Kohlenbergbaues verantwortlich sein soll, dann wird sie natürlich danach trachten, ihren Einfluß auf alle Einzelheiten des Bergbaues auszuüben.

Diese ganzen **Sozialisierungsbestrebungen** haben wohl auch ihren Grund und ihre Triebkraft darin, daß von einzelnen Industrien während des Krieges ungeheure Gewinne gemacht worden sind. Aber schließlich ist doch der Krieg eine vorübergehende Erscheinung, und wir müssen wieder zu friedlichen Verhältnissen zurückkehren. Man spricht immer von den einzelnen Unternehmern, die ungeheure Gewinne aus

der Kohlenindustrie ziehen. (Sehr richtig! links.) Aber vergessen Sie doch nicht eines: die Kohlenindustrie war noch keineswegs vollkommen vereinigt, sie war immer noch zersplittert, die einzelnen Bergbaubezirke werden von hochintelligenten Männern geleitet; die Kohlenbergwerke sind Aktiengesellschaften, und diese Aktien sind in der Hand von Tausenden von Einzelbesitzern, in der Hand von reichen Leuten, aber auch in der Hand von Tausenden von kleinen Leuten. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Na! na!) Meines Erachtens gebührt auch den Aktienbesitzern als Besitzern bei der Regelung der Sache einige Rücksicht.

Am bedenklichsten liegt das Gesetz meiner Meinung nach auf dem Gebiete der **Ein- und Ausfuhr.** (Zustimmung rechts.) Wir werden doch wieder einmal zu einer Ausfuhr kommen müssen. Jetzt ist ja der ganze Markt auf den Kopf gestellt. Nun stellen Sie sich, bitte, vor, daß eine Instanz in Berlin die Preise für die Kohlenprodukte vorschreibt, und daß wir mit diesen festgestellten Preisen gegenüber der fremden Kohle, besonders gegenüber der englischen Kohle, konkurrieren sollen. Gerade da ist die Initiative, der augenblickliche Entschluß des einzelnen Leiters eines großen Kohlenbergwerkes durch eine bureaukratische Festsetzung, die immer etwas Starres haben wird, gar nicht zu ersetzen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist unzweifelhaft, daß Beamte auch geeignet wären, die Kohlenindustrie zu leiten. Wir wissen ja aus Erfahrung, daß ehemalige Staatsbeamte in die Kohlenindustrie übergegangen sind und dort ganz Hervorragendes geleistet haben. Aber solange diese Herren in ihrem Amte sind, bleiben sie eben an starre Vorschriften gebunden. Das kann die verantwortliche Staatsverwaltung gar nicht anders machen, und deshalb ist der Beamte an sich zur Leitung von gewerblichen Unternehmungen, besonders wenn sie vom Weltmarkt abhängig sind, weniger geeignet. (Sehr richtig! rechts.) Jede Leitung gewerblicher Unternehmungen durch einen Beamtenapparat wird immer zu langsam marschieren und gegenüber wechselnden Konjunkturen zu spät kommen. (Sehr richtig! rechts.)

Wie steht es nun mit unserer Ein- und Ausfuhr? Die Preise sollen generell festgesetzt werden. Da kann, wenn sie zu niedrig festgesetzt werden, unsere Konkurrenz bei uns einbrechen; wenn sie zu hoch festgesetzt, werden wir unsere Ausfuhr verlieren. Nun stellen Sie sich, bitte, vor, daß die belgische Campine, die Ihnen ja allen wohl bekannt ist, sich fortgesetzt weiter entwickelt und in steigenden Besitz der sehr wertvollen Kokskohle kommt. Die Campine liegt an den Toren von Antwerpen, eines der größten Häfen Europas. Durch diese Konkurrenz der belgischen Kohle in der Campine kann unter Umständen ein sehr bedenklicher Druck auf unser niederrheinisches Kohlengebiet ausgeübt werden. Wenn wir da nicht nach kaufmännischen Gesichtspunkten elastisch die

ganze Kohlenein- und -ausfuhr und die Preise regulieren, so kann es sein, daß unsere Ruhrkohle von der Campinekohle und durch die Einfuhr der englischen Kohle verdrängt wird. Gerade aber unsere Kohlenausfuhr ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft, weil vorzugsweise die Kohlenausfuhr in Zukunft dazu beitragen muß, unsere Valuta wieder zu verbessern. (Sehr richtig! rechts.)

Ähnlich wie es mit der Campinekohle gegenüber der niederrheinischen Kohle und mit der englischen Kohle gegenüber der niederrheinischen Kohle liegt, liegt es auch für unser Braunkohlengebiet gegenüber der Konkurrenz der tschechisch-slowakischen Kohle.

Ich meine also, eine Regulierung der Preise durch eine höchst bureaukratische Instanz ist gerade für Ein- und Ausfuhr unserer Kohle von äußerster Gefahr. Wenn man die Sache in der letzten Wurzel betrachtet, so wird eigentlich der Reichskanzler in Zukunft der verantwortliche Generaldirektor des gesamten Kohlenbergbaues sein. (Zustimmung rechts.)

Nun stellen Sie sich, bitte, vor, daß über die Regelung des Kohlenbergbaues eine Körperschaft von 60 Personen in letzter Instanz entscheiden soll, von denen die Eigentümer der Kohlenbergwerke nur 15 Personen stellen. Stellen Sie sich vor, welche Kämpfe das geben wird, wie das auf den Reichstag zurückwirkt, welchen Debatten wir in dieser gewerblichen Angelegenheit im kommenden Reichstag entgegengehen müssen. Kann man in der Tat ein solches Eingreifen einer bureaukratischen Körperschaft in dieses wichtigste Gebiet unserer Industrie billigen und von ihr kaufmännische und wirtschaftliche Erfolge erwarten?

Es ist wahrscheinlich, daß für den Erlaß dieses Gesetzes auch **finanzielle Gründe** maßgebend gewesen sind. Wenn man aber rein finanzielle Gründe gelten lassen wollte, so konnte man die Ziele, die man mit dem Gesetze erreichen wollte, ebensogut im Wege der Steuergesetzgebung erreichen und den Kohlenbergbau als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen weiter bestehen lassen. Daraus aber, daß man jetzt den Kohlenbergbau in die Gemeinwirtschaft überführen will, obgleich man die finanziellen Ziele auf anderem Wege erreichen könnte, geht mit Sicherheit hervor, daß hierbei **politische Gründe** maßgebend waren. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Soziale!) Wie wird sich nun dieser politische Einfluß geltend machen? Die Kohle ist ein Erzeugnis, das die ganze Industrie braucht, dessen jeder einzelne Haushalt bedarf. Nun stellen Sie sich vor, daß den Hebel zu dieser Industrie in Zukunft eine politische Parteirichtung in der Hand hat. Welch ungeheuren Einfluß gibt man dadurch, durch diese Sozialisierung des Kohlenbergbaus, politischen Parteien in die Hand! (Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Wie war es denn früher?) Das kann zu Zuständen führen, die un-

erträglich sind. Sie sagen: so war es früher auch. Nein, mein verehrter Herr, früher stand die Regierung über den Parteien. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Sie stand über den Parteien. Das ist ja gerade der Unterschied gegen früher, daß Sie selbst erklären: jetzt wollen wir eine Mehrheitsregierung haben, eine Parteiregierung. Damit haben Sie anerkannt, daß Sie jetzt etwas ganz anderes geschaffen haben oder schaffen wollen. (Zuruf links: Die Industriellen!) — Ich habe mit den Industriellen gar nichts zu tun. Das war ein durchaus unbegründeter Einwand. (Zuruf links: Wie war es mit den 12 000 Mark?) — Ach, lassen Sie doch die ollen Kamellen von vor 22 Jahren. Das ist unzählige Male im Reichstag aufgeklärt und dargelegt worden. (Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, meine Herren, die Frage liegt zu weit ab.

D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter: Es werden sich sehr bald für die Regierung auch sehr bedenkliche wirtschaftliche Gegensätze entwickeln. Es wird auf der einen Seite die Preisregulierung der Regierung stehen, der Wunsch, aus diesem Gesetze auch finanzielle Einnahmen für das Reich zu erreichen, und auf der anderen Seite werden die Lohnforderungen der Arbeiter stehen. Ich befürchte, daß hierbei der Fiskus wesentlich zu kurz kommen wird.

Es wurde hier von der Regierungsbank gesagt, es habe bei Unternehmungen, deren Sozialisierung im Interesse der Allgemeinheit notwendig sei, kein Unternehmer mehr ein **Recht auf Profit**. Schließlich ist aber die Selbstsucht des Menschen doch der letzte Trieb aller Fortentwicklung und allen Fortschritts, und das hat auch der verstorbene Bebel anerkannt, indem er bekanntlich sagte: ohne Profit raucht kein Schornstein. Jetzt soll man nun in wichtigen Betrieben der Industrie jedes eigene Interesse ausschalten. Ja, wenn wir in einer vollendeten Welt lebten, da wäre das wohl möglich. Aber so viele tugendhafte Spartaner gibt es nicht, auch unter Ihnen nicht. (Zuruf: Menschlich, allzu menschlich!) Dadurch, daß die Kohlenindustrie immer noch zersplittert war, daß sie in einzelne Gruppen zerfiel, die von intelligenten Unternehmern geleitet wurden, war früher immer noch eine Konkurrenz zwischen den einzelnen Kohlengebieten in bezug auf die Preise und auch in bezug auf die Kohlenarten möglich. Jetzt, wo der ganze Kohlenbergbau in einer Hand zusammengefaßt werden soll, fällt diese Konkurrenz fort. Es wird ein vollkommen monopolartiger Betrieb werden, mit allen Nachteilen des Monopols.

Aus allen diesen Gründen, die ich hier angeführt habe, stehen meine Freunde diesem Gesetz mit äußerstem Bedenken gegenüber. Wir werden noch zwei Anträge aufrechterhalten, um wenigstens zu versuchen, das Gesetz soweit wie möglich zu verbessern.

Es ist uns nun gestern von der Regierungsbank eingewandt worden, daß wir uns doch eigentlich auf den Boden des Sozialisierungsgesetzes gestellt hätten, weil wir **Verbesserungsanträge** zu dem Gesetz eingebracht hätten. Ich verstehe nicht, wie ein Regierungsvertreter, der aus der Sozialdemokratie hervorgegangen ist, uns gerade diesen Einwand machen kann (sehr richtig! rechts), daß er uns tadelt, daß wir in eventum suchen, ein Gesetz zu verbessern. Das ist ja gerade die sozialdemokratische Taktik gewesen. Die Sozialdemokraten haben an zahlreichen Gesetzen mitgearbeitet, haben Verbesserungsanträge gestellt, um die Gesetze für sie erträglich zu machen; schließlich haben sie aber doch gegen das Gesetz gestimmt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir ein ähnliches Verfahren einschlagen sollten, soll man uns das nicht zum Vorwurf machen.

Ich möchte mir zum Schluß noch eine Bemerkung gestatten. Von der Regierungsbank ist uns gestern gesagt worden, wir wären unbelehrbar. Nein, unbelehrbar sind wir nicht Wir werden uns sachlichen Gründen stets fügen. Wir werden aber gegen nebelhafte, undurchsichtige Pläne einer Regierung der unbegrenzten Möglichkeiten stets äußerste Vorsicht üben. (Sehr richtig! rechts.) Man wirft uns hier vor und hat uns auch gestern in der Debatte vorgeworfen, daß wir **Opposition** treiben. Ich halte es für ein hohes Maß der Undankbarkeit, diesen Vorwurf gegen uns zu erheben, sowohl seitens der Regierung wie seitens der Mehrheitsparteien. Im Gegenteil, die Regierung und die Mehrheitsparteien sollten uns dankbar sein, daß wir da sind. Wenn Sie unsere Opposition nicht hätten, müßten Sie ja sofort den parlamentarischen Bruderkrieg führen und gegeneinander schlagen. Sie können glücklich sein, daß Sie diese Opposition haben. Was würde sonst ohne unsere Opposition aus der Koalitionsregierung und aus dem Regierungsblock in diesem hohen Hause werden? (Bravo! rechts.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen vorschlagen, hier abzubrechen.

Ich bitte, folgende Mitteilung entgegenzunehmen. Ich gedenke, nur eine Pause von einer Stunde vorzuschlagen. Ich nehme an, daß wir heute noch fertig werden. Wir müssen deshalb an die Sorge unserer Mitglieder denken, daß ihnen die Möglichkeit geschaffen wird, am späten Nachmittag noch abreisen zu können. Deshalb schlage ich Ihnen vor, nur bis 2 Uhr zu vertagen. Das Haus ist damit einverstanden. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 5 Minuten.)

Die Sitzung wird um 2 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach wieder eröffnet.

Präsident: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Henke.

Henke, Abgeordneter: Werte Versammlung! Meine Freunde und ich finden, daß der Gesetzentwurf auch in der Kommission nicht die Verbesserungen erfahren hat, die wir ihm wünschten, und deren er dringend bedürftig ist, ganz besonders nach der Auffassung der Arbeiter. Diese Verbesserungen hätten vor allen Dingen erfolgen müssen im Sinne der **Vergesellschaftung der Produktionsmittel.** Statt dessen sehen wir, daß wir auch hier in der gesetzlichen Regelung der Kohlenwirtschaft es mit einem Mantelgesetz zu tun haben, in dem mancherlei versprochen wird, in dem aber wenig Befriedigendes enthalten ist. Das, was den Arbeitern darin versprochen wird, wird natürlich nach dem eingeschätzt werden, was hier in dem Sozialisierungsgesetz und in dem Gesetzentwurf, betreffend die Kohlenwirtschaft, niedergelegt ist, und so ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter sehr enttäuscht sein werden.

Wir müssen uns bei dieser Gelegenheit wieder ganz kurz daran erinnern, daß der Kernpunkt der ganzen wirtschaftlichen Kämpfe der jüngsten Zeit gewesen ist die Sozialisierungsfrage. Darauf hatten die Arbeiter alle ihre Forderungen eingestellt. Darauf hatten sie all ihr Sehnen und Hoffen eingestellt, und nun sehen sie, daß ihnen sowohl in dem einen wie in dem anderen Falle Stroh statt der dringend erwünschten Nahrung geboten wird.

Werte Versammlung! Es ist vor allen Dingen auch in dem Gesetzentwurf, der uns jetzt hier besonders beschäftigt, kein Platz gewesen für die **Arbeiterräte.** Ferner ist der schwerste Fehler nicht vermieden worden, der schon in der Debatte über das Sozialisierungsgesetz gerügt worden ist, der Fehler nämlich, daß man die **Produktion** und die **Verteilung der Waren** auseinandergerissen hat, statt ein Gesetz zu machen, das beides als einen einheitlichen Prozeß behandelt. Es fehlt, was kaum genügend hervorgehoben werden kann, die Einfügung von klaren und deutlich ausgesprochenen Sozialisierungsmaßnahmen, sowie genaue Bestimmungen über die Arbeiterräte. Statt dessen sehen wir die Zerreißung eines seiner Natur nach einheitlichen wirtschaftlichen Prozesses.

Werte Versammlung! Da ist es ganz klar, daß die Arbeiter nach wie vor ihre Forderungen mit aller Energie zum Ausdruck bringen und zur Ausführung zu bringen versuchen werden. Dieser Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft unterscheidet sich ja im Grunde seinem Wesen nach nicht von dem Kaligesetz, von dem vor einigen Jahren geplanten Petroleummonopol oder von dem Spiritusmonopol, er ist nichts anderes als der Entwurf zu einem Handelsmonopolgesetz. Der Staat, der zwar die Bezeichnung „demokratische Republik" führt,

trägt nach wie vor den bürgerlich-kapitalistischen Charakter an der Stirn, und so können, je nach dem Charakter der Regierung, Gesetze solcher Art zu Maßnahmen dienen, die weit eher gegen die Interessen der Arbeiterschaft und auch der Konsumenten gehen, als daß sie diesen Interessen entsprächen. Weit eher als vom Sozialismus kann in Verbindung mit diesen Gesetzen von einem potenzierten Kapitalismus geredet werden. Diesen zu fördern und zu stützen, ist alles mögliche aufgeboten worden. Am deutlichsten tritt der Charakter dieser Gesetzgebung in dem hervor, was über das **Rätesystem** in dem Gesetzentwurf fehlt, beziehungsweise was hier und da darüber zu lesen steht. Das wird um so verhängnisvoller wirken, als die Massen sich ohnehin wegen des Kernpunktes ihrer jüngsten Kämpfe hinsichtlich der Sozialisierung getäuscht sehen werden. Das Gesetz wird gerade das Gegenteil von dem erreichen, was es erreichen soll. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es soll beruhigend auf die Massen wirken. Die Massen haben gerufen: her mit der Sozialisierung, her mit der Verankerung der Arbeiterräte in der Verfassung und einem Sozialisierungsgesetz! — und es ist dann den Massen in Plakaten und Flugblättern geantwortet worden: seid nur ruhig, die Sozialisierung ist jetzt da! Sehen die Arbeiter sich daraufhin den Gesetzentwurf an, so müssen sie sich aufs tiefste getäuscht fühlen. In Wirklichkeit muß dieser Gesetzentwurf deshalb eminent zur Verschärfung der Klassengegensätze beitragen, infolge der Enttäuschung, die er auslösen wird. Wenn diese Verschärfung der Klassengegensätze dann in verschärftem Klassenkampf zum Ausdruck kommt, was natürlich und notwendig ist, dann wird über „Hetzer" geschrien werden, dann wird man sogar von „Banditen und Räubern" reden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist ja leider ganz besonders in der letzten Zeit auch von sozialdemokratischer Seite geschehen. Es gibt nur wenige, die im Vordergrunde der sozialistischen Bewegung stehen und die daran Anstoß genommen haben. Aber weil es so wenige sind, muß man ihrer Erwähnung tun, und darum möchte ich darauf hinweisen, daß besonders Herr Dr. Paul **Lentzsch**, der während des Krieges im Umlernen so Erkleckliches geleistet hat, in der oberflächlichen Beurteilung dessen, was um uns vorgeht, Anstoß genommen hat. Er erinnert seine Parteigenossen in erster Linie daran, wie die große wirtschaftliche Bewegung in der jüngsten Zeit entstand, daß der Kernpunkt der Forderungen der Arbeitermassen Sozialisierung und Einführung der Arbeiterräte gewesen sei. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) So schreibt er in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung":

> Inzwischen gehen die Arbeiter auf ihre Art an die praktische Lösung der Sozialisierung, und zwar sofort in den Betrieben, in denen die große Schlagader der Volkswirtschaft liegt, in der Kohlenindustrie. Selbstredend standen an der Spitze dieses Streiks „Hetzer",

die der großen Mehrheit ihren Streikwillen aufzwangen. — Hetzer in Anführungsstrichen. — Allein so ganz ohne „Hetzer" ging es schon zur Zeit des seligen Puttkamer nicht ab, der hinter jedem Streik die Hydra der sozialen Revolution erblickte. Und auch damals hieß es schon, die Mehrheit seien brave Leute, die gar nicht ans Streiken dächten. Damals hat die Sozialdemokratie solche Redensarten ausgelacht und erwidert, man solle lieber darüber nachdenken, wie es möglich sei, daß die Minderheit einen so großen Einfluß auf die Mehrheit habe gewinnen können.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das sollten sich doch die Rechtssozialisten hinter die Ohren schreiben, was ihnen Paul Lentzsch hier vorhält.

Wie töricht eine solche oberflächliche Beurteilung ist und wohin sie führen muß, sehen wir auch in den Vorkommnissen, über die die „Vossische Zeitung" in ihrer heutigen Morgennummer berichtet. Ich habe schon darauf hingewiesen, wie sehr es zu beklagen ist, daß in dem Gesetzentwurf fehlt, was die Arbeiter fordern: **Arbeiterräte.** Das, was über die Arbeiterräte gesagt ist, ist so mangelhaft, dürftig und ungenügend, daß die Arbeiter unmöglich damit zufrieden sein können. Nun hat man gestern in Berlin erlebt, daß die Regierungstruppen rücksichtslos in eine Konferenz solcher Arbeiter- und Soldatenräte eingedrungen sind. Es heißt darüber in dem Bericht der „Vossischen Zeitung":

> In der gestrigen Tagung der Arbeiterräte Groß-Berlins hat sich ein Zwischenfall ereignet, der zwar nach zwei Stunden friedlich beigelegt wurde, aber in der Versammlung eine außerordentliche und nachhaltige Erregung hervorgerufen hat. Während der Tagung wurde der Saal von Regierungstruppen, einer Abteilung der Garde-Kavallerieschützendivision besetzt und die Tagung für eine Weile verhindert. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Henke, ich sehe nicht ein, was das mit dem Kohlengesetz zu tun hat. (Sehr richtig!) Ich rufe Sie zur Sache.

Henke, Abgeordneter: Ich wollte nur damit zeigen, wie wenig man es verstanden hat, was die Arbeiter fordern, wie gering man ihre Räte einschätzt, und wie sehr deshalb auch dieses Gesetz gegen die Forderungen der Arbeiter geht und die Arbeiter enttäuschen muß. Wenn die Arbeiter- und Soldatenräte eine so große Rolle spielen im Fühlen und Denken der Arbeiter, ja, wenn die Arbeiter in ihrer Masse überzeugt sind, daß die Bedeutung der Arbeiter- und Soldatenräte unterschätzt wird, sowohl von der Regierung wie von den bürgerlichen Parteien, und daß ihnen deswegen in dem kommenden Gesetze ein Platz eingeräumt werden müsse, wie die Arbeiter wiederholt beschlossen haben, und zwar Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten oftmals zusammen, dann ist auch der Zusammenhang zwischen diesem Gesetz und meinen letzten Ausführungen sehr leicht gegeben. Der Geist, mit dem man den Arbeiter- und Soldatenräten hier in der Nationalversammlung gegen-

übersteht, ist derselbe, wie er in dem Eingriff in die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin besonders deutlich in die Erscheinung getreten ist. Wenn Herr Reichswehrminister Noske heute mit Emphase das verteidigt hat, was in den letzten Tagen von Regierungstruppen in Berlin — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Henke, was der Herr Reichswehrminister Noske gesagt hat, war außerhalb der Tagesordnung. Ich lasse nicht innerhalb der Tagesordnung darauf zurückkommen. Ich rufe Sie zur Sache.

Henke, Abgeordneter: Ich muß mich ja unter diesen Umständen damit bescheiden, was ich noch im übrigen zu sagen habe. Aber ich glaube auch, schon genügend die Aufmerksamkeit auf das gelenkt zu haben, worauf es ankommt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Geehrte Versammlung! In der Gesetzesvorlage ist vor allen Dingen das eine mit Deutlichkeit zu bemerken: der ungeheure **Einfluß des Unternehmertums,** wie er ja auch schon in der Vertretung der Nationalversammlung zum Ausdruck kommt. Die Arbeiter, namentlich die Arbeiter im Kohlenbergbau, und auch wir fordern, daß die **Zechenräte** nach demokratischen Grundsätzen von den Belegschaften gewählt werden sollen. Davon ist in dem Gesetzentwurf gar nicht die Rede. Die Vorschriften über den Einfluß der Arbeiter auf die Verwaltung der Verbände, von denen in § 2 die Rede ist, sollen, bevor sie Geltung erlangen, durch den Staatenausschuß begutachtet werden, desgleichen durch einen Ausschuß, der hier von der Nationalversammlung eingesetzt werden soll.

Wie der Staatenausschuß zu der Frage der Arbeiter- und Zechenräte steht, ist selbstverständlich, darüber brauche ich mich gar nicht zu äußern; darüber haben die Arbeiter in der letzten Zeit genügend Erfahrung sammeln können. Wie die Nationalversammlung in ihrer Mehrheit zu den Arbeiterräten und den Zechenräten steht, ist besonders auch in den Kommissionsverhandlungen zum Ausdruck gekommen. Wer die Ausführungen der Herren Sachverständigen auch nur zu einem Teil gehört hat, ist darüber klar, wie man in Unternehmerkreisen darüber denkt, und wie man auch in den Kreisen der Mehrheit der Nationalversammlung darüber denkt.

In den Vorschriften, die für die Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Verbände getroffen werden sollen, wird die Übermacht des Unternehmertums gleichfalls zutage treten. Aber nicht nur in diesen Vorschriften nach § 4, sondern vor allem auch in § 3 ist sie verankert, wo die Zusammensetzung des Kohlenrats vorgesehen ist.

Wenn den Arbeiterräten auch nur entfernt eine solche Bedeutung wie dem Reichskohlenrat bei-

gemessen worden wäre, dann würden die Arbeiter einigermaßen zufrieden sein können, und meine Freunde und ich würden vielleicht gezwungen gewesen sein, für das Gesetz zu stimmen. Jetzt ist aber in dem Gesetz für uns in der Tat nichts gegeben, was uns dazu veranlassen könnte. Im Gegenteil! Wir sehen in den §§ 2, 3 und 4 nur die erbärmlichsten Surrogate für das, was die Arbeiter gefordert haben. Und so muß der Inhalt des ganzen Gesetzes auf eine Illusion hinauslaufen, in die die Arbeiter versetzt werden sollen. Sie sollen beruhigt werden durch eine Illusion. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Und Sie sind gegen diese Beruhigung!) Davor müssen wir die Arbeiter bewahren. Darum sind wir gegen dieses Gesetz. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Wir tragen für die Ablehnung des Gesetzes natürlich die volle Verantwortung, und wenn Sie meinen, daß das schwer wäre, dann fragen Sie nur in den Kreisen Ihrer eigenen Anhänger einmal um! (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf Sie daran erinnern, daß neulich in Berlin die große Menge der Betriebsvertrauensleute, aber auch die Mehrheitssozialisten aus den Arbeiterräten einstimmig beschlossen haben, daß die **Arbeiterräte in der Verfassung verankert** werden sollen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Dies Gesetz ist doch nicht die Verfassung!) — Glauben Sie, daß das, was hier gesagt wird, die Arbeiter auch nur entfernt befriedigt? Wenn Sie dieser Meinung sind, dann gehen Sie nach Berlin! Da werden Sie eines anderen belehrt werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Das Gesetz kommt noch! Ja, warum brachte man dann in dieses Gesetz, wo man es deutlich zum Ausdruck bringen konnte, das nicht hinein. Wenn Sie es in das erste Gesetz nicht haben hineinzubringen vermocht, dann werden die Arbeiter Ihnen niemals glauben, daß ein späteres Gesetz ihnen das bringen wird. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Resolution!) — Ja, die Resolution gibt dafür auch keine Gewähr. Ganz im Gegenteil werden die Arbeiter jetzt erst recht davon überzeugt sein, daß sie auch von den kommenden Gesetzen in dieser Beziehung nichts Gutes zu erwarten haben. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Hetzen Sie nur weiter!) Wenn Sie auf die Resolution hinweisen, nun, die hätte uns allenfalls noch Gelegenheit gegeben, dafür zu stimmen, wenn nicht den **Gewerkschaften**, wenn nicht der gewerkschaftlichen Bureaukratie in dieser Resolution ein Einfluß gesichert worden wäre (erneute Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten: Natürlich!), den anzuerkennen wir den Arbeitern nicht zumuten können. Zur Bildung der Betriebs-, Zechenräte usw. sollen die Gewerkschaften herangezogen werden. Das bedeutet für jeden, der weiß, welchen Einfluß die

Gewerkschaftsvorstände auf die Belegschaften haben, wenigstens auf einen großen Teil der Belegschaften haben, nichts anderes, als daß diese Gewerkschaftsvorstände das Zustandekommen der Zechenräte in einem Maße beeinflussen werden, daß die Arbeiter dabei wieder nicht auf ihre Rechnung kommen. Die Arbeiter haben in ihrer großen Menge eben kein Vertrauen zu dieser Gewerkschaftsbureaukratie. (Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sie werden natürlich dieses Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerkschaftsvorständen auch nicht durch eine solche Resolution erzwingen können. Die Arbeiter werden dadurch in ihrem Mißtrauen nur bestärkt werden. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Hetzen Sie nur weiter!)

Werte Versammlung! Aus allen diesen Gründen, weil dieses ganze Gesetz uns in bezug auf die Sozialisierung und ganz besonders in bezug auf die Placierung der Arbeiterräte vollkommen unbefriedigt läßt, weil es den Arbeitern nur Steine gibt statt Brot, sind wir gegen dieses Gesetz. (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zischen bei den Mehrheitsparteien. — Erneuter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Osterroth.

Osterroth, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Daß wir es dem Herrn Abgeordneten Henke und seinen Freunden nicht recht machen können, das wissen wir schon lange. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz taugt nichts, weil wir es gemacht haben. Das Gesetz wäre nach Ansicht des Herrn Henke viel besser geworden, wenn die Anträge Cohn in der Kommission angenommen wären. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Verehrte Anwesende! Ich will einmal das Glatteis zeigen, auf das uns die **Anträge Cohn** in Wirklichkeit führen wollten. Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn beantragte unter Nr. 26 der Drucksachen:

> Der **Reichskohlenrat** besteht aus den Vertretern der Bezirksräte, der Arbeiter und der Angestellten. Für jeden geschlossenen Bergwerksbesitz wird ein Bezirksrat gebildet. Er besteht je aus einem Vertreter der auf jeder Grubenanlage gewählten Betriebsräte der Arbeiter und der Angestellten. Die Bezirksräte wählen im Verhältnis zu der Zahl der in ihrem Gebiete Beschäftigten Vertreter in den Reichskohlenrat, wobei auf jeden geschlossenen Bergwerksbezirk mindestens ein Vertreter entfällt. Die Angestellten sind im Verhältnis zur Zahl ihrer Vertreter in den Betriebsräten zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, ich habe den Antrag verlesen, damit die Öffentlichkeit erfährt, wie dieses Wunderwerk der Sozialisierung nach den Plänen der Herren Dr. Cohn und Genossen in Wirklichkeit aussieht. Was ist nun in Wirklichkeit das, was Herr Dr. Cohn und die Unabhängigen mit diesem Antrage wollen? Es ist lediglich die Ersetzung des

Klassenegoismus der Unternehmer durch einen anderen Klassenegoismus. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Alle übrigen Interessenten werden ausgeschaltet, lediglich die Bergarbeiter und die Bergwerksangestellten sollen im Reichskohlenrat vertreten sein.

Allerdings hat Herr Dr. Cohn, weil er doch zu der Einsicht kam, daß das nicht ausreiche, in einem weiteren Antrage noch einen **Sachverständigenbeirat** neben den Reichskohlenrat gestellt. Dieser Sachverständigenbeirat soll dem Reichskohlenrat, der nicht ausreichend ist, einflüstern, was er in Wirklichkeit tun soll. Wenn wir in dieser Weise vorgehen wollten, dann würden wir wirklich den Esel beim Schwanze aufzäumen; das wäre keine Sozialisierung, das wäre eine Pferdekur, die unsere Volkswirtschaft und besonders den Bergbau in wenigen Jahren vollkommen auf den Hund bringen würde. Die Bergleute maßen sich gar nicht an, die ganze Kohlenwirtschaft allein organisieren und leiten zu können.

Es wäre aber auch keine Beschleunigung der Sozialisierung, meine Damen und Herren. Stellen Sie sich einmal vor: wir haben 230 Schächte im Ruhrrevier; bis die 460 Mitglieder der Bezirksräte auf den Schächten gewählt wären und diese ihrerseits den Reichskohlenrat zusammengesetzt hätten, gingen Jahre und Tage drauf (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und wir kämen aus dem Krakeel und den Streitereien nicht heraus. — Mit Lachen beweist man gar nichts, Herr Haase! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damit beweist man höchstens das eine — was durch das bekannte Sprichwort umschrieben wird. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn man die Reden des Herrn Haase, von denen die eine der anderen wie ein Ei dem andern gleicht — ich habe ihn jetzt dreimal gehört und habe immer dieselben Argumente gehört, dieselben Schlechtigkeiten, die er uns nachsagt, — wenn man diese Reden mit der Kritik der Herren von der Rechten vergleicht, so sieht man: der eine findet, das Gesetz sei gar nichts, und der andere, das Gesetz sei eine ungeheuerliche Scheußlichkeit. Ich bin überzeugt, wenn die Bergleute und die anderen Arbeiter draußen die **Argumente der äußersten Linken und der äußersten Rechten** miteinander vergleichen, dann werden sie ungefähr das Rechte herausfinden, und die Bergleute werden dem Herrn Henke nicht folgen, der da meint, die Bergleute würden sich gegen das Gesetz aufbäumen, sondern sie werden erkennen — besonders wenn sie beherzigen, was Herr Dr. Graf von Posadowsky gesagt hat —, daß in dem Gesetz sehr vieles von dem steckt, was die Arbeiter in Wirklichkeit erwartet haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Graf von Posadowsky hat ja der Regierung gesagt, was alles aus diesem Gesetz zu machen ist, und tatsächlich trifft vieles davon zu. Herr Reichsminister Wissell, machen Sie also etwas aus dem Gesetz (sehr gut! bei den Sozial-

demokraten), und zeigen Sie den Arbeitern draußen, daß die Regierung den guten Willen hat. Werden Sie nicht rot dabei, greifen Sie derb zu! Die Masse der Arbeiter und der Gesamtbevölkerung erwartet, daß die Befürchtungen des Herrn Grafen Posadowsky, in gutem Sinne, in Erfüllung gehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann den Herrn Abgeordneten Henke wohl verlassen. Seine Rede verlohnt nicht, daß man sich weiter auf sie einläßt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er hat in seinen letzten Sätzen ja gesagt, worauf es ihm ankommt: die Unabhängigen sind gegen das Gesetz, weil es in Wirklichkeit die Arbeiter beruhigt; und das ist in der Tat des Pudels Kern. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Dreistigkeit! Frechheit! — Unruhe.) — Jawohl, das trifft zu, das hat er gesagt, ich habe das sofort niedergeschrieben, und das entspricht in Wirklichkeit Ihrer ganzen Taktik. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich rufe den Herrn Abgeordneten Dr. Cohn zur Ordnung. (Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Weswegen?) — Mir wird soeben gesagt, der Herr Abgeordnete Henke habe den Zwischenruf „Frechheit" gemacht. Ich frage an, ob das der Fall ist? (Abgeordneter Dr. Cohn: Ich habe den Zwischenruf gemacht, ganz objektiv! — Schallende Heiterkeit.) — Dann rufe ich Sie wegen dieser „Objektivität" zur Ordnung.

Osteroth, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn ist wohl zu bekannt, als daß er mich durch das Wort „Frechheit" irgendwie beleidigen könnte, und überdies bin ich in den Kreisen meiner Kameraden im Bergbau auch hinreichend bekannt, so daß der Vorwurf des Herrn Dr. Cohn mich draußen nicht irgendwie belastet. Wir sind Praktiker aus dem Bergbau und in der Bergarbeiterbewegung, Herr Henke, und Sie sind bestenfalls Theoretiker (Zurufe von den Sozialdemokraten: Nein!) — und das noch lange nicht einmal. Nein, Sie sind Wortmacher! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie gleichen dem Mephisto, und Ihre ganze Rederei kommt auf den mephistophelischen Lehrsatz heraus: Macht nur Worte! „Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dabei auch etwas denken lassen." (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.) Demgegenüber will ich Ihnen zeigen, auf welcher Seite in Wirklichkeit die praktische Arbeit für die Bergarbeiter ist. Nachdem Sie das **mitteldeutsche Revier** so wunderbar in die Tinte hineingeritten haben (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), bloß aus Obstruktion gegen die Nationalversammlung, gegen die sozialistische und demokratische Regierung, da waren Sie am Ende! Dann müssen die Praktiker Hue und Sachse kommen und müssen in tagelangen Verhandlungen die Geschichte einrenken und

in Wirklichkeit dabei herausholen, was für die Bergleute herauszuholen ist. Da versagt Ihre Weisheit in der praktischen Wirklichkeit. (Sehr gut!) Und die Bergleute wissen ganz gut, wo sie zu Hause sind. Wenn sie zu wählen haben zwischen Hue und Henke, werden sie von Henke abrücken und so wird es in Zukunft auch bleiben. Sie haben ja während der Wahl und in der Zeit nach der Wahl im Ruhrrevier das Menschenmögliche getan. Erfolg hatten Sie keinen und Sie werden auch in Zukunft keinen Erfolg haben.

Meine Herren, die Antipoden der Herren von links finden an dem Gesetze auch kein gutes Haar von ihrem Standpunkte aus, und wenn wir nun das ganz gut verstehen, sind wir doch der Meinung, daß die **Argumente**, die man gegen das Gesetz **von seiten der Rechten** vorbringt, schon ein bißchen sehr abgebraucht sind. Ich habe in diesen Tagen ein Protokoll in der Hand gehabt von der Sitzung, die die Bergbesitzer von ganz Preußen im Palasthotel in Berlin abgehalten haben. Da handelte es sich um die Einführung der Sicherheitsmänner, die Herr Hilger, der frühere Allgewaltige im Saarrevier, als weiße Salbe bezeichnet hat. Trotzdem man dort ein Döschen weiße Salbe für die Bergarbeiter eingerührt hat, kamen die Bergwerksbesitzer und schrien, als wenn die Welt, der Himmel einstürzen würde, und wenn man das Protokoll nachliest, findet man alle die Argumente, die die Herren Kempkes, Hugenberg, Traub usw. uns hier an dieser Stelle vorerzählt haben. Es sind in Wirklichkeit ganz alte Ladenhüter, die sie geben gegen das Gesetz, die sie aber gegen jedes Arbeitergesetz von jeher auffahren ließen, und darin haben sie in Wirklichkeit sich nicht geändert. Nur eines tat mir wirklich in der Seele weh, daß ich den Herrn **Grafen v. Posadowsky** in der Gesellschaft sehe. Er soll nämlich schon einmal bessere Tage gesehen haben. Es ging ihm schon einmal der Ruf voran, daß er ein wirklicher Sozialpolitiker sei. Das war nach der Zeit, nachdem er umgelernt hatte. Er hat heute davon geredet, daß man den Versuch macht, ein wirtschaftliches Parteiregiment aufzurichten. Wir haben in der Vergangenheit schon einmal so etwas gesehen von einem wirtschaftlichen Parteiregiment, das war zu der Zeit, als der ehrliche Handelsminister Berlepsch zum Teufel gejagt wurde und Herr Bueck an den Generaldirektor Haslacher schrieb: „endlich haben wir ihn doch klein gekriegt," — und dieses wirtschaftliche Parteiregiment existierte ja wohl auch zu der Zeit, als ein gewisser Herr im Reichsamt des Innern beim Reichsverband der Industriellen 12 000 Mark bettelte, um die Zuchthausvorlage zu propagieren, mit der man die gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter niederhalten wollte. (Zurufe rechts.) — Jawohl, es wird Ihnen ja unangenehm sein, an solch böse Tage erinnert zu werden. Wir geben ehrlich zu, er hat später umgelernt und hat manch guten Gedanken versucht in die Tat umzusetzen, und als er wirklich — es wird kein Verstoß gegen die Ordnung des Hauses sein, wenn ich sage: als er endlich vernünftig war

(Heiterkeit), haben ihn die Scharfmacher abgeschlagt, haben ihm ein Bein gestellt, und heute hat Herr Graf v. Posadowsky wieder umgelernt und er sitzt mit Herrn Hugenberg, dem Generalstabsquartiermeister der Scharfmacher, in einer Fraktion.

Die Bedenken, die Herr Graf v. Posadowsky hat, gehen ja sehr weit. Er klagt zunächst, daß die Regierung das Resultat ihres Nachdenkens, ihrer Studien über die Sozialisierungsfrage dem hohen Hause nicht unterbreitet hat. Ja, ich glaube, wenn einer über die Materie unterrichtet sein könnte, muß es doch Herr Graf v. Posadowsky sein. Es gibt auf dem ganzen Gebiete der deutschen Volkswirtschaft kein einziges, über das so viel Fachwissen, Fachabhandlungen usw. erschienen sind, das so diskutiert ist, wie gerade die Frage der **Sozialisierung des Bergbaus**. Ich darf daran erinnern, daß ein Mann, der Herrn Dr. Grafen v. Posadowsky sehr nahe stand, der bekannte Graf Kanitz, keine Gelegenheit vorübergehen ließ, um den Privatmonopolisten im Bergbau das Sündenregister vor die Nase zu halten und zu erklären, daß ihm ein Staatsmonopol viel lieber sei als das privatkapitalistische Ausbeutungsmonopol. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf demselben Standpunkt stand bei wiederholten Gelegenheiten die „Deutsche Tageszeitung". Und heute? Freilich bekennt sich Herr Dr. Graf v. Posadowsky auch zur Sozialisierung, er sagt: seine Parteifreunde seien keine grundsätzlichen Gegner. Aber dann kommen hundert Aber, und schließlich läuft das, was Graf Posadowsky unter der Sozialisierung versteht, und auch die Herren Rießer usw., auf das alte Sprichwort hinaus: Wasch' mir den Pelz und mach' mich nicht naß. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In den ganzen Anträgen, die von der Rechten in der Kommission gestellt worden sind, ist gar kein Fortschritt zu erblicken, das ist gar nichts als eine Verewigung des gegenwärtigen Zustandes. Sogar die Zwangssyndikatsverordnung geht in einzelnen Bestimmungen wesentlich über das hinaus, was die Herren Rießer, Vögler, Hugenberg usw. in der Kommission beantragt haben. Wenn wir also warten wollten, bis die Herren von der Rechten, die ja den Weihwedel in der Hand haben, das Volk segnen würden, bis sie Vorschläge zu einer Sozialisierung machen würden, dann können wir warten bis zum Nimmerleinstag.

Verehrte Anwesende, die Frage der Sozialisierung des Bergbaues ist eine der populärsten Forderungen der großen Volksmehrheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich darf daran erinnern, daß in den Januartagen dieses Jahres die **„Frankfurter Zeitung"** folgenden Satz geschrieben hat:

> Was aber den Kohlenbergbau betrifft, so gibt es, mag nun die Nationalversammlung eine rein sozialistische Mehrheit oder eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten bringen, über das Prinzipielle überhaupt keinen Unterschied. Das private Kohlenmonopol ist reif und überreif zur Expropriation (hört! hört! bei den

Sozialdemokraten) und wenn es dafür nur den Weg der reinen Verstaatlichung gäbe, so müßte man ihn gehen, trotz der schwersten Bedenken, die sich im einzelnen dagegen erheben. (Sehr! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Verehrte Anwesende, wenn die „Frankfurter Zeitung", das demokratische Blatt, die Expropriation fordert, dann muß ich allerdings sagen, daß dieser Gesetzentwurf so weit nicht geht. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Eben!) — Jawohl, Herr Haase, da sind wir durchaus derselben Meinung. Aber ich darf ja wohl auch sagen, daß Sie auf dem Unabhängigen Parteitage dieselbe Ansicht geäußert haben (Heiterkeit), daß die Frage der Sozialisierung Jahre umfassen könnte (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), daß man da nicht mit einem Sprung in den Zukunftsstaat hineinkäme. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber sofort mit dem Kohlenbergbau beginnen!) — Jawohl, das wollen wir auch, wir wollen nicht bloß Worte machen wie Sie (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), sondern wir wollen das Faust-Evangelium verwirklichen, das da sagt: „Im Anfang war die Tat!" (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Jawohl, und dieses Gesetz ist in Wirklichkeit ein großer, ein Erfolg versprechender Anfang. Ich glaube, Sie stehen denn doch den volkswirtschaftlichen Fragen und dem Bergbau zu fern, um alle die großen Umwälzungen, die das Gesetz bringt in bezug auf die Verwertung der Produktionsmittel, auch in bezug auf die Möglichkeiten des Eingriffs in die Förderung, beurteilen zu können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie verkennen die Stellung des Bergmanns im Produktionsprozeß überhaupt. Sonst könnten Sie unmöglich zu solchen Anträgen kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir, die wir in der Praxis stehen, die wir gerade in der Frage von der Pike auf gedient haben, wir müssen uns doch sagen: wir beschränken uns damit, mit Wasser zu kochen, wir bleiben mit den Füßen auf dem Boden, wir tun, was notwendig und möglich ist, und wir stellen keine Anträge lediglich aus agitatorischen Gründen. (Na! na! rechts.) Wir sind aber auch Manns genug, uns und unser Tun gegenüber Ihren Angriffen zu verteidigen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nicht einmal so weit wie die „Frankfurter Zeitung"!) — Die „Frankfurter Zeitung" wird heute auch kaum mehr so weit gehen. (Lachen und Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Herr Haase, Ihr enger Freund Hilferding ist ja auch nicht so weit gegangen. (Erneuter Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Werfen Sie doch einen Blick in das **Protokoll der Sozialisierungskommission.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit, aus sozialistischen Theoretikern bestehend, die alle Fachfragen, die die ganze Materie geprüft haben, sind nicht zur

Forderung der **Verstaatlichung** gekommen, haben den Staatsbergbau in seiner heutigen Form als eine nicht geeignete Grundlage erklärt. Ich muß sagen: wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Verstaatlichung. Allerdings will uns der Zeitpunkt heute und die Blutleere des Bergbaus infolge der Sabotage durch den Krieg nicht geeignet erscheinen, diese unsere ideale Forderung von heute auf morgen in die Tat umzusetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir betrachten dieses Gesetz als eine Etappe auf dem Wege der Verwirklichung, als eine große Hoffnung, die den Bergarbeitern den Glauben gibt, daß man doch weiter kommt, daß man an der Zukunft nicht zu verzweifeln braucht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Warum ist die Frage der Sozialisierung des Bergbaus denn so ungeheuer populär und so brennend in den Kreisen der Bergarbeiter? Da möchte ich Sie einmal in das **Golgatha der Bergarbeiterheimstätten** hinausführen. Wenn man weiß, was die Bergarbeiter unter der privatkapitalistischen Ausbeutung, unter der Herrschaft der ungehemmten kapitalistischen Scharfmacherkräfte gelitten haben, dann begreift man, warum die Bergarbeiter so sehnsüchtig nach einer Änderung des heute bestehenden Zustandes verlangen. Es war ein wahrer, wirklicher Kreuzweg, den die Bergarbeiter aller Reviere in Deutschland gehen mußten, ein Kreuzweg, gezeichnet mit Leichen, mit Blut, Tränen, Not und Unterdrückung. Zehntausende allein im Ruhrrevier wurden Jahr für Jahr gemaßregelt, von Schelle zu Schelle gehetzt wegen ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Tage haben wir gehört, Herr Vögler hat gesagt: wir wollten mit den Gewerkschaften eine **Arbeitsgemeinschaft** eingehen. Jawohl, Herr Vögler, ein paar Wochen vor Ausbruch der Revolution; wäre sie nur 10, 15, 20 Jahre früher gekommen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hätten Sie nur statt Mißhandlungen, statt Verfolgungen zehn Jahre früher das Verständnis bekommen für die segensreiche Mission der Gewerkschaftsbewegung, dann hätten Sie sich viel Spartakismus erspart (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten), dann hätten Sie sich ungeheuer viel Kopfzerbrechen erspart. Die **Werksherren im Bergbau** sind die wahren Väter des Spartakismus. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. — Lebhafter Widerspruch und Lachen rechts und Zurufe bei der Deutschen Volkspartei: Unerhört!) Ich wollte Sie damit gar nicht beleidigen, ich bin ein ganz konzilianter Kerl. (Heiterkeit.)

Aber ich darf Ihnen den Zusammenhang, wie er mir vorschwebt, und wie ihn der Arbeiter fühlt, mit ein paar Worten auseinandersetzen.

Sie ließen die Gewerkschaften nicht aufkommen, Sie haben jährlich Tausende vor dem Krieg auf die schwarze Liste gesetzt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), deutsche Arbeiter, brave westfälische Arbeiter, und zu gleicher Stunde haben Sie Zehntausende und aber Zehntausende aus Galizien, aus dem Slowakenland, aus Dalmatien, aus der Polackei, aus den kulturrückständigsten Gebieten Deutschlands herangeholt. (Hört! hört! und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Thyssen draußen in Hamborn war Ihr Vorreiter. Wenn wir gerade heute in den Essen, wo das internationale Menschenlager des Herrn Thyssen ist, sehen, wie dort der Spartakismus, wie dort der gewaltsame Putsch aufbäumt, wie die Menschen manchmal zu Bestien werden, dann war es Ihr Werk. Die freien gewerkschaftlichen, die christlich organisierten Arbeiter haben Sie gehetzt, unkulturelles Menschenmaterial haben Sie hereingeholt.

Dann hat uns Herr Hugenberg erzählt, wie er sich Jahre lang den Kopf zerbrochen, wie man den Arbeiter wirtschaftlich hebt, wie man ihn beim Produktionsprozeß zur Mitarbeit heranzieht. Was war das Resultat seines Kopfzerbrechens? Die Gründung von gelben Werkvereinen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da haben Sie Tausende und aber Tausende — zum Teil sind sie freiwillig gekommen infolge des Lockvogels Zuckerbrot; daran haben Sie nicht gespart! — haben zahllose Beamte und Arbeiter hineingepreßt. Und wissen Sie, wie Ihre Produktion unter dieser Ihrer Methode gelitten hat? Hunderte, Tausende von gelben Faulenzern, protegierten Leuten haben sich hinter die Fittiche des Betriebsführers gesteckt, haben gefaulenzt und die ehrlichen Arbeiter haben ihnen den Lohn verdienen müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lachen und Zurufe von der Deutschen Volkspartei.) — Herr Winnefeld, die Tatsache, daß Sie da drüben in dem Lager sitzen, sagt den Bergleuten in Westfalen genug. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Bergmann der Rechten! Herr Winnefeld, Sie und Herr Hugenberg und Herr Vögler Arm in Arm, das ist ein Schauspiel für Götter und für die Ruhrbergleute. (Zuruf rechts.) — Herr Winnefeld, ich habe zu wenig Zeit, ein andermal ein Privatissimum. Aber eins will ich Ihnen doch sagen. Wie hat diese gelbe Seuche auf die Produktion und die Leistungsfähigkeit gewirkt? Ein mir bekannter schlesischer Grubenbesitzer hat mir folgendes mitgeteilt: In den neunziger Jahren hat er einen reichstreuen Verein, einen gelben Werkverein, gegründet und hat Jahr für Jahr große Geldmittel hineingehängt, er hat Pensionseinrichtungen geschaffen und so weiter. Und was war die Folge? — Nach fünf bis sechs Jahren war die Kopfleistung um 8 Prozent gesunken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da hat er es nun anders angefangen. Er hat angefangen, sich mit dem Bergarbeiterver-

band — denn ein anderer kam dort nicht in Frage — zu verständigen, und die Wirkung war, daß sich in zwei bis drei Jahren die Kopfleistung um 10 Prozent hob. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Vögler, Ihre Kollegen hätten sich vor zehn Jahren mit den Bergleuten verständigen und auf die Schutztruppe der Gelben verzichten sollen, die bei Ausbruch der Revolution mit fliegenden Fahnen umgeschwenkt sind, die die Allerradikalsten waren, die das Maul am weitesten aufrissen. Herr Vögler, ich habe ein paar Exemplare kennen gelernt, ich habe den Vorsitzenden des gelben Werkvereins auf der Zeche Westfalen in Aalen kennen gelernt und kann Ihnen sagen, welcher Kriecher das in Wirklichkeit war. Drei Tage nach der Revolution hat er entgegen den Abmachungen der vier Bergarbeiterverbände den Sechsstundentag und zwanzig Mark Schichtlohn für die Bergleute verlangt. Diese Gelben sind heute die Spartakisten, und darum sage ich noch einmal: Sie haben den Spartakismus im Ruhrrevier und anderswo großgezogen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Auf der Zeche „Königsgrube" in Wanne ist ein Direktor sogar wiederholt von seinen gelben Schützlingen abgesetzt worden, die mit einem Schlage spartakistisch geworden sind; dort kam früher keiner der Bergarbeiterverbände auf.

Durch diese Verfolgungspolitik, dadurch, daß Sie die Gewerkschaften der Arbeiter verfolgten und um die Machtmittel der gewerkschaftlichen Organisation brachten, dadurch, daß Sie keine Verständigungspolitik wollten, haben Sie die Anarchisierung des Ruhrreviers hervorgerufen, und so kommt es, daß heute im Ruhrrevier große Massen sich der Gewerkschaftstaktik noch nicht anzupassen wissen und heute glauben, daß ihnen infolge der Revolution Manna und Wachteln vom Himmel fallen. Das kann man ja nach dem Aaronsstab des Herrn Cohn erwarten (große Heiterkeit), wenn seine Anträge durchgeführt werden. Wenn viele Bergleute im Ruhrrevier heute dieses Manna erwarten, dann deshalb, weil Sie (nach rechts) uns keine Zeit gelassen haben, die Bergleute zur Vertragstreue zu erziehen, wie in den anderen Gewerkschaften. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Und nun, verehrte Anwesende, die Allgemeinheit. So, wie sich der wirtschaftliche Absolutismus gegen die Bergarbeiter gerichtet hat, wie wir sogar noch unter dem Burgfrieden im Kriege gepfiffen worden sind — noch im August und September sind Kameraden von uns gemaßregelt, in den Schützengraben geschickt usw. —, so hat das Syndikat mit seiner Preispolitik auch die Allgemeinheit gepfiffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist hier von einem Eingriff in die persönliche Freiheit usw. geredet worden, und die **Entschädigungsfrage** hat hier eine Rolle gespielt. Ja, meine Herren, ich darf einmal daran erinnern, daß vor Jahr und Tag im Ruhrrevier viele Zechen stillgelegt worden sind. Keine Staats-

gewalt hatte damals die Macht, dagegen einzuschreiten. Die Stilllegung hat ganze Bezirke, ganze Ortschaften ruiniert und den Zusammenbruch von vielen Existenzen, von Geschäftsleuten, Handwerkern usw., zur Folge gehabt. (Zuruf rechts: Wo denn?) — Im Ruhrrevier! Herr Vögler, sind Sie denn so weltfremd? Sie leben doch im Ruhrrevier, lassen Sie sich doch von den Abgeordneten des Ruhrreviers erzählen. Heute unter dem Gesetz wäre eine solche Versündigung an den allgemeinen Interessen in Wirklichkeit nicht möglich. Aber niemand hat damals nach der Entschädigung gefragt, was der Bäcker, der Metzger, der Krämer, die Geschäftsleute bekommen sollen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und wir haben heute morgen bedauert, daß sich die Mehrheit dagegen gesträubt hat, die Worte „angemessene Entschädigung" herauszustreichen. Wir wollten den Eindruck vermeiden, als ob unter allen Umständen entschädigt werden müsse. Wir sind nicht gegen eine Entschädigung an sich, wo sie gerechtfertigt ist (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); aber wir wollen durch eine solche Fassung nicht den Glauben aufkommen lassen, als ob alles entschädigt werden muß. Wir denken nicht daran, Privilegien, die alten Bergregale zu entschädigen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), den mühelosen Gewinn, den Zukunftsgewinn usw. zu entschädigen. Wir wollen gerecht und billig sein. Wir wissen, daß man nicht mit rauher Hand eingreifen kann. Das wollte ich hier sagen, damit nicht draußen unberechtigte Schlüsse gezogen werden können.

Dann eine andere Seite der Gemeinschädlichkeit der bisherigen Syndikatspolitik, die wir erlebt haben. Während des Krieges haben wir im Ruhrrevier drei **Kohlenpreiserhöhungen** erlebt, ehe man es für notwendig fand, sich mit den Arbeiterorganisationen zu verständigen (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und mit diesen drei Kohlenpreiserhöhungen, die meines Erachtens in der Lohnpolitik durchaus nicht begründet waren, wurde das deutsche Volk, die Kohlenkonsumenten um fast 50 Prozent Mehrausgaben belastet (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), während die Löhne in den zwei Jahren kaum um 30 Prozent gestiegen sind. Die Herren wollten eben mitverdienen, sie wollten bei der allgemeinen Sucht nach dem „Nebbach" nicht zurückbleiben. Was war aber die Wirkung? Wenn Sie die Kohlen verteuern ohne Berücksichtigung der allgemeinen Interessen, den Rohstoff, das Brot der Industrie, dann folgen alle andern Industriezweige nach (sehr richtig), und darum dürfen wir sagen, daß Sie an den Preissteigerungen, an der Entwertung des Geldes Ihr vollgerütteltes Maß von Schuld haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es ist von der **Freiheit des Handels** gesprochen worden. Ich muß da mit Goethe sagen: „Der Kasus macht mich lachen." Wo gibt es

noch eine Freiheit des Handels, des Kohlenhandels heute? Um Gottes willen, wir haben ein Dutzend Sachverständige in der Kommission gehört. Offen gestanden, meine Herren, als ich die gehört habe, einen um den anderen, habe ich gar nicht geglaubt, daß es soviel Wohltäter der Menschheit in Deutschland gibt. (Große Heiterkeit.) Auch die Herren vom Zentrum und von der Demokratie haben dageseſſen und wir haben manchmal das Lachen nicht verbeißen können über die viele Sachverständigenweisheit, und Herr Wissell hat uns heute morgen gesagt, daß wir Neues gar nicht gehört haben. Es war recht altes Gemüse, das schon bei den Herren Vogler und Kempkes gar nicht einmal neu war. Das haben wir schon vor Jahr und Tag gehört und zum Überdruß haben wir es in einer Broschüre noch einmal nachgelesen von einem Herrn Heinrichsbauer, betitelt „Das Bergwerksmonopol", aus dem Herr Kempkes seine große Sachverständigenweisheit herausgeholt hat, (hört! hört!) eine Schrift, so tendenziös, wie ich kaum eine gelesen habe. Das ist in Wirklichkeit Unternehmerweisheit. Er hat uns geschildert, wie schlecht der Saarbergbau, der staatliche Bergbau wäre. Na, wir wissen, daß der Saarbergbau auf drei Pfoten hinkt. (Heiterkeit!) Wir wissen, daß er nicht das ist, was er in Wirklichkeit sein soll. So schlecht, wie ihn Herr Kempkes gemacht hat, ist er noch lange nicht, und vor allem war die Preispolitik des Saarfiskus noch lange nicht so schlimm, wie Sie sie gemacht haben. Das will ich Ihnen an einem Beispiele zeigen. Herr Kempkes hat eines beim Studium der Broschüre übersehen, er hat uns gezeigt, daß die Saarkohle immer erheblich teurer war als die Ruhrkohle. Das stimmt; aber die Kleinigkeit hat er übersehen: von 1910 bis 1913 stieg der Preis für die Ruhrkohle um 38 Prozent, während der Saarfiskus mit seinem Preise nur um 9 Prozent gestiegen ist, (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und die Löhne sind in beiden Revieren in diesem Zeitraum gleichermaßen um etwa 33 Prozent gestiegen. Da muß ich doch sagen, daß der Saarfiskus bei diesem Vergleich noch sehr gut abgeschnitten hat, und ich kann die Vorliebe des Herrn Dr. Wieland, die er vorhin für die Saarkohle geäußert hat, ganz gut verstehen. (Heiterkeit.) Ihre Preispolitik war nicht immer sehr einwandsfrei; sie hat immer große Schwächen gehabt.

Von einer Freiheit des Handels kann gar keine Rede sein. Den **privilegierten Händlern** — freie Händler gibt es überhaupt nicht — (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) werden die Kohlensorten, auch die Verkaufspreise vorgeschrieben. Die anderen Händler sind boykottiert, sind hinausgeworfen worden, auch wieder ohne Entschädigung. Wie kann man da von Freiheit des Handels reden? Die Elastizität und die Beweglichkeit des Handels! Das große Klagelied des Herrn Grafen von Posadowsky war, daß die Auslandspreise nicht mehr in Essen, sondern in Berlin festgestellt werden sollen! Einem unverbürgten Gerücht nach sollen aber Essen und Berlin durch Telephon und andere

Drähte verbunden sein (Heiterkeit), und es macht nach meiner Ansicht nicht viel aus, wo die Preise festgesetzt werden, wenn man nur mit den Preisen und den Kohlen zur rechten Zeit und an der rechten Stelle da ist. Da werden die Beine des Reichskohlenrats und der Selbstverwaltungskörper nicht kürzer sein als die des Herrn Stinnes und des Herrn Thyssen. (Heiterkeit.)

Aber diese Freiheit des Handels hat uns, wie wir in der Kommission auf Umwegen gehört haben, 200 Millionen jährlich gekostet. Ein Herr aus dem Kohlengroßhandel erzählte uns, daß die **Großhandelsspesen** im wesentlichen nicht über eine Mark hinausgehen. Nun, wenn wir im Frieden über 200 Millionen Tonnen Kohle umsetzen, die lediglich durch Monopol vertrieben werden, verdient der Großhandel rund und nett 200 Millionen Mark. Ich kann mir denken, daß es noch eine billigere Bureaukratie gibt als die der privilegierten Kohlenhändler, die auch nichts anderes darstellen. (Zurufe rechts: Warten Sie ab!) — Gott, Herr Graf, gehen Sie einmal ins Kohlensyndikat hinein, wenn Sie von Bureaukratie reden. Dort sitzen heute schon allein im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat 400 Angestellte. Ich bin der Meinung, damit kann man ganz Europa regieren. (Große Heiterkeit.)

Ein anderes Bild über die Schädlichkeit der Syndikatspolitik! Wir haben da den **Kampf gegen einzelne Konsumenten- und Produzentengruppen** gegen die Allgemeinheit. Sie können daraus auch ein anderes entnehmen, wie ganze Kohlenreviere niedergeknüttelt worden sind. Ende der neunziger Jahre betrug der Anteil der niederschlesischen Kohle am Berliner Markt noch 800 000 Tonnen; im Jahre 1910 war er durch die Preispolitik der oberschlesischen und westfälischen Monopolisten auf 200 000 Tonnen zurückgedrängt worden. Dem Revier steht heute das Wasser am Halse. Es mußte wiederholt beim preußischen Eisenbahnminister um Vorzugstarife bitten, damit es die dort recht schlechten Löhne noch herauswirtschaften kann. Wenn Sie das Leid in Niederschlesien sehen, wo 80 Prozent der gesamten Bergarbeiterfamilien in Einzimmerwohnungen kampieren, wo in einem Raum alle Menschen zusammenwohnen, wo in einem Raum die Menschen geboren werden und sterben, wo sich fünf, sechs bis zehn Menschen die Schwindsuchtskeime in den Hals hineinhauchen, so ist die Ursache für all dieses Leid die geringe Prosperität des niederschlesischen Bergbaus, der noch weiter durch die oberschlesische und die Ruhrkonkurrenz, vor allen Dingen aber durch deren Preispolitik erdrosselt worden ist. Ich darf Ihnen, Herr Graf Posadowsky, einmal sagen, daß von der Verkaufsvereinigung in Oberschlesien — oberschlesische Kohle besteht die Förderung aus etwa 25 Prozent Staubkohle, in Niederschlesien ist es umgekehrt, die Förderung enthält ungefähr 70 Prozent Staubkohle — auf den Innenmarkt des niederschlesischen Reviers die oberschlesische Staubkohle in gewaltigen Massen hineingeschleudert wird, und zwar um 2 bis 2,50 Mark billiger

als hinauf nach Posen. (Hört! hört! links.) So wird in Wirklichkeit Preispolitik getrieben, so werden ganze Reviere abgeschlachtet!

Da sind wir doch der Meinung, daß da endlich mit scharfer Faust zugegriffen werden muß, und daß die Allgemeinheit, daß alle Gegenden Deutschlands ein Interesse haben, gleichermaßen bei dem wichtigsten Produkt der Volkswirtschaft berücksichtigt zu werden, daß ein Ausgleich der Interessen geschaffen werden muß, daß diese Quelle der Volkswirtschaft nicht ein Monopol einer Handvoll Leute wird, die nicht allein den Kohlenbergbau, die auch die Minette, die Walzwerke, die Stahlwerke, die Banken, die Terrainspekulationsgesellschaften in ihren Händen haben. (Sehr richtig! links.) Das ist ein Staat im Staate, und die Leute haben eine Steuerhoheit gehabt größer als die absoluten Fürsten! Die zwanzig, dreißig Herren des Syndikats brauchten ja nur alle paar Monate zusammenzukommen und die Hand zu erheben, da war die Lohnbewegung fertig. Die haben keinen Schlichtungsausschuß zu berufen brauchen! Die haben die Preispolitik gemacht, und die deutschen Konsumenten, der Staat, die Eisenbahnen, die Gesamtheit — alle waren den Herren tributpflichtig (Sehr gut! links.) Diesen Herren die Steuerhoheit, die Oberhoheit zu nehmen, ihnen die Krallen zu stutzen, das ist Zweck und Aufgabe dieses Gesetzes, und das fordern Millionen von Bergarbeitern, Millionen von übrigen Arbeitern, von Kleinbürgern, von Handwerkern und Industriellen! Diese Nationalversammlung hätte wirklich verdient, von Spartakisten mit Handgranaten auseinandergetrieben zu werden, wenn sie nicht auf diesem Gebiete Ernst machte und nicht in Wirklichkeit dem Reiche gäbe, was des Reichs ist, und dem Volke, was des Volkes ist. (Lebhafter Beifall.)

Bei der vorgerückten Zeit — Sie können es ja verstehen, daß so ein Neuling manche Schmerzen auf dem Herzen hat — muß ich mich kurz fassen. Hoffentlich sehen wir uns bald gesund wieder. Dann können wir weiter über diese Frage reden. (Heiterkeit.) Ich kann mir deshalb ruhig ersparen, auf den Gesetzentwurf im einzelnen einzugehen. Nur so viel darf ich noch sagen, daß es uns gelungen ist, in der Kommission wesentliche Verbesserungen in das Gesetz mit hineinzubringen, vor allen Dingen die, daß in der Verwaltung der Selbstverwaltungskörper die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht haben. Herr Dr. Cohn, das war unser Antrag, das war nicht Ihre Arbeit! (Große Heiterkeit.) Aber das ist viel, viel wichtiger als die Betriebsräte im Reichskohlenrat. Da die Nase mit dazwischen zu haben, zwischen die Blätter zu sehen, das ist praktisch von größerer Bedeutung.

Wir sind also der Meinung, daß dieses Gesetz die Erwartungen, die man gegenwärtig in dieser Beziehung hegen kann, erfüllt, und daß im Augenblick bei dem völligen Zusammenbruch der deutschen Volks-

wirtschaft auch nicht sehr viel mehr herauszuholen ist. So naiv sind wir nicht: wir erwarten keine Wunderwerke von dem Gesetz; wir wissen, die Trauben und die gebackenen Tauben fliegen uns nicht als Wirkungen dieses Gesetzes in den Mund hinein, und es wird die Bergleute auch nicht davon entbinden, zu arbeiten. Sie sind auch gar nicht so faul veranlagt, daß sie sich auf die Haut legen wollten. Wenn sie den Glauben an die Entwicklung, an eine bessere Zukunft haben dürfen, dann werden sie auch das seelische Gleichgewicht wieder bekommen, und wenn sie wieder Speck zwischen die Rippen bekommen, dann sollen sie einmal sehen, daß dann die Hoffnung auf die Zukunft und der Speck der Zukunft zusammenwirken werden, daß die alte Arbeitsfreudigkeit im Bergbau wieder einsetzen wird.

Wir wissen, daß wir heute sozialisieren müssen in einem Moment, wo wir um 200 Milliarden ärmer geworden sind, und wir wissen auch, daß das Gesetz kein „Tischlein deck dich" sein kann. Wir bereiten die Wege, wir erleichtern durch dieses Gesetz die Entwicklung und die Geburt der künftigen Dinge, wir verkürzen die Schmerzen und die Wehen der werdenden gesellschaftlichen Entwicklung und geben den Arbeitern die Hoffnung und befähigen sie, wieder mitzuarbeiten und ihre große historische Rolle im Produktionsprozeß zu spielen. Wir sind überzeugt, daß die Bergleute es der Nationalversammlung danken werden, denn sie erwarten praktische Arbeit, nicht Worte. Taten wollen sie sehen! Hier aber ist wirklich die Tat! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Vereinzeltes Zischen rechts. — Erneuter stürmischer Beifall.)

Vizepräsident **Haußmann**: Der Herr Abgeordnete Wetzlich hat das Wort.

Wetzlich, Abgeordneter: Verehrte Anwesende! Der Herr Vorredner schloß mit den Worten, daß er wegen Mangels an Zeit nicht mehr in der Lage sei, auf den sachlichen Teil der Vorlage einzugehen. Ich werde beginnen, womit der Herr Vorredner geschlossen hat, nämlich mit der sachlichen Seite der Vorlage.

Wenn die Regierung jetzt in tiefster Wirtschaftsnot dem Drängen nachgegeben hat, ein **Sozialisierungsgesetz**, eine **Kohlengesetzvorlage** einzubringen, so verurteilen wir zwar im Interesse der gesamten Volkswirtschaft das sich schwer und bitter rächende Hasten. Wir sind auch jetzt gern bereit, an dem von Anfang unserer Tätigkeit an geübten Prinzip festzuhalten, die von der Regierung eingebrachten Vorlagen daraufhin ernst und ehrlich zu prüfen, ob sie im Interesse des Ganzen sind. Wir wollen mitarbeiten und sind bestrebt, Brauchbares zu schaffen, aber es ist uns in der Kommission nicht gelungen, das durchsetzen zu

können, was wir von unserem Standpunkt für notwendig erachteten, um ein für die Volkswirtschaft nützliches Gesetz zu schaffen. Das Gesetz in dieser Form, wie es uns hier vorliegt, anzunehmen, ist uns unmöglich, und ich bin fest überzeugt davon, daß ein großer Teil derjenigen, die heute dem Gesetz zustimmen werden, nicht mit innerer Befriedigung ihre Stimme für das Gesetz abgeben werden, da sie zum großen Teil überzeugt sein werden, welch verheerende Wirkungen auf dem Wirtschaftsmarkte dieses Gesetz in seiner Ausführung schließlich ausüben muß. Wenn ich auf die heutige Rede zurückkommen darf, die der Redner von der Demokratischen Partei, Herr Wieland, gehalten hat, so konnte man eigentlich annehmen, daß er nach den Vorbehalten, die er nach verschiedenen Richtungen der Vorlage gegenüber gemacht hat, nach den schweren Bedenken, die er geäußert hat, dem Gesetze ablehnend gegenüberstehen müßte.

Meine Damen und Herren! In ähnlicher Weise haben sich auch die Ausführungen der Herren beim Sozialisierungsgesetz, bei der Generaldebatte bewegt.

Dem Gesetze selbst konnten wir schon aus dem Grunde nicht zustimmen — es ist das bereits von verschiedenen Seiten hervorgehoben worden, nicht allein von unserer Seite, sondern auch von seiten der Demokratischen Partei und des Zentrums —, weil das Gesetz so viele Unklarheiten und so viele Auslegungsmöglichkeiten in sich birgt, daß es kaum möglich ist, über diese schweren Bedenken hinwegzukommen. (Sehr richtig! rechts.)

Meine verehrten Anwesenden! Wir hatten nun alle unsere Hoffnungen auf die Kommissionsberatungen gesetzt; die Kommissionsberatungen haben uns aber insofern enttäuscht, als wir zunächst von seiten der Regierung die gewünschten Aufklärungen, die wir brauchten, nicht erhalten konnten. Selbst Redner anderer Parteien haben zum Ausdruck gebracht, daß die gleichen Unklarheiten, die dem Entwurf anhaften, auch jetzt noch bestünden.

Ein Umstand weiter ist noch für uns mit maßgebend, gegen das Gesetz, das soviel Dehnbarkeit in sich schließt, zu stimmen: die Ausführungsbestimmungen werden schließlich von den Persönlichkeiten getroffen, die die Väter des Gesetzes sind, und die dann diesen den Geist einimpfen werden, der die Dehnbarkeit des Gesetzes in der äußeren Konsequenz zuläßt. Der Herr Vorredner hat es auch bereits zum Ausdruck gebracht, daß der Herr Reichsminister Wissell in dem Ausführungsgesetz die sozialdemokratischen Lehren und Forderungen zur unbedingten Geltung bringen muß. Ich meine, die Herren der Demokratischen Partei, die dem Gesetz ihre Zustimmung geben werden, sollten ein offenes Auge dafür haben, daß derartige Absichten nicht erfüllt werden, die soeben der Herr Vorredner, wie erwähnt, gemacht hat. Aus dem Gesetz

selbst kann man unmöglich klipp und klar erkennen, wohin eigentlich die Reise geht.

Was nun die **praktische Wirkung des Gesetzes** anlangt, so kommt es von unserem, und namentlich von meinem Standpunkte aus, den ich hier zu vertreten habe, darauf an, diese daraufhin zu prüfen, welcher Einfluß auf den Handel, das Geschäftsleben und die Industrie ausgeübt wird. Es ist Ihnen bekannt, daß in der Kommissionsberatung Sachverständige zugezogen waren; sie wurden leider erst zugezogen und gehört — vielleicht konnten sie aus Verkehrsgründen nicht eher erscheinen —, als man sich prinzipiell bereits geeinigt hatte, das heißt geeinigt in dem Mehrheitsblock. Es ist eine falsche Auslegung seitens des Herrn Ministers, wenn er gestern uns gewissermaßen den Vorwurf machte, daß wir, nachdem die Herren Sachverständigen verabschiedet waren, dann in der Kommission selbst nicht auf die Ausführungen der Sachverständigen Bezug genommen hatten. Von unserem Standpunkte aus war es unnötig, auf die Ausführungen der Sachverständigen in der Kommission nachträglich noch einzugehen. Wir wußten bereits und waren davon überzeugt, welche Wirkungen durch das Gesetz eintreten werden. Die Herren Sachverständigen haben einmütig ohne Ausnahme erklärt, daß, wenn dieser Gesetzentwurf in der Fassung, in der er sich befindet, zur Durchführung kommen würde, er vernichtend und ruinös für das gesamte Wirtschaftsleben sein müßte.

Der Herr Minister hat gestern erklärt, daß ihm die Ausführungen an sich nichts Neues seien. Nun, ich weiß nicht, worauf der Herr Minister das bezieht. Wenn die Ausführungen, die dahin gehen, daß die Wirkungen des Gesetzes vernichtend für das gesamte Wirtschaftsleben sind, gemeint waren, dann hätte der Minister auch die nötigen Konsequenzen ziehen müssen und ein solches Gesetz überhaupt nicht einbringen dürfen. (Sehr richtig! rechts.) Für uns handelt es sich natürlich darum, daß wir zunächst, wie es bereits von dem Herrn Grafen Posadowsky gestreift worden ist, die **Wirkungen des Gesetzes auf den Großhandel** hin prüfen. Es ist bereits erwähnt worden der bedeutende Export, den wir in Friedenszeiten an Brennstoffen hatten — ein Export, der ungefähr jährlich 30 Millionen Tonnen zu Friedenszeiten betrug —, ein Export, dem auf der anderen Seite ein Import in geringerer Höhe gegenüberstand. Wie liegen nun die tatsächlichen Verhältnisse? Wir hatten in Friedenszeiten stets einen großen Produktionsüberschuß, den wir dazu volkswirtschaftlich brauchten, daß wir durch Ausfuhr die Rohstoffe bezahlten, die wir einführten. — Wir müssen unser gesamtes Wirtschaftsleben selbstredend darauf einstellen, daß der Friedenszustand wieder erreicht werden kann. Unser Streben muß demnach in erster Linie dahin gehen, einen bedeutenden Export zu erlangen. Bei dem erwähnten Kohlenimport handelte es sich in der Hauptsache darum, daß die englische Kohle namentlich an

die Wasserkante für Gaswerke und industrielle Zwecke geführt wurde, während auf der anderen Seite gewissermaßen ein Ausgleich dadurch herbeigeführt wurde, daß deutsche Kohle, westfälische Kohle nach der Schweiz ging.

Die Gründe hierfür sind sehr einfach. Die Kosten der Bahnbeförderung nach dem Norden sind so außerordentlich hoch, daß sie nicht einen Ausgleich gegenüber einer Preiserhöhung durch die Einfuhr vom Auslande bilden können. Nun kommt es darauf an — das ist ja der springende Punkt —, daß wir einen **freien Handel** behalten, der allein nur in der Lage ist, die Handelsbeziehungen anzuknüpfen, zu fördern und die im Interesse der Volkswirtschaft zweckdienlichen Maßnahmen, die meist schnelles und entschlossenes Handeln erfordern, zu treffen. Ein bureaukratisches System kann dies niemals und wird niemals in der Lage sein, das gleiche wie der freie Handel leisten zu können. Wir wissen genau, daß die Engländer, sofern es nur irgend möglich ist, wieder den Versuch machen werden, Kohlen nach dem Deutschen Reiche einzuführen. England braucht Absatzgebiete. Es braucht die Absatzgebiete um so mehr, als Nordamerika ein gewaltiges Überschußgebiet in bezug auf Kohle darstellt und indirekt auf den englischen Markt drückt. England wird es sich nun nicht vom Kohlenrat vorschreiben lassen, welche Preise zu stellen sind. Es wird auch nicht möglich sein — wenn etwa die Absicht bestehen sollte —, eine Zollmauer aufzurichten. Jedenfalls aber, meine Damen und Herren, sind wir wohl alle vollkommen davon überzeugt, daß das bureaukratische System unbedingt verteuernd auf die Kohle wirken muß (sehr richtig! rechts). und daß dann unsere Kohle nicht mehr der Konkurrenz des Auslandes gewachsen sein wird. Wir werden es nicht hindern können, daß wir schließlich von Auslandskohlen überschwemmt werden, oder wir müssen die Konsequenzen ziehen und die **Kohlenpreise** herabsetzen.

In welcher Weise ist es nun möglich, den Preis für Kohle herabzusetzen? Entweder tritt das eine ein, die Arbeitslöhne werden herabgesetzt, oder die Position „Kohlenwirtschaft" im Reichshaushalt wird schließlich eine Zuschußposition. Verehrte Anwesende, die Gefahr besteht durchaus! Es ist absolut nicht damit zu rechnen, daß der Herr Reichsschatzsekretär aus der Kohlenwirtschaft heraus erhebliche Mittel erhalten dürfte. Die Verteuerung durch das bureaukratische System wird so gewaltig sein, daß wir im Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausgeschaltet sind. (Sehr richtig! rechts.)

Nun kommt noch ein anderer wesentlicher Umstand mit in Frage, der für den **freien Handel** spricht. Der freie Handel selbst hat in den letzten Jahrzehnten — das ist statistisch nachgewiesen — für den gesamten Bergbau sowohl wie für die Brikettfabrikation die Rentabilität und

eine Produktionssteigerung herbeigeführt. Die Umsatzsteigerungen, die uns in der Kommission von den Sachverständigen angegeben wurden, und die auf die Tätigkeit des freien Handels zurückzuführen sind, waren so gewaltig und augenfällig, daß man bald behaupten könnte: die Brikettfabrikation wird aufs schwerste gehemmt, wenn der freie Handel nicht mehr existiert.

Meine Herren, es ist auch die Art der **Preisfestsetzung** nach der Vorlage bemängelt worden. Die Preisfestsetzung soll durch die Reichsregierung geschehen. Wie man sich das praktisch denkt, ist in der Vorlage noch nicht gesagt, und auch in der Kommissionsberatung haben wir darüber näheres nicht erfahren. Ein Mitglied der Kommission — ich weiß nicht, ob es von Regierungsseite oder von der linken Seite dieses Hauses geschah — fragte die Sachverständigen, wie oft der Kohlenrat tagen müsse, um die Preisfestsetzungen vornehmen zu können. Die Antwort der Sachverständigen war: wenn der Kohlenrat einigermaßen im Interesse der gesamten Kohlenwirtschaft tätig sein sollte, dann müßte er täglich versammelt sein.

An die Sachverständigen wurde auch die Frage gerichtet, welchen belebenden Einfluß man dem **Sachverständigenrat** zuschreibe. Es ist Ihnen ja aus dem Entwurf bekannt, daß zirka 50 Prozent des Sachverständigenrats aus Arbeitnehmern bestehen sollen. Die Sachverständigen erklärten zunächst, daß gewiß ein großer Teil der Arbeiterschaft in dem engen Kreise, den sie bearbeiten, wohl als beratende Mitarbeiter stets gern gesehen würden, sie erwähnten aber, daß es wohl kaum möglich sein würde, daß die Arbeiter in der Direktion, in der Generaldirektion des gesamten Werks besonders fruchtbare Dienste leisten könnten, um so weniger, als bei den Wahlen zu dem Sachverständigenrat und zu den Arbeiterräten nicht der Gesichtspunkt der Geschäftstüchtigkeit besonders ausschlaggebend sein würde, sondern in der Hauptsache das politische Glaubensbekenntnis. (Sehr richtig! rechts.) Man folgerte daraus, daß, wenn die Wahl lediglich nach einem politischen Gesichtspunkt stattfinde, dann die betreffenden Gewählten nicht diejenigen sein könnten, die an so hoher betrieblicher Stelle zweckdienliche, nutzbringende und das Unternehmen fördernde Arbeit leisten würden. Meine verehrten Anwesenden, ich gehe nicht so weit; ich halte es doch für möglich und sogar für wahrscheinlich, daß auch bei diesen politischen Wahlen der Arbeitnehmer doch Vertreter gewählt werden, die in nutzbringender Weise im Sachverständigenrat tätig sein können. Ist es doch gewissermaßen Ehrensache der Arbeitnehmer, daß sie nicht lediglich den politischen Standpunkt gelten lassen, sondern daß sie Leute in den Sachverständigenrat wählen, die in ihrem Beruf wirklich sachverständig und tüchtig sind und sich auch als solche ausgezeichnet haben.

Ein weiterer Teil meiner Ausführungen wird sich nunmehr auf die **Wirkungen des Gesetzes gegenüber dem Kleinhandel** beziehen müssen. Was diesen anlangt, so ist heute bereits von einer Seite hervorgehoben worden, daß dieser fast restlos ruiniert würde. Den Ausführungen des Herrn Grafen Posadowsky nach dieser Richtung hin wurde seitens der äußersten Linken widersprochen. Durch Zwischenrufe wurde hervorgehoben, daß das ja gar nicht stimme, das sei nicht wahr, die Kleinhändler würden bestehen bleiben können, auch wenn die Kohlenwirtschaft vom Reiche geleitet würde. Ja, meine Damen und Herren, so liegt die Sache doch nicht. Die praktische Wirkung ist eine andere. Das beweisen auch die Ausführungen des Herrn Ministers Wissell. Herr Minister Wissell hat besonders darauf hingewiesen, als von dieser Frage die Rede war, daß der Kleinhandel nicht restlos aufgehoben würde. Damit sagt er doch indirekt ziemlich deutlich, daß nur einige Reste übrig bleiben können.

Die praktische Wirkung kann ja auch gar nicht anders sein. Es ist ähnlich wie bei dem Kriegswirtschaftssystem. Die Lieferung der Kohle im Kleinhandel bis in alle, auch die entferntesten Kreise, kann natürlich nur dadurch erfolgen, daß in den Städten und den einzelnen Gemeinden amtliche Verkaufsstellen errichtet werden. Nach dieser Richtung hin bewegten sich auch die Ausführungen des Herrn Ministers Wissell. Wenn wir aber lediglich amtliche Verkaufsstellen haben, dann ist doch die logische Konsequenz, daß die über hunderttausend selbständigen mittelständigen Existenzen ruiniert werden. (Sehr richtig! rechts.) Hiergegen müssen wir mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen, die wir es von jeher als eine der vornehmsten Aufgabe angesehen haben, die Interessen des selbständigen und werktätigen Mittelstandes zu schützen und dafür zu sorgen, daß der Mittelstand erhalten bleibt. (Sehr richtig! rechts.) In dieser Richtung bewegt sich ja auch unsere Interpellation, die vermutlich in der nächsten Woche zur Beantwortung kommen wird. Auch aus diesem Grunde können wir einem Gesetz nicht zustimmen, das neben anderen schwersten Bedenken über hunderttausend Selbständigen die Existenz nimmt.

Daß auch der **Verbraucher** durch die praktische Wirkung des Gesetzes stark in **Mitleidenschaft gezogen** wird, wird jeder beurteilen können. Namentlich diejenigen, die ihren Wohnort in den großen Städten haben, wissen sehr genau, welche ungeheure Arbeitsleistung von seiten des Kleinhändlers verlangt wird, und wie sich der Kleinhändler im Wettbewerb bemühen muß, den Ansprüchen der Kundschaft gerecht zu werden. In Zukunft wird es natürlich so werden, daß der Verbraucher absolut kein Recht hat, sich den Brennstoff herauszusuchen, den er braucht, sondern er bekommt einfach den Brennstoff zugewiesen, der von der Zentralstelle aus für ihn zur Verfügung steht. (Zurufe von den Sozialdemo-

kraten.) — Gewiß, das ist jetzt schon der Fall, das sind eben die Kriegszustände, die wir beseitigt wissen wollen. Wir wollen den freien Handel wieder obenauf wissen. (Sehr richtig! rechts.)

Meine verehrten Anwesenden! Nun ist noch folgendes zu beachten: Wenn von amtlicher Stelle aus die Verteilung, namentlich in den Großstädten, stattfinden soll, wie wird es dann möglich sein, die Kohle wie bisher durch den Kleinhändler bis in die oberste Dachstube hinaufzutragen? (Zuruf.) — Wenn ich von „bisher" spreche, dann meine ich stets die Friedenszeiten; jetzt haben wir unnormale Zeiten. — Diese Bequemlichkeiten für Verbraucher hören in Zukunft auf. Die Kriegsstellen, die lediglich eine ungeheure Arbeitskraft absorbieren, bleiben in etwas veränderter Form bestehen. Wenn wir an die Zustände der letzten Monate denken, wo die einzelne Hausfrau sich ihre Kohlen von weit her selbst und stets nur in geringer Menge herbeischaffen mußte, so wird man erst beurteilen können, welche Arbeitskraft durch das umständliche und unbequeme Verfahren verloren geht. Und wenn wir weiter berücksichtigen, daß dieser Zustand in Zukunft nicht verbessert werden würde, sondern ein dauernder werden muß, dann sind das doch Argumente, die unbedingt gegen das Gesetz sprechen. (Sehr richtig!)

Eine Ertragfähigkeit selbst des einzelnen Geschäfts hängt natürlich in erster Linie von der Regsamkeit, von der Tüchtigkeit, von dem Fleiß, von dem persönlichen Interesse des Geschäftsinhabers ab. In Zukunft hat der betreffende Inhaber der Verkaufsstelle gar kein persönliches Interesse. Wir kennen zwar die Ausführungen des Gesetzes noch nicht, aber das eine wissen wir, wissen wir ziemlich genau, daß sie nach der geschilderten Richtung hin sich bewegen wird, und wenn nun beim Vertrieb ein persönliches Interesse fehlt, dann wird letzten Endes aufs empfindlichste der Verbraucher geschädigt. Es werden dessen Wünsche nicht nur nicht berücksichtigt, sondern es tritt auch eine ungeheure Verteuerung ein. Diese muß schon dadurch eintreten, daß im Vergleich zu dem amtlichen Vertrieb der Geschäftsinhaber, der Kleinhändler, mit einem wahren Bienenfleiß heute arbeiten muß, um sich im schweren Existenz- und Konkurrenzkampf aufrechterhalten zu können. Die Tätigkeit eines Kohlenhändlers wird die Arbeitskraft von zweien darstellen. Auf diese Weise werden Arbeitskräfte, die wir ja so außerordentlich notwendig brauchen, um unser Wirtschaftssystem wieder aufzurichten, absorbiert, ohne daß wir auf der anderen Seite irgendeinen Gegenwert haben. Im Gegenteil, die Arbeitsleistung selbst und das Material, der Brennstoff, werden außerordentlich verteuert. Derartige Bestrebungen dürfen nicht unterstützt werden.

Ich möchte noch einige kurze Ausführungen machen, nur ein paar Minuten, Herr Präsident! Nicht unerwähnt darf zur Beurteilung die

Kreditfrage bleiben. Verehrte Anwesende, an der Kreditfrage, die von seiten des Großhandels und auch des Kleinhandels zu lösen ist, können wir nicht vorübergehen; wenn wir auch jetzt in einer Zeit leben, wo die Industrie, der Handwerker und Gewerbetreibende kaum Kredit benötigt, weil alle Warenlager geleert, alle Rohstoffe liquidiert sind. Wir haben an Stelle der Rohstoffe der geleerten Lager heute diese ungeheure Geldflüssigkeit zu verzeichnen. Diese wird natürlich in dem Maße verschwinden, in dem unser Wirtschaftsleben wieder aufgebaut werden wird. Wenn das Wirtschaftsleben wieder so in Fluß kommt, wie wir es wünschen, dann tritt auch die Kreditbedürftigkeit ein, und die unbedingte Notwendigkeit, dann der Industrie, dem Handwerk, dem Gewerbe Kredit einzuräumen, diese Kreditfrage kann natürlich von seiten des Staates, von seiten einer amtlichen Verkaufsstelle oder auch von der Zentrale aus unmöglich erledigt werden. Die Kreditfrage ist eine durchaus persönliche Sache, eine Angelegenheit des Gefühls, der Vertrauenswürdigkeit, und ich bitte, meine Damen und Herren, auch diesem Argument besondere Beachtung zu schenken.

Ich möchte nun zum Schluß noch das eine betonen. Wir sind nicht, wie ich bereits erwähnt habe und wie Ihnen allen bekannt ist, in der Lage, für das Gesetz stimmen zu können. (Hört! hört!) Aber einem Wunsch möchte ich Ausdruck verleihen: wir wären gern bereit, mitzuarbeiten an einem Gesetz, das den **Auswüchsen des Kohlensyndikats** einen Halt bietet. Meine Herren, die diktatorische Gewalt, die namentlich in den letzten zehn Jahren seitens der Kohlensyndikate ausgeübt worden ist, muß von seiten des Staates, von seiten der Regierung gebrochen werden. (Sehr richtig! rechts.) Dies wäre vielleicht dadurch zu erreichen, daß die Syndikate unter Staatsaufsicht gestellt würden und daß auf der anderen Seite steuertechnisch die Syndikate auf das schärfste herangezogen werden. Wir wissen, daß teilweise in müheloser Weise einzelne — es gehen da in den verschiedenen Städten Gerüchte herum — geradezu unglaubliche Summen durch die Ringbildung erzielen. Dem muß natürlich ein Halt geboten werden. (Sehr richtig! rechts.) Das sollte unsere Hauptaufgabe sein, jetzt, in dem schwierigen Moment, in der außerordentlich schweren wirtschaftlichen Notlage, in der wir uns befinden. Die Summen, die wir auf diese Weise erzielen könnten — sie wären vielleicht außerordentlich hoch —, könnten wir gern zu irgendwelchen Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen verwenden. Ich glaube, meine verehrten Anwesenden, wenn das Gesetz heute unter einem ungeheuren Druck geschaffen wird — daran ist nicht zu zweifeln; der Druck wird ausgeübt, er wird namentlich dadurch hervorgerufen, daß der Arbeiterschaft in den letzten Jahren schon vor dem Kriege unerfüllbare Versprechungen wegen der Sozialisierung gemacht worden sind, die eingelöst werden sollen —, wird man jetzt wohl selbst von seiten, die der Regierung nahestehen, einsehen, daß die Sozialisierung in der Weise, wie man sie sich vorstellte, praktisch schwer durch-

führbar ist. Ich bin überzeugt: wenn man der Arbeiterschaft selbst rechtzeitig die notwendige Aufklärung gegeben hätte — und die Arbeiterschaft ist empfänglich für sachliche Ausführungen —, dann wäre heute die wüste Hetze zur Sozialisierung nicht zu verzeichnen gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Im Gegenteil, man stellt der Arbeiterschaft ein schlechtes Zeugnis über ihre Urteilsfähigkeit aus, wenn man nicht wagt, im Vertrauen darauf ihr die Argumente entgegenzuhalten, die gegen das Gesetz sprechen.

Jedenfalls, meine Damen und Herren, sind wir der Meinung — und das ist namentlich der Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei —, daß wir zunächst alles versuchen müssen, unser Wirtschaftsleben wieder aufzurichten. (Sehr richtig! rechts.) Um das Wirtschaftsleben aufrichten zu können, ist es aber Vorbedingung, daß der freie Handel und die freie Industrie sich ungehindert entfalten können. (Beifall rechts.)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Nur ganz wenige Worte! Der Herr Vorredner hat uns den geradezu wahnsinnigen Plan unterstellt, den gesamten **Kleinhandel in Kohlen** vernichten zu wollen. Ähnlich hat auch schon Herr Graf Posadowsky gesprochen, der da meinte, daß viele unzählige kleine, unabhängige Existenzen vernichtet würden. Wir denken gar nicht daran. Es liegt uns nichts ferner, als so etwas zu tun. (Zurufe rechts.) Sie werden nichts dergleichen in irgendeiner Äußerung finden, die ich getan habe. Im Gegenteil, ich habe bei der Begründung dieser Regierungsvorlage im Staatenausschuß ganz besonders die Frage des Platzhandels zum Gegenstand der Erörterungen gemacht und darauf hingewiesen, daß wir ihn gar nicht entbehren können. Es fällt uns gar nicht im Traum ein, etwa in den Kommunen irgend jemanden zu beauftragen, der da seine Pfeife raucht, alle, die zu ihm kommen, wie man im Volksmunde zu sagen pflegt: anschnauzt und wartet, ob man seine Kohlen holt oder nicht. (Zuruf rechts: Der Mehrheitsbericht stellt das ausdrücklich fest!) — Was im Mehrheitsbericht der Sozialisierungskommission steht, das habe ich nicht zu vertreten, und das mache ich mir auch nicht zu eigen; denn Sie sehen ja: die Grundlagen dieses Gesetzentwurfs sind ganz andere als die der Sozialisierungskommission. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Der Bericht der Sozialisierungskommission ist Ihnen in dieser Vorlage in dem Bericht des Herrn Berichterstatters nur mit zur Kenntnis gebracht, damit Sie wissen, was auf diesem Gebiet von anderer Seite schon in Vorschlag gebracht ist. — Wenn Sie weiter davon sprechen, daß es nach den Plänen, die wir verfolgen, möglich sein würde, allen Leuten gewissermaßen die Existenzgrundlage zu nehmen, und wenn namentlich Herr Graf v. Posa-

bowsky meinte, daß die Gefahren durch die Oberleitung der Kohlenwirtschaft durch das Reich noch größer seien, so halte ich diese Annahme für durchaus unbegründet.

Wenn Sie sich einmal orientieren wollen, wie und mit welchen Mitteln man unter der Herrschaft der angeblich freien Konkurrenz freie Existenzen bis zur wirtschaftlichen Vernichtung hat zugrunde gehen lassen, dann brauchen Sie nur einmal das kurz vor dem Kriege erschienene Buch von Dr. Fritz Kestner „Der Organisationszwang" zu lesen. Hier werden Sie geschildert finden, mit welchen zur buchstäblichen Vernichtung führenden Mitteln gerade die Stellen, zu deren Verteidigern Sie sich hier aufschwingen, gearbeitet haben.

Dann noch ein weiteres. (Zuruf rechts.) — Sie sind nicht deren Verteidiger? Schön! Aber ist ein Grund vorhanden, daß Sie sagen: der Staat wird es noch schlimmer machen. Ich bin der Meinung, daß der Staat nicht so handelt, wie Syndikate handeln, denn der Staat hat ja auch die sozialen Interessen der Gesamtheit zu vertreten, die im Syndikat immer geradezu mit Füßen getreten worden sind.

Man braucht nicht die allergeringsten Befürchtungen zu haben, einer Regierung, die das Vertrauen des Parlaments besitzt, eine Macht in die Hand zu geben, wie sie hier der Regierung durch dieses Gesetz gegeben werden würde. Die Bedenken, die Sie anführen, sind wirklich nicht stichhaltig.

Ich will nur noch ganz kurz, um zum Schluß zu kommen, auf das eingehen, was der Herr Abgeordnete Wieland gesagt hat. Ich bin in der Tat der Meinung — und ich stimme ihm durchaus zu —, daß bei der **Zusammensetzung des Kohlenrats** die süddeutschen Interessen ganz besonders berücksichtigt werden müssen und auch berücksichtigt werden sollen.

Nun noch ein Wort zu der Fassung der Vorlage, die da sagt, daß die Reichsregierung die Oberaufsicht führt und die **Feststellung der Preise regelt.** Daraus scheint man angenommen zu haben, daß das Reich, die Regierung selbst etwa die Preise festsetzen werde. Nichts liegt der Regierung ferner. Unter der Regelung der Preise im Sinne dieses Vorschlags des Gesetzes ist gemeint, daß die Regierung Grundsätze über die Art der Preisregelungen durch die Verbände usw. aufstellt.

Also auch diese Befürchtungen sind hinfällig. Ich glaube, daß das, was an sachlichen Einwänden aus den Reden der Vorredner zu entnehmen gewesen ist, wirklich jeder sachlichen Begründung entbehrt.

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Imbusch.

Imbusch, Abgeordneter: Meine Parteifreunde und ich werden den Gesetzentwurf der Kommission annehmen. Wir sind für seine Annahme, weil er im allgemeinen in der Richtung liegt, die unserer Ansicht nach jetzt begangen werden muß.

Dann ist es uns ja auch gelungen, in der Kommission verschiedene wichtige Verbesserungen durchzusetzen. Es ist durchgesetzt worden, daß die Arbeiter bei den zu bildenden Verbänden der Erzeuger beteiligt werden. Weiter soll der Kohlenrat im Einverständnis mit dem **Sachverständigenrat** berufen werden, so daß mit Sicherheit darauf gerechnet werden kann, daß er unseren Wünschen entspricht. Dann soll im Sachverständigenrat eine bessere Vertretung der Konsumenten kommen, und dann das wichtigste: das Parlament soll in ausreichender Weise in dem Gesetz zur Mitwirkung für alle Zukunft berufen werden.

Einige Worte zu den **gestellten Anträgen.** Den Antrag Nießer auf Nr. 134 werden wir ablehnen. Die Gründe brauche ich in diesem Stadium der Verhandlungen wohl nicht weiter anzugeben.

Den Antrag Burlage wollen wir annehmen, weil er eine bessere Fassung der Materie und einen etwas besseren Inhalt bringt.

Den Antrag Schultz (Bromberg) müssen wir ablehnen. Er verlangt eine Regelung der Entschädigungsansprüche. Dieser Teil des Antrags ist in diesem Gesetz überflüssig. Im zweiten Teil verlangt er, daß das **Reich** die **Betriebe** der Händler und Produzenten **übernehmen muß**, wenn diese es verlangen. Einen derartigen Antrag können wir unter keinen Umständen zum Gesetz erheben. Dann würden natürlich die Leute, die einen unrentablen Betrieb haben, kommen und diesen dem Reiche anzuhängen versuchen. Darauf können wir uns nicht einlassen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn das Reich überhaupt etwas übernehmen will, dann müssen wir schon zu dem Grundsatz übergehen, daß sich das Reich die Betriebe auswählen kann, die es haben will, und sich nicht mit den unrentablen zu begnügen hat.

Die weitere Bestimmung wegen des Inkrafttretens im besetzten Gebiet müssen wir nach den Erklärungen der Regierung ablehnen.

Den Antrag Agnes zu der Resolution müssen wir ablehnen. Unsere Ansicht über die **Arbeiterräte** ist wesentlich anders als die der Herren und Damen von den Unabhängigen. Wir wollen nicht, daß die bewährten Arbeitervertreter und Gewerkschaften ausgeschaltet und an ihrer Stelle unorganisierte Schreier eingeschaltet werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es ist der Ausdruck gefallen, die Arbeiter hätten kein Vertrauen zu den Gewerkschaften. Die denkenden Arbeiter haben schon Vertrauen zu den Gewerkschaften (sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten); aber die anderen, die bisher unorganisiert waren, die nicht opferwillig genug waren, um etwas für die Hebung ihres Standes zu tun, und die, die bisher gelb organisiert waren, haben allerdings zum großen Teil kein Vertrauen zu uns, die sind heute unabhängig.

Auch im Laufe dieser Verhandlungen sind viele **Klagen gegen den Gesetzentwurf** erhoben worden, die unberechtigt sind. Man hat gegen ein

Phantom gestritten, das man sich aufgestellt hat, nicht gegen den Gesetzentwurf; denn der Gesetzentwurf enthält ja gar nicht das, gegen das man angekämpft hat. (Sehr wahr! im Zentrum.) Man muß doch einmal abwarten, bis die Ausführungsvorschriften zu diesem Gesetz kommen; erst dann kann man übersehen, was in bezug auf den Handel und sonstwie getan werden soll und wieweit diese Bestimmungen in solche Verhältnisse eingreifen.

Vorhin wurde gesagt, das Gesetz sei vernichtend für das ganze Wirtschaftsleben. Ja, wer daran glaubt, der muß einen außerordentlich starken Glauben haben.

Dann hieß es, das Gesetz solle ein Eingriff in das Eigentumsrecht der Bergwerksbesitzer und der Händler sein. Ja, verehrte Anwesende, wir haben doch gestern und heute morgen ausdrücklich zum Beschluß erhoben, daß eine **angemessene Entschädigung** gezahlt werden soll, wenn den Leuten ihr Eigentum abgenommen wird. Ich betone: angemessen. Darin liegt, daß keine Entschädigung gezahlt wird, wenn keine angemessen ist. Aber wenn eine bezahlt wird, dann soll sie eine angemessene sein, und man soll den Leuten grundsätzlich ihr Eigentum nicht ohne Entschädigung wegnehmen.

Die Befürchtung, daß man planmäßig durch eine zu niedrige Festsetzung der Preise den Wert des Bergwerkseigentums aushöhle und bis zum Nullpunkt herabsetze, diese Befürchtung ist ja gestern schon durch meinen Fraktionsfreund Burlage ausgeräumt worden für alle die, die sich belehren lassen wollen. Ich weise darauf hin, daß auch in Zukunft das Parlament ausschlaggebenden Einfluß hat, und es wird doch niemand behaupten wollen, daß die Mehrheit dieses Hauses gewillt ist, wissentlich und absichtlich Unrecht zu tun und den Leuten durch gewissermaßen legalisierten Raub ihr Eigentum wegzunehmen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Dann hat man viel über die **Bureaukratisierung** und Verknöcherung **der Industrie** gesprochen, die eintreten soll, wenn der Entwurf zum Gesetz erhoben wird. Auch das, meine Herren, ist nicht zu befürchten. Das Gesetz greift ja eigentlich in die Industrie gar nicht ein, es befaßt sich vorläufig mit dem Kohlenhandel und die Industrie bleibt vorläufig noch selbständig und wird ihre selbständige Leitung und ihre notwendige Freiheit behalten. Die Regierung will auch nichts anderes. Das haben die Erklärungen der Regierungsvertreter im Plenum und in der Kommission deutlich gezeigt, und wer nach diesen Erklärungen noch nicht weiß, worum es sich handelt, darf sich eigentlich nicht beklagen, dann muß es an ihm liegen und nicht an anderen.

Dann hat man über die Schäden für den Handel geklagt und es so hingestellt, als wenn der **ganze Handel ausgeschaltet**, alle Menschen arbeitslos und brotlos gemacht werden sollen. Das fällt ja gar keinem Menschen ein. Auch wenn der Staat die Oberleitung hat,

auch wenn die Sache so organisiert wird, wie der Gesetzentwurf will, auch dann braucht man doch die Menschen zur Verteilung der Bergwerksprodukte. Auch dann wird man nicht weniger gebrauchen und auch dann wird man alle diese Menschen beschäftigen können, und da ist meines Erachtens gar nicht zu befürchten, daß insbesondere der Kleinhandel etwa beseitigt wird. Warum soll man den Kleinhandel aufheben? Es ist ja gar nicht notwendig, und ich bin überzeugt, es wird auch nicht geschehen. Der Einfluß des Parlaments wird stark genug sein, das zu verhindern. Dann aber werden auch die praktischen Verhältnisse dazu zwingen. Man kann auch in Zukunft die Kleinhändler nicht entbehren und man kann insbesondere in Zukunft noch besser wie bisher den Genossenschaften der Händler Kohlen liefern, damit diese sie vertreiben können. In der Vergangenheit waren die Verhältnisse für die Händler auch durchaus nicht vollkommen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich weise hier nur auf die vielfachen Klagen gegen das große Kohlensyndikat hin (sehr wahr! im Zentrum), die vielfach den Kleinhändlern und den Genossenschaften keine Kohlen liefern wollten, oder wenigstens nicht zu Bedingungen, auf die jene eingehen konnten.

Dann wird die **Preisfestsetzung** bemängelt. Es wäre nicht möglich, Preise festzusetzen, mit denen man auf dem Weltmarkt bestehen könne. Ja, verehrte Anwesende, wie ist es denn heute? In Essen setzt man Richtpreise fest, die werden eingehalten, wo keine Konkurrenz ist. Da, wo man mit Konkurrenz zu rechnen hat, werden entsprechende Abweichungen zugelassen. Warum soll man das in Zukunft nicht beibehalten können, wenn man die Preise in Berlin festsetzt? Also auch in dieser Beziehung sind die Befürchtungen durch nichts gerechtfertigt.

Dann hatte man Bedenken wegen der Zusammensetzung des Reichskohlenrats. Ich glaube, sie sind ebenfalls ausgeräumt.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Die Unternehmer im Kohlenbergbau haben wirklich am wenigsten Ursache, über Vergewaltigung zu klagen. (Sehr richtig!) Dort in der **Großindustrie** war doch der **Kampf der Großen gegen die Kleinen** immer üblich, da wurde immer ein rücksichtsloser Kampf gegen die Kleinen geführt, und man hat nie gefragt, ob bei dem Konkurrenzkampfe auch die Kleinen mitkommen könnten, ob sie dabei nicht unter die Räder gerieten. (Sehr wahr! im Zentrum.) Ich weise nur hin auf die Entwicklung der gemischten Werke und ihre Folgen für die kleinen Werke, ferner auch darauf, daß das Syndikat die Kohle im Auslande vielfach billiger als im Inlande verkaufte. Die Gründe dafür will ich hier nicht lange besprechen. Aber ich möchte hier nur auf die Folgen, insbesondere für die weiterverarbeitende, kohlenverbrauchende Industrie in Deutschland, hinweisen. Auch da war unsere Großindustrie rücksichtslos; auch da hat man in erster Linie

an sich gedacht und noch lange nicht an die anderen. Dann weise ich auch auf die Bestimmung im Syndikatsvertrag hin, der jedem Schacht im Ruhrgebiet eine bestimmte Beteiligungsziffer zusicherte. Damals wurde in wahnsinniger Weise Geld zum Fenster hinausgeworfen, Schächte wurden abgeteuft, Förderungseinrichtungen geschaffen, die nie benutzt wurden, nur um die Beteiligungsziffer zu bekommen. (Hört! hört! im Zentrum.) Die angewandten Gelder sind vergeudet. Darüber wird natürlich heute nicht mehr gesprochen. Ein anderer Fall! Die Bestimmung über Freilassung des Selbstverbrauchs von der Umlage im Syndikatsvertrag hat bekanntlich auch weitgehende Folgen gehabt. Wer sich dafür interessiert, kann diese Frage ja studieren. Dann hat auch die Bestimmung, daß die Beteiligungsziffer, die ein Schacht erhielt, auch auf anderen Schächten gefördert werden konnte, für manche Kreise schwere Nachteile nach sich gezogen. Daran hat man aber nicht gedacht, sondern man hat es rücksichtslos ausgenutzt. Daran ist nicht zu zweifeln.

Dann noch ein Wort über das **Verhalten gegenüber den Arbeitern**, das wirklich nicht so war, wie es der heutigen Zeit entsprach. Da waren es gerade die Herren aus der Großindustrie, die sehr lange von sehr unmodernen Anschauungen beseelt waren. Vorhin wurde ja schon darauf hingewiesen, daß der Arbeiter von der Leitung unserer Großindustrie, die sich heute so über Vergewaltigung beklagt, nicht als gleichberechtigter Mensch angesehen und behandelt worden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Von jener Seite wurde immer der Standpunkt vertreten, die Arbeiter seien Arbeitskräfte, aber keine gleichberechtigten Unterhändler; die Arbeiterorganisationen wurden planmäßig in ihrer Entwicklung aufgehalten; nicht nur die sozialdemokratische, auch unsere Bewegung hat sich nur in ständigem scharfen Kampf durchringen können, und Tausende unserer Mitglieder haben sich vielfach brotlos machen lassen müssen von den Leuten, die heute glauben, sie könnten sich über Vergewaltigung beklagen. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Vorhin hat der Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie bei Besprechung dieser Fragen in nach rechts gerichteten Ausführungen meines Erachtens etwas sehr viel verallgemeinert. (Sehr richtig! rechts.) Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß dort **auf der rechten Seite** des Hauses **nur sozial rückständige Menschen** säßen. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß ich anderer Ansicht bin, (Bravo! rechts), daß ich der Ansicht bin, daß nach den Vorgängen der vergangenen Jahre heute auf der rechten Seite des Hauses auch manche sitzen, die sozial nicht rückständig, sondern sehr fortschrittlich gesinnt sind (sehr wahr!), die als Menschen für die Hebung des Arbeiterstandes ebensoviel und nach meiner Ansicht

noch mehr getan haben als der Redner von links. (Sehr gut!) Ich möchte wirklich bitten, daß man in Zukunft, wenn man den Herren von rechts, die eine kleine Abreibung verdient haben (Heiterkeit), diese zuteil werden läßt, dann nicht andere mit ihnen in einen Topf wirft. Ich sehe zum Beispiel auf der rechten Seite des Hauses die verehrte Vorsitzende des Heimarbeiterinnenverbandes (sehr gut!) Fräulein Behm, die seit Jahrzehnten sich für die Hebung der Ärmsten der Armen aufgeopfert hat (sehr richtig!) und nicht verdient, als sozial rückständig mit anderen in einen Topf geworfen zu werden. Das gilt auch für einige andere, zum Beispiel den Bergmann, der auf der rechten Seite sitzt, etwas weiter rechts als wir. Der Herr Kollege Winnefeld ist nicht ein Gelber, sondern Mitglied der christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat sich seit Jahren energisch für die Hebung des Arbeiterstandes eingesetzt. (Bravo!) Wenn man also nach rechts Angriffe zu richten hat, dann bitte ich, dabei nicht zu weit zu gehen. Obwohl ich eigentlich nicht dazu berufen bin, zwingt mich mein Gerechtigkeitsgefühl, diese Leute auf der rechten Seite des Hauses zu verteidigen.

Es hat vorhin einer der Herren Redner einen Appell an die **Bergleute** gerichtet, sie möchten arbeiten; die Arbeit sei notwendig, und sie müßten Kohlen schaffen. Das stimmt schon, verehrte Anwesende! Aber ich möchte hier feststellen, daß auch heute noch viele Bergleute, die gern arbeiten wollen, nicht arbeiten können, weil sie **an der Arbeit gehindert** werden. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich habe noch vorhin ein Schreiben aus Hamborn bekommen — wegen der vorgerückten Zeit will ich es nicht vorlesen —, in dem mitgeteilt wird, daß man dort noch immer die Arbeiter an der Arbeit hindere. Bei dieser Gelegenheit möchte ich unsere Reichsregierung bitten, dort endlich einmal rücksichtslos für Ordnung zu sorgen. (Bravo!) So, wie bisher, kann es doch nicht weitergehen. Wir bedürfen der Kohle und müssen wünschen, daß die Menschen arbeiten. Aber da werden Leute, die arbeiten wollen, an der Arbeit gehindert! Das darf nicht so weitergehen, mit dieser unruhigen Gesellschaft muß endlich mal Schluß gemacht werden. (Sehr gut! im Zentrum.)

Nun hat vorhin der Redner der Unabhängigen gesagt, das Gesetz werde nicht beruhigend wirken. Ja, ich glaube auch, daß es bei den Anhängern des Herrn Henke nicht beruhigend wirken wird. Dafür sorgen schon ihre Führer! (Sehr wahr!)

Aber bei der vernünftig denkenden Arbeiterschaft wird das Gesetz — davon bin ich überzeugt — eine gute und beruhigende Wirkung ausüben, wenn es in dem Sinne durchgeführt wird, in dem es gemeint ist. Wenn die Ausführungsvorschriften zweckentsprechend ausfallen,

dann werden die Schäden, die man von dem Gesetz befürchtet, nicht eintreten, und dann wird man den heutigen Tag, der uns das Gesetz gebracht hat, einmal in Zukunft als den Tag des Umschwungs zum Besseren feiern können. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Koenen.

Koenen, Abgeordneter: Verehrte Versammlung! Gegen unseren Vorschlag, hier den ersten praktischen Versuch mit der Durchführung des **Rätesystems im Wirtschaftsleben** zu machen, ist eine ganze Reihe von Einwendungen gemacht worden. Man hat sich gegen dieses Rätesystem mit Bemerkungen gewendet, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Insbesondere der Herr Vorredner hat Bemerkungen gemacht, die eigentlich auch bei den Mehrheitssozialisten auf den lebhaftesten Widerspruch stoßen sollten, wenn man den Herren glauben soll, daß sie sich tatsächlich in den letzten Tagen und Wochen entschieden und entschlossen zum Rätesystem im Wirtschaftsleben durchgerungen haben. Es sind aber keine Bemerkungen aus diesen Kreisen dazu gemacht worden, es sind keine Zwischenrufe erfolgt, man hat nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn gesagt wurde, daß in den Betriebsräten nur die Organisierten sitzen und zwar die größten Schreier. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine, meine verehrten Herren von der Mehrheitspartei, das müßte Ihnen eigentlich doch bekannt klingen, die Bemerkung von den „größten Schreiern", die immer nur als die Vertrauensleute auftreten. Das sind dieselben Bemerkungen, die uns bis zum 9. November, bis zum Ausbruch der Revolution von den Unternehmern und der damals herrschenden Regierung stets entgegengehalten worden sind. Wenn wir unsere Gewerkschaftsfunktionäre präsentierten, hieß es immer: das sind nur die größten Schreier, die keine praktische Arbeit leisten wollen und keine praktische Arbeit leisten können, sondern nur andere aufhetzen. Das ist die Bemerkung, die bis zum 9. November 1918 allgemeine Regel war. Wenn jetzt durch die Revolution eine kleine Änderung eingetreten ist, so ist das nur eine Verschiebung untergeordneter Art. Denn die Vertrauensleute bleiben dieselben, ob man sie als gewerkschaftliche Vertrauensleute oder als Betriebsräte wählt, es sind dieselben Personen. Besonders bei uns in Mitteldeutschland kann man keinen Unterschied machen. Es muß gesagt werden, daß im mitteldeutschen Bezirk, wo jetzt der Streik gewesen ist, es die Gewerkschaftsfunktionäre waren, insbesondere auch die des Bergarbeiterverbandes, die sich in vollem Umfange auf unseren Boden gestellt haben, auf den Boden des Rätesystems, und die den Generalstreik zur Erkämpfung ihrer gerechten Forderungen durchgeführt haben.

Es kann also kein Zweifel sein, daß diese Worte, die hier angewendet wurden, gegen dieselben Leute wie früher gerichtet sind, es wird nur ein anderes Etikett darauf geklebt. Damit ist festgestellt, daß die Frage nicht so steht, ob Gewerkschaftsvertreter oder Betriebsratsvertreter hineinkommen, sondern mein Genosse Henke hat die Sache schon richtiggestellt, indem er sich gegen die **Gewerkschaftsbureaukratie** ausgesprochen hat, und das ist allerdings die Stelle, die mit dem Rätesystem nicht ganz einverstanden ist oder war; denn ein Teil dieser Herren hat sich jetzt auch schon mit dem Rätesystem abgefunden. Diese Gewerkschaftsbureaukratie ist es, die Sie vielleicht für sich in Anspruch nehmen können, soweit Sie hier versammelt sind, um zu sagen: das sind die Gewerkschaftler, auf die sich Imbusch usw. als die Sachkundigen stützen können. Aber für die Betriebe selbst bleibt es so, daß sich das Wort „die größten Schreier" gegen die Gewerkschaftler richtet, und es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das gerade die Vertrauensleute sind, die wir hineinwählen wollen, auf die wir unseren Aufbau aufrichten wollen. Deshalb dürften die Vertreter der Mehrheitssozialisten doch eigentlich diese Bestrebungen nicht mit weißer Salbe abtun. Es ist aber nun im Gegenteil von dieser Seite doch wieder ein schwerer Angriff gegen das Rätesystem geführt worden. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich gestatte Herrn Osteroth sich damit abzufinden, der ja seine Kenntnisse über den Kohlenbergbau aus den Tongruben hat, in denen er beschäftigt war. Er wird aber nicht der maßgebende Mann sein, der über das Rätesystem urteilen kann, denn er hat die Behauptung aufgestellt, daß ein ganzes Jahr nötig sei, um den Aufbau zu vollziehen, den wir für Nr. 1 und 2 der Vorlage aufstellen. Das ist Unsinn; denn das **Rätesystem** ist gerade in **den Kohlenbezirken** soweit vorgearbeitet, so fest verankert und gestern noch durch eine Vereinbarung der Regierung und der Unternehmer so solide aufgerichtet worden, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß in ganz wenigen Wochen dieser Aufbau vollzogen sein könnte. Wahrscheinlich ginge das viel schneller, als bei dem Regierungsvorschlag mit den fünfzig Leuten, die aus allen Himmelsrichtungen zusammengerufen werden müßten, wobei erst noch die Arbeitsgemeinschaft usw. gehört werden müßte. Dieser Aufbau dauert mindestens ebenso lange. Die Verständigung, die gestern erfolgt ist, hat eine solide Grundlage für das Rätesystem gegeben. Die Regierung hat zu diesem Aufbau, den wir vorbereitet haben, ihre Zustimmung gegeben. Die Unternehmer — Ihre (nach rechts) Kollegen — haben sich ebenfalls mit diesem Aufbau einverstanden erklärt, so daß es gar kein Zweifel sein kann, daß es nicht Luftschlösser, Phantasien und Redensarten sind, sondern die praktischen Wege, die sich durch die Revolution als notwendig herausgestellt haben, wenn man den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht einräumen wollte. (Zuruf.) — Nein, wir wollen für die Arbeiter das Mitbestimmungsrecht.

nicht für die Bureaukratie. (Erneuter Zuruf rechts.) — Ob Sie das System russisch nennen oder nicht, das kommt nicht in Frage; das, was wir ausgearbeitet haben, ist in Mitteldeutschland ausgearbeitet. Das mitteldeutsche System, das Sie russisch nennen, hat die Zustimmung des Braunkohlenreviers in Mitteldeutschland gefunden, die Zustimmung der Regierung und des Herrn Hue. Wir arbeiten an diesem Aufbau bereits seit zwei Monaten. Es ist gründlich in mindestens zehn Verhandlungen mit allen irgendwie in Frage kommenden, maßgebenden und verantwortlichen Stellen die Sache so reiflich überlegt, durchgesprochen und bearbeitet worden, daß jeder Vorwurf glatt auf den Boden fällt. Wir stehen auf festem Grund, und diese solide Arbeit hat gestern ihren Abschluß gefunden. Wir wünschen, nachdem die Regierung und die Mehrheitssozialisten ebenfalls ihre Zustimmung zu den Betriebsräten gegeben haben, daß sie auch den ersten Schritt machen, daß sie diesem unserem Aufbau zustimmen.

Es ist in diesem Zusammenhange die Bemerkung gemacht worden, daß, nachdem in **Mitteldeutschland** alles in der Tinte war, die Herren **Hue** und **Sachse** hätten gerufen werden müssen, um die Sache aus der Tinte herauszuholen. Nein, so steht es nicht. Herr Hue, der hier sitzt, wird es mir bezeugen, daß das auf keinen Fall richtig ist. Die Verhandlungen sind ohne Inanspruchnahme irgendwelcher Gewerkschaftsinstanzen geführt worden. Es ist keiner der Gewerkschaftsführer zugezogen worden, keiner hat uns aus der Tinte herausgeholt, sondern die Sache ist von uns ausgearbeitet worden mit den Arbeitern, die aus der Praxis herangeholt wurden. (Zuruf: Mit Maschinengewehren!) — Maschinengewehre hat es in Mitteldeutschland nicht früher gegeben, als die Truppen des Generals Maerker eingerückt waren. Bis dahin war in Halle von Maschinengewehren nichts zu merken. Diese Feststellung kann von keinem der dort Anwesenden bestritten werden, und ich könnte Zeugen aus dem Hause aufrufen, die, wenn sie sich zur Sache äußern sollten, nichts anderes sagen könnten, als daß bis Sonnabend, den 1. März, von keinem Maschinengewehr in Halle irgendwie die Rede war. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß die Verhandlungen, die gestern zum Abschluß gekommen sind, die also in Mitteldeutschland durch die praktischen Vorbereitungen der Bergarbeiter in so solider Weise aufgebaut worden sind, jetzt die Zustimmung der Gewerkschaftsführer in dem Maße gefunden haben, daß die Herren das dringende Bedürfnis haben, die von uns ausgearbeitete Vorlage schleunigst im Druck vervielfältigt zu erhalten, um sie auch im Ruhrgebiet und in Oberschlesien durchzuführen. So solide, praktische Arbeit haben die bösen Unabhängigen geleistet! Ich will nicht Namen nennen; aber derjenige, der diesen Wunsch heute in diesem Raume zu einem Minister geäußert hat, wird es selber wissen. Aber wenn das bezweifelt wird, wird er als Zeuge auftreten, daß er den lebhaften Wunsch geäußert hat, die Vor-

lage zu bekommen, um sie im Ruhrgebiet schleunigst auch zur Beruhigung der Arbeiter durchzusetzen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Dr. Cohn: Hue wird das schon bestätigen!)

Es unterliegt also keinem Zweifel, daß wir auf festem Grunde stehen, und von diesem festen Grunde werden wir nicht abgehen.

Ich will Ihnen auch zeigen, wie sich die Regierung nach und nach zu unseren Grundsätzen bekannt hat, wie wir deswegen verwundert darüber sein müssen, daß sie einen anderen Aufbau, ihren sonderbaren Obrigkeitsstaat in der Kohlenwirtschaftet noch wieder aufrichtet. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir den wegen dieser Sachen geführten Streik frivol angezettelt hätten, ohne daß Gründe dafür vorlagen. Es wird immer wieder gesagt, daß nur einzelne Leute, die Schreier und Hetzer, es gewesen sind. Ich will Ihnen in einigen wenigen Minuten mitteilen, was **vor dem Streik** vorlag, was **nach dem Streik** im Aufbau dieses **Rätesystems**, das wir hier beantragen, erreicht worden ist. Der Aktionsausschuß für den Generalstreik hat das in den gestrigen Verhandlungen zu Protokoll gegeben und festgestellt.

Die Regierung hat das nicht in vollem Umfange als richtig hingenommen; aber eine schriftliche Erklärung, wie wir sie von ihr gefordert haben, ist uns darauf nicht gegeben worden.

In der Vorversammlung vom 14. Februar billigte die Regierung lediglich für Bergarbeiter die Errichtung von Betriebsräten, jedoch ohne Kontrolle. In der Verhandlung vom 5. März, die den Streik abschloß, räumte die Regierung den Betriebsräten das Recht der Einsichtnahme in alle Betriebsvorgänge ein. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Zweitens: am 14. Februar wurde die direkte und gemeinsame Wahl für die Angestellten und Arbeiter als rechtlich ganz unmöglich abgelehnt; am 5. März — nach dem Streik — wurde die direkte und gemeinsame Wahl als Regierungszusage für die gesetzliche Regelung der Betriebsräte angekündigt. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Drittens: am 14. Februar sollte das Ergebnis der Besprechungen nur ein Provisorium bis zur Errichtung der Arbeitskammern sein; am 5. März aber wurden die Betriebsräte als dauernde Einrichtung anerkannt und ihre gesetzliche Bestätigung durch Verankerung in der Verfassung zugesagt. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Am 14. Februar wollte die Regierung das Ergebnis der Besprechungen den Unternehmern empfehlen, sie sagte die Herausgabe von Richtlinien zu; am 5. März verpflichtete sich die Regierung, auf baldige Durchführung der Vereinbarungen mit allen Mitteln bei den Organisationen der Arbeitgeber hinzuwirken. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Weiterhin wurde die Einführung des wirtschaftlichen Rätesystems, Betriebsräte, Bezirksarbeiterräte, Zentralarbeiterräte, durch besonderes Gesetz versprochen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Am 14. Februar wurden rechtlose Betriebsräte nur für den Bergbau zugelassen; am 5. März wurden für alle Wirtschaftsgruppen die Betriebsräte mit erweiterten Rechten zugestanden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Am 14. Februar wurde die Herausgabe der Richtlinien für Bergwerksbetriebsräte von der Regierung übernommen, innerhalb drei Tagen sollten die Bezirksarbeiterräte von der Regierung Bescheid erhalten; aber in zehn Tagen waren weder die Richtlinien erschienen, noch war der versprochene Bescheid ergangen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Auch Unternehmer und Bergbehörden hatten in keiner Weise Mitteilung erhalten; sie haben das Ausbleiben jeglicher Anweisungen als wesentliche Verschlimmerung der Lage mitempfunden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Obwohl die Zugeständnisse am 14. Februar so gering waren, hat der Bezirksbergarbeiterrat versucht, den Arbeitern diese Zugeständnisse schmackhaft zu machen, und ihnen zu sagen: geht nur vorläufig darauf ein! Wir hatten nämlich das Gefühl: wenn wir überhaupt erst Betriebsräte haben, wird die Sache schon zu laufen anfangen, und die Rechte werden wir uns später schon erobern.

Aber die Arbeiter erklärten: darauf lassen wir uns nicht ein, weiße Salbe — dieser Ausdruck ist gang und gäbe bei den Bergarbeitern — haben wir lange genug gehabt! Und für diese Rechte sind sie in den Streik getreten, ohne unsere Konferenz abzuwarten. So sieht die Hetzerei aus, die getrieben sein soll!

Jetzt verlangen wir von Ihnen, daß dieses anerkannte Rätesystem beim ersten Gesetz, wo es möglich ist, auch praktisch zur Durchführung gebracht wird. Wir haben zu diesem Zweck Ihnen den Antrag unterbreitet, den **Kohlenrat aus den Mitgliedern der Bezirksräte** der Arbeiter und Angestellten zusammenzusetzen. Das ist sehr wohl möglich, weil die Vorbereitungen dazu in allen Kohlengebieten außer Oberschlesien bereits im vollsten Gange sind. Die Sache könnte in Monatsfrist, aber sicherlich bis zum 30. Juni, beendet und fertiggestellt sein. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es soll neben diesem Reichskohlenrat ein geschäftsleitender Ausschuß stehen, weil wir uns natürlich vollkommen darüber klar sind, daß der Kohlenrat, der aus den Bezirksratsvertretern besteht, nicht in corpore arbeiten kann, sondern einen geschäftsführenden Ausschuß braucht, wie er ja auch von der Sozialisierungskommission, auf die wir uns in diesem Falle stützen, vorgesehen und vorgeschlagen ist. Wir wollen aber auch die Sachverständigen nicht ganz beiseite rücken, soweit sie für die wirklichen Aufgaben, die in diesem Entwurf vorgesehen sind, in Frage kommen. Wir haben deswegen einen Teil der Regierungsvorlage uns zu eigen gemacht, soweit es sich um den

Sachverständigenbeirat handelt, mit der einzigen Änderung, daß, nachdem die Arbeiter und Angestellten als die tatsächlichen Leiter in dem Kohlenrat schon ihre ausreichende Vertretung haben, in der Regierungsvorlage im letzten Satz des Absatzes 3 nur geändert wird, daß aus den technischen und kaufmännischen Kreisen Betriebsleiter mit hinzugezogen werden sollen. Dieses sachverständige Element soll zugezogen werden. Es muß aber dazu eine Bemerkung gemacht werden. Es ist ausdrücklich — ich weiß nicht, ob hier im Plenum oder in der Kommission — gesagt worden, daß es mit diesen Sachverständigen eine sehr zweifelhafte Sache sei. Es ist erklärt worden, man hätte die Sachverständigen, die aus dem Rheinland usw. zu den Kommissionsberatungen gekommen sind, angehört. Aber als sie fortgewesen seien, hätte jeder einsehen müssen, daß die Sachverständigen gar nichts Neues vorgebracht haben. Es ist halt so, daß man das Wort „Sachverständiger" leider immer mit dem Wort „Interessenten" verwechselt. Deswegen sind wir gegen solche Sachverständigenausschüsse außerordentlich skeptisch gesinnt.

Der Sachverständigenbeirat, wie er von uns empfohlen wird, kann allenfalls als ein wirklicher Sachverständigenbeirat angesehen werden. Aber das, was die Regierung als Sachverständigenbeirat ansieht, ist zum größten Teil eine Interessentenvertretung, und Sie, meine Damen und Herren, werden an dieser Interessentenvertretung das ganze Gesetz scheitern sehen. Es heißt ja schon im § 2, daß der Sachverständigenrat, wie er in § 3 vorgesehen ist, auch den Reichskohlenrat bilden soll. Meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen, daß in diesem Reichskohlenrat 28 Herren sitzen werden, die entweder selbst Unternehmer sind oder aus den Unternehmern sozial gleichgestellten Kreisen entstammen, also zur kapitalistischen Seite der Gesellschaft gehören. Ihnen stehen gegenüber nur 22 Vertreter, die offenkundig als Vertreter der nichtkapitalistischen Kreise angesehen werden können. Da ist es aber auch noch zweifelhaft, ob innerhalb dieser 22 Vertreter das sozialistische Element stark genug vertreten sein wird, auch da werden sich noch wieder Paarungen der sonderbarsten Art finden, so daß nachher in diesem neuen sozialistischen Aufbau mit Mühe und Not in dem tatsächlich leitenden Körper die Sozialisten den vierten Teil bilden werden. Das wird von diesem Sozialisierungsgesetz übrig bleiben. Im übrigen werden Sie Kapitalisten und ihren Anhang als die ausführenden Instanzen der sogenannten Gemeinwirtschaft, der sozialistischen Gemeinwirtschaft vor sich haben.

Es kommt aber noch ein anderer sehr schwerer Fehler hinzu. Der Herr Generaldirektor Vögler hat in einer Sitzung der Kommission eine sehr interessante Bemerkung gemacht, die unserem Kollegen Hue auch gleich aufgefallen ist. Er hat gegen diesen Aufbau des Sachverständigenrates die Bemerkung gemacht, daß dieser Aufbau deswegen unglücklich

sei, weil die Leute mit dem Betriebe nicht genügend verwachsen seien. Der Reichskohlenrat stände über den Dingen, aber bei der Leitung solcher Betriebe, bei denen man doch die Absicht habe, die Produktivität zu heben, müsse man es „in den Fingerspitzen haben", wo eingegriffen werden müsse, wo eingegriffen werden könne und was in dem entscheidenden Augenblicke zu geschehen habe. Erst dann könne man die Gelegenheiten ausnutzen. Dieser Grundsatz ist vom kapitalistischen Standpunkte aus durchaus richtig. Wir wissen alle, daß innerhalb der kapitalistischen Betriebe eben diese Art der raffinierten Ausnutzung der Gelegenheiten den Profit des einzelnen Unternehmers unter Umständen sehr gut zu steigern imstande ist. Bei dem Aufbau, den die Regierung vorschlägt, bleibt aber nichts mehr von denen übrig, die es „in den Fingerspitzen haben", um im entscheidenden Augenblick zu wissen, was los ist. Soweit sie vertreten sind, sind es die kapitalistischen Herren, die Unternehmer, die 13 Mann, die zugezogen werden sollen. Aber diese Herren werden gerade das gegenteilige Interesse haben; sie werden, ohne es zu wollen, aus ihrer ganzen gesellschaftlichen und ökonomischen Lage heraus das größte Interesse daran haben, die Wirksamkeit des Gesetzes so zum Ausdruck kommen zu lassen, daß es sich als ein ungenügendes und unbrauchbares Gesetz erweist. Also gerade die Leute, die Sachkenner und Interessenten zugleich sind, werden das Gesetz bewußt oder unbewußt sabotieren, sie werden den größten Schaden anrichten.

Deswegen ist es falsch, daß diese Stellen vertreten sind. Wollen Sie ein sozialistisches Gesetz, so können Sie darin nicht die schlimmsten Gegner des Sozialismus als Sachwalter einsetzen (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), so dürfen Sie nicht die Kapitalisten, die nach wie vor die Ausbeuter der Bergleute bleiben, in diesen Ausschuß hineinnehmen, um so den Sozialismus zu verwirklichen. **Sozialismus verwirklicht durch Kapitalisten,** was soll das für ein Gebilde abgeben? Ich rate Ihnen dringend, sich vor solchen Experimenten zu hüten, damit Sie kein Unheil erleben.

So wird dieses Gesetz eine Halbheit und eine Hohlheit werden müssen. Die wirklichen Leute, die aus dem Betrieb herausholen können, was notwendig ist, die bei unserem Ratssystem — bildlich gesprochen — nur auf den Knopf zu drücken brauchen, um ihr ganzes Rätesystem von unten bis oben in Bewegung zu setzen, um festzustellen, was hier oder da los ist, die schalten Sie aus; und andere, die das gegenteilige Interesse haben, nämlich die kapitalistische Wirtschaft neu zu befestigen und als die einzig richtige Wirtschaft hinzustellen, die bringen Sie in die Leitung hinein. Das darf eine sozialdemokratische Partei nicht machen, und ich warne die Mehrheitsleute dringend vor der Zustimmung zu dieser Art der Gesetzgebung.

Es wäre schließlich nur noch ein letztes zu bemerken: daß dieser

Aufbau des Sachverständigenrates auch wirtschaftlich Ihnen niemals Vorteile bringen kann. Es muß zu einem ganz bestimmten Ergebnis kommen, das wir jetzt schon klar voraussehen. Das Gesetz ist ein Handelsmonopol, das unter eine besondere Kontrolle gestellt wird. Dieser Kontrollapparat ist — das habe ich schon ausgeführt — durchaus nicht geeignet, das herauszuholen, was herausgeholt werden muß. Bisher war das Kohlensyndikat ein Privatmonopol, in dem alle raffinierten Mittel und Schliche angewandt wurden, um den Profit so hoch wie möglich zu steigern. Jedenfalls kann nicht bestritten werden, daß es — allerdings in der rücksichtslosesten Weise — aber in seiner Art in der kaufmännisch besten Weise gewirtschaftet hat. Daß die Bevölkerung und die Bergleute dabei zu kurz kamen, wissen wir zur Genüge. Das ist hier ja auch ausreichend betont worden. Aber an Stelle dieses Zustandes der raffiniertesten kapitalistischen Geschäftsführung, die jede Kleinigkeit auszunutzen imstande war, der alle Mittel zur Verfügung standen, der die gerissensten Kaufleute, Techniker und Wissenschaftler zur Seite standen — und wenn sie nicht da waren, wurden sie ja aus den Reichsämtern direkt herausgeholt —, an diese Stelle wollen Sie einen solchen Brei von Leuten hinsetzen, von denen die einen hü! und die anderen hott! machen, von denen die einen kapitalistische, die anderen sozialdemokratische Interessen vertreten wollen? Sie werden erleben, daß die Folge nur ein äußerst schwieriges, umständliches Arbeiten sein wird. Das ist kein einheitlicher Aufbau. Der einzige, einheitliche Aufbau, der gegen das Kohlensyndikat gesetzt werden kann, ist der, den wir Ihnen vorschlagen. Der kann Nutzen bringen. Er ist zu dem bisherigen kapitalistischen Kohlensyndikat das schroffe sozialistische Gegenstück, mit dem Sie allein Erfolg haben können. Der Aufbau, den Sie jetzt bringen, wird nur das Ergebnis haben, daß die Kohlenpreise weiter steigen. Das allein wird die Folge dieses Handelsmonopols mit dem durcheinandergemischten breiigen Aufbau sein. Weil das der Fall ist, weil es kein sozialistisches Gesetz ist, weil es ein Staatsmonopol ist, mit kapitalistischen Tendenzen verbrämt, und weil die Folge dieses Gesetzes die Erhöhung des Kohlenpreises sein muß, weil es also theoretisch und praktisch für uns keinen Segen bringen wird, deswegen lehnen wir das Gesetz ab und wir werden auch in der Öffentlichkeit feststellen, daß hier von Sozialisten einem Gesetze zugestimmt worden ist, das nicht einen Funken von Sozialismus in sich birgt. (Lebhaftes Bravo bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Der Antrag, den der Herr Redner eben begründet hat, heißt in seinem Wortlaut:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, Satz 3 des Abs. 1 des § 2 durch folgende Bestimmung zu ersetzen:
>
> Der Reichskohlenrat besteht aus den Vertretern der Bezirksräte der Arbeiter und der Angestellten. Für jeden geschlossenen Bergwerksbezirk wird ein Bezirksrat gebildet; er besteht je aus einem Ver-

treter der auf jeder Grubenanlage gewählten Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten. Die Bezirksräte wählen im Verhältnis zur Zahl der in ihren Gebieten im Bergbau beschäftigten Vertreter in den Reichskohlenrat, wobei auf jeden gebildeten Bergwerksbezirk mindestens ein Vertreter entfällt. Die Angestellten sind im Verhältnis zur Zahl ihrer Vertreter in den Betriebsräten zu berücksichtigen. Die Geschäfte des Reichskohlenrats leitet unter Aufsicht der Reichsregierung ein aus dem Reichskohlenrat gewählter Verwaltungsausschuß von fünf Personen. Ferner beruft die Reichsregierung einen Sachverständigenbeirat für die Kohlenwirtschaft, der dem Reichskohlenrat anzugliedern ist. Der Beirat besteht aus 15 Mitgliedern, von denen 3 aus dem Kreise des Handels, 2 aus dem Kreise der technischen, 1 aus dem Kreise der kaufmännischen Betriebsleiter, 6 aus dem Kreise der Kohlenverbraucher, je 1 aus dem Kreise der Sachverständigen für Kohlenbergbau, Kohlenforschung und Verkehrswesen entnommen werden sollen. Der Reichskohlenrat darf von Fall zu Fall noch andere Sachverständige heranziehen.

Die Abgeordnete Frau Agnes und Genossen haben weiter beantragt, den § 3 zu streichen. Das ist nicht notwendig, das ist kein selbständiger Antrag. Es wird ja Gelegenheit gegeben, bei § 3 dafür beziehungsweise dagegen zu stimmen; diejenigen, die ihn gestrichen haben wollen, stimmen eben dagegen.

Das Wort hat der Herr Reichsminister Bauer.

Bauer, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Daß der Herr Abgeordnete Koenen das vorliegende Gesetz in Grund und Boden verdammt, darf nicht wundernehmen. Denn wenn die Unabhängige Sozialdemokratie anerkennen würde, was objektiverweise geschehen müßte, daß dieses Gesetz einen ersten großen Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung darstellt, dann müßte sie ja ein wesentliches Agitationsargument aus der Hand legen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und da man auf dieses Agitationsargument nicht verzichten will, hetzt man eben in der alten Methode weiter.

Ich habe mich zum Worte gemeldet, um gegenüber den Darstellungen, die der Herr Abgeordnete Koenen über die Verhandlungen zur **Beilegung des Streiks** und Festlegung der **Aufgaben der Betriebsräte** gegeben hat, einige Richtigstellungen vorzunehmen. Der Herr Abgeordnete Koenen beliebte es so darzustellen, als ob eigentlich die ganze Idee der Betriebsräte und die Festlegung der Aufgaben der Betriebsräte erst den Köpfen der Unabhängigen entsprungen und als ob lediglich dem Streik die Festlegung dieser Dinge zu verdanken sei. Ich habe das Gegenteil bereits in der Aussprache über den Streik dargelegt. Ich habe damals schon darauf hingewiesen, daß der Streik vollkommen ungerechtfertigt und unbegründet gewesen ist, weil am 13. und 14. Februar im wesentlichen dasselbe mit den Vertretern der Berg-

arbeiter vereinbart worden ist, was jetzt während des Streiks und nach Beendigung des Streiks im einzelnen durch Vereinbarung festgelegt wurde. Die Forderung der Betriebsräte ist nicht jetzt erst erhoben, und die Regierung hatte schon Anfang Februar zu dieser Frage Stellung genommen. Ich habe bereits am 13. und 14. Februar den Herren erklärt, daß die Regierung auf dem Standpunkt stände, die Betriebsräte gesetzlich zu verankern, daß das aber nicht sofort, wie es von ihnen gewünscht wurde, durch Verordnung bis zum 23. Februar sich machen ließe. Ich selbst habe ja den Ausweg vorgeschlagen, der dann später akzeptiert wurde und durch Vereinbarung festgelegt ist. Es ist auch nicht richtig, daß irgend etwas jetzt nach dem Streik in bezug auf die Art der Wahl der Betriebsräte geändert worden ist, sondern es ist wiederum völlig wörtlich bei der Vereinbarung vom 13. und 14. Februar geblieben. Damals habe ich schon erklärt, daß eine direkte Wahl der Betriebsräte sich nicht ermöglichen ließe, weil die gesetzlichen Bestimmungen dem entgegenstehen, und daß ich mir auch die Entscheidung vorbehalten müsse, wie das Gesetz nach der Richtung hin gestaltet wird. Das ist auch jetzt wieder bei den neulichen Verhandlungen in genau derselben Weise festgelegt. Es ist also durchaus nicht richtig, wenn der Herr Abgeordnete Koenen es so darzustellen beliebt, als ob jetzt nach dem Streik etwas wesentlich anderes und besseres für die Arbeiter herausgekommen wäre.

Als einen Erfolg bezeichnet er es insbesondere auch, daß im Februar lediglich eine Vereinbarung über die Betriebsräte für die Bergleute zustandegekommen sei, während jetzt die **Betriebsräte für alle Betriebe** festgelegt seien. Ja, das liegt doch daran, daß damals lediglich eine Bergarbeitervertretung mit uns verhandelte und diese Bergarbeitervertretung nur die Einführung der Betriebsräte für die Bergbetriebe verlangte. Ich war also gar nicht in der Lage, für andere eine Vereinbarung zu treffen oder irgendwelche Erklärungen für die anderen Betriebe abzugeben. Aber da ich damals schon erklärte, es sollten die Betriebsräte gesetzlich festgelegt werden, so ergibt sich daraus, daß der Einführung der Betriebsräte in andere Betriebe als Bergbetriebe keinerlei Bedenken entgegenständen. Wenn die Herren damals ein Mandat gehabt hätten, auch für andere Betriebe aufzutreten, dann wäre dieselbe Erklärung nicht nur für die Bergbetriebe, sondern auch für die anderen Betriebe abgegeben worden. Es ist also lediglich auf eine Irreführung der Arbeiter draußen berechnet, wenn der Abgeordnete Koenen hier einen Erfolg des Streiks herauszurechnen sich bemüht.

Ebenso soll es ein Erfolg des Streiks sein, daß damals nur die Betriebsräte zugestanden seien, jetzt aber auch die **Bezirksarbeiterräte** und die **Reichsarbeitervertretung.** Ja, damals haben die Vertreter der Bergarbeiter über andere Forderungen gar nicht verhandelt, und es lag gar kein Grund vor, über diese Dinge — die Protokolle ergeben das — irgendwie in eine Aussprache einzutreten. Inzwischen sind die Verhand-

lungen über die Ausgestaltung der Arbeitervertretung im Schoße der Regierung weiter gediehen, und als die Herren hier erneut verhandelten, haben sie nicht etwa Forderungen in bezug auf diese Bezirksarbeiterräte und eine Reichsarbeitervertretung gestellt, sondern ich habe eine Erklärung abgegeben, daß wir nicht nur gewillt seien, die Betriebsräte gesetzlich festzulegen, sondern daß die Regierung die Absicht habe, auch eine Bezirksarbeitervertretung und eine Reichsarbeitervertretung gesetzlich zu schaffen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das war also eine Erklärung, die gar nicht von der Vertretung der Streikenden provoziert worden ist, sondern die freiwillig abgegeben wurde und die deshalb keineswegs als ein Erfolg des Streiks proklamiert werden kann.

Dann behauptet der Abgeordnete Koenen: Damals, als wir am 14. Februar verhandelten, hätte sich die Regierung lediglich **verpflichtet, die Richtlinien zu empfehlen,** jetzt aber habe sie erklärt, mit allen Mitteln für ihre Durchführung eintreten zu wollen. Auch hier ein Spiel mit Worten. Daß man im Laufe der Verhandlung verschiedene Ausdrücke wählt, ist schließlich selbstverständlich. Aber die Dinge liegen doch so, daß die Regierung gar keine Machtmittel hat und immer nur empfehlend auf die Unternehmer einwirken kann, daß sie sich der Vereinbarung anschließen. Das ist damals im Februar geschehen, und das ist jetzt geschehen, so daß wir jetzt während des Streiks die Unternehmer direkt zugezogen haben und in direkter Verhandlung mit den Unternehmern die Dinge durchzusetzen versuchten. Am 13. und 14. Februar wurde vereinbart, daß zunächst die Bergarbeiter — und es hat sich immer nur um die Bergarbeiter gehandelt — zu den hier getroffenen Vereinbarungen Stellung nehmen sollten. Wenn die Bergarbeiter den Vereinbarungen zustimmten, dann war ich verpflichtet, die Vereinbarungen als Richtlinien herauszugeben und auf die Unternehmer einzuwirken, daß sie überall anerkannt werden. Es ist also nicht richtig, daß man auf einen Bescheid zu warten brauchte, sondern in erster Linie hatten die Bergarbeiter Stellung zu nehmen, ob sie sich überhaupt mit diesen Vereinbarungen abfinden wollten. Geschah das, dann war doch erst die Basis gegeben, auf der die Regierung arbeiten konnte. Dann erst konnte ich an die Unternehmer herantreten und konnte sagen: bitte, wir empfehlen dringend, daß ihr diese Bestimmungen anerkennt und danach handelt.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit, und es zeigt ja nur, meine ich, daß der Herr Abgeordnete Koenen, der ja einer der Hauptführer des Generalstreiks gewesen ist, sich in seiner Position doch nicht recht sicher fühlt, daß er ein schlechtes Gewissen hat, daß er jetzt geradezu ängstlich bestrebt ist, Erfolge des Streiks herauszudestillieren (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien), wo absolut keine vorhanden sind, und wo für jeden, der an der Hand der Akten die Vereinbarungen nachprüft,

sich ergibt, daß über die materiellen Forderungen keinerlei Streit bestanden hat und daß man den Streik lediglich vom Zaun gebrochen hat (sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien), unter der Vorspiegelung, die Betriebsräte seien abgelehnt. Das ist, wie eine große Zahl von Streikvertretern hier erklärt haben, den Leuten beigebracht worden: Die Regierung lehnt die Betriebsräte ab. Deshalb gingen die Leute in den Streik. Dabei wurden dann noch politische Forderungen mit in den Vordergrund geschoben, und ich sagte damals schon, daß wohl diese politischen Dinge und der Vorstoß gegen die Regierung das Ausschlaggebende, das wirklich Primäre bei dem Streik waren und daß die Betriebsräte lediglich das Mittel zum Zweck abgeben mußten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Wallbaum.

Wallbaum, Abgeordneter: Namens eines Teiles meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß auch wir die schweren Bedenken teilen, die von unseren Fraktionsrednern geltend gemacht worden sind; aber wir glauben, daß es insbesondere wegen der zu erlassenden Ausführungsverordnungen, bei denen die Nationalversammlung durch einen 28gliedrigen Ausschuß mitzuwirken berufen ist, noch gelingen kann, einen Teil der befürchteten Härten zu beseitigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Erwartung stimmt ein Teil meiner politischen Freunde der Vorlage zu. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Damit ist die Beratung über die §§ 1 und 2 geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Henke.

Henke, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Osterroth hat behauptet, ich hätte vorhin ausgeführt, daß meine Freunde und ich gegen das Gesetz seien, weil es beruhigend auf die Arbeiter wirken würde. Das ist eine objektive Unwahrheit. Ich habe wiederholt gesagt, daß das Gesetz zur Verschärfung der Klassengegensätze und dadurch zum verschärften Klassenkampf führen müsse. Es ist mir allerdings an einer Stelle meiner Rede der Zwischenruf gemacht worden, als ich von der Illusion sprach, die durch dieses Gesetz bei den Arbeitern erweckt werden solle, daß diese beruhigend wirke, daß meine Freunde aber gegen eine solche Beruhigung seien. Wir sind in der Tat gegen eine Beruhigung durch Illusionen. Denn es würde ja nur auf einen Schwindel hinauslaufen, wenn man durch Illusionen die Arbeiter beruhigen wollte. Der Herr Abgeordnete Osterroth hat dann ferner ein Wort des Mephistopheles auf mich angewandt. Nun, bei seiner Rede bin ich auch an diese Persönlichkeit erinnert worden, insbeson

dere in bezug auf den Abgeordneten Osterroth und seine Freunde. Im Zusammenhang mit dem, was uns in diesen Tagen beschäftigt hat, fiel mir das Wort ein: „Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte."

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Koenen.

Koenen, Abgeordneter: Der Herr Minister Bauer hat mich wiederum als denjenigen hingestellt, der den **Streik herbeigeführt** habe. Ich muß dagegen nochmals die Feststellung machen, was ich in früheren Verhandlungen persönlich schon einmal gesagt habe: es sind im „Volksblatt" Artikel von uns erschienen, die den Bergarbeitern auseinandersetzen sollten, sie möchten sich mit dem ersten Zugeständnis der Regierung zufrieden geben. Es ist darauf ein zweiter Artikel erschienen, der dasselbe enthielt, der wiederum den Bergarbeitern sagte, sie möchten sich zufrieden geben, wir könnten die Sache schon dadurch ins Laufen bringen.

Aber die Bergarbeiter haben im Laufe der Woche vor dem Streik uns gegenüber erklärt: wir lassen uns nicht wieder weiße Salbe vorsetzen, ihr könnt uns nicht mehr mit diesen Dingen abfinden. Und noch ehe wir überhaupt Versammlungen abhalten konnten, ehe wir unsere Konferenz abhalten konnten, ehe ich überhaupt an die Bergarbeiter herankommen konnte, ist dieser Streik ausgebrochen, trotz der beiden Zeitungsartikel, die die Bergarbeiter beruhigen sollten. Das ist doch etwas anderes. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie haben doch den Streik beschlossen!) — Der Streikbeschluß wurde gefaßt, nachdem das allerwichtigste Revier, das Zeitz-Weißenfelser Revier, schon im Streik stand.

Der Herr Minister hat dann gesagt, ich hätte ein Spiel mit Worten getrieben, indem ich die **gesetzliche Festlegung der Arbeiterräte** schon damals am 14. Februar anerkannt hätte. Das trifft nicht zu. Ich habe schon damals gesagt: dieses Kompromiß, dieses Zugeständnis, das nur als Provisorium bis zum Arbeitskammergesetz gelten soll, wird nicht genügen; wir werden in fünf bis sechs Wochen, wenn das Arbeitskammergesetz kommt, wiederum den Streit haben. Es ist damals ausdrücklich gesagt worden: wenn das Arbeitskammergesetz kommt, dann ist die Sache erledigt; nur so lange, bis das Arbeitskammergesetz da ist, gelten diese provisorischen Betriebsräte. Das ist die Feststellung, auf die es ankommt. Es ist also kein Spiel mit Worten, sondern es ist die Feststellung eines tatsächlichen Unterschieds. Man hat das Wort „Betriebsräte" in der Verordnung über die Arbeitskammern ausdrücklich nur in Klammern hinzugesetzt. Andere Feststellungen mir gegenüber sind zum mindesten ein schwerer Irrtum des Ministers. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Die schweren Irrtümer des Ministers gehen Sie persönlich nichts an. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, nur persönlich zu sprechen!

Koenen, Abgeordneter: Dann habe ich mich in der Auffassung darüber, was der Herr Minister gemeint hat, vielleicht im Irrtum befunden. Ich möchte feststellen, daß ich und alle dabei Beteiligten die Auffassung hatten, daß uns damals ein Provisorium für fünf bis sechs Wochen bis zum Arbeitskammergesetz zugebilligt wurde, und daß jetzt die gesetzliche Verankerung in der Verfassung zugesagt ist.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ich rufe auf § 1 und bitte die Mitglieder der Versammlung, die dem § 1 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; § 1 ist angenommen.

Ich rufe auf § 2. Hier liegt vor der Antrag Agnes und Genossen, den Satz 3 in § 2 Absatz 1 durch die Bestimmung zu ersetzen, die ich vorhin verlesen habe. Ich bitte diejenigen Mitglieder der Versammlung, die diesem Antrage Agnes zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag Agnes ist abgelehnt.

Zu § 2 Absatz 2 liegt vor ein Antrag der Herren Dr. Rießer und Vögler; sie wünschen eine andere Fassung des Satzes 2. Das soll wohl heißen: Satz 3? (Zustimmung.) — Also, es wird so korrigiert:

> Den Satz 3 im Absatz 2 dahin abzuändern:
> Den Verbänden liegt die Regelung des Absatzes unter Aufsicht des Reichskohlenrats ob.

Das heißt also zu Deutsch gesagt: Satz 4 würde dann wegfallen. Ich bitte diejenigen Herren und Damen, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag Dr. Rießer auf Nr. 134 ist abgelehnt.

Nun bitte ich die Mitglieder der Versammlung, die dem so festgestellten § 2 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der § 2 ist angenommen.

Ich rufe auf § 3, den Frau Agnes und Genossen zu streichen beantragen. Ich bitte diejenigen, die den § 3 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; § 3 ist angenommen.

Ich rufe auf § 4 — und bitte diejenigen, die diesem Paragraphen zustimmen wollen, sich zu erheben beziehungsweise stehen zu bleiben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; § 4 ist angenommen.

§ 4a ist in der Kommission neu hereingekommen. Dazu liegt ein Antrag Burlage, v. Payer, Löbe vor, ihm eine um eine Kleinigkeit veränderte Fassung zu geben. Ich will sie nochmals verlesen:

> Die Reichsregierung hat der Nationalversammlung bei der Vorlegung des Haushaltsplanes für die durch dieses Gesetz geregelte Kohlenwirt-

schaft, insbesondere über Förderung, Absatz und Preisgestaltung der Kohle sowie über die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse einen besonderen Bericht zu erstatten. Auch zu anderen Zeiten ist der Nationalversammlung auf deren Erfordern Aufschluß zu erteilen.

Ich bitte diejenigen Herren und Damen, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; § 4a ist in dieser neuen Fassung angenommen.

Es ist dann weiter von den Herren Abgeordneten Schultz (Bromberg), Dr. Heinze und Genossen beantragt, einen § 4b einzufügen. Ich will ihn nochmals verlesen:

> Für die auf Grund dieses Gesetzes und seiner Ausführung etwa geltend zu machenden Entschädigungsansprüche gelten bis zur anderweitigen reichsgesetzlichen Regelung die in den einzelnen Gliedstaaten bestehenden enteignungsgesetzlichen Bestimmungen. Jeder Kohlenerzeuger, der an einem Zwangsverband gemäß § 2 Absatz 2 beteiligt ist, kann jederzeit verlangen, daß das Reich seinen Betrieb nebst Zubehör (Erzeugung, Verarbeitung und Vertrieb) gegen angemessene Entschädigung übernimmt.

Ich bitte diejenigen, die diesen § 4b einschieben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag Schultz (Bromberg), Dr. Heinze ist abgelehnt.

Ich rufe nunmehr auf § 5. Hier liegt auch gegenüber der Vorlage der Regierung, die unverändert von der Kommission angenommen wurde, ein Antrag Schultz (Bromberg) und Dr. Heinze vor, den § 5 dahin zu fassen:

> Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft. Wenn und solange Teile des Deutschen Reichs von dem Feinde besetzt sind, gilt das Gesetz in ihnen nicht. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens beziehungsweise Wiederinkrafttretens des Gesetzes wird in diesen Gebieten durch eine Bekanntmachung der Reichsregierung bestimmt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr bitte ich diejenigen Herren, die den § 5 in der Fassung der Regierung, der die Kommission zugestimmt hat, annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; § 5 ist angenommen.

Ich rufe auf Einleitung und Überschrift — und stelle fest, daß Einleitung und Überschrift angenommen sind. Die Kommission beantragt eine Resolution, die Ihnen gedruckt vorliegt. Zu dieser Resolution stellen Agnes und Genossen den Antrag, daß der Satz in der 7. Zeile:

> Zur Bildung der Betriebsräte sind die gewerkschaftlichen Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten heranzuziehen —

dahin abgeändert wird:

> Die Betriebsräte (Zechenräte für den Bergbau) sind in den einzelnen Betrieben nach demokratischem Wahlrecht zu wählen.

Zu dieser Resolution hat sich zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Düwell.

Düwell, Abgeordneter: Werte Versammlung! Meine politischen Freunde und ich haben den Abänderungsantrag natürlich nicht gestellt, um eine schöner klingende Resolution herauszubringen. Wir haben den Antrag gestellt, um endlich einmal festzustellen, ob es Ihre Absicht ist, den **Arbeiterräten** wirklich das Recht zu geben, was ihnen von Revolutions wegen zukommt; wir wollen wissen, ob Sie damit einverstanden sind, daß die Arbeiterräte von sich aus zu den Aufgaben herangezogen werden sollen, zu denen wir sie mit unserem Antrage heranziehen wollen (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten); das heißt also, wir wollen den Arbeiterräten die volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Bestimmung im Betriebe unbeschadet der Arbeit jeder übrigen Organisation geben.

Nun geht aus unserem Antrage zur Streichung des Satzes „Zur Bildung der Betriebsräte sind die gewerkschaftlichen Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten heranzuziehen" hervor, daß er eine **Spitze gegen die Gewerkschaften** enthält. Es liegt uns vollkommen fern, die Tatsache unterdrücken zu wollen. Im Gegenteil, wir möchten diese Tatsache hier noch hervorheben. Die Arbeiterschaft — ich möchte sagen, die große Mehrheit der Arbeiterschaft — ist durchaus nicht mit der Arbeit der Gewerkschaften einverstanden (lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten), wie sie ganz besonders während des Krieges getrieben worden ist. (Große Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Davon haben Sie keine Ahnung!) Der Krieg hat wie auf anderen Gebieten, so auch auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes neue Formen geschaffen. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Vor dem Kriege waren die Gewerkschaften die gegebenen wirtschaftlichen Klassenkampforganisationen der Arbeiterschaft. Das hat sich nunmehr geändert (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), denn die Arbeiter haben, belehrt durch die Kriegserfahrungen, immer deutlicher erkannt, daß die Gewerkschaften während des Krieges eine Politik getrieben haben, die sie schwer am eigenen Leibe büßen mußten. (Widerspruch und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere hier besonders an die Zustimmung der freien Gewerkschaften und auch der übrigen Gewerkschaften zum Hilfsdienstgesetz, zu dem Gesetz, das den Arbeiter der freien Verfügung über das einzige wirtschaftliche Gut, das er überhaupt besitzt, über die Arbeitskraft, beraubte. Es kam weiter hinzu, daß die Gewerkschaften während des Krieges dem wirtschaftlichen Burgfrieden zugestimmt haben. Streiks, auch Lohnstreiks, wurden vollständig un-

möglich gemacht. Man hängte jedem Lohnstreik das Mäntelchen des versuchten Vaterlandsverrats um, und Sie wissen es ebensogut wie ich, wie gegen Arbeiter, die im Kriege streikten, mit Anklagen wegen Landesverrats vorgegangen worden ist. Die Gewerkschaftsangestellten haben offen gegen Streiks gearbeitet, auch wenn es sich um reine Lohnstreiks handelte. Die „Leipziger Volkszeitung" — (große Unruhe bei den Sozialdemokraten) — das glaube ich, daß Ihnen (zu den Sozialdemokraten) diese Tatsachen unangenehm sind! — (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Die „Leipziger Volkszeitung" hat nach Ausbruch der Revolution, als es ihr gestattet war, aus ihrer Kenntnis der Dinge der Öffentlichkeit an einer ganzen Reihe von Beispielen gezeigt, wie Gewerkschaftsbeamte lediglich deshalb reklamiert worden sind, weil sie sich bei den behördlichen Instanzen, bei der Militärbehörde, eines großen Wohlwollens erfreuten: weil sie eben alles taten, um die Arbeiterschaft in Ruhe zu erhalten (Zurufe von den Sozialdemokraten), um sie vom Streiken abzuhalten. (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Halten Sie die Verhandlungen doch nicht durch Zwischenrufe auf, meine Herren!

Düwell, Abgeordneter: — Ob ich die Gewerkschaften kenne oder nicht, das wissen Sie ja gar nicht, auch nicht, ob ich gewerkschaftlich organisiert bin. — Dazu kam, daß die Arbeiter während des Krieges die ungeheure Zuspitzung des Klassengegensatzes durch den Krieg klar erkannten, daß sie weiter erkannten, daß ihnen die Gewerkschaften im Kriege jedes Mittel aus der Hand nahmen, um aus den Verhältnissen für sich Vorteile herauszuschlagen. Sie sahen die große ungeheuerliche Steigerung der Unternehmergewinne und auf der anderen Seite, daß die Löhne, die sie erhielten, trotz ihrer Höhe in gar keinem Verhältnis zu den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung standen. Das sind auch Tatsachen, die Sie so gut kennen wie ich, und die Sie nicht zu bestreiten wagen werden. Während des Krieges war die Arbeiterschaft an dem Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung durch die Gewerkschaftspolitik gehindert, und der Unmut darüber ist immer mehr gestiegen.

Dazu kam — und das ist außerordentlich charakteristisch dafür, wie die Gewerkschaftsangestellten von den Kriegsbehörden des alten Systems eingeschätzt wurden —, daß es den Arbeitern unmöglich gemacht wurde, ihnen unangenehme Gewerkschaftsführer durch neue zu ersetzen. In Berlin z. B. durfte der Metallarbeiterverband während des Krieges keine Neuwahl seines Vorstandes vornehmen. Er hat das, wie ich gleich betonen möchte, nach dem Kriege um so gründlicher besorgt, und es wird auch an anderen Orten so kommen, daß diejenigen Gewerkschaftsführer, die während des Krieges direkt gegen die Interessen der Arbeiter tätig waren, beseitigt werden.

Die Arbeiterschaft gibt sich also in bezug auf die Arbeit der Gewerkschaften nach dem Kriege, insbesondere aber im Interesse der Sozialisierung, keinen Illusionen hin. Sie verlangt, daß die Sozialisierung von neugeschaffenen Organen, von Organen, auf die sie jederzeit das Einwirkungsrecht hat, vorgenommen wird. Deshalb hat die Arbeiterschaft das Verlangen — und das werden Sie nicht aus der Welt schaffen, auch wenn Sie sämtliche Forderungen nach Verankerung der Arbeiterräte in der Verfassung usw. ablehnen —, endlich einmal einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung zu tun, und dazu will sie sich der Arbeiterräte bedienen. Um diesem Bedürfnis der Arbeiterschaft entgegenzukommen, haben wir den Abänderungsantrag zu der Resolution gestellt, und Sie werden jetzt durch Ihre Abstimmung zu entscheiden haben, ob Sie dem Wunsche der Arbeiter entgegenkommen wollen oder nicht. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Agnes und Genossen, in der Resolution den Satz, der in Zeile 7 beginnt, anders zu fassen. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag Agnes und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nun bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche der Resolution, wie sie von der Kommission gefaßt ist, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Resolution ist angenommen.

Wir kommen zur Diskussion über die eingegangenen **Petitionen**, bezüglich welcher die Abstimmung erst in der dritten Beratung erfolgt. Der Antrag der Kommission geht darauf hin:

> die zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen durch die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären.

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter Herrn Abgeordneten Molkenbuhr.

Molkenbuhr, Abgeordneter, Berichterstatter: Seit der letzten Kommissionssitzung ist noch eine Anzahl Petitionen eingegangen, so unter anderen von der Handelskammer in Rostock, von der Handelskammer in Flensburg, außerdem eine größere Anzahl meistenteils von Personen oder Vereinigungen, die dem Kohlenhandel nahestehen. Sie bitten sämtlich, entweder das Gesetz abzulehnen oder seine Inkraftsetzung hinauszuschieben. Ich beantrage, diese sämtlichen Petitionen gleichfalls durch die Beschlußfassung über das Gesetz für erledigt zu erklären.

Eine Petition ist darunter, die weitergeht und sich allgemein mit Fragen über Sozialisierungsgesetze befaßt. Diese Petition Nr. 1299 bitte ich, der Regierung als Material zu überweisen.

Präsident: Damit ist die zweite Beratung erledigt.

Wir gehen über zur

dritten Beratung.

Ich eröffne die Generaldiskussion. — Es meldet sich niemand zum Wort; ich schließe dieselbe.

Wir treten in die Spezialdiskussion ein. Ich rufe auf § 1, — 2, — 3, — 4, — 4a in der vorhin angenommenen Fassung, — 5, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf über die Kohlenwirtschaft ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; dieser Gesetzentwurf ist angenommen.[4])

Wir kommen noch zur Abstimmung über den Antrag der Kommission in bezug auf die Petitionen, diese nämlich durch die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen. Damit ist auch die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft erledigt.

Wir gehen über zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zur

dritten Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungs-Gesetzes (Nr. 105 der Drucksachen).

Ich eröffne die Generaldiskussion. — Es liegen keine Wortmeldungen vor; ich schließe sie.

Wir treten in die Spezialdiskussion ein. Ich eröffne die Diskussion über § 1, — § 2, — § 3, — § 4, — § 5, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche das Gesetz in der Gesamtabstimmung annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; das Gesetz über die Sozialisierung ist angenommen.[5])

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses für den Reichshaushalt auf Nr. 122 Ziffer II. Dort ist beantragt, die Petitionen II Nr. 74 und 1287, und der Herr Berichterstatter hat eben beantragt, auch die Petition II 1299 der Reichsregierung als Material zu überweisen, die übrigen Petitionen durch die Beschluß-

---

[4]) Die endgültige Fassung siehe Anlage B.

[5]) Die endgültige Fassung siehe Anlage C.

fassung über den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag der Kommission zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen. Damit wäre die Tagesordnung erledigt.

Ich teile dem Hause mit, daß folgende Interpellation Gröber und Genossen und v. Payer und Genossen eingegangen ist:

> Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zur Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbe- und Handeltreibenden zu treffen?

Ich werde die Interpellation drucken und verteilen lassen und sie auf die nächste Tagesordnung setzen.

Außerhalb der Tagesordnung erteile ich das Wort dem Herrn Präsidenten des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Pressenachrichten zufolge wird von französischer Seite in den besetzten Gebieten eine überaus rege Propaganda getrieben, die auf eine **Loslösung rheinischer Gebietsteile vom Reich** hinzielt. Wir wissen, daß diese Propaganda an der Treue der Bevölkerung zum Reich scheitern wird. Trotzdem sind die Gefahren, die aus diesen Bestrebungen unserer Gegner erwachsen, nicht zu verkennen. Nach dem heutigen Stande der Dinge bin ich der Ansicht, daß jede staatsrechtliche Umgestaltung vor Friedensschluß geeignet ist, die nationale Einheit unseres Vaterlandes zu bedrohen. (Sehr richtig!) Angesichts der gesamten Sachlage habe ich im Namen der Reichsregierung zu erklären:

> Die Reichsregierung sieht in jedem Versuch der Losreißung links- oder rechtsrheinischen Landes einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Verstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip, eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlich fühlenden deutschen Volks. (Sehr richtig!) Die Reichsregierung weiß sich darin völlig einig mit der heiligen Überzeugung der gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit eigennützigen Bestrebungen einzelner interessierter Personen. Die rheinische Bevölkerung ist deutsch und will deutsch bleiben. (Bravo!)
>
> Das Verhältnis der rheinischen Lande zu den deutschen Gliedstaaten ist eine rein innere Angelegenheit Deutschlands. (Sehr richtig!) Diese Frage kann nur in fester Reichseinheit gelöst werden. Reichsregierung und Nationalversammlung widmen ihr die ernsteste Beachtung. Eine endgültige Lösung kann erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen. (Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Es ist folgende Entschließung eingegangen, gestellt von den Herren Löbe, Gröber, v. Payer, Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, Dr. Heinze und Haase (Berlin):

> Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und ersucht die Reichsregierung, diese Erklärung allgemein bekanntzumachen. (Lebhaftes Bravo.)

Ich würde, da die Erklärung der Regierung außerhalb der Tagesordnung abgegeben ist, eine Diskussion darüber nicht zulassen; aber da hier eine Entschließung vorliegt, die von den Führern sämtlicher Fraktionen des Hauses unterzeichnet ist, und da nicht zu erwarten ist, daß sich daran eine Diskussion anschließt, glaube ich, diese Entschließung zur Abstimmung bringen zu sollen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Ich stelle die einstimmige Annahme dieser Entschließung fest. (Lebhaftes Bravo.)

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Schluß unserer heutigen Tagesordnung und am Schluß einer mehrwöchigen harten Arbeit angekommen. Arbeitsstoff liegt zunächst für das Haus nicht vor, um so reicher aber für unsere Kommissionen, die die nächste Zeit sehr notwendig zur Aufarbeitung der ihnen überwiesenen Gesetzesvorlagen brauchen. Ich möchte nicht, daß wir auseinandergehen, ohne daß ich der Versammlung bestätigt habe, daß in diesen Wochen in der Versammlung fleißig, ausdauernd, hoffentlich auch mit Erfolg für unser geliebtes Vaterland gearbeitet worden ist. (Bravo!)

Wenn draußen vielfach Stimmen laut wurden, daß in der Nationalversammlung so viel geredet wird — na, ab und zu überkommt jeden das Gefühl; aber im übrigen muß ich doch sagen: das Haus hat sich im Verlauf der fünf Wochen in seiner Redseligkeit nach und nach einzuschränken verstanden, und wenn diese Übung zu noch besseren Resultaten führt, werden wir das in Zukunft nur freudig begrüßen. (Bravo!) Aber wir haben die Aufgabe, Gesetze zu beraten und zu erledigen, und das muß in Worten geschehen. Unsere Taten sind eben die Worte, die wir reden, und die Beschlüsse, die wir fassen. Das bitten wir draußen im Lande auch so zu verstehen. (Sehr gut!)

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, sich zu vertagen bis zum Dienstag, den 25. März, nachmittags 3 Uhr, und auf die Tagesordnung zu setzen: 1. Anfragen Nr. 25, 41, 42, 46, 47, 48, 51, 52, 53, 56, 57, 58 und 59, 2. die eben verlesene Interpellation, 3. Wahlprüfungen, dabei aber dem Präsidenten die Ermächtigung zu erteilen, im Bedürfnisfalle die Nationalversammlung zu einem früheren Zeitpunkt einzuberufen und noch andere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen. — Die Versammlung ist damit einverstanden; ich stelle das fest.

Ich wünsche Ihnen eine frohe Heimkehr und eine glückliche Rückkehr. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 28 Minuten.)

Anlage A.

Namentliche Abstimmungen.

1. Namentliche Abstimmung über den Antrag Auer und Genossen — Nr. 131 der Drucksachen, Ziffer 1 — zu § 2 des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes in der Sitzung am Donnerstag, den 13. März 1919.

2. Namentliche Abstimmung über den ganzen § 2 des Sozialisierungsgesetzes — Nr. 105 der Drucksachen in der Fassung der Ausschußbeschlüsse — Nr. 122 der Drucksachen — in der Sitzung am Donnerstag, den 13. März 1919.

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Dr. Ablaß	Nein	Ja
Frau Agnes	Ja	Ja
Allekotte	Nein	Ja
Alpers	krank	krank
Andre	Nein	Ja
Arnstadt	Nein	Nein
Aßmann	fehlt	fehlt
Astor	Nein	enthalten
Auer	fehlt	fehlt
Bachmeier	Nein	Ja
Bader	Ja	Ja
Baerecke	fehlt	fehlt
Baerwald	Nein	Ja
Frau Dr. Bäumer	fehlt	fehlt
Bahr	Nein	Ja
Bartschat	fehlt	fehlt
Baudert	Ja	Ja
Bauer	Ja	Ja
Frau Dr. Baum	fehlt	fehlt
Becker (Arnsberg)	Nein	Ja
Dr. Becker (Hessen)	Nein	Nein
Becker (Nassau)	Nein	Ja
Becker (Oppeln)	Ja	Ja
Fräulein Behm	Nein	Nein
Behrens	fehlt	fehlt
Beims	Ja	Ja
Dr. Bell	Nein	Ja
Bender (Magdeburg)	fehlt	fehlt
Bergmann	fehlt	fehlt
Beuermann	Nein	Nein
Dr. Beyerle	Nein	Ja
Bias	Ja	Ja
Biener	Nein	Nein
Binder (Pfalz)	fehlt	fehlt
Bitta	fehlt	fehlt
Blank	Nein	Ja
Frau Blos	fehlt	fehlt
Blum	Nein	Ja
Dr. Blunck	Nein	Ja
Bock	Ja	Ja
Dr. Böhme (Magdeburg)	Nein	Ja
Dr. Böhmert (Bremen)	Nein	Ja
Dr. Boerschmann	Ja	Ja
Frau Bollmann	Ja	Ja
Bolz	Nein	Ja
Brass	beurl.	beurl.
Dr. Braun (Franken)	Ja	Ja
Braun (Düsseldorf)	fehlt	fehlt
Dr. Brauns (Cöln)	Nein	Ja
v. Brentano di Tremezzo	fehlt	fehlt
Brey	Ja	Ja
Brodauf	Nein	Ja
Frau Brönner	Nein	Ja
Bruckhoff	Nein	Ja
Brühl	Ja	Ja
Brühne	Ja	Ja
Bruhn	Nein	Nein
Buck	fehlt	fehlt
Budde	Ja	Ja
Burgau	Ja	Ja
Burlage	Nein	Ja
Dr. Cohn	Ja	Ja
Colsborn	Nein	Nein
Dr. David	fehlt	fehlt
Davidsohn	Ja	Ja
Deglerk	Nein	Nein
Deichmann	fehlt	fehlt
Dr. v. Delbrück	Nein	Nein
Delius	Nein	Ja
Dr. Dernburg	entsch.	entsch.

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Dietrich (Baden)	Nein	Ja
Dietrich (Liegnitz)	Ja	Ja
Dietrich (Potsdam)	Nein	Nein
Diez	Nein	Ja
Dirr	fehlt	fehlt
Dr. Graf zu Dohna	Nein	Nein
Frau Dransfeld	beurl.	beurl.
Dröner	Ja	Ja
Dr. Düringer	Nein	Nein
Düwell	Ja	Ja
Dusche	Nein	Nein
Ehrhardt	Nein	Ja
Eichhorn	fehlt	fehlt
Frau Eichler	Ja	Ja
Eisenberger	Nein	Ja
Frau Elke	Nein	Ja
Endres	fehlt	fehlt
Engelhard	krank	krank
Erkelenz	Nein	Ja
Ernst	fehlt	fehlt
Erfing	Nein	Ja
Erzberger	Nein	Ja
Falk	Nein	Ja
Farwick	Nein	Ja
Fehrenbach	Nein	Ja
Feldmann	Ja	Ja
Fischbeck	fehlt	fehlt
Fischer (Berlin)	Ja	Ja
Fischer (Hannover)	Ja	Ja
Dr. Fleischer	fehlt	fehlt
Franke	Nein	Ja
Frerker	Nein	Nein
Frohme	Ja	Ja
Gandorfer	fehlt	fehlt
Gebhart	fehlt	fehlt
Geck	krank	krank
Gehl	Ja	Ja
Gerstenberger	Nein	Ja
Geyer (Leipzig)	fehlt	fehlt
Dr. Geyer (Sachsen)	fehlt	fehlt
Giebel	Ja	Ja
Fräulein v. Gierke	Nein	Nein
Giesberts	Nein	Ja
Gilsing	Nein	Ja
Girbig	Ja	Ja
Gleichauf	Nein	Ja
Gölzer	Ja	Ja

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Gothein	Nein	Ja
Dr. Gradnauer	fehlt	fehlt
v. Graefe	Nein	Nein
Gröber	Nein	Ja
Gruber	fehlt	fehlt
Grünewald	krank	krank
Grunau	Nein	Ja
Günther	beurl.	beurl.
Haack	Ja	Ja
Dr. Haas (Baden)	fehlt	fehlt
Haase (Berlin)	Ja	Ja
Hagemann	Nein	Ja
Hampe	Nein	Nein
Hansmann	Ja	Ja
Hartmann (Berlin)	Nein	Ja
Dr. Hartmann (Arpeln)	Nein	Nein
Hasenzahl	fehlt	fehlt
Frau Hauke	Ja	Ja
Haußmann	Nein	Ja
Hebel	fehlt	fehlt
Heile	fehlt	fehlt
Dr. Heim	fehlt	fehlt
Heimann	fehlt	fehlt
Heine (Dessau	entsch.	entsch.
Dr. Heinze	Nein	Nein
Hellmann	Ja	Ja
Henke	Ja	Ja
Henrich	fehlt	fehlt
Hense	Ja	Ja
Hermann (Württemb.)	Nein	Ja
Herold	fehlt	fehlt
Dr. Herrmann (Posen)	Nein	fehlt
Dr. Herschel	Nein	Ja
Hesse	fehlt	fehlt
Hierl (Franken)	krank	krank
Hildenbrand	Ja	fehlt
Dr. Hitze	Nein	Ja
Hoch	Ja	Ja
Frau Höfs	Ja	Ja
Hörsing	Ja	Ja
Hoffmann (Pfalz)	fehlt	fehlt
Hofmann (Ludwigshafen)	fehlt	fehlt
Hofmann (Schwarzburg)	fehlt	fehlt
Holl	Ja	Ja
Hue	Ja	Ja
Frau Hübler	Ja	Ja
Pug	fehlt	fehlt

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Dr. Hugenberg	Nein	Nein
Dr. Hugo	fehlt	fehlt
Imbusch	Nein	Ja
Irl (Oberbayern)	Nein	Ja
Jäcker	Ja	Ja
Jandrey	Nein	Nein
Janschek	Ja	Ja
Jantzen	Ja	Ja
Dr. Jaspert	fehlt	fehlt
Jaud	Nein	Ja
Joos	fehlt	fehlt
Frau Juchacz	Ja	Ja
Jungnickel	Ja	Ja
Dr. Kaas (Trier)	Nein	Ja
Frau Kähler	Ja	Ja
Käppler	Ja	Ja
D. Dr. Kahl	Nein	Nein
Kahmann	Ja	Ja
Katzenstein	Ja	Ja
Keil	Ja	Ja
Kempkes	Nein	Nein
Kenngott	Ja	Ja
Kerschbaum	Nein	Ja
Frau Kloß	Nein	Ja
Knollmann	Nein	Nein
Koch (Cassel)	Nein	Ja
Koch (Düsseldorf)	fehlt	fehlt
Koch (Hamburg)	fehlt	fehlt
Koch (Merseburg)	fehlt	fehlt
Koch (Münster)	Nein	Ja
Dr. Kölzsch	Nein	Nein
Koenen	Ja	Ja
König	Ja	Ja
Körsten	Ja	Ja
Koßmann	fehlt	fehlt
Kozur	Ja	Ja
Krätzig	Ja	Ja
Kraut	Nein	Nein
Kreft	fehlt	fehlt
Kreutz	fehlt	fehlt
Kronen	Ja	Ja
Krüger (Mecklenburg)	Ja	Ja
Krüger (Potsdam)	fehlt	fehlt
Kubezko	Nein	Ja
Kürbis	fehlt	fehlt
Kunert	Ja	Ja
Kuntze	Ja	Ja
Landsberg	Ja	Ja
Dr. Ritter v. Langheinrich	Nein	Ja
Langwost	fehlt	Nein
Laukant	Ja	Ja
Laverrenz	Nein	Nein
Legendre	Nein	Ja
Legien	fehlt	fehlt
Leicht	Nein	Ja
Lensing	fehlt	fehlt
Leschke	Ja	Ja
Liebig	Ja	Ja
Lippmann	fehlt	fehlt
Lockenvitz	Nein	Ja
Frau Lode	Ja	Ja
Loose	Ja	Ja
Löffler	Ja	Ja
Dr. Ludewig	Nein	fehlt
Lübbring	beurl.	beurl.
Frau Lührs	Ja	Ja
Lüttich	Ja	Ja
Dr. Luppe	Nein	Ja
Frau Lutze	Ja	Ja
Malkewitz	entsch.	entsch.
Dr. Marezky	fehlt	fehlt
Marr	fehlt	fehlt
Mauerer	Ja	Ja
Dr. Mausbach	Nein	Ja
Dr. Maren	beurl.	beurl.
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt	fehlt
Meerfeld	Ja	Ja
Meier (Sachsen)	Ja	Ja
Frau Mende	Nein	Nein
Michelsen	Ja	Ja
Dr. Mittelmann	Nein	Nein
Molkenbuhr	Ja	Ja
Dr. Most	Nein	Nein
Müller (Breslau)	Ja	Ja
Müller (Fulda)	beurl.	beurl.
Müller (Potsdam)	Ja	Ja
D. Mumm	Nein	Nein
Nacken	Nein	Ja
D. Naumann	Nein	Ja
Frau Neuhaus	Nein	Ja
Dr. Neumann-Hofer	fehlt	fehlt
Neyses	Nein	Ja
Nitzschke	entsch.	entsch.
Noske (Frankfurt)	Nein	Ja

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Noske (Sachsen)	Ja	Ja
Nuschke	Nein	Ja
Dr. Oberfohren	Nein	Nein
Obermeyer	Ja	Ja
Oertel	Nein	Nein
Obler	Nein	Nein
Ollmert	Nein	Ja
Osterroth	Ja	Ja
Dr. Otte	Nein	Ja
Dr. Pachnicke	Nein	Ja
Panzer	Ja	Ja
v. Payer	Nein	Ja
Dr. Peters	fehlt	fehlt
Pfannkuch	Ja	Ja
Dr. Pfeiffer	Nein	Ja
Frau Pfülf	Ja	Ja
Dr. Philipp	Nein	Nein
Pick	Nein	Ja
Pinkau	fehlt	fehlt
Pohlmann	Nein	Ja
Pokorny	Ja	Ja
Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner	Nein	Nein
Puschmann	Nein	Ja
Dr. Quark	Ja	Ja
Dr. Quessel	fehlt	fehlt
Dr. Quidde	fehlt	fehlt
Dr. Raschig	fehlt	fehlt
Rauch	Ja	Ja
Raute	Ja	Ja
Reek	Ja	Ja
Reineke	Nein	Nein
Reißhaus	Ja	Ja
Frau Reitze	Ja	Ja
Remmers	fehlt	fehlt
Rheinländer	Nein	Ja
Richter (Ostpreußen)	fehlt	fehlt
Richter (Pfalz)	fehlt	fehlt
Freiherr v. Richthofen	fehlt	fehlt
Riedmüller	Ja	Ja
Dr. Rießer	Nein	Nein
Rodemann	Ja	Ja
Frau Röhl (Cöln)	Ja	Ja
Röhle (Sachsen)	Ja	Nein
Dr. Roesicke	Nein	Ja
Rückert	Ja	Nein
Dr. Runkel	Nein	Ja
Frau Ryneʼ	Ja	Ja
Sachse	Ja	Ja
Sagawe	Nein	Ja
Salm	Ja	Ja
Schädlich	Ja	Ja
Schäfer	Ja	Ja
Scherbach	Nein	Ja
Schiffmann	Ja	Ja
Schiele	Nein	Nein
Schiffer (Magdeburg)	Nein	Ja
Schiffer (Mainz)	Nein	Ja
Frau Schilling	Ja	Ja
Schirmer	Nein	Ja
Frau Dr. Schirmacher	Nein	Nein
Schlack	fehlt	fehlt
Schlide	Ja	Ja
Schlüter	krank	krank
Schmidt (Berlin)	fehlt	Ja
Schmidt (Frankfurt)	Ja	Ja
Schmidt (Sachsen)	fehlt	fehlt
Schmidthals	Nein	Ja
Dr. Schmidt (Hessen)	fehlt	fehlt
Frau Schmitz	Nein	Ja
Schneider (Franken)	Nein	Ja
Schneider (Sachsen)	Nein	Ja
Schrader	fehlt	fehlt
Schreck	Ja	Ja
Frau Schreck	Ja	Ja
Frau Schuch	Ja	Ja
Dr. Schücking	fehlt	fehlt
Schümmer	fehlt	fehlt
Schultz (Bromberg)	Nein	Nein
Schulz (Ostpreußen)	Ja	Ja
Schulz (Posen)	Ja	Ja
Schulz (Westpreußen)	Ja	Ja
Schumann (Forst)	fehlt	fehlt
Schwarz (Hessen-Nassau)	Nein	Ja
Schwarzer (Oberbayern)	Nein	Ja
Seger	fehlt	fehlt
Dr. Semmler	fehlt	fehlt
Severing	fehlt	fehlt
Dr. Seyfert	Nein	Ja
Sidow	Ja	Ja
Siehr	Nein	Ja
Silberschmidt	Ja	Ja
Simon (Franken)	fehlt	fehlt

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Simon (Schwaben)	Ja	Ja
Frau Simon (Westpr.)	Ja	Ja
Dr. Sinsheimer	Ja	Ja
Sivkovich	fehlt	fehlt
Sollmann	Ja	Ja
Dr. Spahn	Nein	Ja
Stahl	fehlt	fehlt
Stapfer	Nein	Ja
Staroffon	fehlt	fehlt
Stegerwald	fehlt	fehlt
Steinkopf	Ja	Ja
Steinmann	Ja	Ja
Steinsdorf	Nein	Ja
Stelling	Ja	Ja
Stock	fehlt	fehlt
Stolten	Ja	Ja
Dr. Stresemann	fehlt	fehlt
Strzoda	fehlt	fehlt
Stücklen	entsch.	entsch.
Szczeponik	Nein	Ja
Tantzen	fehlt	fehlt
Taubadel	Ja	Ja
Dr. Taucher	Nein	Ja
Frau Teich (Hessen-Nassau)	Ja	Ja
Frau Teusch (Cöln)	fehlt	fehlt
Thaber	Ja	Ja
Thiele	Ja	Ja
Thöne	Ja	Ja
Thomsen	fehlt	fehlt
Thurow	fehlt	fehlt
D. Traub	Nein	Nein
Tremmel	Nein	Ja
Trimborn	Nein	Ja
Trinks	Ja	Ja
Ulitzka	Nein	Ja
Ulrich	fehlt	fehlt

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Veidt	Nein	Nein
Dr. Versheim	Nein	Ja
Vesper	Ja	Ja
Vogler	Nein	Nein
Vogel	Ja	Ja
Vogt (Württemberg)	Nein	Nein
Vogt (Breslau)	Ja	Ja
Wachhorst de Wente	Nein	Ja
Waldstein	Nein	Ja
Walkbaum	fehlt	fehlt
Warmuth	Nein	Nein
Frau Weber	Nein	Ja
Dr. Weidtman	fehlt	fehlt
Weinhöck	Nein	Nein
Weinhausen	Nein	Ja
Weiß	Nein	Ja
Weis	Ja	Ja
Dr. Wendorff	fehlt	fehlt
Werlich	Nein	Nein
Werner	fehlt	fehlt
Dr. Ing. Wieland	Nein	Ja
Winkelmann	fehlt	fehlt
Winnefeld	Nein	Nein
Winnig	beurl.	beurl.
Dr. Wirth	Nein	Ja
Wissell	fehlt	Ja
Witthoefft	beurl.	beurl.
Wolff	beurl.	beurl.
Wurm	Ja	Ja
Zawadzki	Nein	Ja
Dr. Zehnter	fehlt	fehlt
Frau Zetkin	Nein	Ja
Ziegler	Nein	Ja
Frau Ziet	Ja	Ja
Dr. Zöphel	Nein	fehlt
Zubeil	Ja	Ja

Zusammenstellung.

	1. Abstimmung	2. Abstimmung
Gestimmt haben: mit Ja	137	246
mit Nein	164	53
Der Abstimmung haben sich enthalten	—	1
Ungültig	1	2
Zusammen	301	300

Anlage B.

Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Vom 23. März 1919.

§ 1. Kohle im Sinne dieses Gesetzes sind Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks.

§ 2. Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Zusammensetzung des Reichskohlenrats soll der des Sachverständigenrats (§ 3) entsprechen. Das Nähere über seine Errichtung wird im Einverständnisse mit dem Sachverständigenrate durch die nach § 4 zu erlassenen Vorschriften geregelt.

Die Reichsregierung schließt die Kohlenerzeuger für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverbande zusammen. An der Verwaltung dieser Verbände sind die Arbeitnehmer zu beteiligen; das Nähere bestimmen die nach § 4 zu erlassenden Vorschriften. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht des Reichskohlenrats ob. Die Reichsregierung führt die Oberaufsicht und regelt die Feststellung der Preise.

Der Reichskohlenrat und die Verbände sind bis zum 30. Juni 1919 zu errichten.

§ 3. Vor der im § 2 vorgesehenen Regelung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft zu berufen, der aus 50 Mitgliedern besteht.

Von den Mitgliedern des Sachverständigenrats werden 15 Arbeitnehmer- und 13 Arbeitgebervertreter auf Vorschlag der der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (Reichsanzeiger vom 18. November 1918, Nr. 272) angeschlossenen Berufsorganisationen von der Reichsregierung ernannt. 2 Arbeitgebervertreter ernennt der preußische Minister für Handel und Gewerbe. Die übrigen 20 Mitglieder ernennt die Reichsregierung mit der Maßgabe, daß hiervon 3 aus dem Kreise des Handels, 2 aus dem Kreise der technischen, 1 aus demjenigen der kaufmännischen Angestellten, ferner 2 Arbeitgebervertreter und 2 Arbeitnehmervertreter aus der kohlenverbrauchenden Industrie. 2 Mitglieder aus dem Kleingewerbe, 2 Mitglieder aus dem Kreise der Genossenschaften, je 1 Mitglied aus dem Kreise der städtischen und der ländlichen Kohlenverbraucher sowie je 1 Mitglied aus dem Kreise der Sachverständigen für Kohlenbergbau, Kohlenforschung, Verkehrswesen und Dampfkesseltechnik zu entnehmen sind; die 3 Angestelltenvertreter sind der Reichsregierung durch die der Arbeitsgemeinschaft (Reichsanzeiger vom 18. November 1918, Nr. 272) angeschlossenen Angestelltenverbände in Vorschlag zu bringen.

Bei der Ernennung aus dem Kreise der Kohlenverbraucher müssen die verschiedenen Gruppen derselben und die verschiedenen Teile des Reichs möglichst berücksichtigt werden.

§ 4. Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes. Sie kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark, im Falle der Wiederholung außerdem mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

Die auf Grund des Abs. 1 zu erlassenden Vorschriften bedürfen der vorherigen Zustimmung des Staatenausschusses und eines von der Nationalversammlung einzusetzenden Ausschusses von 28 Mitgliedern.

Die erlassenen Vorschriften sind der Nationalversammlung, wenn sie versammelt ist, sofort, andernfalls unmittelbar nach ihrem Zusammentritt vorzulegen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn die Nationalversammlung es innerhalb eines Monats nach der Vorlegung verlangt.

§ 5. Die Reichsregierung hat der Nationalversammlung bei der Vorlegung des Haushaltsplans für die durch dieses Gesetz geregelte Kohlenwirtschaft, insbesondere über Förderung, Absatz und Preisgestaltung der Kohle sowie über die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse, einen besonderen Bericht zu erstatten. Auch zu anderer Zeit ist der Nationalversammlung auf deren Erfordern Aufschluß zu erteilen.

§ 6. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft.

Anlage C.

Sozialisierungsgesetz.

Vom 23. März 1919.

§ 1. Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutze des Reichs. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.

§ 2. Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung

1. für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen,
2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln.

Die näheren Vorschriften über die Entschädigung bleiben den zu erlassenden besonderen Reichsgesetzen vorbehalten.

§ 3. Die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft können dem Reiche, den Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden oder wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen werden. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reiche beaufsichtigt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

§ 4. In Ausübung der im § 2 vorgesehenen Befugnis wird durch besondere Reichsgesetze die Ausnutzung von Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Das Kohlenwirtschafts- und das Sozialisierungsgesetz ist in der zu Berlin am 28. März 1919 ausgegebenen Nr. 68 des Reichsgesetzblattes (S. 341 u. 342) verkündet worden.

28. Sitzung.

Dienstag den 25. März 1919.

Anfragen und Interpellationen. Wiederaufbau stillgelegter Betriebe. Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handeltreibenden.

Geschäftliches: Staatenausschuß. Ausschüsse.

Anfragen: Nr. 25, Dr. Nießer: Vorgänge in der von Franzosen besetzten Pfalz: Dr. Nießer (D. Vp.). — Dr. Hemmer, Kommissar der Reichsregierung. — Dr. Wolf, bayerischer Ministerialdirektor.

Nr. 41, Becker (Nassau), Schwarz (Hessen-Nassau): Mißhandlungen und Beleidigungen seitens französischer Soldaten in Wiesbaden — zurückgezogen.

Nr. 42, Schiffer (Münster) usw.: Verzensur seitens des Arbeiter- und Soldatenrats in Augsburg: Schiffer (Münster) (Ztr.). — Frhr. v. Welser, Geheimer Oberregierungsrat.

Nr. 46, Falk: Versorgung der Rheinlande mit Fett und Mehl: Falk (D. D.). — Braun, Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium.

Nr. 47, Wetzlich usw.: Lage von Angehörigen der deutschen Schwarzmeertruppe: Wetzlich (D. Nat.). — Waitz, Oberst.

Nr. 48, Meier (Sachsen): Wirtschaftliche Besserstellung der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner — abgesetzt.

Nr. 51, Kunert: Das Märkersche Landjägerkorps in Halle: Kunert (U.S.). — v. Gilsa, Major.

Nr. 52, Haase (Berlin): Ungesetzlichkeit des Befehls des Reichswehrministers vom 9. März 1919 für Berlin: Haase (Berlin) (U. S.). — v. Gilsa, Major.

Nr. 53, Haase (Berlin): Verbot der Zeitungen „Freiheit" und „Republik" durch Generalkommando Lüttwitz: Haase (Berlin) (U. S.). — v. Gilsa, Major.

Nr. 56, Dr. Noesicke: Beschluß des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte über Wahlen zum zweiten Rätekongreß: Kreft (D. Nat.). — Braun, Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium.

Nr. 57, Dr. Oberfohren: Mangel an Vieh zur Beschickung der Fettweiden Schleswigs-Holsteins: Dr. Oberfohren (D. Nat.). — Braun, Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium.

Nr. 58, Dr. Philipp usw.: Waffenabgabe an Streikende in Leipzig: Dr. Philipp (D. Nat.). — Schulz, sächsischer Oberst.

Nr. 59, Dr. Philipp usw.: Durch militärische Gewalt erzwungene Anweisung städtischen Geldes beim Generalstreik in Leipzig: Dr. Philipp (Deutschnat.). — Schulz, sächsischer Oberst.

Interpellationen:

a) Arnstadt usw.: Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe.

b) Gröber — v. Payer: Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handelstreibenden: Wissell, Reichswirtschaftsminister. Wetzlich (D. Nat.), Interpellant. Irl (Oberbayern) (Ztr.) Interpellant. — Schultz (Bromberg) (D. Nat.) zur Geschäftsordnung. — Brühne (Soz.).

Weiterberatung vertagt. — Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen. Ein Verzeichnis der neu eingegangenen Vorlagen bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Denkschrift über die Entwicklung der Finanzen in den einzelnen Rechnungsjahren 1914 bis 1918;
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918;
3. Entwürfe von Gesetzen, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919;
4. Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung der Reichsbank für das Jahr 1918;
5. Entwurf eines Gesetzes über den Eintritt des Freistaats Württemberg in die Biersteuergemeinschaft;
6. Entwurf eines Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine.

Präsident: Eine Liste über Veränderungen im Staatenausschuß bitte ich ebenfalls zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

Von Sachsen sind zu stellvertretenden Mitgliedern des Staatenausschusses ernannt: die Geheimen Räte und Ministerialdirektoren Dr. Hallbauer, Dr. Dehne, Dr. Hedrich, Dr. Schulze, der Geheime Regierungsrat Graf v. Holtzendorff, der Geheime Justizrat und vortragende Rat Dr. Mannsfeld der Geheime Legationsrat und vortragende Rat Dr. Steinbach. — Die Ernennung des Wirklichen Geheimen Rats Dr. v. Eucken-Addenhausen zum stellvertretenden Mitglied des Staatenausschusses von Lippe ist erloschen.

Präsident: In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden:

Es sind eingetreten: in den 1. Ausschuß: für die Abgeordneten Weilnböck, Vogt (Württemberg), Blum, Becker (Nassau) die Abgeordneten Vogt (Württemberg), Weilnböck, Burlage, Herold;

in den 3. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Neumann-Hofer, Endres, Fischer (Berlin), Marx, Weinhausen, Frau Dr. Schirmacher, Remmers die Abgeordneten Weinhausen, Holl, Michelsen, Dr. Spahn, Delius, v. Graefe, Dr. Ludewig;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Osterroth, Vögler, Dr. Roesicke, Schiele, Behrens die Abgeordneten Dietrich (Liegnitz), Kempkes, Baerecke, Biener, Bruhn;

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Kloß, Bitta, Endres, Girbig, Severing, Bruhn die Abgeordneten Frau Baum, Szczeponik, Janschek, Jäcker, Bender (Magdeburg), Behrens;

in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Trimborn, D. Dr. Kahl, Fischer (Berlin), Dr. Cohn, Dr. Zöphel, Dr. Hitze, Weinhausen, Dr. Spahn, Kempkes, Schultz (Bromberg), Riedmüller, D. Traub, Colshorn, Heile, Dr. Kaas, Koch (Cassel), Haußmann die Abgeordneten Dr. Hitze, Kempkes, Heimann, Haase (Berlin), Weinhausen, Colshorn, Heile, Dr. Kaas, D. Dr. Kahl, D. Traub, Rauch, Schultz (Bromberg), Dr. Spahn, Dr. Zöphel, Dr. Hitze, Weinhausen, Dr. Ludewig.

Präsident: Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten: Dr.-Ing. Wieland für 2 Tage, Vogel für 4 Tage, vom 26. März ab, Dr. Boerschmann, Michelsen für 6 Tage, Dr. Neumann-Hofer, Thomsen für 7 Tage, Hellmann, Stolten, Scheibeck und Dr. Schücking für 8 Tage. Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Abgeordneten: Frau Eichler für 14 Tage zur Teilnahme an den Verhandlungen der Altenburger Landesversammlung, Koch (Merseburg) für 14 Tage wegen Krankheit infolge schwerer Unfallverletzung, Witthoeft für 3 Wochen wegen dringender Geschäfte. Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand derselben bilden

Anfragen.

Ich rufe auf: Anfrage Nr. 25, Dr. Rießer (Nr. 86 der Drucksachen) und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Rießer.

Dr. **Rießer**, Abgeordneter:

Nach hierher gelangten Presse- und sonstigen Mitteilungen werden sämtliche **Zeitungen**, welche in der von den Franzosen besetzten Pfalz erscheinen, gezwungen, Artikel zu veröffentlichen, die so gehalten sind, als seien sie von den Schriftleitungen der betreffenden Zeitungen verfaßt, während sie dazu bestimmt sind, die Bevölkerung für die französische Besetzung und Regierung zu gewinnen und einen falschen Eindruck von der wahren Stimmung der Bevölkerung zu verbreiten, wobei zugleich die deutsche Regierung und das frühere Verhalten der deutschen Heeresleitung und ihrer Organe im besetzten Frankreich und Belgien herabgesetzt wird. — Überdies werden von französischen Offizieren bei ihren deutschen Quartierwirten in der Pfalz Unterschriften für Erklärungen gesammelt, die unter anderem behaupten, daß sich die Pfalz unter der humanen französischen Verwaltung sehr wohl fühle und wünsche, daß, wenn sie nicht zu Frankreich komme, mindestens das deutsche linke Rheinufer als neutraler Staat unter französischem Protektorat anerkannt werde. — Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt, und was gedenkt sie zu deren Verhinderung zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat zunächst das Wort Herr Dr. Hemmer.

Dr. **Hemmer**, Kommissar der Reichsregierung: Die in der Anfrage Nr. 25 des Herrn Abgeordneten Dr. Rießer behandelten propagandistischen Maßnahmen der französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz sind der Reichsregierung gleichfalls bekannt geworden.

Eine Reihe von Exemplaren **pfälzischer Zeitungen**, die im Original vorliegen, enthalten Artikel politischen Inhalts, die offensichtlich nur unter dem Druck der französischen Zensur und gegen den Willen der Zeitungsverleger und Redaktionen zur Veröffentlichung gelangen konnten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat in Nr. 136 vom 21. d. M. des näheren ausgeführt, wie die pfälzische Presse fortgesetzt in schmählicher Weise geknechtet und vergewaltigt werde und wie unter unerhörtem Gewissenszwang von den Schriftleitungen verlangt werde, daß sie die ihnen vom Pressebureau des Oberkommandierenden gelieferten Artikel unverändert und in einer Form aufnehmen, die sie als eigene Erzeugnisse und damit als den Spiegel der Stimmung im Leserkreise erscheinen lassen. Das zur Kenntnis der Waffenstillstandskommission gelangte Material rechtfertigt dieses Urteil der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".

In zahlreichen Artikeln wird unter Anknüpfung an historische Reminiszenzen die Stimmung der Bevölkerung so dargestellt, als ob die Einwohner der Pfalz sich nach Wiederkehr der Zeiten französischer Herrschaft sehnen.

Noch schärfer vom sittlichen Standpunkt aus zu mißbilligen ist es, wenn die pfälzische Presse gezwungen wird, gehässige Angriffe gegen das deutsche Heer und gehässige Vergleiche zwischen der deutschen Kriegführung und der Behandlung der Einwohner der Pfalz durch die französischen Okkupationsbehörden in ihre Spalten aufzunehmen und so ihr eigenes Vaterland zu beschimpfen.

Alle diese in fortlaufender Folge erscheinenden Veröffentlichungen beweisen, daß seitens der französischen Besatzungsbehörden systematisch daran gearbeitet wird, die Bewohner der Pfalz ihrem deutschen Vaterlande entfremdet erscheinen zu lassen, um hieraus dann politisch Kapital zu schlagen. (Hört! hört!)

Die Reichsregierung hat daher auch keinen Zweifel an dem Vorhandensein eines „Flugblattes", welches den Einwohnern der Pfalz durch die französischen Behörden zur Unterschrift vorgelegt werden soll und worin die Bitte an die französische Regierung ausgesprochen wird, der Pfalz zur Aufrichtung einer neutralen unabhängigen Republik zu verhelfen, die im vollen Einverständnis mit dem befreienden Frankreich leben wird, das, an die Traditionen von 1793 anknüpfend, sie auf immer vor einem Rückangriff des deutschen Militarismus schützen soll. Mit

diesem Flugblatt wird das letzte Ziel der geschilderten Propaganda aufgedeckt.

Die Reichsregierung würde die heiligsten Gefühle der pfälzischen Bevölkerung verletzen, wenn sie in diesem Zusammenhang auch nur die Möglichkeit einer Gefährdung der Reichstreue und der nationalen Gesinnung der Bewohner der Pfalz durch solche Machenschaften erörtern wollte. (Sehr richtig!)

Die Reichsregierung erklärt aber, daß das Verhalten der französischen Besatzungsbehörden im krassesten Widerspruch steht zu den Grundsätzen des Völkerrechts und zu dem Geist und dem Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat ihre Delegation in Spaa beauftragt, bei der Interalliierten Kommission gegen diese Maßnahmen entschieden Protest zu erheben und um Aufklärung und Einstellung dieser Propaganda zu ersuchen.

Die Reichsregierung erwartet bestimmt, daß Marschall Foch, nachdem er noch am 1. Februar geäußert hat, die Zensur so weitherzig handhaben zu lassen, als es die Notwendigkeiten der militärischen Okkupation zulassen, den zuständigen und verantwortlichen Oberbefehlshaber der achten französischen Armee zur Rechenschaft ziehen wird.

Präsident: Zur weiteren Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem bayerischen Mitgliede des Staatenausschusses, Herrn Ministerialdirektor Dr. Wolf.

Dr. **Wolf,** Ministerialdirektor, Mitglied des Staatenausschusses für Bayern: Namens der bayerischen Regierung habe ich zu erklären, daß sie die Empörung der Reichsregierung über die Stimmungsmache der französischen Besatzungsbehörden in der **Pfalz** vollkommen teilt und sich deren Protest anschließt. Sie begrüßt und unterstützt daher auch alle Schritte, die geeignet sind, diesem Verhalten entgegenzuwirken. Auf Grund ihrer Kenntnis der pfälzischen Bevölkerung ist die bayerische Regierung, wie sie auch bereits vor einigen Tagen im bayerischen Landtag zum Ausdruck gebracht hat, durchdrungen von der Überzeugung und dem Vertrauen, daß alle französischen Bemühungen vergeblich bleiben werden und daß nichts das Band gegenseitiger Treue zerreißen kann, das auf Grund einer hundertjährigen Zusammengehörigkeit die Pfalz mit Bayern verbindet.

Da ich selbst Pfälzer bin, so freue ich mich besonders, diese Erklärung hier abgeben zu dürfen und darf ihr beifügen, daß ich es für ein ganz aussichtsloses Beginnen betrachte, die Pfalz abspenstig machen zu wollen vom Reich und von Bayern.

Ich kann mir nicht denken, daß irgendwo im Reiche die Liebe zu unserem Vaterland hätte größer sein können, als ich es während meiner

ganzen Jugend immer und immer miterlebt habe. Das ganze Gefühlsleben, die kernige Mundart, alle Kultur und wirtschaftliche Interessen weisen die Pfalz nach dem Reich und wurden von dort gespeist, nichts aber nach Frankreich. Ich habe darum auch nie jemand getroffen, der sich nach Frankreich gesehnt hätte. Die Erinnerung an Frankreich war vielmehr mit sehr bitteren Erinnerungen verknüpft. Man dachte nur an die schweren Leiden, die Frankreich so oft in der Geschichte über die Pfalz gebracht hatte, vor allem an Melac, den Mordbrenner, der planmäßig aus der Pfalz eine Wüste machen sollte und wollte, und die zahlreichen Ruinen ringsherum hielten diese Erinnerung wach. Daß hieran sich nun etwas geändert haben sollte, ist undenkbar. Ich kenne meine Landsleute. Sie wechseln so rasch ihre Gesinnung nicht. Das Papier ist geduldig, und dem Drucke der Gefahr für Leben und Freiheit beugt sich vielleicht mancher, der deswegen noch nicht einmal ein Schwächling zu sein braucht. Aber die wahre Gesinnung geht aus solchen erpreßten Erklärungen nicht hervor. Als die französische Besetzung begann, traten die Pfälzer in Berlin und an anderen Orten des Reichs sofort zusammen und gaben an Stelle und im Namen ihrer Landsleute zu Hause, denen jetzt der Mund verschlossen ist, in eindrucksvollen Kundgebungen ihrer unwandelbaren Treue zum alten Vaterland Ausdruck. Man möge den Pfälzern zu Hause nur die Möglichkeit einer gleich unbehinderten Stellungnahme geben, und es wird sich sofort zeigen, wie wenig sie daran denken, aufzuhören, Deutsche und Bayern zu sein. Bayern und Pfalz, Gott erhalt's! Das war der Spruch, den ich so oft in meiner Jugend hörte und der Ausdruck gab von der engen und unlöslichen Gemeinschaft zwischen dem bayerischen Mutterlande und der pfälzischen Provinz. Ich habe das feste Vertrauen, daß, auch soweit es auf die Pfälzer ankommt, er seine Geltung auch weiter behalten wird. (Bravo!)

Präsident: Ich rufe auf Anfrage Nr. 41, Becker (Nassau), Schwarz (Hessen-Nassau) (Nr. 112 der Drucksachen). Sie ist zurückgezogen.

Dann rufe ich auf Anfrage Nr. 42, Schiffer (Münster) und Genossen (Nr. 113 der Drucksachen). Ich gebe zur Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiffer (Münster).

Schiffer (Münster), Abgeordneter:

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Augsburg verlangt von den dortigen Ortsgruppen und Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften, daß sie die **Verbandszeitungen** dem Arbeiter- und Soldatenrat zur **Vorzensur** vorlegen, bevor dieselben an die Mitglieder ausgegeben werden. Es handelt sich hierbei um Gewerkschaftsblätter, die in Düsseldorf, Duisburg, Berlin und Aschaffenburg redigiert, gedruckt und herausgegeben werden. — Was gedenkt die Reichsregierung gegen diese Gesetzwidrigkeit zu tun?

Präsident: Zu ihrer Beantwortung hat das Wort der Herr Geheime Oberregierungsrat Freiherr v. Welser.

Freiherr **v. Welser,** Geheimer Oberregierungsrat: Die Reichsregierung ist zur Beantwortung der Anfrage mit der Bayerischen Regierung ins Benehmen getreten und hat folgende Auskunft erhalten.

Seit dem 22. Februar 1919 war die überwiegende Zahl der Zeitungen in Bayern, vor allem in München, mit Ausnahme der sozialdemokratischen und der bauernbündlerischen Presse, von der Presseabteilung des Zentralrats unter **Vorzensur** gestellt worden. Auf Grund der Verhandlungen, die zur Bildung einer neuen Regierung in Bayern geführt haben, wurde diese dem Reichsrecht widerstreitende Vorzensur mit Wirkung vom 15. März 1919 ab von der Presseabteilung des Zentralrats wieder aufgehoben. Dadurch ist auch die von dem Arbeiter- und Soldatenrat in Augsburg verhängte Vorzensur über die Verbandszeitungen der christlichen Gewerkschaften hinfällig geworden.

Präsident: Ich rufe auf: Anfrage Nr. 46, Falk (Nr. 117 der Drucksachen). Ich erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Falk.

Falk, Abgeord.

Auf meine in der 11. Sitzung der Nationalversammlung am 19. Februar 1919 vorgetragene Bitte, die Reichsregierung möge dafür Sorge tragen, daß die **Rheinlande** genügend mit **Brotgetreide,** Mehl und Fett versorgt würden, erwiderte Herr Reichsminister Erzberger, die notwendigen Vorbereitungen dazu seien getroffen; es sei lediglich eine Stockung in der Sendung eingetreten.

Gleichwohl sollen bis heute, abgesehen von Kartoffelwalzmehl als Ersatz für fehlende Kartoffeln und von geringen Nachlieferungen rückständiger Fettmengen irgendwelche Zuweisungen weder in Mehl noch in Fett erfolgt sein.

Ist das richtig?

Welche Maßnahmen will die Reichsregierung ergreifen, damit die Bevölkerung der Rheinlande sofort und dauernd mit Fett und Mehl versorgt wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Unterstaatssekretär Braun.

Braun, Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium: Nach der Besetzung durch die Truppen der Alliierten war eine Weiterbelieferung der **Rheinlande mit Lebensmitteln** gemäß dem bisherigen Versorgungsplan nicht mehr möglich. Zunächst wurde der Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet vollständig gesperrt; auch bei Aufhebung dieser Sperre wurden trotz aller Vorstellungen bei der Entente einschneidende Beschränkungen im Verkehr zwischen diesen Gebieten aufrecht erhalten. Diese Beschränkungen bestehen zum Teil noch

heute, so im Post- und Telegraphenverkehr zwischen den Lebensmittelstellen — die Briefbeförderung dauert in der Regel 10 bis 20 Tage —; insbesondere besteht noch das Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln aus dem besetzten Gebiet nach dem übrigen Deutschland, wovon nur einzelne Ausnahmen zugelassen sind. Hierzu kommen dann die bekannten Transportschwierigkeiten auch im Innern Deutschlands, veranlaßt durch die Ablieferung der Wagen und Lokomotiven und ihre Hin- und Hertransporte infolge der zahlreichen Beanstandungen, sowie durch den Kohlenmangel und durch die politischen Unruhen. Diese Umstände machten für die Versorgung der besetzten Gebiete eine Änderung des bisherigen Lieferungsplanes notwendig, wobei im Hinblick auf die vorhandenen Transportschwierigkeiten auch die aus dem Ausland zu erwartende Einfuhr und ihre unmittelbare Zuleitung nach dem besetzten Gebiet in Rechnung gestellt werden mußte.

Von Anfang an war die Verpflichtung der Reichsregierung, die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete mit Lebensmitteln zu versorgen, anerkannt worden. Tatsächlich sind auch die besetzten Gebiete bisher in gleicher Weise und keineswegs schlechter versorgt worden als die Bevölkerung im übrigen Deutschland, und auch für die Zukunft ist die gleiche Versorgung sicher gestellt. Nach den statistischen Unterlagen sind die besetzten Gebiete wesentlich günstiger mit Getreide versorgt als das unbesetzte Gebiet des Reichs. Bisher sind auch Beschwerden wegen Mangels an Nahrungsmitteln nur vereinzelt vorgebracht worden, und ihre nähere Prüfung ergab, daß sie meistens nur Klagen über die allgemeine Unzulänglichkeit der Ernährung enthielten, wie sie leider im ganzen Reich besteht. In den wenigen besonderen Notfällen, wie sie gleichfalls überall im Reich an einzelnen Stellen auftreten, wurde stets durch Sonderzuweisungen seitens der Reichsstelle Abhilfe geschaffen. Was die Versorgung mit Brotgetreide und Fett betrifft, so ist die Neuregelung in eingehenden Verhandlungen der Reichs- und Landesstellen mit den zuständigen Behörden der besetzten Gebiete, insbesondere dem Oberpräsidenten in Coblenz, getroffen worden. Als Grundlage wurde hierbei vereinbart, daß für die Versorgung der besetzten Gebiete zunächst die dort vorhandenen oder noch zu erfassenden Vorräte herangezogen werden und Lieferungen aus dem unbesetzten Gebiet nur erfolgen sollen, um den Bedarf nach Verbrauch dieser Vorräte zu decken. Auf Grund der zahlenmäßigen Unterlagen sind durch dieses Ausgleichsverfahren, für dessen Durchführung den örtlichen Stellen Vertreter der Reichsstellen zur Verfügung stehen, die besetzten Gebiete noch für längere Zeit ganz oder vorwiegend aus eigenen Vorräten versorgt. Über die zur Verfügung stehenden Vorräte wird dauernd Kontrolle geführt, auch ist dafür Sorge getragen, daß rechtzeitig die Zufuhren aus dem unbesetzten Gebiet erfolgen, um nach Verbrauch der eigenen Vorräte den

Bedarf der Bevölkerung zu decken. Eine Bestandsaufnahme mit dem 1. März als Stichtag ist von dem preußischen Staatskommissar für Volksernährung für Getreide und sämtliche der Reichsgetreideordnung unterliegenden Früchte angeordnet worden; ihr Ergebnis unterliegt zurzeit der Prüfung. Weiterhin ist ausdrücklich vereinbart worden, daß schon jetzt in allen Fällen, in denen aus irgend einem Anlaß Schwierigkeiten oder Störungen in der Versorgung eines Kommunalverbandes entstehen sollten, die Landes- oder Reichsstellen ohne weiteres mit Zuschüssen aus dem unbesetzten Gebiet vorübergehend aushelfen. Weiterhin ist in dem mit der Entente vereinbarten Lebensmittelabkommen auch über die Belieferung der besetzten Gebiete, und zwar nach mancher Richtung in bevorzugter Weise Bestimmung getroffen. Von einer Änderung der hiernach vereinbarten Regelung muß schon mit Rücksicht auf die angeführten Transportverhältnisse abgesehen werden.

Für die Bevölkerung der besetzten Gebiete besteht hiernach zu Beschwerden oder zur Beunruhigung wegen der Belieferung mit Lebensmitteln keinerlei begründeter Anlaß, soweit nicht durch örtliche Eingriffe von Stellen, die unserer Einwirkung nicht unterliegen, Schwierigkeiten geschaffen werden. Wie schon aus den angeführten Maßnahmen, und unter anderm auch aus den vielen, leider nur zum Teil erfolgreichen Vorstellungen bei den Alliierten hervorgeht, trägt die Reichsregierung der schwierigen Lage der Bevölkerung in den besetzten Gebieten vollauf Rechnung und ist dauernd bemüht, diese nach Möglichkeit zu erleichtern. Wenn trotzdem Kundgebungen der Beunruhigung oder Klagen über unzureichende Lebensmittelversorgung laut werden, so beruht dies zum Teil auf dem Umstande, daß die im gesamten Deutschland zur Ausgabe gelangenden Tagesrationen so außerordentlich gering sind und daher das Bestreben nur allen verständlich ist, durch Darstellung der vorhandenen Schwierigkeiten eine bessere Belieferung oder die Sicherstellung größerer Vorräte zu erzielen. Hierbei werden indessen die allgemein bestehenden Verhältnisse, namentlich der überall herrschende Mangel an Vorräten und die vorhandenen Transportschwierigkeiten verkannt. Soweit aber jene Kundgebungen in der Hauptsache Angriffe gegen die Landes- und Reichsstellen enthalten und letzteren eine angebliche Vernachlässigung oder gar ein Imstichlassen der besetzten Gebiete zum Vorwurf machen, dienen sie offensichtlich vorwiegend politischen Zwecken. Kennzeichnend ist hierbei, daß solche Kundgebungen vor allem von den Vertretern der feindlichen Besatzungstruppen veranlaßt oder unterstützt werden und daß von diesen geflissentlich die Meinung verbreitet wird, als ob es eines Druckes der Entente bedurft hätte, um die deutschen Behörden zur Lieferung im Rahmen des Möglichen zu veranlassen.

Hierzu gehört auch eine anfangs dieses Monats von der Besatzungsbehörde der Stadt **Aachen** veranlaßte, in den Aachener Zeitungen an erster Stelle und in auffallendem Druck veröffentlichte Bekanntmachung über die Lebensmittelversorgung in Aachen Stadt und Land. Die dort gegen die Reichsregierung erhobenen Vorwürfe sind durchaus unbegründet. So sind der Provinzialfettstelle in Coblenz zur Belieferung der besetzten Gebiete für die Monate Januar, Februar, März dieses Jahres an Butter und Margarine 103 988 Zentner überwiesen worden gegen 89 923 Zentner für die gleichen Monate im Vorjahre. Die Zuweisungen waren also nicht nur nicht geringer, sondern trotz der allgemeinen Fettnot im Reiche noch höher als im Vorjahre. Von den 103 988 Zentnern hat die Provinzialfettstelle in Coblenz 43 760 Zentner Speisefette auf die besetzten linksrheinischen Gebiete unterverteilt. Von der Stadt Aachen ist nur eine Beschwerde wegen zu geringer Speisefettbelieferung bei der Unterverteilung durch die Provinzialfettstelle in Coblenz bei der Reichsstelle für Speisefette eingegangen. Diese Beschwerde ist von der Reichsstelle für Speisefette an die hierfür zuständige Provinzialfettstelle in Coblenz abgegeben worden.

Ebenso irreführend ist auch der in dieser Veröffentlichung gemachte Vergleich zwischen der **Kartoffellieferung** im Jahre 1918 und im laufenden Wirtschaftsjahre. Wie allgemein bekannt, ist es im Gegensatz zum Vorjahre im laufenden Wirtschaftsjahre fast nirgends gelungen, die Bedarfsstellen mit den zur Ernährung der Bevölkerung für die Wintermonate erforderlichen Kartoffeln vor Einbruch des Frostes zu beliefern. Auch die Gründe hierfür sind bekannt, sie beruhen auf der geringeren Kartoffelernte, dem infolge der Grippeerkrankungen noch verschärften Arbeitermangel, den Auswirkungen der Demobilmachung, insbesondere der Transportkrise und dem Ausscheiden der Provinz Posen aus der Kartoffelversorgung des Reiches. Um die Versorgung der besetzten Gebiete zu sichern, hat die Reichsstelle die planmäßige Belieferung der rechtsrheinischen Bedarfsstellen durch Überschußkreise links des Rheines aufgehoben und die gesamten linksrheinischen Vorräte den linksrheinischen Städten zugewiesen. Mit diesen Beständen war die Ernährung der Gesamtbevölkerung der besetzten Gebiete nach den angestellten Berechnungen bis zum Frühjahr durchführbar. Weitere Schwierigkeiten entstanden indessen dadurch, daß von den rückmarschierenden deutschen Truppen und später von den feindlichen Besatzungstruppen starke Eingriffe in die Vorräte der Erzeuger erfolgten. Sobald die schwierige Lage in der Stadt Aachen bekannt wurde, sind der Stadt als Ersatz für Frischkartoffeln in größerer Menge Kartoffeltrockenerzeugnisse überwiesen worden. Ferner wurden ihr vorläufig Frischkartoffeln aus der Reichsreserve zugeteilt, auch ist, soweit es die Transportverhältnisse zulassen, für eine Wiederaufnahme der planmäßigen Lieferung Sorge getragen.

In den Waffenstillstandsbedingungen ist, wenn auch ein **Requisitionsrecht** zugestanden ist, festgesetzt, daß die eigentliche Versorgung der Besatzungstruppen aus den Beständen der Alliierten zu erfolgen hat; entgegen diesen Bestimmungen werden indessen von den Besatzungstruppen dauernd größere Mengen von Lebensmitteln requiriert oder aufgekauft. So liegen hier Berichte vor, daß in einzelnen Landkreisen Requisitionen in Mengen bis zu 400 Zentnern Mehl und 1600 Zentnern Hafer, ferner von 62 Zentnern Butter und über 160 Litern Milch während eines Monats und überall in großen Mengen Kartoffeln requiriert worden sind. Trotz dieser Tatsachen und trotz der bisher aufrechterhaltenen Blockade fehlt es aber nicht an Versuchen, die Sachlage so darzustellen, als ob die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung den deutschen Reichsstellen zur Last fielen, während den alliierten Mächten nur das Wohl der Bevölkerung in den besetzten Gebieten am Herzen liege. Bei den gegebenen Beschränkungen der persönlichen Freiheit und der Knebelung der Presse in den besetzten Gebieten ist es leider nicht möglich, diesen Versuchen an Ort und Stelle mit den erforderlichen Mitteln entgegenzutreten. Von dem gesunden Sinn der Bevölkerung darf indessen erwartet werden, daß sie derartige Darstellungen in ihrer Bedeutung und in ihren Zielen richtig erkennt und entsprechend würdigt. Mit besonderem Dank wäre es aber zu begrüßen, wenn allgemein jede hierzu sich bietende Möglichkeit zu einer Aufklärung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten über die in Betracht kommenden Verhältnisse benützt würden. (Bravo!)

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Falk.

Falk, Abgeordneter: Ich möchte mir die ergänzende Frage erlauben, ob denn nun jetzt die Rheinlande in allernächster Zeit auf Mehl und Fett rechnen können.

Präsident: Eine Antwort auf diese ergänzende Anfrage scheint nicht zu erfolgen.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 47, Wetzlich und Genossen (Nr. 118 der Drucksachen) und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Wetzlich.

Wetzlich, Abgeordneter:

> Nach Mitteilung des „Sachsen-Ausschusses der Angehörigen der deutschen Schwarzmeertruppe" und glaubwürdigen andern Mitteilungen, schmachten im **Gefängnisse in Jelisawetgrad** die Offiziere des Landsturm-Infanterie-Regiments 9, darunter Oberstleutnant v. Langenthal, Hauptmann v. Langenthal und Leutnant Bothe. — Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt, und was gedenkt sie zu deren unverzüglichen Freilassung zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Oberst Waitz.

Waitz, Oberst, mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Departementsdirektors im preußischen Kriegsministerium beauftragt: Aus früheren Berichten war der Reichsregierung bereits bekannt, daß unter ungünstigen Verhältnissen in **Jelisawetgrad** insgesamt 66 Offiziere und Mannschaften interniert waren. Unter diesen befanden sich auch Oberstleutnant, nicht Hauptmann, v. Langenthal, und Leutnant Bothe. Durch Einwirkung der Reichsregierung ist es gelungen, den Abtransport sämtlicher in Jelisawetgrad Internierter zu erreichen. Sie sind nach einem Funkspruch aus Nikolajew dort am 26. Februar 1919 eingetroffen. Der Gesundheitszustand war gut.

Der Abtransport der deutschen Truppen aus Nikolajew kann nur auf dem Seewege erfolgen. Er war abhängig von der Regelung des Handelsschiffahrtsabkommens mit der Entente. Augenblicklich sind voraussichtlich alle Truppenteile aus Nikolajew bereits auf dem Transport nach Konstantinopel. Die weitere Heimbeförderung von Konstantinopel wird über Gibraltar erfolgen.

Präsident: Ich rufe auf die Anfrage Nr. 48, Meier (Sachsen) (Nr. 120 der Drucksachen). Hierzu hat die Reichsregierung gebeten, sie absetzen zu wollen, da noch Verhandlungen über die Frage einer gesteigerten Fürsorge für die Empfänger von Renten aus der sozialen Versicherung schweben. Ich mache den Herrn Anfrager auf die Bestimmung des § 31 b Abs. 4 aufmerksam. Danach würde diese Anfrage, da sie an dem für sie bestimmten Tag nicht erledigt wird, ausscheiden, falls nicht der Fragesteller vor Schluß der Sitzung schriftlich ihre Erledigung in der nächsten für Anfragen vorgesehenen Sitzung verlangt. Ich sehe eventuell einer solchen Erklärung entgegen.

Ich rufe auf Anfrage Nr. 51, Kunert (Nr. 128 der Drucksachen) und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Kunert.

Kunert, Abgeordneter:

> Ist es der Regierung bekannt, daß der **General Märker** bei seinem Einrücken in **Halle** die Verantwortung für den Schutz der Stadt und ihrer Bevölkerung ausdrücklich übernommen hatte, ohne diesem Versprechen so rechtzeitig und wirksam nachzukommen, daß der Plünderung in einzelnen Straßen vorgebeugt werden wäre? — Weiß die Regierung ferner, daß Mannschaften des Märkerschen Landjägerkorps nach ihrem Einrücken in die Stadt Halle Gefangene gemacht und widerrechtlich Verhaftungen vorgenommen haben, daß sie die wehrlosen Gefangenen und Verhafteten — Frauen und Männer — roh beschimpft, grundlos mit dem Tode bedroht, unmenschlich gefesselt und ausgepeitscht, sowie anderweitig schwer mißhandelt und an ihrer Ehre und Gesundheit geschädigt haben? — Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhindern?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Major v. Gilsa.

v. Gilsa, Major, Chef des Stabes des Reichswehrministers: Es ist der Regierung bekannt, daß in **Halle** Plünderungen vorgekommen sind. Um die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse nach Möglichkeit zu verhüten, wird die Regierung auf die Schaffung einer ausreichenden Polizei- und Wehrmacht bedacht sein. (Bravo!) Auch von schweren Ausschreitungen anderer Art in Halle hat die Regierung Kenntnis, zum Beispiel von der schändlichen Ermordung des Oberstleutnants v. Klüber. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Sollten von Mannschaften des Märkerschen Korps Ausschreitungen vorgekommen sein, so wird dagegen ebenso energisch eingeschritten werden wie gegen andere Schuldige. (Beifall.)

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter: Ist es der Regierung bekannt, daß nach dem militärischen Einrücken gewisse Ausschreitungen der Halleschen Zivilbevölkerung durch söldnerische Truppen provoziert worden sind?

Wann gedenkt die Regierung den über Halle verhängten Belagerungszustand aufzuheben, der — außer den erwähnten Brutalitäten — den organisierten, gedungenen Meuchelmord gezüchtet hat? — (Große Unruhe und Zurufe. — Hört! hört! und sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: In dieser Ergänzungsfrage ist die Rede vom Belagerungszustand. Das ist eine selbständige neue Anfrage, die heute nicht erledigt werden kann. Ob auf den ersten Satz der ergänzten Anfrage der Herr Regierungsvertreter antworten will, muß ich ihm überlassen.

v. Gilsa, Major, Chef des Stabes des Reichswehrministers: Ich habe meiner ersten Erklärung nichts hinzuzufügen. (Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Damit ist die Anfrage Nr. 51 erledigt.

Ich rufe auf: Anfrage Nr. 52, Haase (Berlin) (Nr. 129 der Drucksachen) und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase Berlin), Abgeordneter:

> Der Reichswehrminister hat am **9. März** cr. einen **Befehl** erlassen, daß, wer in Berlin mit der Waffe kämpfend angetroffen wird, auf der Stelle erschossen wird. Damit sind die gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeit der Gerichte zur Aburteilung strafbarer Handlungen beseitigt. Die Reichsregierung hat versichert, daß sie die Gesetze schützen werde. Ist die Reichsregierung bereit, die vorher bezeichnete widergesetzliche Maßnahme unverzüglich außer Kraft zu setzen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Major v. Gilsa.

v. Gilsa, Major, Chef des Stabes des Reichswehrministers: Die **Verfügung** des Oberkommandierenden in den Marken Reichswehrministers Noske, wonach sofort erschossen werden sollte, wer in Berlin mit der Waffe gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wurde, ist aufgehoben, nachdem die Ordnung in Berlin wiederhergestellt worden ist. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich stelle die Frage, die bereits in meiner ersten Anfrage durch besondere Hervorhebung angedeutet war, ob die Regierung anerkennt, daß das **Standrecht** eine widergesetzliche Maßnahme war und daß den Gerichten dadurch die ihnen zukommende Zuständigkeit entzogen worden ist?

Präsident: Zur Beantwortung erteile ich das Wort dem Herrn Major v. Gilsa.

v. Gilsa, Major, Chef des Stabes des Reichswehrministers: Ich habe meiner ersten Erklärung nichts hinzuzufügen. (Heiterkeit. — Lachen und Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Dadurch ist die Anfrage Nr. 52 erledigt.

Wir gehen über zur Anfrage Nr. 53, Haase (Berlin) (Nr. 130 der Drucksachen). Ich erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter:

Das **Generalkommando Lüttwitz** hat auf Befehl des Reichswehrministers die **Zeitungen** „Freiheit" und „Republik" in Berlin bis auf weiteres verboten. Ein Grund für das Verbot ist in der Verfügung nicht angegeben worden. Die Druckereien werden militärisch überwacht. Die Reichsregierung hat wiederholt erklärt, daß sie die Preßfreiheit unter allen Umständen beobachten und schützen werde. Ist die Reichsregierung bereit, die konkreten Tatsachen anzugeben, die den Verboten zugrunde liegen? Sind die von dem Reichskanzler v. Hertling über Ankündigung und Befristung der Zeitungsverbote erlassenen Richtlinien beseitigt und durch welche Verfügung? Ist die Vorschrift über die Beschwerde-Instanz aufgehoben, oder wenn dies nicht der Fall ist, welche Behörde ist gegenüber Befehlen des Reichswehrministers zuständig.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Major v. Gilsa.

v. Gilsa, Major, Chef des Stabes des Reichswehrministers: Das Erscheinen der beiden **Zeitungen** „Freiheit" und „Gleichheit" (Heiterkeit) — und „Republik" ist während der Kampftage in Berlin vorübergehend verboten worden, weil sie in gemeingefährlicher Weise (sehr richtig! und hört! hört! — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) auf die ohnehin schon außerordentlich erregte Stimmung eines Teiles der Berliner Bevölkerung einwirkten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Das Verbot ist dann nach kurzer Zeit wieder aufgehoben worden. (Zurufe rechts: Schade! — Heiterkeit.)

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich will nur einleitend darauf hinweisen, damit meine Frage verstanden wird, daß es zum System erhoben zu werden scheint, die Fragen, die ganz konkret gestellt werden, nicht zu beantworten, sondern der Beantwortung auszuweichen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, ich kann nicht erkennen, daß das eine weitere Anfrage ist. Das ist eine Behauptung, aber keine Anfrage.

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ganz recht, Herr Präsident! Ich bemerke auch, daß meine Erklärung die Einleitung einer Frage sein soll. (Heiterkeit.)

Präsident: Herr Abgeordneter! Ich muß bitten, auch die Einleitungen zu unterlassen. Mit den Anfragen darf keine Diskussion verknüpft werden, sondern es sind nur bestimmte, präzise Fragen zu stellen.

Haase (Berlin), Abgeordneter: Die Frage geht dahin: in welchen konkreten Tatsachen hat sich die Gemeingefährlichkeit dieser Zeitungen offenbart?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Major v. Gilsa.

v. Gilsa, Major, Chef des Stabes des Reichswehrministers: Ich habe auch hier meiner Erklärung nichts hinzuzufügen. (Große Heiterkeit. — Stürmische Zurufe und Unruhe bei den Sozialdemokraten und Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Unerhört, das ist eine Verhöhnung des Parlaments!)

Präsident: Meine Damen und Herren! An die Anfragen knüpft sich keine Diskussion. Deshalb sind auch diese Zwischenrufe höchst unnötig und nicht der Geschäftsordnung entsprechend.

Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich frage den Vertreter der Regierung, ob er es als seine Aufgabe betrachtet, die Deutsche Nationalversammlung zu verhöhnen? (Große Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten.)

Präsident: Diese Anfrage hat mit der vorigen nichts zu tun. (Sehr richtig!) Damit ist die Anfrage Nr. 53 erledigt.

Ich rufe auf: Anfrage Nr. 56, Dr. Roesicke (Nr. 137 der Drucksachen). Zur Verlesung derselben hat das Wort der Herr Abgeordnete Kreft.

Kreft, Abgeordneter:

> In der „Vossischen Zeitung" vom Sonntag, den 9. März 1919, befindet sich folgende Mitteilung:
>
> Die Wahlen zum zweiten Rätekongreß. Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte hat beschlossen, daß die Wahlen für den zum 26. März einzuberufenden **Rätekongreß** bis zum 16. März nach den Grundsätzen der Verhältniswahl stattfinden müssen. Als Wahlbezirk gilt die Gemeinde. Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, die gegen Lohn oder Gehalt tätig sind und deren Einkommen jährlich 10 000 Mark nicht überschreitet. Orte mit vorwiegend Landwirtschaft treibender Bevölkerung haben neben den Arbeiterräten auch eine entsprechende Anzahl Bauernräte zu wählen.
>
> Offenbar steht dieser Beschluß der Arbeiter- und Soldatenräte im Widerspruch mit dem Erlaß des Reichsernährungsamts über Wahlen von Bauern- und Landarbeiterräten. Ist die Reichsregierung in der Lage, hierüber Auskunft zu geben, und was gedenkt sie zutreffendenfalls hiergegen zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Braun.

Braun, Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium: Die vom Zentralrat bekanntgegebenen Richtlinien für die **Wahlen zum zweiten Rätekongreß** stimmen mit der vom Reichsernährungsamt erlassenen Wahlordnung für die Bauern- und Landarbeiterräte nicht in allen Punkten überein. Es ist aber in Nr. 2 der Richtlinien vorgesehen, daß eine Neuwahl unterbleiben kann, wenn die zurzeit bestehenden Arbeiter- und Bauernräte im wesentlichen im Sinne der Richtlinien zusammengesetzt sind. Zur Behebung etwaiger über die Frage der Anerkennung bestehender Bauern- und Landarbeiterräte noch vorhandenen Zweifel und zur Vermeidung von Neuwahlen an Orten, in denen Bauern- und Landarbeiterräte gemäß dem Erlaß des Reichsernährungsministeriums errichtet sind, hat zwischen dem Reichsernährungsministerium und Vertretern des Zentralrats eine Besprechung stattgefunden, als deren Ergebnis die nachfolgende, inzwischen vom Zentralrat veröffentlichte Erläuterung zu den Richtlinien aufgestellt ist:

Wo Bauern- und Landarbeiterräte nach Maßgabe der Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 22. November 1918 bestehen, gilt je ein aus der Gruppe der Bauern und je ein aus der Gruppe der Landarbeiter von jeder Gruppe zu bestimmender Vertreter als einer der Abgesandten zur Wahlkreiskonferenz. Ebenso gilt ein von einem allgemeinen Arbeiterrat im gleichen Orte gewählter Vertreter als Abgesandter zur Wahlkreiskonferenz. Sind auf diese Weise mehrere Abgesandte für einen Ort bestellt, so haben diese gleichwohl nur eine Stimme. Hat der Ort über 5000 Einwohner, so haben die Abgesandten gemeinsam die der Einwohnerzahl entsprechende Anzahl von Stimmen. Einigen sich mehrere Abgesandte eines Ortes nicht darüber, wer von ihnen Stimmenführer sein soll, so entscheidet die Wahlkreiskonferenz.

Nach dieser Regelung bleibt die vom Reichsernährungsministerium für die Bauern- und Landarbeiterräte erlassene Wahlordnung unverändert bestehen. Es sind also an Orten, wo solche Räte gebildet sind, Neuwahlen im allgemeinen nicht erforderlich.

Präsident: Ich rufe auf: Anfrage Nr. 57, Dr. Oberfohren (Nr. 138 der Drucksachen) und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Oberfohren.

Dr. **Oberfohren,** Abgeordneter:

Die ohne jede Rücksicht auf besondere Verhältnisse erfolgenden, sich immer noch mehr steigernden schweren Eingriffe in den Viehstapel haben für **Schleswig-Holstein** und die angrenzenden Gebiete Nordwestdeutschlands die Gefahr der Nichtausnutzung großer natürlicher Futterquellen, nämlich der ausgedehnten fruchtbaren Weiden, zur Folge. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um eine einigermaßen ausreichende **Beschickung der Fettweiden** sicherzustellen.

Präsident: Zu ihrer Beantwortung hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Braun.

Braun, Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium: Das Reichsernährungsministerium wendet der bestmöglichen **Ausnutzung der fruchtbaren Weiden Nordwestdeutschlands** mit Rücksicht auf deren Bedeutung für die Fleischerzeugung das größte Interesse zu.

Um diese Ausnutzung zu sichern, ist folgendes geschehen:

1. Die Weidegebiete sind von der Reichsfleischstelle und den Landesfleischämtern von Viehlieferungen bis zum Beginn der Entleerung der Weiden soweit als möglich entlastet dadurch, daß die Ablieferungspflicht für Vieh in den Weidegebieten in der Hauptsache auf die Zeit vom Juli bis November gelegt und jetzt möglichst die Konservenbestände verausgabt werden.
2. Für die Fettweiden von Schleswig-Holstein versucht das Preußische Landesfleischamt auch in diesem Jahre, Mastvieh aus anderen Provinzen und außerpreußischen Bundesstaaten durch Abschluß von Mastverträgen unter günstigen Bedingungen zum Beschlagen der Weiden zu bringen.

3. Der Reichsfleischstelle ist es möglich geworden, dem Schleswig-Holsteinischen Viehhandelsverband, wie im vorigen Jahre, mehrere hundert Stück im Besitz der Heeresverwaltung befindliche Mastrinder zur Besetzung der Fettweiden unter Abschluß eines Mastvertrags zuzuweisen. Mit dem Abtransport der Tiere wird demnächst begonnen.
4. Endlich fördert die notgedrungene Senkung der Fleischrationsmenge die Besetzung der Fettweiden und anderer Weiden, da sie die Viehentnahme erheblich herabsetzt.

Präsident: Ich rufe auf: Anfrage Nr. 58, Dr. Philipp, Biener, Dr. Heinze, Burlage (Nr. 139 der Drucksachen) und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Philipp.

Dr. **Philipp**, Abgeordneter:

Während des letzten **Generalstreiks zu Leipzig** sind durch die dortigen Machthaber **Waffen aus Heeresbeständen** des XIX. Armeekorps an den streikenden Teil der Bevölkerung abgegeben worden. Obwohl nach Beendigung des Streiks zur Abgabe der Waffen aufgefordert worden ist, muß befürchtet werden, daß zahlreiche Personen solche zurückbehalten. Dadurch wird die Sicherheit von Person und Eigentum, insbesondere von Nahrungsvorräten, nicht nur in Leipzig, sondern auch in dessen Umgebung noch mehr wie bisher gefährdet. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die ausgegebenen Waffen wieder fest in ihre Hand zu bekommen, um Ernährungsschwierigkeiten in Leipzig und Umgegend, insbesondere während der bevorstehenden Messe, vorzubeugen?

Präsident: Zu ihrer Beantwortung hat das Wort der sächsische Militärbevollmächtigte Herr Oberst Schulz.

Schulz, Oberst, Sächsischer Militärbevollmächtigter: Während des letzten **Generalstreiks zu Leipzig** sind durch die derzeitigen dortigen Machthaber **Waffen aus Heeresbeständen** des XIX. Armeekorps nur in verhältnismäßig geringem Umfange an den streikenden Teil der Bevölkerung abgegeben worden. Es handelt sich um etwa 3500 Gewehre.

Der Leipziger Soldatenrat, der sich nochmals dem Minister für Militärwesen in allen Forderungen unterworfen hat, hat angegeben, daß er eine Liste aller Personen besäße, an die Waffen ausgegeben worden sind, und versprochen, daß er die Waffen sämtlichst zurückgeben wird. Soweit dies noch nicht geschehen, ist die Abgabe in die Wege geleitet.

Es befinden sich aber Waffen in größerer Anzahl noch aus den Revolutionstagen im November her in den Händen der Zivilbevölkerung Leipzigs. Das Ministerium für Militärwesen versucht, die Rückgabe dieser Waffen in Verbindung mit dem Ministerium des Innern zunächst auf gütlichem Wege durchzusetzen, und hat bis jetzt noch nicht die Überzeugung gewinnen können, daß dieser Weg nicht zum Erfolg führen wird. Sollte sich herausstellen, daß die Waffen auf diese Weise nicht wieder in die Hand der Regierung zu bekommen sind und daß Sicherheit von Person und Eigentum, insbesondere von Nahrungsvorräten in Leipzig und dessen

näherer Umgebung gefährdet werden, so behält sich die Regierung, besonders im Hinblick auf die bevorstehende Leipziger Messe, vor, auf anderem Wege die Einziehung der noch in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen zu erzwingen.

Präsident: Ich rufe auf: Anfrage Nr. 59 Dr. Philipp und Genossen (Nr. 140 der Drucksachen) und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Philipp.

Dr. **Philipp**, Abgeordneter:

Gelegentlich des **Generalstreiks zu Leipzig** ist der dortige **Oberbürgermeister** unter Bedrohung mit militärischer Waffengewalt gezwungen worden, eine Anweisung auf Zahlung von 400 000 Mark aus Mitteln der Stadt Leipzig zu geben. Ist das der Reichsregierung bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um in Zukunft solchen Mißbrauch der militärischen Gewalt zu verhüten?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem sächsischen Militärbevollmächtigten Herrn Oberst Schulz.

Schulz, Oberst, Sächsischer Militärbevollmächtigter: Die Erörterung in der Angelegenheit konnte noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Infolgedessen ist die sächsische Regierung noch nicht in der Lage, auf die Anfrage eine abschließende Antwort zu erteilen.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Philipp.

Dr. **Philipp**, Abgeordneter: Ich frage an, warum die Erörterung der sächsischen Regierung noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnte.

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Oberst Schulz.

Schulz, Oberst, Sächsischer Militärbevollmächtigter: Auf diese Anfrage habe ich jetzt keine Veranlassung näher einzugehen.

Präsident: Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung, Anfragen, erledigt.

Wir gehen über zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation Arnstadt und Genossen, betreffend Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe (Nr. 102 der Drucksachen).

Meine Damen und Herren! Es liegt als dritter Gegenstand eine weitere Interpellation vor, die

Interpellation Gröber, v. Payer und Genossen, betreffend Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handeltreibenden (Nr. 145 der Drucksachen).

Es schiene mir zweckmäßig zu sein, die Besprechung dieser beiden Interpellationen miteinander zu verbinden. — Das Haus ist — ich stelle das hiermit fest — damit einverstanden.

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Regierung, ob er die beiden Interpellationen heute beantworten will?

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Ich bin bereit, die Interpellationen sofort zu beantworten.

Präsident: Die Regierung ist dazu bereit. Zur Begründung der Interpellationen erteile ich zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Wetzlich.

Wetzlich, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn wir heute mit Bangen der politischen Entwicklung der nächsten Wochen entgegenblicken, könnte wohl bei manchen die Meinung entstehen, daß die heute zur Verhandlung stehenden Interpellationen nicht ganz zeitgemäß seien; und doch wird man bei tieferem Nachprüfen nach den Ursachen des Zusammenbruchs sehr bald auf die wirtschaftliche Seite hingewiesen werden. — Es fehlte während der letzten Kriegsjahre die vermittelnde Wirkung des Mittelstandes. Die Kluft zwischen denen auf der einen Seite, die nur geringe Verdienste hatten, und denen auf der anderen Seite, die ungeheure Vermögen anhäufen konnten, war zu tief. Es mußte der Ruf nach einem Ausgleich erschallen, und wenn man besonders berücksichtigt, daß auf der einen Seite selbständige Existenzen wie Kartenhäuser zusammenstürzten (hört! hört! rechts) und auf der anderen Seite Gesellschaften oft nicht nur ihr Kapital in einem Jahr verdienen konnten, sondern auch, wie die Gesellschaftsberichte ja ergeben hatten, das Mehrfache ihres Kapitals, dann mußte dieser Umstand jedenfalls eine tiefe Erbitterung hervorrufen, besonders in den Kreisen des betroffenen Mittelstandes. Der Inhalt der heute zur Verhandlung stehenden Interpellationen hätte bereits seine Erledigung finden können durch Besprechung der von uns in einer Entschließung zusammengefaßten Anträge. Sie fielen unter den Tisch durch einen sozialdemokratischen Antrag, der verlangte, daß über unsere Entschließung zur Tagesordnung übergegangen werden sollte (hört! hört! rechts), und da dieser sozialdemokratische Antrag die Zustimmung der Mehrheitsparteien fand (hört! hört! rechts), sahen wir uns natürlich gezwungen und ließen uns nicht abschrecken, auf andere Weise das, was wir für nötig im Interesse der Allgemeinheit hielten, durchzusetzen. (Sehr richtig! rechts.)

Unsere Interpellation, die heute auf der Tagesordnung steht und einen Teil derjenigen Anträge bildet, die wir zu Beginn der Tagung eingebracht hatten, hat inzwischen Nachfolger gefunden. Daß diese Anträge nicht belanglos waren, beweist gerade der Umstand, daß wir Gefolgschaft bei den bürgerlichen Parteien gefunden haben, die seinerzeit mit dafür sorgten, daß unsere Anträge unter den Tisch fielen. (Sehr wahr! rechts.)

Wir sind der Überzeugung, die wohl nunmehr überall Platz gegriffen hat, daß gerade die wirtschaftlichen Fragen hier in der Nationalversammlung erörtert werden müssen. Die Nationalversammlung muß Zeit haben für die Prüfung der augenblicklichen und leider auch künftigen wirtschaftlichen Notlage. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wenn wir oft bei allen möglichen Debatten in der Nationalversammlung den Ruf nach Brot gehört haben, und wenn dieser Ruf immer schriller und eindringlicher ertönt, so muß dieser Ruf mit dem Schrei nach Arbeit beantwortet werden. Die Bedingungen, unter denen wir die Lebensmittel vom Ausland bekommen sollen, die Gegenwerte, die wir als Bezahlung zu leisten haben, stellen gewissermaßen die letzten finanziellen und wirtschaftlichen Reserven dar, die das Deutsche Reich opfern muß. Bei Betrachtung dieses muß jedem klar werden, daß es unbedingt notwendig ist, mit aller Energie, die uns zu Gebote steht, produktive Werte zu schaffen. Aber das ist selbstverständlich nur möglich, wenn ein **Arbeitswille** vorhanden ist. (Sehr richtig! rechts.) An diesem Arbeitswillen fehlt es heute. In allen Kreisen, in allen Berufsschichten, bei der Arbeiterschaft wie bei der Beamtenschaft, bei den Ingenieuren, bei den Selbständigen, im Handel und in der Industrie — überall herrscht Mutlosigkeit, und diese Mutlosigkeit hat die Erschlaffung des Arbeitswillens hervorgerufen. Demgegenüber ist es unsere Aufgabe und unsere heilige Pflicht, für eine Wiedererstarkung des Arbeitswillens zu sorgen. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir unser Wirtschaftssystem wieder in gesunde Bahnen bringen wollen, dann ist eine neue wirtschaftliche Entwicklung nötig, die aber nur herbeigeführt werden kann, wenn die Regierung die maßgebenden Kreise aus Handel und Gewerbe, aus Industrie und Handwerk, vertreten durch ihre Organisationen, unterstützt. Groß ist insbesondere und schwer und düster ist für diese der Ausblick in die Zukunft, die **Notlage der Selbständigen.** Damit will ich natürlich nicht behaupten, daß nicht auch andere Berufsstände sich in einem schweren Wirtschaftskampf befinden. Wir wissen zum Beispiel leider genau, daß die Lage der Privatangestellten geradezu trostlos ist. Ebensowenig soll mit dem Hinweis darauf, daß die Notlage der Selbständigen außerordentlich groß ist, etwa behauptet werden, daß nun alle Selbständigen ohne Ausnahme sich in einer Notlage befinden. Im Gegenteil, ungefähr 30 Prozent haben im Kriege und durch die Kriegswirtschaft erhebliche, oft mühelose und unverdiente wirtschaftliche Erfolge erzielt. Ja, wir haben sogar in zahlreichen Fällen die Tatsache zu verzeichnen, daß ehemals kranke Gesellschaften, krank dastehende Handwerks- und auch Gewerbebetriebe auf eine gesunde und kräftige Basis gestellt worden sind. Aber wenn zirka 30 Prozent der Selbständigen sich heute in einer guten wirtschaftlichen Lage befinden, so kann uns doch dieser Umstand nicht dazu veranlassen, der anderen 70 Prozent nicht zu gedenken. Ein

Regierungsvertreter eines Gliedstaates hat kürzlich bei Gelegenheit einer ähnlichen Debatte sich dahin geäußert, daß man von einer Notlage der Selbständigen im allgemeinen nicht sprechen könnte. Er hat hierbei lediglich der erwähnten 30 Prozent gedacht. Ist es aber eine Logik und vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nicht verwerflich, daß, wenn es 30 Prozent einer Berufsgruppe gut geht, man dann der anderen 70 Prozent nicht zu gedenken braucht? Wir und die Regierung haben im Gegenteil nunmehr die heilige Aufgabe, keine Stunde zu verlieren, Maßnahmen zu ergreifen, daß das gesamte Wirtschaftsleben wieder in Gang gebracht wird, damit produktive Werte geschaffen werden. (Sehr richtig! rechts.) Hierzu gehört auch die Notwendigkeit, dem Handel die schweren Fesseln abzunehmen.

Wollen wir wieder aufbauen, dann haben wir uns natürlich zunächst die Frage vorzulegen, worauf denn letzten Endes die Zertrümmerung unserer gesamten Volkswirtschaft zurückzuführen ist. Es ist wohl ohne weiteres klar, daß bei einem siegreichen Ende des Krieges das gesamte Wirtschaftsleben sich spielend wieder eingerichtet hätte. Auf der anderen Seite besteht wohl aber kein Zweifel in ernsthaften Kreisen darüber, daß an dem vollkommenen **Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft** lediglich die **Revolution** die Schuld trägt. (Sehr richtig! rechts und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, daß die Revolution die Schuld daran trägt, will ich in kurzen Ausführungen beweisen. Wir wissen, daß seit dem 9. November, seit dem Ausbruch der Revolution die Arbeit im Deutschen Reiche so gut wie vollständig ruht. Die Tatsache nun, daß im Deutschen Reich, einem 65-Millionen-Volk, seit 4½ Monaten nicht gearbeitet wird, hat die Industrie, Handel und Gewerbe nicht nur vollkommen lahmgelegt, sondern in ihren finanziellen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen aufs schwerste und ernsteste bedroht. Die verlorene Arbeitskraft bedeutet einen Verlust für unser Wirtschaftsleben, der nicht zu ersetzen ist. (Sehr richtig! rechts.) Und auf der anderen Seite wissen wir auch, daß wir durch die Revolution, durch die um 4½ Monate verringerte Arbeitskraft jetzt an einem vollständigen Kohlenmangel leiden. Wer sich die Mühe macht, die Nachrichten der Demobilmachungspresse zu lesen, wird fast in allen Nummern auf Berichte der Gemeinden, der Handelskammern usw. stoßen, die darüber klagen, daß zahlreiche Industriezweige lediglich aus Kohlenmangel haben stillgelegt werden müssen. Es gibt noch eine ganze Anzahl Industrien, die nicht an Rohstoffmangel leiden, sondern denen lediglich die Kohlen fehlen. Hunderttausende von Arbeitern könnten daher beschäftigt werden, wenn die industriellen Unternehmungen Kohlen hätten, was wiederum günstige Rückwirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft ausüben müßte.

Und dann, meine Damen und Herren, was fehlt uns sonst noch hauptsächlich? Die Ordnung fehlt im Wirtschaftsleben! Selbst in dem kleinsten Wirtschaftsunternehmen, im kleinsten Gewerbebetrieb kann eine gedeihliche Entwicklung nur geschehen, wenn die Grundforderung gegeben ist, daß Ordnung herrscht, und die Revolutionsbewegung mit all ihren Nebenerscheinungen mußte diese völlig untergraben. Es ist auch für den Kaufmann und den Handeltreibenden unmöglich, irgendeine Kalkulation — die wesentlichste Bedingung geordneter Geschäftsführung — aufzustellen, wenn er nicht weiß, wie es morgen und übermorgen aussieht, welche Löhne morgen verlangt werden, welche sonstigen Anforderungen an ihn gestellt werden. Auch hier ist es Aufgabe der Regierung, dahin zu wirken, daß im Wirtschaftsleben bei der Schaffung industrieller Werte die Preisbildung wieder eine gesunde Basis erhält. Es ist ein ungesunder Zustand, daß die Preise, die an sich schon schwindelnde Höhe hatten, wie wild weiter in die Höhe getrieben werden und fast wahnsinnige Preise für industrielle Werte verlangt werden. Nach dieser Richtung hin muß Wandel geschaffen werden.

Was das **Wirtschaftssystem** anlangt — und damit komme ich auf den Kernpunkt meiner Ausführungen —, so ist festzustellen, daß sich das Wirtschaftssystem, also der wirtschaftliche Aufbau, selbst bei uns aufs glänzendste bewährt hat, und deshalb dürfen wir nicht Zeit damit verlieren, irgendwelche gefährliche, wirtschaftliche Experimente zu treiben.

Was nun die einzelnen **Handwerksbetriebe** anlangt und was die kleinen und mittleren Betriebe für unsere Arbeiterschaft und für unsere Volkswirtschaft bedeuten, darüber herrschen vollkommen falsche und irreführende Vorstellungen. Man hält namentlich in den Kreisen, die wenig damit zu tun haben, diese Frage für ziemlich belanglos, und doch werde ich Ihnen aus Zahlen die enorme wirtschaftliche Bedeutung dieser kleinen und Mittelbetriebe beweisen. Ich habe hier eine Statistik, die anläßlich einer Kriegsanleihe aufgemacht wurde und die den gewerblichen Aufschwung Deutschlands innerhalb 25 Jahren kennzeichnen soll. Nach dieser Statistik beschäftigten im Jahre 1882 die Großbetriebe 1 613 000 Arbeiter und im Jahre 1907 5 350 000 Arbeiter, die kleinen und mittleren Betriebe beschäftigten im Jahre 1882 5 727 000 Arbeiter und im Jahre 1907 9 007 000 Arbeiter. Diese Zahlen beweisen, wie ungeheuer wichtig die Mittelstandsfrage auch für den Arbeiterstand selbst ist. (Sehr richtig!) Die kleinen und mittleren Betriebe beschäftigten also beinahe das Doppelte an Arbeitern wie die Großbetriebe, wenn auch in den letzten Jahren namentlich durch die Kriegsindustrie eine nicht unerhebliche allerdings ungesunde Verschiebung zu verzeichnen sein dürfte.

Wenn ich von der schweren Notlage gesprochen habe und wir diese ungeheure Notlage der kleinen Betriebe anerkennen müssen, so kann es sich heute natürlich bei Besprechung dieser Interpellation zur Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens nicht darum handeln, daß wir vielleicht mit kleinen und zu kleinlichen Forderungen kommen. Selbstverständlich sind diese Fragen nur großzügig zu erledigen. (Sehr richtig!) Wenn es sich hier um die Wiederaufrichtung der Wirtschaftsbetriebe handelt, so meinen wir nicht etwa, daß nun jede vor dem Kriege selbständige Existenz unbedingt wieder aufgerichtet werden muß. Die Allgemeinheit hat gar kein Interesse daran, daß schwache, zweifelhafte Existenzen, die sich schon im Frieden nicht bewährt haben, wieder gestützt werden; aber wir haben ein allgemeines Interesse daran, daß die Betriebe und die Betriebsleiter, die sich in ihrer Tätigkeit, in der Selbständigkeit bewährt haben und vielleicht nur dadurch, daß sie einberufen wurden, heute nicht mehr durch die Folgen des Krieges in der Lage waren, ihre Geschäfte zu betreiben, wieder in den Sattel gesetzt werden.

Nun ist natürlich die Frage aufzuwerfen, mit welchen Mitteln das geschehen kann. Zunächst würde es sich in erster Linie darum handeln, daß man diesen Betrieben in irgendeiner Form **Kredit** einräumt. Wir haben zwar bereits Kriegskreditkassen, auch Darlehnskassen und meinen zunächst, daß man die Kriegskreditkassen auch auf die Nichtkriegsteilnehmer ausdehnen möchte, und was die Darlehnskassen anlangt, so wäre es notwendig, sie noch weiter auszudehnen als bisher. Es wird vielleicht von Regierungsseite uns entgegengehalten werden, daß diese Hilfskassen bisher nicht genügend in Anspruch genommen worden sind. Das wird zutreffen. Es liegt aber zum großen Teil daran, daß sie zu schwerfällig arbeiten und zu harte Bedingungen stellen. Auf der anderen Seite ist eine Ursache mit darin zu suchen, daß ein großer Teil der Selbständigen gar keine Kenntnis von der Existenz dieser Hilfskassen hat.

Eine wichtigere Frage ist natürlich sowohl für die gesamte Industrie als auch namentlich für das Handwerk die **Beschaffung von Rohstoffen.** Nun hat die Regierung heute bereits auf eine Anfrage hin erklärt, daß sie bereit sei, Rohstoffe an Handwerks- und Gewerbekammern und auch an Genossenschaften usw. abzugeben, und auf eine weitere Anfrage hat sie erklärt, daß sie nur zu einem geringen Teil die Warenhäuser beliefern wolle. Mir ist allerdings gerade vor dieser Sitzung das Gegenteil mitgeteilt worden. In beträchtlichen Mengen sollen Warenhäuser namentlich in Westfalen mit Rohstoffen und Halbfabrikaten der Textilindustrie beliefert worden sein, während die Handwerker und Gewerbetreibenden vollkommen Mangel daran leiden. (Hört! hört! rechts.) Es soll zwar nicht meine Aufgabe sein, diese Frage jetzt näher zu erörtern, doch müssen wir mit Entschiedenheit gegen derartige unwirtschaftliche Maßnahmen Stellung nehmen.

Aber auf eins möchte ich hierbei mit wenigen Worten eingehen: auf die **Genossenschaftsfrage**. Wenn die Regierung die Genossenschaften in der Weise unterstützen will, wie sie zugesagt hat, so sind wir damit nicht nur einverstanden, sondern wir freuen uns über diese Unterstützung, wenn wir auch leider nicht verkennen dürfen, daß ein derartiger Entschluß in der Praxis kaum die erhoffte Wirkung ausüben dürfte, namentlich wenn man weiß, daß das Genossenschaftswesen bisher eine recht geringe Ausdehnung genommen hat. Eine Statistik vom Jahre 1918 weist nach, daß von den Handwerkern und Gewerbetreibenden in Sachsen nur zirka 8 Prozent organisiert waren, und von denjenigen, die genossenschaftlich organisiert sind, stellen den erheblichsten Anteil die Bäckereien, während sich auf der anderen Seite namentlich in den Kriegsjahren besonders die Schneider, Sattler und Tischler genossenschaftlich organisiert haben.

Was die Bäckereien und die meisten anderen Betriebe anlangt, so handelt es sich in der Hauptsache um Einkaufsgenossenschaften. Die **Einkaufsgenossenschaften** sind ja — darüber ist kein Zweifel — im allgemeinen für jedes Handwerk nicht nur zu gebrauchen, sondern zu empfehlen (sehr richtig! rechts), wie überhaupt das gesamte Genossenschaftswesen schon insofern zu befürworten ist, als es ganz bedeutend erzieherisch auf den Handwerker- und Gewerbestand wirkt. (Sehr wahr! rechts.) Außerdem fördert das Genossenschaftswesen den Zusammenschluß der einzelnen Betriebe und Gewerken, und nach dieser Richtung hin hat es ja bisher stets gefehlt. Wir haben immer Klagen darüber gehört — und sie sind berechtigt —, daß die Einigung innerhalb der Handwerkerkreise nicht so groß wäre, wie man vielleicht annehmen müßte, und wenn durch das Genossenschaftswesen eine größere Zusammenfassung und ein stärkeres Solidaritätsgefühl wachgerufen würde, so begrüßen wir alle diejenigen Maßnahmen, die vielleicht viele veranlassen können und müssen, in Genossenschaften einzutreten und neue Genossenschaften zu gründen. (Bravo! rechts.)

Was nun die Genossenschaften im allgemeinen anlangt, so ist natürlich richtig, daß diese ein allein seligmachendes Mittel nicht sein können. Persönliche Tüchtigkeit wird stets erstes Erfordernis bleiben. Die Genossenschaften selbst haben in gewissen Berufen — ich nannte bereits einige davon — außerordentlich fruchtbare Arbeit geleistet. Bei vielen Berufen und Handwerksbetrieben ist das Genossenschaftswesen allerdings nur in einem geringen Maß anwendbar.

Die bestehenden **Lieferungsgenossenschaften** sind namentlich Ergebnisse der letzten Kriegsjahre. Die Tischlerei- und Schneidereibetriebe haben sich zu derartigen Genossenschaften zusammengeschlossen, um Kriegslieferungen gemeinsam übernehmen zu können. Diese Lieferungsgenossenschaften werden in Zukunft eine weitere Ausdehnung kaum erfahren können. Sie sind in der Hauptsache nur dann möglich,

wenn es sich um Herstellung von Massenartikeln handelt, und Lieferungen von Massenartikeln hören natürlich nach dem Kriege im wesentlichen auf.

Wenn wir also auf der einen Seite wohl angenehm davon berührt sind, daß die Regierung das Genossenschaftswesen durch Zuweisung von Rohstoffen unterstützt und vielleicht dadurch mitfördernd wirkt, daß sich Abseitsstehende dem Genossenschaftswesen zuwenden, so muß ich doch aber sagen: vollkommen beruhigen können uns natürlich alle derartigen Mittel nicht von einer Regierung, die Verordnungen erläßt und Maßnahmen schafft, die auf die Zentralisierung und die Gemeinwirtschaft der Betriebe hinweisen. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Was nützt alles Rufen nach Zusammenschluß, was nützt alles Empfehlen von Genossenschaften, Selbsthilfe usw., wenn man auf der anderen Seite gesetzliche Maßnahmen trifft, die selbständige Betriebe zu verkümmern und auszuschalten drohen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn auch der Herr Reichswirtschaftsminister seinerzeit bei der Kohlendebatte erklärt hat, daß die Regierung gar nicht daran denke, die **Kleinbetriebe** durch die **Sozialisierung** zugrunde richten zu wollen, so sind wir leider doch davon überzeugt, daß die Durchführung derselben letzten Endes gar nicht anders möglich ist, als daß die Kleinbetriebe entweder verschwinden oder daß die Inhaber der Kleinbetriebe schließlich zu Handlangern der Gemeinde werden. (Sehr wahr! rechts.)

Meine Damen und Herren, deswegen haben wir ein berechtigtes Mißtrauen gegen eine solche Regierung, und namentlich müssen wir ein Mißtrauen gegen eine Regierung haben, von deren Vertretern und politischen Anhängern wir oft genug, zu allen Zeiten haben hören müssen, daß sie an der Erhaltung des Mittelstandes überhaupt kein Interesse haben.

Wir wären harmlose Gemüter, wenn wir sagten, wir sind dankbar für das, was uns die Regierung bietet. Der Mittelstand hat im Gegenteil mehr als je nötig, aufzupassen. Der Mittelstand darf sich nicht einschläfern lassen durch irgend welche beruhigende Erklärungen, die ja so leicht ausgesprochen sind. Für den Mittelstand heißt es gerade jetzt: Augen auf und Ohren steif halten! (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren, bei der Erledigung aller dieser Fragen ist natürlich die Heranziehung von berufenen Vertretern der Gewerbekammern, der Handelskammern und überhaupt aller Standesorganisationen notwendig. Es ist nicht möglich, den wirtschaftlichen Wiederaufbau vorzunehmen, ohne diese zu hören.

Wenn ich z. B. einige Worte über den **achtstündigen Arbeitstag** verlieren möchte, so will ich nicht auf die prinzipielle Frage des Acht-

stundenarbeitstages selbst eingehen; denn ich meine, was den Achtstundenarbeitstag anlangt, so ist die Frage noch nicht spruchreif. Die künftige wirtschaftliche Entwicklung wird ja lehren, ob wir bei voller Beschäftigung in allen Teilen mit dem Achtstundenarbeitstag auskommen können; aber von einem anderen Gesichtspunkt aus möchte ich die Frage einmal von der Regierung beurteilt haben; ich möchte eine Antwort darüber haben, ob sie nicht wenigstens nach der Richtung hin Maßnahmen trifft, daß der Achtstundenarbeitstag nicht rein schematisch durchgeführt wird, sondern daß man auf gewisse Berufsarten und deren wirtschaftliche Eigenheiten Rücksicht nimmt, bei denen die strenge Durchführung des Achtstundenarbeitstages unbedingt schwere Schädigungen hervorrufen muß. Ich denke z. B. an die Saisonbetriebe, unter anderen das Baugewerbe oder auch das Schneiderhandwerk. Sie haben wahrscheinlich teilweise auch die Petition der Arbeitgeber für das Schneidergewerbe Deutschlands erhalten, in der der lebhafte, durchaus in allen Teilen berechtigte Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, daß der Achtstundenarbeitstag in diesem Gewerbe nicht in strenger Weise durchgeführt werden möchte. Auch die Schuhmacher haben in ähnlicher Weise sehr beachtliche Gesichtspukte geltend gemacht. Man will — und dieser Wunsch ist ja berechtigt — einen weiteren Spielraum in der Ausnutzung der Arbeitskraft haben. Wenn nach dieser Richtung hin von seiten der Regierung Maßnahmen getroffen werden, die allen diesen Wünschen gerecht werden und erfüllt werden können, ohne daß der Achtstundenarbeitstag wesentlich durchlöchert wird, dann könnte man beweisen, ob man es ernst mit der Mittelstandsfürsorge meint.

Aber immerhin kann es sich bei all diesen Fragen nicht allein um leere Versprechungen handeln, sondern die Hauptsache bei Beurteilung aller Mittelstandsfragen ist: welcher Geist und ehrlicher Wille beherrscht diejenigen, die dazu berufen sind, die Mittelstandsfragen zu behandeln? (Sehr richtig! rechts.)

Eine wesentliche Frage ist auch die **Wiederherstellung der freien wirtschaftlichen Tätigkeit.** Die Kriegsgesellschaften haben nicht das geleistet, was der deutsche Kleinhandel vermocht hätte. Der schnellste Abbau der Kriegsgesellschaften ist unbedingt notwendig. (Sehr richtig! rechts.) Wenn durch die Sozialisierung des Handels derselbe vollkommen lahmgelegt worden ist, so möchte ich aber doch auf eines hinweisen: Der legitime Handel ist noch vorhanden, und die Reichsregierung möchte sich namentlich jetzt, wo wir die Lebensmittel vom Ausland zu erwarten haben, des **Großhandels** und des **Kleinhandels** bedienen. (Sehr richtig! rechts.) Es liegt nicht nur im Interesse der Unternehmer des Handels, sondern auch im Interesse der Verbraucher selbst. (Sehr wahr! rechts.) Wir

haben während der Kriegszeit oft genug hören müssen, daß erhebliche Prozentsätze der Lebensmittel durch schlechte und unsachgemäße Behandlung verdorben sind. Will man derartiges verhüten, so übergebe man dem sachkundigen und persönlich interessierten Kaufmann im Groß- und Kleinhandel die Verteilung der Lebensmittel. (Zustimmung rechts.)

Nach dieser Richtung hin ist heute eine **Petition der Danziger Handelsvertreter** eingetroffen. Auch hier möchte ich der Regierung empfehlen, sich einmal mit den Handelsvertretern selbst in Verbindung zu setzen, um durch den freien Handel der Allgemeinheit das in zweckdienlicher, gerechter und einwandfreier Weise zuzuführen, was notwendig ist. Mit hoher Genugtuung können wir konstatieren — die Friedenszeiten haben es ja gezeigt —, daß der deutsche Kaufmann seiner Aufgaben bewußt war, er allein ist in der Lage, die Lebensmittel, wie überhaupt jede Ware, durch die Kanäle hindurch bis in das entfernteste Dorf hineinzubringen, in besserer Weise, als es die Kriegsgesellschaften bisher gekonnt haben. (Beifall rechts.)

Ich möchte hier noch kurz eine Frage erwähnen, die sich auch auf eine Petition bezieht, die Sie wohl zum großen Teil in Ihren Händen haben. Es handelt sich um die Frage der **Sonntagsruhe**. Meine Damen und Herren, wir sind prinzipiell für ein Gesetz der Sonntagsruhe. Aber auch hier, meine ich, muß man Rücksicht nehmen auf die einzelnen Gewerbe. Ich denke zum Beispiel an die **Blumenhändler**. Sie wissen ja alle, daß dieses Geschäft in der Hauptsache doch ein Sonntagsgeschäft ist. Man darf das Gesetz der Sonntagsruhe doch schließlich nicht so eng fassen und auslegen, daß man ein einzelnes Gewerbe damit vollständig ruiniert, wie das geschehen würde. Also auch nach dieser Richtung hin würde ich der Regierung dankbar sein, wenn sie uns eine Auskunft geben würde, wie sie zum Beispiel in diesem Falle über die Auslegung des Gesetzes der Sonntagsruhe selbst denkt. Jedenfalls halten wir für dringend nötig, daß im Interesse aller durch ein unzweckmäßiges Gesetz über die Sonntagsruhe schwer gefährdeten Berufsgruppen deren Wünsche volle Beachtung finden.

Aber alle diese Fragen sind natürlich nur erschöpfend zu erledigen, wenn man die andere Frage mitbehandelt, und das ist die Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Die finanziellen Mittel, die Schaffung von Rohstoffen würden ja allein nichts nützen, wenn keine Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Hier liegt an sich die Situation nicht so schlimm. Arbeit ist in Hülle und Fülle vorhanden. Aber wenn heute eine vollkommene Kirchhofsruhe herrscht auch bei den Kleingewerbetreibenden, so liegt das natürlich viel mit daran, daß die gestellten Preise für irgendwelche Reparaturarbeiten oder Neuanschaffungen zu hoch sind. Für die Übergangszeit würde ich hierbei an folgende Maßnahme denken:

Die Reichsregierung hat — die Nationalversammlung hat das ge-

nehmigt — 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt für die Beschaffung von **Notbehelfswohnungen** usw. Diese 300 Millionen Mark sollen dienen, Unternehmer zu unterstützen und gewissermaßen einen Ausgleich herbeizuführen für die fehlenden Mittel, die zu einer angemessenen Verzinsung des aufgewendeten Kapitals notwendig wären. Ich meine, wenn vielleicht nach einer ähnlichen Richtung bewegend ein gewisser Betrag zur Verfügung gestellt würde für diejenigen unbedingt notwendigen industriellen Werte, Handwerks- und Reparaturarbeiten, die nicht beschafft, gekauft oder bestellt werden, weil sie zu teuer sind, würde man nicht nur Handel und Gewerbe und Handwerk unterstützen, sondern auch der Allgemeinheit dienen. In gleicher Weise wie bei der Rohstoffverteilung müßten hier die Genossenschaften, Handwerkskammern usw. ihre segensreiche Tätigkeit entfalten. In entsprechender Weise müßte natürlich der Nachweis erbracht werden, daß diese und jene Artikel und Arbeiten eine unbedingte Notwendigkeit für die Allgemeinheit sind, aber nicht gekauft und bestellt werden, weil Arbeitslöhne, Rohstoffe usw. zu teuer sind. Man würde nicht nur erreichen, daß man die Handel- und Gewerbetreibenden beschäftigt, daß man der Allgemeinheit billigere Waren verschafft, nein, man schafft auch Arbeitsgelegenheiten für die Arbeiter selbst und steuert auf diese Weise wieder der Arbeitslosigkeit und vermindert um ein Wesentliches die Kosten der Erwerbslosenfürsorge.

Nun möchte ich noch auf eine Frage eingehen. Ich halte es unbedingt für notwendig, daß auch eine den Lebensinteressen von Handel und Industrie entsprechende **Steuerpolitik** getrieben wird. Wir wissen ja, daß unsere Reichsfinanzen bedrückend schlechte sind, der vor einigen Wochen bewilligte 25-Milliarden-Kredit hat dies grell beleuchtet. Er ist leider bewilligt worden, ohne daß man uns eine nähere Auskunft darüber gegeben hat, wozu diese Milliarden gebraucht werden, und in welcher Weise die verbrauchten Milliarden Verwendung gefunden haben. Man hat uns damals auch kurzerhand bedauerlicherweise das Wort abgeschnitten und, meine Damen und Herren, wenn bei dieser Kreditvorlage die Regierung, wie es ja beim Kohlensozialisierungsgesetz auch geschehen ist, uns wenigstens drei Tage zur Kommissionsberatung Zeit gelassen hätte (sehr richtig! rechts), dann wäre vielleicht manche noch heute bestehende Beunruhigung vermieden und mancher Irrtum aufgeklärt worden (sehr gut! rechts), und es hätte das auch zur Klärung der finanziellen Lage etwas beitragen können. Die hohe Nationalversammlung in ihrer Blockmehrheit hat auf die nähere Auskunft verzichtet; wir nicht!

Wir wissen nur das eine, daß die Finanzen heute denkbar schlecht sind, und daß man natürlich versuchen wird, namentlich aus Handel und Industrie, Handwerk und Gewerbe, wo es möglich ist, dasjenige zu holen, was gebraucht wird. Gewiß, auch wir sind dafür, daß namentlich die

großen **Kriegsgewinne** in recht starker Weise beschnitten, vielleicht restlos herangeholt werden, aber ich möchte doch davor warnen, daß man Steuergesetze schafft, die Handwerk, Industrie und Handel lahmlegen können. (Sehr richtig! rechts.)

Man hört namentlich von gewissen Kreisen oft den Kampfruf gegen den Kapitalismus ertönen. Auch hier wäre es notwendig, daß etwas Aufklärungsarbeit dahin geschähe, daß doch die engsten Wechselbeziehungen zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und dem **produktiv arbeitenden Kapitalismus** bestehen. (Bravo! rechts.) Man kann den Kapitalismus nicht, wie man es von vielen Seiten aus will und verlangt, einfach abtöten. Wenn man den produktiv arbeitenden Kapitalismus abtötet, tötet man auch das gesamte Wirtschaftsleben. (Sehr gut! rechts.)

Ich möchte zum Schluß noch auf eine Frage eingehen. Wir haben seit mehreren Jahren so oft die Worte hören müssen: freie Bahn dem Tüchtigen. Diese Worte werden fast stets in der Weise ausgelegt, als ob die Tüchtigen eigentlich nur für die akademischen Berufe in Frage kämen. Nichts ist falscher als das. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß gerade für die Selbständigen, für diejenigen, die doch schließlich berufen sind, einmal ein größeres Unternehmen zu leiten, in besonderem Maße die persönliche Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit notwendig ist. (Zustimmung rechts.) Nicht nur Kenntnisse, Fleiß, Energie und persönliche Tüchtigkeit, nein auch Selbstzucht müssen die Eigenschaften der Selbständigen sein. Man soll nicht meinen, daß der in der Schule Tüchtige lediglich für das akademische Studium brauchbar sei, es muß der Gedanke in das Volk, insbesondere der wirtschaftlich Bessergestellten hineingetragen werden, daß gerade der Gewerbestand tuchtige Persönlichkeiten braucht. (Sehr gut! rechts.)

Wenn wir nun heute merken — und wir haben es ja aus den letzten Vorgängen feststellen müssen —, daß von der Regierung die **Gemeinwirtschaft** in einer Weise propagiert wird, daß, wie wir glauben, damit bei Durchführung der Sozialisierung der Untergang der selbständigen Kreise in äußerster Konsequenz besiegelt ist, so müssen wir andererseits, während man heute aus politischen Gründen zur Gemeinwirtschaft übergeht, namentlich aus den Zeitungen der Auslandspresse feststellen, daß das Ausland gerade das Gegenteil tut. Das Ausland propagiert mit allen Kräften die freie Wirtschaft, man merkt es auch aus den einzelnen Artikeln: das Ausland schmunzelt und reibt sich die Hände über unseren Sozialisierungstaumel. (Sehr richtig! rechts.) Letzten Endes muß ja die Sozialisierung uns vom Weltmarkt ausschalten.

Meine Herren, wenn Sie nun ein wirtschaftlich starkes Deutschland schaffen wollen, so ist nach unserer Auffassung es unbedingt nötig,

für die **Erhaltung der Eigenwirtschaft** zu sorgen. Geben Sie der Entwicklung des Individuums freie Bahn! Fesseln und hemmen Sie nicht starke wirtschaftliche Persönlichkeiten. Der Kaufmann, der Handwerker, der Techniker, der sich stark fühlt, der den Drang nach Betätigung fühlt, paßt nicht in die Zwangsjacke der Sozialisierung. (Sehr gut! rechts.) Sie treiben ihn hinaus ins Ausland (sehr wahr! rechts), und blutenden Herzens werden die Besten dem Vaterland den Rücken kehren. Meine Damen und Herren! Sorgen Sie, ehe es zu spät ist, dafür, daß das nicht geschieht, hemmen Sie nicht unseren Nachwuchs, sondern geben Sie namentlich freie Bahn dem Tüchtigen! (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort zur Begründung der Interpellation Gröber, v. Payer und Genossen dem Herrn Abgeordneten Irl (Oberbayern).

Irl (Oberbayern), Abgeordneter, Interpellant: Verehrte Frauen und Herren! Meine politischen Freunde hatten schon im vorigen Jahr eine Interpellation über den **Wiederaufbau des selbständigen gewerblichen Mittelstandes** und **Kleingewerbestandes** eingereicht. Diese Interpellation wurde auch fast genau vor einem Jahr im Reichstag ausgiebig besprochen. Ich darf wohl darauf hinweisen, das fast alles, was damals zur Begründung vorgebracht wurde, auch heute noch zutrifft. Jedenfalls sind seit dieser Zeit die Verhältnisse und die Aussichten für Handwerk und Gewerbe nicht besser, sondern vielfach sehr viel schlechter geworden. (Sehr richtig!) Abgesehen davon, daß unsere gesamte wirtschaftliche Lage durch den verlorenen Krieg und ganz besonders auch noch, wie der Herr Vorredner bemerkt hat, durch die eingetretene Revolution um sehr vieles sich verschlimmert hat, ist auch die Zukunft für den selbständigen Gewerbestand durch die Sozialisierungspläne sehr gefährdet, und die sogenannten **Rathenauschen Ideen**, die im vorigen Jahr von sämtlichen bürgerlichen Parteien und auch von der damaligen Regierung fast einmütig abgelehnt wurden, werden heute von dem Herrn Reichswirtschaftsminister anscheinend sehr begünstigt. (Hört! hört!) Auch die Zentrale für Heimatdienst, die doch ganz im Sinne und Dienst der jetzigen Regierung arbeitet, tritt in ihrer Flugschrift „Das deutsche Wirtschaftsleben und was ihm nottut" jetzt restlos für derartige Typisierungs- und Rationierungspläne ein. Wir geben sehr gern zu, daß, soweit die Industrie in Frage kommt, von diesen Plänen viel durchgeführt werden kann, und die Industrie hat ja selbst schon auf diesem Gebiet sehr viel gearbeitet, in ihren Trusts, in ihren Syndikaten und dergleichen.

Was aber das **Handwerk** und **Kleingewerbe** anlangt, so sind wir nach wie vor der Ansicht, daß man nicht alles nach einer Schablone behandeln darf, daß man den besonderen Verhältnissen dieser Ständ-

Rechnung tragen muß und daß man dabei auch die verschiedenen Landesteile des Reichs und die verschieden gelagerten Verhältnisse der einzelnen Handwerkszweige genügend berücksichtigen muß. Daß das Handwerk selbst von den Rathenauschen Ideen manches profitieren kann, habe ich schon des öfteren in der Öffentlichkeit betont. Wir haben selbstverständlich auch an dem Wiederaufbau und an dem Gedeihen unserer Industrie ein Interesse. Wir wollen alles dazu beitragen, auch in dieser Hinsicht zu retten, was noch zu retten ist.

Wir unterscheiden uns aber doch etwas in der von uns gestellten Interpellation von derjenigen der Herren Arnstadt und Genossen. Es ist nämlich dort von den selbständigen Betrieben in Handel, Handwerk und Industrie die Rede, während in unserer Interpellation nur von den mittleren und kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden gesprochen wird. Wir wollten uns dabei hauptsächlich an den Wortlaut des **Arbeitsprogramms** der jetzigen **Reichsregierung** halten und damit zum Ausdruck bringen, daß es uns mit der Durchführung dieses Punktes sehr ernst ist, und daß wir wissen wollen, welche Maßnahmen die Regierung nach dieser Richtung treffen will, und wie sich die Regierung die Durchführung dieses Programmpunktes denkt. Wir wollen nicht, daß dieser Satz nur auf dem Papier steht, sondern wir wollen, daß er durchgeführt wird. Wir sind auch der Ansicht, daß der Industrie schließlich doch wieder aus sich selbst heraus mehr Kräfte zur Verfügung stehen, um sich wieder emporzuarbeiten, während das bei den kleinen und mittleren Betrieben, deren Selbständigkeit zu erhalten ebensosehr im Interesse des Volksganzen und unserer gesamten Volkswirtschaft liegt, aus ganz natürlichen Gründen nicht so sehr der Fall ist. Man braucht deshalb noch lange nicht an Rückständigkeiten bei diesen kleinen und Mittelbetrieben zu denken, sondern muß in erster Linie beachten, daß die vereinigten Großbetriebe mehr berufsmäßige Angestellte und Interessenvertreter haben, mehr Sekretäre, Syndikus und dergleichen, und daß diese Leute ganz anders bezahlt werden, als es bei den Vertretern der kleinen Gewerbestände der Fall ist.

Im übrigen darf ich hier nochmals feststellen, wie ich das schon im vorigen Jahre bei der Begründung unserer damaligen Interpellation getan habe, daß die wirtschaftliche Organisation des Kleingewerbes und des Handwerks in stetem Fortschreiten begriffen ist, daß die Wege der Selbsthilfe von diesen Ständen immer mehr und mehr begangen werden, und daß diese Stände aus sich selbst heraus das Bestreben haben, sich den Zeitverhältnissen anzupassen. Es liegen aber die Verhältnisse für diese Stände in mancher Hinsicht viel ungünstiger als für die übrigen Stände unseres Wirtschaftslebens.

In einem gewissen Gegensatz zu dem Herrn Vorredner möchte ich betonen, daß wir gerade den Sozialisierungsbestrebungen der Regierung

gegenüber, die auch von anderen Seiten mit aller Macht an uns herandrängen, ein sehr wirksames Mittel darin finden, daß sich die kleinen Gewerbetreibenden genossenschaftlich organisieren und sich dadurch den Zeitverhältnissen anpassen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Was nun die Hebung dieses Standes betrifft, so handelt es sich in allererster Linie um die **Zuteilung von Rohstoffen.** Das Demobilmachungsamt erklärte auf Anfrage der Kollegen Malkewitz und Genossen, daß beim Reichsverwertungsamt eine besondere Zentralstelle für Handwerk vom Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag und den großen Genossenschaftsverbänden errichtet werden wird. Diese Antwort ist vom 12. März datiert; vielleicht ist diese Stelle inzwischen schon errichtet worden. Aber wenn sie nicht bald errichtet wird, dann geht nicht nur die Zeit, sondern auch das Material noch ganz verloren. (Zuruf vom Regierungstisch: Ist schon errichtet!) — So, das ist erfreulich. — Ich bedauere, daß man bei den zuständigen Ämtern, nämlich beim Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung, beim Kriegsamt und beim Reichsverwertungsamt, das Handwerk überhaupt zu wenig beachtet. Zum Beispiel sind in der von diesen Ämtern herausgegebenen Zeitung „**Die wirtschaftliche Demobilmachung**" in jeder Nummer Auszüge aus den verschiedenen Tageszeitungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Großindustrie und des Großhandels enthalten, aber ich habe darin noch niemals einen Auszug gefunden, der die schwierige Lage des Handwerks und Kleingewerbes behandelt. (Hört! hört! im Zentrum.) Es sind in dieser amtlichen Zeitung stets eine Reihe von Handelskammerberichten enthalten, aber ich habe darin noch niemals einen Auszug aus den Berichten und Protokollen von Handwerkskammern gefunden. Die letzteren sind doch auch eine ernst zu nehmende Körperschaft im deutschen Wirtschaftsleben (sehr richtig! im Zentrum) und es würde das Handwerk und die ganze Öffentlichkeit sehr interessieren, wenn diese Frage auch von dieser Seite aufgegriffen wird.

Der Reichsminister für die Demobilmachung hat zwar in dankenswerter Weise in seiner Erklärung am 5. März im Ausschuß für Volkswirtschaft gesagt:

> Ein großer Teil von unseren Unternehmern — ich rechne dazu auch den Mittelstand — kommt aus dem Kriege zurück, hat nicht teilgehabt an den Kriegsgewinnen, sie finden ein zusammengebrochenes Geschäft vor; durch die Revolution sind sie in ihrer ganzen Existenz bedroht.

Wir danken dem Herrn Minister Koeth dafür, daß er dabei auch an den Mittelstand gedacht hat. Aber das bloße Darandenken genügt nicht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich gebe zu, daß der Herr Minister nicht allein alles machen kann, — und er hat auch schon erklärt, daß sein Amt nicht mehr lange als solches bestehen wird. Wir verlangen aber

mit aller Entschiedenheit, daß endlich beim **Reichswirtschaftsamt** und beim **Reichsarbeitsamt besondere Stellen** geschaffen werden, die sich die Forderungen des selbständigen Handwerks und Kleingewerbes besonders angelegen sein lassen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich verweise in dieser Hinsicht auf die Ausführungen, die meine Parteifreunde Trimborn und Herr Minister Dr. Bell im Reichstage im vorigen Jahre schon gemacht haben, auf den Antrag Gröber und Genossen vom 29. November 1916, durch welchen im Kriegsamt eine eigene Abteilung für das Handwerk unter Zuziehung dessen gesetzlicher Vertretung verlangt wurde. In einem späteren Antrage haben wir nochmals ein ähnliches Verlangen gestellt und in der Anfrage Nr. 32 der Nationalversammlung haben einige meiner Parteifreunde und ich wiederum gefragt:

> Ist die Reichsregierung bereit, zur Wahrung und Förderung des selbständigen gewerblichen Mittelstandes und Kleingewerbes im Reichswirtschaftsamt und Reichsarbeitsamt alsbald eigene Stellen zu schaffen?

Nun ist inzwischen die Antwort auf diese Frage eingetroffen; sie kann uns aber durchaus nicht befriedigen. (Zustimmung im Zentrum.) Es heißt da:

> Die Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung des selbständigen gewerblichen Mittelstandes und die Pflege des Kleingewerbes sind, wie die Gewerbeverwaltung überhaupt, überwiegend Sache der Landesbehörden.

Ja, haben wir uns nicht im Reichstag und jetzt auch in der Nationalversammlung schon sehr oft mit gewerblichen und Handwerkerfragen befaßt? Die Reichsbehörden sind ebensosehr an dieser Frage interessiert, — es kann sich dabei doch um die Vergebung von Arbeiten, um die Verteilung von Rohstoffen und dergleichen handeln. Ferner hat gerade die jetzige Reichsregierung durch ihre Verordnungen seit dem 8. November so tief in die Verhältnisse des Kleingewerbestandes und des Handwerks hineingegriffen, ohne das Handwerk zu befragen, daß es sehr notwendig gewesen wäre, wenn auch in diesen Ämtern selbst eine Stelle gewesen wäre, die die Interessen des Handwerks hätte vertreten können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der kurze Inhalt dieser langen Antwort der Regierung besteht eigentlich darin, daß die Regierung erklärt: wir glauben, genug für das Handwerk getan zu haben. Das Handwerk muß damit zufrieden sein, und es hat gar kein Recht, in dieser Hinsicht mehr zu verlangen! — Hört! hört! im Zentrum und rechts.) Das ist der Kernpunkt der ganzen Frage, ob die Regierung eine solche Stelle oder solche Stellen schafft und ob sie diesen Stellen auch den nötigen Einfluß gibt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die frühere Regierung hat ja das Bestreben gehabt, im Reichswirtschaftsamt eine solche Stelle zu errichten, indem sie dazu einen berufsständigen Vertreter vom Deutschen Handwerks- und Gewerbe-

kammertag, Herrn Dr. Meüsch, berufen hat. Das war aber eigentlich noch weniger fast als etwas Halbes (sehr richtig! im Zentrum), da dieser Herr, dessen Tüchtigkeit im übrigen durchaus nicht angezweifelt werden soll, immer nur ein paar Tage in der Woche im Reichswirtschaftsamt anwesend sein konnte und auch nur sehr wenig Einfluß dort hatte. Von seiner Tätigkeit trat aus diesem Grunde, nach außen hin wenigstens, recht wenig in Erscheinung, wobei allerdings beachtet werden muß, daß die ungemein schwierigen Verhältnisse in den letzten Monaten, wie sie uns der Herr Minister für die Demobilmachung im Ausschuß für Volkswirtschaft geschildert hat, jedenfalls die Hauptschuld daran tragen. Nun ist aber neuerdings Herr Dr. Meüsch überhaupt aus diesem Amte ausgeschieden, und somit auch diese Vertretung der Interessen des Handwerks, die anscheinend von keinem großen Einfluß war, ganz weggefallen. (Hört! hört! im Zentrum.) Wir verlangen, daß in dieser Hinsicht etwas Ganzes geschaffen wird und daß das selbständige Handwerk nicht immer als Aschenbrödel behandelt wird. (Sehr gut! im Zentrum.) Der Herr Reichswirtschaftsminister Wissell verspricht sich für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens sehr viel von der **Arbeitsgemeinschaft**, die von den großen Unternehmerverbänden und den großen Organisationen der Arbeitnehmer gebildet wurde. Was die Industrie anlangt, so mag das zutreffen, und ich glaube auch, daß nach dieser Richtung hin diese Arbeitsgemeinschaften noch sehr ausbaufähig sind. Ob aber das Handwerk und das Kleingewerbe in dieser Arbeitsgemeinschaft, in welcher doch ganz naturgemäß die Großindustriellen auf der einen Seite — ich erinnere nur an die Namen Rathenau, von Borsig, Hugo Stinnes und dergleichen, diese Männer sind ja in der Arbeitsgemeinschaft — und auf der anderen Seite die großen Gewerkschaften, die Gewerkschaftsführer, die doch eigentlich ihren Lebensberuf darin sehen und hauptamtlich angestellt sind, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten, ihren ganzen Einfluß in die Wagschale werfen, zu ihrem Rechte kommen werden, — ob da das Handwerk nicht vielmehr verdrängt werden wird, daran braucht man wohl eigentlich nicht zu zweifeln.

Diese Arbeitsgemeinschaft hat auch die Rohstoffversorgung mit in den Kreis ihrer Tätigkeit einbezogen. Da fürchten wir nun, daß das Handwerk leicht zu kurz kommen könnte. Die frühere Regierung hat das Handwerk als eigene Gruppe im Wirtschaftsleben bei der Verteilung der Rohstoffe behandeln und erfaßt wissen wollen, und das würde, wie ich glaube, dem Interesse des Handwerks mehr entsprechen. Wir bitten also dringend, daß die Interessen dieser kleineren selbständigen Betriebsinhaber im Gewerbestande, die ja, wie schon bemerkt, für unser gesamtes Wirtschaftsleben notwendig sind, durch die Errichtung dieser Stellen gefördert werden.

Wenn die Handwerksmeister, die für landwirtschaftliche Betriebe arbeiten sollen, z. B. Schmiede, Sattler und dergleichen, keine Rohstoffe und Halbfabrikate haben, so kann das für unser Wirtschaftsleben viel verhängnisvollere Folgen haben, als wenn manche Industriebetriebe nicht mit Rohstoffen und Halbfabrikaten beliefert werden.

Wir haben auch die Befürchtung, daß bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Aufträgen Handwerk und Kleingewerbe zu kurz kommen, wenn die Regelung der Arbeitsgemeinschaft allein überlassen wird. Auch in dieser Hinsicht ist es notwendig, daß eine einflußreiche Stelle für die Interessen des Handwerks und der kleineren selbständigen Betriebe bzw. ihrer wirtschaftlichen Organisationen — ich betone das ausdrücklich — eingerichtet werde.

Nun gestatten Sie mir, zur **Rohstoffversorgung** noch ein paar spezielle Wünsche vorzutragen; denn gerade das hat uns zum Teil mit veranlaßt, diese Interpellation einzubringen. Herr Reichswirtschaftsminister Wissell hat in seinen Ausführungen über unsere gegenwärtige Wirtschaftslage im Ausschuß für Volkswirtschaft ein sehr düsteres Bild gegeben. Er sagte, unsere Rohstoffe seien fast restlos erschöpft. Ich glaube, daß wir diese Äußerung sehr ernst nehmen müssen; aber andererseits können wir sie nicht wörtlich nehmen. Es befinden sich immer noch ziemliche Mengen der verschiedensten Rohstoffe im Besitz der Heeresverwaltung und der Kriegsgesellschaften; aber es fehlt an der gerechten Verteilung. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich möchte da einige Beschwerden vortragen.

Die Tatsache, daß Unmengen von Material verschleudert und gestohlen wurden, ist auch von der Regierung zugegeben. Daran ist nicht mehr viel zu ändern. Aber ich gestatte mir die Frage: haben die zahlreichen Aufforderungen in der Presse, daß **unrechtmäßig erworbenes Heeresgut** zurückzugeben ist, schon irgendeinen Erfolg gehabt? Vielleicht ist dabei nicht einmal soviel hereingekommen, daß die Insertionskosten damit gedeckt werden. Meines Erachtens müßte man die Prämien für erfolgte Anzeigen erhöhen und strengere Strafen verhängen, auch die Namen derjenigen veröffentlichen, die da erwischt werden. Ich glaube, das würde so abschreckend wirken, daß manche aus Furcht, angezeigt zu werden, lieber das unrechtmäßig erworbene Gut freiwillig zurückstellen.

Was den Verkauf von Heeresgut anlangt, so bestehen auch hier bittere Klagen. Wer auf rechtlichem Wege Sachen erwerben will, begegnet den größten Schwierigkeiten. Wir begrüßen es, daß die Handwerksmeister darauf hingewiesen werden, daß nur an Handwerkskammern beziehungsweise deren Wirtschaftsverbände diese Sachen hinausgegeben werden, die die Handwerker gebrauchen. Aber bis die Handwerker auf diesem Wege wirklich etwas bekommen, haben andere hintenherum schon längst viel mehr erreicht. (Hört! hört! im Zentrum.)

Auch wegen der **Preisfestsetzung** bestehen im Kleingewerbe und im Handwerk lebhafte Klagen. In erster Linie sollten denjenigen Handwerkern, die seinerzeit Metalle abgeben mußten, wenn solche Materialien noch draußen bei den Kommunalverbänden liegen, was zum Teil noch der Fall ist, diese Materialien zum gleichen Preise wieder zurückgegeben werden, zu denen sie ihnen seinerzeit abgenommen wurden.

Für manche Artikel wird auch vielzuviel verlangt. Mir ist zum Beispiel bekannt, daß eine militärische Behörde — wenn ich einen Fall aus meinem eigenen Beruf herausgreifen darf — Lackfarben, nicht Friedensware, sondern Kriegsersatz, schlechter Kriegsersatz, während des Krieges viel teurer gekauft hat, als diese Ware damals im Handel zu haben war. Nun verlangen diese Stellen, damit sie keinen Schaden dabei haben, den Preis, um den sie den Lack eingekauft haben. Ja, das läßt sich doch eigentlich nicht rechtfertigen: die Handwerker sollen doch dafür nicht büßen müssen, daß fachunkundige Personen für das Militär eingekauft haben und unredliche Händler sich auf Kosten des Staates seinerzeit bereichert haben. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir begrüßen es, daß endlich die **Genossenschaften als Großhändler anerkannt** bzw. die Kriegsgesellschaften angewiesen wurden, nach diesem Grundsatz zu handeln. Es scheint da allerdings noch nicht alles recht zu klappen. Ich werde mir gestatten, einen speziellen Fall, betreffend die Abgabe von Spirituosen seitens der Reichsbranntweinstelle, dem Reichswirtschaftsamt einzureichen. Aus Braunschweig sind mir in dieser Hinsicht sehr lebhafte Klagen zugegangen. Auch von anderer Seite ist zum Beispiel sehr lebhaft darüber Klage geführt worden, daß Wein, der im Besitz der Heeresverwaltung war und abgegeben wurde, nur an einzelne ganz besonders begünstigte Großfirmen abgegeben worden sei, und die kleinen Gewerbetreibenden hätten das Nachsehen gehabt.

Dann gestatte ich mir, was die **Verteilung von Textilwaren** betrifft, darauf hinzuweisen, es möchte doch von offizieller Stelle aus übertriebenen Anschauungen in der Öffentlichkeit entgegengetreten werden, oder es möchten die Konsequenzen daraus gezogen werden, wenn diese Behauptungen auf Wahrheit beruhen. Ich finde da in einer Zeitung, die erst vor zwei Tagen herausgegeben worden ist, den Satz:

> Man spricht heute davon, daß die Reichsbekleidungsstelle und ihre Nebenämter für zirka 10 Milliarden Mark Textilien heute noch zur Verfügung haben. (Hört! hört! im Zentrum.)

Wenn das zutreffen sollte, wäre es doch notwendig, daß man diese Textilien herausgibt, wenn es aber nicht zutrifft, dann müßte solches doch

richtiggestellt werden, damit nicht in der Öffentlichkeit falsche Hoffnungen erweckt werden.

Wir bitten auch darum, daß nicht bei der **Belieferung von Halbfabrikaten** die Handwerkszweige ganz ausgeschaltet werden, die vielleicht nach Ansicht mancher führenden Kreise sich mit der Anfertigung von Luxusgegenständen oder mit der Herstellung von Sachen befassen, die man etwas leichter entbehren kann. Gewiß muß man zuerst das machen, was notwendig ist, man muß rationell wirtschaften mit den wenig vorhandenen Waren, die Rohstoffe müssen in erster Linie zur Herstellung der notwendigsten Gegenstände verwendet werden. Aber die Instandsetzung von Wohnungen, die Herstellung und Reparatur von Polsterwaren und dergleichen ist nicht immer ein Luxus, wie von manchen Kreisen angenommen werden könnte.

Was nun die Förderung des Kleingewerbes durch **Zuweisung von öffentlichen Arbeiten** anlangt, so gestatte ich mir die Frage: ist die neue Regierung bereit, wie es meine Parteifreunde in einem im vergangenen Jahre im Reichstage eingebrachten Antrage verlangt haben, die wirtschaftlichen Organisationen des selbständigen Handwerks — das sind die Handwerkergenossenschaften und die Wirtschaftsverbände der Handwerkskammern — entsprechend zu berücksichtigen, daß diesen Stellen öffentliche Arbeiten nicht auf dem Wege der Submission, sondern freihändig übertragen werden? Ich möchte auf diese Frage heute nicht näher eingehen, da ja im alten Reichstage schon oft darüber verhandelt wurde, und da auch der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag öffentlich dazu Stellung genommen hat. Bekannt sind ja der Regierung alle diese Bestrebungen und Klagen und Wünsche des selbständigen Handwerks; es kommt nur darauf an, welche Stellung die Regierung dazu einnimmt. Meine verehrten Frauen und Herren, mit schönen Reden von den Abgeordneten ist dem Gewerbestand nicht geholfen (sehr richtig! im Zentrum), und mit leeren Redensarten erst recht nicht, aber ebensowenig mit bloßen wohlwollenden Versicherungen vom Regierungstisch.

Insbesondere würde uns in der Frage der Arbeitsvergebung eines interessieren. Sicherem Vernehmen nach werden die **Bekleidungsämter** aufgehoben; man braucht ja in Zukunft nur wenig Uniformen für das Militär. Wir haben aber munkeln hören, daß die Regierung in diesen Bekleidungsämtern die Uniformen für die Post- und Eisenbahnbeamten herstellen lassen will. Wir möchten dagegen schon im voraus ganz entschieden Einspruch erheben. Ein sehr großer Teil der Herstellung dieser Uniformen wurde bisher den selbständigen Handwerkern, den Schneidergenossenschaften übertragen. Wir bitten, dieses System auszubauen und nicht dem selbständigen Handwerk die Arbeit wegzunehmen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Nun gestatten Sie mir, auf eine Äußerung des Herrn Reichswirtschaftsministers zurückzukommen. Der Herr Minister hat im Ausschuß für Volkswirtschaft betont: „Was uns, wenn auch recht geschwächt, als größtes Nationalvermögen geblieben ist, ist das Arbeitsvermögen der deutschen Nation. Das auszunutzen und zu steigern, muß unsere größte Sorge sein; wirklich helfen kann uns nur harte, schwere Arbeit, eiserne Pflichterfüllung aller Kreise." Ja, solche Äußerungen hört man von den leitenden Männern unserer neuen Regierung, vom Reichspräsidenten, vom Herrn Reichswirtschaftsminister usw. sehr häufig. Ich stimme durchaus dem zu; aber die heutigen Verhältnisse sind vielfach geradezu ein Hohn auf diese Äußerungen des Herrn Reichswirtschaftsministers. Auch die Verordnungen, die von der heutigen Regierung in den letzten Monaten erlassen wurden, stehen manchmal im Gegensatz zu ihrer Auffassung. (Sehr richtig!) Auf der einen Seite heißt es: Arbeiten! Arbeiten! — und auf der anderen Seite wollen die Leute nicht arbeiten oder wird die Arbeitszeit beschränkt. Die Verordnung über den **Achtstundenarbeitstag** mag für die Industrie durchaus notwendig gewesen sein, weil dadurch mehr Arbeiter bei Ausführung der Arbeiten beschäftigt werden konnten. Wenn aber diese Verordnung für das Handwerk bestehen bleibt, so werden die kleinen Handwerks- und Gewerbebetriebe und vor allen diejenigen, die zu den Saisonbetrieben zu rechnen sind, die nur im Sommer oder bei günstigen Witterungsverhältnissen das Geschäft machen können, ganz empfindlich geschädigt werden. Das trifft für das Baugewerbe zu, auch für eine Reihe anderer Saisongewerbe. Das ist keine Förderung, sondern Unterbindung dieser Handwerksbetriebe, und ich hoffe, daß wir einmal Gelegenheit hier in der Nationalversammlung finden werden, uns eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen. Es liegen ja auch Petitionen nach dieser Richtung vor, und man muß diese Verordnungen mehr unserem praktischen Wirtschaftsleben anpassen.

Der Herr Reichsminister für Demobilmachung hat dann erklärt, daß der **Unternehmungsgeist** gegenwärtig sehr gelähmt sei. Das ist auch eine große Gefahr für die Handwerksmeister, insbesondere für die Bauhandwerker. Ein Wunder ist das freilich nicht. Neben den riesigen Kosten für Rohmaterialien und Arbeitslöhne sind es auch die Sozialisierungsbestrebungen, die weite Kreise des Handwerks beunruhigen. Ich bitte dringend, auch auf die Notwendigkeit der Erhaltung der selbständigen kleineren Betriebe dabei Rücksicht zu nehmen. Gerade das Baugewerbe ist sehr beunruhigt. Ich erinnere an die Kundgebung, die der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe an den Präsidenten des Reichsministeriums gerichtet hat. Aber auch andere Handwerkszweige erblicken in diesen Sozialisierungsbestrebungen das Gegenteil von einer Förderung des selbständigen Handwerks, insbesondere der Bäckereien, Fleischereien und dergleichen, die da in Frage kommen.

Was ich mir für das Handwerk auszuführen gestattet habe, trifft sinngemäß auch für den **Kleinhandel** zu. Ich betone ausdrücklich: für den gesunden, für den lebensfähigen Kleinhandel. Wir wollen auch diesem seine Selbständigkeit erhalten wissen und seine Interessen fördern. Ich erinnere da an die ganz ausgezeichneten Ausführungen, die mein Parteifreund Stegerwald vor ein paar Wochen in diesem Hause gemacht hat.

Wenn ich den Herrn Reichswirtschaftsminister bei seinen Ausführungen über die Sozialisierung des Kohlenhandels neulich richtig verstanden habe, so denkt er nicht daran, den selbständigen Kleinhandel auszuschalten. Wir begrüßen diese Ankündigung und hoffen, daß damit in die Kreise des Kleinhandels wieder eine gewisse Beruhigung getragen wird. Es war ja schon ausgesprengt, daß der gesamte selbständige Kleinhandel nun verschwinden müsse. Wir erwarten allerdings auch, daß sich der Kleinhandel von sich selbst heraus wirtschaftlich organisiert und den veränderten Zeitverhältnissen anpaßt. Wir sind aber der Ansicht, daß diese Selbsthilfebestrebungen des Kleinhandels, dieses Anpassen von sich heraus an die neuen Wirtschaftsverhältnisse nicht genügen, sondern daß ihm auch Schutz und Hilfe von der Gesetzgebung gewährt werden muß.

Man kann in neuerer Zeit beobachten, daß sich der **wilde Straßenhandel** immer mehr ausbreitet und einführt (sehr richtig! im Zentrum), daß sich sogar der Handel in Eisenbahnwagen breit macht (sehr richtig! im Zentrum), daß sich der Hausierhandel noch viel mehr ausdehnt, als es früher der Fall war, daß gewisse Großbetriebe das Bestreben haben, Kriegsinvaliden als Hausierer anzustellen, die das Mitleid im Publikum erwecken, dabei aber die Waren um so leichter absetzen sollen. Durch alle diese Auswüchse — ich will vom Schleich- und Kettenhandel gar nicht sprechen — wird natürlich der reelle Handel sehr, sehr geschädigt.

Schließlich noch ein Wort zu den **Kreditverhältnissen**! Zu einer Förderung des Klein- und Mittelbetriebes wird es natürlich auch in erster Linie gehören, daß ihm Kredit zur Verfügung steht. Beim Demobilmachungsamt ist zwar eine Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen gebildet worden. Dieselbe steht aber, wie mir auf eine Anfrage mitgeteilt wurde, nur der Industrie und den Großbetrieben zur Verfügung. (Hört! hört! im Zentrum.) Das Handwerk wird dabei leer ausgehen (hört! hört! im Zentrum), und die Zusicherung, die im vorigen Jahre vom Regierungstisch — es war der damalige Vizekanzler — gegeben wurde, daß auch die Reichsregierung eine größere Summe für das Handwerk zur Verfügung stellen würde, ist wieder ins Wasser gefallen. Allerdings wurde diese Zusicherung unter ganz anderen Verhältnissen gegeben. Ich sage: wenn in dieser Hinsicht im Laufe der nächsten Zeit etwas für die kleinen und mittleren Betriebe geschehen

könnte, so würden wir das sehr begrüßen. Es kann sich freilich nur um namhafte Summen handeln; denn mit kleinen Beträgen kann man da nicht anfangen.

Wir glauben, für die nächste Zeit werden auch die **gewerblichen Kreditgenossenschaften** den ersten Ansturm auf das Kreditbedürfnis befriedigen. Ich möchte nur wünschen, daß sich alle Gewerbetreibenden diesen Kreditgenossenschaften anschließen. Die Kriegshilfskassen, von denen mein Herr Vorredner gesprochen hat, arbeiten ja für den kleineren Gewerbestand bei weitem nicht so gut, nicht so wirtschaftlich, so entgegenkommend und so günstig, als es gerade diese Kreditgenossenschaften tun, die sich die Kleingewerbetreibenden selbst schaffen können. Wenn sie nur auch von diesen Einrichtungen Gebrauch machen und ihnen beitreten möchten!

Das, meine verehrten Frauen und Herren, wäre es, was ich zur Begründung unserer Interpellation ausführen wollte. Aber ich möchte noch bemerken: Tausende von kleineren Gewerbetreibenden, Männer, die draußen im Felde gelegen und ihre Gesundheit für uns riskiert haben, die auch zum Teil ihre Gesundheit für uns eingebüßt haben, und eine große Zahl von Witwen, die im Kriege ihren Gatten verloren haben, die unter den schwierigsten Verhältnissen ihr Geschäft für ihre Kinder aufrechterhalten wollen, sind gespannt auf die Erklärung vom Regierungstisch zu diesen beiden Interpellationen. Möge die Antwort auf unsere Interpellation diese schwergeprüften Kreise des selbständigen Gewerbestandes nicht enttäuschen. (Beifall.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Zur Beantwortung der beiden Interpellationen erteile ich das Wort dem Herrn Reichswirtschaftsminister.

Wissell, Reichswirtschaftsminister: Meine Damen und Herren! Herr Wetzlich hat gemeint, daß das **Handwerk** sich nicht einschläfern lassen dürfe durch ja so leicht zu gebende Erklärungen der Regierung. Es ist mir zurzeit nicht ersichtlich, wie er zu der Annahme hat kommen können, daß die Regierung einschläfernd auf irgendwelche Kreise der Bevölkerung wirken wolle. Aus meinen Ausführungen ist, glaube ich, eine solche Annahme nicht zu entnehmen gewesen. Ich habe mich vielmehr bisher immer bemüht, in möglichster Klarheit und Deutlichkeit die Verhältnisse darzustellen, und zwar auch dann, wenn sie in ihrer brutalen Nacktheit manchmal sehr erschütternd waren; und das, was ich über unser Wirtschaftsleben bisher habe mitteilen müssen, namentlich im Ausschuß für Handel und Gewerbe, das war in der Tat sehr erschütternd und sehr betrübend. Ich habe nicht die Absicht, irgendetwas zu vertuschen. Ich sehe immer den gegebenen Dingen klar ins Auge, und ich denke das auch bei der Beantwortung dieser Interpellation zu tun.

Herr Irl war der Meinung, daß ich **Rathenauschen Ideen** sehr zugänglich sei. Ich muß gestehen, ich weiß nicht, aus welchen meinen Äußerungen er diesen Schluß zieht. Ich bin allerdings einer klugen Idee niemals grundsätzlich abgeneigt. Ich prüfe immer alles Neue ganz eingehend, und wenn es gut ist, ziehe ich die erforderlichen Schlüsse auch für mein Handeln daraus. Man wirft Rathenau vor, daß er die deutsche Wirtschaft zu einer großen, sagen wir, mechanisierten Aktiengesellschaft machen, zu einer großen A. E. G. gestalten wolle. Ich lasse ganz dahingestellt, ob das der Fall ist, ich habe mich dagegen gar nicht zu wehren; ich jedenfalls denke nicht daran. Ich kann nur betonen, daß ich unser Wirtschaftsleben in vielerlei Formen sich betätigen sehen möchte. Wie es sich im einzelnen gestalten wird, das vermag von Ihnen, meine Herren, und das vermag von der Regierung niemand zu sagen. Es ist überhaupt schwer, in einer Zeit wie der gegenwärtigen, abschließend über Fragen zu sprechen, deren Beantwortung ein bis in alle Einzelheiten ausgearbeitetes **Wirtschaftsprogramm** voraussetzen würde. Man kann sich über die Ziele unserer Wirtschaft klar sein und muß sich darüber klar sein; aber ein fixes und fertiges Wirtschaftsprogramm kann niemand heute aufstellen, niemand ohne Ausnahme, meine Herren! Wir wissen ja bis zur Stunde noch nicht einmal, welche räumlichen Grenzen das Gebiet haben wird, dessen Wirtschaftspflege uns schließlich anvertraut sein wird. Niemand von uns weiß, welche politischen Zustände im Innern dieses Gebiets herrschen werden. Niemand von uns weiß — und das ist die tiefste Kluft, die zwischen uns und unserer Zukunft liegt —, wie die weltwirtschaftliche Stellung unseres Wirtschaftsgebiets durch den Frieden gestaltet werden wird. Wer in einer solchen Zeit, in der die Grundlagen unseres ganzen Seins noch so sehr von Dingen abhängig sind, die wir zum Teil nicht kennen und die wir zum Teil durch unser Handeln gar nicht beeinflussen können, den Mut fände, von verantwortungsvoller Stelle aus eine ins einzelne gehende Zukunftsprognose oder ein Zukunftsprogramm zu entwickeln, der würde damit Hoffnungen und Erwartungen, Besorgnisse und Befürchtungen erwecken, von denen er ja selbst noch nicht sagen kann, ob sie sich erfüllen werden. Wer wollte sich in einer solchen Situation berufen fühlen, einzelnen Kreisen der Bevölkerung, einzelnen Gruppen der Gewerbetreibenden Auskunft darüber zu geben, wie sich ihre Zukunft gestalten soll? **Wir wissen ja noch gar nicht, wie die Welt aussehen wird, in der sich verwirklichen soll, was uns schließlich vorschwebt.**

Meine Herren, das können wir unmöglich. Aber allerdings, einen berechtigten Kern finde ich in all diesen Interpellationen. Sie wollen wissen, welches die Ziele unserer Wirtschaftsführung sind. Sie wollen wissen, was geschehen ist und was vermutlich geschehen kann. Darüber allerdings können wir sprechen, und wir können es mit um so größerer

Klarheit, wenn wir uns die Gestaltung der Dinge, wie wir sie jetzt vor unseren Augen sehen, in aller Kürze einmal ins Gedächtnis zurückführen.

Meine Herren, wie der verlorene Krieg mit all seinen mittelbaren und unmittelbaren Folgen die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens aufs tiefste erschüttert hat, darüber brauche ich nicht zu sprechen. Das wissen Sie alle selbst. Aber etwas weiter müssen wir doch zurückblicken. Der Kriegsausbruch — vergegenwärtigen Sie sich doch diese Situation — brachte das Friedensgeschäft plötzlich vollständig zum Stocken. Der Inlandsmarkt verlor seine gewohnte Aufnahmefähigkeit. Große Auslandsmärkte verschlossen sich plötzlich, und eine bis dahin unerhörte Arbeitslosigkeit machte sich geltend. Dann griff der Kriegsbedarf immer stärker auf die Industrie über. Immer weitere Kreise mußten in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt werden. Ein empfindlicher Mangel an Rohstoffen, an Hilfsstoffen, namentlich an Kohle, an Arbeitskräften trat ein. Das Verkehrswesen geriet in immer größere Schwierigkeiten. Neue Industrien wurden dann geschaffen, um aus deutschem Material Ersatz für ausländische Rohstoffe zu schaffen. Alte Industrien wurden neuen Zwecken zugeführt, Maschinen und ganze Betriebe dem veränderten Bedarf und den veränderten Mitteln angepaßt. Und das alles vollzog sich in einer fieberhaften Eile unter dem Druck beispielloser Anspannung der Kräfte. Die deutsche Industrie war gewissermaßen zu einem großen Kriegsarsenal geworden, das Reich war fast der einzige Auftraggeber.

Die Not der Zeit zwang den Staat, in den Wirtschaftsprozeß steuernd einzugreifen durch planmäßige Verteilung der Aufträge und der verfügbaren Rohstoffe, Arbeitskräfte, Hilfsstoffe, insbesondere der Kohle und Verkehrsmittel. Da wurde versucht, den Wirkungsgrad der Industrie so hoch wie nur irgend möglich zu steigern. Die verfügbaren Kräfte wurden vereint, wo sie sich am wirksamsten betätigen konnten. Also eine ganz ungeheure **Umwälzung aller wirtschaftlichen Verhältnisse**, starke Kräfteverschiebungen zwischen Kriegs- und Friedensindustrien, zwischen Groß- und Kleingewerbe sowie zwischen den einzelnen Betrieben der gleichen Wirtschaftsgruppen war das Ergebnis. Der Staat hat sich in dieser Zeit bemüht, wo er einzelne Betriebe stillegte, zwischen den fortarbeitenden Betrieben der betreffenden Gruppen und den stillgelegten Betrieben einen geldlichen Ausgleich herbeizuführen. Das ist in der Textilindustrie geschehen, in der Schuhindustrie, in der Seifenindustrie, im Bäckereigewerbe. Doch konnte dieser auf beschränktem Gebiete durchgeführte Ausgleich naturgemäß nur wenig an den tiefgreifenden Folgen ändern, die der Krieg für die einzelnen Gewerbegruppen, Betriebsarten und auch für einzelne Betriebe verursachte.

Alle diese Wirkungen des Krieges greifen so tief in die gesamte Struktur unseres Wirtschaftslebens ein, daß es von vornherein als

völlig ausgeschlossen gelten muß, für unsere Wirtschaft im ganzen den Zustand wiederherzustellen, wie er vor 1914 war, daß es unmöglich ist, jeden einzelnen Betrieb in seine frühere wirtschaftliche Geltung wieder einzusetzen. Wer das verheißen wollte, der würde mit dem Vertrauen des Volkes ein verwegenes Spiel treiben. Er würde versprechen, was niemand versprechen kann. (Zuruf rechts.) — Bitte, ich habe den Zwischenruf nicht verstanden. Ich glaube, niemand wird ein solches Versprechen von irgendeiner Stelle auch nur fordern können. Zurzeit stehen wir in den schweren Erschütterungen, die der plötzliche Wegfall der Heeresaufträge unserer gesamten Wirtschaft gebracht hat. Wir befinden uns inmitten dieser unsagbaren Schwierigkeiten, die die harten Waffenstillstandsbedingungen mit ihrer verschärften Blockade, mit der Abschnürung des wichtigen Wirtschaftsgebiets links des Rheins, die Lahmlegung unseres Verkehrswesens, unserer Wirtschaft verursachten.

Herr Wetzlich ist der Meinung, daß alle diese schweren **Erschütterungen**, all das Traurige, daß die Zertrümmerung **unseres Wirtschaftslebens auf die Revolution zurückzuführen sei.** Nein, meine Herren, **das ist die Folge des verlorenen Krieges.** (Widerspruch rechts. — Zustimmung links.) Der Krieg ist es, der unser Wirtschaftsleben vollständig zertrümmert hat. Gewiß, ich habe gar keinen Grund, irgendwelche Tatsachen zu beschönigen, die betrübend sind. Ich will zugeben, daß auch eine stürmische Lohnbewegung und zahlreiche wilde Streiks empfindlich die Rückkehr zum Friedensgeschäft erschwerten. Aber ich möchte fragen: kann es uns wundern, wenn es so gekommen ist? Wer so tief gestürzt ist, wie das deutsche Volk, der taumelt erst, ehe er wieder zu sich kommt. Bei der allgemeinen Unsicherheit und deren Konjunkturergebnissen mangelt es auch vielfach an Auftraggebern für Friedensprodukte, die den fortgefallenen großen Kriegsauftraggeber hätten ersetzen können. Wir haben daher zurzeit die gleiche unerhörte Arbeitslosigkeit, wie wir sie in geringerem Maße beim Ausbruch des Krieges hatten.

Zurzeit hat das **Reich** und haben die Gliedstaaten und die **Kommunalverbände** versucht, durch schleunige **Erteilung von Aufträgen** für ihren eigenen Bedarf der **Industrie** und dem **Handwerk** die Überwindung des toten Punktes zu erleichtern. Der Wert dieser Aufträge beläuft sich für die preußische Verkehrsverwaltung auf rund 2 Milliarden Mark. (Zuruf vom Zentrum: Aber nicht fürs Handwerk!) — Nein, nicht fürs Handwerk allein, ganz gewiß nicht, und die Interpellation, die mir vorgelegt ist, erstreckt sich auch nicht ausschließlich aufs Handwerk, sondern erfaßt auch die Fürsorge für die Industrie. Die wird erfragt, und darum muß ich natürlicherweise auch darauf eingehen. Es ist undenkbar, irgendeine Fürsorge nur für das Handwerk zu treiben. **Im Rahmen unserer Gesamtwirtschaft kann das Handwerk berücksichtigt**

werden, nicht aber losgelöst von den sonstigen wirtschaftlichen Beziehungen, mit denen ja das Handwerk in unserem ganzen Wirtschaftsleben eng verfilzt ist. — Also 2 Milliarden Mark für die preußische Verkehrsverwaltung und für die deutsche Reichspostverwaltung rund ¼ Milliarde Mark.

Darüber hinaus ist auch im Reichswirtschaftsministerium der Plan erwogen worden, ob nicht das **Reich**, gestützt auf einen Fonds von mehreren Milliarden, im größten Stil als **Auftraggeber des deutschen Wirtschaftslebens** auftreten könne, und zwar auch für solche Güter, für die das Reich als solches keinen Bedarf hat, die aber als Ausfuhrgüter und zur Deckung des Privatbedarfs von Bedeutung sind. Das Reichswirtschaftsministerium würde sich von einem solchen Vorgehen des Reichs eine relativ leichte Überbrückung des Konjunkturtiefs, eine Stabilisierung des Preisniveaus, eine Stärkung der vom Ausland unabhängigen Produktion, eine gemeinwirtschaftliche Beeinflussung der Lohnsätze und auch der Kapitalrente versprochen haben, und wir würden auch die Möglichkeit gehabt haben, anregend auf den Zusammenschluß der Industrie zu Fachgruppen und auch — ich will das besonders betonen, da das anscheinend Herrn Irl etwas besonders Schmerzliches ist — auch auf eine weitgehende Normalisierung und Typisierung einzuwirken. Leider hat es die außerordentlich angespannte Finanzlage des Reichs nicht erlaubt, diesen Gedanken in vollem Umfange zu verwirklichen. Wir haben gedacht, das tiefe Wellental unserer Wirtschaft, in dem wir uns befinden, durch eine derartige Summe, durch derartige Auftragserteilung abschwächen und abstumpfen zu können, damit der Abstieg nicht zu groß und der Aufstieg nachher nicht zu schwer sein würde.

Wie gesagt, dieser Gedanke hat sich nicht verwirklichen lassen, und doch ist im Verfolg dieser Erörterungen beim Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung eine **Hilfskasse für wirtschaftliche Unternehmungen** errichtet und aus Reichsmitteln mit einem Fonds von 200 Millionen Mark ausgestattet. Sie gewährt gewerblichen Unternehmungen Darlehen, übernimmt die Bürgschaft für die Durchführung einzelner Geschäfte oder auch die Weiterführung ganzer Betriebe. Sie erteilt in geeigneten Fällen auch Aufträge an gewerbliche Unternehmer. Bei ihren Unterstützungsmaßnahmen bedingt sie sich Verzinsung des hingegebenen Kapitals und ebenso auch eine Gewinnbeteiligung aus. Die Betriebsmittel der Hilfskasse sind von der Industrie zum Teil schon in Anspruch genommen, und zahlreiche weitere Aufträge liegen vor. Es ist aber ein Irrtum, zu glauben, daß aus dieser Kasse das Handwerk grundsätzlich ausgeschlossen sei. Auch das Handwerk hat durch seine zusammenfassenden Korporationen die Möglichkeiten, diese Kasse in Anspruch zu nehmen.

Arbeiten und Lieferungen für das Reich, die sich auf das ganze Reichsgebiet oder große Teile desselben erstrecken, werden zurzeit von den zuständigen Reichsbehörden unter Mitwirkung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung vergeben. Die **Verteilung der Aufträge** auf die Betriebe erfolgt unter Mitwirkung der für die Zwecke der wirtschaftlichen Demobilmachung errichteten Fachausschüsse der einzelnen Gewerbezweige. Von diesen Fachausschüssen ist ein Teil als Fachgruppe in die Organisation der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingegliedert, und mit Hilfe der Fachausschüsse sind schon erhebliche Aufträge zur Verteilung gelangt. Sie kamen bisher hauptsächlich gewissen Zweigen der Eisen- und Stahlindustrie und des elektrotechnischen Gewerbes zugute.

Der weiteren Vergebung von Aufträgen der öffentlichen Körperschaften und ebenso dem Ausbau der Auftragserteilung wird die Reichsregierung besondere Aufmerksamkeit widmen, und wieder ist auch hier das Handwerk wenigstens zum Teil mit eingeschlossen.

Herr Irl hat gemeint, daß eine Arbeitsgemeinschaft, in der sich Stinnes und Borsig und die großen Vertreter der Arbeitgeberorganisationen befinden — es sind ja die Führer der hauptsächlichsten Gewerkschaftsgruppen aus allen Parteien: die Herren Hartmann, Stegerwald und Legien dort —, nicht die genügende Gewähr biete, daß das **Handwerk** eine **Vertretung** seiner Interessen da finden könne. Dem Zentralvorstand dieser **Arbeitsgemeinschaft** gehört ein Herr aus Handwerkskreisen an, der im allgemeinen gerade vom Handwerk als einer seiner kompetenten Vertreter angesehen wird: der Obermeister Plate. Er ist der Vertreter eines Teils des Handwerks dort. Sie können also nicht sagen, daß das Handwerk grundsätzlich ausgeschlossen sei, und wenn Sie meinen, daß die Vertreter der Arbeiter dort zumeist solche sind, die im Hauptberuf angestellt sind — ja, meine Herren, ich nehme an, daß, wenn Sie eine Vertretung des Handwerks, wie es in den Ausführungen des Herrn Irl der Fall war, im Wirtschaftsministerium wünschen —, dann werden Sie doch wahrscheinlich auch einen hauptamtlich Angestellten dahinein haben wollen. Wenn das der Fall ist, dann machen Sie, bitte, anderen Kreisen keinen Vorwurf, wenn sie die von ihnen für geeignet gehaltenen im Beruf Angestellten dort zu ihrer Vertretung auch in solche Organisationen entsenden. (Zuruf aus dem Zentrum: Es sollte auch kein Vorwurf sein!) — Um so erfreulicher ist es, das von Ihnen zu hören.

Was den künftigen Wiederaufbau unserer Wirtschaft anbelangt, so wird Ihnen aus den Mitteilungen, die ich über die Absicht des Reichswirtschaftsministeriums zum Teil gelegentlich der Beratung des Sozialisierungsgesetzes machte, erinnerlich sein, daß wir nicht beabsichtigten und nicht beabsichtigen, die bureaukratisch-zentralistische Methode der

Kriegswirtschaft fortzusetzen. Uns schwebt vielmehr vor, daß die einzelnen **Wirtschaftsgruppen** durch freiwillig zu bildende **Selbstverwaltungskörper**, die sich von unten herauf aufbauen, und die in innigem Konnex untereinander zu einer Verkörperung der Gemeinwirtschaft sich zusammenfügen, mithelfen, die Wirtschaft zu führen.

Diese Selbstverwaltungskörper sollen, jeder für seinen Teil und jeder für sein Gebiet, verantwortlich für das Gedeihen des Ganzen sein, der Staat, der während des Krieges vielfach in die kleinsten Vorgänge des wirtschaftlichen Produktionsprozesses eingriff, der Einzelerlaubnisse für die Ein- und Ausfuhr von Waren erteilte, der einzelne Zuteilungen von Rohstoffen, von Kohle vornahm, wird sich dann auf eine allgemeine Aufsicht und auf den Ausgleich solcher Interessen beschränken, die nicht schon innerhalb der Selbstverwaltungskörper und zwischen ihnen ihren Ausgleich finden.

Dieses Programm ist gar nichts anderes als eine Durchführung des Gedankens der wirtschaftlichen Selbstbestimmung, auf dem auch die **Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände** Deutschlands beruht. Wir können heute wohl sagen, „der" Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände Deutschlands; denn ich glaube, es gibt keinen Verband ernsthafter Art, der sich noch außerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft befindet. Die Fachausschüsse dieser Arbeitsgemeinschaft, denen im wesentlichen nur beratende Funktionen obliegen, sollen der Gemeinwirtschaft unmittelbar verantwortliche Organisationen sein, und dieser fachlichen Gliederung des Gewerbes wird sich, so hoffe ich, auch das **Handwerk** und das **Kleingewerbe** anpassen müssen und anpassen. In einer erst in der vergangenen Woche stattgehabten Aussprache zwischen der Arbeitsgemeinschaft und dem Reichswirtschaftsministerium ist darüber völlige Klarheit erzielt worden, sodaß zu hoffen ist, daß sich die für eine noch nicht absehbare Zeit noch notwendige Führung und Leitung — und auch Bindung an bestimmte Richtlinien — unserer Wirtschaftskräfte in einer von den Beteiligten selbst als notwendig empfundenen Weise gestalten wird. Das Wirtschaftsministerium wird seine besondere Aufgabe darin sehen, im Rahmen einer besonderen fachlichen Gliederung die berechtigten Interessen des Handwerks und auch des Kleingewerbes, dem sozialen Geist unserer Zeit entsprechend, gerecht zu schützen. Ich begrüße es deshalb ganz besonders, daß die Organisationen des Handwerks teilweise schon jetzt in der Arbeitsgemeinschaft und ihren Fachausschüssen mitarbeiten.

In den **Organisationen des Handwerks** bestehen allerdings die erheblichsten Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit und über die Form des **Beitritts zu den Fachausschüssen**. Was wir hier aus den Reden der beiden Vertreter des Handwerks gehört haben, das ist die

Auffassung eines Teils des Handwerks. Sie sind sich ja in keiner Weise darüber im Zweifel, daß gerade im Handwerk noch eine große Unklarheit über das besteht, was auf organisatorischem Gebiet im Interesse des Kleingewerbes zu geschehen hat. Die Fachorganisationen des Handwerks neigen einmal der Auffassung zu, daß das Handwerk mit der Industrie in den gleichen Fachausschüssen zusammenarbeiten soll. Die Handwerkskammern billigen die Vertretung des Handwerks in den gemeinsamen Fachausschüssen derjenigen Gewerbezweige, in denen häufig ein Übergang vom Handwerk zur Industrie stattfindet, und wo das Handwerk die Zusammenarbeit mit der Industrie wünscht. Außerdem erstreben die Handwerkskammern einen besonderen Gesamtfachausschuß für das Handwerk. Das Verhältnis, in welchem künftig die Organisationen des Handwerks zu den sonstigen Organisationen der Auftragserteilung, wie sie in den Fachausschüssen gegeben ist, stehen werden, wird noch im Wege der Verhandlungen zwischen den Beteiligten endgültig zu klären sein. Soweit bisher Aufträge des Reichs mit Hilfe der Fachausschüsse verteilt worden sind, wurden auch die Handwerksbetriebe mit bedacht.

Ich verkenne keineswegs, daß die Eingliederung des Handels und des Kleingewerbes in ihre fachliche Organisation gewisse Schwierigkeiten bieten wird; denn in diesen Wirtschaftszweigen überwiegt noch immer die regionale Organisation. Dem Handel und Gewerbe kann jedoch eine fortschreitende fachliche Gliederung, wie sie sich ja gerade im Genossenschaftswesen, das Herr Irl mit Recht so erfreulich betont, zeigt, nicht dringend genug angeraten werden. Die Zeiten sind vorbei, wo man auch entgegen den Forderungen der Produktivitätssteigerung die allgemeine Zugehörigkeit zum Kleingewerbe zum Anlaß für Unterstützung durch Gesetzgebung und Verwaltung gemacht hat, nicht um deswillen, weil es sich um das Handwerk handelt, sondern weil es sich um eine Produktionsform handelt, die wirklich noch ihren Dienst in unserem Wirtschaftsleben zu erfüllen hat. Darum soll sie unterstützt werden, und aus keinem anderen Grunde.

Die genossenschaftliche Weiterentwicklung des Kleingewerbes und Handels bietet den Weg der inneren Befestigung des Handwerks, der nach meiner Auffassung beschritten werden muß. Natürlich muß auch bei dem Übergang von der regionalen zur fachlichen Organisation die wirtschaftliche Kontinuität bedacht werden, und eine solche fachliche Gliederung wird sich auch nicht von heute auf morgen vollziehen können. Hierauf werden wir besonders auch bei der außerordentlich wichtigen Frage der **Versorgung des Handwerks mit Rohstoffen** Bedacht nehmen müssen. Ich bitte, besonders beachten zu wollen, daß die Rohstoffversorgung des Handwerks einmal wegen der Materialknappheit, dann auch wegen der Schwierigkeit der Verteilung und der Zuleitung an die vielen kleinen Bedarfsstellen starken Hemmungen begegnet. Es ist

jedoch durch Weisungen an die bewirtschaftenden Stellen dafür gesorgt, daß das Handwerk von den der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Rohstoffen und Betriebsmitteln — und das sind gerade die für das Handwerk wichtigsten — seiner Bedeutung für die Gütererzeugung der Gesamtwirtschaft entsprechend Anteile auch zugewiesen erhält. Das Reichsverwertungsamt bestreitet es ganz entschieden, wie mir eben mitgeteilt worden ist, daß etwa den Warenhäusern vorzugsweise Waren zugeführt würden. Es ist das in keiner Weise der Fall; im Gegenteil, das Handwerk ist oftmals bevorteilt worden bei der Zuweisung von Rohstoffen, die nur in beschränktem Maße vorhanden waren, und wie in der Vergangenheit, so denken wir auch in der Zukunft, die Organisationen des Handwerks bei der Verteilung der öffentlich bewirtschafteten Rohstoffe und Betriebsmittel, soweit es durchführbar und zweckmäßig ist, heranzuziehen. Schon jetzt verteilen ja diese Organisationen des Handwerks die Rohstoffe, Sparmetalle, Leim, unmittelbar an die ihnen angeschlossenen Betriebe, und ich kann Ihnen weiter mitteilen — es liegt mir im Wortlaut vor ein bereits ausgearbeiteter Verordnungsentwurf für eine Organisation des Handwerks —, daß zur Mithilfe bei der Verteilung des Anspruches auf weitere Rohstoffe und Betriebsmittel eine Organisation des Handwerks geschaffen werden soll. Diese Organisation soll sich auf die Handwerkskammern und auf die Gewerbekammern beziehungsweise die von diesen errichteten wirtschaftlichen Abteilungen aufbauen, und sie soll im Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag in Hannover eine zentrale Spitze erhalten. Die Fachorganisationen des Handwerks sollen dabei zur Mitwirkung herangezogen werden, und ich will ganz besonders auf die Frage des Herrn Abgeordneten Irl betonen, daß die bei dieser Zentralstelle, also beim Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag, eingerichteten Fachausschüsse, für die einzelnen Gewerbe auch bei der Auftragserteilung an die einzelnen Berufskreise des Handwerks entscheidend und bestimmend mitwirken sollen.

Neuerdings sind alle dem Reichswirtschaftsministerium unterstellten Gesellschaften und Organisationen angewiesen worden, **die Rohstoffgenossenschaften des Handwerks** ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Gründung, jedoch unter der Voraussetzung ihrer geschäftlichen Eignung, **als Händler anzuerkennen.** (Bravo! im Zentrum.)

Weiter soll von den Beständen an entbehrlich gewordenem Heeresgerät ebenfalls ein erheblicher Teil dem Handwerk zugute kommen. In dieser Beziehung sind bereits besondere Abmachungen zwischen dem Reichsverwertungsamt und den Organisationen des Handwerks zustande gekommen. Im Zusammenhang hiermit wird im Reichsverwertungsamt eine besondere Zentralstelle für das Handwerk von dem Handwerks-

und Gewerbekammertage und den großen Genossenschaftsverbänden errichtet werden.

Wenn die Versorgung des Handwerks mit Rohstoffen und Betriebsmitteln gegenwärtig und wahrscheinlich auch noch auf längere Zeit hinaus den Bedarf nicht decken kann, so liegt dies an dem leider vorerst nicht zu behebenden Mangel an Rohstoffen, nicht an mangelnder Fürsorge der staatlichen Organe, wie ich ganz besonders betonen möchte.

Die **Vergebung öffentlicher Aufträge** und Lieferungen ist gegenwärtig, wo private Bestellungen vielfach noch fehlen, von großer Wichtigkeit für den Wiederaufbau des Handwerks. Ihr werdet daher auch die Regierung ihr besonderes Augenmerk zu. Bei der Verteilung von Arbeiten und Lieferungen für das Reich, die sich auf das ganze Reichsgebiet oder größere Teile desselben erstrecken, wirken die Organisationen des Handwerks, wie ich schon eben erwähnte, bereits mit, und zwar nach Maßgabe ihrer Zugehörigkeit zu den für die Zwecke der wirtschaftlichen Demobilmachung errichteten Fachausschüssen. Die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen des Reichs für den örtlich begrenzten Bedarf muß sich natürlich auch den örtlichen Verhältnissen des Gewerbes anpassen. Das Handwerk wird hierbei nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit berücksichtigt, und die Mitwirkung der Handwerksorganisationen für die Vergebung wird, wo sie zweckmäßig ist und Erfolg verspricht, auch in Anspruch genommen werden.

Eine ausgedehnte Vergebung von Arbeiten für den örtlichen Bedarf an das Handwerk wird erst mit der Wiederaufnahme der Bautätigkeit zu erwarten sein. Der Fachausschuß für das Baugewerbe ist auf Veranlassung des Demobilmachungsministeriums damit beschäftigt, örtlich begrenzte Unterausschüsse zu bilden. Diese Unterausschüsse sollen von den Demobilmachungskommissaren bei der Vergebung von Bauarbeiten auch beteiligt werden.

Meine Herren, der Frage der **Kreditbeschaffung des Handwerks**, die gleichfalls angeschnitten ist, haben sich bereits in den ersten Kriegsjahren die Bundesstaaten, die Gemeinden und Kommunalverbände tatsächlich angenommen. Wir kommen nun einmal aus der Tatsache nicht heraus, daß es sich hier im wesentlichen um Fragen handelt, die der landesgesetzlichen Regelung unterstehen. Das ist nun einmal so, und so sehr der Herr Abgeordnete Irl es bedauert und meint, wir könnten von Reichs wegen mehr tun: wir können nur mittelbar und nicht direkt, so sehr wir es wünschten, einwirken. Aber die Bundesstaaten, die Gemeinden und die Kommunalverbände haben sich tatsächlich der Frage der Kreditbeschaffung angenommen. Die hierfür geschaffenen Organisationen sind naturgemäß verschieden in den einzelnen Bezirken, sie mußten den Verhältnissen angepaßt werden. Es sind aber überall

erhebliche Mittel bereitgestellt, und für ihre Verteilung ist auch nach zweckmäßigen Gesichtspunkten gesorgt worden.

In erster Linie soll die Kreditbeschaffung durch Genossenschaften usw. angestrebt werden, dann sollen öffentliche Mittel ergänzend eingreifen. In Preußen z. B. soll die Kreditfürsorge für den durch den Krieg geschädigten gewerblichen Mittelstand den Kreditgenossenschaften übertragen werden, während die in allen Provinzen in Verbindung mit den Provinzialverbänden errichteten Kriegshilfskassen den Genossenschaften gegenüber die Bürgschaft für den weitaus größten Teil des etwa entstehenden Verlustes übernehmen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange auch kurz einige Worte sagen über die **Stellung**, die der **Handel** wieder **in unserer Wirtschaft** einnehmen wird. Dem Handel hat die kriegswirtschaftliche Entwicklung, die fast völlige Abschnürung der Einfuhr, die notgedrungene Beschränkung der Ausfuhr auf die wenigen entbehrlichen Waren und dann die Übernahme des größten Teils der inländischen Güterverteilung in die Hand der öffentlichen Körperschaften nur mehr ein sehr beschränktes Betätigungsfeld belassen, und damit haben auch große Teile der selbständigen Kaufleute und ihre Angestellten die bisherigen Grundlagen ihrer Existenz eingebüßt. Ob und inwieweit es ihnen möglich sein wird, diese Grundlagen beim Wiederaufbau, beim Neubau der Wirtschaft wiederzufinden, das können wir heute nicht mit Sicherheit beurteilen. (Hört! hört!) — Meine Herren, wenn Sie mir ein Rezept sagen können: sind's kluge Gedanken, ich nehme sie an und werde sie sofort zu verwirklichen suchen. — Ich betone also nochmals: wie es bei diesen mittelbaren und direkten Kriegswirkungen möglich sein soll, die Grundlagen eines Neubaus ihrer Existenz in allen Einzelheiten wiederzufinden, das vermag man im voraus nicht mit Sicherheit zu beurteilen.

Der **Großhandel** wird, soweit er an der Einfuhr oder Ausfuhr unmittelbar beteiligt ist, auch nach dem Frieden noch mit Beschränkungen rechnen müssen. Die Rücksicht auf eine organische Umgestaltung und Neugestaltung der Nationalwirtschaft wird voraussichtlich für längere Zeit zu einer empfindlichen Beschränkung der Einfuhr nach Art und nach Menge zwingen. Andererseits wird die deutsche Ausfuhr, auch wenn sie an sich wieder wettbewerbsfähig sein wird und wenn sie von zwischenstaatlichen Rechtsschranken frei sein wird, doch nur langsam den früheren Abnehmerkreis wiedergewinnen können; und wie Sie bei solchen Verhältnissen, wie sie doch so offensichtlich und klar sind, verlangen können, wir sollen jedem einzelnen sagen, wie er seine frühere Stelle im Wirtschaftsleben, die Grundlagen seines Betriebes, wiedergewinnen könnte, das ist mir geradezu unverständlich. (Zuruf rechts.) — Aus dem Zuruf ging das Gegenteil hervor. Der Binnen-

handel, meine Herren, wird in dem Maße, wie die zwangläufige Verteilung der wichtigsten Verbrauchsgüter aufgehoben werden kann, in seine alten Rechte wieder eingesetzt werden. Schon jetzt ist diese Entwicklung, wo es angeht, eingeleitet. Aber wie wir bei einer Zwangsbewirtschaftung, die wir noch haben und die noch nötig ist, den freien Handel sich entfalten lassen wollen, das ist mir schleierhaft und unverständlich. Solange wir noch eine zwangsläufige Verteilung der wichtigsten Gebrauchsgüter haben, so lange kann es in diesen eben einen freien Handel auch nicht geben. Die zu erhoffende künftige Steigerung der Gütererzeugung kann allerdings die Lage des Handels allmählich günstiger gestalten; ich will hoffen, daß dies bald der Fall sein wird. Die staatliche Wirtschaftspolitik wird auch dem Handel gegenüber den Grundsatz der rationellen Wirtschaftsführung und die gemeinwirtschaftlichen Gedanken nicht außer acht lassen, und dies kann unter Umständen auch den Anstoß zu neuen Organisationen im Handel, besonders gerade im Kleinhandel, und zu teilweisen Veränderungen seines Arbeitsgebiets geben. Der derzeitigen Notlage zahlreicher Kleinhandeltreibender mit Maßnahmen seitens der Regierung wirksam zu begegnen, ist, wie aus meinen Ausführungen ersichtlich ist, solange nicht die Gütererzeugung wesentlich gebessert werden kann, außerordentlich schwierig. Von besonderer Bedeutung scheint es mir dabei zu sein, daß auch den Kleinhandeltreibenden zu einem guten Teil die Kreditquellen zugänglich sind, die nach meinen früheren Angaben dem Handwerk offen stehen.

Ich will zum Schluß kommen. Ich habe Ihnen aus den Gründen, die ich zu Beginn meiner Ausführungen darlegte, nur einen allgemeinen Umriß geben können von dem, was wir zu der Wiederbelebung der Wirtschaft und insbesondere auch zur Kräftigung des Kleingewerbes zu tun gedenken. Dazu bedürfen wir der Mitarbeit aller, und ich rechne auf diese Mitarbeit aller, jedes unserer Volksgenossen. Wir bitten, daß man uns auch Vertrauen entgegenbringt, daß wir unbekümmert um Vorurteile auf der einen und unberechtigte Sonderinteressen auf der anderen Seite uns alle von dem Geiste der Gemeinwirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit werden leiten lassen. Kleingewerbe und Mittelstand mögen sich vor Augen halten, daß jede besonnene Regierung in den nächsten Jahren darauf bedacht sein muß, um jeden Preis Arbeitsgelegenheit zu schaffen, um die drohende Gefahr der Auswanderung zu bannen. Es wäre eine Schande, wollten wir nicht das Letzte daran setzen, unseren Volksgenossen das Leben in der Heimat zu ermöglichen, wie sie es mit so viel Aufopferung und Hingabe durch vier schwere Kriegsjahre hindurch verteidigt haben. Die Besten und Tüchtigsten hat der Krieg dahingerafft, sie werden uns bei dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft fehlen. Wir, für die sie auch mitgestorben sind, sollen uns nun endlich aus der Resignation aufraffen und erwachen, wollen wieder an unsere Zukunft selbst glauben. Dann, aber auch nur

dann, wird es dem deutschen Volke möglich sein, wieder hochzukommen, wird ihm endlich wieder einmal die glückverheißende Sonne einer frohen Zukunft aufgehen, — nur dann, wenn wir aus der Resignation erwachen, wenn wir tatkräftig unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. (Bravo!)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Eine Besprechung der Interpellationen ist bisher nicht beantragt. (Abgeordneter Schultz [Bromberg] meldet sich zum Wort.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg) Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage die Besprechung der Interpellationen.

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Dem Antrage ist stattzugeben, wenn 50 Mitglieder des Hauses ihn unterstützen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; die Besprechung ist beschlossen.

Das Wort in der eröffneten Besprechung hat der Herr Abgeordnete Brühne.

Brühne, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Wetzlich hat vorhin gemeint, die Revolution habe das ganze Wirtschaftsleben zugrunde gerichtet. Das ist ganz irrig. Unser **Wirtschaftsleben war durch den Krieg schon zerrüttet**, ehe die Revolution kam. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er hätte lieber sagen sollen: der Krieg hat das Wirtschaftsleben zugrunde gerichtet. Und nicht nur das! Der Krieg hat auch die Hunderttausende kleiner Gewerbebetriebe vollständig zerstört. Der Krieg ist daran schuld gewesen und nicht die Revolution. Und neben den Tausenden von Gewerbetreibenden sind auch Millionen, kann man sagen, Arbeiterfamilien, Familien der Angestellten, der kleinen Leute in Not und Elend geraten. Als sie aus dem Felde zurückkamen, fanden sie von ihrer ganzen Familie nur noch eine Trümmerstätte vor.

Dann hat Herr Abgeordneter Wetzlich auch gemeint, man müsse, wenn die **Kriegsgewinnsteuer** auf die Tagesordnung der Nationalversammlung käme, scharf zufassen. Ja, meine Damen und Herren, ich bedauere eines: hätte man diese Einsicht im Jahre 1914 bei den bürgerlichen Parteien gehabt, hätten sie damals den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion zugestimmt, dann hätten wir Hunderte von Millionen herausholen können (sehr

richtig! bei den Sozialdemokraten), und es wäre vielleicht nicht notwendig gewesen, daß man eine der drückendsten Steuern einführte, die man noch vor zwei Jahren gemacht hat: die Warenumsatzsteuer, die gerade die kleinen Gewerbetreibenden so schwer trifft. Heute wird man die Kriegsgewinne leider nicht mehr bitter fassen können. Es sind Hunderte von Millionen durch die Lappen gegangen. Die können Sie nicht mehr fassen, wenn Sie es auch wollten.

Was die beiden Interpellationen betrifft, so haben wir gerade vor einem Jahre im Deutschen Reichstag eine lange Verhandlung über diesen Gegenstand gehabt. Es ist wenig Neues mehr zu dieser Frage zu sagen. Nach einer Statistik vom Jahre 1917/18 waren in Deutschland durch den Krieg 250 000 **Gewerbetreibende, Handwerker** und kleine Kaufmannsgeschäfte vollständig **zertrümmert.** (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie können nicht wieder aufgerichtet werden. Viele von denen, die ihren Gewerbebetrieb mit großer Mühe und Arbeit und finanziellen Opfern vor dem Kriege in die Höhe gebracht hatten, finden ihre Geschäfte nicht mehr. Sie sind zusammengebrochen, sie existieren nicht mehr.

Während des Krieges haben die Frauen große Opfer für das Kleingewerbe gebracht und haben alles versucht, das Gewerbe aufrechtzuerhalten, bis der Mann vom Felde zurückkam. Leider sind von den Gewerbetreibenden Tausende und aber Tausende gefallen. Sie kommen nicht mehr zurück, und, verehrte Versammlung, wir brauchen uns auch darüber nicht zu wundern, daß wir heute einen ganzen Teil von Handwerkern und Gewerbetreibenden haben, die, nachdem sie aus dem Felde zurückgekommen sind und ihr zertrümmertes Gewerbe sehen, sich sagen — und das kann derjenige, der im gewerblichen Leben steht, fast jeden Tag hören —: was nützt uns das alles? wir werden das Gewerbe nicht mehr in die Höhe bringen, das ist vollständig zugrunde gerichtet! Und das trifft auch zu.

Ähnlich wie es den kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Kaufleuten geht, geht es auch anderen. Während des Krieges haben alte Handwerker mit 60 und 70 Jahren versucht, mit Frau und Kindern das Gewerbe aufrechtzuerhalten. Sie haben alles nur Mögliche getan. Genau so ging es ja — das muß man auch hervorheben — in der Landwirtschaft. Auch in der Landwirtschaft haben die Frauen in den kleinen Betrieben alles daran gesetzt, um die Landwirtschaft hochzuhalten. Leider haben genau wie bei den Arbeiterinnen in Munitionsfabriken viele Frauen in der Landwirtschaft ihre Gesundheit geopfert. Die Sterblichkeit unter den Frauen ist noch niemals größer gewesen als in den letzten Jahren. Sie sterben eine nach der anderen hinweg. Die Arbeit hat ihre Gesundheit vollständig zermürbt. Sie waren am Ende mit ihrer Kraft.

Wenn wir jetzt über die Mittel sprechen, mit denen den Handwerkern und den kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Kaufleuten wieder emporgeholfen werden kann, so werden vor allen Dingen erst die finanziellen Mittel genannt. Damit allein ist es allerdings nicht getan. Es ist im vorigen Jahre, als im Reichstag über die Frage gesprochen wurde, von der alten Regierung zugesagt worden, daß sie alles tun werde, um den kleinen Gewerbetreibenden, Kaufleuten und kleinen Leuten wieder aufzuhelfen. Es ist ja zu jener Zeit nicht viel geschehen. Heute hat Herr Reichsminister Wissell über die Frage gesprochen und die Anfragen 150, 151 und 153 beantwortet. Ich glaube, mit diesen Zusicherungen könnte also die ganze Nationalversammlung vollständig zufrieden sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Zusicherungen sind von der früheren Regierung nicht gemacht worden, die heute von der jetzigen Regierung gemacht worden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die zur Durchführung kommen, kann allerdings viel geholfen werden. Die Kommunen und Großstädte haben ja während des Krieges allenthalben Fonds angesammelt, um den Kleingewerbetreibenden und den Handwerkern finanziell zu helfen. Aber darum dreht es sich heute nicht allein. Uns fehlen heute in Deutschland vor allen Dingen — das hat ja auch der Herr Reichswirtschaftsminister Wissell angeführt — Rohstoffe zur Arbeit. Die Rohstoffe stehen in weiter Ferne. Der **Rohstoffmangel** ist heute in den meisten Betrieben größer als er vor einem Jahr gewesen ist, und dieser Mangel wird auch so bald nicht abgestellt werden können. Auch die Regierung und die Nationalversammlung, auf die man ja alle Hoffnung gesetzt hat — von der Nationalversammlung erwartet man ja, daß sie nun in einigen Wochen alle Fragen lösen solle und müsse —, können Rohstoffe nicht aus dem Boden stampfen. Wir müssen warten, bis uns wieder Rohstoffe aus dem Auslande zufließen. Dann erst wird auch ein Teil der zertrümmerten Geschäfte nach und nach wieder aufgebaut werden können. Schnell wird das allerdings nicht gehen; es ist zuviel, was während dieses Krieges zerstört ist.

Es ist, wie gesagt, bedauerlich, wenn man jetzt die Gewerbe sieht. Leute, die fleißig waren, die sich alle Mühe gegeben haben, um vorwärts zu kommen, stehen jetzt vor einem Nichts. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie alle Hoffnung aufgeben, ihr Geschäft wieder in die Höhe zu bringen.

Bei Ausbruch des Krieges — und die Frage muß besonders betont werden, es ist bisher kein einziger der Herren, die gesprochen haben, darauf eingegangen — mußten die Lehrmeister ihre Lehrlinge entlassen, weil die Lehrmeister selbst ins Feld gingen. Viele von den Meistern sind nicht mehr zurückgekehrt, ein anderer Teil ist schwer verwundet, verstümmelt nach Hause gekommen und kann sein Gewerbe

nicht mehr betreiben. Es mangelt uns im Kleingewerbe an gelernten qualifizierten Arbeitern, und es wird Jahrzehnte dauern, bis die Arbeiter wieder ersetzt sind. Ein großer Teil ist auf dem Schlachtfelde geblieben. Ersatz ist heute nicht da. Lehrlinge sind während des ganzen Krieges fast keine ausgebildet. Die Meister waren zum Teil im Kriege gefallen, und die Frauen konnten keine Lehrlinge ausbilden. Gehilfen, die die Lehrlinge hätten ausbilden können, waren auch nicht mehr da. Die Gewerbe standen ja vollständig still. Dann mußten aber auch — das darf man nicht verkennen — die Lehrlinge die Lehre deshalb verlassen, um die Mutter und die kleineren Geschwister miternähren zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man kann heute — darüber muß man sich klar sein — junge Leute, die drei bis vier Jahre in der Munitionsfabrik oder in anderen Betrieben gearbeitet haben, die mittlerweile 19, 20, 21 Jahre alt geworden sind, die während des Krieges einen guten Verdienst hatten, nicht nach einmal in die Lehre bringen und ihnen sagen: Du mußt jetzt noch drei Jahre lernen. Das geht beim besten Willen nicht. Es fehlt, wie gesagt, **der junge Nachwuchs** vollständig. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß Jahrzehnte darüber hingehen, bis wir im Kleingewerbe und Handwerk wieder qualifizierte Arbeiter haben, das geht nicht so schnell. Ich will noch eines hinzufügen. Man spricht so viel davon und schreibt in den Zeitungen davon, daß die Jugend verwildert, daß die Jugend, die jungen Leute, die jetzt aus der Schule kommen, keine Lust haben, ein Handwerk zu lernen. Auch das ist ganz erklärlich. Wo sollten denn die Kinder während des Krieges erzogen werden? Der Vater im Felde oder gefallen, die Mutter in der Munitionsfabrik, die Kinder sich selbst überlassen — wo sollte da noch von einer Erziehung der Kinder die Rede sein? Die Verwilderung der Jugend fällt auch auf den furchtbaren Krieg zurück. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man kommt nicht darüber hinweg. Der Krieg hat solche schwere Wunden für das gesamte deutsche Volk geschlagen, die in so kurzer Zeit nicht zu heilen sind.

Ich sagte schon: Wenn das, was der Herr Wirtschaftsminister Wissell auf die Anfragen Nr. 150, 151 und 153 mitgeteilt hat, durchgeführt wird — alles läßt sich ja nicht so schnell durchführen —, wird sehr vieles von dem erreicht werden können, was die Handwerker und die Kleingewerbetreibenden heute verlangen — mit dem alten Übel, daß man immer noch die kleinen Gewerbetreibenden, die heute vielfach von allen Mitteln entblößt sind, monatelang warten läßt, bis man ihnen die fälligen Rechnungen bezahlt. Die Kleingewerbetreibenden müssen heute die Rohstoffe im voraus bezahlen, warten dann bei dem schlechten Verkehr manchmal wochenlang, bis sie die Waren bekommen, und dann müssen sie manchmal noch zwei bis drei Monate warten, bis sie endlich

ihr Geld von der Kundschaft erhalten. Für den kleinen Handwerker kann es nichts Schlimmeres geben, als wenn er am Samstag von Pontius zu Pilatus laufen muß, um die Löhne für seine Arbeiter zusammenzubringen. Nichts schädigt mehr sein Ansehen als dies. Das richtet den Handwerker mehr zugrunde als alles andere. (Sehr richtig! rechts.) Das sollten sich auch einmal die besser Situierten in Deutschland merken. Es gibt viele, die die Rechnungen einfach weglegen und nicht daran denken, dem Handwerker sein Geld zu geben. Wenn es aber daran geht, für Luxusgegenstände Hunderte und Tausende auszugeben, dann haben sie stets die Brieftasche bei sich und zahlen ganz prompt. Das müßte endlich einmal aufhören. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die **Handwerker** lange Prozesse führen müssen, um endlich **zu ihrem Gelde zu kommen,** das ihnen aus irgend einem Grunde nicht gezahlt wird. Es muß darauf gedrungen werden, daß den Handwerkern die fertige Arbeit so schnell wie möglich bezahlt wird. Die Kommunen und Staatsbehörden sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist in den Großstädten auch längst geschehen. Dort wird immer von den Behörden anbefohlen, daß Rechnungen prompt und pünktlich bezahlt werden sollen. Wenn das nicht geschieht, kann der beste Handwerker, wenn er noch so fleißig ist, sein Gewerbe nicht aufrechterhalten.

Man könnte einmal ernstlich den Gedanken erwägen, ob es nicht möglich wäre, in Zukunft, ähnlich, wie bei den Gewerbegerichten, unter dem Vorsitz eines Juristen sachverständige Gerichte aus Handwerkern zusammenzusetzen, die über gewerbliche Fragen zu entscheiden hätten. Dann würden die langen Prozesse, in denen Handwerker oder kleine Gewerbetreibende über ihre Forderungen klagen müssen, dort entschieden werden können. Die Gerichte und Rechtsanwälte haben leider in vielen Fällen gar keine Ahnung davon, wie es um das Kleingewerbe und um das Handwerk steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Prozesse werden jahrelang hinausgeschoben, und darüber geht eine ganze Anzahl Kleingewerbetreibender vollständig zugrunde.

Ich habe im vorigen Jahre die Leidensgeschichte eines Handwerkers von Frankfurt am Main angeführt und will sie heute weiter ergänzen. Der Fall ist noch schlimmer geworden. Ein Frankfurter Maler- und Weißbindermeister hat im Jahre 1913/14 die Arbeiten an der Unteroffizierschule in Wetzlar gemacht. Die Arbeiten wurden ihm als tadellos abgenommen, er bekam sogar eine Belobigung. Er hatte an die Stadt Wetzlar noch eine Restforderung von 5700 Mark. Die Stadt Wetzlar hat die Schlußrechnung nicht bezahlt, weil der Bauführer im Felde war. Der Bauführer sollte erst die Rechnung kontrollieren. Seit einem

halben Jahre ist der Bauführer aus dem Felde zurückgekehrt. Er ist in Deutschland, man kann den Mann aber nicht finden. Der Handwerker fühlte sich nun, um zu seinem Gelde zu kommen, veranlaßt, im Jahre 1914 Klage beim Landgericht in Limburg anzustrengen. Seit 1914 schwebt dieser Prozeß. (Hört hört! bei den Sozialdemokraten.) Seit 1914 hat ein Termin über den anderen stattgefunden. Die Termine wurden zum größten Teil wieder vertagt, ohne daß verhandelt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun hören Sie aber, was in den letzten Tagen geschehen ist. Am 22. März, also am vorigen Samstag, fand wieder ein Termin statt, und in diesem Termin machte das Gericht und die beiden Rechtsanwälte einen Vergleichsvorschlag. Hören Sie und staunen Sie, welchen Vergleichsvorschlag! Man wollte dem Handwerker von 5700 Mark, die man nicht abstreiten kann, im Vergleichswege 4000 Mark zahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann sollte aber der Handwerker noch auf die Zinsen von 5 Jahren verzichten. Das sind, wenn man 4 Prozent rechnet, 1100 Mark, und dann sollte er noch ein Drittel der Kosten tragen. Das sind auch 500 bis 600 Mark. Da würden dem betreffenden Handwerker von seiner Forderung von 5700 Mark noch ganze 2400 Mark übrig bleiben. Wie solche Zumutungen das Gericht einem Handwerker machen kann, das muß für jeden Verständigen doch unerfindlich sein. Es ist geradezu haarsträubend, daß man dem Manne, der 63 Jahre alt ist und fünf Jahre prozessiert, einen solchen Vorschlag macht, und es wurde bemerkt, der Prozeß könne noch lange dauern. Gewiß kann er noch lange dauern, wenn so fort prozessiert wird. Der Mann ist auf die Vergleichsforderungen nicht eingegangen und konnte nicht darauf eingehen. Der Prozeß kann noch sehr lange dauern, so lange wie in dem bekannten Theaterstück „Einst im Mai". In diesem kommt auch ein Prozeß vor. Ein Rechtsanwalt klagt und wird alt bei dem Prozeß und stirbt, ohne den Prozeß zu Ende zu führen. Den Prozeß übernimmt der Sohn. Er führt als älterer Mann den Prozeß siegreich durch. So ähnlich geht es hier. Hier muß etwas geschaffen werden, daß die Handwerker zu ihrem Geld kommen. Das kann und muß geschehen, wenn die Gerichte den Willen haben, solche Prozesse schnell zu erledigen.

Nun möchte ich eines anführen. Der Herr Kollege Irl hat vorhin gemeint, die **achtstündige Arbeitszeit** würde schwer **im Handwerk** durchzuführen sein. Meine Damen und Herren! Wir müssen uns darauf richten, auch das Kleingewerbe und das Handwerk muß sich auf eine richtige Arbeitszeit einrichten. Wenn das Handwerk in Zukunft geschulte Arbeitskräfte haben will, kann es mit langer Arbeitszeit nicht mehr arbeiten. Sonst wird das Handwerk keine geschulten Kräfte mehr bekommen. Es muß sich den neuen Verhältnissen anpassen. Es hat auch etwas Gutes für sich: wenn jeder Handwerker gute Löhne bezahlen muß

und eine kurze Arbeitszeit hat, wird schließlich unter den Handwerkern die Schundkonkurrenz, die sie sich immer noch machen, aufhören.

Zum Schlusse noch eines. Unsere Handwerker müssen endlich auch einmal den alten Innungsstandpunkt aufgeben. Organisationen müssen die Handwerker haben, sogar straffe. Aber die alten Innungsmethoden passen nicht mehr in die jetzige Zeit, die muß man aufgeben. Um junge Leute für das Handwerk zu gewinnen, muß endlich getrachtet werden, daß man die **übermäßig lange Lehrzeit** abschafft. Man kann heute nicht mehr von den armen Arbeitern verlangen, daß sie ein oder zwei Söhne in die Lehre geben und sie vier Jahre lernen lassen, während die Eltern Kost und Logis stellen müssen. Das geht beim besten Willen nicht mehr. Drei Jahre sind genug, und die Eltern haben während dieser drei Jahre die Verpflegung und die Kleider zu zahlen. Das ist ein schweres Opfer, das die Eltern tragen müssen, wenn sie die jungen Leute etwas lernen lassen wollen. Auch muß sich der Handwerker daran gewöhnen, den jungen Leuten eine kleine Vergütung zu geben, wöchentlich, steigend vom ersten bis zum dritten Jahre. Das wird den Anreiz zum Handwerk steigern. Mißmutig werden die jungen Leute, wenn sie sehen, daß sie etwas leisten können und keinen Pfennig Vergütung bekommen. Es gibt eine Masse Lehrlinge, die im letzten Lehrjahre schon vollständig einen Gehilfen ersetzen, und dem muß man Rechnung tragen. Sonst kommen wir in Zukunft nicht mehr aus und werden keine Lehrlinge für das Handwerk bekommen.

Noch eines, wir werden in der nächsten Zeit uns mit großen Steuern zu beschäftigen haben. Hoffentlich ist da sich die Nationalversammlung einig, daß wir bei Kriegsgewinnen scharf zufassen, daß man diese Herren einmal scharf an die Kandare nimmt, daß man aber diejenigen, die im Kriege so viel gelitten haben, mit schweren Steuern verschont. Ich sagte schon, die **Umsatzsteuer** hat bei den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleuten böses Blut gemacht, und wenn einer im Jahre 20 000 Mark Umsatz hat, muß er durch die erhöhte Umsatzsteuer hundert Mark extra zahlen, und den kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleuten holt man den letzten Pfennig heraus. Es wäre zu wünschen, daß man das auch von Anfang an mit den Kriegsgewinnlern gemacht hätte. Dann wären wir mancher Sorge enthoben, wo die Steuern herkommen sollen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich möchte Ihnen vorschlagen, hier nun abzubrechen. (Zustimmung.) Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage Ihnen vor folgende Tagesordnung für Mittwoch den 26. März nachmittags 3 Uhr:

1. Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen;
2. Wahlprüfungen, Drucksachen 174 und 175;
3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Besteuerung der Reichsbank für das Jahr 1918;
4. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Eintritt des Freistaats Württemberg in die Biersteuergemeinschaft.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 6 Uhr 36 Minuten.)

JN
3953
1919
A43
Bd.3

Germany. Nationalversammlung, 1919-1920
Die deutsche National-versammlung im Jahre 1919

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 14 11 10 12 009 1